Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1971

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 04.07.2023

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

Herausgegeben von der Zentrale der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale)

Jahrgang 5

Vereinigung Internation. Verlags-Anstalten G. m. b. H.

Berlin SW 61

Die Internationale
Jahrgang 6 * Ausgegeben am 6. Januar 1923 * Heft 1

Um die Jahreswende.

= 30. Dezember 1922,

Das vergangene Jahr ist das erste seit dem Kriege, in dessen Verlauf das Proletariat Deutschlands sich nicht im bewaffneten Kampfe mit der Bourgeoisie gemessen hat. Es hat auch bei der größten Streikbewegung des Jahres 1922, dem Eisenbahnerstreik, kein einziges seiner eigentümlichen politischen Ziele aufgestellt. Es hat nirgends den Rahmen der bürgerlichen Demokratie überschritten. Es ist nach der Ermordung Rathenaus aufgestanden, um zu zeigen, daß es mit aller Macht bereit ist, für eben diese bürgerliche Demokratie, für eben diese Republik einzutreten.

Vor der Generalauseinandersetzung der Klassen in dieser oder jener Form aber ist es zurückgeschreckt. Es hat nicht einmal gegen die Monarchisten mehr getan als demonstriert. Und in keinem Jahr ist die Arbeiterschaft auf allen Gebieten soweit zurückgedrängt worden wie 1922.

Das ist der Unterricht der Revolution in Deutschland. Schlimmer als alle Niederlagen im blutigen Kampf war das kampflose Zurückweichen. Nichts hat die Arbeiterschaft so entnervt wie die kleinbürgerlichen Illusionen, die ihnen von den Sozialdemokraten eingegeben wurden.

Das deutsche Proletariat hat die Revolution aus den Erfahrungen der Gegenrevolution verstehen zu lernen. Die Geschichte hat ja in Deutschland die methodische, wenn auch unpraktisch scheinende Gewohnheit, alles verkehrt anzufangen. Die Leiden des Bürgerkriegs und des Kampfes werden dem deutschen Proletariat im richtigen Verhältnis erscheinen, nämlich im Vergleich zu den Leiden, den der Angriff der Bourgeoisie über es verhängt.

Und der Angriff ist noch nicht zu Ende. Schon jetzt erreicht der Lohn des Arbeiters das Existenzminimum nicht. Der Achtstundentag wird hier und da durchbrochen. Aber die Grundlage zum Hauptangriff wird erst geschaffen.

Solange die Schleuderkonjunktur in Deutschland währte, solange die vollbeschäftigte Industrie alle verfügbaren Arbeitskräfte aufsog, solange hatte die Kapitalsoffensive kein freies Feld. Die Kapitalisten hatten es eilig, die fetten Exportprofite einzusacken. Sie nahmen das Wagnis schwerer sozialer Kämpfe nicht auf sich, wenn die Produktion ihnen Gewinn verhieß. Sie konnten sich damit zufrieden geben, daß die Vorsehung in Gestalt der Geldentwertung ihnen half, die Arbeiter automatisch um ihren Lohn zu prellen.

[2] Aber auch das muß ein Ende haben. Die Schleuderkonjunktur kann nicht ewig sein. Diese Konjunktur hat im Unterschied zur normalen nicht zur Folge eine Erweiterung und Erneuerung des Produktionsapparates: umgekehrt, sie macht dies unmöglich. Die Geldentwertung, die die deutschen Waren konkurrenzlos macht, schließt Deutschland vom Neubezug der Rohstoffe aus.

Die Folgen bleiben nicht aus. Die deutschen Preise steigen. Einzelne übertreffen den Weltmarktspreis. Die Vorboten der Krise zeigen sich an. Den kleinen und mittleren Kapitalisten steht das Wasser bis zum Halse. Nur die Großen, die Stinnes stehen fest.

Diese retten sich. Hat die deutsche Wirtschaft keine Möglichkeit, zu leben, das heißt, nicht nur Gewinne zu bringen, nicht nur Geld, Devisen, sondern auch Kapital anzuhäufen, so ist der Ausweg für die Kapitalisten klar. Wie der kleine Kapitalist, der durch die Konkurrenz des Trusts unter die Räder kommt, in den Trust hineinzukommen versucht, so die deutschen Großkapitalisten. Sie suchen Deutschland wirtschaftlich unter die Botmäßigkeit des Auslands zu bringen, um einen Teil des Profits gesichert zu haben.

Das ist die eine Seite. Die andere Seite des Aufhörens der Schleuderkonjunktur, des Bündnisses der Großindustrie mit dem Ausland ist die Ausdehnung der Weltkrise auf Deutschland. Gefahr und Krach für den kleinen Kapitalisten. Notwendigkeit für den Großkapitalisten, die Lage der deutschen Arbeiter so herabzudrücken, daß Deutschlands Industrie für einen internationalen Trust noch renta-

bel bleibt. Das ist die Atmosphäre für die Entfaltung der Kapitalsoffensive mit allem, was drum und dran hängt. Eine Krise, ein Anschwellen des Arbeitslosenheeres in Deutschland, schafft dem Kapital Vorwand und Möglichkeiten zum Schlage gegen die Arbeiter.

Die Reparationsverhandlungen, die die Wirtschaftspläne der Großkapitalisten durchführen sollen, sind in vollem Gang. Die Stinnes-Regierung, die den Generalstab für den Angriff gegen die Arbeiter abgeben soll, bereitet sich vor, in vollständiger Form zu erscheinen, wie sie jetzt in unvollständiger da ist. Auf dem Plane erscheint auch die letzte Reserve der Kapitalsoffensive, der Faszismus. Wenn die Bourgeoisie drauf und dran ist, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu vernichten, muß sie notwendigerweise die Arbeiterorganisationen aus dem Wege räumen; sie kann auf die Dauer nicht einmal die SPD gebrauchen; sie muß die Gewerkschaften zertrümmern, auch wenn die Klassenorganisation der Arbeiter dem Klassenkampf entfremdet ist. Die Bourgeoisie hat den gesunden Klasseninstinkt und die Konsequenz. In der Periode ihres Verfalls genügt aber kein Sozialistengesetz: selbst ein Bismarck würde nichts damit ausrichten können: der bürgerliche Staat ist machtlos; die Aufgabe muß der Faszismus besorgen. Das ist die alte Dezemberbande und um sie herum verzweifelte Kleinbürger und auch hoffnungslos gewordene Arbeiter, es sind Massen, die in Bewegung geraten, aber für die Ziele der Herrschenden.

Die revolutionäre Aufgabe der Gegenwart ist, diesen Aufmarsch zu stören, aller Desorganisation der proletarischen Reihen vorzubeugen; und das kann mur geschehen durch die Herstellung der Einheitsfront für den Kampf.

[3] Vor einem Jahr machte die KPD. die KAG.-Krise durch. Jetzt kann sie mit Genugtuung auf den Kampf von Ludwigshafen zurückblicken. Denn der Geist der Kämpfenden von Ludwigshafen, das war kommunistischer Geist. Der Streik endete mit einer Niederlage. Aber er hat gezeigt, welche Kraftquellen im Proletariat schlummern.

Die revolutionäre Bewegung des Proletariats hat einen schweren Weg vor sich. Es handelt sich darum, eine ganze Klasse fähig zum Kampf um die Macht zu machen. Es handelt sich darum, die zerklüfteten und mannigfach geschichteten Massen der Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenzuschweißen zum bewußten Handeln. Das kann nur eine Partei tun, die nicht nur Grundsätze hat, sondern auch fähig ist, diese Grundsätze den Massen aus ihrem eigenen Fühlen und Denken begreiflich zu machen. Das muß, kann und wird die Kommunistische Partei tun.

*

Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei.

Von H. B r a n d l e r.

(Verkürzte Wiedergabe des Referats auf dem Zentralausschuß der KPD)

Der 4. Weltkongreß hat die Linie des 3. Kongresses bestätigt und im Detail ausgearbeitet. Für die kommunistischen Parteien aller Länder lautet die Aufgabe: G e w i n n u n g d e r M a s s e n f ü r d e n K o m m u n i s m u s. Was haben wir in Deutschland zu tun, um die Beschlüsse des Weltkongresses durchzuführen? In der ganzen Welt krisenhafte Erscheinungen, politische und ökonomische, diese Erschütterungen in Deutschland in verstärktem Maße. Daraus ergibt sich, daß für uns die vom Kongreß gestellte Aufgabe viel mehr Erfolgsmöglichkeiten hat als in anderen Ländern, weil im Kommunismus die einzige Rettung vor dem Untergang liegt. Wir brauchen uns nur die Ereignisse der letzten Tage vor Augen zu führen. Wir haben eine Regierung, die noch nicht 4 Wochen alt ist, und bereits sehen wir, daß wieder eine Regierungskrise im Anzuge ist. Die Lebensdauer der Regierung Cuno ist sicher nicht lang bemessen, und die Frage steht, von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern aus gesehen, als Große Koalition! Mit der großen Koalition von Hilferding bis Stresemann glauben sie die Probleme Deutschlands in inner- und außenpolitischer Beziehung bewältigen zu können. Koalitionspolitik auf erweiterter Basis! Ausschlaggebend für diese Politik ist aber die Mitwirkung der Sozialdemokratie, die sich mit der USP verschmolzen hat und dadurch scheinbar – ich sage: scheinbar! – einen Machtzuwachs gewonnen hat. Aeußerlich betrachtet besteht er in der Zunahme der Parlamentssitze und Mitgliederzahlen. Aber wenn wir die Dinge näher ansehen, so

sehen wir, daß der Zersetzungsprozeß innerhalb der VSPD stärker ist als je zuvor. Er ist die Folge der Auswirkung der Krise, in der wir uns befinden, des Zusammenbruchs der Finanzen, der Ernährungswirtschaft und des drohenden Zusammenbruchs der Scheinkonjunktur. Die Zersetzungstendenzen wirken sich ideologisch in der VSPD als Kampf aus um die Frage; Koalitionspolitik oder nicht Koalitionspolitik? Die proletarischen Massen haben von der [4] bisherigen kleinbürgerlichen Koalition die Nase so voll, daß die Rebellion gegen die Koalition im alten Sinne im Lager der VSPD bereits ernstlich begonnen hat und daß der Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition, gegen die Unterstützung der Stinnes-Politik in den breitesten Proletariermassen zunimmt. Ich brauche hier auf Einzelheiten nicht zu verweisen: Euch allen ist das bekannt.

Das ist aber nur e i n e Tendenz, und wenn es sich um eine einheitliche Tendenz handelte, so würde das zur Kraft der VSPD werden. Wir könnten dann nicht von einer Zersetzung, sondern von einem einheitlichen politischen Kampfwillen in der VSPD sprechen, der mit der Koalitionspolitik Schluß macht und seine proletarische Macht im Kampfe auszuprobieren versuchte. Aber dem ist nicht so! Fast die gesamte Bürokratie bis in weite Funktionärkörper der Arbeiter hinein ist für die Koalitionspolitik, und es ist bezeichnend, daß zu den Wortführern der Großen Koalition nicht nur die Größen der SPD gehören, nein, dazu gehören vor allen Dingen die prominenten Vertreter der ehemaligen USP. Das ist kein Zufall! Sinzheimer von der alten SPD, ficht in einer Broschüre für die Große Koalition. Breuer macht in der „Glocke“ eine Attacke für die Große Koalition. Die „Leipziger Volkszeitung“ treibt parlamentarische Geometrie; sie sagt: die Große Koalition ist sehr gut. Wir haben 173 Abgeordnete, die übrige bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hat 173 Abgeordnete, also: die Hälfte der Regierungsmänner für die VSPD, die andere Hälfte für die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft; das sei dann eine Basis, die die Gewähr dafür biete, mit den Problemen, die man wirtschaftspolitisch unter dem Schlagwort „Stabilisierung der Mark“ zusammenfaßt, fertig zu werden.

Es ist müßig, zu streiten, ob dieser Zersetzungsprozeß in Wochen oder Monaten mit einer Spaltung der VSPD enden wird. Es hat gar keinen Zweck, darüber zu prophezeien. Ich bin der Meinung, daß es sich weniger um eine Spaltung als um eine tatsächliche Zersetzung, um einen Abbröckelungsprozeß handelt. Dieser Zersetzungsprozeß scheint mir der Ausgangspunkt zu sein, über den wir uns klar werden müssen, wenn wir unsere Aufgabe: Gewinnung der Massen für den Kommunismus! richtig auffassen wollen.

Wir müssen uns dann über die politisch ideologische Zuspitzung der Dinge hinaus etwas tiefer schürfend, auch über die wirtschaftlichen Ursachen dieser Zersetzungserscheinungen klar zu werden versuchen. Wenn man versucht, die tieferen Ursachen zu finden, wie dieser Zersetzungsprozeß begründet ist, wie es z. B. kommt, daß eine Tat, wie die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, wie die Noske-Politik der SPD nicht geschadet hat, während die Auswirkungen der jetzigen Teuerungskatastrophe zu ernsten Erschütterungen führen; wir sehen darin eine Bestätigung, daß die materiellen Verhältnisse das Ausschlaggebende sind.

Daß die VSPD heute noch eine Millionenpartei ist, und damit zu rechnen ist, daß sie auch weiterhin Arbeitermassen mitschleppen kann, scheint mir darauf zurückzuführen, daß in Deutschland wie in keinem anderen Lande der Welt in der Arbeiterschaft eine soziale Differenzierung besteht, die in der Revolution nicht abgenommen hat, sondern stärker geworden ist. In der Vorkriegszeit hatten wir die entwickelteste Form der Arbeiterbewegung, mit der wir imstande gewesen sind, ziemlich breiten Schichten des Proletariats eint, einigermaßen eine einigermaßen auskömmliche Existenz i n n e r h a l b der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu sichern, Mit den Kampfmethoden, der Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit, in Ausnutzung des bürgerlichen Parla-[5]mentarismus zur gesetzlichen Sicherung der durch die Gewerkschaften erkämpfte Lebenshaltung der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wurde eine breite Schicht von Arbeitern in gehobener Lebensstellung – wenn ich mich so ausdrücken soll: eine Arbeiteraristokratie geschaffen, die soziologische Bedeutung hat. Aus dieser Arbeiteraristokratie, die in der Vorkriegszeit in relativ gesicherten Existenzverhältnissen lebte, ging jener Typus hervor, der auch schon seiner Lage, nicht nur seiner Funktion nach Bedeutung hat: die Gewerkschaftsbürokratie, die Parteibürokratie, die Genossenschaftsbürokratie. Unter Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus, der Gewerkschaften und

Genossenschaften für die Besserung der Lebensverhältnisse des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, also im reformistischen Sinne, hat dieses gehobene Proletariat durch die Organisation sich versteift. Es ist kein Zufall, daß in den Köpfen des deutschen Proletariats diese Tatsache als Ideologie noch lange und zäh nachwirkt und zu einer selbständigen politischen Kraft im Ringen der Klassen geworden ist. Die Auffassung wird weiter festgehalten, es sei auch fernerhin möglich, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Existenz des Proletariats durch reformistische Politik und Methoden erträgliche Zustände für die Arbeiter zu erreichen. Auf der anderen Seite sehen wir in Deutschland vor dem Kriege, zahlenmäßig und in seiner Stellung im Produktionsprozeß zwar nicht ausschlaggebend, eine Proletarierschicht, die unter dem Niveau dieser breiten Schicht gehobener Proletarier liegt. Wir hatten schon in der Vorkriegszeit Proletarier, die wir im soziologischen Sinne nicht zum Lumpenproletariat rechneten, die aber unter dem allgemeinen Niveau standen. Durch den Zusammenbruch des Kapitalismus ist diese Schicht in Deutschland und international vermehrt worden. Sie ist vor allen Dingen vermehrt worden durch die Kriegerwitwen, durch die Kriegsverletzten, durch die Sozialrentner und durch jene Schichten, die früher zu den gehobenen Existenzen innerhalb der Arbeiterklasse im weitesten Sinne, dem sogenannten neuen Mittelstand gehörten, sowie Kleinbürgern, Rentnern und Pensionsempfängern, die durch den Zusammenbruch der Finanzen und der Ernährungswirtschaft heute in diese Schicht hinabgeglitten sind. Gewiß, Genossen, die Lebenshaltung des Gesamtproletariats, auch jener Schicht mit ehemals gehobenen Existenzverhältnissen, ist ungeheuer gesunken. Aber noch mehr gesunken ist die Lebenshaltung jener Schichten, die unter allgemeinem Niveau standen, und zwar unter das zum Leben mögliche Maß. Diese Schichtenteilung innerhalb der Arbeiterklasse müssen wir vor allen Dingen scharf im Auge behalten; das ist wichtig wegen der verschiedenen Stellung dieser Schichten über den Weg zur Rettung. Unter den Wirkungen der Kriegswirtschaft sind viele Existenzen der Bourgeoisie, die kleinen Händler, frühere selbständige Schichten, nicht proletarisiert worden in dem Sinne, daß sie in die breite Schichten der Gehobenen des Proletariats herabgesunken sind, sondern sie sind glatt darüber hinweggerutscht in jene Schicht, die mehr und mehr das Gepräge dieses vollkommen pauperisierten Teils des Proletariats hat. Wir können in diesem Zusammenhang vom Lumpenproletariat und Lumpenbourgeoisie sprechen. Das sind Erscheinungen, die man im Auge behalten muß, um die ungeheure Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung bei uns in Deutschland auch soziologisch und in ihrer politischen Bedeutung zu verstehen.

[6] Der Verfall des sozialen Schichtenbaues erstreckt sich auf Proletariat und Bourgeoisie. Inwiefern er sich auch in der Bourgeoisie auswirkt, haben wir schon so oft besprochen. Ich verweise nur darauf, daß auch da die Tendenzen dieser Umschichtung und Umwälzung sich in den Parteigebilden des Bürgertums mehr und mehr bemerkbar machen. Auch das Zentrum ist erschüttert. Im Rheinland haben Zentrumsarbeiter sich gegen die offizielle Zentrumspolitik gewandt und gegen Stinnes, für den Achtstundentag Stellung genommen, und zwar, soweit die Deklaration in Frage kommt, klarer, als es von seiten sozialdemokratischer Arbeiter geschehen ist. Wir sehen diese Kämpfe in allen Parteien, bei den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten. Letzten Endes beweisen die Regierungskrisen in Deutschland und in anderen Ländern, daß es sich hier um Tendenzen handelt, die sich international auswirken.

Welche Aufgaben ergeben sich daraus für uns, um die Masse des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen? Durch den Betriebsrätekongreß ist in dem Programm der Arbeiterschaft der bürgerlichen Koalitionsregierung die Arbeiterregierung für Deutschland gegenübergestellt.

Aber wie kommen wir zur Arbeiterregierung? Die KPD zählt 250.000 Mitglieder, die VSPD 1.300.000. Von diesem Kräfteverhältnis müssen wir heute ausgehen. Gewiß ist dieses Kräfteverhältnis etwas ganz labiles: es kann sich rasch ändern, Aber auch in bezug auf diese Aenderungen müssen wir uns ganz klar darüber sein, daß jetzt der Eingangspunkt ist, wenn wir die Frage der Arbeiterregierung praktisch stellen wollen! Die Erfahrungen der Pariser Kommune und der russischen Revolution beweisen, daß elementare Bewegungen unter günstigen Umständen zur Machteroberung führen, daß das Proletariat nicht immer die Macht zu halten imstande ist, wie es bei uns 1918 der Fall war.

Wenn wir nicht in der blauen Luft, sondern konkret, praktisch, wie sich uns in Sachsen die Frage stellte, an das Problem der Arbeiterregierung herangehen, so kommen wir aus dem fruchtlosen Wortstreit heraus: ist die Arbeiterregierung gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats oder nicht? Man kann über die Teilnahme an einer Arbeiterregierung sehr verschiedener Meinung sein, und wir werden gerade dann zu einer Klärung kommen, wenn wir nicht Luftgymnastik betreiben, sondern wenn wir ganz nüchtern herausschälen, was vor allen Dingen die Arbeiterregierung n i c h t i s t. Von diesem Gesichtspunkt auch will ich für die Diskussion zur Anregung – zur Lösung mute ich mir gar nicht zu – einige Leitpunkte geben.

Wenn in Sachsen das Problem der Arbeiterregierung praktisch bestand – ich bin der Meinung, es war nicht der Fall –, was hätte das für eine Arbeiterregierung sein können? Um die Arbeiterregierung ging ein zäher Kampf der Kommunistischen Partei, um die Massen in Sachsen zu sammeln, und soweit die Kraft der Kommunistischen Partei in den Massen irgendwie reichte, hat sie das getan, wie in keinem anderen Teile des Reiches, bei den Wahlen und in der Betriebsrätebewegung. Was hat dort die Kraft der Partei vermocht? Von den über 2 Millionen Proletariern in Sachsen gelang es, 400.000 für die Betriebsrätebewegung als Sympathisierende zu gewinnen. In derselben Zeit, wo die Partei die ganze Kraft anstrengte, um so die Arbeitermassen für den Teuerungskampf zu gewinnen, fanden die Wahlen zum sächsischen Landtag statt, und dabei bekamen die Sozialdemokraten über eine Million und die Kommunisten noch nicht 300.000 Stimmen; also noch nicht den Teil, den wir für die Betriebsräte-[7]bewegung erfaßt hatten, konnten wir in der Wahl für den Kommunismus aufbringen. Bei diesem Kräfteverhältnis scheint mir p r a k t i s c h im Sinne der Verwirklichung der Arbeiterregierung das Problem nicht zu stehen.

Wie ist diese Täuschung zustande gekommen? In Sachsen ist die Partei so schwach, in anderen Gebieten Deutschlands ist sie noch schwächer –, so daß sie den Gedanken der Arbeiterregierung noch nicht einmal innerhalb der Partei klären, geschweige denn den sozialistischen Arbeitermassen das Problem klar machen konnte. Deswegen konnten wir bei der Agitation durch einen Trick der Sozialdemokratie mehr oder weniger mattgesetzt werden. Es gelang uns Kommunisten nicht, das Problem der Arbeiterregierung den kommunistischen, den sozialdemokratischen und den parteilosen Arbeitern klarzumachen, sondern es gelang der Sozialdemokratie, sie zu verwirren und den Eintritt von Kommunisten in ein sozialistisches Kabinett den Arbeitern als ein Synonym von Arbeiterregierung aufzuschwätzen. Deswegen konnte die Sozialdemokratie Sachsens ungestraft agitatorisch die Kommunistische Partei mattsetzen und sich den Luxus leisten, zu sagen: die Sozialdemokratie ist für eine Arbeiterregierung und sie ist für den Eintritt von Kommunisten in diese Regierung. Daß es uns nicht gelungen ist, das Wesen der Arbeiterregierung den sächsischen Arbeitern oder auch nur den kommunistischen Arbeitern, ja, sogar den kommunistischen Mitgliedern klarzumachen, dafür ist der beste Beweis, daß die Ablehnung a l l e r Forderungen – nicht einer, nicht der neunten, nein, aller Forderungen gar keine Entrüstung von ernsthafter Bedeutung im sächsischen Proletariat ausgelöst hat.

Wenn wir so die wirklichen Tatsachen ins Auge fassen, so bin ich der Meinung, dort eine Diskussion, wie wir sie gestern. und auch sonst über die Frage der Arbeiterregierung bei uns geführt haben, nur die gesunde Entwicklung der Partei. Wir müssen nicht nur über die Zukunftsmöglichkeiten, sondern über Gegenwartsausgaben reden, weil es sich da um eine Lebensfrage handelt. Wir müssen den Massen klar machen, was eine Arbeiterregierung ist und was sie nicht ist. Sie ist nicht – und ich brauche darüber kein Wort zu sagen – Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratisches Kabinett; sie ist aber auch nicht Diktatur des Proletariats, sie kann im besten Falle Bruch mit der bisherigen sozialdemokratischen Politik sein, nicht in dem Sinne, daß, wenn wir 10 Mandate haben und die anderen 40, wir von den Sozialdemokraten und diesen Arbeitermassen verlangen, daß sie kommunistische Politik machen sollen. Nein! Wenn Sie die Frage der Arbeiterregierung so stellen, daß Sie von den Sozialdemokraten und den von ihnen geführten Massen kommunistische Politik verlangen, dann ist das eine Irreführung unserer eigenen Arbeitermassen – statt einer Klärung eine Verwirrung! Aber es ist etwas anderes möglich: nicht, daß die anderen kommunistische Politik machen, sondern daß wir sie zwingen, ihre eigenen Agitationsversprechungen bei der Wahl in ihrer praktischen Politik in die Wirklichkeit umzusetzen, und das ist, wenn wir sie dazu zwingen könn-

ten, unter Umständen den Einsatz und die Teilnahme von Kommunisten an der Regierung wert, weil das die Trennung der sozialdemokratischen Arbeitermassen von der Bourgeoisie bedeutet, das wäre ein Bruch mit der bisherigen sozialdemokratischen Politik. Wenn es uns gelingt, nicht diese Arbeitermassen sofort zu Kommunisten zu machen, sondern sie nur unter Anknüpfung an ihre eigene Nöte, durch eine klare Propaganda für die Arbeiterregierung gegenüber der Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie, anfangs mittels Ausnützung des Parlamentarismus u n d der [8] eigenen Klassenorgane: Gewerkschaften, Betriebsräte oder Arbeiterräte, in den Kampf zu bringen, daß sie auf diese Art und Weise, wie sie sich einbilden auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, unter den bestehenden Verfassungsverhältnissen, in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt werden, so wäre das für die Revolution von ungeheurer Bedeutung. Denn dann beginnt der Kampf, und wenn erst der Kampf beginnt, ist das Ende nicht abzusehen: dann kann er nicht mehr begrenzt werden auf die demokratischen Formen. Aber der Ausgangspunkt unserer Agitation darf nicht der sein, daß wir sagen: Arbeiterregierung ist Diktatur, und: ehe die Arbeiterregierung nicht zu diktatorischen Maßnahmen fortschreitet, kann eine Teilnahme von Kommunisten an dieser Arbeiterregierung nicht in Frage kommen! – nicht so werden wir die Zersetzung der VSPD als Partei und die Gewinnung der Arbeitermassen für den Kommunismus erreichen, sondern dann, wenn wir an ihre demokratischen Illusionen anknüpfen (sehr richtig), wenn wir anzuknüpfen verstehen an die Auffassung der Arbeiter in gehobener Lebensstellung, wenn es möglich ist, den auf parlamentarischem Wege gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen. Ehe wir nicht durch die Praxis imstande gewesen sind, durch die Teilnahme von Kommunisten an einer solchen Regierung zu beweisen, daß es nicht genügt, den bürgerlichen Staat in den Dienst des Proletariats zu stellen, so lange können wir reden wie wir wollen: wir werden den Aberglauben an die Demokratie in der Arbeiterschaft nicht auszurotten imstande sein, und wenn uns eine günstige Welle zur Eroberung der Macht bringen würde, würden wir, wenn nicht die Zerstörung der Illusionen vorhergegangen. wäre, genau so wie 1918 und 1919 die Macht verlieren. (Zustimmung.) Wer glaubt, sich mit Redensarten über diese konkreten Tatsachen hinwegsehen zu können, der ist kein Revolutionär, sondern er ist – wie ich mich in meiner groben Manier ausdrücke – ein Angstkommunist. Dieser Radikalismus ist kein radikaler Kommunismus – im Sinne von Marx, der radikal mit „gründlich sein“ übersetzt –, sondern das ist die Angst, daß die Genossen bei einer solchen praktisch betriebenen kommunistischen Politik ihren Kommunismus verlieren. (W a l c h e r: Sie ist nicht unbegründet!) Es gibt einen Teil radikaler Kommunisten, die ich psychologisch verstehe, die Recht haben, zu fürchten, daß sie das bißchen Kommunismus, was sie haben, verlieren. (Zuruf und Zustimmung.) Aber das kann nicht ausschlaggebend für unsere praktische Politik sein, sondern wir können praktische Politik nur machen, wenn wir die möglichen opportunistischen Gefahren zu vermeiden verstehen. Die Gefahrentheorie, die sich bei uns so breit macht, ist meiner Ansicht nach nur Angstkommunismus. Gewiß birgt die Politik der Einheitsfront eine ganze Menge Gefahren in sich; aber der Bürgerkrieg hat noch mehr Gefahren, nicht in dem Sinne, daß der einzelne dabei totgeschossen werden kann – das kann auch von der national-sozialistisch-faszistischen Bewegung bei einer sehr opportunistischen Politik sogar Sozialdemokraten passieren! –, nicht in dem Sinne ist die Politik des Bürgerkriegs gefährlich, sondern in dem Sinne, wie es uns die Beispiele in Ungarn und in München lehren. Also, es gibt keine kommunistische Politik, die im Kampfe eine ganze Welt umändern will, die nicht mit Gefahren verbunden wäre. Dies Gefahrengerede nimmt sich wunderbar aus, und ich halte es nicht für tiefgründige Weisheit, von Gefahr zu schreien. Bei uns in Deutschland besteht nicht die geringste Gefahr in der Auswirkung einer Agitation und Politik für die Arbeiterregierung, daß wir hier in opportunistische Schweinereien [9] hineinkämen. (U r b a h n s : Hört! Hört!) Die größte Gefahr sehe ich vielmehr in jener leeren und hohlen Agitationsrederei, mit der es unserer Partei nicht gelingt, die Arbeitermassen für uns zu gewinnen, weil wir an ihnen vorbeireden. Die größte Gefahr bei uns in Deutschland, die ich allerdings nicht für eine linke, sondern für eine rechte halte, sehe ich in dieser Passivität, die sich hinter radikalen Phrasen verstecken. (Sehr gut!) Das ist die große Gefahr bei uns in Deutschland. Genossen! Man kann in einer Versammlung furchtbar radikal reden, und der Crispien und der Scheidemann und diese Leute nehmen es in Radikalismus in einer Versammlung mit unseren radikalen Kommunisten auf. Aber es kommt

darauf an, nicht, daß man radikal redet, sondern, daß man radikal sachlich, gründlich handelt, daß wir wirklich verstehen, an die Ideologien und Auffassungen anzuknüpfen, wie sie in der Mehrheit des deutschen Proletariats, die wir erobern wollen, leben, um sie zu überwinden. Wenn uns das gelingt und wenn vor allen Dingen die ungeheure Passivität, ob sie sich nun rechts oder links firmiert, vermeiden können, wenn wir die Massen in Aktionen bringen, die ihren Kräften entsprechen, die bis an die Grenze ihrer Kraft gehen, die nicht die Gefahr des Putschismus bringen, daß wir über die Grenze dieser Kräfte hinausgehen, daß wir meinen: wir können aus Eigenem die ganze Welt zwingen usw., dann gibt es in Deutschland gegenwärtig keine opportunistische Gefahr. Deswegen scheint mir, politisch gesehen, die Frage der Arbeiterregierung die wichtigste Aufgabe zu sein, und es gilt, diesen ganzen Fragenkomplex, wie wir ihn im Programm aufgestellt haben: den Teuerungskampf der Betriebsräte, die Kontrollausschüsse und die Eroberung der Gewerkschaften auf eine Grundlage zu stellen, die es uns ermöglicht, von jeder hohlen und leeren Agitationsklapperei hinweg zu einer aktiven Politik zu kommen.

Die Situation ist in Deutschland so, daß unsere Partei politisch und organisatorisch so stark ist, wie sie nie war. Diese Stärke zeigt sich darin, daß wir eine Peripherie von Sympathisierenden um die Partei zu legen verstanden haben – in der Betriebsräte- und Teuerungsbewegung von einem Umfang wie nie zu vor. Wir können von 2 bis 3 Millionen deutscher Arbeiter sprechen, die mit der Kommunistischen Partei sympathisieren. Aber wir müssen auch ehrlich gegen uns selbst sein: die Sympathie stützt sich noch nicht auf ein Vertrauen zur Kommunistischen Partei. Die mit uns sympathisierenden Arbeitermassen, die wir so weit gewonnen haben, daß sie mit uns sympathisieren, bringen uns nicht das Vertrauen entgegen, daß sie glauben, wir seien imstande, in diesem Teuerungskampf führend und zweckentsprechend führend, so wie es ihren Auffassungen und Interessen entspricht, das Problem zu lösen, und in dem Augenblick, wo wir die Sympathie dieser Arbeitermassen in breites Vertrauen verwandeln, sind wir in Deutschland mit unseren 250.000 Mitgliedern in der Kommunistischen Partei eine Macht geworden, mit der man anders rechnen muß als bisher. So scheint mir das Erwerben dieses heute noch mangelnden Vertrauens die wichtigste Aufgabe zu sein, vor der die Partei steht. Nun aber sage ich: wir können dies Vertrauen nur erwerben, wenn wir zeigen, daß wir nüchtern die Kräfte abwägen, daß wir das Proletariat in Kämpfe hineinführen, die den Kräfteverhältnissen entsprechen.

Diese Kämpfe können jetzt keine großen Aktionen sein, indem man die Frage der Arbeiterregierung so stellt: sie ist gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats. Um das Vertrauen zu gewinnen, brauchen wir meiner Meinung nach eine Reihe von kleinen Erfolgen, [10] bei denen das deutsche Proletariat offensichtlich sieht: diese Erfolge sind nur durch die kluge, mutige und ernste Haltung der Kommunistischen Partei zustande gekommen. Wer da glaubt, jetzt größeres zu tun und tun zu können mit den Kräften der Partei, der wird meiner Ueberzeugung nach weniger tun: entweder nichts tun als radikal reden und nicht zu solchen kleinen Erfolgen kommen, oder die Kräfte überspannend die Kommunistische Partei in isolierte Kämpfe verstricken, die nicht zu Erfolgen, sondern zu Niederlagen führen. Die Niederlagen, die wir in Deutschland erlitten haben, haben das deutsche Proletariat vorsichtig, einen Teil des deutschen Proletariats passiv und noch einen Teil – und leider einen nicht geringen – feige gemacht. Im großen trifft zu, was Trotzki auf dem 4. Weltkongreß sagte: die Massen sind nicht weniger revolutionär, sondern nur vorsichtig geworden. Aber wenn wir analysierend die besonderen Zustände in Deutschland mit fortwährenden Niederlagen nehmen, wo wir unsere Kräfte überschätzten – und es kommt nicht darauf an, daß die Leitung sie nicht überschätzt, sondern daß die tatsächliche Auswirkung in den Massen als Ueberschätzung der Kräfte wirkte –, so erreichen wir nicht das Vertrauen. Die Betriebsrätebewegung gilt es hier auszunützen, um durch die Kontrolltätigkeit – leider noch nicht bei der Produktion, dazu reicht es noch nicht, aber durch die Kontrolle der Preise solche kleinen Erfolge zu erreichen, dann werden wir das jetzt noch mangelnde Vertrauen zum Kommunismus im Proletariat gewinnen.

Genossen! Wenn es uns gelingt, den großen Kampf, der jetzt in der Pfalz stattfindet, zu finanzieren, wenn es uns gelingt, ohne die Gewerkschaftsbürokratie, ja sogar gegen ihren Widerstand nur einen kleinen Teilerfolg für die streikenden Pfälzer Arbeiter herauszuholen, dann ist das, was Walcher

gestern sagte, geradezu von epochemachender Bedeutung in Deutschland, und an diesen Pfälzer Streik und an solche Erfolge in der Kontrolltätigkeit der Betriebsrätebewegung, des Teuerungskampfes usw. denke ich, sie müssen unseren Weg zur Eroberung der Massen, zum Siege des Proletariats über die Bourgeoisie, zur Niederwerfung der Bourgeoisie pflastern. Deshalb gilt es auch, diese Betriebsrätebewegung sehr ernst zu nehmen.

In den Betriebsräten haben wir das Mittel, um das Vertrauen der Massen zu gewinnen; in dieser Bewegung muß sich die ganze Kraft der Partei konzentrieren, damit sich die Partei dort die Kaders schafft zum Kampfe nicht nur um kleinere, sondern um größere Erfolge. Wenn wir bisher Niederlagen hatten, so sind sie darauf zurückzuführen, in der ersten Phase der Revolution bis 1919, daß das deutsche Proletariat isoliert und nacheinander kämpfte, erst in Berlin, dann in Bremen, dann im Rheinlande, dann in Mitteldeutschland, Sachsen, München usw. und isoliert nacheinander niedergeschlagen wurde: In der zweiten Periode kamen wir zu den Niederlagen, weil wir als Partei, obgleich sich ziemlich einheitlich über ganz Deutschland ein elementarer Kampfwille zeigte, wie beim Kapp-Putsch, nach der Ermordung Erzbergers und Rathenaus, zu schwach waren, gegen SPD, USP und Gewerkschaftsbürokratie diesen Kampfwillen zu sammeln, und ohne und gegen diese Instanzen weiterzuführen, weil es uns an den Kadern und Organen mangelte, diese Bewegung zu erfassen, um sie weiterzuführen. Wenn es uns jetzt gelingt, in jedem Ort solche Kontrollausschüsse durch Zusammenfassung der Betriebsräte usw. zu schaffen, dann können wir zwar von uns aus keine elementare Kampfwelle schaffen – das ist Unsinn –, aber wir können kommenden elementaren Kampfwellen des Proletariats aus einem Anlaß wie heim Kapp-Putsch oder bei der Bewegung nach der Ermordung Erzbergers oder Rathenaus [11] auffangen und ohne und, wenn es sein muß: gegen die Gewerkschaftsbürokratie ein Stück weiterführen. Auch in diesem Sinne ist der Pfälzer Streik ein Beispiel, wie sich die Machtverhältnisse nicht welterschütternd umwälzen, weil die sozialen Schichtungsverhältnisse sich nicht katastrophal umändern, sondern hierin zeigt sich unser Machtzuwachs, daß wir ihn bei solchen Gelegenheiten ausnutzen.

Gerade deswegen ist es gefährlich, jetzt hohl radikal zu reden. Die Vorschläge, die immer auftauchen, und die wir bei dieser elenden Lage des Proletariats verstehen müssen, wie beim Pfälzer Streik wieder: Proklamation des Generalstreiks! oder die bedauerliche Tatsache, daß auf dem Betriebsrätekongreß ausgerechnet ein kommunistischer Unterbezirksleiter, der Genosse Ex aus Rheinland-Westfalen den Generalstreik proklamieren wollte und ihn in den Vordergrund stellte, diese Raum- und zeitlosen, radikal sein wollenden Forderungen müssen wir uns als Partei abgewöhnen (sehr richtig!); sie hemmen uns, das Vertrauen der Massen zu gewinnen, sie hemmen uns, die Arbeitermassen in den Gang solcher Kämpfe einzustellen, die uns die kleinen Erfolge bringen. Das Gerede vom Generalstreik ist in der Partei nicht gefährlich, aber es lenkt von den viel schwierigeren Aufgaben ab; denn es lullt mit dem radikalen Tun in Passivität, in Nichtstun ein.

In diesem Zusammenhang gilt es, sich auch unserer anderen Aufgabe bewußt zu werden, der Eroberung der Gewerkschaften. Weil wir an Kraft zugenommen haben, deswegen wird unser Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften schwieriger, weil er komplizierter wird, weil sich unsere Kräfte stärker zeigen, weil wir der Bürokratie ernster auf den Leib rücken, deswegen gehen sie aggressiver gegen uns vor. Das wir mit unserem Einfluß ernstlich gewachsen sind, beweist die Tatsache, daß die Gewerkschaftsbürokratie seit dem 11. Kongreß fortwährend schwankt. Ich differiere hier mit der Auffassung des Genossen Walcher über den Gewerkschaftskongreß. Ich sagte, dieses Schwanken trat schon ganz deutlich auf dem 11. Kongreß zutage. Die obere Bürokratie wollte meiner tiefsten Ueberzeugung nach und auf Grund dessen, daß in Rom auch die Amsterdamer die Spaltung in Deutschland vorbereiteten und ihre Durchführung versprochen haben, die Spaltung durch den Hinauswurf der Kommunisten in Deutschland durchführen. Aber diese Einstellung wurde erschüttert, weil auf dem 11. Gewerkschaftskongreß die mittlere und untere Bürokratie bereits schwankte und versagte, jedenfalls in wichtigen Fragen (sehr richtig!), besonders die untere Bürokratie, die in unmittelbarer Verbindung mit den Arbeitermassen steht, kann zwar in der Phrase die Politik des ADGB immer mehr oder weniger decken, in der Praxis ober nicht mehr. (H e c k e r t: Sehr richtig!) Wir haben hier eine Parallelerscheinung wie bei der Legalisierung des Christentums: der Unter-

schied zwischen der mittleren und unteren Hierarchie auf der einen und der oberen Hierarchie auf der anderen Seite. Aehnliche Zustände haben wir in der Gewerkschaftsbürokratie. Die Veröffentlichung des Materials über die Kommunisten anläßlich der Rathenaukampagne beweist, das es der hohen Gewerkschaftsbürokratie geht wie Meister Anton in Hebbels Drama: sie verstehen die Welt nicht mehr! Wir haben im ganzen letzten Jahre als Partei keine so gute Agitationsbroschüre herausgebracht, wie sie der ADGB für uns zusammengestellt hat. Er bringt alle unsere Argumente, unsere Dokumente, alle unsere wesentlichen Anregungen und bildet sich ein, dadurch wird es ihnen möglich sein, die Kommunisten wie Hunde zu behandeln. So schweben sie bereits außerhalb von Zeit und Raum, so sind sie nicht [12] mehr imstande, die Stimmungen und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Proletariat zu beurteilen. Diese Schwankungen zeigen sich auch darin, daß sie allen Androhungen gegenüber der Betriebsrätebewegung zum Trotz nicht imstande sind, die Teilnehmer an der Bewegung aus den Gewerkschaften hinauszuschmeißen. Sie wollen es noch, aber sie haben keine Courage mehr, Paeplow, der uns vor zwei Jahren hinausschmeißen konnte, weil wir an einer von uns einberufenen Konferenz teilgenommen hatten, traut sich heute nicht mehr, den Düsseldorfer Zweigverein, der 30.000 Mark für die Betriebsräte bewilligt hat, auszuschließen, der den Kassierer abgesetzt hat, weil er sie nicht auszahlen wollte, der erklärt hat: wir bezahlen keine Beiträge mehr, wenn ihr euch mausig macht! Es wäre illusionär, wenn wir annehmen sollten, Paeplow würde seine Zerstörungspolitik aufgeben. Ich bin überzeugt, Paeplow schwankt keinen Augenblick, die Düsseldorfer hinauszuschmeißen; aber die mittleren und unteren Beamten haben ihn in dieser Frage im Bauarbeiterverband niedergestimmt. Sie sehen also in der Gewerkschaftsbewegung überall ein ernstes Schwanken. Ich erinnere an die erneuten Kämpfe, wo z. B. Dißmann – es kommt nicht darauf an, wie er persönlich ist, sondern wie er soziologisch wirkt: zersetzend – in der VSP sich gegen die Koalitionspolitik und für eine andere Taktik in der Gewerkschaftsbewegung ausspricht. Das alles beweist uns, daß im Lager der VSP, des Proletariats, das nicht unserer Partei angehört, das zum Teil nicht einmal mit uns sympathisiert, uns vor allen Dingen kein Vertrauen entgegenbringt, Schwankungen vorhanden sind, die es uns, wenn es uns als Partei gelingt, sie richtig auszunutzen, sehr leicht machen müssen, diese Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Wir müssen lernen zu differenzieren, scharfe Bekämpfung der SPD-Führung, sagen, was uns von diesen Verrätern trennt, ganz brutal, gleichzeitig aber ganz scharf und einseitig hervorzukehren, w a s u n s m i t d e n A r b e i t e r m a s s e n d e r V S P g e m e i n s a m i s t. Wenn wir das nicht in unserer Agitation lernen, dann werden wir gute Zeit vertrödeln, ehe wir diese mehr oder weniger in Bewegung geratenen VSP-Massen gewinnen. Können wir unsere Agitation umstellen, und diesen scharfen Kampf gegen die VSP-Führung verbinden mit der wärmsten Agitation und Hervorkehrung dessen, was uns mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen eint, dann machen wir die Sozialdemokratische Partei sturmreif, dann fördern wir den Zersetzungsprozeß. Das können wir aber nur, wenn wir es verstehen, an ihre Gedankengänge anzuknüpfen. Nicht uns von sozialdemokratischen Gedankengängen leiten lassen, nicht selbst sozialdemokratische Politik machen, sondern anknüpfen, um sie aus dieser sozialdemokratischen Ideologie und aus diesem Sumpf herauszuheben. Damit will ich diese Frage in unserer Partei zur Diskussion stellen und will auf die andere Schicht, von der ich vorhin sprach, die unter dieser gehobenen Grundlage des Proletariats und ihrer Partei bildenden Kraft ist, zu sprechen kommen, auf die faszistische, nationalsozialistische Bewegung. [13]

*

Der Weltfriedenskongreß im Haag.

Von A. L o s o w s k y.

1. Die russischen Gewerkschaften und der Kongreß.

Als die russischen Gewerkschaften die Einladung der Amsterdamer Internationale zur Teilnahme an diesem Kongreß erhielten, war es uns vollkommen klar, daß damit versucht wird, unter der Maske eines internationalen Friedenskongresses eine bürgerlich-pazifistische Demonstration durchzuführen, um den Arbeitern zu zeigen, daß die Amsterdamer Internationale die Erhaltung des Friedens bewacht. Es war uns bekannt, daß alle möglichen pazifistischen, bürgerlichen Gesellschaften zur Teilnahme an dem Kongreß eingeladen wurden. Um den Eindruck abzuschwächen, den diese Ein-

ladung der bürgerlichen Pazifisten unter der Arbeiterschaft hervorriefs, stellten die Initiatoren des Kongresses die Bedingung, daß nur jene Organisationen an dem Kongreß teilnehmen können, die den Standpunkt der Resolution des Kongresses zu Rom teilen. Diese Resolution wurde von den Amsterdamern überhaupt bei jeder Gelegenheit aufs Tapet gebracht. Sie versuchten auch, ihre Anerkennung den russischen Gewerkschaften als Vorbedingung zur Zulassung auf den Kongreß aufzuzwingen, aber weder der Zentralrat der russischen Gewerkschaften, noch die nach dem Haag fahrende Delegation verpflichteten sich hierzu und lehnten auch die „Anerkennung der Amsterdamer Internationale als einzig kompetente Internationale Organisation“, wie dies F i m m e n und O u d e g e e s t in ihrem Briefe verlangten, ab. Welche Bedeutung hat die Resolution des Kongresses zu Rom? Im Namen von 107 Delegierten der verschiedenen europäischen Länder und der an die Amsterdamer Internationale angeschlossenen Internationalen Berufs-Sekretariate wird in ihr erklärt, „daß es Pflicht der organisierten Arbeiter ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu verhindern und beim faktischen Ausbruch desselben den internationalen Generalstreik durchzuführen!“ Mit anderen Worten, von den bürgerlichen Pazifisten wurde nicht mehr und nicht weniger als die Anerkennung des internationalen Generalstreiks am Tage der Kriegserklärung, oder anders gesagt, die Anerkennung der sozialen Revolution verlangt. Wie wenig ernst diese Forderung gemeint ist, geht daraus hervor, daß weder die Initiatoren dieser Resolution, noch die Amsterdamer Internationale die Frage des internationalen Generalstreiks mit der Frage der Verteidigung des Vaterlandes verknüpften. Da diese Resolution von den Patrioten der verschiedensten Nationalitäten ausgearbeitet wurde, denen es klar war, daß in der Frage über die Verteidigung des Vaterlandes unter ihnen die gleichen Meinungsverschiedenheiten bestanden, wie unter allen anderen Nationalisten, umgingen sie diese Frage, indem sie das leere Prinzip: Generalstreik im Falle eines Krieges! aufstellten, wobei jeder für die Resolution mit der Einschränkung stimmte, daß der Streik im Falle eines Verteidigungskrieges nicht zur Anwendung gelangen wird. Wie dem auch sei, nach Ansicht der Amsterdamer hatte der Kongreß alle Kräfte des Pazifismus und der modernen Gesellschaft zusammenzufassen und einen starken pazifistischen Block gegen die Gefahr eines Krieges zu bilden.

2. Die Zusammensetzung des Kongresses.

Wir wußten also, wie bereits erwähnt, schon vorher, daß wir auf diesem Kongreß die Vertreter der pazifistischen Organisationen treffen werden, aber trotzdem übertraf die Zusammensetzung des Kon-[14]gresses alle unsere Erwartungen. Vor allem war der Kongreß ein rein europäischer. Wirklich vertreten waren nur die reformistischen Organisationen Frankreichs, Belgiens, Deutschlands, Hollands und Englands, während die anderen Länder nur schwache Delegationen entsandt hatten. Die Besonderheit des Kongresses bestand darin, daß neben den Vertretern der reformistischen Arbeiterorganisationen die Vertreter der verschiedenartigsten pazifistischen Gesellschaften saßen, die nach dem Krieg wie die Pilze nach einem warmen Regen hervorschossen. So sah man die Vertreter der Union Internationaler Associationen, den Internationalen Verband der Friedensgesellschaften (Belgien), den Nationalen Friedensrat, den Internationalen Verband der Friedensgesellschaften, die Union der demokratischen Kontrolle, den Verband „Nie wieder Krieg“, den Internationalen Verband zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Kirchen, die Internationale Frauen-Liga für Frieden und Freiheit, das Internationale Friedensbüro, den Rat zur Bekämpfung des Hungers und für den Wiederausbau Europas (England); die Deutsche Liga der Menschenrechte, den Bund der pazifistischen Gesellschaften in Deutschland, den Internationalen Verband der pazifistischen Gesellschaften, den Internationalen Verein g e w e s e n e r Soldaten und Kriegsopfer, den Freimaurer-Bund „Zur aufgehenden Sonne“, die Französische Liga zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, den Bund der Nationalitäten, die Internationale Frauen-Liga für Frieden und Freizeit, die Föderation der französischen Associationen für die Gesellschaft der Nationen, die Republikanische Liga, den Internationalen Block der mittleren Klassen (Frankreich) und noch andere mehr.

Ich werde nicht die Namen aller ehrenwerten Gentlemen und alter pazifistischer Damen anführen, die diese zahlreichen pompösen internationalen Vereine, Brüderschaften usw. vertraten. Es ist allbekannt, daß diese Gesellschaften während des Krieges mit seltenen Ausnahmen zu chauvinistischen Organisationen wurden, die mit Schaum vor dem Munde ihr Vaterland verteidigten und alle

übrigen des Chauvinismus beschuldigten. Zur Vervollständigung des Bildes muß noch erwähnt werden, daß auf diesem Kongreß auch die überall gegenwärtigen Vertreter der georgischen und sogar der ukrainischen Emigranten zugegen waren. Diese Zusammensetzung des Kongresses war schon an und für sich ein Programm, und es ist ganz natürlich, daß die Kongreß-Einberufer, die Liebhaber pazifistischer Weisheiten, alte Professoren des internationalen Rechtes, die bestrebt waren, mit juridischen Spitzfindigkeiten den Krieg zu verhindern, alles tun mußten, um den Kongreß dem Niveau dieser alten Damen und pazifistischer Gentlemen anzupassen. Uebrigens brauchten die Führer der reformistischen Verbände, die Vertreter der 2. und 2½. Internationale, dies nicht erst zu tun; sie waren auch ohnedies zur Anteilnahme an dieser auserwählten pazifistischen Gesellschaft geeignet und berufen. Der Kongreß hat gezeigt, daß der Reformismus und der bürgerliche Pazifismus mir zwei verschiedene Seiten ein und derselben abgenutzten Münze der Bourgeoisie sind.

3. Die russische Delegation auf dem Kongreß.

In Berlin erfuhren wir, daß nur dreien von uns, und zwar dem Genossen R a d e k, R o t h s t e i n und mir, die Einreise nach dem Haag gestattet wurde, während das holländische Konsulat von den anderen Mitgliedern der Delegation nichts wußte. Wir beschlossen, zu Dritt zu fahren und bemühten uns gleich am ersten Tag unserer [15] Ankunft, mit F i m m e n betreffs der Einreise-Erlaubnis des übrigen Teils unserer Delegation zu verhandeln. An dem gleichen Tage brachten wir drei schriftliche Anträge ein: 1. Sofortige Einladung der KI und der RGI, 2. Zuerkennung des Wortes für die Vertreter der russischen Gewerkschaften zwecks Protestes gegen die Nichtzulassung der Mehrheit der russischen Delegation und 3. Aufnahme der Reparationsfragen und der Fragen eines Kampfes gegen die Beschlüsse der Konferenzen zu Lausanne und London und gegen die Besetzung des Ruhrgebietes in die Tagesordnung des Kongresses.

Ueber unsern Antrag wurde nicht nur nicht abgestimmt, er wurde nicht einmal den Delegierten zur Kenntnis gebracht und das Präsidium, das übrigens, nebenbei gesagt, niemand gewählt hatte, unterschlug denselben ganz einfach. Was unsere ebenfalls schriftlich eingebrachte Forderung betrifft, uns das Korreferat zuzubilligen, so antworteten diese Herren erst nach wiederholten Malen, daß sie keine „Privilegien“ gewähren können. Und kurz vorher hatte sich Fimmen uns gegenüber geäußert, daß die Forderung, zu den einzelnen Fragen der Tagesordnung ein Korreferat halten zu wollen, unsererseits eine Frechheit sei. Wir erklärten F i m m e n, daß wir mit Leuten, die sich nicht zu benehmen wissen, überhaupt nicht zu verhandeln wünschen. Er kam einige Male zu uns und entschuldigte sich, indem er erklärte, daß ihm dieses Wort unbewußt entfahren sei und daß er nichts Verlegendes sagen wollte.

Wie dem auch immer sei, das Präsidium des Kongresses sabotierte von allem Anfang an alle Anträge der russischen Delegation. Es tauchte die Frage auf, ob es nicht besser sei, diesen internationalen Kongreß der Nationalisten, die sich als Sozialisten aufspielten, zu verlassen. Aber wir beschlossen, bis zum Ende zu bleiben, um zu versuchen, den Standpunkt der russischen Delegation zu den einzelnen Fragen der Tagesordnung zu vertreten.

4. Die Tätigkeit des Kongresses.

Da die Aufgabe der Initiatoren des Kongresses nicht darin bestand, ein praktisches Aktionsprogramm auszuarbeiten, sondern nur die bunte Gesellschaft auf dem Boden einer nichtssagenden Resolution zu vereinigen, so praktizierte die Amsterdamer Internationale folgende Geschäftsordnung auf dem Kongreß: die auf der Tagesordnung stehenden Berichte wurden der Reihe nach verlesen, dann wurden zwei Tage für die Debatten zu sämtlichen Berichten bestimmt, ein Tag – für die Arbeiten der Kommission – und ein halber Tag – für die Annahme der Resolutionen. J o u h a u x, F i m m e n, H e n d e r s o n und Dr. G e r l a c h traten nacheinander auf und schilderten dem Kongreß die Schrecken des Krieges und den Nuten, den der Kampf gegen diese Gottesgeißel der gesamten Menschheit bringen wird. Wie sehr man sich auch bemüht, irgend einen neuen und gesunden Gedanken in all diesen Berichten zu finden – es bleibt verlorene Müh’, denn sie enthalten nur entweder die alte Wahrheit, daß der Krieg eine böse Sache sei, oder solche nicht zu beweisende Annahmen, daß es möglich sei, den gegenwärtigen Völkerbund in eine ideale Organisation zu verwandeln. In dieser Art waren die Resolutionen aller Berichterstatter abgefaßt. In der Praxis schrumpft all das,

was man aus diesen Berichten und Anträgen herausschälen konnte, auf folgendes zusammen: die notwendige Umwandlung des gegenwärtigen Völkerbundes in einen wirklichen Völkerbund, Durchsicht der Friedensverträge in Uebereinstimmung mit den Resolutionen der beiden sozialistischen Internationalen und der Amsterdamer Internationale, Um-[16]schaltung der Kriegs-Industrie in Betriebe, die für den Bedarf der friedlichen Bevölkerung arbeiten, Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, Jugenderziehung, Schaffung guter Kinematographen usw. Besonders warm empfohlen wurde es, pazifistischen Geist in den Arbeiterfamilien zu wecken. Sehr viel Zeit und Raum widmeten die Berichterstatter der Frage, das Studium der Geschichte in den Lehranstalten in richtige Bahnen zu lenken und mit der Verherrlichung von Eroberungen zu brechen. Ferner wurde verlangt, die Jugend zur Achtung vor der Arbeit in allen ihren Formen zu erziehen. Diese Binsenwahrheiten bilden den ganzen Inhalt der Berichte und Resolutionen dieses Kongresses. Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete die Frage des Kampfes gegen den Krieg mittels des internationalen Generalstreiks. Aber sowohl die Berichterstatter als auch die vorgeschlagene Resolution stellten diesen Streik in eine solche Perspektive, daß er für niemand sonst als nur für das Proletariat eine Gefahr bedeutet; denn dieser Streik diente auf diesem Kongreß zur Verschleierung des wahren Wesens der Anträge, die die Reformisten um jeden Preis durchdrücken wollten. Schon der Umstand, daß die nervenschwachen pazifistischen Herren und Damen nicht gegen die Idee des internationalen Streiks protestierten, spricht davon, daß sie das Fiktive dieser Losung auf diesem Kongreß begriffen. Die Parole vom Generalstreik sollte dem Kongreß einen revolutionären Stempel aufdrücken, um so die abgestandene reformistische Ware an den Mann zu bringen. In dieser Beziehung sind einige von den namhaftesten Kongreß-Teilnehmern eingebrachten Resolutionen und Anträge besonders interessant. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß einer der Pazifisten in der Plenarsitzung des Kongresses mit bewegter Stimme mitteilte, daß der Kongreß einen gewaltigen Schritt in dem Kampf um den Frieden nach vorwärts getan habe, weil er eine Unter-Kommission bestimmte, die neue Statuten für einen idealen Völkerbund ausarbeiten sollte, von denen, wie bekannt, Pazifisten und Reformisten im Schlafen und im Wachen träumen.

5. Ueber die Einheitsfront.

Wir russischen Delegierten, in Ausübung des Mandates des Zentralrates der russischen Gewerkschaften in diesen reformistisch-pazifistischen Tiergarten versetzt, empfanden diese Nachbarschaft sehr unangenehm und beschlossen, die Frage der Einheitsfront in ihrer ganzen Schärfe vor dieser erlauchten Versammlung von Mumien aufzurollen. Ich stellte die Frage, warum die Kommunistische Internationale, die Parteien und revolutionäre Minderheiten umfaßt, welche während des Krieges gegen denselben gekämpft hatten, was jedenfalls schwieriger sei als die Bekämpfung des Krieges im Frieden, zu diesem Kongreß nicht eingeladen wurde, während doch die verschiedenen pazifistischen Gesellschaften und sogar die Kirchen vertreten sind? Im Namen der russischen Gewerkschaften, im Namen der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale schlugen wir die Bildung der Einheitsfront auf der Basis des praktischen Kampfes vor. Wir verlangten nicht die Anerkennung der kommunistischen Prinzipien, wie forderten jedoch die Sprengung des Blocks mit der Bourgeoisie überhaupt und mit den bürgerlichen Pazifisten im besonderen und die Blockierung mit uns. Wir zeigten, daß der Kampf gegen den Krieg nur möglich sei auf dem Boden des Klassenkampfes und nicht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie. Wir arbeiteten praktische Anträge aus: Unverzügliche Schaffung eines internationalen Aktions-Komitees und ebensolcher nationaler Komi-[17]tees aus den Vertretern aller bestehenden Internationalen und des Internationalen Genossenschafts-Verbandes. Anläßlich des offiziellen Antrages betreffs der Einheitsfront erklärten wir, daß wir bereit sind, sie zusammen mit ihnen zu bilden, falls sie dies wollen und ohne sie, falls sie Widerstand leisten würden. Unser Antrag löste einen Sturm des Unwillens und des Spottes aus. Als erster stürzte D u m o u l i n auf die Rednertribüne, der bei seinen Anschuldigungen gegen die russische Delegation so sehr ins Feuer kam, daß er den von uns gestellten Antrag betreffs Schaffung der Einheitsfront ganz vergaß. Auch an die Aktions-Komitees erinnerte er sich ebensowenig wie die andern Redner, dagegen vergaßen sie alle nicht zu erwähnen, daß die Menschewiken bei uns in den Gefängnissen sitzen, daß die bedauernswerten

Sozialrevolutionäre gekränkt wurden, daß die trostlose Witwe – Mütterchen Georgien – im Ausland sitzt und darauf wartet, daß man ihr die Rückkehr gestatte. In dem gleichen Sinne sprachen auch die andern Redner. Die reformistischen Leichname belebten sich, ihre Worte bekamen ein erhöhtes Pathos als sie die lebendigen Bolschewiki hörten und anstatt sich mit dem Kampf gegen den Kapitalismus zu befassen, beschäftigten sie sich mit dem Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Einheitsfront. Gegen die Einheitsfront wandte sich Grumbach und eine ganze Reihe anderer Redner, die uns Kommunisten beschuldigten, daß wir die Einheitsfront zerstören und die Arbeiterbewegung spalten. Und der holländische Kriegspatriot und Reformist Troelstra erklärte, daß man mit den Kommunisten erst dann eine Einheitsfront wird bilden können, wenn sie eine gewisse Quarantäne durchgemacht haben werden. So stieß unser Vorschlag, den wir nicht auf Grund irgend eines abstrakten Zieles, sondern mit Rücksicht auf die konkreten Aufgaben des Kampfes für den Frieden gemacht hatten, auf einen heftigen Widerstand und rief den Unwillen und die Empörung des Kongresses hervor. Am deutlichsten trat dies in den Worten Graßmanns zutage, der erklärte: „Uns wächst diese Geschichte von der Einheitsfront schon zum Halse heraus“ und wie immer, zogen diese Herren den Block mit der Bourgeoisie dem Zusammenschluß mit den revolutionären Arbeitern vor.

6. Ueber die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Noch charakteristischer war das Verhalten des gesamten Kongresses gegenüber dem von uns gemachten Vorschlag der Einheit der Gewerkschaftsbewegung. In ihren Reden, sowie in ihren Resolutionen, schlug die russische Delegation vor, alle Maßnahmen zu treffen, um die gegenwärtig in den gewerkschaftlichen Massenorganisationen bestehende Spaltung zu liquidieren und die drohende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern zu verhindern. Unser Vorschlag blieb unbeantwortet. Die Amsterdamer wichen dieser heiklen Frage aus, indem sie uns der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung beschuldigten. Dumoulin erklärte, daß Moskau die Schuld an der Spaltung der französischen Gewerkschaften treffe. Ueberhaupt war Moskau der allgemeine Refrain aller Reden. Unser Antrag wurde also abgelehnt. Dagegen erklärte Dumoulin der Kommission, daß er es für notwendig erachtet, in die vorgeschlagene Resolution einen Punkt aus der Resolution der russischen Delegation aufzunehmen. Und so wurde die Resolution Fimmen durch den Punkt ergänzt, in welchem den abgespaltenen Minderheiten nahe gelegt wird, in die alten Organisationen zurückzukehren; und da die Amsterdamer überall in der Mehrheit zu sein glauben, so wollten sie damit sagen, daß die CGTU Frankreichs oder die neue Arbeits-Konföderation der [18] Tschechoslowakei – Organisationen, die die Mehrheit der organisierten Arbeiter des betreffenden Landes umfassen – einfach zu den reformistischen Prinzipien wieder zurückkehren sollen. Nicht der geringste Versuch und der schwächste Wunsch, die Spaltung tatsächlich zu liquidieren, nicht der geringste Hinweis darauf, daß die Gefahr begriffen wird, die der internationalen Gewerkschaftsbewegung durch die Zersplitterung droht. Allerdings, in den privaten Gesprächen, die die Vertreter der russischen Delegation, die Genossen Grunin und Melnitschanski mit Williams und Fimmen hatten, drückten die Amsterdamer den Wunsch aus, weitere Spaltungen zu verhindern. Das waren aber nur die gewohnten leeren Phrasen, die von seiner praktischen Bedeutung sind. Gleichzeitig mit der Weigerung, auch nur einen kleinen Schritt zur Liquidierung der Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung zu tun, gingen lange Verhandlungen zwischen den Vertretern der 2. und 2½. Internationale einher, und es wurde eine spezielle zehngliedrige Kommission bestimmt, die einen besonderen „Einigungskongreß“ für den Mai 1923 einberufen soll. Die Proteste der Schweizer und der Litauer waren erfolglos: der Reformismus von Grimm und Martow bis zu Noske und Renaudel bildete die Einheitsfront gegen den Kommunismus.

7. Die Verteidigung des Vaterlandes.

Ich habe bereits früher darauf hingewiesen, daß der internationale Streik im Falle eines Krieges den Verzicht auf die nationale Verteidigung bedeutet, sofern der Gedanke an den internationalen Generalstreik ernst genommen wird. Von diesem Gesichtspunkt trat auch Genosse Radek in seiner Rede an diese Frage heran. Er beleuchtete den Sinn der Resolution des Kongresses zu Rom und stellte die Frage: Wie steht es um die nationale Verteidigung? Wenn Sie begriffen haben, daß die Parole Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes gegen die Arbeiter gerichtet ist, so müssen Sie

den Mut haben, dieses offen zu erklären, ohne sich hinter leeren Phrasen zu verstecken. Welche Garantien haben wir, daß Sie wirklich im Falle des Kriegsausbruches den Generalstreik durchführen werden? Wir russischen Kommunisten sind nicht so große Revolutionäre wie Sie und würden uns nicht getrauen, Tag und Stunde des internationalen Generalstreiks festzusetzen. Insoweit es uns nicht gelingen würde, die Kriegserklärung zu verhindern, würden wir die Arbeiter zu den Waffen greifen lassen, um sie im gegebenen Moment gegen unsern Klassenfeind zu richten. Wenn Sie aber wirklich durch die Drohung mit dem Streik die bürgerliche Gesellschaft zu beeinflussen beabsichtigen, dann ist es nicht zu verstehen, warum Sie von diesen furchtbaren Sachen in unbestimmter Zukunft sprechen. Wir müssen die konkrete internationale Lage berücksichtigen, in der wir gegenwärtig leben. Die Konferenz von Lausanne ist noch nicht beendet, aber die Resultate ihrer Arbeit sind bereits zu erkennen. Die Londoner Konferenz kann zur Okkupation des Ruhrgebietes führen. Die Reparationslasten sind für die werktätigen Massen Deutschlands unerträglich. Erklären wir einen 24stündigen Streik und zeigen damit der ganzen Welt, daß wir tatsächlich gewillt sind, gegen den Krieg zu kämpfen. Diese praktische Maßnahme wird wertvoller sein, als ein ganzes Dutzend Ihrer Resolutionen, um so mehr, als wir den Erfolg solcher Resolutionen bereits kennen und gesehen haben, wie die Verfasser derselben die übernommenen Pflichten erfüllen. Weniger Phrasen und mehr praktische Arbeit! Dieser überaus nüchterne praktische Vorschlag rief einen Sturm des Unwillens hervor. Der Minister S. M. des Königs von Belgien, [19] der Bürger Vandervelde, ergriff das Wort zur Abwehr. Er begann mit der Erklärung, daß niemand auf das Recht des Verteidigungskrieges verzichte und daß die Reparationen in dem gesunden Prinzip der Wiedergutmachung begründet seien. Vanderfelde vergaß hierbei nur daran, daß außer Belgien und Frankreich auch noch andere Länder, wie z. B. Serbien, Polen und Rußland durch den Krieg zerstört wurden. Von diesen Reparationen schwieg er vollständig. Als echter Patriot des frankobelgischen Vaterlandes sorgte er nur um seine eigene Tasche. Mit dem Pathos eines Schmierenschauspielers erzählte er dem Kongreß von dem großen Kampf, den er und seine Partei für die Gerechtigkeit führe. Er erklärte, daß er niemals, auch nicht während des Krieges, die Hoffnung auf die Internationale verloren habe und daß die belgische Partei zusammen mit der französischen mutig und offen gegen die französische Regierung auftreten werden, wenn Frankreich es wagen sollte, die deutschen Arbeiter zu versklaven (als ob dies nicht bereits geschehen wäre). Daß Vandervelde einer der schamlosesten Sozialpatrioten ist, weiß alle Welt; aber, daß er auf dem internationalen Kongreß von der Gerechtigkeit der Reparationen und von der Versklavung des deutschen Volkes als von etwas vielleicht in der Zukunft Kommendem sprechen wird, eine solche Schamlosigkeit hatte man sogar von ihm nicht erwartet. Vandervelde schlug alle Rekorde. Ihn löste auf der Rednertribüne der Menschewist Abramowitsch ab, der, wie bekannt, stets ein großes Mandat vom russischen Proletariat und 100 kleine Mandate von seinen georgischen Parteigängern bei sich trägt. Abramowitsch erzählte dem Kongreß, wie sehr die Bolschewiken die Menschewiken Georgiens gekränkt hatten und wie die armen und ganz unschuldigen russischen Menschewiken unter der barbarischen Sowjet-Regierung zu leiden haben. Er vergaß nur zu erwähnen, daß an den Leiden der georgischen Menschewiken, die übrigens niemand bestreitet, die Arbeiter Georgiens schuld sind, und wenn Georgien annektiert wurde, so nur vom georgischen Proletariat, und wir bolschewikischen Barbaren können dem Proletariat Frankreichs, Englands und Deutschlands nur wünschen, ebenso ihr Land zu annektieren, wie dies das Proletariat Georgiens getan hat. Es versteht sich von selbst, daß man uns nicht die Möglichkeit gewährte, die Lage in Georgien zu schildern. Statt dessen erklärte im Namen der deutschen Gewerkschaften Graßmann und hierauf der Vorsitzende der SPD, Wels, daß sie im allgemeinen nichts gegen die Reparationen einzuwenden haben, daß aber die Lage Deutschlands eine sehr schwere sei. Für die Reparationen sprach auch der deutsche Pazifist Dr. Quidde, wobei alle diese Herren die Bereitwilligkeit Deutschlands unterstrichen, den vom deutschen Imperialismus angerichteten Schaden wieder gutzumachen, nur vergaßen sie, daß die ganze Last dieser Reparationen von der deutschen Arbeiterschaft getragen wird. Für jeden objektiven Beobachter dieses Kongresses ist es klar, daß diese Erklärungen diesen Herren von ihren Regierungen diktiert waren. Es erwies sich wieder einmal, daß die Kongreßdelegierten dieselbe Lösung für die gleichen Fragen finden, die auf der Tagesordnung der letzten europäischen Regierungskonferenzen standen.

8. Ueber den Völkerbund, die Abrüstung und sonstige schöne Dinge.

Genosse Rothstein hatte die Aufgabe, zur Frage über den Völkerbund, die Abrüstung, die Nationalisierung der Kriegs-Industrie und dergleichen zu sprechen. Es war nicht schwer den Beweis zu führen, [20] daß in all diesem auch nicht die Spur eines gesunden proletarischen Gedankens, sondern nur bürgerlich-pazifistisches Geschwätz enthalten ist und daß alle Versuche, den Völkerbund in einen wirklichen Bund aller Völker zu verwandeln, ohne den vorherigen Sturz der Herrschaft des Kapitals eine schädliche und unsinnige Utopie vorstellt. Genosse Rothstein unterzog die Resolution Henderson, die den Gipfel politischen Analphabetentums darstellt, einer vernichtenden Kritik. Wie ernst es diesen Leuten mit den Arbeiten des Kongresses war, ist daraus ersichtlich, daß Henderson öffentlich erklärte, die Resolution zu seinem Bericht weder geschrieben, noch an den Arbeiten der Redaktionskommission, die sich mit der Ausarbeitung der Resolution zu Berichte beschäftigte, teilgenommen zu haben. Es war Henderson ganz gleich, welche Resolution angenommen wurde. Er war überzeugt, davon, daß sie keine Aktion vorsehen würde und, somit sie nur Phrasen enthielt, konnte er jeder Resolution zustimmen. Da der Völkerbund trotzdem sehr viele Anhänger auf diesem Kongreß hatte, begannen die verschiedensten Vertreter aus dem pazifistischem Lager den großen Wert des zukünftigen Völkerbundes zu schildern, der sich aus dem gegenwärtigen Bund der Raubstaaten entwickeln sollte. Aber die Reden dieser Leute nahm niemand ernst. Man wußte im voraus, daß untertänige Resolutionen angenommen werden und deshalb war das Hauptinteresse auf den Kampf gegen den Kommunismus gerichtet.

9. Die Reformisten unter sich.

Schließlich wurden diese pazifistischen Geistesprodukte den Kommissionen überwiesen. Ich geriet in die Gewerkschaftskommission und Radek in die politische. Es war interessant, hier die Auguren unter sich zu beobachten. Es gab schließlich nicht einen einzigen Menschen, der an die vorgeschlagenen Resolutionen geglaubt hätte und in der Gewerkschaftskommission erklärte Huysmanns buchstäblich folgendes: „Solche Resolutionen haben wir bereits vor 1914 angenommen, und ich bin überzeugt, daß wir bei Kriegsausbruch dasselbe erleben werden, was wir im Jahre 1914 sahen.“ Huysmanns kennt seine Kollegen aus der Internationale, und seine Voraussagung ist zweifellos richtig. In der Gewerkschaftskommission versuchte Robert Dißmann, der Vertreter der deutschen Gewerkschaften, Verschiedenes gegen das Prinzip der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes vorzubringen, aber darin erblickte man einen Vorstoß gegen das französische Vaterland. In der politischen Kommission saßen solche Champinons der Revolution wie Tom Shaw, Troelstra, Wels, die sich bemühten, alle Ecken abzuschleifen und die Resolutionen so abzufassen, daß sie jedermann befriedigen. Diese Aufgabe löste die Kommission auf glänzendste. Die Resolutionen waren von einer seltenen Haltlosigkeit, und um der Resolution über die Gewerkschaftsbewegung einen speziellen Geschmack zu verleihen, schlug der bekannte französische Reformist Poisson vor, auch in dieser Resolution die Forderung aufzunehmen, daß der Völkerbund zu einem wirklichen Bund aller Völker werden müsse. Ich fragte hierauf Poisson, ob er glaube, daß ein Krokodil in ein Lämmchen verwandelt werden könnte. Daraufhin antwortete mir Dumoulin, daß ja auch der Mensch vom Affen abstammt! Wir sehen also, daß die Herren Reformisten bereit sind, ebensoviele Jahrtausende auf die Umwandlung des Völkerbundes zu warten als nötig waren, damit sich der Mensch aus dem Affen entwickelt. Ich habe es nicht unterlassen, dies öffentlich dem Kongreß zur Kenntnis zu bringen. [21]

10. Die Sabotierung des Friedens.

Es war uns vollkommen klar, daß sich diese Herren nicht versammelt hatten, um den Krieg zu bekämpfen, sondern um den Frieden zu sabotieren. Sowohl Genosse Radek als auch ich erklärten dies offen in der Schlußsitzung des Kongresses. Den pazifistischen Delegierten gefiel es nicht, daß wir unseren Standpunkt so unerschütterlich vertraten und die Notwendigkeit des Klassenkampfes unterstrichen. Ihnen gefielen nicht, unsere Hinweise auf praktische Aktionen an Stelle revolutionärer Phrasen. Es gefiel ihnen nicht, daß wir sie auf ihren mangelnden Mut aufmerksam machten und sie aufforderten, die Fehler der Vergangenheit zu erkennen und einen neuen Weg zu beschreiten.

Viele von ihnen protestierten dagegen. Es fanden sich aber auch nicht wenig Delegierte, die die Richtigkeit unseres Standpunktes empfanden. Aber sie fürchteten, sich uns anzuschließen. Sie waren der Ansicht, daß unsere Anträge zu scharf sind, daß wir nicht mit den Schwierigkeiten des Kampfes rechnen, daß die Formulierung gemildert werden müsse und daß unsere Forderung des Klassenkampfes im Grunde genommen auch ein Krieg sei. Aber trotzdem empfanden sie, daß sie es hier mit einer festen Linie und mit einer bestimmten Anschauung zu tun haben, und deshalb kamen sie auch zu uns, drückten uns ihre Sympathien aus und erklärten, warum sie nicht für unsere Resolutionen stimmen können und baten uns, diese und jene Aenderung vorzunehmen. Im allgemeinen fühlte man einen gewissen Umschwung unter einem Teil der Delegierten und sogar unter den Pazifisten, die sich selbst eingestehen mußten, daß die Amsterdamer Internationale in Wirklichkeit keinen Kampf gegen den Krieg führen will und auch nicht führen kann.

*

Der Stand der Programmdiskussion nach dem 4. Kongreß.

Von A. Thalheimer.

In den folgenden Zeilen ist nicht beabsichtigt, die Programmdiskussion auf Grund der Referate und Beschlüsse des 4. Kongresses sowie der vorliegenden Programmentwürfe, bereits zu beginnen, sondern nur einleitend den Rahmen für sie zu bestimmen.

Der Kongreß sah von der definitiven Ausarbeitung des Programms der Kommunistischen Internationale noch ab, weil die Vorarbeiten dazu erst begonnen sind. Von den vorliegenden Programmentwürfen war der deutsche erst knapp vor dem Kongreß, und auch nur in deutscher Sprache veröffentlicht, der Entwurf des Genossen Bucharin, sowie der bulgarische Entwurf, wurden erst auf dem Kongreß in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren vorgelegt. Es ist klar, daß unter diesen Umständen nicht einmal die technischen Voraussetzungen selbst für eine fruchtbare Kongreßdiskussion gegeben waren. [22] Das Programm der Kommunistischen Internationale setzt eine gründliche internationale Diskussion voraus. Diese wiederum setzt die internationale Kenntnis der vorliegenden Entwürfe, Diskussionsartikel und Kongreßreferate voraus. Erst auf Grund einer breiten internationalen Diskussion, die sich auf das gesamte Material stützt, ist die Ausarbeitung möglich! Der Kongreß hat die internationale Publikation der vorliegenden Entwürfe beschlossen.

Das Material für die Programmdiskussion beschränkt sich natürlich nicht auf die vorliegenden Programm-Entwürfe, -Beschlüsse, -Referate und -Diskussionen. Ebenso wichtig oder vielleicht noch wichtiger ist das vom 4. Kongreß überhaupt gelieferte Material. Der gesamte Kongreß muß für die Programmarbeit ausgewirkt werden. Besonders wichtig sind in dieser Hinsicht 1. die taktischen Debatten und Beschlüsse (Bericht der Exekutive und Offensive des Kapitals), 2. die Referate über die Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

Lenin begründete die Notwendigkeit der Verschiebung der Erledigung des Programms vor allem damit, daß die Strategie des Rückzugs, für die die Neue Oekonomische Politik Sowjetrußlands ein hervorragendes Beispiel ist, noch gründlich durchdacht werden müsse. Von den russischen Genossen wurde auf die allgemeine Bedeutung der NEP sowohl für die revolutionäre Strategie wie insbesondere für den Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsweise besonderer Nachdruck gelegt. Trotzki entwickelte in seinem Referat über die russische Revolution sehr interessante Gedankengänge über diese beiden Seiten des Themas; auch Bucharin ging darauf ein. Diese Frage ist sicherlich von grundlegender Wichtigkeit für das Kommunistische Programm, sowohl als Frage der revolutionären Strategie wie als Frage der wirtschaftlichen Uebergangsformen nach Eroberung der Macht. Mit den Kongreßreferaten ist die Prüfung dieser Fragen indessen nicht abgeschlossen, sondern erst eingeleitet. Und gerade die Prüfung vom Gesichtspunkte der nichtrussischen Parteien wird besonders wichtig sein.

Ehe wir auf die Bestimmung der wichtigsten noch offenen Programmfragen eingehen, ist es nötig, kurz anzugeben, was durch den Beschluß des Kongresses in der Programmfrage bereits entschieden und festgelegt ist.

Klar und unzweideutig ist die Frage der Uebergangsforderungen entschieden. Die Resolution des Kongresses fordert:

3. In den Programmen der nationalen Sektionen muß die Notwendigkeit des Kampfes für die Uebergangsforderungen mit aller Klarheit und Entschiedenheit begründet werden, wobei die entsprechenden Vorbehalte über die Abhängigkeit dieser Forderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes gemacht werden müssen.

4. Die theoretische Grundlage für alle Uebergangs- und Teilforderungen muß bestimmt gegeben werden in dem allgemeinen Programm, wobei der Kongreß gleichermaßen entschieden die Bestrebungen verurteilt, die Einfügung der Uebergangsforderungen in das Programm als Opportunismus darzustellen, wie auch alle Versuche, die grundlegenden revolutionären Aufgaben durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen.

Zu dieser Frage hat die von der deutschen Delegation (wie auch von der bulgarischen) vertretene Auffassung vollständig gesiegt. Was die vom Genossen Bucharin in dieser Frage vertretene, entgegengesetzte Auffassung betrifft, so zeigte die von der russischen Delegation abgegebene Erklärung, daß diese der deutschen Auffassung zustimmte, so daß also Bucharins Ausführungen ausschließlich persönliche Bedeutung hatten. Uebrigens hatte Bucharin zu Beginn seines Auf-[23]satzes ausdrücklich die Tatsache betont, daß er nur eine persönliche Ansicht wiedergebe.

Die Erklärung der russischen Delegation lautete:

Angesichts dessen, daß der Streit darüber, welche Formulierung den Uebergangsforderungen gegeben werden soll und in welchem Teile des Programms sie untergebracht werden sollen, vollkommen unrichtig den Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes erweckte, bestätigt die russische Delegation einstimmig, daß die Ausstellung der Uebergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programms nicht als Opportunismus aufgefaßt werden können.

Vertretung der russischen Delegation:
Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin.

Aus der e i n s t i m m i g e n Abgabe dieser Erklärung geht hervor, daß der von Bucharin in seinem Referat erhobene Vorwurf des Opportunismus in Sachen der Uebergangsforderungen, von ihm fallen gelassen und daß er von keinem Mitglied der Vertretung der russischen Delegation geteilt wird.

Nimmt man die Resolution des Kongresses und die Erklärung der russischen Delegation zusammen, so ergibt sich für die Fassung der Uebergangsforderungen folgendes:

1. Das allgemeine Programm der Kommunistischen Internationale soll die t h e o r e t i s c h e G r u n d l a g e für alle Uebergangs- und Teilforderungen in bestimmter Weise geben.

2. Die nationalen Programme sollen die für das betreffende Land geltenden Uebergangs- und Teilforderungen formulieren und die Notwendigkeit des Kampfes für sie klar und entschieden begründen.

3. Die grundlegenden revolutionären Aufgaben dürfen durch die Teilforderungen weder verdunkelt noch ersetzt werden.

Ferner entscheidet die Resolution des Kongresses, daß „in dem allgemeinen Programm die grundlegenden Typen der Uebergangsforderungen der nationalen Sektionen klar dargestellt werden, gemäß den grundlegenden Unterschieden in der ökonomischen und politischen Struktur der verschiedenen Länder, wie z. B. Englands einerseits, Indiens andererseits usw.“

Auch diese Entscheidung entspricht der von der deutschen Delegation vertretenen Auffassung. Nach diesen Entscheidungen des Kongresses ist natürlich eine Diskussion über Aufnahme oder Nichtaufnahme von Uebergangsforderungen in das allgemeine Programm der Kommunistischen Internationale wie in die Programme der einzelnen Sektionen zwecklos geworden. Dagegen bleiben natürlich für die Diskussion offen 1. die Frage der theoretischen Begründung der Uebergangs- und Teilforderungen; 2. die Typen der Uebergangsforderungen der nationalen Sektionen und 3. der Inhalt der Uebergangsforderungen der nationalen Sektionen und die spezielle Begründung.

Was die Form der internationalen Diskussion anlangt, so hat es natürlich wenig Zweck, jetzt, wo sozusagen wieder tabula rasa für das allgemeine Programm geschaffen ist, Einzelformulierungen der einzelnen Entwürfe sich zum Vorwurf zu nehmen. Es handelt sich jetzt nicht oder noch nicht um Einzelformulierungen, sondern um die [24] Klarstellung der Grundlagen dafür, also nur um die inhaltliche Bestimmung der allgemeinen, wie der nationalen Programme. Das auf Grundlage weiterer internationaler Diskussion erst zu schaffende allgemeine Programm wird natürlich den Hauptsatz jedes nationalen Programms bilden. Sowohl der Programmentwurf Bucharins wie die Entwürfe des allgemeinen Programms, soweit sie z. B. im deutschen und bulgarischen Programmentwurf enthalten sind, sind jetzt nur noch Rohstoff für den endgültigen Entwurf.

Die Diskussion wird sich jetzt auf Grundlage des gesamten vorliegenden Materials auf die Fragen erstrecken müssen, die noch offen sind. Dies scheinen mir im wesentlichen folgende zu sein:

Erstens, die Form des Programms. Dabei ist zu entscheiden, ob die knappe programmatische Form oder die Manifestform vorzuziehen ist. Dazu will ich bemerken, daß auch außerhalb der deutschen Delegation sich Stimmen für die Manifestform erhoben.

Zweitens, der Aufbau des Programms. Uebereinstimmung wurde darin erzielt, daß auch die knappe Analyse des Kapitalismus (nicht nur des Imperialismus) in das Programm gehöre. Noch offen ist die Frage, ob auch vorkapitalistische Formen der Ausbeutung dargestellt werden sollen. Ferner steht noch zur Frage die Gesamtgliederung des Programms.

Drittens, die Frage der Theorie der Akkumulation des Kapitals und ihrer Bedeutung für die Erklärung des Imperialismus und der Krise des Kapitalismus. Die von Rosa Luxemburg entwickelte Theorie der Akkumulation des Kapitals ist in dem Bucharinschen Entwurf nicht berücksichtigt, sie wird von Bucharin und auch anderen führenden russischen Genossen bestritten. Es ist zunächst die Pflicht der Vertreter der Luxemburgschen Theorie, ihre Gegengründe ausführlich zu entwickeln, damit die internationale Diskussion darüber in Gang kommen kann. Auf keinen Fall geht es, stillschweigend an einer Theorie von der Tragweite der Akkumulationstheorie vorbeizugehen. Als Gegenbeweis genügt natürlich nicht der Versuch, den Imperialismus anders zu begründen. Zu allererst müssen die Kritiker R. Luxemburgs versuchen, die von ihr gegebene Theorie zu widerlegen, sie als falsch oder ungenügend nachzuweisen.

Viertens, der Inhalt der Uebergangs- und Teilforderungen vor Eroberung der Macht und ihre Begründung. Das bulgarische Programm geht hier sehr viel weiter als das deutsche. Es ist also zu bestimmen, wo die Grenze für die Detaillierung der Uebergangsforderungen in den nationalen Programmen zu ziehen ist. Vorläufig sei hier nur bemerkt, daß die Uebergangsforderungen im deutschen Programm unseres Erachtens noch bedeutend detailliert werden können, während die des bulgarischen Programms gut und gern eine Beschneidung vertragen, da sie teilweise schon zu sehr ins Kleinliche gehen. Auch die theoretische Begründung der Uebergangsforderungen bedarf noch der Präzisierung.

Fünftens, die Unterscheidung der Ländertypen nach ihrer politischen und wirtschaftlichen Struktur.

Sechstens, die Strategie des Rückzugs und mit ihr verbunden die Frage nach der allgemeinen Bedeutung der „Neuen Oekonomischen Politik“ Sowjetrußlands. Die Grundlage dieser Diskussion werden die Referate Lenins und Trotzkis auf dem Kongreß sowie die soeben veröffentlichten Thesen Trotzkis sein müssen. Mit dieser Frage hängt [25] eng zusammen, die Frage der Klein- und Mittelbetriebe in Industrie und Landwirtschaft, ihrer Behandlung nach Eroberung der Macht. Diese Gesichtspunkte werden besonders die westlichen Sektionen behandeln müssen.

Siebentens, weiterer Erörterung bedarf noch die Frage der Arbeiterregierung, da der 4. Kongreß die Frage noch keineswegs erschöpft hat und da bis jetzt noch keine positiven Erfahrungen auf diesem Gebiet vorliegen.

Achtens, wäre noch zu erörtern die Frage der Verhältnisse von Sowjetstaaten zu kapitalistischen Staaten.

Die vom Genossen Bucharin angeschnittene Frage der „roten Offensive“, d. h. des „Rechts“ von Sowjetstaaten, offensiv in die Kämpfe zwischen Bourgeoisie und den um die Macht ringenden Arbeiterklassen einzugreifen, bedarf unseres Erachtens dagegen keiner Erörterung. Sie ist keine Rechtsfrage, sondern eine reine Machtfrage. Möglicherweise sind in dieser Aufzählung noch nicht alle offenen programmatischen Fragen erschöpft, aber die wichtigsten sind wohl angegeben.

Für die Diskussion ist zu wünschen, daß die Teilnehmer, ehe sie die Feder in die Hand nehmen, das vorhandene Material (wozu nicht nur das spezielle Programm-Material zu rechnen ist) sich vollständig zu eigen machen und daß die Diskussion wirklich im internationalen Rahmen geführt wird.

*

Die Teuerung im Jahre 1922.

Von W. Swienty.

Seit Ende Juni d. J. ist der Dollar täglich fast unaufhörlich gestiegen. Entsprechend dem jeweiligen Dollarkurswerte werden die Preise für deutsche Rohprodukte und Fertigwaren erhöht. Eine solche Preissteigerung hält auch gewöhnlich dann an, wenn die Mark sich für eine kurze Zeitspanne im Werte bessert. Es ergibt sich während einer derartigen Scheinerholung das Kuriosum, daß im „billigen“ Deutschland, dem Lande mit einer der schlechtesten Valuten, die Preise über Weltmarkthöhe stehen. Dies trifft nicht nur für Industriefabrikate, sondern ganz besonders auch für Lebens- und Nahrungsmittel zu. Bei den Eisen- und Stahlprodukten gilt in Deutschland praktisch schon nicht mehr die Markwährung, sondern die Preise für diese Fabrikate werden sofort den Weltmarktpreisen angepaßt, ja übersteigen im Inlande unter Umständen bei einer Markbesserung diese noch erheblich. Dies beruht auf der in diesen Industrien gültigen Goldmarkfakturierung. Für alle Produkte der Eisen- und Stahlindustrie gilt ein Grundpreis, der, mit dem jeweiligen Entwertungsinder multipliziert, den Tagespreis ergibt. Bis zu einem gewissen Grade gilt eine ähnliche Preisfestsetzung auch für die landwirtschaftlichen Produkte. Nur daß bei ihnen die Angleichung an den Dollarkurs nicht ganz so schnell vor [26] sich geht, wie in der Eisen-, Stahl-, Textilindustrie usw. Im allgemeinen kann man aber feststellen, daß die Preise auch für landwirtschaftliche Endprodukte den Vorkriegspreisen entsprechen. Bei einem Dollarstande von 8000 kostete in Berlin z. B. die Butter etwa 1700 M., was einem Vorkriegswerte von etwa 1,10 M. entspricht. Da 1913 durchschnittlich ein Pfund Butter 1,99 M. kostete, so ist der Preisunterschied augenblicklich gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gering. Alle Waren, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Endprodukte, gleichen sich sprunghaft dem Dollarstande an, nur mit dem Unterschied, daß sich die Preise bei einer Besserung der deutschen Valuta bisher niemals vermindert haben. Es ergibt sich aus alledem, daß, wenn die Preise sich völlig der Markentwertung angeglichen haben und ansangen, im Inlande höher zu werden als im valutastarken Auslande, daß dann die deutsche Mark eo ipso wieder fallen muß. Denn ein großer Unterschied zwischen innerer und äußerer Kaustraft der Mark kann auf die Dauer nicht bestehen.

Unsere Ausgabe in diesem Artikel ist es, nun das Sinken der inneren Kaufkraft der Mark während des verflossenen Jahres zu untersuchen.

Die Steigerung des Existenzminimums.

Das beste Uebersichtsbild über die Teuerung ergibt sich aus der Steigerung des Existenzminimums. Die von mir m der „Roten Fahne“ wöchentlich errechneten proletarischen Lebenshaltungskosten sind erst März dieses Jahres ausgestellt worden. Es ergab sich in der Woche vom 24. bis 30. März 1922 die Gesamtsumme von 1460,96 M., wovon 800,28 M. auf Nahrung entfielen. Von Anfang Januar bis Ende März dieses Jahres haben sich aber die Kosten der Lebenshaltung nur um ein Geringes geändert, da während dieses Vierteljahres die Preise immerhin stabil blieben. Schätzungsweise betrugen die Lebenshaltungskosten eines Ehepaares mit zwei Kindern zu Anfang dieses Jahres nach unserer Berechnung 1200 M. Bis zur Woche vom 20. bis 26. Juni 1922, in welcher der Anstoß zur letzten Markentwertung gegeben wurde, waren die Lebenshaltungskosten auf 2300,63 M. gestiegen. Der Uebersicht halber lassen wir eine Tabelle folgen, in der

von Anfang Juli bis Mitte Dezember dieses Jahres der Dollarkurs, die Lebenshaltungskosten, Getreidebörsenpreise, sowie die wichtigsten Lebensmittelpreise nebeneinander gestellt sind:

1922	Dollarkurs	Proletarisches Existenzminimum	Getreidepreis pro Zentner		Lebensmittelpreise Kleinhandelspreis pro Pfund				
		pro Woche	Weizen	Roggen	Rindfleisch	Kartoffeln	Reis	Butter	Margarine
1. Juli	402	2328,65	965	705	70	4,–	13	80	42
2. Aug.	780	3417,78	1700	1390	98	6,–	20	116	68
2. Sept.	1352	7249.62	2825	2250	104	4,10	56	260	200
7. Okt.	2245	10.234,17	4630	4250	185	6,–	90	400	250
4. Nov.	6100	18.819,44	11.700	10.500	400	8,–	240	1100	720
11. Nov.	8200	21.445,82	14.200	12.800	500	8,20	260	1400	880
18. Nov.	7000	23,855,45	12.400	10.900	500	8,20	280	1600	1000
24. Nov.	7200	24.836,01	12.100	10.800	550	8,20	300	1600	1050
2. Dez.	8250	29.565,10	15.600	13.500	550	9,–	310	1650	1100
9. Dez.	8350	31.216,75	15.600	13.700	550	9,–	330	1700	1100
16. Dez.	6375	34.654,01	14.700	13.300	600	9,–	400	1700	1100

[27] Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß auch während der ganz beträchtlichen Markbesserung in der Zeit vom 9. bis 16. Dezember die Weizen- und Roggenpreise sich nur ganz minimal verringert haben, die Lebensmittelkleinhandelspreise dagegen weiter gestiegen sind. Gegen den 1. Juli 1922 sind die Preise um ungefähr das fünffache gestiegen. Die Preissenkung, besonders für Fettwaren, infolge der Besserung der Mark am 18. Dezember, von der die bürgerlichen Zeitungen voll waren, hat sich als ein groß angelegter Schwindel herausgestellt. Angeblich „soll“ es Tatsache sein, daß sich die Preise für Schmalz und Butter erheblich gesenkt haben. Trotz eifrigster Nachforschung in den von uns zur Berechnung der Lebenshaltungskosten dauernd kontrollierten Kleinverkaufsstellen, ist es uns nicht gelungen, irgendeine Preisverminderung festzustellen. Die Lebenshaltungskosten sind etwa um das 14fache gegen 1. Juli, um fast das 30fache gegen 1. Januar gestiegen.

Die Teuerung im Kleinhandel.

Eine noch genauere Kontrolle über die Preissteigerung im letzten halben Jahre ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Nahrungsmittel und Bedarfsartikel von 1914, Dezember 1921, Juli 1922 und 19. Dezember 1922. Die größte, bisher zu verzeichnen gewesene Preissteigerung, war in der kurzen Zeit von Juli bis Dezember dieses Jahres; was sich aus folgender Tabelle ergibt

Kleinhandelspreis pro Pfund (in Mark)	Durchschnitt 1914	Mitte Dezbr. 1921	Juni 1922	19. Dezbr. 1922	Steigerung (bezogen auf 1914)
Blutwurst	1,00	27,00	54,00	1000,00	1000-fach
Rindfleisch	0,90	22,00	50,00	600,00	889-fach
Schweinefleisch	1,00	30,00	64,00	1400,00	1400-fach
Speck	1,00	35,00	64,00	2000,00	2000-fach
Butter	1,20	46,00	80,00	1700,00	1417-fach
Margarine	0,50	29,00	40,00	1100,00	2200-fach
Ei (1 Stück)	0,04	4,10	5,00	86,00	2150-fach
Kaffee	1,20	42,00	150,00	3400,00	2833-fach
Kartoffeln	0,03	1,30	2,30	9,00	300-fach
Linsen	0,30	5,20	18,00	330,00	1100-fach

Kleinhandelspreis pro Pfund (in Mark)	Durchschnitt 1914	Mitte Dezbr. 1921	Juni 1922	19. Dezbr. 1922	Steigerung (bezogen auf 1914)
Erbsen	0,25	4,80	13,00	300,00	1200-fach
Bohnen, weiße	0,25	3,20	12,50	300,00	1200-fach
Reis	0,25	6,80	13,00	400,00	1600-fach
Haferflocken	0,25	4,80	13,00	260,00	1020-fach
Zucker	0,20	9,00	15,0	180,00	900-fach
Brot (freier Handel)	0,45	8,00	22,00	500,00	1111-fach
" rationiert			16,25	286,00	634-fach
Schellfisch	0,25	7,00	20,00	280,09	1120-fach
Petroleum (1 Liter)	0,30	10,00	16,00	700,00	2333-fach
Schuhwichse (1 Dose)	0,10	3,20	8,00	130,00	1300-fach
Seife (1 Stück)	0,10	11,20	30,00	250,00	2500-fach
Zigarette (1 Stück)	0,02	0,30	1,00	12,00	600-fach

Genau wie bei der ersten Tabelle ergibt sich aus dieser Aufstellung, daß die Lebensmittelpreise gegenüber dem Durchschnitt vom Juli dieses Jahres um über das Fünfzehnfache gestiegen sind.

Der Wucher mit Mehlfabrikaten.

Seit Mitte Juni 1922 hat sich eins unserer wichtigsten Volksnahrungsmittel, das Brot, und zwar besonders das Markenbrot, infolge der Umlagepolitik der Rechtssozialisten immer mehr und mehr verteuert.

[28] So kostete ein Markenbrot in Berlin:

im	September 1921	6,95	M.
am	10.Oktober	7,10	"
"	12.Dezember	8,–	"
"	22.Februar 1922	13,80	"
"	10.April	15,20	"
"	8.Mai	15,40	"
"	16.Juni	16,25	"
"	10.Juli	17,50	"
"	14.August	31,60	"
"	4.September	32,40	"
"	11.September	38,–	"
"	9.Oktober	99,–	"
"	30.Oktober	99,–	"
"	13.November	112,–	"
"	27.November	120,–	"
"	4.Dezember	286,–	"

Hieraus ergibt sich also, daß sich der Preis für ein 1900 Gramm schweres (der Teig des Markenbrotes wiegt 1990 Gramm, die fertige Backware durchschnittlich nur 1600 bis 1850 Gramm) Markenbrot seit 16. Juni dieses Jahres ungefähr um das 18fache, gegenüber der Vorkriegszeit um über das 600fache verteuert hat. Aehnlich hat sich auch die Umlagepolitik der Regierungsparteien, einschließlich der SPD, auf die im freien Handel verkauften Mehlfabrikate ausgewirkt. Denn die Preisfestsetzung für Umlagegetreide wirkt sich sofort an der Produktenbörse aus, und eine Erhöhung des Umlagegetreides zieht sofort ein Heraufschnellen der Getreide- und der Mehlfabrikatpreise im freien Handel nach sich. Dies ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	am 19. Dezembr. 1921	am 19. Juni 1922	am 19. Dezemb. 1922	Steigerung gegen 1921
Mehl	5,30	12,00	250,–	47,2-fach
Haferflocken	4,90	17,00	260,–	53,1 "
Nudeln	7,50	25,00	300,–	40 "
Graupen	4,20	20,00	260,–	62 "
Reis	7,00	13,40	400,–	57,1 "

Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich die Mehlfabrikate durchschnittlich um das 1200fache verteuert. Auch wenn wir den aus dem valutastarken Ausland eingeführten Reis außer Acht lassen, ergibt sich doch noch eine Steigerung gegenüber dem Durchschnitt von 1913-1014 um das 1100fache.

Im einzelnen betrug der Preis für ein Pfund:

1913	0,20 M	0,18 M
1915	0,32 "	0,28 "
1917	0,30 "	0,27 "
1919	0,45 "	0,42 "
1920	1,95 "	1,80 "
1921	2,70 "	2,55 "
Juni 1922	12,– "	11,– "
19. Dezember 1922	250,– "	230,– "

Das Verhalten der anderen Lebensmittel.

Die Kleinhandelspreise für Hülsenfrüchte haben sich in der Zeit vom 19. Juni bis 19. Dezember wie folgt verteuert: [29]

Es kostete ein Pfund in Mark:

	am 19. Juni 1922	am 19. Dezbr. 1922	Steigerung
Weiße Bohnen	13,– Mk.	300,– Mk.	23,1-fach
Erbsen	13,50 "	300,– "	22,2 "
Linsen	19,– "	330,– "	17 "

Besonders stark sind aber die Preise für Fleisch und Fettwaren erhöht worden. Aus der nachstehenden Tabelle ergibt sich, daß im letzten halben Jahre eine Steigerung von über 2500 Prozent zu verzeichnen war.

Es kostete ein Pfund in Mark:

	am 19. Dez. 1921	am 19. Juni 1922	am 19. Dez. 1922	Steigerung gegen 1921
Margarine	30,00	40,00	1100,00	36,7-fach
Butter I	46,00	80,00	1700,00	37, "
Butter II	42,00	74,00	1580,00	37 "
Schmalz	48,00	84,00	1800,00	37 "
Talg	21,00	52,00	1000,00	48 "
Talmin	20,00	50,00	1150,00	57,5 "
Schweinefleisch	30,00	64,00	1400,00	46,7 "
Rindfleisch	22,00	50,00	600,00	27,3 "
Blutwurst	27,00	56,00	1000,00	37 "
Speck	36,00	64,00	2000,00	55,6 "

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Teuerung im Jahre 1922 um etwa 4200 Prozent gestiegen ist. Den größten Ausschwung haben die Preise aber erst im letzten halben Jahr genommen. Jetzt beträgt der Teuerungsindex, wie sich aus Vorstehendem ergibt, etwa 159.000 (1914 = 100), während im ersten Halbjahre die Preise „nur“ um das 60fache gestiegen waren.

Preissteigerung für Beleuchtungs-, Schuh- und Textilwaren,

Neben den Nahrungs- und Genußmitteln sind aber auch sämtliche übrigen Gebrauchsgegenstände, derer der Mensch zum Leben unbedingt bedarf, im letzten Jahre enorm im Preise gestiegen. Infolge ihrer Goldmarkfakturierung stehen die Textil- und Bekleidungsindustrie in bezug auf die Teuerung an erster Stelle.

Es kostete ein Meter in Mark:

	19. Juni 1922	19. Novemb. 1922	19. Dezembr. 1922	Steigerung gegen Juni
Gabardine	750,–	7000,–	26.500,–	35,3-fach
Mantelstoff	1250,–	10.000,–	42.000,–	33,6-fach

	19. Juni 1922	19. Novemb. 1922	19. Dezembr. 1922	Steigerung gegen Juni
Hemdentuch	100,–	390,–	37.000,–	37 -fach
Kleiderstoff	500,–	2600,–	15.000,–	30 -fach

Es ergibt sich hieraus, daß die Textilwaren im Laufe des letzten Jahres um das 34,3fache gestiegen sind, wovon der weitaus größere Anteil auf die Zeit nach dem 24. Juni 1922 entfällt.

Noch besser kommt die Preissteigerung im letzten halben Jahre zur Geltung bei den Fertigfabrikaten der Textilindustrie.

[30] Es kostete nämlich:

	am 19. Juni 1922	am 19. Dezembr. 1922	Steigerung
1 Mantel (für Herren)	1200,–	30.000,00	25,- fach
1 Anzug (mittl. Qualität)	2500,–	48.000,00	19,2-fach
1 Kleid (für Frauen)	1750,–	40.000,00	22,9-fach

Die Steigerung beträgt hier während des letzten halben Jahres 2200 Prozent!

Aber auch in der Leder- und Schuhwarenindustrie sind Preise ganz enorm gestiegen.

Es kostete in Mark:

	am 19. Dezembr. 1921	am 19. Dezembr. 1922	Steigerung
1 Paar Herrenschnürschuhe	225,–	18.000,–	80-fach
1 Paar Damenstiefel	250,–	22.500,–	90-fach
1 Paar Damen-Halbschuhe	120,–	15.000,–	125-fach
1 Paar Hausschuhe	45,–	4500,–	100-fach

Ganz besonders hat sich aber die Geldentwertung des letzten halben Jahres auf die Kosten für Heizungs- und Beleuchtungsmaterial ausgewirkt.

Es kostete in Mark:

	1914	am 19. Dez. 1921	am 19. Juni 1922	am 19. Dez. 1922	Steigerung gegen 1914
Gabardine	0,30	10,00	17,00	700,00	2333-fach
Mantelstoff	0,25	10,00	21,00	900,00	3600-fach
Hemdentuch	0,10	2,00	6,00	80,00	800-fach
Kleiderstoff	0,12	2,00	4,00	80,00	667-fach
	1,00	25,00	85,00	1554,00	1554-fach
	0,025	0,30	1,00	30,00	1200-fach
	0,05	0,50	2,00	40,00	800-fach

In den hier angeführten Industriezweigen werden die Preise zum Teil auch in Goldmark fakturiert. Und doch steht eine Erhöhung um das 1575fache in keinem Verhältnis zu der Gelbentwertung des verflossenen Jahres.

Während der Dollar vom Durchschnitt des Dezember 1921 (150) bis zum Durchschnitt der ersten beiden Dekaden des Dezember 1922 (7500) um das 50fache gestiegen ist, sind die Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in der selben Zeit um das 80- bis 100fache gestiegen. Diese Differenz beruht darauf, daß bei einem Hinaufschnellen des Dollars die Preise wesentlich mehr erhöht werden, als die Mark gefallen ist. Andererseits werden auch dann die Preise erhöht, wenn sich die deutsche Valuta scheinbar bessert. Diese unhaltbaren Zustände weisen darauf hin, daß sich Deutschland in einer schweren wirtschaftlichen Inlandkrise, und mit ihm die ganze kapitalistische Welt in einer schweren Krisenphase befindet. [31]

*

Noch einmal die Lehren der sächsischen Arbeiterregierung.*)

Von Paul Böttcher.

Welche Lehren müssen aus dem Verhalten der VSPD bei den Verhandlungen über die Arbeiterregierung in Sachsen gezogen werden?

1. Die Führer der VSPD sind Gegner aller Massenbewegungen, die die Grundfesten der bürgerlichen „Ordnung" verletzen. Die Führer der VSPD wissen, daß ernste Massenkämpfe bei der Krise des Kapitalismus vor Teilzugeständnissen nicht Halt machen, sondern von ihrem reformistischen Ausgangspunkt sehr schnell in revolutionäre Endkämpfe umschlagen können. Diese Kämpfe, ja selbst einschneidende Reformen, widersprechen jedoch dem kapitalistischen Wiederaufbauprogramm der VSPD

2. Die VSPD ist in der Frage der Arbeiterregierung gespalten. Breite Schichten sozialdemokratischer Arbeiter haben sich für die Arbeiterregierung und für das von der Kommunistischen Partei ausgestellte Programm ausgesprochen. Selbst in der Führung der VSPD sind in dieser Frage Schwankungen und Spaltungen. Die ideologische Zersetzung der VSPD in allen Grundfragen des Klassenkampfes muß sich mit besonderer Schärfe auch in der Stellung zur Arbeiterregierung äußern. Die Führer der VSPD fürchten die Vertiefung dieser Spaltung und die damit verbundenen organisatorischen Konsequenzen. Der immer hervortretende Gegensatz zwischen Massen und Führern soll durch Ausweichen vor den Problemen der Revolution unterdrückt werden. Die Gewerkschaften werden deshalb mehr und mehr in den Dienst dieser Politik gestellt.

3. Die Koalition mit der besitzenden Klasse in der Reichspolitik gestattet der VSPD nicht die Bildung der Arbeiterregierung in den Einzelstaaten. Die VSPD-Führer sind durch die Koalitionspolitik im Reiche zur Stinnespolitik auch in den Einzelstaaten verpflichtet. Geradezu grotesk kam die Furcht, mit der Reichspolitik in Konflikt zu geraten, in den Verhandlungen mit der VSPD über die sächsische Regierungsbildung zum Ausdruck, Konflikte einer Landesregierung, in der Sozialdemokraten sitzen, mit der Reichsregierung sind gezwungenermaßen Konflikte innerhalb der VSPD, Konflikte zwischen Massenwillen und Führerdiplomatie. An der Koalitionspolitik ist die alte sozialdemokratische Regierung verendet, an ihr wird auch die neue sozialdemokratische Regierung zerschellen.

Welche Schlußfolgerungen muß die KPD für ihre weitere Taktik aus den gescheiterten Verhandlungen ziehen ?

1. Die KPD muß anknüpfend an die gescheiterten Verhandlungen, den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern die wahren Ursachen der Feindschaft der sozialdemokratischen Führer gegen die Arbeiterregierung enthüllen. Der politische Einwand der sozialdemokratischen Führer gegen die Kommunisten, sie stellten „überspannte" Forderungen, muß durch die konkrete Darstellung der ökonomischen und sozialen Lage des Proletariats und durch das [32] Aufzeichnen des einzigen Ausweges aus dem Zusammenbruch pariert werden. Der Kampf um das von den Kommunisten aufgestellte Programm einer Arbeiterregierung für Sachsen ist aufs engste zu verbinden mit dem Tageskampfe der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften.

2. Der Kampf um die Arbeiterregierung wird von der KPD systematischer und intensiver weitergeführt. Die ideologische Spaltung und Zersetzung der VSPD muß durch, der Lage entsprechende, Betriebsarbeit vertieft werden. Die nächste Krise der sozialdemokratischen Regierung kann auf Grund der objektiven Lage die Basis der Arbeiterregierung vorfinden, wenn durch rastlose Propaganda und Agitation in den Betrieben auch die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in großem Umfange davon überzeugt sind, daß kein anderer Ausweg möglich ist.

3. Die KPD muß im Zusammenhang mit den steigenden Abwehrkämpfen des Proletariats mit allem Nachdruck den positiven Inhalt der Arbeiterre-

*) Siehe auch Nr. 12 der „Internationale".

gierung betonen. Dieser positive Inhalt ist allgemein gesprochen: Kampf. Konkretisiert ist er in den zehn Forderungen der Kommunisten. Die Arbeiterregierung kann nur Kampfregierung sein und erfordert als solche angespannteste Mobilisierung der Massen. Sie führt den Kampf um alle Klassenforderungen des Proletariats.

4. Die KPD hat die Pflicht, der Arbeiterklasse klarzumachen, daß die Arbeiterregierung keine Erleichterung der Revolution bedeutet. Das Bestehen der Arbeiterregierung stellt vielmehr die Arbeiter vor neue, schwerere Kämpfe und bedeutet eine Phase neuer politischer Erfahrungen für das Proletariat. Diese politischen Erlebnisse führen die Arbeiter zur Erkenntnis, daß die Anwendung der Diktatur des Proletariats eine unvermeidliche geschichtliche Notwendigkeit ist. Sie fördert die wichtigste Voraussetzung der proletarischen Diktatur, die Schaffung einer kommunistischen Massenpartei, die die Trägerin der Diktatur des Proletariats ist.

*

Bücherschau.

A. R. Williams: Durch die russische Revolution, Viva-Verlag. Das Buch von Williams gehört neben die Schriften von Price und Reed. Es ergänzt sie in mancher Hinsicht, Schildert Price die allgemeinen Verhältnisse Rußlands, Reed die unmittelbaren Kampfeseindrücke, so gibt Williams farbige Schilderungen der Revolutionszeit.

Besonders wertvoll ist weiter an dem Buch authentisches Material über die Greuel der Weißgardisten. Den Leuten die noch immer Lust und Zeit haben, über bolschewistischen Terror zu wehklagen, sollte man mit den Tatsachen über die grauenhaften Kommunistenerschießungen ums Maul hauen.

[33]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 15 Januar 1923 ∗ Heft 2

Zwischen Jena und Leipzig.
(Zum Parteitag.).

B e r l i n, 15. Januar 1923.

> „Die französische Gesellschaft hat während der Jahre 1848 bis 1851 die Studien und Erfahrungen nachgeholt und zwar in einer abstürzenden, nicht revolutionären Methode, die bei regelmäßiger, sozusagen schulgerechter Entwicklung der Februarrevolution hätte vorhergehen müssen, sollte sie mehr als eine Erschütterung der Oberfläche sein. Die Gesellschaft scheint jetzt hinter ihren Ausgangspunkt zurückzutreten; in Wahrheit hat sie sich erst den revolutionären Ausgangspunkt zu schaffen, die Situation, die Verhältnisse, die Bedingungen, unter denen allein die moderne Revolution ernsthaft wird."
>
> K a r l M a r x, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Kapitel 1.

Der Zufall fügt es, daß die Ereignisse des Tages die Aufgabe der historischen und praktischen Bilanzziehung außerordentlich erleichtern, die dem kommenden Parteitag in Leipzig obliegt. Die hervorstechendsten Ereignisse und Erscheinungen der letzten Tage und Wochen, das Aufkommen der deutschen Spielart des Faszismus, des Nationalsozialismus, auf der einen, die Krise des Versailler Friedensschlusses, die sich in der Ruhrbesetzung ausdrückt, auf der anderen Seite, sie enthalten bereits in der Keimgestalt die innere und äußere Bilanz der geschichtlichen Zeitstrecke zwischen dem Jenaer (August 1921) und dem kommenden Leipziger Parteitag, und letzten Endes die Bilanz der Novemberrevolution selbst. Beide Erscheinungen, der deutsche Faszismus wie die Ruhrbesetzung sind nur im Gesamtrahmen der Entwicklung seit dem November 1918 zu verstehen, im Rahmen einerseits der Klassenkämpfe, andererseits der internationalen Politik seit diesem Zeitpunkt. Die beiden genannten Erscheinungen und Ereignisse führen uns mitten hinein in die aktuellsten Aufgaben unserer Parteiarbeit und der revolutionären Aufgaben überhaupt. Wir werden diese nur dann richtig erfassen, wenn wir den geschichtlichen Sinn jener in ihrem vollen Umfang, in ihrer Verbindung mit der Vergangenheit, wie in ihrer Tragweite für die nächste Zukunft verstanden haben.

Der deutsche Faszismus in seinen verschiedenen Spielarten hat einen starken Anstoß erhalten von dem überraschenden Erfolg seines italienischen Zwillingsbruders. Aber es wäre falsch, zu glauben, wir hätten es hier nur mit einem mechanischen Abklatsch, mit einer mecha-[34]nischen Uebertragung des letzteren zu tun. Der deutsche wie der italienische Faszismus gehen auf eine gemeinsame europäische Wurzel zurück, das bisherige Resultat des internationalen Klassenkampfes, sie bezeichnen beide ganz bestimmte Tiefpunkte im Gang der Weltrevolution. Die deutsche Spielart des Faszismus ist nicht minder die legitime Frucht des Klassenkampfes auf deutschem Boden, wie der italienische der Italiens, und nur aus diesem Grunde haben sie sich wechselseitig beeinflussen können.

Den allgemein-europäischen Untergrund des Faszismus hat bereits Radek in seinem Bericht über die Offensive des Kapitals auf dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ausgezeichnet analysiert. Wir setzen hier diese internationale Analyse als bekannt voraus und können daher von ihrer Wiederholung absehen. Wir begrenzen unsere Aufgabe darauf, in dem engeren deutschen Rahmen dem geschichtlichen Untergrund des deutschen Faszismus nachzugehen. Es kann dies ausreichend nur geschehen in einem Ueberblick über den Gesamtverlauf der deutschen Revolution seit dem November 1918, durch die Zergliederung der sie bewegenden Klassenkräfte und ihrer wechselseitigen Beeinflussung.

Von der deutschen Novemberrevolution gilt buchstäblich, was Marx von der französischen Februarrevolution des Jahres 1848 sagt: sie war „eine Ueberrumpelung, eine Ueberraschung der alten Gesellschaft, und das Volk proklamierte diesen unverhofften Handstreich als eine weltgeschichtliche Tat, womit die neue Epoche eröffnet sei. Die Parallelen zur französischen Februarrevolution des Jahres 1848 sind augenfällig. „Die Februartage, schreibt Marx, bezweckten ursprünglich eine Wahlreform, wodurch der Kreis der politisch Privilegierten unter der besitzenden Klasse selbst erweitert und die ausschließliche Herrschaft der Finanzaristokratie gestürzt werden sollte. Als es aber zum

wirklichen Konflikt kam, das Volk auf die Barrikaden stieg, die Nationalgarde sich passiv verhielt, die Armee keinen ernstlichen Widerstand leistete und das Königtum davonlief, schien sich die Republik von selbst zu verstehen. Jede Partei deutete sie in ihrem Sinne. Von dem Proletariat mit den Waffen in der Hand ertrotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamierte sie als soziale Republik. So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarem Widerstand stand zu allem was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Masse unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst ins Werk gesetzt werden konnte ... Während das Pariser Proletariat noch in dem Anblick der großen Perspektive, die sich ihm eröffnet hatte, schwelgte und sich in ernstgemeinte Diskussionen über die sozialen Probleme erging, hatten sich die alten Mächte der Gesellschaft gruppiert, gesammelt, besonnen, und fanden eine unerwartete Stütze an der Masse der Nation, den Bauern und Kleinbürgern, die alle auf einmal auf die politische Bühne stürzten, nachdem die Barrieren der Julimonarchie gefallen waren.“

Die Novemberrevolution 1918, was „bezweckte sie ursprünglich“? Das Ende des Krieges und den Sturz des wilhelminischen junkerlich-bürokratischen Polizeiregiments, das sich als unfähig erwiesen hatte, [35] den imperialistischen Krieg zu einem Erfolg zu führen. Die militärische Katastrophe machte die deutsche Bourgeoisie geneigt, den veralteten und für ihre Zwecke untauglichen Herrschaftsapparat, die junkerlich-militärisch-bürokratische Kaste über Bord zu werfen. Aber es war nicht die deutsche Bourgeoisie, die die Novemberrevolution machte, sowenig wie die französische Februarrevolution von 1848 von der französischen oder die russische Februarrevolution von 1917 von der russischen Bourgeoisie gemacht wurde. Die Träger der Revolution waren „Arbeiter und Soldaten“, das industrielle Proletariat der Großstädte und die aktivsten Elemente des Kleinbürgertums. Die fortgeschrittensten Reihen des Proletariats proklamierten die errungene Republik als Räterepublik, zu der bereits die organisatorischen Grundlagen von ihnen gelegt wurden in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte. Aber diese Räterepublik war nicht minder eine Illusion, wie die „soziale Republik“ des Jahre 1848 in Frankreich. Im Gegensatz zu dem Frankreich von 1845 bestand das Illusionäre der deutschen Räterepublik von 1918/19 nicht in den ungenügenden wirtschaftlichen Voraussetzungen. Während in dem Frankreich von 1848 die Entwicklung der großen Industrie bei weitem noch nicht für den Uebergang zum Sozialismus ausreichte, waren in dem Deutschland vom November 1913 die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus vollständig vorhanden. Von der staatskapitalistischen Kriegswirtschaft zum Sozialismus war nur noch ein Schritt. Das wirkliche Hindernis war die „erreichte Bildungsstufe der Massen“, sowohl der proletarischen wie der kleinbürgerlichen Masse. Die proletarische Masse, d. h. die große Mehrheit des Proletariats, bis dahin im Banne des Sozialpatriotismus, der seinerseits das Ergebnis der Fesselung der Arbeiteraristokratie an den einheimischen Imperialismus war, glaubte bereits in der bürgerlichen Demokratie die Gewähr für einen ruhigen kampflosen Fortschritt zum Sozialismus zu haben. Die Illusion, die sie beherrschte, war die Illusion der „Umänderung der Gesellschaft auf demokratischem Wege“, also einer „Umänderung innerhalb der Grenzen des Kleinbürgertums“. In dieser Illusion traf die proletarische Masse mit den aktivsten Schichten des Kleinbürgertums, der proletarischen und halbproletarischen Intelligenz zusammen. Die klassische Verkörperung dieser gemeinsamen Illusionen waren die Soldatenräte, in denen Kleinbürgertum und Intelligenz die Führung hatten. Auf Grund dieser gemeinsamen Illusionen der proletarischen Masse und des Kleinbürgertums kam das B ü n d n i s d i e s e r b e i d e n K l a s s e n zustande, das der weiteren revolutionären Entwicklung den Stempel aufdrückt. Die fortgeschrittensten großstädtischen Schichten des Proletariats, die, sei es aus klarer Einsicht, sei es nur instinktmäßig (das letztere trifft für die Mehrzahl zu) diese Illusionen nicht teilen, und also der proletarischen Diktatur zustrebten, erlagen dem passiven und aktiven Widerstand dieser kleinbürgerlich-proletarischen Allianz. Die lokale Zusammenhanglosigkeit der Bewegungen des großstädtischen Proletariats, die mangelnde Verbindung zwischen großstädtischem, kleinstädtischem und ländlichem Proletariat, die gewöhnlich als Ursache des Scheiterns der Januar- und März-[36]kämpfe angeführt werden, sind nur der äußerliche Ausdruck dieser grundlegenden Tatsache.

Wie das Proletariat von Paris, so erlag die Vorhut des deutschen Proletariats „mit den Ehren des großen weltgeschichtlichen Kampfes“. „Nicht nur Frankreich, fährt Marx fort, ganz Europa zitterte

vor dem Junierdbeben, während die nachfolgenden Niederlagen der höheren Klassen so wohlfeil erkauft werden, daß sie der frechen Uebertreibung von seiten der siegenden Partei bedürfen, um überhaupt als Ereignisse passieren zu können und um so schmachvoller werden, je weiter die unterliegende Partei von der proletarischen entfernt ist.“

In der Tat, die Geschichte der Kämpfe der kleinbürgerlichen Demokratie seit der Niederwerfung der revolutionären Vorderreihen des Proletariats in den Januar- und März-Kämpfen des Jahres 1919 entbehrt als Ganzes jedes heroischen Zugs. Dem Heroismus der breiten Massen, der auch hier nicht fehlt, steht gegenüber von Seiten der Führer die großen Worte und kleinen Taten, die ständige Umkehr auf halbem Wege, die stereotyp wiederholten Fälschungen und Verrätereien. Kurz die Kurzsichtigkeit, Feigheit, Erbärmlichkeit, Schmutzigkeit in jedweder Gestalt.

Diese Kämpfe füllen die nachfolgenden Jahre bis heute aus und sie enden mit einer vollständigen Niederlage, mit der vollständigen Kapitulation, der politischen wie der sozialen, mit dieser Kapitulation aber löst sich das Bündnis zwischen der proletarischen und der kleinbürgerlichen Masse auf, da es jetzt jeden sozialen und politischen Sinn verloren hat. Der ursprüngliche soziale Sinn dieses Bündnisses war auf Seite der proletarischen Masse: die „wirtschaftliche Demokratie“, der allmähliche Aufstieg des Proletariats vermöge der „Demokratie“, der Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter im Betrieb. Diese „Demokratie“, deren Niederschlag die Betriebsräte waren, und die „Arbeitsgemeinschaft“ sollte in der Vorstellung der Arbeiter ihnen einen wachsenden Anteil am gesellschaftlichen Reichtum sichern und gleichzeitig den Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft aus ihrem Verfall erlauben. Dem Kleinbürgertum und den mit ihm ideell verbundenen Schichten der Intelligenz schwebte derselbe Gedanke in kleinbürgerlichen Formen vor: ein „demokratischer“ Anteil am Reichtum der „Reichen“, „Aufstieg“ in den mächtig anschwellenden demokratischen Beamtenapparat, „demokratische“ Verteilung der Steuerlasten usw. Die Voraussetzung für all das war: „Ordnung“, d. h. keine gewaltsamen Eingriffe in den Gang der kapitalistischen Produktion und die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Die wirtschaftliche Demokratie soll jedoch Einkommen und Lasten „gleichmäßig“, „gerechter“ verteilen.

Diese zahmen Illusionen sind wie billig, grausam enttäuscht worden. Gestützt auf den Mechanismus der Geldentwertung und die mit dem Jahre 1920 einsetzende niedergehende Welle der Weltkonjunktur versetzte die große Bourgeoisie der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum Schlag auf Schlag. Sie erlangte eine wahre Virtuosität in der Ausnützung der Geldentwertung, um mit einem Schlage die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu senken, ihre [37] eigene Steuerleistung in blauen Dunst aufzulösen, und sie auf die breiten Massen abzuwälzen, und schließlich große Teile des Kleinbürgertums sozusagen auf kaltem Wege zu enteignen und zu deklassieren.

Die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Demokratie wich Schritt für Schritt zurück, eilte von Niederlage zu Niederlage ohne auch nur den Kampf versucht zu haben. Die „Sozialisierung“ der berühmten Sozialisierungskommission endete mit einem Abortus. Die staatliche Kontrolle der industriellen Großproduktion, auf die es abgesehen war, verschwand geräuschlos, statt dessen erzwang das Großkapital Schritt für Schritt den Abbau der Zwangswirtschaft und der staatlichen Regelungen des Handels. Die Losungen der Sachwerterfassung, der Valutastabilisierung usw. erwiesen sich als reine Täuschungsmanöver. Das Kapital erzwang das Steuerkompromiß, das ihm nicht nur keine neue Lasten auferlegte, sondern es auch von alten befreite. Warum diese ständigen Rückzüge ohne Kampf? Warum diese ständige schmachvolle Preisgabe der eigenen Forderungen? Weil jeder ernsthafte Kampf nicht nur das Band mit der Großbourgeoisie, sondern auch mit dem Kleinbürgertum zu zerreißen drohte, und weil hinter jeder breiten Massenaktion das Gespenst der proletarischen Revolution, des Kommunismus auftauchte. Das Resultat mußte die chronische Passivität sein.

Aber die Ironie der Geschichte machte gerade das ständige Beherrschtsein der Sozialdemokratie von den Rücksichten auf die rückständigen Teile des Kleinbürgerrums – zur Ursache des Bruchs des Kleinbürgertums mit der Sozialdemokratie. Das negative Ergebnis der kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Politik ist die wahre Quelle des Faszismus.

Die Illusionen von der „wirtschaftlichen Demokratie“ sind geplatzt und die politische Demokratie, die mit leeren Taschen und mit Prügeln endete, verliert für das Kleinbürgertum ebenfalls an Anziehungskraft.

Die Ereignisse nach dem Erzbergermord und nach dem Rathenaumord erwiesen die volle Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Demokratie, sich auch nur zu verteidigen. Hatte die kleinbürgerliche Demokratie im Januar und März 1919 der revolutionären proletarischen Vorhut die Köpfe abgeschlagen, so wurden ihr jetzt selbst die Köpfe abgeschlagen. Sie hatte nur ohnmächtige Tränen, nur leere Drohworte für die abgeschlagenen Häupter. Sie opferte sie edelmütig und christlich der „Ruhe und Ordnung“. Und diese Opfer werden nicht die letzten sein; nachdem die Häupter der Demokratie gefallen sind, stehen die schon vor der Tür, die die Demokratie selbst hinaustragen werden.

Ohnmächtig, zerrissen, demoralisiert, korrumpiert wartet der Sozialdemokratie nur noch der Gnadenstoß der Reaktion. Die Vereinigung mit der USP, Resultat der Ohnmacht dieses Teiles der Arbeiterklasse, ihrer Aufgabe des Kampfes um die Macht, entsprach dem illusionären Glauben, als ob neue Kraft der vereinigten Ohnmacht entspringen könne, als ob die fehlende Kampfqualität durch die bloße Quantität ersetzt werden könne.

Wie der innere, so der äußere Bankerott. Die R u h r b e s e t z u n g ist das sichtbare Zeichen dieses Bankerotts. Das Ge-[38]schrei von „Gewalt“ verdeckt nur schlecht die Ohnmacht. Der Ausgang ist klar. Keine Macht von außen kann dem helfen, der selbst machtlos ist. Es fragt sich dabei nur noch, w e s s e n Kolonie Deutschland wird, und wie der fremde und der einheimische Ausbeuter sich in die Beute teilen. An diesem Resultat ist die „Demokratie“ nur formell nicht beteiligt. In Wahrheit konnten die Cuno, Stinnes usw. die feindliche Invasion nur deshalb provozieren, weil der innere und äußere Bankrott der kleinbürgerlichen Demokratie die Volksmasse entkräftet und das Großkapital als einzigen realen politischen Faktor zurückgelassen hat. Es geht jetzt folgerichtig daran, den Leichnam Deutschlands industriell zu verwerten.

Der deutsche Faszismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ihr verbundenen Schichten der Intelligenz auf seine, d. h. auf kleinbürgerliche Weise einen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat. Es ist klar, daß dieser Rettungsweg genau so widerspruchsvoll sein muß, wie die Lage des Kleinbürgertums widerspruchsvoll ist. Wie Louis Bonaparte, so will das Kleinbürgertum den selbständigen, über den Klassen und über den Staat schwebenden Mittler der Klassen spielen. Wenn der französische Parzellenbauer für diese Mittlerrolle sich den Louis Napoleon mit seiner Dezemberbande ausersah, als den Neffen des Bauernkaisers, so hat der deutsche Kleinbürger bereits seine „Dezemberbande“, die Deklassierten des Krieges und des wirtschaftlichen Zerfalls und die Häupter, was können sie anders jein, als die deutschen Napoleone, die Götzen des Krieges? Wenn sie die Marneschlacht und den Krieg verloren haben – haben sie dafür nicht die Schlachten in den Straßen Berlins gewonnen?

Einfach unter dem Kommando der großen Bourgeoisie kann der Faszismus nicht gehen. Die große Bourgeoisie ist ideologisch bankerott. Sie bedrückt das Kleinbürgertum materiell. Aber der Kleinbürger ist für die bürgerliche Ordnung. Wie sich aus diesem Dilemma retten? Der Kleinbürger greift zu seinem alten Rezept des Einerseits-Andererseits, der guten Seite und der schlechten Seite. Die gute Seite, das ist der christliche Kapitalist, der Industrielle, der Produktive; die schlechte Seite, das ist der jüdische Kapitalist, der Händler, der Wucherer, der Parasit. Diese Unterscheidung ist natürlich ein echt kleinbürgerliches Mißverständnis. Die gute und die schlechte Seite, der jüdische und er christliche Kapitalist, der „Produktive“ und der „Parasit“ verschlingen sich untrennbar, im Finanzkapital sind beide Seiten zu einer Einheit vereinigt.

Der faszistische Kleinbürger will eine starke Regierungsgewalt. Starke Regierungsgewalt, das ist ein großer Beamtenapparat. Er will aber zugleich „sparsame Wirtschaft“, also Einschränkung des Beamtenapparates. Also werden alte Beamte entlassen, und dafür kriecht die neue „Dezemberbande“ selbst in die Staatsuniform, was den Apparat nicht kleiner, sondern größer, nicht sparsamer, sondern kostspieliger macht.

Der faszistische Kleinbürger sorgt auch für den Arbeiter – als patriarchalischer Wohltäter. Mit dem Unfug des Achtstundentages und der Schrulle des Rechtes des Arbeiters im Betrieb muß auf-[39]geräumt werden Ordnung in der Fabrik! Aufgeräumt muß werden mit den Geschenken des Staats an den Arbeiter auf Kosten des Kleinbürgers, mit wohlfeilem Brot, wohlfeilen Mieten usw. Dafür wird ihm der Diktator, den sich der Kleinbürger erwählt, Arbeit verschaffen und er wird den Drachen des Wuchers erlegen. Er wird den „guten Arbeiter“ gegen den „schlechten Arbeiter“ schützen. Er wird den „guten Unternehmer“ belohnen und den „schlechten“ strafen. Kurz, er wird die Harmonie zwischen Wolf und Lamm herstellen, vorausgesetzt, daß jeder der beiden die Rolle spielt, die ihm die Natur und der Kleinbürgerverstand zuweisen.

Schluß endlich auch mit dem Unfug des „Internationalismus“. Die Religion des Kleinbürgers ist – der Nationalismus. Er ist, als Mittler zwischen den Klassen, klassenlos und daher der wahre Vertreter der Nation.

Was wird die historische Rolle des Faszismus sein, wenn er siegen sollte? Er wird die friedlichen demokratischen Illusionen liquidieren, sowohl die der politischen Demokratie wie der wirtschaftlichen Demokratie. Aber er kann keines der Probleme lösen, die er sich gestellt hat. Er kann „keiner Klasse geben, ohne der anderen zu nehmen.“ Er „macht die einen revolutionsgeduldig, die anderen revolutionslustig.“ Der Sieg des Faszismus, wenn er eintreten würde, enthält so sicher „dem Keime nach den Triumph der proletarischen Revolution in sich“, wie ihn der Sieg Louis Bonapartes enthielt.

Aber der Sieg des Faszismus in Deutschland ist keineswegs sicher, und wir haben ihn keinesfalls mit fatalischem Glauben entgegenzusehen. Wenn das Aufkommen des Faszismus den Niedergang der Sozialdemokratie und die von ihr bedingte momentane Ohnmacht der Arbeiterklasse widerspiegelt, entscheidend in die Geschicke Deutschlands einzugreifen, so wird der Kampf gegen den Faszismus in erster Linie der Kampf um die Aktivisierung der Arbeiterklasse, um ihr Heranführen an ihre geschichtliche Rolle sein müssen. Sobald die deutsche Arbeiterklasse aus ihrer Lähmung durch das sozialdemokratische Gift erwachen wird, wird der Spuk des Faszismus sich auflösen, werden die kleinbürgerlichen Massen, eine neue Wendung zum Proletariat machen. das endlich nach Abstreifung seiner demokratischen Illusionen, reif geworden sein wird für die Führerrolle, zu der es im November 1918 noch nicht reif war.

Ob der Faszismus in Deutschland siegen wird, das hängt also in entscheidender Weise von dem Tempo ab, in dem wir Kommunisten verstehen, auf unsere, die revolutionäre Weise, den Bankrott der Sozialdemokratie zu beschleunigen und zu liquidieren und die proletarischen Massen aus der Erstarrung zu lösen, in der die sozialdemokratische Führung sie gebannt hält.

Die Beschleunigung des Bankrotts der Sozialdemokratie, die revolutionäre Liquidierung dieses Bankrotts, die Aktivisierung des Proletariats: das ist daher die zentrale Aufgabe der Partei für die nächste Zeit und also auch das Hauptthema des kommenden Parteitags, aus dem alle Einzelaufgaben sich ableiten.

Die objektiven Bedingungen für diese unsere Hauptaufgaben sind in der Besserung begriffen. Auf dem Grunde der allgemeinen Krise [40] des Kapitalismus erhebt sich deutlich eine Welle besserer Weltkonjunktur. Das erhellt klar schon aus den Zahlen der Weltproduktion von Roheisen und Stahl des Jahres 1922.

Wir stellen nach den Angaben der Iron Trade Review folgende Tabelle zusammen:

	Roheisenproduktion (in Millionen Tonnen)				Stahlproduktion (in Millionen Tonnen)			
	1913	1920	1921	1922	1913	1920	1921	1922
Vereinigte Staaten	30,6	36,4	5,5	26,5	31,3	4,1	19,7	33,7
Großbritannien	10,2	8,0	2,6	4,9	7,7	9,1	3,6	5,8
Frankreich	5,1	3,4	3,3	4,9	4,6	3,0	3,0	4,5
Belgien	2,4	1,1	0,9	1,6	2,4	1,2	0,8	1,5
Deutschland	19,0	5,6	6,1	6,5	13,4	6,6	8,7	9,0

In allen diesen Ländern zeigt sich also eia Ausschwung der Stahl- und Eisenproduktion. Am ausgeprägtesten ist dieser Ausschwung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Hier ist in der Stahlproduktion bereits die Zahl von 1913 überschritten. Die Stahlerzeugung in Europa hat den höchsten Punkt seit Kriegsende überschritten. Auch Deutschland zeigt ein Ansteigen der Produktionsziffern. Der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion von Roheisen und Stahl ist mächtig gestiegen. In Roheisen fallen auf die Vereinigten Staaten 53 Proz., in Stahl 55 Proz. der Welterzeugung.

Diese Besserung der Konjunktur k a n n eine Stärkung der Aktionskraft des internationalen Proletariats bringen, k a n n eine erfolgreiche Abwehr gegen die Kapitalsoffensive und gegen den Uebergang des Proletariats zum Angriff mit sich bringen. In Deutschland hängt der weitere Gang der Dinge wesentlich ab von dem weiteren Verlauf und dem Ergebnis der Reparationskrise. Hierbei kommen so viele und so stark entgegengesetzte Möglichkeiten in Frage, – von der teilweisen oder ganz erfolgreichen Pfandnahme Frankreichs im Ruhrgebiet, einer gemeinsamen Aktion der Entente bis zur kriegerischen Austragung des Konflikts, der mehr oder minder weite Kreise ziehen kann – daß irgend eine bestimmte Voraussage hier unmöglich ist. Nur soviel liegt zutage: die gegenwärtige Valutakonjunktur in Deutschland kann nur solange währen, als das Spiel der periodischen Valutasenkung ungestört weitergeht. Gelingt es der Entente, oder einem ihrer Partner eine Stabilisierung der Valuta auch nur auf kurze Zeit durchzusetzen, so ist eine akute industrielle Krisis, ausgedehnte Stillegung der Industrie unausbleiblich. Anders würden die Dinge natürlich liegen, wenn eine Arbeiterregierung die Valutastabilisierung durchführte, weil sie dann mit entsprechenden Maßregeln auf dem Gebiet der Produktion und des Handele verbunden würde.

Das deutsche wie das internationale Proletariat hat sich natürlich einer gewaltsamen Lösung dieser Krise durch die bürgerlichen Regierungen diesseits wie jenseits des Rheins mit aller Macht entgegenzustemmen, gelingt es jedoch nicht, sie aufzuhalten – und bereits beginnen den Regierungen die Dinge über den Kopf zu wachsen –, so gilt es für die deutschen Arbeiter, der Bourgeoisie die Zügel aus der [41] Hand zu nehmen und die Lösung selbst durchzuführen. Zunächst aber gilt es, der Gefahr des neuen Weltbrandes mit Aufbietung aller Kraft zu begegnen.

Die Orientkrise wie die Reparationskrise haben die Unsicherheit des weltpolitischen Gleichgewichts taghell erleuchtet. Die schärfste kritische Zuspitzung scheint jeden Tag möglich. Sowohl für den Fall des langsameren Ganges der Dinge wie für den Fall rascher Zuspitzungen ist entscheidend die aktive und revolutionäre Liquidation der Sozialdemokratie und das heißt die Aktivierung der proletarischen Massen. Der Bankerott der Politik der Sozialdemokratie ist eine handgreifliche Tatsache. Aber er ist es noch nicht im Bewußtsein breiter proletarischer Massen. Die Abstreifung der sozialdemokratischen Ideologie und das heißt die Herstellung des subjektiven Faktors der Revolution, kann nicht das Werk bloßer Propaganda sein. Die Partei muß verstehen, diese Massen an dem Punkt, auf dem sie stehen, bei der Hand zu nehmen und in die Aktionen zu führen, für die ihre Kraft ausreicht, damit sie in der Aktion ihre Illusionen vollends abstreift. Der Punkt, auf dem diese Massen ideologisch stehen, das sind eben die demokratischen Illusionen. Es muß also immer wieder versucht werden, die Massen noch vom Boden der bürgerlichen Demokratie aus, mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie in den Kampf zu führen für Ziele, die ihnen bereits verständlich sind. Oder anders gesagt, das, wovon die Sozialdemokratie nur r e d e t, müssen wir mit den Massen durchzuführen suchen. W i r wissen, daß es widerspruchsvoll ist, die proletarischen Interessen mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie zum Siege zu führen. W i r wissen, daß dieser Widerspruch sich praktisch darin äußern muß, daß b e i f o r t s c h r e i t e n d e r B e w e g u n g der Rahmen der bürgerlichen Demokratie, ihre Einrichtungen und Kampfmittel gesprengt wird, oder daß b e i r ü c k l ä u f i g e r Bewegung selbst hinter die bürgerliche Demokratie zurückgegangen wird zur bürgerlichen Diktatur. Aber „wir“ sind noch eine Minderheit, auch mit dem Kreis derer, die mit uns sympathisieren. Die Mehrheit der Arbeiter weiß das noch nicht. Lernen können sie es nur durch die eigene Erfahrung – die wir ihnen klar machen.

Das ist der ganz einfache Sinn der Taktik der Einheitsfront wie der Arbeiterregierung im deutschen Rahmen.

Die Mehrheit der Partei hat diese Taktik als richtig anerkannt und gelernt, sie im großen ganzen sicher anzuwenden. Abirrungen opportunistischer Art sind vereinzelt geblieben und ohne Mühe von der Partei überwunden worden. Der Ausdruck solcher Abirrungen war die KAG. Sie ist erledigt und hat sich vollends selbst erledigt.

Dagegen hat sich eine Minderheit in der Partei gezeigt, die der Partei bei jedem Schritt in der Richtung dieser Taktik hemmend und verzögernd in den Weg trat, die sie viele kostbare Zeit verlieren ließ. So in der Steuerfrage, so in der Frage der Arbeiterregierung. Der Parteitag muß sein Hauptaugenmerk auf die Hemmnisse richten, die von dieser Seite her die Aktion der Partei erschweren. [42]

*

Rosa Luxemburg im Januar 1919.

Von Ernst Meyer.

In der ausgezeichneten Broschüre der Genossin Klara Zetkin „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“ wird auch eine zusammenhängende Darstellung der taktischen Haltung Rosa Luxemburgs während der Januartage 1919 gegeben. Jahrelang war im Bewußtsein des deutschen Proletariats nur die glühende Kampfeslust und der bis zur Selbstopferung gehende Heroismus der Bannerträgerin des Spartakusbundes lebendig und wirksam. Wohl wurde hie und da in den Auseinandersetzungen mit der USP von der Zentrale des Spartakusbundes auf das hingewiesen, was den Spartakusbund in jenen Tagen von den revolutionären Obleuten Groß-Berlins trennte. Aber die breiten Massen und selbst die Mitglieder der Kommunistischen Partei übersahen die Unterschiede, die in der Haltung des Spartakusbundes und der der revolutionären Obleute vorhanden waren. Dieses Urteil war nicht einmal unberechtigt; denn das Wichtige und Große in der Haltung der Genossin Luxemburg war gerade das Zusammengehen mit den revolutionären Massen, die mit dem eigenen Tode besiegelte Treue und Solidarität mit den Kämpfenden, der eigene Wille zum Kampfe. Wenn Genossin Luxemburg schon nach der Oktoberrevolution trotz einzelner kritischer Bedenken gegenüber der Politik der Bolschewiki den deutschen Arbeitern nur das welthistorisch Große und Bleibende der russischen Erfahrung aufwies und zur Nacheiferung des russischen Beispiels anspornte, so war es erst recht selbstverständlich, daß Rosa Luxemburg in den Januartagen 1919 wiederum trotz vorhandener Bedenken gegen Art und Inhalt des Kampfes nicht nörgelnd neben den kämpfenden Massen einherlief, sondern glühend und mutig ihnen voranstürmte und sie zu lenken suchte.

Jetzt, wo ein größerer Abstand von den Januarereignissen auch bei den breiteren Massen ein ruhigeres Nachdenken erlaubt, wird neben dem Beispiel revolutionärer Leidenschaft und revolutionärer Aufopferung auch die kritische Haltung der Genossin Luxemburg zu den Januartagen verständlicher sein. Durch die vielen Niederlagen seit dem Januar 1919 ist das deutsche Proletariat zum gründlichen Nachdenken über die Ursachen des immer wiederholten Scheiterns seiner revolutionären Vorstöße gezwungen worden. Die kommunistische Bewegung, die das Sammelbecken der revolutionären Erfahrungen des Proletariats darstellt, spiegelt am besten diese Erkenntnis wieder. Man braucht nur die Thesen des ersten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale mit denen des dritten oder vierten Kongresses zu vergleichen, um zu sehen, wie gut die Kommunisten es verstanden haben, aus den teilweise recht schmerzhaften Erfahrungen der eigenen Kämpfe zu lernen. Studiert man nun die Aufsätze, die Rosa Luxemburg während der Januartage 1919 in der „Roten Fahne“ veröffentlicht hat, so wird man leicht feststellen, daß die Anweisungen, die [43] sie den Kämpfenden 1919 erteilte, übereinstimmen mit den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale über die revolutionäre Strategie.

Der Kernpunkt der kommunistischen Taktik besteht heute in der Aufstellung von Uebergangsforderungen, die den breitesten Massen verständlich und daher geeignet sind, diese Massen zum Kampfe zu sammeln und tatsachlich in den Kampf zu führen. Dieser leitende Gesichtspunkt muß auch noch bei Beginn und im Verlause des Kampfes von den Kommunisten festgehalten und befolgt werden. Aus dem Kampfe selbst lernen natürlich die Massen; und noch im Verlaufe des Kampfes wird es ihnen klar werden, daß die anfänglichen Kampfesziele einer Erweiterung bedürfen. Auch das wird von keinem vernünftigen Kommunisten bestritten. Die Haltung der Kommunistischen Partei wäh-

rend des Eisenbahnerstreiks im Februar vergangenen Jahres – eine Haltung, die auch von dem nörgelndsten „Oppositionellen“ innerhalb unserer Partei nicht angegriffen wird – z. B. lief darauf hinaus, den Kampf der Eisenbahner um wirtschaftliche Forderungen durch Solidaritätsaktionen zu unterstützen und die streikenden Eisenbahner an der Hand der polizeilichen und politischen Gegenmaßnahmen der Regierung davon zu überzeugen, daß dieser scheinbar wirtschaftliche Streik zugleich ein politischer war, woraus sich die Ergänzung der wirtschaftlichen Ziele durch eine politische Zielsetzung (Ablösung des Kabinetts Wirth durch eine Regierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten) ergab.

Nun könnte mancher Kommunist glauben, daß ein solch taktisches Vorgehen nur für die Zeiten geboten ist, die man nicht als ausgesprochen revolutionär bezeichnen kann. Eine Analyse der Artikel Rosa Luxemburgs Anfang Januar 1919 beweist indessen, daß eine gleiche Taktik auch in den Zeiten stürmischster revolutionärer Bewegungen geboten ist, daß Abweichungen von dieser Taktik als politische Fehler zu betrachten sind. Rosa Luxemburg wie auch die Zentrale des Spartakusbundes standen durchaus auf Seiten des revolutionären Berliner Proletariats und nahmen nach ihren Kräften an dem revolutionären Kampf teil. Sie billigten auch im wesentlichen die Maßnahmen, die das Berliner Proletariat spontan gegen die Provokation der Absetzung Eichhorns ergriff. Aber Genossin Luxemburg und mit ihr die Mehrheit der Zentrale des Spartakusbundes ließen sich keineswegs von den Massen treiben, waren insbesondere mit der Zielsetzung des Januarkampfes durch die revolutionären Obleute aus den Reihen der Unabhängigen einverstanden. Der unmittelbare Anlaß für den Januarausstand war die Absetzung Eichhorns, d. h. der Versuch der sozialdemokratischen Regierung, die Entwaffnung der Arbeiterschaft und die Bewaffnung der Konterrevolution auf Berlin auszudehnen. Als Kampfziel, das auch den breitesten Massen in ganz Deutschland verständlich war, ergab sich daraus: die Abwehr der Absichten der sozialdemokratischen Regierung, die Bewaffnung der Arbeiter, die Entwaffnung der Konterrevolution. Die unabhängigen Obleute erweiterten dieses natürliche Kampfziel noch vor Beginn der größten Entfaltung der Massenaktion durch die Losung: gewaltsamer Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann. Das war aber eine Losung, die gerade den Widerstand in den noch von der Sozialdemokratie abhängigen Arbeitermassen gegen die revolutionären Arbeiter hervorrief. Während der Putsch vom 6. Dezember und die Weihnachtskämpfe die SPD- und USPD-Arbeiter gegen ihre eigene Führung mißtrauisch machten, ging das von den Unabhängigen aufgestellte Kampfziel über das Verständnis breiterer Arbeiterschichten hinaus und führte deshalb [44] nicht zu einer weiteren Gewinnung von Arbeiterschichten für den revolutionären Kampf, hat vielleicht sogar zu einer Festigung mancher Schichten an die SPD-Bürokratie beigetragen.

Im Kampfe selbst zeigten sich übrigens eine Reihe anderer schwerwiegender Fehler in der Führung durch die revolutionären Obleute. Der Mangel an entscheidenden Handlungen gerade in den ersten Tagen, der Mangel einheitlicher politischer und militärischer Führung, die Neigung zu Verhandlungen und Kompromissen schon in den ersten Tagen – das alles gab dem Kampfe einen Charakter, der auf die Durchführung und Ausdehnung des Kampfes lähmend wirken mußte. In einem Artikel am 11. Januar faßt Rosa Luxemburg diese Lehre daraus in folgenden Sätzen zusammen:

„Klarheit, schärfster rücksichtsloser Kampf allen Vertuschungs-, Vermittlungs-, Versumpfungsversuchen gegenüber, Zusammenballung der revolutionären Energie der Massen und Schaffung entsprechender Organe zu ihrer Führung im Kampfe: das sind die brennendsten Aufgaben der nächsten Periode, das sind die bedeutsamen Lehren aus den letzten fünf Tagen wuchtigster Anläufe der Massen und kläglichsten Versagens der Führer.“

Diese berechtigte und notwendige Kritik, die ergänzt wird durch leidenschaftliche Aufrufe zum verstärkten Kampfe gegen die Konterrevolution muß im Zusammenhang betrachtet werden zu der Beurteilung der allgemeinen Situation jener Tage durch Genossin Luxemburg. In der Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Ende Dezember 1918 erklärt sich Genossin Luxemburg gegen ein Minimalprogramm nach dem Erfurter Muster und für ein Maximalprogramm im Sinne des Kommunistischen Manifestes. Sie betrachtete die damalige

Situation als den Beginn einer Periode, in der unmittelbar um die volle Verwirklichung des Sozialismus gerungen wird.

Bei einer derartigen Einschätzung der Lage ist es um so charakteristischer, daß Genossin Luxemburg allen Illusionen und phantastischen Vorstellungen über die Länge und die Schwierigkeiten des Weges zum Kommunismus mit aller Schärfe entgegentritt. Rosa Luxemburg wies auf die Bewaffnung der Konterrevolution in Deutschland und im Baltikum hin, zeigte, wie wenig noch das flache Land von den revolutionären Wellen berührt war, und empfahl deshalb zur Schulung der Arbeiterschaft die Beteiligung an der National-Versammlung und die aktivste Mitarbeit in den Gewerkschaften. Sie zeigte weiter die Schwächen der Revolution des 9. November als einer vor allem politischen Revolution auf und betonte, daß die Revolution, um vollendet zu sein, noch eine in der Hauptsache ökonomische werden muß. Auch der Empfehlung der ökonomischen Streiks liegt der richtige Gedanke zugrunde, daß wirtschaftliche Forderungen viel geeigneter sind, breitere Massen in den Strom der revolutionären Entwicklung zu reißen, als mit rein politischen Zielen inszenierte Streiks, zumal in an sich revolutionären Situationen sowieso jeder große Streik die weittragendsten politischen Wirkungen hat.

Als wenige Tage, nachdem diese Rede gehalten worden war, die Berliner revolutionären Arbeiter auf die Straßen strömten, ließ sich Rosa Luxemburg keineswegs über den Charakter dieser spontanen Erhebung täuschen. In ihrem letzten Artikel in der Roten Fahne „Die Ordnung herrscht in Berlin“ hat Genossin Luxemburg in geradezu klassischer Weise das Kräfteverhältnis jener Tage analysiert. Rosa Luxemburg spricht es ganz scharf aus, daß ein endgültiger Sieg des [45] revolutionären Proletariats und die Aufrichtung der sozialistischen Diktatur in jener Auseinandersetzung der Januartage nicht zu erwarten war: „Die wunde Stelle der revolutionären Sache in diesem Augenblick: die politische Unreife der Soldatenmasse, die sich immer noch von ihren Offizieren zu volksfeindlichen gegenrevolutionären Zwecken mißbrauchen läßt, ist allein schon ein Beweis dafür, daß ein dauernder Sieg der Revolution in diesem Zusammenstoß nicht möglich war. Andererseits ist diese Unreife des Militärs selbst nur ein Symptom der a l l g e m e i n e n Unreife der deutschen Revolution.“

Genossin Luxemburg stellt dann fest, daß die Abwehr der Provokation der Arbeiterschaft durch die Regierung trotzdem notwendigerweise zu einem offensiven Vorstoß führte. Sie sah in diesem Einzelfall nur die Wiederholung des großen historischen Gesetzes aller Revolutionen:

„Sobald das Grundproblem der Revolution klar aufgestellt worden ist – und das ist in d i e s e r Revolution der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann, als des ersten Hindernisses für den Sieg des Sozialismus –, dann taucht dieses Grundproblem immer wieder in seiner ganzen Aktualität auf, und jede einzelne Episode des Kampfes rollt es mit der Fatalität eines Naturgesetzes in seinem vollen Umfang auf, mag die Revolution zu seiner Lösung noch so unvorbereitet, mag die Situation noch so unreif sein ... Aber die Revolution ist die einzige Form des ‚Krieges‘ – auch dies ihr besonderes Lebensgesetz –, wo der Endsieg nur durch eine ‚Reihe von Niederlagen‘ vorbereitet werden kann!“

In diesen Sätzen ist zugleich der wesentliche Unterschied zwischen der Haltung der Kommunisten und der Menschewisten enthalten. Wenn die Menschewisten Teil- oder Etappenforderungen ausstellen, betrachten sie die Erreichung dieser Forderungen als äußerste Grenze ihrer eigenen Zielsetzung. Die gewollte Beschränkung veranlaßt sie dabei, noch weit vor der selbstgesetzten Schranke stehen zu bleiben, falls sie sich überhaupt zu einem Kampf um dieses Ziel entschlossen haben sollten. Die Kommunisten setzen sich nicht nur tatsächlich und unter größter Energieentfaltung für den Kampf ein, sie suchen auch jeden Kampf auszudehnen und zu verbreitern. Statt vor dem selbstgestellten Ziele stehen zu bleiben, erweitert sich bei ihnen das Ziel während des Kampfes. Die Kommunisten geraten dadurch in, um mit Genossin Luxemburg zu sprechen, einen „Widerspruch zwischen der Zuspitzung der Ausgabe und den mangelnden Vorbedingungen zu ihrer Lösung in einer anfänglichen Phase der revolutionären Entwicklung“, woraus sich die Niederlagen bei Einzelkämpfen der Revolution ergeben. Je straffer die Führung ist, je ausgeklärter die Massen sind, je fester die Kommunistische Partei in sich geschlossen und mit den Massen verankert ist, um so mehr wird die

Kommunistische Partei die politische Zielsetzung genau an die politische Situation anpassen können und doch die Forderungen des nächsten Tages bereits klar formulieren. Die Menschewisten beschränken sich allzu sehr in ihren Zielen und bleiben daher hinter dem Wollen des Proletariats zurück. Die Revolutionsphantasten lösen sich mit ihren Zielen von dem augenblicklichen Kräfteverhältnis und damit von der Erkenntnis und dem Wollen der Massen los. Der Kommunist darf die Fühlung mit den Massen nicht verlieren und trotzdem muß er die nächsten notwendigen Schritte des Proletariats voraussehen und vorbereiten. Das ist die Lehre der revolutionären Strategie, die auch durch die Januarereignisse 1919 bestätigt wird und die auch Rosa Luxemburg schon in den Tagen des Kampfes erkannt und propagiert hat. [46]

*

Peter Lawrow.

Von Rosa Luxemburg.

Dieser Aufsatz Rosa Luxemburgs erschien am 9. Februar 1900 in der „Leipziger Volkszeitung“.

Einer der ältesten und ruhmreichsten Veteranen der sozialistischen Bewegung, ein Siebenundsiebzigjähriger, ist heimgegangen. In der letzten Zeit war er wenig in den Vordergrund getreten. In seinen zwei Stübchen im Hof in der stillen Rue St. Jaques des Lateinischen Viertels von Paris, vergraben in Büchern, die seine ganz bescheidene Wohnung vom Boden bis zur Decke füllten, auf Tischen und Stühlen haufenweise umherlagen, lebte er seinen wissenschaftlichen Arbeiten, fern dem Lärm der Weltstadt, wie den brandenden Wogen des politischen Lebens, obwohl ein aufmerksamer Beobachter und bis zum letzten Atemzug ein Hoffender und Wartender.

Für die jüngere Generation namentlich der deutschen Bewegung knüpft sich an den Namen Lawrow meistens nur eine nebelhafte Vorstellung. Aber es gab eine Zeit, wo Peter Lawrow der geistige Führer und Erzieher einer ganzen sozialistischen Generation in Rußland war, wo sein Name in ganz Europa, überall wo die sozialistische Bewegung ihre Flagge gehißt hatte, mit tiefster Verehrung ausgesprochen wurde. Und dies war die glänzendste Epoche in der russischen revolutionären Bewegung ...

Schon anfangs der sechziger Jahre, als der russische Sozialismus noch in den Windeln lag, nahm Lawrow neben Tschernyschewski an jener wichtigen revolutionären Gärungsperiode Anteil, durch die der Sozialismus in Rußland erst zur Selbsterkenntnis, zur Selbstklärung strebte. Schon 1866 wurde er infolge dieses Verkehrs in revolutionären Kreisen auf administrativem Wege nach dem Gouvernement Wologda in Nordrußland abgeführt.

Für die Entwicklung der russischen Bewegung war diese Verbannung gewissermaßen ein Glück. Lawrows von Hause aus weniger zum praktischen Kampfe als zur wissenschaftlichen Gedankenarbeit geschaffene Natur konnte in der erzwungenen Untätigkeit der Verbannung zum erstenmal ungestört zur Geltung kommen. Das Ergebnis waren jene „Historischen Briefe“ Lawrows, die schon im Laufe ihres Erscheinens in einer periodischen Zeitschrift die ganze intelligente Gesellschaft Rußlands wie ein elektrischer Strom erschütterten. 1870 zuerst in Buchform herausgegeben, waren sie seitdem während der 70er und 80er Jahre das Erziehungsbuch der ganzen revolutionären Jugend.

Stets ein eifriger Forscher der Kulturgeschichte, gelangt hier Lawrow vom kulturgeschichtlichen Standpunkt aus zu sozialistischen Schlüssen. Da die Kultur ein Produkt der Arbeit der menschlichen Gesamtheit ist, so muß sie auch der Gesamtheit zuteil werden, und es ist die sittliche Pflicht eines jeden von der geistigen Kultur zehrenden Menschen, dahin zu arbeiten, um der Masse die Früchte ihrer Arbeit, die Güter der Zivilisation wiederzugeben. Vom idealistischen Standpunkte also, aber in ganz origineller, geistvoller und von tiefster Ueber-[47]zeugung durchglühter Form, richtet hier Lawrow einen mächtigen Weckruf an die russische Intelligenz, rüttelt ihr Gewissen aus und weist sie in die Bahn der sozialistisch-revolutionären Tätigkeit.

Das Buch gehört zu jenen wenigen, die sozusagen von der Zeit selbst geboren wurden. In den damaligen Verhältnissen konnte in Rußland nur die Intelligenz Trägerin der sozialistischen Ideen sein, die Begründung dieser Ideen konnte also selbstverständlich keinen ausgesprochenen Klassencha-

rakter tragen, konnte nicht materialistisch sein. Sie mußte an das einzige tatsächliche Bindeglied zwischen der Intelligenz und dem arbeitenden Volke in den damaligen Verhältnissen: an die sittliche Pflicht anknüpfen, sie mußte ferner, angesichts der großen Opfer, womit der Kampf erkauft werden sollte, auf einen sehr hohen moralischen Zensus berechnet werden.

Beides fand die intelligente Jugend in den Briefen Lawrows: eine ihrer Gedankenrichtung völlig entsprechende und von ihrem Standpunkte logisch unüberwindliche Begründung des Sozialismus und einen Jungbrunnen revolutionärer Begeisterung, heldenhafter Selbstlosigkeit, sittlicher Läuterung. Wie erhaben auch heute ein sozialdemokratischer Quartaner von der Höhe seines „Klassenstandpunktes“ und seines „Materialismus“ auf den alten Idealisten zurück- und herabblicken mag – Lawrow hatte ein ganzes junges Heldengeschlecht aus der Taufe gehoben.

Die zierliche blonde Sophie Perowskaja mit ihrem ruhigen Madonnengesichtchen, die, ohne mit der Wimper zu zucken, zum Galgen schritt, der junge Kibaltschitsch, der seinen bleichen, genialen Kopf stolz dem Henker bot, der asketische Willensriese Michajlow und die Hunderttausende anderer – sie waren alle Lawrows geistige Kinder, sie hatten alle noch als blutjunge Studentlein und Gymnasiasten spät in der Nacht mit glühenden Wangen die „Historischen Briefe“ verschlungen ...

Nach drei Jahren Verbannung floh Lawrow mit Hilfe seiner Genossen aus Wologda nach dem Auslande und kam nach Paris, wo er die Kommune miterlebte. Tief ergriffen durch das gewaltige revolutionäre Drama, schrieb er später auf das Drängen seiner Jünger hin eine kleine Untersuchung: „Der 18. März“, worin er aus eigener Anschauung die Geschichte der Kommune erzählt und kritisch erläutert.

Bald aber beginnt seine eigentliche sozialistische Tätigkeit im Auslande. 1872 übernimmt er in Zürich die Redaktion des „Wperjod“ (Vorwärts), die er bis 1876 führte. Hier steht er noch auf demselben Standpunkte insofern, als er immer noch in der friedlichen Propaganda der sozialistischen Ideen den wichtigsten Hebel der Revolution erblickt. Der von ihm gepredigte Sozialismus selbst zeichnet sich hier aber durch eine weit größere Bestimmtheit und Festigkeit vor dem der „Historischen Briefe“ aus. Lawrow fußt im „Wperjod“ bereits in ausgesprochner Weise auf der allgemeinen Marxschen Lehre; die ökonomische Grundlage des Sozialismus wird – im Gegensatz zu einer anderen in Rußland damals vorherrschenden Richtung – mit großem Nachdruck betont.

Der revolutionäre Kampf in Rußland ging übrigens damals andere Wege, als ihn Lawrow in seiner Zeitschrift wies. Die Unfruchtbarkeit der friedlichen Propaganda und der Druck des Absolutismus hatten die sozialistischen Scharen mit Elementarkraft in die Bahn eines tatkräftigen politischen Kampfes getrieben: 1878 wurde die terroristische Partei „Narodnaja Wolja“ (Volkswille) organisiert, und 1881 krachte der große Donnerschlag in den Zwinger der russischen Zarenherrschaft, daß die ganze zivilisierte Welt erstaunt widerhallte.

[48] Auf die Höhe der politischen Macht, die sie mit dem Attentat auf den zweiten Alexander erschwungen, ist die Narodnaja Wolja nie mehr gekommen. Aber eine moralische Macht blieb sie noch bis gegen Ende der 80er Jahre, und sie beherrschte in dieser Zeit vollkommen die sozialistische Bewegung in Rußland. 1883 gründet die Partei im Auslande ein periodisches Organ: „Wjestnik Narodnoj Woli“ (Bote des Volkswillens). Und es ist der größte Beweis der Verehrung und des Einflusses, die Lawrow genoß, daß zum Redakteur dieses Organs der terroristischen Partei als selbstverständlich Lawrow gewählt wurde, – er, der bisher eine ganz andere Taktik propagierte.

Es mochte den ehrlichen feinfühlenden Denker und Menschenfreund eine Selbstüberwindung gekostet haben, sich an die Spitze eines rücksichtslosen gewaltsamen Kampfes zu stellen, der von seinen Begriffen so verschieden war. Gleichwohl – er tat es. Der Dienst der revolutionären Sache ging ihm über alles, und niemals konnte Peter Lawrow nein sagen, wenn die Sache ihn rief.

Mit größter Hingebung leitete Lawrow das Organ der Narodnaja Wolja bis 1887. Daß das sozialistische Programm dieser Zeitschrift angesichts der Verhältnisse, aus denen es geboren war, nicht einheitlich und im deutschen Sinne sozialdemokratisch sein konnte, versteht sich von selbst. Sein überwiegender Zug ist der Glaube an die Eigentümlichkeit der russischen sozialen Verhältnisse und

an die Obschtschina (die kommunistische Landgemeinde) als den Ansatzpunkt für die sozialistische Umwälzung. Aber nicht das Programm war die Hauptsache an der Zeitschrift, sondern die getreue Widerspiegelung des in Rußland vor sich gehenden Kampfes und die Hochhaltung seiner stolzen Standarte. Und diesen Aufgaben ist der Wjestnik unter Lawrows Leitung vollauf gerecht geworden.

Aber seit der Mitte der achtziger Jahre beginnt allmählich die terroristische Bewegung zu ebben, neue Strömungen, getragen von einer neuen Generation, kommen allmählich, erst schüchtern, dann immer kräftiger und selbstbewußter an die Oberfläche. Und hier beginnt das tragische Geschick im Leben Peter Lawrows.

An die neue, sozialdemokratische Periode des russischen Sozialismus konnte sich Lawrow nicht mehr anpassen. Mit der ganzen Seele hat er sich der Partei der Narodnaja Wolja ergeben und ihren unvermeidlichen Niedergang vermochte er nie zu fassen, an ihn nie zu glauben. Stets hoffte er, trotz aller Enttäuschungen, die Sonne für den ihm liebgewordenen Kampf würde doch wiederkommen.

Die lebhaften Diskussionen über das Programm, die mit der Mitte der achtziger Jahre anhuben, waren ihm unverständlich und schmerzlich. Den Kampf wollte er wieder sehen, einen Kampf aller Sozialisten gegen die herrschenden Gewalten und nicht den Kampf der Sozialisten untereinander. Zwiespalt und Reibungen unter Genossen – das widersprach seinen Prinzipien. Und niemals wollte er sich daran beteiligen. Mochte die geistige Herrschaft seiner geliebten Narodnaja Wolja unter den wuchtigen Hieben der von Marx entlehnten eisernen Waffen der russischen Sozialdemokraten immer mehr zerbröckeln, mochte die Schar seiner Getreuen ihn um eine Entgegnung der sozialdemokratischen Kritik anflehen, mochten die kecken Jünger der Marxschen Lehre in ihrer theoretischen Sicherheit ihn provozieren, reizen, kränken – der Alte blieb sich treu. „Ich kämpfe nicht mit Sozialisten“ hatte er zur Antwort.

Und er schwieg. Die prinzipielle Schlacht im sozialdemokratischen Lager ward inzwischen ausgefochten, die Reihen der Narodnaja Wolja schmolzen zusehends zusammen, eine neue Partei gelangte seit den [49] neunziger Jahren zur ungeteilten Herrschaft. Und der alte Lawrow saß in seinen zwei armseligen Stübchen in der Rue St. Jaques, arbeitete, vergraben in ganze Berge von Büchern, an einer Geschichte der Philosophie, die in dem Sozialismus ihre Krone finden sollte, und wartete. Jeder Nachricht aus Rußland, jedem neuen Flüchtling begegnete er mit stiller Hoffnung, daß die Narodnaja Wolja wieder erstanden ist, daß sie sich wieder ermannt und zum Kampfe rüstet ... Es erinnert etwas in diesem Warten des großen Idealisten an den anderen Großen, an Fourier. So mochte der alte Utopist tagtäglich mit seinem ins Papier gewickelten Laib Brot unter dem Arm in sein Stübchen wandern, in der Erwartung: dort harrt seiner bereits der ersehnte Millionär ...

Der Millionär kam nicht. Die Narodnaja Wolja war nicht mehr erstanden, und Lawrow wurde immer fremder der neuen Generation.

Nicht nur prinzipiell und taktisch, auch geistig waren ihm die heutigen Sozialisten Rußlands fremd. Andere Zeiten – andere Sitten. Die heute notwendige Kleinarbeit, die zuweilen überwiegende Vorherrschaft der ökonomischen Seite des Kampfes, die in dem Fachverein oder dem kleinen Streik in einer Kleinstadt naturgemäß ein bedeutsames Ereignis erblicken läßt, konnte dem aufs große und ganze gehenden Geiste Lawrows nicht zusprechen. Gewöhnt an Heldengestalten, erschien ihm der durchschnittliche sozialdemokratische Agitator von heule etwas zwerghaft.

Und daher der schmerzlich-ängstliche Zug im Gesicht, mit dem er jedesmal zu einem neuen Besuch aus seinem Arbeitszimmer heraustrat, die hohe Patriarchengestalt mit dem langen weißen Bart und Kopfhaar immer noch aufrecht, die müden, überarbeiteten, kurzsichtigen Augen fragend auf den Ankömmling richtend, und mit einer Hand den alten abgenutzten Schlafrock zuknöpfend. Und dieser eine Blick genügte, um alles Kleinliche, Häßliche, Schmutzige, daß in dem Parteikampf überall und noch mehr in dem tristen Flüchtlingsdasein sich bergehoch aufhäuft, von der Schwelle des großen Menschenfreundes und des reinen edlen Menschen zu weisen. Weich, gütig und äußerst bescheiden, wußte er eine gewaltige geistige Kraft auf seine Umgebung auszuüben. Und dabei war er sogar, wie die ganz reinen und zarten Naturen, etwas schüchtern. Der Zudringlichkeit, der Dreistig-

keit wußte er sich nicht zu erwehren. Und das einzige Mal, als er auf Wunsch seiner Freunde einen unwürdigen und zudringlichen Schwätzer zurückwies, kostete es ihm eine sichtliche Mühe. „Ich ... ich ... kann mit Ihnen nichts zu tun haben“, stieß er hervor, tief errötend, die letzten Worte schon hinter der Tür des anderen Zimmers, wohin er sich nach dieser Tat flüchtete.

Zuletzt konnte er eigentlich mit niemand etwas zu tun haben und er verschwand ganz in seinem Arbeitsstübchen, wo er, verlassen von seiner hochadligen Familie – nur eine Tochter besuchte ihn zuweilen – und von den sozialistischen Kämpfern, bald von schwerer Krankheit darniedergebeugt, bald über dem Tische tief gebückt, an der Geschichte des menschlichen Gedankens arbeitete, die der Sozialismus frönen sollte ... [50]

*

Karl Liebknecht.

(Erinnerungen aus den Novembertagen 1918.)

Von Otto Franke.

Die Berliner Gewerkschaftskommission unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Alwin Körsten hatte zum 22. Oktober 1918, abends 8½ Uhr, nach dem Berliner Gewerkschaftshaus eine Versammlung sämtlicher Groß-Berliner Gewerkschaftsfunktionäre einberufen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war nur zu zwei Dritteln mit Gewerkschaftsfunktionären, besonders vorwiegend besoldeten Gewerkschaftsfunktionären, besetzt, denn die Kriegsdurchhaltepolitik und das diktatorische Vorgehen der Gewerkschaftsführer hatte zum größten Teil die unbesoldeten Gewerkschaftsfunktionäre von der Versammlung ferngehalten. Zur Tagesordnung stand wieder einmal ein Vortrag für die Durchhaltepolitik. Plötzlich verlangte Genosse Paul Eckard das Wort zur Geschäftsordnung. Körsten, der Versammlungsleiter, versuchte mit seiner ganzen Kraft und Weisheit den Genossen P. Eckard am Reden zu verhindern, aber die nur sehr kleine Zahl der revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre setzte sich durch und der Genosse P. Eckard kam zum Wort und sagte: „Ich habe den Gewerkschaftsfunktionären die Mitteilung zu machen, daß am 23. Oktober 1918, nachmittags 5 Uhr, auf dem Anhalter Bahnhof unser Genosse Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus Luckau eintrifft.“ Diese nur kurze Mitteilung brachte alle Versammlungsteilnehmer in Aufregung. Schimpfworte und Fäuste gegen die revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre wurden erhoben.

Die nur wenigen revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre sangen die „Internationale“ und die Versammlung hatte ihre Tagesordnung nicht erledigt.

Am 23. Oktober, zwischen 4½ und 5 Uhr nachmittags, setzten sich die Proletarier Berlins aus den Betrieben in Bewegung. Der große Platz vor dem Anhalter Bahnhof und sämtliche Nebenstraßen waren mit Arbeitern und Arbeiterinnen stark besetzt. Auch das Berliner Polizeipräsidium hatte zum Empfang von Karl Liebknecht ein großes Aufgebot der Berliner Schutzmannschaft zu Fuß und zu Pferde entsandt. Selbstverständlich waren auch die „Greifer“ in ansehnlicher Stärke unter den Demonstranten verteilt.

Plötzlich wurde von den Beauftragten des Berliner Polizeipräsidiums unter den Demonstranten das Gerücht verbreitet, der Eisenbahnzug mit Karl Liebknecht werde zum Görlitzer Bahnhof umgeleitet (Anhalter und Görlitzer Bahnhof liegen räumlich ¾ bis 1 Stunde auseinander); aber ein Eisenbahnbeamter machte uns die bestimmte Mitteilung, daß der Zug nur 10 Minuten Verspätung habe und Karl Liebknecht sich im Zug befinde. Von Mund zu Mund wurde diese Parole schnell durch unsere Funktionäre weitergegeben, und die Berliner Proletarier standen wie eine Mauer und warteten auf ihren Führer Karl Liebknecht. Der Zug läuft in die Bahnhofshalle ein; die [51] Polizei setzt sich kampfbereit mit gezogener Waffe in zwei- bis dreifacher Postenkette in die Sättel. Karl Liebknecht wird von Soldaten getragen, von dem demonstrierenden Berliner Proletariat mit nicht endenwollenden Hochrufen auf Karl Liebknecht und die Revolution empfangen. Karl Liebknecht sprach zu den Demonstranten und seine Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Die zwei- bis dreifachen, stark bewaffneten Postenketten wurden von dem Massendemonstrationszug durchbrochen und hinweggefegt. Die Polizeioffiziere versuchten immer und immer wieder, die Schutzmannschaft anzufeuern, in die Massen einzuhauen, aber alle Mühe war vergebens. Der ernste Wille der Berliner

Proletarier war heute Sieger. Der Demonstrationszug hatte den Potsdamerplatz erreicht; an derselben Stelle, wo unser Karl am 1. Mai 1916, abends 7½ Uhr, seine gewaltige Rede gegen den Krieg gehalten hatte und wo seine Verhaftung erfolgte, begann Karl Liebknecht zu reden. Ein Kutscher einer Speditionsfirma mit seinen starken Arbeitsarmen hob mit einem Ruck Karl Liebknecht auf seinen beladenen Speditionswagen, und seine Bärenstimme gab in schlichten Worten bekannt: „Alles hat zu schweigen, Karl Liebknecht redet“. Und nun hielt unser großer, mutiger Kämpfer genau dieselbe Rede, wie am 1. Mai 1916, nur noch mit viel wuchtigerem, Tatsachen beweisenden Anklagematerial gegen den imperialistischen Weltkrieg. Die Masse der Proletarier, viele darunter im Soldatenrock, ließen den Ruf ertönen: „Nieder mit dem Krieg und der Regierung!“ Mit Karl Liebknecht war am 23, Oktober 1918 wieder revolutionäres Leben in Berlin eingezogen.

Ueber zwei Jahre lange Zuchthausqualen hatten den Körper unseres guten Freundes stark mitgenommen. Ruhe zur Erholung gab es keine, sein Geist war gesund und sein Wille war: „Vorwärts mit der Bewegung“. Schon am 24. Oktober in der Frühe sieht man unseren Karl vor den Eingangstüren der Berliner Großbetriebe zur Beobachtung der Stimmung der Fabrikssklaven. Des Abends geht es in die Betriebsversammlungen; solche hatten die revolutionären Betriebsobleute zu jener Zeit häufig einberufen. Am 25. Oktober erschien Karl das erste Mal in der illegalen Sitzung der revolutionären Obleute der Berliner Großbetriebe; nun griff Karl in das Rad zur Vorbereitung der Revolution recht geschickt und tüchtig ein, was von den meisten Obleuten mit Freuden begrüßt wurde. Den Leisetretern und Verwässerern der Revolution (Revolutionsmaulherden) war dieses sehr unangenehm, aber in der Gegenwart von Liebknecht schwiegen diese „Helden“.

Am 31. Oktober, abends 8½ Uhr, sollte in Lichtenberg (Vorort von Berlin) eine außerordentlich wichtige, beschließende Sitzung der revolutionären Obleute stattfinden. Die Berliner Kriminalpolizei hatte von dieser Sitzung Wind bekommen und ein starkes Aufgebot von Kriminalschutzleuten nach dort beordert, um die Sitzung auszuheben. Sonderbare „Gestalten“ frugen auf der Straße und in den Wirtschaften der in Frage kommenden Gegend, ob jemand Liebknecht beobachtet oder gesehen hätte. In ein Lokal kamen drei Frauen hinein, nahmen neben dem Tisch, wo Liebknecht saß, Platz, und erzählten sich, daß der Hauswirt ihres Hauses von der Kriminalpolizei den Auftrag bekommen habe, in seinem Hause gut Obacht zu geben, ob nicht Liebknecht oder führende Spartakusleute, die mit Liebknecht in Verbindung stehen, in seinem Hause verkehren. Nur mit Mühe und Not ist Karl Liebknecht diesen Abend der Verhaftung entgangen. Fluchtartig, auf vielen Umwegen, stark verfolgt, kam Karl Liebknecht nachts 12½ Uhr in dem [52] Vorort Alt-Stralau an, der dort in einer Sackgasse ausläuft, wo der Rummelsburger See in die Spree mündet. Die Bassermannschen Gestalten huschten an uns vorbei; wir hatten uns nämlich einquartiert im „Hotel“ zum „freistehenden Baum“. Die Greifer kamen den Weg zurück und aus ihrer Unterhaltung waren die Worte zu entnehmen: „Wer weiß, wo diese Lumpen, die Verbrecher, stecken; hätten wir den Zuchthäusler bekommen, eine Kugel wäre ihm sicher durch den Schädel gegangen“. Nun verließen wir unsere gastreiche Stätte. Wo nun hin? Es gab nur einen Ausweg, über die Spree nach Treptow oder über den Rummelsburger See nach Lichtenberg zurück. Nach kurzem Besinnen wählten wir den ersten Weg. Zur Ueberfahrt über die Spree sollte ein Kahn requiriert werden. Mein Freund Karl erhob hiergegen heftigen Einspruch, aber Not bricht Eisen und ich siegte. Wir bestiegen den Kahn und machten zu unserem Schreck die Entdeckung, daß im Kahn keine Ruder waren. Wir nahmen ein Kahnsitzbrett, und nun ging der „Schraubendampfer“ mit uns ab, hin und her auf der breitesten Stelle der Spree. Wir landeten nach dreiviertelstündiger Irrfahrt in Treptow in einem Gartenlokal. Liebknecht hatte große Sorge zum den Kahn, denn er war der Meinung, der Kahn käme zu seinem Besitzer nicht mehr zurück. Erst allmählich beruhigte sich mein Freund Karl, als ich ihm den Vorschlag machte, dem Eigentümer des Kahns einen Entschuldigungsbrief zu schreiben. Beim Licht der Taschenlampe wurden schnell einige gute Zeilen geschrieben. Karl legte noch ein Geldstück bei und so wurde der verschlossene Brief unter ein Kahnsitzbrett eingeklemmt. Jetzt ging es mit großen Schritten Berlin entgegen. Wir waren in der Nähe der Berliner Ringbahn (Bahnhof Treptow) angelangt. Es war nachts 2½ Uhr geworden; wieder tauchten die „berühmten Gestalten“ auf. Schnell wurde Kehrt gemacht durch den Treptower Park. Wir machten in einer anliegenden Straße halt.

Hier bekamen wir einen Möbelpackwagen zu Gesicht. Der Schlüssel der Wagentür wurde durch den Fachmann sehr schnell gefunden und wir bestiegen in dieser Nacht unser zweites Quartier, „Hotel“ zum „Internationalen Möbeltransportwagen“. Sollen wir uns hier die ganze Nacht aufhalten? war die Frage. Die Antwort war: Die Nacht ist sehr kalt und mit dem Umherlaufen ist es für uns sehr gefährlich; hier im Wagen ist es angenehm warm und mit den Verpackdecken bereiten wir unsere Lagerstätten zurecht. Ehe wir uns zur Ruhe legten, nahmen wir noch ein „Diner“ ein, bestehend aus trockenem Brot und der berühmten Kriegsziegenwurst. In der siebenten Morgenstunde verließen wir unser „Hotel“. An einem Straßenbrunnen wurde gewaschen; wir begaben uns von hier nach einer Tags vorher verabredeten Stelle zu den Flugplätzen in Johannisthal, denn hier in den Flugzeugwerken waren 30.000 bis 40.000 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig.

Nun begann die Arbeit. Es sollten nämlich die Flugblätter für die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen in die Betriebe hineingeschmuggelt werden. Mit Hilfe unserer Freunde und braven, kampfbereiten Spartakisten, welche in den Betrieben beschäftigt waren, ist uns dieses Werk glänzend gelungen. Denn schon zur Mittagszeit hatte fast jeder in dem Werk beschäftigte Arbeiter und jede Arbeiterin das Flugblatt erhalten. Abends erhielten wir den Bericht, daß der Kapitalist, seine treuen Hof- und Fabrikhunde sowie Polizei- und Militärbehörden eifrig nach den Urhebern und Verbreitern der Flugblätter forschten. Urheber war Spartakus, aber nicht zu finden; Verbreiter der Flugblätter war das gesamte Proletariat der in Frage [53] kommenden Werke. Also wollte man schon Verhaftungen vornehmen, so wäre das ein Massendemonstrationszug der Verhafteten gewesen, der zum ersten Auftakt der revolutionären Erhebung geführt hätte.

Am 2. November, vormittags 9 Uhr, fand eine Gesamtsitzung des geheimen Exekutiv-Komitees des Arbeiter- und Soldatenrats statt, in der eingehend der Groß-Berliner Aufmarschplan besprochen und festgelegt werden sollte. Abends desselben Tages traten die Groß-Berliner revolutionären Betriebsobleute zur Konferenz zusammen. Das Exekutiv-Komitee hatte nämlich beschlossen, daß am 4. November das Proletariat aus den Betrieben marschiert, den Generalstreik proklamiert und die Aktion steigert. In der in Frage kommenden Sitzung der Betriebsobleute war zu unserem Erstaunen ein großer Apparat von Funktionären der Zentralleitung der USPD anwesend. Man bemerkte in der Sitzung folgende Revolutionsgrößen: Haase, Dittmann, sogar Eduard Bernstein, und es gab über den einzuschlagenden Weg zur Revolution zwischen Liebknecht und seinem Anhang einerseits und den Revolutionsmießmachern andererseits eine heftige Auseinandersetzung. Der Vorsitzende der revolutionären Obleute, Emil Barth, brachte es fertig, nach den gemachten Stimmungsberichten aus den Betrieben mit einem einflußreichen Teil von USPD-Führern die „Revolution“ bis zum 6. November 1918 zu vertagen. Die revolutionären Obleute traten nun am 6. November zu einer weiteren Konferenz zusammen. Die Polizei verhinderte die Tagung dieser Konferenz und die Teilnehmer zerstreuten sich in allen Richtungen, um der Verhaftung zu entgehen. In der 11. und 12. Nachtstunde traf sich wieder ein Teil der Genossen zu einer Zusammenkunft, doch konnten keine Beschlüsse festgelegt werden. In Groß-Berlin war ein gewaltiger Polizeiapparat aufgeboten, alle Berliner Wirtschaften, die Sitzungszimmer hatten, wurden von der Polizei beobachtet, und es war den revolutionären Obleuten jede Möglichkeit genommen, in Groß-Berlin am 7. November zu einer neuen Konferenz zusammenzutreten.

Das Revolutionäre Exekutiv-Komitee sollte nun am 8. November vormittags in der Nähe des Stettiner Bahnhofs zu einer Sitzung zusammentreten, im Sitzungslokal waren Karl Liebknecht und weitere zwei Spartakusleute zur verabredeten Zeit anwesend. Durch Kuriermitteilung erfuhren wir, daß Ernst Däumig auf dem Wege zur Sitzung von der Zentrale der USPD mit fast allem Material verhaftet wurde. In der Wirtschaft selbst wurde die Sicherheit von Minute zu Minute immer unsicherer. Nur mit List konnten wir die Wirtschaft verlassen, und der ganz sonderbare Zufall gab uns den Weg nach einem Hause, wo mehrere-Mitglieder des Exekutiv-Komitees zusammentrafen. Liebknecht hatte die Situation sofort übersehen und nach einer nur kurzen Tagung wurde der Beschluß gefaßt, sofort in die Berliner Groß-Betriebe zu gehen und das Fabrikpersonal zu mobilisieren, denn es war die allerhöchste Zeit, es mußte am 9. November, vormittags 9 Uhr, marschiert werden.

Dieses war ein großes Stück Arbeit, das in wenigen Stunden von nur einigen Genossen erledigt sein mußte. Abends um 11 Uhr kam unser Karl sehr erschöpft nach dem Quartier zurück, nachdem er sich über die geleistete Tagesarbeit aus den einzelnen Bezirken informiert hatte, wurde beraten, was am 9. November zuerst wichtiges zu tun wäre.

Unsere gute und brave Quartierwirtin Meta, die noch in bürgerlichen Verhältnissen stand, bewunderte stets unsern Karl, dessen Geist und Körper nie müde wurde, aber in dieser Nacht machte sie doch ein [54] böses Gesicht, weil Karl das Abendessen immer noch nicht eingenommen hatte. Meta hatte bessere Zeiten gesehen. Durch den Krieg kam Meta mit dem Proletariat in enger Berührung und wurde eine treue Beschützerin für die von der Polizei verfolgten Revolutionäre. Nochmals unsern Dank an Meta.

Am 9. November, früh 6 Uhr, wurde das Quartier verlassen; beim Patrouillengang durch die Straßen Berlins trafen wir 200 bis 240 Mann Matrosen, welche aus Kiel am selben Tag in der Frühe auf den Hamburger Bahnhof eingetroffen waren. Das berühmte Oberkommando in den Marken hatte Mannschaften vom Garde-Schützen-Bataillon (eine bis auf die Knochen königstreue Formation) alarmiert, welche unter scharfer Bewaffnung die leider nicht bewaffneten Matrosen gefangen nahmen und zum Görlitzer Bahnhof transportierten. Eine schnelle Besprechung mit Deserteuren ergab das Resultat, daß unter allen Umständen die Matrosen vom Görlitzer Bahnhof nicht weitertransportiert werden dürfen. Ein tapferer Deserteur W. hatte die Führung auf dem Görlitzer Bahnhof übernommen, und durch seine sehr geschickte Leitung war es in der kürzesten Zeit möglich, die königstreuen Garde-Schützen zu entwaffnen und die Matrosen zu bewaffnen und frei zu machen für die Revolution.

Die Bezirks-Organisation von Groß-Berlin der SPD, hatte mit der Zustimmung ihres Parteivorstandes ein Flugblatt (Millionen-Auslage) in der „Vorwärts“-Druckerei herstellen lassen und von allen möglichen Leuten in den Betrieben und verkehrsreichen Stellen in Groß-Berlin verbreitet. Dieses Flugblatt forderte die Arbeiter auf, in den Betrieben zu bleiben, sich nicht provozieren zu lassen. Aber die Proletarier setzten sich doch aus den Betrieben in Bewegung. Karl Liebknecht befand sich auf der Straße beim Proletariat. Abends in der fünften Stunde trafen Liebknecht und andere Spartakusleute im Reichstagsgebäude ein, im Zimmer 183 war eine große Zahl von Mitgliedern der Leitung der revolutionären Betriebsobleute sowie die Zentral- und Bezirksleitung der USPD versammelt. In und vor dem genannten Zimmer waren alle möglichen Leutchen zu sehen, welche darauf warteten, ob sie nicht bald an der Reihe wären und mit einem Posten bedacht werden. Als Karl Liebknecht das Zimmer betreten hatte, schrie ihm Emil Barth entgegen: „Wo bleiben Sie denn, seit vormittags 11 Uhr sitzen wir hier und beraten wegen der Bildung der Regierung?“ Unser Karl sagte im ruhigen Tone: „Genosse Barth, ich war auf der Straße beim Proletariat, wo ich hingehöre.“ Barth antwortet: „Die Revolution hat gesiegt und es muß eine Regierung geschaffen werden!“ Es wird diskutiert, um 6½ Uhr erscheint im Sitzungszimmer Ph. Scheidemann im Auftrage der SPD-Reichstags-Fraktion und sagte folgendes: „Wir müssen schnellstens eine verhandlungsfähige Regierung bilden, und wir wünschen, daß der Kollege Liebknecht in die Regierung eintritt, denn es muß verhandelt werden über den Abschluß des Waffenstillstandes.“ Liebknecht weigerte sich, an der Regierung teilzunehmen. Nachdem von allen Beteiligten mit Ausnahme der Spartakusleute auf Liebknecht eingeredet wird, sagte Liebknecht folgendes: „Ich habe Bedingungen zu stellen.“ Scheidemann: „Liebknecht, reden Sie!“ Liebknecht: „Unsere Bedingungen sind folgende:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen. [55]

2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch die A.- und S.-Räte.

3. Bewaffnung der zuverlässigen Arbeiter und Bildung einer Roten Armee zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution und Vorwärtstreibung derselben.

4. Sofortige Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Kriegshauptschuldigen und Kriegsverlängerer sowie Verschwörer und Konterrevolutionäre abgeurteilt werden.“

Scheidemann sagte: „Ich glaube kaum, daß meine Fraktion solchen Bedingungen zustimmen wird, werde aber dieselben meiner Fraktion, die im Saal 1 versammelt ist, vortragen. Sie bekommen recht bald eine Antwort.“ Wir warteten bis nachts 2 Uhr. Eine Antwort ist nicht gegeben worden.

Karl Liebknecht hatte am 10. November in seiner Rede, welche er vor den Berliner A.- und S.-Räten im Zirkus Busch hielt, recht behalten, als er sagte: „Die Konterrevolution marschiert, ja sie ist unter euch!“

*

Klassenkampf und Alkoholfrage.

Von B e r t h a B r a u n t h a l.

> Es ziemen Ihnen nicht die Laster der Unterdrückten, noch die Vergnügungen der Besitzenden, denn sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird.
>
> Ferdinand Lassalle.

In einem Kursusvortrage, den ich über das obige Thema im „Arbeiter-Abstinentenbund“ hielt, wurde mir vorgehalten, daß ich zu sehr als Kommunistin und vom parteipolitischen Standpunkt aus gesprochen hätte. Vor Kommunisten brauche ich wohl keine Begründung dafür zu geben, daß der Klassenkampf zum Kommunismus führen muß, und daß die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die das Proletariat in diesem Klassenkampf führt. Es lag mir als Kommunistin selbstverständlich daran, den proletarischen Arbeiterabstinenten, die allen Parteien angehören, zu beweisen, daß die SPD auch in der Alkoholfrage die Prinzipien des Klassenkampfes verraten, alle ihre früher feierlich gefaßten Parteitagsbeschlüsse in der Alkoholfrage nicht achtet und im Interesse der Koalitionsgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien und des Wiederausbaus des Kapitalismus die großen Massen des Volkes ohne Bedenken dem Fusel und der Alkoholvergiftung für die Profitinteressen des Schnaps- und Braukapitals überantwortet, während die KPD, obwohl sie gerade zu dieser Frage noch nicht Gelegenheit hatte, in prinzipieller Weise auf Parteitagen usw. Stellung zu nehmen, ganz selbstverständlich die von der SPD fallen gelassenen Prinzipien aufnahm und sich durch die Energie, mit der sie die früheren Beschlüsse der SPD zur Alkoholfrage verfocht (Schnapsboykott und Parteitagsresolution Essen 1907), allein als die Hüterin und Wahrerin der guten alten revolutionären Tradition der SPD erwies.

Dies zeigte dich sehr deutlich bei der Behandlung des B r a n n t w e i n m o n o p o l g e s e t z e s im Reichstag im März dieses Jahres, die leider von unserer Presse und Partei viel zu wenig propagandistisch ausgewertet wurde. Dies Gesetz ist die ungeheuerlichste Mißgeburt der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionswirtschaft, die diese Regierung auf eine Stufe mit der gestürzten Zarenregierung stellt. Diese selbe Partei, die auf ihrem [56] Leipziger Parteitag 1909 den mit ungeheurem Jubel aufgenommenen S c h n a p s b o y k o t t b e s c h l u ß faßte als eine politische Kampfmaßnahme gegen die frechen Junker und gegen die Liebesgaben- und Rüstungspolitik der kaiserlich-wilhelminischen Regierung, hat dann, als sie selbst durch die Revolution zur Regierung kam, zusammen mit diesen Junkern und Schnapsbaronen das Branntweinmonopolgesetz geschaffen, das durch die stärkste Ausplünderung und Vergiftung der Aermsten der Bevölkerung dem bankrotten Staatssäckel und den reaktionären Schnapsjunkern die Taschen füllen soll. Als brave Koalitionsgenossin hate die sozialdemokratische Fraktion in der betreffenden Kommission treulich mitgearbeitet, alle Verschlechterungsanträge der bürgerlichen Parteien geschluckt und – Ironie – sogar durch einen ihrer Genossen (Eggerstedt) als Ausschußberichterstatter dieses Gesetz dem hohen Hause warm zur Annahme empfehlen lassen. Und dabei sieht das Gesetz die Erhöhung der Branntweinsteuer um das F ü n f f a c h e, die Vergeudung von ungeheuren Mengen wertvoller Nahrungsmittel zur Verbrennung in Schnaps, die Garantie des Profits für die Schnapsjunker vor, demgegenüber als eine weiße Salbe der lächerlich geringe Betrag von 30 Millionen Mark für die Bekämpfung der Trunksucht eingesetzt ist. Während die KPD bei der Beratung dieses Gesetzes den Antrag auf Einführung des völligen Schnapsverbots einbrachte und das Gesetz in jedem einzelnen Punkt sehr wirkungsvoll bekämpfte, während sie also die wahren Interessen des Proletariats vertrat, hat die SPD, getreu ihrer Haltung, die sie bei allen bisherigen Steuergesetzen eingenommen hat, diesem Gesetz durch ihre Mitwirkung und ihre Zustimmung zur Annahme verholfen und damit der Ueberschwemmung des

deutschen Volkes und der Hirne der deutschen Arbeiter mit dem furchtbarsten zerstörenden Gift den Weg gebahnt. Dieser republikanische Schnaps wird nun in jeder Form der Bevölkerung angepriesen, an die Beamten des Staates zu Vorzugspreisen abgegeben und der Preis auf Kosten des für technische Zwecke notwendigen Brennspiritus immerhin noch mäßig gehalten. So werden die hohen Preise für Mais, die die Schnapsbrenner aus dem Ausland beziehen, ausschließlich auf den Brennspiritus abgewälzt, der im Vergleich zu dem Vorkriegspreis auf das 2000fache gestiegen ist, während der Preis für den Trinkbranntwein nur um das 1000fache erhöht wurde. Diese Politik der Reichsmonopolverwaltung hat zur Folge, daß der Konsum des Biers immer mehr zurückgeht und statt dessen der Verbrauch an Schnaps unheimlich steigt. So ergibt sich nach einer Meldung der „D. A. Z.“, daß die Einnahmen aus der Biersteuer für die ersten sieben Monate des Rechnungsjahres 1922-23, die einen Betrag von 583.000.000 Mark hätten ergeben sollen, nur 439.000.000 Mark betragen, während die Steuereinnahmen aus der Branntweinverwertung, die für diese Zeit auf 1.020.000.000 veranschlagt waren, sogar 2.284.000.000 Mark ergeben hat, also mehr als das Doppelte. Das bedeutet, daß nicht nur die kleine Schicht der Besitzenden im zunehmenden Genuß von Likör und Schnaps bei Nachttänzen und sexuellen Orgien über das Gefühl der Leere und der Angst vor dem unvermeidlichen Untergang ihrer Klasse und ihrer Vorrechte sich hinwegtäuschen will, sondern daß die Arbeiterklasse immer mehr den Verführungen des Alkoholgenusses verfällt. Die wirtschaftliche Lage der breiten Massen wird immer trostloser, das Familienleben durch das Zusammenpferchen in immer kleinere Räume durch den stückweisen Verkauf von Hausrat, durch die hungrigen mahnenden Blicke der Kinder und der Frauen immer mehr zu einer Quelle der Sorge und Qual, so daß die Massen in wachsendem Maße im Branntwein Vergessen und Betäubung suchen. Die deutsche Republik kann den Arbeitssklaven der herrschenden kapitalistischen Klassen keine Erleichterung ihrer Lebenslage bieten, und sie gibt ihnen daher wie die alte Zarenregierung als einziges Heilmittel den Monopolschnaps, der sie noch tiefer ins Elend bringt, sie um das bißchen Kraft, Kampfeswillen und Energie bringt, das die Arbeiterschaft aus diesem ganzen Elend herausführen könnte.

Der großen Gefahr, die dem Proletariat von dieser unheilvollen Politik der herrschenden Klassen droht, werden sich wohl immer breitere Schichten [57] der Arbeiterschaft bewußt. Wir finden jetzt sehr häufig Artikel in der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse, die die zunehmende Alkoholisierung der Arbeiterschaft feststellen und vor dem Alkoholgenuß warnen. Es ist interessant, in diesem Zusammenhang zu berichten, daß in zwei westfälischen Städten, in Bielefeld und Osnabrück, im Sommer dieses Jahres Probeabstimmungen über ein Alkoholverbot für die betreffenden Orte stattfanden, an denen sich besonders die Arbeiterschaft in den Betrieben und vor allem die Frauen sehr eifrig beteiligten, die Frage in den Betrieben lebhaft diskutierten und schließlich in beiden Orten ungefähr 90 Prozent sich als Anhänger des Alkoholverbots bekannten.

Aber wie wenig die sozialdemokratischen Arbeiter eigentlich wissen, daß ihre eigenen Führer durch ihre ganze Wirtschafts- und Steuerpolitik, durch ihre Haltung beim Branntweinmonopolgesetz an dieser zunehmenden Alkoholisierung der Arbeiterschaft schuld sind, beweist der folgende Beschluß der Hamburger Delegiertenversammlung der SPD, der einstimmig gefaßt wurde:

„Die am 19. Dezember 1922 im Gewerkschaftshause Hamburg tagende Delegiertenversammlung der VSPD beschließt:

Ausgehend von der Ueberzeugung, daß der Alkoholismus die verheerende Not der Gegenwart ins Unermeßliche steigert, fordert die Versammlung von den Regierungen:

1. Weitgehende Beschränkung der Alkoholerzeugung durch Verbot der Verwendung von Brotgetreide, Obst, Kartoffeln, Reis und Zucker zur Herstellung von Trinkbranntwein, Likören und Bier.

2. Regelung des Schankkonzessionswesens auf der Grundlage der Mitbestimmung der Bevölkerung.

3. Verbot der Verabreichung von Alkohol an Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre.

An alle Parteimitglieder aber richten die Versammelten die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die arbeitenden Massen nicht dem Alkoholismus verfallen, sondern sich die Nüchternheit und Selbstbeherrschung erhalten, deren sie in dieser Zeit der Not und gewaltigen Aufgaben dringender denn je bedürfen.“

Wir Kommunisten können als Partei an dieser brennenden Frage nicht stillschweigend vorübergehen. Denn erstens bedeutet die zunehmende Alkoholisierung der Arbeiterklasse eine ungeheure Gefahr für ihre Auswärtsentwicklung, schwächt sie ihren Kampfeswillen und ihre Klassensolidarität, macht sie stumpf und gleichgültig gegenüber dem Schicksal ihrer Klasse und läßt sie zu einer leichten Beute der Ausbeutungsgelüste der Unternehmer, ihrer gesteigerten Offensive zur Aufrechterhaltung ihrer kapitalistischen Herrschaft werden; sie bedeutet in der Tat eine Hemmung der revolutionären Energien der Arbeiterklasse, eine Verzögerung der Entwicklung zum Kommunismus. Ganz instinktiv haben daher die Arbeiter und ihre Führer bei allen Gelegenheiten, wo sie schwere entscheidende Kämpfe mit dem Kapital auszufechten hatten, sofort die Parole der vollständigen Enthaltsamkeit der Kämpfenden von alkoholischen Getränken, des Verbots des Ausschanks jeglichen Alkohols herausgegeben. Solche Beschlüsse wurden auch wirklich durchgeführt beim Züricher Generalstreik 24. Juli 1912, beim schwedischen Generalstreik 1913. Und das glänzendste Beispiel hierfür gibt uns die russische Revolution, die als eine revolutionäre Kampfesmaßnahme mit bewunderungswürdiger Energie durchführte, was sich die amerikanischen Regierungen halb und halb abquälten und unzulänglich durchführen, die vollständige „Trockenlegung“ des bis zur Revolution von Branntwein ganz verseuchten russischen Reiches, die Entalkoholisierung vor allem der russischen Roten Armee und des ganzen öffentlichen Lebens. Das deutsche Proletariat befindet sich gegenwärtig noch nicht im offenem Bürgerkrieg mit einer Bourgeoisie, aber die gegenwärtigen Schützengrabenkämpfe erfordern noch viel mehr persönliche Hingabe, Energie und Aufopferungsfähigkeit, alles seelische Qualitäten, die durch den Genuß des Alkohols vollkommen abgestumpft und ertötet werden. Im Interesse der Revolutionierung des [58] deutschen Proletariats müssen wir also den Kampf gegen den Alkoholismus ernstlich aufnehmen.

In der Zeit, in der die Massen des Proletariats sich nicht einmal sattessen können, weil die notwendigsten Nahrungsmittel Luxuspreise erreicht haben, in einer solchen Zeit bedeutet die Verbrennung von wichtigsten Nahrungsmitteln, wie Zucker, Gerste, Malz, Kartoffeln, Reis, Weizengrieß, Maisgrieß, Obst, Eier und ihre Verwandlung in Alkoholgift die wahnsinnigste Vergeudung dieser Nahrungsmittel und eine Vermehrung des Elends und Hungers der breiten Massen des Proletariats, vor allem der Kinder. So berichtete das „8-Uhr-Abendblatt“ während der Beratung des Branntweinmonopolgesetzes, daß folgende Nahrungsmittel in Alkoholgift verwandelt wurden, und zwar:

1923-21:	489.000	Zentner Gersten- und Weizenmalz,
	68.000	Zentner Zucker,
	30090	Zentner Mais- und Reisgrieß.
1. Vierteljahr 1922:	230.000	Zentner Malz,
	220.000	Zentner Mais- und Reisgrieß,
	43.000	Zentner Zucker.

Durch den Kampf gegen den Alkoholismus wird der herrschenden Klasse ein wichtiges Herrschaftsinstrument entzogen, das gerade so wie die Kirche zur Verdummung und Riederhaltung des Proletariats dient, werden die Profitmöglichkeiten der Bierbrauer und Schnapsbrenner geschmälert, die aus der Zerstörung und Vergiftung von wertvollen Menschenleben und Familienglück ihre ungeheuren Reichtümer ziehen. Es ist bezeichnend für die Versumpfung eines Teils der deutschen Arbeiterklasse und für den Erfolg der arbeitsgemeinschaftlichen Erziehung der heutigen Gewerkschaftsführer, daß viele Brauereiarbeiter in trauter Einheitsfront mit ihren Ausbeutern den Kampf gegen die Abstinenzbewegung und für die schrankenloseste Ausbreitung des Alkoholkonsums, mithin für die Steigerung der Profitrate ihrer Unternehmer führen. Dies war der Fall in Kassel, Hamburg und anderen Orten.

Es ist daher notwendig, daß die Kommunistische Partei zu dieser Frage klar Stellung nimmt und auf dem kommenden Parteitag in einer Resolution den Standpunkt der Partei niederlegt, der dann für alle Parteigenossen bindend sein muß, denn die Kommunistische Partei ist eine disziplinierte Partei, die Parteitagsbeschlüsse nicht faßt, um sie zu sabotieren, wie es leider das Schicksal des Schnapsboykottbeschlusses in der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist, und die auch im Interesse der Beschleunigung der revolutionären Entwicklung von ihren Mitgliedern die Aufgabe alter lieber Gewohnheiten und Unterordnung unter die gefaßten Beschlüsse verlangen kann.

Die Genossenschaftsfrage auf dem Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Von Karl Bittel (Weißenfels).

Der Mißachtung, die die Konsumvereinsbewegung heute noch bei der Mehrzahl der Parteigenossen und insbesondere bei den Parteiinstanzen findet, steht eine außerordentliche Wertschätzung durch die kommunistischen Weltkongresse gegenüber. Der Unterschied zwischen der hohen Bewertung der höchsten Instanz der Kommunistischen Internationale und der unteren Instanzen, wächst proportional mit der Entfernung, wobei übrigens die KPD noch vorteilhaft absticht von den Sektionen in Frankreich, der Schweiz, Oesterreich und Italien.

Es ist keine leichte Aufgabe kommunistischer Erziehung, der gesamten Parteigenossenschaft das richtige Verständnis für die [59] Genossenschaftssache beizubringen. Ganz allmählich nur verschafft sich dieser Zweig der Parteiarbeit das Ansehen, das die Gewerkschaftsarbeit ohne weiteres hatte und sich die Kommunalarbeit mittlerweile erwarb. Es sind einige einfache Ueberlegungen, die jeden Parteiarbeiter von der wesentlichen Bedeutung der Genossenschaftsarbeit überzeugen sollten. Zunächst schon die Tatsache, daß die 2. Internationale die Genossenschaften für ihre Parteizwecke benutzt. Sie nützt in ihrer Agitation für den Reformismus und in ihrer Hetze gegen den Kommunismus selbstverständlich auch die Konsumvereine für diese Zwecke aus. Die Reformsozialisten haben heute in keiner Arbeiterorganisation so feste materielle und ideelle Stützpunkte wie in den Konsumvereinen. Und je mehr ihre Machtposition in den Gewerkschaften erschüttert wird, um so mehr beziehen sie die genossenschaftlichen Festungen und um so stärker bauen sie sich dort ihre Stellungen aus. Dazu kommt, daß die Reformsozialisten durch die Genossenschaften, insbesonders durch die dort zurechtkonstruierte „politische Neutralität“ in großem Bereich auch auf politisch und gewerkschaftlich Indifferente einwirken, ganz besonders auf Arbeiterfrauen. Durch eine gewaltige Genossenschaftspresse, die in Deutschland (Auflage halbmonatlich 996.000 Exemplare) das Aergste an Anti-Bolschewismus leistet, werden mit rosaroten Ideologien Illusionen erzeugt, daß man ohne proletarische Machteroberung durch die Genossenschaftsbewegung die Lage der Arbeiter heben und nach und nach in den Sozialismus hineinwachsen könne.

Für die III. Internationale war das alles politischer Anlaß genug, das Augenmerk auf die Genossenschaften zu richten. Dazu kam die lehrreiche Erfahrung während der Diktatur des Proletariats in Sowjet-Rußland, wo die konterrevolutionäre Genossenschaftsbürokratie eine ganz gefährliche Rolle gespielt hat. Schließlich und hauptsächlich bestimmend waren jedoch die grundsätzliche Erkenntnis von der wesentlichen Rolle der Konsumvereine bei der Machteroberung, sowie die praktische Erfahrung, daß beim sozialistischen Aufbau die Beherrschung des Genossenschaftsapparats und das Vertrautsein mit den komplizierten Funktionen des Handels etwas ganz Entscheidendes ist. So nahm der III. Weltkongreß am 10. Juli 1921 in Moskau „Thesen über die Arbeit der Kommunisten in den Kooperativen“ an, die vom marxistischen Standpunkt sehr gut das Genossenschaftsproblem klärten. Die II. Internationale hat es bis heute noch nicht fertig gebracht, für die Genossenschaften eine andere Einstellung als platten Opportunismus zu finden, nachdem ihr Versuch auf ihrem 8. Kongreß (Kopenhagen 1910) mit einem reformistischen Kompromiß gescheitert war. Nirgendwo ist der Bankrott des Sozialverrats offenkundiger als in der Genossenschaftspraxis der Sozialdemokraten, insbesondere während und nach dem Krieg. Der III. Weltkongreß setzte an Stelle der seichten theoretischen Grundlagen sozialdemokratischer Genossenschaftsarbeit ein marxistisches Fundament für die kommunistische Genossenschaftsarbeit. Der Weltkongreß sprach klipp und klar aus, daß die Kommunisten in den Genossenschaften die Pflicht haben, fraktionsweise zu arbeiten. Daß also für uns Kommunisten die Genossenschaftsarbeit ein Stück Parteiarbeit ist, und daß diese Genossenschaftsarbeit vollkommen der Parteidisziplin untersteht.

Dem Vierten Weltkongreß ging die Erste Internationale Konferenz kommunistischer Genossenschafter in Moskau vom 1. bis 6. November 1922 voraus. Ihre Hauptaufgabe war, eine klare grund-[60]sätzliche Einstellung für das klassenbewußte Proletariat zur Genossenschaftsfrage zu finden und die Rolle der Genossenschaftsbewegung in den verschiedenen Phasen der Arbeiterbewegung aufzuzeigen. Insbesondere war es eine dringende Notwendigkeit, auf Grund der internatio-

nalen Erfahrungen die taktische Linie zu bestimmen, die für die systematische Arbeit der Kommunisten innerhalb der Genossenschaften Geltung haben soll. Diese Ausgabe hat die Konferenz vollauf erfüllt.

Die Hauptreferate der Konferenz behandelten das Thema: „Genossenschaft und Kommunismus“ in grundsätzlicher (Referent: Chintschuk, Rußland) und in taktischer (Referent: Bittel, Deutschland) Beziehung und rollten zusammen mit der sich jeweils anschließenden reichen Diskussion eine Unzahl von Fragenkomplexen auf, um sie zur Lösung zu bringen. In der wesentlichsten Frage bestand Einmütigkeit bei den Delegierten aller Länder, daß es nämlich im Rahmen des proletarischen Klassenkampfes eine „Genossenschaftsbewegung an sich“ nicht gibt. Daß also vom Klassenkampfstandpunkt der sog. „reine Genossenschaftssozialismus“ aufs allerentschiedenste bekämpft werden muß. Denn für den klassenbewußten Proletarier existiert nur eine einzige Klassenkampfbewegung, und gibt es nur eine proletarische Gesamtpolitik, die organisatorisch und taktisch ihre gewerkschaftliche und genossenschaftlichen Auswirkungen hat. Das erfordert die engste Kampfgemeinschaft von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft. Das ergibt für uns Kommunisten die Eingliederung der Genossenschaftsarbeit in die Parteiarbeit und die vollkommene Unterstellung der Genossenschaftsarbeit unter die Parteidisziplin.

Der Bericht der auf dem III. Weltkongreß geschaffenen Kooperativ-Sektion bei der Komintern (Sekretär Kramaroff) sowie die Berichte aus den einzelnen Ländern zeigten, daß die III. Internationale noch viel zu sehr vor dem Beginn der Durchführung ihrer Beschlüsse vom Juni 1921 steht. Von Sowjet-Rußland (Berichterstatter Genosse Kantor) konnte natürlicherweise von der erfolgreichsten Arbeit berichtet werden. In Bulgarien (Ormanoff, Sofia) ist kommunistische Riesengenossenschaft aufgebaut worden. In Deutschland (Bittel) ist die Durchsetzung der alten Genossenschaften mit fraktionellen Zellen am gründlichsten und erfolgreichsten in Angriff genommen, in Frankreich (Henriet) sind einzelne Genossen tätig gewesen, während die KPF vollkommen versagt hat, in Italien (Tasco) wird die Genossenschaftsbewegung durch die Faszisten geradeso gewürgt, wie durch die Weißen Banden in Ungarn und Polen. In der Schweiz, Oesterreich und den nördlichen Ländern sind Ansätze zu einer systematischen Genossenschaftsarbeit zu verzeichnen. Ueber die erfolgreiche Arbeit in der Tschechoslowakei fiel der Bericht aus, da die Delegation nicht rechtzeitig ankam, in England liegt die Arbeit noch völlig im Argen.

Die Genossenschaftskonferenz wechselte Begrüßungen mit der Komintern (Sinowjew), der Profintern (Losowsky), mit der Roten Armee (Trotzki), mit Lenin und schließlich mit dem IV. Weltkongreß. Sie gab ein Manifest an die Werktätigen aller Länder und stellte Richtlinien für die Genossenschaftsarbeit auf, für die sie auch ein Organisationsstatut festsetzte. Schließlich wurden die 15 Mitglieder der Kooperativsektion gewählt; ein Präsidium von 7 Genossen (Chintschuk, Meschtscherjakoff, Kramaroff, Kaminsky, Bittel, Henriet und Tasca) und zwei Sekretäre (Chintschuk und Kramaroff).

[61] Auf dem Vierten Weltkongreß referierte in der 23. Plenarsitzung am 25. November 1922 Genosse Meschtscherjakoff über die Genossenschaftsfrage. Es wurde eine „Resolution zur Genossenschaftsfrage“ angenommen, in der zunächst erklärt wurde, daß die Offensive des Kapitals zu einer erhöhten Einschätzung der Genossenschaftsbewegung zwinge. Es wurden daher die alten Leitsätze bestätigt und alle kommunistischen Organe, insbesondere die Presseorgane, auf die dringende Notwendigkeit, sich stärker mit der Genossenschaftsfrage zu befassen, hingewiesen. In den Leitsätzen heißt es wörtlich:

„In Fortführung dieser Leitsätze macht der IV. Kongreß auf folgendes aufmerksam: Alle kommunistischen Parteien müssen unbedingt den Beschluß verwirklichen, der bestimmt, daß alle Parteimitglieder auch Mitglieder von Konsumgenossenschaften sein und in diesen Organisationen kommunistische Arbeit leisten müssen.“

Es ist leider nicht ohne Grund, daß diese Forderung der Zwangsmitgliedschaft an erster Stelle wiederholt wird; denn hier ist noch von zahlreichen Genossen gegen die vorjährigen Beschlüsse verstoßen worden. Die Resolution sagt weiter:

„Die gesamte Arbeit der Kommunisten in den Genossenschaften ist Grundlage der strengsten Disziplin und unter Leitung des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien zu leisten."

Auch dieser Punkt ist wichtig, um jene gefährlichen Klippen zu umschiffen, die aus Gegensätzen zwischen den Genossenschaftspraktikern und der Parteileitungen entstehen können.

Ohne hier weiter auf Einzelheiten der genannten Resolution einzugehen, seien noch jene Punkte zitiert, die Beispiele dafür anführen, inwieweit die Genossenschaften praktisch an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen teilzunehmen haben. Es handelt sich um die direkte Mitwirkung in den Kämpfen:

„Gegen die Erhöhung der Steuern, insbesondere der indirekten Steuern, die den Verbraucher belasten! Gegen eine spezielle oder besonders drückende Besteuerung der Genossenschaften oder ihres Umsatzes! Gegen die Teuerung! Für die Förderung der Uebernahme der gesamten Verteilung der Gegenstände des ersten Bedarfs an die Arbeiter-Konsumgenossenschaften! Für Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter (Unterstützung der Opfer des kapitalistischen Terrors, ausgesperrter und streikender Arbeiter, das beste Beispiel ist jetzt Ludwigshafen)! Gegen den Militarismus, der eine Erhöhung der Staatsausgaben und infolgedessen auch der Steuern bedingt! Gegen die wahnsinnige Finanzpolitik der imperialistischen Staaten, die den Sturz des Geldkurses verursacht! Gegen den Versailler Frieden! Gegen den Faszismus, der überall sein Haupt erhebt und den Genossenschaften schweren Schaden zufügt! Gegen einen drohenden neuen Krieg!"

Indem die Konsumgenossenschaften bei all diesen Fragen aktiv mitwirken, reihen sie sich in die proletarische Einheitsfront ein. Sehr wichtig ist, daß die Resolution des 4. Weltkongresses den Kommunisten aufgibt, tätig mitzuwirken bei der reinen genossenschaftlichen Arbeit, um

„... dieser den Charakter zu verleihen, den die neuen Verhältnisse und die neuen Aufgaben des Proletariats erfordern: Vereinigung der kleinen Genossenschaften zu großen Verbänden, Verzicht auf das Prinzip der Gewinnverteilung, das zur Schwächung der Genossenschaften führt, und Verwendung des Gewinns zur Stärkung der Macht des Genossenschaftswesens, Bildung eines Spezialfonds aus den Gewinnen zur Un-[62]terstützung von Streiks, Schutz der Interessen der Genossenschaftsangestellten usw."

Daß daneben unvermindert der Kampf gegen die reformistischen Genossenschaftsinstanzen mit aller Energie weitergeführt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Es ist bedauerlich, daß die Diskussion auf dem Weltkongreß die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit nicht kräftig genug unterstrich. Sie befaßte sich mit Nebensächlichkeiten, statt an konkreten Beispielen zu illustrieren, was für eine kolossale Arbeit bereits in Rußland und Bulgarien geleistet worden ist und wie erfolgreich sich bereits die Zellenarbeit in Estland, Norwegen und Tschechoslowakei gestaltet hat. Von Deutschland, Frankreich, Italien und den nordischen Ländern wäre zu berichten gewesen, daß hoffnungsvolle Ansätze vorhanden sind, während im übrigen, insbesondere in England, die kommunistische Genossenschaftsarbeit noch vollkommen im Argen liegt.

Ohne Zweifel haben sowohl die Genossenschaftskonferenz als [auch] der Weltkongreß in diesem Jahre in Moskau für die kommunistische Genossenschaftsarbeit eine neue Epoche eingeleitet, die hoffentlich in Westeuropa zu größeren Erfolgen führt, als sie bisher zu verzeichnen waren. Insbesondere kommt es darauf an, daß innerhalb unserer eigenen Parteikreise die Passivität gegenüber der Genossenschaftsarbeit zu Aktivität auf diesem Gebiet gewandelt wird.

*

Popularisierungsschmerzen.

Von Hermann Duncker.

Das schwierige Problem einer mustergültigen Popularisierung des ökonomischen Marxismus setzt nun bereits die Provinz in Bewegung. In Schlesien und im Rheinland sind soeben zwei Büchlein erschienen: „Das kommunistische Einmaleins" von Koliwanow und die „Akkumulation des Kapitals" von Sorge, die beide gewiß als erfreuliche Zeichen für den marxistischen Eifer und das Bildungsbedürfnis der Partei betrachtet werden können. Beide Verfasser sind

ernstlich bemüht, die Grundlehre des Marxismus auf den einfachsten Nenner zu bringen. Beide Schriften sind fleißige Arbeiten, die in einzelnen und wesentlichen Teilen wirklich Brauchbares liefern. Und doch tragen beide Arbeiten bedauerlicher Weise gerade in den ersten Abschnitten so erhebliche Irrtümer und Ausdrucksschiefheiten zur Schau, daß dadurch das ganze Werk stark beeinträchtigt wird. Wie leicht wären die Fehler zu vermeiden gewesen, wenn beide Verfasser es für angemessen erachtet hätten, ein solches doch der ganzen Partei nützlich sein sollendes Werk vor Drucklegung der Zentrale anzuzeigen und vorzulegen, da wäre sehr rasch und schmerzlos die nötige Korrektur angebracht worden, und die Broschüren könnten nun mit gutem Gewissen den Parteigenossen empfohlen werden.

Das Büchlein von Gen. D. S o r g e kommt zweifellos einem großen Bedürfnis entgegen. Eine kurze, populäre Darstellung der Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg herauszubringen und mit ihr die Gegenwart zu beleuchten, war ein außerordentlich glücklicher Gedanke. Empfindet man doch auf Schritt und Tritt schmerzlich, daß die Erkenntnisse dieses theoretischen Hauptwerkes Rosas noch keineswegs in den allgemeinen Rede- und Schreibgebrauch des modernen Kommunismus eingegangen sind. Soweit sich Sorge bemüht, aus dem umfangreichen Band die Hauptgedanken herauszulösen, ist ihm sein Vorhaben auch im allgemeinen gelungen. Aber [63] da, wo Rosa Begriffe als bekannt voraussetzt, und Sorge nun versucht die populäre Erklärung zu liefern, die er aus Eigenem beisteuern muß, unterlaufen ihm so peinliche Schnitzer, daß dadurch das sonst einnehmende Gesicht seines Büchleins arg entstellt wird.

Was ist K a p i t a l? „Alles, was nicht in den Konsum einzelner Menschen eingeht," antwortet Sorge, und wenn er auch seine Definition schrittweise ausbauen will, so ist dieser erste Satz doch in seiner Verallgemeinerung falsch und dasselbe gilt für eine spätere Fassung: „Wenn kapitalistische Waren Produktionsmittel sind, sind sie Kapital", oder noch einen Schritt weiter: „Kapital, das bedeutet Produktionsmittel, Kapital, das bedeutet Produktionskräfte". So spricht dann auch Sorge tatsächlich (Seite 15) von Kapital in der kommunistischen Hauswirtschaft. Das ist alles von solcher Unschärfe und Schiefheit, daß derartige populäre Ausklärung bedenklich ist. Aber noch grotesker wird Sorge, wenn er kurz darauf das konstante und variable Kapital erklären will. Er sagt:

„K o n s t a n t e s K a p i t a l g l e i c h f e s t e s K a p i t a l, d. h. Kapital in Form von Maschinen und zahlenmäßig (!) erkannten Waren". (S. 9.)

Sorge wirft da die Begriffe des konstanten und fixen Kapitals völlig durcheinander, um von anderem zu schweigen. Und nun gar die Erklärung für v a r i a b l e s Kapital.

„Das Kapital, das Arbeitskraft ausdrückt oder angibt, ist wechselnder Natur, unbeständiger, d a d i e Z a h l d e r A r b e i t e r s c h w a n k t, die Löhne unbestimmt sind. Es wird daher auch benannt variables Kapital." (S. 9)

Hat denn Genosse Sorge keine Ahnung davon, daß Marx die Begriffe konstant und variabel einzig und allein im Hinblick auf den kapitalistischen Wertbildungs- und Verwertungsprozeß schuf und anwandte? Aus dieser völligen Verkennung des variablen Kapitals ist dann auch zu verstehen, daß Sorge sich ein Anschwellen des variablen Kapitals ausschließlich als Wachsen des Proletarierheeres vorstellen kann. (S. 9, 14 und 52.)

Ebenso hängt damit zusammen die irrtümliche Vorstellung, daß „Akkumulation in sich schließt die dauernde Vergrößerung des variablen Kapitals". (S. 52, 25 und 30.) Aber es kann doch eine Akkumulation (als Wachstum des konstanten Kapitals) vor sich gehen bei gleichbleibendem, ja sogar sich verringerndem variablen Kapital. Man denke an Neueinstellung von Maschinen mit gleichzeitiger Entlassung von Arbeitern.

Auf Seite 11 erklärt Sorge den Begriff der „R e p r o d u k t i o n" einzig als das, was Marx einfache Reproduktion nennt. Die akkumulierende Wirtschaft bedeutet doch auch eine Reproduktion, nämlich die erweiterte Reproduktion. Und ebenso unscharf ist die Darstellung des Mehrwertgewinnes, nach der der Arbeiter „nur einen Teil seiner Arbeitskraft bezahlt bekommt", (S. 14.) Nein, den Wert seiner Arbeitskraft kann der Arbeiter sehr wohl bezahlt bekommen, und doch entsteht Mehrwert aus der kapitalistischen Verwertung dieser Arbeitskraft.

Lassen wir es damit genug sein. Wir betonen noch einmal, daß die eigentliche Problemdarstellung demgegenüber bei weitem besser gelungen ist. Doch bedürfen die Ausführungen über gegenseitige Mehrwertrealisation auf Seite 24 einer wesentlichen Korrektur.

Im kommunistischen Einmaleins hat Genosse E. M. Koliwanow in Katechismusform in acht Abschnitten das Gesamtgebiet des Kommunismus behandelt. Hier ist der 1. Abschnitt „die kapitalistische Wirtschaft“, das Schmerzenskind. Gewiß, wir verkennen nicht, es ist außerordentlich schwer, in einem kurzen Satz zu erwidern auf die Frage: „Wie entstand die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft?“ Koliwanows Antwort lautet:

„Kleine Handwerker, die durch eigene Arbeit Waren für den Markt erzeugten (produzierten), kamen bei den Händlern (Vermögen durch Raubzüge und Sklavenhandel erworben) immer mehr in Schulden und verloren dadurch ihre eigenen Werkzeuge, Webstühle, Häuser usw.“ (S. 9.)

[64] Ich glaube, es erübrigt sich, näher auf diesen Satz einzugehen!

Unklar ist z. B. die Darstellung, daß der Arbeiter gezwungen ist, „überzählige“ (!) unbezahlte Stunden für die Kapitalisten zu arbeiten. (S. 11.) Von der kapitalistischen Produktionsweise kann man auch nicht sagen, „sie wird einzig und allein von dem Bestreben geleitet, den Konkurrenten zu verschlingen“. (S. 12.) Man kann sich doch auch mit dem Konkurrenten kartellieren! Aber noch bedenklicher ist der nächste Satz

„Die Kapitalisten verfolgen allein (!) den Zweck, möglichst viele Waren erzeugen zu lassen.“ (S. 12.)

Das ist 1. nicht der Zweck der Kapitalisten, aber auch 2. nicht das einzige Mittel, um den Zweck der Profitgewinnung zu erreichen. Die Niederkonkurrierung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft ist auch kein so ungehemmter Prozeß im Kapitalismus, wie es K. hinstellt. (S. 14.) Ebenso kann man doch nicht sagen, „Speisehäuser, Wäschereien, Badeanstalten“ kämen nur den besitzenden Klassen zugute. (S. 14.)

Auch im kommunistischen Einmaleins könnten die Fehler leicht ausgemerzt werden. Handelt es sich doch sonst um ein fleißiges und verdienstvolles Werkchen. Uebrigens möchten wir für eine solche Ueberarbeitung noch empfehlen, auf Seite 20 eine Koalitionsregierung der Bourgeoisie mit dem Proletariat schärfer abzulehnen. Bei der Darstellung der russischen Rätemacht sagt K. (S. 53):

„Die Rätemacht fesselt erst durch Aufteilung des Großgrundbesitzes die Landarbeiter und Kleinbauern an sich.“

So allgemein gesagt, erweckt dies auch eine falsche Vorstellung. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes war von der Rätemacht nicht gewollt worden, sondern war die Folge der eruptiven Agrarbewegung. Uebrigens ist dabei glücklicherweise doch nicht der ganze Großgrundbesitz zerschlagen worden, sondern dient zum Teil Sowjetgütern usw. zur Grundlage.

Wir hoffen, daß die Verfasser beider Büchlein diese kritischen Betrachtungen nicht nach kleinbürgerlicher Gepflogenheit persönlich nehmen, sie sind wirklich nicht im geringsten persönlich gemeint, sondern diktiert nur aus dem Wunsch, zu einer zweiten verbesserten Auflage der an sich für unsere kommunistische Propaganda sehr erwünschen Broschüren“ anzuregen und beizutragen.

[65]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 1. Februar 1923 ∗ Heft 3

Selbständige Klassenpolitik!

> „Weder sich zur Verteidigung des bestehenden Klassenstaates unter das Kommando der herrschenden Klassen stellen, noch schweigend auf die Seite gehen, um abzuwarten, bis der Sturm vorbei ist, sondern selbständige Klassenpolitik einschlagen, die in jeder großen Krise der bürgerlichen Gesellschaft die herrschenden Klassen vorwärts peitscht, die Krise über sich selbst hinaustreibt, das ist die Rolle der Sozialdemokratie als der Vorhut des kämpfenden Proletariats."
>
> Rosa Luxemburg, Juniusbroschüre, VII. Kapitel.

◿ **Berlin**, den 25. Januar 1923.

Die Krise, die mit der Besetzung des Ruhrreviers durch die Truppen des poincaristischen Frankreichs einsetzt, erfordert vor allem vom französischen wie vom deutschen Proletariat die Aufbietung höchster Tatkraft und die größte Klarheit. Für die französische Arbeiterklasse ist die Lage einfach und klar. Sie hat mit aller Macht gegen den Einbruch des französischen Imperialismus in das Ruhrrevier anzukämpfen, sie hat ihn den Volksmassen als einen räuberischen imperialistischen Ueberfall zu denunzieren und alle ihre Energien gegen die eigene Bourgeoisie zu lenken, die ihn angestiftet hat und die auf ihrem Wege Schritt für Schritt weiter getrieben wird.

Die ursprünglichen Absichten der französischen Großbourgeoisie, vor allem der Schwerindustriellen, liegen offen zutage. Es handelte sich für sie ursprünglich um die Vereinigung mit der Ruhrkohle, mit dem Bajonett in der Hand. Aber je länger die Krise dauert, je hartnäckiger der deutsche Widerstand, je mehr die nationalistische Welle in Frankreich steigt, um so größer die Gefahr, daß der Gedanke der Annexion Rheinland-Westfalens die Oberhand gewinnt.

Die Lage des deutschen Proletariats ist weniger einfach. Es hat gegen zwei Fronten gleichzeitig zu kämpfen, gegen den französischen Imperialismus und gegen die eigene Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie, voran die Stinnes, Thyssen, Klöckner, versucht einen wahren nationalen Furor zu entfesseln, um ihn zynisch-kühl in ihre geschäftliche Berechnung einzustellen. Um was es ihr in Wahrheit geht, das hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" mit aller wünschenswerten Klarheit und Authentizität herausgesagt. Die französische Schwerindustrie verlangt an dem kombinierten deutsch-französischen Eisen- und Kohlentrust 60 Proz., sie will dem deutschen Partner nur 40 Proz. [66] geben. Stinnes und die Seinen wollen 50 Prozent. Der „nationale" Heldenkampf der Stinnes, Thyssen, Klöckner geht um die Differenz von 10 Prozent. Die Sabotage im Ruhrrevier soll die französischen Partner überzeugen, daß es ohne die freiwillige Mitwirkung der deutschen Zechenherren und „ihrer" Arbeiter nicht geht, daß man französischerseits für diese freiwillige Mitwirkung einen höheren Preis zahlen muß.

Die deutsche Arbeiterklasse, was ist ihre Aufgabe in dieser Stunde?

Die angeführten Worte aus Rosa Luxemburgs Juniusbroschüre geben ihr den sicheren Kompaß. Die deutsche Arbeiterklasse darf sich nicht ins Schlepptau ihrer Bourgeoisie nehmen lassen, sie muß eine selbständige Klassenpolitik treiben: selbständige Klassenpolitik nach außen, wie nach innen.

Wenn für die deutsche Bourgeoisie die „nationale Abwehr" gegen den französischen Imperialismus nur die dürftige Maske eines ganz gewöhnlichen kapitalistischen Geschäfts ist, so muß das deutsche Proletariat selber Ernst machen mit dieser Abwehr und dadurch gleichzeitig den Schwindel der Bourgeoisie und schließlich ihren nationalen Verrat enthüllen. Die Abwehr in einem Krieg suchen zu wollen, wäre der helle Wahnwitz und ein ruchloses Verbrechen. Die Arbeiterklasse kann sie, unter den gegebenen Verhältnissen, nur suchen in der Ausnützung ihrer Rolle als unentbehrlicher Produktionsfaktor.

Die deutsche Arbeiterklasse, immer noch geführt von der Sozialdemokratie, ist aber noch im Schlepptau ihrer Bourgeoisie. Es wäre eine grobe Selbsttäuschung, das nicht zu sehen. Solange sie noch in diesem Schlepptau ist, bestimmt die Bourgeoisie über den Kampf und seine

Z i e l e. Um sie loszulösen, gilt es mit aller Schärfe gleichzeitig die i n n e r e K l a s s e n f r o n t aufzureißen, die sozialen Forderungen des Proletariats und des bedrängten Kleinbürgertums in den Vordergrund zu rücken.

Die deutsche Bourgeoisie verhängt über die Volksmassen, die sie für ihre Zwecke in Bewegung setzt, eine rasende Teuerung. Sie wuchert mit Kohle, mit Eisen, mit Lebensmitteln. Sie erklärt durch den Mund eines ihrer Minister diese Teuerung für eine Art Naturereignis, das das Volk gottselig hinzunehmen hat. Während sie dem Volk von „Opfern“ spricht, prellt sie es um 40 Milliarden Kohlensteuer, mit denen sie noch „Geschäfte“ macht.

Und gleichzeitig läßt sie der faszistischen Meute alle Zügel schießen, um sie im gegebenen Augenblick auf die Arbeiter stürzen zu lassen.

Die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist also vorgezeichnet: Gleichzeitig mit dem Kampf gegen den Ueberfall der französischen Bourgeoisie, den Kampf gegen die deutsche Hungerpeitsche und die drohenden Gefahren der deutschen Reaktion.

Diese Reaktion, die die Regierung losgelassen hat und die Schwerindustrie gefüttert hat, kann sehr rasch beiden über den Kopf wachsen. Aber das erste Angriffsziel werden die revolutionären Arbeiter sein.

Diese Reaktion umfaßt verschiedene, ja gegensätzliche Elemente: neben junkerlich-feudalen und deklassierten Elementen ein gut Teil [67] Kleinbürgertum, das die soziale wie die nationale Not in das Lager der Reaktion treibt.

Diese Reaktion zu teilen, kann wiederum nur der selbständigen Massenpolitik des Proletariats gelingen, selbständig nach innen wie nach außen.

Diese selbständige Klassenpolitik – das ist der Schlüssel der Situation.

*

Aus den Briefen Rosa Luxemburgs an Franz Mehring.

(Zum Gedächtnis Franz Mehrings; gestorben 29. Januar 1919.)

Von F. S c h w a b e.

Das dialektische Gesetz der Geschichte mußte dazu führen, daß trotz allen Raffinements, das die Führer der deutschen Sozialdemokratie in ihrem permanenten Verrat an der Sache des deutschen und des internationalen Sozialismus seit dem Beginn des Weltkrieges entfalteten, unbedingt eines Tages ein prinzipieller Widerstand gegen dieses Verbrechen sich aufrichtete. Dieser Widerstand manifestierte und organisierte sich, wie bekannt, in der Konstituierung der Spartakusgruppe im Jahre 1915. Die Gründung der Spartakusgruppe war tatsächlich nur die aus der historischen Situation absolut unvermeidliche Logik des von den sozialdemokratischen Führern am deutschen Proletariat begangenen welthistorischen Verrates. Trotzdem ist es der besondere Ruhm der deutschen kommunistischen Partei, auf den sie mit Recht stolz sein darf, daß die drei genialsten Köpfe an ihrer Wiege gestanden sind, die die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit des Weltkrieges aufzuweisen hatte. Rosa Luxemburg, die wie niemand sonst seit dem Tode von Friedrich Engels die Theorie des Sozialismus befruchtet hat, Karl Liebknecht, die größte revolutionäre Energie seit dem Bestehen einer deutschen Arbeiterbewegung, und Franz Mehring, der reifste sozialistische Denker und der glänzendste deutsche politische Schriftsteller überhaupt. Es ist dies kein Ruhm, den wir deutsche Kommunisten uns allein zurechtlegen, sondern das war immer die Weltmeinung in der gesamten Internationale. Als der Abgesandte des Spartakusbundes in den letzten Dezembertagen des Jahres 1918 mit dem Genossen Lenin in Moskau die Lage und die Möglichkeiten der deutschen Revolution zu besprechen hatte, hob er den Mangel an führenden Köpfen gegenüber dem Umfang der Aufgaben der deutschen Revolution hervor, daß sich diese führenden Köpfe erst herausbilden müßten, daß ein Teil unserer wichtigsten Führer noch in der Uniform steckten usw. Darauf unterbrach ihn Lenin in seiner bekannten sprunghaften Energie: „Aber was wollen Sie, lieber Genosse? Ihr habt drei Köpfe, wie man sie in der ganzen Internationale kein zweites Mal beisammen findet: Rosa, Karl und den

Alten. Mit diesen drei Köpfen muß eure Revolution unbedingt bis zu den Zielen kommen, die historisch irgendwie möglich sind. Solche Kerle hatten wir nie unter uns. Wir in Rußland wären froh gewesen, wenn wir in unseren schwierigen Lagen einen so abgeklärten und weitblickenden Kopf wie den des Alten unter uns gehabt hätten. Joffe hat mir erzählt, wie dankbar er Ihnen dafür sei, daß Sie ihm so bald eine Unterredung mit dem Alten verschafft hätten, mit dem man sich kaum zehn Minuten zu unterhalten brauche, um genau zu wissen, was man im besonderen Falle zu tun hat."

[68] Wenn es der deutschen Kommunistischen Partei zum besonderen Ruhme gereicht, daß Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring zu ihren Gründern und ersten Wegbereitern gehörten, so ist es leider ebenso als ihre besondern Tragik zu buchen, daß schon nach wenigen Wochen Rosa und Karl abgewürgt unter der feigen Patronage der Noske-Regierung, auf dem Pflaster lagen, und als drittes indirektes Opfer dieser schmachvollen weltgeschichtlichen Morde vierzehn Tage später auch der greise Franz Mehring tot auf der Bahre lag. Niemals in der Geschichte hat eine kämpfende Arbeiterpartei einen so fürchterlichen, dermaßen mit Leichenhügeln eingesäumten Weg gehen müssen, um den Arbeitenden Brot und Leben zu sichern, wie die deutsche Kommunistische Partei. Auf Karl, Rosa und Franz folgten Jogiches und Leviné und neben und nach diesen die vielen Tausend andere. Die Anton Fischersche, von einem Wels stillschweigend geduldete Methode: „Man muß die Führer beseitigen, dann werden die Proleten nur auf den weitesten Umwegen zu ihren Zielen finden", diese Methode hätte schon zum Ziele geführt, wenn – nun, wenn die geschichtliche Entwicklung gegenwärtig nicht in einem solchen stürmischen Tempo ihre Aufklärungsarbeit in den Hirnen der Massen besorgte.

Ihre Geschichte mit Bewußtsein zu machen, ist die oberste Aufgabe, die Marx der revolutionären Arbeiterbewegung stellte. In welch weitem Umfang diese volle Zielbewußtheit in jedem Augenblick bei unseren Vorkämpfern vorhanden war, das möchten wir bei Gelegenheit der fünften Wiederkehr des Todes von Franz Mehring an einer Anzahl Briefstellen aus Briefen beweisen, die Rosa Luxemburg während des Krieges aus der Schutzhaft (teils offiziell, teils geschmuggelt) an ihren Freund und Kampfgenossen richtete. Die Briefe aus der Feder des Genossen Mehring müssen erst gesammelt werden; leider dürften die bedeutendsten, diejenigen an Rosa Luxemburg, für immer verloren sein, da die Genossin Rosa Luxemburg auf ihrem revolutionären Lebenswege sehr oft gezwungen war, alles Schriftliche, was in ihren Händen war, zu vernichten; jedenfalls hat sich in ihrem Nachlaß kein einziger von den vielen Briefen vorgefunden, die Mehring im Lauf ihrer zwanzigjährigen Freundschaft an sie gerichtet hat. Wir wollen also Mehring hier nicht selbst sprechen lassen, sondern auf diesem indirekten Weg ein unmittelbares Bild von ihm zu bekommen suchen, wie es sich in den Augen seiner bedeutendsten Mitkämpferin widerspiegelte, Dieses Bild ist überaus charakteristisch, es läßt prägnant die beiderseitige Zielgemeinschaft erkennen, die völlige Klarheit über den Weg, der zu gehen ist, außerdem aber zeigen diese interessanten Briefstellen aufs deutlichste, wie schwer der Rat und die Tat Mehrings bei seinen Mitstreitern wog.

Wer den rechten Weg gehen will, muß natürlich mit der Kritik der falschen Wege einsetzen. Diese falschen Wege ging damals wie heute der von Herrn Stampfer geleitete „Vorwärts" mit der gewissenhaftesten Tapsigkeit, sodaß er die vom Sozialpatriotismus nicht benebelten Köpfe oft fast mehr zum Lachen als zum Weinen zwang. Kein Wunder also, wenn man in den Briefen Rosas Stellen wie diese vom 11. August 1917 fand:

„In diesen tristen Zeiten gewährt mir übrigens der ‚Vorwärts' während und seit der famosen ‚Parlamentarisierung' eine Quelle immer neuer Freuden."

Wie gesagt: damals genau so wie heute! Genau so wie heute amtete auch Karl Kautsky und so charakterisierte Rosa Luxemburg [69] sein Tun gegenüber Mehring in einem Brief vom 8. September 1917 in folgender geistreicher Weise:

„Mit einem lachenden und einem weinenden Auge verfolge ich auch den unerschöpflichen Born der Kautskyschen Feder, die nie müde wird, weiter ruhig ein ‚Thema' nach dem andern, mit der Geduld einer Spinne, auszuarbeiten, alles sauber in kleine Kapitelchen mit Untertitel zerlegt und alles ‚historisch' betrachtet, das heißt vom Urnebel angefangen bis auf den heutigen Tag. Nur in der Hauptsache weiß er leider immer noch

nicht, was er eigentlich weiß. Ich muß immer denken an den Fritz Adler, der, als er mich das letzte Mal in Berlin besuchte und mir sagte, er stimme vollständig dem Junius zu, auf meinen Einwurf: ‚Ich denke doch, Sie stehen auf Kautskys Standpunkt?‘ die Antwort gab? ‚Wie macht man das ? Kautsky steht doch auch nicht auf Kautskys Standpunkt.‘ Aber die Scheidemänner werden ihn doch nächstens auch noch zum Märtyrer machen und damit seine kahle Glorie wieder frisch erstrahlen lassen.“

Die letzten Zeilen zeigen uns, welch ausgezeichneter Prophet Rosa Luxemburg war, denn was sie prophezeite, ist bekanntermaßen prompt und raschest eingetroffen.

Nun aber setzt die russische Revolution mit ihrem grandiosesten Auftakt, der bolschewistischen Oktoberrevolution ein. Durch unseren treuen, und geschickten Schmuggelboten erhält Rosa Luxemburg in ihre Zelle ausführliche Berichte von Mehring über das Wichtigste. Und Mehring und Rosa haben von nun ab nur noch Augen und Ohren für diesen neuen Abschnitt der Weltgeschichte. Immer wieder kommt Rosa in ihren Briefen auf die russische Revolution zu sprechen. So schreibt sie z. B. am 24. November 1917 in einem geschmuggelten Brief:

„In Politicis geht es Ihnen sicher wie mir. Ich greife mit ungeduldiger Hand zu jeder frischen Zeitung, um nach Nachrichten aus Petersburg zu sehen, man kann aber immer noch nicht klug werden. Es ist ja leider fast ausgeschlossen, daß sich die Lenin-Leute bei diesem furchtbaren Chaos und bei der Gleichgültigkeit der Massen im Westen an der Macht erhalten. Aber schon ihr Versuch ist epochemachend.“

Aber während in Rußland auf dem Welttheater in riesigstem Ausmaße Weltgeschichte gemacht wird, formt Mehring, entflammt von diesem heiligsten Erlebnis, wie er sich damals ausdrückte, die letzten Abschnitte an seinem monumentalsten Geschichtswerke, an der Marx-Biographie und er teilt das Fertigwerden des Manuskriptes der Freundin ins Gefängnis mit. Darauf kommt am 30. Dezember wieder in einem geschmuggelten Brief dieses Echo:

„Wie schön, daß Ihr ‚Marx‘ wenigstens gesichert ist und bald erscheinen wird, das ist wirklich ein Lichtblick in diesen traurigen Zeiten. Ich hoffe, das Buch wird sehr vielen eine Erquickung und eine Ermunterung sein, eine wehmütige Erinnerung zugleich an die schöne Zeit, wo man sich noch nicht schämen mußte, deutscher Sozialdemokrat zu heißen.“

Aber der Alte will nicht nur hinter seinem Pult dem Proletariat dienen, dem er Treue geschworen und Treue gehalten hat wie wenige. Er, der 71jährige, läßt sich von den Berlinern in den preußischen Landtag wählen und obgleich er wiederum gar kein Freund vom öffentlichen Reden ist, hält er in den kritischen Januartagen 1918, wo die Berliner Metallarbeiter zum ersten Mal aufmucken, die beste sozialistische Rede, die während des Krieges in einem deutschen Parlament geholten worden ist. Tausende, die den Glauben an die welthistorischen Ausgaben des Sozialismus trotz der schamlosen Verrätereien der Scheidemannpartei nicht aufgeben wollten, lasen Mehrings Anklagerede mit Begeisterung. Und frohlockend schrieb Rosa Luxemburg am 31. Januar:

[70] „Gerade wollte ich Ihnen für Ihre famose Rede im Dreiklassenhaus danken, die ich in der ‚Leipziger Volkszeitung‘ gelesen hatte, als mir das freundlich zugeschickte Stenogramm gebracht wurde. Natürlich wirkt sie hier noch ganz anders als in dem gekürzten Zeitungsbericht. Die Rede, die ebenso fein und vornehm in der Form wie inhaltlich scharf war, muß sich doch in der Quasselbude, die an ganz andern ‚Toback‘ gewohnt ist, merkwürdig ausgenommen haben. Wie schade, daß ich nicht in der Albrechtstraße (gemeint ist das Landtagsgebäude. D. V.) dabei sein konnte! Inzwischen sind bewegte Zeiten eingetreten und ich bin heute ohne Zeitungen aus Berlin; ich warte ungeduldig wenigstens auf mein Breslauer Abendblatt. (Hier in Breslau, Freund Löbes Domäne, wie in ganz Schlesien, scheint über allen Wipfeln Ruh’ zu herrschen. Derselbe Löbe wollte mich übrigens, gleich im Anfang meines Aufenthalts hier besuchen und mich mit Wohltaten jederart überschütten, ich verbat mir jedoch Beides.)“

Während der „Vorwärts“ trotz allen Sturmeszeichen nach wie vor mit derselben Charakterlosigkeit durch die Geschichte stolpert, hat die Opposition sich unterdessen einige eigene Organe geschaffen. Unter anderen den „Sozialdemokrat“ in Stuttgart, dessen Artikel besonderes Aufsehen machen. Natürlich kann es der „Vorwärts“ nicht unterlassen, die Militärbehörde durch versteckte Andeutungen darauf zu stoßen, daß Franz Mehring hinter einzelnen der die Sozialpatrioten besonders schmerzenden Artikel stehe. In der Hoffnung, tatsächlich die Klaue des alten Löwen im Stuttgarter „Sozialde-

mokrat“ zu finden, bestellt sie sofort das Blatt und schreibt dann am 24. Januar, leider etwas enttäuscht:

„Ich habe mir, auf Grund von Zitaten im ‚Vorwärts‘ das Stuttgarter Blatt abonniert, fand aber einstweilen noch nichts von Ihnen darin. Ob die Deutungen des ‚Vorwärts‘ irrtümlich waren? Uebrigens ist dieses Blatt – ich meine das ci-devant[1] Zentralorgan ... ein Anblick jetzt, der manchmal sogar bei der Tragik der Zeiten erheitern wirkt: etwas so hoffnungslos Ratloses hat die Welt nicht gesehen; er treibt ja jetzt auf den Wogen der Weltgeschichte wie ein zerschmettertes Wrack, – ein groteskes Schauspiel.“

Nun kommt aber ein trauriger Brief, der uns jedoch in erhebender Weise zeigt, wie eng die menschlichen Bande zwischen diesen beiden revolutionären Kämpfern geknüpft sind. Mehring, der seit seiner von die Kaisersozialisten zugelassenen Schutzhaft, kränkelte, hatte auf der Straße einen Ohnmachtsanfall erlitten, er war gestürzt, und hatte sich dabei eine Verletzung am Hinterkopfe zugezogen, die ihn mehrere Wochen ans Bett fesselte. Als er sich wieder auf dem Wege der Besserung befand, schrieb er darüber an seine Freundin. Diese Nachricht ist es, die Rosa Luxemburg in die schwerste Unruhe versetzte, die sie in ihrer vieljährigen Haft durchgemacht hat und sie schreibt am 8. März 1918:

„Wie mich Ihr letzter Brief und namentlich der Bericht von dem fatalen Unfall erschüttert hat, kann ich Ihnen gar nicht sagen. Ich vertrage ja sonst meine nunmehr ins vierte Jahr gehende Sklaverei mit wahrer Lammsgeduld, hier aber, unter dem schmerzlichen Eindruck solcher Nachrichten, packte mich eine fieberhafte Ungeduld und ein brennendes Verlangen, sofort hinaus zu dürfen, nach Berlin zu eilen und mich durch Augenschein zu überzeugen, wie es Ihnen geht, Ihnen die Hand zu drücken und mit Ihnen ein Stündchen zu plaudern. Dies alles nicht tun zu können und hier in der öden Zelle wie ein Hund an der Kette liegen zu müssen, mit dem ewigen Ausblick auf das Männergefängnis auf der einen und auf das Irrenhaus auf der anderen Seite, hat mich nach Ihrem Brief wahrlich in Aufruhr gebracht ...“

Aber was soll das Jammern! Mehring lebt, auch die Revolution lebt, sie geht ihre Eisenschritte und sie muß als unausbleibliche Logik [71] auch in Deutschland fällig werden. Auch unser Tag muß kommen, und so schreibt sie im selben Brief:

„Ich habe trotz alledem die feste Zuversicht, daß wir uns schon nächstes Jahr endlich zu Ihrem Geburtstag wieder um Sie versammeln können. Der Krieg kann unmöglich länger als bis zum nächsten Jahr gehen, und dann – rechne ich auf die geschichtliche Dialektik, die sich zum Schluß doch aus allen Wirrnissen auf offenen großen Weg herausfinden muß. Ich zweifle nicht einen Augenblick, daß Sie mit uns allen schon noch etwas reinere Lust atmen werden, als man jetzt atmen muß.“

Franz Mehring hatte sich nicht nur von seinem Sturze erholt, sondern er hatte endlich auch seinen Kampf gegen die wilhelminische Militärzensur siegreich bestanden. Die Marxbiographie ist ohne eine textliche Konzession von seiten Mehrings nach vielen Monaten des Hinziehens erschienen. Tausende greifen sofort mit Sehnsucht danach, es ist jedem Labsal im Elend der Zeiten und Ansporn zum Kampf. Auch für Rosa, sie liest fieberhaft erneut, was sie teilweise schon im Manuskript gelesen hatte. Und sie, die selbst einen großen Teil des Tiefsten über Marx geschrieben hatte, hat nur Worte der Bewunderung und des Dankes. Am 28. Juni 1918 schreibt sie:

„Sehr verehrter Freund, haben Sie tausend Dank für Ihr Werk und Ihren Brief, auf den ich schon in großer Unruhe wartete. Ich stürzte mich natürlich gleich auf die Lektüre und kann Ihnen gar nicht sagen, wie erquickend und anregend sie auf mich gewirkt hat. Den Eindruck, den mir die ersten Kapital schon früher einmal gemacht hatten, fand ich durch das Ganze bestätigt: es ist entschieden Ihr bestes Werk, was das edle Ebenmaß der Komposition, die ruhige Schönheit der Sprache und vor allem den starken Geist und die Frische betrifft, die aus der Arbeit wehen. Ich verspreche mir eine tiefe, aufrüttelnde Wirkung von dem Buche. Man konnte den Massen in diesem Moment nichts Schöneres schenken, um sie an die besten Traditionen zu erinnern.“

Die Zeiten erfüllen sich. Die deutsche Kaiserei bricht zusammen. Die Proleten rütteln sich auf und damit öffnen sich auch die Schutzhaftpforten für Rosa Luxemburg. Aber nicht zum gemütlichen Erholen und Sichfreuen, sondern zum intensivsten Kampf mit Wort und Feder. Bereits eine halbe

[1] ehemalige

Stunde nach ihrem Eintreffen in Berlin aus Breslau sitzt Rosa Luxemburg in der provisorischen Redaktion der „Roten Fahne“, nämlich in den muffigen Räumen des Lokal-Anzeigers. Selbstverständlich möchte sie sofort mit Mehring beraten und seine Meinung einholen. Der Alte kann jedoch nicht mehr kommen, er sitzt leidend und knirschend ob seiner teilweisen Ohnmacht, zu der ihn der alte müde Körper verdammt, im Sanatorium. Rosa aber findet keine freie Stunde. Zehnmal läßt sie dem Alten mündlich ihren Besuch ansagen, zehnmal muß sie wieder absagen. Also schreibt sie ihm wenigstens, zwischen einem Artikel und einem Flugblatt. Der Brief ist vom 18. November und aus dem Hotel Moltke datiert. Diesen kurzen und für beide so charakteristischen Brief wollen wir hier ganz abdrucken. Er lautet:

„Sehr verehrte Freunde, ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie es mich peinigt, daß ich noch nicht zu Ihnen eilen und Ihnen die Hand drücken konnte. Ich komme aber seit dem Augenblick, wo ich in Berlin aus dem Zuge gestiegen bin, nicht einmal dazu, einen Fuß in meine Wohnung in Südende zu setzen, und hause im Hotel. Daraus können Sie schließen, wie mich der Trubel hier verschlingt. Das erste war: endlich einmal mit der Zeitung herauszukommen. Nun brenne ich darauf, Ihr Urteil zu hören. Ihren Rat zur Seite zu haben. Wir waren alle hocherfreut, als uns Freund X. mitteilte, daß wir demnächst die ‚Fahne‘ durch Ihren Beitrag und Ihren Namen schmücken können. Ich warte darauf mit größter Ungeduld. In den allernächsten Tagen hoffe ich endlich zu Ihnen [72] eilen zu können. Es machte mich glücklich, zu hören, daß es Ihnen gesundheitlich gut geht und daß Sie so froh und arbeitsfähig sind. Das brave liebe ... hilft und arbeitet mit größter Selbstausopferung, auf Schritt und Tritt ist seine Mitwirkung unentbehrlich. In aller Eile vorläufig nur dieser kurze herzlichste Gruß, demnächst auf Wiedersehen!

Ihre Rosa Luxemburg.“

Der alte Revolutionär verbiß sich die Tränen, als er diesen Brief las. Er mußte in der Krankenstube hocken, während draußen zum ersten Mal deutsche Proletarier bewußt für den Kommunismus kämpften und das Pflaster von Arbeiterblut sich rötete! Freilich, das klare Urteil über den zwangsläufigen Verlauf der Weltrevolution und den der deutschen Revolution verließ ihn keine Stunde. In seinem letzten Gespräch sagte er dem Freund aus der „Roten Fahne“, der ihm die schweren Kämpfe schilderte, in denen die Partei stand: „Das kann nicht anders sein und 8 bis 10 Jahre werden sicher verfließen, bis aus dem Auf und Nieder der Weltrevolution auch der Sieg des deutschen Proletariats ein endgültiger sein wird.“ Leider scheint der große Historiker des Sozialismus auch hierin Recht zu bekommen. Daß er wirklich endgültig Recht bekommt, ist die historische Aufgabe der in der Kommunistischen Partei Deutschlands organisierten Massen ...

Eine einzigartige Freundschaft hat es ermöglich, daß der deutsche Sozialismus stolzer als der eines jeden anderen Landes ins Leben trat, die Freundschaft zwischen Marx und Engels. Eine nicht minder stolze und glaubensstarke, gegenseitig sich anfeuernde Freundschaft stand an den Pforten der ersten deutschen proletarischen Revolution, die Freundschaft zwischen Franz Mehring und Rosa Luxemburg. Freundschaften großer Menschen gehören zu den erhabensten Schauspielen der Geschichte. Das Erhabenste von allen aber ist, wenn eine solche Freundschaft dann am mächtigsten zusammenklingt, wenn um der Menschheit größte Gegenstände gestritten wird. Nie aber wurde um Größeres in der deutschen Geschichte gestritten, als seit dem Tage, da um den Sieg des Kommunismus in Deutschland gekämpft und geblutet wird.

*

Der Kampf mit den Nationalsozialisten und andere Gegenwartsaufgaben der Partei.

Von □ □

Der Boden für die VSPD ist die sogenannte Arbeiteraristokratie, die zähe an ihren Vorurteilen aus der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit festhält. Von diesem engen Gesichtskreis nimmt sie zu allen politischen Fragen Stellung. Das Rekrutenmaterial für die Nationalsozialisten ist die Lumpenbourgeoisie und das Lumpenproletariat. Die national-sozialistische Bewegung ist belebt und gestärkt worden durch den Sieg des Faszismus in Italien, aber sie hat ihre tiefen Wurzeln im Zerfall des sozialen Schichtenbaus bei uns. Wollen wir die Bewegung erfolgreich bekämpfen, müssen wir diese Tatsache berücksichtigen. Die soziale Gliederung im Proletariat, die Massen der Arbeitslosen, die Sozial- und Kriegsrentner, die Lumpenbourgeoisie, das heißt, jene Schichten, die in der heuti-

gen Verfallsperiode u n t e r das Proletariat herabsinken, sind ein konkretes Problem für die praktische Politik einer Arbeiterregierung. Ich deute nur an. Maßnahmen einer Arbeiter-[73]regierung, die im unmittelbaren Interesse dieser Schichten liegen, werden auf Gleichgültigkeit stoßen. Umgekehrt, Maßnahmen, die sich hauptsächlich nach den Interessen der gehobenen Arbeiterschichten richten, werden keine Billigung und kein großes Verständnis in der anderen Kategorie des Proletariats finden. Aber nicht nur bei einer Arbeiterregierung, sondern auch bei unserer gegenwärtigen Agitation, müssen wir diese Tatsachen beachten.

Daß der nationale Gedanke imstande ist, ideologisch diese schwer organisierbaren Schichten zu binden zu einer Einheit, ist auch wieder kein Zufall. Das Proletariat, das fest organisiert ist, nimmt als Ausgangspunkt seiner politischen Betrachtung bei Beurteilung der verschiedenen Probleme eben seine altgewohnten Organisationen, die Gewerkschaften, die Benutzung des Parlaments usw. Aber die aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Schichten müssen sich an dieses kleinbürgerliche, ideologische Prinzip des nationalen Gedankens klammern und an die Fleischtopftheorie der Deutschnationalen, wonach an ihrem Elend nicht die Kriegspolitik, sondern die Revolution und die Sieger schuld sind. Die Ideologie ist auch zurückzuführen auf die Pfuscherei der Sozialdemokraten. Die Tatsache, daß die SPD das Kapital des sozialistischen Gedankens so vergeudet hat in ihrer achtjährigen Politik, wirkt auf diese Schichten, die 1918 Vertrauen zum Sozialismus hatten, die einer wirklich sozialistischen Politik gegenüber wohlwollende Neutralität geübt hätten, im konterrevolutionären Geist ein. Sie folgen den reaktionären Beutepolitikern aus Enttäuschung über die SPD-Politik. Sehe man sich beim Harden-Prozeß die Attentäter an: die nationalistische Verwirrung ist oberflächlich und nicht von erheblicher Bedeutung. Aber die materielle Not, der Versuch, sich über Wasser zu halten, ist das Ausschlaggebende. Auch aus der zusammengebrochenen, ehemals herrschenden Militärkaste werden die Reservoire der national-sozialistischen Bewegung, des Faszismus gespeist. Die ehemals „Besten der Nation“ können nur noch in den Poren der Gesellschaft als Schmutz leben. Charakteristisch ist eine Versammlung in Halensee, die der Genosse Katz abgehalten hat, wo 40 bewaffnete Roßbach- und Ehrhardt-Leute kamen und erklärten, sie würden in jede kommunistische Versammlung gehen und sich Gehör erzwingen. Es kam zu einem Zwiegespräch zwischen Katz und den drei leitenden Offizieren, das geradezu grotesk war, aber doch beweist, daß der ideologische Kampf mit ihnen möglich ist, wenn sie in der Minderheit sind. Die Judenhetze und der Nationalismus sind ganz oberflächlich auf der sozialen Wurzellosigkeit dieser Schicht aufgeklebt, das ging aus dieser Versammlung hervor.

Wir haben zu dem ideologischen Kampf gegen den Nationalsozialismus starke Waffen in unserer revolutionären auswärtigen Politik. Der nationale Gedanke ist eine Realität, die in dem Maße zunimmt, in dem die nationale Unterdrückung die soziale verstärkt. Bei Kleinbürgerschichten kann in der Ideologie die soziale Unterdrückung bemäntelt werden durch die offenkundige nationale Unterdrückung, wie sie z. B. durch den Frieden von Versailles gegeben ist. Die große Bourgeoisie stützt diese Ideologie mit allen Mitteln. Sie drückt sich vom Steuerzahlen, vom Aufbringen der Kosten zur Aufrechterhaltung des eigenen Machtapparates, wie sie sich drückt um die Zahlung der Tribute an die siegreiche Bourgeoisie nach dem verlorenen Krieg. Die äußere Politik der Sozialdemokratie ist noch erbärmlicher als die innere. Sie besteht nur in einem schemenhaften Pazifismus, wie eines Raubtieres, dem die Zähne eingeschlagen sind. Sie winseln vor dem Sieger und berufen sich auf einen nirgends existierenden „Rechts-[74]standpunkt, den sie im Kriege weder gegenüber Belgien, noch gegenüber Finnland, Rußland oder Rumänien einnahmen, der um so lügenhafter ist, als jedem klar ist, daß im Falle eines Sieges der deutschen Imperialisten diese die Franzosen und Engländer genau so behandelt haben würden, wie sie Rußland und Rumänien behandelt haben.

Die Erfüllungspolitik der Kleinbürgerregierung ist gescheitert, weil diese Regierung zwar die Kraft hatte, der werktätigen Masse alle Steuern und Lasten aufzuhalsen, aber nicht die Kraft, der Bourgeoisie durch Erfassung der Sachwerte die Kosten der Erfüllungspolitik aufzubürden. Die Sabotagepolitik, die jetzt die Regierung Cuno treibt, und die uns die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen bringen kann, wird das Elend der Massen grenzenlos mehren und die kleine Gruppe der

Raffkes wird an der Sabotagepolitik wie an der Erfüllungspolitik profitable Geschäfte machen, wie sie sie im Kriege machte.

Wenn die Arbeiterschaft nicht die Kraft gewinnt, die Kontrolle über die Schlüsselindustrie und die Erfassung der Sachwerte zu erkämpfen, dann wird sich Frankreich dies durch die Ruhrbesetzung holen. Die Stinnespatrioten, die durch die Ruhrbesetzung die Vereinigung der Ruhrkohle mit dem französischen Eisen erstreben, werden geprellt werden. Alle Hoffnungen auf ein Eingreifen Amerikas zugunsten der deutschen Bourgeoisie sind auf Sand gebaut. Amerika wird erst dann eingreifen, wenn der französische Frank auf einen Bruchteil des heutigen Wertes gesunken ist und der Dollar 40.000 bis 50.000 Mark kosten wird. Dann wird Amerika den Ramsch aufkaufen und die Vorherrschaft über das mit der Ruhrkohle vereinigte Eisengebiet Frankreichs ausüben. Drei bis vier große Haifische diesseits und jenseits des Rheins werden die Prokuristen beim amerikanisch-russischen Aufbaugeschäft machen können. Die Rettung der Nation ist nur möglich durch die Niederwerfung der einheimischen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie kann keinen siegreichen Krieg gegen die Entente führen. Wenn Frankreich seine Vasallenstaaten auf Deutschland losläßt und selbst über die Ruhr geht, dann könnte nur ein revolutionärer Krieg geführt werden von einer Arbeiterregierung, die diktatorisch die Bourgeoisie niederwirft, im Bunde mit Sowjetrußland und den revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen in Indien, Aegypten, Türkei Widerstand leisten und durch seine revolutionären Gluten die französische und englische Arbeiterklasse mit in die Revolution reißen kann.

Gegenwärtig wäre der Sieg in einem solchen revolutionären Krieg sehr fraglich. Der Abwehrbund mit Sowjetrußland und den revolutionären Kolonial- und Halbkolonialvölkern bedarf des Ausbaues. Erst das Wirtschaftsbündnis mit Sowjetrußland zum Aufbau der russischen Schwerindustrie schafft die Voraussetzungen für eine siegreiche deutsche und russische Rote Armee.

Deshalb Erfüllungspolitik auf Kosten der Bourgeoisie, um eine Atempause zu gewinnen zum internationalen Kampf gegen den Versailler Vertrag, gestützt auf die bestehende Rote Armee in Sowjetrußland und die im Ernstfalle auch ins Leben gerufene Rote Armee in Deutschland. Ein nationaler Revanchekrieg ist Mumpitz. Lediglich ein revolutionärer Krieg kann den Versailler Vertrag zerreißen. Das muß den ehrlichen nationalen Elementen im Bürgertum klar gemacht werden. Das dünne Bächlein wirklicher Kraft, das aus dem Lager der ehrlichen nationalen Kleinbürgerschicht fließt, kann nur vereint mit dem Strom revolutionärer proletarischer Klassenkraft Befreiung aus dem Zusammenbruch bringen. Die Sammlung dieser Kräfte ist nur durch eine revolutionäre Arbeiterregierung möglich. Die Tatsache, [75] daß Rußland dank seiner revolutionären Innen- und Außenpolitik das Schwerste bereits überstanden und aufwärts und vorwärts kommt, während es bei uns und bei den Siegern abwärts geht, kann wirksam zur Bekämpfung der konterrevolutionären Nationalsozialisten ausgerüstet werden.

Das ist die eine Seite: wenn wir es verstehen, die Urgründe, den Sumpf, den Boden, aus dem sie herauswachsen, zu erfassen, dann werden wir auch verstehen, diese Elemente ideologisch zu bekämpfen. Das ist nicht das schwerste. Aber wir dürfen uns nicht auf die ideologische Bekämpfung beschränken. Die größte Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung erwächst aus ihrem aktiven Terror, den sie im Solde der Schwerindustrie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ausübt. Hier erwächst die zweite wichtige Aufgabe, die wir durch die Betriebsrätebewegung und direkt mit aller Kraft in Angriff nehmen müssen. Wir haben ständig Arbeiterwehren des Proletariats gefordert und sind, ausgenommen beim Kapp-Putsch, niemals dazu gekommen, Arbeiterwehren tatsächlich zu schaffen. Die national-sozialistische Bewegung zwingt uns, schafft die günstigste Voraussetzung dazu, daß wir vom Fordern zur Bildung von Arbeiterwehren übergehen können. Hier sehe ich eine Möglichkeit, sofort kleine Erfolge zu erzielen, die uns das Vertrauen der breiten Masse schaffen. Hier sehe ich eine Aufgabe der Partei, die sie sofort lösen muß. Dort, wo die Partei stark ist, muß sie solche Arbeiterwehren sofort bilden und muß der Gewalt der faszistischen, nationalsozialistischen Bewegung die Gewalt der Arbeiter entgegensetzen. Wo wir stark genug sind, und dazu rechne ich Gebiete wie Sachsen, Thüringen und gewisse Gebiete in Rheinland-Westfalen, müssen wir neben dem ideologischen Kampf durch Bildung von Arbeiterwehren dieser Gewaltpolitik die Gewalt der Arbeiterklasse entgegensetzen. Aber wir müssen auf eins Bedacht nehmen: daß die Kom-

munisten sich bei dieser Geschichte nicht isolieren oder daß Dinge vorkommen wie im Zirkus Busch. Die Arbeiterwehren dürfen unter keinen Umständen nur aus Kommunisten zusammengesetzt sein. Wo es nur möglich ist, Arbeiterwehren aus Kommunisten aufzustellen, da werden wir uns nicht in isolierte Kämpfe einlassen, außer sie überfallen unsere Versammlungen. Das Gegenteil würde bedeuten, daß wir unsere Kräfte weit überschätzen und daß wir uns zum Prügelknaben machen lassen. Die Arbeiterwehren müssen aus SPD-, parteilosen und kommunistischen Arbeitern gebildet werden. Nur wenn uns das gelingt – und ich behaupte, bei der Stärke unserer Partei in Sachsen und in Thüringen wird es uns gelingen – werden wir dabei, wie mit den Kontrollausschüssen, wie bei dem Pfälzer Streik Erfolge zu erringen imstande sein, die das Vertrauen zur KPD befestigen. Diese Arbeiterwehren, die wir nicht nur fordern, sondern bilden müssen, haben nach zwei Fronten zu kämpfen. Deswegen müssen wir vorsichtiger vorgehen, müssen aber überall mit aller Kraft diese Abwehrorganisationen schaffen.

Der Arbeit in den Gewerkschaften ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn wir die Gewerkschaften erobern wollen, müssen wir überall unsere Fraktionen nachprüfen. In vielen Orten haben wir keine, und dort, wo wir welche haben, arbeiten sie schlecht. Sie müssen daher auf ihre Arbeitsfähigkeit hin nachgeprüft werden, ebenso auf ihr organisatorisches Funktionieren und nach der personellen Seite hin. Wir müssen das Zehnergruppensystem differenzieren nach den Aufgaben, die der Partei bevorstehen, auch für die Periode der Illegalität. Es ist klar: je mehr der Klassengegensatz wächst, je mehr wir in die Periode des Zusammenbruchs der Scheinkonjunktur, der Pro-[76]duktion hineinkommen, je mehr sich diese Kämpfe zuspitzen – Nationalsozialisten, Staat, Arbeiterklasse –, um so mehr wird es mit der Legalität der Partei Schluß werden. Wir müssen deshalb die Partei gut durchorganisieren, dürfen die Zehnergruppen nicht mechanisch bilden, daß wir die Arbeiter nur territorial zusammenfassen, sondern wir müssen Zehnergruppen bilden aus – sagen wir – Buchdruckern, um illegale Druckmöglichkeiten zu schaffen. Wir müssen Zehnergruppen bilden, die den Versammlungsschutz, die Stoßtrupps bilden, die die Abwehrformationen bilden. In diesen über die Partei hinaus gebildeten Abwehrorganisationen des Proletariats müssen natürlich die Kommunisten und die KV, die Führung haben, die sich für diese Aufgabe besonders eignen, wozu auch gewisse Uebungen notwendig sind, nicht militärische, denn wir werden keine Waffen haben, wenigstens nicht im Anfang, sondern Uebungen, die die Leute befähigen, als Verband zu handeln, mit den Waffen, wie sie die Nationalsozialisten anwenden, mit geschickter Schulung, wie es in der Tschechoslowakei in den Skauts gelöst ist oder wie die Polizei ausgerüstet und ausgebildet ist, mit Jiu-Jitsu, damit wir als geschlossener Verband auftreten können, auch in dem Augenblick, wo wir noch keine Waffen haben. Es erhöht nicht das Vertrauen zur KP, wenn unsere Leute sich Ohrfeigen holen. Es muß umgekehrt werden, sonst muß man die Finger davon lassen.

Auch die Betriebsräte müssen auf ihr Funktionieren nachgeprüft werden. Man muß auch die Richtlinien, die der Betriebsräteausschuß für die Bildung der Spezialkommissionen herausgegeben hat, um die Landarbeiter zur Kontrolle der Feldbestellung und der Erfassung der Lebensmittel herauszubilden, genau durcharbeiten. Man muß die Eisenbahner besonders zusammenfassen, um die Kaders für die Transportkontrolle zu schaffen, was auch mit der Eroberung der Gewerkschaften der Eisenbahner im Zusammenhang steht. Wir müssen die Hausfrauen zusammenfassen und sie zur Kontrolle der Märkte, der kleinen Ladengeschäfte, der Preise usw. erziehen und in Aktion bringen. Dazu kommt vor allen Dingen die Agitation unter Schupo und Reichswehr, die niemals so nutzbringend und fruchtbar gewesen ist, wie gegenwärtig. Wir müssen die Genossen darauf aufmerksam machen, auch wenn es gegenüber diesem radikal sein wollenden Gequatsche der KAP schwer ist, daß wir mit der Schupo und Reichswehr zusammen kämpfen wollen. Die Arbeit in der Schupo und Reichswehr, die sie zersetzen und neutralisieren soll, spart uns Blut, Menschenleben. Wir wären Verbrecher, wenn wir nicht alles daran setzten, nach dieser Richtung hin alle unsere Kraft anzuspannen.

Denn es ist entscheidend, daß die Betriebsräte bei ihrem Versuch unterstützt werden, die industriellen, technischen und Bankbeamten in die Organisation einzubeziehen. Ehe wir nicht dort wenigstens Kadern haben, können wir sogar nach der Eroberung der Macht nichts Ernstes zur Leitung die-

ser wichtigsten wirtschaftlichen Dinge durchführen, an eine Produktionskontrolle ist ohne dies gar nicht zu denken. Auch müssen wir den Betriebsräten helfen, bei den Beamten der Behörden, der Gemeinden, der Länder und des Reichs Stützpunkte zu finden; denn nur so können wir die Orgesch und die Konterrevolution, die in diesen Behörden haust, kennen lernen, um sie zum Gegenstand öffentlichen Kampfes zu machen.

Daneben müssen wir unsere Fraktionen in den Gemeinden ernstlich nachprüfen, wo viel mehr als bisher herausgeholt werden kann. Dieses Arbeitsprogramm, daß die Betriebsräte aufgestellt haben, zum Gegenstand von Aktionen in den Gemeinde- und Landesparlamenten, [77] ebenso im Reichstag zu machen, ist wichtig. Die Reichstagsfraktion, die Landtagsfraktionen und die Gemeindefraktionen müssen durchgeprüft werden, müssen zur Berichterstattung, zur Rechenschaftslegung herangezogen werden darüber, was sie bisher getan haben, müssen gemeinsam mit der Partei arbeiten und sich in den Dienst der einheitlichen Kampagne stellen, die spezialisiert und differenziert werden muß, weil die Verhältnisse differenziert sind. Wir müssen nüchtern die Kräfteverhältnisse beurteilen, an die Ideologie der anderen anknüpfen, keine Angst haben, den Kommunismus dabei zu verlieren. Das sind die wichtigsten Aufgaben, die sich die Partei zu stellen und durchzuführen hat. Wenn sie das tut, wird es möglich sein, daß sie den vom 4. Weltkongreß übernommenen Auftrag auch wirklich durchführen wird.

Zum Schluß möchte ich noch eine persönliche Anregung zur Diskussion stellen, die wir in der Zentrale nicht Zeit hatten, genügend durchzusprechen: das ist das Problem der Zwischenformen und Zwischenorganisationen. Ich bitte Euch, diese Frage bis zum nächsten Parteitage durchzudiskutieren, damit wir dort dann entsprechende Beschlüsse fassen können. Die KP stellt an ihre aktiven Mitglieder heute solche Anforderungen, daß es schon aus materiellen Gründen einem, der nicht absolut mit uns verbunden ist, nicht einfallen wird, Mitglied der KP zu werden. Wir haben sehr große Schichten, die mit uns sympathisieren; für sie eine losere Organisationsform zu finden, scheint mir in Deutschland von ungeheurer Wichtigkeit zu sein; denn in keinem anderen Lande ist der Organisationsfimmel so stark wie gerade bei uns in Deutschland. Die Schwankenden müssen wir etwas zu stabilisieren versuchen. Ich denke da z. B. an die Hausfrauen. Sie an die Partei anzugliedern, scheint mir wegen ihrer Massenhaftigkeit eine Utopie zu sein. Aber durch die Gründung von Hausfrauenvereinen mit niederen Beiträgen, scheint es mir möglich, Tausende, Zehntausende von Hausfrauen nicht ohne weiteres zu Kommunistinnen zu machen, aber doch in ein festeres gebundenes Verhältnis zur KP zu bringen, als das ohne organisatorische Versteifung möglich ist. Aber auch für die Zusammenfassung der Opposition in den Gewerkschaften müssen wir unbedingt zu einer festeren Form kommen. Ich stelle mir das so vor, daß wir sogenannte rote Kartelle bilden, wie wir sie in Berlin und anderen Orten bereits haben. Diese wären über das ganze Reich hin zu schaffen, wo wir die Opposition in den Gewerkschaften lokal regelmäßig zusammenfassen und – was das wichtigste ist – wo wir die Opposition in einem gewissen losen Zusammenhang, in ein gewisses organisatorisches Verhältnis mit den aus den Gewerkschaften Ausgeschlossenen, Ausgetretenen oder Unionisten usw. bringen, Die Verbindung der Unionisten in Rheinland-Westfalen, in den Gebieten, wo es sich um große Teile Ausgeschlossener handelt, mit der Opposition in den Gewerkschaften scheint mir die beste Gewähr dafür zu sein, daß keine Dummheiten bei der Eroberung der Gewerkschaften in dieser günstigen Periode gemacht werden. In der Form der roten Kartelle schaffen wir uns einen Stützpunkt gegenüber den gelben Kartellen der Amsterdamer, wo wir alles sammeln können. Dort können wir auch die Betriebsräte sammeln, was von ungeheurer Wichtigkeit und Bedeutung ist. Diese Frage bitte ich ernst durchzudiskutieren. Ich werde bis zum Parteitag versuchen, fester geformte Vorschläge zu machen. Aber solche Dinge lassen sich nicht überstürzen und kommandieren; sie müssen durchgeprüft und reichlich erwogen werden.

[78] Das sind die Aufgaben politischer und organisatorischer Natur, die die Partei in Auswirkung der Beschlüsse des 4. Kongresses und eingestellt auf die politische und wirtschaftliche Situation in der nächsten Zeit durchzuführen hat. Nur auf eins mache ich Sie noch aufmerksam. Ueberall haben wir SPD-Arbeiter in der Betriebsrätebewegung, die zwar noch nicht in Massen erfaßt sind, aber doch bereits einzeln aktiv mitarbeiten. Diese sozialdemokratischen Betriebsräte richtig auszunutzen,

wird nicht von unserer Partei verstanden. Ihr müßt an diese sozialdemokratischen Betriebsräte überall herantreten und sie, die aktiv in der Betriebsrätebewegung und in den Kontrollausschüssen mitarbeiten, zu einer Fraktionsarbeit innerhalb der SPD-Mitglieder zusammenfassen und über den Reichsausschuß und seine Sitzungen Bericht erstatten. Sie müssen ihren Parteigenossen auseinandersetzen, weshalb sie im Gegensatz zu ihrer Bürokratie aktiv in der Bewegung mitarbeiten usw. Ich bilde mir nicht ein, daß wir in absehbarer Zeit große Massen von VSPD-Mitgliedern ohne einen äußeren Anstoß einbeziehen werden in diese Bewegung. Das ist Kleinarbeit, die auch nur kleine Erfolge zeitigt. Diejenigen, die die Theorie „alles oder nichts“ ausstellen, die sie für radikal halten, die immer nur die Theorie des wildgewordenen Kleinbürgers gewesen ist, die sollten sich etwas bescheidener einstellen, nach einem guten, wenn auch kleinbürgerlichen Sprichwort: wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Thalers nicht wert! Wenn wir so an jedem Ort die kleinen Erfolge zu häufen verstehen, können wir sie auch zu größeren Erfolgen ausmünzen. Wenn uns das nicht gelingt, können wir radikal oder opportunistisch reden: dann zersetzen wir nicht die VSP, sondern dann zersetzen wir uns, weil wir in Passivität zerfallen. Wenn es uns gelingt, die Partei aktiver zu machen – und es wird und muß uns gelingen, diese Aufgabe zu lösen –, dann besteht in Deutschland keine opportunistische Gefahr, ebensowenig wie eine Gefahr von links droht. Dann wird die KP das Instrument haben, um die Massen für sich zu gewinnen, und in dem Umfange, in dem Ausmaße, wie sie sie gewinnt, können wir entweder das Stadium der Arbeiterregierung überspringen oder aber es zum Sieg des Kommunismus ausnützen.

Es ist die Frage: rechts oder links gestellt worden. Es ist ausgesprochen worden, man haue los auf die Gefahren, die von links drohen und schone die Rechten. Das ist falsch. Weiter wird behauptet, wir legen das Hauptgewicht auf das Organisatorische auf Kosten des Politischen. Das ist sicherlich nicht der Fall. Aber ohne eine gewisse Organisation kann man überhaupt keine Politik durchführen, und es ist eine Ausgabe, diese Fragen jetzt besonders in den Vordergrund zu rücken. Es ist wahr, die Rechtsgefahr ist die größte, aber sie tritt in Deutschland nicht als offener Opportunismus auf. Was ist Opportunismus bei uns? Er tritt verkappt als linksradikale Erscheinung auf, und das ist das Gefährliche. Wir müssen diese Rechtsabschwenkungen, den Opportunismus in dieser verkappten Farm, wo er auftritt als Radikalismus, bekämpfen, wenn wir den Rechtsgefahren aus dem Wege gehen wollen. Ist es denn kein Zufall, daß alle, die in unserer Bewegung im Straßengraben gestrandet sind – daß sie als blutige Radikale anfingen und bei der Sozialdemokratie endeten? Ist das ein Zufall, eine Schlechtigkeit? Nein. Das ist eine Erfahrungstatsache der Arbeiterbewegung, so lange wir eine Arbeiterbewegung haben, und bei uns wird sie akut, daß die Rechtsgefahr in linksradikaler Verkleidung zur Passivität der Partei führt. Daß gerade bei der Gewerkschaftsarbeit unsere Unterfunktionäre manchmal versagen, ist keine opportunistische Gefahr im Sinne reformistischer [79] Politik, sondern es ist die Gefahr, daß unsere Partei schwebt zwischen Nichtstun und Maulaufreißen, daß sie nicht versteht, nüchtern, radikal zu handeln, anstatt radikal zu reden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Abschätzen der Kräfteverhältnisse zu sprechen kommen. Ich weiß sehr gut, daß Kräfteverhältnisse etwas sehr labiles, dialektisches sind. Aber das Kräfteverhältnis der Partei ändern wir, wenn wir die Organisation aufbauen, und nicht allein dadurch, sondern wenn wir mittels der ausgebauten Organisation Einfluß auf die Massen gewinnen, und nur in dem Maße, wie wir imstande sind, das Kräfteverhältnis gemäß der Parole des vierten Weltkongresses: Gewinnung der Massen für den Kommunismus! zu unseren Gunsten zu verändern, nur in dem Umfange werden wir kämpfen können und davon wir es abhängen, ob wir große oder kleine Erfolge erringen.

Forderungen stellen, radikale Forderungen stellen, ist furchtbar leicht. Aber darauf kommt es nicht an, sondern es handelt sich jetzt darum, die Forderungen so zu stellen, daß sie in Einklang mit den Kräften der Partei stehen, daß wir in die Forderungen, die wir stellen, auch durchsetzen können. Wir locken keinen Hund hinter dem Ofen hervor, wenn wir noch so radikale Forderungen aufstellen. Aber wir gewinnen das Vertrauen der SPD-Arbeiter, wenn wir nur kleine Forderungen aufstellen und Erfolge dabei erzielen, kleine Erfolge in der Richtung der Abwehr der Faszisten usw.

Aus der ersten Periode, wo wir die Kraft der Partei überschätzen, wo es richtig war, daß wir versuchten, im revolutionären Sturm die kapitalistische Bestie niederzuwerfen, wo wir uns die Niederlagen holten, sind wir heraus, und jetzt müssen wir versuchen, nicht Prügel zu beziehen, sondern ohne Angst zu haben, dabei seinen Kommunismus zu verlieren, einen Pflock zurückstecken, indem wir unsere Kräfte nicht überschätzen. Wir können mit der Partei nur Politik machen, wie die Partei heute ist, und wir müssen versuchen, das, was heute noch ungenügend ist, zu ändern. Wir können uns erst weitere Ziele stecken, wenn wir das geändert haben, und alles Jammern und Klagen darüber, daß wir nichts erreicht haben, weil wir es noch nicht in der Partei geändert haben, ist keine Politik, sondern ein Drumherumreden, ein Verkennen der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, das auf der einen Seite zur bewußten Passivität, auf der anderen zur unbewußten Passivität führt, die mit radikalen Redensarten über die tatsächliche Passivität hinwegzukommen glaubt.

Ganz typisch ist dieser Streit zwischen Rechts und Links in einer Bewegung, die viel Aehnlichkeit mit unserer jetzigen Phase in Deutschland hat, ist die 1907-1912 nach der ersten russischen Revolution. Damals sahen wir die ganze russische Partei zerfallen in diese beiden Tendenzen: auf der einen Seite der Otsowismus und auf der anderen Seite die Liquidatoren. Wir sind heute noch nicht ganz in diesem Wellental, in der rückläufigen Bewegung, und angesichts der ungeheuren Katastrophe des Zusammenbruchs der Finanzen und des drohenden Zusammenbruchs der Produktion, besteht auch keine Gefahr, daß wir mit diesen Richtungen schon stark zu rechnen haben. Aber die Keime dieser Richtungen sind bei uns vorhanden. Wer war der passivste Teil in Rußland? – das ist ein Preisrätsel – die Liquidatoren und Otsowisten waren beide völlig passiv, die einen mit radikalen Redensarten, die anderen mit reformistischen und opportunistischen Redensarten, und nur die kleine Gruppe, die die Aktivität wahrte – diese Gruppe, die Bolschewiki, hatten die siegreiche Kraft [80] in Rußland zur Macht zu kommen. Radikal handeln und reden sind zwei verschiedene Dinge.

Wir wollen den Streit sachlich so scharf wie möglich auszutragen versuchen. Wir bringen ihn keinen Schritt weiter zur Klärung, wenn wir uns gegenseitig vorwerfen: Ihr seid links, Ihr seid rechts! Wir müssen aber, wenn man dieser Meinung ist, wenn Rechtsopportunismus in der radikalen Verkleidung auftritt, ihm ebenso scharf bekämpfen, – weiß Gott nicht aus Freude am Verprügeln der radikalen Genossen, sondern es ist die ernste Gefahr – und ich stütze mich hier auf die Erfahrungen in Deutschland und in anderen Ländern –, daß in Augenblicken, wo es galt, dieses radikale Reden in radikales Handeln umzusetzen, diese Genossen, auch die Wortführer, versagt haben, – nicht aus persönlicher Feigheit, aus Schlechtigkeit, sondern deshalb, weil der Opportunismus, ob er nun radikal oder reformistisch auftritt, aus einer Wurzel stammen, aus dem nicht genügenden Verstehen der heutigen Zeitprobleme, aus dem nicht genügenden Verstehen, die Kräfteverhältnisse der eigenen Partei und der Gegner abzuwägen. Daraus entsteht die Differenz und der unleidliche und persönlich zugespitzte Teil des Streites. Diese Dinge werden wir aber nur beseitigen können, wenn wir versuchen, jeder so gut, wie er es vermag, tiefer zu schürfen als bisher.

*

Der Kampf um die Arbeiterregierung und die opportunistische Gefahr.

Von A. K l e i n e.

I.

Auf dem bevorstehenden Parteitag wird die Frage der Arbeiterregierung von neuem im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. In der KPD sind wir allem Anschein nach zu einem Einverständnis in dieser Frage gelangt. Wir haben diese Losung im deutschen Proletariat populär gemacht; wir haben auf den Zentralausschüssen der Partei positiv auf die Frage des Eintritts unserer Partei in eine Arbeiterregierung geantwortet. Wir führen im ganzen Reich, besonders in Sachsen, eine Kampagne für die Arbeiterregierung, wobei wir diese, als eine Regierung des Kampfes für die Interessen der Arbeiter nicht nur der bürgerlichen oder der Koalitionsregierungen entgegenstellen, sondern auch einer sozialdemokratischen Regierung, als einer Regierung, die keine Regierung der Arbeiterklasse ist, sondern eine besondere Form der versteckten Koalition mit der Bourgeoisie darstellt.

Dennoch gibt es bei uns in dieser Frage sowohl Schwankungen, als auch ernste Meinungsverschiedenheiten. Eine Reihe von Genossen der sogenannten „äußersten Linken“ fürchten sich vor der Losung der Arbeiterregierung als einer Quelle des Opportunismus und „Revisionismus“. Dieselben Genossen haben sich noch unlängst vor dem Berliner Abkommen während der Rathenaukampagne gefürchtet; sie sehen in diesem Abkommen den Grund der Schwankungen und der Unsicherheit unserer Partei zu jener Zeit. Indem sie so in „anständiger Form“ die Taktik der Einheitsfront verwerfen, so wie sie früher die Losung der Erfassung der Sachwerte verworfen haben (sie stellten [81] dieser Losung die der Erfassung der Sachwerte durch die Massen selber entgegen – was zur Hälfte sinnlos, zur anderen reiner Anarcho-Syndikalismus ist), glauben diese allzu „linken“ Genossen die Partei vor dem Opportunismus und der Versumpfung zu retten, während sie in Wirklichkeit nur die Schwankungen, die Unsicherheit der Parteimassen vergrößern und eine ausgesprochene Passivität ideologisch ausschmücken. Das führt schließlich zu solchen Zuspitzungen, wo man sich selbst und die anderen verwirrt und mir dem Gegner nützt. Nur ein Beispiel: In der „Taktik und Organisation“ (der jetzt selig entschlafenen Berliner Beilage der „Roten Fahne“) steht am Schluß eines Artikels über die sächsische Regierungsfrage, der in seiner Art wegen seiner Verworrenheit und des saloppen Tones bemerkenswert ist, geschrieben: „Die sächsischen Sozialdemokraten spielen ein gefährliches Spiel. Sie haben die Verhandlungen am Punkt 9 unserer Bedingungen scheitern lassen“ ... usw. Das letzte Mitglied unserer Kindergruppen weiß, daß die sächsischen Sozialdemokraten in ihren Verhandlungen mit uns gar nicht bis zu solchen Feinheiten, wie die Rolle der Betriebsräte in der Gesetzgebung, gegangen sind. Sie haben alle unsere Forderungen abgelehnt! sie haben keinen einzigen Punkt angenommen, der die Besserung der Lage der Arbeiterschaft betraf, sie haben 10 Punkte über Kleinigkeiten aufgestellt, um, wie sie erklärten, Kollisionen mit dem Reich, d. h. der großkapitalistischen Regierung Cuno zu vermeiden; sie haben ganz einfach auf die Arbeitsgemeinschaft mit dem Großkaptal, nicht Verzicht leisten wollen, sie haben Angst vor dem Klassenkampf bekommen. In wessen Interesse liegt also die Verzerrung der Tatsachen und die Verbreitung von Illusionen, als ob die Sozialdemokraten 8 Punkte angenommen hätten, als ob am 9. Punkt alles gescheitert wäre?

Nein, Genossen aus der „T. und O.“, das Papier ist zu schade, um euch zu bekämpfen, aber ihr seid schlechte Kämpfer gegen den Opportunismus. Es ist nur eines wahr: Bei einem verhältnismäßig verlangsamten Tempo der Entwicklung der Weltrevolution ist die Gefahr des Opportunismus und die noch größere Gefahr der Versumpfung bedeutend. Und es ist gar nicht nötig, um den Opportunismus zu bekämpfen, mit dem Finger nach Prag zu zeigen, wie das die Genossin R. Fischer aus diplomatischen Rücksichten tut. Wir haben leider hier in deutschen Landen einen ganz richtig gehenden Opportunismus. Er lebt nur bei uns in versteckter Form. Nach der KAG-Krise, nach den Schwankungen in der Rathenau-Kampagne, als die Partei die reformistischen und zentristischen Schwankungen scharf und kategorisch verurteilt und gefordert hatte, daß die Partei immer und überall ihr eigenes Gesicht bewahre und zeige, da kam dieser Opportunismus aus der Mode. Der Opportunismus ist freilich geblieben, aber die „Opportunisten sind nicht da“. Aber auch diese versteckten Opportunisten, die auf einen günstigen Augenblick warten müssen, um ans Tageslicht kommen zu können, sind nicht schrecklich. Es gibt Dinge, die schlimmer sind.

Die rechten Abweichungen zeigen sich in dem Mangel an Initiative, im Kampfgeist, in der Furcht vor scharfen politischen Auseinandersetzungen, im defensiven Charakter der Propaganda, in der Furcht vor „geschickten Motivierungen“ seitens der Sozialdemokratie in Fragen, wo ihre Verbrechen offenkundig sind; bei einer Reihe von Gewerkschaftern in der Furcht vor dem Wachstum der Betriebsrätebewegung, bei Genossenschaftern in der Furcht vor einem scharfen Kampf gegen die Teuerung, der die Selbstbeschaffungskosten berührt [82] usw. usw. Und das schlimme ist nicht die Tatsache der Existenz dieser Erscheinungen, die teilweise in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung unvermeidlich entstehen, sondern der Mangel an planmäßiger Bekämpfung dieser Erscheinungen durch die gesamte Partei und die Zentrale.

Die Taktik der Einheitsfront, besonders die Lösung der Arbeiterregierung lassen die Opportunisten in der KPD Frühlingsluft wittern. Für sie ist nicht die revolutionierende Wirkung dieser Losungen

auf die breiten Massen im Kampf um die proletarische Diktatur die Hauptsache, sondern die Illusion einer leichten Revolution und die Revision der revolutionären Ideologie. Wer diese Gefahr nicht sieht oder wer sie unterschätzt – der befindet sich auf einem falschen und gefährlichen Wege. Wer aber aus Furcht vor diesen Gefahren der Partei rät, langsamer zu atmen und sich vorsichtiger zu bewegen, sich auf die Propaganda der Idee der Diktatur zu beschränken, der verstärkt die Passivität, der zersetzt die Partei, verwandelt sie in eine Reihe von wenn auch zahlreichen, so doch nur ideologisierenden Zirkeln. Der beste Kampf gegen die opportunistische Gefahr ist, sie vor allem zu nennen, ohne mit dem Finger im Himmel herumzufuhrwerken, dann den eigenen Opportunismus in unserer Partei genau zu studieren und dann den schonungslosen Kampf gegen eine Gefahr führen, die nicht zu Fraktionszwecken erfunden wird, sondern die wirklich besteht. Die schlimmste Form des Kampfes ist, in den Massen das Mißtrauen gegen die Instanzen, gegen die zentrale Führung zu stärken, überhaupt zusammen mit dem schmutzigen Wasser des Opportunismus alle lebendigen Massenlosungen der Kommunistischen Partei hinauszuschütten und sie so in einen lebendigen Leichnam zu verwandeln.

II.

Für die Arbeiterregierung muß man kämpfen. Diese Losung vereinigt die breiten Arbeitermassen in ihrem Kampfe gegen die Offensive des Kapitals, sie beleuchtet den Weg, der durch Einzelkämpfe führt, durch die Idee der Macht der Arbeiter. Aber, sagen einzelne Genossen, die Arbeiterregierung wird nie kommen; wenn sie doch kommt, so wird das schon die Diktatur des Proletariats sein. Wir wollen erst gar nicht davon reden, daß kein Arbeiter, weder ein Kommunist, und noch weniger ein Sozialdemokrat, diese Logik begreifen wird. „Wenn es so ist“, wird der Kommunist sagen, „warum soll man da nicht einfach die Losung aussprechen, die für mich klarer und teurer ist – die Diktatur des Proletariats?“ „Wenn es so ist“, wird der sozialdemokratische und parteilose Arbeiter sagen, „warum verdreht ihr mir den Kopf?“ Die Genossen, die in dieser Frage schwanken, betrachten den schwierigen Prozeß der Loslösung der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von dem Einfluß der reformistischen Führer und ihrer Befreiung von den pazifistischen und reformistischen Illusionen allzu vereinfacht und mechanisch. Durch bloße Agitation oder Organisation werden wir das nicht fertig bringen. Wir brauchen Methoden, die viel komplizierter und der manövrierenden Taktik der SPD, die wir parieren müssen, angepaßt sind. Scharf, klar und ohne Schlauheiten müssen wir jedem Arbeiter jeden Tag die Frage stellen: „Mit den Kommunisten oder mit der Bourgeoisie. Entschließe dich.“ Das ist Propaganda für die Arbeiterregierung. Und wenn diese Propaganda noch lange sowohl dem Umfange wie auch der Tiefe nach ungenügend ist, so liegt das in bedeutendem Maße an jenem versteckten Skeptizismus, [83] der wohl versteckt in der Tiefe der Seele ruht (auch „Otsowisten gibt es bei uns nicht“, aber der Otsowismus ist da, wenn auch versteckt); leider aber hat er Einfluß auf das einzig wichtige, den praktischen Kampf.

Die von uns in der letzten Zeit oft bewiesene Bereitschaft, auch den bescheidensten Schritt im gemeinsamen Kampf für die Interessen des Proletariats zusammen mit den reformistischen Parteien zu tun, ist kein Trick, kein taktisches Manöver, sondern eine Tatsache. Ebensowenig ist die von uns aufgestellte Möglichkeit einer Arbeiterregierung ein Trick oder ein Kunstgriff. Sie besteht in einigen Ländern, wo die Bourgeoisie erschüttert ist, noch nicht, weil die Sozialdemokraten sie nicht haben wollen, sie fürchten. Aber sie ist nicht nur möglich, – es ist schwer, sich vorzustellen, daß während des ganzen Prozesses der Verteidigungskämpfe des Proletariats, bis es sich eine einheitliche, breite Massen führende revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei, geschaffen hat, die seine Diktatur als Klasse verwirklicht, nicht hier und da Arbeiterregierungen entstehen sollten. Freilich können sie nur im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie, die Arbeitsgemeinschaft und die Koalitionspolitik entstehen, als eine erzwungene Konzession der reformistischen Führer an die Kampfesstimmung der Massen in einer Zeit, wo die Positionen der Bourgeois internationalen und den inneren Schwierigkeiten besonders erschüttert sind.

Eben darum, weil die Arbeiterregierung noch keine proletarische Diktatur ist, sondern lediglich eine Regierung der Arbeiterparteien, die sich auf außerparlamentarische Kampforgane der Einheitsfront stützt, sind Schwankungen in ihrer Politik unvermeidlich. Diese Schwankungen können zu ihrem

Sturz und zu einer neuen Herrschaft der Bourgeoisie führen, wenn die Kommunistische Partei es nicht verstehen wird, den breiten Massen die Untauglichkeit der demokratischen Methoden im Kampfe gegen die bürgerliche Gewalt, die Sabotage, die Konterrevolution, den Widerstand der Bourgeoisie als Klasse mit Hilfe von internationalen und inländischen Verschwörungen nachzuweisen; wenn die Kommunistische Partei es nicht verstehen wird, das Vertrauen der breiten Massen in einem solchen Maße zu erobern, um ihren Kampf gegen die Bourgeoisie leiten zu können. Wenn die Arbeiterregierung auch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie entstehen kann, so kann sie ihre Existenz nur sichern, indem sie diesen Rahmen überschreitet; das soll ein Kommunist niemals vergessen. Die reformistischen Führer werden in diesem Prozeß des Kampfes wiederholt versuchen, durch Kompromisse, durch eine „vorsichtige Politik", vor der zum Bürgerkrieg provozierenden Bourgeoisie zu kapitulieren; in finsteren Farben werden sie dabei den durch die Bourgeoisie hervorgerufenen Bürgerkrieg darstellen. wobei sie die Schuld selbstverständlich den von Moskau abhängigen Kommunisten zuschreiben werden. In rosigen Farben werden sie die kleinen Kompromisse mit der noch kräftigen Bourgeoisie ausmalen. Diese Schwankungen der reformistischen Führer werden die Stellung der Arbeiterregierung gefährden, aber sie werden hunderttausende von Arbeitern aus den Ketten des Reformismus befreien und in ihnen den Funken des Kampfes für die proletarischen Ideale aufflammen lassen. Hier stellen viele Genossen die Frage: „Wenn die reformistischen Führer, auch wenn sie mit uns zusammensitzen, fortfahren werden, zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu schwanken, wenn sie in jedem Augenblick der erbitterten Kämpfe versuchen werden, vor dem Feinde zu kapitulieren, ist ihrem menschewistischen Wesen dann überhaupt eine solche [84] Tat zuzutrauen, wie die Teilnahme an einer Arbeiterregierung?" Diese Fragestellung zeigt, daß das Wesen des Menschewismus noch nicht allen Genossen genügend bekannt ist. Die soziale Grundlage des Menschewismus, das ist die Arbeiteraristokratie, die in kleinbürgerlichen Verhältnissen lebenden Arbeiterschichten. Und was ist den Schwankungen mehr unterworfen, als die Politik des Kleinbürgers in einer Epoche des verschärften Klassenkampfes? Freilich, die Menschewisten sind der organisierteste, erfahrenste und gebildetste Teil des Kleinbürgertums und deshalb der hartnäckigste, der bürgerlichste und der schädlichste für die Sache des Klassenkampfes. Es ist leichter, eine ganze Schicht kleinbürgerliche Postbeamten von Sympathie mit dem Kampf des Proletariats entflammen zu lassen, als bei einem Menschewisten einen Funken herauszuschlagen. Der Menschewismus ist der Revolution feindlich, er weiß ganz gut, was sie bedeutet, er kennt ihren Sinn. Dennoch verliert der Menschewismus, wenn der bürgerliche Partner ihn aus dem Sattel werfen will und eine außerparlamentarische Kampfbewegung stark anwächst, den Kopf, er beginnt sich zu zersetzen in Ledebour-Leute, in Rosenfelde, in Fellische usw. bis zu Noske und Helferding, – in zehn Richtungen, nur um die Massen zurückzuhalten. Dieser Prozeß trennt die Menschewisten subjektiv von der bürgerlichen Ordnung, sie werden bereit sein, unter dem starken Druck der Massen in eine Arbeiterregierung zu gehen, sie werden versuchen, den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei in den Massen aufzuhalten, sie werden hingehen, um den Acheron des aufflammenden Kampfes zu beruhigen. Wieder und wieder wird der Reformismus beweisen, daß er der schlimmste Verbrecher vor der Geschichte und dem Proletariat ist, denn er führt zu einer ungeheuren Verschwendung menschlicher Energie, indem er die Lösung der dringenden Aufgaben des Klassenkampfes verhindert. Deshalb haben die mechanisch und vereinfacht denkenden Genossen tausendmal unrecht, wenn sie fragen: „Sollen die Kommunisten mit ihnen gehen, wenn sie die Sache des Proletariats verraten wollen und den Sturz der Arbeiterregierung verursachen können?" Was sie wollen, das ist eine moralische und keine politische Frage, das ist für uns nicht wichtig. Wichtig ist nur eines: nur im Prozeß des angestrengtesten Kampfes der breiten Arbeitermassen, wenn sie wieder und wieder in der Praxis ihre reformistischen Führer kennen lernen werden, wenn ihre Aufmerksamkeit gespannt und konzentriert ist und die Handlungen beider Arbeiterparteien klar und deutlich vor ihnen stehen, wird der Unterschied in ihrer Politik scharf hervortreten und die große Masse vom Reformismus zum Kommunismus kommen. Die Arbeiterregierung ist eine Etappe im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals, für die Kontrolle des Wirtschaftslebens, ist eine Phase der Befreiung der breiten Massen von den Fesseln des Reformismus, ihrer Vorbereitung für den revolutionären Kampf, für die volle Macht der Arbeiterklasse.

III.

Der Kampf um die Arbeiterregierung, ihr Entstehen und ihre Existenz fordern von der Kommunistischen Partei eine volle Klarheit über Mittel und Ziele der Aktion. Wenn der Kampf breiter Massen einen verschärften Charakter annimmt, sind für die Partei die oder die anderen rechten Abweichungen oder die reformistischen Illusionen in den Köpfen mancher Genossen weniger gefährlich. Eben jetzt, in der Phase, wo vornehmlich die Propaganda für die Arbeiterregierung betrieben wird – und als Losung wird die Arbeiterregierung so oder so von [85] der Mehrheit der Genossen angenommen – sind die reformistischen Illusionen am gefährlichsten.

Wir sind der Ansicht, daß man eine Reihe von Dingen unaufhörlich unterstreichen muß, wenn man von der Arbeiterregierung spricht, damit sogar der Schatten reformistischer Illusionen überwunden wird.

Vor allem, daß: erstens die Kommunistische Partei nie die Propaganda für Diktatur des Proletariats aufgibt, denn die Arbeiterregierung ist, wie jede Position des Proletariats im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staats nur ein Stützpunkt, ein Wegweiser im Kampfe um die Diktatur des Proletariats. Zweitens, daß die Arbeiterregierung zugrunde gehen wird, wenn die Kommunistische Partei die Entwaffnung der Bourgeoisie den reformistischen Führern des Proletariats anvertrauen wird. Sie darf nie vor dem Proletariat die Unfähigkeit der Reformisten, kompromißlos und rücksichtslos die Interessen des Proletariats zu verteidigen, verschweigen. Die Kommunistische Partei muß die Arbeiter von der Führung der Reformisten und von ähnlichen Illusionen durch ihre Propaganda und ihre Aktionen loslösen. Drittens, daß die Schwankungen und Fehler der Arbeiterregierung im Kampfe für die Forderungen der breiten Massen äußerst gefährlich sind und daß nur die Kommunistische Partei, gestützt auf die Kampforgane der Arbeitermassen und die Bewaffnung des Proletariats, sie überwinden kann. Viertens: daß die Arbeiterregierung ihre Existenz nur sichert, indem sie den Rahmen der bürgerlichen Demokratie überschreitet und die Massen zum unerbittlichen Kampfe vorbereitet, ja zum Bürgerkrieg, den die Bourgeoisie jeden Augenblick provozieren kann. Fünftens: Daß die Teilnahme an einer Arbeiterregierung deshalb eine zentralisierte, disziplinierte Kommunistische Partei zur Voraussetzung hat und daß die Unterdrückung aller reformistischen, opportunistischen Abweichungen einerseits, der otsowistischen andererseits in den eigenen Reihen notwendig ist.

IV.

Jetzt nur noch eine praktische oder taktische Frage, über die in der letzten Zeit viel gestritten worden ist. Als wir die Bereitschaft ausdrückten, gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung in Sachsen zu bilden, schrieben einige sehr radikale Leute in der „Taktik und Organisation“, daß die Forderungen der sächsischen Genossen ungenügend seien; andere hielten es umgekehrt für „absoluten Unsinn“, daß wir die Forderungen nicht-kommunistische nannten. Der Verfasser dieses „absoluten Unsinns“ hält jede Forderung der Arbeiter für rein kommunistisch. Das ist alles eine logische Spekulation müßiger Köpfe und diplomatisches Geschwätz. In Wirklichkeit haben wir nur die ewige Anschuldigung der sozialdemokratischen Führer pariert, als ob unsere Forderungen Parteiforderungen, rein kommunistisch wären; sie seien undurchführbar, übertrieben usw. Es ist ganz klar, daß wir, wenn wir Forderungen aufstellten, die in letzter Zeit zum großen Teil von den Sozialdemokraten erhoben wurden, ganz mit Recht hervorhoben, daß es nicht kommunistische Forderungen, daß es Forderungen der Sozialdemokraten seien; daß aber die Sozialdemokraten fürchten, sie ernst zu nehmen, und für die Praxis gelten zu lassen. Das nur beiläufig. Wir wollen hier nur unterstreichen, daß es fruchtlos und schädlich ist, im Kampfe um die Arbeiterregierung übertriebene Forderungen auszustellen, die unpopulär, der Masse wenig verständlich sind. Die Massen stehen einem solchen Kampf gleichgültig gegenüber.

Noch unverantwortlicher und dümmer ist es, alles zuzuspitzen um eines Punktes willen, hinter dem unsere Partei steht, die Verhand-[86]lungen bei einem Punkt abbrechen, der wohl das revolutionäre Gewissen unserer Funktionäre beruhigt, aber den sozialdemokratischen Arbeitern völlig unverständlich ist. Man darf nicht vergessen, daß große Arbeitermassen, um die wir kämpfen, und die allein fä-

hig sind, das Netz der kapitalistischen Verhältnisse zu zerreißen, teils der SPD überhaupt nicht mehr trauen, teils etwas Vertrauen zu ihr haben, aber noch kein Vertrauen zur Kommunistischen Partei besitzen.

Ihre Stimmungen sind noch unklar, sie schwanken noch und interessieren sich hauptsächlich für die wirtschaftlichen und die Tagesfragen. Wenn unsere Propaganda und Agitation konkreter durchdachter, offensiver gegen die reformistischen Führer und kameradschaftlicher gegen die Arbeiter sein würden, so wären wir weiter. Die radikalen Ratschläge in der sächsischen Frage haben gezeigt, wieviel Phrase und Pseudoradikalismus in den „Ideologen“ von der „Taktik und Organisation“ steht.

Die Forderungen, die die Kommunistische Partei bei ihrem Eintritt in eine Arbeiterregierung aufstellt, müssen außer den wirtschaftlichen unbedingt zwei wichtige politische unkte enthalten: 1. die Teilnahme der Organe der Einheitsfront (Betriebsräte, Abwehrkomitees usw.) an der Gesetzgebung (zum mindesten Beratung über die Durchführung); 2. die Bewaffnung der Arbeiter.

Die Bereitschaft der Kommunistischen Partei, mit den Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung zu bilden, hängt nicht von den Versprechungen der reformistischen Führer ab, sondern von der Bewertung der allgemeinen politischen Lage durch die Partei, von der Kampfbereitschaft der Massen, den Perspektiven dieses Kampfes, vom Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie, von der Fähigkeit der eigenen Partei, den Widerstand der reformistischen Bürokratie zu überwinden und von der Möglichkeit, die Massen in den Kampf für ihre Forderungen zu führen.

Von allen diesen Faktoren hängt das Schicksal der Arbeiterregierung und die Bereitschaft der Kommunisten, an ihr teilzunehmen, ab. Ein vorzeitiger Eintritt der Kommunisten in eine solche Regierung würde zur Enttäuschung der Massen, zur Minderung ihrer Energie und auch zur Zersetzung in den Reihen der eigenen Partei führen. Jedesmal die Gesamtheit aller Faktoren gut abschätzen, – das ist hier unsere Pflicht. Die Sozialdemokratie ist nicht so stark, daß sie uns in die Regierung locken könnte, um uns dann zu provozieren. Aber sie ist so feig, daß wir uns selbst provozieren können, wenn wir uns auf Grund von Versprechungen und papierenen Resolutionen allzusehr beeilen. Lächerlich sind jene Genossen, die die ganze Zeit „Punkte“ haben wollten, wo es sich gar nicht um „Punkte“ handelte. Der Parteitag muß uns helfen, den Zweifeln und Schwankungen ein Ende zu machen, er muß mehr Licht in unsere taktischen Auseinandersetzungen hineintragen. Geschlossen, ohne Schwankungen und Zweifel wird unsere Partei, die einzige Partei des proletarischen Kampfes, mit verzehnfachter Energie den Kampf für die Arbeiterregierung nach dem Parteitag führen. [87]

*

Der Kampf um die Kommunistische Partei.

Von Ruth Fischer.

I.

Der vierte Weltkongreß.

Auf dem 4. Weltkrongreß stellte man sich im wesentlichen drei Fragen: Welchen Weg geht die Revolution in Europa und in Rußland; welche Taktik haben die Kommunistischen Weltparteien in dieser Periode anzuwenden, und wodurch können sie es vermeiden, daß die taktischen Erfordernisse der gegenwärtigen Zeit den Charakter und das Gesicht der kommunistischen Parteien verdunkeln und verschleiern?

Ueber die Bewertung der ersten Frage gab es kaum irgend welche ernsten Meinungsverschiedenheiten. Auf dem 3. Weltkongreß hingegen prallten die Gegensätze in der Beurteilung der Weltlage scharf aufeinander; die Offensivtheoretiker auf der einen Seite mit der Analyse der gradlinigen, ohne Unterbrechungen und Rückschläge auf eine unmittelbare, revolutionäre Katastrophe zueilende Entwicklung und die „Trotzkisten“ auf der anderen Seite, die die Revolution in Europa als einen Prozeß definierten, in dessen Verlauf der Kapitalismus nicht durch eine einzige Krise bis zum Zu-

sammenbruch hindurchgeht, sondern in der ökonomisch mit Scheinprosperität und Scheinkonjunktur gerechnet werden muß, wie politisch gerechnet werden muß mit dem Versuch der Imperialisten, die Austragung ihrer (unlösbaren) Gegensätze hinauszuschieben und zu verzögern.

Der übertriebene und schädliche Kampf gegen die „Offensivtheoretiker" entsprach unseres Erachtens nach weniger dem Kampf um die taktischen Erfordernisse selbst als der Notwendigkeit, mit dieser Einstellung über die Entwicklung der Weltrevolution zu brechen und die Politik der Kommunistischen Internationale zu bestimmen an der sorgfältigen Prüfung der vorhandenen Kräfte und Gegenkräfte des Weltkapitals.

Der Kampf gegen die „Offensivtheoretiker" entsprang einer U e b e r s c h ä t z u n g der „Linksgefahren", das heißt, der Tendenz, die Kommunistische Partei, isoliert von den Massen, ohne Prüfung der Kräfte des Gegners, in fortwährende blutige Kämpfe mit der Gegenrevolution zu treiben und sie dadurch in kurzer Zeit einer völligen Aufreibung und Desorganisation zuzuführen. Der s o z i a l - d e m o k r a t i s c h e Untergrund in den westeuropäischen Parteien, besonders auch in Deutschland ist so stark, die Masse so sehr in Defensive (und dies schon während des 3. Weltkongresses), die Kräfte der Gegenrevolution sind so sehr gewachsen, daß die reale Gefahr des europäischen Kommunismus nicht vorzeitige, isolierte Kämpfe, sondern Schwerfälligkeit und passive Haltung sind. Viele Genossen, z. B. der „otsowistischen" Berliner Organisation haben für die Offensivtheorie gekämpft nicht aus einer kindlichen „Zusammenbruchstheorie" heraus, sondern weil die Kämpfe gegen die Offensivtheorie viel Willen und Ansätze zur revolutionären Aktivität in der deutschen Partei totschlagen würden. Man soll doch nicht vergessen: Massen, die in ihrem besten Kern eine sozialdemokratische Erziehung hinter sich haben, die eben erst im Strome einer Aufwärtsbewegung (Russisch-polnischer Krieg) zum Kommunismus gekommen sind, so sehr gegen den „Putschismus" zu prügeln, so stark gegen die Offensivtheorie einzustellen, wie das der 3. Weltkongreß und noch mehr seine Ausleger gemacht haben – das bedeutet gleichsam niedergekämpfte sozialdemokratische Illusionen (von der „organisierten", „gesicherten", den Erfolg in der Tasche ha-[88]benden Revolution) herauszulocken. Die Massen, auch die der Kommunistischen Partei angehören, denken leider nicht dialektisch, sondern starr, in grader Linie. Und der Kern, der bewußt und klar die kommunistische Partei führen kann, ist erst in der Entwicklung begriffen.

Auf dem 4. Weltkongreß wurde diese Einstellung bestätigt. Die Offensive des Kapitals, als ökonomischer Versuch der Ausbeuterklasse, den Untergang ihrer Wirtschaftsordnung zu verzögern, der Faszismus als politische Kehrseite des ökonomischen Angriffs, waren der Ausgangspunkt der Erörterungen über die Taktik der Einheitsfront-Differenzen gab es, allerdings nicht in breiterem Ausmaße, anläßlich der These Trotzkis, der die Möglichkeit einer „pazifistischen Maskierung" des Kapitalismus, eines Umschlagens der jetzigen faszistischen Welle in eine liberal-demokratisch verkleidete Politik als „Eventualität" ins Auge faßte.

Trotzki führte hauptsächlich zwei Argumente an, die auch in den Thesen zur Taktik aufgenommen worden sind, und zwar zunächst das Kräfteverhältnis in England, das neben dem großen Wahlsieg der Konservativen ein außerordentlich starkes Anwachsen der Stimmen für die Labour Party (Arbeiterpartei) zeigt, deren Wählerschaft gemeinsam mit der Wählerschaft der Liberalen die Majorität gegenüber der konservativen Wählerschaft darstellt, so daß eine Krise der konservativen Politik nicht ausgeschlossen erscheint.

Als zweites Argument wurde auf die Entwicklung in Frankreich hingewiesen, in der die Poincarésche Reparationspolitik früher oder später in Konflikt kommen muß mit dem „bloc de gauche", dem Vertreter der pazifistisch-kleinbürgerlichen Illusionen über die Möglichkeit der Umgehung der imperialistischen Konflikte, der früher oder später erstarken kann zum Sturz des bloc national.

Gegen eine solche Prognose läßt sich sehr viel einwenden; vor allem die Entwicklung der kapitalistischen Offensive auf der ökonomischen Front (Achtstundentag), ebenso in ihrer politisch faszistischen Form in Deutschland, Italien, Mittel- und Westeuropa. Daß die Tendenz der pazifistisch-demokratischen Maskierung vorhanden ist, ist durchaus richtig. Aber die Frage ist, ob diese Maskierung auch nur für eine kurze Periode möglich ist und ob sie nicht scheitern wird: erstens an den

imperialistischen Gegensätzen, deren Verschleppungsmöglichkeit sehr bald durch die harten Tatsachen der kapitalistischen Wirklichkeit aufgehalten werden, und zweitens an der Notwendigkeit des Kapitalismus, gegen den „inneren Feind“ politisch schärfere Mittel, das heißt, faszistische Mittel, anzuwenden,

Die neueste Entwicklung in der Reparationsfrage, der Franzoseneinmarsch im Ruhrrevier, kann in diesem Sinn vielleicht bedeuten den „Moment der letzten Spannung“ in der militärischen Lösung der Reparationsfrage, das heißt, den Umschlag, den Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland unmittelbar vorbereiten, einen Eingriff Englands, eventuell sogar des amerikanischen Kapitals erzwingen und enden mit einem länger dauernden Moratorium und dadurch entsprechender Konsolidierung der „Großen Koalition“ von Stresemann bis Scheidemann.

Ebenso kann aber die Ruhrbesetzung führen zu einem nicht nur immanenten, sondern offenen Bruch Englands und Amerikas einerseits und dem französischen Imperialismus andererseits, zu einer Erstarkung der faszistischen Welle in Frankreich und in Deutschland, und die „pazifistische Maskierung“ zunächst unmöglich machen.

[89] Die offene Verschärfung der Gegensätze, das Wachsen des Faszismus, der Bruch zwischen England und Frankreich, die klare Stinnesdiktatur in Deutschland, erleichtern die Aufgabe der kommunistischen Parteien, indem sie die Frage des Machtkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat breit und klar aufrollen. Pazifistisch-demokratische Drapierungen hingegen erschweren den Kampf der Kommunistischen Parteien, vermehren die demokratisch-pazifistischen Illusionen und führen uns in eine Periode voll stärkster Gefahren und größter theoretischer und taktischer Schwierigkeiten.

Wenn der 4. Weltkongreß vor den Gefahren des „Opportunismus“ gewarnt hat, so hat er das nicht getan, weil irgend ein Frossard oder ein Norwege, ein Friesland oder sonst jemand als Person die Kommunistische Internationale verlassen hat oder verläßt, sondern aus der Einschätzung der allgemeinen Weltlage heraus, deren Entwicklungsperspektive solche Möglichkeiten zeigt, daß die Frage der Revolution als Lösung der Widersprüche des Kapitalismus theoretisch und praktisch zwar jeden Tag erhärtet wird, aber durch pazifistisch-demokratische Maskierung, durch Verschleppung der Krise, durch das Zurückdängen der Arbeiterschaft in eine elende Defensive nicht mehr mit derselben Klarheit vor den Massen steht, wie in den Jahren 1918-19. Wenn der Kongreß von den Gefahren der „Versumpfung“ sprach, was kann das anders bedeuten, als das auch die Kommunistische Internationale bewußt mit der Möglichkeit rechnet, daß einzelne kommunistische Parteien und die Kommunisten als Ganzes in der Periode zwischen dem ersten und dem zweiten Ansteigen der revolutionären Welle nach dem großen Weltkrieg zwar die revolutionäre Phraseologie beibehalten haben, aber in der Praxis die kommunistische Theorie revidieren werden, so daß ein zweites 1914 der Arbeiterbewegung auch als reale Gefahr vor der Kommunistischen Internationale steht. In dem Wissen um diese Gefahr, in dem Bewußtsein um diese Möglichkeit, liegt zugleich das stärkste Gegenmittel, das die Kommunistische Internationale hat, liegt die Sicherheit, daß die Gefahr des Revisionismus in der Kommunistischen Internationale im Keime erstickt werden kann. Und je bewußter die einzelnen kommunistischen Parteien in ihre Zeit hineinblicken und zu begreifen verstehen, welche Aufgaben sie haben, desto aktiver werden sie sein und desto freier von opportunistischen Strömungen.

II.

Einheitsfront.

Der Kapitalsoffensive stellte der 4. Weltkongreß die Taktik der Einheitsfront der Kommunistischen Internationale gegenüber, und zugleich warnte er vor den Gefahren dieser Taktik. Diese Warnung war kein bloßes taktisches Manöver, um die widerstrebenden Franzosen und Italiener und sonstige Gegner der Taktik der Einheitsfront auf eine einheitliche Plattform zu bringen. Die Frieslandkrise der KPD zeigte u. a., daß grade die Revisionisten ihren Uebertritt zur Sozialdemokratie mit der Glorifizierung und Ueberbetonung der Taktik der Einheitsfront begannen. Um den Gefahren der Taktik

der Einheitsfront ausweichen zu können, muß man bis zum Ueberdruß wiederholen, was die Taktik der Einheitsfront eigentlich ist gegenüber denjenigen, die aus bewußten oder unbewußten revisionistischen Tendenzen einen übermäßigen Affekt in die Parteidebatten auf die Taktik der Einheitsfront legen, übrigens immer mit dem moralischen Argu-[90]ment: „Ihr wollt ja die Taktik der Einheitsfront nicht“. Dieses moralische Argument soll später noch zerpflückt werden.

Aus der Erkenntnis der Entwicklung der Weltrevolution in Europa entspringt für die Kommunistische Internationale die Notwendigkeit, die Kommunistischen Parteien nicht nur zu ständiger Verbindung mit den breiten Massen zu verpflichten, sondern den kommunistischen Parteien grade aus der Entwicklung der Sozialdemokratie heraus die Notwendigkeit größter politischer Aktivität aufzuerlegen. Je mehr die Machtfrage, die Frage der Diktatur des Proletariats durch die Täuschungsmanöver der Kapitalisten verdunkelt wird oder durch die militärisch-politische Stärke der Bourgeoisie, die aus der russischen Revolution sehr viel gelernt hat, den breiten Massen als nicht unmittelbar lösbar erscheint, desto mehr müssen die Kommunistischen Parteien ihre Kräfte konzentrieren auf die Fragen, die in den Massen leben und deren Lösung ihnen als unmittelbar möglich erscheint, aber nicht, um nun auch ihrerseits als kommunistische Partei die Machtfrage zu verdunkeln, sondern im Gegenteil, um aus den Tagesforderungen der Massen die Machtfrage aufzurollen. Wenn die Analyse der Kommunistischen Internationale richtig ist, dann kann der Kapitalismus, ungleich der Periode seines wirtschaftlichen Ausstiegs vor dem Weltkrieg dem Proletariat weder ein Mehr an Brot und Lohn geben, noch sonst eine der Tagesforderungen „erfüllen“, weil die letzte Möglichkeit der Verschleppung seines Unterganges einzig und allein liegt in der Herabdrückung der proletarischen Lebenshaltung und im Zusammenhang damit in dem stärksten politischen und ökonomischen Druck auf das Proletariat, durch den demokratisch-kapitalistischen Staat.

Das Eintreten für die Teilforderungen, für die Tagesforderungen ist deshalb das Charakteristikum für die Taktik der Einheitsfront. Aber als Bestimmungszeichen reicht es nicht zu. Die Sozialdemokraten aller Länder treten auch noch heute wie vor 1914 für alle möglichen Tagesforderungen ein. Sie verstehen es ausgezeichnet, in Massenbewegungen ein Programm aufzustellen, für dessen Durchführung sie zu kämpfen versprechen, für das sie aber nicht kämpfen können, da sie durch die burgfriedliche Arbeitsgemeinschaft an ihre Bourgeoisie gebunden sind. Die Kommunistischen Parteien müssen für die Tages- und Teilforderungen nicht nur Propaganda treiben und etwa zeigen, wie die Frage des Achtstundentages die Frage kapitalistische oder sozialistische Produktion aufrollt, sondern sie müssen breite Massen für den Kampf um den Achtstundentag nicht nur gewinnen, sondern sie in den Kampf für diese Forderungen führen. Die Kommunistischen Parteien Europas sind heute noch zu schwach, um solche Kämpfe allein zu führen; aber die Frage der Revolution ist es, ob die Massenbewegung die Reife und Stärke erreichen wird, um die Kraft der Massen zusammenzufassen durch Organe des Proletariats, die aus den Betrieben heraus binden werden müssen die Organisierten an die Unorganisierten, den sozialdemokratischen wie den kommunistischen Arbeiter, beide zu gemeinsamen Aktionen. Diese Organe der Einheitsfront werden genau so stark sein, wie stark die Bewegung ist, sie werden wachsen mit jeder Welle der Bewegung, und sie werden zurückfluten und schwach werden mit jedem Rückfluten der Bewegung. Aber die Kraft jeder Bewegung wird sich messen an der Kraft dieser Organe des Proletariats, und die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, nicht nur als Partei für diese Zusammenfassung einzutreten, sondern durch aktive Politik die Führung in diesen Organen zu erringen. Die [91] Kommunistische Partei ist als revolutionäre Partei verloren, wenn sie sich darauf beschränkt reine Propaganda zu treiben. Sie muß aktiv sein, sie muß handeln; sie muß in die aktuellen Massenbewegungen nicht nur mit aller Kraft hineingehen, sondern sie muß auch ständig und stets versuchen, die Massen in Bewegung zu bringen. Wenn man die Frage der Einheitsfront so auffaßt, wenn man klar zeigt, daß es sich bei dieser Taktik um die Zusammenfassung aller proletarischer Kräfte in Aktionen um Tagesforderungen handelt, dann muß man gleichzeitig klar darüber sein, daß die SPD als Partei kein ehrlicher Partner dieser Aktionen sein kann. Die SPD als Partei existiert nur durch ihre arbeitsgemeinschaftliche, burgfriedliche Politik, sie kann vorgetrieben werden in eine scheinbare Kampfstel-

lung durch den Druck einer Massenbewegung; aber die Bande, die sie mit der Bourgeoisie verbinden, sind so stark, daß sie nach dem ersten Schritt, zu dem sie durch die Massen getrieben wird, wieder zurückgehen muß. Das beweist nicht nur die Geschichte der Sozialdemokratie und die Erfahrungen der bayrischen und ungarischen Rätediktatur, sondern das erhärtet sich vor allem an der Erkenntnis, daß jeder Kampf um die Tagesforderungen unmittelbar revolutionäre Zuspitzungen mit sich bringt, vor denen die SPD zurückschrecken muß. So wird die viel umstrittene Frage der Spitzenverhandlungen sofort in ein klares Licht gerückt. Wir verhandeln mit den Spitzen der Organisationen, die sich heute noch Arbeiterorganisationen nennen, immer wieder, um den breiteste Massen des Proletariats zu beweisen, daß wir zum Kampfe bereit sind, die anderen ihn sabotieren. Bei einer solchen Einstellung wird auch das Auftreten bei den Spitzenverhandlungen von selbst bestimmt. Sprache, Haltung, Propaganda der Partei können dann niemals dadurch verwaschen werden. Sollte in irgend einer Situation die SPD und die menschewistische Gewerkschaftsbürokratie unter dem Druck der Bewegung gezwungen sein, einen Schritt mit uns zu gehen, dann werden wir mit ihnen gemeinsam in den Kampf gehen in dem Bewußtsein, daß wir einen Feind im eignen Hause haben, der nur darauf lauert, bei der ersten besten Gelegenheit seine Waffen gegen uns zu kehren. Die Rathenauaktion hat die Richtigkeit dieser Behauptungen aufs Neue erwiesen. ADGB und SPD verhandelten mit uns genau solange, als sie Furcht vor der Massenbewegung hatten. Und sie verhandelten mit uns nicht, weil sie kämpfen wollten, sondern weil sie uns binden wollten in unserer Propaganda und in unsern Parolen. Die Unsicherheit, Zurückhaltung, Unklarheit unseres Auftretens war zum Teil bestimmt von der Illusion, daß wir durch geschickte Taktik in den Spitzenverhandlungen die SPD zum Kampfe treiben könnten. Diese Illusion entspringt einer Einstellung, die mit einer Ueberschätzung der Kraft der Sozialdemokratie beginnt, die die Stärke der SPD nicht sieht im lebendigen Zusammenhang mit der Schwäche und Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern sie hinnimmt als ein mehr oder minder Unabänderliches, und die daraus den Schluß zieht, daß wirkliche Kämpfe in Deutschland nur geführt werden [92] können, wenn die SPD als Partei kämpfen wird. Von dieser Illusion ist nur ein Schritt bis zum vollkommenen Revisionismus unserer Anschauungen. Und wenn innerhalb der Parteidebatten bei der Kritik der einzelnen Aktionen immer wieder das Argument gehört werden kann: „Ja, Ihr wollt die Einheitsfront eben nicht, Ihr sprecht es nur nicht aus“, dann steckt dahinter dieselbe Illusion. Wir wollen die Einheitsfront insofern, als wir wirklich kämpfen wollen, auch als Kommunisten, um die unmittelbaren Tagesforderungen des Proletariats, kämpfen mit jedem Arbeiter, gleichgültig, ob er Kommunist, ob Sozialdemokrat oder Parteiloser ist. Aber wir wollen diesen Kampf nicht in der Koalition mit der SPD als Partei (dann würden wir vorschlagen, den Prozeß weniger schmerzhaft zu machen, in die SPD hineinzugehen und innerhalb der SPD für die Revolutionierung und Aktivisierung der SPD zu wirken. Das war der Weg der KAG in dieser Frage, und dieser Weg war konsequent), sondern wir wollen die Massen hinter die Kommunistische Partei bringen und die Kämpfe führen allein mit der Kommunistischen Partei in der Erkenntnis, daß die Frage des Sieges eine Frage des Werdens und Erstarkens der Kommunistischen Partei ist.

III.

Die Arbeiterregierung.

Aehnlich steht die Frage der Arbeiterregierung. Die Thesen des Weltkongresses leiden unter einem Mangel der klaren Terminologie; vier unterscheide: man 5 Typen: sozialdemokratische und sozialdemokratisch-kommunistische, und rein kommunistische Regierungsformen, wobei man so zu einer unklaren Begriffsbestimmung kommt, was wirkliche Arbeiterregierung ist. Die rein propagandistischen Notwendigkeiten und Erfordernisse der deutschen Situation für die Parole der Arbeiterregierung sind so zur Genüge bekannt, daß sie hier füglich wegbleiben können. Man wird in der Frage nur klar sehen, wenn man die Frage der Arbeiterregierung stellt als Machtproblem. Die Staatsmacht ist für das Proletariat nicht zu erobern innerhalb der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koali-

tion, noch durch eine kommunistisch-sozialdemokratische Koalition. Die Lösung aller ökonomischen Forderungen des Proletariats hängt ab von der Eroberung der Staatsmacht. Und heute noch gilt unbestritten in der Kommunistischen Internationale der Satz, daß die politische Macht nicht geteilt werden kann zwischen den Klassen, sondern daß sie liegen muß in den Händen der einen oder der anderen Klasse. Ebenso unbestritten gilt der Satz, daß die politische Macht nicht die Wahlmaschinerie und die Verfügungsgewalt über die Beamtenmaschinerie ist, sondern daß die politische Macht beruht auf den Waffen, den Organen der proletarischen Diktatur, dem proletarischen Beamtenapparat, dem die Zerschlagung des bürgerlichen Beamtenapparats vorangegangen sein muß, die Zerschlagung der bürgerlichen Justiz, Kirche, Schulen, usw., und die Enteignung der Kapitalisten. So, daß jeder Versuch, eine Staatstheorie aufzubauen, nach der es möglich wäre, im Rahmen der Demokratie die kapitalistische Wirtschaft umzuwälzen, eine glatte Revision der kommunistischen Grundlehren bedeutet. Die Schmeral-Artikel zur Programmfrage, denen bis heute niemand entgegengetreten ist – und Schmeral ist Mitglied der Exekutive –, enthalten die Möglichkeit der Arbeiterregierung innerhalb der Demokratie für eine längere Zeitperiode. Die [93] Resolution der Stuttgarter Mitgliederversammlung sieht die Bildung einer Arbeiterregierung als das „Gegebene“ an, und will dann durch sie, denn das kann nichts anderes heißen, trotz allen Herumredens, also im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, die „Bewegung weiter treiben“. Thalheimers Definition von der Arbeiterregierung als einer Koalition von besonderem Typus, mit „Druck von außen“, ist so abgefaßt, daß eine solche Auffassung darin leicht Platz hat. (Auch die Sozialdemokraten wollen mit dem „Druck von außen“ die Bewegung „weitertreiben“, und ihr wirksamstes Argument ist, daß die Kommunisten durch ihre Spaltungspolitik diesen „Druck von außen“ geschwächt haben.)

Im Jahre 1919, als die Wogen der Revolution sehr hoch gingen, sah sich die Internationale 2½ gezwungen, Konzessionen an die Ideologie der Massen zu machen, als die Frage der Diktatur des Proletariats eine offene und akute Frage wurde. Damals schrieb Max Adler in der „Wiener Arbeiterzeitung“ eine Serie von Artikeln, in denen er ausführte, wie sie, die Austromarxisten, die Diktatur des Proletariats auffassen: mit den Mitteln der Bourgeoisie aus der Bourgeoisie herausholen, was man kann, und dann, wenn die Bourgeoisie Widerstand leistet, ihr mit diktatorischen Mitteln entgegenzutreten. Aber erst alle Hilfsmittel der Demokratie ausschöpfen. An eine solche Auffassung erinnern die Formulierungen des „Drucks von außen“, die Schmeralschen Artikel, die Stuttgarter Resolution. Genosse Radek hat damals eine ausgezeichnete kleine Broschüre gegen die Staatstheorie der 2½ geschrieben, die zum Nachlesen empfohlen sei. Und trotzdem ist die Parole der Arbeiterregierung nicht nur propagandistisch unentbehrlich, sondern die Arbeiterregierung ist durchaus eine mögliche Etappe im Machtkampf in Europa. Man muß es absolut klar aussprechen, daß eine Arbeiterregierung nur möglich ist in der Zeit zugespitzter Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, in einer Zeit politischer Hochspannung und tiefgehender sozialer Gärungsprozesse.

Solange das Proletariat sich in jeder politischen und besonders in jeder ökonomischen Frage in der Defensive befindet, ist die Arbeiterregierung eine ausgezeichnete Losung, die die Teilkämpfe politisch zusammenfaßt; aber als reale Frage steht sie auf der Tagesordnung erst im Strome einer Massenbewegung, die wieder offensiv gegen die Bourgeoisie vorzustoßen versucht. Jeder Versuch, die Arbeiterregierung hinzustellen als mögliche Etappe in Verbindung mit einer „flauen Perspektive“, ist trotz aller radikalen Phraseologie nichts anderes als der Versuch, innerhalb der Demokratie „etwas für die Arbeiterschaft herauszuholen.“[*)]

Die Arbeiterregierung ist möglich beim Steigen der Wirtschaftskatastrophe, bei Verwirrung und Zersetzung im Lager der Bourgeoisie, bei Unsicherheit, Schwankungen und Krisen im Lager der SPD, beim Ansteigen der Massenbewegung, die aber noch nicht frei ist von sozialdemokratischen Illusionen, vor allem von der Illusion, daß die SPD als Partei kämpfen wird. Zugleich aber müßte die Verwirrung im Lager der Bourgeoisie (November 1919 in Deutschland) so groß sein, daß sie in

[*)] Charakteristisch war in dieser Beziehung die plötzlich so optimistische Einschätzung der Betriebsrätebewegung durch die Mehrheit der deutschen Weltkongreßdelegation, als man für den Eintritt in die sächsische Arbeiterregierung war.

einer Arbeiterregierung das letzte Mittel zur Bändigung [94] der Massenbewegung, der Aufhaltung des politischen und wirtschaftlichen Chaos sieht. Und hier handelt es sich für die KPD darum, das Rückfluten der Bewegung und die Bändigung der Massen durch die „Demokratie“ dadurch unmöglich zu machen, daß sie die Arbeiterregierung bewußt aus den Ketten der Demokratie und des Parlaments löst und auf das freie Feld der Massenbewegungen führt. Die Arbeiterregierung muß bei ihrer Geburt das Zeichen der Bindung an die proletarischen Massen an ihrer Stirn tragen, sonst trägt sie den Todeskeim in sich. Und nicht nur der proletarischen Massen schlechtweg, – einmal strömen die Massen aus den Fabriken, demonstrieren und stürmen an gegen die bürgerliche Klasse, und dann gehen sie zurück in Fabrik und Kontor und überlassen die Weiterführung der Bewegung den verräterischen Führern; sondern die Massenbewegung muß so stark und ausgereift sein, daß die Stütze der Bewegung, die Stütze der Arbeiterregierung die proletarischen Organe – Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Aktionsausschüsse, Arbeiterräte – sind. Und die Arbeiterregierung muß bewußt und offen anerkennen, daß sie sich zu verantworten hat nicht vor dem bürgerlichen Parlament, sondern vor den Arbeiterorganen. Diese Arbeiterorgane aber müssen nach den Waffen greifen, müssen eindringen in den bürgerlichen Beamtenapparat, und die „Nebenregierung“ muß in Kampf geraten bei den ersten Schritten mit dem „legalen“ Staatsapparat. Der Bürgerkrieg entrollt sich durch und mit der Arbeiterregierung, endet mit der Niederlage, das heißt, mit der Wiederherstellung der vollen bürgerlichen Demokratie oder mit der Uebergabe der Macht an die Arbeiterorgane, endet also mit der Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie, mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Die SPD als Partei wird sich jedem Schritt der Eroberung der Macht der proletarischen Organe aus „realpolitischen Gründen“ entgegenstemmen und wird im kritischen Moment offen zur Bourgeoisie, das heißt, zur „Demokratie“, zurückkehren. In diesem Moment müssen die letzten sozialdemokratischen Illusionen der Massen zerbrechen, die KP muß allein die Führung der Bewegung übernehmen oder die Bewegung ist zum Tode verurteilt. Diese Entwicklung der realen Möglichkeiten der Arbeiterregierung soll keine Phantasie ins Blaue hinein sein, sondern nur zur Konkretisierung der Frage dienen. Nur die Arbeiterregierung als Machtfrage gestellt, kann das Problem klarer machen. Jedes Herumreden von irgendwelchen „Punkten“ trägt uns, ob wir wollen oder nicht, in demokratisches Fahrwasser. Die Arbeiterregierung kann eine Etappe im Kampf um die Diktatur sein, aber sie ist eine Etappe unmittelbar vor dem Kampf um die Diktatur, und wo dieser Kampf um die Diktatur politisch und ökonomisch nicht gegeben ist, da ist auch die Arbeiterregierung als reale Möglichkeit nicht gegeben. Die vieldiskutierte Frage der Landesarbeiterregierung in Deutschland kann und darf nur in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Die Landesarbeiterregierung ist an dieselben politischen Voraussetzungen gebunden, wie die Reichsarbeiterregierung. Sie ist nur möglich als Stufe im Kampf um die Reichsarbeiterregierung. Aber wo dieser Kampf um die Reichsarbeiterregierung nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, ist jede Landesarbeiterregierung auch unter Teilnahme der Kommunisten zur anonymen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie verurteilt. Eine solche „Realpolitik“ untergräbt nicht nur die theoretischen Grundlagen unserer Partei, sondern ruiniert praktisch das Vertrauen der Arbeitermassen in die KPD als einzigen revolutionären Faktor der deutschen [95] Arbeiterbewegung. Alles Herumgerede über die Landesarbeiterregierung, als eines Mittels, die „Massenbewegung vorwärts zu treiben“, die „Kampagne zu steigern“, die „SPD in Konflikte zu stürzen“, ändert nichts an der Tatsache, daß die Arbeiterregierung ein Ausdruck von Machtkämpfen sein muß und daß die gesamte politische Situation, in der die Arbeiterregierung entsteht, sofort neue, große, sich steigernde Machtkämpfe auslösen muß. Die Analyse des 4. Weltkongresses setzt diesen Machtkampf weder für Deutschland noch für andere Länder unmittelbar auf die Tagesordnung, so daß die Arbeiterregierung in Europa, wenn sie überhaupt kommt, erst das Produkt langwieriger und politisch entscheidender Massenbewegungen sein wird. In diesem Zusammenhang sei noch auf zwei gefährliche Redensarten hingewiesen. Erstens: es käme nicht an auf die Punkte, auf die wir uns festlegen, und von diesen Punkten seien am wichtigsten die ökonomischen Forderungen, weil sie an die Vorstellung der breiten Massen anknüpfen; zweitens: das Gerede, daß man mit der Arbeiterregierung erst praktische Erfahrungen sammeln müsse. Das in den Vordergrundschieben der ökonomischen Forderungen ist rein sozialdemokratisch und entspringt der Vorstellung, daß man ökonomische Ziele im Rahmen der bürgerlichen Demokra-

tie ohne Machtkämpfe erreichen kann. Bei der Anerkennung der Verantwortung der Arbeiterregierung vor den proletarischen Organen handelt es sich nicht um Unterschreibung irgendwelcher papierenen Punkte, sondern um den offenen, den Massen klaren Bruch der SPD mit der bürgerlichen Demokratie und des Sichhinüberstellens der Arbeiterregierung auf den Boden der proletarischen Organe. Das Gerede aber von den „praktischen Erfahrungen“ kann leicht so gedeutet werden, daß man doch erst mal erproben muß, wieviel man im Rahmen der Demokratie erreicht. Welch anderer Sinn sonst darin stecken soll, ist nicht herauszufinden.

IV.

Zum Parteitag.

Einheitsfront und Arbeiterregierung werden im Vordergrund der Debatte stehen. Eine Tendenz, „es mit der Arbeiterregierung zu provieren“, ist unleugbar in der KPD vorhanden; eine Tendenz, die Spitzenverhandlungen zu überschätzen, die Kraft der SPD, die Schwäche der KPD zu überschätzen, ist ebenso unleugbar vorhanden. Der Kern bewußter klarer Kommunisten ist verhältnismäßig klein, deshalb sind diese Tendenzen eine große Gefahr für die Kommunistische Partei und der Opportunismus steht auf der Tagesordnung der Kommunistischen Internationale nicht nur in Norwegen und Frankreich, sondern auch in Deutschland. Unsere Politik in den Parlamenten, in den Kommunen, in den Betrieben und Gewerkschaften, unser Auftreten im den öffentlichen Versammlungen ist alles andere als das einer wirklich erprobten kommunistischen Partei. Die kommunistische Partei muß wirklich aktiv werden und ihre nicht geringen Kräfte ausnutzen zum Weitertreiben und Steigern der Massenbewegung. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse schreien nach einer starken, kommunistischen revolutionären Partei; das aber ist nur möglich, wenn die Partei in sich klar und bewußt ist und sich nicht in ihre eignen taktischen Notwendigkeiten verfängt. Will der Parteitag positiv die Partei zu größerer Aktivität führen, muß er die Partei kritisieren, muß er den Kampf gegen die unsicheren, schwankenden revisionistisch-opportunistische Strömungen in den eigenen Reihen mit Entschlossenheit aufnehmen. [96] Der Geist der 21 Bedingungen muß lebendig werden in der deutschen kommunistischen Partei. Die Stimmung der Vereinigungsmonate muß auferstehen, jene Einstellung zur Partei, die wußte, daß man die sozialdemokratischen Reste überwinden muß durch die Bewegung, und daß wir noch keine kommunistische Partei haben, sondern erst eine schaffen müssen. Aber diese Aufgaben wird und kann der Parteitag nicht lösen, wenn die elende Verhetzung der Parteiorganisationen untereinander, die uns als traurigstes Erbteil der KAG-Krise geblieben ist, wenn diese ihre Fortsetzung auf dem Parteitag findet. Berlin gegen Thüringen, Thüringen gegen Berlin, die Zentrale mit den „guten“ Bezirken gegen die oppositionellen, alles das sind Zeichen noch ungeklärter politischer Gegensätze, die nicht klarer und besser werden durch die Förderung solcher Art von Polemik. Wir sollen aus der Geschichte lernen, auch aus der Geschichte der SPD in Deutschland. Alle positiven Aufgaben des Parteitages, wir wiederholen, sind nur lösbar unter dieser Voraussetzung. Der Kampf der KPD in der Reparationskrise, der Kampf um die Erfassung der Sachwerte durch eine Arbeiterregierung, die Ausnutzung der Krise der SPD, die verstärkte Durchbildung und Aktivisierung aller Bezirke, die Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit, Verbindung der kommunalen und parlamentarischen Politik mit den Massenbewegungen – alles das wird zum Teil auf dem Papier stehen bleiben, wenn der Parteitag es nicht verstehen wird, sich dieses Fundament zu geben.

[97]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 13. Februar 1923 ∗ Heft 4

Einige taktische Fragen des Ruhrkriegs.

⊿ B e r l i n, 13. Februar.

Der Ruhrkrieg, der nunmehr einen vollen Monat dauert und von beiden kämpfenden Seiten mit steigender Schärfe geführt wird, ist, wie bereits an dieser Stelle gesagt wurde, für die kommunistische Taktik keine „einfache Sache“. Er kann es deshalb schon nicht sein, weil er vermöge der dialektischen Natur des Krieges, einmal im Gang, nicht derselbe bleibt wie zu Beginn. In seinem Verlauf tauchen ständig neue Kampfmittel auf, Angriff und Verteidigung steigern sich wechselwirkend, neue Kräfte werden wachgerufen. Mit den neuen in den Kampf eingreifenden Kräften militärischer, politischer, wirtschaftlicher, sozialer Art und ihren Auswirkungen ändern sich jeweils die ursprünglichen Ziele des Krieges, und dementsprechend muß sich die revolutionäre Taktik ändern, müssen die jeweiligen Mittel und Etappenziele geändert werden. Der leitende Gesichtspunkt, die selbständige aktive Klassenpolitik des Proletariats muß für jeden einzelnen taktischen Schritt, für jedes zeitweilige Teilziel bestimmend sein, aber damit sind kommunistische Parteien nicht der Mühe enthoben, die konkrete Kampflage bei jeder Wendung neu zu prüfen und jeden einzelnen Schritt ihr genau anzupassen. Bei dem Bestehen höchst entwickelter weltpolitischer Gegensätze, eines sehr schwankenden weltpolitischen Gleichgewichts und nicht minder stark schwankender Kräfteverhältnisse der Klassen bedarf es täglicher Neuprüfung der konkreten Kampflage und der ihnen entsprechenden revolutionären Taktik. Je länger die akute Krise dauert, die der Ruhrkrieg mit sich führt, um so tiefer greift er in das Kräfteverhältnis der Klassen ein, um so stärker die soziale Erschütterung, um so weitgreifender werden die revolutionären, aber auch die konterrevolutionären Möglichkeiten.

Die grundlegende Frage zur Bestimmung der revolutionären Taktik im Ruhrkrieg ist die Frage nach seinem geschichtlichen Charakter, die Frage nach der geschichtlichen Rolle der Klassen, die ihn auf der einen und der anderen Seite führen. Hier ist entscheidend, daß man sich klar macht, daß die Rollen der französischen und der deutschen Bourgeoisie nicht dieselben sind, so sehr ihr Klassencharakter derselbe ist. Die französische Bourgeoisie, geführt von den Eisenindustriellen (dem Hüttenkomitee) kämpft um die Vorherrschaft in dem kombinierten Erz- und Kohle-Riesentrust, der lothringisches Erz und Ruhrkohle vermählen soll. Der Kampf um die Quote, um 60- oder 40%ige Beteiligung, ist der Kampf um den beherrschenden Einfluß im Trust. Dieser Kampf wurde lange unterirdisch, im Wege der Verhandlungen geführt, jetzt greift das Schwert als Verhandlungsinstrument ein. Der Kampf um die indu-[98]strielle Vormacht in dem Trust, der der Schlüssel für die gesamte kontinentale Wirtschaft werden würde, enthält im Keim bereits den Kampf um die militärische und politische Vormacht auf dem Festland. Dadurch, daß die militärischen Mittel in diesem Kampf eingreifen, treten die politisch-militärischen Ziele des Kampfes mehr und mehr in den Vordergrund, werden mehr und mehr der überwiegende, beherrschende Zweck, und die ursprünglich überwiegenden wirtschaftlichen Ziele werden ihm untergeordnet. Diese Entwicklung läßt sich Schritt für Schritt an der Hand der Ereignisse feststellen. Zuerst der Versuch, einfach den industriellen Apparat des Ruhrgebiets unter dem Druck einer starken militärischen Demonstration (40 Ingenieure mit 40.000 Mann militärischer „Begleitung“) in die Hand zu nehmen und für Frankreich arbeiten zu lassen. Als dieser Versuch an dem passiven Widerstand der Industriellen, der Beamten und der Arbeiter scheitert, die Zoll-Linie um das Gebiet – bereits ein Schritt zur politischen Abschnürung. Dann der Versuch, mit eigenen Kräften den Kohlentransport zu organisieren und zu diesem Zweck die planmäßige Zerstörung des deutschen Beamtenapparates im Gebiet, was natürlich zu dem Versuch führen muß, ihn durch den eigenen politischen Apparat zu ersetzen. Schließlich die Besetzung von Offenburg: der Anfang des Versuches, Süd- und Norddeutschland voneinander zu trennen. Dieser Schritt wird unterstützt durch die Sperrung der Ausfuhr von Fertigwaren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet, die, indem sie den allgemeinen wirtschaftlichen Druck steigert, aber besonders stark die süddeutsche Fertigindustrie trifft, die separatistischen Neigungen fördern soll. Die

politische Loslösung Rheinland-Westfalens, die Zerstückelung des übrigen Deutschland und dadurch die vollständige wirtschaftliche, politische und militärische Unterwerfung verwandeln sich im Verlauf des Ringens mehr und mehr in beherrschende Ziele.

Und es ist klar: je tiefgreifender die wirtschaftlichen Verheerungen, die das Ringen in Frankreich selbst hervorbringt, je negativer die unmittelbare wirtschaftliche Bilanz, um so ausschlaggebender müssen diese politischen Ziele werden. Die politischen Ergebnisse müssen die rein wirtschaftlichen Mißerfolge kompensieren.

Mon hat in unseren Reihen viel von der „Kolonisierung" Deutschlands gesprochen, allerdings einer Kolonisierung besonderer Art, der industriellen Kolonisierung. Im strengen ökonomischen Sinne ist der Ausdruck ungenau und sogar irreführend. Das ökonomische Wesen der Kolonie unter modernen kapitalistischen Verhältnissen ist die Gewinnung nichtkapitalistischer Absatzmärkte, Arbeitskräfte und Rohstoffquellen. Hier handelt es sich – genau wie im Falle Belgiens von deutscher Seite – ökonomisch um die Ausweitung der k a p i t a l i s t i s c h e n W i r t s c h a f t s b a s i s, politisch und militärisch um die Ausweitung der i m p e r i a l i s t i s c h e n M a c h t b a s i s, finanziell um den Versuch des kapitalistischen Wiederaufbaues auf Kosten des besiegten imperialistischen Gegners, sozial um die Sicherung der kapitalistischen Klassenherrschaft im Mutterland durch die Dämpfung der Klassengegensätze, um die Abwehr der sozialen Revolution.

Wenn die geschichtliche Dialektik gerade diesen gewaltsamen Versuch, von seiten der herrschenden Klassen Frankreichs, die Revolution zu hemmen, zum Ausgangspunkt eines verstärkten revolutionären Aufschwunges nimmt, so ist das eine ihrer beliebten Ironien, die vor den „schönen" Absichten der französischen Bourgeoisie so wenig Respekt haben wie vor denen der deutschen Bourgeoisie, als sie die Ukraine besetzte, um die Mittel für ihren militärischen Sieg im Westen zu verstärken.

[99] Als – einstweilen noch auf die Zuschauerrolle sich beschränkende – Gegenspieler und eventuelle Mitspieler kommen in erster Linie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betracht. Ueber ihre Rolle darf die deutsche Arbeiterklasse sich keinesfalls durch die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger irreführen lassen. Beide Mächte verfolgen in diesem Spiel ihre imperialistischen Ziele, sie sind Rivalen Frankreichs um die ökonomische und politische Beherrschung Deutschlands, aber sie sind keineswegs Schützer oder Helfer seiner Selbstständigkeit. Wenn sie eingreifen – und sie werden es sicherlich tun, wenn Frankreich wie Deutschland vom Ringen abgemattet sind –, so um die Alleinherrschaft Frankreichs über Deutschland zu hindern, was das Joch für die deutsche Arbeiterklasse nicht leichter, sondern schwerer machen wird.

Für die deutsche Bourgeoisie sieht sich der Fall allerdings anders an. Sie kalkuliert offenbar, daß sie, wenn sie es noch mit anderen Partnern beim Ruhrgeschäft zu tun hat als Frankreich, diese Partner gegeneinander ausspielen und dadurch ihre eigene Stellung verbessern kann.

Welches aber ist die Rolle der deutschen Bourgeoisie in dem Ruhrkrieg? Ist sie dieselbe wie die der französischen Bourgeoisie, nur daß die eine angreift, während die andere verteidigt? Ist sie dieselbe wie 1914/18?

Wenn das der Fall wäre, so wäre unsere bisherige Taktik, die sich in die Formel zusammenfaßt: Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree – diese Taktik wäre grundfalsch.

Die deutsche Bourgeoisie, so konterrevolutionär sie nach innen ist, ist vermöge der Feigheit der kleinbürgerlichen Demokratie (d. h. vor allem der Sozialdemokratie) in die Lage gekommen, n a c h a u ß e n objektiv revolutionär aufzutreten. Sie ist n a c h a u ß e n (wenigstens zeitweilig) Revolutionär wider Willen, (so wie es Bismarck 1864 bis 70 war), und aus analogen geschichtlichen Gründen. Das Scheitern der deutschen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 wies der Hohenzollerndynastie die Rolle zu, die Aufgabe der deutschen bürgerlichen Revolution war. Das Scheitern der sozialistischen Revolution 1918/19 überwies Cuno, Stinnes & Co. die Rolle, die die der deutschen sozialistischen Revolution sein müßte. Wenn Bismarck als junkerlich-dynastischer „Revolutionär von oben" das nationale Interesse nur in verkümmerter, unzulänglicher Weise befriedigte, soweit es

eben mit dem dynastisch-reaktionären Interesse sich vertrug, so ändert das nichts an der objektiv revolutionären Rolle, die er bis 1870 spielte, aber es ist allerdings entscheidend für die Stellung, die die Arbeiterklasse und die bürgerliche Demokratie ihm gegenüber einzunehmen hatte. Marx' und Engels' Stellung zu dieser Situation ist bekannt. Sie anerkannten die durch die geschichtliche Situation gegebene v o r ü b e r g e h e n d e Parallelität der Interessen in den von Bismarck geführten Kriegen, sie hoben sofort die selbständige Rolle des Proletariats in diesen Kriegen hervor, und sie verwandten all ihren Einfluß darauf, die Arbeiterklasse gegen das bismärckische Preußen-Deutschland in Bewegung zu setzen, sobald die objektiv revolutionäre Rolle Bismarcks in die offen reaktionäre umschlug (nach Sedan).

Der Krieg an der Ruhr, an dessen Spitze augenblicklich die Cuno, Stinnes & Co. stehen, also die deutsche Großbourgeoisie, ist von deutscher Seite und von außen gesehen widerspruchsvollen Charakters. Einerseits nationale Abwehr eines unterdrückten, entwaffneten, ausgebeuteten Volkes gegen den imperialistischen Unterdrücker und insofern objektiv revolutionär; andererseits und gleichzeitig der Kampf der die Abwehr [100] gegenwärtig führenden Bourgeoisie um den Anteil an der Ausbeutung des deutschen Proletariats, der Kampf um die Quote, und insofern reaktionär.

Es zeugt für den Weitblick L e n i n s, daß er bereits mitten im imperialistischen Weltkrieg solche Möglichkeiten voraussah.

In einem langen Aufsatz über die „Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht" sagt er gegenüber den Thesen der Sozialdemokratie Polens und Litauens über das Selbstbestimmungsrecht, die davon sprachen, daß die Sozialdemokratie den gegen den europäischen Imperialismus gerichteten Kampf der jungen kolonialen Bourgeoisie zur Verschärfung der revolutionären Krise in Europa ausnützen muß, folgendes:

„Ist es nicht klar, daß es nicht angeht, Europa und die Kolonien i n d i e s e r B e z i e h u n g einander gegenüberzustellen? Ein Kampf der unterdrückten Nationen in Europa, der imstande ist, bis zu Aufständen und Straßenkämpfen zu gehen, und bis zur Verletzung der eisernen Disziplin des Heeres und des Belagerungszustandes – dieser Kampf wird ‚die revolutionäre Krise in Europa' in unvergleichlich größerem Maße ‚verschärfen', als ein viel größerer Aufstand in einer entfernten Kolonie das vermöchte. Ein Schlag von gleicher Stärke, der der Macht der englischen imperialistischen Bourgeoisie durch den Aufstand in Irland versetzt würde, hat eine hundertmal größere politische Bedeutung, als es in Asien oder Afrika der Fall sein könnte." (Geschrieben Oktober 1916, N. Lenin u. G. Sinowjew: Gegen den Strom, Aufsätze aus den Jahren 1914-16, Hoym Nachfolger, 1921, S. 413.)

Man könnte antworten: Deutschland ist nicht Irland. Hier ein besiegter imperialistischer Staat, dort ein kleines Land mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung, das keine selbständige imperialistische Rolle gespielt hat. Aber das besiegte, entwaffnete, von der Zerstückelung und völligen politischen und wirtschaftlichen Versklavung bedrohte Deutschland ist – zwar, der rein theoretischen Möglichkeit nach, wieder eine zukünftige imperialistische Macht; heute ist es das jedenfalls nicht, es ist nicht Subjekt, sondern Objekt imperialistischer Politik.

Mit besonderer Ausführlichkeit hat Lenin dieselbe Frage in seiner Polemik gegen die Junius-Broschüre behandelt, und da scheint uns folgende Stelle im gegenwärtigen Augenblick besonders interessant.

Lenin wendet sich da gegen Junius' These, daß in der Aera des Imperialismus nationale Kriege unmöglich seien. Er wendet u. a. ein, daß ein nationaler Krieg sich in einen imperialistischen verwandeln könne, und u m g e k e h r t. Als Beispiel für den ersten Fall führt er die französischen Revolutionskriege an; für den letzteren Fall, die Verwandlung des imperialistischen in einen nationalen Krieg entwickelt er – rein theoretisch – folgende Möglichkeit:

„Daß der imperialistische Krieg der Jahre 1914/18 sich in einen nationalen Krieg verwandeln wird, ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, da jene Klasse, die die V o r w ä r t s entwicklung vertritt, gerade das Proletariat ist, das sich objektiv bemüht, ihn zu einem Bürgerkriege gegen die Bourgeoisie zu machen, und auch noch deshalb, weil das Kräfteverhältnis beider Koalitionen kein sehr verschiedenes ist und das internationale Kapital überall eine reaktionäre Bourgeoisie geschaffen hat. Aber es geht nicht an, eine solche Verwandlung

als etwas U n m ö g l i c h e s zu erklären: w e n n das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus machtlos bliebe, wenn dieser Krieg mit solchen Siegen, wie die napoleonischen und mit der Unterjochung einer ganzen Reihe lebensfähiger Nationalstaaten e n d e n würde, w e n n der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Reihe) sich auch noch 20 Jahre lang aufrecht erhalten könnte, ohne zum Sozialismus [101] überzugehen (z. B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges), dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das würde für Europa für einige Jahrzehnte hindurch eine R ü c k e n t w i c k l u n g bedeuten. Dies ist aber nicht wahrscheinlich. Es ist aber n i c h t unmöglich, da es nicht dialektisch, nicht wissenschaftlich und theoretisch nicht richtig ist, sich die Weltgeschichte so vorzustellen, als ob sie ganz glatt und gerade vorwärts schreiten würde, ohne manchmal Riesensprünge nach rückwärts zu machen.“ (Geschrieben Oktober 1916, Gegen den Strom, S. 419, 420.)

Die von Lenin 1916 ins Auge gefaßte theoretische Möglichkeit ist im Falle Deutschlands (wenn auch unter etwas anderen konkreten Umständen) Wirklichkeit geworden. Aber schon jetzt ist vollkommen klar, daß die deutsche Bourgeoisie, die nach außen objektiv in die Rolle der nationalen Verteidigung gedrängt wurde, s u b j e k t i v nicht daran denkt, diese Rolle durchzuführen, sondern daß sie mitten im Kampfe und sozusagen am hellen Tageslicht den Verrat vorbereitet. Dieser Verrat begann bereits am ersten Tage mit dem Riesenplünderungszug der großindustriellen „Freiheitskämpfer an der Ruhr“, der Börsen- und Bankmagnaten und der Junker gegen die werktätige Bevölkerung. Diese Plünderung hat sich in Gestalt der „Stützungsaktion“ der Reichsbank für die Mark zu einem Riesenpanama ausgewachsen, über die aber, im Gegensatz zum französischen Panama, außer den Kommunisten, alles schweigt, von Helfferich bis zu Hilferding, dem Vater des gloriosen Gedankens. Mit den dem Proletariat abgepreßten und abgeschwindelten Milliarden versucht die deutsche Bourgeoisie gleichzeitig die Arbeiterklasse und die Beamtenschaft zu korrumpieren, zu kaufen. Wir wüßten nichts in der Geschichte diesem Grad der Fäulnis und des zynischen Klassenegoismus an die Seite zu stellen – es sei denn die Rolle der deutschen Sozialdemokratie, die, soweit die Führer in Betracht kommen, auch bis in die Tiefe dieses Sumpfes in die Spuren der Bourgeoisie tritt.

Zweitens aber spinnt dieselbe Bourgeoisie bereits hinter den Kulissen die Fäden zum französischen, englischen und amerikanischen Kapital. Sie bedient sich für diesen Zweck unter anderem wieder der Sozialdemokratie in der Figur des Herrn Breitscheid, den sie öffentlich prügelt für den geheimen Auftrag.

Die Erfordernisse der revolutionären proletarischen Taktik ergeben sich klar aus der Lage. Das revolutionäre Proletariat muß mit aller Kraft, aber m i t s e i n e n M i t t e l n, s e l b s t ä n d i g, den Kampf gegen den imperialistischen Eindringling an der Ruhr, aber gleichzeitig gegen die eigene Bourgeoisie führen, mit dem Ziel, ihr die Lasten des Kampfes aufzuerlegen, sie zu stürzen und selber den Kampf zum Abschluß zu bringen, dem: die Bourgeoisie gleich von zwei Seiten her in den Rücken fällt.

Das stärkste Hindernis auf diesem Weg ist die Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, international wie national. Der Probe des Ruhrkriegs haben allein die kommunistischen Parteien und die revolutionären Gewerkschaften standgehalten. Das ist, gegenüber 1944, ein enormer Fortschritt. In Deutschland wie in Frankreich stehen nicht mehr, wie 1914, Einzelne in der revolutionären Klassenfront, sondern festgefügte kommunistische Parteien, die in dieser Krise sichtbar an Kraft und Autorität bei den Massen gewinnen.

Wie stark bereits die Krise in den breiten proletarischen Massen Gewicht hat, bezeugt die Tatsache, daß die Sozialdemokratie, während sie in der Tat die Geschäfte der Cuno, Stinnes & Co. besorgt, und zwar die nach dem Muster von 1914 „durchhaltenden“ wie die nach dem [102] unabhängigen Muster auf kapitalistische „Verständigung“ arbeitenden „oppositionellen" Führer gleichermaßen, doch genötigt ist, i n W o r t e n die Selbständigkeit der proletarischen Aktion zu verkünden und i n W o r t e n die Verantwortung den Cuno, Stinnes & Co. zu überlassen. Die Ueberlassung der Führung des Kampfes nach außen der Bourgeoisie, der Verzicht auf den Kampf gegen die Bourgeoisie im Innern bedeutet natürlich die volle tatsächliche Verantwortung der Sozialdemokratie für Cuno & Co.

In dem Grade allein, wie es der Kommunistischen Partei gelingen wird, g e g e n die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung die proletarischen Massen zu selbständiger Klassenpolitik zu führen, wird es gelingen, der aufsteigenden faschistischen Welle Herr zu werden. Je mehr die Lage sich zuspitzt, um so offener wird die Alternative sich stellen: Kommunismus oder Faschismus, revolutionärer Klassenkampf nach innen und. außen oder Verschüttung des Klassenkampfes unter dem kleinbürgerlichen Nationalismus, Arbeiterregierung oder bonapartistische Diktatur.

Der 8. Parteitag der KPD.

Von H e i n r i c h B r a n d l e r.

Der Parteitag trat in einer äußerst kritischen Situation zusammen. In Bayern bereitete Hitler den Faschistenputsch vor. Die Ruhrbesetzung schuf starke politische Spannung. Einige Ortsvereine hatten beantragt, den Parteitag angesichts der kritischen Lage zu verschieben, weil sie sich nicht von den besten Parteikräften eine Woche lang entblößen wollten. Der Parteitag wurde dennoch abgehalten. Aber die kritische Situation, in der jeden Augenblick mit einem eventuellen Abbruch der Verhandlungen gerechnet werden mußte, brachte eine nervöse Note in die Tagung.

Dennoch hat der Parteitag seine Tagesordnung erledigt und gute Arbeit für den weiteren Ausbau der Partei geleistet.

Im großen Referat der Genossin Klara Zetkin wurde eingehend zur politischen Lage Stellung genommen. Im Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, das einstimmig angenommen wurde, gab die höchste Vertretung der Partei zur innen- und außenpolitischen Lage ihre Meinung kund. Im Manifest wird die traurige Rolle der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale und der 2. und 2½. Internationale gebrandmarkt, die völlig untätig den drohenden Gefahren gegenübersteht und, soweit sie in „Aktion“ tritt, das im Bunde mit den nationalen Bourgeoisien tut. Gegenüber der Offensive gegen die Arbeiterklasse und der Steuersabotage der deutschen Bourgeoisie sowie dem räuberischen Ueberfall des französischen Imperialismus erklärt die Partei offen und klar:

„Es wird keinen Frieden geben, es wird keine Ruhe, es wird kein menschliches Leben geben, bis die Arbeiterklasse wenigstens in ganz Europa die Bourgeoisie nicht besiegt, der Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats entgegenstellt, bis es Europa nicht verwandelt in eine Föderation der Räterepubliken, die gemeinsam die Ruinen des alten Krieges aufräumen und den Wiederaufbau der vom Kapitalismus in Stücke geschlagenen Welt beginnt!“

[103] Nachdem das Ziel des Kampfes klar aufgesteckt wurde, wird ebenso klar der Weg zum Ziel im Manifest aufgezeigt: Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront in Deutschland und Frankreich und international zum Kampf gegen die räuberische Offensive, des Kapitals. Im ständigen, unermüdlichen Kleinkrieg gegen die Tagesnöte, gegen die Steuerdrückebergerei, gegen die Wucherpraktiken und Preistreibereien der Bourgeoisie gilt es die Arbeiter zu sammeln über alle sonstigen Meinungsunterschiede hinweg und zum mindesten in der Arbeiterregierung, gestützt auf eigene Kampforgane des Proletariats national und international den Kampf zur Niederwerfung der Bourgeoisie durch Errichtung eines Schutz- und Trutzbundes mit Sowjetrußland siegreich durchzuführen.

Auch an die Mitglieder des ADGB und des Afa-Bundes richtete der Parteitag ein Manifest, um die Gewerkschaften, die durch die Praxis der Gewerkschaftsbürokratie zu Hilfsorganen der Bourgeoisie gemacht worden sind, wieder zu Klassenkampforganen des revolutionären Proletariats zu machen. Das Manifest zeigt den Weg zur Eroberung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf und gegen die Spaltungspraxis der Amsterdamer.

An Sowjetrußland sandte der Parteitag brüderliche Grüße. Er grüßt die russischen Preisfechter der proletarischen Weltrevolution mit dem heißen Bestreben im Herzen, im Bündnis mit Sowjetrußland, den vollen Sieg des Proletariats über die Weltbourgeoisie zu erkämpfen.

Die Kommunistische Partei und die revolutionären Gewerkschaften Frankreichs begrüßt der Parteitag als die Kraft des revolutionären Frankreichs, die, heute noch verfolgt und brutal unterdrückt, die sicherste Gewähr für den gemeinsamen Sieg des deutschen und französischen Proletariats bilden.

Der Parteitag gedenkt weiter noch der tapferen revolutionären Arbeit der Kommunistischen Jugend Frankreichs, die unerschrocken Militärpropaganda unter den Besatzungstruppen treibt. Auch dem indischen Proletariat, das immer mehr zu einer bedeutenden revolutionären Kraft gegen den Weltimperialismus wird, sendet die KPD ihre Grüße.

In der Resolution zur politischen Lage und den nächsten Aufgaben des Proletariats wird die Zerfallskrise des Kapitalismus und die weltwirtschaftliche Konjunktur analysiert. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist die Feststellung des Bankrotts der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik, die Feststellung neuer imperialistischer Gruppierungen mit neuen drohenden Kriegsgefahren. Im Rahmen dieser internationalen Verfallskrise steht Deutschland dem Abgrund am nächsten. Es wird untersucht die Verschiebung des sozialen Schichtenbaues und die grundlegenden politischen Verschiebungen. Es wird klargelegt die Schuld und der Bankrott der Sozialdemokratie, der Untergang der USPD und das Wachsen der faschistischen Welle. Als einziger Ausweg wird auch hier aufgezeigt die einheitliche proletarische Kampffront, die, gestützt von den Klassenorganen, Betriebsräten, Kontrollausschüssen, bewaffneten Arbeiterwehren, sich mindestens die Arbeiterregierung sofort erkämpfen und der nationalen und internationalen Kapitaloffensive und dem Faschismus die geschlossene Abwehrfront des Proletariats entgegenstellen muß.

Mitten in die Beratungen des Parteitages fiel der Sturz der sächsischen sozialdemokratischen Regierung. Die kleine kommunistische Fraktion zwang die regierenden Sozialdemokraten in Sachsen, Farbe zu bekennen. Sie ließen sich lieber von dem kommunistischen Mißtrauensvotum hinwegfegen, als zu den unbedingt notwendigen Abwehrmaßregeln gegen die Teuerung und die Faschistengefahr ihre Zustimmung zu geben. Nach dem Sturz zeterte die Sozialdemokratie über das Bündnis der Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien, weil auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien im [104] sächsischen Landtag natürlich aus ihren reaktionären Gründen für das Mißtrauensvotum der Kommunisten gestimmt haben. Die Sozialdemokratie, die bürgerliche Koalitionspolitik trieb, auch als sie allein ohne Bürgerliche in der Regierung saß, treibt offen der großen Koalition zu. Vor die Wahl gestellt, mit der Arbeiterklasse den entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen, entscheidet sie sich wie immer: mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Der Parteitag trat in einem Aufruf an die sächsische Arbeiterschaft den reaktionären Verwirrungsphrasen der Sozialdemokratie entgegen, indem er zur Einberufung des zweiten sächsischen Betriebsrätekongresses aufrief, um die Bildung einer Arbeiterregierung vorzubereiten, die gestützt auf die revolutionären Betriebsräte und die bewaffneten Arbeiter, den Kampf gegen den Faschismus und das Stinnes-Programm energisch durchzuführen imstande ist.

In allen diesen wichtigen Fragen der konkreten politischen Lage herrschte völlige Uebereinstimmung auf dem Parteitag, Differenzen politischer Art gab es nur in der Frage der Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung.

Die Thesen der Opposition, die vertreten wurden durch die Delegierten der Hamburger und Berliner Bezirke, enthalten jedoch keinerlei prinzipielle Gegensätze, sondern gingen von dem Gesichtswinkel einer von der Parteitagsmehrheit als übertrieben bewerteten Opportunistenfurcht aus, die zu einer ganz starren und in der Praxis unmöglichen Formulierung für den Eintritt von Kommunisten in eine Arbeiterregierung geführt hätte. Die Hamburger Genossen wünschten den Eintritt von Kommunisten in die Arbeiterregierung davon abhängig gemacht, daß die Arbeiter bereits bewaffnet seien. Die Berliner machten zur Bedingung den Uebergang der Massenbewegung von der Defensive in die Offensive. Das Korreferat, das der Genosse Maslow hielt, ebenso die Ausführungen der oppositionellen Diskussionsredner überzeugten den Parteitag nicht. Es war Maslow und Ruth Fischer nicht möglich, den Parteitag zu überzeugen, daß die Partei vor ernsten opportunistischen Gefahren steht. Die Delegierten wiesen mit Recht darauf hin, daß in jedem Falle opportunistische Entgleisungen, sei es in der allgemeinen politischen Haltung, in der Gewerkschaftspraxis oder bei der

Tätigkeit unserer Genossen in den Kommunen der Partei spielend gelungen ist, mit den opportunistischen Gefahren und Tendenzen fertig zu werden. Der Parteitag lehnte deshalb die Gegenthesen der Opposition ab und nahm die Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung, die die Zentrale vorlegte, mit Zweidrittelmehrheit (59 zu 118 Stimmen) an.

Weil es der Opposition nicht gelungen war, dem Parteitag ihre Gefahrentheorie verständlich zu machen, und weil es die Parteitagsmehrheit ablehnte, die prominentesten Vertreter der Opposition als Zentralemitglieder zu wählen, kam es zu einigen unliebsamen und hitzigen Zusammenstößen der Opposition mit der Parteitagsmehrheit. Wegen des Versagens der Opposition bei der Austragung der politischen Differenzen ließ sich die Oppositionsdelegation n die ganz unbegründete Stimmung hinein treiben, als beabsichtige die Parteitagsmehrheit einen Kampf mit den sogenannten Linken. Daß diese Verfolgungsabsicht bei der Parteitagsmehrheit keinen Augenblick bestanden hat, ging schon daraus hervor, daß schon auf dem ersten personellen Kandidatenvorschlag der Mehrheitsdelegationen zwei Vertreter aus den Bezirken der Opposition mit auf die Zentraleliste genommen worden waren und daß, als die Opposition sich endlich bequemte, eigene Personenvorschläge zu machen, noch ein dritter der Opposition angehörender Genosse in die Zentrale gewählt wurde. So heftig der Zusammenstoß in der Form zwischen Opposition und Parteitagsmehrheit in der Frage der [105] Erweiterung der Zentrale von 15 auf 21 Mitglieder war, er kann zu keiner Krise in der Partei führen. Die Tatsache, daß die drei Oppositionsvertreter mit der höchsten Stimmenzahl in die Zentrale gewählt wurden, sowie die Tatsache, daß die drei gewählten Genossen alte bewährte Genossen sind, die in den kritischsten Situationen der Partei bewiesen haben, daß ihnen die Parteieinheit über alles geht, ist die beste Bürgschaft dafür, daß trotz der Meinungsdifferenzen in taktischen Fragen die Parteizentrale nicht durch ein faules Kompromiß geschwächt, sondern einheitlich und geschlossen an die Durchführung ihrer schwierigen Aufgaben gehen kann und gehen wird.

In Leitsätzen zu den dringendsten organisatorischen Aufgaben wird die Parteiöffentlichkeit verpflichtet zur Werbung neuer Mitglieder, zur Stärkung unserer Bewegung durch den Ausbau neuer Stützpunkte, wie durch politische Betriebsvertrauensleute, Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und Genossenschaften, systematische Referenteninstruktion, Hebung des Schriftenvertriebes und Anweisung zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten, sowie zur gründlichen Vorbereitung der Gemeindewahlen und der Kommunalpolitik. Zur Bildungsarbeit wurden systematische Richtlinien im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses ausgearbeitet und durch den Parteitag zum Beschluß erhoben.

Zu den Beschlüssen des 4. Weltkongresses erklärte der Parteitag seine volle Zustimmung und stellt sich billigend zu den Beschlüssen der Exekutive und des 4. Weltkongresses in den Fragen der französischen, italienischen, tschechischen und norwegischen Partei. Ebenso gab der Parteitag seine Zustimmung zu den Beschlüssen des 2. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale.

In einem Antrag zur Wirtschaftshilfsaktion für Sowjetrußland verpflichtete der Parteitag die Genossen zur Mitarbeit.

In einem besonderen Antrag wird auf die wichtige Bedeutung der Beamtenfrage hingewiesen und die Partei beauftragt, für die Durchführung der Mindestforderung der Beamtenausschüsse und Beamtenräte ihre Kraft einzusetzen.

Zur Alkoholfrage nahm der Parteitag Stellung, indem er sich scharf abtrennte von der moralinsauren bürgerlichen Abstinenzbewegung und die Partei dafür verpflichtete, den Kampf gegen das Alkoholkapital und den vergrößerten Alkoholkonsum auf das wirksamste zu fördern.

In einem Beschluß wird das Verhältnis zu den kommunistischen Jugendorganisationen noch einmal klargestellt. Den Parteigenossen wird eingeschärft, den Kampf gegen die Verelendung der Jugendlichen dadurch besondere Aufmerksamkeit zu schenken, daß die Jugendlichen in alle Kämpfe der Arbeiterklasse einbezogen werden. Daß ihre Gleichstellung mit den Erwachsenen in den Gewerkschaften hergestellt und ihre Vertretung in den Kontrollausschüssen zur Durchführung der Jugendforderungen überall herangezogen werden.

Zur Freilassung der politischen Gefangenen nahm der Parteitag eine Entschließung an, worin er scharf die Schmach brandmarkt, daß die demokratisch-republikanische Klassenjustiz noch Hunderte der besten Kämpfer des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern zugrunde gehen läßt, indes die Konterrevolutionäre Freiheit mehr denn je haben.

Besonders brandmarkt der Parteitag das Verhalten der bayrischen Regierung, die den Tod des Gen. Hagemeister auf dem Gewissen hat.

Desgleichen wurde beschlossen, eine Kommission zu bilden, die Richtlinien für den Kampf gegen die Klassenjustiz und den Strafvollzug ausarbeiten und ihre Vorschläge der Zentrale und dem Zentralausschuß vorlegen soll.

[106] In Richtlinien zur Parlamentstätigkeit, zur Frauenagitation, zur Arbeit in den Genossenschaften, zur Arbeit in den Arbeitersportorganisationen wurden ebenfalls fachdienliche Anträge in den Kommissionen ausgearbeitet und vom Parteitag angenommen.

Wegen der vorgerückten Zeit konnte das wichtige Referat über das Kommunalprogramm nicht mehr diskutiert werden. Der Parteitag nahm das Referat des Gen. Katz entgegen und setzte eine Kommission zur Durcharbeitung des Kommunalprogramms ein, das dem nächsten Zentralausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden muß.

In der bürgerlichen Presse und wie es sich von selbst versteht noch mehr im der Sozialdemokratischen wurde auf die fruchtbringende positive Tätigkeit, die die Arbeiten der Partei für das kommende Jahr vorbereitet weniger Wert gelegt als auf die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Parteitagsmehrheit in der Frage der Besetzung der Zentrale. Die Arbeit der Partei nach dem 8. Parteitag wird allen Unkenrufern über den Zwiespalt in der KPD sehr bald beibringen, daß der Parteitag ihre Hoffnungen nicht erfüllt, sondern daß die fruchtbringende Arbeit, die ohne äußeren Glanz geleistet wurde, die Partei politisch und organisatorisch gefestigt hat, daß sie mit neuer Kraft den neuen Aufgaben entgegensehen kann.

*

Geschichtliches zur Lösung der Arbeiterregierung.

Von Peregrinus.

I.

Alle Streitfragen, die bei der Erörterung der Losung der Arbeiterregierung entstehen, lassen sich im Grunde genommen auf eine zurückführen: die nämlich, ob und unter welchen Bedingungen es für die revolutionäre Partei des Proletariats zulässig ist, im Interesse des Klassenkampfes an einer Regierung teilzunehmen, die noch nicht die Diktatur des Proletariats ist, d. h. einer Regierung, die weder auf einer vollkommenen Ueberwindung des bürgerlichen Parlamentarismus und der Räte beruht, noch sich den sofortigen Uebergang zum Sozialismus zum Ziele stellt, noch endlich ihrer Zusammensetzung nach unter dem ausschließlichen Einfluß der revolutionären Partei steht, sondern auch Elemente enthält, die nicht die Endziele des Proletariats, sondern mur die augenblicklichen Ziele seines Klassenkampfes teilen.

Die Frage beschäftigt die marxistische Literatur nicht zum ersten Male. Es wird nützlich sein, an frühere Debatten zu erinnern. Trotz der ungeheuren Verschiedenheiten der Situation kehren fast wörtlich dieselben Argumente wieder.

Zum ersten Male wurde diese Frage von der Praxis gestellt und beantwortet. Die Pariser Kommune war die Diktatur des Proletariats in dem Sinne, daß sie die Arbeiterklasse zur herrschenden Macht erhob und die Grundzüge der Herrschaftsform des Proletariats andeutete. Aber die Kommune war noch keine Diktatur, insofern sie sich nicht den unmittelbaren Uebergang zum Sozialismus zur Aufgabe stellte, insofern sie noch an den Formen der bürgerlichen Demokratie [107] festhielt, insofern in ihrer Regierung die Vertreter der Internationalen (die nebenbei bemerkt auch voll proudhonistischer Vorurteile waren) nur eine verschwindende Minderheit bildeten gegenüber einem bunten

Haufen, in dem radikale Kleinbürger, die die Kriegskatastrophe an die Seite des Proletariats geschleudert hatte, dominierten. Kein Mensch außer etwa Kautsky ist aber auf den Gedanken gekommen, deshalb den revolutionären Charakter der Kommune abzustreiten.

Während des Kampfes gegen den Ministerialismus Millerands erwähnt Rosa Luxemburg[*)] die Möglichkeit der Teilnahme von Sozialisten an einer Regierung, die gemeinsam mit anderen Parteien zum Schutz der Demokratie gebildet wird. Freilich kann das nur unter bestimmten Voraussetzungen geschehen. Die bürgerliche Regierung müsse vollkommen diskreditiert sein, die sozialistische Partei müsse von vornherein den vorläufigen Charakter ihrer Regierungsteilnahme feststellen und unter allen Umständen ihre Selbständigkeit wahren.

In der russischen Revolution von 1905 stellt die bolschewistische Partei die Losung der „vorläufigen revolutionären Regierung“ auf, deren Stütze die Massen der Arbeiter und der revolutionärdemokratischen Elemente der Bauern und Kleinbürger bilden sollten. Lenin verfocht diese Losung im schärfsten Kampf gegen die Menschewiki, die ihn des Ministerialismus beschuldigten, weil er erklärt hatte, daß die Sozialisten an einer solchen demokratischen und nicht sozialistischen Diktatur der Arbeiter und Bauern teilnehmen müßten.

Jede revolutionäre Epoche stellt diese Frage von neuem. Sie ist mit der Grundfrage jeder Revolution, der Frage des Kampfes um die Macht, eng verknüpft.

Der Ministerialismus der Reformisten beantwortet sie, indem er dem Machtkampf ausweicht und die Interessen des Klassenkampfes zugunsten einer eingebildeten und scheinbaren Teilnahme an der Macht ausgibt. In der vorrevolutionären Epoche des friedlichen Parlamentarismus, wo sowohl der politische wie der wirtschaftliche Kampf des Proletariats nicht die Macht der Bourgeoisie antasteten, genügte es, die Illusionen des Ministerialismus zu bekämpfen und demgegenüber die Hervorhebung des Endziels zu betonen. Wir sehen aber, daß Rosa Luxemburg trotzdem weiter ging.

Die revolutionäre Epoche aber wird eben dadurch bestimmt, daß sie den Uebergang der politischen Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen auf die Tagesordnung stellt, daß der Klassenkampf sich zum Machtkampf auswächst.

Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat findet nicht zwei einheitliche und geschlossene Klassen, die sich wie auf offener Walstatt gegenüberstehen. Einerseits ist das Proletariat mannigfach geschichtet und zerklüftet; andererseits sind starke kleinbürgerliche Massen vorhanden, die mitunter den Geschehnissen ihren Stempel aufdrücken. Das Auf und Nieder der proletarischen Revolution zeigt die mannigfachsten Uebergangsformen zwischen der vollen Macht der Bourgeoisie und der vollen Macht der Arbeiterklasse. So genügt es für die revolutionäre Partei nicht immer, die Idee der Diktatur zu vertreten; um die Machtfrage aufzurollen, um die Massen zum Kampfe zu sammeln, müssen andere Losungen aufgestellt werden, die dem augenblicklichen Kräfteverhältnis der Klassen entsprechen. So jetzt die Lesung der Arbeiterregierung, so die erwähnte Losung der Bolschewiki von 1905.

[108] Wir wollen hier versuchen, eine kurze Darstellung der Diskussion zu geben, die sich 1905 um die Frage der Teilnahme an einer vorläufigen Regierung zwischen Bolschewiki und Menschewiki entspann, da die Argumente der Menschewiki in manchem an die Argumente der Gegner der Arbeiterregierung erinnern. Wenn auch unsere Kritiker dieser Losung nicht den Gedanken der Arbeiterregierung ablehnen, sondern sich nur an die Form und Voraussetzungen dieser klammern, so läuft es doch schließlich auf dasselbe hinaus, ob man der Arbeiterregierung einfach die Diktatur entgegenstellt, oder die Arbeiterregierung mit der Diktatur vermengt, und so doch eigentlich die Diktatur als ausschließliche Losung fordert. Die menschewistische Stellungnahme von 1905 zeigt noch etwas sehr Lehrreiches, daß nämlich die radikalen Argumente sich oft auf die opportunistische Seite verirren.

II.

[*)] R. Luxemburg; Koalitionspolitik oder Klassenkampf? Viva 1922.

Die Niederlage des Zarismus im russisch-japanischen Krieg war der Funken an das Pulverfaß der Revolution. Die Kräfte, die in langen Jahren des Kampfes herangereift waren, brachen plötzlich hervor. Der Absolutismus war bei dem gesamten Volke diskreditiert. Selbst unter der Bourgeoisie und den liberalen Gutsbesitzern begann eine Protestbewegung. Im Bauerntum, das durch jahrhundertelange Knechtung in Elend und Verzweiflung herabgesunken war, begann es zu gären. Aber die führende und die entschiedenste Kraft der Revolution war das Proletariat. Eine Welle von Streiks ergoß sich über das Land. Hier und da verkündeten von Arbeiterhand aufgerichtete Barrikaden, daß nach einer Pause von 90 Jahren die Welt wieder offene Feldschlachten der Revolution zu sehen bekam.

War das Proletariat zur Führung der Revolution, so war die Sozialdemokratie zur Führung des Proletariats berufen. Und zwar war es hier der bolschewistische Flügel der Partei, dessen Losungen kühn voraneilend und doch nüchtern und nicht phantastisch dem Proletariat die jeweilig nächste Aufgabe des Kampfes klar vorzeichneten, während die Oekonomisten und später die Menschewiki sich elend im Schwanze der liberalen Bourgeoisie dahinschleppten, was ihnen den Ehrennamen der Chwostisten (von Chwost – Schwanz) eintrug.

Die alten Losungen der Sozialdemokratie reichten bei dem stürmischen Tempo der Revolution nicht aus. Hieß es früher einfach „Nieder mit dem Absolutismus!“, dann später „Her mit der Konstituante!“, so waren diese Losungen jetzt von der liberalen Bourgeoisie übernommen, die sie aber dahin auslegte, daß der Absolutismus die Konstituante einberufen sollte. Die Revolution mußte auch gegen die liberale Bourgeoisie durchgeführt werden, die mit dem Zarismus paktierte. Vom Massenkampf des Proletariats mußte klar der Weg vorgezeichnet werden, wie der Absolutismus gestürzt, die Demokratie erkämpft werden sollte.

Die bolschewistische Partei stellte nun die Losung einer vorläufigen revolutionären Regierung, einer demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, auf. Lenin begründete sie ausführlich in einer Reihe von Artikeln in der damaligen bolschewistischen Zeitung „Wperjod“ („Vorwärts“) und in einer Broschüre: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“.

Lenin geht davon aus, daß die russische Revolution vorerst noch eine bürgerliche sei, da es sich noch um den Sturz des Absolutismus und die Erkämpfung der Demokratie handelte. Das schließt die weitere Perspektive der sozialistischen Revolution nicht aus. Aber [109] diese Aufgaben müssen zuerst erfüllt werden. Sie sind die Voraussetzung der proletarischen Revolution. Aber der bürgerliche Charakter der Revolution bedeutet noch nicht, daß das Proletariat ihre Durchführung der Bourgeoisie überlassen soll. Die Bourgeoisie hat ein Interesse daran, die Revolution durch einen Pakt mit dem Zarismus in einem Abortus enden zu lassen. Das Interesse des Proletariats erfordert es, daß die Revolution zu Ende und möglichst rücksichtslos „plebejisch“, wie Marx sagte, durchgeführt wird. Es muß zu diesem Zwecke verstehen, die breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Bauern, die einerseits an der Durchführung der Revolution interessiert sind, andererseits aber noch der Führung der Bourgeoisie vertrauen, um sich zu gruppieren:

„Das Proletariat muß die demokratische Revolution vollenden, indem es die Masse der Bauern um sich sammelt, um mit Gewalt den Widerstand des Absolutismus zu brechen und das Schwanken der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollenden, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente des Volkes um sich sammelt, um mit Gewalt den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und das Schwanken des Bauerntums und des Kleinbürgertums zu paralysieren.“(Lenin: Zwei Taktiken, Kap. 6.)

Der Absolutismus kann nur durch einen Volksaufstand gestürzt werden, im Kampfe gegen die paktierende Bourgeoisie. Der höchste Ausdruck dieses Aufstandes, seine Leitung ist die vorläufige Revolutionäre Regierung, die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, (demokratische Diktatur, weil sie nicht durch Paktieren, sondern auf diktatorischem Wege die Maßnahmen der demokratischen Umwälzung durchführt.)

„Ihrem Ursprung und ihren Grundzügen nach muß diese Regierung ein Organ des Volksausstandes sein. Ihrer formellen Bestimmung nach muß sie ein Werkzeug der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung sein. Dem Inhalt ihrer Tätigkeit nach muß sie das Minimalprogramm der proletarischen Demokra-

tie verwirklichen, als des einzig geeigneten, die Interessen des gegen den Absolutismus kämpfenden Volkes zu vertreten.“ (Lenin: Zwei Taktiken, Kap. 2.)

Darf sich die Partei des Proletariats an einer solchen Regierung beteiligen? Die Menschewiki erhoben dagegen den Vorwurf des Millerandismus; die Resolution ihrer Konferenz vom Frühjahr 1905 erklärte:

„Unter diesen Umständen muß die Sozialdemokratie bestrebt sein, während des ganzen Verlaufes der Revolution eine solche Stellung zu bewahren, die ihr am besten die Möglichkeit läßt, die Revolution vorwärtszutreiben, die ihr nicht die Hände im Kampf mit der unkonsequenten und eigennützigen Politik der bürgerlichen Parteien bindet und sie vor der Auslösung in der bürgerlichen Demokratie bewahrt.

Darum darf die Sozialdemokratie sich nicht zum Ziel stellen, die Macht in einer vorläufigen Regierung zu ergreifen oder zu teilen, sondern sie muß die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben.“

Die Menschewiki ergänzten ihre scheinbar so radikale Stellungnahme dadurch, daß sie es ablehnten, den Druck der Massen nicht nur von der Straße, sondern auch von oben, „aus den Gemächern der vorl. Regierung“ wirken zu lassen. Ihr Grundsatz war: nur Aktionen „von unten nach oben“.

Lenin wandte sich gegen diese Auffassung, und zeigte, daß die scheinbare Unversöhnlichkeit der Menschewiki nur der Ausdruck ihrer völligen Passivität und des Wunsches war, die Führung der Revolution der Bourgeoisie zu überlassen. Ueber die Teilnahme an einer revolutionären Regierung gibt es bei ihm keinen Zweifel.

[110] „Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes entscheidet letzten Endes nur die Gewalt, und wir müssen Sorge dafür tragen, daß diese Gewalt vorbereitet und organisiert und aktiv nicht nur defensiv, sondern auch offensiv gebraucht wird. Die lange Periode der politischen Reaktion, die in Europa fast ununterbrochen seit der Pariser Kommune herrscht, hat uns zu sehr mit dem Gedanken von der Aktion nur von ‚unten‘ vertraut gemacht, hat uns allzu sehr gelehrt, nur den defensiven Kampf zu beobachten. Wir sind jetzt unzweifelhaft in eine neue Periode eingetreten: es beginnt die Periode politischer Umwälzungen und Erschütterungen. In einer solchen Periode, wie sie Rußland durchmacht, ist es unzulässig, sich auf die alte Schablone zu beschränken. Man muß die Idee von Aktionen von oben propagandieren, man muß sich zu den energischsten, offensiven Aktionen vorbereiten, man muß die Bedingungen und Formen solcher Aktionen ‚studieren‘“ ... (Lenin: Zwei Taktiken, Kap. 2)

An anderer Stelle bezeichnet Lenin unter direktem Hinweis auf Marx und Engels es als Anarchismus, „die revolutionäre Aktion prinzipiell auf den Druck von unten beschränken zu wollen und den Druck auch von oben abzulehnen“.

Die Resolution des dritten Parteitages der Bolschewiki (1905) formuliert die Bedingungen eines Eintritts der Sozialdemokratie in eine vorläufige Regierung folgendermaßen:

„Je nach dem Verhältnis der Kräfte und anderer Faktoren, die keine exakte Vorausbestimmung zulassen, ist die Teilnahme von Bevollmächtigten unserer Partei an der vorläufigen revolutionären Regierung zulässig, mit dem Ziel des Kampfes gegen alle konterrevolutionären Angriffe und der Verteidigung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse ...

Die notwendige Vorbedingung einer solchen Teilnahme ist die strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die unbeugsame Wahrung der Selbständigkeit der Sozialdemokratie, die die vollständige sozialistische Umwälzung anstrebt und insofern allen bürgerlichen Parteien mit unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht ...

Unabhängig davon, ob die Teilnahme der Sozialdemokratie an der vorläufigen revolutionären Regierung aktuell wird, ist es notwendig, in den breitesten Massen des Proletariats zu propagieren die Notwendigkeit eines fortwährenden Druckes auf die vorläufige Regierung seitens des bewaffneten und von der Sozialdemokratie geführten Proletariats, um die Errungenschaften der Revolution zu wahren, zu befestigen und auszubauen.“

Die Teilnahme an der Regierung dient hier also nicht dazu, dem selbständigen Klassenkampf des Proletariats Hemmschuhe anzuziehen, sondern umgekehrt dazu, ihn durch das Bündnis mit den revolutionären Kleinbürgerschichten zu einem Volkskampf auszugestalten und ihn durch den Druck von oben zu verstärken. Sie verbreitert den [Gegen]satz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, wäh-

rend die menschewistische Taktik nur dazu dient, das Proletariat mit radikaler Phrase [in den] Schatten der Bourgeoisie treiben.

Die menschewistischen Einwände wegen des angeblichen Ministerialismus entkräftet Lenin durch den Hinweis auf die Verschiedenheit einer demokratischen Diktatur und einer sozialistischen. Ein anderes sei es in einer friedlichen parlamentarischen Epoche, wie Millerand in einer Koalitionsregierung zu sitzen, ein anderes sich wie Vorlin in der Kommune mit radikalen Kleinbürgern zum Kampf gegen die Gegenrevolution zu verbinden. Es sei unsinnig, von einer vorläufigen revolutionären Regierung, wie sie die Bolschewiki forderten, die Durchführung des Maximalprogramms, der sozialistischen Umwälzung zu [111] erwarten. In diesem Falle wäre die Teilnahme an einer solchen Regierung ein Fehler, sie wäre geeignet Verwirrung und Illusionen hervorzurufen. Aber es handelt sich um etwas anderes; um die demokratische Revolution, um die Durchführung des Minimalprogramms der Sozialdemokratie.

„Martynow (ein bekannter Oekonomist und späterer Menschewik) hat unser Minimalprogramm gelesen, aber nicht bemerkt, daß darin die strenge Scheidung von Umgestaltungen, hie auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft durchführbar sind, im Unterschied von den sozialistischen Maßnahmen nicht nur eine papierene, sondern eine lebendige und praktische Bedeutung besitzt; er hat nicht bemerkt, daß es in der revolutionären Periode der sofortigen Prüfung und der praktischen Anwendung unterliegt. Martynow hat nicht daran gedacht, daß die Ablehnung der Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur in der Epoche des Sturzes des Absolutismus gleichbedeutend ist mit der Ablehnung der Verwirklichung unseres Minimalprogramms. Wirklich, man erinnere sich nur an alle ökonomischen und politischen Maßnahmen, die in diesem Programm aufgestellt sind, die Forderung der Republik, der Volksbewaffnung, der Trennung von Kirche und Staat, der vollen demokratischen Freiheiten, entschiedener wirtschaftlicher Reformen. Ist es nicht klar, daß die Durchführung dieser Maßnahmen auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung unmöglich ist ohne die revolutionär-demokratische Diktatur der unteren Klassen?“

(Lenin: Die Sozialdemokratie und die vorl. rev. Regierung. „Wperjod“, Nr. 13.)

Aber die Kleinbürger und Bauern, können sie denn zuverlässige Bundesgenossen der Arbeiter sein? Können sie als Partner des Proletariats gelten?

„Der Sozialdemokrat wirb natürlich nie die zwiespältige politisch-ökonomische Natur der kleinbürgerlichen städtischen und ländlichen Masse vergessen, er wird nie die Notwendigkeit einer besonderen und selbständigen Klassenorganisation des für den Sozialismus kämpfenden Proletariats vergessen. Aber er wird gleichfalls nicht vergessen, daß diese Masse ‚außer der Vergangenheit eine Zukunft, außer der Vorurteile ein Urteil‘ besitzt, das sie vorwärts zur revolutionär-demokratischen Diktatur stößt; er wird nicht vergessen, daß die Aufklärung nicht durch das Buch allein und nicht sowohl durch das Buch, als durch den Gang der Revolution, die die Augen öffnet, die eine politische Schulung gibt, geleistet wird. Unter solchen Umständen kann eine Theorie, die die Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur ablehnt, nicht anders als eine philosophische Rechtfertigung der politischen Rückständigkeit bezeichnet werden.“ (Lenin: Die Sozialdemokratie und die vorl. rev. Regierung. „Wperjod“ 1905, Nr. 13.)

Aber erzeugt die Teilnahme der revolutionären Partei an der Regierung nicht die Gefahr des Opportunismus? Ist die Befürchtung nicht berechtigt, daß sich die Partei in der bürgerlichen Demokratie löst, wie das die Resolution der Konferenz der Menschewiki behauptete?

Lenin antwortet darauf:

„Freilich, wir sind weit davon entfernt, zu behaupten, daß unsere Teilnahme an der vorläufigen revolutionären Regierung keine Gefahren für die Sozialdemokratie nach sich zieht. Es gibt und es kann keine solche Form des Kampfes geben, keine politische Situation, die keine Gefahren mit sich bringt ... Es versieht sich, daß, wenn die Sozialdemokratie auch nur eine Minute den Klassenunterschied zwischen Proletariat und Kleinbürgertum vergessen würde, wenn sie nicht zur rechten Zeit ein für uns ungünstiges Bündnis mit einer des Vertrauens unwürdigen kleinbürgerlichen Intellektuellenpartei schließen würde, wenn die Sozialdemokratie auch nur für eine Minute ihre selbständigen Ziele und die Notwendigkeit [112] aus dem Auge läßt (bei allen politischen Situationen und Konjunkturen, bei allen politischen Wendungen und Umwälzungen) in den Vordergrund zu stellen die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats und seiner selbständigen politischen Organisation – dann wäre die Teilnahme an der vorläufigen revolutionären Regierung äußerst gefährlich. Aber unter dieser Bedingung ist wiederholen wir, jeder politische Schritt im gleichen Maße gefährlich ...

... Nein, die wirkliche politische Gefahr für die Sozialdemokratie liegt gegenwärtig gar nicht da, wo sie die Leute von der neuen ‚Iskra' (damals Organ der Menschewiki) suchen. Nicht der Gedanke an die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauerntums darf uns schrecken, sondern der Geist des Chwostismus und der Totenstarre, der zersetzend auf die Partei des Proletariats wirkt ...

... Nein und taufendmal nein, Genossen! Fürchtet nicht, Euch durch die energischste, vor nichts Halt machende Teilnahme an dem republikanischen Umsturz gemeinsam mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie zu beflecken. Vergrößert nicht die Gefahren dieser Teilnahme, mit denen unser organisiertes Proletariat vollkommen fertig werden kann ... Wenn die russische Arbeiterklasse nach dem 9. November unter den Bedingungen politischer Knechtschaft es verstanden hat, mehr als eine Million Proletarier zur kollektiven, standhaften und disziplinierten Aktion zu mobilisieren, so werden wir unter den Bedingungen dieser revolutionär-demokratischen Diktatur Millionen von städtischen und ländlichen Besitzlosen mobilisieren, wir werden aus der russischen politischen Revolution den Prolog des europäischen sozialistischen Umsturzes machen." (Lenin: Die revolutionäre demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, „Wperjod" 1906, Nr. 14.)

Die Geschichte hat der bolschewistischen Partei recht gegeben. Sie hat es verstanden, aus den konkreten Bedingungen die Grundfrage der Revolution, die Machtfrage aufzurollen. Ihre Taktik war geeignet, um das Proletariat die breiten Schichten der Kleinbürger und Bauern zu sammeln. Die Stellungnahme der Bolschewiki von 1905 führte 1917 zur Lösung der proletarischen Diktatur, während die radikale Phrase der Menschewiki nur ihren praktischen Uebergang in das Lager der liberalen Bourgeoisie, deren Politik des Verrats an der Revolution sie freie Hand gaben, bemäntelte.

1917 nach dem Sturz des Zarismus erklärte Lenin, daß die bürgerliche Revolution nunmehr vollendet sei, insofern die Macht in die Hand der Bourgeoisie übergegangen sei. Er wies hin auf die entstandene Doppelregierung der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Partei gab die neue Losung heraus: „Alle Macht den Räten!"

Die Gefahr des Opportunismus hat nicht die Bolschewiki betroffen. Die Menschewiki aber stürzten 1917 von der Höhe ihrer radikalen Phrase von 1905 hinab in den Sumpf der Koalitionspolitik.

III.

Die Situation, in der jetzt die Losung der Arbeiterregierung aufgestellt wird und die, in der die Losung der vorläufigen revolutionären Regierung entstand, sind wesentlich voneinander verschieden. Doch ergeben sich aus der damaligen Stellungnahme der Bolschewiki wichtige Lehren für uns.

In Rußland befand man sich am Vorabend nicht nur der proletarischen, sondern auch der bürgerlichen Revolution. In Deutschland ist die bürgerliche Revolution, wenn auch trotz der Bourgeoisie, in der Hauptsache durchgeführt. Aber das bedeutet nicht, daß die Demokratie heute in Deutschland kein Kampfobjekt sein kann.

[113] Wohl muß das Proletariat die bürgerliche Demokratie überwinden, um seine Revolution durchzuführen; aber seine Stellung zur Demokratie ist nicht die der Anarchisten. Das Proletariat kämpft gegen die bürgerliche Demokratie nur, um sie zu überwinden durch die höhere Form der proletarischen Demokratie, der Räte. Es wird die bürgerliche Demokratie gegen alle Versuche, sie nach rückwärts zu revidieren, verteidigen.

Lenin bezeichnete es als das Kennzeichen einer revolutionären Epoche, daß nicht nur die unterdrückte Klasse die Herrschaft der Unterdrücker nicht mehr ertragen will, sondern daß auch die herrschende Klasse ihre Herrschaft nicht mehr in der alten Form ausüben kann. Die Kapitalsoffensive, die Notwendigkeit, die Lebenshaltung der Arbeiter unter das Minimum herabzudrücken, zwingt die herrschende Bourgeoisie, die Demokratie auf ihre Weise, auf die bonapartistische Art aufzuheben. Das ist der Sinn des Faschismus.

Das Proletariat kann heute seinen Abwehrkampf nicht führen, ohne daß es sofort in den politischen Kampf um die Macht umschlägt. Diesen Kampf zu organisieren, in die Ausgabe der Kommunistischen Partei.

Die Lage zeichnet den Weg klar vor. Die Offensive der Bourgeoisie greift alle scheinbaren und wirklichen Rechte der Arbeiter an. Die Arbeiterschaft in der Defensive, zerklüftet, noch in Massen

kleinbürgerlicher Führung folgend, ja, in Verzweiflung zu den Faschisten hinüberschwenkend. Die einzige Losung, die dieser Lage entspricht, ist die der Arbeiterregierung. Diese Losung rollt die Frage der Macht auf, aber vorerst noch im Rahmen der Demokratie. Die Arbeiterregierung als Verteidigung gegen die Kapitalsoffensive tritt vorerst noch als eine Verteidigung der Demokratie auf. Ein anderes ist, daß wir feststellen, daß schließlich nur der Angriff eine wirksame Verteidigung darstellt. Der Versuch, die Demokratie im Interesse des Proletariats anzuwenden, muß zur proletarischen Demokratie, zur Diktatur führen.

Die Arbeiterregierung hat Maßnahmen gegen die Kapitalsoffensive durchzuführen, die die wirtschaftliche Macht des Kapitals an der Wurzel treffen, die aber noch nicht sozialistisch sind. Die Arbeiterregierung soll den Kampf gegen die Kapitalsoffensive nicht nur von „unten“, sondern auch von „oben“ führen. Erst die Losung der Arbeiterregierung macht den Kampf um die Tagesforderungen zu einem politischen, sie ist die Voraussetzung für ihre Verwirklichung. Erst die Losung der Arbeiterregierung zeigt, daß wir den Kampf um die Tagesforderungen wirklich zu führen bereit sind.

Die wichtigste Voraussetzung für die Arbeiterregierung ist: die Bereitschaft breiter Proletariermassen, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu führen, wenn auch nur im Rahmen der Demokratie. Was die sozialdemokratischen Führer anbetrifft, so ist ihre Politik durch ihren kleinbürgerlichen Klassencharakter vorgezeichnet. Unfähig, den Rahmen der kleinbürgerlichen Demokratie zu überschreiten, verraten sie das Proletariat fortwährend. Aber andererseits sind sie wohl fähig, im Rahmen dieser Demokratie, und nur in diesem Rahmen, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen. Es wird an uns sein, ihnen weiteren Verrat unmöglich zu machen, indem wir die Proletarier über diesen Rahmen hinausführen. Aber unsere Bereitschaft, mit ihnen eine Arbeiterregierung zu bilden, hängt davon ab, ob sie gewillt sind, im Rahmen der Demokratie den Klassenkampf zu führen.

[114] Eine wichtige Lehre, die wir aus der Polemik Lenins gegen die Menschewiki zu ziehen haben, ist, daß es unzulässig ist, die Begriffe Arbeiterregierung und Diktatur miteinander zu vermengen.

Die Arbeiterregierung ist eine Regierung von Kommunisten gemeinsam mit anderen, kleinbürgerlichen Arbeiterparteien, die vorerst auf dem Boden der Demokratie den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führt, und deren Maßnahmen an sich noch nicht sozialistisch sind.

Die Diktatur stellt sich den Uebergang zum Sozialismus zum Ziel. Sie wendet rücksichtslos alle Mittel an, um die Bourgeoisie niederzuhalten, ohne sich irgendwelche „gesetzlichen“ oder „verfassungsmäßigen“ Einschränkungen aufzuerlegen. Sie kann nur bestehen als Diktatur einer Partei, die entschlossen ist, diese Maßnahmen rücksichtslos durchzuführen, als Diktatur der Kommunistischen Partei.

Es ist sehr gefährlich, wenn man aus Bedürfnissen des Radikalismus die Arbeiterregierung à la Diktatur markiert. Erstens macht man dadurch die Arbeiterregierung aus einer konkreten Parole zu einem phantastischen Agitationstrick. Zweitens, was noch gefährlicher ist, verbreitet man die greulichste Verwirrung.

Wir wollen die Arbeiter über die Arbeiterregierung zur Diktatur führen. Das können wir nur, wenn wir unsere Grundsätze nicht verwischen. Wenn wir der Arbeiterregierung Bedingungen und Aufgaben stellen, die sie nicht erfüllen kann, so schaffen wir nichts als neue Illusionen. Wenn wir die Arbeiterregierung in der Phrase als Diktatur auszugeben versuchen, so verfälschen wir nur den Charakter der Diktatur. Das Proletariat muß sehen können, daß, wenn der Arbeiterregierung in ihrem Kampf durch die Demokratie tausend Fesseln angelegt sind, die Diktatur das nicht hat. Das Proletariat muß sehen können, daß, wenn die Sozialdemokraten im Kampf g e g e n die Bourgeoisie furchtsam und unentschlossen sind, so die Kommunisten rücksichtslos und entschlossen. Das erreicht man nicht, wenn man die Begriffe mit Redensarten zu vermengen sucht. Wir müssen beim Vorhandensein einer Arbeiterregierung bewirken können, daß sie nicht in eine Sackgasse gerät, sondern herausführt über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinaus zur Diktatur des Proletariats.

Wir können die demokratischen Illusionen der Arbeiter durch keine neuen Illusionen austreiben, auch nicht durch möglichst radikale Wortverbindungen, sondern nur, wenn wir die Arbeiterschaft an Hand der Tatsachen von der Unzulänglichkeit der Demokratie für ihren Kampf überzeugen. Erst der Kampf kann die Klassenorgane der Arbeiter ausbilden, die die Träger der Diktatur sein werden. Gelingt es uns erst, die Arbeiterschaft dahin zu bringen, daß sie eine Arbeiterregierung erkämpft, so können wir fest darauf vertrauen, daß unsere Kraft ausreicht, sie weiterzuführen zur Diktatur.

Wir sollen nicht, um die Reinheit der Phrase zu erhalten, das Prinzip künstlich mit der Wirklichkeit vereinen, und es so praktisch aufgeben, sondern danach trachten, es unter den realen Bedingungen durchzusetzen. Der Sieg entspringt nicht wie Athene dem Haupte Zeus', der Reinheit des Gedankens, sondern die Verhältnisse des Kampfes werden die Arbeiter für unsere Ideen gewinnen. Diese Verhältnisse aber müssen geschaffen werden, und zwar von uns. [115]

*

Der Mittelstand, Faszismus, Nationalbolschewismus und die Partei.*)

Von Leonid und A. Friedrich.

Wir haben vor kurzem an dieser Stelle gezeigt, in welchem Ausmaß heute Deutschland politisch sowohl wie wirtschaftlich von ausländischem Kapital beherrscht wird. Den gegenwärtigen Reichskanzler Cuno bezeichneten wir als einen ausgesprochenen Vertreter einer bestimmten amerikanischen Kapitalsgruppe. Diese Gruppe vertritt in Amerika hauptsächlich die Rockefeller, zum Teil auch die Morganinteressen. Mit Rockefeller ist Cuno nicht nur indirekt verbunden – durch einen Vertrag mit dem Harrimankonzern, der dem Oelmagnaten Rockefeller nahesteht – sondern auch unmittelbar, indem Cuno z. B. Aufsichtsratsmitglied der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, der deutschen Filiale der Standard Oil Co., ist. Andererseits ist nicht schwer festzustellen, daß die Arbeitsgemeinschaft einiger der größten Industrie-, Finanz- und Schiffahrtsunternehmungen in Deutschland, nämlich zwischen Hapag, A. E. G., Diskonto-Gesellschaft und Haniel-Bergbaukonzern, in ziemlich engen Beziehungen zu amerikanischem Kapital, wenn auch nicht allein zu Rockefeller und nicht allein durch Beteiligungen, steht. So z. B. sind die gegenseitigen Oelsympathien der Standard Oil und der Diskonto-Gesellschaft auch bereits vor dem Kriege festzustellen. In dieser Weise entwickelt sich der Konzentrationsprozeß innerhalb der deutschen Wirtschaft hauptsächlich unter amerikanischer Mitwirkung, d. h. letzten Endes unter amerikanischem Einfluß.

Schon aus allen diesen Gründen haben wir seinerzeit hier festgestellt, daß die Kapitalisten Deutschlands gar nicht die Vertreter der deutschen Nation sein können, weil ihre dauernde Erstarkung in Deutschland in Wirklichkeit auf ausländisches Konto zu übertragen ist.

Aus dieser Situation erwachsen für die Kommunistische Partei Deutschlands Aufgaben, die durchaus nicht neu sind, und die mit der Gründung des Spartakusbundes ausgesprochen worden sind, die aber eben heute, mit dem beschleunigten Fortschritt des „Ueberfremdungsprozesses" immer mehr in den Vordergrund treten. Denn gerade heute, wo die Rolle des deutschen Proletariats als alleinigen Vertreters der nationalen Interessen immer deutlicher wird, geht eine nationale Welle durch das Land, deren Ende nicht abzusehen ist. Es gilt, diese Welle für uns auszunützen, statt daß sie gegen uns ausgenützt wird.

Der deutsche Mittelstand – die Kleinbürger, die kleinen Gewerbetreibenden, die arbeitenden Intellektuellen, die Beamten und auch die Bauern sind die Träger dieser Bewegung. Den meisten von ihnen geht es nicht besser als der Arbeiterschaft, oft sogar schlechter, weil sie nicht fähig sind eine organisierte Aktion zur Verbesserung ihrer Lage selbständig zu unternehmen. Diese Schichten sehen zwei Feinde vor sich: 1. die Großkapitalisten, die sie durch Monopole unterdrücken (das Kalisyndikat, die Bauern, Fabrikantenvereinigungen, die Kleinhändler usw.) und die für diese Schichten oft auch mit dem Begriff des Schieber- und Kriegsgewinnlertums identisch sind und 2. den Dollar, d. h. das Ausland, das Deutschland auskauft. Diese zwei Feinde – und später werden wir sehen, wie unter be-

*) Der Aufsatz, der schon vor einigen Wochen geschrieben worden ist, kann erst jetzt erscheinen. Die Red.

stimmten [116] Einflüssen sie zu einem Feind – der Hochfinanz, vereinigt werden – drücken das deutsche Kleinbürgertum immer dieser zu Boden und zwingen sie Schutz zu suchen. Bei wem? Bei der Regierung und bei der Sozialdemokratie? Aber sie tun ja gar nichts gegen all das Uebel, denken die Mittelschichten; ja, sie scheinen sogar mit dem Ausland zusammenzugehen. Bei den Kommunisten? – Noch sind wir für Mittelschichten nicht mehr als Phantasten, Verschwörer und Vaterlandsverräter. Also bei wem?

Wir können zwei Richtungen feststellen, die der Mittelstand als Wege zu seiner Rettung, zur „Gesundung Deutschlands“ gewählt hat, wenn man die vollkommen apathisch indifferent gewordenen Kreise ausschließt, die zu keiner Richtung gehören, sondern mit gekreuzten Armen ihrem Untergang zusehen. Diese beiden Richtungen sind:

1. Der Faszismus, eine aus der nationalen Krise der deutschen Bourgeoisie geborene Bewegung, die den Versuch darstellt, diese Krise durch eine Massenerhebung des Volkes, gerichtet nach außen und nach innen zu überwinden.

2. Der Nationalbolschewismus, eine Bewegung, die im Gegensatz zu dem Faszismus keine organisierte Formen annimmt und annehmen kann, sondern sich lediglich in bestimmten Stimmungen der breiten Bevölkerungsschichten ausdrückt. Sowohl die erste als auch die zweite Bewegung schöpfen ihre Hauptkräfte aus zwei Quellen:

1. Den agrarischen Provinzen.

2. Der deutschen Kleinstadt.

Der Faszismus in Deutschland ist nicht zu unterschätzen. Nicht allein deswegen, weil er augenblicklich immer größeren Umfang annimmt, weil z. B. allein in Bayern die Nationalsozialisten 50.000 Mitglieder zählen sollen, weil die faszistischen Versammlungen gewöhnlich brechend voll sind, weil es neben dem in vorzüglich ausgerüstete Sturmtrupps organisierten Kern noch Hunderttausende von faszistischen „Sympathisierenden“ gibt; nicht allein deswegen, weil die Faszisten Unterstützung von den Kreisen des Großkapitals, wie von Krupp, vom Verband der bayrischen Großindustriellen, vom Generaldirektor Vögler usw. erhalten. Wenn die Faszisten sich allein auf das Großkapital stützten, so hätten sie auch in Italien keinen Sieg erreicht. Was für uns bei der Untersuchung der faszistischen Bewegung das wichtigste ist, besteht darin, daß diese Bewegung neben der großen bei dem Kräfteverhältnis einflußreichen Mittelstandsmasse auch die Arbeiter ergreift. Und das besonders gefährliche bei dem deutschen Faszismus ist eben seine außerordentliche, den italienischen weit übertreffende „Arbeiterfreundlichkeit“. Wenn ein bayerisches Nationalsozialistenorgan Mussolini angriff, weil seine Bewegung sich allzusehr auf das Kapital stützt und nicht proletarisch genug sei, so ist das etwas, was man genau untersuchen muß. Wenn die Nationalsozialisten weiterhin folgendes Programm aufstellen: Beseitigung des Vertrages von Versailles, Kampf gegen die Hochfinanz, Kampf gegen Parlamentarismus, Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Gewinnbeteiligung der Arbeiter an Großbetrieben, großzügige Altersversorgung, Bodenreform zugunsten der Bauern, Kampf gegen das Schiebertum, Kommunalisierung der Wohnhäuser und ihre Verpachtung an kleine Gewerbetreibende zu billigen Preisen, Bevorzugung der kleinen Gewerbetreibenden bei Staatslieferungen, keine Söldnertruppe, sondern Volksheer, stärkere Zentralisierung des Reiches, Schaffung eines Großdeutschlands (mit Oesterreich, Südtirol und polnischen Gebieten), Wiedergewinnung der Kolonien, Kampf gegen das Judentum, – so sehen wir ganz [117] klar die sozialen Unterlagen der nationalsozialistischen Bewegung und ihre Kampftaktik. Man „entschädigt“ die Bauern angeblich auf Kosten der Agrarier, die kleinen Händler auf Kosten des Großkapitals, für die Arbeiter stiehlt man die Forderungen der KPD, die kapitalkräftigen Kreise lockt man mit Kolonien. Der „einzige Feind“ ist auch gefunden: er umfaßt sowohl die inneren als auch die ausländischen Geldfürsten, den Dollar und die Schieber, und heißt „jüdische Hochfinanz“.

Ob die deutschen Faszisten mit dieser Propaganda Erfolg haben können? Es ist nicht zu leugnen, daß sie angestrengt versuchen, in die Reihen unserer Partei einzudringen. Vielleicht werden sie

auch manchen rückständigen politisch unklaren Arbeiter gewinnen. In Italien, wo man seiner Zeit sich lediglich auf bewaffnete Zusammenstöße mit den Faszisten beschränkte und die Einleitung einer umfassenden Gegenpropaganda verpaßte, haben die Faszisten jetzt Hunderttausende von Arbeitern für sich. In Amerika treibt der Automobilmagnat Henry Ford dieselbe Politik, indem er durch außerordentlich hohe Löhne und ausgedehnte Gewinnbeteiligung Arbeitermassen für sich gewinnt, durch den Verkauf von billigem Dünger Bauern hinter sich hat und sie alle gegen die „jüdische Wallstreet", d. h. das Finanzkapital von New York aufhetzt. Das Ergebnis ist, daß, wenn die bürgerlichen Parteien im Tätigkeitsbereich Fords (Michigan) Wahlstimmen der Arbeiter gewinnen wollen, sie sich an Ford anbiedern müssen. Und das ganze amerikanische Kleinbürgertum, das von den Trusts bedrückt wird, ehrt Ford als „Freund der Armen und Unterdrückten", und wird zweifellos seine Kandidatur bei den kommenden Präsidentschaftswahlen unterstützen.

Diese Beispiele besagen genug.

Der Nationalbolschewismus ist in verschiedensten Kreisen der Bevölkerung verbreitet, überwiegt jedoch ebenfalls bei dem Kleinbürgertum. Diese Kreise vergleichen die nationale Unterdrückung Deutschlands durch das Ausland mit der unabhängigen Politik Sowjetrußlands gegenüber der Entente. Die Staatspolitik Sowjetrußlands läßt aber eine eigenartige „Schwärmerei" für die Bolschewiki in den Schichten entstehen, die nichts mit der Arbeiterklasse zu tun und vor dem Kommunismus eine heilige Angst haben. Gefördert wird dies durch die neuerliche Haltung der bürgerlichen Presse in Deutschland Sowjetrußland gegenüber. Sie schreibt nicht mehr über „Herrschaft der Mörder", über „Zerfall der Wirtschaft", über „den bevorstehenden Zusammenbruch der bolschewistischen Macht". Ihre heutigen Berichte erzählen über die allgemeine Konsolidierung der Verhältnisse in Rußland, über Besserung der Wirtschaftsverhältnisse, über Stärke der Roten Armee, sie unterstreichen insbesonders die völlige Einmütigkeit aller Schichten des russischen Volkes gegenüber der Staatspolitik Sowjetrußlands. Alles das in Verbindung mit den täglichen Drohnoten und Strafmaßnahmen der Entente bringt das Kleinbürgertum auf den Gedanken, daß Rußland wie 1813 Deutschland zum zweiten Mal von der Fremdherrschaft besonders von der Herrschaft der Franzosen erlösen wird. Sie erstreben deshalb ähnlich wie die Faszisten eine nationale Freiheitserhebung, aber unter Anlehnung an Sowjetrußland (Träume über die „gemeinsame Front am Rhein".).

Es ist klar, daß wir Kommunisten beide Formen der nationalen Bewegung des Mittelstandes auf das Entschiedenste verwerfen. Der größte Fehler wäre jedoch, wenn wir bei der Verwerfung stehen blieben. Sowohl aus Gründen der Verteidigung, [118] gegen die faszistische Gefahr – als auch aus Gründen der Offensiven – Umwandlung der Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten durch die Gewinnung der heute in nationalbolschewistischem Sumpf versunkenen werktätigen Mittelschichten – müssen wir das Gebiet unserer Parteitätigkeit und vor allem unserer Propaganda und Agitation in der Richtung auf den Mittelstand erweitern. Dies aber geschieht nicht, indem wir uns, wie bisher, in der Presse auf Notizen über faszistische Sturmtrupps, über Gummiknüppel-Helden, über Waffenlager, über Finanzierung der Nationalsozialisten beschränken, was angebracht war, als der Faszismus die Orgesch noch nicht abgelöst hatte, sondern indem wir uns durch zahlreiche Versammlungen, Literatur, Plakate an die betreffenden Schichten direkt wenden. Erstens klären wir sie dabei zunächst über die hoffnungslose Lage nicht nur jedes einzelnen von ihnen, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes überhaupt auf. Zweitens sagen wir ihnen, daß sie in keiner Beziehung, weder in nationaler noch in wirtschaftlicher, etwas bei den Nationalsozialisten zu suchen haben, da diese Organisation ebenfalls von ausländischem Kapital (z. B. von Henry Ford) und in Deutschland selbst von bestimmten Kapitalsgruppen gegen andere Kapitalisten finanziert werden. Wir sagen ihnen, daß der Kampf der Nationalsozialisten gegen das Großkapital sich nur auf die verhältnismäßig unbedeutenden jüdischen Gruppen erstreckt, nicht aber auf die größten und wirklich herrschenden Kapitalisten, wie etwa auf Stinnes.

Drittens machen wir ihnen klar, daß es Unsinn ist, auf einen gemeinsamen Krieg des deutschen bürgerlichen Staates und der russischen Rätemacht gegen die Entente zu rechnen, daß vielmehr nur nach der Niederringung der deutschen Bourgeoisie das deutsche Proletariat in Verbindung mit seinen russischen, französischen, englischen Brüdern in gemeinsamem Kampfe gegen die Ententebourgeoisie, den Vertrag von Versailles vernichten und dem deutschen Volke wieder Freiheit bringen kann, daß keine Macht in Deutschland fähig ist, alle Kräfte zum Widerstand gegen die Entente mobil zu machen, es sei denn das Proletariat. Vor allem muß hierbei auf die Rolle des Proletariats in Sowjetrußland hingewiesen werden, ferner darauf, daß die Kommunisten von Anfang an den Vertrag von Versailles, den Vertrag mit Amerika, die ganze Erfüllungspolitik abgelehnt und die ausländischen Kapitalisten ebenso bekämpft haben wie die inländischen.

Eine solche Erfassung der deutschen Mittelschichten kann fürs erste die Gefahr, zu der sich heute die faszistisch-nationale Bewegung auszuwachsen droht, beseitigen. Bisher haben wir aus dem Faszistensieg in Italien erst wenig Positives gelernt. Wir müssen begreifen lernen, daß diese Bewegung, ebenso wie der Nationalbolschewismus ein durchaus ernster Versuch ist, die Zerfallserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft ideologisch zu überwinden – daher der faszistische Haß gegen Parlamentarismus, schwache Zentralgewalt, Schiebertum usw. Aus demselben Grunde sind die Nationalsozialisten gegen jegliche Loslösungstendenzen. Auch ohne an vom Reich militärische Organisationen, Monarchisten-Bünde, Waffen-Depots zu denken, wird jeder, der in Mitteldeutschland verkehrt, der die Stimmung auf dem Markt, auf der Straße, in der Bahn beobachtet, wissen, daß die gefährliche Bewegung [119] schon sehr stark ist und von Tag zu Tag weitere Kreise erfaßt und auch vor der Arbeiterklasse nicht Halt macht. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen wird ein neuer Anstoß für diese Strömungen sein. Es ist Zeit, daß die Partei sie beantwortet, nicht nur durch Pressenotizen, Reichstagsanfragen, Kampfansagen, sondern durch positive Taten. Zu diesen Taten gehört es, unserer Propaganda eine erneuerte Form und einen erneuerten Inhalt zu geben.

*

Die politische und wirtschaftliche Lage der Schweiz.

Von Fritz Wieser (Basel).

Am 4. Dezember 1922, einen Tag nachdem mit dem bisher unerhörten Verhältnis von 1 : 7 die sozialdemokratische Initiative für eine Vermögensabgabe und damit die Finanzierung der Sozialversicherung in der Volksabstimmung abgelehnt worden war, trat der Ende Oktober neugewählte Nationalrat zu seiner ersten Session zusammen. Der alte Greulich eröffnete die Sitzung als Alterspräsident mit einer Eröffnungsrede, in der er feststellte, daß die verflossene dreijährige Ratsperiode die reaktionärste seit dem Bestehen der neuen Eidgenossenschaft gewesen sei. Murren und schüchterner Protest auf den bürgerlichen Bänken, ein paar Beteuerungen in der bürgerlichen Presse, daß man nun nach Ablehnung der „kommunistischen Enteignungsinitiative“ bereit sei, gemeinsam auch mit den „Vernünftigen“ Sozialdemokraten am „sozialen Ausgleich“ mitzuwirken – worauf man sich allsogleich an die diesbezügliche Arbeit begab. Ein von links bürgerlicher Seite eingebrachter Antrag auf Altersfürsorge, die vorläufig die Sozialversicherung zu einem Teil ersetzen sollte, wurde im Ständerat von der Mehrheit abgelehnt; das Budget für das nächste Jahr, das auf ausschließlich reaktionärer Grundlage (indirekten Steuern) beruht, wurde ohne irgendwelchen bürgerlichen Widerspruch akzeptiert, in diesem Sinn und Stil arbeitet der neue Rat gegenwärtig weiter. Ein für schweizer Verhältnisse gewaltiges Militärbudget finanziert eine Armee, die, außenpolitisch bei den heutigen Kriegsrüstungen der Großmächte ohne jede Bedeutung, nur zum Schutze des Privateigentums gegen den inneren Feind bestimmt ist.

Dies im Ausschnitt aus der momentanen politischen Situation. Daß die Schweiz von der seit 1919 stetig sich versteifenden internationalen Reaktion, die mit der fortschreitenden Zersetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft parallel läuft, nicht verschont blieb, war selbstverständlich. Das hat wenigstens das eine gute, daß die Gloriole der Musterdemokratie der Hirtenknaben und Tellensöhne

merklich verblaßt ist. Die politischen Einrichtungen unseres Landes werden oft zusammen mit denjenigen der Vereinigten Staaten als Vorbild für die kommende demokratische Entwicklung der Welt hingestellt; im Lande Wilsons, in dem die Sklaverei der Neger faktisch weiterbesteht, haben die unerhört brutalen Verfolgungen streikender Arbeiter für Aufklärung über das Wesen der bürgerlichen Demokratie gesorgt; in der Schweiz lebt der Arbeiter und vor allem der Arbeitslose unter demselben, nur durch die kleinbürgerlichen Verhältnisse etwas „gemilderten" Druck. Aber die politische Geschichte wie die wirtschaftliche [120] Struktur unseres Landes sowie seine einzigartige Lage im Herzen des alten Europa haben doch in ihrer Form spezielle Wirkungen von Krise und Reaktion veranlaßt, die es im Einzelnen zu skizzieren gilt.

Die nach außen auffälligste Veränderung zeigt sich in der Konstellation der bürgerlichen Parteien, Verhältnisse, die in unserem grundkonservativen Lande seit dem Bestehen der neuen Eidgenossenschaft, seit 1848, bestanden, sind während der drei Jahre 1919–1922 grundlegend umgestürzt worden. Diese Veränderungen sind sicher eines der instruktivsten Beispiele für die marxistische Grundauffassung, daß die politischen Formen eines Staates durchaus durch dessen wirtschaftliche Verhältnisse bestimmt werden. Schritt für Schritt ließe sich an Hand der Ereignisse der letzten Jahre nachweisen, wie die materiellen Interessen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen die entsprechenden politischen Neubildungen veranlaßt haben. Der diese ganze Entwicklung auslösende und stets weitertreibende Faktor war die politische Organisation der Bauern, deren unbestrittener Führer Dr. Laur heute die einflußreichste Persönlichkeit des Landes ist. Er bestimmt nicht nur richtunggebend die ganze schutzzöllnerische Politik des Volkswirtschaftsdepartements; auch bei allen wichtigeren Wirtschaftsverhandlungen mit dem Auslande fungierte er während der letzten Jahre als Vertreter des Bundesrates. Durch jahrzehntelange systematische Tätigkeit hat er die landwirtschaftlichen Produzentenverbände und Genossenschaften geschaffen, und dadurch den Grund zu der heutigen Machtstellung der Bauern gelegt. Diese Politik wird zwar einseitig nach den Interessen der Großbauern orientiert, verstand es aber stets ausgezeichnet, auch die Mittel- und Kleinbauern vor denselben Wagen zu spannen. Von der jetzigen Bauernfraktion des Nationalrates sind ziemlich genau ein Drittel Leiter von Milchproduzentenverbänden. Zum ersten Male ist als Präsident des neuen Nationalrates ein Bauer, der Präsident des schweizerischen Bauernverbandes, gewählt worden.

Man muß diese Verhältnisse mit denjenigen vor dem Kriege vergleichen, um sich der grundlegenden Verschiebung bewußt zu werden. Von 1848 bis 1919 wurde die Schweiz durch die freisinnige Partei, die historische Vertreterin des liberalen Bürgertums, regiert; sie besaß ständig infolge eines auf sie zugeschnittenen Wahlrechtes die sichere absolute Mehrheit im Parlament; neben ihr bestanden nur noch die Gruppen der Katholiken sowie einigen Vertretern der städtischen Konservativen. Auch die übergroße Mehrzahl der Bauern folgte politisch den Freisinnigen, die sich in der Vorkriegszeit bemühten, den „billigen Ausgleich" zwischen den Interessen der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft zu finden. Ohne größere Reibungen fanden alle wirtschaftlichen Gruppen des Bürgertums innerhalb dieser „Interessengemeinschaft zur Ausbeutung des Staates auf Kosten der lohnarbeitenden Bevölkerung" Platz; mit heute verglichen ein wahrhaft idyllischer Zustand. Die einzige nennenswerte Einnahmequelle des Bundes bildeten die Zölle, die jährlich 60 bis 80 Millionen abwarfen; davon gingen 40 Millionen für das Militär drauf; der Rest wanderte als Subventionen schon damals zu einem großen Teil in die Taschen der Bauern. Die Landwirtschaft exportierte, ähnlich wie die Industrie, Qualitätsprodukte (Käse und Zuchtvieh); das Getreide wurde zu Weltmarktpreisen importiert, so daß die Exportindustrie die Löhne eher unter denjenigen des Auslandes halten konnte.

[121] Diese Interessengemeinschaft wurde durch die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise gesprengt; ein scharfer Gegensatz entstand zwischen den Interessen der Exportindustrie einerseits und Landwirtschaft und Gewerbe, die beide sich vorwiegend auf den Inlandsabsatz beschränkten, andererseits. Dieser Gegensatz sprengte auch die politische Form, die freisinnige Partei. Auf wirtschaftlichem Gebiete setzten Bauern und Gewerbestand fast restlos ihren Willen durch; Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen schützten beide

Gruppen gegen die nach dem Kriege drohende Einfuhr aus den valutaschwachen Ländern, erschwerten noch mehr die durch die allgemeine Krise so schon bedrohte Existenz der Exportindustrie, indem die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel künstlich hochgehalten wurden; sie machten die Arbeitslosigkeit zu einer noch längere Zeit dauernden Erscheinung und erschwerten durch die künstliche Teuerung die Existenz der Lohnarbeiterschaft. Die Wirkungen dieses ganzen Systems auf die geschädigten Gruppen wurden durch gewaltige Subventionen an die Exportindustrie (Exportprämien) wie an die Käse- und Zuchtviehexporteure einigermaßen zu lindern versucht (ein prominenter bürgerlicher Volkswirtschaftler bemerkte kürzlich, durch diese Subventionenwirtschaft, die nebenbei die staatliche Schuldenlast gewaltig vermehrt, sei die Schweiz im Begriffe, „sich in ein einziges Armenhaus zu verwandeln"). Mit einem Worte: ein jeder wirtschaftlichen Logik widersprechendes System, dessen nicht zu vermeidender Zusammenbruch um so katastrophaler wirken muß, je länger man es künstlich aufrecht zu erhalten versucht. Seine finanziellen Folgen so lange und so vollständig wie möglich auf die besitzlose Klasse abzuwälzen, ist das gemeinsame Bestreben von Staat und Unternehmertum.

Es ist nicht uninteressant zu untersuchen, wie diese ganze Umstellung unserer Volkswirtschaft, die sich allerdings noch nicht nach allen Zeiten gleichmäßig ausgewirkt hat, wirtschaftlich und politisch begründet wird. Sicher ist, daß die leitenden Köpfe der Bauern ganz bewußt eine Entwicklung fördern, die auf eine dauernde Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen hinauslaufen muß. Nach der Meinung der Bauernführer besteht für die Schweiz die einzige Rettung aus der wirtschaftlichen Krise darin, daß sie sich aus einem Industriestaat langsam wieder in einen sich selbst versorgenden Agrarstaat zurückverwandelt. Speziell Dr. Laur hat diese Auffassung mehrmals mit allen ihren Konsequenzen (zwangsweise Auswanderung der Industriearbeiter!) offen begründet. Mit vorläufigem Erfolg, da sie sich auf schwerwiegende Tatsachen stützen kann.

Zuerst und am schwersten wurde in unserem Lande die Exportindustrie von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Nach der kurzen Nachkriegskonjunktur setzte im Sommer 1920 die entscheidende Wendung ein. Ihren sichtbarsten Ausdruck fand sie in der stetig steigenden Ziffer der Arbeitslosen. Im August 1929 wurden deren noch rund 5000 gezählt, im Februar 1922 wurde das Maximum mit über 100.000 gänzlich und über 50.000 teilweise Arbeitslosen erreicht. Seither hat sich die Situation wohl etwas gebessert bis zum Herbst 1922; seit etwa zwei Monaten steigen aber die Ziffern wieder an, und die Gesamtzahl der Arbeitslosen kann auf Ende des Jahres 1922 wieder auf gegen 100.000 geschätzt werden. Eine Konkurrenz mit den In-[122]dustrien der valutaschwachen Länder ist fast ausgeschlossen; aber auch der Export nach valutastarken Ländern (Stickereiexport nach den Vereinigten Staaten!) ist ganz gewaltig zurückgegangen. Die einsichtigeren Industriellen sehen ein, daß auch die Annäherung an die Weltmarktpreise in den valutaschwachen Ländern ihnen nicht helfen kann. Eine der schweizerischen Weltfirmen, die Sulzer A.-G. in Winterthur, spricht sich in ihrem kürzlich erschienen Jahresbericht sehr pessimistisch über die weitere Entwicklung aus:

„Die Zahl der Arbeitsstunden erfuhr im Berichtsjahr 1921/22 eine Reduktion um 32 Prozent, trotzdem noch sehr viel auf Vorrat gearbeitet wurde. Die allgemeine Lage ist fortdauernd sehr trübe und unabgeklärt. Von Zeit zu Zeit glaubt man ein langsames Wiederanziehen feststellen zu können, aber noch jedesmal ist es nach einem leichten Aufflackern wieder dunkler geworden. Das wird wohl noch lange so bleiben. Auf dem heißumstrittenen Felde des Weltmarktes zeigte sich die schlimme Lage der mit dem Problem des Teuerungsabbaus kämpfenden schweizerischen Exportindustrie im grellsten Lichte. Der Bestellungseingang erreichte in seiner Gesamtheit nur knapp die Hälfte des Vorjahres und ging in einzelnen Abteilungen bis aus ein Drittel zurück."

Dieses angeführte Urteil eines führenden Unternehmens der Exportindustrie ist unzweideutig. Ihm muß beigefügt werden, daß schätzungsweise immer noch über 40 Prozent der Gesamtbevölkerung unseres Landes direkt oder indirekt von der Exportindustrie leben. Diese suchte ihre Konkurrenzfähigkeit durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu heben. „Das starre Evangelium des Achtstundentages" wurde bereits faktisch überwunden, indem

die Bundesbehörden stets bereitwillig alle Gesuche um Ueberschreitung des Achtstundentages bewilligten; die Volksabstimmung über die gesetzliche Beseitigung des Achtstundentages steht noch bevor. Während des laufenden Jahres wurde fast auf der ganzen Linie der Lohnabbau durchgeführt; die vereinzelten Abwehrversuche der Gewerkschaften, die eine einheitliche Aktion sabotierten, blieben sozusagen ohne Erfolg. Der Lohnabbau dürfte im Durchschnitt 30 bis 35 Prozent betragen. Auch Bund, Kantone und Gemeinden sind für ihr Personal bereits gefolgt, mit ganz wenig Ausnahmen; ebenso die Genossenschaften.

Heute steht schon eines fest: daß all diese Maßnahmen für die Industrie keine nennenswerte Erleichterung gebracht haben. Dazu hätte speziell der Lohnabbau in ganz anderem Maße durchgeführt werden müssen. Dies scheiterte aber an der in der entgegengesetzten Richtung laufenden Preispolitik der Bauern, wie des Gewerbes. An diesem Punkte kollidierten ihre Interessen mit denjenigen der Industrie, die niedere Preise als Voraussetzung niederer Löhne verlangt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft mußte während des Krieges, als die Einfuhr von Lebensmitteln dauernd erschwert war, bedeutend steigen; als nach dem Kriege die Einfuhr billiger Lebensmittel und Bedarfsartikel drohte, wurden unter dem maßgebenden Einfluß der zwei genannten Wirtschaftsgruppen die Grenzen durch Einfuhrverbote und Zollerhöhungen gesperrt. Dadurch konnte die Krise, die speziell der Landwirtschaft drohte, beträchtlich gemildert werden; ganz wurde sie allerdings nicht vermieden, ober der Effekt war doch der, daß die Schweiz heute eines der teuersten Länder der Welt ist. Die die Interessen der Industrie verfechtende großbürgerliche Presse hat sich zu Zeiten mit aller Schärfe gegen diese von Bundesrat Schultheß geleitete Wirtschafts-[123]politik gewandt, ohne nennenswerten Erfolg, da die Bauernführer sehr geschickt sich in den innerpolitischen Kämpfen immer wieder als die „Retter des Staates“ hinstellen konnten. Die Zollerhöhungen speziell konnten nur durch einen Verfassungsbruch durchgesetzt werden; sie machen die Teuerung zu einer dauernden Erscheinung und bilden eine schwere Belastung der breiten Massen; das Ziel ist, aus ihnen wieder, wie vor dem Kriege, die gewaltig gestiegenen Ausgaben des Bundes zur Hauptsache decken zu können.

Die Bauernführer begründen diese Politik ganz offen damit, daß die Lage der schweizerischen Exportindustrie doch nicht mehr zu retten sei. Laut hat die Parole „Auswandern!“ zuerst ausgegeben. Unser Land habe mindestens 100.000 Industriearbeiter zu viel, die sich im Ausland eine Existenz schaffen müssen. Der bereits erfolgten teilweisen Auswanderung der industriellen Unternehmen müsse die Auswanderung der Industriearbeiter folgen. Im Hintergrund spukt hier die Theorie vom „geschlossenen Wirtschaftsstaat“, in dem alle Bedürfnisse der Bevölkerung im Lande selbst befriedigt werden könnten. In diesem Staate würde selbstverständlich die die Nahrungsmittel liefernde Landwirtschaft die ausschlaggebende Rolle spielen. Diese Bestrebungen werden auch politisch-moralisch begründet; der Bauer ist nach Laur „der sicherste Hort gegen den Umsturz“; er hat in den großen Streiks von 18 und 19 das „Vaterland“ gerettet; von ihm muß auch die „moralische“ Gesundung unseres Volkes ausgehen. Man muß es den Bauernführern lassen: dafür, daß in den paar großen Streikbewegungen der letzten Jahre das städtische Bürgertum angeblich durch die Bauernschwadronen vor der „Expropriation“ gerettet wurde, haben die Laur und Co. den Lohn mit Zins und Zinsenzinsen einzuziehen gewußt. Wollte es einmal nicht sogleich gehen, dann schreckte man auch nicht vor Drohungen zurück, sich eventuell auf die Seite der Roten gegen das städtische Kapital zu schlagen: immer mit Erfolg,

Entsprechend diesem wachsenden wirtschaftlichen Einfluß der Bauern erfolgte auch ihre spezielle politische Organisation. Sie ist heute in fast allen Kantonen durchgeführt. Seitdem die vorletzten Wahlen in den Nationalrat zum ersten Male nach dem Proporz erfolgten, ist die Alleinherrschaft der freisinnigen Partei dahin; sie besitzt heute noch schwach einen Drittel der Mandate. Etwa halb so viel Mitglieder zählt die Bauernfraktion; ihr Einfluß reicht dagegen viel weiter, mittels der „Zellen“, die sie immer noch in der alten freisinnigen Partei besitzt. Speziell in der welschen Schweiz ist die Trennung zwischen Freisinn und Bauern noch fast gar nicht durchgeführt; im Kanton Waadt ist die freisinnige Politik vollständig nach den landwirtschaftlichen Interessen orientiert. Dieses Verhältnis, das zu ändern die Bauern kein Interesse haben, ist dort möglich, wo der Gegen-

satz zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht so akut wurde wie anderswo. Die Domäne der „politischen“ Bauern ist heute der Kanton Bern, wo sie genau die Hälfte der Mandate besitzen. Auch in dem zweitwichtigsten Kanton (Zürich) ist ihr Einfluß im Wachsen begriffen.

Die Tragweite dieser Wirtschaftspolitik der Einfuhrverbote und Zollerhöhungen kann jedoch erst dann erfaßt werden, wenn wir noch einen kurzen Blick auf die eidgenössische Finanzpolitik werfen. Schädigt die erstere vornehmlich die Interessen der Exportindustrie wie des Industrieproletariats, so ist die letztere aufs beste geeignet, die Lasten der besitzlosen Massen noch weiter zu vermehren [124] und zugleich den Staat dem finanziellen Zusammenbruch entgegenzuführen. Die Schuldenlast der Schweiz ist heute eine für Vorkriegsbegriffe ungeheure – trotzdem wir vom Krieg selbst verschont blieben. Betrug die tatsächliche durch Bundesmittel zu verzinsende Schuld (Allgemeine Bundesverwaltung und Bundesbahnen) 1913 noch 162,82 Millionen (die Zinsenlast 4,227 Mill.), so stieg sie 1918 auf 2833,7 (Verzinsung 81,2285 Mill), um bis Ende 1921 auf 4122,76 Millionen mit einer Zinsenlast von 167,269 Mill. zu steigen. Von 1913 bis 1921 ist also die Zinsenlast von 4 auf 167 Millionen gestiegen; das Jahr 1922 wird diese Situation im gleichen Verhältnis weiter verschärfen. Die Bundesbahnen können durch ihre Betriebsüberschüsse heute ihre Schulden nur noch zu rund 15 Prozent verzinsen; sie sind genötigt, stets neue Anleihen aufzunehmen. Das Budget des Bundes sieht für 1923 ein Defizit von mindestens 160 Millionen vor, ungefähr in der gleichen Höhe wie die zwei letzten Jahre. In seiner letzten Budgetbotschaft erklärt der Bundesrat:

„Jedes bringt uns also eine bedeutende Vermehrung der Staatsschuld, wodurch die Staatsrechnung des folgenden Jahres unvermeidlich durch einen größeren Zinsbetrag belastet wird. Sicherlich würde die Rückkehr zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen die Wiederherstellung unseres Finanzhaushalts wesentlich vereinfachen. Doch wäre es gewagt, mit einem sofortigen Wiederaufleben der Geschäftstätigkeit zu rechnen. Die Schwierigkeiten und ihre vernichtenden Folgen nehmen kein Ende. Verschließen wir nicht die Augen vor der traurigen Wirklichkeit. Da die Krisis andauern wird, dürfen ihre unvermeidlichen und bedenklichen Rückwirkungen auf die öffentlichen Finanzen nicht übersehen werden. Diese Rückwirkungen werden nach wie vor unsere außerordentlichen Ausgaben vermehren und gewisse. Einnahmen vermindern. Bereits sind wir mit Schulden überlastet, und die unausbleiblichen künftigen Schwierigkeiten verlangen in der Beziehung äußerste Anstrengungen. Gebieterisch drängt sich die denkbar größte Sparsamkeit auf. Sich einzuschränken ist heute eine vaterländische Pflicht.“

Dies die finanzielle Situation eines neutralen Staates, der während des Kriegs anerkannt gute Geschäfte gemacht hat. Trotz dieser trostlosen Situation wehren sich Bundesrat und bürgerliche Parteien gegen eine radikale Finanzreform, die den Besitz belasten müßte. Während der wirtschaftlichen Krise sind die staatlichen Anleihen zum besten Geschäft geworden, indem das in der Industrie brachliegende Kapital sich auf sie stürzt. Letztes Frühjahr sind auf eine 30 Millionen-Anleihe des Kantons Genf über 900 Millionen gezeichnet worden. Nach amtlicher Statistik sind in den 3 Jahren 1919-1921 im Durchschnitt jährlich 716 Millionen neu emittierte Obligationen gezeichnet worden, wobei weitaus der Hauptteil auf staatliche Anleihen fällt. Andererseits suchten sämtliche Kriegsgesellschaften bei Beginn der Krise ihre Verluste auf den Bund abzuwälzen: Die Käseunion verlangte und bekam 30 Mill.; die Seetransportunion kostete den Bund ebenfalls 30 Mill.; beim Sturz der Kohlenpreise luden auch die Kohlenhändler ihre Verluste auf den Bund ab. Demgegenüber hielt sich die nur einmal erhobene Kriegsgewinnsteuer in verhältnismäßig sehr bescheidenen Grenzen; die jetzt zum zweiten Male erhobene auf 16 Jahre verteilte Kriegssteuer bringt dem Bund pro Jahr kaum 40 Mill. ein. Dagegen soll der neue Zolltarif bei seiner vollen Auswirkung jährlich 280 Millionen einbringen, was eine Normalfamilie pro Tag mit einem Franken belasten wird. An diversen indirekten Steuern, so an einer Luxussteuer, an der Besteuerung des Alkohols usw. wird in Bern noch herumstudiert.

[125] Diese Zollpolitik ist der Kernpunkt der heutigen von Laur inspirierten bundesrätlichen Wirtschaftspolitik. Sie soll die zwei Aufgaben erfüllen: alle staatlichen Lasten auf die breiten Massen abzuwälzen, und zugleich die einheimische Produktion in Landwirtschaft und Gewerbe schützen. Diese Agrarpolitik ist objektiv reaktionär, sie will künstlich die ökonomische Entwick-

lung zurückzwingen. Fragt sich nur, wie lange bei diesem künstlich verhinderten Teuerungsabbau es die Industrie noch aushalten kann. Es ist sehr bezeichnend, daß nach den letzten Statistiken die Bevölkerungszahl aller industriellen Ortschaften zurückgegangen ist; so hat Zürich bereits 14.000 gegenüber dem Höchststand verloren.

Angesichts dieser ganzen Situation besteht die größte Gefahr für die organisierte Arbeiterschaft vielleicht darin, daß sie sich in eine einseitig die Bauern bekämpfende Konsumentenpolitik hineintreiben läßt. Die sozialdemokratische Partei ist dieser Gefahr nahezu völlig erlegen; sie endet bei einer durchaus oberflächlichen Schimpferei auf die Bauern, und spekuliert bei Wahlkämpfen nur noch auf die gedankenlose Unzufriedenheit der Massen. Die kleine Kommunistische Partei hat bereits mit Erfolg versucht, über diesen Standpunkt hinaus zu einer positiven Agrarpolitik zu gelangen, in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß beim Endkampf für die Befreiung des schweizerischen Proletariats das Verhältnis von Arbeiter und Bauer von entscheidender Bedeutung sein wird. Der Ausgangspunkt ist gegeben: auch die große Masse der schweizerischen Bauern leidet unter der Sklaverei des Kapitals, dem sie zinspflichtig sind. Abbau der Hypothekarzinsen muß deshalb die erste, zentrale Forderung sein. Es ist sehr bezeichnend, daß Dr. Laur sich sofort veranlaßt sah, diese vom städtischen Proletariat zuerst kategorisch aufgestellte Forderung sofort seinerseits aufzunehmen. Da die Preispolitik Laurs eine durchaus künstliche ist, muß sie zusammenbrechen. Eine Erfahrung haben die Bauern bereits hinter sich: die künstliche Preistreiberei während des Krieges führte zu einer Landspekulation, die dann, als die Preise nach dem Kriege verhältnismäßig nur wenig zurückgingen, manchem Bauer zum Verhängnis wurden. Wir sagen: der Rückgang der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte während des Jahre 1921 war verhältnismäßig gering; daß die Erschütterung trotzdem so tief ging, hat manchen Bauern zum Nachdenken veranlaßt.

Die schweizerischen Reaktionäre erwiesen sich in der ganzen Geschichte immer als die kurzsichtigsten. Sie feiern heute billige Triumphe, während die große Mehrheit der Arbeiterschaft aus den komplizierten Problemen der Nachkriegszeit noch nicht den richtigen Ausweg gefunden hat. Das städtische Bürgertum fördert durch seine Profitsucht selbst den finanziellen Zusammenbruch des Staates; die Bauernführer verkaufen ihre guten Dienste als Kerntruppe der Reaktion, um ihre Position auf Kosten der Industrie zu stärken. Noch scheint die Einheitsfront aller Werktätigen, der Bund von Bauer und Arbeiter, ein weites Zukunftsbild für die Schweiz zu sein; doch die letzten 4 Jahre haben uns gelehrt, daß sich wirtschaftliche Notwendigkeiten immer und oft rascher durchsetzen, als irgendwer je ahnen konnte. [126]

*

Clara Zetkin für Rosa Luxemburg.

Von Hermann Duncker.

Kein schöneres Ruhmesblatt konnte das Erinnerungsbild von Rosa Luxemburg an ihrem 5. Todestag schmücken, als die vorliegende Schrift ihrer treuesten Freundin und Kampfgenossin Clara Zetkin: „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“[*)]. Durchzittert von der innigsten Liebe zur Dahingegangenen, durchglüht von dem Stolz, daß wir in Rosa die weitschauendste und vorwärtsdrängendste Führerin des deutschen Kommunismus verehren dürfen, ist das Buch erwachsen aus bitterem Zorn über das schamlose Spiel, das der einstige Waffengefährte Rosa Luxemburgs, Paul Levi, mit einer Skizze über die russische Revolution aus dem Nachlasse Rosas getrieben hat. Aus dem leidenschaftlichen Drang, das Andenken einer der größten Toten der kommunistischen Bewegung vor Verleumdung und Verfälschung sicherzustellen, ist ein Werk entstanden von geradezu hinreißender Sprachgewalt, daß man, von der Lektüre immer mächtiger gepackt, glauben könnte, Rosa führe selbst sie Fever. Nein, sie hätte einen Paul Levi, nachdem er seinen verblüffenden „Weg“ gegangen, nicht mehr vieler Worte gewürdigt. Judas ging hin und erhängte sich, Paul Levi ging und hängte sich an Noske. Ueber einen solchen geistigen Nachlaßverwalter Rosas scheinen weitere Worte überflüssig geworden.

[*)] Verlag der Kommunistischen Internationale 1922 (Carl Hoym, Nachf.) 224 Seiten.

Und auch mancher Leser wird ein leises Bedauern kaum unterdrücken, daß, wie im glänzenden Harzflusse des Bernsteins das Insekt, so Paul Levi in dieses Buch verkapselt der Nachwelt aufbewahrt bleibt. Aber Genossin Zetkin hatte keine Wahl; wollte sie das Lebenswerk Rosas vor Besudelung beschützen, mußte sie den Leichenfledderer zur namentlichen Anzeige bringen.

Angesichts der Veröffentlichung der Nachlaßbroschüre durch Levi standen wir einst mit der wehmütigen Friedhofsbetrachtung Hamlets am Grabe von Rosa Luxemburg:

„Zu was für niedriger Verwendung kann es mit uns kommen, Horatio!

> Der große Cäsar tot und Staub geworden
> Verstopft ein Loch wohl vor dem rauhen Norden.
> O daß der Staub, dem eine Welt gebebt,
> Vor Wind und Wetter eine Wand verklebt!“

War es nicht so gekommen und hatte das tragische Geschick von Rosas Ende noch übergipfelt? Aus flüchtig hingeworfenen, nicht für die Veröffentlichung bestimmten unvollendeten Zeilen von Rosa, die bald von ihr als unzulänglich erkannt und durch ihr ganzes weiteres Schaffen radikal gestrichen worden sind, sucht nach Rosas Tod Paul Levi seine sehr baufällige Schanzmauer, errichtet gegen den deutschen Kommunismus und die russische Revolution, wieder auszubessern. Rosa als Kronzeuge für die menschewistischen Antibolschewisten! Und dabei hatte Paul Levi dem Schaffen Rosas nahe genug gestanden, um zu wissen, daß jene leisen Bedenken, die ihr September 1918 in der Weltabgeschlossenheit des Breslauer Gefängnisses bei dem dürftigen Nachrichtenmaterial über Rußland gegenüber der bolschewistischen Taktik gekommen waren, durch jede Zeile von ihr, jedes ihrer Worte während ihrer letzten zwei Lebensmonate widerlegt worden sind.

[127] Wenn jetzt Genossin Zetkin es unternommen hat, diese Selbstwiderlegung vor aller Welt noch einmal dokumentarisch nachzuweisen, und das literarische Verbrechen, das an Rosa begangen worden ist, aufzudecken, so ist doch mehr, viel mehr daraus geworden. Wir erhalten da eine glänzende Charakteristik von Rosas Wirken, einen Einblick in ihre Redaktion der „Roten Fahne“, die theoretischen Grundlagen des Spartakusbundes werden berührt. Aber auch das Schicksal der russischen Revolution tritt breit vor uns hin vom stürmischen Sieg des Oktober 1917 bis zum notgedrungenen Kompromiß der „neuen ökonomischen Politik“ 1921.

Rosa hatte in jener von Paul Levi in die Oeffentlichkeit geschmuggelten Schrift im wesentlichen sechs Probleme der bolschewistischen Taktik kritisch gestreift: Die Agrarfrage, die Nationalitätenfrage, die Stellung zur Konstituante, das neue Wahlrecht, die Aufhebung des Presse-, Vereins- und Versammlungsrechtes und schließlich den roten Terror. Doch sind es ja eigentlich nur zwei Zentralpunkte, um die Rosas Zweifel kreisen: die Diktatur und die Agrarpolitik der Bolschewisten. Wer von den westeuropäischen Kommunisten wird im Verlaufe des ersten Jahres der russischen Revolution nicht ähnliche Bedenken gewälzt haben?! Das brauchte der leidenschaftlichen Verehrung der bolschewistischen Revolution nicht den geringsten Abbruch zu tun. Deswegen kramte man solche vorläufigen und unfertigen Bedenken aber auch nicht zur Freude aller Gegner auf dem Markte aus, – auf den zerrte sie erst ein Paul Levi. Rosa wußte, was sie der russischen Revolution schuldig war, sie nannte die russische Revolution das gewaltigste Faktum des Weltkrieges und ebenso sagt sie in ihrer kritischen Skizze:

„Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet.“ (Seite 81).

Sätze, die die menschewistischen Ausschlachter der Nachlaßbroschüre freilich nicht zu zitieren pflegen.

Der Weg der Diktatur des Proletariats erscheint in der revolutionären Praxis einheitlicher und einfacher als die Theorie. Im September 1918 hielt Rosa in rein theoretischer Erwägung ein Nebeneinanderbestehen von Sowjets und Konstituante für möglich. Als wenige Wochen später die revolutionäre Praxis in Deutschland anhub, – ach, sie war begraben schon vor Rosas Todestag! – da war

sich Rosa der Gefahr eines Dualismus von Sowjets und Nationalversammlung sofort klar bewußt. In der „Roten Fahne“ ruft sie aus:

„Entweder Nationalversammlung oder die ganze Macht den Arbeiter und Soldatenräten, entweder Verzicht auf den Sozialismus oder schärfster Klassenkampf in vollem Rüstzeug des Proletariers gegen die Bourgeoisie.“

Rosas Bedenken gegenüber der bolschewistischen Agrarpolitik zerstreut Genossin Zetkin in einem außerordentlich fesselnd geschriebenen Kapitel, das für unseren Kampf gegen die menschewistische Lügentheorie gegen Sowjet-Rußland gutes Material bietet. Es ist klar, die Agrarpolitik wurde den Bolschewiki durch die Bauernmassen selbst diktiert. Die ungeheure wirtschaftliche Rückständigkeit des russisch Bauern und sein bis zur Verzweiflung gesteigerter „Bodenhunger“ konnte nicht durch „Dekrete“ weggeblasen werden. Hier mußte die chaotische Massenbewegung erst einmal über das weite Rußland dahinbrausen, dann konnte man daran denken, durch weitschauende Wirtschaftspolitik, Lehr-, Bildungs- und Agitationsarbeit usw. im Rahmen einer staatskapitalistischen Wirtschaftsverfassung die sichere Grundlage [128] des agrarischen Kommunismus vorzubereiten. Die Isolierung Rußlands, die Pause in der Weltrevolution zwangen ja zur Wirtschaftspolitik auf lange Sicht. In einem glücklichen Gleichnis veranschaulicht Genossin Zetkin das Verhältnis der kapitalistischen Neuwucherungen und des kommunistischen Aufbaues Rußlands:

„Die Novemberrevolution hat in Rußland den Baum des Kapitalismus gefällt, aber noch stecken seine Wurzeln in der Wirtschaft fest, und Zweige auf Zweige wachsen aus ihnen auf. Langsam, sehr langsam entwickelt sich daneben der junge Baum des Kommunismus, dem die Wurzeln des gefällten Riesen die Nahrung streitig machen. ...“

Mag die neue ökonomische Politik für den Kommunismus noch so viel schmerzliche Augenblickskonzessionen bedeuten, das welthistorische Gesamtresultat bleibt doch bestehen, das Genossin Zetkin gegenüber Levis Prophezeiungen in drastischem Vergleich mit Deutschlands Lebensaussichten zeigt. (S. 177).

Vor wenigen Tagen brachte die „Vossische Zeitung“ ein Stimmungsbild über den letzten russischen Rätekongreß. Was da der bürgerliche Journalist erstaunt beschreibt, das hat Genossin Zetkin in wenigen Worten schon im vorliegenden Buch zur Kennzeichnung der politischen Zukunft klar voraus gesagt. „Wer den Gegensatz zwischen historischem Sterben und historischem Leben zu Fleisch und Blut verkörpert sehen will, der wohne einer Sitzung irgend eines Parlaments in Westeuropa bei – wenn es nicht gerade das Schauspiel ‚eines großen Tages‘ für politische Kinder und Bettler gibt – und einer Sowjetkonferenz, auf der sich Hunderte, Tausende von Arbeitern und Bauern mit geradezu religiöser Inbrunst bemühen, neues, bis dahin für sie kaum Existierendes zu verstehen und zu gestalten.“ Niemand würde das begeisterter empfunden haben, als Rosa Luxemburg, wenn ihr das Schicksal noch vergönnt hätte, einen Blick in das neue Rußland zu tun. Dann würde sie auch die neue größere Abhandlung über die russische Revolution geschrieben haben, die sie geplant hatte und jeder Satz wäre ein klatschender Peitschenhieb geworden gegen die menschewistischen Mondanbeller.

Rosa ist nicht mehr, so steht uns auch hier Clara Zetkin für Rosa Luxemburg.

*

Bücherschau.

Dr. Leo Klauber: Klassenkampf gegen den Hungertod. Viva-Verlag 1923.

Die Broschüre enthält eine Wiedergabe des Referats des Gen. Klauber auf dem Reichsbetriebsrätekongreß. An Hand von Tatsachen gibt die Broschüre ein erschütterndes Bild der physischen Verelendung des deutschen Proletariats. Die Broschüre verdient die weiteste Massenverbreitung.

[129]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 1. März 1923 ∗ Heft 5

Der Ruhrkrieg und die deutsche Sozialdemokratie.

◿ B e r l i n, 7. Februar.

Wenn von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie während des Ruhrkriegs die Rede ist, so taucht hin und wieder in unseren Reihen die Erinnerung an den 4. August 1914 auf. Nun läßt die Sozialdemokratie heute die Arbeiterklasse nicht minder schmählich im Stich, wie im August 1914; aber der Vergleich der damaligen mit der heutigen Situation hinkt gleich auf beiden Beinen und droht, nicht nur unsere Kritik an der Sozialdemokratie auf in falsches Gleis zu führen und dadurch unwirksam zu machen, sondern, was eng damit zusammenhängt, unsere ureigene Aufgabe, das Ringen um die Köpfe und Arme der sozialdemokratischen Arbeiter, unnötig zu erschweren.

Der Unterschied zwischen 1914 und 1923 besteht nicht darin, daß damals „wir“, d. h. der deutsche Imperialismus, französischen Boden besetzten und französisches Gebiet annektieren wollten, während heute die Rollen umgekehrt verteilt sind. Es war das A und O unserer kommunistischen Haltung während des Weltkrieges, daß der konkrete geschichtliche Charakter des Krieges auf beiden Seiten, als eines imperialistischen, und nicht die mehr oder minder zufällige und wechselnde Kriegslage für die Aktion des Proletariats bestimmend sein müsse. Demgemäß war unser leitender Gedanke die revolutionäre Erhebung des Proletariats, die Beendigung des imperialistischen Krieges durch den Bürgerkrieg, wobei die „Niederlage“ des Landes, dessen Proletariat zuerst zur Waffe des Bürgerkrieges griff, nur gleichgültig sein mußte. Die Sorge für die „strategische Lage“ überließen wir der unabhängigen Halbheit.

Heute kämpfen die französischen wie die deutschen Kommunisten gemeinsam in den Vorderreihen des Proletariats, um Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree zu schlagen, wobei unsere französischen Genossen nach einer Front kämpfen, während wir zugleich nach zwei Fronten, einer inneren und einer äußeren, zu kämpfen haben, um den Unterschied scharf hervorzuheben: die Niederlage des französischen Imperialismus im Weltkrieg war kein kommunistisches Ziel, seine Niederlage im Ruhrkrieg i s t ein kommunistisches Ziel.

Das macht: Die Rolle Deutschlands 1923 ist wesentlich verschieden von der 1914/18. Gewiß nicht deswegen, weil sie äußere Fassade [130] Deutschlands inzwischen „republikanisch“ geworden ist, weil jetzt statt Wilhelm von Hohenzollern Fritz Ebert den deutschen Kapitalismus frönt. Wir wüßten nicht, wieso die deutsche bürgerliche Republik „demokratischer“ sein sollte als die französische. Will man schon unterscheiden, so ist klar, daß die republikanische Tünche in Deutschland viel oberflächlicher sitzt und viel durchsichtiger ist als in Frankreich. Verbindungslinien, die von den Stinnes zu den Seeckt und von den Seeckt zu den Ludendorff und Hitler führen, treten so klar hervor, daß kein deutscher Arbeiter die „Republik“ für etwas anderes als eine schlechte Dekoration nimmt.

Der Unterschied besteht darin, daß die imperialistische Kriegsmaschine in Deutschland, das alte militaristische Massenheer, seitdem gründlich zerschlagen ist und daß der Imperialismus als staatliche Politik hier vorläufig praktisch unmöglich geworden ist. Aber träumt die deutsche Reaktion nicht von einer Wiederherstellung der alten geliebten Kriegsmaschine? Träumt sie nicht von 1813? Gewiß werden diese Träume in Deutschland geträumt, aber der Zwang der Tatsachen ist stärker als noch so „historische“ Träume, und diesem Zwang der Tatsachen mußten sich selbst 1813 die hartköpfigsten preußischen Junker wenigstens für eine Zeit beugen. 1813 war nur möglich durch eine teilweise Anwendung der Mittel bürgerlicher Revolution: sozial durch die Stein-Hardenbergschen Reformen, militärisch durch die neue Heeresorganisation, die teilweise Anwendung der Miliz, und durch die Aufnahme der der neuen Heeresorganisation entsprechenden Napoleonischen Strategie. Das Deutschland von heute, dessen alter militaristischer Apparat zerschlagen ist – und zwar nicht nur äußerlich, sondern in seinen sozialen und psychologischen Grundlagen – kann sich objektiv nur wiedererheben vermittels der e n e r g i s c h s t e n, b i s z u E n d e g e h e n d e n A n w e n d u n g d e r M i t t e l d e r p r o l e t a r i s c h e n R e v o l u t i o n. An dieser Tatsache können die „besten“ Absich-

ten reaktionärer Phantasten nichts ändern. Die Volksmasse, die durch die Hölle des Weltkriegs, durch das Feuer der ersten Revolutionskämpfe und durch das Elend von vier Jahren verschärfter kapitalistischer Ausbeutung gegangen ist, diese Volkmasse kann nur noch die proletarische Revolution als Kampfkraft nach außen neu erstehen lassen und zu einer Einheit zusammenschweißen. Die alten mechanischen Druckmittel wie ihre „geistige“ Ergänzung, die sozialchauvinistische Ideologie der Sozialdemokratie, sind verbraucht, sind tot.

Wenn jetzt die Seeckt usw. die Verbindung der Reichswehr mit den weißen Organisationen planmäßig stärken, so hieße es die Leute für dümmer nehmen als sie sind, wenn man ihnen den militärischen Aberwitz zutrauen sollte, sie glaubten damit die reguläre französische Armee schlagen zu können. Schließlich muß man die Leute nicht mit beliebigen Bierbankstrategen und die deutsche Bourgeoisie nicht mit Münchener rabiaten Spießbürgern verwechseln. Ein Kleinkrieg, der nur mit diesen Kräften auszuführen wäre, könnte nur ein S c h e i n k r i e g sein, um die schließliche Kapitulation der deutschen Bourgeoisie mit der Glorie des nationalen Widerstandes zu drapieren oder, um den Geschäftsabschluß zwischen der deutschen und französischen Schwer-[131]industrie gleichzeitig zu erleichtern und als „Vergewaltigung“ zu markieren. Die Hauptabsicht ist aber dabei nach innen, gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Die lange Dauer des Ruhrkriegs steigert für die deutsche Bourgeoisie, trotz der Sozialdemokratie, die Gefahren revolutionärer Ausbrüche des Proletariats. Und, wie auch immer der Kampf um die Ruhr enden mag, er kann – außer einem selbständigen Eingreifen der Arbeiterklasse – immer nur mit der Unterwerfung Deutschlands und seiner Arbeiterklasse unter ein internationales Ausbeuterkonsortium enden, und ohne verstärkte Machtmittel in der Hand des Staates, der Schwerindustrie ist die verschärfte Ausbeutung gegenüber der Arbeiterklasse nicht zu erzwingen. Das, und nicht die – unmögliche und absurde – Wiederholung von „1813“ sind die wirklichen, die ausschlaggebenden Zwecke der von Seeckts Leuten insgeheim inspirierten und geleiteten faschistischen Rüstungen.

Aber werden w i r, werden die deutschen Arbeiter, wenn sie die politische Macht in die Hand nehmen, ein „1813“ machen, einen revolutionären Volkskrieg, um Poincaré aus dem Ruhrgebiet hinauszuwerfen? Da die sozialdemokratischen Demagogen à la Wels uns einen solchen Gedanken zu unterschieben trachten, so ist darauf eine Antwort nötig, die jede Verdrehung ausschließt. Die Antwort ist bereits in den Kundgebungen der deutschen Partei, wie in dem gemeinsamen deutsch-französischen Manifest der Essener Konferenz gegeben. Das Mittel, durch das eine revolutionäre proletarische Regierung Deutschlands Poincaré aus der Ruhr hinauszumanövrieren versuchen wird, wird nicht der Krieg sein, sondern sie wird zu allererst versuchen müssen, den Frieden und die Möglichkeit friedlicher sozialistischer Aufbauarbeit zu erkaufen, zu erkaufen auf Kosten der deutschen Bourgeoisie. Die Opfer und Verwüstungen eines neuen Krieges würden so entsetzlich sein, daß keine revolutionäre proletarische Regierung es verantworten könnte, ihn zu führen, außer wenn sie das äußerste versucht hätte, ihn abzuwenden. Aber niemand weiß, ob der französische Imperialismus einem revolutionären Deutschland auch bei noch so hohen Opfern die Möglichkeit friedlicher sozialistischer Aufbauarbeit lassen würde, niemand vermag von vornherein abzuschätzen, ob und in welcher Zeit es der französischen Arbeiterklasse und den mit ihr etwa verbündeten Teilen des Bauerntums gelingen würde, einen gewaltsamen Angriff des imperialistischen Frankreich zu verhindern, oder ihn auf revolutionärem Wege zu beenden. Darum müßte ein revolutionäres proletarisches Deutschland auf jeden Fall sich militärisch rüsten zur V e r t e i d i g u n g der sozialistischen Aufbauarbeit gegen Angriffe von außen – wie von innen. Eine revolutionäre Regierung des Proletariats müßte das, und sie könnte dabei auf die Zustimmung der Arbeiterklasse und mindestens eines Teils der Mittelschichten rechnen.

Das sind, soweit wir sehen, die weiteren Perspektiven einer revolutionären Lösung der Ruhrkrise.

Aus der geschilderten Lage ergibt sich folgerichtig die Grundlinie für die jetzige Politik einer deutschen revolutionären Arbeiterpartei: energischste Durchführung der Abwehr an der Ruhr, geleitet ausschließlich vom Gesichtspunkt der Interessen der Arbeiterklasse, und gleichzeitig [132] schärfster Kampf gegen die schwerindustrielle Cuno-Regierung mit dem Ziel ihrer Niederwerfung, als des Hindernisses für den erfolgreichen Kampf gegen den äußeren Feind, und für einen Abschluß des

Kampfes zugunsten der Arbeiterklasse und auf Kosten der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie lähmt den Kampf der Arbeiterklasse, indem sie dem Wucher die Zügel schießen läßt. Eisen- und Kohlenbarone, Großagrarier wetteifern lieblich in diesem gewohnten Geschäft, wobei sie sich wechselseitig mit Moralpredigten bedenken. Die von Cuno eingeleitete Stützungsaktion der Mark erweist sich für die Hauptinteressenten, die jetzt Kohlen und Erz importierenden Schwerindustriellen als ein Riesenfischzug und für die arbeitenden Massen als ein großer Bluff. Für diese Zwecke werden die Goldreserven der „autonomen" Reichsbank verpulvert, die für die kleinbürgerliche Wirth-Regierung ein Blümlein Rührmichnichtan waren, werden die Mittel eingesetzt, die die Harriman-Gruppe zur Verfügung stellt, und sollen die Mittel kleiner Kapitalisten auf dem Wege einer „Goldanleihe" flüssig gemacht werden. Cuno ist nicht umsonst ein Schüler Helfferichs, aber er hat zugelernt. Wenn Helfferich während des Krieges mit Anleihen über Anleihen wirtschaftete, um die „Stimmung" der steuerscheuen Bourgeoisie hochzuhalten, so holt Cuno in ganz anderem Ausmaße die Mittel, um die Stimmung des Kampfes im Ruhrrevier „hochzuhalten", aus der Notenpresse, aus den Steuern, die zu ungefähr 90 Prozent von der Arbeiterklasse aufgebracht werden, aus dem Goldschatz der Reichsbank, der auf diesem Wege gratis und franko der deutschen Bourgeoisie zugeführt wird. Das weitere wird sich finden – wenn die Ruhraktion beendet ist.

Gleichzeitig wird die faschistische Reaktion hochgezüchtet, von der die Arbeiter sich klar Rechenschaft ablegen, daß sie gegen sie gerichtet ist. Es ist keine rhetorische Uebertreibung, sondern eine Tatsache, daß der deutschen Bourgeoisie der Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse weit mehr am Herzen liegt, als die „nationale Abwehr".

All das war nur durchzuführen mit Hilfe der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie. Sie ist ihrer Rolle vollkommen gerecht geworden. Aus eingebildeter oder wirklicher Angst vor der „Dolchstoß-Legende" führt sie zusammen mit der Bourgeoisie den tatsächlichen Dolchstoß in den Rücken der deutschen Arbeiterschaft. Ihr Hilferding lieferte die „theoretische" Begleitmusik zu dem famosen Markstützungsschwindel. Ihr Severing täuscht in Worten einen Abwehrkampf gegen den Faschismus vor, deckt so die unterirdischen Vorbereitungen der Bourgeoisie und lähmt die Abwehraktion der Arbeiterschaft. Ihr Löffler feiert auf offener Szene die Verbrüderung mit den großagrarischen Brotwucherern. Ihre Wels und Hermann Müller „überlassen der Cuno-Regierung die Verantwortung" und nehmen damit die Verantwortung für die Ausschaltung der Arbeiterklasse als selbständige und aktive Kraft auf sich. Und auch die Führer der sozialdemokratischen Opposition spielen, bewußt oder unbewußt, ihre Rolle im Spiel der Bourgeoisie. Erschreckt durch die revolutionären Möglichkeiten eines lange dauernden Ruhrkampfes, schaffen sie die Stimmung für die kapitalistische Verständigung und nehmen dadurch von vornherein der Bourgeoisie die Verantwortung [133] für die eventuelle Kapitulation ab und führen die ehrliche Opposition, die sich in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter regt, in die Irre.

In der Tat, die Vereinigung der Sozialdemokratie und der Unabhängigen erweist sich jetzt, soweit die Führer in Betracht kommen, als ein wahres Gottesgeschenk für die deutsche Bourgeoisie und ihre Gruppierungen. Die Bourgeoisie kann jetzt mit der sozialdemokratischen Führerschaft mehrstimmig spielen. Jede kapitalistische Gruppierung kann sich ihre Sorte sozialdemokratischer Instrumente wählen und sie nach Bedarf kombinieren: die Stampfersche Trompete, die Levische Klarinette oder die Dißmannsche gedämpfte Trommel.

Jedennoch, die Massen unten sind ein weniger leicht spielbares Instrument. Sie sind in einer tieferen Gärung als je seit 1918/19. Aber das Echo des vielstimmigen Konzerts auf dem Gipfel der Partei, das trotz aller Dissonanzen so wunderbar harmonisch zu den Bedürfnissen der deutschen Bourgeoisie abgestimmt ist, kann sehr leicht die Stimme des revolutionären Donners sein.

*

Die Rote Armee an der Schwelle ihres 6. Jahres

Von A n t o n o w-O w s e j e n k o.

Unsere Armee kann auf den von ihr zurückgelegten Weg mit gerechter Zufriedenheit zurückblicken.

Es war ein Weg der grausamsten Prüfung und der glänzendsten Siege.

Aber diese Siege konnten nur durch eine äußerste Ueberspannung aller Kräfte des Landes errungen werden.

Und das waren Siege über einen Feind, der nicht über eine nationale, reguläre Massenarmee verfügte – die Armeen aller weißen Generale waren improvisierte, in der Eile zusammengetrommelte Armeen, ohne gehörige Vorbereitung. Nur die polnische Armee war eine Armee, die sich an den Typ der modernen, regulären, auf die allgemeine Wehrpflicht gegründeten Armeen, annäherte.

Selbst diesen Armeen gegenüber konnten wir nur mit Mühe, mit außerordentlicher Anstrengung und um den Preis fürchterlicher Opfer standhalten und über sie den Sieg erringen.

Aber schon nach den ersten schweren Lehren des Kampfes gegen die Deutschen, gegen die Tschechoslowaken wurden sich die breiten Arbeitermassen unseres Landes darüber klar, daß es notwendig ist, eine reguläre Armee aufzubauen, aus jener Lage der freischärlerischen Zerstückelung, in der sich die bewaffneten Kräfte der Revolution befanden, herauszukommen.

Unsere reguläre Rote Armee haben wir uns vorgestellt als eine Armee auf Klassengrundlage – die bürgerlichen Elemente sollten ihre militärische Pflicht in der Etappe durch Zwangsarbeit erfüllen. In der Praxis war es mit der Etappe anders: bedeutende Schichten der bürgerlichen Jugend emigrierten oder erhoben sich zum Kampfe gegen die Sowjetmacht oder stellten sich in den Dienst der Sowjetmacht, nivelliert von der gesamten werktätigen Masse.

[134] Die wesentlichsten Zugeständnisse vom Prinzip des klassenmäßigen Aufbaues der Armee aus gesehen waren wir aber gezwungen, bei den ersten Schritten zur Aufstellung ihres Kommandobestandes zu machen. Es war unmöglich, eine reguläre Armee ohne militärische Spezialisten aufzubauen. Und die Partei mußte ihren ganzen Einfluß dazu anwenden, die militärischen Spezialisten an die Rote Armee heranzuziehen und in ihr festzuhalten. Aber um die Armee von Verrat seitens dieser uns sozial oft feindlichen Elemente zu behüten, und um andererseits ihnen die Möglichkeit der ruhigen Arbeit zu gewähren, wurde neben den Spezialisten die Institution der Kommissare geschaffen. Der Kommissar war gleichzeitig auch der Leiter der politischen Arbeit bei der betreffenden Truppe oder Behörde.

Die Institution der Kommissare – der Vertreter der zentralen Macht – wurde ergänzt durch den breiten, sich bis auf die untersten Zellen der militärischen Abteilungen erstreckenden Apparat der politischen Aufklärung.

Die Armee entwickelte sich zu einem außerordentlich komplizierten militär-politischen Organismus. Die Armee war der konzentrierte Ausdruck des Sowjetregimes, des Regimes der proletarischen Diktatur.

Um die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Bauern bestehende Armee der proletarischen Revolution zu erhalten, mußte in ihr ein festes proletarisches Mark und ein starker kommunistischer Kern geschaffen werden.

Im Jahre 1920 waren in der Armee 20 (in einzelnen Teilen 30 bis 40) Prozent Arbeiter und bis 74 Prozent Bauern, während die Arbeiter nur 6 Prozent der gesamten männlichen Bevölkerung und die Bauern 67 Prozent bilden.

Kommunisten gab es in der Armee über 10 Prozent, während die Zahl der Kommunisten (nach den Angaben des Zentralkomitees der KPR) 0,36 Prozent der Gesamtbevölkerung darstellt.

Gleichzeitig war die Armee auch der kulturell höchststehende Teil der werktätigen Bevölkerung. In der zaristischen Armee gab es im Jahre 1913 40 Prozent Analphabeten, während es in der Roten

Armee im Jahre 1921 8 Prozent und im Jahre 1922 (bis Oktober) nur 3 Prozent gab. Die Zahl der Analphabeten des ganzen Landes betrug 45 Prozent. Die Riesenarbeit zur Liquidierung des Analphabetentums, der Umfang der kulturellen Aufklärungsarbeit in der Armee ist allgemein bekannt. (Die Ziffern wurden vielfach veröffentlicht.) Unsere Feinde sind gezwungen, die ganze Bedeutung unserer Arbeit in der Armee anzuerkennen. Unsere Siege schreiben sie mit Recht jener Welle von Begeisterung zu, der in der Armee durch eine unermüdliche Agitation und durch das persönliche heldenhafte Beispiel der Kommunisten geschaffen wurde.

„Die politische Organisation der Roten Armee hat sich bewährt", sagt z. B. Oberst M. Fournier in der französischen „Militärischen Rundschau" (Nr. 2, 1922). „Ohne Kommissare wäre es nicht gelungen, die notwendige Disziplin und Subordination herzustellen." „Die Kommunisten zogen die Massen in den Kampf hinein. Den Kommunisten verdankt die Rote Armee in hohem Grade ihre Erfolge."

Die Demobilisierung, die wir noch im Jahre 1921 begonnen haben, mußte bedeutende Aenderungen in der Roten Armee zur Folge haben. Es gab eine Zeit, wo wir 5.300.000 Mann unter Waffen hatten, zum 1. Februar 1923 richteten wir uns in festen Kaders mit 600.000 Mann ein. Dieser Abbau der Armee erfolgte unter erhöhten wirtschaftlichen [135] Schwierigkeiten (die alten Rohmaterialvorräte waren erschöpft usw.), und während des Ueberganges vom „Kriegskommunismus" zum „Staatskapitalismus".

Welche Rückwirkung hatte die Demobilisierung auf die Rote Armee?

Der soziale Bestand der Armee scheint sich dem Aeußeren nach nicht geändert zu haben. Am 1. Oktober 1922 gab es in der Armee 19 Prozent Arbeiter, 68 Prozent Bauern und 13 Prozent sonstige Elemente. Aber diesen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Arbeiter konnten wir nur dank jenem Umstande erhalten, den ein bedeutender Teil der Arbeiter der in diesem Jahre stillgelegten Fabriken in die Armee eintrat.

Wesentliche Aenderungen erfolgten in bezug auf das Alter – die Armee wurde verjüngt. Die Demobilisierung schied die erprobten, im Bürgerkriege gestählten Kämpfer aus ihr aus; in die Armee strömte in überwiegendem Maße die Dorfjugend. Sie kam zur Armee mit großer Lust. Die Rekrutierung im Herbste 1922 wurde fast überall, besonders in der Ukraine, mit einem bedeutenden Aufschwunge durchgeführt. Das war ein Beweis der Befestigung der Sowjetmacht im Dorfe. Aber der Prozentsatz der Analphabeten unter den Neueinberufenen war sehr groß. Und hauptsächlich hat sich eben diese Ergänzung aus dem Dorfe als politisch fast vollkommen ungebildet erwiesen. Außerdem stellten die Söhne der neuen Großbauern, die sich im Zusammenhange mit der neuen Wirtschaftspolitik im Dorfe zu etablieren begannen, einen gewissen Prozentsatz der Rekruten.

Aber besonders ungünstige Resultate ergab die Rekrutierung in den Städten. Nebst den tüchtigen standhaften und politisch entwickelten Arbeiterjungen gab die Stadt der Armee auch Sprößlinge aus den wiederauflebenden kleinbürgerlichen Handwerker- und Kaufmannskreisen, die vom Geiste der Spekulation und des Hasardgewinns angesteckt waren. Diese Elemente gaben einen erheblichen Prozentsatz von Deserteuren und brachten in die Armee eine ungesunde Nep[*)]-Stimmung herein.

Im Kommandobestand der Armee mußte die Demobilisierung auch wesentliche Aenderungen zur Folge haben. Der Abbau des Kommandobestandes ging anfangs in nicht ganz organisierter Weise vor sich. Nur seit dem vorigen Jahre erfolgt er mittels Prüfung der Kommandeure durch Attestierungskommissionen der Regimenter, der Divisionen, der Kreiskommandos und durch die Oberste Attestierungskommission beim Revolutionären Kriegsrat. In allen diesen Kommissionen ist die Vertretung der Parteifunktionäre der Armee gesichert.

Jedoch wurde als Resultat der Tätigkeit dieser Kommissionen und der Entlassungen der Aelteren der Kommandobestand unserer Armee kaum in bedeutendem Maße „proletarisiert".

[*)] Nep = die russische Abkürzung für Neue Wirtschaftspolitik.

Bis zum Herbst des Jahre 1922 hatten wir im Kommandobestand des Petersburger Militärkreises 7,4 Prozent Kaderoffiziere (die bereits im Frieden Offiziere waren); 37,3 Prozent Offiziere, die im Kriege Offiziere geworden sind (nach Absolvierung der Offiziersschule); 5,5 Prozent, die höhere Militäranstalten absolviert haben; 21,9 Prozent ehemaliger Unteroffiziere und nur 19,5 Prozent „Roter Kommandanten", d. h. Absolventen unserer Roten Kommandeurschulen. Der sozialen Lage nach sind davon: 10 Prozent Arbeiter, 40 Prozent Bauern – die übrigen sind Intellektuelle, Angestellte, Beamte usw. [136] Der Petersburger Kreis ist typisch für unsere Armee. Ueberall ist das Bild ungefähr dasselbe. Bisher haben wir noch keinen Kommandobestand zu schaffen verstanden, der die ausschließliche Rolle des Proletariats in der Revolution widergespiegelt hätte. Uebrigens versprechen die Roten Kommandeurschulen, im Klassenbestand der Leiter unserer Armee wesentliche Aenderungen zu erreichen. Mehr als ein Drittel der Kursanten besteht aus Arbeitern, die Hälfte aus Bauern.

Bei dem heutigen sozialen Ursprung eines bedeutenden Teiles unseres Kommandobestandes sind in ihm die alten Offizierstraditionen und die Vorurteile der ehemaligen Militärkaste ziemlich lebendig vertreten. Diese Vorurteile, die durch die harten Anforderungen des Bürgerkrieges unterdrückt waren, beginnen jetzt beim Uebergang der Armee zum Friedenszustand unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik wieder aufzuleben.

Der Parteikern der Roten Armee ist gehörig erschüttert worden. Durch verschiedene Demobilisierungen sank der Prozentsatz der Kommunisten auf die Hälfte (er übersteigt nicht 5 Prozent). Am meisten beeinträchtigt wurde der Prozentsatz der „kommunistischen Gemeinen". Z. B. verblieben in der kaukasischen Armee von 3900 Kommunisten nur 600 Soldaten, die unmittelbar unter der Rotarmistenmasse leben. Der Kommunistenbestand besteht aus jungen, unerfahrenen, unvorbereiteten Soldaten. Nach den Angaben der politischen Verwaltung des ukrainischen Militärkreises sind unter den Leitern der politischen Aufklärungsarbeit in den Kompagnien mehr als 55 Prozent zu dieser Arbeit vollkommen ungeeignet, und von den militärischen Kommissaren wären 18 Prozent ebenfalls sofort abzulösen. Die Demobilisierungsstimmung, die vom blinden Eifer unserer kommunistischen Wirtschaftler genährt wird, die bestrebt sind, der Armee die energischsten Funktionäre zu entreißen, ist sehr stark unter den Kommunisten der Armee.

Die komplizierte Lage tritt an sie mit außerordentlich erhöhten Forderungen heran, und sie fühlen, daß sie zur militärischen Arbeit sehr schwach vorbereitet oder ausgebildet sind.

Eine besonders ernste Aufgabe ist die politische Vorbereitung des Kommandobestandes. Der Prozentsatz der Kommunisten ist unter den Kommandanten nicht groß: Unter den niederen Kommandanten (Zugs- und Rottenkommandanten) im ganzen 19,5 Prozent, unter den Kompagnie- und Bataillonskommandeuren 48 Prozent, unter den Regiments- und Brigadekommandeuren 39,5 Prozent und unter den Divisions- und höheren Kommandeuren 57,7 Prozent. Unser kommunistischer Kommandobestand hat folgenden sozialen Charakter: 30 Prozent Arbeiter, 20 Prozent Bauern und 50 Prozent Intellektuelle. Die Dauer seiner Parteizugehörigkeit ist nicht groß, seine Parteiausbildung im allgemeinen schwach, – im Kampf mußte man an anderes denken.

Unter diesen Voraussetzungen kann auch unser kommunistischer Kommandeur keine allzu ernste Stütze zur Ausübung eines im Parteisinne genommen heilsamen Einflusses auf die ganze Masse des Kommandobestandes der Armee, noch weniger auf die ganze Menge der gemeinen Rotarmisten sein.

Er muß an seiner eigenen Ausbildung gründlich arbeiten (und in dieser Arbeit muß ihm ernste Hilfe geleistet werden), damit er auf der Höhe jener Aufgaben stehen kann, die heute ein roter Kommandeur erfüllen muß.

[137] Der revolutionäre Kriegsrat der Republik ist bestrebt, die erwähnten Abnormitäten durch eine ganze Reihe von Maßnahmen zu überwinden.

Die ernsteste Aufmerksamkeit wird dem Kampfe gegen jene Einflüsse gewidmet, die die moralische Einheit unserer Armee schwächen. Schonungslose Ahndung von Mißhandlungen und von

Trunkenheit; ausdrückliches Verbot besonderer Kommandeurversammlungen usw. Die Maßnahmen der gerichtlichen und Disziplinareinwirkung geben Hand in Hand mit der ernsten Arbeit zur Hebung der materiellen Lebensbedingungen der Soldaten und mit der Erhöhung der kulturellen Aufklärungsarbeit unter ihnen.

Besonders ernste Bedeutung legt der revolutionäre Kriegsrat der sorgfältigen Auswahl und Erziehung des Kommandobestandes bei.

Eine richtige Leitung der höheren akademischen Kurse und der höheren militärischen Lehranstalten (in der legten Zeit erfolgte in ihnen eine wohltuende Säuberung von ungesunden und unentsprechenden Elementen); die Stärkung des Netzes der Normal- und Divisionsschulen des jüngeren Kommandobestandes wird in der nächsten Zukunft ihre Früchte tragen. Die Kreis- und höheren politischen Militärschulen und die Wiederholungskurse für die politischen Leiter heben ihrerseits das Niveau der politischen Funktionäre in der Armee.

Der Kommandobestand wird an die politische und kulturell aufklärende Arbeit unter den Rotarmisten zwangsweise herangezogen und bereitet sich auf diese Weise unwillkürlich zu seiner Rolle als Erzieher und Führer der Roten Armee vor.

Aber die schweren materiellen Existenzbedingungen der Armee beeinträchtigen in höchstem Grade die Resultate dieser Anstrengungen.

Die Rote Armee setzt die Besorgung einer Reihe von Arbeiten fort, die von ihrer direkten Bestimmung sehr entfernt liegen: Holzzufuhr, Gartenbau, Bearbeitung von Feldern, Remonte von Gebäuden usw.

Die Rote Armee wird dem Lernen durch die Pflicht der Bewachung verschiedener Magazine, Behörden usw. entzogen.

Die Rote Armee lebt fast durchweg in zerstörten, ungeeigneten Kasernen.

Die Bekleidung des Rotarmisten steht auch noch nicht auf der nötigen Höhe.

Neben diesen Existenzbedingungen der Roten Armee muß sich der Zustand der Familien der Notarmisten und der Kriegsinvaliden in der Stimmung der Notarmisten widerspiegeln.

Die Lage der Familien der Rotarmisten und der Kriegsinvaliden ist aber sehr schwer und hat sich in der letzten Zeit durch die Uebertragung ihrer Versorgung auf das Lokalbudget bedeutend verschlechtert.

Natürlich hängt die materielle Lage der Roten Armee von der Lage unserer Volkswirtschaft ab. Im Maße der Erstarkung und Entwicklung unserer Volkswirtschaft wird auch der Staat und das ganze Land größere Mittel auf die Armee verwenden können. Und unsere Wirtschaft erstarkt, die Produktivkräfte wachsen. Die Besserung der materiellen Verhältnisse der Roten Armee ist auf dem richtigen Wege. Diesen Weg hat die Rote Armee bereits betreten und schreitet auf ihm, wenn auch langsam, so doch vorwärts dank der mächtigen Unterstützung des ganzen Landes.

[138] Das Ausblühen der Unterstützung seitens der Chefs beweist, daß unsere Wirtschafts- und Sowjetorgane außerordentlich lebhaft auf die Nöte der Roten Armee reagieren.

Es ist notwendig, daß die Stimmung nicht geschwächt wird, es ist notwendig, daß die Verbindung zwischen der Armee und dem Lande bewahrt und gestärkt wird.

Es ist besonders notwendig, daß die Partei ihr Möglichstes tut, um die dem proletarischen Geiste feindlichen Einflüsse auf die Armee zu überwinden, um die Rote Armee als die verläßlichste Waffe der proletarischen Diktatur und als unentbehrliches Instrument ihres Einflusses auf die Bauernmassen zu bewahren.

Unsere Armee befindet sich heute in organisatorischer Beziehung in einem Uebergangszustande. Ihr Abbau zwingt uns, die Frage der militärischen und politischen Ausbildung von Massenreserven, die Frage des Milizsystems in den Vordergrund zu stellen.

Die Lösung dieser Aufgabe kann nur durch ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Machtorgane und der ganzen Partei erzielt werden.

Die Auswahl und die Erziehung eines entsprechenden ständigen Kaderbestandes der Armee gewinnt hier besondere Bedeutung.

Die Vertiefung der militärischen und politischen Arbeit unter den Rekruten drängt sich als eine völlig unaufschiebbare Aufgabe auf.

Die allgemeine Lage der Roten Armee fordert unter den heutigen Verhältnissen, daß die Partei ihr auch weiterhin alle Aufmerksamkeit zuwendet und wie früher zur Arbeit in der Armee ihre besten Kräfte entsendet und ihre meisten Mittel verwendet.

Die Kommunistische Partei Rußlands an der Arbeit.

Von G e o r g S a f a r o f f.

I.

Mehr als anderthalb Jahre arbeitet die KP Rußlands unter den Bedingungen der Neuen Wirtschaftspolitik (Nep). Ihre Feinde bauten auf der Neuen Wirtschaftspolitik die kühnsten und sinnlosesten Hoffnungen auf. Die Neue Wirtschaftspolitik hatte die Partei von innen heraus sprengen sollen. Sie hatte sie jedes Einflusses auf die Massen berauben sollen. „Der Traum ist schrecklich, aber Gott ist gnädig“, sagt ein russisches Sprichwort: die KPR hat in dieser Zeit nicht nur ihre innere Einheit befestigt, sondern auch ihren Einfluß auf die Massen verbreitert und gestärkt. Als Beweis dafür können die Neuwahlen für die Sowjets gelten, die im Oktober und November 1922 in ganz Rußland stattgefunden haben. Ihr hervorstechendes Merkmal war die äußerste Aktivität der Wählermassen. Und auf allen Wählerversammlungen wurden einstimmig oder gegen wenige Personen die Kandidaten der KPR gewählt. Im Jahre 1921 waren in Verbindung mit der politischen Krise im Frühjahr (Kronstadt) in breiten Arbeiterkreisen parteilose Kandidaten populär, obgleich in der großen Mehrheit aller Fälle diese Parteilosen auf Grund eines kommunistischen [139] Programms gewählt wurden. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß eben der F a b r i k a r b e i t e r, der Industrieproletarier, unter den Bedingungen der Neuen Wirtschaftspolitik angesichts der teilweise entfesselten privatkapitalistischen Elemente nicht parteilos sein will und keinesfalls einen politischen Neutralismus anerkennt. Unter den Bauern ist der Prozentsatz parteiloser Deputierter bei diesen Wahlen bedeutend höher gewesen als früher. Aber auch hier ist überall, von den Kreisverwaltungen angefangen, den Kommunisten die formale Mehrheit gesichert. Die Vertreter der weißen Intelligenz, die das Gebiet der Sowjetrepublik verlassen, sind beim Abschied gezwungen, anzuerkennen, daß die KPR der „einzige organisierte politische Faktor im Lande ist.“ Mit Hinweisen auf den Terror kann man das nicht erklären, denn der europäische Faschismus ist trotz seiner Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel nicht fähig, das unaufhörliche Anwachsen des kommunistischen Einflusses in den Reihen der europäischen Arbeiterklasse zu hemmen. Im Gegenteil müssen unsere Feinde die Tatsache ihrer eigenen politischen Ohnmacht im Lande der proletarischen Diktatur rückhaltlos anerkennen. Worüber, sollte man denken, zerbricht sich jetzt der „Sozialistitscheskij Wjestnik“, das Organ der Herren Martow, Abramowitsch und Dan, den Kopf? – Darüber, wie man die russischen Arbeiter auf den Standpunkt des „reinen Trade-Unionismus“ bringen könnte! Sie frischen ihre Erinnerungen an den „Oekonomismus“ der 90er Jahre auf. Damals lieferten die Vorläufer der Menschewiki die Sache des politischen Kampfes an die liberale Bourgeoisie aus und behielten für sich nur den Kampf für wirtschaftliche Teilforderungen. Jetzt sind sie so an ihren eigenen Kräften verzweifelt, daß sie bereit sind, der gegenrevolutionären Kampf gegen die Sowjetmacht ausschließlich den Kanonen der Entente zu überlassen und für sich nur einen kleinen Platz im fremden Lager zu behalten. Plechanow schrieb einst, daß die Oekonomisten sich zwar nicht von der Arbeiterklasse „abwenden“, aber nur ihr Hinterteil sehen.

Von dem heutigen Menschewismus aber muß man sagen: Sein Blick ist auf das Hinterteil der Bourgeoisie gerichtet. Der Krach aller politischen Parteien der russischen Gegenrevolution, die einen hartnäckigen Kampf gegen die Sowjetmacht geführt haben, ist zweifellos. Alle befinden sich

endgültig und unwiderruflich jenseits der Grenzen Sowjet-Rußlands. Unter dem Einfluß der Neuen Wirtschaftspolitik und der Tatsache, daß die Elemente der neuen Bourgeoisie ans Tageslicht getreten sind, hat das ganze gegenrevolutionäre Emigrantentum sich an die Losung der „Ausnützung der legalen Möglichkeiten der Sowjets“ geklammert. Miljukow selbst erklärt in sehr warmen Ausdrücken in den Pariser „Poslednija Nowosti“, daß das Sowjetsystem eben wegen seiner „anarchischen Mängel“ viele Vorzüge für seine Ausnutzung gegen die Kommunisten bietet. Der Ton seiner Artikel, die den Neuwahlen der Sowjets gewidmet sind, gestattet fast die Annahme, daß er Anspruch darauf erhebt, an Stelle von Clara Zetkin, Max Hölz und Dombal zum Ehrenmitglied des Moskauer und Petersburger Sowjets gewählt zu werden.

Alle diese Hoffnungen und Erwartungen erwiesen sich als sinnlose Träumereien. Und es ist klar, weshalb: die Neue Wirtschaftspolitik hat einerseits die proletarischen Massen um ihre Klassenpartei zusammengeschlossen, andererseits jene Schichten von mittleren Bauern neutralisiert, die noch vor einigen Jahren gar nicht abgeneigt waren, bei Gelegenheit das Banditentum zu unterstützen.

[140] Die Neue Wirtschaftspolitik hat schon einige greifbare Resultate gezeitigt: die ersten Anzeichen einer Stabilisierung des Rubels, eine Entwicklung des Warenmarktes, einen Aufschwung der verarbeitenden Industrie. Wenn der Sieg über den Hunger und die Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft vor den Bauernmassen die Notwendigkeit demonstriert haben, sich im Interesse des wirtschaftlichen Wiederausbaues an die Sowjetmacht anzuschließen, so hat der Beginn des industriellen Aufschwunges und das Steigen des Arbeitslohnes den Arbeitern die Möglichkeit gegeben, die Resultate der Neuen Wirtschaftspolitik nüchtern zu beurteilen. In Petersburg, das in einigen Monaten seine Bevölkerungszahl um 50 Prozent bis zu fast 1.200.000 vergrößert hat, fanden die Wahlen zum Sowjet unter dem Zeichen der industriellen Wiedergeburt dieser großen Stadt der Revolution statt. Die Erfolge an der Wirtschaftsfront, die einstweilen noch schwach vereinzelt und vorläufig sind, geben der Politik den Ton an. Während des vorigen Jahres haben die Arbeiter- und Bauernmassen Sowjet-Rußlands an den Beispielen von Genua, Haag usw., die Festigkeit der internationalen Stellung ihrer Macht erkennen können. Es ist natürlich, daß die internationalen Erfolge ebenso wie die ersten Siege an der Wirtschaftsfront das einstimmige Vertrauensvotum für die KPR verursacht haben.

II.

Gleichzeitig mit dem Uebergang zur Neuen Wirtschaftspolitik hat die Partei eine Säuberung ihrer Reihen vorgenommen. Die neue Wirtschaftspolitik selbst hat eine solche „chemische Reaktion“ hervorgerufen, derart, daß die zufälligen Mitläufer und die Karrieristen sich automatisch außerhalb der Reihen der Partei stellten. Die privatkapitalistischen Elemente zogen alle Eigentümer, die zufällig in das proletarische Milieu hineingeraten waren, an sich heran. Gestern schien es ihnen, daß die KPR ihnen einen legalen Zufluchtsort bietet; mit der Legalisierung des freien Handels fanden sie in ihm ihren eigentlichen Beruf. Dieses Abströmen zeigte sich besonders deutlich auf dem Lande und innerhalb des städtischen Kleinbürgertums. Es begann in der ersten Hälfte des Jahres 1920 und endete im zweiten Halbjahr des Jahres 1922. Der Mittelbauer, der in der Armee bis zu einem gewissen Grade die Verbindung mit seinem Privateigentum verlor und zu einem Kommunisten wurde, kehrte, als er nach Beendigung des Bürgerkrieges nach Hause kam, zu seinem ursprünglichen Zustand wieder. Die Zugehörigkeit zur Partei wurde zu einem Hemmnis für die Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. Es ist sehr charakteristisch, daß gerade diese Mitläufer in ihrer Rechtfertigung des Austrittes aus der Partei die „radikalste“ Motivierung anführten: „Die Partei ist bürokratisch geworden. Solange sie an der Macht bleibt, wird sie sich nicht ändern. Wenn die Partei illegal wäre, würde ich bei ihr geblieben sein.“ Alle ähnlichen Erklärungen waren das Produkt einer gewissen Stimmung, die unter diesen Deserteuren stark verbreitet ist.

Als kleine Privateigentümer können sie die Widersprüche der Neuen Wirtschaftspolitik nicht verdauen. Den Kriegskommunismus verstanden sie als eine allgemeine soziale Versorgung; der Bürgerkrieg stellte auch das politische Problem ziemlich klar. Als sie mit der Neuen Wirtschaftspolitik zusammenstießen, sahen sie, daß sie auf dem Kopfe stehen, und beeilten sich, ihr Mißverständnis

wieder gutzumachen. Besonders die Menschewiki, die verleumderisch versuchen, die KPR als [141] eine verschwörerische Organisation von Karrieristen darzustellen, erwarteten von dem Abgang dieser Elemente den moralisch-politischen Tod der KPR. Die Betrüger wurden selbst von ihren Verleumdungen betrogen. Die Säuberung der KPR von den kleinbürgerlichen Mitläufern verstärkte ihren Einfluß auf die Massen und hob in deren Augen die Autorität der Organisation.

Trotz des Beschlusses des 11. Parteikongresses, die Aufnahme von neuen Mitgliedern bis zum 12. Kongreß einzustellen, werden die niederen Betriebsfraktionen buchstäblich belagert von Hunderten von Arbeitern, die in die Partei einzutreten wünschen. Am Jahrestag der Oktoberrevolution traten in Moskau 490 Mitglieder des Jugendverbandes in die Partei ein. Es ist selbstverständlich, daß der Prozeß der Selbstsäuberung der Partei ebenso lange fortdauern wird, wie die Neue ökonomische Politik. Die Bedingungen der Neuen Wirtschaftspolitik bringen die Möglichkeit mit sich, daß Vertreter der Partei in verschiedenen Institutionen, die vom „kapitalistischen Milieu“ dicht umgeben sind, sich von der Partei und von ihrer Klasse lostrennen. Das private Handels- und Wucherkapital sucht, indem es sich auf den freien Handel stützt, überall einzudringen, die ihm gestellten Hindernisse mit Hilfe von Bestechung, Protektion usw. zu umgehen. De Arbeiterstaat, in dessen Apparat, wie schon Genosse Lenin bemerkt hat, noch Hunderttausende von zaristischen und bürgerlichen Beamten sitzen, ist gezwungen, gegen das Kapital mit den Methoden der kapitalistischen Konkurrenz zu kämpfen. Der Nepman (der neue, auf dem Boden der Neuen Wirtschaftspolitik erwachsene Kapitalist) versucht diese Methoden und ihre organisatorische Technik zu benutzen, um den kommunistischen „Sanitätskordon“ zu durchbrechen. Die Kommunisten stehen an der Spitze der Wirtschaftsorgane, der Institutionen, des Staatsapparates; aber das alles genügt noch nicht, wenn man nicht nur regieren, sondern auch herrschen will. Nötig ist eine eingehende Sachkenntnis, Festigkeit und Planmäßigkeit in der Durchführung der von der Partei vorgezeichneten Linie. Andererseits führt das Nebeneinanderbestehen vom freien Handel und proletarischer Staatlichkeit zur Isolierung der verschiedenen Arbeitszweige voneinander und vor allem zur Trennung der wirtschaftlichen und der Verwaltungstätigkeit von der Gewerkschafts- und Parteiarbeit. Schon die Parteikonferenz im August 1922 wandte sich gegen die Folgen des reinen Rentabilitätsstandpunktes und des Ressortpatriotismus einzelner Wirtschaftler, die auf die Welt durch die Brille eines Fichteschen Idealismus schauen: Ich bin der Trust Soundso, und die übrige Welt kann in der Anarchie des Marktes versinken. Der Privatkapitalismus greift die Kommandohöhen der Sowjetwirtschaft nicht unmittelbar durch einen Frontalangriff an. Er greift von hinten an und sucht den ganzen Austausch zwischen den einzelnen Trusts und Wirtschaftsorganen in seine Hände zu bekommen.

Die Partei ist unter solchen Bedingungen vor allen anderen berufen, die Garantien und Verteidigungsmittel gegen die Umgehungsversuche des Kapitals zu schaffen. Die Partei versorgt den Sowjetapparat mit neuen Kräften, sie bereitet sie vor und schult sie. Sie beseitigt den organisatorischen Wirrwarr, der die Grundlagen der Sowjetwirtschaft bedroht. Die Partei wird an der Wirtschaftsfront, wo man jeden Tag unter dem Druck der kapitalistischen Welle neue Breschen schließen muß, eine noch größere Bedeutung spielen als an der Front des Bürgerkrieges. Die Partei, die Kommunistische Partei [142] muß es lernen, tüchtig Handel zu treiben, ohne sich von den Massen loszulösen – so formulierte es der 11. Parteitag der KPR.

Die Schwierigkeiten, die bei der Lösung dieser Aufgabe auftauchen, sind ohne weiteres klar. Dennoch hat die KPR in den 1½ Jahren der Neuen Wirtschaftspolitik nicht nur keinen Schritt zurückgemacht, sondern ist ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen.

III.

Die Partei muß lernen! Als die Kanonen donnerten, die Maschinengewehre knatterten, da hatte man keine Zeit dazu, ein Buch aufzuschlagen. Jetzt ist das die wichtigste Aufgabe, denn jetzt muß man die Siege erringen mit der Waffe des Wissens, mit dem Buch. Die Mehrzahl der Parteimitglieder ist in die Partei nach dem Jahre 1917, in den Jahren 1918, 1919, 1920 usw. eingetreten. Die Bildungsarbeit besteht deshalb vor allem in der Ausbildung der eigenen Kaders. Dabei sind die Bedingungen der neuen Wirtschaftspolitik viel komplizierter, als das während des Bürgerkrieges der Fall war.

Die heutige Situation erfordert größere Kenntnisse, eine Kenntnis der Grundlage des Marxismus. Man muß es verstehen, den Klassencharakter der Erscheinungen zu bestimmen. Die Bildungsarbeit ist deshalb notwendig, um den großen breiten Massen der Parteimitglieder die Möglichkeit zu geben, sich über die Aufgaben in der gegenwärtigen Situation zu orientieren. Die ersten Symptome der Wiedergeburt der bürgerlichen Ideologie, als eines Massenartikels, sind schon zutage getreten. Die konterrevolutionären Politikanten versuchen aus einer Fliege einen Elefanten zu machen, und mit Elfenbein zu handeln. Sie geben die Bourgeoisie, die auf dem Boden der neuen Wirtschaftspolitik erwachsen ist, für einen ernsten politischen Faktor aus. Das ist nicht der Fall, und in der nächsten Zeit ist das unmöglich. Aber auf der Grundlage des Privateigentums und des Warenhandels entsteht unausbleiblich und unaufhörlich erst der Kapitalismus, dann die bürgerliche Psychologie und die Elemente der bürgerlichen Ideologie. Ein stiller Kampf um die Wege des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft geht vor sich: sollen die Produktivkräfte wieder hergestellt werden durch die Macht der gesellschaftlich organisierten proletarischen Sowjetwirtschaft, oder werden die privatkapitalistischen Elemente sich einen eigenen Weg bahnen? Die ersten Anzeichen einer Besserung der Lage der Sowjetindustrie haben gezeigt, daß unter den Arbeitermassen ein richtiggehender proletarischer „Industriepatriotismus“ wach wird. Sie fühlen mit ihrem Klasseninstinkt, was ihnen droht, wenn der freie Handel die Großindustrie auffrißt. Jeder Schritt der Großindustrie nach vorwärts wird von den Arbeitern als eine Befestigung ihrer Klassenposition, ihrer Macht betrachtet. In Sowjetrußland sieht der Arbeiter unmittelbar, wie alles wieder auflebt, wenn eine Fabrik in Gang kommt. Die Arbeiterviertel beleben sich, die Konsumgenossenschaft der Fabrik vergrößert ihre Umsätze, das Straßenpflaster wird verbessert, eine Straßenbahnlinie wird angelegt, ein Theater eingerichtet.

Als richtiggehende Bourgeois wieder anfingen, sich auf legale Art und Weise in den Straßen zu bewegen, wurden die Arbeitermassen durch diese Erscheinung der Neuen Wirtschaftspolitik daran erinnert, daß der Kapitalismus noch nicht ganz besiegt ist. Dennoch ist durch die ökonomischen Folgen der Neuen Wirtschaftspolitik: die Belebung der Industrie der Städte, das allmähliche Steigen des Arbeitslohnes – diese Politik in den Augen der Arbeiter gerechtfertigt.

[143] Der Wissensdurst unter den Massen des Proletariats ist ungeheuer. Das Jahr 1922 hat etwas ganz Neues auf diesem Gebiete gebracht, nämlich die Eroberung der Hochschule, die bis jetzt eine Domäne der weißen Professoren war, durch die Arbeiterfakultäten. 30.000 Mitglieder der Arbeiterfakultäten sind eine staatliche proletarische Vorhut. Noch im vorigen Jahre riefen die Vertreter der alten weißen Studentenschaft den ungebetenen Gästen aus den Arbeiterfakultäten zu: „Geht in die Fabrik, Ihr solltet Karren ziehen!“ Diese bürgerlichen Gemeinheiten wurden von den gebildeten Professoren als „Lichtstrahl im Reich der Finsternis“ begrüßt. In diesem Jahre war die Masse der Arbeiter, die den Arbeiterfakultäten zuströmte, besonders groß. Ueberdies traten die Hörer der Arbeiterfakultäten vom vorigen Jahr jetzt in die eigentliche Hochschule ein. Die Arbeiterfakultäten haben die Hochschule für die Arbeiterklasse erobert. Das wurde besonders klar durch die Sowjetwahlen an den Hochschulen Petersburgs und Moskaus unterstrichen. Soweit, was die Vorbereitung der Kaders von Führern für Wissenschaft und Technik anbelangt. Hier steht die Partei erst am Beginn ihrer Arbeit.

Innerhalb der Partei nimmt die Frage der marxistischen Ausbildung eine zentrale Stelle ein. Die erste Stufe sind Elementarkurse für politische Ausbildung, die über die Grundbegriffe des Programms der KPR der internationalen Arbeiterbewegung und der Geschichte der Revolution, unterrichten. Die zweite Stufe sind marxistische Zirkel, hauptsächlich an industriellen Großbetrieben, wo die Anfänge der Nationalökonomie, die Grundlagen der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung und des historischen Materialismus durchgenommen werden. Die dritte Stufe sind Diskussionsklubs, wo einzelne Probleme der Theorie und Praxis des Marxismus systematisch studiert werden.

In breitesten Parteikreisen ist das Interesse zur wissenschaftlichen Theorie in ungeheurem Maße erwacht. Die Partei ist zu keinem Propagandazirkel geworden; sie will das nicht werden, sie kann die Sorge um die aktuellen politischen Aufgaben nicht von sich weisen. Aber wenn sie von ihrer täglichen Arbeit im Betrieb, in Wirtschaftsorganen, im Regiment, im Sowjet zurückkehrt, greift sie

mit Zehntausenden von Händen nach dem Buch, um das Elend und die Schwierigkeiten des Kampfes mit der Waffe des Wissens zu besiegen.

IV.

Die Wiederherstellung der Schwerindustrie, die allseitige Verbesserung des materiellen und kulturellen Niveaus der Arbeitermassen – das absorbiert jetzt die ganze Energie der Partei. Alles wird diesem untergeordnet, denn die Wiederherstellung der Schwerindustrie ist eine ungeheuer schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe. Man muß die Genossenschaften stärken und ausbauen, sie sind mit den alltäglichen Nöten des Arbeiters eng verbunden. Man muß täglich eingehend und vorsichtig immer wieder und wieder die einzelnen Glieder in der Kette der Wirtschaft nachprüfen. Wenn man zum organisatorischen Leiter einer Betriebsfraktion kommt, hat er einen ganzen Haufen von aktuellen Fragen vorzubringen: Betriebsvollversammlung und Bericht des Betriebskonsumvereins, Versicherungsgesellschaft, Verhandlungen mit der Gewerkschaft über den Tarif, Versammlungen im Parteibezirk usw. In jeder Fraktion, in jeder Parteiinstitution laufen die verschiedenartigsten Fragen zusammen. Man muß dafür sorgen, daß [144] der Spezialist und Ingenieur einen Parteigenossen, der in die Fabrik eintritt, nicht an einen solchen Platz stellt, wo er von den anderen Arbeitern isoliert ist; man muß sich darum kümmern, daß ein Genosse, der auf wirtschaftlichem Gebiete arbeitet, nicht in der Absicht, die Rentabilität aufrecht zu erhalten, zu weit geht; man muß sehen, daß der Bericht der Genossenschaft in der nächsten Versammlung konkret die wichtigen Punkte berührt und auch daß man einen guten Referenten über den 4. Kongreß der Komintern bekommt usw.

Trotz dieser Universalität der Parieiarbeit ist die Trennung der eigentlichen Parteiarbeit von der Sowjetarbeit schon weit fortgeschritten. Die Partei hat sich so von unnötiger Ueberlastung mit Fragen verwaltungstechnischer Art befreit.

Die KPR steckt bis an die Ohren in der Arbeit Das ist der alle gemeine Eindruck, den jeder hat, der, wenn auch nur flüchtig, Tätigkeit betrachtet.

Umgeben vom internationalen Kapitalismus, inmitten eines kleinbürgerlichen Milieus im eigenen Lande, unter ungeheuren Hindernissen, die die Arbeiterbewegung bisher noch nicht gekannt hat, schreitet die KPR vorwärts unter dem Banner der Oktoberrevolution, dem Banner der Kommunistischen Internationale.

*

Zum Problem der Valutastabilisierung.

Von E. V a r g a.

Die Tatsache der fortschreitenden Entwertung der mitteleuropäischen, vor allem der deutschen Valuta, hat eine Flut von Büchern, Broschüren und Zeitungsaufsätzen über die Möglichkeit der Stabilisierung der Valuta hervorgebracht. Viel wertloses, aber auch manches von Wert. (Von Interesse ist z. B. das Buch von S c h a e f e r: „Die klassischen Valutastabilisierungen“.). Es wird daher nützlich sein, das Problem der Valutastabilisierung etwas näher zu behandeln.

Marx selbst hat sich mit dem Problem des Disagio und der Veränderlichkeit des Kurses der Valuten nicht befaßt. Seine Aufmerksamkeit war vor allem darauf gerichtet, das Wesen des Geldes unter normalen Verhältnissen aus dem Wirrwarr der bürgerlichen Theorien herauszuheben. In allen seinen Untersuchungen nimmt Marx das Geld als im Werte stabil an. Nur sehr kurz berührt er im 1. Bande des „Kapitals“ die Möglichkeit der Aenderung des Geldwertes durch Aenderung der Produktionskosten des Goldes. Als Maß der Werte kann Gold nur deshalb dienen, weil es selbst Wert ist, d. h. Arbeitszeit enthält. Mit der Aenderung des Quantums an Arbeitszeit, das in einem gewissen Quantum Gold enthalten ist, sollte sich der Wert des Goldes entsprechend ändern, und da das Gold Maß der Werte und die einzelnen Goldquantitäten Maß der Preise sind, müßten sich die Preise stetig im umgekehrten Verhältnis zur Aenderung der im Gold enthaltenen Arbeitszeit, oder anders ausgedrückt, zu den Produktionskosten des Goldes ändern.

[145] Durch die rechtlich bestimmte Teilung des Goldes in gewisse fixe Quantitäten, die in gemünzter Form in Verkehr kommen, wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Gold als Wertmaß und den Goldquantitäten als Maßstab der Preise langsam verwischt. Die Münze erhält einen eigenen Namen, figuriert als solche in der Zirkulation. Dies gibt die Möglichkeit der Ersetzung des Goldes als Zirkulationsmittel durch papierne Geldzeichen.

„Das Papiergeld ist Goldzeichen oder Geldzeichen. Sein Verhältnis zu den Warenwerten besteht nur darin, daß sie ideell in denselben Goldquanta ausgedrückt sind, welche vom Papier symbolisch sinnlich dargestellt werden. Nur sofern das Papiergeld Goldquanta repräsentiert, die, wie alle andren Warenquanta, auch Wertquanta – ist es Wertzeichen.

Es fragt sich schließlich, warum das Gold durch bloße wertlose Zeichen seiner selbst ersetzt werden kann? Es ist aber, wie man gesehen, nur so ersetzbar, soweit es in seiner Funktion als Münze oder Zirkulationsmittel isoliert oder verselbständigt wird. ... Dies gilt für die von Papiergeld ersetzbare Minimalmasse Gold. Sie haust beständig in der Zirkulationssphäre, funktioniert fortwährend als Zirkulationsmittel und existiert daher ausschließlich als Träger dieser Funktion. Ihre Bewegung stellt also nur das fortwährende Ineinanderumschlagen der entgegengesetzten Prozesse der Warenmetamorphose W-G-W dar, worin der Ware ihre Wertgestalt nur gegenübertritt, um sofort wieder zu verschwinden. Die selbständige Darstellung des Tauschwerts der Ware ist hier nur flüchtiges Moment. Sofort wird sie wieder durch andre Ware ersetzt. Daher genügt auch die bloß symbolische Existenz des Geldes in einem Prozeß, der es beständig aus einer Hand in die andre entfernt. Sein funktionelles Dasein absorbiert sozusagen sein materielles. Verschwindend objektivierter Reflex der Warenpreise, funktioniert es nur noch als Zeichen seiner selbst und kann daher auch durch Zeichen ersetzt werden. Nur bedarf das Zeichen des Geldes seiner eignen objektiv gesellschaftlichen Gültigkeit, und diese erhält das Papiersymbol durch den Zwangskurs. Nur innerhalb der von den Grenzen eines Gemeinwesens umschriebenen oder inneren Zirkulationssphäre gilt dieser Staatszwang, aber auch nur hier geht das Geld völlig auf in seine Funktion als Zirkulationsmittel oder Münze und kann daher im Papiergeld eine von seiner Metallsubstanz äußerlich getrennte und bloß funktionelle Existenzweise erhalten.“[*)]

Diese Ausführungen Marx’ müssen – wie ich das bereits vor zehn Jahren ausführte[**)] und Kautsky und O. Bauer gegenüber auch heute für richtig halte – in einem Punkte modifiziert werden. Das moderne Valuta- und Notenbanksystem, das vor dem Kriege bestand, hat den Wert des Goldes von den gegenwärtigen Produktionskosten praktisch unabhängig gemacht. Die Notenbanken der kapitalistischen Länder haben vor dem Kriege jedes Quantum neu produzierten Goldes zu einem fixen Preise ausgekauft; d. h. sie gaben eine fixe Quantität von gemünztem Gold oder gleichwertigen Banknoten für jedes angebotene Quantum von neu produziertem Barrengold. Dies bedeutete, daß die Goldproduzenten für ihre Produkte einen im vorhinein fixierten Preis erhielten. Hierdurch schied das neu produzierte Gold aus der Reihe jener Waren, deren Wert sich mit der Veränderung der in ihnen enthaltenen Arbeitszeitverändert, aus. Das Gold wurde [146] in ähnlicher Weise wie die landwirtschaftlichen Produkte zu einer Ware, deren Verkaufspreis nicht durch die zur Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt ist, auch nicht durch die Produktionskosten jenes unter den schlechtesten Bedingungen produzierten Quantums, das zur Versorgung des Marktes noch notwendig ist wie bei Getreide, sondern durch den amtlich fixierten Ankaufspreis des Goldes. Da die zentralen Notenbanken jedes angebotene Quantum Gold zu dem fixen Ankaufspreis tatsächlich aufkauften, so regulierten nicht die Produktionskosten – weder die gesellschaftlich notwendigen, wie bei den schrankenlos produzierbaren Waren, noch die Produktionskosten der unter den schlechtesten Verhältnissen produzierten Warenmenge, wie bei Getreide – den Preis, sondern der fixe Ankaufspreis entschied darüber, ob ein Goldbergwerk betrieben werden kann oder nicht. Waren die Produktionskosten des Goldes in einem Bergwerk höher als der fixierte Goldankaufspreis, so ergab die Produktion einen Verlust, und das Bergwerk mußte geschlossen werden. Wenn hingegen ein Bergwerk mit viel niedrigeren Kosten als der fixierte Ankaufspreis Gold produzierte,

[*)] Kapital, Bd. 1, Seite 93. Diese Ausführungen beziehen sich auf das Stadium der einfachen Reproduktion: Papierne Zirkulationsmittel können als Banknoten in den Verkehr treten, indem dieselben die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel (Kreditgeld) auf sich nehmen.

[**)] Siehe die „Neue Zeit“, Jahrgang 1912-1913.

so führte dies nicht zu einer Senkung des Goldpreises – da für die Goldproduzenten keinerlei Ursache dafür bestand, ihr neu produziertes Gold billiger als zum fixen Ankaufspreis zu verkaufen – sondern zur Entstehung einer Differential-Bergwerksrente. Auf diese Weise war der Preis unabhängig von der im neu produzierten Golde enthaltenen Arbeitszeit, also unabhängig von den Produktionskosten stabilisiert. Die Voraussetzung hierfür ist, wie wir besonders betonen wollen, daß die zentralen Notenbanken tatsächlich jedes Quantum an Gold zu fixem Preise aufkauften. Wäre der Zustand eingetreten, daß eine so große Quantität neu produzierten Goldes auf den Weltmarkt gekommen wäre, daß die Notenbanken diese Quantitäten nicht glatt hätten aufnehmen können, so wäre unter den Goldproduzenten eine freie Konkurrenz entstanden. Sie hätten neu produziertes Gold gegen gemünztes[***)] Gold, Papiergeld oder unmittelbar gegen Ware billiger angeboten, als der fixe Preis. In diesem Falle hätte sich eine Verbilligung der Produktionskosten des Goldes im allgemeinen Preisniveau durchgesetzt. Tatsächlich war dies aber nicht der Fall, und die wirklich eingetretene Verbilligung der Produktionskosten des Goldes führte zu keiner Aenderung der Preise, sondern zu der Entstehung einer Differential-Bergwerksrente im Goldbergbau, wie ich dies an der angeführten Steile auch statistisch nachgewiesen habe.

Dieses Unabhängigwerden des Goldpreises von den Produktionskosten des Goldes gab der Geldeinheit eine endgültige Stabilität und erleichterte hierdurch den Ersatz des Goldes durch Zirkulations- und Zahlungsmittel ohne Eigenwert. Je weiter der Kapitalismus sich entwickelte, je mehr das Geld seinen Charakter als Ware mit eigenem Wert verlor, je stärker das Geld nur als Zirkulationsmittel und als Rechengeld fungierte, desto leichter und glatter ging der Ersatz des Goldes durch in ihrer Naturalform wertlose Geldzeichen, Voraussetzung hierfür ist aber immer, daß die Summe der Geldeinheiten, die auf dem gesamten Quantum der zirkulierenden Papiergeldmasse gedruckt steht, nicht größer sein darf, als die Summe der Geldeinheiten im Falle, daß die Zirkulation durch wirkliches Gold abgewickelt würde.

[147] All dies bezieht sich nach Marx' Auffassung nur auf die Zirkulation innerhalb eines Landes.

„Mit dem Austritt aus der inneren Zirkulationssphäre streift das Geld die dort ausschießenden lokalen Formen vom Maßstab der Preise, Münzen, Scheidemünzen und Wertzeichen wieder ab und fällt in die ursprüngliche Barrenform der edlen Metalle zurück. Im Welthandel entfaltet die Ware ihren Wert universell. Ihre selbständige Wertgestalt tritt ihnen daher hier auch gegenüber als Weltgeld. Erst auf dem Weltmarkt funktioniert das Geld in vollem Umfang als die Ware, deren Naturalform zugleich unmittelbar gesellschaftliche Verwirklichungsform der menschlichen Arbeit in abstracto ist. Seine Daseinsweise wird seinem Begriff adäquat.“[*)]

Tatsächlich dienten aber vor dem Kriege im internationalen Verkehr ebenfalls Geldzeichen – Noten und Devisen – als internationales Zirkulationsmittel. Dies freilich nur so lange, als alle Valutakurse sich nicht über ein gewisses Minimum über oder unter der Goldparität bewegten. Wenn in einem Lande mit effektiver Goldvaluta der Fall eintrat, daß man für eine fremde Geldeinheit – d. h. für ein gewisses Goldquantum, in fremder Währung ausgedrückt – mehr Einheiten der inländischen Valuta bezahlen mußte, als die Kosten, die der Umtausch der inländischen Valuta in Gold plus Frachtkosten dieses Goldes nach jenem Lande, dessen Geldeinheit benötigt wurde, verursachte, so zahlte man durch unmittelbare Goldversendung[**)]. Auf diese Weise konnte die Wertgleichheit der in verschiedenen Währungen ausgedrückten Goldquantitäten durch Goldsendungen international aufrecht erhalten werden. An diesem Punkte muß der Begriff der Zahlungsbilanz setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen, verstehen wir sämtliche Verpflichtungen und Forderungen eines Gebietes mit einheitlicher Währung gegenüber dem Weltmarkte. Diese Zahlungsbilanz seht sich aus verschiedenen Elementen zusammen und zwar:

[***)] Dieser Zustand seht natürlich das Aushören der freien Ausprägung von Gold in Goldmünze, was mit dem Auskauf von Goldbarren zu einem fixen Preise gleichbedeutend ist, voraus.

[*)] „Kapital“ Bd. 1, Seite 105.

[**)] Zu den Transportkosten müßte natürlich der Zinsverlust während der Transportdauer hinzugerechnet werden, da Devisen auch während ihres Transportes Zinsen tragen, Gold in seiner Naturalform aber nicht.

1. Das Saldo der Handelsbilanz, . h. die Differenz des Wertes der im Verlauf einer Periode aus dem Gebiete aus- und eingeführten Waren.

2. Der „unsichtbare“ Export bezw. Import. d. h. jene Einnahmen und Ausgaben, die dem Gebiete laufend aus Zinsen des Auslandskapitals, Gewinn des internationalen Zwischenhandels, der Schiffahrt, Geldsendungen von Auswanderern, Ausgaben von ausländischen Besuchern im Inland usw. zufließen.

3. Kapitalexport bezw. Kapitalimport.

Die Zahlungsbilanz eines Währungsgebietes kann, die ersten zwei der hier genannten Faktoren in Betracht gezogen, aktiv sein. Dies ist der Fall, den Schaefer eine „eigen-aktive“ Zahlungsbilanz nennt, d. h. das Währungsgebiet, oder kürzer, das Land kann allen seinen Verpflichtungen dem Weltmarkt gegenüber Genüge leisten, ohne auf einen Kapitalkredit aus dem Ausland angewiesen zu sein. In diesem Falle wird das Papiergeld dieses Landes auf dem Weltmarkte seinen Nominalwert, d. h. den Wert des durch das Papiergeld repräsentierten Goldquantums gleich oder evtl. höher gewertet sein, (Gleich gewertet [148] in Ländern mit effektiver Goldvaluta und evtl. höher bewertet in Ländern, die keine effektive Goldvaluta besitzen.) Dies ist selbstverständlich: denn alle ins Ausland gelangenden Noten und Devisen eines Landes mit eigen-aktiver Zahlungsbilanz finden auf dem Weltmarkt volle Verwendung zur Abtragung der Verpflichtungen des Weltmarktes gegenüber diesem Lande. Es kann sich daher niemals der Fall ergeben, daß sich im Auslande überflüssige papierne Geldzeichen dieses Landes ansammeln oder anders ausgedrückt: daß dieses Land in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, Zahlungen an das Ausland nicht in Papier, sondern effektiv in Gold leisten zu müssen, um einer Entwertung der Valuta vorzubeugen. Oder vom Standpunkt des einzelnen inländischen Zahlungspflichtigen betrachtet: es kann nicht vorkommen, daß die Abtragung einer ausländischen Verpflichtung für einen inländischen Privatschuldner durch Versendung von Gold billiger erfolgen könnte, als durch Versendung eigener Noten oder durch Ankauf ausländischer Devisen.

Ergibt sich aus den oben erwähnten zwei ersten Posten der Zahlungsbilanz ein passives Saldo, so kann die Parität der inländischen Valuta dem Ausland gegenüber nur durch fortgesetzte Goldsendungen aufrecht erhalten werden. Fortgesetzte Goldsendungen sind nur in jenen Ausnahmefällen möglich, wo die eigene G o l d p r o d u k t i o n des Landes größer ist als das Passivsaldo der Zahlungsbilanz. Bei allen anderen Ländern würde ein fortgesetzter Geldexport die relativ überall geringen Goldvorräte in absehbarer Zeit erschöpfen. In solchen Fällen kann die Stabilität der Valuta nur durch Kapitalimport aus dem Auslande erhalten werden. Es ist dies der Fall, den Schaefer eine „geborgt-aktive“ Zahlungsbilanz nennt. Nun muß aber gesagt werden! Kapitalimport bedingt Zinszahlung ins Ausland – hat also die Tendenz zu fortschreitender Verschlechterung der ersten zwei Posten der Zahlungsbilanz durch die hinzukommenden Zinsen des neu importierten Kapitals.

Hier kommen wir unseres Erachtens zu dem Kern des Valuta-Stabilisierungsproblems: Die Valuta eines Landes kann nur stabil sein, wenn die Produktionsbilanz des Landes aktiv ist, d. h. die Neuproduktion von Werten größer ist als der innere Konsum plus die laufenden Verpflichtungen dem Auslande gegenüber.[*)]

*

Das Problem der Stabilisierung sich entwertender Valuten ist daher unserer Ansicht nach kein Problem der Zahlungsbilanz, sondern ein Problem der Produktionsbilanz. Die Gestaltung der Zahlungsbilanz ist für die Dauer eine Funktion der Gestaltung der Produktionsbilanz.

Wir sagen: auf die Dauer. Für kürzere Zeiträume ist es möglich, eine aktive Zahlungsbilanz und daher Stabilität der Valuta oder Neustabilisierung einer entwerteten Valuta zu erreichen. Es ist denkbar, daß auf Kosten des früher akkumulierten Reichtums des Landes der Export von Waren

[*)] Bei Marx ist die stetige Akkumulation von Kapital, d. h. eine aktive Produktionsbilanz als eine Grundvoraussetzung des normalen, sich erweiternden Kapitalismus immer vorausgesetzt.

künstlich forciert und auf diese Weise eine aktive Zahlungsbilanz künstlich hervorgerufen wird. Auf die Dauer muß aber dieses Mittel in ähnlicher Weise versagen, wie der Goldexport. Aehnlich steht es mit der Herstellung einer geborgt-aktiven Zahlungs-[149]bilanz durch Aufnahme von großen Anleihen im Auslande. Beide Mittel können nur vorübergehend zu einer Stabilisierung der Valuta führen.

Eine negative Produktionsbilanz führt notwendigerweise zur Ausfüllung der entstandenen Lücke durch papierne Geldzeichen, d. h. es bleibt oder kommt eine größere Gesamtsumme von Geldeinheiten in Papiergeldform in Zirkulation, als diese in effektivem Gold aufnehmen würde. Dies führt unvermeidlich zu einer Entwertung des Geldes im inneren Verkehr, da die Preise sich entsprechend erhöhen müssen, um der gesamten, in der Zirkulation vorhandenen Papiergeldsumme (jedem einzelnen Stück Papiergeld) zu ermöglichen, als Zirkulationsmittel fungieren zu können. Diese Entwertung des Geldes auf dem inneren Markte bedeutet, daß das Ausland eine größere Summe von inländischem Papiergeld zum Ankauf irgend einer Ware verwenden muß, als es dem durch die Währungseinheit nominell repräsentierten Goldquantum entsprechen würde[**)].

Die Entwertung der Geldeinheit im Inlande zieht daher notwendigerweise die Entwertung derselben im Auslande nach sich[***)].

Wir glauben, daß alle jene Ursachen der Entwertung des Geldes, die kunterbunt durcheinander geworfen werden, sich auf eine negative Produktionsbilanz reduzieren.

Die von der Quantitätstheorie als Ursache der Geldentwertung angeführte Tatsache der übermäßigen Vermehrung des Papiergeldes ist nur eine Erscheinung zweiter Stufe. Die Notwendigkeit der über die Grenzen der Ausnahmefähigkeit der Zirkulation erfolgenden Vermehrung des Papiergeldes ergibt sich durch das Produktionsmanko. Die Lücke, die durch den Mehrverbrauch an Werten entsteht, wird durch Papiergeldzeichen verhüllt.

Aehnlich steht es mit jener Theorie, die in dem Defizit des Staatshaushaltes die Ursache der Geldentwertung sieht. Das Defizit des Staatshaushaltes ist nur dann eine Ursache der Geldentwertung, wenn dieses Defizit eine Teilursache des Produktionsdefizits der gesamten Volkswirtschaft des Landes bildet: ist hingegen die Produktionsbilanz des Landes aktiv, so kann die Stabilität der Valuta trotz ständigen Defizits des Staatshaushalts erhalten bleiben[*)], wofür es viele historische Beweise gibt.

[150] Wenn wir nun die praktische Frage der Valuta-Stabilisierungsmöglichkeit für Deutschland oder Rußland oder ein anderes Land aufwerfen, so müssen wir folgendes sagen:

Die Vorbedingung einer Stabilisierung der Valuta – was natürlich keinesfalls bedeutet, daß die nominelle Geldeinheit wieder mit dem gleichen Quantum an Gold gleichgesetzt sein könne wie ursprünglich – ist eine aktive Produktionsbilanz, d. h. ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum, wobei die Zahlungsverpflichtungen des Landes dem Auslande gegenüber zu dem Konsum hinzugezählt werden müssen. Ist die Aktivität der Produktionsbilanz vorhanden, oder ist es aus der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ersichtlich, daß dasselbe sich einer aktiven Produktionsbilanz nähert, so kann die Neustabilisierung der Valuta durch Anleihen im Auslande beschleunigt

[**)] Z. B. kann man für 1 Dollar, der das 4,2fache Goldquantum der Mark repräsentiert, in den Vereinigten Staaten vielleicht das fünfhundertfache an Waren, an Arbeitszeit, laufen, als für 4,2 Papiermark in Deutschland.

[***)] Zeitweise kann die innere Kaufkraft der Geldeinheit trotzdem höher sein als ihre Bewertung im Auslande. Dies hängt mit der politischen Beurteilung und damit zusammen, daß die durch außerpolitische Momente entstehende momentane Entwertung des Geldes bedingte Preissteigerung sich durch Widerstände verlangsamt, durchsetzt. Die Steigerung der Großhandelspreise in Deutschland ist z. B. relativ größer als die Steigerung der Kleinhandelspreise. Indessen ändert dies nichts an der Tatsache, daß der Ausgangspunkt der internationalen Entwertung des Geldes in der inneren Entwertung, z. B. in einer Produktionsbilanz mit negativem Saldo zu suchen ist.

[*)] Der umgekehrte Fall, daß der Staatshaushalt bei einer passiven Produktionsbilanz des Landes im Gleichgewicht sei, dürfte nur ein besonderer Ausnahmefall sein, da eine passive Wirtschaft die Kosten des Staatshaushaltes ohne Defizit kaum decken kann.

werden. Ist keine Aktivität der Produktionsbilanz vorhanden, so nutzen Auslandsanleihen nichts; sie können nur zur zeitweiligen Verlangsamung des Tempos der Valutaentwertung dienen.

Die Aussichten der Möglichkeit einer Valutastabilisierung für Deutschland werden unseres Erachtens im allgemeinen durch Hilferding, Parvus, Schaefer usw. zu optimistisch beurteilt. Uns scheint es, daß die Wirtschaft Deutschlands durch den Krieg so stark erschüttert ist, daß selbst bei einer weitgehenden Reduzierung der Reparationsverpflichtungen seine Produktionsbilanz nicht aktiv sein würde und daher eine Valutastabilisierungsanleihe, d. h. die Herstellung einer geborgt-aktiven Zahlungsbilanz die Stabilisierung der Mark nur auf kurze Zeit möglich machen würde.

Viel besser scheinen uns, beiläufig bemerkt, die Aussichten der Stabilisierung der Valuta in Rußland. Die Herstellung einer aktiven Produktionsbilanz ist für Rußland deshalb viel leichter, weil es nicht durch ausländische Zahlungsverpflichtungen, Reparationen, Zinszahlungen belastet ist. Ferner besteht die Möglichkeit einer aktiven Produktionsbilanz für Rußland in stärkerem Maße als für Deutschland, weil Rußland in der Ausnutzung seiner Naturschätze eine viel größere Möglichkeit der Erhöhung der Produktion besitzt als das industrielle Deutschland, das nur durch eine Vergrößerung der Arbeitsleistung, durch Verbesserung des sachlichen und menschlichen Produktionsapparates seine Produktion erhöhen könnte. Aber gerade diese Verbesserung des sachlichen und menschlichen Produktionsapparates scheitert in Deutschland an dem Mangel an zuschüssigem Kapital, d. h. an der Tatsache der passiven Produktionsbilanz.

Andererseits besteht für Deutschland als kapitalistischem Lande die größere Möglichkeit – in dem Falle, daß die Reparationszahlungen entsprechend herabgesetzt werden – durch Auslandskredite eine geborgt-aktive Zahlungsbilanz herzustellen und die Stabilisierung der Mark zu beschleunigen, während Rußland infolge des Mangels an Vertrauen der ausländischen Kapitalisten in das proletarische Regierungssystem auf Auslandskredite weniger rechnen kann.

Zusammenfassend würden wir also sagen, daß die Aussichten für eine endgültige Stabilisierung der Valuta in Rußland besser und endgültiger, wenn auch vielleicht in etwas weiterer Ferne liegend sind als in Deutschland. Ob es in Deutschland überhaupt zu einer Stabilisierung der Mark kommen wird, hängt natürlich nicht nur von der Frage der Regelung der Reparationen und der Entwickelung der eigenen Wirtschaft Deutschlands ab, sondern in erster Linie von dem [151] weiteren Schicksal der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Von einer Markstabilisierung kann überhaupt nur dann die Ree sein, wenn in dem Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft ein zeitweiliger Stillstand eintritt.

*

Die Zerrüttung der Volksgesundheit durch den Wucher.

Von Wilhelm Swienty.

Der Dollar steigt von Tag zu Tag. Schon hatte er für kurze Zeit die 150.000-Mark-Grenze überschritten. Durchschnittlich hält er sich augenblicklich auf über dem fünftausendfachen seines Friedenswertes (23.000 M.). Diese Markentwertung wird im Inlande von den Agrariern und Kaufleuten dazu benutzt, um die an und für sich schon im Verhältnis zum Lohne außerordentlich hohen Lebensmittelpreise noch weiter in die Höhe zu treiben. Wucher und Schiebertum halten in der „freiesten Republik“ der Welt ihren Siegeszug. Noch nie hat das Kapital ein besseres Geschäft gemacht als jetzt. Die Preise sämtlicher Waren sind seit dem 12 Januar, dem Tage der Ruhrbesetzung, um 300 bis 400 Prozent gestiegen, die Lebensmittelpreise durchschnittlich um über 300 Prozent. Dagegen sind die Arbeiterlöhne und die Gehälter der Angestellten, die schon vordem nicht ausreichten, um auch nur das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu kaufen, durchschnittlich um höchstens 460 Prozent seit Anfang vorigen Monats erhöht worden. Ende vorigen Jahres reichte der Lohn eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern gerade aus, um ein Drittel des proletarischen Existenzminimums zu decken. Die Kaufkraft des Lohnes hat sich aber seit dieser Zeit so sehr verschlechtert, daß sich der Arbeiter und Angestellte nur noch ein Viertel des zum Lebensunterhalt Notwendigen beschaffen kann.

Daß eine solche Lohnpolitik nicht ohne schwerste Folgen für die Volksgesundheit bleiben kann, ist wohl klar. Und tatsächlich haben sich in jeder Hinsicht sowohl der Ernährungszustand, als auch die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern in Deutschland erheblich verschlechtert!

Wie nie zuvor fordert heute die Schwindsucht in all ihren Formen und Abarten jährlich Tausende von Opfern. Man hat sie die „weiße Seuche", die „Pest des zwanzigsten Jahrhunderts" genannt! Sie ist als Gradmesser für den Stand der Volksgesundheit anzusehen. Eine reine Ernährungskrankheit, beruht sie auf der völligen oder fast völligen Entziehung von Eiweißstoffen und Fett. Eine solche Kost, die jeden Nährwertes bar ist, kann auf die Dauer auch von einem noch so gesunden Körper nicht vertragen werden. Tatsächlich hat sich die Erkrankungsziffer an Tuberkulose gegenüber 1913 verdreifacht. Die Sterblichkeit an der Schwindsucht betrug 1913 auf 10.000 Lebende 15,7; 1918: 30,0; 1921: 15,8, nach den bisherigen, noch nicht abgeschlossenen Berechnungen für 1922 etwa 26,0. (Diese Statistik ist das Resultat von Erhebungen, die in sämtlichen deutschen Orten mit 15.000 und mehr Einwohnern vorgenommen wurde.)

Die eben angeführten Zahlen gelten nur für die Lungentuberkulose. Unter dem Proletariat wüten aber außerdem noch in geradezu erschreckender Weise die anderen Formen der Schwindsucht, besonders Drüsen-, Knochen- und Gelenktuberkulose. Daß auch schon von bürgerlicher Seite die Gefahren, die aus der Verelendung der Proletarierkinder und besonders der Jugend, dem Volksganzen drohen, erkannt werden, beweist ein erschütternder „Aufruf der Aerztekammer der Provinz Sachsen zur Bekämpfung des Hungertodes". In diesem Aufruf heißt es wörtlich: „und jetzt, vier Jahre nach dem Friedensschluß, geht noch grausiger als damals, [152] das klappernde Gespenst des Hungertodes in den Städten um und fordert namentlich in der Kinderwelt, aber auch unter den Erwachsenen zahllose Opfer. Dabei strotzen die Schaufenster, wie niemals im Frieden, von verlockenden Lebensmitteln und Delikatessen, von Schokoladen, Likören und Zigaretten. Lebensmittel sind in bester Beschaffenheit und strotzender Fülle zu erhalten. Wegen der unerschwinglichen Preise sind aber für recht viele (nach meiner Meinung sind dies sämtliche Arbeiter. D. Vers.), die allernötigsten Lebensmittel nicht zugänglich. Das ekelhafteste Protzentum und Schlemmerleben auf der einen Seite – auf der anderen: Verzweiflungstaten aller Art, Familienselbstmord, epidemisch um sich greifende Hunger-Geistesstörung. Produzenten, Zwischenhändler, Verarbeiter und Verkäufer überbieten sich förmlich in unersättlich immer sich steigernder Raffsucht, auf Kosten der Volksgesundheit möglichst schnell unermeßlich reich zu werden." Der Aufruf wendet sich nun an die Parlamente und Behörden, die durch Bestimmungen und Kontrollen gegen die Totengräber der Volksgesundheit vorgehen und Volksküchen, sowie Nahrungsabgabenstellen zur kostenlosen Belieferung der Armen errichten sollen. Denn immer mehr häufen sich die Hungerkrankheiten: Skorbut, Wassersucht, Tuberkulose und Knochenerweichung, „Eile tut not! Geht es weiter, wie bisher, dann werden im kommenden Winter viele Tausende deutscher Mitbürger den entsetzlichen Qualen des Hungers selbst ein Ende machen, werden beispiellose Verzweiflungstaten um Rache zum Himmel schreien! ..." Schleunigst sei der Kampf gegen Wucher und Preistreiberei anzuheben, „um das grause Gespenst des Hungertodes zu bannen und das ungeheure Anschwellen der Tuberkulose einzudämmen".

Dieser Aufruf wurde Mitte Oktober vor. Js. [vorigen Jahres] als Notschrei einsichtiger bürgerlicher Aerzte in die Welt geschickt. Inzwischen ist der Winter gekommen. Es sind keinerlei Gegenmaßnahmen seitens der Regierung gegen den Wucher getroffen worden! Die Verelendung des Volkes hat Riesenfortschritte gemacht.

Die Tuberkulose, die hervorgerufen wird durch den von Robert Koch entdeckten Tuberkelbazillus (ein kleiner stäbchenförmiger Mikroorganismus), ist eine Infektionskrankheit, die sich fast nur in den ausgemergelten Proletarierkörpern ausbreitet und dort in der Lunge oder bei den anderen Formen in Knochen, Gelenken, Drüsen, Haut usw. durch käsige Einschmelzung der Gewebe schwerste, oft tödliche Zerstörungen anrichtet.

Wenn schon beim Erwachsenen die Tuberkulose infolge der sich seit Kriegsende immer mehr verschlechternden Ernährung zahllose Opfer fordert, wieviel schlimmer und ungünstiger muß die Wir-

kung der „weißen Pest“ auf den Körper jugendlicher Personen sein, die in der Periode des Wachstums ohnehin leicht von Krankheiten befallen werden. Diese Widerstandslosigkeit des kindlichen Körpers wird noch außerordentlich dadurch verstärkt, daß die Ernährung gerade im letzten Jahre so sehr viel zu wünschen übrig läßt. Im Winter 1917 (Kohlrübenzeit) betrug die dem Körper auf Grund der Lebensmittelrationen zugeführte Kalorienmenge (Wärmeeinheit) anstatt durchschnittlich 3000 Kal., die nötig sind, um einen erwachsenen Menschen bei der Arbeit sinngemäß zu ernähren, nur 1100 Kal. Seit dieser Zeit hat sich nach einer anfänglichen Besserung in den Jahren 1919 und Anfang 1920 der Ernährungszustand des Arbeiters, der nur noch höchstens ein Viertel des zum Leben unbedingt nötigen Lohnes verdient, weiterhin verschlechtert. Es ist von bürgerlichen Aerzten festgestellt worden, daß Tausende und Abertausende von Familien schon seit Monaten kein Fleisch und keine Butter mehr gegessen haben! Und doch ist das Eiweiß, das wir im Fleische aufnehmen, das zur Ernährung wichtigste Lebensmittel!

Auch aus der amtlichen Statistik über die Fleischbeschau im Jahre 1919 (neuere Aufstellungen hat das Statistische Reichsamt noch nicht herausgegeben) ergibt sich: Im Reich betrug der Verbrauch an Ochsen gegen 1910 im Jahre 1919 nur noch ein Drittel, an Kühen die Hälfte, an Kälbern ein Siebentel, an Schweinen ein Sechzehntel, an Schafen ein Siebentel. Dagegen hat sich der Konsum von Pferdefleisch und Hunden um 200, bezw. 100 Prozent gegen 1910 erhöht! (Nicht inbegriffen und in der Statistik nicht [153] aufgeführt sind alle die Schlachtungen von Hunden, Katzen usw., die in Ermangelung besseren Fleisches von der ärmeren Bevölkerung heimlich vorgenommen werden.) Im Stadtkreise Berlin hatte sich seit 1915 der Verbrauch von Ochsen auf ein Viertel, der Verbrauch von Bullen auf ein Drittel, von Kälbern auf ein Sechzehntel, von Schweinen auf ein Fünfzigstel und von Schafen auf ein Zehntel vermindert. 1915 wurden in Berlin 1.000.840 Schweine geschlachtet, 1919 dagegen nur 6725!! Der Verbrauch von Pferdefleisch hat sich seit 1915 um das Doppelte erhöht. Hunde- und Katzenschlachtungen wurden in Berlin amtlich nicht gezählt.

Diese fett- und fleischlose Kost hat eine Erhöhung der Sterblichkeit unter der Proletarierjugend und eine Zunahme der Erkrankungsziffern zur Folge gehabt. Auf der von der deutschen Aerzteschaft am 15. Dezember 1922 einberufenen „Tagung zur Bekämpfung des Elends“ wurde von bürgerlichen Aerzten (His, Dippe, Rubner u. a.) festgestellt: In Königsberg sind 13 Prozent der höheren und 27 Prozent der Gemeindeschüler schwer unterernährt, in Prenzlau sind 36 Prozent, in Breslau 80 bis 90 Prozent aller Kinder so blutarm und unterernährt, daß sie zur Vermeidung einer Infektion dringend eines Krankenhausaufenthalts benötigen. 1914 war ½ Prozent der Schulanfänger tuberkulös, 1922 ist diese Zahl auf das Sechsfache, auf 3,2 Prozent gestiegen. In 43 Großstädten Deutschlands sind 200 635 Kinder tuberkulös, 835.973 Kinder krank und stark unterernährt, insgesamt 1.036.606 Kinder. Jedes fünfte Kind der Volksschulen hat also eine ansteckende fortschreitende, infolge mangelnder Pflege und schlechter Ernährung wahrscheinlich tödlich endende Lungenschwindsucht.

Nicht nur die Ernährung, sondern auch Körperpflege und Wohnungsverhältnisse haben sich so weit verschlechtert, daß eine Katastrophe sowohl hinsichtlich der Tuberkulose als auch aller anderen Infektions- und Ernährungskrankheiten bevorsteht. Den Ansang dieses Zusammenbruchs erleben wir jetzt. Geheimrat His, ordentlicher Professor für innere Medizin an der Berliner Universität, stellte auf der Aerztekundgebung fest, daß „wir den Hunger im Lande haben“. Hunger-Wassersucht, Tuberkulose, Rhachitis, Skorbut, das so gefürchtete Hungerödem, das während des Krieges zum ersten Mal in Deutschland auftrat, häufen sich in erschreckender Weise. Die Tuberkulosesterblichkeit zeigt genau dieselben Erscheinungen wie im Jahre 1916, kürz vor der schweren Hungerkatastrophe. Es wurde festgestellt, daß in Berlin jedes zweite Volksschulkind kein Hemd, jedes sechste Kind keine Schuhe und keinen Mantel hat; in Düsseldorf hat jedes dritte Kind keine Leibwäsche. In München kommen 25 Prozent der Kinder auch im Winter barfuß zur Schule, 50 Prozent haben dort nur ein Hemd. In Glatz haben von 1812 Kindern 129 kein Hemd, 465 nur ein Hemd, in Jena haben 3041 Schulkinder kein eigenes Bett. In Merseburg betrug die Tuberkulosesterblichkeit im Jahre 1918 68,8, im Jahre 1921 64,5 Prozent. Das durchschnittliche Untergewicht der Schulkinder beträgt nach ihrem Alter 3 bis 7 Kilogramm. Im Kölner Waisenhaus hat die Sterblichkeit unter den älteren Kindern um 400 Prozent zugenommen. Die Tuberkulosesterblichkeit be-

trug unter den 10- bis 20ährigen 1914: 91; 1918, dem hinsichtlich der Tuberkulosesterblichkeit schlechtesten Jahre: 266; 1922: 214! Im Berliner Waisenhaus hat die Sterblichkeit im Jahre 1921 unter den 1- bis 5-jährigen um 300 Prozent zugenommen, in Köln um das Doppelte.

Infolge der Verteuerung von Seife, Bettwäsche usw. wird die Körperpflege außerordentlich vernachlässigt. Ist es doch auch kein Wunder, da in den Arbeiterfamilien der Lohn des Mannes kaum ausreicht, um die Familie wenigstens zu sättigen. Diese Sättigung ist selbstverständlich lange noch nicht gleichbedeutend mit einer ausreichenden Ernährung. Die Gesamtsterblichkeit an Tuberkulose betrug im Jahre 1922 26.125 gegenüber 22.438 im Jahre 1921. Die Erkrankungen an Haut- und Drüsentuberkulose haben infolge der Unreinlichkeit des Körpers und der Mundhöhle um das Dreisache zugenommen.

Noch erheblicher als die Tuberkulose zugenommen hat, haben sich die reinen Ernährungskrankheiten vermehrt. Unter Ernährungskrankheiten, Avitaminosen, versteht man alle die Erkrankungen des menschlichen Körpers, [154] die, ohne infektiöser Natur zu sein, dann eintreten, wenn dem Körper gewisse in frischem Fleisch, frischer Butter, frischen Gemüsen, frischer Milch usw. enthaltenen Stoffe, Vitamine, auf längere Dauer entzogen werden. In allererster Linie ist hier der Skorbut zu nennen. Diese Krankheit ist recht eigentlich die Erkrankung der Seefahrer des Mittelalters, die gezwungen waren, monatelang, ja oft Jahre hindurch, ohne an einen Hafen zu kommen, auf ihrem Schiff zu bleiben, und die infolgedessen keine frischen Lebensmittel zu sich nehmen konnten. Vor dem Kriege war der Skorbut schon seit etwa hundert Jahren in Deutschland nicht mehr vorgekommen. Ab und zu wurden in den Zeitungen noch Fälle von Skorbuterkrankungen bei Nordpolfahrern gemeldet, wenn ihre Schiffe lange im Eise eingeschlossen waren. Das Wiederaufleben dieser grausigen Krankheit, die nach anfänglichen Blutungen in die Gewebe zum geschwürigen Zerfall von Knochen, Eingeweiden, Gehirn usw. führt, blieb der jetzigen Generation überlassen. Im Sommer 1922 sind im „demokratischsten Lande der Welt“, und zwar in Nürnberg, die ersten 11 Fälle von Skorbut aufgetreten, von denen 6 tödlich geendet haben! Es wurde sofort vom Reichsgesundheitsamt eine Konferenz von Sachverständigen zusammenberufen, die über die gegen diese bedrohliche Erscheinung zu treffenden Maßnahmen beraten sollte. Man ist zu keinem Ergebnis gelangt. Von bürgerlich-ärztlicher Seite wurden Aufrufe über Ausrufe an die Regierung gerichtet, energische Maßnahmen gegen die Teuerung einzuleiten. Bisher ist noch nichts Ernstliches unternommen worden, und so ist es denn kein Wunder, daß bis Ende des vorigen Jahres in Deutschland weit über 1000 Fälle von Skorbut aufgetreten sind, von denen ein großer Teil tödlich geendet hat. Die Erkrankten gehören sämtlich der armen Bevölkerung an. Ein Teil von ihnen, darunter mehrere Kleinrentner, gab an, daß sie mit ihrer Pension, die im Dezember vorigen Jahres bei Altersversicherung 1500 Mark, bei Unfallversicherung 2300 Mark, bei völliger Hilflosigkeit 3300 Mark monatlich betrug, gezwungen seien, sich auf der Straße und auf den Wochenmärkten Abfälle zusammenzusuchen und mit deren Genuß ihr Leben zu fristen!

Die Zahl der Erkrankungen an Skorbut ist weit größer, wenn man berücksichtigt, daß ein erheblicher Teil von Erkrankten sich sofort in ärztliche Behandlung begibt, da sich zu Beginn des Krankheitsprozesses die Zähne lockern und ausfallen. Diese Erscheinung, die den Kranken stark beunruhigt, bewirkt, daß er zum Arzt geht, und dieser stellt dann nicht etwa Skorbut, sondern „Lockerung der Zähne“ fest und überweist den Patienten einer medizinischen Klinik zur Behandlung. In diesem Anfangsstadium ist die Krankheit meist noch bei einer zweckmäßigen Ernährung zu heilen. Trotzdem bekommen die Erkrankten dieselben Erscheinungen sehr bald wieder, da sie ja, wenn sie aus der Klinik entlassen sind, dasselbe Leben wie vorher mit seiner schlechten Ernährung wieder erwartet.

Auch die anderen Avitaminosen haben erheblich zugenommen. So der Skorbut der Kinder um das Vierfache, schwere Nervenkrankheiten, die infolge der fett- und fleischlosen Kost bei Kindern im zweiten und dritten Lebensjahre auftreten, um etwa das Dreifache.

Ein beinahe noch ungünstigeres Bild ergibt die englische Krankheit, Rachitis. Vor dem Kriege war es höchst selten, daß erwachsene Menschen von dieser Krankheit, die sich in einer Erweichung des

Knochensystems auswirkt, befallen wurden. Heute gehört diese Form von Rachitis zum Alltäglichen. Im wesentlichen sind es dieselben Nahrungsmittel, die das antirachitische Vitamin enthalten, wie diejenigen, die auch das antiskorbutische Vitamin enthalten. Pflanzenfette und Margarine enthalten weder den die englische Krankheit verhütenden, noch den den Skorbut verhütenden Stoff. Die Rachitis der Kinder, die seltener zum Tode, aber fast ausnahmslos zu dauernden Verkrümmungen der Gliedmaßen führt (Säbelbeine, Hühnerbrust, usw.) hat gegen 1914 ungefähr um das Vierfache zugenommen. Nach fachärztlichen Untersuchungen sind jetzt 40 Prozent sämtlicher Volksschulkinder rachitisch. 1921 betrug die Zahl der an Rachitis erkrankten Volksschüler noch 14 Prozent, Anfang 1922 dagegen schon 25 Prozent. Nach einer Statistik in Breslau betragen die Erkrankungen an Knochenerweichung und Horn-[155]hautgeschwüren, die rein auf der Unterernährung beruhen, das 32fache der Vorkriegszeit. Ganz besonders gefährdet ist die Proletarierjugend hinsichtlich der englischen Krankheit dadurch, daß die Arbeitereltern infolge des maßlosen Wuchers mit Milch und Milchprodukten ihren Kindern, diese für das Kindesalter wichtigsten Nahrungsmittel, die besonders viel antirachitisches Vitamin enthalten, vorenthalten müssen. So kamen in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 1920 nur noch 85 Liter Milch gegen 133 Liter im Jahre 1913. Inzwischen hat sich der Milchkonsum hinsichtlich der Qualität sowohl, wie hinsichtlich der Quantität noch weiter erheblich verschlechtert. Vor dem Kriege bezog Berlin 3,2 Millionen Liter Milch täglich. 600.000 Liter sind zur Ernährung der Schwangeren und Säuglinge mindestens notwendig. Anfang Dezember 1922 betrug aber die Milchzufuhr nur noch 300.000 Liter, wovon außerdem noch ein Drittel eingebuttert wurde. Und auch diese Milchmenge kommt den Proletariern nicht zugute, da sie sich bei einem Preise von 560 Mark pro Liter (Woche vom 5. bis 11. Februar 1923) dieses wichtige Nahrungsmittel einfach nicht mehr kaufen können.

Die Sterblichkeit und der Krankheitsverlauf bei Grippe hat sich gegen die Vorkriegszeit um etwa das 25fache verschlechtert. 1918, wo bekanntlich eine so schwere Grippeepidemie in Deutschland wütete, wie noch nie zuvor (man war sich infolge der Schwere der Erscheinung lange nicht darüber klar, ob es sich nicht um die schon seit 150 Jahren in Deutschland nicht mehr aufgetretene „Lungenpest“ handele), betrug die Sterblichkeit 25 Prozent aller Erkrankten. Im Winter 1922-23 ist die Sterblichkeit an Grippe infolge des Tiefstandes der Ernährung des deutschen Proletariats wieder auf 20 Prozent angeschwollen. Eine bedeutende Rolle fällt den Nachkrankheiten zu, die sich besonders als periodisch auftretendes Schlucken und in Jahre hindurch anhaltenden, dauernd sich wiederholenden Ohnmachtsanfällen äußert. Die Komplikationen mit Lungenentzündung, Schwindsucht, Gelenkrheumatismus usw. haben sich gegen die Vorkriegszeit vervierfacht, der Verlauf dieser Erkrankungen erheblich verschlechtert.

In dem Ende, vorigen Jahres veröffentlichten Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1921-22, tritt eine weitere Verschlechterung der Säuglingssterblichkeit zutage, die darauf zurückzuführen ist, daß die schon an und für sich völlig unterernährten Körper der Arbeiterfrauen auch während der Schwangerschaft lange nicht genügend Nährstoffe zugeführt bekommen. 1913 betrug die Säuglingssterblichkeit 15,1, 1916 13,5, 1918 15,4, 1919 14,5, 1920 13,1. Beim Anblick dieser Zahlen ist man geneigt, zu glauben, daß die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre abgenommen hat. Weit gefehlt! Denn die Geburtenziffer hat gegen die Vorkriegszeit um rund eine viertel Million abgenommen. In den gutsituierten Familien war schon früher infolge besserer Pflege, besserer Wohnung und besserer Wartung während Schwangerschaft und Wochenbett die Säuglingssterblichkeit um acht bis neun Zehntel geringer als in den Proletarierfamilien. Da nun der Geburtenausfall darauf beruht, daß sich die Arbeiter einen Familienzuwachs aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr leisten können und lieber eine eventuell eintretende Schwangerschaft unterbrechen, ergibt sich, daß im Proletariat die Säuglingssterblichkeit erheblich zugenommen hat.

Dies zeigt sich auch aus der Statistik für den Stadtkreis Berlin über die Säuglingssterblichkeit. So betrug hier die Säuglingssterblichkeit auf je 100 Lebendgeborene 1913: 13,7; 1916: 11,8; 1917: 14,8; 1918: 14,1; 1919: 5,6; 1920: 15,8!

Das gleiche Bild zeigen die Statistiken über die Totgeburten. Es kamen 1913 auf 100 Geborene überhaupt 2,9 Totgeburten, 1918: 3,1; 1919: 3,0; 1920: 3,2! Das bedeutet eine Zunahme der Totgeburten um 12 Prozent.

Der Geburtenüberschuß hat sich gegen 1913 um 10 Prozent verringert. Auf 1000 Einwohner kamen im Reich 1913 233 Geburten, 1920 nur 26,7 (einschl. Totgeburten).

1921 betrug in 46 deutschen Großstädten nach der amtlichen „Statistik über das Leben der deutschen Großstädte im Jahre 1921 die Zahl der [156] Lebendgeborenen noch 302.432, Im Jahre 1922 dagegen nur noch 285.681. Die Fruchtbarkeit auf 1000 Bewohner und aufs Jahr umgerechnet ging in einem Jahre von 20,1 auf 17,4, also um 2,7 Prozent zurück.

Die Krüppelgeburten haben gegen die Vorkriegszeit um das Vierfache zugenommen. Die Zahl der Kinder, die bei der Geburt ein Pfund oder mehr unter Normalgewicht wogen, hat sich verzehnfacht.

Alle diese Erscheinungen beruhen darauf, daß die Arbeiterfrauen sich während ihrer Schwangerschaft und auch schon vorher nicht zweckmäßig und reichlich genug ernähren können. Oft sind sie, da der Mann nicht genug verdient, noch bis einige Tage vor der Entbindung gezwungen, schwerste körperliche Arbeit zu verrichten!

Auch als Folge der Hungersnot, der in Deutschland schon viele Menschen durch Verhungern zum Opfer gefallen sind, haben sich die Selbstmordfälle erheblich vermehrt. Im Jahre 1918 kamen auf 100.000 Einwohner 15,7 Selbstmorde, 1919: 18,4; 1920: 21,7. In den Jahren 1921 und 1922 hat unter den Todesursachen der gewaltsame Tod (Selbstmord) ganz erheblich zugenommen. Er betrug in den deutschen Großstädten überhaupt 1921: 10.435; 1922: 11.776, d. h. die Zahl der Selbstmorde ist gegenwärtig in der „demokratischen“ Republik Deutschland halb so groß wie die Tuberkulose-Sterblichkeit.

Die völlig fettlose Kost, die das deutsche Proletariat nun schon seit ungefähr 8 Jahren zu genießen gezwungen ist, hat nervöse Magen- und Darmstörungen aller Art hervorgebracht. Infolge der Trockenheit des Darms ist es vielfach zu einem geschwürigen Zerfall der Darmwand gekommen. Durch die dadurch enzstehenden Löcher wandern die Speisen in die Bauchhöhle, bewirken eine Bauchfellentzündung und daran anschließend den Tod. Hysterie und Epilepsie haben sich in den letzten 2 Jahren verdreifacht. Die tödliche Blutarmut (perniziöse Anämie) hat so erheblich zugenommen, daß der Direktor der 2. Medizinischen Klinik der Charité, Geheimrat Kraus, zur Abhilfe eine sofortige Verbilligung der Lebensmittel für die minder bemittelte Bevölkerung fordert. Denn diese Blutkrankheit, die auf einer Verringerung des roten Blutfarbstoffes und einer Zersetzung der roten Blutkörperchen beruht, ist eine reine Hungerkrankheit. Die Fälle von perniziöser Anämie haben sich derart gehäuft, daß die Großstadt-Krankenhäuser buchstäblich mit an Blutarmut erkrankten Patienten überfüllt sind.

Die Erkrankung an Krebs und anderen bösartigen Gewächsen war früher dem höheren Alter vorbehalten. In den letzten 2 Jahren ist es häufiger vorgekommen, daß jugendliche Personen, ja, sogar Kinder, von 2 bis 3 Jahren, an Krebs erkrankt sind. Es ist dies, wie nicht oft genug betont werden kann, rein eine Folge der Unterernährung.

Immer mehr und mehr häufen sich bei der Jugend die Fälle von Hydrocephalus (Wasserkopf). Diese Erkrankung, die ebenso gefährlich wie entstellend ist – der infolge der Flüssigkeitsanhäufung in den Gehirnkammern erhöhte Druck im Gehirn kann zu Lähmungen, ja zum Tode führen –, beruht, ebenso wie die rapide Zunahme der Kurzsichtigkeit der Schulkinder, auf den Entbehrungen, die der proletarischen Jugend heute auferlegt werden. Infolge der Abnahme der Widerstandskraft des kindlichen Körpers wird der Verlauf aller Infektionskrankheiten immer stürmischer. Besonders haben sich in der letzten Zeit die Fälle von spinaler Kinderlähmung, die durch einen Mikroorganismus hervorgerufen wird und außerordentlich ansteckend ist, sehr gehäuft. So sind in Marburg 21 Fälle aufgetreten, von denen 5 tödlich verlaufen sind. In Eisenach sind 12 Fälle ausgetreten. Diphtherie, Masern, Skrofulose haben erheblich, teilweise um 300 Prozent zugenommen. Dies beruht neben der Unterernährung auch darauf, daß sehr viele Proletarierkinder kein eigenes Bett haben und so von kranken Personen bald

angesteckt werden. Bei einer in Thüringen angestellten Enquete kam man zu dem Ergebnis, daß von 13.889 Schulkindern 62 überhaupt nicht im Bett, 2747 zu zweien, 1136 zu dreien, 355 zu fünfen in einem Bett schlafen. In 232 Fällen schlafen die Kinder zu sechsen, in 47 zu sieben, in 17 zu acht, in 3 zu neun und in einem Falle zu 10 Personen in ein und demselben Zimmer. Wenn nun eine einzige Person auch nur an einer leichten Lungen-[157]tuberkulose oder irgend einer anderen ansteckenden Krankheit leidet, so muß sie unweigerlich die anderen Mitbewohner des Zimmers oder gar des Bettes infizieren. Tatsächlich sind nach den neuesten Untersuchungen in Deutschland 96 bis 98 Prozent der Bevölkerung, d. h. also das ganze Proletariat mit nur ganz geringen Ausnahmen mit einer Tuberkulose behaftet!

Die Verelendung des Proletariats wächst von Tag zu Tag. Tausende und Abertausende sind an den Folgen des Hungers gestorben, Hunderte wirklich verhungert, Hunderttausende leiden an Hungerkrankheiten! Von der Regierung ist keine Abhilfe zu erwarten! Das Leben eines jeden Proletariers ist aufs schwerste gefährdet! Bürgerliche und sozialdemokratische Aerzte und Nationalökonomen versuchen ohne Eingriff in die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben. Das aber ist – und das haben wir in den letzten Jahren zur Genüge beobachtet – nun und nimmer möglich. Der Zerfall der kapitalistischen Epoche, der sich in Deutschland in der Ausbeutung der Arbeitnehmer und der dadurch bedingten immer schlechter werdenden Lebenshaltung des Proletariats, in Hungerkrankheiten, Not und Elend, auswirkt, ist nicht aufzuhalten! Aber es würde viel zu lange dauern, ehe der Kapitalismus, worauf die VSPD wartet, von selbst abgewirtschaftet hat. Er kann sich in seinen Todeszuckungen noch jahrelang erhalten. Es ist nur die Frage, wie lange die deutsche Arbeiterschaft noch auf eine friedliche Umwälzung warten kann. Wir wissen, daß jeder Tag kostbar ist! Täglich wird das Elend größer! Die Arbeiterschaft muß sofort zur Selbsthilfe greifen und die Regierungsgewalt selbst übernehmen, wenn nicht noch in diesem Jahre Hunderttausende von Menschen am Hunger zugrunde gehen sollen! Schafft selber Abhilfe, sonst ist es zu spät!

*

Rückblick auf die Gemeinderatswahlen in Württemberg.

Von Albert Schreiner.

Weit entfernt davon, Wahlen zu Gemeinde-, Landes- oder Reichsparlamenten als eine Photographie des politischen Kräfteverhältnisses anzusehen, lassen, sie doch wichtige Schlüsse zu über die Kräftegruppierung der einzelnen Parteien und Klassen und über Kräfteverschiebungen. Das trifft ganz besonders zu auf die im Verlauf des Dezember letzten Jahres in Württemberg stattgefundenen Gemeinderatswahlen.

Seit den Landtagswahlen im Jahre 1920 ist eine geraume Zeit verflossen. Es haben wichtige politische Ereignisse im Reich und im Land stattgefunden. Es haben schwere wirtschaftliche Kämpfe im Land getobt zwischen Kapital und Arbeit. Das alles fand mehr oder weniger seinen Niederschlag in den Gemeinderatswahlen. Die Zuspitzung der Klassengegensätze fand ihren Niederschlag in der Aufbietung aller Kräfte des Bürgertums und in einer starten Passivität auf Seiten der Arbeiterschaft. Passivität auf Seiten der Arbeiterschaft, weil sie von der bürgerlichen Demokratie nichts mehr erwartet und enttäuscht ist von den Eisenbarth-Kuren der Reformisten.

Die Gemeinderatswahlen in Württemberg haben neuerdings gezeigt, an welcher Stelle Württemberg marschieren wird in der Revolution. Wohl ist Württemberg wirtschaftlich sehr stark durchsetzt von Industrie. Es gibt fast keine rein agrarische Gegend mehr. Doch ist die Industrie sehr jungen Datums und ihre Arbeiterschaft rekrutiert sich zu einem großen Teil aus Halbbauern. Zumindest, und das trifft auch für einen großen Prozentsatz des ausschließlichen Industrieproletariats zu, sind die Arbeiter [158] ideologisch und teilweise auch materiell noch eng verbunden und verfilzt mit dem Kleinbauern- und Kleinbürgertum.

Das muß berücksichtigt werden bei der politischen Kräfteschichtung. Es ist klar, daß bei dieser Struktur die leinbürgerlich-demokratischen Parteien, die in Württemberg durch Zentrum und De-

mokraten vertreten sind, einen noch verhältnismäßig starken Einfluß haben. Ebenso der Bauernbund, der es durch seine rigorose Preispolitik unter Führung des K ö r n e r sen. und jun. verstanden hat, die Klein- und Mittelbauern einzufangen und sie durch sein Bündnis mit dem deutschen Landbund an den Karren der Großagrarier und ihre Politik zu ketten.

Es kann auch bei den demokratischen Parteien, namentlich beim Zentrum, nicht mehr die Rede sein von einer „demokratischen Politik“ in dem Sinn, wie man vor dem Krieg vom „demokratischen Süden“ im Gegensatz zu den Preußen der ostelbischen Junker und der westdeutschen Schlotbarone gesprochen hat. Namentlich das Zentrum, das unter dem Diktat des Polizeiministers G r a f und des Justizministers B o l z steht, vertritt wirtschaftlich die Haus- und Grundbesitzerinteressen und segelt politisch im Kurs Bayerns.

Die Sozialdemokratie in Württemberg, die schon vor dem Krieg unter Führung von Keil, Lindemann und Hildebrand zur kleinbürgerlichen Partei gestempelt wurde, ist es jetzt ganz und gar, nachdem die sozialistischen Elemente sich in scharfen Auseinandersetzungen ideologisch bereits vor dem Krieg, organisatorisch während desselben von dieser neuen Kleinbürgerpartei gelöst hatten.

Diese ganze wirtschaftliche und politische Struktur Württembergs stellt Württemberg, je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzen, nicht an die Spitze, sondern an den Schwanz der Revolution. Die wirtschaftliche und politische Struktur umgrenzt natürlich auch zu einem großen Teil die Ausbreitungsmöglichkeiten der proletarischen Revolution und ihres ideellen Trägers, der Kommunistischen Partei.

Versuchen wir das Gesagte zu bekräftigen an Hand des Ergebnisses der letzten Gemeinderatswahlen. Gewählt wurde in etwa 4000 Gemeinden. Die Kommunistische Partei beteiligte sich in 119 Gemeinden. Das entsprach ihrer organisatorischen Basis und Stärke. Eine zusammenfassende amtliche Darstellung über das Gesamtwahlergebnis existiert nicht. Es kann aus diesem Gründe nur das Bild von einem Teilergebnis gegeben werden. Auf Grund eines gewissenhaft ausgearbeiteten und ebenso beantworteten Fragebogens der Partei sind bisher aus den 75 größten Orten die Ergebnisse mitgeteilt worden. Darnach ergibt sich folgendes Bild:

KPD		SPD		USPD	Bürgerliche	
Gem. Wahl. 1922	Landt.-Wahl. 1920	Gem.	Ldt.-W.	Ldt.-W.	Gem.	Ldt.-W.
42.687	20.090	74.887	77.131	76.992	196.571	196.871

Wie gesagt, das ist ein unzulängliches Bild, daß sich bei dem Gesamtresultat wesentlich zu Gunsten der bürgerlichen Parteien verschieben würde. Doch die allgemeine Tendenz ist ersichtlich. Und die besagt, große zahlenmäßige Ueberlegenheit der Bürgerlichen, vor allem der äußersten Rechten. Weiter. Die Vereinigung der SPD und USPD hat absolut keinen zahlenmäßigen Gewinn für die SPD gebracht. Die Kommunisten haben ihre Stimmenzahl nahezu verdoppelt. Trotz der schwachen Wahlbeteiligung, durchschnittlich 55 Prozent der Wahlberechtigten, schwacher Wahlbeteiligung vor allem von seiten der Arbeiterschaft, hat die Kommunistische in 92 Orten [hinzugewonnen]. Zusammen 208 Vertreter erhalten gegenüber 78 Vertretern vor den Wahlen.

Wohin sind die großen Wählermassen der SPD und der einstigen USPD entschwunden? Wie gesagt, zum großen Teil enttäuscht von dem ganzen Parlamentsrummel und der Politik der Reformisten standen sie verbittert oder gleichgültig beiseite.

Und noch ein anderes Moment. Bei den Gemeinderatswahlen geht es um örtliche Interessenpolitik. Nirgends ist es dem Bürgertum leichter, unter allerlei Masken an die Arbeiter heranzukommen und sie für ihre Interessen einzufangen. Der Mandatschacher aller möglichen Interessengruppen [159] charakterisiert die Gemeinderatswahlen. Es zeigte sich gerade bei den Wahlen in Württemberg, daß die Arbeiterschaft und auch ein Teil unserer eigenen Genossen die Gemeinderatswahlen noch nicht als einen Teil unseres allgemeinen politischen Kampfes auffassen. Wie wäre es sonst möglich, daß in einem größeren Industriestädtchen die Deutschnationalen einen Kandidaten durch die Liste der

Sportvereine in den Gemeinderat schmuggeln konnten. Auch in anderen Orten wurden selbständige Listen der Sportvereine aufgestellt. Bei der starken Ausbreitung der Sportbewegung in Württemberg werden auf diese Weise viele Arbeiter geleimt. Wenn es den bürgerlichen Parteien auch nicht immer zu einem Kandidaten langte, so haben sie wenigstens die Stimmen der Arbeiter zersplittert.

Wir fragten, wohin die Stimmen der SPD und der einstigen USPD gekommen sind. Zum Teil wurde die Antwort darauf gegeben. Doch ist weiterhin auch ein Teil der abgefallenen Stimmen abgewandert zu den Bürgerlichen und zu politischen Gruppen, die mit den Nationalsozialisten eng verwandt sind. In U l m beispielsweise hat ein gewisser W i e l a n d, ein gemaßregelter Pfaffe, längere Zeit schon einen kleinen Religionskrieg entfesselt. Alle wildgewordenen Klein- und Spießbürger, darunter auch ein großer Prozentsatz der Arbeiter, hat er um seine „Friedenskirche“ geschart und fünf Mandate im Gemeinderat ergattert. Die Wielandbewegung hat sehr enge Beziehungen zu den Nationalsozialisten.

Bei den Gemeinderatswahlen in Württemberg hat die Partei wohl beachtenswerte Erfolge zu buchen, wenn in Rechnung gestellt wird, daß alles, agitatorisch und finanziell aus den Mitteln des Bezirkes bestritten wurde. Doch haben sich auch politische Schwächen unserer Partei gezeigt, die, wie ich in Erfahrung brachte, auch in Baden, Hessen und anderen Bezirken des Reiches in Erscheinung getreten sind. Ich sprach davon, daß die Genossen, noch nicht genügend begriffen haben, auch Gemeinderatswahlen als einen Teil unseres allgemeinen politischen Kampfes zu betrachten. Einmal das, und dann, daß unsere Genossen auf dem Lande noch nicht richtig im Bilde sind über die Taktik der Einheitsfront, das zeigten die Wahlen.

In verschiedenen Orten sielten die Genossen eine gemeinsame Liste mit der SPD auf. Natürlich waren unsere Genossen dabei regelmäßig die dummen. Sie glaubten so die Einheitsfront demonstrieren zu müssen gegenüber dem Bürgertum. In anderen Orten, darunter in E ß l i n g e n, schlossen die Genossen einen regelrechten Burgfrieden mit der SPD, um am nächsten Tage in deren Organe grandig vermöbelt zu werden. Die Partei ist, soweit es notwendig war, organisatorisch gegen die Außenseiter vorgegangen. Doch erkannten wir gleichzeitig, daß das nicht genügt, daß intensive politische Aufklärung für die Zukunft vorbeugend wirken muß. Durch die Wahlen trat eine Neubelebung zahlreicher scheintoter Ortsgruppen ein. Einige Neugründungen von Ortsgruppen sind gleichzeitig erfolgt. Das ist zu begrüßen. aber ebenfalls ein Rudiment sozialdemokratischer Ueberlieferung, Teuerungsaktionen, Betriebsrätebewegung und ähnliches ließ diese Ortsgruppen kalt. Wahlen belebten. Ein Zeichen, daß in der Partei der alte Wahlvereinsgeist der Sozialdemokratie noch lebendig ist.

Die Ausgabe der Partei besteht jetzt in einer intensiven Schulung der Gemeindevertreter. Es muß in den einzelnen Ortsgruppen engste Verbindung zwischen Rathausvertretern, Partei- und Gesamtarbeiterschaft hergestellt werden. Es müssen die Gemeindevertreter unter strengste Kontrolle der Partei gestellt werden. Wichtig für die Gesamtpartei wäre, daß bei den opportunistischen Abweichungen, die sich bei solchen Wahlen zeigen, überall klar entschieden und ihnen die nötige Beachtung geschenkt wird. [160]

*

Internationaler Materialisten-Kongreß.

Die russische Zeitschrift „U n t e r d e m B a n n e r d e s M a r x i s m u s“ schlägt vor, einen internationalen Kongreß der Materialisten einzuberufen.

Der i d e a l i s t i s c h e Charakter der Reaktion ist augenscheinlich. Außerordentlich kennzeichnend für Westeuropa ist die Philosophie eines Spengler, ebenso der Neokantianismus, das Bestreben, die naturwissenschaftlichen Errungenschaften für idealistische Zwecke auszunutzen, der Kampf um die Relativitätstheorie, die Elektronentheorie oder Fragen des Darwinismus. Die idealistischen Strömungen werden um so gefährlicher, in den Kommunistischen Parteien der Theorie des Materialismus nicht genügend Beachtung geschenkt wird. In den westeuropäischen Parteien sieht man eine Gleichgültigkeit gegenüber theoretischen Fragen, insbesondere philosophischen Fragen; in den Parteispit-

zen macht sich der Einfluß von Avenarius, Mach usw. geltend; selbst die K. P. R. mit ihrer glorreichen marxistischen Tradition bleibt von diesen idealistischen Strömungen nicht verschont (Bogdanow usw.).

Die Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ (Nrn. 7-8), die mit diesen Argumenten die Notwendigkeit der Einberufung eines internationalen Materialisten-Kongresses motiviert, schlägt als Vorarbeit dieses Kongresses die Diskussion über folgende Fragen vor:

1. Die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Physik und Chemie;

2. Relativitätstheorie und Materialismus;

3. Spengler und der Spenglerismus in Westeuropa;

4. Aufgaben einer weitgehenden Propaganda des Materialismus.

Die Zeitschrift schlägt ferner vor, praktische Vorschläge zur Einberufung des Kongresses zu machen, –

Die Gefahr der Verflachung der materialistischen Weltauffassung ist entschieden auch in unserer Partei vorhanden, und so wäre es nur zu wünschen, daß auch in unserer Partei diese Probleme diskutiert werden, und daß durch die vereinten Kräfte der Parteien der Komm. Int. ein internationaler Kongreß der marxistischen Materialisten zustande kommt. F. R., Moskau.

*

Bücherschau.

Material zum IV. Weltkongreß der KI.

(G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale auf dem Vormarsch. Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8.

L. Trotzki: De neue ökonomische Politik Sowjetrußlands und die Weltrevolution. Verlag C. Hoym.

Karl Radek: Die Offensive des Weltkapitals und die Taktik der KI. Verlag der KI.

Bericht über den IV. Weltkongreß der KI. Verlag C. Hoym.

Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der KI. Verlag C. Hoym.

Die Broschüren der Genossen Sinowjew, Radek und Trotzki sind Wiedergaben ihrer Reden auf dem Weltkongreß. Besonderes Interesse beansprucht die Rede Trotzkis über die revolutionäre Bedeutung der neuen Politik Sowjetrußlands und die Rede Radeks, die eine eingehende Analyse des sozialen Charakters des Faschismus gibt.

[161]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 15. März 1923 ∗ Heft 6

Die Erweckung des Willens zur Macht.

⊿ **Berlin**, den 14. März.

Die Anzeichen sind unverkennbar, daß die bürgerliche Abwehrfront an der Ruhr abbröckelt. Cunos Paradereden und Eberts Zuchthausverordnungen für die geschäftstüchtigen rheinisch-westfälischen Firmen, die sich aus der „nationalen Einheitsfront“ drücken, um in die internationale Geschäftsfront einzurücken, können niemand über die wahre Sachlage täuschen und noch weniger können sie den Gang der Dinge wenden. An den Gesetzen des kapitalistischen Schachers bricht der „nationale Widerstand“ hoffnungslos zusammen. Wie an der Ruhr, so im übrigen Deutschland. Die brennende Steuerschmach der deutschen Republik wird von einem festen Reichstagsblock mit Nägeln und Zähnen verteidigt. Der theatralische Anlauf der Sozialdemokratie zu einer parlamentarischen Opposition dagegen ist bereits erledigt. Es ist beim Theater geblieben. Im Interesse der „Abwehrfront an der Ruhr“ hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dazu verstanden, die freche Steuerdrückebergerei des Besitzes unangetastet zu lassen. Und bereits droht die Industrie, auf Grund der „Markstützung“, der aber keine entsprechende Preissenkung gefolgt ist, mit einem Angriff auf die Löhne.

Die Arbeiterklasse fühlt dunkel die Schlinge, die sich um ihren Hals zusammenzieht. Wachsende Gärung besonders in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist offenkundig. Sprechende Zeugen dessen sind die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Sachsens gegen ihre Führer, die sie in die Große Koalition hineinschwindeln wollten, ist das Hereinströmen der Arbeiterschaft in die proletarischen Abwehrhundertschaften. Aber noch halten die Fesseln der Parteiorganisation den Großteil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Die tiefe Tragik der deutschen Arbeiterklasse und die verbrecherische Schuld der deutschen Sozialdemokratie ist es, daß, während die bürgerliche Abwehrfront zusammenbricht, die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht im Stande war, ihre eigene Klassenfront nach innen und außen aufzurichten, daß sie durch das Band der Sozialdemokratie immer noch an den Kadaver der Bourgeoisie gekettet ist.

[162] Und immer knapper wird die Frist, die der Arbeiterklasse gelassen ist, um dieses Band zu zerreißen und sich aus eigener Kraft den Ausweg zu bahnen.

Das Kapital bereitet die Verhandlungen vor, die, falls die Arbeiterklasse nicht in letzter Stunde noch eingreift, nur in der Kapitulation bestehen können. Es ist heute schon vollkommen klar, daß die deutsche Bourgeoisie sich mit dem Gedanken abgefunden hat, daß das Ruhrgebiet besetzt bleibt. Sie schachert nur noch um die Ausbeutungsquote. Der faschistische Hexensabbath, den sie sich austoben läßt, ist ihr willkommen, um ihre Kapitulation zu maskieren.

Verhandlungen! Das ist auch das Losungswort der Sozialdemokratie, die sich dabei die unter dem inneren kapitalistischen Druck begreifliche Ermüdung der Arbeiterschaft zunutze macht. Indem sie dabei die geheimen Absichten der Bourgeoisie fördert, wird sie von ihr gleichzeitig als die Schuldige der Kapitulation hingestellt werden. – Der „Dolchstoß“ bleibt ihr nicht erspart. Ihren wirklichen Verrat an der Arbeiterklasse wird die Bourgeoisie als Verrat an der kapitalistischen „Nation“ erscheinen lassen, und sie wird die Arbeiterklasse so doppelt schlagen.

Verhandlungen! Die Sozialdemokratie läßt absichtlich im tiefsten Dunkel, wer nach ihrer Ansicht die Verhandlungen führen soll und auf welcher Grundlage sie geführt werden sollen. Sie muß sie schon im Dunkel lassen, weil mindestens drei verschiedene Sorten von „Verhändlern“ sich in ihr ausgebildet haben. Der rechte Flügel, mit Ebert, Stampfer, Wels an der Spitze, der auf die große Koalition zusteuert, und mit ihr den Abschluß machen möchte. Ein mittlerer Flügel, der die kleine Koalition wieder herbeisehnt, die seligen Tage von Joseph Wirth. Und eine sogenannte Opposition, die sich die Hände in Unschuld wäscht und ganz besonders schlau zu sein glaubt, wenn sie jedem, der will, den Abschluß gönnt, falls sie nur selber aus dem Spiel bleibt.

Für die Arbeiterklasse laufen alle diese drei Richtungen nur auf die Variationen des einen Themas hinaus: nicht verhandeln, sondern verhandelt werden!

Eine aktive und selbständige Rolle der deutschen Arbeiterklasse bei den Verhandlungen am Ende des Kampfes ist nur auf dem Wege der revolutionären Erhebung, der Ergreifung der politischen Macht zu erreichen. Es ist bezeichnend, daß die sogenannten oppositionellen Führer der Sozialdemokratie, obwohl sie konkrete Forderungen aufstellen (wie die Sachwerterfassung), die nur mit revolutionären Mitteln zu erreichen sind, sich scheu um die Machtfrage herumdrücken, die der wahre Schlüssel der Situation ist.

Ohne den Willen zur Macht, ohne den klaren Entschluß, den Kampf um die Macht zu beginnen und ihn zu Ende zu führen, ist alles Gerede der sozialdemokratischen Linken objektiv nur Arbeit zum Besten der Bourgeoisie, nur Beschwichtigungsmittel.

Darum ist die kommunistische Ausgabe der Stunde, in die Tiefen der proletarischen Massen zu steigen und da einzusetzen, wo die sozialdemokratische Linke völlig versagt: in der Erweckung des Willens zur Macht. Die Arbeiterklasse muß in der intensivsten Weise über die Notwendigkeit des Kampfes um die Macht aufgeklärt werden.

[163] Daß die sozialdemokratische Führerschaft ihn nicht will, selbst vom Boden der Demokratie aus nicht will, das zeigt Sachsen, und zeigt Bayern. Besonders aufklärend sind in dieser Hinsicht Ausführungen, die vor kurzem die sozialdemokratische „Münchener Post“ über die Arbeiterregierung machte. Das Blatt schreibt:

„Mit der bloßen Bildung einer Arbeiterregierung wäre ja noch so gut wie nichts getan. Nun ist es sicherlich abwegig, zu behaupten, daß eine Arbeiterregierung im vollen Besitze der staatlichen Macht, die Verhältnisse bei uns nicht zu bessern vermöchte. Eine Arbeiterregierung würde zweifellos gegen die Volksausbeuter und all das Wuchergesindel, das sich bei der Lendenlahmheit der bürgerlichen Mehrheiten in den Parlamenten seit Jahr und Tag au der Not und dem Elend des anderen gemästet und alle Lasten des verlorenen Krieges auf die Besitzlosen abgewälzt hat, die staatlichen Machmittel ganz anders zu gebrauchen wissen und das schlimmste Aergernis, den Schandfleck unserer Zeit austilgen können.

Allein bei der gegenwärtigen Verteilung der politischen Machtverhältnisse müßte die Arbeiterregierung durch die ausführenden Staatsorgane und das wirtschaftliche Schwergewicht der besitzenden Klassen lahmgelegt werden. Ihre Anordnungen würden nicht durchgeführt oder sabotiert, der Gewalt würde mindestens passiver Widerstand entgegengesetzt. Das zeigt eine einfache Ueberlegung. Das innerpolitische Problem in Deutschland bilden in nächster Zeit die Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs für die Besitzlosen durch Beschneidung der Uebergewinne der Landwirtschaft, des Handels und der Schwerindustrie, ferner die Sanierung des Staatshaushalts und damit der Währung durch Besteuerung der Sachwerte. Gegen solche Maßnahmen aber werden sich die betroffenen Kreise mit allen Mitteln wenden, und zwar erst recht, wenn sie eine Arbeiterregierung ins Werk setzen sollte. Es ist ja gar nicht ausgemacht, ob ein Teil der bewaffneten Macht nicht schon im vornherein Widerstand leisten und sie im Bunde mit bürgerlichen Selbstschutzorganisationen zur raschen Abdankung zwingen würde. Ein Bürgerkrieg in einem hochentwickelten Industriestaat aber müßte der unbewaffneten Arbeiterschaft zu mindestens schwere Opfer kosten und in seinen Auswirkungen ihre wirtschaftliche Lage für geraume Zeit nicht verbessern.“

An diesen Ausführungen ist zweierlei höchst interessant: Erstens das Zugeständnis, daß eine Arbeiterregierung „die Verhältnisse bei uns“ zu bessern vermöchte, zweitens die Furcht vor dem Kampf um die Macht.

Das gibt uns einen wichtigen Fingerzeig für unsere Arbeit. Wir haben den sich allmählich durchdringenden Gedanken in den Arbeiterköpfen zu befestigen, daß eine Arbeiterregierung ihre Verhältnisse, innen wie außen, zu bessern vermöchte, wir haben ihnen vollkommen offen den revolutionären Charakter und die revolutionären Konsequenzen einer Arbeiterregierung darzulegen, und wir haben in ihnen den Willen zur Macht zu erwecken.

Das ist der Schlüssel zur Lage, soweit die Arbeiterklasse in Betracht kommt. [164]

*

Wien und Frankfurt.

Von Karl Marx.

Vorbemerkung.

Die „Neue Rheinische Zeitung“ hat den ganzen Werdegang der Frankfurter Nationalversammlung (18. Mai 1848 bis 18. Juni 1849) mit der schärfsten Kritik begleitet. Schon in den ersten Nummern des Blattes spottet Marx über die Formelkrämerei dieses seltsamsten aller Parlamente, über seine Unfähigkeit, seine Angst, es auch nur zu dem kleinsten Konflikt mit den alten Mächten kommen zu lassen.

Die Frankfurter Nationalversammlung hatte es versäumt, sich eine Macht zu schaffen, das konnte sie nur im Kampf gegen Oesterreich und Preußen, gegen Fürsten, feudale und militärische Cliquen. Sie war selbst zum Spielball dieser Mächte der Gegenrevolution geworden.

Der vorliegende Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zieht die Bilanz der Frankfurter Nationalversammlung. Als er geschrieben war, März 1849, lebte das Frankfurter Parlament noch, es nahm sich besonders wichtig. Standen doch damals Verfassung und Grundrechte des Reichs vor ihrer Fertigstellung.

Die ersten Schläge der Gegenrevolution trafen nicht Frankfurt. Das Frankfurter Parlament war kein ernsthafter Gegner der Gegenrevolution. Es ließ sich gar in williger Tölpelei zu den Zwecken der Gegenrevolution mißbrauchen. Die Vertretung der deutschen Bourgeoisie spielte dieselbe Rolle wie ihre Klasse. Sie wiegelte ab, in der Hoffnung, einige Brocken vom Tische der Gegenrevolution zu erlangen.

Gegen das revolutionäre Wien führte die deutsche Gegenrevolution ihren ersten Schlag. Und die Frankfurter Versammlung lehnte es am 17. Oktober ab, „anzuerkennen und zu erklären, der konstituierende Reichstag (von Oesterreich) und die heldenmütige Bevölkerung Wiens haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht.“ Die von der Nationalversammlung geschaffene Regierungsparodie, die Zentralgewalt, sandte als Delegierte den Professor Welcker und den Oberst Mosle aus, um über Wien zu verhandeln. Sie wurden von Windischgrätz, dem österreichischen Oberbefehlshaber, mit Spott und Hohn empfangen und kehrten nach mancherlei Irrfahrten unverrichteter Sache heim. Die Linke der Versammlung entsandte auch hier nur nach Widerstand in den eigenen Reihen, Robert Blum und Fröbel als besondere Delegation zu den Kämpfenden Wiens. Der Opfertod Blums rettete wenigstens die Ehre der Linken.

Der Fall Wiens war für die preußische Gegenrevolution das Signal zur Ernennung des Staatsstreichministeriums Brandenburg. Auch hier war die Frankfurter Versammlung mit einer Verhandlungskommission vertreten. Bassermann, einer von den Delegierten, fand es für nötig, das Gerede der preußischen Reaktion von der „Anarchie“ in Berlin zu bekräftigen durch eine Erzählung von „verdächtigen Gestalten“, die angeblich in den Straßen Berlins herumschwirrten. Das waren die Prototypen der „Bassermannschen Gestalten“.

Nach dem Beispiel des Ministeriums Brandenburg, das die preußische Nationalversammlung nach Brandenburg verlegte, handelte auch die österreichische Reaktion. Der Wiener Reichstag wurde nach dem Fall Wiens nach Kremsier einberufen, wo er isoliert von allen Massenbewegungen früher oder später sterben mußte. Der Reichstag vom Kremsier arbeitete emsig, so wie das Parlament in Frankfurt, an „Grundrechten“. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht Die österreichische Regierung überraschte ihn am 7. März 1849 mit einer oktroyierten Verfassung.

In diesen Tagen, als der Kremsierer Reichstag auseinandergejagt wurde, schrieb Marx dem Frankfurter Parlament den Nekrolog. Denn es war klar, daß die Grundrechte von Frankfurt keine größere Geltung finden würden, wie die von Kremsier.

[165] Marx sollte Recht behalten. Am 18. Juni 1849 wurden die letzten Reste der Frankfurter Nationalversammlung, das Stuttgarter Rumpfparlament von Soldaten auseinandergejagt.

Der Spiegel, den Marx dem Frankfurter Parlament vorhielt, paßt ebensogut auf den Froschteich der heutigen deutschen Demokratie, und insbesondere der Sozialdemokratie. Die Morde an Erzberger und Rathenau haben die kleinbürgerliche Demokratie von heute ebensowenig eines Besseren belehrt, wie der Mord an Blum das Frankfurter Parlament. Der Schrecken vor dem Proletariat war der deutschen Bourgeoisie von 1848 jetzt den Junitagen von Paris in die Knochen gefahren. Die Feindschaft gegen jede selbständige Regung der Arbeiterklasse ist zum Lebenselement der heutigen kleinbürgerlichen Demokratie geworden. Vor der Drohung des Faschismus wird nicht der Froschteich dieser Demokratie, sondern nur die Macht der Arbeiterklasse bestehen. P.

*

(„Neue Rheinische Zeitung“, Nr. 244, 13. März 1849.)

Am 15. d. M. wollte der Reichstag in Kremsier an die Beratung des von der Kommission vollendeten Konstitutionsentwurfs gehen. Damit war für die K. K. Standrechtsbestien der Augenblick gekommen, die längst fertig liegende Verfassung „von Gottes Gnaden“ dem Reichstag entgegenzuschleudern und der ganzen bisher geduldeten Kremsierer Volksvertretungskomödie ein Ende zu machen.

Der ganze Oktroyierungskniff wurde bereits im Sommer vorigen Jahres zwischen den gesalbten und ungesalbten Konterrevolutionärs in Schönbrunn-Wien, Potsdam-Berlin, London (wo Metternich als Kreuzspinne der heiligen Allianz im Mittelpunkt des um die zur Freiheit aufstehenden Völker langsam gesponnenen Netzes sitzt), Paris ins Reine gebracht. Daß ihn der Potsdamer König zuerst ins Werk setzte, hing lediglich von den Umständen in Preußen ab, welche solchen Schritt früher, als in Oesterreich, zuließen.

Im November schleuderte das offizielle Oesterreich den Paulskirchnern das blutige Haupt Robert Blums vor die Füße. Das saubere Reichskommissarius-Zwillingspaar, Welcker-Mosle, war einige Tage zuvor von der Windischgrätzer Antichambre und der Abfütterung in Olmütz mit so viel Schmach bedeckt zurückgekommen, daß sich jeder Andere, außer Ehren-Welcker-Mosle, lieber einige Kugeln durch den Hirnkasten gejagt, als noch irgendeinem Menschen auf Erden ins Auge zu schauen gewagt hätte. Statt dessen rühmte sich dieses diplomatische Brüderpaar noch seiner Kreuz- und Querfahrten.

Die Majorität der Nationalversammlung war „satisfait“, war befriedigt, gleich wie die französische Kammer unter Louis Philipp auch bei den größten Niederträchtigkeiten, bei den schlagendsten Beweisen der Korruption, sich für satisfait, für befriedigt, erklärte.

Mochte den Paulskirchnern immerhin das Blut des gemordeten Robert Blum ins Gesicht spritzen. Es rötete sich zwar ihre Wange, aber nicht vor Scham oder Wut und tiefstem Zornausbruch, sondern mit der Farbe des Behagens und der Befriedigung. Freilich wurden nun Reichskommissarien nach Oesterreich gesandt. Das von ihnen erzielte Resultat war aber lediglich eine Verdoppelung des Hohns, der von jener Seite schon zuvor auf die sogenannten Nationalversammelten und das von ihnen verratene Deutschland gehäuft worden war.

„Mocht nix, es ist olles Aans!“ war und blieb der Wahlspruch auch jener Herren.

Man erinnere sich, daß kurz vor den Gewaltstreichen der preußischen Regierung Bassermann, Simson und natürlich der „edle“ Herr Gagern usw. als Reichskommissarien in Berlin waren.

[166] Und wiederum haben wir Reichskommissarien in Oesterreich, in Olmütz, während hier, wie in Berlin, der Reichstag auseinandergejagt und dem Volk eine Verfassung „von Gottes Gnaden“ mittels Kroaten, Sereschanern, Hukulen usw. oktroyiert wird.

Noch überall, wo die Volksfreiheit totgeschlagen werden sollte, zeigen sich gleich vorauswitternden Aasgeiern, Kommissarien der sogenannten Zentralgewalt. Ihr Geruchsorgan hat sich stets bewährt.

Jetzt dürfte endlich der Frankfurter Froschteich inne werden, daß die Reihe nun bald an ihn kommt. Seine Sünden werden an ihm selber heimgesucht werden. Auf der am Orte seines heillosen Wirkens

zu errichtenden Denktafel wird der Wanderer lesen: „Durch eigene Schuld, durch Feigheit, Professorenblödsinn und chronisch gewordene Erbärmlichkeit, teils unter rachekühlendem Hohnlachen, teils unter völliger Teilnahmslosigkeit des Volkes zu Grunde gegangen.“

Ein Teil jener armseligen Schächer wagt es indes noch gegenwärtig, sich mit den aus der Fabrik zu Frankfurt hervorgegangenen Grundrechten zu brüsten und sich darauf, wie auf eine Großtat, etwas einzubilden. Mit „Grundrechten“ schlugen sie sich wie die Scholastiker des Mittelalters, waschweiberredselig herum, während die „Grundgewalt“ der heiligen Allianz und ihrer Spießgesellen sich immer enormer organisierte und immer lauter und lauter über das grundrechtliche Professoren- und Philistergeschwätz hohnlächelte. Jene befestigten ihre „Grundrechte“ auf einem Wisch Papier; diese, die Herren der Konterrevolution, schrieben ihre „Grundgewalt“ auf scharfe geschliffene Schwerter, Kanonen und slavische Rotmäntel.

Sobald das deutsche Volk in irgend einem Teil der germanischen Vaterländer von seinem Urgrundrechte, dem der Empörung wider feudale oder spießbürgerlich-konstitutionelle Tyrannei Gebrauch machte oder machen zu wollen schien: da sandte Frankfurt eiligst „Reichstruppen“ ab, um das Volk durch Einquartierung, Plünderung Massakres und Militärexzesse aller Art zu züchtigen und mürbe zu machen, und die Werkzeuge der Konterrevolution gut imstande zu erhalten, das heißt, auf Kosten des Volkes und seiner „Grundrechte“ gehörig auszufüttern und zu weiteren Heldentaten zu kräftigen.

In solchen Fällen besaßen die Frankfurter Herren jedesmal die nötige Gewalt, denn sie erhielten sie leihweise aus den Reihen der oben berührten „Grundgewalt“ unserer gnädigen Landesväter.

Somit ist’s kein Wunder, daß der Frankfurter Froschteich gegen die gesalbten Herren, wann immer sie i h r e „Grundrechte“ proklamieren, ohnmächtig schweigen, machtlos zusehen muß, selbst wenn die Grundrechte der Herren „von Gottes Gnaden“ direkt wider ihn gerichtet sind.

Er wird und muß auch ruhig zusehen, daß jetzt der österreichische Tamerlan seinen geliebten „Untertanen“, unter denen eine erkleckliche Zahl Deutscher, von Gottes und der Sophie Gnaden 13 Grundrechte und mit diesem Coup zugleich den Frankfurter Herren abermals eine derbe Maulschelle oktroyiert hat. Und das von Rechts wegen! [167]

*

Karl Marx.

Von R o s a L u x e m b u r g.[*)]

Dreißig Jahre sind es her, daß der Mann seine Augen für immer geschlossen hat, dem die moderne Arbeiterklasse mehr verdankt als irgendeinem Sterblichen. Das Werk, dem Marx sein Leben gewidmet hat, kann nur aus der geschichtlichen Perspektive richtig gewürdigt werden. Als das Ideal einer Gesellschaft, die auf Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen beruht, ist der Sozialismus Jahrhunderte alt. In allen größeren sozialen Krisen und revolutionären Bewegungen des Mittelalters und der Neuzeit leuchtete er im Feuerschein als Ausdruck des äußersten Radikalismus auf, um zugleich die unüberwindliche geschichtliche Schranke und den Punkt jeder dieser Bewegungen anzuzeigen, von dem die rückläufige Welle, die Reaktion und der Zusammenbruch unvermeidlich erfolgen mußten.

Doch gerade als ein Ideal, daß zu jeder Zeit, in jeder geschichtlichen Entwicklungsphase empfohlen werden konnte, war der Sozialismus nichts als ein schöner Traum vereinzelter Menschenfreunde, unerreichbar wie der luftige Schein des Regenbogens an der Wolkenwand.

Am Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts tritt die sozialistische Idee zuerst mit Kraft und Nachdruck auf, diesmal schon als eine Antwort auf die Schrecken und Verwüstungen, die der aufkommende industrielle Kapitalismus in der Gesellschaft anrichtete. Aber auch jetzt ist der Sozialismus im Grunde genommen nichts anderes als das leuchtende Ideal einer Gesellschaftsord-

[*)] „Leipziger Volkszeitung“, 14. März 1913.

nung, die einzelne kühne Geister ersannen und dem grauenhaften Bilde der kapitalistischen Gesellschaft entgegenstellten. Hören wir den ersten Vorkämpfer des modernen revolutionären Proletariats, Babeuf, der während des Niedergangs der großen französischen Revolution einen Handstreich zur gewaltsamen Einführung der kommunistischen Ordnung vorbereiten wollte, so ist die einzige Tatsache, auf die er sich zu stützen weiß. Die schreiende Ungerechtigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung. Diese in den düstersten Farben auszumalen und mit den bittersten Worten zu geißeln, wird er nicht müde in seinen leidenschaftlichen Artikeln, Pamphleten wie in seiner Verteidigungsrede vor dem Tribunal der Revolution. Nach Babeuf genügte die Tatsache, daß die bestehende Gesellschaft ungerecht und wert sei, daß sie zugrunde geht, damit auch sie durch die Machtergreifung einer entschlossenen Handvoll Menschen gestürzt und abgeschafft werden konnte. Es genügte aber leider auch nur ein Zufall, der Verrat eines Mitverschworenen, um Babeuf aufs Schafott und seinen ganzen Plan zum Scheitern zu bringen. Babeuf ging in der reaktionären Sturzwelle unter, wie ein schwankes Schifflein, ohne zunächst eine andre Spur zu hinterlassen, als eine leuchtende Zeile in den Annalen der Zeitgeschichte.

[168] Wesentlich auf derselben Grundlage beruhen die sozialistischen Ideen, die von Saint-Simon, Fourier und Owen in den 20er und 30er Jahren mit viel mehr Genie und Glanz vertreten wurden. Freilich, an eine revolutionäre Machtergreifung zur Verwirklichung des Sozialismus dachte auch nicht entfernt einer von den drei großen Denkern mehr. Im Gegenteil waren sie ausgesprochene Anhänger friedlicher Propagandamittel. Wie sehr sie jedoch von dem Revolutionär Babeuf in ihrer politischen Stellung, und wie sehr sie voneinander in der Richtung und den Einzelheiten ihrer Ideen abweichen mochten, das Entscheidende für die Schicksale der sozialistischen Idee war bei ihnen allen dasselbe: der Sozialismus der St. Simonisten, Fouriers und Owens, wie der von Babeuf war in seinem Wesen nur Projekt, Erfindung eines genialen Kopfes, der ihn der geplagten Menschheit zur Verwirklichung empfahl, um sie aus der Hölle der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu retten. Die Kritik, die von den drei großen Utopisten an den bestehenden Verhältnissen geübt wurde, war unendlich schärfer, gründlicher, reicher an Ideen und Beobachtungen, fruchtbarer und tödlicher als bei Babeuf. Ein Vierteljahrhundert der ersten ungezügelten Entwicklung der kapitalistischen Industrie hatte der sozialen Kritik ein ganz anderes reiches Material geboten, als es mitten in den heftigsten Geburtswehen der modernen Gesellschaft, während der großen Revolution, deren geistiges Kind Babeuf war, erst sichtbar werden konnte. Allein auch diese Kritik war im wesentlichen eine Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, ihre Beurteilung und Verurteilung vom Standpunkt der Moral und der Vernunft. Und gerade deshalb schwebten alle diese sozialistischen Lehren in der Luft. Denn gegen die abstrakte Idee der Gleichheit, der Menschenliebe versündigten sich die gesellschaftlichen Verhältnisse seit Jahrtaufenden, seit das Privateigentum und die Klassenherrschaft bestanden. Die Ausbeutungen und die Knechtungen behaupteten sich, gediehen, wuchsen und wechselten anscheinend bloß mit dem Fortschritt der Zeiten ihre besonderen Formen, ohne sich im geringsten um die Gerechtigkeit, Vernunft und dergleichen schöne Dinge zu kümmern. Und je gründlicher, je eingehender die großen Apostel des Sozialismus die Grundlagen und die Einzelheiten der geplanten neuen Gesellschaftsordnung ausbauten, je tiefer sie an die Wurzeln der bestehenden Ordnung in ihren Plänen griffen, um so drohender erhob sich die Frage: wer und wie soll sich denn die gewaltige Umwälzung vollbringen, die ganze Welt umstülpen? An die Massen des Proletariats dachten und wendeten sich weder Fourier noch St. Simon, die es auch nur zu kleinen Sekten gebracht hatten. Und auch der Einfluß Owens, der an einer Wiedergeburt der proletarischen Masse arbeitete, ging bald spurlos verloren. Zwischen den elementaren revolutionären Erhebungen des Proletariats in den 30er und 40er Jahren und zwischen der sozialistischen Propaganda bestand kein wesentlicher Zusammenhang.

Nicht viel anders wurde es im Wesen der Sache, als in den 40er Jahren eine neue Generation sozialistischer Theoretiker austrat, als in Deutschland Weitling, in Frankreich Proudhon, Louis Blanc, Blanqui sich diesmal an die Arbeiterklasse wendeten, um ihr das sozialistische Evangelium zu predigen. Der Sozialismus blieb bei allen ihnen ein Zukunftsplan, dessen Hauptstütze die Nichtswürdigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung und der jederzeit realisierbar war, sei es durch gewis-

se schlau ersonnene wirtschaftliche Einrichtungen mit Staatshilfe, sei es durch eine geheim vorbereitete politische Machtergreifung durch eine entschlossene revolutionäre Minderheit.

[169] Das Jahr 1848 sollte der Gipfelpunkt der spontanen revolutionären Erhebungen der proletarischen Massen und zugleich die Kraftprobe des älteren Sozialismus in all seinen Spielarten werden. Als das Pariser Proletariat, ausgewühlt in seinen breiten Schichten durch die Idee einer gerechten Gesellschaftsordnung, durch Traditionen der früheren Revolutionskämpfe und durch die verschiedenen sozialistischen Systeme, seine Machtstellung in der Februarrevolution benutzte, um die Realisierung einer neuen „Organisation der Arbeit“, einer „sozialen Republik“ zu fordern, als es zur Durchführung dieser unklaren Zukunftsprojekte der provisorischen Regierung die berühmte Frist von „drei Monaten Hunger“ zugestand, da endete der Versuch nach Monaten geduldigen Harrens mit einer furchtbaren Niederlage des Proletariats. In der unvergeßlichen Junischlächterei wurde die Idee einer jederzeit realisierbaren „sozialen Republik“ im Blute des Pariser Proletariats ertränkt, um einem ungeheuren Aufschwung der Kapitalsherrschaft unter dem zweiten Kaiserreich Platz zu machen. Auf den zerschmetterten Barrikaden des Juni 1848, unter den Leichenhügeln der hingemordeten Pariser Proletarier schien das Ideal der sozialistischen Gesellschaftsordnung endgültig erdrückt und niedergestampft, die Aussichtslosigkeit des Sozialismus vor aller Welt erwiesen zu sein.

Allein um dieselbe Zeit, wo der Sozialismus alter Schulen eine endgültige Niederlage erlitten hatte, wurde die sozialistische Idee von M a r x und E n g e l s bereits auf eine ganz neue Basis gestellt: das Kommunistische Manifest brachte der Welt der Ausgebeuteten eine neue Kunde. Marx und Engels suchten Stützpunkte für das sozialistische Ideal weder in der moralischen Verwerflichkeit der heutigen Gesellschaft, noch im Ausklügeln eines möglichst verlockenden Zukunftsprojekts. Sie wendeten sich an die Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft. Hier entdeckten sie den Punkt, an dem der Hebel der sozialistischen Umwälzung angesetzt werden kann. In den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft deckte Marx die wirkliche Quelle der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats auf, denen es nimmermehr entrinnen kann, solange kapitalistisches Privateigentum und Lohnsystem bestehen werden. Hier deckte er aber auch die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktion auf, die durch ihre eigene eherne Logik dazu führen, bei einem gewissen Reifegrad den Untergang der Kapitalsherrschaft und die Verwirklichung des Sozialismus unvermeidlich zu machen, wenn anders die ganze Kulturgesellschaft nicht ihrer Vernichtung entgegengehen soll. Damit wurde das sozialistische Ideal zum ersten Male auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt und als g e s c h i c h t l i c h e N o t w e n d i g k e i t aufgezeigt. Zugleich wiesen Marx und Engels als ein Ergebnis derselben ökonomischen Untersuchung nach, daß das moderne Lohnproletariat aller Länder, die internationale Arbeiterklasse, geschichtlich dazu berufen ist, diese große soziale Umwälzung als ihre eigene revolutionäre Tat durchzuführen, wenn die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus die erforderliche Reife erreicht haben wird.

Doch mit diesen epochemachenden Gedanken, die er im „Manifest“, im „Kapital“, in den zahlreichen anderen Schriften niedergelegt hat, ist das Werk Marx’ wie seines Freundes und Mitkämpfers nicht erschöpft. In der materialistischen Geschichtsauffassung und ihrem fruchtbarsten Stück, der Lehre vom Klassenkampf, hat Marx dem Proletariat einen untrüglichen Wegweiser für seine Tageskämpfe mitten durch die Wirrnis der Politik und durch den trügerischen [170] Mummenschanz der Parteien gegeben, „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken.“ Mit diesen Worten verwies Marx die revolutionäre Arbeiterklasse auf die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ihres Tuns, auf das geschichtlich Mögliche, an das ihr Streben jederzeit gebunden ist. Mit dieser Lehre hat es ihr auch die Orientierung über die wirklichen Interessen, Bestrebungen, Wege und Ziele ihrer Gegner, der bürgerlichen Klassen und Parteien, ermöglicht. Endziel wie Tageskampf des Proletariats, Programm wie Taktik des Sozialismus sind durch Marx zum ersten Male auf die eherne Basis des Prinzips, der wissenschaftlichen Erkenntnis, gestellt, der Gesamtbewegung der internationalen Arbeiterklasse dadurch die Festigkeit, Wucht und Stetigkeit verliehen worden, die sie zur gewaltigsten, beispiellosen Massenbewegung der Weltgeschichte machen.

Aber auch die erste tapfere Vorhut dieser weltgeschichtlichen Massenbewegung selbst organisiert zu haben, ist das unsterbliche Verdienst von Marx und Engels. Durch die Gründung der Internationale haben sie zu der Fülle ihrer theoretischen Lehren an das Proletariat auch noch ein glänzendes praktisches Muster gefügt, an dem die Ausgebeuteten lernen konnten, sich gegen eine Welt zu schlagen, den Blick stets auf das unverrückbare Endziel gerichtet und aus jeder äußeren Niederlage nur Kräfte sammelnd zu weiteren Schlachten – bis zum endgültigen, entscheidenden Siege.

Wenn Marx und Engels die Proletarier aller Länder unter der Fahne des wissenschaftlichen Sozialismus vereinigt haben, so hat für die deutsche Arbeiterklasse Lassalle diese Fahne als Sammelzeichen zu einer entschlossenen politischen Tat vorausgetragen. Hat Marx dem internationalen Proletariat die Grundsätze des Klassenkampfes als wissenschaftliches Vermächtnis hinterlassen, so hat Lassalle das deutsche Proletariat als Klasse zuerst politisch von der bürgerlichen Gesellschaft geschieden und für den revolutionären Kampf organisiert. Und hatte Marx der Revolutionsmacherei alten Stils den Riegel vorgeschoben mit den Worten: „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken," so legte Lassalle mit umgekehrter Betonung, aber gleichem Recht den Nachdruck auf die befruchtende Initiative, auf die revolutionäre Energie und Entschlossenheit, indem er den deutschen Arbeitern mit flammenden Worten predigte: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst!"

In diesem Jahre, wo zum dreißigsten Male der Todestag Marx und zum fünfzigsten Male die Geburtsstunde der Lassalleschen Agitation wiederkehrt, hat die deutsche Arbeiterklasse allen Grund, ihrer drei großen Meister, deren historisches Werk nicht voneinander zu trennen ist, in Dankbarkeit zu gedenken. Die verflossenen Jahrzehnte haben unser Kampffeld unendlich erweitert, unsere Reihen hundertfach vermehrt, aber auch unsere Aufgaben ins Riesenhafte gesteigert. Die kapitalistische Reife, die Marx in den sechziger Jahren an der Hand der englischen Verhältnisse studierte und beschrieb, erscheint als unbeholfene, lallende Kindheit, gemessen an der heutigen weltumspannenden Herrschaft des Kapitals, an der verzweifelten Waghalsigkeit seiner jetzigen imperialistischen Schlußphase. Und der letzte Lebensodem der kapitalistischen Welt, der bürgerliche Liberalismus, dessen greisenhaften Händen Lassalle vor fünfzig Jahren das Zepter in der Führung der Arbeiterklasse entriß, erscheint als eine Art kraftstrotzenden Titans, verglichen mit seinem heutigen verwesenden Kadaver. Den theoretischen und politischen Lehren der [171] Meister des wissenschaftlichen Sozialismus hat der Gang der geschichtlichen Entwicklung in allen Stücken ein glänzendes Zeugnis gegeben. Und heute, mitten in den blutigen Delirien und Konvulsionen des waffenstarrenden und völkermordenden Imperialismus, naht immer sichtbarer die Stunde, wo die Schlußworte des Marxschen „Kapital" in Erfüllung gehen müssen:

> Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile des heutigen Entwicklungsprozesses an sich reißen, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten, organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm ausgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlagt. Die Expropriateurs werden expropriiert,

Mehr wie je tut uns deshalb heute not, in der Praxis miteinander zu verbinden, was jene Meister uns als teuerste Hinterlassenschaft vermacht haben: Theoretische Vertiefung, um unseren Tageskampf nach dem festen Steuer des Prinzips zu lenken, und entschlossene revolutionäre Tatkraft, damit die große Zeit, der wir entgegengehen, nicht ein kleines Geschlecht finde.

*

Zum 75. Geburtstag des Komm. Manifestes.

Von Hermann Duncker.

Seitdem Karl Marx dem Proletariat der Welt im Kommunistischen Manifest den Adelsbrief seiner historischen Bestimmung in die Wiege gelegt hat, sind 75 Jahre vergangen. Ein Zeitraum, in dem so

manche wertvolle literarische Erscheinung zu verblassen pflegt, und gar erst eine politische Schrift, die immer nur für den Augenblick geboren scheint. Und doch erstrahlt jenes wunderbare Werk heute in noch hellerem Glanze der Aktualität, als vor 1848. Nicht im mindesten ist es „historisch“ geworden, und nur noch historisch zu werten.

Wechselvoll verlief der Lebensgang des Kommunistischen Manifestes bis jetzt. Entstanden in Tagen, als sich am politischen Horizont die Wetterwolken bürgerlicher Revolutionen ballten, rief das Manifest in flammenden Worten dem Proletariat zu, seine ureigenste Klassenaufgabe zu erkennen, den Kommunismus als einzigste Erlösung ins Auge zu fassen und daher die bürgerliche Revolution zur proletarischen Weltrevolution weiter zu treiben. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

In den darauf folgenden Jahren der schwarzen Reaktion wurde mit der Niederschlagung des Bundes der Kommunisten auch sein Manifest politisch eingesargt. 25 Jahre gingen ins Land. Erst in den Auswirkungen der internationalen Arbeiterassoziation und nach Entstehen einer deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei machte sich im Jahre 1872 eine neue deutsche Ausgabe notwendig. Aber Engels nannte damals das Manifest ein „geschichtliches Dokument“. In den Zeiten des Sozialistengesetzes schien das Ziel des Kommunistischen Manifestes in weitere Ferne gerückt. Dann kam der Fall des [172] Ausnahmegesetzes, die Hoffnung auf schnellere Revolutionierung der Verhältnisse wuchs, und das Vorwort zur Ausgabe 1890 hob wieder stolz die größere Aktualität des Manifestes hervor: „Das internationalste Produkt der gesamten sozialistischen Literatur, das gemeinsame Programm vieler Millionen von Arbeitern aller Länder von Sibirien bis Californien“. Jedoch zehn Jahre später reckte schon der deutsche Revisionismus sein Haupt und verwies das Kommunistische Manifest in den Bücherschrank. Und wenn dem Revisionismus auch theoretisch der Kopf abgeschlagen wurde, immer zwei wuchsen praktisch nach. Die nur äußerlich noch marxistische radikale Hülle der Sozialdemokratischen Ideologie durchbrach schließlich der reformistische Keim, und 1914 dankte der Marxismus endgültig ab. In Abgrundtiefen versteckte man das Manifest. – Weltkrieg ! – Russische Revolution ! – Weltrevolution! Das Kommunistische Manifest wurde lebendig wie noch nie. Nicht nur daß es äußerlich in einer großen Reihe von Neuausgaben wieder auf dem Markte erschien, es wurde das Programm der dritten Internationale. Rosa Luxemburg konnte mit Recht in ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag des Spartakusbund triumphierend feststellen, daß das Kommunistische Manifest in keinem Punkte veraltet sei.

Als Sombart noch mit dem Sozialismus vom sicheren Porte des Professorenschreibtisches aus kokettierte – natürlich nur mit der wirklichkeitsfernen Theorie des Sozialismus, – schrieb er einmal, er habe das Kommunistische Manifest nun schon hundertmal gelesen und würde doch immer wieder durch erstaunliche Gedanken darin überrascht. Das war gewiß nicht übertrieben und tat auch der Sombartschen Eitelkeit keinen Abbruch. Es ist das Zeichen der größten Geisteswerke der Menschheit, ob wir den Goetheschen Faust, eine Beethovensche Symphonie, ein Bildwerk Michelangelos vor uns haben oder eben das Kommunistische Manifest, daß es uns immer neue Tiefen, immer neue seelische Gründe und Hintergründe blicken läßt, so oft wir es anschauen, daß es mit uns wächst und vertiefterem Verständnis auch tiefere Probleme bietet.

Die Fälle wirtschaftshistorischer Forschung, die gerade die letzten 75 Jahre zusammengetragen haben – und in historischen Untersuchungen flüchtete die bürgerliche Wissenschaft nur zu gern, um sich um die brenzligen Gegenwartsfragen zu drücken! – hat keinen noch so kleinen Strich jener genialen historischen Faustzeichnung auf den ersten Seiten des Manifestes als falsch erwiesen. Alles neuere Detail bestätigt nur die dort niedergelegten Hauptlinien. Dieses mit erstaunlicher Kraft hingeworfene Bild ist wie für die Ewigkeit geschaffen. Aber je nach der geschichtlichen Stunde rücken immer andere Partien des Bildes in hellere Beleuchtung. Stetig wechselnd. So hatten wir früher wohl gedankenlos über die Stelle hinweggelesen, daß der die Weltgeschichte durchziehende große Klassenkampf „jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“. Eine Alternative, die sich heute mit ganz anderer Wucht vor uns hinstellt als noch vor zehn Jahren. Oder wenn Marx, hier schon im Geiste der später von Rosa Luxemburg zu Ende geführten Akkumulationstheorie sagt: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Pro-

dukte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel ... Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht". Heute denken wir dabei au die [173] Leninsche zahlenmäßige Gegenüberstellung der Herren- und Knechtsvölker, aber auch an das revolutionäre Erwachen des Ostens.

Mit wie anderen Augen lesen wir in unseren Tagen die Schilderung der gesellschaftlichen Krisenepidemie: „Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt, eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben" usw.

Und nun die Darstellung im Kommunistischen Manifest:

„Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl."

Ein Wort, dessen Ignorierung sich bei noch so flammendem revolutionären Willen eines kleinen Häufleins bitter rächt, und das Rosa Luxemburg auch dem Spartakusprogramm dem Sinne nach einzuprägen suchte in dem Satz:

„Die proletarische Revolution ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmassen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen."

Auf die Darstellung der Verelendungstheorie im Kommunistischen Manifest pflegte man in den Jahrzehnten des aufsteigenden Kapitalismus mit souveräner Geringschätzung herabzublicken. Heute ist es wieder grausame Wahrheit geworden:

„Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Die Bourgeoisie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden!"

Was dabei Marx von der reaktionären Natur des Lumpenproletariats, „dieser passiven Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft" sagt, das findet jetzt seine unheimliche Bestätigung bei der passiven Verfaulung des Kleinbürgertums und alten Mittelstands.

Das Verhältnis der Kommunisten zum Proletariat, wie es das Komm. Manifest schildert, erweist sich ebenfalls in seinen wesentlichen Teilen unverändert. Wohl sind nunmehr die Kommunisten „eine besondere Partei" gegenüber den andern Arbeiterparteien geworden. „Aber der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien", d. h. eben, die Kommunisten müssen die breiten Massen auf das nächste Etappenziel und damit dann auch bewußt darüber hinaus treiben. Die Kommunisten „vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung". Was an anderer Stelle des Kommunistischen Manifestes von den ökonomischen Maßregeln der Diktatur des Proletariats gesagt ist, die „unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind", könnte mit den gleichen Worten auch von den politischen Etappenzielen vor der Diktatur des Proletariats gesagt werden. So wird die Arbeiterregierung als unzureichend und unhaltbar über sich selbst hinaustreiben und ist gerade dadurch doch als Mittel der Umwälzung unvermeidlich.

In Bezug auf die oben erwähnten ökonomischen Uebergangs-Maßregeln, zu denen das Proletariat seine politische [174] Herrschaft benutzen muß, um der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, hat schon Rosa Luxemburg darauf hingewiesen, daß diese aufgestellten Maßregeln zu Unrecht von Engels und Marx im Jahre 1872 als veraltet hingestellt worden seien, wie ja auch das Spartakusprogramm den größten Teil dieser zehn Punkte wieder ausgenommen hat. Die neue ökonomische Politik in Rußland spiegelt sich im Grunde genommen ebenfalls in einer Reihe dieser Maßregeln wider.

„Die Arbeiter haben kein Vaterland“. Bei diesem gegen die Kommunisten am häufigsten ausgespielten Satz des Manifestes wird stets vergessen, was heute besondere Unterstreichung verdient, daß gleich im nächsten Satze Marx betont, daß das Proletariat „sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß und so selbst noch national ist, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

Wenn schließlich im letzten Abschnitt des Manifestes vom konservativen oder Bourgeoissozialismus gesagt wird: „Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Mißständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern“, trifft das heutzutage in besonderer Weise auch auf die Führung der SPD zu mit ihren Vorschlägen zu „administrativen Verbesserungen, die auf dem Boden dieser (kapitalistischen) Produktionsverhältnisse vor sich gehen“ und „im besten Falle der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern.“

„Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoissozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird.“

Wie hat Marx seine Scheidemann und David, seine Ebert und Noske vorausgeahnt.

So erweist sich das Kommunistische Manifest in Wahrheit für das Proletariat als unvergänglicher Besitz. Nicht in den Bücherschrank sondern in die Rocktasche, in die Hand jedes klassenbewußten Proletariers gehört es, heute mehr als je. Dann wird das Kommunistische Manifest an seinem 100. Geburtstag durch den Sieg des Proletariats freilich historisch geworden sein. Aber es bleibt die Schrift, mit der sich, wie wir im Vorwort zum Manifest 1920 sagten, an knapper wissenschaftlicher Meisterung der grundlegenden Gesellschaftsprobleme und zugleich an tiefgreifendem Einfluß auf die Gesellschaftsgestaltung feine andere Schrift der Weltliteratur messen kann.

*

Was will Poincaré?

Von W. D.

Fast zwei Monate nach dem Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet sind vergangen. Mittlerweile hat Poincaré durch weiteres Vordringen am Rhein hinauf durch die Besetzung von Karlsruhe, Mannheim usw. jeden Zweifel darüber behoben, daß politische Ziele hinter seiner „friedlichen“ Aktion stehen. Der gewaltige Produktionsapparat Europas funktioniert nur noch stockend. Ziemlich auf Null ist die Kohlenförderung gesunken. Das Herausbringen der Kohlen deckt nur noch den Selbstverbrauch der Zechen. Teilweise beginnt man sogar mit dem Kaltstellen der Koksöfen. Einschränkungen in der Koksgewinnung legen auch die Betriebe [175] der Nebenproduktion still. Hochauf türmen sich die Kohlen auf den Halden; selbst Leerstreifen an der Eisenbahn werden als Kohlenlager benutzt. Immer mehr verstummt das gigantische Gerausch der Riesenwirtschaftsmaschinerie.

Das geschäftige Treiben auf den Zechen und der Umgebung fehlt. Träge hängen in den Seilen die Förderkörbe: leblos ragen die Fördertürme aus der toten Umgebung heraus. Beim Koksdämpfen (Löschen des ausgestoßenen glühenden Koks) steigen breit ausladende, weiße Wolken auf. Die letzten Zeugen des noch nicht ganz erloschenen Wirtschaftslebens. Das Hin- und Herrasen der Kohlenwagen, das geräuschvolle Kippen an den Verladestellen, mächtiger Maschinen ununterbrochenes Fauchen, alles ist verstummt, abgestorben. Unter Tage sind die Knappen fast nur noch mit Vorrichtungsarbeiten beschäftigt.

Der militärische Eingriff hat auch den technischen Verkehrsapparat, Eisenbahn und Schiffahrt, vollständig desorganisiert. Die Entwirrung im Wagenpark und die erforderlich gewordenen Reparaturen an der Eisenbahn, weiter das Beseitigen von Betriebshemmungen in den Wasserstraßen werden nachher, wenn die widerstreitenden kapitalistischen Gruppen sich irgendwie verständigt haben, wenn die Produktion wieder aufgenommen werden soll, noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Große Summen von Arbeitskraft und umfangreiche Inanspruchnahme der Transportmittel erfordert ferner das Entladen der Kohlenhalden.

Eine nicht wieder auszugleichende Einbuße in der Produktion, riesenhaft zwecklos brachgelegte oder nutzlos verbrauchte Arbeitskraft präsentiert sich als das bisherige Ergebnis der Ruhraktion. Der Förderausfall macht schon mehr als das Fünftel einer Jahresleistung aus. Selbst wenn die Produktion sehr bald wieder voll aufgenommen werden könnte, ergäbe sich ein Förderausfall von etwa 25 bis 30 Prozent Jahresleistung.

Diese gewaltige Einbuße steht in krassem Widerspruch zu den formellen, objektiv minimalen Verfehlungen in der Lieferung von Reparationskohlen an Frankreich. Jeder Tag Verlängerung der Produktionsstörung bringt auch Frankreich größeren unmittelbaren Schaden. Die in Verzug geratenen Lieferungen können kaum nachgeholt werden.

Wenn trotzdem Poincaré in seiner Politik hartnäckig verharrt, die Besetzung nicht aufhebt, so sicher aus keinem anderen Grunde, als lediglich zu dem Zweck, Garantien für spätere Vollieferung nach den Reparationsverpflichtungen zu erlangen.

Poincaré geizt aus leicht zu erratenden Gründen nicht nach einer formellen Annexion des Ruhrgebiets. Seiner Pläne Ziel ist eine faktische Annexion, maskiert durch einen neuen Rheinbund, gedeckt vielleicht noch durch eine Donaumonarchie unter römischem Segen und unter militärischem „Schutz“ Frankreichs. Des einziehenden Eroberers Taktik war dem Ziel angepaßt. Die Franzosen sind gerissene Diplomaten: sie verstehen sich auch auf Massenpsyche. Selbst Scharfmacherblätter mußten anerkennen, daß die französischen Soldaten nach ihrem Einzug eine staunenswerte Zurückhaltung beobachteten. Die preußisch-militärische Dialektik der Säbelraßler und der deutschen Barden, die am deutschen Wesen die Welt genesen lassen wollen, witzelte und ulkte über die bewaffneten Franzosen, die von Zivilisten Schimpf und Hohn geduldig ertrugen. Poincaré wollte moralische Eroberungen machen. Und nur Narren können leugnen, daß die Politik des Zurückhaltens, [176] daß der Verzicht auf die Pose des Diktators und Gewalthabers Teile der Bevölkerung mindestens neutralisiert hat.

Ganz besonders gilt das von den Polen, Masuren und den Mischlingen der verschiedensten Nationalitäten im Ruhrgebiet, die einen erheblichen, wenn nicht gar den größeren Teil der Gesamtbelegschaft im neubesetzten Gebiet ausmachen. Diese Gruppen würden der Proklamation eines Rheinbundes ganz bestimmt keinen aktiven Widerstand entgegensetzen. Wenn es in den letzten Tagen den Anschein hat, als ob die aggressivere Politik der Franzosen gewaltige Erregung, vulkanische Stimmung hervorgerufen habe und Stürme der Entrüstung bevorstünden, so ist das ein Irrtum. Nichts deutete auf eine wirkliche drohende Haltung. Wohl sieht man große Massen auf den Straßen, aber es ist fast nur flanierendes, schaulustiges Publikum.

Der Prozeß der Zermürbung, auf den die französische Diplomatie spekuliert, hat anscheinend schon weit um sich gegriffen, ein Zeugnis dafür liefert Eberts neueste Sonderverordnung. Wirkliche Aktivität gegen den französischen Imperialismus entfaltet nur die Kommunistische Partei. Das erklärt die neuerliche scharfe Verfolgung, mit der Frankreich und Belgien die KPD lahmlegen wollen.

Die französischen Befehlshaber triefen in Worten immer noch von Arbeiterfreundlichkeit; um die Arbeiter irrezuführen, gab man tatsächlich den Kommunisten einen ziemlich weiten Spielraum in ihrer auch antifranzösischen Propaganda. Nun, da man merkt, daß die Kommunisten die einzigen konsequenten Bekämpfer des französischen Imperialismus sind, wendet sich das Blatt: die KPD wird das Hauptobjekt Poincaréscher Verfolgungssucht. Ein Heer von Spitzeln ist aufgeboten. Die französischen Soldaten stehen unter strenger Bewachung und Kontrolle. Sie dürfen es kaum wagen, öffentlich mit einem Zivilisten zu reden. Französische Chauvinisten wetteifern mit den deutschen Faschisten in dem Entfernen von kommunistischen Anschlägen und Versammlungsanzeigen.

Poincaré weiß sehr gut: zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten bestehen keine unüberbrückbaren Gegensätze. Todfeindschaft, Gegensätze, über die keine Brücke geschlagen werden kann, bestehen jedoch zwischen den revolutionären Kommunisten und den deutsch-französischen Kapitalsinteressen. Die schärfere Note, die Poincaré nun anscheinend in seiner Ruhrpolitik gegenüber der Bevölkerung anschlägt, steht durchaus nicht im Widerspruch mit dem Plan der Schaffung

eines Rheinbundes. Die Kommunisten, als die einzigen ernsthaften Gegner imperialistischer Räubereien, werden in Belgien und in Deutschland gehetzt, verfolgt, festgesetzt und unschädlich gemacht. Von der zermürbten übrigen Bevölkerung befürchtet Poincaré keinen ernsthaften Widerstand mehr, und das deutsche Schwerkapital ist bereit, aus Interessensolidarität mit dem französischen Kapital, vereint mit der französischen Soldateska, das deutsche revolutionäre Proletariat niederzuschlagen.

Durchaus in der Linie eines Rheinbundes liegt die französische Verkehrspolitik. Alle nach dem Westen führenden Eisenbahnknotenpunkte stehen unter französischer Kontrolle; die drei Hauptlinien (Köln-Mindener Bahn, Rheinische Bahn, Bergisch-Märkische Bahn) sind militärisch besetzt. Nur auf der außerhalb der besetzten Zone liegenden Strecke Barmen-Eberfeld-Vohwinkel kann man nach dem Westen gelangen. Nach der „Eroberung“ Elberfelds wird vielleicht auch diese Strecke abgeschnürt. Von Osten her ist jede Verbindung über Essen hinaus nach Duisburg, Düsseldorf, Köln vollständig ab-[177]geschnitten. Von Essen aus unterhält nur noch eine Nebenlinie beschränkten Personenverkehr nach Ruhrort. Die französischen Militärposten ziehen sich bis über Dortmund und bis Hagen hinauf. Mit Ausnahme des Hammer Bezirks hat Poincaré nun auch alle Gruben im Bereich der Roten Erde „friedlich“ erobert.

Niemand kann glauben, daß die vollständige Beherrschung des Eisenbahnnetzes den Zweck haben könne, lediglich einen Kohlentransport nach Frankreich zu organisieren. Käme es darauf an, sofort Kohlen nach Frankreich zu bringen, dann hätte man sich mit der Beherrschung einer Linie und deren vollständige Inbetriebsetzung begnügt; das wäre bei verhältnismäßig geringen Arbeitskräften auch möglich gewesen. Die Inbesitznahme des Eisenbahnnetzes hat zweifellos nur den Zweck, verkehrstechnisch und finanzpolitisch die Bildung eines Rheinbundes vorzubereiten.

Ob den äußeren Anlaß zu einer Verständigung zwischen der Stinnes-Gruppe und den französischen Interessenten ein von beiden Seiten provoziertes blutiges Geplänkel oder die Konstatierung des Versiegens der Ruhrhilfe abgeben muß, das läßt sich noch nicht sagen; soviel jedoch ist sicher: die Verständigung kommt! Stinnes und Genossen werden diesmal nicht, wie ihre „berühmten“ Vorfahren Krupp und Konsorten, ihre Unterwerfung unter das französische Joch in ergebungsvollen Bettelbriefen bekunden, sie werden sich darauf beschränken, resigniert zu erklären: Wir konnten nicht weiter, wir mußten uns der Forderung Frankreichs fügen; im Herzen bleiben wir deutsch-treu, aber ... das Geschäft geht vor.

Und die Sozialdemokraten? Sie unterstützen die Politik des Schwerkapitals, sie unterstützen damit auch die Politik Poincarés, sie helfen den Rheinbund fördern; sie sind die Geburtshelfer des neuen Staatengebildes, das die vollständige Zerstückelung Deutschlands vorbereitet. Wie untrennbar die ADGB-Sozialdemokraten mit dem Schwerkapital verbunden sind, dafür ein charakteristischer Vorfall. Das deutsche Schwerkapital ordnete die Produktionssabotage an; ein Aussetzen in der Warenerzeugung auf Befehl der Unternehmer. Im Saargebiet unter französischer Diktatur streiken die Bergarbeiter. Deutsche revolutionäre Arbeiter fordern die Unterstützung der Streikenden durch Generalstreik. Auf Anordnung der deutschen Kapitalisten unterzeichnen der Deutsche Bergarbeiterverband, der Christliche Verband, die Polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunckersche Verband ein Flugblatt, in dem vor einem Generalstreik und kommunistischer Hetze gewarnt wird. Dieses Flugblatt, das mit seinem Inhalt den heißesten Wünschen Poincarés entspricht, wird von den deutschen Kohlenkapitalisten in einer Massenauflage von den Beamten der Zechen in Zechenräumen verbreitet.

Vor einer Aktivität der Arbeiter haben die französischen Imperialisten einen ebenso großen Horror wie die deutschen Kohlenfürsten. Darum benutzt der Gegner deutsche Sozialdemokraten, um den gleichinteressierten Kapitalsgruppen ihren gefährlichen Feind, die proletarische Aktivität, vom Leibe zu halten. Produktionssabotage auf Anordnung des Kapitals ist eine schöne Sache, aber Produktionseinstellung durch Streik, das ist für das Kapital die schwerste Sünde. Die Sozialdemokraten und der ADGB, als Torwächter kapitalistischer Interessen, erachten es als ihre heiligste Aufgabe, den Stinnes und Loucheur hilfreich beizustehen.

Die Bildung eines Rheinbundes bringt die Arbeiter im jetzt besetzten Gebiet unter die gewaltige Macht des vereinigten deutsch-[178]französischen Kapitals, hinter das sich schützend der französische Militarismus stellt. Politisch würde die Arbeiterschaft niedergerungen, wirtschaftlich wehrlos gemacht; sie müßte sich jeder Diktatur des Kapitals fügen,

Mindestens ebenso unerfreulich wären die Aussichten für die Bevölkerung, vor allem für die werktätigen Massen im besetzten Gebiet. Die Fertigindustrie, alle Kohlenverbraucher würden in der Hauptsache auf die Braunkohle angewiesen, die bei weniger Heizkraft viel unwirtschaftlicher ist als Steinkohle und deren Verwendung auch technische Umbauten für die Beheizung erforderlich macht. Die Verarbeitungsindustrie im französischen Gebiet und im Bereiche des Rheinbundes würde gefördert, im übrigen Deutschland müßte die losgelöste Weiterverarbeitung verkümmern.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen einer solchen Entwicklung liegen auf der Hand. Für die werktätige Bevölkerung sind die Aussichten ziemlich trostlos. Keine Cuno-Regierung, keine SPD-Politik, nicht die Politik des ADGB kann vor dem angedeuteten Schicksal bewahren. Es gibt nur einen Weg der Rettung, der an dem vollständigen Chaos vorbeiführt. Das Proletariat muß sich in den Besitz der politischen Macht setzen, was selbstverständlich Klassenkämpfe voraussetzt; es muß mit einer Arbeiterregierung zunächst den französischen Annexionisten ihre Vorwände, ihre juristischen und moralischen Gründe für die Ruhrbesetzung aus der Hand winden, sie muß dem französischen und dem englischen Proletariat zeigen, daß die Arbeiter in Deutschland ihre kapitalistische Ausbeuterclique niederringen, daß sie auf Kosten der deutschen Kapitalisten im Rahmen des Möglichen das französische Volk für die Kriegsschäden Ersatz leisten. Damit wäre die Politik Poincarés erledigt; die revolutionäre Aktivität des Französischen und des englischen Proletariats bekäme einen gewaltigen Anstoß. Die erste Voraussetzung für eine gründliche Revision des Versailler Vertrages wäre gegeben. [179]

*

Die „Taktik der Einheitsfront“ auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Von Edwin Hörnle.

Die Situation, in der der Leipziger Parteitag der KPD zusammentrat, ist äußerlich gekennzeichnet durch die Besetzung des Ruhrgebietes, durch das sprunghafte Steigen des Dollars bis auf 40.000 und 50.000 Mark, durch Preissteigerungen für die wichtigsten Lebensmittel des Proletariats, die mitunter an einem Tage bis zu 30 Prozent betrugen, durch den Versuch eines Faschistenputsches in München, durch den Sturz der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen und durch das erneute schärfere Vorgehen einzelner Landesregierungen gegen die Kommunistische Partei und ihre Presse.

Der Parteitag trat also zusammen im Moment einer sich rasch zuspitzenden politischen und ökonomischen Krise und sich von Tag zu Tag verschärfender Klassengegensätze. Soeben war es der Partei gelungen, sich der nationalistischen Welle, die aus Anlaß der Ruhrbesetzung von der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe der Cuno-Regierung, der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer entfacht worden war, erfolgreich entgegenzuwerfen. In den Reihen der Sozialdemokratie selbst, mitten in ihrer Presse, in ihren Parlamentsfraktionen, mitten in den Gewerkschaftsleitungen und den Gewerkschaftskartellen war unter dem Druck der hungernden Massen, die sich nur zu gut der blutigen Lehren des Weltkrieges erinnerten, eine Opposition entstanden. Es ist eine sozialdemokratische Opposition, geführt von alten USP-Leuten, wie Dißmann und Tom Sender, oder von abtrünnigen Kommunisten, wie Paul Levi. Damit ist schon gesagt, daß es eine Opposition der Halbheit ist, der Schwäche, der pazifistischen Phrase, der faulen Kompromisse. Aber zugleich ist diese Opposition ein Symptom der erwachenden Massen, sie ist eine Opposition von unten gegen oben, der proletarischen Basis gegen die kleinbürgerliche Führung.

Aus dieser Tatsache entsprang eine besondere Aufgabe für die Kommunistische Partei. Sie mußte die Massen zu Abwehrkämpfen sammeln und organisieren und gleichzeitig die Loslösung der Massen von ihrer reformistischen Führung beschleunigen; sie mußte die schärfste Kritik der Halbheiten der sozialdemokratischen Opposition verbinden mit der loyalen und warmen Unterstützung der ge-

gen ihre Führer rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter. Sie mußte die Losung der Arbeiterregierung nicht nur ausgeben, sondern den ernsthaften Willen zeigen, sie zu realisieren.

Das taktische Problem der Einheitsfront stand vor der Kommunistischen Partei in einer neuen, besonders komplizierten Form. Die Partei mußte sich entscheiden, ob sie die Taktik der Einheitsfront ohne Zögern, ohne Schwanken bis in ihre letzten Konsequenzen anzuwenden bereit sei, oder ob sie diesen Weg nur unter tausend Be-[180]denken, mit ausgeklügelten Sicherheitsmaßnahmen, wie die sogenannte „linke“ Opposition es verlangte, gehen wollte. Der erste Weg barg zweifellos große Gefahren, er setzte ein hohes Maß von Zielklarheit, Festigkeit der Führung, von selbständiger Aktivität und bewußter Disziplin in der Mitgliedschaft voraus. Er setzte voraus eine fortlaufende, strenge Selbstkorrektur. Und war die Partei nicht zu jung dazu? Noch zu wenig innerlich gefestigt und diszipliniert? Aber der andere Weg, den die Opposition vorschlug, führte praktisch überhaupt nicht zu einer Schaffung der Einheitsfront, sondern zu ihrer Verhinderung, führte die Partei zurück auf eine Stufe der reinen Agitation und Propaganda in einem Moment, wo die ganze Situation gebieterisch nach Aktion schrie und die organisatorische Stärke sowie „der politische Einfluß der Partei ein aktives Handeln ermöglichte.

Auch die Opposition will aktives Handeln. Aber sie scheut zurück vor einem Handeln zusammen mit anderen proletarischen Parteien und Organisationen. Es klingt ganz besonders radikal, wenn sie in ihren Leitsätzen zur Einheitsfront und Arbeiterregierung erklärte: „Deshalb müssen die Kommunisten nicht mur Kämpfe des Proletariats, um diese Ziele propagieren, sondern mit allen Kräften organisieren, und wo das möglich und notwendig ist, Kämpfe auslösen und das Proletariat selbständig in diesen Kämpfen führen.“ Die Opposition will nicht sehen, daß das Problem des Augenblicks in Deutschland noch nicht lautet: Selbständige Organisierung und Leitung der Massenkämpfe durch die Kommunistische Partei, sondern Mobilisierung jener überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse, die noch organisatorisch und ideologisch der reformistischen Führung anhängt.

Noch ist die Loslösung der Massen von der kleinbürgerlichen Führung in den ersten Anfängen. Noch müssen die Massen an ihrem eigenen Leibe erfahren, daß sie zwar die reformistischen Führer zum Eintritt in den Kampf zwingen können, daß sie aber mitten im Kampfe von ihnen verraten werden. Die Opposition nimmt die höhere Stufe der proletarischen Einheitsfront, nämlich die Sammlung der Massen unter kommunistischer Führung, vorweg, ehe sie die erste Aufgabe erfüllt hat, das Vertrauen der Massen in die reformistische Führung zu erschüttern. Dieses Vertrauen wird nicht erschüttert durch bloße Propaganda und Agitation, wird nicht erschüttert durch Spitzenverhandlungen, die man nur einleitet, um zu „entlarven“, nur um sie so schnell als möglich unter Protest wieder abzubrechen. Die Kommunistische Partei muß in dieser Situation offen und ehrlich die Bereitwilligkeit dokumentieren, nicht nur mit den sozialdemokratischen Arbeitern, sondern auch mit den sozialdemokratischen Führern gemeinsam in den Kampf zu gehen, und das, obwohl sie weiß, oder gerade weil sie weiß, daß diese Führer im Kampfe versagen und tausend Verrätereien begehen werden. Nur im Kampfe werden diese Führer sich entlarven.

Auf dem Parteitag platzten die Gegensätze der Anschauungen über die Einheitsfront, d. h. die Gegensätze in der Grundeinstellung zu den Gegenwartsaufgaben der Kommunistischen Partei, mit ungewohnter Heftigkeit aufeinander. Und mit Recht. Wollte die KPD ihre historische Aufgabe in diesem Moment erfüllen, so mußte sie die in ihrem Körper vorhandenen Ueberreste KAPistischer Gesinnung, Reste überwunden geglaubter Kinderkrankheiten rücksichtslos ans Licht ziehen, bestehende Differenzen eindeutig formulieren, ihre politische Linie scharf abgrenzen gegen alle opportunistischen und scheinradikalen Tendenzen.

[181] Der kombinierte Kampf gegen Poincaré und Cuno, d. h. gleichzeitig die deutsche Bourgeoisie und gegen den französischen Imperialismus, der Kampf gegen die rasch heraufziehende faschistische Gefahr, d. h. die Notwendigkeit der sofortigen Schaffung von proletarischen Abwehrorganisationen, der Kampf gegen die täglich toller werdende Teuerung und den Wucher, d. h., die Aufgabe, auch breite Schichten der kleinen Angestellten, Beamten, Handwerker, Kleinbauern, Kleinrentner und Hausfrauen in Kontrollausschüssen zu aktivisieren, der Kampf gegen die systematische Sen-

kung des Reallohnes, gegen die Abwürgung der Betriebsräterechte, des Streikrechtes, gegen die Legalisierung des Neun-, Zehn- und Elfstundentages, d. h. die Zusammenfassung aller kampfwilligen Elemente in den Gewerkschaften – solche Aufgaben dulden keine Schwankungen, keine Unsicherheiten, keine heimlichen und latenten Hemmungen mehr innerhalb der Reihen der Partei. Der Leipziger Parteitag mußte, wenn er seine Aufgabe erfüllen wollte, der Partei eine absolut einheitliche Linie, einheitliche Führung und das Vertrauen breiter Arbeitermassen sichern.

Der Parteitag hat dies in den entscheidenden Leitsätzen zur Einheitsfront und Arbeiterregierung mit aller wünschenswerten Deutlichkeit getan. Durch die Zweidrittelmehrheit, die diese Leitsätze billigte, ist ihre konsequente Verwirklichung gesichert. Durch die einstimmige Aufnahme dreier führender Mitglieder der Opposition in die neue Zentrale hat die Mehrheit gezeigt, daß ihr alles daran liegt, auch diese Genossen zur verantwortlichen Parteiarbeit heranzuziehen und durch die Praxis selbst zu überzeugen. Der Parteitag hat anerkannt, daß gewisse opportunistische Gefahren bestehen, er hat sie namentlich genannt und ihre rücksichtslose Ausmerzung gefordert. Aber er hat gleichzeitig keinen Zweifel daran gelassen, daß er die konsequente Durchführung vor Einheitsfronttaktik nicht stören lassen wird von Elementen, die ein Handwerk daraus machen, in jedem Schritt der Partei eine opportunistische Gefahr zu wittern, die, statt die Mitgliedschaft der Partei politisch zu schulen und zu disziplinieren, sich zum bloßen Barometer, zum bloßen Sprachrohr unklarer Massenstimmungen machen, die durch ihre rein negative Kritik demoralisierend wirken und in der Praxis trotz aller radikalen Worte sich als passive Elemente erweisen.

Die Debatte um die Arbeiterregierung zog sich wie ein roter Faden durch alle Tagesordnungspunkte des Parteitages. Kein Wunder: denn die Frage der politischen Macht ist in Deutschland aufgerollt, die Arbeiterklasse befindet sich an jenem Punkt, wo sie bei Strafe eines buchstäblichen Hungertodes für Millionen sich entschließen muß, die Bourgeoisie zu stürzen und die Regierungsgewalt in die eigene Hand zu nehmen.

Hinter der Kulisse der nationalen Phrase und hinter der heroischen Gebärde des „Lieber tot als Sklave“ versteckt die Bourgeoisie ihre Verhandlungen mit den französischen Kapitalisten um die verschärfte Ausbeutung der deutschen Proletarier und die Teilung in den Profit.

Für die Arbeiterklasse ist die Gefahr beide Male gleich groß, ob nun der französische Imperialismus das Ruhrgebiet gewaltsam annektiert, Deutschland zur Kolonie erniedrigt und zerstückelt, oder ob die deutschen und französischen Kapitalisten sich im letzten Momente noch verständigen. Kapitalistischer Krieg oder kapitalistische Verständigung: beides bedeutet für die deutschen Proletarier Untergang in der Barbarei.

[182] Die „Arbeiterregierung“ ist also in Deutschland keine propagandistische Losung mehr, sondern eine aktuelle Kampflosung. Die Kommunistische Partei muß ernsthaft mit der Möglichkeit rechnen, daß der Moment eintritt, wo breiteste Arbeitermassen bereit sind, die bürgerliche Regierung zu stürzen, die Koalition der Sozialdemokraten mit dem Bürgertum zu verhindern, eine Arbeiterregierung zu schaffen, aber n o c h n i c h t bereit sind, gleichzeitig mit den Bourgeois-Ministern deren reformistische Lakaien zum Teufel zu jagen. Diese Arbeitermassen würden es nicht verstehen, wenn die Kommunisten, deren Propaganda den Gedanken der Arbeiterregierung so intensiv in den Kopf der Massen gehämmert hat, im entscheidenden Augenblick die Teilnahme an vor Regierung verweigern würden. Die Kommunistische Partei muß sich heute schon ohne alle Umschweife bereit erklären, eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten einzugehen, sobald diese von den Massen ernsthaft gefordert wird. Die Frage der Arbeiterregierung ist die letzte, schwierigste, folgenschwerste Konsequenz der Taktik der Einheitsfront. Wer das eine will, muß auch das andere wollen. Wer die Losung der Arbeiterregierung propagiert, muß auch ernsthaft bereit sein, sie zu realisieren.

Die Opposition in der KPD hatte im Laufe des letzten Jahres die Losung der Arbeiterregierung aufgenommen und eifrig propagiert. Sie betrachtete diese Losung als ein gutes Agitationsmittel, als eine „taktische Umhüllung“ der Diktatur des Proletariats. Gut, sagte die Opposition, wenn die Massen noch Angst haben vor dem Worte Diktatur, so sagen wir Arbeiterregierung. Sie vergaßen nur, daß man zwar in ruhigen, sich langsam bewegenden Zeiten Agitation und Aktion voneinander zu

trennen vermag, daß aber in der revolutionären Krise beide organisch verbunden sind, die Agitation sofort ihre praktischen Konsequenzen zeitigt.

In dem Augenblick nun, als die Losung der Arbeiterregierung eine nahe und konkrete Gestalt annahm, kamen der Opposition Bedenken um Bedenken. Wann ist die Arbeiterregierung, in der Kommunisten sind, möglich? Die Mehrheit der Partei antwortete: bei einer steigenden revolutionären Massenbewegung, in der sich bereits außerparlamentarische Machtorgane der Arbeiterklasse zu bilden beginnen, in der die Frage der Kontrolle der Produktion und der Bewaffnung des Proletariates bereits von den Massen selbst ihrer Lösung entgegengetrieben wird. Die Arbeiterregierung ist keine friedlich-schiedliche Etappe zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur, sie hat zur Voraussetzung die Zersetzung der bürgerlichen Demokratie, das nackte Hervortreten der bürgerlichen Diktatur, die organisierten Abwehrkämpfe des Proletariates und sie führt als Kampfregierung gegen die Bourgeoisie notwendig zur noch weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe, zum Bürgerkrieg, zur proletarischen Diktatur. Die Arbeiterregierung kann nur enden entweder mit der tiefen Niederlage des Proletariats infolge des Verrates der reformistischen Führer und der Schwäche der Kommunistischen Partei, oder aber zur Ausstoßung der reformistischen Führer, zur Sammlung der Massen unter kommunistischer Führung, zum Uebergang aus der Defensive zur Offensive des Proletariates führen.

Diese Antwort genügte der Opposition nicht. Sie lehnte den Begriff der Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie als Partei ab mit der Behauptung: die Sozialdemokratie kann als Partei nicht kämpfen, das Ziel der Einheitsfront ist ihre Zerstörung als Partei, wir gehen nur zusammen mit einzelnen Sozialdemokraten, mit den sozialdemokratischen A r b e i t e r n. Praktisch bedeutet dieses [183] Argument Ablehnung der Arbeiterregierung, Rückkehr zu jener scheinbar längst überwundenen Auffassung der Einheitsfront als einer Einheitsfront ausschließlich von unten.

Gewiß ist die objektive Wirkung der Einheitsfront die Zersetzung der Sozialdemokratie und die Sammlung der Massen unter kommunistischer Führung. Aber dieses Resultat steht am Ende der revolutionären Kämpfe, nicht an ihrem Anfang. Gerade um dies Ziel zu erreichen, muß unter bestimmten Umständen die Kommunistische Partei mit den sozialdemokratischen Führern eine Koalition schließen, nicht um ihre Rolle als d i e Partei des Proletariats, als die einzige revolutionäre Führerin zu verleugnen und sich bescheiden als eine proletarische Partei neben andere zu stellen, sondern um durch diese Konzession an die Massenforderung ihre ernsthafte Bereitschaft zu zeigen, stets den kämpfenden Massen zur Seite zu stehen, und um in der Koalition durch ihre rücksichtslose Vertretung der proletarischen Klasseninteressen, durch die Verhinderung jeder Verräterei und Massenenttäuschung, durch die fortlaufende öffentliche Kritik und Anklage der Reformisten deren Entlarvung zu beschleunigen.

Die Opposition sagt: die reformistischen Führer werden nie kämpfen, und wir wecken in den Massen eine schädliche Illusion, wenn wir mit ihnen gemeinsam eine Regierung bilden. Die Opposition begeht den Fehler, daß sie die sozialdemokratische Partei als einen starren, unveränderlichen Mechanismus betrachtet, statt als ein gesellschaftliches Gebilde, in dem die Führung abhängig ist von dem Druck der Massen der Mitgliedschaft. Unter dem Druck ihrer Mitgliedermassen kann der Fall wohl eintreten, daß die sozialdemokratischen Führer, zumindest der klügere Teil, sich von der Koalition mit dem Bürgertum trennen, sich als rechter Flügel der revolutionären Bewegung anschließen, natürlich in der verborgenen Absicht, die Revolution so schnell als möglich zu verraten, so schnell als möglich die Fühlung mit der Bourgeoisie wieder aufzunehmen. Aber diese Absicht ist ja verborgen, die Massen sehen sie nicht. Sie kann nur an den Tag gebracht werden, wenn die Kommunistische Partei die Sozialdemokraten zunächst als das behandelt, was sie noch den Massen erscheinen, nämlich als ehrliche Leute, um so die Entlarvung der Sozialdemokratie durch die Massen selbst zu ermöglichen.

Die Opposition erklärt, die Kommunisten dürfen in eine Arbeiterregierung mur dann eintreten, wenn die Massenbewegung bereits an jenem Punkte angelangt ist, wo die Defensive in die Offensive umschlägt, d. h. konkret in jenem Moment, wo die Massen bereits das volle Bewußtsein des re-

volutionären Inhalts ihrer Kämpfe erlangt haben, wo das Proletariat bereits seine politischen und wirtschaftlichen Räte, seine bewaffneten Arbeiterwehren geschaffen hat. Auch dieser Einwand läuft letzten Endes auf eine Ablehnung er Arbeiterregierung hinaus. Denn in diesem Moment ist die Aufgabe des Tages nicht mehr Arbeiterregierung, sondern proletarische Diktatur und Räterepublik. In diesem Moment sind die demokratischen Illusionen bereits überwunden, bedarf es keiner Anknüpfung an Illusionen mehr. In diesem Moment sind die demokratischen Institutionen bereits zerbrochen oder doch ganz offensichtlich nur noch Instrumente der Gegenrevolution zur Bekämpfung der revolutionären proletarischen Institutionen. Es bedarf also keiner Ausnützung der demokratischen Institutionen mehr, sie ist unmöglich geworden. Die Kommunistische Partei muß aber ernsthaft mit der Möglichkeit rechnen, daß der Eintritt in eine Arbeiterregierung nicht allein abhängt von ihrem eigenen Willen und von ihrer eigenen Einschätzung der Situa-[184]tion, sondern bestimmt wird durch den Willen der Massen, die stürmisch diesen Eintritt fordern. In dieser Situation hat sie die Aufgabe, mit doppelter Kraft alle Machtmittel der Regierungsgewalt zur Zerstörung der gegenrevolutionären Organisationen, zum Ausbau der proletarischen Machtorgane, zur Stärkung des proletarischen Kraftbewußtseins auszunützen. Die Herausbildung, Durchorganisierung, zentrale Zusammenfassung der Arbeiterräte, der Arbeiterwehren, die Zerstörung der Militär- und Polizeiformationen, der bürgerlichen Justiz- und Verwaltungsorgane des demokratischen Staates – das sind dann Tagesaufgaben der Arbeiterregierung. Die Arbeiterregierung ist weder bürgerliche noch proletarische Diktatur, sie ist ein Durchgangspunkt im dialektischen Prozeß der revolutionären Entwicklung: indem sie existiert, hebt sie sich schon selbst auf.

Der Leipziger Parteitag konnte unmöglich die theoretische Klärung, die leider zu kurz vorher in der Partei eingesetzt hatte, zu Ende führen. Zwar waren Mehrheit und Minderheit fast fraktionsmäßig scharf auf dem Parteitag geschieden, aber die theoretische Stellung war bei den einzelnen Rednern unklar; Mehrheits- und Minderheitsstandpunkt flossen manchmal ineinander über, sehr oft näherte die Minderheit ihre Formulierung dem Mehrheitsstandpunkt an. Wiederholt wurde die Frage gehört: „Warum streiten wir so heftig? Es sind gar keine wirklichen Gegensätze vorhanden.“ Aber gerade die Heftigkeit bewies, daß ungeklärte Widersprüche da sind, und daß die Partei wieder einmal vor der Aufgabe steht, mitten im schwersten Kampfe gegen außen, mitten in einer alle Kräfte der Partei anspannenden Kampagne die theoretische Klärung in den eigenen Reihen durchzuführen. Man kann nicht sagen: Nun aber Schluß mit der Diskussion, nun wird gehandelt. Solange die Unklarheit, das Gift des Scheinradikalismus noch in der Partei existiert, muß auch die taktische Polemik geführt werden.

Der Parteitag hat das sehr gut erkannt. Er hat seine einmütige Entschlossenheit zur aktiven Durchführung der Parteitagsbeschlüsse bekundet, die Opposition hat sich zur loyalen Mitarbeit verpflichtet. Aber gleichzeitig ist die politische Diskussion, die ernsthafte und sachliche Selbstverständigung nicht unterbunden worden. Klarer, besser formuliert, deutlicher als auf dem Parteitag sind die taktischen Differenzen in einer Reihe von Artikeln der Parteipresse, die seither zum Parteitag Stellung nahmen, hervorgetreten. Das ist der erste Schritt zur Ueberwindung dieser Differenzen.

Die Mehrheit hat ihren Standpunkt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in der Resolution des Parteitages niedergelegt. Es gilt, die Opposition dahin zu bringen, jetzt auch ihren Standpunkt so unzweideutig zu formulieren. Begonnen damit wurde erfolgreich in zwei großen Funktionärversammlungen der Berliner Organisation. Aber über aller Diskussion steht der praktische Kampf, den die Partei jetzt führen muß. Die geschichtliche Situation zwingt sie in immer ernstere Kämpfe, zwingt sie immer mehr, auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit und in der verschiedensten Gestalt, unter den verschiedensten Bedingungen die Taktik der Einheitsfront anzuwenden. Die Partei lernt immer besser, immer sicherer diese Waffe handhaben. Die Unsicherheit und Schwankungen in der Durchführung unserer Taktik sind die Quelle der sogenannten „linken“ Abweichungen. Je besser es uns gelingt, uns von allen opportunistischen Entgleisungen, von allen Unsicherheiten und Schwankungen frei zu halten, je rascher wird auch die theoretische Einheitlichkeit der Partei hergestellt, desto rascher [185] werden auch jene revolutionär gestimmten, aber undialektisch denkenden Arbeiter, die am liebsten von heute auf morgen durch einen Sturmangriff des geschlossenen Vortrupps die

Revolution entscheiden möchten, die Ueberlegenheit und Notwendigkeit der Einheitsfronttaktik erkennen und ihre Kräfte in ihren Dienst stellen.

Der Leipziger Parteitag war zweifellos ein tüchtiger Schritt vorwärts, eine Tagung ernsthafter Arbeit, ein Bekenntnis zur revolutionären Aktivität, eine Unterstreichung und Auswirkung der Beschlüsse des vierten Weltkongresses. Nach zwei Richtungen hat die deutsche Partei ihre Aufgaben präzisiert. Sowohl in bezug auf die jähe, systematische Kleinarbeit an jedem Ort, in jeder Arbeiterorganisation, innerhalb der demokratischen Institutionen, unter den eigenen Mitgliedern, als auch in bezug auf ihr Verhältnis zur Kommunistischen Internationale, zu den Kommunistischen Bruderparteien, zu der kämpfenden Arbeiterklasse der ganzen Welt. Ale ihre Beschlüsse sind getragen von dem Bewußtsein dieser beiden Aufgaben: Revolutionierung der deutschen Arbeitermassen und ihre Eingliederung in den internationalen revolutionären Kampf. Die deutsche Partei beweist damit, daß sie wirklich eine Sektion ist der Kommunistischen Weltpartei.

*

Dämon, Genie und Intuition.

Eine Antwort an den Liquidator des historischen Materialismus.

Von G. G. L.

In der „Internationale“, Heft 24, Jahrgang 4, reitet Rudolf F r a n z eine Attacke gegen die „Liquidatoren des historischen Materialismus“. Er tut das mit den bescheidenen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen. Er führt ein Durcheinander von Zitaten ins Feld (vergißt leider dabei seine eigenen Todsünden gegen den historischen Materialismus oder was er so nennt, zu zitieren) und bewegt sich in den plattesten Vordergründen. Er ist so bescheiden, zu behaupten, daß wir mit dem bloßen Wörtchen „Dialektik“ schon „mitten drin seien im Problem“, während er noch weit davon entfernt ist, das Problem überhaupt richtig und klar gestellt zu haben, da er es überhaupt nicht sieht. Seit wann sind wir so bescheiden wie der Genosse Franz, zu meinen, „der Grundzug des historischen Materialismus sei seine Bescheidenheit“. Ich glaube, daß er damit den Schöpfern der Methode, Marx und Engels, aber auch den anderen, die ihr Wert fortführten, etwa Rosa Luxemburg und Franz Mehring – Karl Kautsky, für dessen Ehre sich Rudolf Franz mächtig ins Zeug legt, möchte ich nicht mit ihnen in einem Atem nennen –, daß er mindestens diesen Großen bitter Unrecht tut. Wir glauben nicht, daß sie die Bescheidenheit als das Kennzeichen ihrer Methode gelten lassen würden. Im Gegenteil, sie betrachteten sie als das allerumfassendste Werkzeug, als wissenschaftliche und politische Waffe und versuchten auf allen Gebieten mit ihr vorzustoßen. Ja sie operierten sogar mit mathematischen Gleichungen, also mit im naturwissenschaftlichen und überhaupt im wissenschaftlichen Sinne exakten Mitteln. Es gibt gewiß keine exaktere Wissenschaft als die der Gleichungen und keine exakteren Beweise als die Formeln, in denen Marz ein klares Bild seiner Lehre darstellt. Diese exakteste aller Wissenschaften, die Mathematik, verfährt aber in ihren [186] höchsten Augenblicken intuitiv. Nicht zur trockenen Kleinarbeit, aber zum Auffinden der umwälzenden Gesetze bedurfte es des Funkens der Intuition: im schöpferischen Neu- und Umgestalten sind Wissenschaft und Kunst verwandt. Ein Wagner trägt mühselig und fleißig Daten und „trockene Tatsachen“ zusammen. Faust, das Genie, der schöpferische Geist allein, vermag aus ihnen das lebendige Bild des Geschehens zu rekonstruieren. Marx und Engels hatten gar keine Angst vor den Naturwissenschaften und auch nicht vor „psychischen Antrieben“, und es bleibt dem Genossen Franz vorbehalten, in dem Chorus der bürgerlichen „Wissenschaftler“ mitzusingen, die meinen, „exakte“ Wissenschaft sei eben einzig Naturwissenschaft als unbegrenzte Wissenschaft, dem Marxismus aber, dem historischen Materialismus, als Wissenschaft von der Gesellschaft seien seine bescheidenen Grenzen gesteckt, er habe nicht als Universalwissenschaft – „Universaldietrich“ popularisiert Rudolf Franz geschmackvoll – zu gelten. Marx und Engels, Rosa Luxemburg und Franz Mehring hatten auch keine Angst vor biologischen Erscheinungen, wie Dämon (will sagen Genie) des Künstlers oder Intuition, die auch nicht reine Tier- oder Natureigenschaften des Menschen sind, sondern in seinem sozialen Sein eine, wenn auch „bescheidene“ Rolle spielen, besonders bei bescheidenen Köpfen. Marx, Engels und Rosa Luxemburg, wenn sie nicht selbst Genie und Dämon des Künstlers in sich getragen hätten, wenn sie nicht bei aller exakten „Tatsachenforschung“ und harten Kleinarbeit in intuitivem Erfassen große Zusam-

menhänge hätten erschauen können, dann wären sie nicht die führenden, weitragenden Persönlichkeiten, die sie für uns sind, dann hätten ihre Werke nicht die umwälzende Bedeutung, hätten sie nicht der Welt einen neuen Sinn geben können.

Daß „psychologischer Antrieb“ nicht ausschlaggebend ist, ist eine Binsenwahrheit, die zu erweisen Rudolf Franz nicht in seitenlangen Zitaten Kautskys abgestandenen Kaffee aufzuwärmen brauchte. Sie ist sogar in demselben Satz ausgedrückt, den Franz zitiert, um seine Unkenntnis dieser Tatsache zu zeigen, und er widerlegt so mit diesem Satz gleichzeitig das, was er beweisen will denn es heißt da, „daß die Art des dichterischen Erlebnisses des Künstlers bestimmt ist einmal durch den Charakter, den Dämon des Künstlers, das andere Mal durch seine historisch soziale Situation“, was weiter im Artikel ausgeführt wird.

Kunst ist eine soziale Erscheinung, eine Angelegenheit der Gesellschaft, aber sie ist nicht möglich ohne Künstler. Kunst kommt von Können. Sie ist auch durch biologische Erscheinungen, gewisse Fertigkeiten und Eigenschaften des Künstlers gebunden, schließlich spielt auch das Genie eine „bescheidene“ Rolle. Kunst ist nicht nur Können, sondern im Genie auch ein Müssen, dessen letzte Quellen aus der Gesellschaft strömen. Weder Marx noch Engels haben die Rolle des Genies verkannt noch die Bedeutung der Intuition außer acht gelassen, und Rosa Luxemburg war so „bürgerlich“, gewisse Künstler um ihres Genies willen ebenso zu lieben und anzuerkennen, als um der sozialen Mission willen, die sie mit ihrem Werk vollbracht haben, obwohl sie nicht Sozialisten oder Kommunisten waren, wie Tolstoi oder Dostojewski (Rosa Luxemburg: Einleitung zu Korolenko). Nur Holzköpfe, selbst keinen Funken lebendigen Erkennens in sich tragen, können aus ihrer „historisch materialistischen“ Verbohrtheit, die schon das Holzgerüst wissenschaftlicher Kleinarbeit als vollendeten Bau anerkennt, an dieser menschich-gesellschaftlichen Erscheinung vorübergeben, angsterfüllt, die bloße Zitierung des „Dämons“ könne sie in die Sphäre bürgerlicher Ideologie verschlagen, aus der nun einmal unsere Terminologie herstammt. Diese Angst, die vornehmlich diejenigen haben, die selbst noch nicht ganz aus der bürgerlichen Ideologie heraus sind – ein Beweis dafür ist das Zitat aus Lu Märtens Polemik, die auch aus der gleichen Angst vor Intuition und [187] ihrer Verachtung geboren wurde, Lu Märtens, deren Schrift ja eine typisch kleinbürgerliche Einstellung vertritt – diese Angst führt konsequenter Weise zu jenem Standpunkt, der kürzlich in einer kommunistischen Jugendzeitung („Die Arbeit“) vertreten wurde (von Raoul Hausmann) und zu dem überhaupt die Jugend leicht hinneigt: daß nämlich „Genie eine bürgerliche Erscheinung“ sei, da es zur Hervorbringung von Kunst nicht mehr nötig sei, da Kunst künftig das kollektive Erzeugnis der Masse, auch ausgeführt von gewiß einem Dutzend Personen, nicht von einem Genie, sein würde. Das ist das verhängnisvolle Mißverständnis über das Wesen kollektiver Kunst, das außer acht läßt, daß Kollektivität, Allgemeinerlebnis, auch im Werk des einzelnen zum Ausdruck und Bewußtsein kommen kann und kommt, wenn der Künstler nur danach ist, und gerade vielleicht nur, wenn er ein Genie ist vorausgesetzt, daß er verbunden mit der Masse ist, so daß ihm aus ihrem Schoße, aus dem, was sie bewegt, seine Aufgaben erwachsen. Verhängnisvolles Mißverständnis ist die gekennzeichnete Auffassung, als ob proletarische Kunst auch ohne Genie geschaffen werden könne, deswegen, weil sie dem Proletarier die Illusion gibt, als ob er sich nur mit zehn Genossen zusammenzusetzen und gemeinsam Erlebtes hinzustammeln brauche, und das proletarische Kunstwerk „Kollektivkunst“ sei fertig. In Rußland ist der Versuch, auf diese Art proletarische Kunst zu schaffen, gründlich gescheitert. Es kann nicht oft genug gesagt werden: es ist gefährlich, Proletariern in dieser Hinsicht Illusionen zu machen, es lenkt sie vom politischen Kampf ab zu einer Aufgabe hin, die sich niemand vornehmen kann, deren Ziel vielmehr einmal als reife Frucht, vielleicht schon nach kurzem Zeitablauf, auch dem revolutionären Proletariat als seine Kunst in den Schoß fallen wird, die aber nicht aus dem Boden gestampft werden kann, jetzt, wo alle Voraussetzungen für die Entfaltung künstlerisch schöpferischer Kräfte und einer neuen Kunst im Proletariat fehlen. Die Arbeiterklasse hat noch keine Zeit und Möglichkeit gehabt, ihre geistige Emanzipation von der bürgerlichen Kultur zu vollziehen, und sie ist auch noch vollauf durch den Kampf um die nackte Notdurft des Lebens, um die materiellen Existenzmittel gebunden, in dem das heiße Ringen um die Verwirklichung, und den Ausdruck proletarischen Geistes erst nur ein Teil ist.

Es ist der Irrtum der bürgerlichen Denkweise, daß sie „Genie“ als individuelle Erscheinung überhaupt auffaßt und erklärt. Biologisch ist „Genie“ natürlich Eigenschaft einer Person. Aber das, w a s diese geniale Persönlichkeit ausdrückt, wird inhaltlich bestimmt durch die Gesellschaft und ihre Wirtschaftsform, denn gewiß ist nicht der einzelne, sondern die Gesellschaft das Primäre und Ausschlaggebende. Der Mensch entwickelt sich von seiner untersten Stufen als Herdentier, als vergesellschaftetes Wesen. Die urkommunistische Gemeinschaft spaltet sich mit der Entwicklung des Privateigentums in Klassen, und in der Klassengesellschaft wird immer mehr der einzelne wichtig, die Bedeutung des Individuums betont. So kommt es, daß in der bürgerlichen Gesellschaft auch „Genie“ und „Individualität“ zusammengehörige Begriffe werden konnten, daß „Genie“ wesentlich als die Leistung und Äußerung des einzelnen angesehen, gewertet und bewundert wird, als des einzelnen, der außerhalb der Masse oder gar über ihr steht. Solange aber überhaupt eine Gemeinschaft da ist und das Genie innerhalb dieser Gemeinschaft steht, sagt es das aus, was alle fühlen, glauben und verstehen. Die Wertung des Genies als höheres Einzelwesen in der bürgerlichen Gesellschaft schien insofern zu stimmen, als die Kunst der kapitalistischen Epoche überhaupt individuell ausgerichtet ist und immer mehr individuelle, von der Masse abgelöste Erscheinung wurde, der „Masse“ nicht mehr Gemeinschaft war. Die Kunst wurde von der Renaissance an immer mehr Angelegenheit kaufkräftiger Individuen der herrschenden Klasse. Da [188] keine Gemeinschaft mehr bestand, mußte der Künstler tatsächlich sein individuelles Erleben ausdrücken. Aber diese bürgerliche und individuelle Erscheinungsweise und Wertung des Genies als geniale Persönlichkeit erschöpft nicht das Wesen des Genies.

Im Kunstwerk selbst redet sogar noch in der Klassengesellschaft zu gewissen Epochen das Genie als Kollektivwesen, nämlich wenn es innerhalb der Klassen noch junge, geistige Gemeinschaften (Glauben) gibt. Von großen Künstlern heißt es in der vulgären Terminologie der bürgerlichen Betrachtungsweise: Sie, die „Großen“, „schaffen über sich hinaus“, sie kümmern sich nicht um individuelle Schicksale, weder um ihr eigenes, noch um das anderer zufällig mit und neben ihnen Lebender. Sie drücken bewußt oder unbewußt das aus, was alle in einer gleichen Epoche, in einem gleichen Daseinskreis erleben und was sie fühlen, vorausgesetzt, daß etwas Gemeinsames da ist, in dem alle verbunden sind, z. B. eine religiöse Idee. Oder sie sind Vermittler des Wesentlichen der Epoche (Michelangelo, Goethe). Da, wo die Individuen durch ein Gemeinsames, wirklich bewußt zu einer Gemeinschaft verbunden sind (christliche Kirche), kann man von Kollektivbewußtsein reden, das auch durch den Künstler im Kunstwerk zum Ausdruck kommt. Nur so läßt sich z. B. die gotische Baukunst begreifen mit ihrer Überwindung ganz neuer Raumprobleme, ihrer Auflösung der Mauermassen, ihren ins jenseits strebenden Pfeilern, als aus einem Kollektiv erwachsen, aus der völkerumspannenden, vom Orient zum Okzident sich ausbreitenden Glaubensgemeinschaft der christlichen Kirche, und zwar der triumphierenden Kirche, die aus ihrem Kampfstadium heraus und zu einer Glaubensgemeinschaft geworden war, die völlig auf das Jenseitige, auf eine überirdisch-mystische Göttlichkeit gerichtet war. Diese Hingabe an ein schönes Jenseits hatte sehr reale Grundlagen in der Verelendung der breiten Massen, denen das Jenseits versprochen werden mußte, um sie über das unzulängliche irdische Dasein zu trösten und von ganz irdischen revolutionären Kämpfen um ein besseres Diesseits abzulenken. In den Wunderwerken gotischer Kathedralen waren genialer Schöpfergeist und Jenseitshoffnung von Generationen lebendig. Hier ist zugleich ein Beispiel, wie ein ideologisches Bedürfnis einen neuen Stil und neue technische Aufgaben schafft. Die Namen der einzelnen Baukünstler sind zum großen Teil vergessen. Aber auch in einer viel späteren Epoche der bürgerlichen Gesellschaft, als der Prozeß der Individualisierung in der Kunst schon weit vorgeschritten ist, im 18. Jahrhundert, haben wir in der Musik einen Beweis, daß Kunst, auch bürgerliche Kunst, da wo sie groß ist, nicht notwendig mit den persönlichen Schicksalen des Künstlers zu tun haben muß. So waren Mozart und Beethoven arm und abhängig, ihr Leben von Sorge und Schulden belastet. Mozarts Musik aber ist von einer strahlenden Heiterkeit und losgelöst von aller Daseinsschwere und trägt alle Merkmale der Reife und Vollendung einer Kultur. In den Tiefen Beethovenscher Werke aber kommt zum Ausdruck der Widerspruch in dieser Kultur an der Scheide zweier Epochen: Des absteigenden, sterbenden Feudalismus und des sich emporringenden, siegreichen

Bürgertums. Vor diesen umwälzenden, gesellschaftlichen Ereignissen verblaßt das persönliche Leid des Künstlers, das nur ein Teil des allgemeinen Elends ist und verliert alle Bedeutung.

Musik wurde im 17. und 18. Jahrhundert überhaupt die Kunst des Ausdrucks gesellschaftlicher Zustände und Erlebnisse und vor allem auch Ausdruck der oppositionellen Strömungen, des kämpferischen Geistes, der sich in Wort und Bild nicht herauswagen durfte unter dem Joche des Absolutismus. Bachs und Beethovens Musik ist von diesem kämpferischen, freiheitssehnsüchtigen Geiste erfüllt, und auch Mozarts und Händels Musik ist immer stark, niemals sentimental.

[189] Wenn man ein Kunstwerk würdigen, einen Künstler verstehen will, muß man ihn im Zusammenhang mit der Gesellschaft, mit ihrer Produktionsform, ihrer sozialen und wirtschaftlichen Gliederung zu erkennen suchen. Man soll historisch-materialistisch-dialektisch die Brücke zwischen Wirtschaft und Ideologie finden. Aber soll deshalb außerdem von seinem Genie nicht die Rede sein? Auch der Umstand, daß unter bestimmter sozialer Konstellation Genies sich häufen, verdient beachtet und aufgeklärt zu werden – als gesellschaftliche Erscheinung.

Jene einseitig hölzerne Methode aber muß bekämpft werden, die meint, sie fabriziere schon historischen Materialismus, wenn sie ängstlich alle „inneren Quellen“ verstopft, alle „Dämonen“ hinaustreibt oder gar nicht erst hereinläßt und Genie und Intuition und sonst alles, was in ihren engen Horizont nicht hineingeht, zum Teufel jagt und aber mit oder auch ohne wissenschaftliche Kleinarbeit an der Oberfläche bleibt, weil sie nämlich vergißt, daß nach Marx zwischen Ökonomie und Ideologie eine W e c h s e l b e z i e h u n g besteht und daß gerade in dieser Wechselbeziehung die Dialektik der Geschichte sich auswirkt, die Dialektik im Ablauf des sozialen, politischen und ökonomischen Geschehens. Dieser Ablauf ruht nicht nur auf den einfachen Fundamenten von Ursache und Wirkung, auf einem platten Kausalzusammenhange, wie der naturwissenschaftliche Materialismus ihn konstruierte, sondern eben auf der dialektischen Beziehung aller menschlich-gesellschaftlichen Erscheinungen und Daseinsformen, geistiger und materieller, (in der die Kausalität nicht aufgehoben ist), zueinander. Eine Gemeinschaft wird das Erzeugnis nicht nur als Produktion, sondern auch als Leistung werten. An der Produktion haben alle Anteil, – die Leistung ist Sache des einzelnen.

Rudolf Franz’ Ausführungen geben über das eigentliche Wesen des historischen Materialismus, der historischen Dialektik überhaupt keinen Fingerzeig, sie haben gar nichts mit ihm zu tun, und es ist schon eine Anmaßung, über „Liquidatoren“ zu orakeln und selber so rein gar nichts über die Sache sagen zu können. Dieses Nichts, diesen leeren Raum füllt Franz aus durch ein langes Zitat ausgerechnet von Kautskys Plattheiten, die heute noch platter sind, als zu der Zeit, da sie geschrieben wurden.

Damit gibt Franz nur ein Dokument seiner eigenen literarischen und historisch materialistischen Herkunft, Zitate aus Marx’ und Engels’ Schriften wären viel plastischer und aufklärender gewesen.

Im übrigen ist die mechanische Methode der wissenschaftlichen Kleinarbeiter nicht nur für die Verflachung und Verknöcherung der historisch-materialistischen Kritik und Forschung gewesen. Viel verhängnisvoller hat sie indirekt auch mit beigetragen zur Verknöcherung und Versimpelung der Arbeitermassen in Deutschland, die das Werk der alten Parteiorganisation und -schule gewesen ist und das Werk der Kautskyschen Popularisierung des Marxismus. Wurde nicht Jahrzehnte lang systematisch den Arbeitern eingedrillt: nur die Masse macht es! Nicht der einzelne ist ausschlaggebend, nur die ökonomischen oder sozialen Verhältnisse sind Hebel ober Ursache (Schuld) aller Ereignisse. Folge solcher einseitig-mechanischen Darstellung war die Lähmung aller Initiative, die Abtötung jeden Impulses, die Unterbindung des Verantwortungsgefühles bei dem einzelnen. Es wurde auch hier wie bei der Auffassung vom Genie nicht beachtet, daß der einzelne zwar keine Bedeutung für uns hat im bürgerlichen Sinne des Wortes, als Individualität, wohl aber als vergesellschaftetes Wesen als Teil des Ganzen, als Bestandteil der Masse, und als solcher verantwortlich für die Masse, für ihre aktive Kraft. Kein Arbeiter ist wie der deutsche so verknöchert, so eingebildet auf seine „Wissenschaft“, so in ihr erstarrt, so impulslos, so mißtrauisch und [190] verächtlich gegenüber allem, was „Geist“ ist und hat, weil „Geist, Kunst und Genie“ ihm „bürgerliche“ Erscheinungen sind; er erkennt und fühlt sie nicht als seine eigenen menschlichen Eigenschaften, die er nur

ihrer Bürgerlichkeit, ihrer in der bürgerlichen Gesellschaft bedingten Erscheinungsweise zu entkleiden braucht, um sie seinen eigenen Bedürfnissen anzupassen, sie mit dem Leben und dem Geiste seiner Klasse zu erfüllen und zu seinen Werkzeugen zu machen. Die Methode Kautsky-Franz hat gründlich mit allem aufgeräumt, was als Geist, Impuls, Genie Bedeutung haben könnte. Der Arbeiter steht vor dem Komplex historisch-ökonomischen Geschehens wie vor einem Räderwerk, das von selbst lauft, dem nur die „Masse“ in die Räder fallen kann; aber daß die Masse sich nur aus den Impulsen ihrer Teile, aus ihrer Aktivität bewegen kann, daß auch „Dämon“ und „Intuition“ dieser Millionen da sein müssen, wurde vergessen.

Darum ist es so notwendig, den Platz zu erkennen, den „Dämon, Genie und Intuition“ in der bürgerlichen Gesellschaft eingenommen haben, welche Bedeutung sie hatten, welche Rolle sie in der bürgerlichen Ideologie spielten und was in dieser Gesellschaft mit ihnen gemacht und erreicht wurde. Es nützt uns wenig, sie als „nicht ausschlaggebende Faktoren“ zu verleugnen und bei unseren historisch-materialistischen Untersuchungen außer acht zu lassen, um nur die andere Seite in Betracht zu ziehen, die „trockenen ökonomischen Tatsachen“. Nur unter dem Gesichtspunkt der Dialektik, des Umschlagens des Materiellen ins Geistige und umgekehrt des Geistigen ins Materielle können wir überhaupt historische Zusammenhänge sehn und ihre Beziehungen begreifen. Über das Wesen der Dialektik als Bestandteil der historisch-materialistischen Methode verrät uns Rudolf Franz kein Wort, trotz seiner Behauptung, mit dem bloßen Wort Dialektik schon mitten drin im Problem zu sein. Das ist merkwürdig von einem, der die Relativitätstheorie so im Handumdrehen als einen naturwissenschaftlichen Ableger der Dialektik abtut und von der „Korrumpierung des dialektischen Denkens“ durch die „Liquidatoren des historischen Materialismus“ spricht. Aus seinen kritischen Schriften wäre auch nichts zu zitieren, das nur entfernt als Beispiel für eine Beherrschung der dialektischen Methode gelten könnte. Im Gegenteil, wenn wir hier zu zitieren anfangen wollten, könnten wir aufzeigen, wie der undialektische Marxismus, der Marxismus à la Kautsky Blüten treibt.

Wir wollen uns aber nicht aufs Zitieren verlegen, sondern darauf hinweisen, daß gerade das Wesentliche der historisch-materialistischen Methode, wie Marx sie verstanden hat in der dialektischen Beziehung zwischen der Ideologie oder wie er auch sagt, dem geistigen Überbau einer Klasse oder Gesellschaft und ihrem ökonomisch-politischen Daseinsgrund, ihrer Wirtschaftsform liegt. Was dabei „ausschlaggebend“ ist, „die harten ökonomischen Tatsachen“ oder ihre Widerspiegelung und dialektische Auswirkung in der Ideologie, kann gar nicht so in Bausch und Bogen behauptet werden. Das Ausschlaggebende i n n e r h a l b d e r M e t h o d e ist aber gerade jenes Umschlagen des ökonomischen Prozesses in die Sphäre eines geistigen Prozesses und umgekehrt. Dabei kann es eben infolge der dialektischen Gesetzmäßigkeit durch die materielle Interessen in einer geistigen Sphäre sublimiert, umgedeutet, umgewertet und bewußt oder unbewußt in einem Klasseninteresse, einem ökonomisch-materiellen Interesse also, ausgewertet werden, geschehen, daß durch diesen Prozeß die ideologischen Daseinsformen Geist, Wissenschaft, Kunst, Religion und mit ihnen auch Dämon, Genie und Intuition zu eben so harten Tatsachen werden und ebenso ausschlaggebend wie jene „exakten Tatsachen“, die sich so bequem „induktiv“ beweisen lassen nach dem Zitat aus Lu Märtens Schrift.

[191] Es nützt nichts, die Götter, die Gottheiten der Völker zu entlarven und sie, wie Feuerbach es tat, ihrer Göttlichkeit zu entkleiden als bloße Spiegelung menschlich-gesellschaftlicher Zustände und Triebkräfte, wenn wir sie nicht zugleich auch als mächtige und tatsächlich beherrschende Faktoren, als Tatsachen und Institutionen des wirtschaftlichen und politischen Lebens erkennen und nicht nur als Werkzeuge der Macht in den Händen der Herrschenden, sondern auch als ein den Geist und das Gefühlsleben der Massen beherrschendes Element.

*

Bücherschau.

E. P a w l o w s k i : Deutschland eine Kolonie? Viva-Verlag.

Pawlowski breitet seine wirtschaftsstatistischen Uebersichten, die vor anderthalb Jahren in die Schrift „Der Bankrott Deutschlands“ ausmündeten, in ihrer Weiterführung nunmehr in der Broschü-

re „Deutschland eine Kolonie?“ vor uns aus. Sie wird unseren Genossen eine brauchbare Agitationsbeihilfe sein. In leichtfaßlicher Darstellung in den letzten Jahren scharf beleuchtet: die Verarmung der Produktion und die Verelendung der Arbeiterklasse. Als einzige Rettung erscheint mit zwingender Gewalt – bis jetzt freilich nur der der Logik – „eine Regierung der 20 Millionen Arbeiter, Beamten und armen Bauern Deutschlands“.

Pawlowski besitzt die Gabe volkstümlicher ökonomischer Belehrung. Es fragt sich nur, ob unter dem Hobel der vereinfachenden Popularisierung nicht gewisse Ecken und Kanten der Probleme gar zu einfach weggeschnitten werden. Die tatsächliche Verarmung des deutschen Wirtschaftswesens wird durch eine Fülle von Zahlen erhärtet. Diese „Einschrumpfung“, die Pawlowski nicht unglücklich „Desakkumulation“ nennt, ist sicher grundlegende Tatsache. Aber P. scheint mir zu viel beweisen zu wollen, wenn er selbst eine Bereicherung der „großen Haifische“ der Bourgeoisie bestreitet und glaubt, daß ihr Einkommen „real vielleicht ebenso groß, wahrscheinlich aber nicht größer ist als vor dem Kriege“ (S. 45). P. übernimmt da ohne eingehendere Kritik die apologetischen Zahlenreihen von kapitalistischer Seite und kommt dann zu Feststellungen, die, wie er selbst sagt, „dem Agitationsbedürfnis unserer Genossen auf den ersten Blick zu widersprechen scheinen“. Mag aber in Goldmark gerechnet der direkte Kapitalrentendurchschnitt der Aktionäre gering erscheinen und eigentlich eine Verarmung in sich schließen, so ist doch nicht zu vergessen, daß hinwiederum die Ausnutzung der Geldentwertung durch Valutaspekulation diesen real kleineren Profit gewaltig und ebenfalls sehr real ausschwellen läßt. Die „parasitäre Schicht der Schieber- und Valutaspekulanten, die ausschließlich in der Zirkulationssphäre haust“ und deren tatsächliche Bereicherung P. zugibt, ist doch zumeist nichts anderes als eine Umkostümierung des altbekannten Industriekapitalisten oder seine Zwischenträger, Industriekapital wird zum Handels- und Spekulationskapital im Gegensatz zum Beginn der kapitalistischen Aera, wo aus dem Handels- und Wucherkapital das Industriekapital hervorging. Der Ring schließt sich.

Hat sich aber auch die Substanz des kapitalistischen Reichtums in Deutschland positiv verringert, die kapitalistischen Generale haben doch vollere Schüsseln als je, da sie neben allen Spekulationsgewinnen noch mit dem Revolver des Monopols die früheren kapitalistischen Mitesser fernhalten. So schließt allgemeine absolute Verarmung die wilde Bereicherung gerade der großen Haifische nicht aus. Sollte z. B. Stinnes nicht heute real [192] reicher sein als vor dem Weltkrieg! Unseres Erachtens. hätte . diese ökonomische Dialektik im niedergehenden Kapitalismus schärfer hervorheben müssen.

In seiner Darstellung erweitert P. sehr zweckmäßig die Begriffsreihe der Handels- und Zahlungsbilanz um die Begriffe: Wirtschafts-, Vermögens- und Produktionsbilanz. Nur sollten diese verschiedenen „Bilanzen“ in ihrer gegenseitigen Gliederung, Neben- und Unterordnung systematischer aufgezeigt werden. Und dann ist m. E. die Wirtschaftsbilanz nicht ohne weiteres der „Bilanz der Produktionskräfte“ gleichzusetzen, wenn man nämlich die Vermögensbilanz als ein Element dieser Wirtschaftsbilanz betrachtet. Parasitärer Vermögenserwerb kann mit Verfall der eigenen Produktivkräfte Hand in Hand gehen.

Natürlich soll mit diesen kritischen Seitenbemerkungen der Schrift P.s kein Abbruch geschehen. In Stoffdarbietung und methodischer Ausmachung ist sie außerordentlich geeignet, für unser kommunistisches Aktionsprogramm zu werben und, was wir als besonders wertvoll hervorheben möchten, gerade in den Kreisen der Mittelschichten und ehrlichen Nationalsozialisten. H. D.

[193]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 1. April 1923 ∗ Heft 7

In der Schlinge der Widersprüche.

⊿ **Berlin**, den 28, März.

Auseinandersetzungen, in die ganze Nationen verwickelt sind, rollen mit unwiderstehlicher Wucht von Grund auf alle Fragen auf, die bis dahin verdeckt waren, enthüllen alle Widersprüche, zerreißen allen falschen Schein. Der Ruhrkonflikt macht von dieser allgemeinen geschichtlichen Regel keine Ausnahme. War die proletarische Revolution nicht seit langem „erledigt", ein Gespenst der Vergangenheit, über das die „Realisten" des Sozialreformismus die Achseln zuckten? Waren nicht alle Fragen gelöst, zur Ruhe gebracht, ohne die Revolution, der Friede, die Reparationen, alles? Aber der Ruhrkonflikt offenbart in der Sprache harter Tatsachen, greller Widersprüche, daß sie ihre Fragen immer wieder, immer dringlicher, immer härter stellt, daß sie sich nicht prellen läßt, daß sie nicht den Schein für die Wirklichkeit nimmt, daß sie schlauer ist als alle Demagogie und realistischer als alle die Tröpfe, die zuerst sich selber und dann andere belügen.

Deutschland zappelt ohnmächtig in der Schlinge des grundlegenden Widerspruches, daß es die revolutionäre Aufgabe, die die Lage ihm stellt, mit den Mitteln der Reaktion zu lösen sucht, daß die revolutionäre Klasse, das Proletariat, sich s e i n e r Aufgabe noch entzieht und die konterrevolutionäre Klasse, die Bourgeoisie, sie nicht lösen k a n n.

Aus diesem Grundwiderspruch leiten sich alle einzelnen Widersprüche der Lage ab.

Den Krieg kann die Bourgeoisie nicht führen, ohne die Arbeiterklasse zu bewaffnen. Aber die Arbeiterklasse bewaffnen heißt die Revolution bewaffnen. Also muß man sich der bewaffneten Gewalt fügen. Aber dagegen sträubt sich der innerste Selbsterhaltungstrieb der Bourgeoisie. Sie bewaffnet also ihre eigene Klasse und läßt Kriegsstimmung machen, obwohl sie weiß, daß sie ihn so nicht führen kann. Aber der Faschismus droht die Gegenwehr der Arbeiterklasse auszulösen. Also muß man den Faschismus s c h e i n b a r bekämpfen, um die Arbeiterklasse zu beruhigen. Das ist es, was die Severing und Konsorten für sie besorgen, während ihre eigenen Vertrauensleute, die Seeckt, Geßler u. Co. ihre Verträge mit dem Faschismus abschließen. Aber wo ist die Grenze zwischen wirklichem und scheinbarem Kampf gegen den Faschismus? Einmal auch nur s c h e i n b a r [194] von Staats wegen der Kampf gegen den Faschismus proklamiert, droht die Gefahr, daß die proletarischen Massen ernst machen und daß die Faschisten ihn ernst nehmen. So haben wir den Widerspruch, daß die Bourgeoisie den Faschismus begünstigt und schützt, und daß sie gleichzeitig davor zittert, daß er ihr über den Kopf wachse.

Weiter. Der Faschismus ist in der Hand der Bourgeoisie das Mittel, um die Arbeiterklasse der Verständigung mit dem französischen Imperialismus zu unterwerfen. Aber der Faschismus ist kriegerisch, die nationalistische Exaltation ist seine Lebenslust. Um zur Verständigung zu kommen bedarf die Bourgeoisie der pazifistischen Sozialdemokratie. Sie muß also ständig den Faschismus gegen die Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie gegen den Faschismus ausspielen: ein Spiel, das jeden Augenblick ihr aus den Händen zu gleiten, die elementaren Kräfte der Revolution oder der Konterrevolution zu entfesseln droht.

Aber die Bourgeoisie, die so mit den Kräften der Unterwelt spielt, will gleichzeitig „Ruhe". Sie zittert vor dem Bürgerkrieg und sie tut alles, um ihn zu entfesseln.

Der strategische Plan der deutschen Bourgeoisie ist klar. Die sozialdemokratischen Führer sollen ihr den „Frieden" machen. Solange ist ein faschistischer Staatsstreich inopportun, voreilig. Ist die Verständigung mit Poincaré gesichert, so ist die Reihe an den Faschisten, die Arbeiterklasse den Stinnesplänen, die die Grundlage einer kapitalistischen Verständigung bilden werden, zu unterwerfen. Die Sozialdemokratie kann das nicht, sie kann nicht den zehnstündigen Arbeitstag einführen, die Bahnen usw. in die Hände des Privatkapitals geben, die Getreideumlage aufheben, ohne daß ihr der Boden unter den Füßen zusammenbricht. Dazu muß das Kapital die Arbeiterorganisation selbst zer-

stören. Um aber diese Nachrichtenrolle der Faschisten möglich zu machen, darf die Sozialdemokratie ihre Rolle als kapitalistischer Vermittler, wenn auch im Auftrag der Bourgeoisie, so doch mit dem offiziellen Odium belastet, ausführen, d. h. als „Opposition“ in der „nationalen Einheitsfront“. Die Bourgeoisie wäscht die Hände in Unschuld, spielt die Verteidigerin der Nation und läßt allen Haß der unvermeidlichen nationalen Demütigung sich über dem Haupt ihrer Sozialdemokratie zusammenziehen.

Dieser strategische Plan erklärt alle die scheinbaren und wirklichen Widersprüche der letzten Tage: die Durchhaltereden Cunos in München und Stuttgart und gleichzeitig die internationale Sozialistenkonferenz in Berlin; den Scheinfeldzug Severings gegen die faschistischen Verschwörer (der der wirklichen Verschwörung erlaubt auszureifen und sie anstachelt) mit offizieller Zustimmung der volksparteilichen Regierungsvertreter in Preußen und im Reich und gleichzeitig die Pressekampagne gegen Severing; die Vereinbarungen Seeckts mit den weißen Organisationen und zugleich die Duldung der scheinbaren Auflösung dieser Organisationen.

Nichts ist bezeichnender für den völligen Bankrott der Sozialdemokratie, der sie selbst den elementarsten Selbsterhaltungstrieb als Partei vergessen läßt, daß sie blind in die Falle läuft, die die Bourgeoisie ihr stellt und allen Ernstes glaubt, als kapitalistische Vermittlerin wieder [195] zur Macht gelangen zu können. Möglich, daß die Bourgeoisie für einen Augenblick die Sozialdemokratie ans Ruder läßt, für den Augenblick, wo die Kapitulation von Poincaré unterzeichnet werden muß; sicher aber, daß dieser Genuß der Macht ihre Henkersmahlzeit sein wird. Denn es ist unvermeidlich, daß die durch den Druck des Ruhrkrieges erzeugte Spannung sich nach der Kapitulation in der einen oder der anderen Richtung entladen wird, und natürlich gegen die Partei entladen, die die Kapitulation unterzeichnet. Die Sozialdemokratie wird trotz ihrer organisatorischen Stärke dann die leichte Beute eines Angriffs werden, denn während sie alle nationalen und reaktionären Leidenschaften gegen sich entfesselt, wird sie gleichzeitig die einzige Kraft gelähmt haben, die ihnen ein Gegengewicht bieten könnte, die Kraft der proletarischen Revolution. Um es ganz einfach und platt zu sagen: damit die Volksmassen zeitweilig eine Schlappe nach außen, eine nationale Demütigung ertragen, müssen sie die Entschädigung dafür bekommen in Gestalt revolutionärer Errungenschaften, in Gestalt der politischen Macht. Der ungeheure Aufschwung des Machtgefühls, den die Machtergreifung im Proletariat erzeugt, ermöglicht es ihm allein, das zeitweilige Zurückweichen nach außen hinzunehmen, um so mehr, als die Machtergreifung die objektiven Voraussetzungen dafür schafft, daß der zeitweilige Rückzug nach außen später wieder wettgemacht wird.

Brest-Litowsk: das kann nur eine im Innern siegreiche Arbeiterklasse machen. Brest-Litowsk zum Besten der Bourgeoisie unter ihrem Kommando: das ist die absolut sichere und zerschmetternde Niederlage.

Die scheinbar schlaue, feige Politik des Sichtotstellens, die von einem Teil der Führer der sogenannten sozialdemokratischen Opposition vorgeschlagen wird, ist tatsächlich unmöglich. Die unter dem doppelten Druck der eigenen Bourgeoisie und der feindlichen Invasion leidenden Massen verlangen irgend einen Ausweg. Sie werden entweder den revolutionären Ausweg wählen oder den konterrevolutionären, aber was sie in keinem Fall tun können, ist, nichts zu tun.

Der weitere Verlauf der Dinge hängt in entscheidender Weise davon ab, in welchem Tempo es der Kommunistischen Partei gelingen wird, die Mehrheit der Arbeiterklasse um sich zu sammeln und wenigstens einen Teil des Kleinbürgertums zu neutralisieren. Daß in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Bewußtsein aufzudämmern beginnt, daß die sozialdemokratische Führerpolitik selbstmörderisch ist, dafür zeugen die Beschickung der Frankfurter Konferenz durch sozialdemokratische Arbeiter, die Ablehnung der Koalitionspolitik durch die sächsische Arbeiterschaft, der Eintritt zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiter in die proletarischen Abwehrhundertschaften. Ohne diese Anfänge zu überschätzen und die noch zu leistende Arbeit zu unterschätzen, ist doch klar, daß hier Fortschritte von weittragender Bedeutung getan sind. Der Kern einer wirklichen proletarischen Kampffront, national wie international, ist in Bildung begriffen.

[196] Der rasche Fortschritt in dieser Richtung erfordert größte Klarheit, innere Sicherheit und äußerste Manövrierfähigkeit von der Partei. Sie muß imstande sein, gleichzeitig den Faschismus ideologisch zu zersetzen und die breiten Arbeitermassen von der sozialen Grundlage her in Bewegung zu setzen. Sie muß daher verstehen, die Einheit der sozialen und der nationalen Befreierrolle des Kommunismus überzeugend zum Ausdruck zu bringen. Nur so kann sie das wahre Gesicht des nationalen Verrats der Bourgeoisie enthüllen, die faschistische Welle brechen und in der Arbeiterklasse den Willen zur Macht erwecken.

Diese komplizierte Rolle der Partei hat eine Minderheit in ihr noch nicht begriffen, die sich besonders radikal vorkommt, wenn sie die kleine kommunistische Minderheit mit der breiten proletarischen und kleinbürgerlichen Masse verwechselt und in der blauen Luft herumturnt, und damit in der Tat nichts erschüttert als die blaue Lust und die geschlossene Aktionskraft der Partei.

Es ist ein Lebensinteresse der Partei, daß solche Abweichungen möglichst rasch ins Reine gebracht werden.

*

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Von Paul Böttcher.

Am 30. Januar wurde auf dem Parteitag der KPD die Genossin Clara Zetkin mitten in ihrem Referat über Sowjetrußland unterbrochen durch die Nachricht vom Rücktritt des sozialdemokratischen Kabinetts Buck-Lipinski in Sachsen. Im sächsischen Landtag war am gleichen Tage das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Lipinski mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen worden. Am 1. Dezember 1922 war der neugewählte Landtag zusammengetreten. Der achtwöchigen Amtsdauer der sozialdemokratischen Minderheitsregierung sollte jetzt eine achtwöchige Regierungskrise folgen. Am 21. März erst erfolgte die Neuwahl des Ministerpräsidenten im sächsischen Parlament. An die Stelle der früheren rechten Führergarnitur tritt jetzt ein linkssozialdemokratisches Kabinett. Seine parlamentarische Unterstützung erhält dasselbe durch die Kommunistische Partei. Die Grundbedingungen für diese Unterstützung bestehen in folgenden Richtlinien für die neue Regierung:

I.

Richtlinien für die künftige Politik in Sachsen.

1. Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus,

1. Die VSPD und die KPD bilden in Sachsen proletarische Abwehrorganisationen. Diese haben die Aufgabe, Demonstrationen, Versammlungen und das Eigentum der Arbeiterorganisationen zu schützen.

2. Die Regierung hat eine ähnliche Vorlage wie die Vorlage 147 vom 28. Juni 1922 dem Landtag zu unterbreiten. (Angliederung von Arbeiter-Hundertschaften an die Landespolizei.)

2. Bekämpfung des Wuchers.

1. In den Gemeinden über 10.000 Einwohner und wo sonst ein Bedürfnis vorliegt, sind Preisprüfungsstellen zu errichten, mit der [197] Ausgabe, im Interesse der Arbeiterklasse den Wucher durch eine energische Kontrolle der Händler und Preise zu bekämpfen.

2. Die Mitglieder der örtlichen Preisprüfungsstellen sind mit Ausweisen auszustatten. Sie haben das Recht, von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondere über den Bestand, die Zufuhr und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs Erhebungen anzustellen.

3. Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, können von den Mitgliedern der Preisprüfungsstelle jederzeit betreten und daselbst Besichtigungen vorgenommen werden.

4. Die Preisprüfungsstellen und ihre Organe können das Vorlegen von Schlußscheinen, Rechnungen, Frachtbriefen, Lagerscheinen, Ladescheinen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Bü-

chern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, fordern und darin Einsicht nehmen.

5. Den örtlichen Preisprüfungsstellen sind Kontrollausschüsse mit den Befugnissen der Mitglieder der Preisprüfungsstellen anzugliedern.

6. Die Kontrollausschüsse werden in Betriebsvollversammlungen oder allgemeinen Gewerkschaftsmitgliederversammlungen gewählt.

7. Auf Anzeige der Mitglieder der Preisprüfungsstellen oder Kontrollausschüsse ist die Wucherpolizei verpflichtet, einzugreifen und Beschlagnahmen vorzunehmen.

II.

1. An die Wucher- und sonstigen Gerichte sind Sachverständige aus den Kreisen der fachlich und beruflich vorgebildeten Verbraucher als Gutachter zuzulassen.

Die Wuchergerichte sind mit Juristen zu besetzen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Strafverfahren wegen Wucher rücksichtslos im Interesse der Verbraucher durchgeführt werden.

2. Die Erledigung von schwebenden Strafverfahren ist bei Preistreiberei, Kettenhandel und Wucher tunlichst zu beschleunigen

3. Grundsätze für die Arbeiterkammer.

Die Regierung legt dem Landtag ein Gesetz über die Arbeiterkammer vor. Das Gesetz soll grundsätzlich folgende Punkte enthalten:

1. Die Arbeiterkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

2 Die Mitglieder der Landesarbeiterkammer werden durch Urwahlen in den Betrieben gewählt, die dem Betriebsrätegesetz unterstehen. Alle Beschäftigten in den Betrieben, die nicht dem Betriebsrätegesetz unterstechen, desgleichen Landarbeiter, Forstarbeiter und Erwerbslose sind nach Berufsgruppen geordnet zu einem Wahlkörper zusammenzufassen.

3. Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe haben in der Arbeiterkammer folgende Aufgaben zu erfüllen:

a) Gutachten vor Einbringung und Erlaß von Gesetzen und Verordnungen zu erstatten und über die Wirkung von Gesetzen und Verordnungen der Regierung zu berichten.

b) Gesetzentwürfe, Initiativanträge und Beschwerden an die Regierung, eine Behörde oder eine sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts einzubringen.

4. Wahl und Wahldauer der Arbeiterkammer wird durch besonderes Gesetz geregelt.

5. Die Mitglieder der Arbeiterkammer sind abberufbar.

6. Den Mitgliedern der Arbeiterkammer werden Reise- und Tagegelder sowie der verloren gegangene Arbeitsverdienst erstattet. [198]

4. Amnestie.

1. Die Regierung bringt den Entwurf eines Amnestiegesetzes ein, nach welchem Straffreiheit gewährt wird:

a) für Notdelikte.

b) für Abtreibungsdelikte.

2. Die Regierung wird auf Grund der Landtagsresolution vom 12. Juli 1922 für politische Delikte weiterhin im Wege der Einzelbegnadigungen Begnadigungen gewähren. (Diese Formulierung ist gewählt damit Konterrevolutionäre nicht unter die Amnestie fallen. P. B)

Es ist nicht der Zweck dieses Aufsatzes, die einzelnen Phasen der Regierungskrise geschichtlich aufzuzeigen. Wir wollen uns darauf beschränken, die für die Taktik und den Erfolg der Partei ausschlaggebenden Faktoren, die Situation in der VSPD und die Opposition in der eigenen Partei zu charakterisieren.

*

Die Kommunistische Partei begann den Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter zum zweiten Male in Sachsen innerhalb kurzer Zeit mit einer Aktion, welche breiten Arbeitermassen zunächst als klassenfeindlich, als Paradoxie erschien: die revolutionäre Arbeiterpartei erzwang im Parlament mit Hilfe der konterrevolutionären Kapitalistenparteien den Rücktritt der sozialdemokratischen Regierung. Die sozialdemokratischen Führer benutzten diesen Umstand, um den Arbeitern an der „Einheitsfront der Kommunisten mit den Deutschnationalen“ die „Unverantwortlichkeit“ und die „Unzuverlässigkeit“ der KPD in der Politik zu beweisen. Tatsächlich verfehlte der unmittelbare Eindruck der deutschnationalen Unterstützung der kommunistischen Aktion innerhalb der ersten 24 Stunden seine Wirkung in den Betrieben nicht. Die Situation in der VSPD am Beginn der Regierungskrise wird am besten gekennzeichnet durch den Aufruf der Landtagsfraktion der VSPD, der am Tage nach dem Regierungssturz (31. Januar) veröffentlicht wurde:

Parteigenossen, Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die Kommunisten haben mit Hilfe der bürgerlichen Parteien den vorigen Landtag aufgelöst und eine Anzahl für das Proletariat wichtiger Gesetze verhindert. Dieses arbeiterfeindliche Treiben haben sie im neuen Landtage fortgesetzt. Zu feige, die Verantwortung in der Regierung selber mit zu tragen, brachten sie es aber fertig, mit den bürgerlichen Parteien die Anpassung der Gewerbesteuer an die Geldentwertung abzulehnen und der Regierung die Mittel zu der Durchführung sozialer Pflichten zu verweigern. Dadurch wurden den Kapitalisten ungezählte Millionen geschenkt. Diesem schädlichen Treiben haben die Kommunisten am 30. Januar die Krone aufgesetzt, indem sie gegen den Minister ein Mißtrauensvotum einbrachten, der sich im Kampfe gegen die Reaktion und in der demokratischen Umgestaltung die größten Verdienste erworben hat. Das Bürgertum, dem diese Maßnahmen besonders verhaßt waren, hat den Antrag der Kommunisten mit Freuden aufgenommen und einmütig mit ihnen dem Minister Lipinski das Mißtrauen ausgesprochen. Damit wurde die sozialistische Regierung zum Rücktritt gezwungen. Auf diese Weise haben die Kommunisten gewissenlos eine wichtige Position des Proletariats preisgegeben, und zwar angesichts einer reaktionären nationalistischen Flut, die sich im Reiche gegen die Arbeiterklasse erhebt und immer dreister auftritt, angesichts der furchtbaren Gefahr, die drohende Arbeitslosigkeit und Hunger mit sich bringen.

Während so die Kommunistische Partei eine wertvolle proletarische Waffe, die sozialistische Regierung Sachsens zerschlägt, fordert sie gleichzeitig die Massen zur Bildung einer Arbeiterregierung auf. Das ist eine Heuchelei, wie sie dreister nicht betrieben werden kann. Die durch das ver-[199]räterische Spiel der Kommunisten geschaffene Situation bürgt für das Proletariat ernste Gefahren in sich. Die Kommunisten werden versuchen, diesen Verrat an der Arbeiterschaft zu verschleiern, und die Wählerschaft irrezuführen. Demgegenüber gilt es auf der Hut sein. Die Anschläge der bürgerlichen Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer müssen zunichte gemacht werden. Die Landtagsfraktion der VSPD

Binnen wenig Tagen verstand es die KPD, der Arbeiterschaft nicht nur ihr Vorgehen begreiflich zu machen, sondern die VSPD in die Defensive zu drängen. Die Absicht der Mehrheit der sozialdemokratischen Führer lag klar zutage: Umschwenken in die Stinnes-Koalition in Sachsen unter der Rückendeckung durch den „kommunistischen Verrat“. In dieser Situation war es die primitivste Pflicht der Partei, diesen Führern nicht zu gestatten, ihren verräterischen Abmarsch in die Stinnes-Koalition mit der Anti-Einheitsfrontpolitik der KPD vor den Arbeitern zu maskieren. Im „Vorwärts“ gab der Parteivorstand die Parole für die große Koalition aus und empfahl eine „beschleunigte Lösung“ der Krise. Nach den Absichten der sozialdemokratischen Führer sollte die Umklammerung der VSPD durch die Kommunisten auf dem schnellsten Wege im schmalsten Parteikonventikel gelöst werden. Diese Absicht ist durch die Taktik der KPD vereitelt worden. Unsere Taktik hat innerhalb der VSPD den Frontwechsel vom Kommunistenpogrom gegen die rechten sozialdemokratischen Führer erzwungen.

In Sachsen hat die Partei einen entscheidenden Erfolg errungen auf dem Wege der Liquidierung der Sozialdemokratie zugunsten des Kommunismus und der proletarischen Revolution. Was bisher noch kein Offener Brief, keine Neunerkommission, kein Berliner Abkommen und keine Haager Konferenz zustande brachten, das ist in Sachsen zum ersten Male gelungen: die Aufrollung der inneren Front der VSPD. Diese Tatsache wurde zum Ausgangspunkt aller weiteren Erfolge der KPD. Von inneren Fraktionskämpfen zerrissen, ohne einheitliche und starke Führung, bot der „Koloß“ VSPD einen traurigen Anblick jämmerlicher Hilflosigkeit. Die Zahlenpartei war

nicht mehr Herr über sich selbst: sie mußte sich den Willen der KPD aufzwingen lassen. Das ist der zweite Erfolg der KPD, der ebenfalls zum ersten Male in Deutschland errungen wurde.

Die zentrale Lösung, an der alle aktuellen politischen Fragen aufgerollt wurden, war die Arbeiterregierung. Auch diese Losung ist gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitermassen zur Diskussion gestellt worden. Der „Vorwärts“ schrieb: „Die Kommunisten irren sich, wenn sie glauben, daß die Sozialdemokratie sich in einen Kampf für eine sogenannte – Arbeiterregierung einlassen werden“. Die Arbeiter der „Vorwärts“-Partei nahmen indes in den Betrieben Sachsens Resolutionen an, in der sie die Bildung der Arbeiterregierung nach den Vorschlägen der Kommunisten verlangten. Noch deutlicher als der „Vorwärts“ wurde der Parteivorstand der VSPD. Er erließ feierlich eine Warnung an die Mitglieder der VSPD, in der es heißt:

„In letzter Zeit mehren sich die ersuche der Kommunisten, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei für ihre unbeirrt auf die Spaltung der Arbeiterbewegung gerichtete Tätigkeit einzufangen. Unter dem Vorwand, zur Abwehr des Faschismus gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu treffen oder zu anderen Zwecken treten die Beauftragten Moskaus unter den verschiedensten Vorwänden auf. ... Der Parteivorstand lehnt gerade jetzt entschiedener denn je ein Zusammengehen mit den Kommunisten ab. [200] Dazu zwingt ihn die Solidarität mit den Gewerkschaften, an deren Spaltung unter dem Deckmantel der sogenannten Ausschüsse in der unerhörtesten Gewissenlosigkeit gearbeitet wird. ... Der Parteivorstand warnt deshalb die Parteigenossen, als Mitglieder oder Funktionäre der Partei, als Betriebsrat oder in welcher Funktion er immer sei, den kommunistischen Gimpelsängern zu folgen. Nur durch feste Abweisung aller kommunistischen Täuschungsmanöver dienen sie der Partei und der Einheit der Arbeiterbewegung.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter hatten auf diese Warnung (die übrigens von einem Teil der sozialistischen Presse Sachsens nicht abgedruckt wurde!) schon vorher die Antwort erteilt. Der ehemalige „Bannerträger der Räterepublik“ Dittmann, mußte vom Landesparteitag der VSPD unverrichteter Sache wieder abziehen. Weder seine antibolschewistischen Tiraden, noch seine Kommunistenhetze machten Eindruck. Der Berliner Parteivorstand wurde desavouiert, die Koalition mit der Stinnes-Partei wurde abgelehnt. Ganz und gar nicht im Sinne der Warnung des Parteivorstandes haben die sozialdemokratischen Arbeiter beschlossen, in den Betrieben mit den Kommunisten gemeinsame Abwehrorganisationen zum Kampfe gegen den Faschismus zu bilden. In den Betriebsrätevollversammlungen oder Gewerkschaftsmitgliederversammlungen wählen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gemeinsam Kontrollausschüsse gegen Wucher und Teuerung. Einen völligen Bruch mit aller bisheriger sozialdemokratischer Regierungspraxis im Reich und in Preußen bedeutet die Mitwirkung der Betriebsräte am Staatswesen durch die Arbeiterkammern sowie die weitgehende Amnestie. Diese Ergebnisse zeigen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter auf die famosen Warnungen ihres Parteivorstandes pfeifen. Aber auch die Methode, die Regierungskrise zu lösen, entsprach absolut nicht der sozialdemokratischen Tradition und „staatsmännischen“ Weisheit. Kein Kuhhandel hinter verschlossenen Türen, keine Geheimabkommen und Führerkonventikel. Es ist bisher in Deutschland noch über keine Regierungsbildung in allen ihren einzelnen Phasen so unter der öffentlichen Kontrolle der Arbeiterschaft verhandelt worden, wie in Sachsen. Auch das war sehr gegen den Geschmack der rechten Führer und hat ihnen manche Konspiration mit den Bürgerlichen verdorben. Der Arbeiterklasse aber wurde gezeigt, daß Regierungen keine olympische Institution jenseits der gesellschaftlichen Klassenkämpfe sind, sondern daß sie gehen und entstehen können, wie der Arbeitsmann im Betriebe dies verlangt.

Der Ausgang der Regierungskrise hat auch im Lager der Bourgeoisie die Klassenfront fester zusammengeschweißt. Die bürgerlichen Parteien haben in Sachsen Pech. Bisher haben sie sich noch immer bewährt als jene Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Den vorigen Landtag haben sie gemeinsam mit den Kommunisten aufgelöst. Erfolg: Zwei Sitze mehr auf der Linken! Sie haben den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das rechtssozialistische Kabinett Buck unterstützt. Erfolg: ein linkssozialdemokratisches Kabinett mit radikalem Programm. Zur Bildung

einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen den drei Parteien ist es noch nicht gekommen. Die politische Führung liegt auf der Rechten jedoch unbestritten bei den Deutschnationalen. Durch diesen Pendelschlag nach rechts ist auch der Weg zur Koalition für die VSPD in Zukunft bedeutend erschwert. Für die Schärfung des Klassenbewußtseins und im Interesse der politischen Klärung ist die Umgruppierung bei den bürgerlichen Parteien durchaus zu begrüßen.

[201] Die Regierungskrise in Sachsen setzte noch während der Verhandlungen des Leipziger Parteitags der KPD ein. Die Kampagne wurde also frisch aus den Parteitagsgefechten heraus begonnen. Es handelte sich bei ihr um nichts Geringeres als um die Anwendung und Erprobung der von der Parteitagsmehrheit gefaßten Beschlüsse über die Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung.

Die Partei hat bei der Einleitung der Kampagne weder neue Parolen noch ein neues Ziel aufgestellt. Sie hat angeknüpft an die Forderungen, die sie während der Wahlperiode und vor der Regierungskrise innerhalb der Arbeiterschaft propagiert hatte. Der Gedanke der Arbeiterregierung, die ihre außerparlamentarische Stütze in den Betriebsräten hat, hatte innerhalb der Arbeiterschaft mehr und mehr Wurzel geschlagen. Die Partei gab sich keinen Illusionen hin. Sie wußte, daß das Ziel nur zu erreichen war bei genügendem Massendruck, Zustandekommen des Betriebsrätekongresses, Spaltung der VSPD und Ueberwindung der reformistischen Strömungen innerhalb des ADGB. Die Spaltung der VSPD wird in diesen Kämpfen unvermeidlich. Schon die Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung hat die Parteidisziplin bis zum äußersten angespannt. Ohne offene Meuterei und Desertion der rechten Führerelemente wird keine Arbeiterregierung in Deutschland zustande kommen.

Der Landesparteitag der VSPD zeigte, daß die Kraft und der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter für die Bildung der Arbeiterregierung noch nicht ausreichte. Die vorhandene Kraft der linken Elemente wurde vollauf verbraucht im Kampfe für die Ablehnung der Koalitionspolitik. Unsere Partei hatte nunmehr zu prüfen, ob sie allein imstande war, den Betriebsrätekongreß unter Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeiter zu erzwingen. Auch für Leute ohne besondere politische Begabung war klar, daß die Kraft der Partei zur Erreichung dieses Zieles nicht ausreichte. Die Einberufung eines kommunistischen Betriebsrätekongresses wäre jedoch ein katastrophaler Fehler gewesen, der den Erfolg wochenlanger Arbeit in Frage gestellt hätte. Nachdem die Partei die Siebenerkommission der VSPD vergeblich aufgefordert hatte, mit ihr gemeinsam den Betriebsrätekongreß einzuberufen, bezw. eine Urabstimmung über die Einberufung desselben in den Betrieben herbeizuführen, stand sie nunmehr vor der Entscheidung: Abbruch der Verhandlungen oder Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung ohne Betriebsrätekongreß. Natürlich konnte es sich nicht um die Wiederkehr eines Kabinett Buck handeln. Es kam nur die Unterstützung für eine sozialdemokratische Regierung in Frage, mit Sicherungen, die eine Verpflichtung gegenüber den Massen waren und die ohne Herausforderung und Betrug der Massen nicht gebrochen werden konnten, Bedingungen, die über ihren Ausgangspunkt hinaustreiben und die Lösung der Krise auf einer höheren Stufe herbeiführen mußten. Die Partei hat sich für das letztere entschieden, und in den oben abgedruckten Richtlinien hinreichende Möglichkeiten für die Mobilisierung der proletarischen Massen zur Durchführung einer aktiven Politik, zu der sich die linke VSPD verpflichtet hat, erblickt.

Hätte die Partei unter allen Umständen auf der Einberufung des Betriebsrätekongresses bestanden und es bei dieser Frage zum Bruch getrieben, dann wäre es unvermeidlich zur Landtagsauflösung gekommen. Vor dem Landesparteitag der VSPD war sich die Partei darüber klar, daß sie eher den Landtag auflösen mußte, ehe sie die [202] Koalition zuließ. Die Situation änderte sich jedoch infolge der Ablehnung der Koalition durch die sozialdemokratischen Arbeiter und des neuen Angebots an die Kommunisten. Jetzt hätte Abbruch der Verhandlungen und Landtagsauflösung eine direkte Unterstützung der rechten Führergruppe bedeutet. Diese hätte dann freies Feld gehabt während der Wahlbewegung die Koalition vorzubereiten. Das wäre ihr um so leichter gefallen, als nach allen Erfahrungen die zweite Wahl innerhalb so kurzer Zeit nicht wieder dieselbe Wahlbeteiligung und dieselben Mehrheitsverhältnisse gebracht hätte. Außerdem wäre die Frage der Arbeiterregie-

rung wieder aus einem rein parlamentarischen Anlaß aufgerollt worden. Die Vereinbarungen mit der Siebenerkommission hingegen bieten in vollstem Umfange die Möglichkeit, an außerparlamentarischen Kämpfen die Notwendigkeit der Arbeiterregierung den Massen begreiflich zu machen.

Die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Politik der Kommunistischen Partei geschah während der Kampagne in keinem Falle durch eine „maskierte“ Propaganda. Die Partei hat der Arbeiterschaft ihre Ziele nicht verschwiegen, sie hat nichts verheimlicht und nichts gemildert. In den Aufrufen der Partei tritt das Gesicht der KPD scharf und deutlich hervor. Bei der parlamentarischen Erklärung zur Wahl des Ministerpräsidenten hat die Partei aus ihren Absichten ebenfalls keinen Hehl gemacht und der Arbeiterschaft ihr Ziel gezeigt.

Die Spitzenverhandlungen mit der VSPD sind in voller Oeffentlichkeit geführt worden. Ueber alle Sitzungen sind Communiqués erschienen. Mit aller Deutlichkeit hat die Partei den SPD-Führern gesagt, daß sie zu ihnen das schärfste Mißtrauen hat und Vertrauen allein zu den sozialdemokratischen Arbeitern.

Die Entscheidungen über alle Beschlüsse der Partei sind in der breitesten Mitgliedschaft gefällt worden. Vor dem Fallenlassen des Betriebsrätekongresses durch den Landesvorstand Sachsen der KPD haben die Funktionäre und Mitgliedschaften Stellung genommen. Sie haben in allen Bezirken nahezu einmütig die Vorschläge des Landesvorstandes gebilligt. Außerdem wurden die Mitglieder durch Rundschreiben und durch die Presse über jede Phase der Bewegung unterrichtet.

Die Partei hat unzählige öffentliche Volksversammlungen einberufen, in denen sie für ihre Ideen Propaganda gemacht hat. Vielerorts hatte die VSPD mit ihrer seit Jahren geübten Praxis, kommunistische Versammlungen zu boykottieren, gebrochen und ihre Leute und Korreferenten in unsere Versammlungen geschickt. Oft währten die Versammlungen bis lange nach Mitternacht und führten zu lebhaften Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Es zeigte sich bereits in diesen Versammlungen, daß die VSPD-Führer ihre Mitglieder nicht mehr in der Gewalt hatten, und daß dieselben in vielen Fällen offen gegen die rechten Führerelemente rebellierten. Die gleichen Erscheinungen waren in den Betrieben und in Betriebsversammlungen zu beobachten. Schlecht geführt wurde die Kampagne in den Gewerkschaften. Das hängt zusammen mit den alten Mängeln an der Fraktionsarbeit der Partei.

Die Partei hat bei ihrem Kampfe gegen die SPD so gut wie gar keine Unterstützung gefunden außerhalb Sachsens. Die Resolution einer Berliner Betriebsräte-Vollversammlung sowie eine Kundgebung aus Rheinland-Westfalen waren die einzigen Zeichen der Anteilnahme breiterer Arbeitergruppen an den sächsischen Kämpfen. Dieser Fehler muß in kommenden Kämpfen vermieden werden. Gerade die sächsische [203] Kampagne bot eine seltene Gelegenheit, sofort anzuknüpfen und zum mindesten propagandistisch die Frage „mit den Kommunisten oder mit den Bürgerlichen“ vor den sozialdemokratischen Arbeitern aufzurollen.

*

Die erfolgreiche Anwendung der Leipziger Parteitagsbeschlüsse bei der Durchführung der sächsischen Kampagne verpflichtete natürlich die Führung der Parteiminderheit zum Beweise des Gegenteils. In Sachsen selbst war die Opposition gegen die Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung schwach. Sie blieb auf einige Leipziger Genossen beschränkt. Ein politisch unklarer Beschluß der Bezirksleitung Westsachsen wurde desavouiert von Funktionär- wie Mitgliederversammlungen, die nahezu einstimmig die Taktik der Partei unterstützen. Im wesentlichen beschränkte sich die Opposition auf den Vorwurf, die Partei habe die ultimative Forderung des Betriebsrätekongresses zu früh preisgegeben. Nachdem der sächsische Landesausschuß des ADGB und die Siebenerkommission der sozialdemokratischen Linken die Einberufung des Kongresses ultimativ abgelehnt hatten, blieb der Partei mur noch der Weg des selbständigen Vorgehens. Dieser Weg wurde jedoch selbst von der Opposition abgelehnt. Nach der siebenwöchi-

gen Dauer der Regierungskrise lag die Entscheidung über eine noch längere Verschleppung derselben nicht mehr bei der KPD. Die Partei hätte trotz der anderen sozialdemokratischen Angebote ultimativ brechen und den Weg zur Auflösung oder Koalition freigeben müssen. Eine andere Möglichkeit gab es in diesem Falle nicht. Damit bricht jener Vorwurf in sich selbst zusammen.

In Berlin haben sich die Bezirksleitung und der Zentralvorstand Berlin-Brandenburg mit der sächsischen Regierungsbildung beschäftigt. In diesen Sitzungen sind zwar den sächsischen Genossen keine konkreten besseren Vorschläge gemacht worden, dafür aber vor der Gesamtpartei der Nachweis erbracht, daß die Politik der Partei in Sachsen „schädlich“ ist. Worin besteht nach Ansicht der Gralshüter des Kommunismus der Opportunismus in Sachsen? Nach den dem Berliner Zentralvorstand am 22. März vorgelegten Richtlinien in folgendem: „Die Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung bedeutet nicht ein Weitertreiben der Zersetzung der VSPD und das Weitertreiben des Kampfes um die Arbeiterregierung“, die erfolgte Unterstützung „bremst die Bewegung und gibt der sozialdemokratischen Führerschaft die Gelegenheit einer neuen Atempause.“ Dasselbe treffe aufs Reich zu. Außerdem aber sei eine Schwächung der Reichsbetriebsrätebewegung herbeigeführt worden dadurch, „daß sogar in Sachsen die KPD die Forderung nach dem Betriebsrätekongreß in Sachsen fallen ließ“. Schließlich und endlich aber haben die sächsischen Genossen überhaupt die Parole „Arbeiterregierung“ diskreditiert, „denn trotz unserer Behauptung, daß die sächsische Regierung noch keine Arbeiterregierung, sondern eine ihrem Wesen nach bürgerliche Regierung ist, muß unsere Unterstützung dieser Regierung die Illusion der Massen fördern, als ob das sozialdemokratische Kabinett eine Machtposition der Arbeiterklasse wäre“.

Sehr vorsichtig formuliert die Opposition vor dem Zentralvorstand die Kernfrage. In den zitierten Richtlinien heißt es:

„Zwischen der jetzigen Form der Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der Beteiligung an der Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und dem Eintritt der Kommunisten [204] in das sozialdemokratische Kabinett vermag der Zentralvorstand Berlin-Brandenburg keinen theoretischen und praktischen Unterschied zu erblicken.“

Viel weniger diplomatisch wird dasselbe ausgesprochen in Punkt 5 der Vorschläge der Berliner Bezirksleitung zur sächsischen Regierungsbildung vom 13. März. Dort heißt es:

„Für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung stimmen die Kommunisten unter keinen Umständen.“

Die Stellung der Berliner ist einfach und primitiv so: Propaganda für die Arbeiterregierung – unter keinen Umständen Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Zurück hinter die Märzaktion! Zurück zum zweiten Weltkongreß! Wahrlich! Die Opposition hat einen langen und guten Schlaf getan. Seit 1920 unterstützt die Partei sozialdemokratische Regierungen, ohne daß jemand grundsätzlich diese Frage verneint hätte. Eben so wenig, wie Auffassungen in der Partei vorhanden waren, die unter allen Umständen die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung verlangt hätten. Die Vorschläge der Berliner Bezirksleitung bedeuten den Bruch mit der Taktik der Partei, sie sind die Verneinung der Einheitsfronttaktik. Die Durchführung der Richtlinien der Berliner Opposition hätte faktisch den Abschluß der sächsischen Kampagne durch eine Katastrophe bedeutet, als deren Folge nicht eine Verbreiterung des Einflusses der KPD, sondern eine erhebliche Verminderung desselben eingetreten wäre.

Die mechanisch-starre Auffassung der Opposition sieht nicht den breiten lebendigen Strom der Massenbewegung, die in den Kämpfen um die sächsische Regierung ausgelöst wurde. Wesen und Inhalt der Opposition der VSPD werden absolut verkannt. Diese Opposition ist keine Führeropposition. Die Krise in der VSPD ist keine Führerkrise. Wir haben hier eine typische proletarische Arbeiteropposition gegen die bürgerlichen Führerelemente vor uns. Diese Opposition vermochte eine ganze rechte Führergarnitur abzusägen. Sie glaubt aber an den Kampfwillen der jetzigen „linken“

Führer, die durch die Opposition an die Oberfläche getragen wurden. Dieser feste Glaube der sozialdemokratischen Arbeiter wird jedoch nicht durch den theoretischen Nachweis der falschen Grundsätze und Taktik der deutschen Sozialdemokratie zerstört. Er wird nur zerstört durch das praktische politische Erleben, durch die eigene Erfahrung der sozialdemokratischen Arbeiter. Deshalb muß die Partei der linken Führergarnitur Gelegenheit geben, diesen Glauben der sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre eigenen Handlungen zu erschüttern. Der Erlebnisprozeß in den Massen ist ein empirischer. Massendenken ist langsam. Die Masse braucht zu ihrer Selbstorientierung und Selbstverständigung Zeit. Hierfür bietet die deutsche Revolution tausend Beispiele. Für die Opposition existieren diese einfachen Dinge allerdings nicht. Ruth Fischer hat erst in Heft 3 der „Internationale“ über dieses „Gerede“ die Nase gerümpft. Die „bewußten Kommunisten“ schätzen so simple Sachen wie „Erfahrungen“ überhaupt nicht hoch ein. Ihre Taktik mündet nicht in dem Problem „Wie kommen wir an die“ Massen heran?“, sondern „Wie kommen wir von den Massen weg?“! Bei jedem Schritt nach vorwärts, den die Partei macht, sitzen sie mit einem Bauch voll Bedenken auf dem Nachttöpfchen und drehen Pillen.

Die Forderung der Opposition enthüllt sich noch als mehr, wie bloßer Wortradikalismus, sie enthüllt sich als pure Heuchelei. In [205] den Minderheitsthesen des Leipziger Parteitages ist die erste Voraussetzung für die Bildung der Arbeiterregierung der Uebergang des Proletariats von der Abwehr zur Offensive. Die Berliner sind sich natürlich völlig klar darüber, daß die Offensive des Kapitals keineswegs beendet ist, sondern mit großem Erfolg weitergeht. Ruth Fischer kennzeichnet die jetzige Lage folgendermaßen:

„Trotz der schweren Verschärfungen der internationalen Lage, trotz des Anschauungsunterrichtes über das Wesen des Imperialismus durch die Ruhrbesetzung befinden sich die arbeitenden Massen Deutschlands heute in der Defensive, sind müde, passiv, verzweifelt.“

Die sächsischen Genossen sollten also mit der „müden, passiven, verzweifelten Masse“ die Arbeiterregierung erkämpfen. Da sie dieses Taschenspielerstück nicht fertig brächten, deshalb sollten sie nach Meinung der Berliner gar nichts tun, als sich in den Winkel stellen und aus Leibeskräften schreien: Arbeiterregierung! Der Radikalismus trifft sich die wieder einmal auf der ganzen Linie mit dem Opportunismus. Ihr gemeinsamer Name ist Passivität. Durch diese Taktik organisiert man nicht die Revolution, sondern desorganisiert sie. Die Partei wird von diesem Sport allerdings nicht aktionsfähiger. Der nächste Zentralausschuß der KPD kann sich au der Hand der verschiedenen Richtlinien der Opposition über die Ruhrbesetzung, zur Frankfurter Konferenz und zur sächsischen Regierungskrise ein erbauliches Bild davon machen, wo die Partei heute stünde, wenn diese Linie durchgeführt worden wäre.

Auf die Einwände zweiten Ranges, die in den Richtlinien des Berliner Zentralvorstandes gegen die sächsische Politik erhoben werden, wird an anderer Zelle geantwortet.

*

Im Gegensatz zur Berliner Opposition, die mit der Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung den Kampf um die Arbeiterregierung in Sachsen als „abgebrochen“ ansieht, führt die sächsische Partei diesen Kampf jetzt auf einer höheren Stufe, mit größeren Mitteln und unter erfolgreicheren Voraussetzungen weiter. Die Bourgeoisie hat mit der ihr eigentümlichen seinen Witterung für die Bedrohung ihrer Privilegien sofort erfaßt, daß die jetzige Situation in Sachsen zum Ausgangspunkt größerer Massenbewegungen des Proletariats werden kann. Seit den Tagen des mitteldeutschen Generalstreiks im Frühjahr 1919 hat die bürgerliche Presse Sachsens nicht mehr jene Sprache geführt, mit der sie die Bildung der links-sozialdemokratischen Regierung kommentierte. Einmütig erscholl in der bürgerlichen Presse das Gebrüll über Verfassungsverletzung und der Ruf nach dem Einsetzen der Reichsexekutive. Die Haltung der bürgerlichen Presse läßt viel eher darauf schließen, daß die KPD in Sachsen, im Reichsmaße gesehen, viel weiter vorgestoßen ist, als der allgemeinen Lage entspricht und nicht etwa darauf, daß die Partei zu teuer an die SPD bezahlt habe.

Die Ausnutzung des Erfolges der Partei hängt jetzt davon ab, ob sie es im Reiche versteht, die Massen in die vorgeschobenen Stellungen nachzuführen, daß überall proletarische Abwehrorganisationen in den Betrieben gebildet und Kontrollausschüsse in den Betriebsrätevollversammlungen oder allgemeinen Gewerkschaftsmitgliederversammlungen gewählt werden. Angesichts der vielen Notvergehen und der noch immer massenweise inhaftierten politischen Gefangenen, muß auch die Frage der Amnestie im Reichsmaße aufgeworfen werden. Vor der gesamten [206] deutschen Arbeiterklasse muß jetzt politisch entschieden werden, ob die Cuno-Regierung die Offensive gegen das sächsische Proletariat durchführen darf oder ob das deutsche Proletariat anknüpfen soll an die Erfolge in Sachsen, um diese zum Ausgangspunkt des Kampfes gegen die Cuno-Regierung zu machen. Die Stellungnahme der Berliner Opposition verspricht nach dieser Seite allerdings keine Aufmunterung, sondern eine Entmutigung der Arbeiterschaft, eine Herabsetzung und Verkleinerung ihrer Erfolge, ganz im Sinne des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

In der kleinsten Ortsgruppe der KPD in Sachsen sind sich die Arbeiter darüber einig, daß die Vereinbarungen zwischen KPD und VSPD nur dann erfüllt werden, wenn die KPD alle Kräfte zu ihrer Verwirklichung mobilisiert. Die rechten sozialdemokratischen Führer haben das Zustandekommen der Vereinbarungen sabotiert, sie haben dieselben nur unter dem stärksten Druck der Arbeiter mit Protest angenommen. Jetzt werden sie die Durchführung derselben mit aller Kraft zu verhindern versuchen. Der „Vorwärts“ und Severing haben schon die Stichworte ausgegeben. Hier liegt die Wurzel für die zwangsläufige Vertiefung der Gegensätze innerhalb der VSPD. Was die Opposition in ihrer Starrheit als „Atempause“ für die sozialdemokratischen Führer ansieht, wird in Wirklichkeit zur Atemnot für diese Führer, wenn der kraftvolle entschlossene Wille der Massen in den Buchstaben das Leben bringt.

Die KPD hat der Sozialdemokratie in Sachsen die Richtung des Kampfes aufgezwungen. Nicht mit leerem Geschrei, sondern durch eine wohlüberlegte, auf Realitäten gebaute und alle Möglichkeiten ausschöpfende, aktive Politik. Die linken sozialdemokratischen Führer können ihre Existenz nur um den Preis erhalten, daß sie in der vorgezeichneten Richtung marschieren. Stoppen sie ab, bremsen sie, oder versuchen sie gar den Rückzug, dann geraten sie unter die Füße der hinter ihnen marschierenden Massenbataillone. Diese können nicht stehen bleiben. Um ihrer nackten Existenz willen müssen sie voranschreiten. Das Versagen der letzten Führergarnitur der VSPD wird diesen Massen dann aus der politischen Erfahrung heraus die historische Rolle der kommunistischen Partei begreiflich machen. Die Erkenntnis der historischen Rolle und Notwendigkeit der Kommunistischen Partei ist für die sozialdemokratischen Arbeiter dann gleichbedeutend mit der Liquidierung der Sozialdemokratie. In Sachsen hat die Partei eine wichtige Etappe auf diesem Wege erobert. Um die zweite Linie durchbrechen zu können, muß die Front ausgeglichen werden. Die Massen im Reiche müssen sich in Marsch setzen. [207]

*

Der Ruhrkrieg und die Aufgaben des deutschen Proletariats.

Wirkt die Bourgeoisie „objektiv revolutionär“?

Von Sommer.

> Die Bezirksleitung Frankfurt a. Main hat uns den Aussatz des Genossen Sommer mit der Bemerkung zugeschickt, daß er die Auffassung der Bezirksleitung zum Ausdruck bringt. Wir können deshalb annehmen, daß die Stellungnahme des Genossen Sommer die der Parteiopposition ist. Um so mehr ist eine gründliche Auseinandersetzung über die strittigen Punkte notwendig. Wir fordern die Genossen auf, zu den vom Genossen Sommer ausgeworfenen Einwänden Stellung zu nehmen. Wir werden in der nächsten Nummer auf den Artikel des Genossen Sommer ausführlich eingehen. Die Redaktion.

Die Stellung der Partei zur Ruhrbesetzung wurde in dem vom Leipziger Parteitag beschlossenen Manifest in ihren Grundzügen festgelegt, und die Partei hat bis jetzt diese klare kommunistische Linie in ihren offiziellen Kundgebungen nicht verlassen. Es wäre also überflüssig, diese Frage wieder aufzurollen, wenn nicht in der „Internationale“ vom 15. Februar an leitender Stelle ein Artikel erschienen wäre, der von einer theoretisch völlig unhaltbaren Auffassung aus zu Ergebnissen ge-

langt, deren praktische Konsequenzen die Partei zu den verhängnisvollsten Fehlern führen müßten. Den meisten Genossen wird das ohne weiteres klar sein, wenn ich die bezeichnendsten Gedanken des erwähnten Artikels wiedergebe:

„Die deutsche Bourgeoisie, so konterrevolutionär sie nach innen ist, ist vermöge der Feigheit der kleinbürgerlichen Demokratie (d. h. vor allem der Sozialdemokratie) in die Lage gekommen, nach außen objektiv revolutionär aufzutreten. ... Der Krieg an der Ruhr ... ist, von deutscher Seite und von außen gesehen, widerspruchsvollen Charakters. Einerseits nationale Abwehr eines unterbrückten, entwaffneten, ausgebeuteten Volkes gegen den imperialistischen Unterdrücker und insofern objektiv revolutionär: andererseits und gleichzeitig der Kampf der die Abwehr gegenwärtig führenden Bourgeoisie um den Anteil bei der Ausbeutung des deutschen Proletariats, der Kampf um die Quote und insofern reaktionär."

Zur Erläuterung dieser sonderbaren Auffassung wird auf die „revolutionäre Rolle" hingewiesen, die die Hohenzollerndynastie nach dem Scheitern der deutschen bürgerlichen Revolution bei der Einigung Deutschlands spielte. Außerdem wird ein Artikel Lenins aus dem Jahre 1916 zitiert, in dem von der revolutionären Bedeutung nationaler Aufstandsbewegungen in Europa, z. B. in Irland, die Rede ist. Der Unterschied zwischen der imperialistischen Großmacht Deutschland und Irland, der britischen Kolonie, wird zwar auch von unserm Theoretiker zugegeben, wenn er auch die Lage Irlands mit den Worten „ein kleines Land mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung, das keine selbständige imperialistische Rolle gespielt hat" einigermaßen unzulänglich charakterisiert. Doch fügt er hinzu:

„Aber das besiegte, entwaffnete, von der Zerstückelung und völligen politischen und wirtschaftlichen Versklavung bedrohte Deutschland ist – zwar der rein theoretischen (!) Möglichkeit nach wieder eine zukünftige imperialistische Macht; heute ist es das jedenfalls nicht. Es ist nicht Subjekt sondern Objekt imperialistischer Politik."

Und so bleibt es dabei: „Die von Lenin 1916 ins Auge gefaßte theoretische Möglichkeit ist im Falle Deutschlands (wenn auch unter etwas anderen konkreten Umständen) Wirklichkeit geworden."

[208] Nun, sehen wir uns die „etwas anderen konkreten Umstände" näher an! Die Hohenzollerndynastie wirkte „revolutionär", indem sie die deutsche Kleinstaaterei zwar nicht ganz beseitigte, aber doch auf ein solches Maß einschränkte, daß Deutschland zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen wurde. Sie hob zwar nicht die Reste des Feudalismus und die ihr entsprechende Staatsform völlig auf, aber sie schuf genügend „bürgerliche Freiheit", daß sich der Kapitalismus in Deutschland ungehemmt entfalten konnte. Wo ist das Analoge bei der „nationalen Abwehr" an der Ruhr? Wenn die deutsche Schwerindustrie die Bildung eines deutsch-französischen Montantrusts unter französischer Führung verhindert oder sich einen angemessenen Anteil an seinen Profiten verschafft, wie sollte dadurch die Entwicklung, und sei es auch nur die Entwicklung des Kapitalismus, gefördert werden? Eine solche Auffassung wäre ebenso verkehrt wie die des unionistischen Konfusionsrates James Broh, der in der „Aktion" auseinandersetzt, der Zusammenschluß des deutsch-französischen Großkapitals durch die Ruhrbesetzung sei ein Fortschritt des Kapitalismus, der die Weltrevolution beschleunigen müsse, und darum den Kampf unserer französischen Genossen „ein nutzloses Opfer" nennt. Damit ist dieser Ultraradikale glücklich auf der Linie Cunows angelangt, der bekanntlich seinerzeit den Widerstand der Sozialdemokratie gegen die deutsche Kolonialpolitik für sinnlos hielt, weil diese ein notwendiges Glied in der fortschreitenden Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus ist. Wir würden auf das Niveau der Sozialchauvinisten der 2. Internationale herabsinken, wollten wir uns ernsthaft über die Frage streiten, der Sieg welcher Gruppe der miteinander ringenden kapitalistischen Konzerne „fortschrittlicher" ist, und wenn wir danach unsere Taktik bestimmen wollten. Daß das internationale Proletariat besiegt ist und die Kosten des Krieges und des Friedens bezahlen muß, gleichgültig, ob es ein „Siegfrieden" oder ein „Verständigungsfrieden" ist, und welche Partei immer siegen mag, diese unsere Grundauffassung im Weltkriege muß auch unsere Stellung zu dem vorläufig noch mit „friedlichen Mitteln" geführten Krieg an der Ruhr bestimmen.

Wenn Lenin im Jahre 1916 von den Kämpfen unterdrückter Nationen in Europa spricht, so waren das durchaus nicht nur theoretische Möglichkeiten, sondern solche Kämpfe von objektiv revolutio-

närer Bedeutung waren damals schon im Gange, so die Aufstandsbewegungen der unterdrückten slawischen Nationen in der Habsburgermonarchie, die zur Zertrümmerung eines der reaktionärsten Staatsgebilde Europas führten. Aber was hat der Kampf der deutschen Industriemagnaten um ihr Vorzugsrecht auf die Ausbeutung der deutschen Arbeiter mit einer solchen nationalen Befreiungsbewegung gemein? In Irland, Oesterreich, Polen usw. handelte es sich um Völker, die von fremden Machthabern gezwungen wurden, ihr Blut in einem Kriege zu vergießen, der allen Volksklassen in gleichem Maße verhaßt war. Hier handelt es sich um die primitivsten politischen Selbstbestimmungsrechte, um das Recht auf die Schule, Gerichtsbarkeit, Verwaltung in der eigenen Sprache. Das waren Kämpfe, die ihren revolutionären Charakter auch dadurch bekamen, daß mit der politischen Unterdrückung wirtschaftliche Ausbeutung direkt verbunden war, wie z. B. die Pächter und Kleinbauern Irlands systematisch von den Engländern ausgeplündert wurden und gezwungen waren, zu Tausenden ihre Heimat zu verlassen, um nicht zu verhungern. Hier war ein zeitweiliges Zusammengehen zum Sturz der Fremdherrschaft möglich und notwendig, ein Kampf, der die Unterstützung einer wirklichen [209] proletarischen Internationale genau so hätte finden müssen, wie jetzt der Befreiungskampf der Kolonialvölker von der 3. Internationale unterstützt wird.

Aber wo gibt es etwas Aehnliches in Deutschland? Bis heute ist das Recht der deutschen Bourgeoisie auf die politische Beherrschung und wirtschaftliche Ausbeutung der deutschen Proletariat im wesentlichen noch nicht angefochten. Wenn die deutsche Bourgeoisie momentan keine aktive imperialistische Politik treiben kann[*)], so wird sie es schon morgen können, wenn das angloamerikanische Kapital die Neigung zeigen wird, Deutschland gegen Frankreich auszuspielen. Der Kampf der deutschen Bourgeoisie kann sich seinem Wesen nach auch nicht als erste Etappenforderung irgend eine „demokratische Selbstbestimmung“ zum Ziel setzen, sondern er muß notwendig ein Kampf um die Wiederherstellung seiner imperialistischen Machtpositionen sein. Auf diesem Wege kann das deutsche Proletariat nicht einen Schritt mit „seiner“ Bourgeoisie zusammengehen. Ein solches Zusammengehen wäre aber die logische Konsequenz der von uns bekämpften Auffassung, eine Konsequenz, die der Verfasser freilich nicht zu ziehen wagt, obwohl er in dem vermeintlich analogen Fall der Bismarckschen Politik von einer „vorübergehenden Parallelität der Interessen“ der Arbeiterklasse mit der herrschenden Klasse spricht. Hätte es seinen Sinn, von der „objektiv revolutionären Rolle der deutschen Bourgeoisie“ zu sprechen, handelte es sich wirklich um den Kampf eines „ausgebeuteten Volkes“ gegen den „imperialistischen Unterdrücker“ und nicht ausschließlich um den Kampf des einen imperialistischen Unterdrückers gegen den andern um die Bedingungen der Einigung zur gemeinsamen Ausbeutung, dann wäre in der Tat die Taktik der „antiimperialistischen Einheitsfront“, wie sie die KI für die kolonialen Aufstandsbewegungen empfiehlt, die einzig richtige.

So weit geht nun unser Theoretiker allerdings nicht. Aber die Folgerungen, die er aus seiner Auffassung für die Aufgaben des deutschen Proletariats zieht, können gemäß der grundverkehrten theoretischen Einstellung nicht anders als nationalistisch ausfallen. Der deutschen Bourgeoisie hat er nichts anderes vorzuwerfen, als daß sie „mitten im Kampf (im nationalen Abwehrkampf!) und sozusagen am hellen Tageslicht den Verrat vorbereitet“.

„Das revolutionäre Proletariat muß mit aller Kraft, aber mit seinen Misteln selbständig den Kampf gegen den imperialistischen Eindringling an der Ruhr, aber gleichzeitig gegen die eigene Bourgeoisie führen, mit dem Ziel, ihr die Lasten des Kampfes aufzuerlegen, sie zu stürzen und selber den Kampf zum Abschluß zu bringen, dem die Bourgeoisie gleich von zwei Seiten her in den Rücken fällt.“

Die wackre deutsche Bourgeoisie hat also nur den einen Fehler, daß sie die nationale Abwehr nicht tapfer genug führt, und wir müssen sie nur deshalb davonjagen, um die Hände zum Kampf gegen den „Eindringling an der Ruhr“ frei zu bekommen? Die schönste nationalbolschewistische Sumpf-

[*)] Daß sich das deutsche Großkapital noch keineswegs in der Rolle des Besiegten befindet, der sich dem Diktat des Siegers unterwerfen muß, das zeigte wieder deutlich das Verhandlungsangebot der deutschen Schwerindustrie an Poincaré, in dem sie gegen gutes Entgelt Kohlenlieferungen anbieten wollten, die weder die deutsche noch die französische Regierung zur Erfüllung der Reparationen erhalten konnte. In der Tat macht es gerade der Ruhrkampf offenbar, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Rolle als selbständige politische Macht nicht ausgespielt hat.

blüte! Wir fassen die kommunistische Politik anders auf. Wir haben den Kampf zu führen nicht „aber gleichzeitig [210] gegen die eigene Bourgeoisie“, sondern in erster Linie und mit aller Kraft gerade gegen die deutsche Bourgeoisie und selbst auf die Gefahr hin, dadurch v o r ü b e r g e h e n d die Stellung der französischen Imperialisten zu stärken, selbst auf die Gefahr hin, nach dem Sturz der deutschen Bourgeoisie gezwungen zu sein, ähnlich wie unsere russischen Genossen in Brest-Litowsk, zunächst größere Konzessionen an den ausländischen Imperialismus zu machen als gegenwärtig die deutsche Bourgeoisie. Der Sieg des deutschen Proletariats wird dann die Kraft der großen arbeitenden Massen Frankreichs entfesseln, die allein den französischen Imperialismus zerschmettern kann. Gewiß können wir gegenüber der Ruhrbesetzung, die die Lage des Proletariats unmittelbar verschlechtert und es mit neuer Kriegsgefahr bedroht, nicht passiv bleiben, aber wir dürfen doch nicht die Illusion nähren, daß es dem deutschen Proletariat irgend eine Erleichterung bringen würde, wenn die deutsche Bourgeoisie in diesem Konflikt einen Erfolg davon trägt. Wollte man eine Taktik, die den Hauptangriff gegen den französischen Imperialismus richtet, damit begründen, daß Frankreich gegenwärtig die stärkste konterrevolutionäre Macht auf dem Kontinent ist, dann hätte man sich glücklich zu der theoretischen Höhe der deutschen Sozialpatrioten von 1914 verstiegen, die den „Kampf gegen den Zarismus“ mit genau den gleichen Argumenten begründeten. Gerade weil die deutsche Bourgeoisie die schwächste in Europa ist, gerade weil die ökonomische Basis ihrer Klassenherrschaft am allermeisten erschüttert ist, steht zunächst die proletarische Revolution i n D e u t s c h l a n d auf der Tagesordnung. Dies ist der nächste Schritt der Weltrevolution, der zur Rettung des deutschen Proletariats gerade infolge der Ruhrbesetzung noch dringender notwendig ist. Das Ziel, auf das wir alle Kräfte zu konzentrieren haben, bleibt also: Sturz der deutschen Bourgeoisie, Errichtung der Arbeiterregierung.

Daneben muß der Abwehrkampf an der Ruhr weitergehen: der e n t s c h e i d e n d e Schlag gegen den französischen Imperialismus kann aber erst nach dem Sturz der deutschen Bourgeoisie von der deutschen Arbeiterklasse im Bunde mit der französischen und der russischen geführt werden.

*

Wie ich nach Abschluß des vorstehenden Artikels sehe, wird die gleiche falsche Linie in der „Internationale“ vom 1. März konsequent fortgeführt. Wiederum heißt es: „energische Durchführung der Abwehr an der Ruhr“ als „Grundlinie“, und „gleichzeitig schärfster Kampf gegen die schwerindustrielle Cuno-Regierung mit dem Ziel ihrer Niederwerfung, als des H i n d e r n i s s e s f ü r d e n e r f o l g r e i c h e n K a m p f g e g e n d e n ä u ß e r e n F e i n d“ (!). Die theoretische Begründung dieser nationalistischen Auffassung lautet klipp und klar: „Die Niederlage des französischen Imperialismus im Weltkrieg war kein kommunistisches Ziel, seine Niederlage im Ruhrkrieg ist ein kommunistisches Ziel.“ Einen solchen Unterschied zwischen 1923 und 1914-1918 gibt es aber absolut nicht. Als die deutsche Heere in Belgien und Frankreich, in Rußland und Rumänien standen, da war die Niederlage des deutschen Imperialismus ein kommunistisches Ziel, aber ebenso und gleichzeitig die Niederlage des französischen, des englischen, des amerikanischen Imperialismus. Der Imperialismus a l l e r bürgerlichen Staaten muß besiegt werden durch die Masse des Volkes in allen Staaten. Das war und ist unser kommunistisches Kriegsziel damals wie heute. Die Niederlage des französischen Imperialismus an der Ruhr ist ein kommunistisches Ziel, aber ausschließlich dann, wenn sie durch die vereinten Bemühungen [211] des französischen und des deutschen Proletariats herbeigeführt wird. Der Sieg eines von der Bourgeoisie geführten Deutschland im Ruhrkampf wäre eine schwere Niederlage des deutschen Proletariats, das die dadurch gefestigte Herrschaft der deutschen Besitzklassen bitter am eigenen Leibe zu spüren bekäme. Kampf gegen die Regierung, weil sie den erfolgreichen Kampf gegen den „äußeren Feind“ hindert, das war die Parole von „Sozialisten“ à la Kerenski, das wird niemals und unter keinen Umständen auch der schwächsten, wehrlosesten Bourgeoisie gegenüber (und die deutsche Bourgeoisie ist keineswegs so schwach und wehrlos, wie sie unser Theoretiker hinzustellen beliebt) die Parole von internationalen Kommunisten sein. Mit dem „äußeren Feind“ müssen wir uns eventuell unter dem Zwange der Verhältnisse verständigen, damit er uns in unserer Auseinandersetzung mit dem inneren Feind und in dem sozialistischen Aufbau nach seiner Niederwerfung nicht stört. Mit dem inneren Feind gibt es keine Verständigung.

*

Menschewismus und Bolschewismus.

Von N. L e n i n.

Vorbemerkung.

Die Kommunistische Partei Rußlands hat in diesen Wochen das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens gefeiert. Wir bringen aus diesem Anlaß einige Auszüge aus Lenins Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritt zurück“ (Genf 1904), die den 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands von 1903 behandelt. Auf diesem Parteitag erfolgte bekanntlich die Spaltung zwischen dem bolschewistischen und menschewistischen Flügel der damaligen russischen Sozialdemokratie. Der Anlaß der Spaltung waren Differenzen organisatorischer Art. Die Fassung Lenins für den ersten Paragraphen des Statuts verlangte von einem Parteimitglied die aktive Mitarbeit an einer Parteiorganisation, die freilich damals illegal war, während die späteren Menschewiki (vor allem Martow und Axelrod) auf einer solchen Formulierung bestanden, die es jedem sympathisierenden Professor, Studenten, Intellektuellen möglich machen sollte, sich als Parteimitglied zu betrachten, ohne mit der Partei und den Arbeitermassen enger verbunden zu sein.

Diese organisatorische Frage war somit eine Frage des Klassencharakters der Partei und ihrer Politik: ob sie eine Partei der radikalen Demokratie oder der proletarischen Revolution sein sollte. Bei der Spaltung ging ein Teil der früheren radikalen Gruppen „Iskra“, „Befreiung der Arbeit“, die Axelrod, Martow, Potressow, zusammen mit den Oekonomisten, die schon Ende der 90er Jahre den opportunistischen Standpunkt vertreten hatten.

Aber auch sonst zeigte der Parteitag von 1903 die grundlegenden Differenzen zwischen dem opportunistischen und dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung. Das Programm, das von dem Parteitag angenommen wurde, und das von Plechanow, der damals noch auf der Seite Lenins stand, verfaßt worden war, sprach zum Unterschied von dem Erfurter Programm und den anderen Programmen der europäischen Sozialdemokratie das Wort „Diktatur des Proletariats“ deutlich aus und erklärte diese als „eine solche politische Macht der Arbeiterklasse, die jeden Widerstand der Ausbeuter unterdrückt“. Die Oekonomisten (Akimow) wandten sich gegen diese Formulierung und sahen darin einen Rückfall in den Putschismus der „Narodnaja Wolja“. Aber Plechanow ging noch weiter, wenigstens damals. Er bestritt den „absoluten Wert“ der „demokratischen Grundsätze“ und erklärte, daß das Proletariat unter Umständen der besiegten Bourgeoisie das Wahlrecht nehmen müsse.

[212] In dem von uns zitierten Auszug aus seiner Broschüre weist Lenin gegenüber dem menschewistischen Führer Axelrod die Gründe der Spaltung die der Arbeiterbewegung nach. Das, was die westeuropäische Arbeiterklasse erst infolge des Weltkrieges und Revolution erkannte, war schon längst Gemeingut der russischen Bruderpartei. Darin liegt der große Wert der Erfahrungen der KP Rußlands.

*

Die Grundthese des Genossen Axelrod ist die, daß „unsere Bewegung von Anfang an zwei entgegengesetzte Tendenzen enthielt, deren Widerspruch nicht umhin konnte sich zu entwickeln und gleichzeitig mit der eigenen Entwicklung auf die Bewegung selbst zurückzuwirken“. Aber bei uns geschieht die Einwirkung auf die Arbeitermassen „seitens eines ihnen fremden sozialen Elementes“ – der radikalen Intelligenz. So konstatiert der Genosse Axelrod den Antagonismus zwischen den proletarischen und den radikalen intellektuellen Tendenzen in unserer Partei.

Der Genosse Axelrod hat hier vollständig recht. Die Tatsache dieses Antagonismus (und nicht allein in der russischen Sozialdemokratie) ist unzweifelhaft. Aber nicht nur das, sondern allen ist bekannt, daß eben dieser Antagonismus in bedeutendem Maße die Teilung der modernen Sozialdemokratie in einen revolutionären oder orthodoxen und in einen opportunistischen (revisionistischen, ministerialistischen, reformistischen) Flügel erklärt, eine Teilung, die auch in Rußland in den letzten zehn Jahren unserer Bewegung zutage getreten ist. Allen ist auch bekannt, daß die orthodoxe Sozialde-

mokratie gerade die proletarischen Tendenzen der Bewegung ausdrückt, während die opportunistische Sozialdemokratie die demokratisch-intellektuellen Tendenzen widerspiegelt ...

... Der andere Hinweis des Genossen Axelrod auf die „Jakobiner“ ist noch belehrender. Dan Genossen Axelrod ist wahrscheinlich nicht unbekannt, daß die Teilung der modernen Sozialdemokratie in eine revolutionäre und eine opportunistische, schon längst nicht nur in Rußland Anlaß zu „historischen Analogien mit der Epoche der großen französischen Revolution gegeben hat“. Dem Genossen Axelrod ist wahrscheinlich nicht unbekannt, daß die Girondisten der modernen Sozialdemokratie zu den Bezeichnungen „Jakobinertum“, „Blanquismus“ usw. greifen, um ihre Gegner zu charakterisieren. Wir werden die Furcht des Genossen Axelrod vor der Wahrheit nicht nachahmen und werden die Protokolle unseres Parteitages durchsehen, um die von uns betrachteten Tendenzen und die zu untersuchenden Analogien zu analysieren und nachzuprüfen.

Erstes Beispiel: Die Programmdiskussion auf dem Parteitag. Genosse Akimow (der mit Martynow „vollkommen einverstanden“ ist) erklärt: „Der Absatz über die Eroberung der politischen Macht (über die Diktatur des Proletariats) hat im Vergleich zu allen anderen sozialdemokratischen Programmen eine solche Fassung erhalten, das er in einem solchen Sinne ausgelegt werden kann und von Plechanow auch ausgelegt worden ist, als ob die Rolle der Führer der Organisation die von ihr geführte Klasse zurückdrängen und die eine von der anderen trennen müßte. Die Formulierung unserer politischen Aufgaben ist darum ei uns dieselbe wie bei der Narodnaja Wolja“. Genosse Plechanow und andere Vertreter der Iskra wenden sich gegen Akimow und beschuldigen ihn des Opportunismus. Findet der Genosse Axelrod nicht, daß dieser Streit uns (in der Tat und nicht in eingebildeten Scherzen der Geschichte) den Antagonismus zwischen den [213] modernen Jakobinern und den modernen Girondisten der Sozialdemokratie zeigt? Hat der Genosse Axelrod vielleicht darum von Jakobinern gesprochen, weil er sich infolge seiner Fehler in er Gesellschaft der Girondisten der Sozialdemokratie befindet?

Zweites Beispiel: Genosse Posadowsky stellt die Frage von einer „ernsten Differenz“ in der „Grundfrage“ des „absoluten Wertes der demokratischen Grundsätze“. Gemeinsam mit Plechanow bestreitet er ihren absoluten Wert. ... Wir fragen noch einmal: Findet der Genosse Axelrod nicht, daß auch dieser Streit uns augenscheinlich auf unserem Parteitag den Antagonismus zwischen Jakobinern und Girondisten in der modernen Sozialdemokratie zeigt? Und schreit der Genosse Axelrod deshalb gegen die Jakobiner, weil er sich in der Gesellschaft der Girondisten befindet?

Drittes Beispiel: Die Diskussion über den Paragraphen 1 des Statuts. Wer verteidigt „die proletarischen Tendenzen in unserer Bewegung“, wer betont, daß der Arbeiter die Organisation nicht fürchtet, daß der Proletarier nicht mit der Anarchie sympathisiert, daß er den Ruf „organisiert Euch“ schätzt, wer warnt vor den bürgerlichen Intellektuellen, die durch und durch mit Opportunismus durchtränkt sind? Die Jakobiner der Sozialdemokratie. Und wer schleppt in die Partei die radikalen Intellektuellen hinein, wer sorgt sich um die Professoren, die Gymnasiasten, die einzelnen Personen, die radikale Jugend ? Der Girondist Axelrod, zusammen mit dem Girondisten Lieber.

Der Genosse Axelrod verteidigt sich schlecht gegen die „falsche Anschuldigung des Opportunismus“, die auf unserem Parteitag gegen die Mehrheit der „Gruppe der Befreiung der Arbeit“ erhoben worden ist. Er verteidigt sich so, daß er die Anschuldigung dadurch bestätigt, daß er die abgeleierte Bernsteinsche Melodie von Jakobinertum, Blanquismus usw. wiederholt. Er schreibt von der Gefahr der radikalen Intelligenz, um seine eigenen Reden auf dem Parteitag zu übertäuben, die die Sorge um diese Intelligenz atmeten.

Nichts als Opportunismus drücken diese schrecklichen Worte von Jakobinertum usw. aus. Ein Jakobiner, der mit der Organisation des Proletariats unlösbar verbunden ist, der seine Klasseninteressen erkannt hat, das ist ein revolutionärer Sozialdemokrat. Ein Girondist, der sich nach Professoren und Gymnasiasten sehnt, der die Diktatur des Proletariats fürchtet, der nach dem absoluten Wert der demokratischen Forderungen seufzt: das ist ein Opportunist. Nur die Opportunisten können heute noch eine Gefahr in Verschwörerorganisationen sehen, wo der Gedanke von einer Verengerung des politischen Kampfes bis zur Verschwörung tausendmal in der Literatur widerlegt worden ist, wo er

längst vom Leben widerlegt und verdrängt worden ist, wo die hervorragende Wichtigkeit einer politischen Massenagitation bis zum Ueberdruß geklärt und wiedergekaut worden ist. Der reale Grund der Furcht vor dem Verschwörertum, dem Blanquismus, ist nicht die eine oder die andere Seite der praktischen Bewegung (wie es die Bernstein und Co. schon lange vergeblich beweisen wollen), sondern die girondistische Furcht eines bürgerlichen Intellektuellen, dessen Psychologie so oft unter modernen Sozialdemokraten zum Ausbruch kommt. [214]

*

Der 4. Weltkongreß zur Bildungsarbeit.

Von Edwin Hoernle.

Zur Frage der kommunistischen Bildungsarbeit hat der 4. Weltkongreß drei kurze Resolutionen angenommen, die nicht unabhängig von den übrigen Beschlüssen des Kongresses betrachtet werden können, sondern die praktische Anwendung der großen Resolution über die Taktik der Komintern auf das spezielle Arbeitsgebiet der politischen Erziehung darstellen.

Die Bedeutung des 4. Weltkongresses besteht nicht nur darin, daß er die Analyse der geschichtlichen Situation, die der 3. Weltkongreß gegeben, und die daraus entspringenden Beschlüsse über die Taktik der Einheitsfront und die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse bestätigt, sondern vor allem darin, daß er den Kommunistischen Parteien die konkrete Aufgabe stellt, diese Taktik der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Offensive des Kapitals gegenüber anzuwenden, d. h. sich politisch wie organisatorisch auf gesteigerte Massenkämpfe vorzubereiten, auf Kämpfe, die das äußerste an Tatkraft, Disziplin, taktischer Beweglichkeit und grundsätzlicher Festigkeit von allen Parteimitgliedern erfordern, auf Kämpfe, die die Partei zwingen, auch auf illegalem Boden unter schwerster Verfolgung ihren Mann zu stehen, auf Kämpfe endlich, die die Möglichkeit des Uebergangs der Arbeiterklasse aus der Defensive in die Offensive in sich tragen.

Der 3. Weltkongreß hatte als grundlegende Anweisung die Aufgabe formuliert: „einen kommunistischen Einfluß unter der Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und den entscheidenden Teil dieser Klasse in den Kampf zu führen“. Die Taktikresolution des 4. Weltkongresses konkretisiert nicht nur diese Aufgaben, sie weist eine bedeutsame Zuspitzung der revolutionären Lage nach, nämlich die Möglichkeit naher revolutionärer Großkämpfe und dementsprechend die wachsende Bedeutung des „subjektiven Faktors“. Der entscheidende Absatz der Taktikresolution des 4. Kongresses lautet: „Noch mehr als zur Zeit des 3. Kongresses hat heute die Auffassung Gültigkeit, daß bei dem jetzigen labilen Gleichgewicht der bürgerlichen Gesellschaft ganz plötzlich die schärfste Krise ausgelöst werden kann infolge eines großen Streiks, eines Kolonialaufstandes, eines neuen Krieges oder selbst einer Parlamentskrise. Aber gerade deshalb gewinnt der „subjektive“ Faktor ungeheure Bedeutung, d. h. der Grad des Selbstbewußtseins, des Kampfwillens und der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde.“

Mit diesen Zeilen ist auch der kommunistischen Bildungsarbeit ihre gegenwärtige Aufgabe gewiesen. Sie muß den „subjektiven“ Faktor planmäßig stärken, muß dazu beitragen, den Grad des Selbstbewußtseins, des Kampfwillens und der Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde auf die von der Kampfsituation geforderten Höhe zu heben.

Die Beschlüsse des 4. Weltkongresses zur Bildungsarbeit dienen diesem Zweck. Sie stellen das Mindestmaß dessen dar, was wie kommunistischen Parteien im Augenblick der Abwehr der kapitalistischen Offensive, an der Schwelle nahender revolutionärer Großkämpfe, an theoretischer Schulung und straffer Disziplinierung der Mitglieder und Funktionäre zu leisten haben. Sie zeigen, wie die kommunistische Bildungsarbeit nicht neben den politischen Kampfaufgaben der Partei einherläuft, sondern diesen untergeordnet und eingegliedert ist. Von den Bedürfnissen des Kampfes erhält die Bildungsarbeit ihre Aufgaben, ihren Umfang, ihre [215] Methoden zugewiesen, um ihrerseits wiederum die Kampfkraft der Partei zu erhöhen, die siegreiche Durchführung ihrer revolutionären Führerrolle zu ermöglichen.

Je mehr die Kommunistischen Parteien gezwungen sind, die Taktik der Einheitsfront auf allen Gebieten und auf höherer Stufe (Arbeiterregierung) durchzuführen, je mehr sie die verschiedenen Formen und Möglichkeiten der Einheitsfront ausproben, je deutlicher sie neben den Vorzügen dieser Taktik auch ihre Gefahren ins Auge fassen, je intensiver sie die Agitation und Propaganda allerorts, vorneweg im Betriebe führen, je näher die Möglichkeit revolutionärer Großkämpfe und illegaler Perioden treten, desto wichtiger wird die planmäßig und zentral geleitete Stärkung des „subjektiven" Faktors, sowohl innerhalb der Partei wie in den sympathisierenden Massen außerhalb. Was ist kommunistische Bildungsarbeit schließlich anderes als Schaffung der subjektiven Voraussetzung für eine tatkräftige, disziplinierte, bis in die letzten Zellen und Fraktionen gut funktionierenden Parteiarbeit? Als die planmäßige Steigerung der agitatorischen, propagandistischen und organisatorischen Kräfte, als die innere Festigung des Funktionärapparates von der Basis im Betriebe bis zur Spitze in den zentralen Institutionen?

Die vom Kongreß eingesetzte Bildungskommission hat darauf verzichtet, dem Plenum umfassende Thesen zur Bildungsarbeit vorzulegen, Thesen, die den gesamten Umfang, die Methoden und die verschiedenen Aufgaben der kommunistischen Bildungsarbeit erschöpfend gekennzeichnet hätten. Angesichts der Tatsache, daß nur wenige kommunistische Parteien bis heute eine wirklich nennenswerte, systematische, zentral geleitete Bildungsarbeit geleistet haben und in weiten Kreisen noch Unklarheit über Zweck und Methoden dieser Arbeit besteht, hielt es die Kommission für richtiger, einzelne bestimmte, konkrete Aufgaben, deren Dringlichkeit ins Auge bringen, herauszugreifen und den Parteien zur Pflicht zu machen. Nicht reden sollen die Parteien über Bildungsarbeit, sondern praktisch damit anfangen.

Die erste Resolution gibt kurze Anweisungen für die engere theoretische und praktische Schulungsarbeit. Worum handelt es sich? Um eine systematische Einführung aller Parteimitglieder in die ökonomischen und politischen Grundbegriffe des Marxismus, in Programm und Taktik der Partei, verbunden mit einer besonderen, ebenso systematischen Vorbereitung der leitenden Parteiarbeiter für ihre besonderen Spezialarbeitsgebiete. Je mehr die kommunistischen Parteien zu Massenparteien heranwachsen, je mehr sie in Befolgung der Taktik der Einheitsfront an die Illusionen der Massen anknüpfen und nicht nur in die leitenden Stellen der Arbeiterorganisationen, sondern auch in die gemeindlichen und staatlichen Institutionen eindringen, um so mehr ist neben der allgemeinen ökonomisch-politischen Schulung auch eine gewisse Spezialbildung der Funktionäre notwendig. Der Kommunalpolitiker muß sich in die besonderen Probleme seines Arbeitsgebiets systematisch einarbeiten, der kommunistische Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Parlamentarier desgleichen. Redakteure und Sekretäre müssen nicht nur politisch zuverlässig, kenntnisreich und beweglich sein, sie müssen auch die Technik ihrer Arbeit beherrschen.

War diese Heranbildung eines guten Funktionärstammes bisher fast einzig dem Zufall und der Initiative des einzelnen überlassen, so muß von jetzt ab eine zielbewußte, systematische Personalpolitik einsehen, eine Personalpolitik, die die heranwachsenden Kräfte der Partei sorgfältig beobachtet, registriert, prüft und so [216] die Möglichkeit schafft, vom Kampf verbrauchte Kräfte rasch und sicher zu ersetzen, neue Kräfte an den geeigneten Posten zu stellen. Wir in der deutschen Partei wissen sehr genau, was der Mangel an tüchtigen Funktionären bedeutet und klagen oft darüber; was haben wir aber zentral und in den Bezirken bisher getan, um den Funktionärstab vorausschauend und systematisch zu ergänzen und zu verbessern? Es wird die Aufgabe des Parteitages sein, die praktischen Schlußfolgerungen aus diesen Erwägungen zu ziehen!

Die Resolution des Weltkongresses fordert ferner eine zentrale Leitung der Bildungsarbeit und hält die Schaffung von Bildungssekretariaten bei den Zentralinstanzen der Parteien für wünschenswert. Diese zentrale Leitung ist jedem einleuchtend dort, wo es sich um die Parteibildungsarbeit im engeren Sinne handelt: Einführung der Mitglieder in Programm und Taktik, Schulung der Funktionäre, Herausgabe von Handbüchern und Leitfäden für diese Arbeit. Aber auch hier fehlt es noch in der deutschen Partei. Trotz aller Mahnungen der Zentralstelle halten es manche Bezirke nicht für notwendig, über die abgehaltenen Kurse, instruktive Konferenzen, Parteischulen, über die Organisationen

und Durchführung der Informations- und Referentenabende regelmäßig zu berichten. Eine laufende Aufsicht und Kontrolle der Arbeit im Reichsmaßstab, eine sorgfältige Beobachtung der Schüler und Lehrer und ihre richtige Verwendung durch die Zentrale wird durch diese Nachlässigkeit erschwert. Ja, es gibt noch Bezirke, die in echtem Kantönligeist darauf pochen, daß sie alles allein schon recht machen, als ob die zentrale Leitung und Aufsicht eine Beschränkung der individuellen Initiative der einzelnen Bezirke und Ortsgruppen bedeutete. Es geht aber unter keinen Umständen, daß z. B. Bezirke, ohne die Zentralstelle zu benachrichtigen, Unterrichtsbücher schreiben und drucken lassen, die dann, trotz allem guten Willen und mannigfachen Kenntnissen des Autors, an einer Reihe methodischer und sachlicher Mängel leiden. Liegt das Büchlein da, so kommen die Genossen und ersuchen die Zentrale, den Vertrieb für die ganze Partei zu organisieren. Dann ist es jedoch zu spät. Wäre die Arbeit im Manuskript eingesandt worden, hätte die kritische und positive Zusammenarbeit der besten Lehrkräfte der Partei etwas dauernd Brauchbares und relativ Gutes mit geringeren Kosten hergestellt. Ueberhaupt muß entschieden danach gestrebt werden, an die Stelle der bürgerlichen Form wissenschaftlicher und literarischer Arbeit, bei der jeder Autor auf eigene Faust und fast heimlich sein Werk produziert, die organisierte, kollektive Arbeit der besten Parteilehrkräfte zu setzen, damit aus dem gemeinsamen Wissen und den vielfältigen Erfahrungen heraus das Beste geschaffen wird.

Literarischer Ehrgeiz des einzelnen hat in der kommunistischen Bildungsarbeit keinen Raum. Die in den Bezirken und Ortsgruppen tätigen Lehrkräfte müssen durch die Zentralstelle zusammengefaßt und in Verbindung miteinander gebracht werden. Das Mitteilungsblatt der Abteilung Bildung soll nicht nur Anregungen und Anweisungen der Zentrale für die Lehrer und Bildungsobleute, sondern umgekehrt auch Anregungen und Berichte der Lehrer und Bildungsobleute für einander enthalten. Die Partei muß ein bestimmtes Budget der Bildungsabteilung für diese Aufgaben zur Verfügung stellen.

Die zentrale Leitung und Kontrolle der kommunistischen Bildungsarbeit wird aber noch dringender dort, wo es sich um die Arbeit außerhalb der Partei handelt, in den verschiedensten proletarischen Organisationen und Bildungseinrichtungen. Die Resolution des [217] Weltkongresses macht es den kommunistischen Parteien zur Pflicht, in diesen Organisationen und Bildungseinrichtungen (z. B. den Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportvereinen) kommunistische Bildungsarbeit zu treiben. In den angelsächsischen Ländern mit schwachen kommunistischen Parteien und starker Arbeiterbildungsbewegung (labour colleges) ist die Gefahr besonders groß, daß die dort arbeitenden Genossen den engen Zusammenhang mit den täglichen Kampfaufgaben der Partei verlieren und unbewußt abgleiten in allgemein theoretische Lehrgänge und Erörterungen, kurzum eine autonome „marxistische“ Bildungsarbeit neben die Parteiarbeit setzen. Der Gedanke einer roten Kulturintern neben Komintern und Profintern wurde mit Recht von der Kommission des Weltkongresses streng abgelehnt. Die Verbreitung und Verankerung marxistisch-revolutionärer Ideologie in den arbeitenden Massen geschieht nicht in der Form einer autonomen Massenbewegung neben der Partei, sondern ist ein Stück der Parteiarbeit, nämlich der kommunistischen Propaganda und Agitation.

Der 4. Weltkongreß hat die Bedeutung der kommunistischen Jugendorganisationen für die Abwehr der kapitalistischen Offensive und die Erneuerung der kommunistischen Parteien wiederholt unterstrichen. Die Resolution zur Bildungsarbeit verpflichtet die Parteien, „die selbständige Bildungsarbeit der Kommunistischen Jugend nach Kräften materiell und ideell zu unterstützen.“ Die Jugend ist zu allen bildenden Veranstaltungen der Partei heranzuziehen, die Partei hat ihr nicht nur Geld und Räume, sondern auch Lehrkräfte und Bücher zur Verfügung zu stellen. Die bulgarische Partei hat in dieser Beziehung vorbildlich gearbeitet, indem sie bestimmte Genossen zur Arbeit in der Jugend kommandierte, dadurch die Jugend enger mit der Partei verknüpfte und in allen Kampagnen und Aktionen der Partei aktivierte. In Deutschland fehlt noch viel zu einer wirklich fruchtbaren Zusammenarbeit von Partei und Jugend. Die Partei muß sich bewußt werden, daß sie in der Jugend Kapital anlegt, das sich zwar nicht gleich morgen, aber später um so sicherer verzinst.

Die revolutionäre Erziehung der proletarischen Kinder ist von den Parteien gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend in die Hand zu nehmen. Richtlinien soll die Bildungsabteilung der Exekutive der Komintern herausgeben. Für uns bedeutet das praktisch: Verpflichtung der Partei zur Unterstützung und Teilnahme an der kommunistischen Kindergruppenbewegung, deren organisatorische Leitung nach wie vor in der Hand der Kommunistischen Zugendinternationale verbleibt, und für deren Arbeit im allgemeinen die Beschlüsse des 2. Internationalen Kongresses der kommunistischen Jugend gültig bleiben. Was zu regeln ist, sind die Form und der Umfang der Zusammenarbeit von Partei und Jugend auf diesem Gebiet. In weiterem Sinn gehört hierher auch die Arbeit der Elternbeiräte und alle Fragen der kommunistischen Schulpolitik in Staat und Gemeinde. Die Abteilung Bildung der KPF hat es wiederholt, leider mit noch ungenügendem Erfolg, betont, daß kommunistische Kindergruppen, Lehrer, Eltern in den Erziehungsfragen eng zusammen und sich in die Hand arbeiten müssen.

Die Aufgaben der neu einzurichtenden Bildungsabteilung beim EK der Komintern werden in der Resolution wie folgt kurz umrissen:

„Ihre Aufgabe ist vor allem die grundsätzliche weitere Klärung der Probleme der kommunistischen Bildungsarbeit, die Leitung der gesamten Parteibildungsarbeit, die Vereinheitlichung der Arbeit in den außerhalb der Partei stehenden proletarischen Bildungsorganisationen. Hierzu gehört: Sammlung und Vermittlung der internationalen Er-[218]fahrungen, Bereicherung der Formen und Methoden der Arbeit in den einzelnen Ländern, Ausarbeitung und Herausgabe von Leitfäden, Handbüchern und anderem Material und die Entscheidung aller besonderen Probleme, die auf dem Gebiete der Bildungsfrage in den einzelnen Ländern austreten. Dem internationalen Bildungssekretariat liegt auch die Untersuchung und Vorbereitung der Probleme der Schulpolitik der Kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale ob“.

Die Durchführung dieser Aufgaben bedeutet die Schaffung eines einheitlichen, ideologischen Gefüges in der gesamten Kommunistischen Internationale und die planmäßige Befruchtung der schwachen und rückständigen Parteien durch die starken, erfahrungsreichen. Die Bildungsabteilung des EKKI soll der Punkt sein, in dem die revolutionäre Erziehungsarbeit der Komintern kulminiert, wo alle Erfahrungen der einzelnen Parteien gesammelt, geprüft und für die breitere Arbeit nutzbar gemacht werden. Hierzu ist die Schaffung eines gut funktionierenden Verbindungsdienstes mit den Bildungsabteilungen der einzelnen Sektionen notwendig.

Von weittragender Bedeutung ist der Schlußabsatz der Resolution, der die Abhaltung internationaler Kurse am Sitze der Exekutive und im Anschluß an bestehende Institutionen der KPR vorsieht. Hier soll den versprechendsten Kräften aus den nationalen Sektionen die Gelegenheit gegeben werden, in der Hauptstadt der siegreichen Revolution, unter Bedingungen, wie sie nur die proletarische Diktatur schaffen kann, nicht nur ihre marxistische Schulung unter Leitung der besten Lehrkräfte der Internationale zu vervollkommnen, sondern sich auch einzuarbeiten in die praktischen Probleme der proletarischen Diktatur, der proletarischen Revolution in den verschiedensten Kapitalstaaten und der revolutionären Bewegung unter den Kolonialvölkern. Diese sozialistische Akademie der Komintern kann aber nur dann vollen Erfolg zeitigen, wenn sie aufgebaut ist auf dem breiten Unterbau einer elementaren kommunistischen Bildungsarbeit in allen Ländern; denn es kommt uns nicht darauf an, einzelne „Spitzen“ zu kultivieren, die ohne Zusammenhang mit der breiten Masse der Parteimitgliedschaft sind und deshalb arm an Wirkung bleiben. Wie die einzelnen nationalen Bildungsabteilungen, so muß auch die Bildungsabteilung des EKKI die Verbindung herstellen zwischen den einzelnen marxistischen Lehrern und Forschern, sie zu kollektiver Arbeit zusammenführen.

Die Resolution zur „Agitationspflicht“ greift direkt in das Organisationsleben unserer Parteien ein. Jedes Mitglied der Kommunistischen Internationale ist verpflichtet, sich als Agitator unter den außenstehenden Arbeitern zu betätigen. Genossin Krupskaja wies in ihrem Referat mit Recht auf die große prinzipielle Bedeutung dieses Beschlusses hin, der einst das Unterscheidungsmerkmal wurde zwischen Bolschewiki und Menschewiki. In der Tat, die KPD hat so lange den sozialdemo-

kratischen Geist in ihren Reihen nicht überwunden, als sie passive Mitglieder in ihren Reihen duldet, Mitglieder, die wohl Beiträge zahlen und zu Versammlungen und Demonstrationen erscheinen, aber im übrigen sich als Kommunisten gar nicht oder doch nur zufällig betätigen. Die Klage über die Ueberhäufung unserer verantwortlichen Parteiarbeiter wird so lange nicht aufhören, als wir nicht lernen, jedes Mitglied zur Arbeit heranzuziehen, jedem sein Stück Pflichten zu überweisen. Die Erziehungsarbeit greift hier direkt in die Organisationsarbeit der Partei hinüber, wie denn jeder gute Organisator im Grunde ein Pädagoge ist.

[219] Um diese Arbeit sofort in Gang zu bringen, hat der Weltkongreß einen Termin gestellt, bis zu dem die Parteien über den Erfolg ihrer Anstrengungen berichten sollen. Ueber jedes Parteimitglied soll im Kreise der kleinsten Parteiorganisation, zu der es gehört, im Laufe des nächsten Winters sicher festgestellt werden, 1. ob es Agitation unter den außenstehenden Arbeitern betreibt, und zwar ob regelmäßig, nur zufällig oder gar nicht; 2. ob andere Parteiarbeit verrichtet wird, regelmäßig, zufällig oder gar nicht? Dieser Beschluß besagt, daß es nicht genügt, nur den Personalbestand der Mitglieder zu registrieren. Eine Partei, die sich anschickt, die Führung der Arbeiterklasse im revolutionären Entscheidungskampfe zu übernehmen, muß über die Zahl hinaus orientiert sein, über die Stoßkraft und Aktivität ihrer Armee, über die moralische Qualität und Disziplin ihrer Soldaten. Die Parteizentralen haben über das Resultat dieser Enquete an das EKKI zu berichten.

In der täglichen Praxis zeigt sich mitunter die beschämende Tatsache, daß sogar leitende Parteiarbeiter schlecht unterrichtet sind über die wichtigsten Beschlüsse der Parteiinstanzen und Kongresse. Die Durchführung der Beschlüsse leidet darunter, daß viele Funktionäre sich nicht sorgfältig hineinarbeiten, sowohl in den Wortlaut wie in den Geist der maßgebenden Beschlüsse. Es ist die Aufgabe der Bildungszentralen, dafür zu sorgen, daß mindestens die Funktionäre die Beschlüsse der Komintern und ihrer eigenen Partei kennen und zu erläutern vermögen. Die Resolution über die „Kenntnis der wichtigsten Beschlüsse der Partei und der K. I“ besagt: Alle Organisationen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß jedes Parteimitglied wenigstens das Programm der eigenen Partei und die 21 Bedingungen der Komintern kennen lernt, gleichfalls solche Beschlüsse der KI, die besonders ihre Partei betreffen. Die Mitglieder sind über den Stand ihrer Kenntnisse zu prüfen. Die verantwortlichen Funktionäre sollen alle wichtigen taktischen und organisatorischen Beschlüsse der Komintern gründlich kennen und zu diesem Zwecke sich Prüfungen unterziehen. Die Parteizentrale einer jeden Sektion ist verpflichtet, an die Organisationen geeignete Instruktionen zur Durchführung dieser Beschlüsse zu geben und über die Resultate dem EKKI bis zum Frühjahr Bericht zu erstatten.

Aufgabe der Bildungsabteilung der KPD ist es, diese hier vorgezeichneten Aufgaben sofort praktisch in Angriff zu nehmen. Die Einrichtung der Parteiprüfungen ist in der deutschen Partei etwas ganz Neues, auch wiederum nur ein Beweis, wie wenig wir bisher „Partei“ sind in streng kommunistischem Sinne. Gerade weil wir zur Zeit eine „offene“ Partei sind mit der Tendenz zur Massenpartei, müssen wir um so intensiver an der Schulung und Disziplinierung unserer Reihen arbeiten, denn die Gefahr jeder offenen Massenpartei ist, daß sie an Festigkeit und Schlagkraft einbüßt, was sie an Masse zunimmt. Aber wir brauchen die Festigkeit und Schlagkraft, die Energie und Disziplin, denn unsere Massenpartei soll zugleich Führerpartei sein. Nicht dadurch halten wir die Partei reformistenrein, daß wir in der gegenwärtigen Lage den Zugang zu ihr erschweren, sondern dadurch, daß wir die aufgenommenen Mitglieder schulen, disziplinieren, durch Zuweisung von Arbeit und Verantwortung prüfen und die untauglichen Elemente systematisch wieder ausüben.

[220] Der 4. Weltkongreß stellt uns die Aufgabe der Aktivierung und Disziplinierung der Partei. Unsere Bildungsabteilungen, Bildungsobleute und Lehrkräfte haben ihr Teil dabei zu leisten. Die drei Resolutionen zur Bildungsarbeit umreißen das Arbeitsfeld.

*

Bücherschau.

L. T r o t z k i: Die russische Revolution 1905. (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, Planufer 17.)

„Der Hammerschlag der Revolution dröhnt im Buche Trotzkis.“ Das war der Eindruck, den ich hatte, als das Buch Anfang 1919 zum ersten Male in deutscher Sprache erschienen war. Inzwischen ist der ersten Feldschlacht des russischen Proletariats der Generalsturm auf den Zarismus und der Sieg über die Bourgeoisie gefolgt. Inzwischen hat dasselbe Proletariat das gigantische jahrelange Ringen der Verteidigung seiner Macht sieghaft bestanden und eine Welt in Erstaunen und Schrecken versetzt. Inzwischen ist Europa die Arena der Revolution geworden, und die deutsche Arbeiterklasse hat ihr 1905 mit seinen Hoffnungen und Prüfungen, seinen Schwächen und seinem Heldentum hinter sich. Und heute, wo uns ein Dutzend Jahre, angefüllt mit gewaltigen Ereignissen und großen Erfahrungen, von jenem ersten Erscheinen des Buches trennen, heute wieder derselbe starke Eindruck: Der Hammerschlag der Revolution! Das macht, daß dieses Buch keine trockene Geschichtsschreibung, keine Nachbetrachtung ist. Es ist aus der Zeit geboren, die es darstellen will. Seine einzelnen Teile behandeln die Etappen der Revolution 1905, und sie wurden zumeist eben in jenen Tagen geschrieben in den Zeitungen der Revolution, gesprochen vor den Tribunalen der Konterrevolution. Darum atmen sie den Rhythmus und das Feuer der großen Zeit. Sie waren der Ausdruck für das Fühlen und Denken der Revolution, ihre Anklagen und ihre Selbstverständigung. Dadurch erhalten wir zwar keinen lückenlosen Verzicht über die Vorgange im Revolutionsjahre, aber um so stärker fühlen wir uns umbraust von dem lebendigen Strom des revolutionären Prozesses selber.

So erleben wir mit das Wachsen der revolutionären Stimmung in allen Volksschichten während des russisch-japanischen Krieges, den russischen „Frühling“, jene Zeit der schönen Phrasen, der leeren Versprechungen, der Verbrüderung von Bourgeoisie und Zarismus, des letzten Versuches der absolutistischen Macht, sich durch unfruchtbares liberales Geschwätz aufrecht zu erhalten. Aber der Zusammenbruch in Ostasien hat das Zarentum zu tief erschüttert. Es wird zur Machtprobe mit den inneren Feinden gezwungen. Das Proletariat, das von Jahr zu Jahr immer heftiger in ökonomischen Streiks seine Faust geschüttelt, es tritt jetzt als politischer Faktor auf und fordert die alte Welt heraus. Trotzki läßt uns den berühmten Zug der Petersburger Arbeiter unter der Führung des abenteuerlichen Popen Gapon am 22. Januar miterleben, der endet mit der Blut- und Feuertaufe der Revolution. Dann zeigt er die Entwicklung der großen Streikbewegung, die monatelang nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt in Atem hält. Im großen Reiche flammen die Streiks auf an allen Enden, in allen Zentren. Noch auf einzelne Orte beschränkt, verlöschen sie bald, um kurz darauf aus geringfügigen äußeren Anlässen wieder zu entbrennen, bis einschließlich der Orkan der Revolution den Riesenbrand des Generalstreiks über ganz Rußland jagt. Der Oktoberstreik bezwingt die Staatmaschine. Das Oktobermanifest wird erlassen. Die neue Aera ist da mit Preß- und Versammlungsfreiheit, dem Verfassungsversprechen und dem „liberalen“ Witte, aber auch mit der Nagaika, der Polizei, den Kosaken und dem Bluthund Trepow. Da beginnt der Kampf um die Macht, auf der einen Seite geleitet von dem Petersburger Arbeiterdelegiertenrat. Alle Schichten des russischen Volkes werden aufgewühlt. Das Proletariat schafft und befestigt seine Organi-[221]sationen. Es bereitet sich zum Aufstand vor. Das Heer verfällt der „Demoralisation“. Meutereien brachen aus von Kronstadt bis Sewastopol.

Aber die Regierung organisiert die Mordbanden der Schwarzen Hunderte. Sie bedroht die Gefangenen vom Militäraufstand in Kronstadt mit dem Tode und verhängt über Polen den Belagerungszustand. Das Proletariat antwortet mit dem Novemberstreit. Es hat mit ihm einen vollen Erfolg. Aber es ist auch der letzte große Erfolg. Die Reaktion erobert jetzt Position auf Position, bis sie den Petersburger Arbeiterrat verhaften kann und die Moskauer Arbeiterschaft in hartem Straßenkampf niederschlägt.

Nun kommt der Rachefeldzug, in dem die Reaktion jahrelang wütet, Schandtat auf Schandtat, Verbrechen auf Verbrechen häuft. Von diesem Rachezug gibt Trotzki ein Beispiel in der Schilderung des Prozesses gegen den Arbeiterdelegiertenrat mit der kühnen Offensive der Angeklagten gegen

Staatsanwalt und Gericht nicht nur, sondern zugleich gegen die gesamte Reaktion. Dann folgt die Verbannung und die abenteuerliche Flucht Trotzkis aus Sibirien.

Das Ganze ist geschrieben mit der kräftigen Eleganz, die Trotzki wie kaum ein anderer meistert. Jedes Wort ist lebendig, jeder Abschnitt packt.

Marxistische Geschichtsschreibung aber kann sich nicht damit begnügen, die Tatsachen aufzuzeichnen, die Vorgänge zu schildern. Zur Schilderung muß treten die Erklärung der Ereignisse aus den sozialen Bedingungen. Die Erklärung muß führen zum Handeln, zur taktischen Entscheidung. Gerade in jenen Kapiteln, die während der Kämpfe geschrieben wurden, zieht Trotzki immer mit großer Kühnheit die taktischen Konsequenzen. Er weist stets auf die neuen notwendigen Schritte der Revolution hin. So schreibt er im November 1905:

„Die Oktobertage der Revolution zeitigten die Novemberorgien der Reaktion. Die dunklen Gewalten benutzten einen Moment des revolutionären Stillstandes und gingen zur blutigen Attacke vor. Ihren Erfolg verdankten sie dem Umstande, daß der Streik, die Revolution, wohl den Hammer niedersausen lassen konnte, aber doch nicht mächtig genug war, das Schwert zu erheben. Die Oktobertage zeigten mit furchtbarer Deutlichkeit, daß die Revolution Massen bedurfte.

Das Dorf organisieren und sich mit ihm verbünden; sich mit der Armee eng zusammenschließen; sich bewaffnen – das sind die einfachen und großen Konsequenzen, die von den Oktoberkämpfen und dem Oktobersieg dem Proletariat diktiert wurden.

Auf diesen Konsequenzen basiert die Revolution."

Damit war der bewaffnete Aufstand zur Voraussetzung für den Sieg der Revolution gemacht worden. Die Tätigkeit des Petersburger Arbeiterrates bestand wesentlich in der Vorbereitung der Arbeiterklasse für den bewaffneten Aufstand. In Moskau legte der Aufstand seine stärkste Probe ab. Er wurde in den letzten Tagen des Jahres 1905 blutig niedergeschlagen, weil „das Dorf nicht genügend organisiert", der „enge Zusammenschluß mit der Armee" noch nicht erreicht worden war.

Mit der Frage des bewaffneten Aufstandes war eines der Zentralprobleme der Revolution aufgeworfen, welche die Parteien und Parteigruppen voneinander schied. Jetzt nach den Erfahrungen der neuen revolutionären Epoche seit 1917, ist es von besonderem Interesse, zu verfolgen, welchen Widerhall der Moskauer Aufstand in Deutschland auslöste. Es zeigt sich dabei, wie wenig die Sozialdemokratie Westeuropas theoretisch auf die Revolution vorbereitet war. Hier galt uneingeschränkt die Auffassung, die Engels über die Barrikadenkämpfe in seinem Vorwort zum Bürgerkrieg in Frankreich niedergelegt hatte, und von der Mehring schon 1902 meinte, sie sei in dem Augenblick schon falsch gewesen, als sie zum Allgemeingut geworden war. Während der Moskauer Kämpfe (28. Dezember 1905) schrieb die „Leipziger Volkszeitung", das Blatt der deutschen Sozialdemokratie, das damals bereit schien, rücksichtslos die Lehren aus der russischen Revolution zu ziehen:

„Die Niederlage der Dezemberkämpfe ist nicht die erste, die die russische Revolution erleidet, wohl aber die größte. Die Revolution ist unbesiegbar, solange sie mit ihren eigenen Waffen kämpfte, mit dem Generalstreik. Sie [222] erlitt Niederlage auf Niederlage, so wie sie den Zarismus mit seinen Waffen zu schlagen unternahm, mit physischer Gewalt. ...

Die soziale Revolution, die Revolution des Proletariats, ist unbesiegbar, weil sie mit den Waffen des Klassenstaates, mit Kanonen und Bajonetten, gar nicht zu besiegen ist. Wer mit ihnen siegen will, der muß einen Gegner haben, der ebenfalls diese Waffen führt. Das Proletariat aber führt sie nicht. Es benutzt in seinem Befreiungskampf das Machtmittel, auf dem seine ganze Stellung in der heutigen Gesellschaftsordnung beruht: die Arbeit, die im gegebenen Falle in die Nichtarbeit, d. h. in den politischen Massenstreit, umschlagen kann. Der Gebrauch materieller Waffen durch die revolutionäre Arbeiterklasse kann immer nur episodenweise und sporadisch vorkommen und bedeutet im Grunde ein Zurücksinken in bürgerliche Kampfesweisen."

Der Artikel war geschrieben von Dr. Paul Lensch. Kurze Zeit vor Kriegsausbruch schrieb Heinrich Laufenberg in seinem Buche über den politischen Streik, durch ihre Beteiligung an dem Moskauer Aufstand habe „die russische Sozialdemokratie an den Anarchismus abgedankt". Lensch und Laufenberg gehörten damals zur radikalen Linken. Sie sind beide Renegaten geworden. Sollten in dieser Auffassung nicht schon die Wurzeln ihres Renegatentums liegen?

In der russischen Sozialdemokratie selbst war eine Richtung, die jene Auffassung ebenfalls vertrat: die uns wohlbekannten Menschewiki. Mit ihnen setzt sich Trotzki auseinander, und er wirft dabei für uns Westeuropäer manch neues Licht auf das Wesen dieser „Revolutionäre". In der Frage der Kampfmittel z. B. zeigt sich, daß sie getreu die Meinungen der bürgerlichen Demokraten widerspiegelten! So schreibt Trotzki:

„Einige scharfsinnige Politiker, übrigens Leute, die in jeder Beziehung ehrenwert sind (Martow, Dan u. a.), erhoben gegen uns die Anschuldigung, daß wir der Revolution ein ‚Rezept' verschreiben wollten. Diese Kritiker suchten uns klar zu machen, daß der Streik als spezifisches Mittel des proletarischen Klassenkampfes in den Verhältnissen einer nationalen bürgerlichen Revolution nicht jene Rolle spielen könne, die wir ihm ‚aufzwingen'."

Das war die Zeit, als man noch vor der stärksten Ausnutzung des Generalstreits stand. Die bürgerliche Demokratie bekehrte sich in dem Augenblick zum Generalstreik, als der bewaffnete Aufstand auf die Tagesordnung kam. Die Menschewiki mit ihnen, und beide gebrauchten die Argumente gegen den Aufstand, die wir bei Lensch kennengelernt haben. Trotzki antwortet darauf:

„Wir können aber keineswegs anerkennen, daß der Generalstreik die alten Methoden der Revolution ausgehoben und überflüssig gemacht hat. Sie hat sie lediglich verändert und ergänzt. Wie hoch wir gleichzeitig auch die Bedeutung des Oktoberstreiks veranschlagen, können wir indes keineswegs anerkennen, daß er ‚in grundlegender Weise die staatliche Ordnung Rußlands geändert hat'. Die nachfolgende politische Entwicklung erklärt sich vielmehr nur daraus, daß der Oktoberstreik die staatliche Ordnung unverändert gelassen hat. Mehr noch; er k o n n t e eine staatliche Umwälzung gar nicht vollbringen. Als politischer Streik erfüllte er seine Mission dadurch, daß er die Feinde einander gegenüberstellte ...

Es ist im Kampf äußerst wichtig, den Feind zu schwächen; diese Aufgabe vollbringt der Streik. Gleichzeitig bringt er auch die Armee der Revolution auf die Beine. Aber weder das eine noch das andere schafft eine staatliche Umwälzung.

Es bleibt noch die Aufgabe übrig, der Regierung die Macht zu entreißen und sie in die Hände der Revolution zu legen. Das ist die grundlegende Aufgabe. Der Generalstreik schafft für sie lediglich die notwendigen Voraussetzungen, aber für die Lösung der Aufgabe selbst ist die Methode des Streiks vollkommen ungenügend.

Die alte Staatsgewalt stützt sich auf ihre materielle Macht, vor allen Dingen auf die Armee. Auf dem Wege zur wirklichen und nicht zur ‚papiernen' Umwälzung steht die Armee. In einem bestimmten Augenblick der Revolution erhebt sich an erster Stelle die Frage: Wem gehören [223] die Sympathien und die Bajonette der Soldaten? Diese Frage wird nicht durch eine Enquete gelöst. Man kann viele wertvolle und zutreffende Aeußerungen machen über die breiten und geraden Straßen der modernen Städte, über die neuesten Gewehrmodelle usw., aber alle diese technischen Erwägungen schaffen die Frage über die revolutionäre Eroberung der Staatsgewalt nicht aus der Welt. Die Rückständigkeit der Armee muß überwunden werden. Die Revolution erreicht dieses Ziel, indem sie die Volksmassen gegen die Arme anprallen läßt. Der Generalstreik schafft günstige Bedingungen für einen solchen Zusammenstoß. Das ist eine rauhe Methode, aber eine andere hat die Geschichte nicht."

An anderer Stelle schließt Trotzki weiter:

„Die Armee neigt sich in ihrer Masse erst dann der revolutionären Masse zu, wenn sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie nicht nur opponiert und demonstriert, sondern um die Macht kämpft und Aussicht hat, sie zu gewinnen."

Wie in dieser Auseinandersetzung das Kernproblem jeder Revolution untersucht wurde und diese Untersuchung zur Bejahung der letzten Mittel, daß heißt zur Bejahung der Revolution selbst, führte, so stellte die Revolution von 1905 auch die Frage nach dem Wesen einer Revolution in Rußland, die inzwischen praktisch gelöst worden ist. Auch hier handelte es sich um die Auseinandersetzung mit den Menschewisten. Trotzki rechnet mit ihnen (Plechanow, Tscherewanin, Martow u. a) ab in den Kapiteln: „Das Proletariat und die russische Revolution" und „Unsere Meinungsverschiedenheiten". Beide Kapitel sind vor dem Krieg geschrieben. Ein drittes Kapitel: „Die Krieg um die Macht" erschien in Paris 1915.

Allgemeine Voraussetzung für die damaligen Debatten war die Anerkennung, daß Rußland für den Sozialismus noch nicht reif sei. Der Menschewik Tscherewanin, der 1908 bei Dietz eine kleine

Schrift: „Das Proletariat und die russische Revolution“ herausgab, kam auf Grund jener Voraussetzung zu dem Schluß, daß in der russischen Revolution das Proletariat zwar die Hauptrolle, aber keine selbständige Rolle spielen dürfe. Von diesem Standpunkt aus kommt es zu dem Schluß, daß die ganze Revolution von 1905 einen falschen Weg gegangen sei. Und daran trage die russische Sozialdemokratie die Schuld, indem sie mit den Proletariern zusammen in jeder Etappe über den Punkt hinausgegangen sei, an dem die Bourgeoisie Halt machen wollte; ja, die Sozialdemokratie habe die Entwicklung der Revolution gehemmt, indem sie das Proletariat durch übertriebene Aktionen von der bürgerlichen Demokratie isolierte. Freilich, wie die revolutionäre Partei ihre Taktik anpassen sollte an die bürgerliche Demokratie, die beständig zwischen Zarismus und Revolution hin und her pendelte, das verrät Tscherewanin nicht. Die letzte Erkenntnis seiner tiefsinnigen Betrachtungen entlädt sich in dem Stoßseufzer, daß sich „im revolutionären Feuer nur schwer ein Weg für eine vernünftige marxistische Taktik bahnen lasse“, und daß selbst unter der Führung der Menschewiki das Proletariat unvermeidlich zur Niederlage gekommen wäre. Trotzki bringt diesen hausbackenen Burschen natürlich mit Eleganz auf den Trab. Er untersucht die Verhältnisse und die Interessen der Klassen in Rußland von 1905 und findet dabei bestätigt, was es bereits im Juli 1905 geschrieben hatte:

„J e t z t Initiative und Entschlossenheit von der Bourgeoisie zu erwarten, kann man noch weniger als im Jahre 1848. Einerseits sind die Hindernisse bedeutend größer, andererseits hat die soziale und politische Zergliederung der Nation weitere unermeßliche Fortschritte gemacht. Der stille Packt der Bourgeoisie, der nationalen und internationalen, stellt dem rauhen Prozeß der Entsklavung, fürchterliche Hindernisse in den Weg in dem Bestreben, ihn nicht hinausgehen zu lassen über die Verständigung der besitzenden Klassen mit den Vertretern der alten Ordnung zur Unterdrückung der Volksmassen. Tatsächlich, die demokratische Taktik kann unter solchen Bedingungen nur im Kampf gegen die liberale Bourgeoisie entwickelt werden. Hierüber muß man sich vollkommen klar sein. Nicht die fiktive ‚Einheit‘ der Nation gegen ihre Feinde (den Zarismus), sondern [224] die tiefe Entwicklung des Klassenkampfes innerhalb der Nation – das ist der Weg ... Unbestreitbar kann der Klassenkampf des Proletariats auch die Bourgeoisie vorwärts stoßen, doch das kann n u r der Klassenkampf tun. Und andererseits ist es unbestreitbar, daß das Proletariat, nachdem es durch seinen Druck das Beharrungsvermögen der Bourgeoisie überwunden hat, trotzdem in einem bestimmten Augenblick, bei der planmäßigen Entwicklung der Ereignisse, mit ihr als mit einem unmittelbaren Hindernis zusammenstoßen wird. Die Klasse, die dieses Hindernis überwinden kann, muß dieses tun und damit wird es auch die Rolle des Herrschers auf sich nehmen müssen – wenn überhaupt dem Lande eine radikale demokratische Wiedergeburt verheißen ist.“

Wurde so der selbständige Kampf des Proletariats, und zwar nicht nur als Kampf gegen den Zarismus, sondern auch als Klassenkampf gegen die Bourgeoisie erkannt als eine Notwendigkeit der russischen Revolution, dann ergab sich daraus die Frage, bis zu welchem Punkte der revolutionäre Kampf das Proletariat geführt werden dürfe, Tscherewanin löst die Frage durch folgende formalistische Deduktion: Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution: die siegreiche bürgerliche Revolution muß die Macht dem Bürgertum in die Hände geben; das Proletariat ist verpflichtet, die bürgerliche Revolution zu fördern; also muß es auch den Uebergang der Macht auf das Bürgertum fördern; die Idee der Machteroberung durch das Proletariat ist daher in Epochen bürgerlicher Revolution mit der Taktik des Proletariats unvereinbar; die tatsächliche Taktik des Proletariats führte es naturgemäß zu dem Kampfe um die Staatsgewalt, und war daher ein Irrtum.

Wir sehen, schon damals verzichteten die Menschewiki auf die Vollendung der Revolution durch das Proletariat, durch die Machtergreifung des Proletariats, damals, als es sich noch um ein theoretisches Problem handelte, das freilich kurz vorher aktuell gewesen war. Wir wissen jetzt, daß diese Auffassung zu der konterrevolutionären Rolle der Menschewiki in der Kerenski-Zeit führte. Oder richtiger gesagt: weil die Menschewiki nicht den Willen hatten, praktisch alle revolutionären Konsequenzen zu ziehen, deshalb suchten sie beizeiten eine theoretische Zuflucht in Konstruktionen, wie wir sie bei Tscherewanin kennen lernen.

Trotzki kommt bei der Untersuchung der Frage, ob in Rußland eine bürgerliche oder eine proletarische Revolution möglich sei, zu folgendem Schluß:

„Wir kennen das klassische Beispiel einer Revolution, bei der die Bedingungen für die Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie durch die terroristische Diktatur der siegreichen Sanskulotten vorbereitet wurden. Das war in einer Epoche, da die Hauptmasse der Bevölkerung aus dem Kleinbürgertum der Handwerker und Kleinhändler bestand. Die Jakobiner hatten diese hinter sich. Die Hauptmasse der Bevölkerung der russischen Städte bildet in der gegenwärtigen Zeit das industrielle Proletariat. Schon diese Analogie allein läßt Raum für die Annahme der Möglichkeit einer solchen historischen Situation, wo der Sieg der ‚bürgerlichen Revolution' nur dann erreichbar wird, wenn das Proletariat die Macht an sich reißt. Hört denn die Revolution deshalb auf, bürgerlich zu sein? Ja und nein. Das hängt nicht von der normalen Definition, sondern von der weiteren Entwicklung der Ereignisse ab. Wenn das Proletariat durch die Koalition der bürgerlichen Klassen, darunter auch der von ihm freigemachten Bauernschaft, gestützt wird, dann wird die Revolution ihren beschränkt bürgerlichen Charakter bewahren. Wenn aber das Proletariat können und verstehen wird, alle Mittel seiner politischen Herrschaft wirken zu lassen, um die Beschränkung der Revolution auf Rußland zu sprengen, so kann diese letztere der Prolog einer sozialistischen Weltkatastrophe werden."

Die Auffassung ist bestätigt worden durch den bisherigen Verlauf der neuen siegreichen Revolution des russischen Proletariats. Aber darin sind auch umschrieben die Schwächen und Schwierigkeiten der Revolution wie ihre Gewalt und ihre Größe. Noch immer wartet Rußland auf Europa!

Paul Frölich.

[225]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 18. April 1923 ∗ Heft 8

Ein zuverlässiger Wegweiser.
(Zur Lage in der Partei.)

⊿ **Berlin**, 18. April 1923.

Die Zentrale der Partei hat in eingehenden Verhandlungen mit Vertretern aller oppositionellen Strömungen und Schattierungen in der Partei ein Abkommen getroffen, das die Einheitlichkeit ihrer Aktion und ihre organisatorische Geschlossenheit verbürgen soll und auch verbürgen wird, wenn es nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach eingehalten wird. Der unmittelbare Anlaß dazu waren die bekannten Vorgänge auf dem letzten Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Nord in Essen, wo von einigen Vertretern der Opposition versucht wurde, mitten in der Aktion und im Brennpunkt des Aktionsfeldes der taktischen Linie der Parteileitung eine andere, geradezu entgegengesetzte, gegenüberzustellen und sie durchzusehen, obwohl sie bereits von der Parteileitung nach sorgfältiger Prüfung als falsch und im höchsten Grade gefährlich abgelehnt worden war.

Der Umstand, daß die Zentrale bei dieser Gelegenheit davon absah, die Frage der Disziplin formell aufzurollen, darf die Partei keinen Augenblick über den Ernst auch der disziplinarischen Frage hinwegtäuschen. Wir glauben, daß die Zentrale richtig gehandelt hat, wenn sie statt dessen versuchte, Teile der Opposition selbst heranzuziehen, um für die Opposition die Schranken zu ziehen, die im Interesse der Aktionskraft und der organisatorischen Geschlossenheit der Partei unbedingt geboten waren und, unbeschadet taktischer Differenzen allgemeiner Art, eine gemeinsame Plattform in den unmittelbar vorliegenden Fragen der Aktion zu schaffen. Wir hätten dabei nur gewünscht, daß die organisatorischen Prinzipien der Partei in ihrer vollen Strenge wenigstens festgestellt worden wären. Sie gehören mit zu den Grundpfeilern unserer Partei. Wenn es sich zeigt, daß sie noch nicht so tief verankert sind, wie sie es sein müssen, darf in keinem Fall das Bewußtsein darüber getrübt werden, daß Verstöße auf diesem Gebiet ernstester Art sind und der Geist, der sie gebiert, unbedingt überwunden werden muß.

Die Zentrale hat d i e s e n Weg gegenüber der Opposition sicherlich nicht aus einem Gefühl der Schwäche heraus eingeschlagen. Sie war verpflichtet, in einer Situation, wo die K r i s e d e r S o z i a l d e m o k r a t i e und ihre Auswertung durch die Partei die ausschlaggebende parteipolitische Tatsache ist, die eigene Partei vor [226] kritischen Zuspitzungen zu bewahren, die direkt eine Rettung der Sozialdemokratie bedeuten mußten. Das ist gelungen, nicht zuletzt durch die Mithilfe der Sozialdemokraten selber. Ihre fühlbare Erleichterung bei Einsetzen unserer Parteiauseinandersetzungen, ihr offener Jubel, ihre mit abgebrühter Offenheit ausgesprochenen Erwartungen auf eine „Mauserung“ des Kommunismus, haben wesentlich mitgeholfen, um der Mehrheit innerhalb der Opposition klar zu machen, wo die Schranken der Parteikritik und der Parteiopposition liegen und wo die Opposition g e g e n die eigene Partei und die Arbeit für den Parteigegner beginnt. Aber es wäre vollkommen falsch, anzunehmen, nur diese – allerdings zwingenden – äußeren Gründe hätten eine Eindämmung der inneren Parteiauseinandersetzung bewirkt, während in Wahrheit die Gegensätze in ihrer bisherigen Schärfe weiterbestehen. Wenn das der Fall wäre, so könnten wir zwar im Interesse der Aktion zeitweilig die innere Auseinandersetzung einstellen, wir müßten aber klar aussprechen, was ist.

Tatsächlich liegt mehr vor, als nur ein „Burgfriede“ zwischen Parteimehrheit und Opposition. Die Mehrheit der Parteiopposition, die auf dem Leipziger Parteitag noch auf e i n e r Plattform sich vereinigte, hat angesichts der absurden politischen Konsequenzen, vor die sie durch ihren extremen Flügel gestellt wurde, Kehrt gemacht. Diese absurden Konsequenzen ergaben sich aber logisch folgerichtig aus der Leipziger Plattform der Opposition. Daher bedeutet die Parteientwicklung, die zu den Berliner Vereinbarungen geführt hat, bereits den B e g i n n der tatsächlichen Liquidation der Opposition, d. h. ihres Rückzugs aus den alten taktischen Linien, die an die Grenze der Partei und des Kommunismus führten und ihres Vormarsches zur taktischen Linie der Parteimehrheit und der

Kommunistischen Internationale. Eine taktische Zwischenstellung zwischen der Linie der Parteimehrheit und der Maslow-R. Fischer ist auf die Länge nicht möglich. Andererseits ist heute gar kein Zweifel, daß diejenigen, die von dem äußersten Punkt ab; zu dem die taktische Linie der Opposition bereits geführt hat, noch weiter gehen wollten, nichts hinter sich bekommen würden als ihren Schatten. Die freudigen Erwartungen in der sozialdemokratischen Führerschaft auf ein neues „Heidelberg“ oder selbst nur auf eine Krise im Ausmaße der KAG-Krise, beweisen nur, daß sie heute von der wirklichen Lage der Kommunistischen Partei noch viel weniger verstehen als früher – was immerhin etwas besagen will.

Ja, wenn Spitzelberichte zum Verständnis ausreichten. ... Die Herren Severing und Richter glaubten bereits den Augenblick gekommen, wo sie sich an dem Zentralorgan der Partei vergreifen könnten. Sie haben sich inzwischen wohl überzeugt, daß sie sich geirrt haben.

Um was gingen und gehen die Auseinandersetzungen in der Partei? Vor allem: wir haben es weder mit einer bloßen Wiederholung der KAP- noch der KAG-Strömungen zu tun. Den jetzigen Auseinandersetzungen liegen Abweichungen nach diesen Richtungen hin zugrunde, aber sie bewegen sich auf einem darüber liegenden Niveau.

[227] Zu Grunde liegt die Frage des Weges von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur und der politischen Mittel, um die Mehrheit der Arbeiterklasse diesen Weg zu führen. Die Frage war früher abstrakt allgemein gestellt. Sie stellt sich jetzt in der konkretesten Form als die Frage der revolutionären Arbeiterregierung.

Diese konkrete Stellung der Frage ist bereits ein gewaltiger Fortschritt, nicht nur der subjektiven Entwicklung der Kommunistischen Partei, sondern der objektiven revolutionären Entwicklung in Deutschland. Die Frage der Diktatur stand nach 1919 erst noch abstrakt, in Gestalt der Arbeiterregierung steht sie konkret, das heißt geschichtlich gesprochen auf einer entwickelteren Stufe. Die Partei, die im abstrakt-allgemeinen das Schema der revolutionären Entwicklung und der revolutionären Kampfmittel sich zu eigen gemacht hatte, ist vor die realen Formen des revolutionären Uebergangs gestellt, die sich aus dem Komplex der deutschen und der internationalen Entwicklung ergeben. Die spezifische Aufgabe der deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale nimmt immer bestimmtere Umrisse an. In sozialdemokratischen Führerköpfen spiegelt sich das zuweilen als „Mauserung“. Indessen zeigen die systematischen Vorbereitungen, die die Bourgeoisie, ungehindert von ihren sozialdemokratischen Lakaien, gegen Sachsen trifft, daß sie keineswegs davon überzeugt ist, daß der Kommunismus in Sachsen und anderwärts sich auf dem „Rückweg zur Demokratie“ befindet.

Wenn man zuweilen in Kreisen unserer Partei, die sich ganz besonders radikal dabei vorkommen, Furcht vor Ansteckung durch die demokratischen Illusionen bekam, an die wir r e v o l u t i o n ä r a n k n ü p f e n, um sie an der Hand der eigenen Erfahrungen der Massen aufzulösen, so ist es einigermaßen ein Trost, zu finden, daß die Bourgeoisie selber sich über unsere „demokratischen Illusionen“ – keine Illusionen macht.

Der vorläufige Abschluß der letzten Auseinandersetzungen in der Partei zeigt, daß das Verständnis für die keineswegs einfachen Probleme der D u r c h s e t z u n g der kommunistischen Grundsätze und Ziele nicht in der blauen Luft, sondern in der gegebenen deutschen Arbeiterbewegung und in der gegebenen Lage Deutschlands rapid wächst. Es ist bezeichnend, daß die sozialdemokratischen Führer bereits völlig unfähig geworden sind, theoretisch zu verstehen, was in dem revolutionär fortgeschrittensten Teil der Arbeiterschaft vor sich geht. Das hindert sie jedoch keineswegs, der Bourgeoisie, der ihr praktischer Instinkt die richtige Fährte zeigt, um so willfährigere Schergendienste zu leisten.

Für diejenigen unter uns, die theoretisch die Dinge noch nicht vollständig sich zurechtzulegen verstanden haben, muß das praktische Verhalten der Bourgeoisie und ihrer Lakaien jedem Schritt gegenüber, der eine angebliche „Mauserung“ des Kommunismus anzeigt, ein zuverlässiger Wegweiser sein.

So wenig politischen Verstand sie auch noch haben mag, den Geruch für die Sorte Revolution, die ihr nicht bekömmlich ist, den hat sie schon in der Nase. [228]

*

Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei.

Wir drucken nachstehend eine Darlegung des Standpunkts eines Teils der Parteiminderheit ab, der von den bisher von der Opposition vertretenen Anschauungen erheblich abweicht.
Die Red. d. „I."

1. Die politische Lage hat in der letzten Zeit eine günstige Situation für die Partei geschaffen. Wir haben bedeutende Fortschritte gemacht. Die Lage wird durch zwei Erscheinungen gekennzeichnet: 1. die steigende Zersetzung der Sozialdemokratie, die in dem außerordentlich wichtigen Beschluß des Dresdener Landesparteiages am klarsten zum Ausdruck kommt, 2. den Vormarsch des Faschismus, der im Zusammenhang mit der Ruhrkrise, der nationalistischen Welle und der drohenden Kapitulation der deutschen Bourgeoisie vor Frankreich die Möglichkeit des Bürgerkrieges auf die Tagesordnung stellt.

Ob die Faschistengefahr die Arbeiter einschüchtert oder sie umgekehrt zum Abwehrkampf aufrüttelt, ob die sozialdemokratische Zersetzung zur wachsenden Indifferenz oder umgekehrt, zur Sammlung nach links führt, wird durch die Kraft und Geschlossenheit der Kommunistischen Partei wesentlich entschieden.

Wir haben in den letzten Monaten greifbare und wichtige Erfolge errungen. Das beweisen unsere Siege bei den Betriebsrätewahlen, unsere Gewinne in den Gewerkschaften, die langsame, aber wachsende Bildung von proletarischen Hundertschaften, die Erringung einer stärkeren Position in Sachsen, steigender Einfluß im Ruhrgebiet.

Nach außen hin ist die Partei au der ganzen Linie im schrittweisen Vormarsch.

2. Dagegen hat sich die innere Parteilage seit dem Leipziger Parteitag gefahrdrohend verschlechtert. Es bestehen heute zwei getrennte Fraktionen in der Partei. Der Fraktionskampf wird von rechts und links so geführt, daß die Aktionsfähigkeit schon heute beeinträchtigt, morgen vielleicht auf nicht absehbare Zeit zertrümmert wird. Eine geringe Zuspitzung genügt, um eine Parteikrise auszulösen. Eine heftige Parteidebatte würde in der heutigen Lage unsere Stellung vor der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und dem Proletariat verhängnisvoll erschüttern. Eine scharfe Parteipolemik in der Presse, stürmische Funktionärversammlungen und Bezirksparteitage genügen in diesem kritischen Augenblick, um – bei der geschickten Ausnutzung durch die Sozialdemokraten – unseren Vormars in den Betrieben zu verwirren. Die Fortsetzung des Fraktionskampfes in der Form, die er heute erreicht hat, muß sofort rücksichtslos verhindert werden.

3. Die Fraktionsbildung in der deutschen Partei hat eine längere Vorgeschichte; sie geht bis zum Heidelberger Parteitag zurück, wo ein großer Teil der Partei auf Levis Trennungslinie für falsch hielt. In den Auffassungen über die Taktik des Spartakusbundes im Kapp-Putsch, später vor und nach der Märzaktion, bei der Behandlung der Liquidatoren-Krise (Levi, dann Friesland), nach dem 3. Weltkongreß, auf dem Jenaer Parteitag, in der Sachwert-Diskussion, der Auffassung von der Einheitsfronttaktik, der Rathenau-Bewegung, der Auffassung über die Arbeiterregierung (Thesen der Mehrheit und Minderheit auf dem Leipziger Parteitag) bildete sich mehr und mehr eine Linke heraus, die in Opposition zur Taktik der Mehrheit stand. Bei jedem der erwähnten Anlässe zeigte sich die reale Gefahr opportunistischer Abweichungen. Die Partei stand in entscheidenden Situationen nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben. Die Rechtsabweichungen hatten ihre historisch objektiven Ursachen. Die aus der alten Sozialdemokratie im Kriege übernommenen opportunistischen Erbteile sowohl im Spartakusbund (Paul Lange, Levi, Friesland und Co.), als auch in der linken USP (Malzahn, Däumig, Geyer und Co.) wurden natürlich mit dem verspäteten, vorwiegend „disziplinarisch" begründeten Ausschluß der Leviten beider Garnituren politisch nicht restlos beseitigt. Zu den sozialdemokratischen Rückständen kam als zweiter hemmender Faktor der Einfluß der Müdigkeits- und Verzweiflungswelle, die nach der Märzaktion als dem Endpunkt der ersten Phase der Revolution

tief in das Proletariat und teilweise auch in unsere Partei eindrang. Die Niederlagen und Rückzüge der Jahre 19, 20 und 21 schufen den [229] Boden für die mangelhafte Anwendung der Taktik der Einheitsfront und die unvollkommene Ausnutzung der Bewegungen Ende 21 und 2 (Erzberger-Mord, Sachwert-Kampagne, Rathenau-Mord, sächsische Regierungsfrage).

Die Kritik der Linken war unter diesen Umständen für die Partei nützlich und notwendig. Sie jagte das Liquidatorentum aus der Partei, verhinderte ein Abgleiten in die Einheitsfronttaktik und trieb die Partei vorwärts. Die Linke kam nicht dazu, die Partei zu führen, ihre Haltung entscheidend zu beeinflussen. So wurde sie hauptsächlich durch das Band der Kritik zusammengehalten.

4. Mit der Unreife und Schwäche der Gesamtpartei litt auch die ideologische Festigung der Linken. Verschiedene Umstände trugen dazu bei: der personelle Bestand der Linken, die sich zum erheblichen Teil aus jüngeren Arbeiter- und Funktionärelementen zusammensetzt, leidet unter einem gewissen Mangel an Tradition und Erfahrung, der übrigens die Gesamtpartei belastete. Praktisch war die Linke an der Führung der Partei bisher nicht wesentlich beteiligt. Ideologisch hat sie die positive Seite ihrer Anschauungen zu wenig entwickelt.

5. Inzwischen hat sich die Lage außerhalb und innerhalb der Partei verändert. Die Tatsachen weisen darauf hin, daß die Versumpfung und Passivität des deutschen Proletariats einen Wendepunkt erreicht hat. Die ersten Anzeichen einer aufsteigenden Welle tauchen sowohl in Deutschland (Abwehrbewegung, Sachsen), als auch in der Internationale (Frankreich, Frankfurter Konferenz, Erfolge der Profintern) auf. Die rechten Gefahren sind in der deutschen Partei zweifellos weiter vorhanden, sie sind aber unter keinen Umständen stark und greifbar genug, heute eine Parteikrise zu rechtfertigen. Linke Gefahren im Sinne eines vorzeitigen Hineinstürzens in Kämpfe bestehen nicht.

D i e Gefahr ist heute die Zersetzung des Partei durch Ueberspitzung der Fraktionskämpfe. Die Verschärfung der Richtungskämpfe seit dem Parteitag ist eine reale Gefahr für die Partei geworden.

6. Die veränderte Situation stellt die Partei vor neue Ausgaben. Die Aufgabe der Linken ist jetzt nicht die bloße Kritisierung und Fraktionierung, sondern die praktische linke Durchdringung der Parteitätigkeit.

Diese wichtige Aufgabe führt, gleichzeitig mit dem absoluten Willen, jede Parteikrise unmöglich zu machen, zu einer Umgruppierung innerhalb der Linken und damit auch innerhalb der Gesamtpartei. Es hat sich gezeigt, daß in der Linken z w e i T e n d e n z e n bestehen.

7. Der einen Tendenz, einigermaßen formuliert im Artikel der Genossin Ruth Fischer in der „Inprekorr.“* und auf dem Essener Parteitag und in den Darlegungen des Genossen Maslow über die Entwicklung der Partei zur Sozialdemokratie, liegt folgende Auffassung zugrunde: die Perspektive des Klassenkampfes in der nächsten Zukunft ist die Müdigkeit, Verzweiflung und Versumpfung. Große revolutionäre Massenbewegungen sind nicht zu erwarten. Die außenpolitischen Konflikte werden auf dem Wege des Kuhhandels immer wieder hinausgeschoben. Die Kommunistische Partei wird daher immer weiter nach rechts gedrängt. Es beseht die reale Gefahr, daß sie zur SPD zurückkehrt. Die linken Elemente würden schließlich, um dies zu erreichen, von der Rechten aus der Partei herausgedrängt werden. Die Linke habe aber die Pflicht, auf den Hinauswurf der Rechten hinzuarbeiten. Der Fraktionskampf müsse, rücksichtlos geführt werden. Die Abwehrbewegung, die Bildung von Hundertschaften, wird demgemäß skeptisch betrachtet.

8. Diese Auffassung ist scharf abzulehnen. Die pessimistische Versumpfungsperspektive entspricht nicht der objektiven revolutionären Situation, sie ist völlig falsch und wirklichkeitsfremd. Sie führt in der Konsequenz unweigerlich zum Opportunismus. Sie droht, die Arbeiter, denen die Erfahrung tagtäglich das Gegenteil bestätigt, die die Vorbereitung zum Bürgerkrieg klar sehen, der Partei zu entfremden und teilweise zum Faschismus zu führen. Die Angst vor einer Entwicklung der KPD zur Sozialdemokratie entspringt dieser Auffassung. Sie ist geeignet, durch ihre parteitaktischen Konsequenzen das Vertrauen zur Partei zu untergraben und dadurch den Vorstoß der Bourgeoisie und der Faschisten gegen das Proletariat zu erleichtern. [230]

9. Die Gegensätze innerhalb der Linken über die Perspektiven der deutschen Revolution sind seit langer Zeit vorhanden. Sie wurden bisher nicht ausgetragen und kennten nicht geklärt werden, weil ihre praktischen Konsequenzen dadurch verschleiert wurden, daß die Partei keine ernsten Aktionen durchführte. Jetzt stehen wir in Sachsen, im Ruhrgebiet und zur Abwehr des Faschismus im ganzen Reich in Aktion, die zur Aufrollung des Bürgerkrieges führen kann. Jeder Versuch, eine Parteikrise zu entfesseln, muß mit allen Mitteln in der allerkürzesten Frist erstickt werden.

10. Was ist jetzt notwendig?

Notwendig ist die Liquidierung des Fraktionskampfes von rechts und links. Taktische Meinungsverschiedenheiten können natürlich nicht aus der Welt geschafft werden. Aber sie dürfen keinesfalls in fraktionsmäßiger Form zum Austrag kommen.

Darüber hinaus ist eine Reihe positiver praktischer Schritte auf politischem und organisatorischem Gebiet notwendig. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Partei, um die Vollendung ihrer Umstellung aus der sozialdemokratischen Vergangenheit, aus der Periode der Niederlage und Isolierung zur klaren kommunistischen Massenpartei, die den Willen zur Macht hat, ausspricht und verwirklicht.

Wenn die Linke ihre Kritik immer wieder gegen die „mangelnde Aktivität“ der Partei erhob (ohne sich selbst und die von ihr geleiteten Bezirke von dieser Kritik irgendwie auszunehmen), so ist sie sich der Schwierigkeit des Problems bewußt. Es besteht darin, daß die deutsche Partei in ihrem organisatorischem Aufbau, ihrer Propaganda (Presse) und ihrer Aktivität noch immer zu starke Anklänge an ihre Väter, die SPD und USP hat. Andererseits fehlen für den neuen Typus einer großen revolutionären Massenpartei in Deutschland die Traditionen und praktischen Erfahrungen. Die USP war zwar eine Massenpartei, jedoch keine revolutionäre. Der Spartakusbund war eine revolutionäre, aber keine Massenpartei. Die Partei muß sich selbst gleichsam aus dem Nichts schaffen. Als Lehrer dient ihr lediglich die russische Partei, deren theoretische und praktische Erfahrungen noch viel zu wenig Allgemeingut der KPD und ihrer Führung geworden sind.

11. Was muß politisch geschehen?

Der Kern unserer Taktik ist die Politik der proletarischen Einheitsfront. Die Partei muß jetzt erkennen und offen aussprechen, was schon seit einiger Zeit in ihrer tatsächlichen Politik zum Ausdruck kommt: Wir gehen in der Einheitsfronttaktik einen Schritt weiter als 1921 und 22. Die Einheitsfronttaktik bedeutete zu Beginn ihrer praktischen Anwendung nach der niedergeschlagenen Märzaktion die Durchbrechung der Isolierung, den Weg zu den breiten sozialdemokratischen und parteilosen Massen, von denen wir abgeschnitten waren. Heute ist die Lage eine andere. Die USP ist verschwunden. Der Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien ist nicht der von ihnen angekündigte Aufschwung, sondern die Krise des Reformismus in Deutschland gefolgt. Andererseits ist die Kraft der Kommunistischen Partei gegenüber dem Jahre 1921 gewaltig gewachsen.

Die Einheitsfronttaktik bedeutet in der heutigen Zeit nicht den bloßen Weg „zu den Massen“ (Formulierung des 3. Weltkongresses), sondern die Mobilisierung breiter, außerhalb der KPD stehender Massen für gemeinsame Kampfziele. Die Einheitsfronttaktik bedeutet heute Machtpolitik, nicht nur Entlarvung. Der Schwerpunkt der Einheitsfronttaktik liegt heute nicht in den Spitzenverhandlungen und Spitzenabmachungen, sondern im politischen und organisatorischen Aufbau der tatsächlichen Kampffront: Abwehrhundertschaften, Betriebsrätebewegung, Kontrollausschüsse, als Sammelziel: Arbeiterregierung.

12. Daraus ergibt sich die aktivere Rolle unserer Partei. Sie ist die treibende Kraft der Einheitsfront. Sie ist heute schon als Partei ein Anziehungspunkt für die vom Reformismus enttäuschten, sich von ihm loslösenden Arbeitermassen.

Der bisherige Mangel der Partei in dieser Situation ist, daß sie nicht genügend „ihr Gesicht zeigt“, d. h. in der breiten und starten Bewegung für die Einheitsfront nicht klar genug als Partei ihr Ziel,

die Machtergreifung der Arbeiterklasse, aufstellt. Die Fragestellung „Diktatur des Proletariats [231] oder Arbeiterregierung“ ist vollkommen falsch. Die Diktatur des Proletariats ist den nichtkommunistischen Massen im gegenwärtigen Augenblick nur dann verständlich, wenn ihnen als Schritt zur Macht die Arbeiterregierung gezeigt wird. Die Partei muß sagen, daß die Arbeiterregierung die Aufrollung der Machtfrage bedeutet. Sie muß in ihrer Propaganda, in ihrer Presse, in ihren Aktionen und Forderungen im Reich, in den Ländern, den Bezirken und Orten die Diktatur des Proletariats, die zwei Jahre lang in den Hintergrund trat und treten mußte, schärfer hervorkehren. Die muß den Willen zur Macht wecken. Sie muß damit in ihren eigenen Reihen beginnen. Unsere Organisationen erinnern häufig noch viel zu sehr an den sozialdemokratischen Typus, der sich in Aktionen für Einzelforderungen zersplittert und das Endziel nur in weiter Ferne leuchten läßt. Dieser Fehler ist der Schlüssel zur Unvollkommenheit unsrer vielen „Kampagnen“. Wir führen eine Teuerungskampagne, eine Sachwertkampagne, eine Steuerkampagne, eine Klassenjustizkampagne, eine Kontrollausschußkampagne, werden morgen eine Arbeitslosenkampagne usw. führen. Wir müssen alle diese Kampagnen nicht isoliert, sondern unter der Perspektive des Kampfes um die Macht führen. Das bedeutet nicht, „nur von der Diktatur zu reden“, sondern im Gegenteil ihre Notwendigkeit konkret an den unmittelbaren Nöten aufzuzeigen.

13. Klarheit muß auch in der Frage der demokratischen Illusionen geschaffen werden. Ohne Zweifel werden durch die politische Entwicklung in Deutschland die demokratischen Illusionen der Arbeiter nicht gestärkt, sondern von Ereignis zu Ereignis mehr zerstört. Im Zeichen des Faschismus, des drohenden Rechtsputsches, des militärischen Aufmarsches in Bayern, in Oberschlesien ist es psychologisch und politisch ein schwerer Fehler, den Akzent auf die demokratischen Illusionen zu legen. In einem Augenblick, wo Severing den Bürgerkrieg ankündigt, wo die bayrischen und mitteldeutschen Sozialdemokraten Selbstschutzorganisationen schaffen müssen, wirkt die Formel: „Wir sind die Demokraten in der Demokratie ohne Demokraten“ auf unsere Mitglieder verwirrend, auf die übrigen Arbeitet inhaltlos. Wir müssen vielmehr die Tatsache des latenten Bürgerkrieges offen feststellen, bei jedem neuen faschistischen Vorstoß die Ohnmacht und Beihilfe der bürgerlichen „Demokratie“ zu zeigen und die Notwendigkeit der Arbeiterregierung, der Diktatur, beweisen.

14. Zur Stärkung des Machtwillens ist es unerläßlich, daß die Partei die Rolle Sowjetrußlands als praktischen Sieg der Diktatur tief in die Massen trägt. Die neue Wirtschaftspolitik hat nach der Hungerkatastrophe, die im westeuropäischen Proletariat entmutigend wirkte, zum Wiederaufschwung der russischen Wirtschaft geführt. Diese Tatsache ist weder unseren Parteigenossen, noch den übrigen Arbeitern in ihrer ungeheuren Tragweite bekannt. Es besteht noch immer die Vorstellung des hungernden Rußlands, für das in den Betrieben mit der Sammelbüchse agitiert wurde. Es ist eine der dringendsten propagandistischen Aufgaben der Partei, die Machtstellung, und -stärkung Sowjetrußlands den Massen zum Bewußtsein zu bringen. Diese Propaganda kann ganz konkret geschehen. Sowjetrußlands wirtschaftliche, weltpolitische und militärische Festigung ist das Gegenstück zur Entwicklung in Deutschland (Ruhrkrise). Die Lebenshaltung des russischen Arbeiters verbessert sich, der Hunger des deutschen Arbeiters wird größer. Vernichtung der Konterrevolution in Sowjetrußland – Aufmarsch des Faschismus in Deutschland. Sowjetrußland ist heute ein großer Faktor für unsere konkrete Propaganda.

15. Eine wichtige Erscheinung ist es, daß seit der Ruhrbesetzung, und dem grausam deutlichen Versagen der Amsterdamer die Kommunistische Internationale bei den nichtkommunistischen Arbeitern Autorität gewinnt. Das beweist – trotz ungenügender Auswertung – die Frankfurter Konferenz und ihr Widerhall in unseren Kundgebungen, Versammlungen und Betriebsversammlungen. Die Ruhrkrise hat der Amsterdamer Internationale in Deutschland einen schweren Schlag versetzt. Wir haben seit langer Zeit zum ersten Mal die Möglichkeit, eine konkrete Kampagne für die Kommunistische Internationale zu führen. Die Solidaritätsaktion mit den französischen Kommunisten muß verstärkt fortgesetzt werden. Der Kampf gegen [232] den italienischen Faschismus muß mit der Abwehr der Deutschvölkischen verbunden werden.

16. Die Ruhrfrage (Ruhrkrise) rollt schärfer als jedes andere außenpolitische Ereignis seit Versailles die Frage der Revolution auf. Weltpolitisch bedeutet die Ruhrbesetzung die Steigerung

der imperialistischen Konflikte bis zur Kriegsgefahr, sei es die Fortsetzung des „passiven Widerstandes“, sei es ein nationalistischer Kriegsversuch, sei es der Stinnes-Vertrag, die Zerreißung, Unterjochung und Kolonisierung Deutschlands durch die imperialistischen Siegermächte. Die Voraussetzung für die Zurückschlagung des französischen Imperialismus ist die Uebernahme der Macht, die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland, entweder Machtergreifung durch das Proletariat oder Uebergang der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur. Das deutsche Proletariat hat in diesem Machtkampf zwei außenpolitische Stützpunkte: Sowjetrußland und die 3. Internationale (das französische Proletariat).

Die Sammlung und Führung der Massen zur Ergreifung und Ausübung der Macht ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die deutsche Revolution, verbündet mit Sowjetrußland, unterstützt von der 3. Internationale, gestützt auf die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse, kämpft gegen den französischen Imperialismus. Sie wird sich und ihre Errungenschaften mit allen, auch den Mitteln des revolutionären Krieges, verteidigen.

Die Sammelparole des gegenwärtigen Abschnitts ist die Arbeiterregierung. Während in Sachsen und Thüringen die Arbeiterregierung für die Länder bereits aufgerollt ist, wird sie mit der Ruhrbesetzung zur konkreten Forderung für das gesamte Reich. Sie ist die zentrale Losung des Kampfes gegen Cuno und Poincaré.

Die Partei hat es noch nicht verstanden, den Zwei-Fronten-Krieg praktisch zu führen. Sie muß mehr als bisher den schärfsten Kampf gegen Poincaré im Ruhrgebiet mit dem schärfsten Kampf gegen Cuno im Reich zusammenfassen. Im Ruhrgebiet ist das Ziel der Abzug der Besatzungstruppen und die Eroberung der Produktionsmittel und Rohstoffe für die deutsche Revolution, im Reiche das Ziel die Errichtung der Arbeiterregierung.

Die Aktion der Ruhrarbeiterschaft muß sich in folgender Richtung bewegen: 1. Demonstrationen und Aktionen gegen den französischen Imperialismus: Proteststreiks bei Betriebsbesetzungen und Ausschreitungen der Besatzungstruppen gegen Arbeiter; Verhinderung der Beschlagnahme und des Transportes von Kohlen: Verbrüderungsaktionen mit den französischen Truppen; schärfster Widerstand gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die französischen Generale (Knebelung der Arbeiterpresse, Verhaftung von Arbeiterführern, Verletzung des Streik- und Koalitionsrechtes, der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit). 2. der Kampf gegen den deutschen Faschismus: Verhinderung faschistischer Kundgebungen und Versammlungen: Zerschlagung der faschistischen Organisationen; planmäßige Vernichtung der faschistischen Zellen in den Betrieben; Unterdrückung nationalistischer Provokationsversuche und aktive Bekämpfung der nationalistischen Hetze; Ausbau und Aufmarsch der proletarischen Hundertschaften. 3. Verteidigung und Hebung der proletarischen Lebenshaltung im Kampf gegen beide Unterdrückergruppen: Forderung der Kontrolle und Selbstverteilung der „Ruhrhilfe“ durch die Betriebsräte und Kontrollausschüsse; Erkämpfung höherer Löhne und Arbeitslosensätze; Kampf für die 6-Stundenschicht der Bergarbeiter; Verteilung von Kohlen und Lebensmitteln (Ausbau der Kontrollausschuß-Bewegung).

Im Falle größerer französischer Betriebsbesetzungen müssen die Arbeiter mit dem Generalstreik antworten. Die Unterstützung der kämpfenden Arbeiterschaft des Ruhrgebiets ist der Kampf um die deutsche Arbeiterregierung. Die Kapitulation der deutschen Bourgeoisie muß von der Partei beantwortet werden mit der Losung: N i e d e r m i t d e n V e r h a n d l u n g e n B o u r g e o i s i e! Sie muß die proletarischen und werktätigen Massen zum Kampf für die revolutionäre Arbeiterregierung, die Regierung der revolutionären Abwehr des französischen Imperialismus aufrufen und die Ein-[233]heitsfront der Verschacherten gegen die landesverräterische Großbourgeoisie und ihre Regierung bilden.

Die Hervorkehrung der Kommunistischen Internationale als politischer Machtfaktor ist sowohl gegen den Sozialpatriotismus, als auch gegen die anti-internationalistische Hetzpropaganda der Hakenkreuzler eine Notwendigkeit.

17. Unsere Politik in Sachsen litt schwer an den gekennzeichneten Mängeln unserer Partei. Wir verstanden es nicht, in der Regierungsfrage unseren Gegensatz zur Sozialdemokratie klar genug herauszuschälen. Die seit Dezember 1920 bestehende sozialdemokratische Regierung in Sachsen wurde von und zu lange und fast bedingungslos unterstützt. Unsere Partei und Parlamentsfraktion tat nicht genug, um die arbeiterfeindliche Politik dieser Regierung zu entlarven. Es kam hinzu, daß infolge falscher Auffassungen der Einheitsfronttaktik eine opportunistische, rein parlamentarische Vorstellung der Arbeiterregierung sowohl in den Betriebszellen und Mitgliedschaften unserer Partei, als auch in führenden Körperschaften aufkam. In der sächsischen Politik trat eine gewisse Versumpfung ein. Unsere Partei stand vor den Arbeitern nicht mehr als aktiver Faktor da. Die Initiative lag bei den Sozialdemokraten statt bei uns. Hier setzte die Kritik der Linken ein. Sie verlangte eine aktive Politik in Sachsen. Daraufhin wurde die sozialdemokratische Regierung im Herbst 1922 durch die Kommunisten gestürzt. Auch bei der Neubildung der sozialdemokratischen Regierung machte die Kommunistische Partei Fehler. Ein Teil der Partei war bereit, ohne Betriebsrätekongreß eine „Arbeiterregierung“ zu bilden. Die Linke wandte sich auch hiergegen, erklärte aber zugleich, daß sie grundsätzlich die Losung der Arbeiterregierung in der gegenwärtigen Situation nicht nur nicht ablehnt, sondern als unentbehrlichen Kern unserer Taktik betrachtet.

Diese Auffassung ist heute richtiger denn je. Die Arbeiterregierung überhaupt anzulehnen, ist in der praktischen Auswirkung reiner Opportunismus. Das Kriterium der revolutionären Arbeiterregierung ist die Anteilnahme, die Bewegung und die Kontrolle breiter kampfbereiter Massen. Die wahrscheinliche Form dieser Kontrolle ist der Betriebsrätekongreß. Die Funktion der Arbeiterregierung ist die Schaffung proletarischer Machtpositionen, wie sie sich z. B. in den Hundertschaften schon heute entwickeln. Die nächste Konsequenz der revolutionären Arbeiterregierung ist die Weiterführung des Machtkampfes bis zur proletarischen Diktatur.

18. Diese Vorbedingungen für eine revolutionäre Arbeiterregierung sind heute in Deutschland, besonders in Mitteldeutschland, objektiv vorhanden. Die Partei hat in Sachsen seit dem Leipziger Parteitag im allgemeinen richtig gehandelt. Sie hätte die Forderung des Betriebsrätekongresses und der Bewaffnung schärfer und konsequenter hervorkehren und in der Presse noch selbstbewußter sprechen sollen. Aber es war in diesem Augenblick richtig und notwendig, die sozialdemokratische Minderheitsregierung gegen das Bürgertum und den Faschismus zustande kommen zu lassen, Die Partei muß auf dieser Linie fortschreiten. Es gilt, die sozialdemokratische Minderheitsregierung vorwärts zu treiben und scharf zu kontrollieren und damit die Gegensätze in der Sozialdemokratischen Partei zu verschärfen, die Abwehrbewegung zu forcieren und Konflikte mit der Bourgeoisie hervorzurufen. Aber die sozialdemokratische Minderheitsregierung kann sich nicht lange halten. Sie stößt sofort auf die Widersprüche des Klassenkampfes, ohne reale Machtpositionen der Arbeiterklasse zu schaffen. Die Partei muß daher bei jeder Gelegenheit die Frage der revolutionären Arbeiterregierung aufwerfen und aktiv weitertreiben. Sie muß alle übrigen Parteiorganisationen im Reich, besonders in den Großstädten und Industriegegenden, angesichts der drohenden Reichsexekutive zur Unterstützung der sächsischen Arbeiterschaft und damit der Erweiterung der Kampffront mobilisieren.

19. Vermochten wir in Sachsen noch nicht die Arbeiterregierung zu erreichen, so wurde mit der Zersetzung der sächsischen Sozialdemokratie (Dresdener Landesparteitag) ein großer Erfolg für die gesamte Partei errungen. Der Dresdener Beschluß für das Zusammen-[234]gehen mit den Kommunisten, das Fiasko des rechten Flügels, ist seit Jahren das größte sichtbare Zersetzungssymptom in der Sozialdemokratischen Partei. Hier wird praktisch die Frage beantwortet, ob die Sozialdemokratische Partei kämpfen kann oder nicht. Die Sozialdemokratische Partei, ihr offizieller Apparat, der mit dem bürgerlichen Klassenapparat verkoppelt ist, kann nicht kämpfen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen kämpfen. An diesem Widerspruch muß die Sozialdemokratische Partei zerschellen. Die Kommunistische Partei kann nicht zur Sozialdemokratie gehen, aber die sozialdemokratischen Arbeiter werden unter die Führung der Kommunistischen Partei kommen. Der Dresdener Beschluß bestätigt die Auffassung, daß die Einheitsfront sich ohne und gegen die sozialdemokratischen Führer durchsetzt.

20. Die politische Konstellation läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Zerbröckelung der Weimarer Demokratie nach rechts und links; organisierter Ansturm des Faschismus: außenpolitische Krise der Bourgeoisie; beginnende Zersetzung und politische Hilflosigkeit der Sozialdemokratie; erstes Wiedererwachen der Aktivität im Proletariat; starker politischer und allmählicher organisatorischer Aufstieg der Kommunistischen Partei.

Die politischen Aufgaben der Partei sind: Weckung des Willens zur Macht, scharfes Hervortreten als Partei; Hervorkehrung Sowjetrußlands und der Kommunistischen Internationale; Aktionen für die Arbeiterregierung als Weg zur Diktatur; Fortführung des Kampfes für die Landes-Arbeiterregierungen in Sachsen, Thüringen und anderen Einzelstaaten; Schaffung proletarischer Machtpositionen und organisatorischer Stützpunkte (Betriebsrätebewegung, Kontrollausschüsse); Fortführung der Einheitsfrontkampagne durch Bildung realer Plattformen zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern in den Betrieben, Orten, Bezirken, Ländern und im Reich (Betriebsrätekongresse, Abwehrausschüsse, Kontrollausschüsse, Arbeitslosenräte); Kampf für die Einheit der Gewerkschaften; gegen Aufhebung des Achtstundentages; gegen Steuerabzug, Brotwucher, für höhere Löhne, gegen Lohnabbau; Unterstützung des Kampfes der Arbeitslosen; für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte; Kampf gegen den Abbau der Sozialversicherung; für Unterstützung der Invaliden, Sozialrentner und der Mieterbewegung usw.; vor allem Schaffung, Stärkung, Durcharbeitung und Zusammenfassung der proletarischen Hundertschaften aus Kommunisten, Parteilosen und Sozialdemokraten zur Abwehr des Faschismus.

Berlin, 10. April 1923.

A. Ewert, Gerhart, H. Pfeiffer, Heinz Neumann.

*

Die Konzentration der Partei.

Von Heinz Neumann.

Unsere Parteigeschichte ist um zwei wichtige Ereignisse reicher. Am 25. März tagte der Ruhrparteitag, der die gefahrvolle Zuspitzung der parteitaktischen Gegensätze seit Leipzig grell aufzeigte. Es ist zwecklos und verwirrend, die Schuldfrage zu stellen. Entscheidend für die Partei ist, daß auf dem Ruhrparteitag die beiden Richtungen der Partei wie Feinde aufeinanderprallten. Inmitten des Zweifrontenkrieges, des Faschistenaufmarsches und der Illegalitätsdrohungen, inmitten der ersten Zersetzungserscheinungen in der Sozialdemokratie, der wachsenden Erfolge in Betrieben und Gewerkschaften, kurz: in der aussichtsreichsten und zugleich kritischsten Situation drohte die Kommunistische Partei Deutschlands durch die taktischen Gegensätze von innen zerrissen und gelähmt zu werden.

[235] Vom 5. bis 7. April tagte die Verständigungskommission zwischen der Zentrale und der Opposition. Sie konnte die schweren, in und nach Leipzig aufgehäuften Hemmnisse nicht mit einem Schritt aus dem Wege räumen. Sie konnte die taktischen Differenzen nicht mit einem Schlag beseitigen. Aber sie gab der gesamten Partei – und dies ist ihre mehr als alltägliche Bedeutung – das Signal zur größtmöglichen Einstellung des Fraktionskampfes, zur Zusammenreißung aller Kräfte.

Selbstverständlich ist diese Konzentration der Partei mehr als eine Frage der Moral oder der Disziplin. Sie ist ein praktisches Gebot, eine politische Aufgabe, Sie ist notwendig und möglich. Daß die Konzentration der Partei – ohne Rücksicht auf alle taktischen Gegensätze – eine absolute, sofortige, unerbittliche Notwendigkeit ist, sieht jeder kommunistische Arbeiter, der sich die politische Lage im gegenwärtigen Augenblick klar macht. Die Zersetzung der Sozialdemokratie wird zur verzweifelten Indifferenz oder zur aktiven Sammlung nach links führen – je nach der Kraft und Geschlossenheit der KPD. Aber es handelt sich um mehr als die VSPD. Die gesamte Weimarer Demokratie, die gesamten Mittelschichten, weite Arbeiterschichten beginnen wie noch nie seit Jahren zu wanken. Der deutsche Faschismus tritt frech und offen auf. Ob der Faschismus zum Sieg der Konterrevolution wird, oder ob er umgekehrt wider seinen Willen die Abwehraktion des Proletariats steigert, also die revolutionären Kräfte entfaltet, das hängt im wesentlichen vom Bestehen eines Machtfak-

tors, einer organisierenden und führenden Kraft innerhalb der Arbeiterklasse, einer konzentrischen, schlagfähigen Kommunistischen Partei ab. Der beste Kommunist ist machtlos im Betrieb, wenn der „Vorwärts“ und die Gewerkschaftsblätter ihm täglich den Fraktionskampf der KPD um die Ohren schlagen können. Und kleine, aktive Betriebsfraktionen erobern heute das Vertrauen von Hunderten und Tausenden, wenn die Partei geschlossen dasteht. Die Konzentration der Partei ist aber nicht nur allgemein notwendig, sondern heute möglich. Die taktischen Gegensätze sind nicht im entferntesten groß genug, die Richtungen bei weitem nicht klar genug, um den Streit so weiter zu treiben, wie er bisher von beiden Seiten geführt wurde.

Gibt es in der Partei eine geklärte Linke? Nein. Es gibt eine linke Strömung, die seit den letzten Jahren in der Bekämpfung opportunistischer Gefahren in Heidelberg, im Kapp-Pusch, der Levi-Krise, der Sachwert-Kampagne, der Rathenau-Bewegung hervorgewachsen ist. Viele Grundfragen sind in ihren Reihen noch ungeklärt. In der Linken gibt es eine Gruppe, die eine vollkommen opportunistische, ja levitische Perspektive hat. Einige revolutionäre Skeptiker vermögen nichts als Verzweiflung und Müdigkeit ringsum zu erblicken und vergleichen, wie Genosse Maslow, die heutige Situation in Deutschland mit der Lage Rußlands nach dem Sieg der Konterrevolution im Jahre 1906.

Nun ist die Perspektive für Marxisten keine Luxussache, sondern das Ergebnis der realen Einschätzung einer konkreten Situation. Auch in anderen Grundfragen besteht Unklarheit. Einige Genossen halten es für möglich, daß die unbestreitbar vorhandenen opportunistischen Tendenzen in unserer Partei stark genug sein können, um die Partei zu liquidieren, sie ins Lager der SPD zu führen. Diese Möglichkeit anzunehmen, bedeutet über die Rolle der Kommunistischen Partei, über das ABC des Kommunismus, unklar zu sein. Die Linke ist ungeklärt, weil sie bisher vorwiegend durch das Band der Kritik zusammen-[236]gehalten wurde. Sie kam noch nicht dazu, ihre p o s i t i v e Rolle in der Partei zu erfüllen. D a s i s t j e t z t i h r e A u f g a b e.

Gibt es eine ausgeprägte Rechte in der Partei? Nein. Es gibt rechte Fehler, opportunistische Einzelauffassungen und Abweichungen. Aber wo ist die politische Linie einer greifbaren Rechte? Wo sind ihre konkreten Forderungen wie zu Zeiten Levis und Frieslands? Sie sind nicht vorhanden.

Der Fraktionskampf in seiner heutigen zugespitzten Form, wie sie durch das Vorgehen der Mehrheit in Leipzig und durch das Auftreten beider Seiten in Essen zum Ausdruck kam, entbehrt jeder objektiven Grundlage. Er kann und muß liquidiert werden. Die taktischen Gegensätze können ohne Machtkampf ausgetragen werden. Die vorwärtsdrängenden linken Tendenzen können praktisch mit der Mehrheit zusammenarbeiten. Den Weg dazu öffnete die Verständigungskonferenz vom 5. bis 7. April. Ihr Resultat findet sich in der einstimmig angenommenen Plattform, in der es heißt:

„Die Opposition und die Parteimehrheit verpflichten sich, ihrerseits alle Elemente, die diese Zusammenarbeit stören, mit allen Mitteln, die notwendig sind, an dieser Tätigkeit zu hindern.“

Es wurden gemeinsame Kommissionen der Mehrheit und Minderheit eingesetzt, die zu den wichtigsten politischen Streitfragen Stellung nehmen werden.

Uns scheint, der Umgruppierungsprozeß, der sich jetzt anbahnt, hat parteigeschichtliche Bedeutung. In der Konzentration der Kommunistischen Partei spiegelt sich die Aktivisierung der breiten Massen, der allmähliche Wiederaufstieg der revolutionären Kräfte wider.

Die Festigung im Innern erfordert eine Stärkung unserer Politik nach außen. Die erste Etappe der Einheitsfronttaktik ist vorüber. Die Politik der Einheitsfront bedeutet für unsere Partei heute nicht mehr Durchbrechung der Isolierung, Propaganda, Entlarvung. Sie bedeutet heute M a c h t p o l i t i k. Die Partei begeht große Fehler, die von der Linken offen kritisiert wurden, Aber sie stand niemals seit 1919 so kräftig wie heute da. Sie ist nicht nur zahlenmäßig gewachsen, sondern ihr Kerntrupp an bewußten, taktisch denkenden, arbeitenden Mitgliedern und Funktionären in Betrieb, Gewerkschaft und Bezirk ist größer als je zuvor. Die liquidatorischen Tendenzen liegen nicht innerhalb, sondern außerhalb der Führung der Partei. Die große Linie unserer Politik ist kommunistisch. Was die Linke in Leipzig bekämpfte, war nicht eine unkommunistische, sondern eine nicht genügend

aktive kommunistische Politik. Wer heute die Politik der Partei als liquidatorisch bezeichnet, wer ihre Gesamtlinie für sozialdemokratisch hält, verhindert die Konzentration der Partei.

Die Aufgabe der Linken ist es, mit solchen Abweichungen politisch Schluß zu machen. Sie ist in ihrer Mehrheit in Berlin und im Reich gewillt, alle Kräfte in den Dienst der geschlossenen kommunistischen Machtpolitik zu stellen. [237]

*

Ueber den Otsowismus und den Ultimatismus.

(Resolution der Konferenz der erweiterten Redaktion des „Proletarier“[*)] im Juni 1909 in Paris.)

Vorbemerkung.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß gewisse Stimmungen in unserer Partei nichts anderes bedeuten, als ein Ausleben auf deutschem Boden und demnach unter wesentlich anderen Bedingungen jener Richtung, die man in Rußland als Otsowismus bezeichnete. Die Veröffentlichung einer Resolution, die offenbar aus der Hand Lenin stammt und die Stellung der Bolschewiki zum Otsowismus formuliert, mag deshalb ein Interesse für die deutsche Parteiöffentlichkeit beanspruchen.

Einige flüchtige Bemerkungen mögen die historische Bedeutung dieses Dokuments auch für unsere Parteidiskussion erläutern.

Der Otsowismus entstand nach dem Staatsstreich vom 3. bis 16. Juni 1907, der das allgemeine Wahlrecht für die Duma aufhob und damit auch formell den Sieg der Gegenrevolution festlegte. Der Otsowismus stellte nunmehr die Lösung des Boykotts dieser Duma auf und berief sich dabei auf den Boykott der Bulyginschen Ersten Duma in den Jahren der ersten russischen Revolution. Neben dieser offen antiparlamentarischen Richtung trat der sogenannte Ultimatismus auf, der versuchte, die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Duma auf ein einmaliges Ultimatum zu beschränken.

Die Richtung drohte die gesamte Arbeit der Sozialdemokratie, die diese unter den Bedingungen der Gegenrevolution leistete, lahmzulegen. Boykottierte man einmal die Duma, so verzichtete man auf ein wichtiges Mittel, breite Massen zu beeinflussen und um die Fahnen der Sozialdemokratie zu sammeln. Noch mehr. Ein Schritt abseits vom richtigen Weg des Marxismus genügt, um sich vollkommen in dem Gestrüpp kleinbürgerlicher Ideologie zu verirren. Die Logik der Dinge zwang die Otsowisten, eine besondere Theorie zusammenzubrauen, um den Dumaboykott zu rechtfertigen. Hielt man in der Epoche der Gegenrevolution fest an den Losungen der Revolutionsjahre, so mußte an Stelle der praktischen revolutionären Arbeit die blutleere revolutionäre Phrase treten; die Revolution selbst war im Spiegel dieser Auffassung nicht mehr Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht mehr Ziel und Resultat der Tätigkeit der Partei, sondern der große Kladderadatsch aller Anarchisten und Opportunisten, der stets erwartet wird, der immer eintreten kann und der deshalb auch nie kommt. Die Versuche, die Massen auf dem Boden ihrer täglichen Nöte zu sammeln, alle legalen Möglichkeiten auszunützen, um sie zu Stützpunkten des Einflusses der Partei zu machen, mit einem Worte, die gesamte praktische Arbeit der Partei wurde folgerichtig von den Otsowisten negiert. In dieser Negation der Rolle der Partei begegneten sie sich mit den menschewistischen Liquidatoren, denen der Sieg der Gegenrevolution so in die Knochen gefahren war, daß sie die ganze Aktivität der Arbeiterschaft auf Reformtätigkeit im Rahmen der Legalität des schändlichen Stolypinschen Galgenregimes beschränken wollten und der illegalen Partei das Existenzrecht aberkannten.

[238] Die Resolution der Bolschewiki deckt die Wurzeln des Otsowismus auf. Er wächst heraus aus der Stimmung der Arbeiter, die sich den Bedingungen der rückläufigen Welle der Revolution nicht anpassen wollen. Er drückt eine Stimmung der Passivität und der Indifferenz aus. Er erleichtert nur den menschewistischen Liquidatoren (die in der Resolution als rechter Flügel der Partei bezeichnet werden) ihre Politik des Bündnisses mit der liberalen Bourgeoisie.

Unsere deutsche Parteiopposition wehrt sich sehr entschieden dagegen, als otsowistisch bezeichnet zu werden. Freilich, sie ist nicht antiparlamentarisch. Aber das ist nicht entscheidend. Das Verhältnis zur Duma gab nur den äußeren Anlaß zur Herausbildung des Otsowismus als besonderer Richtung der russischen Arbeiterbewegung. Bei der Frage der Ausnützung der legalen Möglichkeiten, unter denen die Duma an erster Stelle stand, schieden sich damals die revolutionären Marxisten, die die Massen auf Grund des Kampfes für Tagesforderungen sammeln wollten, von denen, die unter dem Deckmantel der revolutionären Phrase die Partei in eine hoffnungslose Isolierung führen wollten. In Deutschland entscheidet bei der Taktik der Einheitsfront, ob die Partei fähig ist, an die demokratischen Illusionen der Massen der Arbeiter anzuknüpfen, die Zersetzung in die Reihen der SPD hineinzutragen, den Machtkampf mit Hilfe der Losung der Arbeiterregierung zu organisieren. Hier finden wir bei uns Stimmungen, die den Geist des Otsowismus atmen. Die Versuche, die Arbeiterregierang mit der Diktatur des Proletariats in denselben Topf zu werfen, die Verklausulierungen der Einheitsfronttaktik, etwa als bloßes Manöver, oder als „Einheitsfont ausschließlich von unten nach oben“, was an Anarchismus anklingt, ist das nicht dasselbe, was wir bei den Otsowisten sahen: die Ablehnung, auf der Grundlage der gegebenen Verhältnisse die Massen zu sammeln, und die revolutionäre Phrase als Selbstzweck? War der Otsowismus nur die Umkehrung der konstitutionellen Illusionen der Menschewiki, so ist bei uns die Opposition nur zu oft die Um-

[*)] Organ der bolschewistischen Fraktion der SDAPR, in den Jahren nach 1907.

kehrung der demokratischen Illusionen der SPD, stellt sie doch ihre Bekämpfung als aussichtslos dar: der Versuch, an diese Illusionen anzuknüpfen, um die Bewegung über sie hinauszuführen, ist für unsere Opposition nur ein Zeichen des Opportunismus.

Sehr wichtig sind die Ausführungen der bolschewistischen Resolution über den sogenannten Ultimatismus. Er wird als versteckter Otsowismus gekennzeichnet, der lange Schulungsarbeit durch ein sofortiges Ultimatum ersetzen will. Wir erinnern an die Stimmen in unserer Partei, die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen nur zu dem Zweck sehen wollten, um sie möglichst bald abzubrechen, und die neulich auch in der sächsischen Frage auf ein Ultimatum an die SPD drangen.

Auch sonst wird das von uns veröffentlichte Dokument manche Anregung bringen. So besonders, wenn die theoretischen Vertreter der Otsowisten gekennzeichnet werden als nichtproletarische Elemente, die in der Revolution zur Partei gekommen sind, angezogen durch den Kampf um die Macht, die aber die Verbindung dieses Machtkampfes mit dem gesamten Klassenkampf, den das Proletariat auf allen Gebieten gegen die Bourgeoisie führt, nicht begreifen können. Wir glauben, daß das Studium der Erfahrungen der Bolschewiki unseren Genossen die Orientierung erleichtern wird. P.

*

Die von dem revolutionären Flügel unserer Partei aufgestellte Losung des Boykotts der Bulyginschen und der Ersten Duma hat zu jener Zeit eine große Rolle gespielt und die aktivsten und revolutionärsten Schichten der Arbeiterklasse mit sich gerissen.

Der unmittelbare revolutionäre Kampf der breiten Massen wurde bald darauf durch eine schwere Zeit der Gegenrevolution abgelöst; für die Sozialdemokratie wurde es notwendig, ihre revolutionäre Taktik [239] dieser neuen politischen Situation anzupassen, und in Verbindung damit wurde die Ausnutzung der Parlamentstribüne zur Unterstützung der sozialdemokratischen Agitation und Organisation eine im hohen Maße wichtige Aufgabe.

Ein Teil der Arbeiter, die am unmittelbaren revolutionären Kampf teilgenommen hatten, konnte aber bei dieser schnellen Wendung der Dinge nicht sofort zur Anwendung der revolutionär-sozialdemokratischen Taktik unter den neuen Bedingungen der Gegenrevolution übergehen und blieb bei der bloßen Wiederholung von Losungen stehen, die in der Epoche des offenen Bürgerkrieges revolutionär gewesen waren, aber jetzt bei ihrer bloßen Wiederholung den Prozeß des Zusammenschlusses des Proletariats unter den neuen Kampfbedingungen hemmen konnten.

Andererseits entstand auf dem Boden dieser schweren Umwälzung, in der Atmosphäre des Rückgangs des revolutionären Kampfes, der Apathie und Ratlosigkeit sogar bei einem Teile der Arbeiterklasse, in der Periode der Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und ihrer ungenügenden Stärke zum Widerstand gegen die zersetzenden Einflüsse ein Indifferentismus zum politischen Kampf überhaupt und eine besonders starke Gleichgültigkeit der Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie gegenüber.

Unter diesen Schichten des Proletariats konnte unter diesen Bedingungen der sogen. Otsowismus und Ultimatismus einen vorübergehenden Erfolg erringen.

Die Tätigkeit der Dritten Duma, die offen das Elend der Arbeiter verspottet, verstärkt die otsowistische Stimmung unter diesen Arbeiterkreisen, die infolge ihrer ungenügenden sozialdemokratischen Erziehung noch nicht fähig sind, den Umstand zu begreifen, daß eben diese Tätigkeit der Dritten Duma der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, diese Vertretung der Ausbeuterklassen auszunutzen, um den breiten Massen des Volkes den wahren Charakter des Absolutismus und aller gegenrevolutionären Kräfte und auch die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes aufzuzeigen.

Die otsowistische Stimmung unter diesen Teilen der Arbeiter wurde auch genährt durch jene sehr ernsten Fehler, die von der sozialdemokratischen Dumafraktion besonders im ersten Jahr ihrer Tätigkeit gemacht worden sind.

Die bolschewistische Fraktion erkennt an, daß die otsowistische Stimmung eine negative Bedeutung für die sozialistische und revolutionäre Schulung der Arbeiterklasse hat, und hält es für notwendig:

a) Unter diesen Schichten der Arbeiter eine andauernde Arbeit der sozialdemokratischen Erziehung und Organisation zu leisten, systematisch und beharrlich die ganze politische Unfruchtbarkeit des

Otsowismus und Ultimatismus und die wirkliche Bedeutung des sozialdemokratischen Parlamentarismus und die Rolle der Parlamentstribüne für die Sozialdemokratie in der Epoche der Konterrevolution aufzuzeigen.

b) Was die sozialdemokratische Dumafraktion und die Tätigkeit in der Duma überhaupt anbetrifft, eine enge Verbindung zwischen der Dumafraktion und den vorgeschrittenen Arbeitern herzustellen, ihr eine allseitige Hilfe zu leisten, eine organisierte Kontrolle und einen organisierten Druck der Gesamtpartei auf sie auszuüben und u. a. auf dem Wege der offenen Aufzeigung ihrer Fehler die tatsächliche Leitung der Tätigkeit der Fraktion als eines Parteiorganes durch die Partei zu verwirklichen und überhaupt die Resolution der legten allgemeinen [240] Parteikonferenz über diese Dinge durch die Bolschewiki durchzuführen, denn nur die verstärkte Aufmerksamkeit der Arbeiterkreise der Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion gegenüber, und ihr organisierter Anteil an der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Duma vermag wirklich die Taktik in der Dumafraktion zurechtzubiegen.

c) Gegen den rechten Flügel der Partei, der die Dumafraktion auf einen Weg führen will, der dem Parteiinteresse widerspricht und sie dadurch von der proletarischen Vorhut trennt, einen systematischen unerbittlichen Kampf zu führen und diese für die Partei verderbliche Taktik zu enthüllen.

*

Im Laufe der bürgerlich-demokratischen Revolution stieß zu unserer Partei eine Reihe von Elementen, die nicht durch ihr rein proletarisches Programm, sondern vornehmlich durch ihren grellen und energischen Kampf für die Demokratie angezogen wurden und die die revolutionär-demokratischen Losungen der proletarischen Partei aufnahmen, ohne deren Zusammenhang mit dem Gesamtkampf des sozialistischen Proletariats zu erkennen.

Solche Elemente, die die proletarische Betrachtungsweise ungenügend beherrschen, erwiesen sich auch in den Reihen unserer bolschewistischen Fraktion. Auf dem Boden der Gegenrevolution zeigen diese Elemente immer mehr ihre ungenügende sozialdemokratische Schulung und stellen sich immer mehr in einen schroffen Widerspruch zu den Grundlagen der revolutionär-sozialdemokratischen Taktik, indem sie in dem letzten Jahr eine Strömung schufen, die versuchte, der Theorie des Otsowismus und Ultimatismus eine Form zu geben, in der Tat aber nur die falschen Vorstellungen vom sozialdemokratischen Parlamentarismus und der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Duma zum Prinzip machte und vertiefte.

Diese Versuche, aus der otsowistischen Stimmung ein ganzes System otsowistischer Politik zu schaffen, führen zu einer Theorie, die ihrem Wesen nach die Ideologie des politischen Indifferentismus einerseits und der anarchistischen Abirrungen andererseits ausdrückt. Bei all ihrer revolutionären Phraseologie ist die Theorie des Otsowismus und Ultimatismus in Wirklichkeit in bedeutendem Maße die Umkehrung der konstitutionellen Illusionen, die verbunden sind mit der Hoffnung, daß die Duma diese oder andere der täglichen Forderungen des Volkes erfüllen könnte und verfälscht ihrem Wesen nach die proletarische Ideologie durch kleinbürgerliche Tendenzen.

Einen nicht geringeren Schaden als der offene Otsowismus fügt auch der sogenannte Ultimatismus der Sache der Sozialdemokratie zu (d. h. jene Strömung, die prinzipiell die Ausnützung der Tribüne der Dritten Duma ablehnt oder versucht, durch taktische Gesichtspunkte die Ablehnung der Erfüllung dieser Pflicht zu rechtfertigen und, indem sie die Abberufung der sozialdemokratischen Dumafraktion fordert, die langwierige Arbeit der Schulung der Dumafraktion ersetzt dadurch, daß man ihr ein sofortiges Ultimatum stellt). Der politische Ultimatismus unterscheidet sich gegenwärtig in nichts von dem Otsowismus und schafft nur noch größere Konfusion und Zerrüttung durch den versteckten Charakter seines Otsowismus. Die Versuche des Ultimatismus, seine unmittelbare Verbindung mit dem Boykottismus herzustellen, der von unserer Fraktion in einem bestimmten Moment der Revolution ausgeübt worden ist, verdreht nur den wirklichen Sinn [241] und Charakter des von der ungeheuren Mehrheit unserer Partei richtig angewandten Boykotts der Bulyginschen und der Ersten Duma. Durch ihre Versuche, aus der Anwendung des Parlamentsboykotts in einzel-

nen Fällen, in diesem oder im anderen Moment der Revolution, eine Linie des Boykotts als des hervorstechendsten Merkmals der Taktik des Bolschewismus auch in der Periode der Gegenrevolution herzuleiten, zeigen der Ultimatismus und der Otsowismus, daß diese Strömungen ihrem Wesen nach die Umkehrung des Menschewismus sind, der die Teilnahme an allen Parlamenten ohne Unterschied unabhängig von der gegebenen Etappe in der Entwicklung der Revolution, unabhängig von dem Vorhandensein oder dem Fehlen eines revolutionären Aufschwungs fordert.

Alle Versuche, die der Otsowismus und der Ultimatismus bisher gemacht haben, um ihre Theorie prinzipiell zu begründen, führen unvermeidlich zur Ablehnung der Grundlagen des revolutionären Marxismus. Die von ihm vorgeschlagene Taktik führt unvermeidlich zum vollkommenen Bruch mit der den gegenwärtigen russischen Bedingungen angepaßten Taktik des linken Flügels der internationalen Sozialdemokratie und führt zu anarchistischen Abirrungen.

Die otsowistisch-ultimatistische Organisation hat der Arbeiterbewegung und der Tätigkeit der Sozialdemokratie bereits unzweifelhaften Schaden zugefügt. Bei ihrer weiteren Fortführung kann sie zu einer Drohung gegen die Einheit der Partei werden, denn diese Agitation hat schon zu solchen absonderlichen Erscheinungen geführt, wie zu einer Vereinigung der Otsowisten und Sozialrevolutionäre in Petersburg, zur Durchführung des Boykotts der Unterstützung der Vertretung unserer Partei in der Duma, sowie zu einigen öffentlichen Kundgebungen vor Arbeitern in Gemeinschaft mit erklärten Syndikalisten.

Angesichts alles diesen erklärt die erweiterte Redaktion des „Proletarier“, daß der Bolschewismus als bestimmte Richtung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands nichts mit dem Otsowismus und Ultimatismus gemein hat und daß die bolschewistische Fraktion den entschiedensten Kampf mit diesen Abweichungen vom Wege des revolutionären Marxismus führen muß. [242]

*

1914 und 1923.

Noch einmal zu unserer Taktik im Ruhrkrieg.

Von A. Thalheimer.

Die an leitender Stelle dieser Zeitschrift vertretene Auffassung über die in Deutschland von der Kommunistischen Partei einzuhaltende Taktik im Ruhrkrieg hat Widerspruch gesunden. Der Aufsatz des Genossen Sommer in der vorigen Nummer der „Internationale“, der uns von der Frankfurter Bezirksleitung mit der Bemerkung zugeschickt wurde, daß er die von ihr vertretenen Auffassungen ausdrücke, formuliert diesen Widerspruch in scharf zugespitzter, wenn auch nicht zu Ende gedachter Form. Diese scharfe Zuspitzung kann uns nur lieb sein, sie erleichtert die Klärung. In ungefähr denselben Gedankengängen bewegt sich ein Artikel des Genossen Neurath (Tschechoslowakei), der sich betitelt „Eine verdächtige Argumentation“, und in Nr. 81 unseres Reichenberger Parteiblatts „Vorwärts“ vom 7. April abgedruckt ist.[*)]

Die Kommunistische Partei Deutschlands wie die Kommunistische Internationale haben sich praktisch im Sinne der hier vertretenen Taktik entschieden. Trotzdem ist die theoretische Klärung der Frage keine bloße Haarspalterei. Ohne die vollständige theoretische Klarheit wird unserer Praxis die Sicherheit fehlen. Tatsächlich haben bereits Skrupel von der Art, wie Sommer sie hat, zu schweren praktischen Fehlern geführt, so vor allem beim Essener Blutbad.

Das taktische Problem, um das es geht, reicht weit über den im Gang befindlichen Ruhrkrieg hinaus. Es umfaßt die Stellung der kommunistischen Parteien in den im letzten Weltkrieg besiegten kapitalistischen Ländern im Kampf gegen imperialistische Vergewaltigung überhaupt. Es ist das unbedingt eine der zentralen Fragen unserer internationalen kommunistischen Partei in diesen Ländern. Die richtige oder falsche Einstellung zu ihr entscheidet über das Schicksal der kommunistischen Bewegung und damit der proletarischen Revolution in diesen Län-

[*)] Es beruht wohl nur auf einem Versehen, daß der Artikel der Redaktion der „Internationale“ nicht zugegangen ist.

dern. Denn sie ist die Schicksalsfrage der großen Volksmasse, der Arbeiterklasse und des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums.

Dies nicht sehen, hieße blind sein.

Die tatsächliche Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands entspricht, wie gesagt, der hier vertretenen taktischen Linie. Der Notwendigkeit dieser Linie hat sich niemand, haben sich auch die verschiedenen oppositionellen Strömungen in der Partei praktisch nicht entziehen können. Was fehlt, ist der Mut, die Dinge konsequent zu Ende zu denken, sich klare Rechenschaft zu geben, daß die Lage von 1923 nicht die Lage von 1914 ist, und daß folgerichtig [243] unsere Taktik nicht dieselbe sein kann. Es hätte unsere Kritiker mindestens stutzig machen müssen, die tatsächlich verschiedene Taktik des Jahres 1923 vom Gesichtswinkel der Lage von 1914/18 zu beurteilen. Marxistisch ist das jedenfalls nicht, denn es ist einer der ersten Grundsätze marxistischer Politik, die jeweilige konkrete geschichtliche Lage zum Ausgangspunkt zu nehmen. Das gilt vor allem vom Krieg in jeglicher Gestalt. Wie hat Mehring das immer wieder gegenüber der historischen Falschmünzerei der Sozialchauvinisten und Sozialpazifisten im Krieg 1914/18 betont! Vor lauter Furcht, in die Spuren des Sozialchauvinismus oder Sozialpazifismus zu geraten, fallen unsere Kritiker gerade in die Grube, die sie vermeiden wollten. Was sich zwischen 1914 und 1923 geändert hat, sind nicht unsere Grundsätze, sondern die tatsächliche Lage, auf die sie anzuwenden sind. Der für einen Marxisten unverzeihliche Grundfehler unserer Kritiker besteht eben darin, daß sie von der kolossalen Veränderung der tatsächlichen Weltlage zwischen 1914/18 und 1923 theoretisch absehen. Praktisch kann das natürlich kein Politiker, der ernst genommen werden will.

Fassen wir kurz noch einmal die taktische Auffassung zusammen, die der Aktion der Kommunistischen Partei in Deutschland zugrunde liegt. Sie ist eine Zweifrontentaktik, gleichzeitig Kampf gegen die französische imperialistische Invasion wie gegen die deutsche Bourgeoisie. In beiden Richtungen des Kampfes sucht die Kommunistische Partei die Führung der Arbeiterklasse zu gewinnen. Der tatsächliche Ausgangspunkt ist, daß die Arbeiterklasse zunächst unter Führung der Bourgeoisie (vermittelst der Zwischenglieder der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften) den Kampf gegen den französischen Imperialismus führt. Die bürgerliche Führung soll überwunden werden, indem die Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung den äußeren Feind schlägt oder mattsetzt, den die Bourgeoisie nicht schlagen kann und nicht schlagen will.

Von zweien nur eins: entweder hat die deutsche Arbeiterklasse heute den Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus zu führen, so kann das nur geschehen, wenn dieser Abwehrkampf objektiv ein revolutionäres Ziel ist. Oder er ist kein revolutionäres Ziel, dann hat sie ihn, von sich aus, weder in zweiter oder dritter Linie zu führen, sondern überhaupt nicht, dann ist er ihr entweder gleichgültig oder sie muß ihn bekämpfen. Diesem Dilemma ist nicht auszuweichen. Man muß schon den Mut haben, es zu Ende zu denken. Wenn unsere Kritiker davon reden, daß diese Abwehr in zweiter Linie komme, oder daß man keine „Illusionen“ dabei haben dürfe, so ist das ein unzulässiges Ausweichen vor der notwendigen Konsequenz.

Was folgt daraus für die Rolle der deutschen Bourgeoisie, soweit sie den Abwehrkampf führt? Nun, daß sie insoweit eine objektiv revolutionäre Rolle ausübt. Der Kampf gegen den französischen Imperialismus ist in der gegebenen Situation eben objektiv revolutionär. Also Burgfrieden mit der Bourgeoisie? Genosse Neurath rollt diese Perspektive auf. Das wäre selbst dann nicht möglich, wenn die deutsche Bourgeoisie den Kampf gegen den französischen Imperialismus ernsthaft durchfechten wollte. Es fände dann eine zeitweilige Parallelität des Kampfes der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie statt, wobei aber das Proletariat unter allen Umständen seine selbständige Klassenpolitik zu treiben hätte (Beispiel der deutsch-französische Krieg 1870/71 auf deutscher Seite bis Sedan).

[244] Wer weist diese revolutionäre Aufgabe der deutschen Bourgeoisie zu? Unsere Kritiker scheinen zu glauben, daß wir, die „nationalbolschewistisch“ angekränkelten Kommunisten, diese Absicht haben. Ach nein, das geschieht sehr wider unseren Willen durch die Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie heute an der Macht ist und die deutsche Arbeiterklasse unseres Wissens nicht.

Aber, und dies ist ja der Angelpunkt unserer Taktik, die Bourgeoisie muß als reaktionäre Klasse diese Aufgabe v e r r a t e n. Als reaktionäre Klasse kann sie die revolutionären Mittel nicht anwenden. die allein diese Aufgabe lösen könnten. Das kann nur noch die revolutionäre Klasse, das Proletariat. Der Widerspruch zwischen der Aufgabe, vor die die Bourgeoisie gestellt ist, die sie aber nicht erfüllen kann, spricht eben der Bourgeoisie als Führerin der übrigen Klassen der Nation, der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, das Todesurteil, und wird umgekehrt für die Arbeiterklasse das Sprungbrett, um sich selber an die Spitze der Nation zu stellen. Das geht aber selbstverständlich nur, wenn die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei den Kampf gegen den französischen Imperialismus als ihre eigene revolutionäre Sache auffaßt und praktisch anfaßt.

Möglicherweise wird der Ruhrkrieg die Aufgabe der Niederzwingung des französischen Imperialismus noch nicht lösen, sondern weiter vertagen, d. h. praktisch das Joch noch drückender machen. Die Aufgabe wird dann in dringlicherer, verschärfter Form b l e i b e n.

Diese Aufgabe, die Befreiung Deutschlands aus der imperialistischen Unterdrückung, bezeichnet geradezu die b e s o n d e r e historische Rolle der Kommunistischen Partei in Deutschland. Außer ihr ist keine Kraft dafür da. Sie wird sie erfüllen, oder sie wird mit allen übrigen Parteien und Klassen untergehen! Darum ist das klarste Bewußtsein gerade darüber in ihr unerläßlich. Und darum müssen die Skrupel und Unklarheiten unserer Kritiker in dieser Frage vollständig aus dem Wege geräumt werden. In dieser Frage muß die Partei vollkommen sicher marschieren.

Nun zu den Einwänden unseres Kritikers. Sie laufen alle auf dasselbe hinaus: das völlige Unverständnis dafür, daß die Lage in Deutschland gegenüber 1914 von Grund auf geändert ist.

Zunächst beschäftigt sich noch unser Kritiker mit 1870/71. Er entdeckt, daß die deutsche Bourgeoisie 1870/71 auch nach innen noch eine revolutionäre Aufgabe hatte (Schaffung der nationalen Einheit, und einer Staatsform, die die kapitalistische Entfaltung erlaubte). Nichts dergleichen jetzt. Unser Kritiker hätte noch bedeutend weiter gehen können. Er hätte sagen müssen, daß es jetzt gerade die deutsche Bourgeoisie ist, die das Hauptwerk von 1870/71, die nationale Einigung, nicht zu verteidigen imstande ist, ja an der Zertrümmerung Deutschlands zusammen mit dem imperialistischen Frankreich m i t w i r k t. Nur, daß er dann offene Türen eingerannt hätte, um gerade den springenden Punkt zu verfehlen: den Widerspruch zwischen der gegenwärtigen Aufgabe in Deutschland (auch in dieser Hinsicht der Verteidigung und Wiederherstellung der nationalen Einheit) und dem Unvermögen der herrschenden bürgerlichen Klassen, sie zu lösen.

Der zweite Einwand unseres Kritikers läuft auf folgendes hinaus. In Irland, Polen, Oesterreich konnte man wohl von unterdrückten Völkern reden (von einer Kombination politischer, nationaler und [245] wirtschaftlicher Unterdrückung), im Deutschland von 1923 kann man das nicht. Warum? Weil die deutsche Bourgeoisie nicht um „demokratische Selbstbestimmung“ kämpft, sondern um die Wiederherstellung ihrer imperialistischen Machtstellung.

Also 1914 – nur mit anders verteilten Rollen. Unser Kritiker vergißt nur eine Kleinigkeit, die entscheidend ist.

An dem W u n s c h e der deutschen Bourgeoisie, ihre Machtstellung von vor 1914 wiederherzustellen, zweifelt kein Mensch. Nur gehört dazu mehr als der „W u n s c h“. Denn inzwischen ist das kleine Ereignis passiert, daß ihr militärischer Machtapparat in Scherben geschlagen ist, und zwar gründlich. Diese T a t s a c h e nicht zu sehen, die ausschlaggebend ist für die außenpolitische Rolle der deutschen Bourgeoisie, und statt dessen den himmelblauen Wunsch der deutschen Bourgeoisie, in das imperialistische Paradies von vor 1914 zurückzukehren, für eine Realität zu nehmen, das hat mit Marxismus nicht das geringste zu tun, es ist die reine Kinderei.

Das kennzeichnende der Lage ist umgekehrt gerade das, daß die deutsche Bourgeoisie n i c h t um die Niederringung des französischen Imperialismus kämpft (und das ist nur Eine der tatsächlichen Vorbedingungen für die Wiederherstellung der alten imperialistischen Machtstellung), sondern sich mit der Rolle des Sklavenvogtes des fremden Imperialismus trotz allem inneren Knurren abfindet,

weil es nur ein Mittel gibt, um dahin zu gelangen, das den Zweck zerstört: die proletarische Revolution.

Die proletarische Revolution in Deutschland wird die Einheit der Nation verstellen (die von Bismarck nur in verkümmerter Form verwirklicht wurde mit Ausschluß Deutschösterreichs) und die „demokratische Selbstbestimmung“ erkämpfen (die überhaupt noch nicht da war), aber sie wird die Bourgeoisie und damit den Traum von der „alten imperialistischen Machtstellung“ endgültig zu Grabe tragen.

Das weiß die deutsche Bourgeoisie besser, als mancher deutsche Kommunist es bisher verstanden hat, und darum läßt sie die Finger von diesem heißen Eisen, darum findet sie sich mit ihrem nationalen Bankerott ab. Darum ist bei ihr, auch subjektiv bereits, der Nationalismus nur noch hohle Demagogie, eine Attrappe. Aber, und das ist nicht unwesentlich, es sind breite Schichten des Kleinbürgertums, die heute noch den Traum von der Wiederherstellung der alten imperialistischen Herrlichkeit e h r l i c h träumen. Sie können – am Ende eines langen Irrwegs, grausamer Enttäuschungen, riesiger Schwankungen – schließlich mit der proletarischen Revolution gehen, die zwar der Aussicht auf Wiederaufleben des Imperialismus in Deutschland den Todesstoß gibt, aber die Nation auf neuer Grundlage rettet.

Die Furcht, daß der Nationalismus uns an die Seite der Bourgeoisie bringt, beruht auf einer völligen Verkennung der Lage und ihrer Möglichkeiten. Daß er uns an die Seite des Kleinbürgertums und des Halbproletariats bringen wird, das ist ein offenbarer Gewinn für die proletarische Revolution, selbst wenn er nur darin besteht, daß in dem für die Machtergreifung entscheidenden Augenblick das Kleinbürgertum wenigstens zu Teilen neutralisiert wird und vielleicht eine kleine Minderheit des Kleinbürgertums aktiv mit uns kämpft.

Das gehört zu den Elementen der revolutionären Strategie in Deutschland.

Unser Kritiker spricht es geradezu aus, daß es zwischen 1914/18 und 1923 keinen Unterschied gibt.

[246] Das beißt einfach b e h a u p t e n, daß heute, 1923, Deutschland genau noch eine solche imperialistische Macht ist wie es 1914/18 war, es heißt einfach die Tatsache der Zertrümmerung der militärischen Macht des deutschen Imperialismus leugnen.

Weil die deutsche Bourgeoisie den ohnmächtigen subjektiven Wunsch hat, ihre imperialistische Macht wiederherzustellen, übersieht unser Kritiker erstens die bestehende Tatsache, daß diese Macht nicht mehr besteht, und zweitens die objektiven H i n d e r n i s s e für die Wiederherstellung dieser Macht.

Die politischen Folgerungen aus dieser Auffassung liegen auf der Hand und sie werden, wenn auch zaghaft, von unserem Kritiker gezogen.

Wenn 1914/18 die Perspektive des Proletariats i n a l l e n L ä n d e r n sein mußte die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen die eigene Bourgeoisie und die militärische Niederlage der eigenen Bourgeoisie, so müßte sie heute dieselbe sein – wenn tatsächlich die Lage von 1923 dieselbe wäre wie 1914/18.

Demgemäß sagt unser Kritiker:

„Der Sieg eines von der Bourgeoisie geführten Deutschland im Ruhrkampf wäre eine schwere Niederlage des deutschen Proletariats, das die dadurch gefestigte Herrschaft der deutschen Besitzklassen bitter am eigenen Leibe zu spüren bekäme.“

Andererseits aber erklärt er:

„Gewiß können wir gegenüber der Ruhrbesetzung, die die Lage des Proletariats unmittelbar verschlechtert und es mit neuer Kriegsgefahr bedroht, nicht passiv bleiben, aber wir dürfen doch nicht die Illusion nähren, daß es dem deutschen Proletariat irgendeine Erleichterung bringen würde, wenn die Bourgeoisie in diesem Konflikt einen Erfolg davon trägt.“

Das ist eine grobe Inkonsequenz von unserem Kritiker.

Wenn wir dieselbe Lage wie 1914/18 in Deutschland haben, dürfen wir aktiv sein nur nach innen, nur gegen die deutsche Bourgeoisie, der aktive Kampf gegen den französischen Imperialismus, mit oder ohne Illusion, ist dann, vom Standpunkt der proletarischen Revolution aus, unstatthaft.

Wir haben dann in Deutschland, wie in Frankreich, nur einen E i n f r o n t e n k r i e g zu führen. Die politische Konsequenz dieser Auffassung in ihrer vollen Absurdität ist nicht von unserem Verfasser, wohl aber von dem Unabhängigen Theodor Liebknecht gezogen worden.

Die revolutionäre Partei des Proletariats wäre damit erledigt, aufs tote Gleis geschoben.

Unser Kritiker bezieht sich auf B r e s t-L i t o w s k. Der Vergleich hinkt auf beiden Beinen.

Die russische Bourgeoisie, Kerenski, wollte 1917 den Krieg an der Seite der Entente weiterführen. Die Volksmasse in Rußland wollte und konnte das nicht. Sie wollte und konnte ebensowenig einen selbständigen revolutionären Krieg gegen den deutschen Imperialismus führen. Sie war dafür zu sehr erschöpft. Sie brauchte eine Atempause zur Befestigung der (bereits siegreichen!) proletarischen Revolution im Innern und zur Aufrichtung der Roten Armee. Diese grundlegenden Tatsachen bestimmten die Taktik unserer russischen Genossen im Jahre 1917.

[247] Welches aber sind die Grundtatsachen der Lage in Deutschland 1923?

1. Die proletarische Revolution hat noch nicht gesiegt, die Bourgeoisie ist noch an der Macht;

2. die Bourgeoisie will und kann nicht den Kampf gegen den französischen Imperialismus siegreich durchführen, sie will kapitulieren auf Kosten des Proletariats, sie kämpft nur um für sie günstige Bedingungen der Unterwerfung unter den französischen Imperialismus.

Die Grundbedingung des Sieges der proletarischen Revolution in dieser Lage ist dabei der aktive Kampf gegen den französischen Imperialismus, die Ueberflügelung der Bourgeoisie in diesem Kampf.

E i n e Analogie zu Brest-Litowsk ist allerdings da: Daß auch jetzt die Volksmassen in Deutschland keinen Krieg wollen und daß sie die Abwehr auf die Mittel des passiven Widerstandes beschränken wollen. Die s i e g r e i c h e proletarische Revolution in Deutschland kann sich auf Kosten der Bourgeoisie (aber letzten Endes auf eigene Kosten) eine Atempause erkaufen. A b e r u m z u s i e g e n, muß das Proletariat z u v o r die Führung im Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus an sich reißen – gegen die Bourgeoisie, die die Abwehr sabotiert.

Danach handelt die Kommunistische Partei in Deutschland.

Würde sie anders handeln, und sie müßte in Konsequenz der Auffassung unseres Kritikers anders handeln, so würde sie sich die Quellen ihres Sieges verschütten. Sie würde zusammen mit der Bourgeoisie im selben Morast versinken. Die Volksmassen würden über die Partei hinweggehen, die sie in einem Kampfe im Stich lassen würde, den sie um Lebens und Sterbens willen führen m ü s s e n.

Und das mit Recht! [248]

*

Julij Ossipowitsch Martow.

Von H. W.

Ein Feind ist gestorben. Wir pflichten nicht dem Grundsatz bei, daß man von einem Toten anders sprechen soll, als von einem Lebenden. Aber die Eigenart dieses Verstorbenen war so, daß man auch bei seinem Leben, indem man ihn bekämpfte, dem Besonderen, dem ihn Auszeichnenden, Rechnung tragen mußte. Martow starb als unser Feind, der anerkannte Führer einer feindlichen Richtung innerhalb der Arbeiterschaft. Aber im Laufe der dreißig Jahre seiner Tätigkeit trat er während langer wichtiger Perioden der Bewegung und des Kampfes als Verbündeter, als Freund, als Mitkämpfer des revolutionären Flügels der proletarischen Armee, auf.

So in Petersburg in den Jahren 1892 bis 1895, als er mit Lenin und anderen an der Gründung des „Verbandes für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse“, des Vorläufers der 1898 gegründeten Partei, an hervorragender Stelle mitwirkte. So in den Jahren 1900 bis 1903, als er nach seiner ersten sibirischen Verbannung mit Plechanow und Lenin die glorreiche „I s k r a“ im Auslande leitete im Kampf gegen den opportunistischen „Oekonomismus“, den Bernsteinistischen Revisionismus, den verschwommenen Revolutionarismus der Terroristen, den Liberalismus. So während des Weltkrieges, als er zuerst in Frankreich mit Trotzki und Losowski den Widerstand des Häuflein Sozialisten und Syndikalisten, um das Banner des Internationalismus geschart, gegen den allgemeinen Verrat der alten Führer organisierte. So im Jahre 1917 in Rußland selbst, wo er an der Spitze einer kleinen Minderheit von Menschewiki-Internationalisten gegen die Vaterlandsverteidiger aller Schattierungen und Koalitionspolitiker, gegen Dan und Zeretelli, als Verbündeter der Bolschewiki unter der Parole einer notwendigen zweiten Revolution ankämpfte. So endlich noch im Jahre 1919, während des Krieges Sowjet-Rußlands mit Denikin und Piłsudski, wo er und seine engeren Freunde sich dem Revolutionären Kriegs-Komitee der Republik zur Verfügung stellten.

Martow starb als der geistige Führer des russischen und des internationalen Menschewismus; der Menschewismus ist innerhalb der organisierten Arbeiterklasse der schlimmste und gefährlichste Feind des Kommunismus; und trotzdem, das fühlen und wissen wir alle, wäre nichts falscher als den notwendigen Haß und die verdiente Verachtung, mit denen die Kommunisten dem Menschewismus begegnen, auf die Person Martows zu übertragen. Nicht nur der außergewöhnlichen Reinheit seines Charakters wegen, nicht nur der Ehrlichkeit seiner Ueberzeugung und der selbstvergessenen Hingabe wegen, die ihn in seiner mehr als dreißigjährigen Tätigkeit auszeichneten. Nicht nur der unleugbaren Verdienste wegen, die er sich in verschiedenen Perioden seines Lebens und Kämpfens, um die Sache der Arbeiterklasse erworben hat. Sondern vor allem darum, weil er, trotz seiner anerkannten Führerschaft, in seinem menschewistischen Milieu im Grunde ein Einsamer und ein Einzigartiger war.

Martow war kein Theoretiker. Was ihn am mächtigsten anzog und fesselte, das waren die Fragen der Bewegung, der Taktik. Aber er war auch nicht, so sonderbar es in Anbetracht seines bewegten Lebens klingen mag, ein Mann der Tat. Er war kein Theoretiker in vollem marxistischen Sinn des Wortes, weil er in seinem Denken nicht die ganze historische Wirklichkeit umfaßte und die großen Ereignisse, [249] die nicht in sein Schema hineinpaßten, als etwas Zufälliges, Störendes, Unrationelles empfand. Aber er war zu sehr durch s e i n e Schemata gebunden, zu wenig dogmenlos, zu wenig opportunistisch, um gegen die ihn störenden revolutionären Geschehnisse offen und rücksichtslos den Kampf zu führen. Somit wurde er, der leidenschaftliche Denker und glühende Propagandist, zu einem Spielball der Ereignisse, zu einem Werkzeug anderer, zu einem ewig Unzeitgemäßen und Unbefriedigten. Wie oft unterschied er sich von uns scheinbar nur durch eine Schattierung, um dann mit seinen ehemaligen Freunden, von denen ihn scheinbar eine Kluft trennte, wieder gemeinsam gegen uns Front zu machen!

Das scheinbar marxistische Schema, das die ganze Denkarbeit Martows beherrschte, bestand darin, daß sich das Proletariat in seinem Ringen nur solche Ziele stellen darf, für deren Verwirklichung die objektiven wirtschaftlichen Verhältnisse bereits vollständig reif sind. Daher trat er für eine systematische Selbstbeschränkung des Proletariats und der proletarischen Kampfespartei auch in revolutionären Epochen ein; der Kampf um die Macht, die Unumgänglichkeit der Diktatur, als Mittel der Festigung und Fortentwickelung des Sieges der Revolution, überragten den Rahmen seiner Auffassung. Er war für den Klassenkampf, er war aber grundsätzlich, organisch gegen den Bürgerkrieg. Er war in seinem tiefsten Innern Pazifist, er glaubte nicht an die Notwendigkeit der Gewalt in der Geschichte. Sein Gewissen befahl ihm, das Proletariat vor dem, was er als Illusionen und Enttäuschungen empfand, zu warnen und zu schützen, und er stürzte sich, in seinem vermeintlichen Realismus, in entgegengesetzte, viel gefährlichere Illusionen. Er sah die Hindernisse und Widerstände, die sich dem revolutionären Elan entgegensetzten, und glaubte vor ihnen ehrlich zu warnen, bemerkte aber nicht, wie er zum Bundesgenossen und Helfershelfer derjenigen wurde, die bemüht waren, die Hindernisse zu häufen, die Widerstände zu stärken.

Martow war ein glänzender Schriftsteller, ein Publizist ersten Ranges. Manche seiner außerhalb Rußlands zu wenig bekannten Schriften gehören zu den Meisterstücken sozialistischer Literatur. Auffallend ist es aber, daß das beste, was er schrieb, in diejenigen Perioden gehörte, wo er als Kampfesgenosse des revolutionären Flügels des Proletariats auftrat. Jedesmal dagegen, wo er als Verbündeter der Opportunisten publizistische Kampagnen führte, so z. B. nach der Revolution 1905/06 als Verbündeter der Liquidatoren, oder in den letzten Jahren als Gegner Sowjetrußlands und Alliierter der Hilferding und Bauer, bedeutete es auch den Tiefstand seiner literarischen und geistigen Leistungsfähigkeit.

Martow starb im Exil, an seinem Grabe sprach u. a. ein Tschernow. Er starb am Vorabend der Wiedervereinigung der Wiener Internationale, deren Mitbegründer er war, mit der 2., die er in seinem Innern verabscheute und haßte. Mit welchen Gefühlen er dieser Entwicklung entgegensah, geht aus seinem letzten, im Wiener „Kampf“ veröffentlichten Aufsatz hervor. Die Revolution, der er dienen wollte, ging ihren Weg, dem er nicht zu folgen vermochte. Die Anderen, mit denen er sich verband, gehen den ihren, den Weg der Gegenrevolution, dem er nur mit größtem Widerwillen folgte. Einen dritten, der ihm vorschwebte, gibt es in Wirklichkeit nicht. Und das war die Tragik Martows.

Vor einigen Wochen wurde in Petersburg ein Denkmal Plechanows enthüllt, der auch als Feind gestorben ist. Plechanows [250] Werke werden in Hunderttausenden von Exemplaren in Sowjetrußland verlegt, in Tausenden Arbeiterschulen studiert. Das Studium des Lebenswerkes Martows, das Tragische seines Lebenslaufes, wird für die Arbeiterschaft Rußlands und der ganzen Welt zu einer reichen Quelle der Belehrung werden.

*

Die Theaterkrise in Berlin.

Von G. G. L.

Berlin leidet an einer chronischen Theaterkrise. Der Schauspielerstreik in November gab schon den vollen Geschmack einer absoluten Auflösung des Theaters. D i e Theater waren tot, lagen 3 Wochen lang erloschen und schwarz – d a s Theater lebte trotzdem weiter – ohne Unternehmertum. Die Schauspieler spielten auf eigene Faust. Und es hatte sogar einen besonderen Reiz zu fühlen: es geht auch so; d. h. es ging eine Weile – dann kam nach 3 Wochen begeisterten Spielens auf den Vorstadt- und Biersaalbühnen das Kompromiß. Aber die Nemesis waltet nicht nur auf den Brettern ... Und das „Rollen der Begebenheit“ ist nicht aufzuhalten. Das Unternehmertum hat in der heutigen Gesellschaftsform die Macht, es hat sie durch systematische Vertrustung auch der Kunstunternehmungen und auch in der Pleite. Es handelt sich für den Unternehmer nicht um eine Kunstfrage, sondern ums Geschäft. Ueber die Pleite geht der Weg zur Rettung, d. h. zum Trust, zum großen Konzern. Und auf diesem Wege siegen nur die großen Unternehmer, die kleinen werden Angestellte und die Schauspieler sind mehr als früher auch nichts als Nummern. Die Auslösung der bürgerlichen Gesellschaft ist da am weitesten fortgeschritten, wo die Bourgeoisie genießt, und am meisten sichtbar an ihrer Fassade, an ihren künstlerischen Ausdrucksformen. Der Spielplan entspricht dem Niveau des Publikums. Es wurden in diesem Winter kaum noch ernsthafte Stücke gespielt. Dafür sind nicht die Schauspieler und auch nicht die Spielleiter und nicht die Unternehmer verantwortlich, sondern die Zuschauer. Der Unternehmer spielt nur, was Kasse macht. Kasse macht, was Erfolg hat und was hatte Erfolg in diesem Winter? Sehen wir zu, was gespielt wurde.

Das Große Schauspielhaus brachte als Erstes: „Orpheus in der Unterwelt“ von Offenbach, aber groß als Schau- und Ausstattungsstück aufgemacht, mit eingelegten Zoten und aktuellen Mätzchen. Dann kam der Hauptmann-Rummel mit „Florian Geyer“, der gleichzeitig eine patriotische Demonstration war. Aus Patriotismus wurde dann „Die Wittenberger Nachtigall“ (Luther) von Strindberg gespielt, in dem man den deutschen großen Mann, den aufrechten Kämpfer für deutschen Geist und deutsches Wesen feiern konnte. Diese immerhin ernsthaften Stücke wurden bald abgesetzt, und seit mehr als zwei Monaten macht man mit der „Törichten Jungfrau“, d. h. mit der Tanzoperette ein volles Haus. Das spricht Bände für die Heruntergekommenheit des bürgerlichen Publikums. In der vorigen Saison wurdes in demselben Großen Schauspielhause ungeheurem Erfolge noch „Die We-

ber“ von Hauptmann und die „Maschinenstürmer“ von Toller gegeben. In diesem Winter kann sich kein Arbeiter mehr einen Theaterbesuch leisten. Jetzt gibt man die „Maschinenstürmer“ noch Sonntag nachmittag zu billigen Preisen, also nicht für das Bürgertum. Seit der Ruhrbesetzung feiert der Nationalismus auf der Bühne weiter seine Orgien. Nach „Fridericus Rex“ im Film wurde in der Kommandantenstraße als dramatisches Gegenstück Hermann Burtes „Katte“ gegeben, dann als Demonstration gegen Poincaré das „Kätchen von Heilbronn“ und „Tell“ im Staatstheater „Alt-Heidelberg“ im Deutschen Theater. Die Aufführung des „Tell“ wurde zu einer großen politischen Kundgebung, über die die Kritik („Vorwärts“) schreibt:

„In das festlich gespannte Haus hatte man den Reichspräsidenten Ebert, die Minister des Reiches und Preußens eingeladen. Der Reichs-[251]tagspräsident L ö b e saß unter den Zuschauern. Im Rang und im Parkett bemerkte man Parlamentarier aller Richtungen, so blieb es nicht aus, daß dieses „Tell“-Spiel in bewegter politischer Zeit die Zuschauer heftig an die Gegenwart heranriß. Als der Rütlischwur geleistet war und die Eidesfinger sich senkten, ging die Stimmung auf den Zuschauerraum über. Im Parkett und in den Rängen erhob man sich und dann wurde stehend „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen! „Keiner stäubte sich gegen diese Kundgebung.“ Aus Mannheim berichtet man uns, daß dort im Nationaltheater eine gleiche Kundgebung nicht so protestlos verlief. Dort haben die Bühnenarbeiter in dem Augenblick, als Publikum und Künstler das „Deutschlandlied“ anstimmten, den eisernen Vorhang heruntergelassen und sich geweigert, jegliche Arbeit weiterzumachen, wenn noch einmal das Theater zu solch einer politischen Kundgebung ausgenutzt werden würde. Die oberen. Ränge des Nationaltheaters, die in der Mehrzahl von Proletariern besetzt sind, wurden demonstrativ von den Massen verlassen. Aehnlich wurde auch die Aufführung von ‚Alt-Heidelberg‘ im Rosengarten von der proletarischen Jugend gesprengt.“

Die Volksbühne macht zwar den offenen patriotischen Rummel nicht mit, bevorzugt aber auch solche Stücke, in denen sie die Glanzzeiten des Monarchismus demonstrieren kann. So brachte sie Shakespeares „Wintermärchen“.

Schauspielerisch als ausgezeichnete Leistung; ein naives Gemüt wird zunächst nur den Genuß dieser Leistung haben, besonders die ländlichen Szenen mit dem Schäfer und dem Spitzbuben Autolykus – aber das Leiden der „guten Königin“ der Glanz, n dem sie am Ende erscheint, der Wandlung des kleinen Schäfermädchens zur Königstochter. Für den Nationalismus ist Shakespeare der Dramatiker, der von Königen handelt, die Bourgeoisie sieht nicht tiefer. Aber auch für „Marxisten“ wie Rudolf Franz, Leipzig, genügt diese Tatsache und das was das Bürgertum aus ihr macht, um aus Shakespeare einen Reaktionär, einen „Verherrlicher des Königtums“ zu machen. Was wir als Marxisten aber zu würdigen haben, ist das monumentale Werk Shakespeares als ein Stück lebendige Gesellschaftskritik, die unerbittlich ist in gut und böse, die die „Bösewichte“ auf dem Thron in ihrer ganzen Brutalität enthüllt ... Die Welt ist aus den Fugen. Die kriegslustige chauvinistische Bourgeoisie sieht in Shakespeares Dramen aber den Waffenlärm, den Glanz und die Pracht der Könige, was alles Shakespeare als Schilderer des vollen Lebens nicht unterschlagen konnte.

Im Allgemeinen ist das Programm der „Volksbühne“ klassisch literarisch und ganz farblos, ein Programm Kayßler, dem man immer mehr anmerkt, daß die Arbeiter kaum noch Einfluß auf die Gestaltung des Spielplans haben, da im „künstlerischen Ausschuß“ mit der wachsenden Verbürgerlichung keine revolutionären Elemente mehr geblieben sind. So sehen wir hier in diesem Jahre überhaupt keine Stücke mehr, die das Proletariat angehen, geschweige denn revolutionäre Werke, wie sie im vorigen Jahre doch noch gebracht wurden. („Masse Mensch“" und „Wandlung“ von Toller)

Der Zug zur Posse ist ganz allgemein in Berlin und wir finden überhaupt auf allen Bühnen gegen das Ende der Spielzeit eine ungeheure, ganz auffällige Verflachung des Spielplans. Fast alle Theater müssen, wie mir scheint, diesen Weg gehen, oder sie machen pleite. Ich möchte hier zitieren, was die „Weltbühne“ über die Theaterkrisis schreibt:

„Das große Schloßtheater von Steglitz ist pleite und wird ein Kino. Das neue Volkstheater ist pleite und wird geschlossen. Das Schiller-Theater ist pleite und wird irgendwo angegliedert. Das Zentraltheater ist pleite und wird eine Nummer des Konzerns Rotter, dem in anderthalb Jahren halb Berlin gehören wird. Dabei sind es nur die offenen und ehrlichen Pleiten. Heimlich pleite ist das Lustspielhaus, das die Zugkraft witzloser Ferkeleien überschätzt hat. Heimlich pleite ist die ‚Volksbühne‘, die in einen Direktionswechsel das letzte Rettungsmittel erblickt. Heimlich pleite ist Holländer (wenigstens als Max Reinhardts Erbe, weil er sonst nicht

nötig hätte, mitten in der Saison von einem zwar aktuellen, aber [252] freilich anspruchsvollen Kunstwerk, wie dem ‚Prinzen von Homburg' abzusehen und das Deutsche Theater auf „'Alt-Heidelberg', den Zirkus auf die Tanzoperette (‚Die thörichte Jungfrau') zu stellen; nicht nötig hätte, das Abonnement dieses Großen Schauspielhauses ganz und gar aufzuheben, um künftig seichte Serienschlager ungehindert ausbeuten zu können; nicht nötig hätte, keine geringeren Mitglieder als die Herren Hartmann, Klöpfer, Kraus, Thiemig und Agnes Straub an die Konkurrenz abzutreten."

Für das vertrustete, auf Kassenstücke eingestellte Theater braucht es keine Schauspieler ersten Ranges und so gibt es kaum noch ein Theater, das ein Ensemble hat. Was werden die großen Künstler tun? Ihr Weg ist wahrscheinlich ähnlich wie der, den sie im Schauspielerstreik gegangen sind, kleine Ensembles zu bilden, und ohne Unternehmertum und ohne Trust so wie die russischen Ensembles internationale Gastrollen zu geben. Die Ensembles der russischen Künstler, die in Berlin und aller Welt spielen, scheinen tatsächlich in aller Welt die einzigen noch vom künstlerischen Standpunkte leistungsfähigen Theatergemeinschaften zu sein.

Als Beispiel dafür, was versteckte nationalistische Tendenz aus einem Stoffe machen kann, der von der entgegengesetzten Seite ausgepackt, revolutionierend, aufrüttelnd wirken kann, will ich zwei Stücke gegenüberstellen, die im Januar über die Berliner Bühnen gegangen sind.

„Die Beichte" von Dostojewsky im Renaissancetheater, und Tolstois „Macht der Finsternis" im Zentraltheater. Da haben wir aus dem Karamasoff, jene Beichten des Staretz und des „geheimnisvollen Gastes". Sie hätten in ihrem psychologischen Zusammenhang nacheinander dramatisch zusammengestellt werden müssen, in ihrer ungeheuren Wirkung auf die Umgebung in der sie sich zutrug. Das hätte hier in Deutschland wie eine Offenbarung wirken müssen, aufrüttelnd im Sinne des neuen Rußlands, es hätte einen Begriff gegeben über den Geist der russischen Gesellschaft, der Intelligenz vor der Revolution. Aber das Renaissancetheater, das stark von Emigranten besucht wird, hat diese beiden Vorgänge nicht dramatisiert, sondern sie wurden nur erzählt in einem dämmerigen Zimmer. Das verwischte den unmittelbaren Eindruck. Das zweite Bild. „Die gläubigen Frauen", hatte mit diesen Beichten gar nichts zu tun; es zeigt den gewandelten Sinowij, seinen Lebenswandel, nach dem er beichtet. Er empfängt die ihn verehrenden, beichtenden und gläubigen Frauen, die ihm ihre Leiden klagen. Das ist der Vorwand für ein Bild des alten Rußland: Farbig und lebendig dargestellt, eine Konzession an die Konterrevolution, die russische wie die deutsche.

Das Zentraltheater aber hat unter dem Einfluß seines Leiters, der mit seinem Programm sich an die „minderbemittelte" Arbeiterbevölkerung wandte und es in ihrem Sinne aufstellt, Propaganda für Rußland gemacht. Nachdem es schon mit dem ersten Stück, das es brachte, „Die Kleinbürger" von Gorki, einen Ausschnitt aus der russischen Gesellschaft gegeben hatte, das deutlich den Charakter der Klassenkämpfe vor der Revolution trägt, brachte es weiter „Die Macht der Finsternis" von Tolstoi heraus. Und hier erlebte das deutsche Publikum wirklich jene Beichte, jene öffentliche Beichte, die überwältigend und überraschend wirkt und in der ein ganzer Morast von Vorurteilen und Lügen weggeschwemmt wird, wenn auch nur durch das Beispiel der Tat eines Einzelnen.

Ob das nun in Deutschland wirklich nachhaltig wirkt und wie es auf das Arbeiterpublikum wirkt?

Wir müssen uns schämen, es niederzuschreiben: „Die Macht der Finsternis", obwohl gut besetzt, wurde größtenteils vor leeren Bänken gespielt und mußte vom Spielplan abgesetzt werden.

Es muß konstatiert werden, das deutsche Publikum – nicht nur das des Zentraltheaters – es handelt sic hier um eine ganz allgemeine Erscheinung – ist nicht mehr fähig, ernste oder gar tragische Stücke zu „ertragen". Im Zentraltheater sitzen keine Bourgeois, sondern Arbeiter aus den Betrieben. Auch sie sind verrottet und verrottert, verseucht durch den Geschmack des Bürgertums, der immer mehr herunterkommt. Das Zentraltheater hatte, [253] als die einzige Berliner Bühne, ein Programm, in dem es sich kulturelle Aufgaben stellte; es war nicht nur Bildung fördernd, es hat auch eine Linie. Es wollte den Arbeitern soweit dies möglich, das heißt soweit Stücke vorhanden, revolutionäre oder proletarische Dramen geben: „Die Kleinbürger", „Kabale und Liebe", „Die wird kommen" von Romain Rolland, „Die Macht der Finsternis" von Tolstoi, und als nächstes war gedacht „Annemarie" von Franz Jung. Diese Stücke brachten keine Kasse – wohl gute Kritik, auch von bürgerlicher

Seite, aber leere Bänke. Schon Weihnachten mußte sich die Leitung dazu verstehen, „Hannemanns Töchter“ als Kassenstück einzufügen ... Jetzt aber haben wir anstatt „Annemarie“ den „Aktienbaron“ auf dem Spielplan, eine ganz minderwertige Umdichtung nach Kalisch[s] „Aktienbudiker“.

Und das proletarische Publikum?

Diese Aufführung und alle ähnlichen, die von Proletariern besucht werden, zeigen es: Es ist durchseucht, verdorben von der Unkultur der bürgerlichen Gesellschaft.

Tragödie: Von der Kultur, soweit sie da und noch zugänglich ist in der bürgerlichen Gesellschaft von heute, künstlich ausgeschlossen durch das ganze Erziehungssystem und durch die materielle Lage, ist das Proletariat, kritikunfähig, wie es scheint, der Unkultur derselben bürgerlichen Gesellschaft preisgegeben und ausgeliefert. Die Unkultur, Produkt der Zersetzung der Klassengesellschaft, ist billig, ist rentabel. Die Unkultur, das ist „Kunst“ oder besser Vergnügen für das bürgerliche Durchschnittspublikum und im Sinne und Maßstabe der kapitalistischen Rentabilität des Kunstunternehmens: billige Massenware. Diese Afterkunst ist raffiniert oder primitiv, je nach Milieu und Geldbeutel, für den Proletarier also der billigste Kitsch ... Und der „ungebildete“ Prolet versteht sie. Er versteht sie, weil er in der bürgerlichen Gesellschaft nicht zum Verständnis des Höherwertigen erzogen worden ist, weil er so wie wirtschaftlich auch geistig zu einem Menschen zweier Güte herabgedrückt wurde. Der ganze Sumpf der kapitalistischen Wirtschaft wird hier offenbar, in der alles, auch die ganze geistige und künstlerische Produktion Ware werden und das Publikum, je nach seiner Zahlungsfähigkeit, teure oder billige Kunst als Ware kaufen muß.

Es ist die ganze bürgerliche Erziehung, auch die des Arbeiters ... Und deshalb ist es im Grunde auch so mit der Revolution ... Und deshalb ist diese Sache eine ernste Angelegenheit, nicht nur eine Angelegenheit des Zentraltheaters.

Auch der Rücktritt Kayßlers von der „Volksbühne“ ist nicht eine Angelegenheit Kayßlers oder des künstlerischen Ausschusses, sondern des Proletariats. Wenn das Proletariat die Reife hätte, durch seinen Willen den Spielplan zu beeinflussen, so würde die Frage der Spielleitung der „Volksbühne“ sehr einfach zu lösen sein. Sie würde von den Massen von der Generalversammlung her bestimmt werden und für die „Volksbühne“ würde nicht, wie für alle anderen Theater, das Geschäft ausschlaggebend sein. Ob jetzt Herr Kayßler zurücktritt, weil ihm in der Königgrätzer Straße höhere Gagen winken, oder ob der Rücktritt die heimliche Pleite der „Volksbühne“ maskiert, auf jeden Fall handelt es sich hier ums Geschäft ...

Und das kann nicht anders sein und nicht anders werden, bis das Proletariat mit der Macht auch das Erbe der bürgerlichen Kultur antreten wird, um die Welt von Grund aus zu verändern. Dann werden auch dem Theater wie aller Kunst neue Wege gewiesen werden. [254]

*

Bücherschau.

Das Programm der betrogenen Betrüger.

Von Hermann Duncker.

Soeben hat der Vollblutarier – der Name kündigt ihn schon an! – Alfred Rosenberg eine Schrift über „Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ veröffentlicht (Deutscher Volksverlag, München 1923). 25 Thesen, die Adolf Hitler der 1919 begründeten Nationalsozialistischen Partei in die Wiege gelegt hatte, sind hier, mit längerem Kommentar versehen, als „Programm der Bewegung“ herausgegeben worden. Das Büchlein ist denn auch „dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung Hitler“ gewidmet.

Man muß schon gestehen: Ein Meisterwerk tückischer Demagogie, das seinesgleichen nur in der apologetischen Literatur von München-Gladbach hat. Alte Instinkte des verelendenden Kleinbürgertums werden aufgepeitscht, an alle Traditionen der wilhelminischen Beamten und Militärs wird angeknüpft, Schlagworte, wie sie aus der breiten Masse erklingen, hat man geschickt aufgegriffen. Mit allen bösen Künsten wird dem vermeintlichen Gegner die Schlinge um den Hals gelegt, aber

auch dem eigenen Parteigenossen wird heimlich der Strick eingeseift. Die breite Gefolgschaft der Faschisten sind ja nur betrogene Betrüger! Was wird da nicht alles von der von den Industriellen ausgehaltenen Partei dem braven Anhänger versprochen?! Schutz gegen Ausbeutung! die Aufhebung des Achtstundentages wird sogar ausdrücklich als zwecklos zurückgewiesen – wenigstens solange die Entente noch aus der Profitschüssel mitlöffelt! Gewinnbeteiligung an Großbetrieben! Großzügiger Ausbau der Altersversorgung! Verstaatlichung aller bereits vergesellschaftlichter Betriebe (Trusts)! Gemeinnutz vor Eigennutz! Schöne Worte, nicht wahr?! Die armen Teufel von nationalsozialistischen Arbeitern werden ihr blaues Wunder erleben an der christlichen Brüderlichkeit ihrer „blutsverwandten geistigen Schicht“ von Unternehmern – wenn es zu spät ist. In Wirklichkeit sollen sie ja nur die „Sturmtruppen des völkischen Gedankens“ abgeben, hinter denen dann die genialen „Feldherren und Staatsmänner“ wieder auf die Throne gesetzt werden sollen, um mit „eiserner Diktatorenfaust“ (S. 33) das „völkische Großdeutschland“ (S. 47) zu schaffen – einen Staat mit Männern, „deren Dasein nicht mehr zum Hohn auf die alte große Vergangenheit sein wird“, wie die Programanschrift mit ziemlich unehrerbietiger Verbeugung vor der Ebert-Republik sagt.

Der „völkische Machtkampf“ wird mit zynischer Offenheit proklamiert. „Kampf bedeutet Mensch wider Mensch“. „Daß hier im einsetzenden Kampf einige spießbürgerliche Auffassungen über Bord geworfen werden müssen, ist selbstverständlich“ (S. 25). Halbe Maßregeln helfen nichts, „sondern nur eine Reihe abschreckender Exempel“ (S. 34). Und in brutaler Schlächtersprache wird als wichtigstes Ziel der Partei formuliert: „die Hauptvertreter der marxistischen Weltanschauung, die Juden nebst ihrem Anhang, unschädlich zu machen“ (S. 9). Wie man sieht, haben die Nationalsozialisten beim verhaßten Bolschewismus einige ideologische Anleihen gemacht: die Propaganda der Diktatur und des Terrors! Leider soll beides nur angewandt werden gegen das klassenbewußte Proletariat!

Damit kommen wir zur Kennzeichnung des Gegners, wie ihn das nationalsozialistische Programm an die Wand malt. Eine geradezu erbarmungsunwürdige Charakterisierung. Da war der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seligen Angedenkens denn doch etwas geistreicher aufgeputzt und überhaupt von intellektuellerem Anstrich. Mit dem Niederbruch der Sozialdemokratie scheint der bürgerliche Gegner in gleichem Maße verblödet.

Die Nationalsozialisten kennen nur zwei feindliche Mächte, von denen alle Uebel der Welt ausgehen: den Marxismus und das Judentum. Auf jeder Seite der Programmschrift wird auf diesen beiden herumgetrommelt. [255] Sie haben in Verbindung mit der „freimauerischen Weltanschauung“ die „volksvergiftenden Lehren“ eingeimpft, als welche aufgezählt werden: „Menschheitskultur, Internationalismus, Parlamentarismus, Weltfrieden usw.“ (S. 5). Sie haben dem Arbeiter einen „Klassenkampf“ vorgetäuscht. Sie haben „eine Verelendungstheorie geschaffen, die wenige Weltmilliardäre und einen rasselosen richtungslosen Menschenhaufen – die Proletariermassen – züchten mußte“ (S. 32). Demnach scheint es also doch einen Klassengegensatz zu geben, der aber erst durch die böse marxistische Theorie in die Wirklichkeit hineinpraktiziert worden ist. Marxismus und Judentum sind jedoch dem tieferschürfenden Blick des nationalsozialistischen Programmgelehrten keine Zweiheit von Mächten, sondern sie sind in ihrem Wirken einig und in ihrem Wesen eins. Denn der Marxismus ist eigentlich das Machwerk der internationalen Großbanken und Börsen.

„Um die aussteigenden Gefahren der beginnenden Arbeiterbewegung für sich unschädlich zu machen, ‚unterstützte‘ die jüdische hochkapitalistische Bankwelt den Marxismus, gründete ‚Arbeiter‘-Zeitungen, baute Gewerkschaftshäuser, hetzte gegen Unternehmer und Bauern ...“ (S. 8).

So kam es dann auch zum „größten Betrug des 19. Jahrhunderts, wie er endlich in Moskau im November 1917 und in Berlin im November 1918 triumphierte: die antikapitalistische Weltrevolution, geführt vom Weltkapital“ (S. 8). Der 9. November in Deutschland war nur eine „Börsenrevolution“, und in Rußland herrscht die „kapitalistisch-kommunistische“ Idee. Der „Marxismus verficht daher die politischen Interessen der Hochfinanz“.

„Bis auf heute verfolgen denn auch Marxismus und großkapitalistische ‚Demokratie' ein und dieselbe Politik" (S. 21).

Also auf zum Kampf gegen die „Börsen- und Revolutionsjuden!" (S. 25) Schlagt die Juden tot!, las man deutlicher auf einem Plakat November 1918. „Die Nationalsozialisten sind die schärfsten Antisemiten, sowohl aus der inneren Ueberzeugung, daß der Jude tatsächlich den ‚plastischen Dämon des Verfalls der Menschheit' darstellt, als auch aus der unerträglichen Tatsache heraus, daß ein Wüstenvolk unser Schicksal zu bestimmen in der Lage ist" (S. 23). Angesichts solchen politischen Hexenküchengeschwafels kann man nur mit Fausts Worten ausrufen:

„Mir ist, ich hör' ein ganzes Chor
von hunderttausend Narren sprechen!"

Ist das Programm der Nationalsozialisten schon Wahnsinn, so hat es doch keine Methode. Dem Börsenjuden als Urheber alles Bösen werden nämlich plötzlich beigesellt – „seine unbeschnittenen Geistesbrüder" (S. 9). Woher kommen denn die? Die ganze Rasseideologie geht ja damit zum Teufel. Doch von dieser einzigen Stelle abgesehen triumphiert der plumpeste Antisemitismus; da wird gesprochen von dem „marxistisch-börsianischen Betrug", von der „Börsen- und Marxistenpresse", dem „überall gleichartigen leihkapitalistischen und kommunistischen Internationalismus" usw. usw. Natürlich) wird niemals auch nur an einer Stelle versucht, diese groteske Gleichsetzung von jüdischem Finanzkapital und Marxismus zu beweisen. Der Tiefsinn des vollendeten Widerspruchs genügt. Aber das Wesen des Marxismus erfährt doch einmal eine nähere Kennzeichnung, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen.

„Während der Marxismus Gleichheit predigt, Gleichheit zwischen Deutschen, Franzosen, Juden und Chinesen, lehrte er Kampf bis aufs Blut zwischen verschiedenen Schichten innerhalb des gleichen Volkes, widerlegte sich also schon von Anfang an: während er Eigentum nicht nur gelegentlich, wie es früher geschah, sondern grundsätzlich als Diebstahl bezeichnete (wobei der logische Widersinn – daß, wo kein Eigentum ist auch der Begriff Diebstahl nicht bestehen kann – ganz vertuscht wurde), lehrte er doch nichts anderes als die persönliche Bereicherung auf Kosten anderer" (S. 7).

[256] Gibt es noch auf einem Geistesgebiete ein frecheres Aus-den-Kopf-stellen der Tatsachen?! Da müßte man schon in der Naturwissenschaft den Karpfen als Singvogel klassifizieren! Ganz abgesehen von dem höheren Blödsinn, daß man dem Marxismus die Proudhonsche Phrase: Eigentum ist Diebstahl, in die Schuhe schiebt und das ideologische Gleichheitspostulat, das übrigens dem utopischen Sozialismus entstammt, an die Stelle der Klassenkampferkenntnis setzt.

Bei der Weltenferne, in der das Programm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zum tatsächlichen Leben steht, ist es nicht weiter verwunderlich, daß dem Nationalsozialismus noch nicht der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus aufgegangen ist. Trotz aller Verdienste der Ebert-Republik um die Erhaltung der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft ist für sie auch das Messer geschliffen. „Die Rettung Deutschlands liegt in der Zertrümmerung des demokratischen-marxistischen-plutokratischen Götzen" (S. 11).

Es lohnt sich kaum noch, das ökonomische Weltbild des Nationalsozialismus zu entwirren: Die „bodenverbundenen Wirtschaftskräfte", Industrie und Landwirtschaft, bilden die idyllische, ausbeutungsfreie Harmonie der „schaffenden Bürger" Deutschlands. Da kam aber „das raffende Leihkapital" der Hebräer und brachte national und international Unternehmer und Bauer, Mittelstand und Arbeiter in würgende Zinsknechtschaft. Darum also werft die Juden aus Deutschland hinaus (Thesen 4 und 8) und raubt ihnen ihr Eigentum: „Säkularisation der volksausbeutenden Hebräerbanken" (S. 26). Und das Paradies ist wieder da. Für methodologische Zwecke ist es unumgänglich Produktion und Tausch, Verkauf und Kredit voneinander getrennt zu halten. Im Komplex des Kapitalismus bilden sie voneinander unlösbare Erscheinungen. Stehen sich denn Industriekapital und Leihkapital auch nur in persönlicher Verkörperung als schaffender Müller und leihender Moses stets gegenüber? Das mag sich im Kopf des pumpenden Bruder Studio so darstellen. In weitaus größerem Umfange ist jeder industrielle Unternehmerkapitalist auch zu einem Teil Leihkapita-

list. Und umgekehrt! Woher haben die Banken ihre Gelder, wenn nicht aus der Industrie, woher die Industrie ihre benötigten Vorschüsse, wenn nicht aus der Bank. Ein Generalstreik der Arbeiter würde den Kapitalisten nicht empfindlicher treffen als die Generalabsperrung des Kredits, wenn die überhaupt vorstellbar wäre.

Der ganze Antisemitismus des nationalsozialistischen Programms ist nur ein Aushängeschild, eine Anpassung an den politischen Dialekt des kleinen Mannes, an den „Sozialismus der dummen Kerls". Auf den Juden schlägt man, und das klassenbewußte revolutionäre Proletariat hofft man zu erschlagen.

Kommunismus und Sozialismus haben keinen blutrünstigeren Gegner als die Drahtzieher des völkischen Nationalsozialismus. Es fragt sich nur, wie lange diese ihre Marionetten am Bändel behalten.

*

An unsere Leser!

Infolge wichtiger Parteikonferenzen war es der Redaktion unmöglich, die vorliegende Nummer der „Internationale" rechtzeitig abzuschließen. Sie erscheint deshalb mit einiger Verspätung.

Die Redaktion der „Internationale".

[257]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 1. Mai 1923 ∗ Heft 9

Entscheidung.

⊿ B e r l i n, den 26. April.

Dieser 1. Mai wird nicht die schläfrige Spießbürgeridylle sein, in die die Sozialdemokratie den revolutionären Kampftag des Proletariats verwandelt hatte. Der Tag steht im Zeichen schicksalsschwerer Entscheidungen für das Proletariat.

Der entscheidende Augenblick ist da, wo von der Entschließung des deutschen Proletariats a l l e s abhängt: das Schicksal des Ruhrkampfes, das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, das Schicksal des Landes, das Schicksal der bürgerlichen Republik und nicht zuletzt das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Front der deutschen Bourgeoisie ist am Erliegen, der Feind ist bereits in die Stellungen an der Ruhr eingebrochen; er wird unfehlbar durchbrechen, wenn nicht jetzt das Proletariat entscheidend eingreift, mit einem kühnen Entschluß die verräterischen Reihen der Bourgeoisie zur Seite schlägt und das Geschick der Nation in seine starke Hand nimmt. Der Schlüsselpunkt der Entscheidung ist wieder, oder immer noch, die Sozialdemokratie. Alles hängt davon ab, ob es noch gelingen wird, durch den Druck der in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften organisierten Massen die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Instanzen aus der „nationalen Einheitsfront“ (sie ist in Wahrheit die antinationale Verräterfront) mit der Bourgeoisie abzusprengen oder nicht. Die einzige bewegende Kraft dafür ist heute die Kommunistische Partei. Die linke Führergruppe in der Sozialdemokratie, die von vornherein auf die kapitalistische Verständigung hinarbeitete, findet sich jetzt folgerichtig mit dem rechten Flügel und der Bourgeoisie zusammen in der Forderung der „Verständigung“, d. h. der Unterwerfung. Es wiederholt sich i n d i e s e r H i n s i c h t das Stück, das bereits während des Krieges 1914-1918 aufgeführt wurde. Nur daß damals die Sozialpatrioten und die Sozialpazifisten in zwei Parteien sich getrennt hatten, während sie jetzt wieder in einer Partei vereinigt sind und also ein um so vielseitigeres und geschmeidigeres Instrument in der Hand der Bourgeoisie bilden. Die Führung kann den sozialdemokratischen und parteilosen Massen nur noch von der Kommunistischen Partei gegeben werden – oder vom Faschismus.

Sehen wir, wohin und wie die sozialdemokratische Führung die Massen geführt hat.

Der Sozialdemokratie schwebte von vornherein die Angst vor dem „Dolchstoß“ im Nacken. 1914 verriet sie zuerst den Sozialismus und die Arbeiterklasse, indem sie sich willenlos an den Wagen des [258] deutschen Imperialismus spannte. „In der Stunde der Gefahr“ verriet sie die Arbeiterklasse, um am Ende, als der deutsche Imperialismus an seiner eigenen Hemmungslosigkeit zusammenbrach, auch die Bourgeoisie zu verraten. Wir sind mit Lenin der Meinung, daß d a m a l s die Alternative nicht der revolutionäre Krieg war, sondern nur der Bürgerkrieg, denn das imperialistische Heer ließ sich nicht zu einem Werkzeug des revolutionären Krieges umformen, sondern nur zerbrechen. Die revolutionäre Abwehr ließ sich infolgedessen nur durch die Zwischenstufe der Niederlage und des Bürgerkrieges, der die proletarische Staatsmacht schuf, durch die vollendete proletarische Revolution, also durch die Desorganisation hindurch, organisieren.

Jetzt, nach dem Zusammenbruch der imperialistischen Heeresmacht, angesichts des Einbruchs der siegreichen imperialistischen Macht ins Land, war die Stunde gekommen, wo ein Schritt vorwärts zur proletarischen Revolution zugleich die Organisation der siegreichen Abwehr gegen den äußeren Klassenfeind, der im Lände stand, bedeutete.

Abermals hat die Sozialdemokratie schmählich versagt. Diesmal hat sie in einem die Arbeiterklasse und die Nation verraten, ausgeliefert einer verräterischen Bourgeoisie.

Was war, was ist die Voraussetzung des Sieges, der Rettung der Arbeiterklasse und der Nation?

Die r ü c k s i c h t s l o s e, mit grenzenloser revolutionärer Energie durchgeführte Einstellung aller finanziellen und wirtschaftlichen Mittel der Bourgeoisie in den Dienst der proletarischen Abwehr,

die rücksichtslose Bändigung ihrer selbstsüchtigen Profitinteressen, die Zerschmetterung des Feindes im Rücken, des Faschismus. Das erforderte noch keineswegs die volle Durchführung des Sozialismus, es genügte die erste Etappe: Zentralisierte Kontrolle und Regulierung der gesamten Wirtschaft unter dem entscheidenden Einfluß des Proletariats und seiner Organe. Die Kampfkraft der Arbeiterschaft war nur voll aufzubieten, wenn der Druck der Ausbeutung von ihrem Nacken genommen war, wenn für die Arbeitenden wie für die Arbeitslosen voll gesorgt war, wenn die dem schwersten Eingriff von außen ausgesetzte Wirtschaft von einem leitenden Zentrum aus zweckmäßig so reguliert wurde, daß ein Höchstmaß von Leistung, ein Mindestmaß von Arbeitseinschränkung und eine rationelle Arbeitsverteilung erzielt wurde.

Eine Riesenausgabe sicherlich, aber die entfesselten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse würden sie bewältigt haben, können sie bewältigen, werden sie bewältigen.

Was geschah statt dessen mit aktiver und passiver Hilfe der Sozialdemokratie? Ein Panama, ein Riesenraubzug des Schwerkapitals, der Banken, der Agrarier an den werktätigen Massen, die Erneuerung, Stärkung, Konzentration des Riesenkapitals auf Kosten der werktätigen Massen.

Zählen wir auf:

Die R u h r h i l f e: Milliarden nach Tausenden, zum großen Teil mit Hilfe der Gewerkschaften direkt aus den Löhnen und Gehältern erpreßt, den Unternehmern g e s c h e n k t als Betriebskapital. Sie haben sie zum Teil verwandt, um dem Reich billige Devisen abzunehmen.

[259] Die K r e d i t h i l f e: Größtenteils mit Hilfe der Notenpresse auf Kosten einer künftigen kolossalen Markentwertung den Unternehmern gewährt, um ihre durch Raubwirtschaft herabgekommenen Betriebe wieder instand zu setzen, Neuanlagen zu machen, riesige Konzentrationen vorzunehmen usw. Die famose Markstützung, unter Vaterschaft Hilferdings, ausgenutzt zu billigem Rohstoffimport durch die Schwerindustrie und zur „Stabilisierung der Löhne“, während die Preise höher kletterten, d. h. zu einer Senkung der Reallöhne. Als die „Markstützung“ den Export lahmzulegen drohte, der ungeheure Notendruck und die Kreditgabe durch die Reichsbank den inneren Wert der Mark drückte und mit Rücksicht auf die Rückzahlung der Kredite eine weitere Marksenkung dem allgemeinen Kapitalsinteresse rätlich schien, erzwang das Kapital, Stinnes voran, den Zusammenbruch der Markstützung. Hunderte von Millionen Goldmark an Devisen gingen dabei in die Taschen der Schwerindustrie und der Banken, Hunderte von Millionen Goldreserve der Reichsbank wurden verpulvert.

Die Gewerkschaften verhielten sich dabei mäuschenstill, ja, sie wandten ihren ganzen Einfluß auf, um die Lohnbewegungen zu verhindern, die einen Ausgleich für die trotz Markstützung steigenden Preise liefern müßten. So nebenher wurde das Bankgeheimnis wieder hergestellt, wurde die Getreideumlage beseitigt, wurde der freien Zuckerwirtschaft der Weg gebahnt.

Kurz: Industrie-, Bank- und Agrarkapital haben sich, gedeckt durch die Sozialdemokratie, der letzten Fesseln entledigen und die Massen schamlos ausplündern können. Die Steuern werden während dieser Periode des nationalen Hochgefühls der Bourgeoisie zu mindestens 90 Prozent von den proletarischen Schichten aufgebracht.

Gleichzeitig benutzt die Bourgeoisie die Gelegenheit, um unter dem Deckmantel der Organisation militärischer Abwehr an der Ruhr den Faschismus unerhört hoch zu züchten: die Waffe, mit der sie den Widerstand des Proletariats gegen die Unterwerfung brechen, mit der sie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zerschmettern wird, wenn sie an den Punkt gelangt sein werden, wo sie nicht mehr mitkönnen. Dabei hilft hervorragend die Sozialdemokratie mit, indem sie die Organisation der proletarischen Abwehr sabotiert, indem sie in Preußen zunächst das Zusammenarbeiten der Reichswehr mit den faschistischen Organisationen durch einen Scheinkampf maskiert und den v o r z e i t i g e n faschistischen Ausbruch zurückhält, um schließlich, unter dem rücksichtslosen Druck der Stinnes-Partei, glatt vor Seeckt und seinen Faschisten zu kapitulieren.

Nach diesen inneren Vorbereitungen ist jetzt der äußere Verrat, die Unterwerfung, reif geworden. Sie heißt natürlich nicht Unterwerfung, sondern Verständigung. Gemeinsam mit der Stinnes-Partei wurde dabei von der Sozialdemokratie die Vorarbeit geleistet; Stresemann, Breitscheid, Hermann Müller, Hilferding, Hermes haben harmonisch zusammengearbeitet. Und die internationale geheimdiplomatische Vorarbeit hat die 2. Internationale besorgt unter der Aegide der Hilferding-Auriol.

Die Intervention Curzons ist bereits die Folge der Tatsache, daß England fühlt, daß die deutsch-kapitalistische Abwehrfront wankt. [260] England drückt auf den offenkundig schwächeren Teil. Diese Intervention, die sich natürlich keine Intervention heißt, soll der englischen Lösung der Ruhrfrage den Weg ebnen, die auf die internationale Ausbeutung und Verwaltung des Ruhrgebiets und darüber hinaus auf die Verwandlung Deutschlands in eine französisch-englisch-amerikanische Industriekolonie hinausläuft. Eine internationale Gendarmerie wird nach den wohlwollenden Absichten des englischen Kapitals Rheinland-Westfalen beherrschen. Entsprechend dem englischen Uebergewicht in der 2. Internationale akzeptiert die 2. Internationale im wesentlichen den englischen Plan. England benutzt B e l g i e n, um gegen Frankreich ein Uebergewicht zu gewinnen.

Frankreich indessen wartet ab, bis der deutsche Widerstand weiter gebrochen ist. Die Reise Loucheurs war ein Zeichen dafür, daß Frankreich nicht mehr glaubt, den Ruhrbissen gleich allein verschlucken zu können. Loucheurs Pläne und die Englands nähern sich bereits. Der Schacher wird noch geraume Zeit dauern.

Inzwischen sucht die deutsche Bourgeoisie durch Provokationen unter den Arbeitslosen im Ruhrgebiet England und Frankreich die Notwendigkeit der Schupo und die Größe der kommunistischen Gefahr nahezubringen. England, das sich bereits als Mitbesitzer des Ruhrgebiets fühlt, richtet väterliche Warnungen an Frankreich, den deutschen Kommunismus nicht hochschießen zu lassen. Die französischen Militärs entsenden ihrerseits Provokateure, nicht dem Kommunismus und den deutschen Arbeitern zuliebe, sondern um die deutsche Bourgeoisie selber auszunützen, damit sie die proletarische Abwehrfront schwäche und andererseits den Arbeitern die deutsche Säbelherrschaft enthülle. Die deutsche Bourgeoisie, wütend über den Zwang, die Arbeitslosen, wenn auch auf Kosten des „Reiches“, d. h. der Arbeiterschaft, unterhalten zu müssen, schäumend über die, wenn auch unbewaffneten, proletarischen Hundertschaften, ist blind, dumm und brutal in die Falle getappt. Und auch dabei hat die Sozialdemokratie ihr die Stange gehalten. Mülheim war nur möglich, weil die Sozialdemokratie die Arbeitslosen kaltherzig den Provokationen der deutschen Faschisten und der französischen Agenten preisgab.

Einen halben Anlauf unternahm die Sozialdemokratie gegen das Gesetz über die Versammlungssprengungen, das richtig ein Gesetz zum Schutze des Faschismus heißen sollte. Aber den tapferen Helden wurden alsbald aus der eigenen Mitte Prügel in den Weg geworfen, und der bürgerlichen Mehrheit wurde im Zentralorgan erklärt, daß man nicht daran denke, das Gesetz verhindern zu wollen.

Die Sozialdemokratie steht jetzt unter dem eisernen Zwang ihrer bisherigen Taten. Sie versichert jedem, der es hören will, sie wolle der Cuno-Regierung die Verantwortung für die Kapitulation überlassen. Aber da sie die proletarischen Massen in der Abwehr verriet, so ist sie gezwungen, die Kapitulation zu forcieren. Die Bourgeoisie hat damit das sichere Mittel in der Hand, um die Sozialdemokratie zu zwingen, neben der wirklichen Mitverantwortung auch die formelle zu übernehmen, in die Regierung einzutreten. Sie wird im eigenen Eisen gefangen werden, so sehr sie sich sträuben mag. Und damit wird das Schicksal der Sozialdemokratischen Partei und der sozial-[261]demokratisch geführten Gewerkschaften besiegelt sein. Welche Widerstandskraft kann eine Partei noch haben gegenüber dem Faschismus, die dasteht zugleich als Verräterin der nationalen Interessen wie der elementaren wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Proletariats?

Wenn der biedere Hermann Müller den Berliner Funktionären vorflunkerte, nach der Kapitulation, wenn die Reparationen sich auswirken, werde die Sozialdemokratie vor der Frage stehen, wie sie die Republik mit sozialem Inhalt erfülle, so kann einem der Mann leid tun, wenn er das wirklich

glaubt. N a c h h e r diktieren Stinnes, Stresemann, Seeckt & Co. über die Sozialdemokratie. Nachher bleibt ihr nichts als die völlige Unterwerfung auch im Innern oder die Zerschmetterung.

Dieses Schicksal hat die Partei tausendfach verdient. Aber zugleich steht das Schicksal von Millionen deutscher Proletarier, steht das Schicksal des Landes auf dem Spiel. Die Kommunistische Partei wird die äußerste Energie aufbieten, um die sozialdemokratischen und parteilosen Massen zu sammeln zur Wiederherstellung und Festigung der Abwehrfront an der Ruhr, zum wachsenden Druck auf die deutsche Bourgeoisie und die mit ihr verbundene sozialdemokratische Führerschaft, um sie aus der antinationalen und antiproletarischen Front des Verrats abzulösen.

Ob es ihr gelingen wird, hängt nicht allein von ihr ab. Sollte es ihr nicht gelingen, so bricht ein düsteres Schicksal über die deutsche Arbeiterklasse herein.

*

Die Neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands[*)].

Von A d o l f W a r s k i.

Aus dem Kommunistischen Manifest von Marx und Engels, aus den Erfahrungen der großen französischen Revolution, der Pariser Kommune und der großen russischen Revolution wissen wir, daß der Sieg der revolutionären Klasse mit den unmittelbaren Interessen der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft verbunden ist und sein muß, daß er in gewissem Maße die Bestrebungen der ungeheuren Massen des Kleinbürgertums und der Bauern befriedigen muß, daß er ein Sieg der Mehrheit des Volkes sein muß. Die große Revolution der französischen Bourgeoisie hat nicht nur das Land der Bauern von den feudalen Lasten, den kirchlichen Zehnten und den Diensten für den König befreit, sondern es auch ihnen ermöglicht, einen gewissen Teil der großen königlichen und kirchlichen Güter sowie der Güter der Emigranten zu erwerben. Freilich geriet der größte Teil dieses Landes in die Hände der Bankiers, der Fabrikanten, der Kaufleute, der Spekulanten sowie der Beamten und Handwerker. Aber wenn der „dritte Stand“, die Bourgeoisie, den überwiegenden Teil der [262] konfiszierten Güter in ihren Besitz brachte, so tat sie das im Namen derselben Revolution, die die Bauern befreit hatte, und verband so deren Schicksal mit dem Schicksal ihrer Umwälzung. Und wenn auch ein großer Teil des Grund und Bodens dennoch in den Händen des Adels verblieb, der es nach der bourbonischen Restauration noch vermochte, seinen Bodenbesitz zu vermehren, so konnten die ökonomischen Errungenschaften der bäuerlichen Demokratie nicht mehr rückgängig gemacht werden. In seiner klassischen Verteidigung der Pariser Kommune bemühte sich Marx nicht ohne Grund, aufzuzeigen, was jene Regierung des Proletariats unmittelbar sowohl der kleinbürgerlichen Masse als auch den Bauern gab, denen sie nicht nur ihren eigenen Bodenbesitz beließ, sondern auch viele sofortige und unmittelbare Vorteile sicherte. Die große Revolution des russischen Proletariats ist in dieser Richtung am weitesten gegangen. Sie hat die wirtschaftliche Grundlage der Adelsherrschaft radikal ausgerottet, indem sie nicht nur die Kirchengüter, das Eigentum der Krone und der Emigranten, sondern auch den ganzen Grund und Boden des Adels konfiszierte, und indem sie fast alle diese Güter den Bauern zur Nutznießung überließ.

Von dem Augenblick an, wo die russische Revolution ausbrach, von dem Augenblick an, wo die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse sich dessen bewußt wurde, daß wir infolge des imperialistischen Krieges in die Aera der sozialen Revolution eingetreten sind – von diesem Augenblick an wurde die Frage der Stellung der Arbeiterklasse zu den arbeitenden Massen überhaupt, zu den Interessen und Forderungen der halbproletarischen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen, die Frage, was ihnen die proletarische Revolution geben kann und geben muß, zu einer brennenden, praktischen Frage. In der Politik ist das die Frage, wie man die halbproletarischen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen der politischen und geistigen Führung der Bourgeoisie entreißt, die Frage des Bündnisses des Proletariats mit den nichtproletarischen arbeitenden Massen, die Frage des Sieges

[*)] Wir entnehmen die Darlegungen des Gen. Warski, die deswegen besonders interessant sind, weil sie die Neue Wirtschaftspolitik vom internationalen Standpunkt aus betrachten, einer in polnischer Sprache erschienenen Broschüre, die sich gegen manche oppositionelle Strömungen in der KP Polens wendet. Darauf ist der polemische Ton des Artikels zurückzuführen.

der Revolution und der Erhaltung der revolutionären Macht in den Händen des Proletariats – auf dem Wege des Kompromisses. Es ist klar, daß die Stellung des Proletariats zu diesen arbeitenden Massen von ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung abhängig ist, daß sie demnach eine andere sein muß in solchen Ländern wie Deutschland und England, wo die rein zahlenmäßige wirtschaftliche und politische Bedeutung der Bauern minimal ist, eine andere in Frankreich und Italien, eine andere wiederum in Polen. In jedem dieser Länder kann das Kompromiß größer, kleiner oder minimal sein – je nach dem zahlenmäßigen Verhältnis des Proletariats zu den übrigen arbeitenden Massen, je nach seinen organisatorischen und technischen Fähigkeiten, je nach der Vorherrschaft der Großindustrie und der vergesellschafteten Arbeit usw. Aber nirgends kann die Revolution siegen, nirgends wird die Diktatur des Proletariats zu erhalten sein, wenn sie nicht die Unterstützung der ungeheuren Mehrheit der arbeitenden Massen besitzen wird, wenn sie nicht der Ausdruck ihrer Interessen und Hoffnungen sein wird. Pseudorevolutionäre Köpfe können die Pose einer äußersten Unversöhnlichkeit einnehmen und im Gefühl ihrer Erhabenheit mit einem Lächeln darüber sprechen, daß „die siegreiche russische Revolution mit einem Kompromiß mit dem Bauerntum angefangen hat“, daß sie „dem Bauerntum den freien Warenhandel zusichern“ mußte, und daß „hier die Quelle der Konzessionen liegt“, sie können sogar sich selbst mit voller Bestimmtheit versichern, daß bei uns in Polen die Revolu-[263]tion sich ohne ein Kompromiß mit den Bauern vollziehen wird, daß diese einen Dreck, aber keinen freien Handel bekommen werden – in Wirklichkeit wird es eine solche proletarische Revolution bestimmt nicht geben, in Wirklichkeit reduziert sich dieses Selbstgefühl entweder auf einen naiven Blanquismus oder Putschismus, der sich auf den Glauben stützt, daß eine Minderheit, wie sie die Arbeiter gegenüber den viele Millionen zählenden Massen der landarmen und landlosen Bauern bilden, es vermag, die Revolution ohne Teilnahme der arbeitenden Mehrheit und gegen sie durchzuführen, oder auch ist das eine Phrase, die faktisch nur die konterrevolutionären Tendenzen der Bauer und Kautsky verhüllt, nach denen die soziale Revolution in den Ländern mit einer bäuerlichen Mehrheit überhaupt ein Unsinn ist, weil sie zu einem Kompromiß mit der Kleinproduktion führt, während man in anderen Ländern warten muß, bis der Kapitalismus sich noch mehr entwickelt, denn dann wird der Sozialismus wie eine reife Frucht vom Baume des Kapitalismus fallen und die Arbeiter werden in den Methoden der Produktion und des Handels keinerlei Kompromiß mehr brauchen.

„Die Quelle der Konzessionen liegt darin, daß die Sowjetregierung dem Bauerntum den freien Warenhandel zusichern mußte“. „Andererseits ist die Konzessionspolitik das Resultat eines für das Bauerntum günstigen Kräfteverhältnisses“. So behauptet es der konsequenteste Vertreter der Opposition in der KP Polens. Was versteckt sich hinter dieser Behauptung? Offensichtlich die Ueberzeugung, daß in anderen Ländern, wo das Kräfteverhältnis für das Bauerntum nicht so vorteilhaft ist, die Herrschaft der proletarischen Diktatur damit beginnen wird, daß wir den bäuerlichen Kleinproduzenten ebenso wie den anderen, wie den Eigentümern jeglicher kleiner Werkstätten, den freien Handel mit den Erzeugnissen ihrer Produktion verbieten werden, denn darin liegt die Quelle der kapitalistischen Konzessionen.

Oder mit anderen Worten bedeutet dies, daß das Proletariat, nachdem es die Diktatur erobert hat, nicht nur den Bauern keinen Fuß breit des adligen Grund und Bodens geben wird, sondern ihnen das Recht auf ihren eigenen Bodenbesitz nehmen wird, damit sie nicht mit ihren Waren handeln können, daß es ebenso alle kleinen Schuhmacher-, Tischler- und Schlosserwerkstätten konfiszieren und nationalisieren wird, alle Krämerläden schließen wird, damit es keinen freien Handel gibt. Das soll die Diktatur des Proletariats erfordern. Oder auch wird die proletarische Regierung weniger konsequent, aber dafür liebenswürdiger sein und den kleinen Landwirten und Handwerkern das Eigentum an ihrem Grund und Boden, an ihren Werkstätten, Fabrikchen und Läden belassen, aber ihnen verbieten, ihre Waren auf dem freien Markte zu verkaufen. Kurz und gut, es wird das nicht eine ganze, sondern nur eine halbe Konfiskation des kleinen Eigentums sein, eine Beschränkung des Eigentumsrechtes. Was wird in diesem Falle der Kleinproduzent tun? Er wird alle seine Erzeugnisse an den Staat, seine zentralen und lokalen Organe verkaufen. Aber der Staat kann nur das kaufen, was er braucht, und in solchen Mengen, wie er sie braucht. Was werden also die Kleinpro-

duzenten mit den Waren machen, die der Staat nicht haben will oder deren Angebot zu groß sein wird, während es bei anderen zu klein sein wird? Offensichtlich werden die Kleinproduzenten, da sie nicht für den freien Markt produzieren können, nur das und nur so viel produzieren, was und wieviel der Staat braucht, d. h., der Staat wird ihre Produktion nach seinem Plan und den allgemeinen Bedürfnissen [264] leiten. Die Diktatur des Proletariats wird sofort nicht nur die große Industrie, sondern auch die gesamte kleine, kleinste und Zwergindustrie organisieren. Sie wird mit einem Schlag die ganze Produktion und den ganzen Austausch organisieren und vergesellschaften, damit es keinen freien Handel der Bauern gibt, der die „Quelle der kapitalistischen Konzessionen“ ist – mit einem Worte, sie wird sofort den Sozialismus einführen.

Für die polnische kommunistische Literatur ist es gewiß kein Vorzug, wenn sie sich mit ähnlichem Unsinn beschäftigen muß, der der Phantasie von Quartanern unwürdig ist; aber es ist das wirklich die Schuld der Partei, wenn der Verfasser ähnlichen Unsinns als einer ihrer Führer gelten kann und auf der Parteikonferenz eine gewisse Unterstützung erfährt. Was bedeutet z. B, die Behauptung, daß „die Politik der Konzessionen das Resultat eines für das Bauerntum günstigen Kräfteverhältnisses ist“, und daß daraus hervorgeht, daß „der Bauer der wirtschaftliche Diktator Rußlands ist“? Was für ein Interesse hat der Bauer daran, daß ein Teil der Wälder, Bergwerke und Hütten nicht von den Arbeitern, sondern von dem ausländischen Kapital ausgebeutet wird, denen dafür sowohl der Arbeiter als auch der Bauer einen Tribut zahlen muß? Jeder, der sich nur ein bißchen für die schwierigen und verwickelten Fragen der Wirtschaftspolitik der Sowjets interessiert hat, die im allgemeinen die Probleme jeder künftigen Arbeiterregierung in anderen Ländern sind, wer nur etwas davon gelesen hat, weiß, daß die Quelle des freien Handels der Bauern nichts gemein hat mit der Quelle der kapitalistischen Konzessionen in der Großindustrie. Es ist das sogar in chronologischer Hinsicht eine Fälschung, denn schon am 4. Februar 1919 hat Sowjetrußland in einem Friedensvorschlag, der an alle imperialistischen Staaten gesandt wurde, die Bereitschaft ausgedrückt, den Kapitalisten Konzessionen zu gewähren (u. a. auch die Bereitschaft, die Schulden der früheren russischen Regierungen anzuerkennen), also zu einer Zeit, wo es niemandem einfiel, von einer „Naturalsteuer“ und von einem freien Handel der Bauern auch zu träumen. In der Zeit der deutschen Invasion und später des Einbruches der konterrevolutionären Ententearmee und des Bürgerkriegs beruhte die Politik der Sowjetregierung dem Bauern gegenüber notwendig auf Requisitionen, für die die Regierung nichts als Gegenleistung geben konnte, die die Bauern und die bäuerliche Landwirtschaft ruinierten. Der Ruin aber der Bauernwirtschaft führte neben dem Krieg zum Ruin der Industrie, indem er diese der Lebensmittel und der landwirtschaftlichen Rohstoffe beraubte. Nach dem Aufhören des Bürgerkrieges und der letzten konterrevolutionären Invasion Piłsudskis mußte und konnte die Sowjetregierung im Interesse der Bauern und der Landwirtschaft mit den Requisitionen aufhören, die „Naturalsteuern“, eine bestimmte Abgabe in Form von landwirtschaftlichen Produkten, einführen und erlauben, den Nest der Produkte in freien Handel zu verkaufen. Das hatte zum Ziel nur eine Erleichterung der Lage der Bauern und einen Anstoß für die Erweiterung ihrer Produktion. Unseren „revolutionären“ Phrasenmachern zufolge ist der freie Handel „eine weitere Konzession an das Bauerntum“, „ein Verzicht auf eine selbständige ökonomische Linie auf dem Lande“. Eine weitere Konzession auf wessen Kosten? Offensichtlich auf Kosten der Linie des Sozialismus. Ein Verzicht worauf? Offensichtlich auf die Linie des Sozialismus.

Der freie Handel ist an Stelle der militärischen Requisitionen getreten – seit wann sind militärische Requisitionen gleichbedeutend mit [265] einer selbständigen „wirtschaftlichen Linie des Sozialismus auf dem Lande“, seit wann sind Rückzüge von der Politik der Requisitionen weitere Rückzüge vom Sozialismus ? Wie wir sehen, legen sich unsere „Allerrevolutionärsten“ gar nicht Rechenschaft ab über den Inhalt der Phrasen, die sie mit einem solchen Pathos vortragen.

Es ist selbstverständlich, daß der freie Handel mit Erzeugnissen der Bauernwirtschaft mit dem Sozialismus ebensowenig gemein hat wie die militärischen Requisitionen. Eine Rückkehr zu den Requisitionen wäre ebensowenig ein Rückzug auf die Linie der selbständigen sozialistischen Politik, wie die Requisitionen jedes polnischen Wachtmeisters während des Krieges durchaus nicht den sozialistischen Bestrebungen Piłsudskis entspringen. Eher umgekehrt! Wenn etwas eine planmäßige wirt-

schaftliche Linie des Sozialismus auf dem Lande gehemmt hat, so waren das vor allem die Requisitionen, die die Landwirtschaft zerstörten und dem Bauer jede Lust nahmen, über das Maß seiner eigenen Bedürfnisse hinaus zu produzieren. Die Schwierigkeiten der sozialistischen Wirtschaftspolitik und noch mehr der Agrarpolitik liegen gar nicht im Bestehen eines freien Handels des Kleinproduzenten. Sogar in den am meisten industrialisierten Ländern besteht neben der Großindustrie und dem Großgrundbesitz eine Kleinproduktion in der Industrie und auf dem Lande, und die Diktatur des Proletariats wird es gar nicht nötig und gar kein Interesse daran haben, das Eigentum der Kleinproduzenten zu nationalisieren oder ihnen die Freiheit des Handels zu nehmen. Schon Engels hat kurz vor seinem Tode darauf hingewiesen, daß die Sozialisten nach der Eroberung der Macht nicht an eine Enteignung der kleinen landwirtschaftlichen Produzenten denken können, und daß nur der Weg des Beispiels diesen die Vorzüge einer sozialistischen Landwirtschaft klarmachen und so allmählich die Mißstimmung der Bauern gegen eine vergesellschaftete kollektive Wirtschaft überwinden wird. Das wird natürlich die Sache von mehr als einer Generation sein. Die große Aufgabe des Sozialismus in der Landwirtschaft besteht, wie bekannt, in der Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes und in der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Landwirtschaft und Industrie. Rosa Luxemburg hat, als sie 1918 über die russische Revolution schrieb, die Aufgabe der Sozialisten in der Agrarfrage nicht nur in Rußland, sondern auch in den westlichen Ländern als „die schwierigste Ausgabe der sozialistischen Umwälzung“ überhaupt charakterisiert und hinzugefügt: „Wir werden uns, einmal zur Macht gelangt, auch im Westen und unter den günstigsten Bedingungen an dieser harten Nuß manchen Zahn ausbrechen, ehe wir nur aus den gröbsten der tausend komplizierten Schwierigkeiten dieser Riesenaufgabe heraus sind.“ In Rußland ist diese Aufgabe aus vielen Gründen um so schwerer. Vor allem darum, weil, obzwar ein Großgrundbesitz existiert hat, er vermittels bäuerlicher Pächter im Kleinbetrieb bewirtschaftet wurde und der Großbetrieb eine verhältnismäßig seltene Erscheinung war. Zweitens hat die Sowjetregierung sich wohl bemüht, eine größere Anzahl von Großbetrieben (Sowjetwirtschaften) zu schaffen, und hätte noch viel mehr schaffen können, wenn sie Produktionsmittel und organisatorische und technische Kräfte besessen hätte; aber auch die Sowjetwirtschaften auf dem Lande konnten sich infolge des Verfalls der Industrie nicht entwickeln. Nur dann, wenn er einen gut funktionierenden Apparat einer sich entwickelnden Großindustrie und des Transports usw. besitzt, kann der sozialistische Staat die ersten Schritte dazu tun, die landwirtschaftliche Großproduktion zu erweitern und sie mit der Großindustrie überhaupt in Einklang zu bringen, kann er [266] das ganze wirtschaftliche Leben des Landes beherrschen und durch wirtschaftliche Mittel die Kleinproduktion überhaupt und die bäuerliche im besonderen allmählich unter seinen Einfluß bringen, sie seinen wirtschaftlichen Plänen anpassen. Aber sieben Jahre Krieg und Blockade haben nicht nur die Landwirtschaft, sondern in noch größerem Maße die Industrie ruiniert. Zu ihrem Wiederaufbau sind ungeheure Produktionsmittel, ungeheure technische Kräfte, ungeheure Kredite notwendig. Das können die ausländischen Arbeiter nicht geben, weil sie den Staatsapparat nicht in ihren Händen haben, das können nur die ausländischen Kapitalisten geben. Daraus, aus der Unmöglichkeit, die Industrie mit eigenen Mitteln wieder aufzubauen und nicht aus dem freien Handel der Bauern entspringt die Politik der Konzessionen. Wenn die Bauern auch gar nicht Handel treiben könnten, wenn es auch überhaupt keine Bauernwirtschaften gäbe, wenn die ganze Landwirtschaft Sowjetwirtschaft wäre und sich in den Händen des Staates befände, auch dann würde das Bedürfnis nach Konzessionen nicht kleiner, sondern noch größer sein, denn die landwirtschaftliche Großproduktion bedarf solcher Produktionsmittel, ohne die die Bauernwirtschaft auskommt.

Nach der Eroberung der Macht hat die Sowjetregierung auf dem Gebiet der Industrie die ganze Großindustrie und die Banken nationalisiert. Aber unter den Bedingungen der Sabotage, des aufgezwungenen Bürgerkrieges und der fremden Invasion mußte sie binnen kurzem die Grenzen der in der ersten Phase der Diktatur einzig rationellen und möglichen Politik der allmählichen Nationalisierung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel überschreiten und begann alle Werkzeuge, alle Waren, alle Fabrikchen und Läden zu konfiszieren, denn sie war genötigt, in ihren Händen alle materiellen Mittel der Bourgeoisie zu konzentrieren, um den Krieg zur Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution führen zu können. Da stellten sich die „sozialistischen“ Feinde der

proletarischen Revolution in die Pose der Verteidiger des Marxismus und begannen zu schreien: Das ist kein Sozialismus, so kann man den Sozialismus nicht einführen. Während der Regierung Moraczewskis*) begann sogar ein solches Organ des reinen „Marxismus“, wie der „Robotnik“, den Arbeitern auseinanderzusetzen, wie die „Arbeiter- und Bauernregierung“ zum Unterschied von den Bolschewisten, besser als diese, allmählich Schritt für Schritt einen Produktionszweig nach dem anderen vom Kapitalismus abschneiden, und so den Sozialismus nicht mit bolschewistischen, sondern mit rein sozialistischen Methoden einführen wird. Es erwies sich jedoch bald, daß die Bourgeoisie die „Arbeiter- und Bauernregierung“ so gründlich von den Staatseinkünften abgeschnitten hatte, daß diese Regierung ohne einen Versuch des Widerstandes und der Verteidigung zurücktrat. Als er freiwillig die Macht in die Hände Paderewskis auslieferte, weinte Moraczewski in seinem Abschiedsaufruf darüber, daß er zurücktreten müsse, weil die Bourgeoisie seiner Regierung kein Geld geben wolle. Sie will nicht geben! Die Kautsky, Bauer und Hilferding, die sehr gelehrt die [267] bolschewistische Lehre verdammten, führten nicht minder gelehrt aus, wieso ihre Parteien die Gesellschaft allmählich „sozialisieren“ werden: erst werden sie die Kohlengruben, dann die Erz- und Metallgewinnung sozialisieren, d. h. die sogenannte Schlüsselindustrie – die grundlegende Industrie, die den Schlüssel zur Beherrschung des ganzen Wirtschaftslebens liefert –, und danach werde alles wie am Schnürchen ablaufen. Die Scheidemänner posaunten es von den Spalten aller ihrer Zeitungen, von allen Straßenecken laut aus: Die Sozialisierung marschiert! Und wie sollte sie nicht marschieren, wenn sogar das Parlament die Errichtung einer besonderen Sozialisierungskommission gestattete, in der die Leuchten des kastrierten Marxismus, Kautsky, Hilferding und andere saßen. Leider wurde das alles durch eine Kleinigkeit gestört: In Polen wollten die Bankiers und Schieber der Negierung Moraczewskis keine Mittel zur Verfügung stellen, und der „Robotnik“ konnte nicht weiter „sozialisieren“. In Deutschland aber „sozialisiert“ aus denselben Gründen jetzt Stinnes in Gemeinschaft mit französischen Kapitalisten die Industrie, und Oesterreich wird mitsamt seinem Parlament und der ganzen Demokratie von einer Clique internationaler Bankiers so gründlich „sozialisiert“, daß sogar Bauer und seine Partei piepsen und vom internationalen Proletariat Hilfe gegen diese nicht-bolschewistischen Methoden der Sozialisierung erflehen.

Jetzt zieht sich Sowjetrußland zurück, es kehrt zurück von der Linie der Nationalisierung und Sozialisierung jedes Hauses, jeder Fabrik und jedes Fabrikchens, jedes Geschäftes und jedes Kramladens. Es führt aber das Privateigentum in der Großindustrie an den großen Fabriken, Bergwerken, Hüttenwerken, Wäldern, Transportmitteln nicht wieder ein, es gibt den russischen und ausländischen Kapitalisten kein Fuß breit Land, kein einziges Mittel der Produktion zurück. Aber in eigene Verwaltung nimmt es nur so viel Industrie, so viel Produktion und Austausch, wieviel das russische Proletariat, seine Gewerkschaften, Genossenschaften und Staatsorgane mit ihren Mitteln und organisatorischen und technischen Fähigkeiten bewältigen können. Den Rest aber, den es mit eigenen Mitteln und Fähigkeiten nicht verwalten kann, gibt es den Kapitalisten in Pacht, gibt ihnen Konzessionen für die Ausbeutung dessen, was es selbst infolge des Mangels an Kapitalien, Produktionsmitteln und Rohstoffen nicht ausbeuten kann. Neben der eigenen vergesellschafteten Industrie führt es den sogenannten Staatskapitalismus ein, d. h. einen Kapitalismus, der unter der Kontrolle des Arbeiterstaates nach seinen Wirtschaftsplänen arbeitet und verpflichtet ist, einen Teil der Einkünfte diesem Staate abzugeben, der auf diese Weise seine eigenen Produktionsmittel vermehren, die vergesellschaftete Industrie wieder aufbauen und entwickeln kann.

So kehrt Sowjetrußland zum Ausgangspunkt der Oktoberrevolution zurück, als die Sowjetregierung die allmähliche Sozialisierung der Produktion und den Staatskapitalismus als unumgängliches Durchgangsstadium proklamierte. Von diesem Standpunkt wurde sie durch die Notwendigkeit des Krieges verdrängt. Aber ihr „Kriegskommunismus“ war ebensowenig ein Ausdruck einer sozialisti-

*) Moraczewski – ein polnischer Sozialpatriot – war Ende 1918 und 1919 Ministerpräsident einer Koalitionsregierung mit Bauernparteien, die sich stolz „Arbeiter- und Bauernregierung“ nannte. Sie mußte abtreten, da sie von der Bourgeoisie nicht mehr unterstützt wurde, nachdem sie die Grundlage für ihre Macht gelegt hatte, und machte der sozialdemokratischen reinen Bourgeoisregierung Paderewski Platz. „Robotnik“, Zentralorgan der P. P. S., der polnischen Sozialpatrioten.

schen Politik wie der „Kriegssozialismus“ der Regierungen zur Zeit des Weltkrieges, als der Staat fast die ganze Produktion und Konsumtion regulierte. Für die Bolschewiki war das nie ein Geheimnis. Ihre Führer hörten nicht auf, auch unter der Herrschaft des „Kriegskommunismus“ die Notwendigkeit des Staatskapitalismus zu verkünden. Es sollte scheinen, daß jetzt, wo die Sowjetpolitik in die [268] Bahnen einer allmählichen Verwirklichung des Sozialismus übergeht, die „Sozialisten“ zufrieden sein müßten. Es sollte scheinen, daß sie jetzt triumphierend rufen könnten: da haben die Bolschewiki unsere Ratschläge erhört, sind unseren Anweisungen gefolgt, haben endlich unsere Lehren verstanden. In der Wirklichkeit sehen wir das umgekehrte Bild. Die Scheidemänner aller Länder, die dort, wo sie die Regierung bildeten, keine einzige Fabrik sozialisiert haben, deren ganze Aufgabe es ist, die kapitalistische Welt wieder aufzubauen, und die zu diesem Zweck Regierungskoalitionen mit der Bourgeoisie schließen, die 24mal am Tage den Sozialismus verraten, schreien jetzt: die Bolschewiki führen den Kapitalismus ein, die Bolschewiki verraten den Sozialismus.

Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß der tatsächliche Unterschied zwischen Bolschewiki und Scheidemännern, zwischen der Kommunistischen Internationale und der Internationale 2 und 2½ nicht darin liegt, daß die einen den Sozialismus auf einmal, auf einen Schlag verwirklichen wollen, während die anderen bestrebt sind, allmählich Schritt für Schritt zu sozialisieren. Der Unterschied liegt darin, daß die einen allmählich die sozialistische Wirtschaft einführen wollen und können, weil sie die Diktatur des Proletariats haben, und deshalb das kapitalistische Eigentum nationalisieren konnten, während die anderen vorgeben, daß sie ohne Diktatur des Proletariats sozialisieren können, unter der Herrschaft der Diktatur der Bourgeoisie und deshalb keine einzige Fabrik kein einziges Bergwerk, kein einziges Hüttenwerk nationalisieren konnten.

Die Führer und Theoretiker der Scheidemänner kennen diesen Unterschied genau, und ihr Geschrei darüber, daß die Sowjetregierung den Kapitalismus einführe, hat nur den einen Zweck, die Massen darüber hinwegzutäuschen, daß sie selbst den Kapitalismus unterstützen. Aber naiven Gemütern – und solche fehlen auch unter den Kommunisten nicht – scheint es, daß die Abwendung vom Kriegskommunismus wirklich eine Abwendung von der Politik des Sozialismus bedeutet. Wenn Lenin sagt: bis hierher ziehen wir uns zurück und nicht weiter, so bedeutet das in seinem Munde: wir ziehen uns zurück vom Kriegskommunismus, der jetzt nicht notwendig und sogar schädlich ist, und geben deshalb den Bauern anstatt der Requisitionen den freien Handel; anstatt dort zu wirtschaften, wo wir infolge des Mangels an Kräften und Mitteln nicht wirtschaften können, geben wir Konzessionen unter der Bedingung, daß die Kapitalisten unsere Unternehmen nach unseren Wirtschaftsplänen führen werden, mit unserem Einverständnis, unter unserer Kontrolle, ohne die Rechte der Arbeiter zu verletzen; selbst aber werden wir jene Unternehmen leiten und entwickeln, die wir halten können; aber die konfiszierten Güter, Fabriken, Hüttenwerke, Bergwerke geben wir nicht zurück: bis hierher ziehen wir uns zurück und nicht weiter. Die KAPisten aller Länder glauben, daß der Kriegskommunismus der allerreinste Ausdruck des Sozialismus gewesen ist, daß der Rückzug vom Kriegskommunismus ein Rückzug von der Linie der sozialistischen Politik ist, und sehen darin Opportunismus.

Aber wenn wir einem einfachen Arbeiter die Naivität nachsehen können, wenn wir den Scheidemännern die verleumderische Behauptung schenken können, daß die Bolschewiki, als sie aus Gründen der Verteilung zum Kriegskommunismus schritten, glaubten, daß sie den Sozialismus auf einmal einführen werden, so müssen wir von einem Kommunisten, der Anwartschaft auf führende Stellen hat, verlangen, daß er begreife, daß die Diktatur des Proletariats noch nicht den [269] Sozialismus bedeutet, daß er wenigstens den Inhalt der Diktatur des Proletariats, die er so oft im Munde führt, verstehe, die Marx im Jahre 1875 so klar in den folgenden, fest umrissenen Worten [wiedergab:]

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht, auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Die Diktatur des Proletariats ist die unwiderrufliche unumgängliche Bedingung, das notwendige Werkzeug der Verwirklichung des Sozialismus, aber dieses Werkzeug braucht eine ganze neue Geschichtsepoche, um sein Werk zu vollenden. Es kann nicht sofort durch Berührung mit dem Zauberstabe die kapitalistische Welt in eine sozialistische verwandeln, es kann nicht in Bausch und Bogen alle Funktionen und Formen des Kapitalismus beseitigen. Und wenn die Diktatur des Proletariats noch eine lange Zeit die Kleinproduktion und den freien Handel ertragen sowie sich der Methoden und Mittel des Privatkapitals bedienen muß, wenn sie die ganze alte Welt nicht auf einmal verschlingen kann, so liegt darin eben so viel Opportunismus, wieviel revolutionärer Sinn sich in dem Gerede des Vertreters unserer Opposition verbirgt.

Gewiß, wenn der Kriegskommunismus eine Gefahr für den Sozialismus gewesen ist, weil er den alles vernichtenden Krieg und nicht den sozialistischen Ausbau bedeutet hat, so bedeutet die Rückkehr zur Politik des sozialistischen Aufbaues noch nicht, daß die Sache des Sozialismus in Sowjetrußland gesichert ist. Es drohen ihr tausend Gefahren, die Gefahren für die soziale Revolution überhaupt sind, insofern sie nur in einem Lande erfolgt, insofern sie für längere Zeit isoliert bleibt und in der Umgebung der ganzen großen und feindlichen Welt der kapitalistischen Staaten handeln muß. Es drohen ihr tausend andere Gefahren in einem Lande, wo die Arbeiterklasse verhältnismäßig sehr schwach an Zahl ist, wo die entscheidende Großindustrie sehr schwach ist und die Diktatur des Proletariats von einem ungeheuren Ring eines feindlichen oder gleichgültigen kleinbürgerlichen Elementes, von einem viele Millionen zählenden Bauerntum umgeben ist.

Diese Gefahren kann nur die Revolution des europäischen Proletariats beseitigen. Es ist Aufgabe der Kommunistischen Partei, das Proletariat für die Revolution fähig zu machen, aber die Partei wird ihre Mission nie erfüllen, wenn sie in ihren Reihen leere revolutionäre Phrasen dulden wird. [270]

*

Über den Stoff der Dialektik.[*)]

Von A. T h a l h e i m e r.

Franz Mehring, der auf dem Gebiet der Geschichte die materialistische Dialektik meisterhaft handhabte, empfand immer ein gelindes Grauen, sobald darauf die Rede kam, die dialektische Methode abstrakt, d. h. abgelöst vom Stoff, zu behandeln. Er pflegte in diesem Fall auf den geschichtlichen oder naturwissenschaftlichen Stoff und die vorhandenen Muster dialektischer Bearbeitung zu verweisen. Diese Ablehnung schoß übers Ziel hinaus, aber es steckte doch ein richtiger Kern in ihr. Er haßte wie die Pest, und mit Recht, den wissenschaftlichen Dilettantismus oder die Charlatanerie, die sich der Mühe entheben zu können glaubt, sich des Stoffes einer Wissenschaft bis ins kleinste Detail zu bemächtigen und aus der Fülle des Stoffes die Gedanken zu entwickeln. In dieser Hinsicht hat der dilettantische und vulgäre Marxismus eine Menge Unfug verübt, das Gebiet der Dialektik nicht ausgenommen. Sogar ist die Dialektik und die Methode des historischen Materialismus immer ein Lieblingsfeld für solchen Unfug gewesen. Was ist im Laufe der Jahre nicht alles ü b e r Dialektik und ü b e r die Methode des historischen Materialismus „im allgemeinen“ zusammengeflunkert worden!

Wir stimmen Mehring durchaus zu in der Ablehnung der allgemeinen Rederei ü b e r Dialektik. Sie ist wirklich wertlos.

Heute, wo zweifellos in den Köpfen der fortgeschrittensten Teile des revolutionären Proletariats ein urwüchsiges Interesse für die Dialektik zutage tritt, das Befriedigung sucht, scheint es uns besonders angebracht, vor dem Reden um die Dialektik herum zu warnen. Damit ist niemand gedient.

Von zweien eins. Entweder man zeigt den Wißbegierigen die Dialektik i n i h r e r A n w e n d u n g auf bestimmten dialektisch durchgearbeiteten Gebieten. Oder aber, statt über Dialektik zu reden, g e b e m a n i h n e n e i n e D i a l e k t i k.

[*)] Der Aufsatz des Genossen Thalheimer erschien gleichzeitig in dem Mitteilungsblatt der Sozialistischen Akademie zu Moskau.

Solange noch eine wissenschaftlich ausreichende Dialektik nicht geschrieben ist, begnüge man sich mit dem ersten.

Aber die Ausarbeitung einer Dialektik ist ein dringendes Bedürfnis. Die revolutionäre proletarische Generation bedarf ihrer. Sie bedarf ihrer, um sich in der tiefgehendsten umfassendsten und schwindelerregend“ raschen gesellschaftlichen Umwandlung zurechtzufinden: um sie zu verstehen und um handelnd in sie einzugreifen. Diese Umwälzung stellt an sie tagtäglich die verschiedensten Aufgaben der Anwendung der Dialektik. Sie muß alle ihre Probleme t i e f e r anfassen, als das die Generation vor 1914 – mit wenigen glänzenden Ausnahmen – tat. Man besehe sich z. B. die Kontroverse Bernstein-Kautsky über die dialektische Methode. Es ist dabei schwer zu entscheiden, wer von beiden die Sache flachköpfiger anfaßte.

Dem tiefen Zerfall der materiellen Ordnung der kapitalistischen Welt entspricht der tiefe Zerfall ihrer Ideologie. In den fort-[271]geschrittensten Teilen des Weltproletariats entsteht das Bedürfnis, über die praktischen Anforderungen des Kampfes und des sozialistischen Ausbaues hinaus sich ein umfassendes und streng geordnetes Weltbild zu schaffen. Das ist neben der dialektischen Bearbeitung der Einzelwissenschaften und der einzelnen Zweige praktischer Tätigkeit wiederum die Forderung nach einer Dialektik.

Da Marx die von ihm beabsichtigte Dialektik nicht geschrieben hat, muß sie das Werk dieser Generation sein.

Die für die Vorbereitung und schließliche Ausarbeitung der Dialektik grundlegende Frage ist: Welches ist der besondere Stoff, das eigentümliche Material der Dialektik?

Mehring schüttete das Kind mit dem Bade aus. Er hatte zehnmal recht, wenn er das Gerede um die Dialektik herum als unfruchtbar ablehnte. Er irrte, wenn er annahm, die Dialektik habe nicht ebenso einen ihr eigentümlichen Stoff, wie z. B. die Oekonomie oder die Geschichte.

Welches ist dieser Stoff?

Ein Bearbeiter der Dialektik muß hierbei kritisch an Hegel anknüpfen, bis jetzt des einzigen systematischen Bearbeiters der Dialektik, und zwar eines Bearbeiters von der außerordentlichsten Genialität. Man erwäge, daß Hegels Dialektik seit Aristoteles der erste g r u n d l e g e n d e Fortschritt auf dem Gebiet der Logik ist.

Die k r i t i s c h e Anknüpfung muß erfolgen nicht nur in bezug auf die M e t h o d e, sondern auch in bezug auf den S t o f f. Der Stoff der Dialektik sind die Denkkategorien, die die Einzelwissenschaften als bekannt und gegeben „voraussetzen“. Hegel hat mancherlei Stoff hineingezogen, der in die Einzelwissenschaften selbst hineingehört. Ein moderner Bearbeiter der Dialektik muß den Hegelschen Reichtum kräftig beschneiden.

Was die Hegelsche Methode der Behandlung dieses Stoffes anlangt, so ist näher zu erläutern, worin ihre von Marx so genannte „mystische“ Seite besteht. Die Mystik besteht in der Umkehrung des Grundverhältnisses des Gedankens zur Wirklichkeit, des Bewußtseins zum Sein. Infolgedessen der mystische Schein der „Selbstbewegung“ der Begriffe, der vielfach in reine Sophistik und Absurdität ausartet. Die Dialektik hat den systematischen Zusammenhang der Denkkategorien als die gedankliche Widerspiegelung des Zusammenhanges der Wirklichkeit darzustellen.

Der geniale Fortschritt Hegels über alle seine Vorgänger besteht in der F o r d e r u n g, daß der innere, allseitige, systematische Zusammenhang aller Denkkategorien aufgezeigt werde. Bei allen Vorgängern Hegels zeigt sich die paradoxe Erscheinung, die Hegel mit Recht als absurd und beschämend verwirft, daß Logik und Dialektik selbst keinen einheitlichen systematischen Zusammenhang haben sollen.

Hegel selbst stellt den Zusammenhang in verkehrter und verzerrter Form dar. Die Aufgabe besteht darin, ihn in der richtigen Form darzustellen, d. h. unter Festhaltung des richtigen Verhältnisses des Gedankens zur Wirklichkeit.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir einen Irrtum abwehren, dem unser Freund Bucharin verfallen ist. Die materialistische Dialektik wird durch Analogien aus der Mechanik keinen Schritt weiter gebracht. Die mechanischen Analogien erklären nichts. Materialistisch ist die Dialektik nicht, weil sie zu ihren Gesehen Analogien aus der Mechanik sucht (Bucharins mechanische „Erklärungen" der Dialektik sind nicht mehr als Analogien), sondern weil sie davon ausgeht, daß die Wirklichkeit das Denken bestimmt, und nicht umgekehrt. Die Wirk-[272]lichkeit ist aber bedeutend reicher als die Mechanik. Die mechanische Bewegung selbst ist nur ein Sonderfall materieller Bewegung.[*)]

Diese wenigen und knappen Bemerkungen möchten vor allem zur Bearbeitung wenigstens einzelner Teile der Dialektik anregen.

Die Hegelsche Bearbeitung der Dialektik beruht auf den Vorarbeiten von Kant, vor allem von Fichte, und den Arbeiten von Schelling. Eine systematische materialistische Dialektik wird schwerlich ohne eine ganze Reihe von Vorarbeiten geschrieben werden.

Ich glaube, es wäre eine zeitgemäße und wichtige Aufgabe der sozialistischen Akademie, Vorarbeiten zur Bearbeitung der Dialektik anregen und zu fördern.

*

Für die Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien.

Von Christo Kabaktschieff.

Zum 19. bis 22. Januar 1923 wurde der Parteirat der Kommunistischen Partei Bulgariens zu einer ordentlichen Sitzung, wie er solche viermal im Jahre, jede drei Monate abhält, einberufen. Diese Sitzung des Parteirates hatte sich außer mit der inneren Lage des Landes, noch mit den Beschlüssen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, sowie der V. Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation zu befassen. Zu der inneren Lage weist der Parteirat, indem er die neuen Erfolge der Partei in den am 14. Januar desselben Jahres stattgefundenen Bezirksratwahlen feststellt, auf die Notwendigkeit eines zahlenmäßigen Anwachsens der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in den Städten, ihrer organisatorischen Festigung, der Hebung der Kampfbereitschaft sowohl der Partei, als auch der ihr folgenden werktätigen Massen aus Stadt und Dorf, sowie des immer tiefer werdenden Eindringens und Erweiterns des Einflusses der Partei unter den Arbeitern und Kleinbauern hin. Der Parteirat hob ebenso auch die Notwendigkeit der zunehmenden Bereitschaft der Partei hervor, die Hiebe der bürgerlichen Koalition abzuschlagen, die trotz ihrer Niederlage in den Wahlen, ihre Kräfte organisiert und sich vorbereitet durch einen gewaltsamen Staatsstreich die Macht zu ergreifen, die Kommunistische Partei außer Gesetz zu stellen, die gewaltige Gesamtlast der Kriegsschulden und Reparationen den Arbeitern und Kleinbesitzenden aufzubürden, sowie ihre schwankend gewordene Klassenherrschaft durch eine unverhüllte Diktatur, mit der Unterstützung der Ententeregierungen, sogar mit Hilfe deren Truppen zu befestigen. Der Parteirat nahm die Beschlüsse der V. Konferenz der Kommunistischen Balkanföderation vollständig an und gab ein Manifest gegen den Krieg heraus. Ferner befaßte sich der Parteirat auf das eingehendste mit den von ihm in ihrer Gesamtheit angenommenen Beschlüssen des IV. Weltkongresses, wobei er über die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung eine Resolution von großer Bedeutung annahm. Der Zweck dieses Artikels ist eben, den Sinn und die Bedeutung dieser wichtigen Resolution, die wir in ihrer Gesamtheit am Schlusse des Artikels wiedergeben, zu erklären.

[273] Die vom IV. Kongreß der KI anempfohlene Taktik der Arbeiterregierung in den west- und mitteleuropäischen Ländern und die der Arbeiter- und Bauernregierung in der Tschechoslowakei und auf dem Balkan ist eine Fortsetzung und Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Doch hat die Kommunistische Partei Bulgariens die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung unter Verhältnissen anzuwenden, die sich von jenen in den west- und mitteleuropäischen Ländern sehr unterscheiden. Vor allem müssen wir eben auf diese Verhältnisse eingehen.

[*)] Ob selbst nur die Physik von der Mechanik aus sich vereinheitlichen läßt, ist mindestens fraglich. Soweit ich übersehe, suchen die Physiker die Vereinheitlichung eher auf dem Boden der Elektrodynamik.

I. Die Taktik der Einheitsfront in Bulgarien.

In Bulgarien ist die Kommunistische Partei die einzige Arbeiterpartei, sie ist die Massenpartei der Arbeiter und der kleinen und besitzlosen Bauern, sie ist die stärkste Partei in den Städten und steht in den Dörfern, nach dem Landwirtbund, der seit drei Jahren das Land regiert, an zweiter Stelle. Die Partei der Sozialverräter, in unserem Lande „breite Sozialisten“ genannt, die nach dem Kriege an der bürgerlichen Koalitionsregierung durch drei Minister teilnahm, verlor vollkommen auch jene Arbeiter, die ihr ehedem noch folgten. Von rund 80.000 Wählern, die 1920 für sie stimmten, bekam sie in den letzten Wahlen (14. Januar 1923) kaum 40.000; in derselben Zeit aber vermehrte die Kommunistische Partei, die 40.000 Mitglieder zählt und die am Wahlkampfe mit ihrem Gesamtprogramm teilnahm, dabei besonders in den Dörfern, einem wütenden Terror ausgesetzt war, ihre Stimmen von 184.000 im Jahre 1920 auf 230.000 am 14. Januar 1923, d. h. sie erhielt fast ein Viertel der insgesamt abgegebenen Stimmen (995.000) und mehr als die Koalition der vier alten bürgerlichen Parteien. Die Partei der „breiten Sozialisten“ ist die unbedeutendste Partei im Lande, ohne jeden politischen Einfluß unter den Massen.[*)]

Die Gewerkschaftsbewegung Bulgariens ist ebenso in einer einheitlichen Organisation, die in engster ideeller und organisatorischer Verbindung mit der Kommunistischen Partei steht und den Namen Allgemeiner Gewerkschaftsbund trägt, der 35.000 Mitglieder zählt, vereinigt. Nachdem im Jahre 1920 die Arbeiter aus einigen Gewerkschaften, die bis dahin mit der breit[en] „sozialistischen“ Partei gingen, zum allgemeinen Gewerkschaftsbund übertraten, blieb außerhalb des letzteren keine Gewerkschaft der in der Industrie und dem Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Es bestehen einige „neutrale“ Berufsverbände der Staatsbeamten, Angestellten, Lehrer u. a., die unter dem Einfluß der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien stehen und insgesamt nicht mehr als 10.000 Mitglieder zählen.

Klar ist es also, daß die Verhältnisse für die Taktik der Einheitsfront in unserem Lande sich von jenen in den anderen Ländern sehr unterscheiden. In den west- und mitteleuropäischen Ländern zählen die sozialverräterischen Parteien noch Hunderttausende von Arbeitern; in den von den Sozialverrätern geleiteten Gewerkschaften sind Millionen von Arbeitern organisiert; der Einfluß und die Macht der sozialverräterischen Parteien ist noch groß; in den meisten dieser Länder erfassen die Kommunistischen Parteien, im Gegenteil, bloß eine Minderheit der politisch organisierten Arbeiter und üben erst [274] einen ziemlich schwachen Einfluß unter den Gewerkschaften der Arbeiter aus.

Bei diesen Unterschieden in den Verhältnissen hat in unserem Lande die Taktik der Einheitsfront mit anderen Arbeiterparteien und gewerkschaftlichen Organisationen nicht jene Bedeutung, die sie in den anderen Ländern besitzt. Doch trotzdem nahmen die Kommunistische Partei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Bulgariens die Taktik der Einheitsfront auf und wenden dieselbe praktisch an. Wie machen sie dies? Die dem allgemeinen Gewerkschaftsbunde angehörenden Gewerkschaften der Staatsangestellten und Lehrer kämpfen zur Verwirklichung der Einheitsfront mit den Staatsangestellten und Lehrern, sowie mit deren außerhalb des allgemeinen Gewerkschaftsbundes stehenden „neutralen“ Organisationen. Die Kommunistische Partei übernimmt ebenfalls im Parlamente, in den Gemeinden, in ihren politischen Aktionen, in Meetings und Demonstrationen, die Verteidigung der professionellen und der Klasseninteressen dieser Angestellten und Arbeiter. Erfolge dieser Taktik treten schon zutage: unter den Staatsangestellten, von denen bloß ein kleiner Teil organisiert ist, die jedoch 120.000 Mann zählen und die in elenden Verhältnissen leben – ihre Löhne stehen unter dem Durchschnittslohn der industriellen Arbeiter – wurde eine breite allgemeine Bewegung gegen den Staat für die Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Lage geschaffen; diese Bewegung steht unter dem Einfluß unserer Gewerkschaften der Staatsangestellten und unter dem der Kommunistischen Partei.

[*)] In den Wahlen am 14. Januar 1923 erhielt die bürgerliche Koalition 219.000 Stimmen, d. h. weniger als in den Wahlen von 1920 (damals erhielt sie 252.000 Stimmen); der Landwirtregierung gelang es, durch Gewalttätigkeiten und Demagogie ihre Stimmen um ungefähr 100.000 zu erhöhen; sie erhielt 437.000 Stimmen.

Die Partei der „breiten Sozialisten“ stellte sich der Einheitsfront der Staatsangestellten und Arbeiter entgegen und verlor dadurch den kleinen Einfluß, den sie in den „neutralen“ Verbänden dieser Angestellten und Arbeiter inne hatte. Die „breitsozialistische“ Partei selbst, die sich schnell zersetzt und bloß eine unbedeutende Anzahl kleinbürgerlicher Intelligenz und Kleingewerbetreibender nach sich zieht, ist vom Standpunkte der Taktik der Einheitsfront und der Heranziehung der Massen, wenigstens im gegenwärtigen Augenblicke, ohne jede Bedeutung und ohne jedes Interesse.

Für das Eindringen in die breiten Arbeitermassen und für ihre Vereinigung gegen die Bourgeoisie, im Kampfe für die Verteidigung ihrer unmittelbaren und ihrer Klasseninteressen haben die Kommunistische Partei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Bulgariens, im allgemeinen, viel mehr unter den unorganisierten Arbeitern, als unter den in den „neutralen“ und anderen Berufsverbänden oder anderen Parteien Organisierten zu wirken, weil außerhalb der Kommunistischen Partei keine andere Arbeiterpartei und außerhalb des allgemeinen Gewerkschaftsbundes keine anderen gewerkschaftlichen Organisationen, sowohl in der Industrie, als auch im Gewerbe bestehen, es gibt bloß einige „neutrale“ Verbände der Staatsangestellten und Lehrer.

Die Taktik der Einheitsfront hat zum Ziel, die Vereinigung der Arbeitermassen im Kampfe zur Wahrung ihrer unmittelbaren und ihrer Klasseninteressen gegen die Offensive der Bourgeoisie, die Förderung der revolutionären Erkenntnis und die Verstärkung des revolutionären Kampfes der Arbeitermassen. Doch wir in Bulgarien erreichen dieses Ziel vor allem durch die Heranziehung der unorganisierten Arbeiter, durch die Herstellung von Arbeitskommissionen in den Fabriken und Werkstätten (die die Anfangsform der Fabrikskomitees, der Betriebsräte sind) und von Komitees der Angestellten der Unter-[275]nehmungen, durch die Organisierung der Arbeiter in den Gewerkschaften und in der Partei, durch die Vereinigung immer größerer Massen unorganisierter Arbeiter in den unter dem Banner der Kommunistischen Partei geführten Kämpfen. Ihre Erstarkung und ihre Erfolge verdankt unsere Partei namentlich eben ihrer ununterbrochenen und unermüdlichen Tätigkeit für die Heranziehung und Vereinigung der unorganisierten Arbeitermassen, sowohl in den alltäglichen Kämpfen für unmittelbare Interessen, als auch in den großen politischen Kämpfen für die Klasseninteressen und die revolutionären Aufgaben des Proletariats.

II. Der Landwirtbund und die Stellung der Kommunistischen Partei zu ihm

Die Frage der Arbeiterregierung im allgemeinen und die der Arbeiter- und Bauernregierung im besonderen, wurde in unserem Lande ebenso unter Verhältnissen, verschieden von jenen der west- und mitteleuropäischen Ländern, aufgestellt. In Bulgarien gibt es keine Arbeiterpartei außer den Kommunistischen und deshalb kann auch heute nicht einmal der Gedanke an eine Arbeiterregierung unter Teilnahme einer anderen Arbeiterpartei außer der Kommunistischen entstehen. Doch wenn die Kommunistische Partei die einzige Arbeiterpartei ist und unter der Arbeiterklasse gar keinen Nebenbuhler hat, so stößt sie unter der Bevölkerung im Dorfe, unter welcher sie einen großen und wachsenden Einfluß besitzt, mit dem Landwirtbunde zusammen, der hinter sich die Mehrzahl der Bauern schleppt.

Welches ist die Stellung der Kommunistischen Partei zum Landwirtbunde? Um diese Stellung verstehen zu können, muß man vor allem, einerseits den sozialen Bestand des Landwirtbundes und andererseits die Politik und die Taten der Landwirtregierung, die bereits drei Jahre lang das Land regiert, kennen. Die überwältigende Mehrzahl der Mitglieder des Landwirtbundes und seiner Wähler sind kleine und besitzlose Bauern. So sind, laut dem Bericht des Bundes für 1921, von 121.000 Mitgliedern, 3268 besitzlose, 97.798 mit Boden bis zu 50 Dekar, 27.176 mit Boden von 50-100 Dekar und 3839 Mitglieder mit Boden über 190 Dekar. Die wirkliche Zahl der Mittel- und Großbauern im Landwirtbunde ist zweifellos eine viel größere und ist besonders, seitdem der Landwirtbund die Regierung inne hat, in die Höhe gestiegen; aber trotzdem überwiegen im Landwirtbunde die Kleinbauern. Aus diesen Ziffern ist es ersichtlich, daß, seinem sozialen Bestande nach, der Landwirtbund eine kleinbürgerliche Bauernpartei ist. Als eine solche Partei übernahm der Landwirtbund die Macht mit einem Programm, das den Bauern versprach: Verminderung der Steuern, Verteilung des Bodens an die Kleinbauern und Besitzlosen, Beschränkung der Ausbeutung durch

das Wucher- und Handelskapital, Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden und der politischen Rechte des Volkes, im allgemeinen Sicherung des Friedens usw. Der Landwirtbund fing seine Regierung mit der Ideologie und der Politik einer kleinbürgerlichen Bauernpartei an; viele seiner „sozialen“ Gesetze und „Reformen“ sind halbe Maßnahmen, die die Kleinbauern täuschen sollen, doch denselben sehr wenig oder fast nichts geben; keiner bürgerlichen Partei und keiner Regierung war es bis jetzt gelungen, so geschickt mit der Demagogie umzugehen und die Bauernmassen nach sich zu schleppen, wie dieser aus der Bauernmitte selbst hervorgegangenen kleinbürgerlichen Partei.

Doch an die Macht gelangt, vollzogen sich im Landwirtbunde, während seiner Regierungszeit, sowohl in seinem sozialen Bestande, [276] als auch besonders in seiner Politik, wesentliche Veränderungen. Die mittleren und größeren Bauern im Bunde bereicherten sich und, trotzdem sie die Minderheit im Bunde blieben, errangen sie allmählich eine immer bedeutender werdende und leitende Rolle in demselben. Bereits im ersten Augenblick seines Regierens wurde der Landwirtbund seinen Erklärungen für die Erweiterung der Volksrechte und Freiheiten untreu; der Bund gelang zur Macht infolge der gänzlichen Kompromittierung der alten bürgerlichen Parteien, die den Krieg führten; diese Parteien selbst schoben den Landwirtbund in den Vordergrund, erleichterten es ihm, die Macht zu ergreifen, und stützten ihn gegen die Kommunistische Partei. Die historische Rolle des Landwirtbundes sowie der breitsozialistischen Partei, denen die Bourgeoisie nach dem Kriege die Macht abtrat, war, die Aufmerksamkeit der breiten werktätigen Massen abzulenken, ihre Unzufriedenheit zu unterdrücken und die schwankende Herrschaft der Bourgeoisie zu festigen. Die erste große Aktion der Landwirtregierung war die blutige Unterdrückung des allgemeinen Transportarbeiterstreikes, der 20.000 Eisenbahner, Post- und Telegraphenangestellten umfaßte und volle zwei Monate (vom 24. Dezember 1919 bis zum 25. Januar 1920) anhielt. Während dieses Streiks stellte die Landwirtregierung die Kommunistische Partei außer Gesetz, verhaftete Tausende ihrer Mitglieder, übergab sie den Standgerichten, und verurteilte Tausende von Streikenden und Kommunisten, setzte sie bestialischen Gewalttätigkeiten und Verprügelungen aus, erschoß viele von ihnen, verbot die gesamte Arbeiterpresse und versuchte in einem Worte, unter dem allgemeinen Beifall der ganzen Bourgeoisie und der alten bürgerlichen Parteien, die gesamte Arbeiterbewegung im Blut zu ersticken. Doch erwies sich die Kommunistische Partei viel gelenkiger und mächtiger als es die neuen Landwirtherrscher sich dachten: in den im Monat März 1920 unter einem wilden Terror stattgefundenen Parlamentswahlen gewann die Partei um den Preis vieler Opfer und durch ihr revolutionäres Gesamtprogramm 60.000 Stimmen mehr als in den Wahlen vom August 1919, sie vereinigte unter ihrem Banner 1.840.000 Wähler – Arbeiter und Bauern. Seitdem und bis jetzt, im Laufe von drei Jahren, verfolgt die Landwirtregierung mit kleinen Schwankungen dieselbe brutale reaktionäre und blutige Politik gegenüber der Kommunistischen Partei und den gemeinsam mit ihr kämpfenden werktätigen Massen aus Stadt und Dorf.

Doch um die wirkliche Rolle des Landwirtbundes festzustellen, ist wichtiger noch, als seine allgemeine reaktionäre Politik gegenüber der Kommunistischen Partei, durch die er sich vollkommen in den Dienst der gesamten Bourgeoisie stellt, seine Steuer-, Agrar- und „Sozial“politik, durch die der Landwirtbund vorwiegend die Interessen der Dorfbourgeoisie verteidigt. Durch ihre Steuerpolitik erhöhte die Landwirtregierung die indirekten Steuern von 150 auf 2000 Millionen Lewa und dabei fallen diese Steuern mit ihrer ganzen Last nicht bloß auf die Arbeiter der Stadt, sondern auch auf die kleinen und besitzlosen Bauern, die den größten Teil ihrer zum Leben notwendigen Gegenstände, ja sogar einen Teil des ihnen erforderlichen Getreides vom Markte beziehen; die direkten Steuern der Bourgeoisie sind bloß unbeträchtlich erhöht und noch unbeträchtlicher sind die Bodensteuern für die Mittel- und Großgrundbesitzer erhöht worden.

Durch ihre A g r a r p o l i t i k nahm die Landwirtregierung einigen Großgrundbesitzern, Anhängern der alten bürgerlichen Parteien, das Land weg, um der großen Masse der Kleinbauern Sand in die [277] Augen zu streuen, beschleunigte die Aneignung des Gemeindelandes durch die reichen Bauern, der landarmen Bauernmasse aber gab sie nichts.

Bulgarien ist ein Land des Kleinbetriebes. Laut der Statistik vom Jahre 1910 gibt es 705.000 selbständige Landwirte, von diesen besitzen 283.000 bloß bis zu 30 Dekar Boden, d. h. sind echte Kleinbesitzer; 263.000 besitzen von 30 bis 100 Dekar, d. h. sind ebenfalls Kleinbauern; 82.000 besitzen von 100 bis 300 Dekar Boden, und der Rest sind größere Landwirte. Die überwältigende Mehrzahl der Bauern sind folglich kleinbesitzende Landwirte, von welchen der größte Teil, bei der niederen Stufe der Landwirtschaft in unserem Lande, nicht einmal ihren Getreidebedarf aus ihrem Besitze decken können.

Bei der heutigen primitiven Art der Bodenbehandlung in Bulgarien und der kleinen Fläche des bebauten Landes kann durch keine Agrarreform allen kleinen und besitzlosen Bauern genügend Boden verabreicht werden. Nur die Verwandlung des Bodens in Gemeingut und die Anwendung der Maschinen in der Landwirtschaft können die Bedürfnisse der Bauern befriedigen und der Landwirtschaft unseres Landes einen Ansporn geben. Doch die Landwirtregierung gab den kleinen Bauern den wenigen Boden, den sie ihnen geben kann, nicht, weil sie den Boden der Mittel- und Großbauern nicht antasten will, und bloß zur Demagogie den Boden einiger Großgrundbesitzer, die ihre politischen Gegner sind, ausraubt und verteilt.

Mit ihrer „s o z i a l e n“ P o l i t i k ließ die Landwirtregierung eine blutige Steuer des Mittelalters – die obligatorische Arbeitspflicht – von der sie die Stadt- und Dorfbourgeoisie durch Loskauf befreite, auferstehen; schaffte die Einschränkungen, die während des Krieges den Wucherern aus Stadt und Dorf auferlegt waren, ab; schuf ein staatliches Konsortium und Syndikate für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und spielte diese Institutionen in die Hände der Mittel- und Großbauern des Landwirtbundes; bewilligte diesen Mittel- und Großbauern des Landwirtbundes Millionenkredite aus den Staatsbanken; veranstaltete alles, um die während und nach dem Kriege reichgewordene neue Dorfbourgeoisie, die die Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausnützte und sich der Staats- und Gemeindemacht bediente, um durch Plünderung Kapitalien anzuhäufen, zu schützen. Durch diese „soziale“ Politik, die die neuen Schichten der Dorfbourgeoisie großzog und stärkte, und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Stadtbourgeoisie entriß, spitzte die Landwirtregierung den Antagonismus und den Kampf zwischen dem Landwirtbunde und den alten bürgerlichen Parteien zu.

Mit einem Worte, die Mittel- und Großbauern des Landwirtbundes nützten die Macht aus, um ihren Besitz und ihre Kapitalien zu vermehren, sie bilden die neureichgewordene Dorfbourgeoisie, welche heute die herrschende und leitende Rolle im Landwirtbunde spielt und die Politik der Landwirtregierung leitet. Ein Teil der Dorfbourgeoisie, die früher bei den alten bürgerlichen Parteien war und die zum Landwirtbunde überging, um die Macht auszunützen, bildet den rechten Flügel im Bunde und neigt zu einer Koalition mit den alten bürgerlichen Parteien; an der Spitze dieses Flügels steht der Finanzminister Turlakoff. Zahlreicher und stärker im Landwirtbunde ist die neu reichgewordene Dorfbourgeoisie, die aus den Mittelbauern hervorgegangen ist und mit Stambolinski an der Spitze den „linken“ Flügel im Bunde bildet. Diese Dorfbourgeoisie will alle Vorteile der Macht ausschließlich für sich benützen, deshalb will sie selbständig herrschen [278] und zu diesem Zweck ist sie danach bestrebt, durch kleinbürgerliche halbe Reformen und Demagogie, ihren Einfluß unter der breiten Masse der Kleinen und Besitzlosen zu erhalten.

Heute verfichtet der Landwirtbund und die Landwirtregierung die Interessen und die Politik der Dorfbourgeoisie.

Doch eben deshalb erzeugt der Landwirtbund und die Landwirtregierung immer mehr die Unzufriedenheit der kleinen und besitzlosen Bauern. Diese Bauern fühlen bereits schon die Folgen der zweideutigen und heuchlerischen Politik der Landwirtführer; sie fangen an zu erkennen, daß sie irre geleitet und betrogen sind, und daß auf ihre Kosten die Dorfbourgeoisie reich und stark wird, sie sind heute einer noch größeren Ausbeutung seitens des Wucherers und des Händlers aus dem Dorfe ausgesetzt, sie zahlen größere Steuern, sie werden in ein immer tiefer werdendes Elend gedrängt. Deshalb auch fangen die kleinen und besitzlosen Bauern, ja sogar die, die dem Landwirtbunde folgen, an, die Losungen der Kommunistischen Partei für die Abschaffung der auf den werktätigen Massen

aus Stadt und Dorf lastenden Steuern, für die Besteuerung der Bourgeoisie, für die Einschränkung der Ausbeutung durch das Wucher- und Handelskapital, für die Sicherung des Unterhalts der Kleinen und Besitzlosen, für die Konfiszierung eines Teiles der Kapitalien, für die Entwaffnung der Bourgeoisie, für die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, für die Erhaltung des Friedens, für Bündnis mit der russischen Sowjetrepublik, für Frieden und Bündnis mit den benachbarten Balkanvölkern aufzunehmen. Ununterbrochen vergrößert die Kommunistische Partei die Zahl ihrer Anhänger und stärkt ihren Einfluß in den Dörfern, sie vereinigt unter ihrem Banner neue Tausende von Bauern und in derselben Zeit stößt sie die kleinen und besitzlosen Bauern des Landwirtbundes nach links, verschärft die Widersprüche und den Kampf zwischen diesen Bauern und der im Landwirtbunde herrschenden Dorfbourgeoisie und dadurch bereitet sie die Bedingungen für den gemeinsamen Kampf der werktätigen Dorfmasse der Kommunistischen Partei und des Landwirtbundes vor.

Die im Landwirtbunde herrschende Dorfbourgeoisie und ihre Regierung wenden alle Mittel an, um den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei in den Dörfern stillzulegen, die Bauernmassen von ihr abwendig zu machen und sie unter ihrem Einfluß zu behalten. Zu diesem Zwecke bedienen sie sich sowohl des Terrors in den Dörfern, wo sie Hunderte von unseren Genossen und Sympathisierenden Gewalttätigkeiten, Verhaftungen und nicht selten Morden, aussetzen, als auch der Demagogie, des „nachlinks“ Spielens, Versprechungen von Verteilung des Bodens an die armen Bauern usw. Doch alle Anstrengungen der Landwirtherrscher und Machthaber können die Unzufriedenheit der kleinen und besitzlosen Bauern des Landwirtbundes stillen, können nicht den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei in den Dörfern hemmen und auch nicht die Verwirklichung der Einheitsfront des Proletariats der Stadt und der breiten Massen von außerhalb des Landwirtbundes stehenden oder in ihm organisierten kleinen und besitzlosen Bauern vereiteln. (Fortsetzung folgt.) [279]

*

Das proletarische Existenzminimum.

Von W i l h e l m S w i e n t y.

Die Veröffentlichung des vor mir wöchentlich in der „Roten Fahne“ berechneten Existenzminimums begann in Nr. 215 vom 19. Mai 1922. Durch die Aufstellung und Errechnung der Kosten des Lebensunterhaltes einer Arbeiterfamilie im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde bezweckt, den bürgerlichen, gefälschten Berechnungen des Lebenshaltungsindexes eine möglichst genaue, den Tatsachen entsprechende Darstellung der proletarischen Lebenshaltungsausgaben entgegenzusetzen. Denn die bis dahin bestehenden Berechnungen des Existenzminimums gaben allmonatlich (eine wöchentliche Veröffentlichung des Existenzminimums gab es damals noch nicht!) die Ausgaben so gering an, daß sie immer noch weit hinter den Löhnen der am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien zurückblieben. Man muß also annehmen, daß z. B. C a l w e r, das S t a t i s t i s c h e R e i c h s a m t, Prof S i l b e r g l e i t vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, usw. die Interessen der Kapitalisten vertreten, wenn sie nicht direkt im Solde der Schwerindustrie und der Zechenbesitzer stehen.

Man errechnet ein Existenzminimum von zwei Gesichtspunkten aus:

1. Die N a h r u n g muß so zusammengestellt sein, daß sie den Anforderungen eines Menschen entspricht, sowohl was ihren Kalorienwert (eine Kalorie ist eine Wärmeeinheit), als auch ihre Sättigungsfähigkeit betrifft.

2. Die Ausgaben für a l l e s a n d e r e L e b e n s n o t w e n d i g e, ausschließlich der Nahrungsmittel, müssen auch kleine kulturelle und ideelle Bedürfnisse, die jeder Proletarier heute braucht, z. B. Theater, Zeitung, Lektüre, sowie alles das einschließen, was zur Erhaltung des Lebens unbedingt notwendig ist, z. B. Sonntagsspaziergang, Volksbad, Seife usw.

Nach den Berechnungen von R u b n e r, V o i g t usw. sind zur Ernährung und zur Erhaltung des Körpergewichtes für den erwachsenen, 1,70 Meter großen, 60 Kilogramm schweren Mann 3000 Kalorien bei mittelschwerer Arbeit nötig. Das macht pro Kilogramm 50 Kalorien. Der bekannte

Hygieniker Flügge hat an Hand von Versuchen und statistischem Material festgestellt, daß bei vollkommener Ruhe 20 bis 30 Kalorien pro Kilogramm Körpergewicht innerhalb 24 Stunden verbraucht werden, bei mäßiger Arbeit 30 bis 40 Kalorien, bei mittelschwerer Arbeit 50 bis 60 Kalorien, bei schwerster Arbeit 70 Kalorien. Auch aus diesen Zahlen ergibt sich für einen arbeitenden Mann eine tägliche Mindestzufuhr von 3000 Kalorien. Mit einer formalen Deckung des Ernährungsbedarfes des Menschen nach Kalorien ist es aber noch nicht getan, sondern es ist nötig, daß die Nahrung zu bestimmten Teilen aus Eiweiß, Fett und Kohlehydraten zusammengesetzt ist. So verlangen die Hygieniker und Nationalökonomen als Tagesminimum für einen erwachsenen Mann durchschnittlich 60 bis 80 Gramm Eiweiß (Fleisch, Fisch), 50 bis 60 Gramm Fett (Butter, Margarine) und 500 Gramm Kohlehydrate (Brot, Zucker, Kartoffeln, Mehl usw.). Es ist selbstverständlich nötig, daß neben der zweckmäßigen und ausreichenden Zusammensetzung der Nahrungsmittel auch das Geschmacksempfinden des Menschen berücksichtigt wird.

Die Lebenshaltungskosten der „Roten Fahne“ sind aufgestellt und berechnet für eine sogenannte „Normal-Arbeiterfamilie“, bestehend aus Mann, Frau und zwei schulpflichtigen Kindern. Alle diese Personen entsprechen sowohl hinsichtlich ihres Körpergewichtes als auch ihrer Körperlänge vollständig dem Bevölkerungsdurchschnitt des Deutschen Reiches. Der Tagesbedarf des Mannes an Kalorien beträgt 3000, der der Frau 2500, [280] des Knaben von 13 Jahren 2000 und der des Mädchens von 11 Jahren 1500 Kalorien. (Die Zahlen für die beiden Kinder sind deshalb so hoch gegriffen, weil der menschliche Körper während der Periode des Wachstums ebensoviel Nährstoffe verbraucht wie ein erwachsener Mann bei mittelschwerer bis schwerer Arbeit, also 50 bis 60 Kalorien pro Kilogramm Körpergewicht). Für die ganze Familie ergibt sich folglich als Tagesmindestbedarf 9000 Kalorien, als Wochenmindestbedarf 63.000 Kalorien.

Wie im einzelnen die Deckung dieser Kalorien von mir erfolgt, ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle, die gleichzeitig Auskunft über den Preis dieser Kalorienmenge in der Woche vom 16. bis 22. April 1923 gibt.

Es kostet in Mark in der Woche vom 16. bis 22. April 1923:

Gramm	Lebensmittel	Kalorien	Gesamtpreis
2100	Blutwurst	4200	21.840,00
10.500	Brot	23.100	7600,00
1311	Butter	9977	25.695.60
3	Eier (Stück)	225	1110,00
180	Erbsen	504	612,00
150	Haferflocken	501	360,00
210	Kaffee	–	7560,00
630	Kaffee-Ersatz	–	1260,00
7050	Kartoffeln	5205	705,00
180	Linsen	504	648,00
540	Margarine	4266	3888,00
1050	Marmelade	2415	2520,00
1800	Milch (ccm)	1188	1728,00
1350	Mohrrüben	339	540,00
360	Nudeln	1188	1152,00
300	Backpflaumen	600	900,00
150	Reis	495	540,00
1500	Rindfleisch	2100	13.800,00
900	Rotkohl	144	720,00
750	Schellfisch	185	2400,00
200	Salz	–	32,00
300	Schweinefleisch	630	3000,00
300	Speck	2050	5040,00
42	Tee	–	1680,00
795	Zucker	3090	1898,00
	Insgesamt	63.006	107.228,60

(Zusammengestellt sind die Preise aus 5 Berliner Stadtteilen, in denen dauernd dieselben Kleinhandelsgeschäfte kontrolliert werden.)

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß der Nährstoffbedarf eines Ehepaares mit zwei schulpflichtigen Kindern in der angegebenen Woche allein schon 107.229 Mart kostete. Der Preis einer Kalorie beträgt demnach 1,70 Mark. Demgegenüber betrug in der Vorkriegszeit der Preis einer Kalorie 0,00003 Mark (= drei Tausendstel Pfennig).

Die tägliche Wärmemenge von 9000 Kalorien ist durch die in der obigen Tabelle angegebenen Nahrungsmittel vollauf gedeckt. Fett und Eiweiß sind in ausreichender Menge eingereiht, letzteres zu 67,4 Gramm täglich für den erwachsenen Mann.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Statistiken über die Lebenshaltungskosten habe ich die Wahl der Nahrungsmittel außer nach ihrem Sättigungs- und Kalorienwert auch nach ihrer S c h m a c k h a f t i g k e i t getroffen. Selbstverständlich bin ich, wie es bei der Berechnung eines Existenzminimums Voraussetzung ist, von der Preiswürdigkeit der Waren in allererster Linie ausgegangen. Trotzdem habe ich nicht wahllos nur die billigsten [281] Nahrungsmittel genommen und damit die Kalorienmenge zahlenmäßig gedeckt, wie es z. B. Dr. K u c z y n s k i tut, sondern für jeden Tag der Woche ein besonderes, den Anforderungen des Kulturmenschen entsprechendes Mittagessen eingereiht. Bei einer andersartigen Zusammenstellung der Nahrungsmittel in einem Index, wie dies bürgerlicherseits überall geschieht, würde bei seiner drastischen Anwendung unweigerlich nach kurzer Zeit der aus den Gefängnissen und Zuchthäusern bekannte Zustand der „A b g e g e s s e n h e i t“ eintreten, der sich in einer vollkommenen Apathie und dem Unvermögen der Nahrungsaufnahme kundgibt. Trotzdem ist es nicht zu vermeiden, daß eine gewisse Starre in der Nahrungsmittelverteilung dadurch eintritt, daß sie für jede Woche die gleiche bleibt, denn es ist nicht allein Aufgabe des „proletarischen Existenzminimums“, die jeweiligen Mindestkosten des Lebensunterhaltes festzustellen, sondern es soll gleichzeitig dazu dienen, einen genauen Gradmesser über die Entwertung der Mark zu liefern.

Alle übrigen in der oben aufgeführten Tabelle nicht angegebenen Nahrungsmittel und Zutaten sind in dem Fonds „Sonstige Anschaffungen für den Haushalt“, der sich in der Tabelle 2 befindet, inbegriffen.

Außer der Nahrungsmittelmenge kommt hinzu die Summe für alle die lebensnotwendigen Ausgaben, die erforderlich sind, um das Wohlergehen und den Fortbestand unserer Normalfamilie zu garantieren. In der nachfolgenden Aufstellung sind diese Ausgaben detailliert zusammengestellt.

Es betrugen in der Woche vom 16. bis 22. April 1923 die Ausgaben für:

Kleidung	12500	M.
Schuhwerk	4100	"
Leibwäsche	3800	"
Heizung	4950	"
Fahrgeld	7800	"
Sonntagsspaziergang	1500	"
Volksbad	3100	"
Schuhreparaturen	4150	"
Partei- und Gewerkschaftsbeitrag	3500	"
Theater	400	"
Gas	4000	"
Friseur	1200	"
Krankenkasse	3500	"
Invalidenversicherung	1700	"
Arzt	470	"
Medikamente	600	"
Diebstahl und Feuerversicherung	45	"
Genußmittel	1205	"
Bettzeug	530	"
Miete	700	"
Lektüre, Zeitung	1750	"

Schreib- und Schulmaterial	740	"
Seife	700	"
Briefporto	55	"
Reparaturen an Kleidung, Wäsche, Bettzeug	900	"
Sonstige Anschaffungen	2410	"
Insgesamt	66.350	M.

Nun zur Erläuterung der einzelnen Beträge!

Für K l e i d u n g sind vorgesehen: für jedes Familienmitglied ein Anzug bzw. ein Kleid pro Jahr, alle zwei Jahre ein Mantel, alle drei Jahre ein Hut.

Als S c h u h w e r k sind eingereiht für jedes Familienmitglied jedes Jahr ein Paar Schuhe.

Der Posten „L e i b w ä s c h e“ umfaßt: Unterwäsche, Kragen, Strümpfe, Handschuhe, Schlips, Hosenträger usw.

[282] Für H e i z u n g sind gerechnet monatlich 3 Zentner Kohlen.

Der S o n n t a g s s p a z i e r g a n g wird dreimal im Monat unternommen; seine Kosten belaufen sich auf eine Fahrkarte 3. Klasse (2. Preisstufe) für jedes Familienmitglied.

Allwöchentlich wird ein B a d genommen, alle drei Monate müssen die S c h u h e besohlt werden, einmal monatlich gehen die Eltern zu einer V o l k s b ü h n e n-V o r s t e l l u n g.

Monatlich werden 30 Kubikmeter G a s verbraucht.

Die mit „A r z t“ und „M e d i k a m e n t e“ bezeichneten Beträge sind für die nicht in der Krankenkasse befindlichen Familienmitglieder in Anrechnung gebracht.

Die M i e t e ist berechnet für eine Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern und Küche.

Die Neuanschaffungen für B e t t z e u g sind angesichts der Teuerung der Leinen- und Stoffpreise sicher nicht zu hoch gegriffen.

Der Fonds „G e n u ß m i t t e l“ umfaßt alle Ausgaben für Tabak, Obst, Süßigkeiten usw.

Die mit „S o n s t i g e A n s c h a f f u n g e n“ bezeichnete Summe ist nötig zur Bestreitung von all den kleineren, zur Herstellung des Mittagbrotes notwendigen Ausgaben (s. o.) sowie von Scheuerlappen, Schuhwichse, Putzzeug usw. Auch der „Abnutzungsfonds“ des Haushaltes ist in dieser Summe enthalten.

Zu den beiden Summen für Nahrung und alles übrige Lebensnotwendige kommen 13.886, Mark für 8 Prozent Steuern hinzu. Der g e s a m t e L e b e n s m i t t e l u n t e r h a l t einer vierköpfigen Familie betrug also in der Woche vom 16. bis 22 April 1923 1 8 7 . 4 6 4 1,8 9 M a r k.

Die Steigerung gegen die Vorkriegszeit betrug das 5 7 1 8,9 f a c h e. Gemessen am proletarischen Existenzminimum für Groß-Berlin, war der Wert der Mark in der angegebenen Zeit nur noch 0,0 1 7 1 3 P f e n n i g e.

Wie i m e i n z e l n e n seit Ende März 1922 die Kosten der Lebenshaltung gestiegen sind, ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Kosten der Ausgaben (in Mark) für

Woche	Nahrung	Kleidung, Heizung, Wohnung, Beleuchtung, Fahrgeld usw.	8 Prozent Steuern	den gesamten Lebenshaushalt
Durchschnitt 1913/14	20,28	12,50	–	32,78
1922				
24.-30. März	800,26	551,63	108,15	1460,06
31. März-6. April	887,09	574,84	116,95	1578,88
2.-8. Mai	998,65	613,49	128,97	1741,11
30. Mai-5. Juni	1154,86	682,09	146,96	1983,91
4.-10. Juli	1589,89	1012,63	208,22	2810,74

Woche	Nahrung	Kleidung, Heizung, Wohnung, Beleuchtung, Fahrgeld usw.	8 Prozent Steuern	den gesamten Lebenshaushalt
1.-7. August	1943,91	1220,70	253,17	3417,78
5.-11. September	3852,66	3852,09	615,58	8310,33
3.-9. Oktober	5301,20	4174,88	758,09	10.234,17
31. Oktober-6. November	12.197,32	5228,09	1394,03	18.819,44
5.-11. Dezember	19.119,80	9784,60	2312,35	31.216,75
1923				
1.-7. Januar	24.647,90	14.320,00	1217,43	42.085,33
29. Januar-4. Februar	71.308,05	34.090,00	8.431,84	113.829,89
26. Februar-4. März	90.849,30	54.610,00	11.636,74	157.096,04
2.-8. April	101.854,40	62.650,00	13.160,35	177.664,75

[283] Hieraus ist ersichtlich, daß innerhalb des letzten Jahres die Lebenshaltungskosten um mehr als das 120fache gestiegen sind. Die Kosten für Nahrung haben sich mehr als die Kosten für alle übrigen Ausgaben verteuert. Die nachfolgende Aufstellung gibt Ausschluß darüber, wie im einzelnen die Lebenshaltungskosten zu Anfang eines jeden Monats sowohl gegen die Vorkriegszeit als auch gegen Ende März 1922 gestiegen sind.

Woche	Lebenshaltungskosten M	Steigerung gegen die Vorkriegskosten (Durchschnitt 1913/14 = 1)	Steigerung gegen Ende März 1922 (= 100)
Wochendurchschnitt 1913/14	32,78	1	–
1922			
Wochendurchschnitt des Januar (schätzungsweise)	1200,00	37	–
Wochendurchschnitt des Februar (schätzungsweise)	1200,00	37	–
24.-30. März	1460,06	45	100
31. März-6. April	1578,88	48	108
2.-8. Mai	1741,11	53	119
30. Mai-5. Juni	1983,91	61	136
4.-10. Juli	2810,74	86	193
1.-7. August	3417,78	104	234
5.-11- September	8310,33	254	569
3.-9. Oktober	10.234,17	312	701
31. Oktober-6. November	18.819,44	574	1289
5.-11. Dezember	31.216,75	952	2138
1923			
1.-7. Januar	42.085,33	1284	2883
29. Januar-4. Februar	113.829,89	3473	7797
6. Februar-4. März	157.096,04	4792	10.760
2.-8. April	177.664,75	5420	12.168

Infolge der dauernden Steigerung, ganz besonders in den letzten drei Monaten, hat sich der Wert der Mark immer weiter verschlechtert.

Er betrug, gemessen am proletarischen Existenzminimum:

1913/14			100	Pfennige
1922	Ende	März	2,247	"
	Anfang	April	2,075	"
	"	Mai	1,883	"
	"	Juni	1,653	"
	"	Juli	1,163	"
	"	August	0,961	"
	"	September	0,394	"
	"	Oktober	0,321	"
	"	November	1,653	"
	"	Dezember	1,175	"

1923	"	Januar	0,079	"
	"	Februar	0,028	"
	"	April	0,0184	"

Es ist ganz klar, daß, da die Kosten für eine Kalorie Inlandsware sich, wie oben vermerkt, so außerordentlich verteuert haben und gleichzeitig der Wert der Mark so erheblich gesunken ist, die Auslandswaren, die in unserer Berechnung überhaupt nicht (außer Kaffee und Tee) berücksichtigt worden sind, für einen Arbeiter völlig unerschwinglich sind. Schon die [284] Inlandsnahrungsmittel sind so außerordentlich im Preis gestiegen, daß es heute den Proletariern in sehr vielen Fällen unmöglich ist, sich z. B. die teuren Fleisch- und Feinwaren zu beschaffen. Wie sich die mit Hilfe der VSPD durchgeführte Politik des Schutzes der Wucherer und Lebensmittelschieber auf dem Nahrungsmittelmarkt ausgewirkt hat, ist aus der nachfolgenden Preisstatistik ersichtlich.

	1913/14	Ende März 1922	Mitte April 1923
Blutwurst	1,00	36,00	5200,00
Brot (rationiert)	0,45	15,00	900,00
Brot (freier Handel)			1800,00
Butter	1,30	65,00	9800,00
Ei (1 Stück)	0,06	3,50	370,00
Erbsen	0,30	9,00	1700.00
Haferflocken	0,30	8,00	1200,00
Kaffee	1,20	80,00	18.000,00
Gerstenkaffee	0,30	10,00	1000,00
Kartoffeln	0,03	2,50	50,00
Linsen	0,30	12,00	1800,00
Margarine	0,50	30,00	3600,00
Marmelade	0,30	10,00	1200,00
Milch (1 Liter)	0,20	6,50	960,00
Mohrrüben	0,10	2,50	200,00
Nudeln	0,30	11,00	1600,00
Backpflaumen	0,30	25,00	1500,00
Reis	0,25	10,00	1800,00
Rindfleisch	1,00	28,00	4600,00
Gemüse	0,13	4,00	400,00
Schellfisch	0,25	9,00	1600,00
Salz	0,10	1,00	80,00
Schweinefleisch	1,00	34,00	5000,00
Speck	1,00	60,00	8400,00
Tee	6,00	100,00	20.000,00
Zucker	0,20	12,00	1200,00

Der „Vorwärts“ und die KAP-Zeitungen aller Richtungen überbieten sich darin, das Existenzminimum der „Roten Fahne“ als übertrieben, ungenau usw. abzulehnen. Ja, der „Vorwärts“ hat es sogar fertig gebracht, zu erklären, daß es „einfach lächerlich“ sei, die Lebenshaltungsosten so hoch zu berechnen, da ja „keine Familie aus Lohn oder Gehalt über ein Einkommen verfügt, das eine solche Ausgabe zulassen könnte“. Es ist nun selbstverständlich in diesem Artikel nicht unsere Aufgabe, den „Vorwärts“-Redakteuren zu erklären, was das Wort „Existenzminimum“ überhaupt bedeutet. So viel aber sei ihnen gesagt, daß wir unser Existenzminimum selbstverständlich unabhängig davon berechnen, wie hoch Lohn oder Gehalt der Arbeiter und Angestellten ist. Wir gehen davon aus, was vom ärztlichen und chemischen Gesichtspunkt unbedingt zur Erhaltung einer vierköpfigen Familie gehört, und wenn wir dann bei einer sorgfältigen und genauen Berechnung herausbekommen, daß die Kosten der Lebenshaltung weit über den Löhnen stehen, so ist das für uns ein Zeichen, daß in der „demokratischen“ Republik Deutschland die Arbeiterschaft tief unter das Vorkriegsniveau hinsichtlich der Ernährung, Wohnung, Kleidung usw. gedrückt worden ist. Es ergibt sich dies auch klar aus der nachfolgenden Tabelle, die die Kosten des Lebensunterhaltes und den Wochenlohn eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern für jeden Monat in ihren Durchschnittsziffern wiedergibt. [285]

Wochendurchschnitt		Gesamtkosten des wöchentlichen Lebensunterhaltes	Steigerung gegen 1913/14 (= 1).	Durchschnittslohn eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern	Steigerung gegen 1913/14 (= 1)
1913/14		32,78	1,0	30,00	1,00
1922	Januar	1200,00	36,6	500,00	16,7
	Februar	1200,00	36,6	575,00	19,2
	März	1350,00	41,2	600,00	20,0
	April	1673,43	51,1	800,00	26,7
	Mai	1830,23	55,8	950,00	31,7
	Juni	2749,57	83,9	1050,00	35,0
	Juli	3616,16	110,3	1300,00	43,3
	August	5093,75	155,3	1800,00	60,0
	September	8475,90	258,6	3100,00	103,3
	Oktober	12.810,51	390,8	4750,00	158,3
	November	23.704,30	723,1	8200,00	273,3
	Dezember	34.264,30	1045,3	12.000,00	400,0
1923	Januar	75.658,00	2308,1	28.000,00	933,3
	Februar	144.975,00	4422,4	45.000,00	1500,0
	März	162.660,00	4962,2	60.000,00	2000,00
16.-22.	April	187.465,00	5718,9	65.000,00	2166,7

Es zeigt sich aus dieser Gegenüberstellung, daß, während vor dem Kriege etwa 92 Prozent der Gesamtkosten des wöchentlichen Lebensunterhaltes durch den Lohn gedeckt waren, im März 1922 nur etwa noch 43 Prozent der Lebenshaltungskosten vom Wochenlohn bestritten werden konnten. Inzwischen hat sich dieses Bild noch weiterhin verschlechtert, so daß im Durchschnitt der Wochenlohn für April 1923 nicht einmal ausreichte, ein Drittel des unbedingt zum Leben Notwendigen zu beschaffen. Selbst die Kosten der Ernährung konnten von diesem Lohn nur etwa zur Hälfte gedeckt werden, auch dann, wenn man alle übrigen lebensnotwendigen Ausgaben gänzlich vernachlässigen wollte. Schon auf dem Reichsbetriebsräte-Kongreß, der am 23. bis 25. November 1922 in Berlin stattfand, hat der Genosse Dr. Klauber festgestellt, daß, gemessen an meinem Existenzminimum, die Löhne außerordentlich gering sind. Wörtlich führte er aus: Nun soll man uns einmal zeigen, wo die Arbeiterschichten sind, die in der verflossenen Woche eine solche Summe (damals 23.355 M., der Verf.) durch ihrer Hände Arbeit verdienten. Und wenn die Bourgeoisie heute immer noch mit dem Märchen hausieren geht, daß die „gut bezahlten“ Arbeiter, die Transportarbeiter und die berühmten Müllkutscher, geradezu Unsummen verdienen, so ist es leicht nachzuweisen, daß selbst die bestbezahlte Arbeiterkategorie nur ein Drittel oder ein Viertel des notwendigen Kalorienbedarfs sich durch den Lohn beschaffen kann.“

Gerade innerhalb der letzten drei Monate hat sich die Teuerung ins Endlose gesteigert. Wucherer, Schieber und Produzenten überbieten sich, aus dem Elend der Arbeiterklasse Kapital zu schlagen. Die bürgerlichen Berechner des Existenzminimums gehen alle mit dem Agrar- und Industriekapital konform. Sie denken nicht daran, in ihren Aufstellungen ein wirkliches Bild von der Teuerung und Verelendung der Arbeiterschaft zu geben. Allerdings sind sie in den letzten Wochen gezwungen gewesen, zuzugeben, daß infolge der Teuerungswelle im Januar, Februar und März die Löhne weit hinter den Kosten der Lebenshaltung zurückgeblieben sind. Sogar das Statistische Reichsamt hat – zum ersten Male feit Bestehen seines Lebenshaltungsindexes – zugeben müssen, daß der Lohn der Arbeiterschaft nicht mehr ausreicht, dieses sogenannte „Existenzminimum“, das so niedrig ist, daß es nicht einmal von bürgerlicher Seite mehr ernst genommen wird, zu bestreiten. Von allen diesen Statistikern wird selbstverständlich die Schuld an der Teuerung und [286] am Sinken des Reallohnes der Ruhrbesetzung zugeschrieben. „Wir haben keine Kohle und kein Eisen, infolgedessen können wir nicht mehr produzieren, infolgedessen werden Arbeiter entlassen, kann nicht mehr ausreichend geheizt werden, wird das Brot immer schlechter usw. Die Einnahmen der Kapitalisten sind im Verhältnis zu ihren Ausgaben und den Löhnen der Arbeiterschaft seit der Ruhrbesetzung immer mehr und mehr gesunken.“ So und ähnlich lauten ihre Aeußerungen. Selbstverständlich ist dies alles erstunken und erlogen! Noch niemals haben Stinnes

und Konsorten ein so gutes Geschäft gemacht, wie seit dem 12. Januar, dem Tage der verschärften Besetzung. Noch niemals vordem haben Wucherer und Schieber solche Unsummen verdient!

Aber auf der anderen Seite ist auch noch niemals der Fortschritt der Verelendung[*)] der Arbeiterschaft so groß und offensichtlich gewesen, wie in den letzten zwei Monaten. Der amtliche Bericht über die Säuglingssterblichkeit in Essen ergibt, daß in der Zeit vom 1 Januar bis 24 Februar 1923 272 Säuglinge starben, gegenüber 225 im Vorjahre, also um 20,9 Prozent mehr. In der gleichen Zeit starben in Essen 180 Menschen an Tuberkulose, gegen 116 im selben Zeitraum des Vorjahres, d. h. die Tuberkulosesterblichkeit hat sich gegenüber dem Vorjahre um 23 Prozent verschlechtert.

Tag für Tag wächst die Not der Arbeiterschaft. Tag für Tag sterben Hunderte und aber Hunderte von Proletariern am Hunger und seinen Folgen. Aufrufe von bürgerlichen Aerzten und Nationalökonomen fordern eine schleunige Abhilfe und rasche Bekämpfung des Wuchers durch die Regierungskörperschaften. Von der Cuno-Regierung, der Regierung der Schwerindustrie, hat das Proletariat keinerlei Hilfe oder Unterstützung zu erwarten. Es muß selbst zur Abhilfe schreiten, und es tut dies am besten, wenn es seine berechtigten Lohnforderungen an das proletarische Existenzminimum der „Roten Fahne“ anknüpft und zur Erreichung des proletarischen Existenzminimums seine Kämpfe führt. Denn ein Kampf um dieses Ziel bedeutet Kampf um die Existenz, die Gesundheit des deutschen Proletariats!

*

Bücherschau.

Franz Jung, **„Die Technik des Glücks“** und **„Mehr Tempo, Mehr Glück, Mehr Macht!“** (Malik-Verlag) Fritz Brupbacher, **„Vom Kleinbürger zum Bolschewik“**.

Vor ungefähr zwei Jahren erschien Franz Jungs erster „Glücksband“, die „Technik des Glücks“. Es war ebenso schwer, darüber zu schweigen, als darüber zu reden, nämlich weil es Ueberwindung kostete, es überhaupt zu lesen. Ein Buch, in dem man beinahe jeden Satz dreimal und jede Seite zweimal lesen müßte, um Sinn und Verstand aus dem Wirrwarr der Sätze zu destillieren – was soll man darüber sagen! Es ist nicht einmal nötig, davor zu warnen, denn es spricht gegen sich selbst, es wird keinen großen Schaden anrichten, denn das Gehirn lehnt sich dagegen auf. Aber dies Büchlein war nur der erste Band, und nun folgt der zweite, um das Proletariat noch einmal zu „beglücken“. Mehr Tempo! Mehr Glück! Mehr Macht! Der Titel reizt, sich damit zu beschäftigen. Wir könnten jetzt als abschreckendes Beispiel nur einige Sätze zitieren, um sie für sich selber sprechen zu lassen, und darunter setzen, aus einem „Taschenbuch für Jedermann“. Jedermann, der Arme, er würde erstaunt sein, was Franz Jung seiner Verdauung zumutet.

Franz Jung und Fritz Brupbacher. Es ist möglich, daß beide Autoren sich wundern, wie sie hier zusammenkommen. Tatsächlich wollten beide das-[287]selbe – mögen ihre Schriften auch ein sehr verschiedenes Gesicht haben: eine ideologische Selbstverständlichkeit vom Individuum zur Gemeinschaft, zum Bolschewismus. Franz Jung will eine neue Ethik vom Blickpunkt der Gemeinschaft aus entwickeln – und philosophiert dabei ins Himmelblaue.

Zweifellos werden sich aus einer neuen Organisation der Gesellschaft neue Formen, neue Motive und Regeln des Zusammenlebens ergeben. Zweifellos ist das Proletariat schon auf dem Wege vom „Ichbewußtsein zum Wirbewußtsein“, wie Brupbacher es sehr einfach ausdrückt. Ist es möglich und notwendig, über diese neue Lehensform – „Technik des Glücks“ sagt Franz Jung – etwas Endgültiges zu sagen, sie schon als System aufzubauen?

Wir können von der Kritik des Bestehenden ausgehen und bestenfalls im Heute die Keime für das Morgen entdecken. Sicherlich hat der Kommunist von heute schon ein anderes Verhältnis zur Moral, eine andere ethische Einstellung als der Bourgeois. Freilich fehlen noch die ökonomischen Voraussetzungen dafür, daß dieses neue Bewußtsein sich vollkommen auswirken könnte.

[*)] Vgl. auch in Nr. 5 der „Internationale“ den Artikel „Die Zerrüttung der Volksgesundheit durch den Wucher“.

Fritz Brupbacher hat eine zweite Aphorismen-Sammlung veröffentlicht, „Vom Kleinbürger zum Bolschewik“. In diesem Band Aphorismen kann man erleben – anfangs ist es nur zwischen den Zeilen zu lesen –, wie die kleinbürgerliche Einstellung zum Leben sich zu einem grundsätzlich neuen Verhältnis zu den Dingen wandelt, eben vom „Ichbewußtsein zum Wirbewußtsein“. Brupbacher ist klug genug, aus diesen Erfahrungen noch nicht ein neues System der Moral zu destillieren. Er hat fleißig seine Eindrücke gesammelt, seine Erfahrungen gebucht und in der erlebten Reihenfolge herausgegeben. Da läuft vieles mit unter, was keinen Anspruch hat, unbedingt wertvoll und notwendig zu sein. Sehr Vieles ist ganz individuell gefärbt, zum Beispiel Brupbachers Verhältnis zur Frau. Da philosophiert er vom rein männlichen Standpunkt aus. Die Frau ist ihm nichts als Objekt der Weltgeschichte, als „Konsumgegenstand“. Darin ist er ganz Bourgeois.

Aber der gründliche Kenner des psychologischen Apparats des Menschen verrät sich in Brupbachers Schrift beinah in jedem Satz. Er findet zu den ökonomischen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft noch die physiologischen, und das ist sicher klärender, als Franz Jungs psychologische Spekulationen. Dabei geht Brupbacher notgedrungen vom Individuum aus, aber von seinen funktionalen Eigenschaften, nicht von seinen individuellen. Für diese Unterscheidung findet er den köstlichen Satz: „Der physiologische Stoffwechsel des Einzelnen wird nie kollektivistisch vor sich gehen.“ Die individuellen Eigenschaften kommen nur im Hinblick auf die Gesellschaft in Frage. „Der Weg zum Genuß geht für den Bürger über die Macht des Privateigentums durch den Gelderwerb; für den Proletarier über die politische Macht auf den kollektiven Besitz der Produktionsmittel durch die Organisation“. „Der Wille zur Macht über das Privateigentum schränkt den Blick auf das Privateigentum ein, der Wille zur Macht über die Produktionsmittel der Welt erweitert gewaltig Horizont und Interessenkreis.“

In solchen knappen Sentenzen, die einen ganzen Komplex von Wahrheiten eröffnen, liegt der Wert der Aphorismen. Sie regen viel mehr an zum Weiterdenken, als daß sie etwas Fertiges und Endgültiges präsentieren. Und sie zeigen, wie man vor nichts haltzumachen, Respekt zu haben braucht. „Es ist gut, Tiere um sich zu haben. Man lernt von einer Katze mehr, als von Immanuel Kant. Sie schützt einen vor der Vergeistigung. Der Hund ist eine schlechte Gesellschaft. Er ist zu religiös.“

Wenn Brupbacher einmal sagt: „Wenn man einen Abstrakten liest und sich eine Heidenmühe gibt, ihn zu entziffern, kommt man, wenn das Entziffern gelungen ist, auf eine Banalität“, so trifft das aufs Haar auf Franz Jung zu.

Wenn Brupbacher aus der Perspektive von „Konsum und Produktion“ und „Hunger und Liebe“, als den Ausgangspunkt des menschlichen Handelns und Empfindens, seine Erfahrungen und Beobachtungen festhält und auswertet und sich dabei immer streng an konkret Erfahrenes hält, kommt [288] Franz Jung von der gleichen Tatsache der Abhängigkeit der menschlichen Handlungen von den realen Produktionsgrundlagen ausgehend, zu folgenden, ganz schiefen und verwirrenden Ausführungen über das „Glück als Ziel und Verlangen des Menschen“: „In der kapitalistischen Gesellschaft ist Glück gleich Kapital. Die Herrschenden führt Glücksstreben zur Vereinzelung und Vereinsamung. Die Ausgebeuteten führt das Glücksstreben nicht zu Kapital, sondern zu Lohn. Dadurch verliert die Arbeit ihren Eigenwert. Arbeit als Lohnarbeit schändet.“ Damit nimmt Jung den ganz bürgerlich-individuellen Standpunkt des Glücksstrebens zum Ausgangspunkt.

Wenn schon etwas Wahres daran ist, daß in der bürgerlichen Gesellschaft Glück gleich Kapital, oder richtiger, gleich Besitz ist, insofern, als Besitz anerkannt das erstrebenswerte Glücksgut des Bourgeois ist, so ist es natürlich ein Unsinn und nichts als eine Wortdialektik, zu sagen, den Ausgebeuteten führe Glücksstreben zu Lohn. Denn die Lohnarbeit ist doch für den Proletarier nicht das erstrebenswerte Glück, so wie für den Bourgeois der Besitz.

Der zweite Band ist eine Fortsetzung, Erweiterung des ersten, man erwartet etwas mehr Klarheit, aber er ist durchaus nicht klarer, sondern nur verwirrter und schwülstiger geworden. Wie soll „Jedermann“, der einfache Arbeitsmann da noch mitkommen? Mit solchen Behauptungen, wie: „Schmerz ist eine häßliche Gewöhnung, eine unserem Bewußtsein peinliche Ausdrucksform, die es leicht sein wird, endlich abzuschütteln“. „Das Gesunde und Erlebensfähige des Schmerzes, etwa die

Assoziation des Verlustes, weckt das Bewußtsein, macht uns gemeinsam bewußt der Intensität unseres Erlebens, auch wenn dies sichtbar vorüber ist und macht uns froh.“ „In der Tat leicht, wenn es uns gelungen ist, die Rhythmik des Alls um uns zu erfassen und Anschluß zu gewinnen,“ Oder: „Dem Beschleunigungsprozeß nach seiner Tiefe zu, dem Glück folgen, ändert sich auch der Begriff von einem Zustand, der erlebensfähig nach außen mitteilbar ist“. Oder wenn er über das Machtproblem spricht: „Es gibt keine andere Macht, als die Macht über sich selbst. Alles andere ist ein Mißverständnis. ... Macht gründet sich auf einen psychotechnischen Vorgang. ... Der Versuch, diese Technik eines Ausscheidungsprozesses, die wir Macht nennen, sich dienstbar zu machen, füllt zu einem sehr großen Teile den mechanischen Ablauf des Lebens aus. ... Der Kampf um die Macht ist das Drängen zum Tode.“

Wenn man schon eine Abhandlung schreibt mit einem Wulst von ungebräuchlichen, im hergebrachten Sprachgebrauch gar nicht existierenden, zum Teil ganz neugebildeten Worten, und man nennt dies Buch dann „Taschenbuch für Jedermann“, ohne alle diese unverständlichen Ausdrücke zu erklären, so ist das eine Unverschämtheit, die um so größer ist, als der Autor doch eine Vorstellung davon haben mußte, für wen er schreibt, daß er Proletariern mit einem solchen Buche Geld, Zeit und Kraft stiehlt.

Wohltuend wirken gegen diesen Wirrwarr so einfache Feststellungen, wie sie Brupbacher gelegentlich macht: „Erst die Regulierung der Produktion und Distribution durch die Diktatur des Proletariats vermag diese Gefahr, die Ueberhingabe an den Erwerb, zu beseitigen und die Menschen ins Gleichgewicht zu setzen, zwischen Erwerben und Genießen.“ ... „Wie der Einzelne durch die ökonomische Entwicklung sich loslöst vom alten lokalen Vaterland, um dem Weltwirtschaftsverband einverleibt zu werden, so löst sich der Leib los von der alten individualistischen Gemeindewesen-Seele, um mit den übrigen Leibern aller Einzelnen ein neues weltwirtschaftliches Beziehungsorgan zu bilden.“ „Auf der Basis der individualistischen Wirtschaft wird eine individualistische Kultur, ein spielendes Fortrollen aller Fähigkeiten in der Richtung, die die individualistische Basis gab, aus der Gegenseitigkeitswirtschaft wird in gleicher Weise eine kommunistische Kultur herauswachsen.“ G. G. L.

[289]

Die Internationale
Jahrgang 6 * Ausgegeben am 13. Mai 1923 * Heft 10

Ein neuer Generalangriff des Kapitals.

⊿ B e r l i n, 15. Mai 1923.

Der enge Rahmen des Ruhrkriegs ist gesprengt. Der Angriff des französischen Imperialismus auf Deutschland hat sich erweitert zu einem kapitalistischen Generalangriff, der schon in den Anfängen riesige Ausmaße hat. Der britische Imperialismus stößt gegen Sowjetrußland vor und über Sowjetrußland gegen die unterdrückten Völker des Orients. Das englische Ultimatum an Sowjetrußland birgt in seinen Falten nicht nur neuen Krieg gegen Sowjetrußland, sondern den europäischen Krieg.

Es ist überflüssig, an dieser Stelle die diplomatische Maskierung des Angriffs des englischen Imperialismus auf Sowjetrußland zu zerpflücken. Sie ist um kein Haar besser als etwa das österreichische Ultimatum an Serbien, das den Weltkrieg 1914/18 diplomatisch einleitete. Wenn aber die Diplomatie in ihre Rechnung die Tatsache einzustellen pflegt, daß diplomatische Noten von den breiten Massen nicht gelesen zu werden pflegen und wenn ja, daß dann jedenfalls der bürgerliche Presseapparat sich ausgezeichnet auf die Umnebelung der Volksmassen versteht, so hat sie diesmal den Massen ein Alarmsignal gegeben, das auch der einfache Arbeiter versteht. Die feige Ermordung des Gesandten der russischen Sowjetrepublik zu Lausanne, ein Mord, für den die britische Diplomatie die Atmosphäre geschaffen hat – diese blutige Note wird gelesen und wird verstanden von Millionen Arbeitern aller Länder.

Dieser Mord hat seine Seitenstücke in der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen: dem Mord des Gesandten des englischen Commonwealth in Holland und dem „Rastatter Gesandtenmord“, der den Gesandten der ersten französischen Republik traf. In beiden Fällen glaubten die reaktionären Gewalten die revolutionäre Staatsmacht als vogelfrei behandeln zu können. Es ist den Urhebern beidemal übel bekommen.

Der Angriff des englischen Imperialismus gegen Sowjetrußland hat noch eine andere Einleitung, die englische Note an die deutsche Regierung, die Frankreich freie Bahn läßt an der Ruhr, um England Ellbogenraum gegen Sowjetrußland zu lassen.

[290] Die sich vorbereitende Kapitulation der deutschen Bourgeoisie an der Ruhr ist die eine der realen Voraussetzungen für den Angriff des englischen Imperialismus.

Die andere Voraussetzung ist die Kapitulation des Reformismus vor der Bourgeoisie. Die Haager Deklamationen des Reformismus gegen die Kriegsgefahr erwiesen sich als leere Lufterschütterung. Noch mehr: der Reformismus ging dazu über, der Bourgeoisie die hündische Rolle des Ausgleichs der Interessen der kapitalistischen Sieger gegenüber Deutschland abzunehmen.

Die Weltbourgeoisie schien also allen Grund zu haben, anzunehmen, daß das europäische Proletariat als ernsthafte Macht nicht existiere. Sie antwortet auf die Kapitulation des Reformismus mit einem neuen Generalangriff auf das Proletariat und auf die unterdrückten Völker des Ostens.

Aber wenn die englische Arbeiterklasse unter ihrer reformistischen Führung kaltblütig dem Vorstoß des französischen Imperialismus auf die Ruhr zusah, so werden die Massen der englischen Arbeiterschaft aus ihrer Ruhe gescheucht; jetzt, wo die an der Ruhr entzündete Flamme auf die britischen Inseln zurückzuschlagen droht, sind die reformistischen Führer durch die Stimmung der Massen genötigt, eine Sprache zu führen, wie sie seit dem polnisch-russischen Krieg von 1921 nicht mehr in England gehört wurde.

Und in Deutschland, wo die Sozialdemokratie den Pionier der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus und den Bahnbrecher des Faschismus spielt, der die inneren Voraussetzungen für die Möglichkeit der Kapitulation und für ihre Durchführung schaffen soll, wo sie an allen Teilen der inneren Front eine brutale Hete gegen den Kommunismus einsetzt – in Deutschland geraten wachsende Massen des Proletariats in Bewegung und unter den Einfluß des Kommunismus. Der erste

Mai und die mächtige Demonstration des Berliner Proletariats aus Anlaß der sozialdemokratischen Gewaltakte gegen die Kommunisten im Preußischen Landtag waren dafür sichtbare Beweise.

Und in Italien, wo die Arbeiterklasse durch die schwerste Niederlage hindurchgegangen ist, bewies der 1. Mai nicht minder, daß, fast ohne organisatorische Stützpunkte, der proletarische Klassenkampf elementar sich wieder Bahn bricht.

Wie weit der kapitalistische Angriff in seinen beiden Formen, Krieg und Reaktion, gehen wird, das wird letzten Endes abhängen von der Kraft der Abwehr und des Gegenangriffs des Proletariats.

Das unmittelbare Ziel des englischen Imperialismus ist einerseits, die Bahn frei zu machen für die Verwandlung Sowjetrußlands in eine englische Kolonie, die Hindernisse wegzufegen, die die Leitung der Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht dem kapitalistischen Profit entgegenstellt. Hier gilt der Kampf dem Ziel, das in Genua nicht erreicht wurde, der Wegräumung der Verfügung des proletarischen Staates über die entscheidenden Zweige der Wirtschaft und vor allem auch des staatlichen Handelsmonopols. Andererseits versucht der britische Imperialismus die unterdrückten Ostvölker von Sowjetruß-[291]land zu trennen (daher das Geschrei von der „Propaganda“ Sowjetrußlands im Osten). Dazu wurde England ermutigt durch den Erfolg, den es gegenüber der Türkei erzielte.

Der neue kapitalistische Generalangriff macht mit rauher Hand die sanften reformistischen Illusionen von einer Neukonsolidierung des Kapitalismus zunichte. Er beweist, daß der Versuch der Neukonsolidierung das Kapital in weltpolitische und soziale Krisen und Katastrophen von wachsendem Ausmaß hineinführt. Der Versuch wird unternommen auf Kosten der Lebenshaltung des Proletariats, auf Kosten der im Weltkrieg besiegten kapitalistischen Staaten, schließlich auf Kosten der unterdrückten Kolonialvölker.

Eine herrliche Konsolidierung, in der Tat! Es ist klar, daß auf diesem Wege, wie mannigfach auch seine Wendungen, sein Auf und Ab sein mögen, dem einzigen, den das Kapital offen findet, die Kräfte des Widerstandes, der sozialen Revolution und der nationalen Aufstände immer stärker heraufbeschworen werden, und daß diese Kräfte unwiderstehlich in das Bett des Kommunismus strömen werden.

Die Vereinigung der 2. und 2½. Internationale steht bevor. Wie das Ganze aussehen und wirken wird, das sich aus diesen Bestandteilen bildet, das haben die Monate des Ruhrkampfes grell beleuchtet. Diese „Internationale“ kann, nach ihrer Zusammensetzung, nichts anderes sein als das kleinbürgerliche Gegenstück zum Völkerbund, ein Instrument nicht des proletarischen Klassenkampfes, sondern. der Dienstbarmachung von Teilen des Proletariats dem Imperialismus. Die Vereinigung der Sozialchauvinisten und der Sozialpazifisten, der Reformisten der Siegerländer und der Besiegten, wird der Weltbourgeoisie erlauben, alle möglichen Melodien auf e i n e m Instrument zu spielen, friedlich säuselnde wie kriegerisch schmetternde.

Der Arbeiterklasse aber wird das Verschwinden des international organisierten Zentrismus erlauben, sich rascher zu orientieren, schneller den Weg zum Klassenkampf und zum Kommunismus zu finden.

*

Die Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerfall Europas.

Von A. L a p i n s k i.

Drei Perioden der Nachkriegsentwicklung.

1. Die Periode des Triumphes der Zerfallstendenzen.

Ist der Einbruch der französischen Heere in Rheinland-Westfalen ein Signal der Wiederkehr neuer kriegerischer und halbkriegerischer Erschütterungen nach einer kurzen „Epoche“ einer verhältnismäßigen Beruhigung? Beginnt ein neuer Abschnitt des wirtschaftlichen und politischen Zerfalls des

kapitalistischen Europas? Führen wir uns die hauptsächlichsten Phasen der Entwicklung von dem Augenblick an, als die Mächte Zentraleuropas im Kampf unterlagen, vor Augen.

[292] Die ersten Jahre nach der Beendigung des Krieges liefern sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet ein grelles Bild des vollkommenen Triumphes der zentrifugalen Tendenzen. Der Weltkrieg hat den komplizierten Organismus der kapitalistischen Weltwirtschaft in Stücke gerissen – und lange Zeit waren die Kräfte, die fähig gewesen wären, die zerrissenen Teile wiederum zu einer Einheit zu verbinden, aus dem Gesichtskreis der Welt verschwunden. Tatsächlich währte der Krieg weiter fort, nur daß er mit anderen Mitteln geführt wurde und sich auch auf die gegenseitigen Beziehungen jener Länder erstreckte, die während der vorhergehenden Weltkatastrophe zusammengegangen waren. Die Bande des Staatskredits, die die Grundlage für die Kampfgemeinschaft dieser Länder bildeten, wurden durch die stärkere Seite, d. h. durch England und die Vereinigten Staaten, ohne Mitleid zerrissen. Die Valuta der schwächeren kontinentalen Ententeländer, Frankreichs, Italiens und Belgiens erhielt infolge des Aufhörens der Kredite ihren ersten plötzlichen und bedeutenden Stoß, dessen Folgen noch heute andauern. Gleichzeitig beginnt die rücksichtslose wucherische Ausbeutung dieser Länder seitens Englands in Form von Kohlenlieferungen, seitens Amerikas durch die Lebensmittellieferungen. Die Handelsbilanz dieser Länder gestaltet sich mit einem Schlage verhängnisvoll und das treibt ihre schwergeschädigte Valuta noch mehr nach unten. Diese Entwicklung wird noch verstärkt durch einen starken Aufschwung des Schutzzollsystems, das in seinen Methoden noch brutaler, zynischer und elementarer auftritt (Umgehung der Parlamente und Uebertragung der protektionistischen Diktatur an den allmächtigen bürokratischen Staatsapparat) als je vorher.

Zugleich erhält der Bau der Entente auch auf rein politischem Gebiet die ersten Schläge. Die Einstellung der Kredite und vor allem der Kohlenwucher Englands sät in den breiten Kreisen der französischen Bourgeoisie die ersten schweren Samen des Mißtrauens und des Hasses gegen den allmächtigen Bundesgenossen. In dieser Periode zeigt sich zum ersten Male der französisch-englische Gegensatz als der beherrschende zentrale Gegensatz auf dem europäischen Festland der Nachkriegszeit.

Das alles aber trägt einstweilen den Charakter eines stillen und bis zu einem gewissen Grade schamhaften häuslichen Streites im Lager der Entente. Aber vor allem zerfällt die ganze kapitalistische Welt wirtschaftlich und politisch in zwei große Lager, das Lager der Sieger und das der Besiegten, in das die Sieger vergeblich auch das revolutionäre Rußland hineinzupressen versuchen. In dieser Periode werden die geschlagenen Länder im Sinne der mechanischsten Bestimmungen der Friedensverträge, die zu ihrer Durchführung keinen komplizierten Wirtschaftsapparat erfordern, endgültig gefesselt, entwaffnet und ausgeraubt. Die Reparationen aber, die die Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte erfordern, verbleiben in diesem Zeitabschnitt noch vollständig innerhalb der Grenzen der Metaphysik und der reinen Demagogie der astronomischen Ziffern, mit denen die „Staatsmänner“ der innerlich uneinigen Entente mit dem Geschick und mit dem gekünstelten Humor von Clowns jonglieren.

Die innere Einheit des kapitalistischen Weltorganismus offenbart sich in diesem Abschnitt nur in Gestalt einer elementaren und brutalen Klassenreaktion, in Gestalt des konterrevolutionären Kampfes gegen die soziale Revolution in Rußland, Deutschland, Bayern, Ungarn. [293] Aber auch dieser Kampf wird durch die vom Krieg verursachten inneren Gegensätze der kapitalistischen Welt, die die Einheit der konterrevolutionären Front zerschlagen, gestört und geschwächt. An die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der modernen Staaten aber denkt niemand außer einem Häuflein frondierender Köpfe wie Keynes oder von Politikern und bürgerlichen Publizisten der besiegten Länder, die noch gestern enthusiastisch alle Verbrechen des vaterländischen Imperialismus verteidigten, denen aber heute nach der erlittenen Niederlage keine andere Waffe geblieben war, als sentimentale Seufzer an die Adresse des wirtschaftlichen Gewissens der modernen Welt.

Aber diese verdächtige und verspätete Tugend konnte umsoweniger dieses Gewissen rühren, als auch in den besiegten Ländern, vor allem in Deutschland, mutatis mutandis dasselbe vorging, wie

wo anders – ein Prozeß der räuberischen Ausnutzung der Konjunktur, ein systematisches Wachsen der Teuerung, eine blitzartig fortschreitende Konzentration des Kapitals, eine Auswucherung und Ausraubung des Staates, eine Verelendung des Mittelstandes und des Proletariats.

Die ersten zwei Jahre nach dem Kriege sind die Epoche eines heftigen Rückschlages gegen alle Formen des wirtschaftlichen Zwanges, eine Epoche des zügellosen wirtschaftlichen Individualismus. Die Sieger geben ihren Parasitenheeren die Möglichkeit, sich „auszutoben“. Tatsächlich geht Industrie und Handel noch in keinem Lande zur Friedenswirtschaft über. An Stelle der alten Sitten der Kalkulation und der Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse und die Aufnahmefähigkeiten des Marktes tritt eine rücksichtslose nervöse Ausnutzung der Konjunktur, die erzeugt wird durch den großen Warenhunger nach dem jahrelangen vernichtenden Krieg und die künstlich durch die systematische Preistreiberei ohne jeglichen Hinblick auf die nächste wirtschaftliche Zukunft genährt wird.

Im internationalen wie auch nationalen Maßstabe ist das die Periode der Lockerung aller gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Bande. Der unumgängliche Treibriemen der modernen Wirtschaftsmaschine, der internationale Kredit, zerspringt in Stücke und wird erst in späteren Jahren schrittweise und unvollständig erneuert, was für Sowjetrußland auf der Konferenz von Genua zu einer schmerzvollen Erfahrung wird und woran bisher alle Versuche einer wirklichen wirtschaftlichen Regelung der Reparationsfrage gescheitert sind.

Aber der grellste Ausdruck des Triumphes der zentrifugalen Tendenzen ist die freiwillige Absonderung des mächtigsten kapitalistischen Staates, der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die das zerstörte Europa seinem eigenen Schicksal überlassen und sich auf den „heiligen Berg“ ihres ungeheuren nationalen Marktes zurückziehen. Das nackte und hungrige Europa hört auch da nicht auf, den amerikanischen Monopolisten einen ungeheuren Tribut zu zahlen; für diese wird der Frieden einstweilen zu einem noch ertragreicheren Geschäft als der Krieg. Die Zeit der Flucht von Europa ist gleichzeitig die Zeit des höchsten Ausschwunges des amerikanischen Exports.

2. Die Periode des großbürgerlichen Pazifismus: die angelsächsische Hegemonie.

Aber die Orgie der nationalen Egoismen und des spekulativen Aufschwunges geht bald vorüber. Es war für die Weltbourgeoisie leichter, den ersten Ansturm der revolutionären Welle abzuwehren, [294] als mit den eigenen geheimen ökonomischen Mängeln fertig zu werden. Das Bacchanal der Preise gerät in einen fatalen Widerspruch zur allgemeinen Verarmung. Nach einer kurzen Zeit einer scheinbaren Konjunktur bricht mit unerhörter Heftigkeit eine verheerende Krise aus. Diese Krise weist eine schier ungewöhnliche Hartnäckigkeit und Ausdauer auf, eine unerhörte Ausdehnung und Tiefe ihrer Wirkung, sie erschüttert den wirtschaftlichen Bau der Nachkriegswelt bis in seine Grundlagen und ruft vor allem in den am meisten durch die Krise betroffenen und am engsten mit dem Weltmarkt verbundenen Ländern den unvermeidlichen geistigen Umschwung hervor. Auf die Periode der ungehemmten zentrifugalen Tendenzen folgt die „Epoche“ des großbürgerlichen Pazifismus, der Abschnitt der Versuche, Europa aufzubauen, der Versuche, die Fäden, die die kapitalistische Welt trotz aller inneren Widersprüche zu einer Einheit verbinden, aufzufinden und zu stärken. An der Spitze der Bewegung, die diese Richtung verfolgt, stellt sich die Metropole des modernen Handels und der modernen Industrie – England –, und am deutlichsten vertritt diese Bestrebungen sein leitender Staatsmann Lloyd George. In dieser Periode tritt infolge der plötzlichen und heftigen Verminderung des Absatzes und der deutlichen revolutionären Gefahren, die durch das politische und wirtschaftliche Abenteurertum hervorgerufen waren (die Erfahrungen des polnisch-russischen Krieges veranschaulichen diese Gefahr in einem bestimmten Augenblick besonders deutlich), ein tiefer und ziemlich allgemeiner Rückschlag gegen die brutalen, kurzsichtigen Uebertreibungen der zentrifugalen Tendenzen ein, die die kapitalistische Welt in Stücke zerreißen. Nach den Ausschreitungen der Theorie und Praxis des „isolierten Staates“, der bald wörtlich, bald im Sinne der Gruppe der Siegerländer aufgefaßt wurde, gelangt das Verständnis der traditionellen elementaren Grundsätze des internationalen Handels wieder zu Ehren. In einer Zeit, die die stärksten Anstrengungen zum Aufbau verlangte, wird zum Höhepunkt der Wiedergeburt der bürgerlichen Theo-

rie der allertrivialste Cobdenismus, die Propaganda der Idee der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der modernen Wirtschaftskörper. Diesmal sind diese elementaren Reminiszenzen nicht nur die erzwungene Tugend und der ohnmächtige Seufzer der Besiegten, sondern werden zur offiziellen Staatslehre der mächtigsten und siegreichen kapitalistischen Großmächte.

Amerika setzt als Vorbedingung der Rückkehr nach Europa die Stabilisierung und Vereinfachung seiner Verhältnisse. England versetzt sich in die Rolle eines beharrlichen Erziehers Frankreichs und belehrt dieses hartnäckig über die Notwendigkeit in seinem eigenen Interesse, Deutschland zu schonen und die den astronomischen Höhen auf den Boden der wirtschaftlichen Möglichkeiten herabzusetzen. Die führenden Großmächte zähmen einigermaßen die allzu wildgewordenen und sich hoffnungslos kreuzenden kriegerischen und territorialen Bestrebungen der kleineren Staaten, die das Nationalitätsprinzip ad absurdum führten und in der europäischen Pulverkammer das Feuer nicht aus der Hand ließen. Die Anfänge einer wirtschaftlichen Wiedergeburt stärkten hier und da das herabgeminderte spezifische Gewicht der industriellen und Handelskreise, die in diesem Abschnitt deutlicher zu Worte kommen und das Gelärm der kleinbürgerlichen, abenteuerlichen, militärischen und anderen Elemente, die mit dem Kriegszustand und den Kriegsvorbereitungen organisch verbunden sind, dämpfen. Zur dominierenden [295] Losung dieser Zeit wird: die Anerkennung der Hegemonie der Vereinigten Staaten, ihre Heranziehung zum Aufbau Europas, die Notwendigkeit, ihre „Hilfe“ zu verdienen, die Eindämmung der Wogen des europäischen Meeres, die Rettung jener, die sichtbar in diesem Meere ertranken (Oesterreich), die Erledigung der Reparationsfrage, die Befriedung des Nahen Ostens und endlich, aber nicht zuletzt, die Auffindung von Wegen nach dem revolutionären Rußland.

Nachdem es mit dem Schwerte die Barrikade zertrümmert, die zwischen ihm und der übrigen Welt stand und sich mit den Schultern fest an Asien angelehnt hat, steht Rußland wieder Westeuropa gegenüber, wird wiederum zu einem beständigen Faktor im politischen „System“ Europas, und während es selbst unter dem Einfluß neuer Notwendigkeiten seine Wirtschaftspolitik tief umwandelt, beginnen gleichzeitig und noch früher seine Märkte und Möglichkeiten das alte Interesse des durch die Weltkrise stark erschütterten Kapitals, vor allem des Handelskapitals, zu reizen.

In dieser kurzen Periode beginnen die im Weltkriege niedergeworfenen Länder etwas die Glieder zu strecken: teilweise Deutschland, das gegen Frankreich mit der Waffe der finanziellen Obstruktion kämpft und seinen industriellen Apparat und seine Handelsflotte erneuert, vor allem aber die Türkei, die die Waffen nicht niederlegt, und erst jetzt im Kampfe nicht nur mit dem überlebten Absolutismus, sondern auch mit dem Weltimperialismus ihre bürgerlich-nationale Massenrevolution durchmacht. Dieser Abschnitt bedeutet den Beginn des Absterbens des Buchstabens der Pariser Verträge, ihrer Anpassung an das reale Kräfteverhältnis und die nicht abzuweisenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Gleichzeitig liefert die tiefe und andauernde Gärung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern auf dem ganzen Gebiete Asiens, im Süden und im Norden von Afrika, ein beredtes Zeugnis dafür, daß der Anstoß, der dem Befreiungskampfe der Kolonialvölker erst durch die Tatsache des Krieges und die damit verbundene Ideologie, durch die Bereicherung der kolonialen Bourgeoisie und dann besonders durch die russische Revolution gegeben worden war, daß dieser Anstoß sich als ein dauernder und mächtiger geschichtlicher Faktor erwiesen hat, der die Fundamente des modernen imperialistischen Kapitalismus untergräbt. Aus dieser Tatsache ziehen unter Kämpfen und Konzessionen halb freiwillig, halb unfreiwillig, die halben und kompromißartigen ersten praktischen Konsequenzen Frankreich in seiner Kolonial- und türkischen Politik, England außerhalb und innerhalb seines Imperiums, dessen innere Struktur sich allmählich lockert und umwandelt. Der jüngste der großen Weltimperialismen und gleichzeitig wie einst der englische der am meisten auf die konkurrenzlose Wirkung seines industriellen Uebergewichtes vertrauende, der nordamerikanische Imperialismus, nutzt diesen Prozeß aus, um durch die Losung der „offenen Tür“ in Verbindung mit der Losung der Selbstbestimmung der Völker die englischen und japanischen Nebenbuhler zu zwingen, das größte halbkoloniale Land – China – wenigstens teilweise aus den Krallen zu lassen. Die gleiche Losung der „offenen Tür“ (für jene, die im Notfalle die Tür aufbre-

chen können) ermöglicht eine Reihe von Kompromissen und Halbkompromissen im Wettkampfe um das Petroleum.

Auf dem ganzen Gebiete der kapitalistischen Welt ist diese Epoche die Zeit der Vorherrschaft des englisch-amerikanischen Cants: der Propaganda der elementaren Theorie des Staatshaushalts und des Kredits, des Völkerbundes, der Abrüstung, des Konferenzfetischismus, [296] der unterdrückten Gegensätze, der aufgeschobenen Kämpfe, die Epoche der Flickarbeit und der Kompromisse. Ernüchtert nach den ersten Täuschungen und Illusionen und nicht gesättigt durch die Ausbeute der ersten Nachkriegskonjunktur, leckt die verwundete Bestie des Kapitalismus ihre Wunden und beschränkt ihre Appetite.

Welches sind jetzt im Frühjahr 1923 die Früchte dieser kurzen Zeit einer verhältnismäßigen Ruhe, und geht diese Periode nicht eher als man geglaubt hat, zu Ende?

3. Die Bilanz der Epoche des Pazifismus.

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen haben die Anstrengungen des kapitalistischen Pazifismus nur in dem engeren Bereich der Beziehungen innerhalb des angelsächsischen Blocks ernstere Erfolge gezeitigt. Die letzten Jahre haben ohne Zweifel eine gewisse Konsolidierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten gebracht. Die Washingtoner Konferenz, die Milderung des Wettkampfes um das Petroleum in einzelnen Punkten, die Konsolidierung der englischen Schuld, das sind die wichtigsten Etappen auf diesem Wege. Die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre haben an der Hand einer ganzen Reihe von Ereignissen, vor allem der Ratifikation und Durchführung der Washingtoner Vereinbarung, nicht minder auch auf dem Gebiete der Reparationsfrage der Washingtoner Regierung gezeigt, daß ihre ungewöhnliche potentielle Macht an sich noch keine ausreichende Garantie für einen praktischen und wirkungsvollen Einfluß ist. Diese Erfahrung hat die junge, noch wenig schmiegsame und routinierte amerikanische Diplomatie gelehrt, den Wert eines wenn auch stillen, aber doch unmittelbaren Bundesgenossen in Europa zu schätzen. Diese Erfahrung mußte die Vereinigten Staaten dazu zwingen, den nahen Kontakt mit Groß-Britannien zu suchen, mit dem es vorläufig zusammengebracht wird durch die gebieterische Notwendigkeit der Regelung der Verhältnisse des europäischen Wirtschaftsgebietes, „der Verwandlung dieses Gebietes in einen sicheren und gewinnreichen Platz für seine Finanz- und Kaufleute“.[*)] In der Zeit des großen Preisfalles für Erzeugnisse der amerikanischen Landwirtschaft bei gleichzeitig wieder anwachsender Bedeutung des europäischen Marktes für die amerikanische Ausfuhr beherrscht diese Notwendigkeit alle übrigen. Es ist die Zeit der tiefen Differenzierung der politischen Parteien Amerikas, des blitzartigen Aufschwunges des im Mai 1921 entstandenen Farmerblocks. Mit der ihr eigenen kühnen Voraussicht stellt sich die englische Politik auf die Rückkehr der Vereinigten Staaten zu den Tendenzen des demokratischen Wilsonismus ein.

Das alles bedarf augenscheinlich einiger Einschränkungen. Die bedeutendste Einschränkung ist durch die Aufrichtung einer mächtigen Schutzmauer um das ganze Zollgebiet der Vereinigten Staaten gegeben – das geschieht allerdings schon in der Zeit, als die Allmacht der alten republikanischen Garde zu wanken beginnt. Die kühne Ausnutzung der zentrifugalen Tendenzen, die das britische Imperium unterwühlen, und vor allem die blitzschnelle Kolonisation Kanadas muß ebenfalls die alte Metropole beunruhigen, zugleich aber einen Konflikt mit der amerikanischen Republik für sie um so drohender gestalten. Nur die finanziellen Schwierigkeiten [297] machen für England und die Vereinigten Staaten die Zügel der Washingtoner Einschränkungen weniger fühlbar. Und übrigens beeilen sich die Vereinigten Staaten und der frühere Bundesgenosse Groß-Britanniens, Japan, durch den Bau einer Hilfsflotte von Unterseebooten und kleineren Schiffen, den Ausfall nachzuholen, der durch das Verbot der großen Schiffe entstand. Das amerikanische Marine-Staatssekretariat stellt offiziell auch für die Hilfsflotte, die vielleicht binnen kurzem technisch entscheidend sein wird, die Losung „second to none“ auf, d. h., keinem den Vorsprung lassen, und einer der hervorra-

[*)] „An English View of anglo-american Relations“ Foreign Affairs V. I. N. 2.

gendsten englischen Marinefachleute konnte unlängst mit Berechtigung konstatieren: „Schon heute, nach Verlauf von nicht einmal 12 Monaten seit der Annahme des Vertrages, der die Rüstungen einschränkt, erscheint die Wiederaufnahme des Wettrüstens auf dem Gebiete der Kriegsschiffe unvermeidlich, wenn das Kräfteverhältnis nach den Normen des Vertrages aufrecht erhalten bleiben soll“.[**)] Auch diese Sachlage muß unter den heutigen Bedingungen Groß-Britannien dazu veranlassen, einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu meiden. Mit diesen Einschränkungen, zu denen man leicht viele andere hinzufügen könnte, bleibt jedoch die Tatsache einer verhältnismäßigen Konsolidierung der gegenseitigen Beziehungen beider angelsächsischen Großmächte bestehen. Das grundlegende Ergebnis der Epoche, von der die Rede ist, ist so die Stabilisierung der Beziehungen nur bei der politisch und wirtschaftlich stärksten Gruppe der Sieger im Weltkrieg. Mit anderen Worten: auch der Prozeß des Wiederaufbaues des politischen Gleichgewichtes der kapitalistischen Welt ist, wie bisher, nicht der allgemeinen Linie der zentripetalen Tendenzen, die dauernde und allgemeine Wirkungen versprechen konnten, gefolgt, sondern auch weiterhin der Linie der zentrifugalen Tendenzen. Als Resultat sehen wir eine einseitige Stärkung des Kartells der beiden mächtigsten kapitalistischen Staaten, die Vorherrschaft des angelsächsischen Kapitalismus, zu dem Deutschland immer deutlicher hinneigt, und der sich bemüht, die Türkei und Rußland, wenn auch von weitem, in seine Einflußsphäre zu ziehen. Der Einbruch der Franzosen in die Ruhr, auf den wir noch eingehen werden, ist ein Versuch der Rebellion gegen diesen Stand der Dinge, ein Versuch, sich den blutig eroberten Platz unter der Elite der Sieger zu erhalten.

Neben dieser Stärkung der angelsächsischen Hegemonie kann man den anderen Ergebnissen der „pazifistischen“ Periode nur einen geringeren Wert beimessen. Für ein solches Ergebnis könnte man eine gewisse Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten, die auf dem Gebiet der Habsburger Monarchie entstanden waren, und die Liquidierung des türkischen Problems in seiner bisherigen schärfsten Form halten.

Dagegen haben die Anstrengungen und Bestrebungen der pazifistischen Periode auf dem Gebiete der beiden Hauptfragen des europäischen „Wiederaufbaues“ vollkommen versagt: in der der Reparations-, d. h. der deutschen, und in der russischen Frage.

In dem ersten Fall haben die Sysiphus-Anstrengungen nur eine eintönige Reihe von Konferenzen ergeben, deren Inhalt zuletzt eine öffentliche, im Januar d. J. gar eine beiderseits schon im voraus inszenierte Demonstration der Uneinigkeit, der Unfähigkeit, die Reparationsfrage friedlich zu erledigen. Nacheinander scheiterten die bekanntesten oder dramatischsten Versuche, eine Lösung zu finden, – der [298] Londoner Vertrag vom Mai 1921, das Wiesbadener Abkommen, der Stinnes-Lubersac-Vertrag, bald an der objektiven Unmöglichkeit, bald an den inneren wirtschaftlichen und sozialen Widersprüchen im Schoße der betreffenden Länder.

Zwei andere Konferenzen, die von Genua und die vom Haag, werden ebenso zu einer Demonstration der Ohnmacht und Ratlosigkeit, der Routine und des borniertesten Egoismus des kapitalistischen Europas in der russischen Frage. Die Versuche, Frieden zu schaffen, scheitern hier nicht nur an dem tiefen Widerspruch zwischen den Interessen des revolutionär-sozialistischen Staates und der kapitalistischen Gesellschaft, sondern verlieren sich hoffnungslos im Labyrinth der verwickelten inneren Gegensätze im kapitalistischen Lager. Der stärkste und sonst am meisten mit der grundsätzlichen Linie der britischen Politik solidarische Staat, die Vereinigten Staaten, stellen es sich zur Aufgabe, die britischen Pläne zu zerschlagen. Wir sehen hier eine der grellsten Aeußerungen des paradoxalen Welt„systems“ der Nachkriegszeit. Das amerikanische Kapital hat weder den Mut noch den entschlossenen Willen, nach Rußland zu dringen, und bemüht sich nur, auch niemand anderen hineinzulassen. Aehnlich wie Clemenceau, aber auf diskretere Weise, umgeben Harding und Hughes den größten europäischen Staat mit dem unsichtbaren Stacheldraht des Boykotts. Rußland gegenüber wird die Politik der „offenen Tür“ zur Politik der „verschlossenen Tür“. Konkret zeigen beide Konferenzen die folgende Lage: bevor der letzte große kapitalistische Staat, seien es die wenig interes-

[**)] Vergl. Some American naval Views by H. S. Gardiner (Vice-President Navy League U. S.) The Tortnigthly Review March 1923.

sierten und ultra-antirevolutionären Vereinigten Staaten, sei es das kleinbürgerlich-militaristische wucherisch-rentnerische Frankreich, sich nicht entschließt, seinen Segen zur Oeffnung der Tür nach Rußland zu geben, solange soll das Kapital keines anderen Landes einen Paß dorthin erhalten. Und in diesem liberum veto äußert sich die Einheit der kapitalistischen Welt in der Nachkriegszeit nur auf dem Gebiet der Negation. Beide Konferenzen zeitigen nur unbedeutende nebensächliche und teilweise ganz unfreiwillige Ergebnisse: das erste ist der von vornherein durch Halbheit gekennzeichnete Rapallo-Vertrag, das zweite, weniger bekannte, der Beginn einer Verschwörung der Petroleuminteressenten gegen Sowjet-Rußland.

So reduzieren sich auf dem Gebiete der beiden zentralen Fragen der europäischen Politik, sowohl in der Reparations- wie auch in der russischen Frage, die Ergebnisse der Anstrengungen des Pazifismus auf die Dokumentierung und die Protokollierung der klassisch gewordenen „Einigkeit über die Uneinigkeit“ und inhaltslose „Nichtangriffspakte“, die nur der Ausdruck der ohnmächtigen Furcht des gelähmten und ermüdeten Imperialismus vor neuen kriegerischen Verwickelungen sind.

Die Konferenz in Cannes, die mit der ersten realen Probe verbunden war, Frankreich auf dem Vertragswege seine Sicherheit zu garantieren, zeigte nur die großen Ansprüche dieses Landes, was das Prestige und die Bewegungsfreiheit anbelangt, und beschleunigte nur den Sturz des geschmeidigsten Politikers Frankreichs – Briands. Auf der Konferenz von Genua bemühte sich Lloyd George, schon mehr sich selbst als sein System zu retten. Im Haag versammelten sich außer den Petroleuminteressenten nur die Bestattungsunternehmer mit der Mission der diskreten Beisetzung der sterblichen Reste des Genua-Unternehmens. Der bald danach erfolgte Sturz von Lloyd George besiegelt und symbolisiert nur noch den Bankrott der pazifistischen illusionären Hoffnungen auf einen baldigen Wiederaufbau der bis in die Tiefen erschütterten kapitalistischen Welt.

[299] Schließlich ruft die Wirtschaftskrise, die manche Tendenzen der englischen Politik verdeutlicht, nur die weitere Verschärfung des englisch-französischen Gegensatzes hervor, dessen allgemeine, rein imperialistischen Umrisse sich schon während der Friedensverhandlungen abzeichneten. So zeitigt der Pazifismus auf diesem politischen Gebiet sogar ausdrücklich umgekehrte Resultate. Zur grundlegenden Tendenz der französischen Politik wird die Erkämpfung einer größeren Unabhängigkeit von dem mächtigen und despotischen Verbündeten, für den der Bund mit Frankreich zum vorzüglichsten Mittel geworden ist, eine Kontrolle der französischen Politik ausüben. Für das heutige Frankreich faßt sich, ebenso wie einst für Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts, das allgemeinste Problem seiner Politik in der gezwungenen Wahl zwischen zwei Möglichkeiten zusammen: entweder die von der englischen Vormundschaft zu befreien oder sich endgültig und vollständig mit der Rolle des ersten Sekundanten der größten und rücksichtslos bestimmenden europäischen Macht zufriedenzugeben. Aehnlich vernichten auf der anderen Seite des Kanals die ständigen Reibereien mit Frankreich sowohl in der Reparations- wie in der türkischen Frage, wie auch teilweise in der russischen Politik, allmählich in breiten Kreisen die sentimentalen Reste der Erinnerung an die Waffenbrüderschaft und die Solidarität der Sieger und nötigen die öffentliche Meinung, das ganze Verhältnis mit Frankreich näher zu betrachten. Großbritannien wird sich mit wachsender Unruhe des Uebergewichts des französischen Kontinentalmilitarismus bewußt und hat im Kampfe mit diesem Militarismus eine Unterstützung in den Vereinigten Staaten, mobilisiert diskret die liberale Meinung der ganzen Welt gegen ihn, registriert mit wachsender Ungeduld auch die schwächsten Anzeichen dessen, daß Frankreich bestrebt sei, seine gegenwärtig ganz zweitklassige Seemacht zu stärken. Auf dem Gebiet des allerneuesten Luftmilitarismus aber beginnt auf beiden Seiten ein offenes Wettrüsten. England geht an die Reorganisation seiner veralteten und zersplitterten Luftmacht heran; die Propaganda der verstärkten Verkehrsmöglichkeiten zwischen den zerstreuten Teilen des Imperiums liefert die nötigen Vorwände und Losungen. Durch die Märzdebatten dieses Jahres im Oberhaus klangen dramatische Vergleiche zwischen der Macht Frankreichs und der „alarmierenden“ Rückständigkeit Englands. Diese Melodie wird sofort ausgiebig von der Presse aufgegriffen. Lord Birkenhead gibt in seiner bekannten Rede die Losung heraus: „Nichts weniger als die

nächststärkste Großmacht!“[*)] Und da die mächtigste Luftmacht Frankreich ist, insofern muß England in eine Phase beschleunigter Rüstungen treten, die, wenn es Frankreich bald einholen soll[**)], eine Jahressumme verschlingen müßte, die nicht kleiner ist als jene, die England nach dem letzten Vertrag mit den Vereinigten Staaten für Tilgung seiner Milliardenschuld auswenden muß (wie das aus einer Rechnung, die dem Parlament vom Herzog Sutherland, dem Unterstaatssekretär für die Luftflotte, vorgelegt wurde, folgt).

Bei derselben Gelegenheit betonte Lord Grey, daß letzten Endes die Sicherheit Frankreichs von der Freundschaft mit England abhängig ist“, und beeilte sich, dieses Dogma durch den weniger banalen [300] Wunsch zu ergänzen: „Es wäre dennoch zu wünschen (wir zitieren nach der „Times“ vom 22. März), daß auch in diesem Lande (d. h. in England) man sich allgemeiner davon Rechenschaft ablege, daß auch unsere Sicherheit unter den modernen Umständen in einem vorher nie gekannten Maße von der Freundschaft mit Frankreich abhängig ist.“ Der edle Lord hat in diesen Worten nur eine gewisse diskrete Wahrheit ausgedrückt, nämlich die, daß die Furcht vor Frankreich zu einem beständigen Faktor in der heutigen Politik Englands geworden ist. Eine solche Lage der Dinge ist unzweifelhaft auf die Dauer für England unerträglich und kann nur zur Vertiefung des Gegensatzes beitragen und deshalb die britische Politik des Gleichgewichts der Kräfte dazu nötigen, neue Beziehungen und Stützpunkte zu suchen. Zu einem solchen Stützpunkt ist zur Bestürzung der französischen Diplomatie bis zu einem gewissen Grade die Türkei geworden. Die Zukunft wird zeigen, ob trotz allem nicht auch die unionistische Regierung sich mit der Zeit in die Notwendigkeit versetzt sehen wird, Stützpunkte auch in Rußland zu suchen. Einstweilen jedoch schwächt die bestehende Lage, wie wir das sehen werden, die Stellung Englands in einigen entscheidenden Fragen und macht für es die Ententegemeinschaft in vieler Hinsicht viel wertvoller als für Frankreich. (Schluß folgt.)

*

Zur Politik der Partei.

(Skizze der von der Berliner Organisation nach Moskau entsandten Delegation).

1. Die Entstehung der Opposition in der KPD.

Die Opposition in der KPD entstand bereits kurz nach der Vereinigung des Spartakusbundes mit der linken USP. Im Februar 1921 wurden in Berliner Funktionärversammlungen, nach Referat und Koreferat, die Levischen Auffassungen über die taktischen Fragen und die Fragen der Beziehungen zur Exekutive, der Behandlung der KAP, der italienischen Parteispaltung, energisch zurückgewiesen. Die Hamburger Organisation und die Wasserkante schlossen sich an, außerdem eine Reihe kleinerer Bezirke (Pfalz, Lausig usw.).

Nach der Märzaktion wurde der Kampf gegen den Levitismus zwar von der ganzen Partei aufgenommen, aber es war hauptsächlich die Opposition, die immer wieder betonte, daß es sich nicht um Disziplinbrüche allein handelte, sondern um politische Anschauungen, die als liquidatorische Tendenzen politisch bekämpft werden müssen. Ein großer Teil der Partei bekämpfte diese Ansicht der jetzt „Opposition“ genannten Organisationen.

Während der KAG-Krise wurde anfangs der Kampf von den Parteiinstanzen nicht gegen die Liquidatoren, wohl aber gegen die Linke in der Partei geführt. Die KAGisten wurden politisch nicht scharf bekämpft und in verantwortliche Parteifunktionen gebracht (Reichsgewerkschaftszentrale), und nach dem Jenaer Parteitag wurde in den Oppositionsbezirken eine rege Propaganda für die Erweiterung der Zentrale durch Malzahn, Däumig, Braß und Neumann geführt. Dieser ewige Kampf gegen links schloß die Opposition fest zusammen. Schon damals wurden alle Vorschläge und Anregungen der

[*)] „Nothing less than a one power standard was safe“.

[**)] Der Unterschied ist in der Tat erstaunlich: während Frankreich über 140 Geschwader mit 1260 Flugzeugen verfügt, darunter 111 in Frankreich selbst, besitzt England gegenwärtig in den Grenzen des vereinigten Königreichs mur 10 Geschwader.

oppositionellen Genossen häufig nur deshalb abgelehnt, weil sie von den oppositionellen Genossen kamen.

Dafür machte die Zentrale und mit ihr die Mehrheit den Vorschlag der „Erlassung der Sachwerte“ und der „Zwangssyndizierung“, ohne diese an eine bürgerliche Regierung gerichteten Forderungen durch eine politische Losung zu begründen. Gegen die solche Forderungen ablehnende Opposition wurde scharf gekämpft und zunächst auch deren Vorschlag, die Steuerforderungen mit der politischen Losung der Arbeiterregierung zu verbinden, abgelehnt. Inzwischen wurde das Treiben der KAGisten für die Partei [301] gefährlich, und sie wurden, wiederum aus „Disziplingründen“ ausgeschlossen; wobei der Kampf gegen die Opposition, die auf die politischen Gefahren des KAGismus (nicht der KAGisten allein) hinwies, weiterging.

Dieser Kampf wurde durch das ganze Jahr 1921 hindurch fortgesetzt: die Wortführer der Mehrheit hatten nicht die Absicht, sich mit der Opposition zu verständigen, wodurch die Partei bei jeder praktisch auftauchenden Frage (Rathenau-Kampagne, Vorbereitung des Weltkongresses, Programmfrage) in heftige Diskussionen geführt wurde, in deren Verlauf die Opposition systematisch als ein Haufen von „Krakeelern“, „intellektuellen Narren“ u. ä. m. in den Bezirken dargestellt wurde. Dabei wuchs die Opposition an Einfluß bis zum Leipziger Parteitage, wo es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Mehrheit und Minderheit kam.

Die Ursachen für diesen jahrelangen Kampf liegen unserer Anschauung nach nicht in irgendwelchen zufälligen oder gar persönlichen Reibungsmomenten. Der Kampf gegen die Opposition wurde am heftigsten stets von dem liquidatorischen Flügel der Partei (Levi-Friesland usw.) geführt, weil sie in der Niederschlagung der Opposition die Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer liquidatorischen Theorie und Praxis sahen. Der Fehler des Parteizentrums bestand darin, diese Absichten des rechten Flügels durch den ständigen Kampf gegen die Opposition in gewissem Sinne zu stärken.

2. Leipziger Parteitag.

Auf dem Leipziger Parteitag wurde die Partei nicht zusammengeschlossen, sondern auseinandergerissen. Die Vorbereitung des Parteitags war mangelhaft: über die Hauptfragen lagen keine Richtlinien vor dem Parteitag vor, und von gründlicher Diskussion war keine Rede. In den meisten Bezirken wurden die Delegierten nicht nach politischen Gesichtspunkten gewählt. Die sogenannten Mehrheitsbezirke wurden fraktionell zum organisatorischen Kampf gegen die Opposition eingestellt.

Auf dem Parteitag selbst wurde von der Mehrheit die Behandlung der wichtigen politischen Fragen (Ruhrbesetzung und ihre Folgen) einfach abgelehnt. Die Thesen der Mehrheit über Einheitsfront und Arbeiterregierung wurden nicht einmal der Redaktionskommission überwiesen, sondern fraktionell durchgedrückt.

Alles das trug lediglich zur Schwächung der Partei und zur Zuspitzung der Gegensätze bei. Die Haltung der Minderheit zwang die Opposition zur Abgabe der Erklärung über die Abgabe weißer Stimmzettel bei der Wahl der Zentrale: die Minderheit sah in der 21-Männer-Zentrale ein Kampfinstrument zur Ausstoßung der Opposition aus der Partei und wollte der Partei und der Exekutive die Gefahr signalisieren.

3. Die Differenzen.

Die sachlichen Differenzen wurden auf diese Weise nicht ausgetragen, ja nicht einmal geklärt. Bei der Frage der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung handelt es sich nicht, wie oft von Genossen der Mehrheit behauptet wird, darum, daß die Minderheit beides ablehnt. Wohl aber handelt es sich um die Anwendung dieser Taktik und Losung.

Die Minderheit sieht in den Leipziger Thesen theoretische Formulierungen, nicht aber agitatorische Formulierungen für die Massen außerhalb der Partei, wie es neuerdings behauptet wird, um einige Formulierungen zu entschuldigen. Sie lehnt ab die in diesen Thesen vorhandene Auffassung vom

Vorwiegen „demokratischer Illusionen“ in den Massen, denen man sich anpassen müsse. Sie sieht in den Erfolgen der Faschisten bei Arbeitern, daß vielmehr an Desillusionen anzuknüpfen ist. Sie lehnt ferner ab die in den Thesen ebenfalls vorhandene Theorie, daß die Arbeiterregierung in Deutschland „im Rahmen der Demokratie“ möglich sei, weil nach Auffassung der Opposition diese Auffassung theoretisch zur Revision der kommunistischen Staatstheorie (Erfindung eines stabilen Staatstypus, der noch nicht proletarisch, aber schon nicht bürgerlich ist) führen muß, praktisch aber im besten Falle zu einer schlechten Agitation und Propaganda. Die Opposition lehnt ferner ab die theoretische Auffassung, daß „die Sozialdemokratie“ (als Partei) „vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den [302] rechten Flügel der Arbeiterklasse“ (!) hinübermanövriert werden könne. Eine solche Formulierung bedeutet theoretisch, daß die Sozialdemokratie als Partei auch als revolutionäre Partei des Proletariats angesehen werden kann. Die Opposition sieht in dieser Formulierung eine Verkennung der Rolle der SP, wie der KP, und deren Konsequenz zur Liquidierung der KP führen muß.

Die Minderheit hat auf diese theoretische Fehler, wie auch auf die in der Partei unzweifelhaft praktisch vorhandenen opportunistischen Strömungen hingewiesen, und zwar nicht aus Furcht vor der Taktik der Einheitsfront, sondern um diese Gefahren und Abweichungen zu beseitigen. Die in Leipzig angenommenen Thesen sind nicht eindeutig und klar. Das hat die Praxis nach Leipzig bewiesen, die bei der ersten „Anwendung“ dieser Thesen neue Differenzen verursachte. Schließlich lehnt die Minderheit denjenigen Abschnitt der Thesen ab, der über opportunistische und „linke“ Abweichungen handelt. Dieser Abschnitt kann weder als agitatorisch notwendig entschuldigt werden, noch auch für sachlich und sogar tatsachenmäßig gehalten werden. Er behandelt die opportunistischen Abweichungen oberflächlich und ohne die theoretische Einsicht, daß rechte Abweichungen bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik außerordentlich leicht vorkommen können und zu gefährlichen Konsequenzen führen müssen worauf schon die ersten Thesen Sinowjews wie auch alle Beratungen des IV. Weltkongresses ausdrücklich hinweisen) wie z. B. der KAGismus sich unter der Losung der Einheitsfront – der falsch verstandenen – entwickelte, während die aufgezählten „linken“ Abweichungen teils nicht vorhanden waren, teils keine Abweichungen sind; auf jeden Fall aber in der gegenwärtigen Periode keine Gefahr für die Partei bedeuten können.

4. Die Sächsische Frage.

Die erste Anwendung der Mehrheitsthesen wurde in Sachsen gegeben. Dort wurde, nachdem die KP im Landtag eine sozialdemokratische Minderheitsregierung gestürzt hatte, mit unserer Unterstützung diese Regierung gebildet. Nach ihrem Sturz führte die KP eine Kampagne durch, die Losung: Arbeiterregierung. Innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wuchs der Widerwille gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen. Auf dem Landesparteitag der SPD wurde der Landesvorstand glatt desavouiert, was eine Zersetzung der SPD zeigt, die im ganzen Reich, wenn auch anderswo noch nicht so stark, vorhanden ist. Die KP führte die Verhandlungen mit der SP um die Regierungsbildung und ließ sich unter gewissen Bedingungen auf die Unterstützung einer neuen Minderheitsregierung (mit „linken“ Ministern) ein. Diese Bedingungen erscheinen dem Berliner Zentralvorstand und großen Teilen der Gesamtopposition (55 Delegierte des Ruhrparteitages), soweit sie sich mit der Frage beschäftigt haben, ungenügend.

Die vereinbarten Hundertschaften wurden beschlossen, ohne daß die Frage der Entwaffnung der Bourgeoisie und der Bewaffnung des Proletariats auch nur gestellt wurde. Die Anerkennung der Kontrollausschüsse als Ersatz einer mit nur ganz geringen Befugnissen ausgestatteten Wucherpolizei nimmt den Kontrollausschüssen den revolutionären Charakter und macht sie aus Organen zur Erweckung des Rätegedankens zu bürokratischen Organen eines bürgerlich-demokratischen Staates mit scheinbar proletarischer Spitze, wobei noch zu bemerken ist, daß nach dem Wortlaut der Vereinbarungen die Wucherfälle vor bürgerliche Gerichte kommen, die mit „geeigneten Juristen und „Sachverständigen aus Verbraucherkreisen“ zu versehen sind. Die Ersetzung des Betriebsrätekongresses durch eine Arbeiterkammer macht aus einem spezifisch revolutionären Machtinstrument eine parlamentarische Karikatur und diskreditiert die Betriebsrätebewegung. Sie macht aus einer

revolutionären Forderung eine Reform und wird, wenn nicht revolutionäre Kämpfe diese Gebilde fortsetzen, den Reformismus stärken.

Als die größten Fehler unserer Taktik in Sachsen sind die folgenden zu nennen:

a) durch die Unterstützung einer „linken“ sozialdemokratischen Regierung geben die Kommunisten dieser Regierung sowie der sozialdemokratischem [303] Partei den Nimbus des „Revolutionären“, stärken also ihren fallenden politischen Kredit.

b) Die Taktik ist gewählt worden, ohne daß die Konsequenzen berücksichtigt sind. Diese können nur bestehen im erneuten Sturz der sozialdemokratischen Regierung, die doch nichts sein kann als eine bürgerliche Regierung, oder aber im Eintritt der Kommunisten in ein Koalitionskabinett mit den Sozialdemokraten.

Im ersten Fall werden uns die Sozialdemokraten dieselben Vorwürfe machen, wie sie sie uns gemacht hätten, wenn wir ohne Betriebsrätekongreß und ohne wirkliche Maßnahmen gegen die Bourgeoisie die Unterstützung verweigert hätten. Im zweiten Falle diskreditieren wir den Gedanken der Arbeiterregierung, falls nicht eine allgemeine revolutionäre Welle im ganzen Reich eine sächsische Arbeiterregierung schafft. Aber unter der letztgenannten Voraussetzung würden wir auch ohne die jetzige Unterstützung dieselben Anknüpfungsmöglichkeiten haben.

Der Einwand, daß die Ablehnung einer Unterstützung zur Bildung einer großen Koalition und zum Stillstand der Zersetzung der SPD in Sachsen geführt hätte ist falsch, entweder ist die Situation allgemein revolutionär, dann hätten die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter ihre rechten Führer, die gegen den Willen der Mitgliedschaft in die Koalition gehen, verlassen. Oder aber die Situation macht unmittelbare revolutionäre Machtkämpfe unwahrscheinlich. Dann stärken wir durch unsere Unterstützung nur die Illusion, als ob der Klasseninhalt des sächsischen Staates sich geändert habe, weil „Arbeiter“ als Minister an seiner Spitze stehen. Wir hemmen so die Zersetzung der SPD im Reichsmaßstabe.

Hätten wir die Forderung nach Arbeiterregierung und Betriebsrätekongreß nicht fallen lassen, so hätten die rechten SPD-Führer in Sachsen sich entscheiden müssen, mit der Bourgeoisie zu gehen oder mit den Kommunisten. Sie hätten, die Bourgeoisie gewählt – gegen den Willen ihrer Mitglieder und sie wären bei der ersten revolutionären Welle mitsamt den „linken“ Führern weggefegt worden, welche die Politik der rechten mitgemacht hätten. Die Zersetzung der SPD wäre überdies nicht zum Stillstand gekommen: sie ist eine allgemeine (Reichs-)Erscheinung und von der Gesamtsituation (Ruhrpolitik), nicht aber lediglich von unserer Taktik abhängig. Ueberdies ist der Fehler gemacht worden, die ganze „sächsische“ Frage als isolierte, „sächsische“ Frage zu stellen. Vor diesem Fehler, der ein schwerer strategischer Fehler ist, warnen schon die Leipziger Minderheitsthesen.

5. Die Ruhrbesetzung.

Bei der Ruhrbesetzung hat die Partei ebenso große Fehler gemacht. Sie hat insgesamt nicht begriffen, daß nicht nur der Kampf gegen Cuno und die deutsche Regierung geführt werden muß, weil er die Wirtschaft Deutschlands zerstückelt, die das deutsche Proletariat übernehmen muß. Die deutsche Bourgeoisie muß deshalb gestürzt werden, damit das deutsche Proletariat, das die einzige Macht in Deutschland ist, welche gegen die französischen Imperialisten kämpfen kann und wird, gegen die Invasion sich wenden kann, um dem Proletariat wirtschaftlich die Existenzmöglichkeit zu sichern. Die Parteileitung hat nicht begriffen, daß agitatorisch und propagandistisch dieser Angriff nur gemacht werden kann, wenn die Uebernahme der Macht durch das Proletariat zur Abwehr der Invasion so laut und nachdrücklich wie nur möglich unermüdlich propagiert wird. Die sogenannten Kampflosungen der Partei spekulierten auf (nicht vorhandene) demokratische Illusionen und bekannten sich fast ganz offen zur gewöhnlichen Erfüllungspolitik. Es fehlte ihnen selbst das politische Band der Arbeiterregierung, so daß sie mit ihrer „wirklichen Zwangsanleihe“ eine wirkliche Karikatur auf Kampflosungen wurden.

Die Berliner Bezirksleitung machte Vorschläge für das besetzte Gebiet wie für das Reich und forderte: die Frage der Machtergreifung und der Produktionsübernahme in den Mittelpunkt zu rücken. Diese Vorschläge enthielten, wenn auch nicht scharf genug, auch eine Kampfansage gegen den französischen Imperialismus (Forderung der Räumung der Ruhr, Aufforderung an die französischen Arbeiter, die Produktion zu übernehmen). Die Minderheitsresolution von Essen stellt die Fragen präziser. Im Reichs-[304]maßstab muß die Partei die Frage der Machtübernahme mit der der Produktionskontrolle und Produktionsübernahme zu verbinden lernen, dadurch die Kontrollausschüsse und Betriebsrätebewegung steigern und auf das besetzte Gebiet, wo die Arbeit unter den Besatzungstruppen zu forcieren ist, übergreifen lassen, wie auch umgekehrt, jede Aktion des besetzten Gebiets (Abwehr französischer und faschistischer Angriffe) auf das unbesetzte fortgepflanzt werden kann.

Diese Linie ist ohne Schwierigkeiten von der nach der Verständigungskonferenz eingesetzten Kommission aus Vertretern der Mehrheit und der Minderheit fixiert worden, was beweist, daß eine Verständigung mit der Opposition vorher sehr wohl möglich und erfolgreich gewesen wäre, wodurch der Partei viel Unruhe erspart worden wäre.

6. Unmittelbare praktische Aufgaben.

Von allen Losungen, welche die Partei in der gegenwärtigen schwierigen und komplizierten Situation zur Erweckung des Machtwillens der Massen aufzustellen versucht hat, fand nur eine Widerhall, die Losung der Bildung proletarischer Hundertschaften.

Das beweist, daß die Opposition recht hatte, wenn sie immer wieder betonte, daß „Anknüpfen an die demokratischen Illusionen“ führe lediglich zur Illusion der KPD.

Die beiden Bewegungen, die der KPD im Verlauf des letzten Jahres Erfolge gebracht haben, knüpften nicht an demokratische Illusionen an: die Betriebsrätebewegung mit ihrer Spitze gegen die demokratisch-parlamentarische Republik und die Antifaschistenbewegung mit ihrer undemokratischen Forderung nach proletarischem Selbstschutz, knüpfen im Gegenteil an Desillusionen an.

Diese Bewegungen zu steigern, muß die Partei die Einheitsfronttaktik anwenden. Hierbei muß sie auch die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz ausnützen.

Gleichzeitig muß die Partei die Schritte, welche in Sachsen gemacht worden sind, im ganzen Reiche jetzt dadurch unterstützen, ausnützen und ausweiten, daß nach „sächsischem Muster“ überall Hundertschaften gefordert und gebildet werden, überall die Anerkennung der Kontrollausschüsse gefordert wird, überall die sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre koalitionspolitischen Führer mobil gemacht werden. Darüber hinaus muß die sächsische Organisation erneut und verstärkt die Propaganda für eine Arbeiterregierung aufnehmen („weil eine parlamentarische Minderheitsregierung zu schwach ist zur Durchführung der ihr von den Arbeitern gestellten Aufgaben“), als erste Etappe einen Betriebsrätekongreß zustande bringen, auf den sich die zu bildende Arbeiterregierung stützen muß und der bestimmte erfüllbare politische, wirtschaftliche und kulturelle Forderungen an die sächsische Regierung als Programm stellt. Dieselben Forderungen sind im Rech zu stellen.

Die Ruhrbesetzung muß die Partei benutzen, um dem Proletariat eindringlich die ungeheuren Gefahren zu schildern, in die es gerät, wenn es die Pläne der kapitalistischen Machthaber nicht durchkreuzt.

Von der Frage der Ruhrbesetzung und der Frage Sachsen ausgehend, muß die Kommunistische Partei in ihrer Propaganda wieder in schärfster Weise die Diktatur des Proletariats in den Vordergrund schieben. An der Hand der Tatsache des Faschismus ist in der Presse und der täglichen Propaganda klar und entschieden die Machtfrage aufzurollen. Die Propaganda für die sächsische Arbeiterregierung ist kein Widerspruch zu dieser Forderung. Man kann sowohl die Landesarbeiterregierung wie die Reichsarbeiterregierung in Deutschland heute nur propagieren, wenn man zugleich vor den Arbeitermassen die Konsequenzen des Kampfes um die Arbeiterregierung, die Fortführung des Kampfes um die volle Staatsmacht darstellt. Die durch den Ruhrkonflikt geschaffene Lage Deutschlands

muß ausgenützt werden. Die Frage des proletarischen Bündnisses mit Sowjetrußland und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution in ganz Europa nicht nur neben und auch einmal, sondern zentral und zugespitzt in der Presse und in Versammlungen [305] aufzuzeigen. Praktisch muß, dabei Hand in Hand gehen die Bildung, der Hundertschaften. Der Kampf gegen den Faschismus ist organisatorisch, gleichzeitig auch ideologisch (d. h. durch aktive Politik und durch Entlarvung der Faschisten als Organ des Großkapitals) zu führen.

Die wichtigste praktische Ausgabe ist gegenwärtig die Politisierung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen von uns politisch erobert werden, oder sie laufen Gefahr, den faschistischen Reservoir zu dienen. Die Partei muß alle Kraft anwenden, um die angebliche Neutralität der Gewerkschaften zu brechen und den Einfluß, den sie in den Betrieben besitzt, auch in den Gewerkschaften ausnutzen. Sie muß deshalb alle politischen Tagesfragen „gewerkschaftlich“ auf die Tagesordnung setzen, z. B. die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz ausnützen, die Ruhrfrage, politisch stellen – die Ruhrhilfe gibt Anlaß dazu – die sächsische Frage mit der Frage der Arbeiterregierung im Reich verbinden usw.

Ferner muß die Partei es lernen, die internationalen Fragen in der Partei lebendiger zu machen Notwendig ist weiterhin die bessere Verbindung der Parteibezirke mit der Exekutive. Die Verbindung der Parteibezirke untereinander muß ebenfalls verbessert werden, ebenso die der Partei mit den Bruderparteien.

7. Durchbildung der Partei.

Voraussetzung für die Lösung der gestellten Aufgaben ist die Vereinheitlichung und Konzentration der Parteikräfte. Die Verständigungskonferenz war ein erster Schritt hierzu. Es müssen weitere folgen.

Wir fordern hierzu die Einberufung eines gut vorbereiteten, durch gründliche Diskussionen vorher fruchtbar gemachten Konzentrationsparteitages im Herbst, der die Partei wesentlich konsolidieren würde und nach außen hin die Einheitlichkeit der Partei demonstrieren soll. Wenn auch die Verständigungskonferenz möglicherweise den Unfug, bei jedem Erscheinen eines Genossen der Minderheit in einem „Mehrheits“bezirk über Fraktionsbildung zu klagen, aufzuräumen begonnen hat, so können doch alle bestehenden Differenzen und alle Gewohnheiten des Kampfes (der in der Partei seit 1920 nur gegen links geführt wurde) nur liquidiert werden, wenn ein Parteitag den Schlußpunkt setzt unter eine Entwicklung, die die Partei gehemmt hat. Ein solcher Parteitag müßte von Mehrheit und Minderheit kameradschaftlich vorbereitet werden, wobei die geographische, starre Trennung in „Mehrheit“ und „Opposition“ liquidiert würde.

Wir fordern ferner die Schaffung eines Wochenblattes für Berlin, zur Selbstverständigung der (größten Reichs-) Organisationen, die über kein eigenes Blatt verfügt. Selbstverständlich muß ein solches Organ der Kontrolle der Zentrale unterstehen.

Darüber hinaus muß die Partei ihr Augenmerk lenken auf die sehr zahlreichen neuen Mitglieder, die erst in letzter Zeit zur Partei gekommen sind. Deren Durchbildung ist bringend erforderlich und kann nur erfolgen, wenn die Partei nicht in Teile zerrissen ist. Es ist die Einrichtung von obligatorischen Anfängerkursen notwendig, ferner die Herausgabe einer Art „Katechismus“ für Anfänger, dessen Kenntnis von jedem neuen Mitglied zu verlangen ist.

8. Schluß.

Die Situation in Deutschland ist nach wie vor objektiv revolutionär. Der Zerfall der Wirtschaft schreitet fort, die sozialen Gegensätze spitzen sich zu. Aber große Arbeitermassen sind noch passiv, so daß sie momentan an keine Rettungsmöglichkeit glauben, die Ausgabe der Partei ist es, die Arbeitermasse aus dieser Stimmung herauszureißen.

Die Ruhrkrise erfordert von der Partei gesteigerte Tätigkeit: gelingt es der KP nicht, breite Massen in revolutionäre Kämpfe hineinzuführen, so wird die Verständigung der deutschen Bourgeoisie mit den französischen Imperialisten die Kampfbedingungen außerordentlich erschweren. Es werden

große Kämpfe um die Erhaltung des Achtstundentages, um die Verteidigung des Lohnniveaus, um die Streik- und Koalitionsrechte, entbrennen, die je nach der Klarheit und Geschlossenheit der Partei und der Aktivität der [306] Massen zu Siegen oder zu Niederlagen führen werden. Gleichzeitig entstehen neue imperialistische Gefahren, die die Partei zu voller Klarheit und Aktionsbereitschaft verpflichten.

Die Partei muß in ihrer Mehrheit den Kampf gegen die Theorie und Praxis der passiven, opportunistischen, liquidatorischen Elemente (Gewerkschaftsarbeit, parlamentarische Arbeit) aufnehmen. Dann sind die Gefahren mit geringer Kraftanstrengung zu überwinden und die KPD kann und wird ihren Aufgaben gerecht werden,

Angenommen vom Berliner Zentralvorstand in der Sitzung vom 18. April 1923 mit 24 gegen 10 Stimmen. Die 10 Stimmen entfielen auf die von uns in Nr. 8 abgedruckten Thesen der Genossen Pfeiffer, Gerhard u. a.

*

Einige Selbstverständlichkeiten.

(Anläßlich der Thesen der Berliner Delegation.)

Von P e r e g r i n u s.

I.

Die Taktik der Einheitsfront bestimmt die gesamte politische Tätigkeit der KPD. Diese Taktik ist keine durch die Not des Augenblicks hervorgerufene Improvisation, sie ist nicht durch politische Rechnungsträgerei bestimmt, sie ist nicht auf Erlangung von Augenblickserfolgen unter Preisgabe unseres Endziels berechnet, wie das alle Größen des Menschewismus und der KAP ziemlich einmütig versichern. Die Taktik der Einheitsfront ist das Ergebnis der bisherigen Erfahrung des Marxismus: sie wendet die Lehren der Vergangenheit in der gegenwärtigen Periode an. Nicht nur auf Grund von theoretischen Ueberlegungen, sondern auch des unmittelbaren Eindrucks der Revolution von 1848 waren Marx und Engels zu der Ueberzeugung gelangt, daß die proletarische Revolution nicht wie die bürgerliche durch die Ueberrumpelung einer Minderheit siegen kann, sondern daß sie das bewußte Werk der Massen selbst sein muß. In der Geburtsurkunde der KPD, im Spartakusprogramm hat Rosa Luxemburg diese Erkenntnis wiederholt. Die Erfahrung der russischen Revolution andererseits (und auch die deutsche Erfahrung vom Beginn der linksradikalen Bewegung während der Massenstreikdebatte bis auf den heutigen Tag) hat als weitere unumgängliche Voraussetzung des Sieges der proletarischen Revolution dargetan die feste Organisation der proletarischen Vorhut, die Existenz einer revolutionären Partei, die sich über die Notwendigkeiten der Revolution klar ist und die es vermag, das Proletariat zum Siege zu führen. Auf diesen beiden Voraussetzungen ist die Taktik der Einheitsfront aufgebaut. Sie zielt darauf ab, die Mehrheit der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen überhaupt, unter der Führung der KPD zu vereinigen. Dabei muß natürlich von der gegenwärtigen Lage, den gegenwärtigen Anschauungen und Interessen dieser Massen ausgegangen werden. Nur dann kann der Kommunismus das Vertrauen der Massen erobern, wenn er die Notwendigkeit des Kampfes und auch des Kampfes um die Macht, ableitet aus ihren täglichen Nöten, wenn er die Losungen des jeweiligen Kampfes ihrem Verständnis gemäß formuliert und wenn er den Wert oder vielmehr den Unwert ihrer bisherigen Parteien und Organisationen ihnen da-[307]durch vor Augen führt, daß er versucht, diese auf die entscheidende Probe, die des Kampfes für ihre Forderungen, zu stellen. Mit einem Worte, wenn die Kommunistische Partei es versteht, den Kampf um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse mit dem Kampf um das Endziel zu verbinden.

Das alles sind platte Selbstverständlichkeiten. Und doch hat die Umsetzung dieser Selbstverständlichkeiten in die Praxis einen Haken. Es finden sich Genossen, die versichern, daß die Durchführung der Einheitsfronttaktik besondere opportunistische Gefahren mit sich bringt. Das hätte an sich nicht viel zu bedeuten. Denn mit der Gefahr des Opportunismus hat die Partei so lange zu rechnen, als sie den Kampf mit der Bourgeoisie zu führen hat; so lange nämlich besteht die Gefahr, daß Teile der Arbeiterklasse, und auch der Partei nicht nur der materiellen, sondern auch der geistigen Gewalt

der Bourgeoisie unterliegen. Aber aus den Thesen der Berliner Delegation zur Sitzung der Exekutive wie aus den andern Kundgebungen dieser Genossen, spricht etwas ganz anderes. Die Berliner Genossen haben noch in keinem Fall eine Anwendung der Einheitsfronttaktik in größerem Maßstabe unwidersprochen gelassen; „Revisionismus“ und „Liquidatorentum“ – so klingt es aus allen ihren Kundgebungen; das tückische Gespenst des Opportunismus läßt ihnen keine Ruhe; sie sehen es bei jeder Verhandlung mit VSPD-Führern im Hintergrunde lauern; sie wittern es bei jedem gemeinsamen Vorgehen kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter; gar die Losung der Arbeiterregierung verursacht bei ihnen ein gelindes Grauen; darin sehen sie nicht mehr und nicht minder als die „Revision der kommunistischen Staatsauffassung“, die Kapitulation der KPD vor der bürgerlichen Demokratie. Wohl wagen die Berliner Genossen es nicht, die Einheitsfronttaktik grundsätzlich abzulehnen. Sie mögen durch die Erfahrungen mit den „radikalen“ Vorkämpfern gegen die Einheitsfront in anderen Ländern, in Frankreich, Tschechoslowakei usw. gewitzigt worden sein. Aber wenn man zu den angeführten Vorwürfen hinzunimmt, daß die Formulierung der Einheitstaktik durch die Berliner Genossen das Wesen dieser Taktik aufgibt, so unterscheidet sich die Kritik der Berliner Genossen von einer grundsätzlichen Ablehnung der Taktik der Partei so gut wie gar nicht. Jedenfalls wird als Konsequenz dieser Taktik offen festgestellt: „Die Liquidation der KPD“, „Der Abmarsch zur VSPD“. Solche Anklagen sind, mag es die Opposition wollen oder nicht, eine theoretische Begründung für die Spaltung der Partei. Die Vorkommnisse auf dem Bezirksparteitag in Essen haben gezeigt, wie der Inhalt der von der Opposition betriebenen Kritik dazu führt, daß diese, ob bewußt oder unbewußt, die Einheit der Partei und ihrer Aktion gefährdet. Das Abkommen zwischen der Zentrale und den oppositionellen Bezirken hat diese Gefahr gebannt. Aber diese Gefahr kann immer neu entstehen, wenn in der Partei über die elementaren Grundlagen ihres praktischen Handelns keine Klarheit besteht. Wir wollen hier den Versuch machen, uns mit den Anschauungen der Opposition, wie sie in den Thesen der Berliner Delegation und anderswo formuliert sind, auseinanderzusetzen. Die Opposition erhebt gegen die Parteimehrheit die Anklage des Liquidatorentums. Wir werden ihr noch besonders nachweisen, daß sie die Einheitsfronttaktik, die für die Partei heute die einzig mögliche ist, grundsätzlich verwirft. Wer aber die Taktik bekämpft, die vom Standpunkt des Marxismus, wie wir schon erwähnt haben, eigentlich selbstverständlich ist, der ist nicht mehr, – nicht minder als ein theoretischer Liquidator des Marxismus, und damit auch der Kommunistischen Partei. [308]

II.

Die heutige Taktik der Partei ist begründet auf er Analyse der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der Klassenverhältnisse, die uns vom III. Weltkongreß gegeben worden ist. Die Opposition betrachtet noch heute den III. Weltkongreß gleichsam als die Quelle alles opportunistischen Uebels. Und gerade um die Zeit des III. Kongresses bildet sie sich als besondere Gruppe innerhalb der Partei heraus. Eine Betrachtung der Resultate des III. Kongresses wird uns deshalb den Schlüssel zur theoretischen Grundeinstellung der Berliner Opposition liefern, sowie auch die Behauptung ins richtige Licht stellen, als ob es die Berliner Opposition sei, die seit Jahr und Tag den Kampf um die Reinheit der kommunistischen Grundsätze führt.

Bedeuteten die Resultate des III. Kongresses wirklich eine Rechtsschwenkung der Kommunistischen Internationale? Bis zum III. Kongreß bestand keine einheitliche Auffassung in der Frage der Einschätzung der Krise des Kapitalismus. So konnte der Gedanke Raum finden, daß der Kapitalismus kein Mittel habe, die Wirkung der Nachkriegskrise aufzuhalten, daß diese Krise zugleich seinen endgültigen Zusammenbruch bedeute, daß einige energische Schläge, sogar einer proletarischen Minderheit genügten, um das ganze System zu stürzen. Das war nichts anderes als die Umkehrung des alten sozialdemokratischen Glaubens an den großen Kladderadatsch, der die soziale Revolution sozusagen automatisch zur Folge hat.

Hier setzte die Kritik des III. Kongresses an. Der III. Kongreß wies nach, daß die revolutionäre Epoche, die Epoche des Niedergangs des Kapitalismus keineswegs geradlinig verlaufe. Sie ist ein langer Prozeß von wirtschaftlichen und politischen Katastrophen, von Kriegen und Revolutionen. Sie kennt ebenso wie die Periode des kapitalistischen Aufstiegs den Wechsel von Konjunktur und

Krise. Ebenso wie die Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus sich durchsetzt, in dem der Kapitalismus seine letzten Rettungsmittel erschöpft, setzt sich die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, als des einzigen Mittels an Stelle der untergehenden eine höhere Gesellschaftsordnung zu sehen, nur durch, indem die revolutionäre, die Kommunistische Partei allen Kämpfen des Proletariats einen bewußten Stempel aufdrückt und die Massen um sich sammelt. Die immer schärferen Konflikte und Krisen schaffen die Voraussetzung für die immer breitere Aktion der Arbeiterklasse. Diese Auffassung ist weder fatalistisch, noch blanquistisch. Sie verbindet die revolutionäre Tätigkeit mit der nüchternen Untersuchung der Situation. Die Revolution ist hier keine automatische Folge der Krise oder das Resultat eines energischen Stoßes, sondern Frucht der Kämpfe der Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Vorhut. Deshalb braucht die Revolution nicht unbedingt in einer Krise, sondern kann auch während der Konjunktur eintreten, wie das Trotzki auf dem III. Kongreß betont hat. Es gilt hier der Rat Rosa Luxemburgs:

„Hier wie sonst in der Geschichte tut die Theorie ihren vollen Dienst, wenn sie uns die Tendenz der Entwicklung zeigt, den logischen Schlußpunkt, auf den sie objektiv hinsteuert. Dieser selbst kann so wenig erreicht werden, wie irgendeine frühere Periode der geschichtlichen Entwicklung bis zu ihrer letzten Konsequenz sich abwickeln konnte. Er braucht um so weniger erreicht werden, je mehr das gesellschaftliche Bewußtsein, diesmal im sozialistischen Proletariat verkörpert, als aktiver Faktor in das blinde Spiel der Kräfte eingreift ...“ (Antikritik.)

[309] Der Fortschritt des proletarischen Klassenbewußtseins drückt sich aber aus in der fortschreitenden Organisation des Proletariats, wobei die Organisation natürlich nicht mechanisch, wie bei den Sozialdemokraten, aufzufassen ist. Es kommt also darauf an, daß die revolutionäre Partei die Massen um sich sammelt.

Die Perspektive des Dritten Kongresses kann deshalb keinesfalls als „rechts“ bezeichnet werden. Sie hat nicht nur den Glauben der Leviten an einen Aufschwung des Kapitalismus widerlegt, sie ist auch radikaler als alle Theorien, die die wichtigste Aufgabe der Partei, die Eroberung der Führung des Proletariats, verdunkeln. Bei der theoretischen Untersuchung der gegenwärtigen Situation, bei der Durcharbeitung der Taktik kann nur von dieser Perspektive ausgegangen werden.

Was hat die Opposition dem entgegengestellt? In den Thesen der Berliner Organisation zur Weltwirtschaftslage, die vor dem Dritten Kongreß beschlossen wurden, heißt es:

„Wie man auch die Möglichkeiten, das Tempo und die Entwicklungslinie einschätzt, eines steht fest: eine Erweiterung der Produktionsbasis des Kapitalismus ist unmöglich, vielmehr ist die Basis, nachdem die ungeheuren Kosten des Krieges als Kosten für eine Erweiterung der Produktionsbasis gezahlt worden sind, einfach verschlungen. Die Reproduktion ist nach wie vor verengerte Reproduktion – das bedeutet den Zusammenbruch des Kapitalismus.“

Mit dieser Analyse wurde eine Taktik begründet, die „Offensivaktionen“ vorsah, ohne jegliche Rücksicht auf die konkrete politische Situation. In einem Artikel in der „Internationale“ verteidigte der Genosse Maslow diese Nachahmung der anarchistischen „direkten Aktion“ mit der Behauptung, daß die „Spannungszustände“ des kapitalistischen Systems keinen Stoß mehr vertrügen. Die Revolution kommt also automatisch. Das war eine Ueberbietung aller Offensivtheorien durch anarchistischen Unsinn.

Diese mechanische und vereinfachte Auffassung konnte von ihren Urhebern nicht mehr aufrechterhalten werden.

Sie fielen in das andere Extrem. So kamen die Sozialdemokraten vom Schlage Kautsky von dem Glauben an den großen Kladderadatsch, den sie in der Vorkriegszeit hegten, zur Ueberzeugung, daß dem Kapitalismus ein ewiges Bestehen beschieden sei. Der Glaube an den mechanischen und geradlinigen Verlauf des kapitalistischen Zusammenbruchs und die automatische Revolution wurde von unserer Opposition neuerdings ergänzt durch die folgende Betrachtung:

„Leider herrscht in unserer Partei eine Leichtfertigkeit und ein – um es grob zu nennen – Dilettantismus in der Betrachtung außenpolitischer Zusammenhänge, der sich leicht auch auf innerpolitische taktische Folgerungen überträgt. So ist es z. B. geradezu Mode, aus irgendwelchen Komplikationen, etwa bei Reparations-

angelegenheiten, sofort Schlüsse auf nahe imperialistische Konflikte, unmittelbar bevorstehende militärische Verwicklungen und Katastrophen zu ziehen, die der Partei nicht im geringsten nutzen können.“ (Artikel des Gen. J. D. in der „Taktik und Organisation vom 9. Dezember 1922.)

Die Besetzung des Ruhrgebiets hat die Sehergabe der Opposition ja glänzend bestätigt! Ihre Auffassung aber hat sich ganz folgerichtig entwickelt bis zu einer Perspektive von Levi-Hilferdingscher Art, bis zu einem Ableugnen der Krisenelemente und des Konfliktstoffes in [310] der gegenwärtigen Situation. Das ist auch der Schlüssel zu der Politik der Opposition. Wir wollen sie selbst sprechen lassen:

„Und gerade, wenn die Geschichtsperspektive, der Leviten richtig wäre, wenn wir uns in einer Zeit der Konsolidierung der Kapitalismus befinden würden, gerade dann wäre das Geschrei nach der Massenpartei und der Einheitsfront das absolute Kennzeichen für ihren Willen zur Revision des Kommunismus und der Kommunistischen Partei. Denn eine Massenpartei und eine Einheitsfront in einer Zeit des ständigen revolutionären Niederganges bringt die Gefahr der Aufgabe der revolutionären Ziele und das Hineinwachsen in den Reformismus, so daß das kommunistische Programm genau zu derselben Phrase wird, wie vielfach das sozialdemokratische Programm um 1914.“ (Artikel der Gen. Ruth F. in der „Taktik und Organisation“ vom 29. Januar 1922.)

Trotz der holprigen Sprache ist dies deutlich genug. Die Furcht vor dem Liquidatorentum, vor dem Opportunismus und Revisionismus ist nur die Folge der Verzweiflung an der Revolution, des Unvermögens, die wahren Wurzeln der Revolution zu erkennen. Man lasse uns dann aber mit dem Kampf gegen den KAGismus, den die Opposition angeblich seit zwei Jahren führt, in Ruhe! Ein schöner Kampf das, der mit der Rüstung und den Argumenten der KAG geführt wird!

III.

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik erfordert es, daß wir Tagesforderungen, Uebergangsforderungen aufstellen, d. h. Forderungen, die den unmittelbaren Interessen der Massen entsprechen und ihnen verständlich sind. Diese Forderungen sind aber noch nicht kommunistisch, d. h., sie reichen an sich nicht über den Rahmen des kapitalistischen Systems hinaus. Der Kampf um diese Forderungen muß den Massen an Hand ihrer eigenen Erfahrung die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus und die Diktatur klarmachen.

Die Kommunistische Partei versucht, die bestehenden kleinbürgerlichen Arbeiterparteien, denen die Massen noch folgen, zum Kampf für diese Forderungen zu zwingen. Lehnen diese es ab oder nicht, in beiden Fällen erobert sich die Kommunistische Partei das Vertrauen der Massen und neue Unterpfänder des Sieges.

Die Opposition beginnt ihre Kritik mit der Versicherung, daß die SPD nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen könne.

Die Minderheitsthesen des Leipziger Parteitages sind ganz mit der Wiederholung dieser für uns Kommunisten gewiß sehr schmeichelhaften Versicherung angefüllt. In den Thesen der Berliner Delegation wird behauptet, die Auffassung als ob die Sozialdemokraten als Partei vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse hinübermanöveriert werden könne, in ihrer Konsequenz zur Liquidierung der KP führen müsse. Auf dem Leipziger Parteitag erklärte Genosse Maslow noch deutlicher:

„Der VSPD als Partei zugestehen, daß sie revolutionär kämpfen kann, heißt die Kommunistische Partei liquidieren.“

Die Frage nach der VSPD läßt sich aber durch bloße Behauptungen nicht erledigen. Um zu wissen, ob die VSPD kämpfen kann, und auch wofür und in welchen Grenzen sie kämpfen kann, muß man den Klassencharakter und die historische Stellung der Sozialdemokratie untersuchen. Der Kern der Sozialdemokratie, der Stützpunkt der Gewerkschaftsbürokratie ist die sogenannte Arbeiteraristokratie. Dieser [311] Schicht der Arbeiterklasse hat der Kapitalismus eine einigermaßen gesicherte Existenz garantiert und sie über die Lebensgewohnheiten der eigenen Klasse in die des Kleinbürgertums hinausgehoben. Die Arbeiteraristokratie ist deshalb an dem Bestehen des Kapitalismus interessiert.

Andererseits kann sie ihre gesicherte Stellung nur erringen und behaupten, indem sie sich organisiert und ihre Ansprüche gegen das Streben der Unternehmer nach ungemessenem Profit durchsetzt. Sie war deshalb darauf angewiesen, sich mit dem revolutionären Proletariat zu verbinden. Sie hat seine politische und gewerkschaftliche Organisation ausgebaut und ihren Zwecken dienstbar gemacht. Sie übernahm die Lehre des Marxismus vom Klassenkampf, natürlich um sie auf kleinbürgerliche Art zurecht zu schneiden. Die Frucht dieses Bundes war die alte Sozialdemokratie.

Mit dem Augenblick aber, wo die Revolution zur unmittelbaren Aufgabe des Proletariats wurde, trat der kleinbürgerliche Charakter der Arbeiteraristokratie und ihrer Politik offen zutage, sie schloß den Bund mit der Bourgeoisie. Das revolutionäre Proletariat schuf sich seine eigene Organisation. Die Aufgabe der revolutionären Partei ist es nun, die Proletarier, die noch dem alten Glanze der VSPD trauen und im Banne der kleinbürgerlichen Ideologie stehen, von ihr loszulösen, die verschiedenen Schichten des Proletariats unter dem Banner des Kommunismus zu vereinen, was um so leichter ist, als die zunehmende Verelendung immer mehr auch die gesicherte Existenz der Arbeiteraristokratie untergraben hat.

Der kleinbürgerliche Klassencharakter der VSPD bestimmt ihre Politik. Sie kann nicht über die Grenzen der bürgerlichen Demokratie hinausgehen. Deshalb hat sie und wird sie das Proletariat, dessen Interessen nur jenseits dieses Rahmens wirklich befriedigt werden können, tausendmal verraten. Wohl aber kann sie gegen die Bourgeoisie für Ziele kämpfen, die nicht über den Rahmen dieser Demokratie hinausgehen. Wenn sie das nicht tut, so nur deshalb, weil sie weiß, daß jeder große Kampf jetzt die Machtfrage aufrollt, weil sie echt kleinbürgerlich davor zurückschreckt. Hier aber ist gerade der Punkt, wo wir anknüpfen können und müssen. Hier können wir den VSPD-Arbeitern zeigen, daß ihre Partei nicht einmal ihre eigenen Forderungen verteidigen kann. Hier können wir die Massen in Bewegung setzen, die VSPD-Führer zwingen, zu kämpfen, wenn auch nur im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Und solch ein Kampf wäre viel nützlicher als tausend Predigten über Verworfenheit der VSPD-Führer, und zwar solche Predigten, die nicht Tatsachen, sondern bloße Behauptungen als Beweise bringen, denn solch ein Kampf würde die VSPD an die Schranke der bürgerlichen Demokratie anprallen lassen, er würde die VSPD tatsächlich differenzieren, er würde die Arbeiter wirklich von ihren Führern trennen und den Kommunisten zuführen, die solche Schranken nicht kennen. Wenn es uns aber nicht gelingt, die USPD in Bewegung zu setzen, so werden wir die Massen gewinnen nur, nachdem wir alle Anstrengungen gemacht haben, um die VSPD zum Kampf zu veranlassen und wenn die Massen die kleinbürgerliche Halbheit durchschauen, die die VSPD vor der revolutionären Aktion der Massen zurückschrecken läßt. Die bloße Behauptung, die VSPD könne nicht kämpfen ohne den Beweis, warum das so ist, ist eine indirekte Rechtfertigung der VSPD-Politik, sie verbreitet nur die Atmosphäre der Passivität und Indifferenz.

Daß man dadurch, daß man behauptet, die VSPD könne im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, beispielsweise für die Erhaltung des Achtstundentages kämpfen, die KPD, deren Aufgabe es ist, die [312] Diktatur des Proletariats zu erkämpfen, liquidiert, zeigt uns, welche Bocksprünge die „radikale“ Logik unserer Opposition macht. Offenbar glauben die Genossen von der Opposition, daß die historische Aufgabe der KPD sich darauf beschränkt, für die Erhaltung des Achtstundentages und ähnliches zu kämpfen. Und wirklich schrieb ein Genosse über Forderungen, die von unserer sächsischen Organisation als nichtkommunistisch den VSPD-Führern vorgeschlagen wurden:

„Das heißt, daß man die aufgestellten Forderungen ‚eigentlich‘ für unkommunistisch (oder unrein kommunistische) hält. Das ist absoluter Unsinn.“ (Taktik und Organisation, 9. Dezember 1922.)

Der Verfasser kennt offenbar die besondere Stellung der Kommunisten gegenüber anderen Parteien, die auch hier und da einzelne Forderungen der Arbeiterklasse aufnehmen und sie auch hier und da durchsetzen, gar nicht.

Es scheint wirklich so. Denn in einem, durch die Umsicht einiger Genossen, der Oeffentlichkeit vorenthaltenen Artikel des Genossen Maslow, gibt er der VSPD bemerkenswerte Ratschläge, wie sie die Kommunisten bekämpfen solle. Der Artikel ist betitelt: „Wenn ich Sozialdemokrat wäre“. Der „Sozialdemokrat“ Maslow würde noch radikaler als die Kommunisten sein. Er würde sie zu

Ministern einer Arbeiterregierung machen und sie Streikbewegungen niederschlagen lassen, die er, der „Sozialdemokrat“, organisieren würde. Die „Kommunisten“, mit denen der „Sozialdemokrat“ Maslow zu tun hat, treiben ganz gewöhnliche Koalitionspolitik. Sie haben offenbar vergessen, die Bewegung, die die Arbeiterregierung geschaffen hat, weiterzutreiben. Sie sind kleinbürgerliche Demokraten, die sich an dieser Demokratie den Kopf einrennen.

Wir können ganz ruhig behaupten: die ganze Furcht, daß die Annahme, die VSPD könne kämpfen, die KPD liquidiere, läßt sich erklären durch das echt kleinbürgerliche Unvermögen, sich über die Grenzen der bürgerlichen Demokratie klar zu werden. Der aber liquidiert die Partei, der das nicht kann und so die historische Aufgabe der KPD verleugnet.

Die Opposition hat offenbar die Auffassung, daß ein Kampf um die Uebergangsforderungen gleichbedeutend mit der Revolution ist, was ja aus ihren schon erwähnten Theorien von dem automatischen Verlauf der Revolution folgt. Wahr ist daran, daß gegenwärtig jeder ernste Kampf um eine Besserung oder nur Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse an den Grundlagen der Macht der Bourgeoisie rüttelt, die Bourgeoisie zwingt, ihre ganze Staatsmacht aufzubieten. So rollt jeder Kampf die Machtfrage auf. Ob der Kampf aber wirklich zum Machtkampf wird, hängt davon ab, ob die Kommunistische Partei es versteht, ihn aus dem Stadium des Kampfes für Teilforderungen herauszuführen. Den Kampf um Tagesforderungen darf nicht mit dem Kampf um das Endziel verbunden werden, indem beides gleichgesetzt wird, sondern nur, wenn der eine aus dem andern entwickelt wird.

Die Behauptung, daß die VSPD vom linken Flügel der Bourgeoisie zum rechten Flügel der Arbeiterklasse hinübergezogen werden kann, entspricht also der Analyse des Klassencharakters der VSPD. Gerade in zugespitzten Situationen muß eine kleinbürgerliche Partei mehr denn je Schwankungen durchmachen. Besonders jetzt, da der bürgerlichen Demokratie der Boden unter den Füßen [313] schwindet, angesichts der faschistischen Welle, sehen wir eine Zersetzung der VSPD, wie sie noch nie da war.

Schon die Geschichte der früheren ebenso kleinbürgerlichen USPD war ein unaufhörliches Schwanken zwischen Noske und dem revolutionären Proletariat. Heute sehen wir in der VSPD neben dem Faschistenfreund Severing die sächsische Regierung Zeigner.

Bei der Auffassung der Berliner Genossen schwindet für die Taktik der Einheitsfront jeder reale Boden. Dann dürfte die KPD gar nicht versuchen, die SPD zum Kampf zu zwingen, das hieße den Arbeitern Sand in die Augen streuen, sondern sie müßte die VSPD auf Schritt und Tritt so bekämpfen, wie sie alle bürgerlichen Parteien bekämpft. Ein Versuch eines Bündnisses mit der VSPD wäre glatter Verrat.

Die Berliner Genossen schrecken offenbar von dieser logischen Folgerung aus ihrer Auffassung zurück. Sie haben deshalb in ihren Thesen zum Leipziger Parteitag die folgende erstaunliche Formulierung gefunden:

„... Aufgabe der Kommunisten ist es deshalb, breiteste Massen von unten her zu mobilisieren und zu organisieren, um durch den Druck ihrer eigenen Anhänger die reformistischen Arbeiterführer zu zwingen, entweder die notwendigen Abwehrkämpfe abzulehnen und zu sabotieren, oder aber scheinbar einzuleiten, um sie sobald wie möglich zu verraten ...“

„... Die Kommunisten wissen, daß die reformistischen Führer nicht kämpfen wollen. Breite Massen wissen das noch nicht. Um ihnen zu beweisen, daß die reformistischen Führer sie verraten, werden die Kommunisten häufig mit diesen Führern Spitzenverhandlungen führen müssen. ...“

Das alles ist kein schlechter Witz, sondern heiliger Ernst der Opposition. Die Kommunisten sollen die reformistischen Führer zwingen, die Abwehrkämpfe zu sabotieren und zu verraten! Ein schöner Zweck der Einheitsfronttaktik, eine schöne Aufgabe der KPD! Nächstens wird Scheidemann erklären können: „Ich bin für die Einheitsfront! Aber die Kommunisten wollen mich zwingen, das Proletariat zu verraten; das tue ich bekanntlich nicht!“

Das ist eine Konfusion ohnegleichen! Können die Sozialdemokraten für keine Tagesforderung kämpfen, dann braucht man sie nicht erst zum Verrat zwingen, dann verraten sie die Arbeiter ohne unsere Mitschuld, – dann muß die Opposition auch die Einheitsfronttaktik gänzlich preisgeben, sonst verwickelt sie sich in ihre eigenen Vorbehalte. Genossin Ruth Fischer hat denn auch den Mut gefunden, zu erklären:

„Wir wollen die Einheitsfront insofern, als wir wirklich kämpfen wollen, auch als Kommunisten, um die unmittelbaren Tagesforderungen des Proletariats, kämpfen mit jedem Arbeiter, gleichgültig, ob er Kommunist, ob Sozialdemokrat oder Parteiloser ist.“ (Internationale 3.)

Zu dieser Art von Einheitsfront braucht man kein Marxist und Kommunist sein. Jeder KAP-Mann wird einverstanden sein, mit jedem Arbeiter gemeinsam zu kämpfen. Für uns handelt es sich aber vorerst um etwas anderes: dem sozialdemokratischen Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes klarzumachen, und überhaupt an ihn heranzukommen.

Neben der glatten Ablehnung der Einheitsfronttaktik durch die Genossin Ruth Fischer finden wir allerhand Versuche, die Taktik der Einheitsfront in Worten beizubehalten und sie tatsächlich zu verleugnen.

So lehnte die Opposition nach dem Rathenaumord alle Spitzenverhandlungen ab und verlangte eine Einheitsfront „von unten nach oben“. Das bedeutet, wenn es einen Sinn hat, nichts anderes, als daß die Partei jeden Versuch ablehnt „von oben“ auf die Massen ein-[314]zuwirken, daß sie die Organisationen, denen die Massen nachfolgen, einfach ignoriert, und so auch an den Massen vorbeigeht; gewiß soll und muß auch die Kommunistische Partei versuchen, die Massen selbstständig zu Aktionen zu sammeln: aber solange ihre Kräfte nicht ausreichen, um auf diese Weise die Mehrheit des Proletariats zusammenzufassen, ist sie auf die Einheitsfronttaktik angewiesen: die Aktion von „unten nach oben“ als einziges Heilmittel ist der anarchistische und menschewistische Glaube an die Selbsttätigkeit der Massen: das ist eine Verleugnung der Rolle der Partei; denn es bedeutet, daß die Partei bei ernsten Konflikten und Kämpfen der Sozialdemokratie die Führung überläßt, ohne den Versuch zu machen, sie an sich zu reißen.

Die Opposition sollte sich bei ihrem Kampfe gegen die Einheitsfronttaktik an die französische Erfahrung erinnern. In Frankreich hat Frossard denselben Kampf geführt, freilich ohne sich in Worten zur Einheitsfronttaktik zu bekennen. Wir wollen aus dieser Uebereinstimmung keine Schlüsse ziehen. Aber zufällig ist sie nicht. Und deshalb täte die Opposition gut, sich an die eigene Brust zu schlagen, bevor sie über Opportunismus noch klagt.

Zur weltwirtschaftlichen Lage.

Eine Kritik der Varga’schen Vierteljahresberichte.

Von G. F i n k.

Seit mehr als einem Jahr gibt Genosse Varga als Sondernummern der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ Vierteljahresberichte der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik heraus. Da diese Berichte in der ganzen Internationale dreiviertel-offiziell verbreitet werden, besitzen sie eine große Bedeutung. Leider sind wir nun gezwungen, gegen die Art und Weise, in der Genosse Varga diese Vierteljahresberichte verfaßt, scharfen Protest zu erheben.

Wirtschaftsberichte können verschiedene Zwecke verfolgen. Bürgerliche Zeitungen, statistische Aemter werden Wirtschaftsberichte herausgeben nicht nur auf Grund des Zeitungs- und Zeitschriftenmaterials, sondern auf Grund von Berichten, die sie von Kapitalistenkreisen, die Einblick in das gesamte Wirtschaftsleben haben, erhalten und damit den Zweck verfolgen, die Kapitalisten, die kaufen oder verkaufen wollen, über die wirtschaftliche Lage zu orientieren. Wir nehmen nicht an, daß die Berichte des Genossen Varga den Zweck verfolgen, die Einkäufer und Verkäufer der russischen Staatstrusts über die Geschäftslage zu unterrichten, und wir nehmen auch an, daß diese Leute privat für diese Zwecke bessere Berichte besitzen werden. Was also kann die Aufgabe eines Wirtschaftsberichtes, den die Kommunistische Internationale den Parteipolitikern, den Funktionären und aktiven Parteimitgliedern gibt, sein? Ein derartiger Wirtschaftsbericht kann entweder auf Grund des

Materials eine Analyse der wirtschaftlichen Situation geben, oder er kann sich darauf beschränken, den Parteifunktionären das Material möglichst vollständig, möglichst objektiv und möglichst gut zusammengestellt zu übermitteln, auf Grund dessen dann die Parteipolitiker und Parteifunktionäre die weltpolitische Lage zu beurteilen vermögen, die politischen Konsequenzen ziehen können. Genosse Varga erklärt, eine Analyse der Situation nicht geben, sondern nur die Tatsachen zusammenstellen zu können. Wir müssen offen sagen, daß wir auch vom Gen. Varga k e i n e Analyse der Situation, keine theoretischen Auseinandersetzungen verlangen. Warum, geht aus dem unten Gesagten hervor. Wir möchten hier nur anführen, daß die Erklärung eines Streiks als eine „eigentlich äußere“ Einwirkung auf die Wirtschaft u. E. [315] genügt, um festzustellen, daß die Theorien und Untersuchungen des Genossen Varga mit Marxismus nichts mehr zu tun haben.

Bleibt also übrig, die Wirtschaftsberichte als Material, als Zusammenstellung der wichtigsten Tatsachen herauszugeben. Dann müssen wir aber an die Berichte des Gen. Varga mindestens die Forderungen stellen, die wir an jeden Statistiker, an jeden Berichterstatter stellen müssen, daß er seine Angaben nicht so zusammenstellt, wie es für seine Erklärungen gerade günstig ist, daß er uns seine Angaben ausführlich spezifiziert, daß er nicht irgend welche Zitate, die gerade seine Meinung bestätigen, anführt, andere aber viel wichtigere Dinge überhaupt nicht berücksichtigt.

Wir wollen uns aber heute nicht damit beschäftigen, einzeln diese Fehler, die die Berichte des Gen. Varga entwerten, anzuführen, sondern wir müssen uns notgedrungenerweise, da er trotz seiner Erklärung unaufhörlich neue Begriffe prägt und Theorien macht, mit diesen seinen Erklärungsversuchen der Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft auseinandersetzen.

Wollen wir das letzte Vierteljahr wirtschaftlicher Entwickelung betrachten, so müssen wir uns vor allem mit der Konjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika und mit den Wirkungen des Ruhrkrieges befassen. Gerade dem amerikanischen Konjunkturproblem kommt für die gesamte theoretische Auffassung von der Weltwirtschaftskrise, von den Möglichkeiten einer Ueberwindung und der kapitalistischen Weiterentwicklung die größte Bedeutung zu. Es handelt sich hierbei um die Frage, ob es tatsächlich möglich ist, daß Amerika endgültig die Wirtschaftskrise überwindet und trotz Fortbestehens der Weltwirtschaftskrise die gegenwärtige amerikanische Konjunktur anhalten kann. Es ist klar, daß das nichts anderes bedeuten würde, als daß die amerikanische Wirtschaft autark (selbstgenügsam) werden könnte, daß es möglich sein müßte, den Mehrwert der amerikanischen Industrie im Lande selbst zu realisieren und den realisierten Mehrwert zu kapitalisieren, die Reproduktion zu erweitern. Das sind Fragen, die nicht nur auf Grund des Tatsachenmaterials zu lösen sind, sondern nur unter Zuhilfenahme der Marxistischen theoretischen Einsicht. Es ist daher vollkommen verfehlt, wenn man, wie Gen. Varga, versucht, „theorielos“, d. h. auf dem Boden und mit den Mitteln der bürgerlichen Oekonomie, an die Dinge heranzugehen. Gewiß, „Marx und Engels haben jahrzehntelang die Tatsachen des damals so viel einfacher gebauten Kapitalismus studiert, bevor das ‚Kapital‘ entstand“; aber um so weniger darf ihre jahrzehntelang schwer erkämpfte theoretische Einsicht nun zum alten Eisen geworfen und die erstbesten bürgerlichen Begriffe, nur „um objektiv“ zu erscheinen, angenommen werden.

Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten ist eine Tatsache. Alle Industriezweige sind außerordentlich stark beschäftigt. Genosse Varga stellt fest, daß schon 1922 eine starke Konjunktur in Amerika vorhanden war. Wir wollen diese Tatsache der Besserung der Wirtschaftslage in Amerika im vergangenen Jahr nicht bestreiten. Nur die Beweisführung mit „Akkumulation“ ist merkwürdig. Varga schreibt: „Was für eine große Konjunktur im Jahre 1922 bereits war, zeigt die ungeheure Akkumulation. Nach Angaben von Prof. Friday betrug das Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten im Jahre 1922 etwas über 60 Milliarden Dollar. Hiervon wurden mehr als 10 Milliarden Dollar akkumuliert.“ Aus den Ausführungen Vargas geht hervor, daß er den Begriff Akkumulation im b ü r g e r l i c h e n, nicht aber im marxistischen Sinne verwendet. Er schreibt: „Von den neu akkumulierten 10 Milliarden besteht die Hälfte aus im Lause des Jahres gebauten Häusern und Fabrikgebäuden, Eisenbahngebäuden usw.; der andere Teil an Automobilen, Maschinen, M ö b e l n usw.“ In der Vargaschen Terminologie heißt demnach Akkumulation der Teil des Mehrwertes, den die Kapitalisten nicht durch die Gurgel jagen. Wenn ein Kapitalist sich einen neuen Steinway-Flügel, eine neue

Speisezimmereinrichtung kauft, oder sich ein Privatauto, eine Villa bauen läßt, ist das nach Varga Akkumulation. Aber auch wenn ein Arbeiter sich eine neue Kücheneinrichtung kauft, ist das Akkumulation. Daß diese Begriffsverwirrung nichts mehr mit Marxismus zu tun hat, bedarf wohl ebenso-[316]wenig einer weiteren Erklärung, wie eine Darlegung des marxistischen Begriffes der Akkumulation unnötig ist.

Es zeigt sich aber sogleich, daß eine Klarstellung dieses Begriffes mehr als terminologische Bedeutung hat. Varga übernimmt kommentarlos ein Zitat des gen. Prof. Friday: „Die Gesamtsumme der Dividenden und Zinsen übertrifft jene des Jahres 1917 um mehr als 1 Milliarde Dollar. ... Keine Nation oder Gruppe von Nationen kann unser ökonomisches Uebergewicht ernstlich gefährden. Wir sind einer Wirtschaftsordnung nahe gekommen, in der die Mittel für das Wohlergehen aller geschaffen werden können." Das Entscheidende ist nicht, wie hoch die Dividenden und Zinsen waren, sondern ob tatsächlich akkumuliert wurde, d. h. ob die amerikanische Industrie imstande war, den Mehrwert zu realisieren, eine erweiterte Reproduktion vorzunehmen. Dies kann natürlich nicht durch Gegenüberstellung der Wirtschaftszahlen von 1922 und 1910[*)] erreicht werden.

Die entscheidende Frage ist: Welches sind die Wurzeln der amerikanischen Hochkonjunktur? Genosse Varga erklärt, daß die Besserung der Wirtschaftslage durch eine Besserung der Lage der Landwirtschaft herbeigeführt worden ist. Ohne diese Frage zunächst näher zu untersuchen, muß festgestellt werden, was dieser Vargasche Begriff „Landwirtschaft" bedeutet. Vielfach setzt Varga Landwirtschaft mit innerem Markt gleich. Außerdem verwendet er Landwirtschaft im produktionstechnischen Sinne. Für die Untersuchung unseres Problems kommt es aber darauf an, festzustellen, was für ein ökonomischer Begriff diese Landwirtschaft ist, d. h. ob die Landwirtschaft kapitalistisch oder nichtkapitalistisch betrieben wird, denn das ist für die Frage der Realisierung des Mehrwertes das Entscheidende.

Gen. Varga setzt aber während seiner ganzen Untersuchung Landwirtschaft mit innerem Markt gleich und verwendet den Begriff Landwirtschaft immer nur im produktionstechnischen Sinne und gelangt schließlich zu folgender Behauptung: „Nur wenn die amerikanische Wirtschaft den entgegengesetzten Weg einschlägt; wenn die Landwirtschaft intensiver entwickelt wird, um die Produkte der Industrie aufnehmen zu können, und andererseits die Städte mit Lebensmitteln, die Industrie mit Rohstoffen versorgen zu können, kann sich die kapitalistische Wirtschaft Amerikas gegenüber dem Verfall der europäischen Wirtschaft und dem Niedergang der ganzen Weltwirtschaft noch einige Zeit gesund erhalten. So wie die gegenwärtige wird auch jede zukünftige Konjunktur vor allem auf der Landwirtschaft basiert sein müssen." Weiter behauptet Varga, daß durch die Nivellierungstendenzen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, die Entwickelung der amerikanischen Wirtschaft nicht in der gleichen Weise verlaufen werde, wie in anderen kapitalistischen Industrieländern, also zum vorwiegenden Industrieexportland. Was bedeuten diese Behauptungen des Genossen Varga? Sie heißen nichts anderes (konsequent zu Ende gedacht) als daß 1. die amerikanische Landwirtschaft die Produkte der Industrie, die amerikanische Industrie die Produkte der Landwirtschaft abnehmen kann und wird, 2. daß Amerika autark sein und bleiben kann, 3. daß die Kapitalisten die Möglichkeit haben, die von Varga als richtig erklärte Entwickelung der Stärkung der Landwirtschaft aus subjektivem Willen vornehmen zu können. Auf diese Art und Weise könnte also die Wirtschaftskrise in Amerika (wie Varga einschränkt, auf längere Zeit, nach seiner Theorie tatsächlich für immer) behoben werden und vielleicht durch den großmütigen Kapitalexport noch die Wirtschaftskrise in anderen Ländern behoben werden. Das wäre sehr schön für die Kapitalisten Amerikas, wenn – ja wenn Genosse Varga nicht eine Kleinigkeit vergessen hätte. (Wir wollen noch darauf hinweisen, daß die Entwicklung Amerikas tatsächlich zum Industrieexportland geht.)

Die Kleinigkeit aber, die Gen. Varga bei seiner Theorie vergessen hat, ist die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft keine Bedarfswirtschaft ist, daß Kapitalisten nicht produzieren, um den Be-

[*)] Bei der raschen Entwickelung der amerikanischen Wirtschaft hätte Genosse Varga mindestens als Vergleich die Zahlen von 1914, wenn nicht von 1917 anführen müssen.

darf zu decken, daß [317] ihnen also durch die gegenseitige Abnahme ihrer Produkte nicht geholfen ist, da dadurch der Mehrwert nicht realisiert wird, die ganze Produktion völlig nutzlos und verloren für die Kapitalisten gewesen ist. Ganz anders sieht die Sache aus, wenn Genosse V. nicht mehr schematisch von Landwirtschaft und Industrie sprechen würde, sondern von der kapitalistischen und der nicht kapitalistisch betriebenen Wirtschaft sprechen würde. Dann würde sich nämlich herausstellen, daß die Realisierung des Mehrwertes der kapitalistisch betriebenen Industrie und Landwirtschaft so lange in Amerika selbst möglich ist, als dort noch große nichtkapitalistische Expansionsgebiete bestehen.

Die Entwicklung der amerikanischen Landwirtschaft geht zum kapitalistischen Betrieb.[*)] Das zeigt die ganze Geschichte der amerikanischen Farmer. Der Bauer, der aus England vertrieben wurde und nach dem Osten der Vereinigten Staaten auswanderte, wird nach dem Westen verdrängt, im Westen abermals vom Kapital ruiniert und nach dem Norden vertrieben. Die Farmerbewegung bedeutet nichts anderes als die Auflehnung der Farmer gegen den neuerlichen Ruin durch das Kapital und der Kampf der kleinen, schon kapitalistisch betriebenen Wirtschaften gegen die Konzentration. Gerade die Einführung eines neuen Hochschutz-Zolles hat u. a. die Bedeutung der Monopolisierung des nicht kapitalistischen Expansionsgebietes in Amerika durch das amerikanische Kapital.

Die Behauptung, daß die Landwirtschaft in Amerika imstande ist, die Produkte der Industrie auszunehmen, wird selbst durch die Darlegungen von Varga in früheren Vierteljahresberichten widerlegt. V. vergißt auch, daß die Landwirtschaft zwar in Amerika eine große Rolle als Rohstoffproduzentin spielt, aber doch ein größerer Teil auf die Nahrungsmittelproduktion entfällt, und daß die Nahrungsmittelproduktion für die gesamte Kapitalistenklasse nur eine unangenehme Notwendigkeit ist, daß sie kein Interesse daran hat, diese Lebensmittelproduktion über unbedingte Notwendigkeit zu erweitern.

Gen. Varga verteidigt seine These dadurch, daß er eine sogenannte Nivellierungstendenz in der Weltwirtschaft findet. Er behauptet, daß die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ausgebaut wird, daß neben Westeuropa als bisherige industrielle Werkstätte der Welt neue industrielle Weltmächte in den Vereinigten Staaten, in Japan, China, Indien, Südafrika entstehen. Diese Tatsache wollen wir keinesfalls bezweifeln. Gerade diese Entwicklung neuer industrieller Weltmächte ist ja mit die Ursache der Weltwirtschaftskrise. Aber diese Tatsache bedeutet nicht eine Zerreißung der Weltwirtschaft, sondern nur eine größere wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder voneinander, wie in Konjunktur, so auch in Krise. Außerdem sind hier Argumente, die Gen. Varga für seine Nivellierungstendenz beibringt, unrichtig. Er behauptet: 1. Der Welthandel schrumpft zusammen, der Schiffsraum ist nur so groß wie 1914 und liegt zu einem Teil still. Sehr richtig. Aber nur ein Beweis für die Wirtschaftskrise und für das Sinken der Produktion. [318]

2 In England, dem ausgesprochenen Industrie-Exportland, ist seit zwei Jahren eine Arbeitslosen-Bevölkerung von 2.000.000 vorhanden. Die Agitation zur Auswanderung in die Kolonien und Rückkehr zur Landwirtschaft werden immer stärker. Das sind keine neuartigen Erscheinungen: sie sind in jeder Krise zu finden. Wir brauchen wohl hier nur auf die große Baumwollkrise hinweisen und auf die Schilderung im 1. Band des „Kapital“, wo auch die prägnanten Stellen des „Manifests

[*)] William N o t z schreibt in einem Aufsatz über die weltwirtschaftliche Stellung der Vereinigten Staaten im Januar-Heft des „Weltwirtschaftlichen Archiv“: „Die so immer stärker hervortretenden Probleme der amerikanischen Landwirtschaft hängen letzten Endes mit dem z u n e h m e n d e n k a p i t a l i s t i s c h e n B e t r i e b zusammen, der sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit in stark beschleunigtem Tempo entfaltet hat. Im Jahre 1920 hatten die Banken Darlehen an Farmer im Gesamtwert von mehr als 5 Milliarden ausstehen. Wenn man dazu Hypotheken-Darlehen von Versicherungsgesellschaften usw. zählt, so wird der Gesamtbetrag der landwirtschaftlichen Darlehen die Summe von 12 Milliarden Dollar erreichen, d. h. 25 Prozent der gesamten Bankkraft der Vereinigten Staaten umfassen. Vom weltwirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet, ist es eben dieser mehr und mehr sich herausbildende kapitalistische Charakter der amerikanischen Landwirtschaft, das zum Teil daraus resultierende und beständig an Umfang zunehmende Pachtwesen, sowie der Umstand, daß neues Land zur räumlichen Ausbreitung kaum mehr vorhanden ist, was der künftigen Stellung der Vereinigten Staaten als landwirtschaftlichen Produktionsfaktor auf dem Weltmarkt die entscheidende Signatur verleihen dürfte.“

der Baumwollfabrikanten“[*)] zu finden ist. Genau so wenig wie damals werden die Kapitalisten es zulassen, daß diese ungeheure Produktivkraft an gelernten Arbeitern verloren geht, daß die Arbeiter einfach auswandern und zur Landwirtschaft zurückkehren. Ganz abgesehen davon, daß es selbst den Gesetzen des absoluten Mehrwerts, gar nicht zu sprechen von dem der erweiterten Produktion, widerspräche, wenn die Kapitalisten die industrielle Reservearmee in Landwirtschaft oder Kolonien senden würden, Und daß gar „England“ die Hoffnung, die Arbeitslosen in der Industrie unterbringen zu können, mehr oder weniger aufgegeben habe, erscheint uns doch eine etwas zu kühne Behauptung zu sein. Denn das hieße nichts anderes, als daß die Kapitalisten jede Hoffnung auf eine erweiterte Reproduktion aufgegeben hätten, also die Ueberwindung der Wirtschaftskrise für unmöglich hielten. Schließlich ist auch die angebliche allgemeine Tendenz des Abbaues der Arbeitsteilung nur ein Krisenzeichen, das bei Ueberwindung der Krise in allen Ländern wieder verschwindet. Der richtige Grundgedanke der sogenannten Nivellierungstendenz – wozu übrigens immer neue Begriffe gefunden werden müssen, wenn die alten nicht einmal klar sind und richtig beherrscht werden, ist uns ziemlich unklar – ist durch die Vargasche Argumentation ins vollkommene Gegenteil umgekehrt worden.

Zur Feststellung einer Autarkie der amerikanischen Wirtschaft kann man nur kommen, wenn man den Kapitalexport und seine Funktion überhaupt nicht in Rechnung stellt. Dies tut aber Varga. So schreibt er: „Während die Umwandlung der Vereinigten Staaten in ein Industrie-Exportland vom Typus Englands auf die allgemeine Nivellierungsgegentendenz stößt, fällt der Zug zum Kapitalexport in diese Linie, da alle sich neu industrialisierenden Länder auf Kapitalimport angewiesen sind.“ Außerdem spricht er von der „Versorgung der Welt mit Kapital“ und von der Notwendigkeit für England, bei dieser „Versorgung“ Amerika den Vorrang zu lassen, da es in der Akkumulation nicht Schritt halte. Die Zunahme des Kapitalexports zeigt einmal, [319] daß Amerika durchaus keine isolierte Wirtschaft haben kann. Des weiteren ist es nicht entscheidend, ob tatsächlich ein Bedarf nach Kapitalimport in einzelnen Ländern besteht oder nicht. Die Notwendigkeit des Kapitalimports, mit allen Mitteln zu schaffen, ist bisher dem Kapital noch immer gelungen. Kommt es aber darauf an, die Welt mit Kapital zu versorgen? Ist der Kapitalexport eine finanztechnische Angelegenheit, auch wenn er sich in finanztechnischer Form vollzieht? Kapitalexport bedeutet, daß realisierter Mehrwert im eigenen Land nicht kapitalisiert werden kann, in ein anderes Land gesteckt wird, um dort wieder Mehrwert zu hecken, oder aber, daß eine höhere Profitrate das Kapital in andere Länder zieht. „Die Funktionen der Anleihe in der Kapitalakkumulation sind mannigfaltige: Verwandlung von Geld nichtkapitalistischer Schichten, Geld als Warenäquivalent (Ersparnisse des kleinen Mittelstandes) oder Geld als Konsumtionsfonds des Anhanges der Kapitalistenklasse in Kapital, Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital“. Es kommt nicht auf die Versorgung der Welt mit Kapital an, sondern darauf, akkumuliertem Kapital neue Anlagsplätze zu schaffen. Während aber dadurch der allgemeine Spielraum der Kapitalakkumulation erweitert wird, entstehen neue Konkurrenten, die diesen Spielraum gleichzeitig wieder einschränken. Dieser im eigenen Lande nicht zu kapitalisierende realisierte Mehrwert hat aber außerdem die Bedeutung, daß er die Realisierung eines anderen

[*)] „Ich möchte dann die Frage stellen: Ist diese Industrie wert, sie festzuhalten, und ist es der Mühe wert, die Maschinerie|(nämlich die lebendigen Arbeitsmaschinen) in Ordnung zu halten, ist es nicht die größte Narrheit, daran zu denken, sie aufzugeben? Ich glaube das. Ich will zugeben, daß die Arbeiter nicht Eigentum sind, nicht das Eigentum Lancashires und der Meister; aber die sind die Stärke beider, sie sind die geistige und geschulte Kraft, die in einer Generation nicht ersetzt werden kann; die andere Maschinerie dagegen, woran sie arbeiten, könnte zum größten Teil mit Vorteil ersetzt und verbessert werden in 12 Monaten. Ermuntert oder erlaubt die Auswanderung der Arbeitskraft, und was wird aus den Kapitalisten? ... Nehmt die Elite der Arbeiter weg, und das fixe Kapital wird in hohem Grade entwertet, und das zirkulierende Kapital wird sich nicht dem Kampfe mit schmaler Zufuhr einer niedrigeren Sorte von Arbeit aussetzen. Man sagt uns, die Arbeiter selbst wünschen die Auswanderung. Es ist sehr natürlich, daß sie das tun ... Reduziert komprimiert das Baumwollgeschäft durch Wegnahme seiner Arbeitskräfte, durch Verminderung ihrer Lohnverausgabung, sage um ⅓ oder 5 Millionen, und was wird dann aus der nächsten Klasse über ihnen? Was aus den Grundrenten, was aus der Miete der Wohnhäuser? ... Was aus dem kleinen Pächter, dem besseren Hausbesitzer und dem Grundeigentümer? Und sagt nun, ob irgend ein Plan, der für alle Klassen des Landes selbstmörderischer sein kann, als dieser, die Nation zu schwächen und den Export ihrer besten Fabrikarbeiter und die Entwertung eines Teiles ihres produktivsten Kapitals und Reichtums?“ Aus dem Brief von Potter au die „Times“ in „Kapital“, Band 1, Kapitel 21.

Teiles Mehrwerts durch die Eröffnung des Absatzes für Eisenbahnschienen, rollendes Material, Baumaterial, Maschinen usw. eröffnet.

Gerade dies ist aber beim amerikanischen Kapitalexport entscheidend und zeigt seine Bedeutung für die Realisierung des Mehrwertes der amerikanischen Industrie auf ausländischen Märkten. Der schon zitierte Notz schreibt über die Anleihen, die Amerika in den letzten Jahren an Regierungen und private Unternehmungen gegeben hat: „Die Erträge dieser Anleihen wurden meistens für den Ankauf von Rohstoffen und Waren in den Vereinigten Staaten verausgabt. Nur in einigen wenigen Fällen flossen die betreffenden Gelder ins Ausland. Immerhin gab dies Anlaß zu dem besonders von Fabrikantenkreisen ausgehenden Verlangen nach Maßnahmen, durch welche Anleihegeschäfte an Lieferungen amerikanischer Waren gebunden wurden.“ Eine bessere Kennzeichnung der Funktion des Kapitalexports und der Anleihen ist kaum möglich. Wir wollen ferner darauf verweisen, daß die Chester-Konzession von der Amerikanischen Lokomotivbau- und Eisenbahnmaterial-Industrie zur Erlangung großer Aufträge für die Bahnbauten in der Türkei verwendet wurden.

Bei Klarstellung der Funktion der Anleihen und des Kapitalexports ist es unmöglich, daß man sich, wie Genosse Varga, darüber verwundert, daß Europa trotz seiner 500 Millionen Einwohner um ein Drittel weniger an Anleihen erhielt als Kanada oder Amerika mit 100 Millionen Einwohnern.

Da V. bei seiner strengen Trennung zwischen Kapital- und Warenexport bleibt, da sich bei ihm Autarkie und zunehmender Kapitalexport verträgt, so kommt er dazu, die Politik der amerikanischen Kapitalisten gegenüber Europa mit der schematischen Bezeichnung „pro-europäische und anti-europäische Strömung“ kennzeichnen zu wollen. Wir wollen hier noch feststellen, daß die Annahme einer tatsächlichen Autarkie der amerikanischen Wirtschaft das Bestehen eines amerikanischen Imperialismus ausschließt, daß ein amerikanischer Imperialismus nicht bei Autarkie bestehen kann und nicht zu bestehen braucht. Das widerspricht aber doch zu offenbar allen Tatsachen. Seit 1898, seit der Eroberung Cubas und der Verdrängung der Spanier aus ihren westindischen Besitzungen können wir eine konsequente imperialistische Politik der Vereinigten Staaten verfolgen. Daß aber gerade die sogenannte Isolierungspolitik nur eine andere Form und Taktik des Imperialismus ist, zeigt sich schon klar daraus, daß die Standard Oil Compay eine der typischsten Vertreterinnen des amerikanischen Imperialismus, die Hauptstütze dieser Isolierungspolitik ist. Die Standard Oil Comp. hat aber, wenn es in ihrem Interesse lag, sich wenig um Isolierung oder Nichtisolie-[320]rung bekümmert, sondern ihre imperialistischen Ziele verfolgt, sich eingemengt, so in Lausanne. Trotz der sogenannten Isolierungspolitik haben amerikanischen Kapitalisten die imperialistische Politik im Rahen und Fernen Osten mit aller Schärfe und Konsequenz durchgeführt.

Ueber das Verhältnis der amerikanischen Politik zu Europa sagt schließlich der Gen. Varga, nachdem er festgestellt hat, daß die „pro-europäischen“ Tendenzen der amerikanischen Wirtschaftspolitik geschwächt würden: „Und obwohl amerikanische Finanzleute auf dem internationalen Kongreß der Handelskammern ihre Bereitschaft ausgesprochen haben, unter gewissen Umständen eine Reparationsanleihe für Deutschland zu finanzieren, glauben wir doch, daß ein Eingreifen Amerikas zur Sanierung Europas noch in weiter Ferne liegt und nur zu sehr schweren Bedingungen – Kolonisierung Deutschlands, wie wir in unserem letzten Bericht ausführten – erfolgen würde.“ Diese Aeußerung klingt fast so, als ob gewissermaßen die pro-europäischen Kapitalisten Amerikas in Deutschland mit leichteren und besseren Bedingungen eingreifen wollten. Wir glauben sagen zu können, daß zwar der Zeitpunkt des Eingreifens Amerikas nicht genau anzugeben ist, daß aber in absehbarer Zeit und nicht in allzu weiter Ferne, wie Gen. V. sagt, die amerikanischen Kapitalisten in dieser oder jener Form in Europa eingreifen werden. Wir wollen sogar noch weiter gehen und behaupten, daß der erste vorbereitende Schritt zu diesem Eingreifen durch die Stützungsaktionen der Mark und des Frank bereits gemacht wurde. Wir vermissen in dem Bericht des Gen. V einen Hinweis darauf, daß die Markstützungsaktion nicht allein durch Reichsbank und Reichsregierung durchgeführt wurde, sondern mit Hilse des amerikanischen Bankhauses Harriman. Die Verbindungen, die der Chef der deutschen Regierung mit dieser amerikanischen Kapitalsgruppe hat, sind bekannt. Es scheint uns sehr unwahrscheinlich, daß diese Beteiligung des Bankhauses Harriman eine rein finanztechni-

sche Maßnahme war, ein Geschäft wie andere Bankgeschäfte. Wir glauben vielmehr, daß Rockefeller, in dessen Konzern die Harriman-Banken gehören, an dieser Stützungsaktion interessiert ist, wie auch bisher unwidersprochen behauptet und wie von uns an anderer Stelle dargelegt wurde, ein Zusammenhang zwischen der französischen Frank-Stützungsaktion mit der Morgan-Gruppe besteht, der auch kein zufälliger ist und keine Maßnahme nur finanztechnischer Natur.

Auf diese Tatsachen wollen wir noch einmal bei der Besprechung des Ruhrkonflikts zurückkommen. Jedenfalls ist klar, daß die Begriffe anti- und pro-europäisch nicht besagen, daß die Isolierungspolitik nicht das Fehlen oder der Verzicht auf einen amerikanischen Imperialismus bedeutet, daß der wachsende Kapitalexport jede Theorie von einer Autarkie Amerikas unmöglich macht (es sei denn, man halte eine Weiterentwicklung des Kapitalismus mit einfacher Reproduktion für möglich).

In einer Anmerkung an „meine deutschen Kritiker“ hat sich Genosse Varga gegen eine schematische Anwendung der „Luxemburgschen Akkumulationstheorie“ gewendet. Es geht, wie wir gezeigt haben, gar nicht um die Anwendung der Akkumulationstheorie, sondern der Marxschen Lehre überhaupt. Im übrigen hat sich auch Gen. L e n i n, den Varga vielleicht nicht mit einer so wegwerfenden Handbewegung abtut, wie Rosa Luxemburg, sich gegen ähnliche Theorien, wie die von der Nivellierungstendenz oder die Theorie von den Tendenzen des Kapitalismus, sich einer landwirtschaftlichen Basis anzugliedern, mit aller Schärfe gewendet.

[321]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 1. Juni 1923 ∗ Heft 11

Die Möchtegern-Thiers.

P. **Berlin**, 28. Mai.

Die Regierung der deutschen Bourgeoisie läßt durch einen gewissen Lutterbeek, der bei dieser Gelegenheit seinen Namen in die schwarze Liste der Geschichte eingezeichnet hat, die französischen Generale um die Erlaubnis ersuchen, auf die streikenden Arbeiter des Ruhrgebietes zu schießen. Eine Schlammflut von Verleumdungen, ein Jauchemeer von Lügen ergießt sich über die Bergarbeiter, die nichts anderes tun und tun wollen, als ihre Löhne der Preissteigerung anzupassen. Sie wenden ihr jahrzehntelang angewandtes Kampfmittel an, den friedlichen Streik.

Aber was kümmert das die Regierung! Sind keine kommunistischen Putsche da, so müssen sie erfunden werden. Sind keine Unruhen da, so müssen die Provokationen sie schaffen. Die Regierung will Blut. Die Bourgeoisie braucht ein Gemetzel.

Blut ist ein ganz besonderer Saft. Und Arbeiterblut soll den Kitt für das Geschäft mit dem Feind abgeben. Hinter einem Berg von Proletarierleichen will die Bourgeoisie die Schande der Kapitulation, die Schande des nationalen Verrats verbergen.

Um die Kapitulation vor dem französischen Militarismus, und um nichts anderes geht es.

Wenn sich die deutsche Regierung unter die Bajonette des Landesfeindes flüchtet – ist das nicht schon Kapitulation? Verliert der „passive Widerstand“ nicht in dem Augenblick den Sinn, wo die deutsche Regierung bereit ist, aktiv mit dem französischen Militarismus zusammenzuwirken, um die Ruhrarbeiter, die stärkste Stütze des passiven Widerstandes, zur Raison zu bringen?

Das bürgerliche Deutschland ist reif zur Kapitulation. Seine entscheidende Macht, die große und größte Bourgeoisie, bereitet sich schon vor, um die Früchte des Kapitulationsgeschäftes einzuheimsen. Denn sie hat die Ernte der Handhabung des passiven Widerstandes durch die Regierung Cuno schon in ihre Scheuern eingebracht.

Der passive Widerstand war für die Groß-Bourgeoisie von vornherein nur ein lohnendes Geschäft. Sie baute in den Wochen des Ruhrkrieges ihre Macht und ihren Einfluß aus, wie vordem in Monaten. Sie war am Ruin Deutschlands reich und fett geworden. Der Finanzbankrott des Reiches, die Verelendung der breiten Volks-[322]massen waren nur die Grundlage für eine industrielle Konzentration ohnegleichen. Das Loch im Staatssäckel wurde immer größer, die Lebenshaltung der Massen fiel zusehends, aber die Konjunkturgewinne infolge der Entwertung der deutschen Mark gaben den Stinnes die Möglichkeit, sich zu unbestrittenen Herren der deutschen Wirtschaft zu machen. Und nun erst der Ruhrkrieg mußte ihren Appetit erst richtig zur Entfaltung bringen. Die Kredithilfe, die Unterstützungsaktion – die Gewinne wuchsen zu astronomischen Zahlen an. Und auch nie war das Defizit des Reiches, nie das Elend der Massen so rapid angewachsen wie während des Ruhrkrieges.

An ernsthaften Widerstand gegen den französischen Imperialismus hatte man in der Bourgeoisie nie gedacht. Man überließ es den nationalistischen Schreiern, sich heiser zu brüllen. Selbst hütete man sich, auch nur einen Finger ins Feuer zu stecken. Das Interesse des Profits sprach dagegen. Denn dieselben Ursachen, die die Macht der Stinnes immer mehr stärkten, brachten Deutschland in eine immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auslande. Im Zeichen der Steuerflucht segelte das deutsche Kapital unter falscher Flagge in das Ausland und wurde dort in Valuta oder sonstwie angelegt. Während einerseits das deutsche Kapital so sein nationales Gepränge abstreift, erleichtert gleichzeitig die Entwertung der Mark das Eindringen ausländischen Kapitals. Das deutsche Kapital, seiner Machtmittel und auswärtigen Positionen durch das Ergebnis des Krieges beraubt, kann sich dauernde Ausdehnungsmöglichkeiten nur durch Anlehnung an das ausländische Kapital schaffen. So war das Ziel der deutschen Bourgeoisie im Ruhrkrieg, nur mit einem blauen Auge davonzukommen. Sie liebäugelte von vornherein mit der Möglichkeit der Kapitulation, um zu einem Abschluß mit dem französischen Kapital zu kommen.

Der Ruhrkrieg hat die Macht der Großbourgeoisie erst richtig befestigt. Das Kapitulationsgeschäft soll sie ausgestalten. Haben die Stinnes bisher den Staat und das Volk systematisch ausgepowert, so schicken sie sich jetzt an, Deutschland ganz zu verschlingen. Sie präsentieren bereits ihre Rechnung. Das Programm ist bekannt: Auslieferung der Eisenbahnen, Aufhebung des Achtstundentages. Dafür wollen sie die Garantie für das Angebot der Regierung übernehmen, d. h. sie wollen die Volksmassen Reparationen zahlen lassen, wenn sie sich selbst bezahlt machen.

Die Durchführung dieser Forderungen, die das Kapitulationsgeschäft der Bourgeoisie ausmachen, erfordert die Niederwerfung der Arbeiterschaft, setzt die Vernichtung ihrer Organisationen voraus. Das weiß die Bourgeoisie. Und danach bereitet sie ihre Kapitulation vor.

Aber nicht nur deshalb winselt ihre Regierung die französischen Machthaber an. Der teuflische Plan der Bourgeoisie bezweckt noch etwas anderes. Sie will die Verantwortung für die Kapitulation auf die Arbeiter abwälzen. Die Arbeiter sollen es gewesen sein, die die Fortsetzung des passiven Widerstandes unmöglich gemacht haben. Deshalb steht die Regierung den französischen Imperialismus um Hilfe an, deshalb begeht sie doppelten und dreifachen Landesverrat, um das Odium des Landesverrats von sich abzuwälzen.

[323] Die deutsche Bourgeoisie parodiert ihre eigene Bismarck-Verehrung. Sie erinnert die französischen Generale an die Hilfeleistung Bismarcks bei der Niederwerfung des Kommuneaufstandes. Sie sucht den Bismarck ihrer Zukunft in den Reihen der Poincaré und Degoutte.

1871 in Frankreich, 1918 in der Ukraine und in Finnland hat die deutsche Soldateska den Henker der Revolution gespielt. Kein Wunder, daß sie jetzt glaubt, das moralische Anrecht auf eine ebensolche Hilfe zu haben.

Nur daß die Regierung Cuno jetzt an Perfidie die Thiers, die Mannerheim usw. weit übertrifft. Zu einem solchen „Heldenmut der Selbsterniedrigung“, wie Marx sagte, hat es selbst bei Thiers nicht gereicht.

Wohl haben die Favre und Trochus die nationale Verteidigung Frankreichs gegen die Invasion hintertrieben aus Angst vor dem revolutionären Plan der Pariser Arbeiter. Sie haben die Kapitulation vor Bismarck systematisch vorbereitet, Sie haben das Pariser Proletariat kaltblütig provoziert, um es nachher mit stillschweigender Unterstützung Bismarcks blutig niederschlagen zu können.

Aber einen friedlichen Streik in einen Aufstand umzulügen, das Stück hat selbst der in puncto Wahrheitsliebe nicht hervorragende Thiers nicht geleistet. So abgebrüht waren selbst die Thiers und Favre nicht, den Arbeitern obendrein noch die Verantwortung für die Kapitulation aufzubürden. Sie haben erst kapituliert und dann die Kommune niedergeworfen. Der Regierung Cuno gebührt die traurige Ehre, den Plan erfunden zu haben, die Kapitulation durch ein Gemetzel einzuleiten.

Der Grund ist klar. Die Kapitulation muß jenen breiten Massen schmackhaft gemacht werden, auf deren Unterstützung die Großbourgeoisie bei der Durchführung ihrer Pläne rechnet. Die Großbourgeoisie spekuliert auf die nationalistischen Instinkte des Kleinbürgertums. Es sucht sie durch das rote Tuch des Kommunismus zu reizen. Hat doch die Bourgeoisie im stillen schon den Glauben aufgegeben, daß sie noch direkt, d. h. in den alten parlamentarischen Formen, ihre Herrschaft ausüben könne. Die letzte Reserve ihrer Macht ist eine direkte Anleihe beim Bonapartismus, ist der Faschismus; die Diktatur des politischen und unpolitischen Lumpenproletariats, die sich auf die reaktionären Instinkte der kleinbürgerlichen Masse mit ihren Anhängseln auch aus Arbeiterkreisen stützt, die an Stelle der bürgerlichen Demokratie die rohe Gewalt setzt, die dem Proletariat die kümmerlichen Freiheiten dieser Demokratie raubt, die allen Profitgelüsten der Bourgeoisie freie Bahn läßt, um dafür die Staatsmacht zur ausschließlichen Domäne einer Clique zu machen. Die Verantwortung für die Kapitulation soll auf die Arbeiter abgewälzt werden, damit der Faschismus freie Bahn findet.

Es wird Sache der deutschen Arbeiter sein, zu verhindern, daß mit ihrem Blut die Schande der Bourgeoisie und ihrer Regierung verdeckt wird. Die Möchtegern-Thiers mit der Lockspitzelbeglei-

tung müssen bei ihrem schamlosen Treiben auf den Granit der gesamten deutschen Arbeiterklasse beißen. [324]

Der XII. Parteitag der KP. Rußlands.

Von G. S a f a r o w.

I.

Der XII. Parteitag hat die Kommunistische Partei Rußlands in ihrer ganzen Größe gezeigt. In seiner ganzen Zusammensetzung kam das zum Ausdruck. Auf dem X. Parteitag (vor der Säuberung) befanden sich unter den Teilnehmern 37,2 Proz. Arbeiter, auf dem XI. 48,2 Proz., auf dem XII. 53 Proz. 35,4 Proz. der Teilnehmer des X. Parteitages, 48,2 Proz. des XI. und 59,2 Proz. des XIII. waren Parteimitglieder schon während der Periode der Illegalität. 80,1 Prozent aller Teilnehmer des XII. Parteitages waren Parteigenossen, die der Partei vor der Oktober-Revolution beigetreten waren.

Die KPR ist Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute des russischen Proletariats. Die ökonomische Belebung, die 1922-1923 einsetzte, brachte eine Festigung des Proletariats mit sich und führte damit zu einer engeren Verbindung zwischen Partei und den Massen und zu einer Festigung der KPR selbst. Schon das fünfundzwanzigste Jubiläum der KPR offenbarte den radikalen Umschwung, der in der Stimmung selbst der rückständigsten Schichten der Arbeiterklasse eingetreten war. Aus den Werkstätten, aus den Betrieben zogen aus eigenem Antrieb Zehntausende von Arbeitern zur Begrüßung ihres Jubilars, ihrer Partei, die ein Vierteljahrhundert des Kampfes an der Spitze des Proletariats durchgemacht hatte. Am 1. März 1923 versammelten sich in Petersburg eine halbe Million Demonstranten unter den Fahnen der KPR.

Im März 1921 erklärte unser Führer unter dem Donner der Kanonen von Kronstadt: „Ein oder zwei Jahre der Erholung vom Hunger, ein oder zwei Jahre geregelter Versorgung mit Heizmaterial, damit die Fabriken arbeiten können, und wir werden von der Arbeiterklasse eine hundertmal größere Unterstützung erhalten, und aus ihren Reihen werden weit mehr Talente hervorgehen. Niemand zweifelt, niemand kann daran zweifeln.“ Das Gesagte ist eingetroffen: eine Mauer hingebender Sympathie, ein Ring brüderlicher Unterstützung durch die Arbeitermassen umgibt heute die KPR.

Versteckt hinter der Parole: „Räte ohne Kommunisten“, versuchten im Jahre 1921 die Miljukow, die Dan und die Tschernow, das Vertrauen des Proletariats zu seiner Partei zu erschüttern.

Und heute?

Heute sagen selbst die parteilosen Massen unserer Partei: „Das einzige und unübertroffene Instrument der proletarischen Diktatur ist die Kommunistische Partei. Durch sie erwirbt das Proletariat die Kunst des Regierens, der Taktik, der Wirtschaft, der Wissenschaften und der Kultur.“

„Sogar an der verlausten Front ist unsere Kommunistische Partei Rußlands allen vorangegangen,“ verwunderte sich in einer Versammlung der parteilosen Arbeiter des Alexanderwerkes Gen. Kusnetzow.

Die neue Wirtschaftspolitik hat die gegenseitigen Beziehungen der Klassen in greifbarer, konkreter Form aufgedeckt: hier – Markt, dort Sozialismus. Der Klasseninstinkt hat den parteilosen Arbeitern den [325] richtigen Weg eingegeben, hat sie auf die richtige Schlußfolgerung gestoßen: das schmiegsame und unverletzliche Skelett der proletarischen Diktatur ist die Diktatur der Kommunistischen Partei. Die neue Wirtschaft aufzubauen, ist nur möglich unter der Leitung der Partei.

Der XII. Parteitag war der erste Parteitag, der ohne Lenin tagte. Es schien, daß ein einziger falscher Schritt die ganze Partei verwirren könne, wenn sie sich nicht zu einer einzigen Faust zusammenschließt. Auf dem XII. Parteitag hat die Partei augenfällig ihre unerschütterliche Einheit, ihr inneres Wachstum und das Wachstum ihres Einflusses unter den Massen dargetan. Gen. Stalin hatte recht, als er sagte: „Sein ganzes Leben lang hat Genosse Lenin die Partei aufgezogen, und er hat sie großgezogen.“

Sämtliche Beschlüsse des Parteitages sind einstimmig gefaßt worden. Als der Parteitag ohne eine einzige Stimmenenthaltung oder eine Stimme dagegen die allgemeine Entschließung über die Poli-

tik des Zentralkomitees annahm, erhoben sich alle Delegierten und stimmten die „Internationale“ an. Alle empfanden die historische Bedeutung dieses Augenblicks. In der Tat hat seit dem VI. Parteitag, der nach der Juli-Niederlage 1917 stattfand, niemals eine derart seltene Einmütigkeit in unseren Reihen geherrscht.

Die KPR ist im Aufstieg begriffen, zusammen mit der gesamten russischen Arbeiterklasse, die ihre Rätewirtschaft belebt.

II.

Vor dem Parteitag hat in der Parteipresse eine Diskussion über die hauptsächlichsten Fragen der Revolution stattgefunden: erstens über das Verhältnis der Partei zum Staat, zweitens über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Es versteht sich von selbst, daß sie in jeder Wirtschaftsetappe der Revolution neu gestellt werden; nichtsdestoweniger stellen sie nach wie vor die grundsätzlichen und entscheidenden Probleme dar. Unter den Verhältnissen der neuen Wirtschaftspolitik ist die Gefahr einer Lostrennung des weniger standhaften Teiles der Wirtschaftler von der Partei gegeben. Im allgemeinen existiert eine solche Gefahr für jede beliebige Parteiorganisation auf allen Stufen der Arbeiterbewegung. Erinnern wir uns nur an die alten Streitigkeiten über die „Autonomie“ der parlamentarischen Fraktionen, der Gewerkschaften, der Konsumvereine.

Die Gefahr der Lostrennung eines Teiles der Wirtschaftler von der Gesamtheit des Proletariats ist zugleich die Gefahr einer Ausartung der führenden Organe unserer Rätewirtschaft. Die durch die neue Wirtschaftspolitik aufgekommenen bürgerlichen Elemente sind bestrebt, die planwirtschaftliche Bindung zwischen den staatlichen Trusts, den wirtschaftlichen Institutionen usw. zu zerreißen, um nach ihrer Einnistung in den geschaffenen Spalten eine regelrechte Belagerung der Kommandohöhen der proletarischen Diktatur zu beginnen. Es ist durchaus verständlich, daß die Partei schon bei den ersten Anzeichen eines Angriffs von dieser Seite Alarm geschlagen hat. Der XI. Parteitag hat die Notwendigkeit einer richtigen Abgrenzung der Funktionen zwischen der Tätigkeit der Partei und der staatlichen Verwaltungsarbeit festgelegt. Gestützt auf diesen Beschluß begannen einige Genossen ihn erweitert auszulegen im Sinne einer Beschränkung der Parteikompetenzen in den Fragen der Wirtschaftspolitik. Unter anderem ist der Vorschlag des Genossen Lenin über die Organisation der Staatsverwaltungskontrolle mit Hilfe des Partei-[326]apparates Einwänden seitens der Genossen Krassin und Ossinski begegnet. Genosse Lenin hatte vorgeschlagen, den Apparat des Volkskommissariats der Arbeiter und Bauerninspektion mit der Zentralkontrollkommission der Partei zu verbinden, um ein systematisches Studium, eine Kontrolle, eine Ueberwachung und Vervollkommnung des durch eine bürokratische Geschäftsführung überlasteten Staatsapparates zu erreichen. Als das Hauptmotiv seines Einwandes erhob Gen. Krassin die Forderung auf Unterordnung der gesamten Parteiarbeit unter die eine Hauptaufgabe: die Wiederherstellung der Produktion. Dabei trat er gegen die Verschärfung der Kontrolle auf, als einer überflüssigen Behinderung, die lediglich imstande sei, den vorhandenen Apparat zu verderben. In seinen Anschauungen trat deutlich die Gegenüberstellung der Aufgaben der Produktion und der Politik hervor. Den Darlegungen Krassins schloß sich auch Ossinski an.

Eine starke Seite des Bolschewismus war stets das unentwegte Bestreben zur Bloßstellung aller Halbheiten der Kritik. Kann man die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit in Gegensatz stellen zu den Forderungen der Parteipolitik, den wirtschaftlichen Aufbau trennen von der Leitung durch die Partei, die seine Voraussetzung darstellt? Der Parteitag schwankte in dieser Frage nicht eine Minute. Er sagte: „In der gegenwärtigen Periode leitet die KPR die gesamte politische und kulturelle Arbeit der Organe der Staatsgewalt, regelt die Tätigkeit aller wirtschaftlichen Organe der Republik. Sie soll und muß das tun. Die Aufgabe der Partei besteht nicht nur darin, ihre Arbeitskräfte unter den einzelnen Zweigen der staatlichen Tätigkeit richtig zu verteilen, sondern auch darin, in allem Wesentlichen den Gang dieser Arbeit zu bestimmen und zu kontrollieren. Die Partei kann sich jetzt unter keinen Umständen lediglich mit allgemeiner Propaganda und Agitation begnügen. Die Diktatur der Arbeiterklasse kann nicht anders gesichert werden als in der Form der

Diktatur ihrer Vorhut, d. h. der Kommunistischen Partei. Bei systematischer Heranziehung zur wirtschaftlichen und gesamtstaatlichen Arbeit alles dessen, was an Wertvollem unter den parteilosen Arbeitern und Bauern vorhanden ist, kann die Partei gleichzeitig nicht eine Minute die Tatsache vergessen, daß die Hauptverantwortung für die Arbeit der wirtschaftlichen und gesamtstaatlichen Organe auf der KPR liegt, da sie allein historisch berufen ist, der wirkliche Führer der Diktatur der Arbeiterklasse zu sein. Noch engere Fühlung mit der Wirtschaft, noch größere Aufmerksamkeit, Führung und Kraft den wirtschaftlichen Organen gegenüber – das ist die Losung der Partei für die nächste Periode."

III.

Vor dem Parteitag hat die Partei ihre Aufmerksamkeit auf die äußerst starke Senkung der Getreidepreise gelenkt, als auf eine Gefahr, die zur Einschränkung der Aussaatfläche führen könne. Im Zusammenhang damit wurde der schädliche Einfluß der Mannigfaltigkeit der Steuern für die bäuerliche Wirtschaft vermerkt.

„Dem Verstande zuwider und den Elementen zum Trotz" haben einige Parteijournalisten in der Presse einen Feldzug gegen die „bauernfreundliche Tendenz" in unserer Partei eröffnet. Die Ausführungen des Genossen Larin, der zu dieser Frage Stellung nahm, gipfelten in der alten sozialdemokratischen Gegenüberstellung der Interessen der Arbeiterklasse und der Interessen der Bauernschaft im proletarischen Staat. Auf Grund phantastischer Berechnungen [327] gelangte er zu dem Schluß, daß die Mehrheit der Landbevölkerung an dem Kampf gegen die katastrophale Preissenkung nicht interessiert sei. Dabei ließ er völlig den Umstand außer acht, daß sich auch die staatliche Industrie auf den bäuerlichen Markt stützt, daß der Staatshaushalt vorläufig bestimmt wird durch die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft.

Gen. Ossinski unternahm eine regelrechte Revision des Leninismus, wobei er dem Genossen Lenin den unsinnigen Gedanken der Aushändigung der Schlüssel unserer Wirtschaft an die bürgerlichen „Spezialisten" unterschob.

Ihrem Wesen nach lief diese „Revision" auf eine Erschütterung der Grundlagen des Bolschewismus hinaus. Auf dem Parteitage waren weder Genosse Larin noch Genosse Ossinski bereit, ihre Ansichten in der Form zu verteidigen, in der sie sie in der Presse vertreten hatten. Und zwar aus begreiflichen Gründen: auf dem Parteitage fand sich nicht ein Mensch, der sie unterstützt hätte. Der Parteitag erklärte einstimmig, daß die zweckmäßige Regelung des Exportes der russischen Getreideüberproduktion nach dem Ausland die dringendste Aufgabe darstellt, da ihre Lösung für den Bauern ein Ansporn zur Vergrößerung der Anbaufläche sein wird, ferner die Möglichkeit gibt, zwischen den Getreidepreisen und den Preisen für die Erzeugnisse der Industrie ein besseres Verhältnis herzustellen, und gleichzeitig die Aussicht erhöht, die Landwirtschaft in erforderlichem Umfange mit den für die Landwirtschaft des Landes notwendigen Industrieerzeugnissen zu versehen und dank der allgemeinen Vermehrung der Reichtümer des Landes dazu beiträgt, die Schwerindustrie rascher auf die Beine zu stellen. Eine noch engere Fühlung der Stadt mit der Bauernschaft, die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung Rußlands bildet, eine Beschickung des Landes mit fortgeschrittenen Arbeitern unter der Führung unserer Partei ... eine vorsichtige Linie, die die wirkliche Zahlungsfähigkeit der Bauernschaft bei der Erhebung der Steuern berücksichtigt – das sind die grundlegenden praktischen Fragen, die in der allernächsten Zeit vor der Partei stehen. In engster Verbindung damit steht die wichtigste politische Aufgabe der Partei, die den ganzen Ausgang der Revolution bestimmt: mit größter Aufmerksamkeit und Sorgfalt das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu wahren und weiter auszubauen.

Der Parteitag hat sich für die Ablösung einer größeren Reihe von Steuern durch eine Einheitssteuer für die Bauern entschieden, die teils in Naturalien, teils in bar erhoben wird, je nach den Verhältnissen des einen oder des anderen Bezirkes.

Wir heben unsere Industrie. 1921 bezifferte sich das Produktionsergebnis der mittleren und der Großindustrie auf 669 Millionen Goldrubel, 1922 auf 954 Millionen. Allerdings, das dem Markt am

nächsten stehende und leichter zu betreibende Handwerk ist dabei, beiden den Rang abzulaufen. 1922 bezifferte sich seine Produktion auf 435 Millionen. Es steht noch eine weitere durchgreifende Konzentration der Unternehmungen zum Zwecke ihrer vollen Ausnutzung bevor. Immerhin sind die Dinge im Fluß, und das westeuropäische und amerikanische Kapital kann nicht darauf rechnen, die Räterepublik auf die Knie zu zwingen. Der Parteitag hat die feste Direktive herausgegeben, das Außenhandelsmonopol in der strengsten Form durchzuführen.

[328] Die Aussprache über die Fragen der Industrie führte zur einmütigen Ansicht, daß der unentwegte Kampf für die Rentabilität der Betriebe notwendig sei. Arbeitslohn und Produktivität der Arbeit haben sich im Jahre 1922 beträchtlich gehoben. Das Land gesundet, erholt sich von einer schweren Krankheit. Und das sehen alle, alle fühlen dieses Wachstum. Dieses Wachstum ist gesichert durch eine richtige Politik. 1921, als der Wankelmut in den Reihen der Arbeiter infolge schwerer Entbehrungen groß war, hat die Partei ungeachtet dessen die Wiederherstellung der Wirtschaft mit der Hebung der bäuerlichen Oekonomie begonnen. Sie hat die tatsächliche Lage richtig eingeschätzt, und die Folgezeit hat ihre Haltung glänzend gerechtfertigt. Um so mehr hat 1923 eine Revision des Leninismus lächerlich geringe Aussichten.

Der frühere Führer der Menschewiki, der jetzige Gen. Martynow, hat in seinem jüngsten Artikel die ursprüngliche Kraftquelle des Bolschewismus richtig nachgewiesen – die Verbindung der Methoden der Jakobinischen Diktatur mit der Klassenorganisation des Proletariats.

Diese Verbindung hält auf der wirtschaftlichen Front die Probe mit dem gleichen Erfolg aus wie früher auf der Kampffront des Bürgerkrieges. Das zur Macht gelangte Proletariat kann sich nicht auf seine Berufsinteressen beschränken, ohne dabei seine politische Vormachtstellung einzubüßen.

Der XII. Parteitag hat der ganzen Welt kundgetan, daß die KPR weiter unter den Fahnen Lenins marschiert, wie sie es das voraufgegangene Vierteljahrhundert getan hat.

IV.

Der Parteitag widmete einen erheblichen Teil seiner Zeit der Behandlung der nationalen Frage. Das alte Rußland war „das Gefängnis der Völker“. Der Kerenskiade sowohl wie auch später der weißen Konterrevolution wurde im Bürgerkrieg einer der entscheidensten Schläge durch die werktätigen Massen der früher unterdrückten Nationalitäten versetzt. Auf den Ruinen des russischen Imperialismus hat das russische Proletariat im Bunde mit der bäuerlichen Mehrheit der früher unterdrückten Nationalitäten seine Sowjetföderation gebaut. Die proletarische Diktatur hat das Joch der Großmachtsucht und jede nationale Nichtgleichberechtigung restlos vernichtet. Gerade dadurch hat sie das Vertrauen der Millionen im Osten und im Westen erobert.

Die teilweise Wiedergeburt des Kapitalismus im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik hat eine teilweise Wiedergeburt der großmachtsüchtigen, kolonisatorischen Tendenzen unter den kleinbürgerlichen Schichten hervorgerufen, Andererseits machte sich unter den bürgerlichen Elementen der Randstaaten das Bestreben nach einer Verschärfung des Kampfes zwischen den einzelnen Nationen bemerkbar, so in Georgien, Buchara usw.

Die Wirtschaftsphase in der Entwicklung der Revolution rückt die Forderung nach größerer Zentralisation in den Vordergrund. Darum ist es schon jetzt unerläßlich, den Uebergang von der Föderation zum Bundesstaat in die Wege zu leiten. Jedoch muß das Prinzip des freiwilligen Zusammenschlusses unbedingt gewahrt bleiben. Der gemeinschaftliche Apparat muß vor großmachtsüchtigen Einflüssen sichergestellt werden. Neben allem anderen muß berücksichtigt werden, daß, wenn die Rätemacht auch die politische Nicht-[329]gleichberechtigung abgeschafft hat, sie doch nicht imstande war, mit einem Hieb die Ungleichheit zwischen den rückständigen Lebensbedingungen und den kultivierteren Verhältnissen der Industriezentren zu beseitigen. Gerade dieser Umstand erfordert eine überaus vorsichtige Haltung gegenüber allen kulturellen und wirtschaftlichen Nöten der rückständigeren Nationalitäten. Deshalb wurde zusammen mit dem Bundes-Zentral-Vollzugsausschuß, der auf dem allgemeinen Rätekongreß proportionell der Zahl der Wähler gewählt wurde, ein weiteres Repräsentativorgan geschaffen, dem die Vertreter aller Nationalitäten mit gleicher Stimmenzahl angehören. Der XII. Parteitag hat es für erforderlich gehalten, auch noch um-

fassendere Garantien gegen die Verzerrung des Prinzips des freiwilligen und gleichberechtigten Bündnisses zu schaffen: soweit sich feststellen läßt, daß der gemeinschaftliche Apparat eine wirklich unparteiische Behandlung aller nationalen Nöte nicht gewährleistet, muß die Frage der Rückkehr zum früheren Zustande aufgeworfen werden.

Der Parteitag verpflichtete alle Mitglieder der Partei zum schonungslosen Kampfe gegen die großmachtsüchtigen Ueberbleibsel. In der Form der nationalen Frage wurde hier erneut auf erweiterter internationaler Grundlage die Frage der Verschmelzung des Proletariats mit der Bauernschaft gestellt.

Der Parteitag hat den Zutritt zur Partei für alle auf ein Jahr gesperrt, ausgenommen für Arbeiter aus den Betrieben, die erleichterte Aufnahmebedingungen genießen.

Die soziale Zusammensetzung unserer Partei hat sich bereits bedeutend gebessert im Sinne eines Ueberhandnehmens der proletarischen Elemente. Wir werden sie auch weiter verbessern unter Ausnutzung des gegenwärtigen Dranges der parteilosen Arbeiter zur Partei.

In das erweiterte Zentralkomitee ist eine Reihe neuer Mitarbeiter eingetreten – aus der Elite der Proletarier.

Die Russische Kommunistische Partei kann getrost sagen, daß sie mit beiden Beinen auf dem historischen Boden ihrer Klasse steht. Die Kommunistische Internationale kann überzeugt sein, daß diese ihre Truppe nicht wanken wird bis zum entscheidenden Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt.

*

Gold, Geld, Papier.

Eine Entgegnung auf die Geldtheorie Vargas.

Von E. Ludwig.

Gold und Ware.

I.

Die Form, unter der das Valutaproblem erscheint, ist die Abweichung der Papiermark von der Goldmark, welche Abweichung sich darin zeigt, daß ein papierner Zwanzigmarkschein nur noch einen geringen Bruchteil eines goldenen Zwanzigmarkstücks, daß ein amerikanischer Dollar, in deutscher Papiermark gemessen, ein Vielfaches von 4,20 Mark gilt. Grund und Maßstab der Entwertung des Papiergeldes, verglichen mit Goldgeld, ist zu erklären.

[330] Diese Frage ist im Prinzip beantwortet, sobald begriffen ist, warum überhaupt ein Wertloses, ein Stück Papier mit dem Staatsstempel über 20 Mark, einem Wertvollen, einem goldenen Zwanzigmarkstück, im Geldumlauf gleichgesetzt werden kann, wie ja tatsächlich diese Gleichsetzung jahrzehntelang in Deutschland stattgesunden hat. Die Abweichung ist aus der Gleichsetzung abzuleiten. Mit anderen Worten: die Papiergeldkrise muß genau so als ein Moment im Prozeß der Geldzirkulation des Kapitalismus entwickelt werden, wie die Wirtschaftskrise als ein Moment des kapitalistischen Gesamtprozesses. Es ist deshalb auch nicht eine Lücke im Marxschen System, wenn es sich mit dem Problem des Disagio und der Veränderlichkeit des Kurses der Valuta nicht lang und breit befaßt, sondern die Lösung dieses Problems, die Möglichkeit und die Unvermeidlichkeit einer Unterwertigkeit des Papiergeldes, gemessen am gleichnamigen Goldstück, in bestimmten Entwicklungsphasen des Kapitalismus, ist in den von Marx entwickelten Gesetzen enthalten, nach denen Geld durch Wertzeichen voll ersetzt werden kann. Es kommt nur darauf an, diese Gesetze des „normalen“ Geldumlaufs an den Erscheinungen der anormalen Valutaschwankungen zu entfalten. Nur so können überhaupt die neuartigen Valutaprobleme im Niederbruch des hochkapitalistischen Deutschland zum Prüfstein der Marxschen Geldtheorie werden, wie diese umgekehrt in ihrer aktuellen Bewährung dem Proletariat, dem die Ueberwindung der Geldkatastrophe längst zur praktisch-politischen Aufgabe geworden ist, die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe gibt.

Genosse Varga, in seiner Abhandlung „Zum Problem der Valutastabilisierung“ („Internationale“, 6. Jahrg., Heft 5, S. 144 ff.), geht den umgekehrten Weg und kommt daher folgerichtig nicht zu

einer Anwendung der Marxschen Geldtheorie auf die Geldentwertung, zu einer Exklärung der Erscheinungen aus den Gesehen des Marxismus, sondern zur Aufhebung des Fundaments der Marxschen Oekonomie überhaupt: des Wertgesetzes in seiner Anwendung auf die Geldzirkulation. In seiner Besorgnis, er möchte der mechanischen Anwendung des Marxismus auf die noch nicht lückenlos gesammelten Tatsachen der Valutakrise geziehen werden, gibt er, überwältigt von der anormalen Erscheinungen Fülle, den theoretischen Standpunkt des Marxismus auch für die Erklärung der normalen Geldzirkulation auf.

II.

Wie kann ein Papierzettel zum Symbol, zum gültigen Ersatz eines Goldstücks werden? Diese Kernfrage des ganzen Valutaproblems beantwortet Varga nicht, wie Marx, durch den Nachweis, daß das „vollwertige“ Papiergeld seinen Goldschein vom Wert des Goldes erhält, das es im Umlauf ersetzt, so daß der Wert des Goldes Grund und unerläßliche Voraussetzung für seine Ersetzung durch Wertzeichen in der Zirkulation ist. Sondern er stellt die Gleichheit zwischen dem wertlosen Goldersatz und dem Gold, die Parität des Goldzeichens mit dem Goldstück, des Zwanzigmarkscheins mit dem Zwanzigmarkstück, dadurch her, daß er für den höchstentwickelten Kapitalismus mit zentralisierten Notenbanken das Gold seines Eigenwertes entkleidet. In der Tat: ist das Gold mit Zwanzigmarkstücken selbst wertlos, wird es also selbst zum Wertzeichen, statt Wert zu bleiben, so stößt seine Gleichsetzung mit einem papiernen Goldsymbol auf keine begrifflichen Schwierigkeiten mehr. Freilich versperrt man sich mit dieser Vargaschen Papiergeldtheorie, die Gold und Papier als Wertloses prinzipiell [331] gleichsetzt, sofort das Verständnis für die Möglichkeit einer Abweichung des Papiergeldwertes vom Goldgeldwert, also für das eigentliche Valutaproblem.

Genosse Varga sagt:

„Dieses Unabhängigwerden des Goldpreises von den Produktionskosten des Goldes gab der Geldeinheit eine endgültige Stabilität und erleichterte hierdurch den Ersatz des Goldes durch Zirkulations- und Zahlungsmittel ohne Eigenwert. Je weiter der Kapitalismus sich entwickelte, je mehr das Geld seinen Charakter als Ware mit eigenem Wert verlor (von mir unterstrichen E. L.), desto leichter und glatter ging der Ersatz des Goldes durch in ihrer Naturalform wertlose Geldzeichen.“ (Seite 146.)

Aus welchen Gründen im hochentwickelten Kapitalismus das Papier mehr und mehr das Gold im Umlauf verdrängt hat, wird später, in einem anderen Zusammenhange, erörtert werden. Wichtig ist hier allein der Satz, in dem Varga dem Geld seinen Charakter als Ware mit eigenem Wert nimmt. Es kann allerdings in dieser Formulierung, deren Verständnis durch die den ganzen Artikel auszeichnende ungenaue Ausdrucksweise des Genossen Varga erschwert wird, noch zweifelhaft sein, ob „das Geld“, das seinen „Charakter als Ware mit eigenem Wert“ verlor, noch das Goldgeld oder schon das es immer „glatter“ ersetzende Papiergeld ist. Daß aber Varga mit dem Geld ohne eigenen Wert tatsächlich das Goldgeld meint, ergibt die folgende Stelle seines Aufsatzes:

„Das moderne Valuta- und Notenbanksystem hat den Wert des Goldes von den gegenwärtigen Produktionskosten praktisch unabhängig gemacht. Die Notenbanken der kapitalistischen Länder haben vor dem Kriege jedes Quantum neuproduzierten Goldes zu einem fixen Preise aufgekauft, d. h. sie gaben eine fixe Quantität von gemünztem Gold oder gleichwertigen Banknoten für jedes angebotene Quantum von neuproduzierten Barrengold. Dies bedeutete, daß die Goldproduzenten für ihre Produkte einen im vorhinein fixierten Preis erhielten. Hierdurch schied das neuproduzierte Gold aus der Reihe jener Waren, deren Wert sich mit der Veränderung der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit verändert, aus.“ (Die Unterstreichungen stammen vom Genossen Varga.) (Seite 145.)

Für eine Ware, deren Wert nicht durch die zu ihrer Produktion aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt ist, ist das Wertgesetz aufgeboben. Eine solche Ware ist für den Genossen Varga das Gold. Es ist zwar – das kann Genosse Varga nicht bestreiten – ein Produkt menschlicher Arbeit; es ist in seiner Funktion als Wertmaß die Materiatur der allgemeinen Arbeitszeit (Marx: „Zur Kritik der politischen Oekonomie“. 7. Auflage, Seite 53), d. h., die in ihm enthaltene Arbeitszeit wird zum Wertmaß aller anderen Waren: aber sein eigener Wert wird, nach der Auffassung des Genossen Varga, nicht durch die für seine Erzeugung notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit bestimmt.

III.

Wie begründet Genosse Varga dieses absonderliche Resultat?

Einmal, indem er der Ware Gold andere Waren als Leidensgefährten beigesellt: Getreide, überhaupt alle Produkte, in deren Preis (wie auch beim Gold) eine Grundrente enthalten ist. Er sagt:

„Das Gold wurde in ähnlicher Weise wie die landwirtschaftlichen Produkte zu einer Ware, deren Verkaufspreis nicht durch die für die Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt ist auch nicht durch die Produktionskosten jenes unter den schlechtesten Bedingungen [332] produzierten Quantums, das zur Versorgung des Marktes noch notwendig ist, wie bei Getreide ...“ (Seite 145/146.)

Der Fehler liegt auf der Hand. Sprach Genosse Varga eben noch vom Wert des Goldes, der sich nicht mit der Veränderung der in ihm enthaltenen Arbeitszeit ändern soll, so redet er nun auf einmal vom Verkaufspreis von Gold und Getreide. Der Produktionspreis einer Ware – diesen meint Varga wohl, wenn er ungenau von ihrem Verkaufspreis spricht – ist nun bei allen Waren, nicht nur bei denen, die eine Grundrente realisieren, verschieden von ihrem Wert. Er setzt sich zusammen aus dem Kostpreis der Ware (vorgeschossenes konstantes und variables Kapital) zuzüglich dem Durchschnittsprofit. Die ganze Marxsche Lehre vom Durchschnittsprofit baut sich auf dieser Verschiedenheit der Warenwerte von ihren Produktionspreisen auf. Aber weder Marx noch irgend jemand, der nicht an den legendären Widerspruch zwischen dem ersten und dritten Band des „Kapital“ glaubt, ist es darum eingefallen, zu behaupten, daß der Wert der Waren, die ihren von diesem Wert verschiedenen Produktionspreis bringen, nicht durch die zu ihrer Erzeugung aufgewandte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt sei. Im Gegenteil: Produktionspreis und Grundrente in ihrer Abweichung vom Warenwert lassen sich nur auf der Grundlage des Wertgesetzes erklären. Der Produktionspreis ist die Erscheinungsform des Wertes:

„Es ist überhaupt in der Gestalt des Marktpreises und weiter in der Gestalt des regulierenden Marktpreises oder Markt-Produktionspreises, daß sich die Natur des Werts der Waren darstellt, sein Bestimmtsein nicht durch die zur Produktion eines individuell bestimmten Warenquantums oder einzelner Waren für einen einzelnen Produzenten notwendige Arbeitszeit, sondern durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit: durch die Arbeitszeit, die erheischt ist, unter dem gegebenen Durchschnitt der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen das gesellschaftliche erheischte Gesamtquantum der auf dem Markt befindlichen Warenspezies zu erzeugen.“ (Kapital 3, 2; Seite 180.)

Durch den Umstand, daß im Preis von Gold oder Getreide eine Rente steckt, weil ein Teil dieser Ackerbau- oder Bergwerksprodukte unter günstigeren Bedingungen erzeugt wurden, als es dem Produktionspreise entspricht, wird an der Bestimmung des Wertes auch dieser Waren durch das Wertgesetz nichts geändert. Grundrente und Produktionspreis sind statt einer Aufhebung eine Bestätigung des Wertgesetzes, seine Durchsetzung auf dem Markt bei der Verteilung des Mehrwerts unter den verschiedenen Produktionsagenten der kapitalistischen Wirtschaft. Vargas erster Grund beweist das Gegenteil dessen, was er beweisen sollte: die Gültigkeit des Wertgesetzes auch für die Ware Gold, die Bestimmung seines Wertes durch die zu seiner Erzeugung aufgewendete gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

IV.

Bleibt der zweite Grund, der die Aufhebung des Wertcharakters des Goldes dartun soll. Er ist ebenso fadenscheinig wie der erste. Nach Varga löst sich der Wert (oder ist es der Verkaufspreis?) des Goldes von der zu seiner Hervorbringung erheischten Arbeitszeit, ja, von seinen Produktionskosten, vor allem durch den „amtlich fixierten Ankaufspreis des Goldes“:

„Da die zentralen Notenbanken jedes angebotene Quantum Gold zu dem fixen Ankaufspreis tatsächlich aufkauften, so regulierten nicht die Produktionskosten – weder die gesellschaftlich notwendigen, wie bei den schrankenlos produzierbaren Waren die Produktionskosten der unter [333] den schlechtesten Verhältnissen produzierten Warenmenge, wie bei Getreide – den Preis, sondern der fixe Ankaufspreis entschied darüber, ob ein Goldbergwerk betrieben werden kann oder nicht.“ (Seite 146.) (Von Varga unterstrichen.)

Wer aber entschied über den fixen Ankaufspreis dieser seltsamen Ware ohne Wert und „freibleibend“ von den Produktionskosten? Der Gouverneur der Bank von England, der Präsident der Deutschen Reichsbank, der Direktor der Bank von Frankreich, die Aufkäufer allen Goldes? So mächtig diese Herren auch sein mögen: die Aufhebung der Grundgesetze der kapitalistischen Wirtschaft durch Festsetzung eines fixen Ankaufspreises für eine Ware ohne Wert geht über ihre Kraft.

Sehen wir zu, was es mit dem fixen Ankaufspreis auf sich hat.

Der Besitzer eines Pfundes Gold bringt es zur Reichsbank und bekommt dafür 1395 Mark in Gold oder in Gold einlösbarer Noten. Dieser Preis von 1395 Goldmark für ein Pfund Gold ist so fix, so unveränderlich, daß er sogar im deutschen Münzengesetz festgelegt ist. Also hat Varga recht?

Nein. Denn wenn der Goldproduzent die 1395 frischgeprägten Goldmark – 69% Zwanzigmarkstücke – einschmilzt, so hat er ein Pfund Feingold: genau soviel Gold, wie er vorher hatte. Vom Standpunkt des Goldproduzenten eine völlig sinnlose Operation, genau so sinnlos, wie wenn ein Leinwandfabrikant 100 Ellen Leinwand in einem Stück hingibt, um sie in 100 Stücken zu je einer Elle wiederzubekommen.

An diesem Verhältnis zwischen Goldbarren und gemünztem Gold würde auch dann nichts geändert, wenn bei der Durchführung einer Devalvation – etwa in Verwirklichung der Parvusschen Pläne – auf ein Stück Gold vom Gehalt eines Zwanzigmarkstücks statt zwanzig Mark zweitausend Mark aufgeprägt würde. Der Goldverkäufer würde dann statt 1395 Goldmark jetzt 139.500 Goldmark bekommen. Der Name der Münze wäre geändert. Der alte fixe Preis des Goldes wäre, in Münze ausgedrückt, durch einen neuen fixen Preis ersetzt. Aber am Schluß der mühevollen Umprägung würde der Goldproduzent wieder nur ein Pfund Gold in Münzform für ein Pfund Gold in Barrenform eingetauscht haben. Das Resultat wäre lediglich, daß die lange Geschichte der Münzverschlechterung um ein neues Kapitel bereichert wäre.

Es ist klar, daß d i e s e r fixe Ankaufspreis, der das Gold aus seiner Barrenform in die Münzform verwandelt, nicht darüber entscheiden kann, ob ein Goldbergwerk mit Profit betrieben werden kann oder nicht. Würde der Goldproduzent sich beim Betrieb seines Bergwerks von dem amtlich fixierten Ankaufspreis allein leiten lassen: die Produktionskosten, die nach Varga den „Preis“ des Goldes nicht regulieren sollen, würden sich ihm dadurch zu Gemüte führen, daß er rettungslos Pleite machte.

Verfolgen wir den Goldproduzenten, der sein Barrengold in Goldmünzen verwandelt hat und sich über den Sack voll klingender Zwanzigmarkstücke freut, auf seinem Wege. Nach seinem Gang zum freundlichen Herrn Havenstein (vor dem Kriege), der ihm unbesehen das Gold zu dem gesetzlichen Preise abnahm, beginnt für ihn erst der Gang zur Prüfung, zum Markt, auf dem sich für ihn, als kapitalistischen Produktionsagenten, bewähren muß, ob er die Bedingungen der kapitalistischen Produktion bei dem Betrieb seiner Goldmine erfüllt hat: ob er in seinem Goldbergwerk die Produktionskosten und die Grundrente erarbeitet hat. Der Goldminenunternehmer, dessen b e-
[334]s o n d e r e r Produktionsprozeß Gold erzeugt, d. h. die a l l g e m e i n e Tauschware, ist am Schluß seines Produktionsprozesses im Besitz von G, d. h. von Ware in der Form, in der das Kapital seinen Kreislauf G – W – G^1 schon wieder beginnen kann. Er braucht nicht mehr, um Kapital in Geldform zu erhalten, auf dem Markt seine Ware in Geld zurückzuverwandeln. Aber dieser Vorteil, der Formverwandlung von W^1 in G^1 überhoben zu sein oder ihn höchstens auf den Tausch von Waren in Münzgold beschränken zu können, ist nur scheinbar. Er nimmt dem produzierten Gold nicht den Warencharakter. Auch in dem produzierten Gold muß, genau so wie in der Leinwand des Leinwandfabrikanten, Wert und Mehrwert stecken, muß das G^1 als Resultat der Goldproduktion größer sein als das in diese Produktion hineingesteckte G, soll der Goldminenunternehmer in der Lage sein, die Produktion auf mindestens der gleichen Stufenleiter fortzusetzen und sowohl Durchschnittsprofit wie Rente zu realisieren. Seine 1395 Goldmark, der amtlich fixierte Preis für das Pfund Gold, müssen ihm also auf dem Markt die für die Erzeugung dieses Pfundes verbrauchten Rohstoffe, die verschlissene Maschinerie ersetzen, ihm ermöglichen, den Lohn für seine Arbeiter auszulegen und ihm schließlich den Durchschnittsprofit und die Grundrente übrig lassen. Sind

Rohmaterial, Maschinen und Arbeitslohn für ein Pfund Gold so teuer, daß der Durchschnittsprofit nicht erreicht wird oder wegfällt, so muß der Goldproduzent die Bude zumachen.

Die Dinge liegen also gerade umgekehrt, wie Varga sie darstellt. Nicht der Produktionspreis des Goldes wird durch den fixen Ankaufspreis zum wesenlosen, für die Goldproduktion gleichgültigen Schein, sondern der Produktionspreis des Goldes (einschließlich Rente) bestimmt die Goldproduktion und weist dem fixen Ankaufspreis die Stelle an, die er allein hat: ein Einteilungsmaß für das Goldpfund, ein Gewichtsteil von ihm, der Maßstab der Preise, zu sein.

Ist aber der Produktionspreis des Goldes für die Goldproduktion genau so bestimmend wie für alle anderen Waren – andernfalls wäre bei der „unbeschränkten Nachfrage“ nach Gold zum „fixen Ankaufspreis“ der häufige Bankrott von Goldminenunternehmungen nicht verständlich –, so gilt für die Bestimmung des Produktionspreises von Gold ebenfalls genau dasselbe wie für die übrigen Waren. Die Produktionskosten können nur gesenkt, der Profit und die Grundrente erhöht werden durch Steigerung der Produktivität der Arbeit in den Goldbergwerken, was sich darin äußert, genau wie bei allen anderen Waren, daß der Goldproduzent unter Senkung des Wertes für ein gegebenes Quantum produzierten Goldes am Schluß des Produktionsprozesses mehr Geld in der Hand hat als vordem, ehe er noch die Produktivität steigerte und intensivierte. Bei der Goldproduktion wird dieser Prozeß nur dadurch mystifiziert, daß das Produkt der Arbeit selbst schon Gold, Geldmaterial, ist, das einen festen Preis nur deshalb hat, weil seine Münznamen, als Ausdrucksform dieses Preises, Gewichtsteile des Goldpfundes sind.

Wie nun aber der Produktionspreis für die ganze Warenwelt nur erklärbar ist auf Grund des Wertgesetzes, wie er für alle Waren der Welt abhängt von der aufgewendeten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, so auch für das Gold. Gerade dann, wenn der Goldproduzent, der so leicht zu Geld kommt, darangeht, die verbrauchten Rohstoffe und Maschinen mit dem Gold der vorigen Produktionsperiode zu ersetzen und mit ihm neue Arbeiter anzulernen, muß sich auch für ihn der Prozeß des kapitalistischen Kreislaufs $G – W – G^1$ be-[335]währen. Dieser kapitalistische Zirkulationsprozeß, den der Goldproduzent nicht durchbrechen kann, ist aber nur erklärbar auf Grund des Wertgesetzes.

Auch hier führt die Nachprüfung der Vargaschen Beweisführung zum Gegenteil seines Resultats: zur Bestätigung, daß Gold, wie jede andere Ware, in seinem Wert durch die in ihm enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird, d. h. daß sein Wert mit dem Wechsel der notwendigen Arbeitszeit wechselt.

V.

Das Mißverständnis des Genossen Varga ist, daß er, genau so wie er Wert und Verkaufspreis verwechselt, auch das Gold in seiner Funktion als Maß der Werte und als Maßstab der Preise durcheinanderwirft. Er spricht zwar von dieser für das Verständnis der Marxschen Geldtheorie wichtigen Unterscheidung, aber sie bleibt bei ihm ohne theoretische Konsequenz.

Als Maß der Werte ist das Gold Ware, muß es Ware sein, d. h., in seinem Wert veränderlich wie alle anderen Waren. Soll W – G der Austausch gleicher Werte sein, so muß auf beiden Seiten, der Waren- wie der Geldseite, der Wert durch dieselben gesellschaftlichen Bedingungen objektiv bestimmt sein. Diese Bedingung ist auf der Warenseite die zur Erzeugung der Ware aufgewendete menschliche Arbeit, gemessen an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Der Warenwert ist, weil bestimmt durch gesellschaftliche und darum sich verändernde Faktoren, keine ein für allemal fixe, unveränderliche Größe. Sie wechselt mit den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen, die die notwendige Arbeitszeit dauernd verändern. Daher muß auf der anderen Seite der Gleichung, soll durch G der Wert der Ware gemessen, G zum Maße der Werte werden, dieses G durch die gleichen, sich verändernden gesellschaftlichen Faktoren in seiner Größe bestimmt sein. Andernfalls ist eine Gleichsetzung zwischen W – G überhaupt nicht möglich. Auch Gold als G, Geld, als Aequivalent von W, muß daher, wenn das Wertgesetz nicht schon von Anfang an Schiffbruch leiden soll, durch die zu seiner Hervorbringung aufgewendete gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in seinem Wert bestimmt sein. Zum Maßstab der Werte wird somit Gold nur deshalb, weil es Ware ist.

Zum Maßstab der Preise wird das Geld aus dem Maß der Werte dadurch verwandelt, daß ein Pfund Gold in bestimmte Gewichtsteile zerlegt wird. Wenn die Waren ihren Wert in Gold messen, einen Preis bekommen, so genügt es, daß das Gold als Geld selbst Produkt menschlicher Arbeit ist, Wert hat, damit W – G gleichgesetzt werden kann. Aber damit ein bestimmtes Quantum einer Ware mit einem bestimmten Quantum Gold als Geld sich wirklich austausche, muß dieses bestimmte Quantum Geld selbst wieder gemessen werden. Damit ein Pfund Kaffee z. B., einem Zwanzigmarkstück gleichgesetzt, der Preis des Kaffees in 20 Mark Gold ausgedrückt werden kann, muß das geprägte Zwanzigmarkstück, als Ausdruck des Preises für ein Pfund Kaffee, selbst in einer festen Beziehung zum Gold als Maß der Werte stehen. Es muß das Verhältnis des Zwanzigmarkstücks zum Goldpfunde fixiert, festgelegt sein. Der Wert des Goldes, gemessen in der zu seiner Erzeugung ausgegebenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, stellt sich in einem bestimmten Goldgewicht dar: ein Pfund Gold ist das Produkt einer gegebenen Arbeitszeit und wird damit Wertmaß aller anderen Waren, deren Erzeugung ebensoviel gesell-[336]schaftlich notwendige Arbeitszeit gekostet hat. Das Zwanzigmarkstück wird zum Maßstab der Preise, das Pfund Kaffee kann seinen Preis in ihm ausdrücken, weil es ein fixer Gewichtsteil, der 69¾te Teil eines Pfundes des Goldes ist, und beide, Kaffee wie Gold, Waren, Arbeitsprodukte sind.

Als Maß der Werte ist Geld also veränderlich im Werte, weil Ware. Als Maßstab der Preise ist es fix, weil es ein bestimmter Teil eines bestimmten Goldgewichtes ist. Gleichgültig, wie groß der Wert eines Pfundes Gold und daher der Wert der Goldmark ist: die Goldmark ist und bleibt der 1395te Teil eines Goldpfundes und kann nur darum Maßstab der Preise sein.

„Als Maß der Werte und als Maßstab der Preise verrichtet das Geld zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht. Als Wertmaß dient es dazu, die Werte der bunt verschiedenen Waren im Preise zu verwandeln, in vorgestellten Goldquanta; als Maßstab der Preise mißt es diese Goldquanta. Am Maß der Werte messen sich die Waren als Werte, der Maßstab der Preise mißt dagegen Goldquanta an einem Goldquantum, nicht den Wert eines Goldquantums am Gewicht eines anderen. Für den Maßstab der Preise muß ein bestimmtes Goldgewicht als Maßeinheit fixiert werden. Hier, wie in allen anderen Maßbestimmungen, gleichnamiger Größen, wird die Festigkeit der Maßverhältnisse entscheidend. Der Maßstab der Preise erfüllt daher seine Funktion um so besser, je unveränderlicher ein und dasselbe Quantum Gold als Maßeinheit dient. Als Maß der Werte kann Gold nur dienen, weil es selbst Arbeitsprodukt, also der Möglichkeit nach ein veränderlicher Wert ist.“ (Kapital, Band I, Seite 62/63).

Vargas fixer Goldpreis entpuppt sich also, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll, als der Maßstab der Preise. Dieser ist zwar verschieden von der Funktion des Geldes als Maß der Werte, dem das Gold als Ware zugrunde liegt, aber nur aus ihm ableitbar!

Es hilft Varga auch nichts, daß er seine Theorie des Goldes als eine Ware mit verlorenem eignen Wert auf das neu produzierte Gold beschränkt, wie er dies schon in seiner Abhandlung „Goldproduktion und Teuerung“ („Neue Zeit“, 30. Jahrgang, Teil 1, Seite 221 ff.) versucht hat. Gerade dieses neu produzierte Gold ist kapitalistisch produziert. Und es ist nach dem oben Entwickelten nicht einzusehen, weshalb für diese kapitalistische Goldindustrie die Gesetze des Kapitalismus aufgehoben sein sollen. Umgekehrt. Bestimmt sich der Wert des Goldes, gleich dem aller anderer Waren, durch die Arbeitszeit, so richtet sich der Wert alles vorhandenen, auch nicht kapitalistisch erzeugten Goldes nach dem Wert des kapitalistisch erzeugten, vorausgesetzt, daß die Produktionsbedingungen der kapitalistischen Goldindustrie zur Norm für die zur Goldproduktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit geworden sind. Wie weit der Wert des Goldes hierdurch tatsächlich verändert ist, ist der Gegenstand statistischer Untersuchungen. Aber diese statistischen Untersuchungen müssen von vornherein unfruchtbar bleiben, wenn sie vom Gesichtspunkt der Wertlosigkeit des Goldes aus oder der Unveränderbarkeit seines Wertes geführt werden.

IV.

Die Vorstellung Vargas von dem Gold als einer Ware mit verschwindendem Wertcharakter und fixem Preis ist ein Widerspruch in sich. Grund und Boden ist keine Ware, weil kein Arbeitsprodukt. Er hat aber einen Preis, die kapitalisierte Rente, weil er als Arbeitsgegenstand einen Ertrag über den

Produktionspreis, die Rente, abwirft. Gold ist, auch nach Varga, Arbeitsprodukt, soll aber keinen Wert, [337] jedoch einen Preis haben. Wie dieser Preis ohne Wert zustande kommt, bleibt ebenso dunkel, wie es nebelhaft bleibt, in welcher Weise ein Ding ohne Wertcharakter im Tauschprozeß W – G als allgemeines Aequivalent G dienen kann.

In irgendeiner Weise muß der Wert des als Tauschmittel dienenden Geldes gemessen sein: sonst zerbricht das Wertgesetz. Wird der Wert des Goldes als Geld, nicht an der Arbeitszeit gemessen, so muß ein anderes Wertmaß gefunden werden. Das sieht selbst Hilferding[*)] ein, der, Varga schon 1912 unterstützend, gleich ihm dem als Geld zirkulierenden Gold den Eigenwert abspricht, indem er – allerdings unter Preisgabe der Vargaschen Theorie vom fixen Goldpreise – seine Papiergeldtheorie vom „gesellschaftlichen Zirkulationswert“ auf den Goldumlauf ausdehnt. Hilferding, durch diese von ihm selbst gezogene Konsequenz seiner Papiergeldtheorie, zeigt dadurch nicht nur die Unsinnigkeit seiner eigenen Marx-Verbesserung auf, sondern widerlegt gleichzeitig auch Vargas Auffassung.

Um den Wert des angeblich wertlosen Goldgeldes in der Zirkulation zu bestimmen, gibt Hilferding für den Wert des zirkulierenden Geldes folgende Formel:

$$\text{„Wert der Geldsumme} = \frac{\text{Wertsumme der Ware}}{\text{Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes}}$$

plus der Summe der fälligen Zahlungen minus der sich ausgleichenden Zahlungen minus der Anzahl der Umläufe, worin dasselbe Geldstück bald als Zirkulations-, bald als Zahlungsmittel fungiert“ (a. a. O. Seite 774).

Diese Formel – abgeleitet aus der Marxschen zur Bestimmung der Quantität des zirkulierenden Geldes und insoweit noch zu erörtern – läßt den Wert des zirkulierenden Goldgeldes, unter Aufhebung des Eigenwertes des Goldmaterials, nur noch als einen Reflex der Summe der zu zirkulierenden Warenwerte erscheinen. Wie aber die Warenwerte summiert werden können, ohne sich vorher an einem gemeinsamen Dritten zu messen, das selbst Ware sein und Wert haben muß, damit es messen kann, das bleibt ebenso Hilferdings Geheimnis, wie es Vargas Geheimnis bleibt, auf welche Weise das Gold zu einem fixen Preis kommen, Maßstab der Preise werden kann, ehe es Maß der Werte war. Nach Hilferding muß das Gold als Geld zirkulieren, damit es Wert bekommt. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Gold zirkuliert als Geld, weit es Wert hat, Ware ist. Um diesen entscheidenden Punkt seiner Geldtheorie gegen die bürgerlichen Oekonomen, vor allem gegen die Quantitätstheoretiker, die den Wert des Geldes und den Preis der Waren aus der Menge der Umlaufsmittel herleiten, festzustellen, hat Marx in der „Kritik der politischen Oekonomie“ und im „Kapital“ den größten Scharfsinn aufgewendet.

Hilferding und auch Varga, indem sie dem Gold als Geld den Charakter einer Ware mit eigenem Wert absprechen, sind im Grunde Quantitätstheoretiker. Obwohl Genosse Varga in seinem zitierten Aufsatz 1912 gegen die Quantitätstheorie zu Felde zog und noch eben in seiner letzten wirtschaftlichen Vierteljahresrundschau der „Internationalen Pressekorrespondenz“ die Quantitätstheorie – allerdings meines Erachtens mit unzureichenden Gründen – für Papiergeld als widerlegt ansieht, weil trotz der mit der Markstützungsaktion Cunos [338] verbundenen maßlosen Neuausgabe von Papiermark die Preise nicht gestiegen seien: trotz alledem kommt er zu den Konsequenzen der Quantitätstheoretiker. Im „Kapital“ heißt es darüber:

„Die Illusion, daß ... die Warenpreise durch die Masse der Zirkulationsmittel und letztere ihrerseits durch die Masse des in einem Lande befindlichen Geldmaterials bestimmt werden, wurzelt bei ihrem ursprünglichen Vertreter in der abgeschmackten Hypothese, daß Waren ohne Preis und Geld ohne Wert in den Zirkulationsprozeß eingehn, wo sich dann ein aliquoter Teil des Warenbreis mit einem aliquoten Teil des Metallbergs austauscht.“ (Seite 87/88.)

[*)] Hilferding: Geld und Ware, „Neue Zeit“, Jahrgang 30, Teil I, Seite 773 ff. Dagegen Kautsky: „Gold, Papier und Ware“, ebenda, Seite 837 f., 886 f.

Die „abgeschmackte Hypothese“, daß Geld ohne Wert zirkuliere, ist der Ausgangspunkt der Geldtheorie Vargas. Sein Versuch, über Marx hinauszugehen, hat ihn auf die Seite derer geführt, die Marx in jenem Zitat näher charakterisiert.

Die Widerlegung der von Varga geübten Kritik an der Marxschen Lehre, daß das Gold Ware sein, also Wert haben muß, damit es als Geld fungieren kann, hat zur Bestätigung der Marxschen Auffassung für den „normalen“ Kapitalismus geführt. Es bleibt übrig, aus dieser Lehre die Papiergeldtheorie und die Erklärung der Valutaschwankungen zu entwickeln.

Das soll in einem zweiten Aufsatz geschehen.

*

Der nächste Feind, das nächste Ziel.

Von S o m m e r.

1923 wie 1914: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Vorbemerkung: Mit Recht erklärt Genosse Thalheimer in seiner Entgegnung auf meinen Artikel in Heft 8 der „Internationale“ die Frage der nationalen Politik der kommunistischen Parteien in den besiegten Ländern für eine Zentralfrage der K. I. Die Frage muß sachlich geklärt werden, ganz unabhängig von dem Streit der Richtungen in unserer Partei. Es wär zum mindesten überflüssig, wenn die Redaktion der „Internationale“ meinem Artikel die Bemerkung vorausschickte, er bringe die Meinung „der Opposition“ zum Ausdruck. So wenig alle Genossen der Opposition in allen politischen Fragen übereinstimmen, so wenig werden sich alle „rechtgläubigen“ Genossen für verpflichtet halten, die Auffassung des Genossen Thalheimer in der Ruhrfrage zu teilen. Sofern die nationale Politik der Parteileitung, aus einem Versuch, das nationalistische Kleinbürgertum durch Anpassung an seine Ideologie zu gewinnen, entspringt, steht sie allerdings in einem logischen Zusammenhang mit dem analogen Fehler in der Einheitsfronttaktik, bei der den demokratischen Illusionen ideologische Konzessionen gemacht werden, statt daß man an sie anknüpft, um sie zu zerstören. – Nun aber zur Sache selbst.

Genosse Thalheimer findet es inkonsequent, daß ich den Abwehrkampf des Ruhrproletariats gegen den französischen Imperialismus für notwendig halte und dennoch dem Kampfe der deutschen Bourgeoisie gegen ihre französischen Klassengenossen die „objektiv revolutionäre“ Bedeutung abspreche, und er setzt mir die Pistole auf die Brust mit den Worten:

[339] „Entweder hat die deutsche Arbeiterklasse heute den Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus zu führen, so kann das nur geschehen, wenn dieser Abwehrkampf objektiv ein revolutionäres Ziel ist. Oder er ist kein revolutionäres Ziel, dann hat sie ihn, von sich aus, weder in zweiter oder dritter Linie zu führen, s o n d e r n ü b e r h a u p t n i c h t, dann ist er ihr entweder gleichgültig, oder sie muß ihn bekämpfen. Diesem Dilemma ist nicht auszuweichen. Man muß schon den Mut haben, es zu Ende zu denken.“

Zu solcher Konsequenz gehört allerdings ein Mut, den ich nicht aufbringe, nämlich der Mut, sich über alle Klassengegensätze hinwegzusetzen. Mit der gleichen zwingenden Logik könnte ich den Genossen Thalheimer vor die Alternative stellen: Entweder ist die Bekämpfung der Regierung Cuno und der deutschen Schwerindustrie ein revolutionäres Ziel, dann führt auch Poincaré einen „objektiven revolutionären“ Kampf, und es ist ein Fehler, wenn ihm unsere französischen Genossen in den Arm fallen oder der Kampf gegen die Regierung Cuno hat keine revolutionäre Bedeutung, dann darf er auch von den deutschen Kommunisten nicht geführt werden. Diese Alternative besteht in der Tat für die bürgerlichen Nationalisten, die nur den Kampf der Nationen sehen; sie glauben die deutschen Kommunisten mit Poincaré, die französischen mit Cuno im Bunde, weil jene Cuno, diese Poincaré bekämpfen. Für den marxistischen Dialektiker aber, der den Kampf der Klassen sieht, ist nichts leichter, als dieses Dilemma zu lösen. Der Kampf der deutschen Bourgeoisie gegen die französische, gleichviel ob er mit größerer oder geringerer Energie geführt wird, ist lediglich ein Kampf für Ausbeutungsinteressen und daher nur reaktionär. Das deutsche Proletariat hat d i e s e n Kampf nicht zu unterstützen, sondern zu bekämpfen. Und die KPD tut das auch, wenn sie den Schwindel der Ruhrhilfe ablehnt, wenn sie den vorgeblichen „nationalen Abwehrkampf“ der deutschen Bourgeoisie als einen Kampf um einen um 10 Prozent größeren Anteil am deutsch-französischen Montantrust denunziert, und wenn sie gerade auch im Ruhrgebiet und nicht nur „an

der Spree“ den Klassenkampf gegen die deutschen Kapitalisten und ihre Regierung mit aller Schärfe führt. Und dennoch kämpfen die Kommunisten gleichzeitig gegen den französischen Imperialismus, indem sie den Abtransport der Kohle verhindern und Zersetzung in die Reihen der Besatzungsarmee tragen. Wenn es die Hauptaufgabe der deutschen Arbeiter bleibt, die deutsche Bourgeoisie zu schlagen, wie sollte daraus folgen, daß sie nicht auch den Klassenfeind im französischen Nationalkostüm bekämpfen dürfen, wo er ihnen entgegentritt? Genosse Thalheimer meint freilich, wenn die Lage in Deutschland heute im wesentlichen die gleiche wäre wie 1914-18, dann dürften wir überhaupt nur gegen die deutsche Bourgeoisie, nicht gegen den französischen Imperialismus kämpfen. Aber wie war es denn 1914-18 in den vom deutschen Militär besetzten Gebieten? Durften etwa die belgischen, französischen, polnischen, russischen Arbeiter nicht gegen die deutsche Militärdiktatur kämpfen, weil die Bekämpfung des Imperialismus ihrer eigenen Bourgeoisie ihre Hauptaufgabe war?

Aber, belehrt uns Genosse Thalheimer, wenn wir so argumentieren, dann begehen wir den „für einen Marxisten unverzeihlichen Grundfehler“, den Unterschied zwischen der augenblicklichen Lage und der von 1914-18 zu verkennen. Ich habe nun zwar nicht gesagt, wie mir unterschoben wird, daß es hier überhaupt keinen Unterschied gibt. Ich erklärte nur anschließend an Thalheimers kühne Behauptung: „Die Niederlage des französischen Imperialismus im Weltkrieg war kein kommunistisches Ziel, seine Niedertage im Ruhrkrieg ist ein kommunistisches Ziel“, einen solchen Unterschied gebe es nicht, und habe das mit Gründen bewiesen, auf deren Widerlegung ich noch warte. (Aber was ist in der Tat der Unterschied zwischen der gegenwärtigen Situation und der Lage im Weltkrieg?

Genosse Thalheimer findet den wesentlichen Unterschied in der inzwischen erfolgten Zertrümmerung des militärischen Apparats des deutschen Imperialismus, und er meint mit Recht, es wäre Kinderei und nicht Marxismus, diese Tatsache nicht zu sehen. Es hat aber mit Marxismus ebensowenig zu tun, wenn man [340] in dieser Tatsache etwas Endgültiges sieht, das für die historische Rolle der kämpfenden Klassen in Deutschland für die ganze nächste Epoche ausschlaggebend sein muß. Die technischen Kriegsmittel Deutschlands sind zum größten Teile zerstört, aber wenn die deutsche Industrie nur einigermaßen intakt bleibt, so genügt eine Aenderung in der internationalen Mächtekonstellation, die die Isolierung Deutschlands aufhebt und ihm nur wenige Monate Zeit zur Bewaffnung gibt, vollkommen, um seine Rüstungen wieder herzustellen. Wie rasch das möglich ist, haben England und Amerika während des Weltkrieges bewiesen. Und im nächsten Kriege, in dem Giftgase und Flugzeuge und nicht mehr die schwere Artillerie voraussichtlich entscheidend sein werden, wird das noch leichter und rascher möglich sein. Ein siegreicher Revanchekrieg ist momentan ein frommer Wunsch der deutschen Bourgeoisie; er wird es in wenigen Jahren nicht sein, wenn das deutsche Proletariat sich einreden läßt, daß nicht die vollkommene Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie, sondern die Befreiung vom französischen Imperialismus seine Hauptausgabe ist.

Genosse Thalheimer vermeidet die fatale Konsequenz der „zeitweiligen Parallelität des Kampfes der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie“ nur durch die Annahme, daß die deutsche Bourgeoisie nicht fähig und gewillt ist, einen ernsten Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus zu führen. Diese „Parallelität“ wäre also gegenüber einer nationalistischen Regierung, die den Revanchekrieg ernsthaft vorbereiten wollte, sofort gegeben. Was die Redensart von der „selbständigen Klassenpolitik“, die das Proletariat dann noch zu treiben hätte, bedeutet, ist schwer zu verstehen, wenn wirklich die „Befreiung Deutschlands aus der imperialistischen Unterdrückung“ (nämlich Unterdrückung durch die französische Bourgeoisie!) die Hauptausgabe des deutschen Proletariats, ja „geradezu die besondere historische Rolle der kommunistischen Partei in Deutschland“ ist. „Außer ihr,“ erklärt unser Theoretiker feierlich, „ist keine Kraft dafür da.“ Wir meinen, die Kraft, die dafür da ist, das ist das Proletariat Frankreichs. Diese Kraft kann freilich so lange nicht zur Geltung kommen, als die großen Massen Frankreichs außerhalb ihrer revolutionären Vorhut sich noch die Abenteurerpolitik Poincarés deshalb gefallen lassen, weil sie von der Notwendigkeit der Sicherung vor dem deutschen Militarismus ehrlich überzeugt sind. Ein

Grund mehr für die deutschen Arbeiter, die durchaus nicht unbeträchtlichen Kräfte der militaristischen Reaktion in Deutschland zu vernichten. Diese Aufgabe, die zur Sicherung der Existenz der deutschen und der französischen Arbeiter gleich notwendig ist, wird wahrhaftig nicht dadurch gefördert, daß man die Vernichtung der deutschen Militärmacht als eine vollendete und unabänderliche Tatsache hinstellt.

Nicht in der Zerstörung des militärischen Apparats der deutschen Bourgeoisie – die eine vorübergehende Erscheinung bleiben wird, wenn das revolutionäre Proletariat den deutschen Kapitalisten nicht einen Strich durch die Rechnung macht – liegt der entscheidende Unterschied zwischen 1923 und 1914. Er liegt vielmehr darin, daß 1914 die ökonomische Basis der bürgerlichen Klassenherrschaft fest, die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft verhältnismäßig günstig und die reformistische Ideologie daher in breiten proletarischen Massen tief verankert war, heute hingegen die Klassengegensätze viel schärfer zugespitzt, die Burgfriedensideologie schon vollkommen untergraben und die Bourgeoisie außerstande ist, den deutschen Arbeitern solche Lebensbedingungen zu gewähren, bei denen die klassenfriedlichen Illusionen weiter bestehen könnten. War im Jahre 1914 Lenins Parole: „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ objektiv richtig, weil sie den einzigen Ausweg aus dem imperialistischen Konflikt zeigte, aber infolge der objektiv begründeten reformistischen Verseuchung der west- und mitteleuropäischen Arbeiterschaft eine Zukunftsparole, für die erst allmählich die Massen gewonnen werden konnten, so ist heute die Machtergreifung durch das Proletariat in Deutschland kein fernes Ziel, sondern eine unmittelbare Tagesaufgabe, auf die alle Kraft der Kommunistischen Partei konzentriert werden muß.

[341] Wenn unter der Herrschaft der deutschen Bourgeoisie der Abwehrkampf an der Ruhr mit Hilfe der revolutionären Arbeiter des Ruhrgebiets so erfolgreich geführt wird, daß die deutschen Kapitalisten zu einem günstigen Abschluß mit ihren französischen Kollegen kommen, so wäre für das deutsche Proletariat nichts gewonnen. Wenn die Arbeiterschaft in Deutschland zur Macht kommt und selbst eine Zeit lang, ehe die internationalen Machtverhältnisse sich entsprechend geändert haben, zur „Politik der Erfüllung“ gezwungen wäre, vielleicht ohne dadurch sogleich den Abzug der Franzosen herbeiführen zu können, so wäre damit doch der Ausweg aus dem Elend beschritten. Darum ist der Sturz der deutschen Bourgeoisie das nächste und wichtigste Ziel der deutschen Kommunisten, während die Niederringung des französischen Imperialismus der übernächsten historischen Phase angehört und nur im Zusammenhang mit dem Ausschwung der revolutionären Bewegung in Frankreich erfolgen kann.

Es ist keineswegs unwesentlich, welche Ausgabe wichtiger ist und welche zeitlich zuerst kommt. Es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn unsere Partei jetzt beim „Zweifrontenkrieg“ ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Front gegen den französischen Militarismus richtet und dadurch den nationalistischen Schwindel, durch den das deutsche Proletariat von seinem Hauptfeind, der deutschen Bourgeoisie, abgelenkt werden soll, unterstützt. Es müßte, im Gegenteil den proletarischen Massen Tag für Tag, vor Augen geführt werden, daß nicht die deutsche Nation durch die französische mit dem Untergang bedroht ist, sondern das deutsche Proletariat durch die deutsche Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie müßte im Parlament Tag für Tag vor die Frage gestellt werden: entweder offen die schwerkapitalistische Regierung zu unterstützen oder die Scheinopposition in eine wirkliche Opposition zu verwandeln, die mit der leichtesten Mühe zum Sturz der Regierung, zur Auflösung des Reichstages und zu Neuwahlen unter der Parole: „Revolutionäre Arbeiterregierung zur Ueberwälzung der Reparationslasten auf die Bourgeoisie und zur Entwaffnung der Reaktion“ führen könnte. Uns ist es klar, daß die sozialdemokratischen Führer nicht an einen solchen Kampf, sondern an die Koalition von Stresemann bis Breitscheid denken. Aber den sozialdemokratischen Arbeitermassen ist das noch keineswegs klar, weil es unsere Partei noch nicht verstanden hat, es in das Bewußtsein der Massen einzuhämmern, daß die Arbeiterparteien die Macht haben, jeden Tag die bürgerliche Regierung zu stürzen, von der auch die reformistischen Führer zugeben müssen, daß ihr ganzes Wirken gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist.

Die Stärke unserer russischen Bruderpartei liegt darin, daß sie es immer versteht, alle ihre Kräfte auf die jeweils wichtigste politische Aufgabe zu konzentrieren. Das ist eine unerläßliche Vorbedin-

gung des Sieges. Unsere nächste und wichtigste Aufgabe aber, die es konkret anzupacken gilt, ist: Sturz der Regierung Cuno, Errichtung der revolutionären Arbeiterregierung in Deutschland.

Nicht durch die nationale Ideologie, sondern durch ihre Ueberwindung gewinnen wir das Kleinbürgertum.

Der Nationalismus kann auf einer Gesellschaftsstufe, wo die Klassengegensätze noch nicht sehr entwickelt sind, und wo wirklich alle Volksklassen gleichmäßig unter dem Druck der Herrschaft einer fremden Nation leiden, oder auch dort, wo sich die nationalen Gegensätze mit Klassengegensätzen decken, eine revolutionäre Ideologie sein, die die Volksmassen zum Befreiungskampfe sammelt. Im Zeitalter des Imperialismus, unter der Herrschaft einer imperialistischen Bourgeoisie ist der Nationalismus der große Volksbetrug, durch den die Macht- und Profitinteressen der herrschenden Klasse in allgemeine Volksinteressen umgelogen werden, die die Klassen miteinander verbinden und die Nationen gegeneinander stellen sollen. Viel mehr noch als die Kirchengläubigkeit ist der Nationalismus die spezifische Form der geistigen Knechtschaft der ausgebeuteten Massen und der Ausnutzung ihres Gemeinschaftsgefühls für die niedrigsten Zwecke. Für den Marxismus, der die [342] Klassenspaltung und die Unmöglichkeit einer gemeinsamen Sache der Nation erkennt, der weiß, daß es nur ein wirkliches Interesse der arbeitenden Volksmassen gibt, die Befreiung vom Joch des Kapitalismus, ein Ziel, das die Proletarier aller Nationen zum gemeinsamen Kampfe vereinigt, gibt es kein Kompromiß mit dem Nationalismus. Genosse Thalheimer ist anderer Meinung:

„Die Furcht, daß der Nationalismus uns an die Seite der Bourgeoisie bringt, beruht auf einer vollkommenen Verkennung der Lage und ihrer Möglichkeiten. Daß er (wohlgemerkt: der Nationalismus!) uns an die Seite des Kleinbürgertums und des Halbproletariats bringen wird, das ist ein offenbarer Gewinn für die proletarische Revolution ...“

Es wäre schon schlimm genug, wenn die deutschen Kommunisten eine solche Politik treiben sollten, daß die nationalistischen Spießbürger sich dadurch angezogen fühlten. Aber Genosse Thalheimer stellt uns eine noch schönere Prognose: Der Nationalismus, unser Nationalismus, wird uns Kommunisten an die Seite des nationalistischen Kleinbürgertums führen! Und was sollte das mit Hilfe von Thalheimers Theorie an die Seite der nationalistischen Spießbürger geführte Proletariat tun? Ewa Schulter an Schulter mit ihnen die soziale Revolution durchführen? Wenn diese schöne Einheitsfront zustande käme, wozu anders konnte sie gut sein, als zum Revanchekrieg?

Die proletarische Revolution wird in Deutschland vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber nur mit den schwersten Opfern siegen können, wenn es nicht gelingt, wenigstens einen Teil des heute noch nationalistisch verdummten Kleinbürgertums zu neutralisieren oder für die Revolution zu gewinnen. Aber das kann nicht, wie unser Theoretiker sich einbildet, dadurch geschehen, daß die Kommunisten sich durch die tapfere Führung des Ruhrkampfes ein gutes Sittenzeugnis für Nationalismus erwerben und dem „ehrlich“-nationalistischen Kleinbürgertum darum als die berufenen Führer der Nation erscheinen, sondern nur dadurch, daß die nationalistische Ideologie zerbrochen wird. Nur jene Schichten des Kleinbürgertums werden mit der proletarischen Revolution gehen, denen wir klar zu machen verstehen, daß es die nationale Sache, für die die Bourgeoisie sie einspannen möchte, nicht gibt, daß in der Politik maßgebend sind lediglich die miteinander konkurrierenden Ausbeutungsinteressen verschiedener Finanzgruppen, die sich als „nationale Interessen“ verkleiden und das gemeinsame Interesse der großen ausgebeuteten Massen aller Nationen. Zu diesen ausgebeuteten Massen gehört heute in Deutschland auch das Kleinbürgertum, das nicht nur das Kanonenfutter in dem Krieg für die Machtaspirationen des Schwerkapitals genau so abgegeben hat und abgeben wird wie das Proletariat, sondern auch ebenso wie das Proletariat durch den Währungsverfall bis zum letzten Groschen zugunsten der Bank- und Industriemagnaten und der Agrarier ausgeplündert wurde. Hier müssen wir unsere Propaganda unter den proletarisierten Mittelschichten anknüpfen, nicht aber ihnen einreden, daß wir das, was sie sich unter der „nationalen Sache“ vorstellen,

besser verteidigen werden als die Bourgeoisie. Wir können an die nationalen Illusionen nur zu dem Zweck anknüpfen, um ihren Bankrott nachzuweisen und sie dadurch zu zerstören.

Wohl ist es wahr: die Nation, das ist doch nicht in erster Reihe die kleine Schicht der Ausbeuter, sondern es sind vor allem die großen schaffenden Massen, die „nationalen Güter“, das sind nicht die Ausbeutungssphären und die Nachtmittel der herrschenden Klasse, sondern die Werte der geistigen und materiellen Kultur, von denen das Proletariat fast alles schafft und fast nichts besitzt. Diese Nation und diese nationalen Güter können nur gerettet werden durch die soziale Revolution. Aber wenn man in diesem Sinne dem Proletariat und seiner führenden Partei, der kommunistischen, die historische Ausgabe zuweist, „die Nation zu retten“, dann darf kein Zweifel darüber bestehen, daß diese nationalen Interessen, die in Wahrheit international sind, weil sie von den Proletariern aller Nationen geteilt werden, in erster Linie zu verteidigen sind gegen die deutsche Bourgeoisie. Und das nicht nur deshalb, weil die deutsche Bourgeoisie diese nationalen Güter nicht gegen den „äußeren Feind“ [343] zu schützen vermag, sondern weil sie dadurch, daß sie diese Güter für sich allein in Anspruch nimmt, sie den großen Massen der Nation entzieht und ihnen jede menschliche Lebensmöglichkeit verkümmert.

In dem Augenblick, wo die deutsche Bourgeoisie mit der französischen den Pakt zur vollkommenen Versklavung der arbeitenden Massen in Deutschland und Frankreich schließt und zugleich die nationalistische Hetze, weniger gegen den „Erbfeind“ als gegen den „inneren Feind“, das international gesinnte Proletariat, bis zur Tollwut gesteigert wird, ist es dringender notwendig als je, daß die Kommunistische Partei klar und scharf ihre internationale Sache verficht und nicht durch einen nationalistischen Eiertanz um die Sympathie der deutschen Spießer wirbt. Es ist der größte moralische Erfolg der Kommunisten, daß ihre internationale Solidarität bei den Konflikten der Imperialisten nicht zerbricht wie die der Reformisten. Die Kommunistische Internationale hat bei den reformistischen Arbeitermassen, deren Sympathie es doch vor allem zu erringen gilt, durch den tapferen Kampf unserer französischen Genossen eine Autorität gewonnen, die wir um keinen Preis durch die Spekulation auf die Sympathie der Nationalisten gefährden dürfen.

Entweder der Nationalismus bringt das Kleinbürgertums und beide Klassen gehen vereint mit der Bourgeoisie, in einem neuen Weltgemetzel zugrunde, oder das Erwachen des Klassenbewußtseins und die Zerstörung der nationalen Illusionen bringt die proletarisierten Mittelschichten an die Seite des klassenbewußten Proletariats, ins Lager der sozialen Revolution, zum gemeinsamen Sieg über den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital. Das ist die klare Perspektive, unter der die KPD den Zweifrontenkrieg an der Ruhr und im Reichsmaßstabe den Kampf um die revolutionäre Arbeiterregierung führen muß.

*

Von Giftgasen und anderen wunderbaren Erscheinungen.

Schlußbemerkungen gegen Sommer.

Von A. Thalheimer.

Die Replik des Genossen Sommer bringt keine wesentlich neuen Argumente, aber sie beleuchtet einiges der früher von ihm gebrauchten noch schärfer und spitzt die Widersprüche seiner Argumentation noch schärfer zu. Ich kann mich daher für jetzt mit einigen kurzen Schlußbemerkungen begnügen.

1. Ein Hauptpunkt von Sommers Argumentation für die wesentliche Gleichheit unserer Taktik 1914/18 und 1923 war die Behauptung, 1923 sei derselbe imperialistische Konflikt wie 1914/18, nur mit anders verteilten Rollen. Die deutsche Bourgeoisie strebe nach Wiederherstellung ihrer alten imperialistischen Machtstellung.

Darauf wurde geantwortet: 1. Der deutsche Imperialismus als wirkliche Macht ist heute nicht da; 2. Er läßt sich nicht wiederherstellen, es sei denn durch revolutionäre Mittel, die den Zweck aufheben. Sommer wettert in seinem Artikel gegen die nationalistischen Illusionen der kleinen Spießbürger. Er täte gut, mit der Aufräumung spießbürgerlich-nationalistischer Einbildungen zu-

nächst bei sich selber anzufangen. Denn was anderes als eine wahrhaft erstaunliche Spießbürgerphantasie ist es, zu glauben, wie Sommer das tut, die Wiederherstellung des deutschen Impe-[344]rialismus sei nur eine Frage einer Aenderung der internationalen Mächtekonstellation, die die Isolierung Deutschlands aufhebt und ihm wenige Monate Zeit zur Bewaffnung gibt. Die neueste Kriegstechnik, die den Giftgasen und Flugzeugen, nicht mehr der schweren Artillerie, eine Hauptrolle zuweist, machen noch raschere Bewaffnung möglich, als dies im letzten Kriege England und Amerika möglich war.

So ungefähr kann man es an allen Spießbürgerstammtischen raunen hören (zu diesen Spießbürgern gehören die meisten deutschen Fachmilitärs). Erstaunlich aber im höchsten Grade ist es, eine solche platte Dummheit von einem Kommunisten zu hören. Da der Punkt wichtig ist, ja den Angelpunkt des Verständnisses für die geschichtliche Entwicklung in Deutschland bildet (und auch für unsere Streitfrage), so sind einige elementare Erläuterungen dazu unumgänglich.

Eine elementare Ueberlegung sagt, daß eine noch so günstige außerpolitische Konstellation nur unter e i n e r Voraussetzung von Deutschland militärisch ausgenutzt werden könnte: wenn es die Voraussetzungen zu neuer militärischer Kraft schaffen kann. Die e l e m e n t a r s t e Voraussetzung d a f ü r aber sind nicht technischer Art, Giftgase, Flugzeuge und geheimnisvolle technische Wunder, sondern p o l i t i s c h-s o z i a l e r A r t. Das begriffen unter den Schlägen des ersten Napoleons bereits der Reichsfreiherr vom Stein, die Gneisenau und Scharnhorst – keine kommunistischen, ja nicht einmal bürgerliche, sondern feudale Köpfe. Sie verstanden, daß vor allem die feudalen Ketten des hörigen Bauern, des Massenelements der Armee, gelockert werden müßten, und daß der jungen städtischen Bourgeoisie und bürgerlichen Intelligenz ein Lichtschimmer gezeigt werden mußte. Sie begriffen ausgezeichnet, daß der Kampf gegen Napoleon militärisch aussichtslos war, ohne vorangegangene politische und soziale Reformen.

Das Massenelement des Heeres im heutigen Deutschland ist der Arbeiter. Die glänzendste außerpolitische Konstellation und die fabelhaftesten militärtechnischen Erfindungen, die irgend jemand sich ausmalen kann, sind eitel Dunst, wenn nicht der Arbeiter am Krieg interessiert ist, ihn als s e i n e Sache führt; nach 1914/18, nach dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch, ist das in Deutschland nur auf einem Wege möglich: Wenn mindestens die Opfer und Lasten der Niederläge von den Schultern des Arbeiters auf die des Bourgeois gewälzt werden. Daß das nicht auf dem Wege bürgerlicher Reformen, sondern nur auf dem der proletarischen Revolution noch möglich ist, steht außer Zweifel. Die deutsche Bourgeoisie und die deutschen Militärs von 1923 haben diese elementare Weisheit noch nicht einmal begriffen, und selbst wenn sie sie begriffen hätten, wäre es ebenso. Was folgt daraus für uns? Die unlösbare Verbindung der Frage der nationalen Wiedererhebung und der Frage der proletarischen Revolution, und also auch mit dem internationalen Klassenkampf. Was folgt aus der Sommerschen Spießbürgerplattheit? Das Gefangensein in der borniertesten aller nationalistischen Illusionen und damit selbstverständlich das Unvermögen, sie revolutionär zu überwinden.

2. Sommer wiederholt: Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist heute das Ziel wie 1914. Der Sturz der deutschen Bourgeoisie ist die erste, die Niederringung des französischen Imperialismus die zweite Etappe.

Wozu kurz zu sagen ist: Die Umwandlung des deutschen „imperialistischen Krieges“ von 1923 an der Ruhr in den Bürgerkrieg ist ein zweites Zeichen und Wunder. Wie kann man von e i n e m A u s g a n g s p u n k t, d e r n i c h t d a i s t, zum Ziel kommen? Was kann dabei herauskommen als das Herumfahren mit der Stange in der Luft, als die Unfähigkeit, in den Gang der Dinge handelnd einzugreifen. Ich als „Theoretiker“ ziehe vor, von dem w i r k l i c h e n A u s g a n g s p u n k t, der Verteidigung Deutschlands vor vollständiger politischer und wirtschaftlicher Versklavung zum revolutionären Ziel zu gelangen und glaube damit auch erheblich praktischer zu sein als Freund Sommer.

Gewiß ist der Sturz der bürgerlichen Regierung in Deutschland die V o r a u s s e t z u n g für die erfolgreiche Führung des Kampfes gegen den französischen Imperialismus, aber wie man „marxisti-

sche Dialektik“ im [345] Munde führen und nicht begreifen kann, daß die Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie, den Kampf gegen den französischen Imperialismus zu führen, eben ein wesentlicher Ausgangspunkt für den Sturmlauf im Innern ist, ist mir schleierhaft. Sommer erklärt: nicht die deutsche Nation ist durch den französischen Imperialismus bedroht, sondern das deutsche Proletariat durch die deutsche Bourgeoisie. Wie radikal!

Wie schwach und falsch und unrevolutionär in der Tat, statt alle Hunde gegen die Bourgeoisie loszulassen, die man stürzen will, statt ihren nationalen Verrat vor dem französischen Imperialismus nach Innen, wider ihre Brust zu kehren, erhaben zu erklären: Wir Marxisten vom reinsten Wasser wissen, daß es nationale Interessen nicht gibt, daß das nur kleinbürgerliche Illusionen sind, also verzichten wir darauf, die äußere Niederlage und ihre Folgen ebenso gegen die Bourgeois zu kehren, wie ihre inneren Schandtaten. Da für Sommer der Nationalismus zusammenfällt mit den nationalen Illusionen, vom Kaliber des Revanchekriegs, den die äußere Konstellation und die militärische Technik ermöglichen, so ist es kein Wunder, daß er schließlich erklärt, es gäbe keine nationalen Interessen, nur Klasseninteressen, und dies den Kleinbürgern klar zu machen, sei das wesentliche Erfordernis zur Ueberwindung der nationalen Illusionen.

Uns scheint bedeutend dringlicher und richtiger zu sein, aus den kleinbürgerlichen Köpfen zu allererst die wunderbare nationalistische Illusion auszutreiben, die in Sommers Kopf spukt. Wenn das geschehen ist, werden sie sicher begreifen, daß das Klasseninteresse des Proletariats und des Kleinbürgertums nur unter der Bedingung das nationale Interesse sein wird, daß sie zu siegen verstehen und daß man, selbst mit der Giftgasflasche, nicht siegt, wenn das stärkste Giftgas, die kapitalistische Verdienermoral, die eigenen Reihen lähmt.

*

Für die Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien.

Von Christo Kabaktschieff.

(Fortsetzung.)

3. Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Nach dem Erwähnten wird es klar, weshalb die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien unter Verhältnissen, verschieden von jenen, unter welchen die Arbeiterregierung in den west- und mitteleuropäischen Ländern aufgestellt wird, auftaucht. Zu dem Erwähnten muß noch hinzugefügt werden, daß, während die west- und mitteleuropäischen Länder Industrieländer mit einem zahlreichen Proletariat sind, das in einigen dieser Länder die Mehrzahl der Bevölkerung bildet, die Stadtbevölkerung Bulgariens von insgesamt 4.860.000 Einwohnern bloß 971.000 Seelen zählt, d. h. sie bildet bloß 20 Prozent der Gesamtbevölkerung: die in der Industrie, im Gewerbe und im Transport beschäftigten Arbeiter zählen 242.000 und die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter 150.000. Doch auch dieses wenig zahlreiche Proletariat ist nicht in großen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmen und in großen Stadtzentren kon-[346]zentriert. Wenn in den Ländern, in welchen das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung bildet, in welchen ein zahlreiches landwirtschaftliches Proletariat besteht, in welchen es, wenn auch von den Sozialverrätern geleitete, Millionen Arbeiter zählende Arbeiterparteien gibt, die Arbeiterklasse die Macht ergreifen und eine Arbeiterregierung bilden kann, die in erster Zeit auf die Neutralität der kleinen Bauern bauen und allmählich deren Unterstützung gewinnen kann; so kann in den Balkan-, süd- und osteuropäischen Ländern, in welchen die Industrie noch schwach entwickelt und das Proletariat schwach ist, Ländern, die vorwiegend noch Agrarländer sind, in welchen die Dorfbevölkerung überwiegt (in Bulgarien bildet diese drei Viertel der Gesamtbevölkerung) – in diesen Ländern kann die Arbeiterklasse nur zusammen mit den kleinen und besitzlosen Bauern die Macht ergreifen, in diesen Ländern kann heute nicht von einer Arbeiterregierung, sondern nur von einer Arbeiter- und Bauernregierung die Rede sein; auch der endgültige Sieg der proletarischen Revolution ist in diesen Ländern nur mit der Teilnahme der werktätigen Bauernmassen möglich.

In Bulgarien aber besteht keine Partei oder sonst eine andere Organisation der kleinen und besitzlosen Bauern, mit welcher die unter dem Banner der Kommunistischen Partei kämpfenden Arbeiter

und Bauern eine Einheitsfront und eine Arbeiter- und Bauernregierung bilden können. Der Landwirtbund ist keine solche Partei oder Organisation. Trotz des Ueberwiegens der Kleinbauern im Landwirtbunde und seiner kleinbürgerlichen Ideologie, gibt es in ihm eine ganze Schicht von reichgewordenen Mittelbauern, sowohl der neuen, als auch der alten Dorfbourgeoisie, welche Schicht die leitende Rolle im Landwirtbunde spielt. Seiner Politik und seinen Taten nach, stellte sich der Landwirtbund als eine während drei Jahre lang regierende Partei, gänzlich an die Seite der Dorfbourgeoisie, ihre Interessen wahrend und diese Politik in der Praxis durchführend. Die kleinbürgerlichen Erklärungen und „Reformen" der Landwirtregierung sind bloß ein Mittel der Dorfbourgeoisie des Landwirtbundes, um die kleinen und besitzlosen Bauern, ohne deren Unterstützung sie die Macht nicht in ihren Händen behalten kann, irre zu leiten und nach sich zu schleppen.

In den west- und mitteleuropäischen Ländern, wo neben der Kommunistischen Partei auch andere Arbeiterparteien bestehen, bedeutet die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung die Bildung der Einheitsfront und der Arbeiterregierung mit bestimmten bestehenden Arbeiterparteien. In Bulgarien, wo außer der Kommunistischen Partei keine andere Arbeiterpartei noch eine Partei oder Organisation der klein- und besitzlosen Bauern besteht, kann die Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter- und Bauernregierung h e u t e nur auf eine andere Weise – nicht durch die Bildung einer gemeinsamen Kampffront mit einer anderen Arbeiter- oder Bauernpartei und nicht durch die Koalition mit einer solchen Partei – erreicht werden.

Die Idee und die Möglichkeit einer Einheitsfront oder Koalition zwischen der Kommunistischen Partei und dem Landwirtbunde sind vollkommen ausgeschlossen, weil eine Einheitsfront oder Koalition zwischen der Kommunistischen Partei und der Dorfbourgeoisie, die im Landwirtbunde herrscht und ihre Interessen und ihre Politik durch die Landwirtregierung durchführt, unmöglich ist.

Wahr ist es, daß der Landwirtbund und die Kommunistische Partei gleichzeitig gegen die Stadtbourgeoisie und ihre Parteien [347] kämpfen. Doch diese v o r ü b e r g e h e n d e parallele Tätigkeit ist noch keine Einheitsfront und macht eine Koalition nicht möglich. Der Kampf des Landwirtbundes und der Landwirtregierung gegen die bürgerliche Koalition wird durch die zwischen der Stadt- und Dorfbourgeoisie bestehenden Widersprüche ihrer Interessen, die wir oben darlegten, erklärt.

Der Landwirtbund und die Landwirtregierung kämpfen gegen die Stadtbourgeoisie und ihre Parteien aus ganz anderen Gründen und für andere Zwecke, als jene, aus welchen und für welche die Kommunistische Partei gegen die Bourgeoisie und ihre Parteien kämpft. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Landwirtregierung durch die Mittel der Macht vorwiegend die Interessen der Dorfbourgeoisie wahrt; daß sie durch die Schaffung von Konsortien und Syndikate für Ausfuhr des Getreides durch die Dorfbourgeoisie selbst, durch die Ausnutzung des Kredits der Staatsbanken seitens der neureich gewordenen Großgrundbesitzer, durch ihre gesamte Politik zum Schutz der Dorfbourgeoisie, die Widersprüche, Konflikte und den Kampf zwischen der Dorf- und Stadtbourgeoisie, zwischen dem Landwirtbunde und den alten bürgerlichen Parteien zuspitzt.

Die Landwirtregierung nützt geschickt den Haß der werktätigen Dorfmassen gegen den alten bürgerlichen Parteien aus, um gegen die letzteren einen kreischenden Kampf im Namen der „Volksmacht" und der „Demokratie" zu führen; doch ist dies ein Kampf, der seinem Wesen nach ein Koteriekampf ist, und der die Macht ausschließlich für die herrschende Dorfbourgeoisie zu erhalten, bezweckt. Die Landwirtregierung schützt eifersüchtig ihre Macht vor den Gelüsten der bürgerlichen Koalition, doch besteuerte sie nicht die Kapitalien der Stadtbourgeoisie, schränkte nicht den Wucher der Banken ein, entsagte nicht der nationalistischen und reaktionären Politik der alten bürgerlichen Parteien und hob deren Offiziersligen und Faschistenbanden nicht auf; im Gegenteil, die Landwirtregierung schaffte auch die wenigen Gesetze des Arbeitsschutzes ab, vermehrte die Steuern der Arbeiter und werktätigen Massen usw.; schließlich bildet die Landwirtregierung, sobald die allgemeinen Klasseninteressen der Dorf- und Stadtbourgeoisie durch das Wachsen der Kommunistischen Partei bedroht sind, eine gemeinsame Front mit den alten bürgerlichen Parteien gegen die Kommunistische Partei. So schließt, um die Stadtgemeinden der Kommunistischen Partei, d. h. den Arbeitern und werktätigen Bauern, zu entreißen (in den letzten Jahren eroberte unsere Partei viele

von Stadt- und über hundert Dorfgemeinden) und sie in die Hände der Stadtbourgeoisie und der alten bürgerlichen Parteien zu geben, die Landwirtregierung lokale Koalitionen mit diesen Parteien und organisiert einen wilden, blutigen Terror gegen die Kommunistische Partei.

Im Landwirtbunde besteht heute noch keine geschlossene und formierte Linke, mit welcher die Kommunistische Partei sich über gemeinsame Aktionen verständigen könnte. Die im Landwirtbunde bestehende „Linke“ muß von den Kleinbauern und besitzlosen Dorfmassen, deren Unzufriedenheit gegen die im Bunde herrschende Bourgeoisie und gegen die Politik der Landwirtregierung mit jedem Tag mehr wächst, unterschieden werden; die Unzufriedenheit dieser Kleinbauern und besitzlosen Dorfmassen ist eine spontane und unbewußte. Diese Massen sind noch nicht als eine besondere Richtung mit eigener Ideologie, Forderungen und Politik zusammengeschlossen und organisiert, sie bilden noch keine wirkliche Linke im Landwirtbunde.

[348] An der Spitze der bestehenden „Linken“ im Landwirtbunde steht Stambolinski, der Führer des Landwirtbundes und Ministerpräsident der Landwirtregierung, seit drei Jahren. Um die Rolle dieser „Linken“ zu erläutern, muß erwähnt werden, daß die Dorfbourgeoisie im Landwirtbunde zweierlei Ursprunges ist: ein Teil derselben sind die zum Landwirtbunde, um die Vorteile der Macht auszunützen, übergetretenen Großgrundbesitzer und Dorfwucherer der alten bürgerlichen Parteien; ein anderer Teil der Dorfbourgeoisie sind die neureichgewordenen Mittelbauern und Dorfwucherer, die die Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse während und nach dem Kriege und die Macht der Landwirtregierung ausnützen, um mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Handel und Wucher zu treiben, Kapitalien anzuhäufen, ihren Besitz zu vergrößern, um zu erreichern. Eben diese zweite Richtung ist die sogenannte „Linke“, die selbständig regieren will, um die gesamte Macht ausschließlich für sich auszunützen und die in der Ausplünderung der Dorfmassen und der Anhäufung von Reichtümern die gierigste, frechste und rücksichtsloseste ist; doch um die Macht in ihren Händen zu behalten, braucht diese „Linke“ die Unterstützung der breiten werktätigen Dorfmassen, und um diese Massen nach sich schleppen zu können, ist sie gezwungen, die kleinbürgerliche Demagogie und die Politik der halben „Reformen“ zur Beschwichtigung der Kleinbauern weiter fortzuführen.

Der Kampf zwischen der Rechten und der „Linken“ im Landwirtbunde ist ein Koteriekampf um die Verteilung der aus der Macht hervorgehenden Beute, es ist ein Kampf zwischen zwei Flügeln der Dorfbourgeoisie. Dieser Kampf verursachte bereits eine Krise im Landwirtbunde und endigte mit der Entfernung des rechten Flügels, mit Turlakoff an der Spitze, aus der Landwirtregierung. Was die „Linke“ im Landwirtbunde und was ihre Politik ist, wurde noch klarer nach der „Reinigung“ des Bundes von der Rechten, seitdem die Regierung Stambolinskis eine noch tollere Kampagne und einen Massenterror gegen die Kommunistische Partei einleitete. In den letzten, am 11. Februar 1923, stattgefundenen Stadtgemeindewahlen veranstaltete die Regierung nächtliche, bewaffnete Polizeiüberfälle über die kommunistischen Heime in vielen Städten, verhaftete Hunderte unserer Genossen, setzte sie bestialischen Gewalttätigkeiten aus, in Warschetz z. B. sind mehrere Genossen, einer von ihnen schwer, von der Polizei verwundet. Um das Proletariat der Stadt von den werktätigen Dorfmassen zu trennen, um die Mandate der Kommunistischen Partei zu vermindern und sich eine Mehrheit im Parlamente zu bilden, schafft der Landwirtbund ein neues Wahlgesetz, welches in Wirklichkeit das proportionelle Wahlsystem aufhebt.

Doch wenn eine geschlossene und formierte wirkliche Linke im Landwirtbunde fehlt, so sind die kleinen und besitzlosen Bauern des Bundes immer mehr mit der Politik der Dorfbourgeoisie unzufrieden. Eben diese werktätigen Dorfmassen folgen immer mehr der Stimme der Kommunistischen Partei, die in den Dörfern die stärkste Partei nach dem Landwirtbunde ist – die Hälfte ihrer Wähler sind kleine und besitzlose Bauern –, diese werktätigen Dorfmassen im Landwirtbunde fangen bereits schon an, unter dem Einfluß unserer Partei, sich der Politik der Landwirtregierung entgegenzustellen; unter ihrem Druck war diese gezwungen, die Kriegsschuldigen einem Staatsgerichte zu übergeben und den kleinen und besitzlosen Bauern auch gewisse unbedeutende Konzessionen – wenn auch mehr in Worten als in der Tat – einzuräumen. In der Praxis wird [349] in vielen Dörfern zwischen den der Kommunistischen Partei und jenen dem Landwirtbunde folgenden werktätigen

Bauernmassen, spontan eine Einheitsfront gegen die Dorf- und Stadtbourgeoisie gebildet; diese Massen fangen an, sich von der Dorfbourgeoisie loszureißen, und in den vom Landwirtbunde selbst organisierten Demonstrationen erheben sie Tafeln mit Losungen der Kommunistischen Partei.

In den Dörfern richtet die Kommunistische Partei ihren Kampf nach zwei Richtungen: erstens, um vom Landwirtbund und den bürgerlichen Parteien größere Dorfmassen loszureißen, diese Massen in ihren Organisationen zu vereinigen und ihren Einfluß in den Dörfern zu stärken; zweitens, um die kleinen und besitzlosen Massen, die im Landwirtbunde bleiben (die in demselben organisierten und die ihm in den Wahlen folgenden) und die noch eine große Masse bilden, nach links zu stoßen, die Bildung einer wirklichen Linken im Bunde vorzubereiten und zu beschleunigen. Indem die Kommunistische Partei vor den werktätigen Dorfmassen mit ihrem Gesamtprogramm, dem maximalen und minimalen, das eine Reihe die Interessen der kleinen und besitzlosen Bauern verfechtender Forderungen enthält, hervortritt, schließt sie einen immer größer werdenden Teil dieser Massen unter ihrem Banner zusammen, vereinigt sie, das Stadtproletariat und die werktätigen Bauern, zum gemeinsamen Kampf gegen die Stadt- und Dorfbourgeoisie, stoßt sie die werktätigen Bauernmassen des Landwirtbundes nach links, und beschleunigt im Prozesse des Kampfes selbst die Bildung der Einheitsfront zwischen der Kommunistischen Partei und der Linken oder der zukünftigen Organisation dieser Massen. Diese Politik der Kommunistischen Partei in den Dörfern gab glänzende Ergebnisse, die Zahl der Anhänger und die Macht der Kommunistischen Partei in den Dörfern vermehren sich beständig – es wächst die Unzufriedenheit der Massen im Landwirtbunde.

Wann die wachsende Unzufriedenheit der Dorfmassen im Landwirtbunde sich in einer Linken formieren wird, die sich offen der Politik der Landwirtregierung entgegenstellt, entschieden ihren Bund mit der Dorfbourgeoisie bricht und eine neue Organisation der unzufriedenen Bauernmassen bildet, wie dieser innere Kampf im Landwirtbunde sich entwickeln wird – dies kann heute nicht vorausgesehen werden. Möglich sind drei Wege dieses Kampfes: erstens, der Landwirtbund erhält sich fast unversehrt, wirft aus seinen Reihen bloß seine Führer und die Spitzen der Dorfbourgeoisie und sucht als eine kleinbürgerliche Bauernpartei die Unterstützung der Kommunistischen Partei gegen die allgemeine Gefahr der Rückkehr der alten bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen Reaktion zur Macht; zweitens, der Landwirtbund spaltet sich, indem die Mehrheit der kleinen und besitzlosen Bauern, in einer Linken zusammengeschlossen, die Grundlagen zu einer neuen Kleinbauernpartei oder Organisation mit einem klar aufgestellten radikalem Programme legt, die den gemeinsamen Kampf, zusammen mit den der Kommunistischen Partei folgenden Bauernmassen bestrebt; drittens, große und immer mehr zunehmende Teile von kleinen und besitzlosen Dorfmassen des Landwirtbundes treten zur Kommunistischen Partei über und der Bund selbst verwandelt sich immer mehr in eine Partei der Dorfbourgeoisie, die sich immer mehr nach rechts einstellt und in eine Koalition mit der Stadtbourgeoisie tritt. Von diesen drei Möglichkeiten ist die erste, infolge der großen Korruption und der wachsenden Zersetzung des Landwirtbundes, die am unwahrscheinlichsten; die zweite wird bei einer [350] normalen Entwicklung des Prozesses der Zuspitzung der Widersprüche zwischen der Dorfbourgeoisie und der werktätigen Dorfmassen im Landwirtbunde eintreten; die dritte kann eintreten bei einer großen revolutionären Krise, wenn die Dorfbourgeoisie und die Führer des Landwirtbundes in das Lager der bürgerlichen Gegenrevolution und die gewaltige, überwältigende Masse der kleinen und besitzlosen Bauern des Bundes auf die Seite der Revolution in das Lager der Kommunistischen Partei übergehen.

Wir betrachten als wahrscheinlicher die zweite und besonders die dritte Möglichkeit, wenn wir die zugespitzten Klassengegensätze und Kämpfe in unserem Lande, die sich immer mehr verstärkende innere Krise, die immer brutaler werdende reaktionäre Politik der Dorfbourgeoisie und den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei unter den werktätigen Bauernmassen, einen Einfluß, den sie durch ihr Gesamtprogramm, durch die Verteidigung unmittelbarer Interessen, sowie durch die revolutionären Losungen für die Eroberung der Macht durch die Arbeiter- und Bauernräte gewinnt, in Betracht ziehen. Doch welche Möglichkeit auch eintritt, so kann die Kommunistische Partei die werktätigen Bauernmassen für die Sache und den Sieg der proletarischen Revolution nur gewinnen, indem sie immer tiefer in die Massen eindringt, indem sie ihre Verbindungen mit ihnen

ausbaut, die Einheitsfront der kämpfenden werktätigen Massen aus Stadt und Dorf bildet und erweitert und immer größere Teile der dem Landwirtbunde folgenden kleinen und besitzlosen Bauern heranzieht.

Jetzt ist es auch klar, weshalb die Resolution des Parteirates von einem gemeinsamen Kampf und einer Einheitsfront, im jetzigen Augenblick, nicht mit einer Linken im Landwirtbunde, sondern mit den kleinen und besitzlosen Bauernmassen, die dem Landwirtbunde folgen, spricht. Wenn eine Linke im Landwirtbunde geschaffen und sich formiert haben wird, so kann nur dann auch die Frage für einen gemeinsamen Kampf und eine Einheitsfront mit ihr aufgeworfen werden. Doch ist es andererseits, ebenso auch klar, daß der gemeinsame Kampf und die Einheitsfront der Kommunistischen Partei mit einer solchen Linken, die Spaltung im Landwirtbunde beschleunigen und unabwendbar machen wird. Sobald die werktätigen Dorfmassen des Landwirtbundes, im Kampfe gegen die Dorfbourgeoisie und die Landwirtregierung ihren Bund mit der Dorfbourgeoisie brechen, ihre im Landwirtbunde bleibenden Führer zwingen, mit den werktätigen Massen der Kommunistischen Partei aus Stadt und Dorf zusammenzugehen oder sie aus dem Bunde ausschließen und in ihm eine Spaltung hervorrufen – dann kann auch die Frage für die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung praktisch aufgestellt werden.

Ferner wird die Frage gestellt, die wir vollkommen klar beantworten müssen: Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung, für die die Kommunistische Partei kämpft – eine auf den Grundlagen der bürgerlichen Demokratie fußende parlamentarische Regierung oder eine Räteregierung? Die Resolution des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale sieht mehrere Möglichkeiten vor: erstens, eine liberale „Arbeiter“regierung, wie eine solche in Australien besteht und in England gebildet werden kann: zweitens, eine sozialdemokratische „Arbeiter“regierung, wie eine solche in Deutschland besteht; drittens, eine Arbeiter- und Bauernregierung, wie die Möglichkeit einer solchen auf den Balkan, in der Tschechoslovakei u. a. besteht; viertens, eine Arbeiterregierung unter Teilnahme von Kom-[351]munisten; fünftens, eine wirkliche Arbeiterregierung, die in ihrer reinen Form nur durch die Kommunistische Partei verwirklicht werden kann.

Die beiden ersten Möglichkeiten sind in unserem Lande, infolge des einfachen Grundes, daß in unserem Lande weder die Tradeunions und die Arbeiterpartei Australiens und Englands, weder die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften Deutschlands bestehen, gänzlich ausgeschlossen, diese „Arbeiter“regierungen sind Werkzeuge in den Händen der Bourgeoisie und die Kommunistische Partei kann ihnen gar keine Unterstützung erweisen, viel weniger noch an denselben teilnehmen. Die fünfte Möglichkeit ist die einer Räteregierung, die die Diktatur des Proletariats darstellt. „Die zwei anderen Typen Arbeiterregierungen (drei und vier), an welchen die Kommunisten teilnehmen können, bedeuten noch nicht die Diktatur des Proletariats, sie sind sogar nicht eine historisch notwendige Uebergangsform zur Diktatur, doch können dieselben, dort wo sie verwirklicht werden, als Ausgangspunkt zur Eroberung dieser Diktatur dienen“ – heißt es in der Resolution der Kommunistischen Internationale.

Die Arbeiter- und Bauernregierung, für die die Kommunistische Partei die Losung erhebt, ist noch keine Regierung der Arbeiter- und Bauernräte, ist keine Räteregierung. Jede Räteregierung in Bulgarien und auf dem Balkan wird unumgänglich eine Arbeiter- und Bauernregierung, doch nicht jede Arbeiter- und Bauernregierung in diesen Ländern wird eine Räteregierung sein. Wir erörtern hier eben die Möglichkeit, daß der Kampf der Arbeitermassen der Stadt und der kleinbesitzenden Dorfmassen um die Macht bis zur Bildung einer auf den Grundlagen der bürgerlichen Demokratie beruhenden Arbeiter- und Bauernregierung gereicht. Weiterhin werden wir sehen, unter was für Bedingungen die Kommunistische Partei eine solche Arbeiter- und Bauernregierung unterstützen und eventuell an ihr teilnehmen kann. Doch hier müssen wir gleich unterstreichen, daß diese Möglichkeit nicht die einzige ist, und daß in Bulgarien die auf den Grundlagen der bürgerlichen Demokratie ruhende Arbeiter- und Bauernregierung nicht eine historisch notwendige Etappe zur Macht der Arbeiter- und Bauernräte ist, – wie auch in den industriellen Ländern die Arbeiterregierung keine unabwendbare Etappe zur Macht der Arbeiterräte, zur proletarischen Diktatur, ist.

In einer großen scharfen und revolutionären Krise, wie wir eine solche oben erwähnten, kann es möglich sein, daß der Prozeß der Zersetzung im Landwirtbunde beschleunigt und verkürzt wird, daß keine Zeit und keine Bedingungen weder für die Formierung einer Linken, noch für die Bildung einer neuen radikalen Bauernpartei vorhanden sein werden und die klein- und besitzlosen Bauern des Landwirtbundes und der bürgerlichen Parteien massenhaft zur Kommunistischen Partei übergehen. Dann kann das revolutionäre Proletariat und die ihm folgenden werktätigen Bauernmassen die politische Macht erobern und die Arbeiter- und Bauernregierung unmittelbar herstellen. Solch eine Krise kann zum Beispiel ausbrechen, wenn die Bourgeoisie das bulgarische Volk in einen neuen Krieg, besonders in einen Krieg gegen Rußland hineinziehen will: eine solche Krise kann auch infolge eines von der bürgerlichen Koalition der alten Parteien unternommenen Staatsstreiches, durch den sie den Bürgerkrieg im Lande entfachen kann, ausbrechen. Wenn in einer solchen Krise die Dorfbourgeoisie überläuft, so werden die werktätigen Bauern massenhaft [352] den Bund verlassen und in das Lager der unter dem Banner der Kommunistischen Partei kämpfenden Arbeiter und Bauern übergehen.

Doch der gänzliche Bankrott der bürgerlichen Parteien und die schnelle Zersetzung im Landwirtbunde machen es notwendig, heute schon, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung aufzustellen. (Schluß folgt.)

Bücherschau.

A. M a r t y n o w: **„Vom Menschewismus zum Kommunismus“**. Verlag der Komm. Intern.

Es ist die beliebte Methode der sozialdemokratischen Presse, alle Schilderungen, die Sowjetrußland und den Kommunismus verteidigen, als „tendenziös“ hinzustellen. Demgegenüber wird jede Sudelei jedes hergelaufenen Sozialrevolutionärs und Menschewisten als „wahrheitsgemäße Schilderung“ angepriesen.

Bei diesem Buch wird kein Sozialdemokrat es wagen, die üblichen Einwände zu machen. Martynow ist einer der ältesten russischen Menschewiki, der mit der menschewistischen Partei von ihren Anfängen an auf das engste verbunden war. Er war langjähriges Mitglied der Redaktionen der menschewistischen Zentralorgane. Er hat neben Plechanow und Martow zur Ausbildung der theoretischen Rüstung des Menschewismus beigetragen. Wenn er jetzt, nach einer jahrzehntelangen Parteivergangenheit. mit dieser Vergangenheit bricht, wenn er seine alte Auffassung aufgibt und in das Lager des Kommunismus übergeht, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Erfahrungen der russischen Revolution gezeigt haben, daß die menschewistische Politik mit dem theoretischen Gewissen, mit dem proletarischen Klassengefühl unvereinbar ist.

Wenn jemand dem Bolschewismus kritisch gegenübergestanden hat, so war es Martynow. Bald nach der Spaltung von 1903 erschien seine Broschüre „Zwei Diktaturen“, die die ganze menschewistische Kritik schon im Keime enthält. Die Leninschen Aufsätze von 1905, die die Auffassung verteidigten, daß das russische Proletariat sich die Früchte der Revolution nur sichern kann, wenn es die Staatsmacht in die Hand nimmt, wenn die Diktatur der Arbeiter und Bauern, wie die damalige Formulierung lautete, errichtet wird, waren hervorgerufen durch die Angriffe Martynows.

Martynow hat die Revolution in einem Winkel der Ukraine an sich vorbeiziehen sehen. Die Ukraine war das Schlachtfeld aller Mächte der Revolution und Konterrevolution.

Martynow sah den Eroberungsfeldzug der Polen, den Banditismus des Petljura, er sah, Pogrome, Raub und Mord. Nur eine Macht stillte die Qualen des Volkes: die Sowjetmacht. Nur das Schwert der Roten Armee sicherte die Errungenschaften der Revolution.

Inmitten dieser Kämpfe revidierte Martynow seine alte Auffassung. Stück für Stück gab er die Lehre des Menschewismus preis. Endgültig stellte er sich auf die Seite des Kommunismus, als Lenin erklärte, der Rückzug infolge der neuen Wirtschaftspolitik sei beendet. Es ehrt Martynow, daß er gerade die revolutionäre Bedeutung der neuen Wirtschaftspolitik erkannt hat, als des Weges zum

allmählichen sozialistischen Ausbau. Das, was er über die neue Wirtschaftspolitik schreibt, ist die beste Widerlegung des menschewistischen Geredes von der „Wiedereinführung des Kapitalismus“.

Die Broschüre Martynows gehört auf den Tisch jedes sozialdemokratischen Arbeiters. Die Erfahrungen eines der ältesten russischen Sozialdemokraten sollen ihm eine Lehre sein!

[353 (321)][1]

[1] Ab hier ändert sich die Paginierung. Statt 353 steht die Seitenzahl 321. Daher wird im Folgenden paginiert: [553 (321)] Die erste Seitenzahl ist die fortlaufende, die zweite die im Heft stehende.

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 13. Juni 1923 ∗ Heft 12

Zum zweiten und letzten Mal ...!

Vor der Liquidation des Ruhrkrieges.

◿ **Berlin**, den 12. Juni.

Hegel macht einmal die Bemerkung, alle wichtigen Geschichtsereignisse geschehen zweimal; erst die Wiederholung mache das Ereignis endgültig, unwiderruflich. Der Zusammenbruch des Widerstandes der deutschen Bourgeoisie an der Ruhr ist eine solche Wiederholung: die Wiederholung der Niederlage von 1918. Diese wird dadurch endgültig. Und sie bekommt den klaren Charakter der Niederlage der bürgerlichen Klassen Deutschlands. Der Schein zerstiebt jetzt, als ob 1914/18 „nur“ das wilhelminische Regime, die junkerlich-halbfeudale, d. h. rückständige Staats- und Militärorganisation des deutschen Imperialismus, geschlagen worden sei. Jetzt kämpfte die deutsche Bourgeoisie ohne die halbmittelalterliche Rüstung, mit Fritz Ebert statt Wilhelm von Hohenzollern, mit einer ganz modernen bürgerlichen Republik statt mit einer halbabsolutistischen Monarchie, mit einer so direkten und unbeschränkten Herrschaft der Kapitalmagnaten, wie sie sonst in keinem großen Land existiert. Wenn sie jetzt zum zweiten Mal geschlagen wird, womöglich noch schmählicher als das erste Mal, so kann sie die Schuld unmöglich auf „andere“ abwälzen. Sie hat im November 1918 die Monarchie ausgezogen, wie man eine alte Jacke auszieht. Es hat ihr nichts genutzt.

Es ist ihr Pech, immer einen Posttag zu spät zu kommen, ein Fehler, der sich von ihrer Geburt ableitet. 1848 war zu spät für eine gründliche bürgerliche, zu früh für eine proletarische Revolution. Die letzte Wurzel der Niederlage des deutschen Imperialismus 1914/18 liegt in der Niederlage der bürgerlichen Revolution von 1848, in der Führung des deutschen Imperialismus durch eine historisch rückständige Klasse, das Junkertum, die verjunkerte Bürokratie, das verjunkerte Heer, die verjunkerte Intelligenz, die verjunkerte Großbourgeoisie.

Das Ergebnis des militärischen Zusammenbruchs 1914/18 war wieder eine Halbheit, eine halbbürgerliche, halb-proletarische Revolution. Wenn eine v o r h e r g e g a n g e n e gründliche bürgerliche Revolution den imperialistischen Krieg gewinnen konnte, so konnte die Niederlage nur wettgemacht werden durch einen geschichtlichen Vorsprung, durch die ganze proletarische Revolution. Der November 1918, [354 (322)] das hinterherhinkende Nachwort der bürgerlichen und das mitten im Satz abgebrochene Vorwort der proletarischen Revolution, war also abermals eine katastrophale Verspätung.

Mit naturgesetzlicher Regelmäßigkeit quittiert die deutsche Geschichte ihre innere Rückständigkeit und Unzulänglichkeit mit äußeren Prügeln, mit nationalen Zusammenbrüchen. Die letzten derartigen Zusammenbrüche sind Jena, wo das feudal-kleinbürgerliche Deutschland mit der jugendfrischen bürgerlichen Revolution Frankreichs zusammenstieß und zuvor der Dreißigjährige Krieg, wo Deutschland an dem Mangel staatlicher und wirtschaftlicher Zentralisation erlag. Während Frankreich die zentralisierte absolute Monarchie geschaffen hatte, hatte es Deutschland nur zum Territorialfürstentum gebracht.

Das deutsche Proletariat hat eine mehrhundertjährige miserable nationale Geschichte zu überwinden, um Bannerträger der nächsten Etappe der Weltrevolution zu werden. Es muß sich das Zuspätkommen abgewöhnen. Zwar kann es als aussteigende Klasse nicht überhaupt zu spät kommen, wie die deutsche Bourgeoisie, der die zweite Niederlage gegen den französischen Imperialismus das endgültige geschichtliche Todesurteil spricht, aber es zahlt jede Versäumnis mit einem Meer von Leiden und materiellen Schäden. Und nicht nur am eigenen Leibe. Der erneute Vorstoß des englischen Imperialismus gegen Sowjetrußland ist auch eine Quittung für die verlorene Schlacht an der Ruhr.

*

Daß die Schlacht an der Ruhr verloren ist, ist nicht mehr zweifelhaft und ebensowenig, daß sie durch die Schuld der Bourgeoisie verloren ist.

Die Bourgeoisie hatte noch in letzter Stunde versucht, sich ein Alibi für die Niederlage und gleichzeitig die inneren Vorbedingungen für die Kapitulation zu schaffen. Dazu sollte die Provokation eines „Kommunistenputsches" an der Ruhr dienen. Ein blutiges Arbeitermassaker an der Ruhr sollte die Einleitung für einen vernichtenden Schlag gegen die Kommunistische Partei sein, sollte erlauben, die Schuld der Kapitulation auf die Kommunisten abzuwälzen und für ihre Durchführung durch Niederschlagung der revolutionären Vorhut den Weg bereiten. Die Provokation wurde eingeleitet durch die schamlose Aushungerung der Ruhrarbeiter und durch direkte offene Provokation von Faschistenbanden. Dieser äußerst gefährliche Schlag ist mißglückt durch die überlegene Einsicht und die eiserne Energie der Kommunistischen Partei. Die Partei hat damit bewiesen, daß sie aus den Erfahrungen des März 1921 tatsächlich gelernt hat. Sie hat sich strategisch der Bourgeoisie als gewachsen erwiesen. Sie hat, entgegen der gesamten Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die Massen vor einer zerschmetternden Niederlage bewahrt. Sie hat die Führung einer elementar ausbrechenden Bewegung in ihre Hand zu nehmen und die Absicht des Gegners zu vereiteln verstanden. Darin, und nicht in den bereits durch die weiter steigende Teuerungswelle überholten Lohnerrungenschaften, besteht der achtunggebietende Erfolg der Partei.

[355 (323)] Dieser Erfolg hat sich weiter ausgewirkt in den anschließenden Lohnkämpfen im übrigen Reich. Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien sahen sich genötigt, vor der elementaren Reaktion der Massen gegen die neue Teuerungswelle zeitweilig zurückzuweichen. Sie konnte nicht wagen, auf den Streik der Bergleute in Oberschlesien mit einer Kommunistenhetze zu antworten.

*

Und weiter. Die Bourgeoisie mußte die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus auf die eigene Kappe nehmen. Das „Memorandum" der Cuno-Regierung i s t die Kapitulation. Das Memorandum drückt sich um die Aufgabe des passiven Widerstandes und um die Frage der Räumung des Ruhrgebiets durch Stillschweigen. Aber Poincaré und mit ihm England bestehen auf o f f e n e r Kapitulation, auf der f o r m e l l e n Aufgabe des passiven Widerstandes.

Es scheint, daß die Cuno-Regierung am Ende noch versuchen will, der „Bevölkerung" des Ruhrgebiets, d. h. der Arbeiterschaft die Aufgabe des Widerstandes ins Gewissen zu schieben. Dieser Fälschertrick muß vereitelt werden. Die Arbeiterklasse wird der Bourgeoisie klar sagen müssen: die erste Bedingung des passiven Widerstandes ist Brot, d. h. die Lohnzahlung an die Arbeitenden wie an die Erwerbslosen. Die Entscheidung liegt also durchaus bei der Bourgeoisie. Eine f r e i e E n t s c h e i d u n g der Arbeiterschaft ist nur möglich, wenn ihr ihr die Mittel der Kriegführung übergebt ... Sie werden sich natürlich hüten!

Ehe die Cuno-Regierung vor Poincaré kapitulierte, hat sie vor der Schwerindustrie kapituliert. Das bekannte „Gutachten" der Industriellen enthält noch nicht a l l e Wünsche der Schwerindustrie, aber es ist eine Vorstufe, die automatisch zum vollen Stinnes-Programm führt, wenn die Arbeiterklasse nicht rechtzeitig den Kampf dagegen aufzunehmen versteht. So bleiben z. B. die Staatsbahnen in dem Memorandum formell noch Eigentum des Reiches. Aber die Forderung eines zu erzielenden Jahresüberschusses von 500 Millionen Goldmark wird der Schwerindustrie die Handhabe geben, im Namen der Steigerung der Rentabilität die Reichsbahnen sich anzueignen.

Im demokratischen Phrasennebel stellt sich der Angriff der Schwerindustrie auf die Arbeiterklasse als Kampf der Industriekönige gegen „den Staat" dar, als eine Rückkehr zum „Manchestertum" (Abbau der Zwangswirtschaft usw.). Das ist blühender Unsinn. Die Herrscher der großen Konzerne wollen sich eben den Staatsapparat gefügig machen, indem sie die Staatskasse aushungern.

*

Die Sozialdemokratie, die unter dem steigenden Massendruck Miene zu machen schien, seiner Majestät loyale Opposition zu spielen, hat das Spiel bereits aufgegeben, Ihre Weigerung, den Mißtrauensantrag der Kommunistischen Fraktion im Reichstag zu unterstützen, hat diese Komödie rasch enthüllt. Wie könnte auch eine Partei ernsthaft kämpfen, die bereits so weit ist, einfachen Lohnkämpfen der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen?

*

[356 (324)] Um was es sich jetzt handelt, das hat der zum Leibjournalist von Stinnes avancierte preußische Kriegssozialist Lensch mit erfreulicher Klarheit formuliert: Entweder ganzer Kapitalismus, mit allen Konsequenzen, oder Sozialismus. Kein ernsthafter Ankampf ist in der Tat gegen den schwerindustriellen Raubzug möglich, der nicht in der Richtung des Sozialismus geht. Die „Sachwerterfassung“, als ernste proletarische Kampflosung, verbunden mit Arbeiterkontrolle, ist in der Tat entweder ein erster Schritt zum Sozialismus – den natürlich nur eine proletarische Regierung durchführen kann – oder sie ist ein glatter demagogischer Schwindel.

*

Die Gefahr der Provokation ist noch nicht vorüber. Im Augenblick ist Sachsen die Hauptangriffsfläche. Es zeigt sich hier bereits der offene Widerspruch zwischen den demokratischen Einrichtungen und den Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes. Die bürgerliche Polizei als Machtinstrument einer Regierung, die proletarische Interessen vertreten will, erweist sich als unmöglich. Die Schwierigkeit der Lage in Sachsen besteht darin, daß, um im Landesmaßstab einen Schritt vorwärts zu tun, das Reich nachrücken muß, und daß andererseits das Kurztreten in gespannter Situation seine ganz bestimmten Grenzen hat. Diese Schwierigkeit fordert von uns praktisch, alles aufzubieten, um die Reichsarbeiterregierung zu einer Massenlosung zu machen.

Die Zersplitterung der proletarischen Aktion in lokale und provinzielle Aktionen ist auch mit ein Erbstück des deutschen Geschichtsjammers, den unsere Aktion zu überwinden trachten muß. Diese lokale Zersplitterung ist der Novemberrevolution 1918/19 verhängnisvoll geworden. Sie darf unter keinen Umständen der aufsteigenden zweiten revolutionären Welle gefährlich werden.

*

Die Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerfall Europas.

Von A. L a p i n s k i.
(Fortsetzung.)

4. Der Wiederaufbau des Kapitalismus in geographische Etappen,

Führen uns die Niederlagen des Pazifismus in dieser Periode, in der die Phasen der geschichtlichen Entwicklung mit einer fast kinematographischen Schnelligkeit aufeinanderfolgen, in eine neue P e r i o d e hinein (dies wäre schon die d r i t t e N a c h k r i e g s p e r i o d e)? Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück, auf dem die Welt am Tage nach dem Kriegsende stand? Oder sind vielleicht die neuen Siege der zentrifugalen, der Zerfallstendenzen vielmehr nur die letzten großen Nachkriegskämpfe, die wiederum die Kohäsions- und die Erneuerungskräfte des Kapitalismus zur Geltung bringen werden?

In dem gegenwärtigen Moment ist es noch schwer, diese Frage bestimmt zu beantworten. Wir wollen daher zunächst nur die wich-[357 (325)]tigsten Daten und Elemente des Problems erwählen, wobei wir, wie früher, hauptsächlich die weltpolitische Seite der Erscheinungen im Auge behalten.[*)]

Schon die Regierungswechsel allein, die sich im verflossenen Jahre fast in allen Ländern des bürgerlichen Europa vollzogen haben, lassen auf tiefere Umwandlungen schließen. Der Weltkrieg, der riesige Volksmassen in Bewegung setzte, und die damit verbundene unvermeidliche Demagogie

[*)] Die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren würden eine besondere Behandlung erfordern. Was die ersten betrifft, so verweisen wir den Leser auf die sehr interessante wirtschaftliche Uebersicht des Genossen Varga in der „Internationalen Pressekorrespondenz“. (Sondernummer vom 24. April dieses Jahres.)

rückte die kleinbürgerlichen Mittelschichten in den Vordergrund und brachte sie in zahlreichen Ländern direkt ans Ruder. In der ersten Nachkriegsperiode läßt die durch die Revolution überrumpelte, großkapitalistische Bourgeoisie diese Elemente walten und sich austoben (das ist unter anderem auch in den neuen, aus dem Krieg erstandenen, vorwiegend kleinbürgerlichen Staatsgebilden der Fall). In der darauffolgenden Periode läßt die diesmal durch die Wirtschaftskrise überraschte großkapitalistische Bourgeoisie der demagogischen kleinbürgerlichen Kurpfuscherei des „europäischen Wiederaufbaus“ noch einen gewissen Spielraum. In der dritten Periode dagegen bringen sowohl die Niederlagen und die allgemeine Blamage des Pazifismus, wie seine konkreten Einzeleroberungen und das Abebben der revolutionären Welle es mit sich, daß die kapitalistische Bourgeoisie eine gewisse Ellenbogenfreiheit wiederfindet, die Mittelelemente zur Seite schiebt und das Steuer selbst übernimmt. Und diese Tatsache kommt in der gesamten Richtung der Außenpolitik der ausschlaggebenden Länder sofort zum Ausdruck.

Frankreich und Italien bieten nur scheinbar Ausnahmen von dieser Regel. In diesen mehr kleinbürgerlichen Ländern mußte der allgemeine Prozeß andere Formen und einen etwas anderen Verlauf nehmen. Das verflossene Jahr brachte in Frankreich wie in Italien eine Auflehnung des Kleinbürgertums, das über die Fruchtlosigkeit der militärischen Pyrrhussiege enttäuscht, sich um jeden Preis bemüht, den politischen und sozialen Status quo der Kriegszeit aufrechtzuerhalten und sich der drohenden Deklassierung zu entziehen. Nur nimmt dieser Prozeß in Frankreich weniger auffallende und theatralische Formen als in Italien an und er konzentriert sich dort mehr auf ein bestimmtes außenpolitisches Problem.

Der soziale Inhalt der politischen Ereignisse ist aber in beiden Ländern wesentlich derselbe: die ungeheure Masse des Klein- und Mittelbürgertums – die Bauernschaft nicht ausgenommen – die Klasse der Mittel- und Kleinbesitzer, jener breite „dritte Stand“ des modernen Frankreichs, der in diesem Lande mehr als irgendwo die ganze „Nation“ vertritt, – ringt heute krampfhaft und verzweifelt mit der fürchterlichen Gefahr der Deklassierung. Er wehrt sich gegen die Herabdrückung auf dieselbe Stufe, auf die jetzt ganze Teile des deutschen Mittelstandes herabgesunken sind, ringt gegen den geschichtlichen Prozeß, der zwar die besiegten Länder mit besonderer Wucht traf, der aber durch die Kriegsfolgen auch in allen anderen Ländern ungemein verstärkt wurde.

Was aber in anderen, industriell höher entwickelten Ländern nur bestimmte, sich in reißendem Tempo proletarisierende Schichten trifft, [358 (326)] erscheint im kleinbürgerlichen Frankreich, als ein Todesurteil für die ganze „Nation“ und müßte zweifellos tiefere und allgemeinere Erschütterungen nach sich ziehen. Die kleinbürgerliche Masse verteidigt hier die geschichtliche Struktur des französischen Volkes, die durch den finanziellen Bankrott Deutschlands bedroht wird, die Struktur mit der die Existenz dieses Kleinbürgertums, sein tatsächlicher oder nur scheinbarer Wohlstand am engsten zusammenhängt. „Die Rente haben, oder sie nicht haben“ – das ist die Frage – um es mit Shakespeare (in Balzacscher Umdichtung) zu sagen. Das sind drei Viertel der Reparationsfrage. Und deshalb eben mußte der allzu biegsame und schmiegsame Briand in einem gewissen Zeitpunkt dem hartgesottenen Poincaré den Platz räumen.

Wie dem auch sei, führt die Panik des Kleinbürgertums und seine momentane politische Vorherrschaft in Frankreich nach außen zu denselben Folgen, wie das Ergreifen des Regierungsruders durch die großkapitalistische Bourgeoisie in industriell höherentwickelten Ländern. Sie führt nämlich zum erneuerten Anwachsen der zentrifugal-nationalistischen Tendenzen, des aggressiven Nationalismus, zuweilen verbunden mit einem Rückfall in die militärische Gewaltpolitik.

In Großbritannien gelangt der konservative alt-imperialistische Unionismus unter der Parole der „Ruhe“ („tranquillity“) ans Ruder. Auf dem Gebiete der Außenpolitik bedeutet diese scheinbar manchesterianische Parole die Mißbilligung der nervösen Bemühungen der Lloyd-George-Koalition am Krankenbett Europas, den feierlichen Verzicht auf die Hoffnung auf einen

baldigen Wiederaufbau des europäischen Kapitalismus, des europäischen Absatzmarktes, der europäischen Produktion. In bezug speziell auf Frankreich bedeutet diese Parole die schweigende Anerkennung der französischen Hegemonie auf dem Kontinent, im Verein mit einer unklaren und problematischen Hoffnung, daß der französische Imperialismus sich bei seinen abenteuerlichen Unternehmungen vielleicht doch den Hals brechen wird.

Einige Jahre nach dem amerikanischen Kapitalismus, verkündet nun auch der britische Kapitalismus seinen Auszug aus Europa. Beide rechnen darauf, daß das reuige Europa sich auf Knien zum angelsächsischen Kanossa schleppen wird, hegen aber keine Illusionen über die Schnelligkeit dieses Prozesses.

Positiven Ausdruck finden diese Tendenzen in England im Programm der Orientierung auf das Imperium. Dieses Programm umfaßt die intensivste Ausbeutung der Naturschätze und der Absatzmärkte der riesigen Dominions und Kolonien, den weiteren Ausbau aller Arten von Verkehrsmitteln zwischen ihnen und der Metropole, die Festsetzung bestimmter Formen gegenseitiger Begünstigungen (die epigonenhafte, philiströse, kastrierte Neuausgabe des weltstürzerischen Programms Joe Chamberlains), schließlich die Erleichterungen für Auswanderung (der englische Kapitalismus verliert immer mehr die Hoffnung, alle freien Hände im Lande selbst beschäftigen zu können).

Die erste Etappe auf diesem Wege soll die für den 1. Oktober nach London einberufene Wirtschaftskonferenz des britischen Weltreichs bilden. Nach dem Überwältigenden Siege im Weltkrieg ist Groß-[359 (327)]britannien darauf angewiesen, in seinen Kolonialbesitzungen einen Ersatz für Europa zu suchen. Ein guter Teil dieses Gedankens läßt sich zweifellos auf den gewöhnlichsten rein platonischen unionistischen „cant“ zurückführen, der die volle Programmlosigkeit und senile Sterilität des kümmerlichsten aller konservativen Kabinette in England zu verdecken hat: auch entbehrt er nicht der Elemente wirtschaftlicher Utopie. Diese Utopie reizt zur Kritik die berufensten wirtschaftlichen Faktoren, besonders die Großbanken. Tatsache bleibt aber, daß die Propaganda in dieser Richtung ständig wächst, und daß sie reale Nahrung aus dem neuen beispiellos protektionistischen Zolltarif der Vereinigten Staaten schöpft. Dabei spielt auch die Notwendigkeit den Vereinigten Staaten auf Grund des jüngsten Abkommens alljährlich einen ungeheuren Tribut von über dreißig Millionen Pfund zu entrichten. Weniger der Verlust des europäischen als die Furcht vor dem Verlust des amerikanischen Absatzmarktes und die durch den Krieg erzeugten Paradoxien der Handels- und der Zahlungsbilanz werden zu Quellen dieser neuen Ausgabe des Chamberlainismus, der diesmal opportunistisch auch für den Geschmack der Liberalen entsprechend vegetarianisch präpariert wird.

Wie dem auch sei, wir haben hier eine neue Wendung in der Richtung nach dem „isolierten Staat“ („im Rahmen des britischen Weltreichs) zugleich ein neues Symptom des Zerfalls des früheren kapitalistischen Wirtschaftsgebiets. Die Tatsache, daß in den während des Krieges reichgewordenen Kolonialländern neue „Standorte“ des industriellen Kapitalismus entstanden sind, trägt zunächst in den noch nach den Kriegserschütterungen nicht zusammengefügten kapitalistischen Weltorganismus zentrifugale Tendenzen hinein.

Viel ausdrücklicher kommt derselbe Prozeß in den Vereinigten Staaten zum Vorschein. Der große nordamerikanische kapitalistische Staat bringt es fertig, die beispiellose Wirtschaftskrise dadurch zu überwinden, daß er sich auf seinen inneren, nationalen Markt, unabhängig von der Weltkonjunktur und ohne Rücksicht auf die in Europa weiterdauernde Krise stützt. In den Vereinigten Staaten stellen wir alle Anzeichen der Hochjunktur fest: den schnellen Rückgang der Arbeitslosigkeit, das Wachstum der Preise und doch die Verringerung der Stocks, die allgemeine Erhöhung der Arbeiterlöhne, die Tendenz zur Ausglei-

chung der Preise der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte[*], und vor allem die auffallende Zunahme der Produktion. In den wichtigsten Industriezweigen beträgt diese Produktionszunahme im Jahre 1922 gegenüber dem Vorjahre etwa 40 Prozent! „Im letzten Vierteljahr von 1922 ist die Produktion größer, als in irgendeinem gleichen Zeitraum in den vorhergehenden Jahren“[**], also auch während der Jahre des ungeheuren Ausschwunges, die unmittelbar nach den Krieg folgten. Die ersten Monate des laufenden Jahres zeigen die Tendenz zur weiteren [360 (328)] Zunahme. Die Eisen- und Stahlproduktion im Januar d. J. übertrifft die vom Januar vorigen Jahres um das Zweifache. Usw.

Zahlreiche Daten lassen darauf schließen, daß diese riesige Produktion in einem bisher ungeahnten Maße für die Befriedigung der inländischen Bedürfnisse verwendet wird. Ein Beweis dafür ist die Tatsache des schnellen und bis vor kurzem vernachlässigten Wiederaufbaus des Produktions- und Verkehrsapparats des Landes, weiter die Zunahme des inländischen Baumwollkonsums sowie die Tatsache, daß wenn noch vor kurzem der Führer des Farmerblocks in einem diesen Block behandelnden Buche feststellen konnte, daß sich die Vereinigten Staaten allmählich aus einem fleischverbrauchenden Land in ein mehlverbrauchendes Land verwandeln, konstatieren jetzt die amtlichen Quellen, daß die Vereinigten Staaten im vorigen Jahre mehr Fleisch verbraucht haben, als in irgend einem vorherigen Jahre. Aber die auffallendste Tatsache besteht darin, daß gleichzeitig mit der imponierenden Produktionszunahme die bedeutende und systematische Abnahme der Ausfuhr hervortritt. Im Jahre 1919 beträgt der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr nicht mehr als 719 Millionen Dollars, also nur um 4 Prozent mehr als im letzten Friedensjahre, während dieser Ueberschuß im Jahre 1919 zirka 4 Milliarden betrug. Und am Ende des ersten Vierteljahres des laufenden Jahres gestaltete sich die Handelsbilanz Amerikas zum ersten Male seit vielen Jahren sogar passiv!

Nicht weniger lehrreich sind die Angaben über das Verhältnis der Ausfuhr zum inländischen Verbrauch. So betrug die Stahlausfuhr im Zeitraum vom Oktober bis zum Januar d. J. nur 4 Prozent der Produktion, während sie sich im ganzen vorhergehenden Jahre auf 8 Prozent und in der Vorkriegszeit normal auf 9-10 Prozent bezifferte.[*] Die amtliche Monatsschrift der staatlichen Bundesbank gelangt nach der Gegenüberstellung dieser zwei Reihen von Tatsachen zu folgender Schlußfolgerung: „Die sinkende Tendenz der Ausfuhr der Fertigwaren in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 bei steter Zunahme der Produktion weist darauf hin, daß die amerikanischen Industriellen in dem Absatz des Ueberschusses ihrer Produktion in keinem nennenswerten Grade von den äußeren Absatzmärkten abhingen.“ (Fed. Res. Bulletin, 23, S. 283).

Aehnlich lesen wir in dem letzten Bericht der New-Yorker Guaranty Trust Company vom April d. J.: „die eminente Entwicklung der industriellen Tätigkeit und des Wohlstandes in unserem Lande im Jahre 1922, trotz der sinkenden Tendenz der Ausfuhr im Ganzen, beweist die urwüchsige Kraft der lokalen Wirtschaftslage.“ Die Aufnahmefähigkeit für die Einfuhr, die sich trotz der prohibitiven Zollsätze des Fordneyschen Zolltarifes unerwartet hoch erwies, zeigt wiederum die außerordentliche Elastizität des nationalen Marktes der Vereinigten Staaten.

Wie lange diese auf rein nationaler Grundlage ruhende Konjunktur wird dauern können, darüber sind allerdings die Meinungen geteilt. Ein präventiver Rückgang der Industriewerte an der New-Yorker Börse machte sich schon bemerkbar. Vorläufig aber findet dieser auf dem inländischen Markte ruhende Konjunktur ihren politischen [361 (329)] Ausdruck in der Abschwächung des weltpolitischen Interesses, in der Verlangsamung des Tempos der Rückentwicklung von der Isolationspolitik zur Interventionspolitik.

---

[*] Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion der Vereinigten Staaten im Jahre 1921 beziffert sich nur auf die Hälfte dieser Produktion im Jahre 1918 (rund 12 Milliarden Dollars 1921 gegenüber, 23 Milliarden 1919. R. W. Capper, The agricultural bloc New York, S. 127). Seit diesem heftigen Rückgang stiegen die Preise der landwirtschaftlichen Produkte wiederum um zirka 40 Prozent, wobei sie noch bei weitem das Niveau der Preise der Industrieprodukte nicht erreicht haben.

[**] „Federal Reserve Bulletin“ für den Monat März.

[*] Manchester Guardian Commercial, 19.4.23.

Dieses Erstarken der Isolierungstendenzen in den ausschlaggebenden Zentren der Weltwirtschaft und Weltpolitik wirkt auch auf das Verhältnis zu Sowjetrußland ein: nach den gescheiterten Versuchen in Genua und in Haag gehen die kapitalistischen Mächte allmählich zur Politik des kühlen, zum Teil feindseligen Abwartens. Die Ursachen dieser Wendung liegt vor allem in der Tatsache der völligen oder auch nur teilweisen Ueberwindung der Wirtschaftskrise: damit fällt der stärkste Beweggrund weg, der seinerzeit besonders das Handelskapital veranlaßte, den Absatz in Rußland zu suchen.

Der zweite Umstand ist die Stärkung der Großmachtstellung der Hauptmächte des Siegerlagers (des angelsächsischen Staatenkartells): damit, wie auch mit der Liquidierung der schärfsten Phase des Konfliktes mit der Türkei, nehmen die Angstgefühle, die noch früher als wirtschaftliche Beweggründe die Mauer des Boykotts durchbrachen, mit der man Sowjetrußland umgeben hatte.

Der dritte Umstand ist die Langsamkeit des Wiederaufbaus der Großindustrie in Rußland selbst: das ausländische Kapital, das durch seine Kreditverweigerung die Hauptschuld daran trägt, zieht dies trotzdem als Begründung für seine Abstinenz heran und erklärt sein „Desinteressement". Indem es auf die planmäßige und organisierte Teilnahme am russischen Wiederaufbau verzichtet, überläßt es dieses Land seinen eigenen Kräften, oder allenfalls den „wenig zahlreichen Spekulanten und Konzessionsjägern"[*)], die keine gefährlichen Konkurrenten jener zukünftigen „indischen Kompagnie" werden können, von der das Kapital für das zukünftige, in ein „rein agrarisches Wirtschaftsgebiet" verwandeltes Rußland träumt.

Von der bewaffneten Intervention und die Blockade – durch die Wiederaufbauversuche – zur Isolierung und zur „tranquillity", zur geduldigen Spekulation auf den Verfall der russischen Industrie und die Zerstreuung des russischen Proletariats – das sind die Etappen der Politik des Weltkapitals gegenüber Rußland, einer übrigens primitiv experimentierenden, ewig schwankenden, feigen und unaussprechlich trivialen Politik.[**)] [362 (330)]

5. Die neue Periode: Der Kampf der in den vorhergehenden Perioden dominierenden Tendenzen um das Uebergewicht. Frankreich sucht das angelsächsische Monopol zu brechen.

Doch den grellsten Ausdruck des Bankrotts des Pazifismus bietet die bewaffnete Ruhrexpedition. Dieser Feldzug tritt die elementarsten Begriffe der bürgerlichen Legalität und Ordnung brutal mit den Füßen nieder, vernichtet restlos die konventionelle Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden, indem er den barbarischen und anarchischen, wirtschaftlich ruinierenden Zustand des Halbkrieges und Halbfriedens als chronischen Zustand des modernsten Kapitalismus etabliert. Der November 1922 bildet, wie die Debatten des französischen Abgeordnetenhauses es klar zeigen, den kritischen Punkt in den langjährigen Schwankungen Frankreichs und stellt den Moment dar, wo die

---

*) Der Ausdruck Hoovers.

**) Der vorliegende Artikel wurde geschrieben noch vor dem Curzonschen Ultimatum. Das Ultimatum beweist nur, wie leicht die Politik, die wir als Politik des feindseligen Abwartens gekennzeichnet haben, in eine Politik der brutalen und rücksichtslosen diplomatischen Offensive übergeht. Die letztere ist zugleich ein neuer Beweis für die Unsicherheit des gegenwärtigen europäischen Gleichgewichts und der völligen Diskoordinierung der Politik der europäischen Kabinette. Denn wenn die Londoner „City" vielleicht nichts weiter verfolgt als die Umänderung des russisch-englischen Handelsabkommens, das sich für die Londoner Kaufleute und Großbanken als nicht genügend vorteilhaft erwies, so versucht Curzon offenbar, die City viel weiter mitzureißen, als es ihr erwünscht ist, und vielleicht weiter, als sie denkt. Curzon hat hier vor allem die asiatischen Interessen des britischen Imperialismus im Auge und möchte mit Sowjetrußland in derselben Sprache der Drohungen und Erpressungen reden wie mit der Türkei.
[362 (330)] Aber hinter Curzon stecken noch weitergehende und schon rein abenteuerliche, einflußreiche Gruppen, die vom Foreign Office aus in ganz Europa ihre Intrigen spinnen. Vielleicht tritt hier Mr. Tyrrel die Erbschaft von Churchill an. Diese Gruppe wittert schon von weitem, daß die in nächster Zukunft erwartete Lösung der Reparationsfrage und der türkischen Frage dem kapitalistischen Europa die Hände freimachen wird für ein neues, großzügiges antirussisches Abenteuer, und in ihrer Ungeduld möchten sie gern sowohl Polen wie Sowjetrußland in einen Konflikt verwickeln. So herrscht in London bezüglich des russischen Problems dasselbe Chaos wie in Paris bezüglich des Reparationsproblems. So also sieht die versprochene „tranquillity? aus! Tschanak – Ruhrgebiet — Curzonsches Ultimatum bilden eine Kette, die das Relative der Friedens- und „Ruhe"möglichkeit im heutigen Nachkriegseuropa ins grelle Licht rücken.

ganze Entwicklung der Reparationsfrage Frankreich zur entscheidenden Wahl zwischen den verschiedenen Handlungsmethoden zwingt. Die Epoche der Wirtschaftskrise und der pazifistischen Versuche war die Epoche der angelsächsischen politischen Hegemonie – besonders in bezug auf das Reparationsproblem. Im Januar dieses Jahres versucht Frankreich, die Hegemonie an sich zu reißen oder wenigstens das drohende angelsächsische Monopol zu durchbrechen, es versucht, mit dem Bajonett die Verjährung zu zerreißen, die dem Versailler Vertrag immer mehr droht; Frankreichs Ziel ist, die geographische Großmachtbasis des Kapitalismus zu erweitern oder zu sprengen, ihr den exklusiv angelsächsischen Charakter zu nehmen.

Das durch den deutschen Finanzbankrott in seinem finanziellen und sozialen Aufbau bedrohte kleinbürgerliche Frankreich fühlt sich um so mehr zur Auflehnung gezwungen, da eine stille Teilnahme Deutschlands am Weltmonopol der großindustriellen Mächte ihm als möglich zu erscheinen beginnt.

Der ungemein treffliche wirtschaftliche und soziale Instinkt der deutschen Bourgeoisie weist ihr kurz nach der Niederlage den richtigen Stützpunkt für die Verwendung ihrer Klassenenergie: das allmähliche Sinken der Valuta schafft ihr die Möglichkeit, die Arbeitermassen zu verwirren, die am wenigsten produktiven Mittelschichten zu pauperisieren, den ihr verhaßten republikanischen Staat mit seinem „sozialistischen“ Anstrich zu ruinieren und andererseits ihre ganze übriggebliebene Schwungkraft und alle materiellen Hilfsmittel einer Grundaufgabe zuzuwenden. Diese Aufgabe besteht darin, die soziale Grundlage der Produktion und vor allem den wirtschaftlichen Produktionsapparat zu retten, zu erhalten, zu festigen. Das Großkapital drückt den Lebensstand der Millionen von Arbeitern auf das Niveau der chinesischen Kulis, es sucht aber trotzdem durch die Organisation [363 (331)] und den Ausbau der Produktion diese unentbehrliche produktive Klasse irgendwie über das Wasser zu halten, während es sich um das Schicksal der kleinbürgerlichen Schichten, die sich dank dem ihnen eigenen Klassenstumpfsinn freiwillig zur Rolle politischer Kulis hergeben, weniger kümmert.

Während das Kapital durch seinen finanziellen Boykott den Staat ruiniert und die Volksmassen pauperisiert, leitet es alle nach dem Versailler Raub übriggebliebenen nationalen Reichtümer in die hochzentralisierten mächtigen kapitalistischen Sammelbecken hinüber, erneuert es oder auch vergrößert den technischen Produktionsapparat, bildet um und vervollkommnet seinen ganzen organisatorischen Mechanismus, baut mit erstaunlicher Schnelligkeit die Handelsflotte wieder auf, belegt mittels der entwerteten Valuta auch das Ausland mit einem Tribut und richtet mit allen diesen Mitteln allmählich die Fundamente seiner politischen Macht auf, indem es eines Tages vor den Augen der ganzen Welt als ein in der Innen- und der Außenpolitik des Landes entscheidender Faktor erscheint.

Die imponierenden Umrisse der neuen großkapitalistischen Macht, die durch die rein mechanischen Fesseln des Versailler Vertrages, durch die Hülle des Massenelends gefahrdrohend hervorstechen, beginnen dem kleinbürgerlichen Rentier-Frankreich Angst einzuflößen. Diese Angst, zynisch ausgenützt durch die militärisch-imperialistischen Cliquen, kompliziert das ohnedies komplizierte Reparationsproblem durch das Problem der sogenannten „Sicherung“: der Sicherung der französischen Grenzen vor der Gefahr seitens des sich schnell aufrichtenden Deutschlands.

Die Vitalität des deutschen Kapitalismus, die in Frankreich Panik erzeugt, imponiert aber den Engländern und besonders den Amerikanern, für die Deutschland übrigens der beste Konsument auf dem europäischen Festland bleibt (der fast ein Zehntel der gesamten amerikanischen Ausfuhr abnimmt[*]) und verspricht sich in der nächsten Zukunft in ein ausgezeichnetes Objekt der finanziellen Kolonisation zu verwandeln.

[*] Im Jahre 1922 nimmt Deutschland in der Ausfuhr der Vereinigten Staaten den dritten Platz ein, gleich nach Kanada und vor Frankreich. Aber auch die amerikanische Einfuhr aus Deutschland weist ein systematisches Wachstum auf. Im Jahre 1922 nahm der Dollarwert dieser Einfuhr im Vergleich mit dem Vorjahr – nach den Angaben der New-Yorker Guaranty Trust Company – um 465 Prozent zu.

Der Wiederaufbau des Weltkapitalismus erfolgt auf monopolistischen Grundlagen, centrifugal, in geographischen Etappen. Wer – nach England und nach den Vereinigten Staaten – wird als nächster den festen Boden der relativ konsolidierten Wirtschaft unter den Füßen gewinnen: Deutschland mit seinem erneuerten Produktionsapparat, aber mit dem Damoklesschwert der Reparationen über dem Kopfe, oder Frankreich mit seiner Autarkie (wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit) und mit seinem Aufschwung, das zwar finanziell überlastet ist, aber dafür von einem siegreichen Militarismus geschützt wird?'

Frankreich hat nicht das Gefühl, daß der angelsächsische Kapitalismus in diesem Streit ein unparteiischer Richter sein könnte; es greift daher, nach einer langen Periode der Schwankungen, zur Politik der vollendeten Tatsachen. **Die abwechselnd vorherrschenden Tendenzen des Nachkriegskapitalismus, die friedlich-merkantilistische und die** [364 (332)] **zentrifugal-nationalistische, die großkapitalistische und die kleinbürgerlich-imperialistische Tendenz treten in einen offenen Gegensatz zueinander. Der Ausgang dieses Zweikampfes wird die Entwicklungsrichtung der nächsten Epoche entscheidend beeinflussen.**

In diesem großen Ringen stützt sich Frankreich auf zwei Faktoren. Der erste ist seine militärische Macht, der zweite seine außergewöhnliche wirtschaftliche Lebensfähigkeit, die in seiner ausgesprochenen Autarkie, in seiner kleinbürgerlichen, agrarischen Struktur wurzelt.

Der erste Faktor – der machtvolle französische Militarismus – kam weniger zum Vorschein, solange die Kompromißpolitik ihn im potenziellen Zustande erhielt. Die Londoner und die Washingtoner Regierung brachten im Laufe der letzten Jahre alle Mittel der pazifistischen Propaganda und des politischen Druckes in Bewegung, um diese Waffe in der französischen Hand abzustumpfen. Die Anstrengungen blieben erfolglos, und schließlich warf Frankreich sein Brennusschwert auf die Waagschale der Geschichte: erst jetzt trat grell zutage die **beängstigende, brutale Tatsache der militärischen Vormacht, der Hegemonie Frankreichs auf dem europäischen Kontinent**. Und Bonar Law sah sich gezwungen, in einer seiner Reden im Unterhause zu gestehen, daß unter den obwaltenden Umständen Frankreich nur **durch den Krieg** zur Räumung des Ruhrgebiets gezwungen werden könnte, wozu aber das englische Volk sich nicht fähig fühlt: „Wir sind kriegsmüde" – „we are tired of war".

Zum ersten Male seit zwei Jahrzehnten fiel in den englisch-französischen Beziehungen das Wort „Krieg", vorläufig nur, um das Zurückweichen des militärisch erschöpften englischen Imperialismus vor der Vorherrschaft des kontinentalen französischen Imperialismus um so beredter zu demonstrieren. Wenn die englische Politik noch unmittelbar vor dem Ruhrkonflikt nicht ganz frei von Elementen der Provokation gegenüber dem verbündeten Frankreich gewesen ist, so entwickelte sie sich nun rasch zu einer Politik des Verzichtes. Jedenfalls sah sich England, unter der unionistischen Regierung, in bezug auf die deutschen Reparationsfragen in die Defensive zurückgeworfen.

Den zweiten hochwichtigen Faktor stellt die günstige wirtschaftliche Lage Frankreichs dar. Die schnell wiederhergestellte landwirtschaftliche Produktion in diesem ausgesprochen agrarischen Lande erneuert die Grundlagen der wirtschaftlichen Selbständigkeit Frankreichs. Im ersten Kriegsjahre beträgt die landwirtschaftliche Produktion Frankreichs gegenüber der Produktion der Friedenszeit nahezu 50 Prozent.[*)] Im lausenden Jahre dagegen umfaßt die mit Weizen besäte Bodenfläche nur um etwa eine Million Acker weniger als vor dem Kriege, und die Kopfzahl des Rindviehs wird in diesem Jahre voraussichtlich die der Vorkriegszeit erreichen. Die Industrie des eroberten Elsaß-Lothringen füllt vorläufig die große Lücke auf, die die Verwüstung der nördlichen Departements im nationalen Reichtum geschlagen hat. Der im Lande angehäufte alte Reichtum macht es möglich, den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete und vor allem ihre landwirtschaftliche und industrielle Produktion mit ungeahnter Schnelligkeit vorwärtszutreiben. Der Wiederaufbau wurde ausschließlich mit den Mitteln des nationalen Kredits, und zwar so schnell und erfolgreich durchgeführt, daß die Repa-

[*)] Edm. Théry (Les Conséquences, économiques de la guerre pour la France, 1922. S. 13) berechnet diesen Rückgang genau auf 44 Prozent.

rationsfrage unter den gegenwärtigen Umständen [365 (333)] praktisch nur darauf hinausläuft, daß Deutschland die Prozente für die französischen Anleihen auftreiben muß, aus deren Ertrag die Wiederaufbaukosten gedeckt worden sind. Für Frankreich könnte es sogar verhängnisvoll werden, wenn es mit einem Male riesige Barbeträge bekommen sollte, denn diese Summen würden den Frankkurs zu heftig in die Höhe treiben und eine schwere Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens des Landes hervorrufen.

Auch leistete Frankreich während und nach dem Kriege sehr viel für die Wiederherstellung und Modernisierung seines industriellen Apparates, für die Ausbeutung seiner großartigen Wasserkräfte, für die Schaffung oder den Ausbau neuer Industriezweige, wie der elektrischen, der chemischen Industrie usw. Die Kalierzeugung in dem wiedergewonnenen Elsaß übertrifft bald die Vorkriegsziffern der deutschen Produktion in dieser Provinz, und zwar im Jahre 1920 schon nahezu um 100 Prozent, womit sie ein Fünftel der gesamten Weltkaliproduktion vor dem Kriege erreicht hat.[**)]

Verhältnismäßig am langsamsten baut Frankreich die machtvolle Metallproduktion Lothringens auf, und zwar infolge des Mangels an zureichenden Mengen von Kohle und Koks; jedoch auch auf diesem Gebiete erreicht es im zweiten und dritten Vierteljahr von 1922 – nach den Angaben in der am 2. Januar der Pariser Konferenz vorgelegten amtlichen französischen Denkschrift – zirka 50 bis 55 Prozent der normalen Erzeugung.

Schließlich organisiert Frankreich mit vermehrfachter Energie nach dem Kriege die Ausbeutung seiner Kolonialreichtümer und vervollkommnet gewaltig seinen Industrie- und Kriegsapparat. Besonders stark entwickelt sich im Laufe des letzten Jahrzehntes die heute machtvolle Gruppe der sogenannten „Banques d'affaires", die zum Unterschied von der Vorkriegsepoche sich fast ausschließlich der Finanzierung der Industrie widmet, und zwar sowohl in Frankreich und in seinen Kolonien wie in streng zentralisierten und planmäßiger Weise in einer Ländergruppe, die gleichzeitig auch politisch zum Objekt der französischen Expansion wird (die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien). Die Bilanzen dieser Banken gehen schon jetzt in Milliarden Franken (die Bilanz der „Banque de Paris et de Pays Bas" bezifferte sich im Jahre 1922 auf über 1,8 Milliarden, die Bilanz der „Union Parisienne", die auf das engste mit der Firma Schneider-Creuzot verbunden ist, erreichte schon 1920 nahezu eine Milliarde). Mittelbar aber „kontrollieren" diese Banken durch ihre immer engere Verbindung mit den alten Depositbanken noch viel größere Kapitalien und regulieren durch Vermittlung der mächtigen und vielseitigen „Tochtergesellschaften", wie die vor allem in der Tschechoslowakei tätige „Union Européenne Industrielle et Financiere" oder die „Banque Générale de Crédit Hongrois", das wirtschaftliche Leben ganzer Länder. Diese Länder ersetzen jetzt für das französische Exportkapital Rußland und Südamerika und die Expansion dieses Kapitals paßt sich gegenwärtig dem ganzen System der kontinentalen politischen Expansion Frankreichs genau an.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die wirtschaftliche Weltkrise, die im Jahre 1921 ausgebrochen war, Frankreich weniger empfindlich traf als irgendein anderes Ententeland. Am wichtigsten aber für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs ist die [366 (334)] Tatsache, daß **dieses Land das einzige unter den großen Ländern Europas ist, dessen Ausfuhr nicht nur die Vorkriegshöhe erreicht, sondern sie neuerdings sogar wesentlich überschritten hat**. (Während die Ausfuhr des mächtigsten Handelsstaates, Englands, selbst in den Höhemomenten der Nachkriegskonjunktur niemals das Niveau von etwa 70 Prozent der Vorkriegsnorm überschritten hat!)

Das alles geschieht trotz der empfindlichen Lücke in der Produktion des industriellen Nordfrankreichs. Die Fortschritte des Wiederaufbaus dieser Gebiete werden diesen Prozeß nur noch mehr zur Geltung bringen, so wie auch die Gesundung der lothringischen großen Metallindustrie, die gegenwärtig infolge der ungeregelten Brennstoffzufuhr (abgesehen von den Folgen der Ruhrbesetzung) in ihrer Produktivität sehr beeinträchtigt ist. Zusammenfassend: **Frankreich ist auf dem besten Wege**

[**)] C. Matignon, „Les Gizements de potasse d'Alsace" in der „Revue économique Internationale". Band IV, Nr. 2, S. 340.

dazu, um, ohne die wertvollen Vorteile der Autarkie einzubüßen, sich gleichzeitig in ein großes Exportland zu verwandeln.

Damit erklärt sich die ausgesprochene und dauernde Verminderung des vor dem Kriege ziemlich bedeutenden Abstandes zwischen der Ein- und der Ausfuhr des Landes, wodurch der Rückgang des Kapitalexports und somit auch der sogenannten unsichtbaren Einfuhr zum Teil kompensiert wird. Damit erklärt sich auch die ungeheure Widerstandskraft Frankreichs gegenüber den mit der Ruhrbesetzung verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Gelitten hat tatsächlich nur die Montanindustrie, und zwar vorwiegend die lothringische. Im übrigen überwindet die Produktion und der Export Frankreichs mit geradezu außerordentlicher Leichtigkeit die ersten Schwierigkeiten und die Einfuhr wie die Ausfuhr der ersten drei Besatzungsmonate (d. h. des ersten Vierteljahres von 1923) übertreffen die Ein- und Ausfuhr für denselben Zeitraum des letzten Friedensjahres (1913) um etwa eineinhalb Millionen Tonnen (zirka 5 Milliarden Francs). Gleichzeitig übertrifft die französische Ausfuhr für das erste Vierteljahr 1923 die Ausfuhr für das erste Vierteljahr von 1922 um etwa 33 Prozent (rund 6.208.000 Tonnen gegenüber 4.668.000).

Diese Ziffern zeigen klar, daß die mit der Okkupation verbundenen Schwierigkeiten das Wirtschaftsleben Frankreichs relativ schwach getroffen haben, und daß diejenigen, die glaubten, Frankreich werde infolge der Okkupation nicht viel weniger leiden als Deutschland, sich absolut geirrt haben. Ihre Berechnungen ähneln aufs Haar den berühmten Voraussagen der Anhänger des unbeschränkten U-Boot-Krieges, England werde in soundsoviel Monaten verhungern. Ja, die sogar am meisten betroffene Eisenproduktion hebt sich allmählich und steht im Monat April nur um etwa 25 Prozent unter dem Durchschnitt des Jahres 1922.[*)]

Diese Tatsachen erklären den zähen Optimismus, mit dem man in den eingeweihten Kreisen der ganzen Welt den wirtschaftlichen Zustand Frankreichs einschätzt.

Diese zwei parallelen Tatsachen – die militärische und die wirtschaftliche Macht Frankreichs – erzeugen das Selbstbewußtsein, das Frankreich trotz allem gegenwärtig an den Tag legt, und garantieren zugleich seine Ueberlegenheit im Ruhrunternehmen. Der Umfang und die weiteren Folgen dieses Erfolges lassen sich vorläufig noch nicht genau übersehen. Aber die Tatsache selbst, der französischen Ueberlegenheit, steht fest: Deutschland und vor allem seine leitenden Industriegruppen, deren Widerstand in erster Linie von Frankreich ge-[367 (335)]brochen werden mußte, befinden sich schon auf dem Wege zur gänzlichen Kapitulation. Andererseits sieht sich auch England durch die Macht der vollendeten Tatsachen aus den auf den letzten beiden Konferenzen eingenommenen Stellungen herausgedrängt.

Der Ausgang des Ruhrabenteuers wird von entscheidender Bedeutung der europäischen Politik sein. Wird der Sieg Frankreichs dem kapitalistischen Aufbau Europas neue Kräfte und neue Impulse verleihen, oder aber wird er sich als einer der letzten Pyrrhussiege des zentrifugalen, kleinbürgerlichen Imperialismus erweisen und in seinen Folgen nur ein neuer Schlag für den Weltkapitalismus bedeuten, der seinen Zerfall beschleunigt?

Die Entscheidung dieser Frage wird davon abhängen, in welcher konkreten Weise das Reparationsproblem liquidiert werden wird. (Schluß folgt.)

*

Die Inflationspolitik der deutschen Bourgeoisie.

Einige Bemerkungen zu den wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Markentwertung.

Von Eduard Praski.

Die Inflation in Deutschland hat zweifellos ihre finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Gründe. Die passive Zahlungsbilanz, die durch den Einfuhrüberschuß, die Kapitalflucht ins Ausland, die Abneigung gegen die Mark im Inland und die Sachlieferungen und Barzahlungen für die Reparationen verursacht ist; das fortdauernde Defizit des deutschen Reichshaushaltes und der Staatsbetriebe;

[*)] Der „Statist“ vom 26. Mai.

oder, wie es der Gen. Varga noch mehr verallgemeinert –. die passive Produktionsbilanz, d. h. die Tatsache, daß die „Neuproduktion von Werten in Deutschland kleiner ist als der innere Konsum plus die laufenden Verpflichtungen dem Auslande gegenüber“ – sind zweifellos die Hauptursachen, der Markentwertung.

Abgesehen aber von diesen objektiven Gründen, die ihre Wurzeln in der ökonomisch-politischen Situation Deutschlands der Nachkriegszeit haben, ist die Inflation als zielbewußte Politik der deutschen Bourgeoisie auszufassen – eine Politik, die den Machthabern Deutschlands – der Schwerindustrie, die mit den Großbanken eng verbunden ist – wie den Kapitalisten überhaupt ungeheure Vorteile verschafft hat und sie zu einer Begünstigung der Inflation, zu ihrer Beschleunigung bewogen hat und in der absehbaren Zukunft auch bewegen wird.

In den angelsächsischen Reichen lenken heute in erster Linie die Konzerne des Petroleumkapitals, in zweiter Linie die der Schwerindustrie unsichtbar das Staatsschiff. In Kontinentaleuropa vollzieht sich unter konvulsivischen Zuckungen der Zusammenschluß der Schwerindustrie und die Anbahnung der ausschließlichen Beherrschung des Staatsapparates durch sie. Und in diesem Prozeß der schwerindustriellen Konzentration und der Erweiterung ihrer politischen Macht in Deutschland hat die Frage der ständigen Markentwertung eine besondere Rolle gespielt.

Die Konzernerweiterungen und Industriekombinationen der letzten Wochen mögen als charakteristische Illustration dieser Vorgänge gelten. Der Aufkauf der Bismarck-Hütte und Kattowitz in polnisch Oberschlesien durch den Stinnes-Konzern, seine neue Niederlassungen in Holland, Ungarn usw. die Bildung eines neuen Stinnesschen Oeltrusts (die Verbindung mit der Api), die Erweiterung der A. E. G. durch den Aufkauf der oberschlesischen Eisenindustrie u. a. m. durch den Linke-Hoffmann-Konzern usw. – diese bedeuten-[368 (336)]den Konzentrationserscheinungen in einer Zeit, wo die Inflation ungeheuer zugenommen hat, und die Reichsbank von Januar bis Anfang April 2,1, bis jetzt über 3,5 Billionen Markkredite (mehrere hundert Millionen Goldmark) an die Industriellen verteilt hat, reden eine deutliche Sprache. Gewiß wird es niemand beweisen können, daß Stinnes usw. die erhaltenen Kredite zum Aufkauf von billigen Devisen während der Stützungsaktion verwendet und damit seine wirtschaftliche und politische Macht erweitert hat. Die Herren werden es niemand verraten. Tatsache ist, daß die Schwerindustrie, gewiß Stinnes voran, ungeheure Kredite erhalten haben, weiter, daß einige Schwerindustrielle, wieder Stinnes voran, Mitte April durch großen Aufkauf von Devisen die Stützungsaktion zum Scheitern gebracht haben, schließlich sind, zu dieser Zeit ungefähr, große Konzernerweiterungen vorgenommen worden. „Das zeitliche Zusammenfallen dieser Erscheinungen ist auffallend und besagt, daß ein g r o ß e r T e i l der erteilten Reichsbankkredite direkt oder indirekt für diese Industriekombinationen verwendet wurde.

Das Charakteristische dabei ist – der Aufkauf von Sachwerten durch Markkredite, die nachher nur zu einem Teil, weil schon in entwerteter Mark, zurückgezahlt werden. Hier trat die Reichsbank als Hauptkreditgeber auf. Der Unterschied zwischen der starken Konzentrationsbewegung im Jahre 1920 und der während der letzten Zeit ist vielleicht der, daß damals Stinnes seine Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union gebildet hat, Thyssen, Klöckner u. a. m. ihre Konzerne ausgebaut haben für das Geld, das sie für die den Franzosen in Lothringen, Saargebiet usw. abgetretenen Werke erhalten haben. Jetzt hat sich dieser Prozeß auf Kosten des Notendruckes, richtiger gesagt, auf Kosten der Verelendung der breiten Volksschichten vollzogen.

Und das, was durch die Kreditpolitik der Reichsbank während der Ruhrokkupation nur kraß ans Tageslicht hervorgekommen ist, geht in der deutschen Republik seit Jahr und Tag in größerem oder kleinerem Maßstabe vor sich. Der Aufkauf von Sachwerten mittels Markkrediten, die Expropriation der Kapitalschwächeren durch die Kapitalstarken ist zu einer so alltäglichen Erscheinung geworden, daß nur noch großzügige Kombinationen und Konzernzusammenschlüsse die Aufmerksamkeit des „großen Publikums“ auf sich lenken.

Gewiß ist die Inflation nicht die e i n z i g e Ursache dieses beschleunigten Konzentrationsprozesses. Sie hat aber sehr viel dazu beigetragen, und das s p e k u l a t i v e Moment in der Umgestaltung der deutschen Wirtschaft der Nachkriegszeit ist zu einem sehr bedeutenden Faktor geworden. Die Auf-

nahme eines Castiglioni, dieses italienisch-österreichischen Nachkriegsgewinnlers und typischen Spekulanten, in den Aufsichtsrat des Stinnesschen Deutsch-Luxemburg ist ein Symptom.

Wenn auch mit der fortschreitenden Inflation die Kreditmöglichkeiten mehr und mehr abnehmen – für die d i s k o n t f ä h i g s t e n Unterschriften, für einen Stinnes, Wolff usw. stehen noch die Kreditpforten, besonders der Reichsbank, weit offen. Es ist auch kein Wunder, daß die kleinere und mittlere Geschäftswelt, daß die demokratische Presse, die Wortführerin dieser Kreise, gegen die Kreditpolitik der Reichsbank Sturm läuft. Für diese Kreise wird durch die dauernde Markentwertung mit ihrem wellenartigen Verlauf und öfteren Rückschlägen, durch die wachsende Kreditnot der Kampf um die Behauptung des Platzes in der Produktion und Wirtschaft immer schwieriger. Sie werden allmählich von den kapitalkräftigen Konzernen aufgesaugt. Die Töne für Einschränkung der Inflation werden immer deutlicher in der demokratischen Presse, und ein Bernhard oder Pinner jammert über „die wirkliche Gefahr der wirtschaftlichen Trustkönige, deren Herrschaft heute weitreichender und absoluter ist, als es die Wilhelms des Zweiten jemals zu sein vermochte."

*

In der Tat. Mit dem Fallen der Mark sanken die republikanischen Regierungen in Deutschland allmählich zu einem unbedeutenden politischen Faktor im In- und Auslande. Sie sind vollständig zu einem Werkzeug in den Händen der schwerindustriellen Konzerne und der mit ihnen verbundenen Banken geworden.

[369 (337)] Die Spatzen pfeifen von allen Dächern über die Steuerhinterziehungen der besitzenden Klassen, über den einfachen Raub am Fiskus und die aufreizenden Liebesgaben an das Kapital, die die unaufhaltsame Tendenz der deutschen Währung nach unten mit sich bringt. Die Geldquellen der Regierung versiegen dadurch mehr und mehr, und die finanzielle Abhängigkeit der Regierung von den Stinnes, Thyssen, Klöckner, Wolff usw. wächst. Die Unterschrift der Regierung hat für das Ausland jeden Wert eingebüßt. Die Regierung ist als nennenswerter Faktor in der Reparationsfrage ausgeschieden. Das Komische dabei ist noch, daß die republikanischen Regierungen durch ihre Finanz- und Kreditpolitik diesen Herrschaften eben mithelfen, sich auf Kosten des Staates breitzumachen: ein ganz schlechter Witz des bürgerlich demokratischen Systems in Deutschland.

Das Angebot des Reichsverbandes der d. J., die Forderung der Privatisierung der Eisenbahnen usw. ist nur ein weiterer Schritt auf diesem Wege zur „Mammonarchie" in Deutschland. Und die Klagen der demokratischen Presse oder des ADGB in seiner letzten Denkschrift über den „Staat im Staate" können nur tragikomisch wirken. Das kleinbürgerlich-demokratische Märchen vom Staat, der „über den Klassen" steht, wurde durch die politische Entwicklung des republikanischen Deutschlands besonders scharf illustriert.

*

Die Beschleunigung des Konzentrationsprozesses und die Machtzunahme der Industrie und Trustkönige, die Schwächung der Position des Staates im In- und Auslande wird durch die Abnahme der ökonomischen und politischen Macht der Arbeiterklasse begleitet.

Der Durchschnittslohn eines deutschen Arbeiters vor dem Kriege betrug über fünf Goldmark bei 9½ bis 10stündiger Arbeitszeit. Jetzt schwankt er noch etwa um 1½ Goldmark herum. Nehmen wir noch einen speziellen Fall – den Bergarbeiter. Sein Durchschnittslohn betrug vor dem Kriege etwa 6,75 Goldmark oder 56 v. H. des Durchschnittspreises einer Tonne Kohle. Im Januar 1922 beträgt er 30 v. H. im Dezember 1922 nicht mehr als 13½ v. H. des Kohlenpreises, und jetzt noch weniger. Es ist übrigens für alle, besonders für die Arbeiterschaft, eine bekannte und leider sehr fühlbare Tatsache, daß die Markentwertung eine buchstäbliche Verelendung der arbeitenden Schichten nach sich gezogen hat.

Und mit dieser Verelendung wuchs die ökonomische und politische Ohnmacht des Proletariats. Die Arbeiterschaft, die durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften schon nicht mehr imstande ist, ihre nackten Existenzbedürfnisse zu bestreiten, lebt von der „Hand in den Mund", ohne irgendwelche

Ersparnisse für die Stunde der Not machen zu können. Sie ist deshalb schwer zu einem ökonomischen Streik zu bewegen. Die Gewerkschaftskassen sind nur noch mit entwertetem Papier gefüllt. Und schließlich werden die Eroberungen jedes noch so erfolgreichen Lohnkampfes oder Streiks immer zunichte gemacht, weil, die Kapitalisten wissen es, die Kämpfe hinauszuziehen bis eine neue Markentwertung eintritt und die errungenen Zugeständnisse vollständig annulliert.

Die Enttäuschungen durch die blutigen Revolutionskämpfe der Jahre 1918 und 1919, die wirtschaftliche Ohnmacht der Arbeiterklasse infolge der Markentwertung, die Furcht vor noch Schlimmerem und die Erstarkung der Kapitalisten durch die zunehmende Konzentration und Organisierung der Bourgeoisie bewirken, daß das Proletariat noch in den Händen der gewerkschaftlichen Bürokratie ist, die ihre Hauptaufgabe in der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Kapitalismus in Deutschland sieht, in der illusorischen Hoffnung, dadurch die Arbeiterklasse aus dem Elend herauszubringen. Die Erfahrungen der letzten Jahre, das immer tiefere Versinken des Proletariats im kapitalistischen Sumpfe bewirken es, daß die Erbitterung der organisierten Massen in wilden Streiks, und der Unorganisierten in Straßenkrawallen sich Luft macht. Die letzten Vorgänge im Ruhrgebiet, in Sachsen, Oberschlesien usw. sind ernste Symptome. Und die Arbeiterklasse steht vor der Aufgabe – entweder die gewerkschaftliche Bürokratie, die nicht aus ihrer Haut kann, beiseite zu schaffen oder sich neue Kampf-[370 (338)]organe in den Betriebsräten, Kontrollkommissionen usw. zu bilden. Wie man auch die Gärung in der Arbeiterschaft vorsichtig beurteilen mag – das Gefühl der Massen, daß es „so nicht weiter gehen kann“, wächst und kann Ueberraschungen bereiten.

*

Die Inflationsperiode, hat nicht nur zu einer Stärkung der Spitzen der Kienkalistischen Gesellschaft und Schwächung der Arbeiterklasse geführt. Sie hat neue Umgruppierungen in allen sozialen Schichten hervorgerufen und die Pauperisierung des Mittelstandes mit sich gebracht. Rentner, die kleinen Leute, die von Ersparnissen oder Hypothekkredite lebten, sind ohne Erbarmen durch die Geldentwertung expropriiert worden. Weite Beamtenkreise, die freien Berufe, die ganze deutsche Intelligenz sind in ihrer Lebensart weit unter das Vorkriegsniveau herabgedrückt worden. Der ohnmächtige Staat kann nichts unternehmen, um die ihm nach der Vernichtung seiner militärischen Organisation noch einzig gebliebene Stütze – die Beamtenschaft – vor der Pauperisierung zu retten. Die hauptsächlich spekulative Einstellung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft wieder hat dazu geführt, daß die wissenschaftliche und technische Intelligenz in ihrer Bedeutung für die Nachkriegskapitalisten und Börsenspekulanten weiter abgenommen hat. Und das, was der Stolz des kapitalistischen Deutschlands der Vorkriegszeit war – seine hohe wissenschaftliche und technische Kultur – geht jetzt allmählich zugrunde.

*

Addieren wir noch zu den hier gestreiften Vorgängen die Vorteile wirtschaftlicher und finanzieller Art, die die deutschen Kapitalisten aus der Markentwertung herausschlagen: die Exportprämie, die finanziellen Gewinne bei den Steuerhinterziehungen, die Abwälzung der Reparationslast auf die Notenpresse und die arbeitenden Schichten, schließlich die gewaltigen Börsen- und Spekulationsgewinne, und die Frage, ob die deutschen Kapitalisten ein großes Interesse an der fortwährenden Markentwertung haben, wird ganz eindeutig beantwortet werden können, wenn auch verschiedene Kapitalistenschichten verschieden an den Inflationsgewinnen beteiligt sind. Die Chemische, Textil- und andere Fertigindustrien haben bei weitem nicht dieselben Vorteile aus der Geldentwertung, wie sie die Schwerindustrie haben. Aber die Vorgänge während der letzten Stabilisierungsaktion, die Zehnsucht der kleinen und großen Kapitalisten nach dem Aufgeben der Stützungsaktion hat klar gezeigt, wie weit die ganze deutsche kapitalistische Wirtschaft inflationistisch eingestellt ist, daß sie nur noch in der Atmosphäre der Geldentwertung atmen kann.

Die Frage der Einstellung der Geldentwertung in Deutschland zu stellen und sie lösen wollen, heißt ein Problem aufrollen, das die Wurzeln des kapitalistischen Produktionssystems in Deutschland, wie die Fundamente des ganzen politisch-wirtschaftlichen Gebäudes, das sich Versailles nennt, tief anzugreisen und sie umzustürzen droht. Die deutsche Wirtschaft wird auf kapitalistischer Grandlage

– solange die Fesseln, die durch den Versailler Vertrag ihr auserlegt wurden, bestehen – nur gedeihen können, solange sie die Arbeiterklasse einer ungeheuren Ausbeutung unterwerfen kann. Diese Ausbeutung wird leicht durch die Geldentwertung in verschleierter Form durchgeführt. Die Arbeiterschaft wird es in anderen Umständen nicht dulden, ihren Lohn jede paar Wochen beschneiden zu lassen. Die deutschen Kapitalisten setzen es aber mittels der fortdauernden Markentwertung leicht durch. Sie beschleunigen den Konzentrationsprozeß, der unumgänglich ist, damit die deutsche Wirtschaft in der neu geschaffenen Situation irgendwie ihren Platz auf dem Weltmarkte noch behaupten kann. Sie entbinden sich der ungeheuren Steuerlasten, die sie auf sich nehmen müßten, um die Reparationspflichten zu erfüllen.

Die deutsche Arbeiterklasse, die Intelligenz, der ganze Mittelstand bis in die breitesten Schichten des Volkes hinein sind dadurch objektiv zu den größten Entbehrungen, zum buchstäblichen Hungern verurteilt. Sie müssen in den Kampf gegen die Markentwertung eintreten. Aber in diesem Kampf [371 (339)] müssen sie sich klar sein, daß sie zugleich die Machtfrage aufrollen, die Frage der Machteroberung auf die Tagesordnung stellen.

Die deutschen Kapitalisten versuchen aus der Sackgasse, in die sie durch den verlorenen Krieg und Versailles geraten sind, auf dem Wege der Markentwertung herauszukommen. In dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit haben sie ein Mittel gefunden, diese immer mehr auszubeuten, um so wieder auf die Beine zu kommen. Und weil das Ausland sie, besonders Frankreich, aus dieser Sackgasse nicht hinauslassen wird, werden sie gezwungen, jede denkbaren und für sie sogar nicht erwünschten Grenzen in dieser Ausbeutung zu überschreiten. Was nicht auf friedlichem Wege gehen wird, wird man durch die Schupo oder Reichwehr zu erzwingen versuchen. Die letzten blutigen Ereignisse im Reiche sind nur ein Vorgeschmack dessen, was sich in absehbarer Zeit in Deutschland abspielen wird.

Die deutsche Bourgeoisie kann nicht anders handeln, wenn sie die deutsche Wirtschaft auf der kapitalistischen Produktionsbasis weiter führen will. Die deutsche Arbeiterklasse muß, um sich, die Intelligenz, den Mittelstand und die breitesten Volksschichten vor der Verelendung zu retten, um die Produktions- und Wirtschaftskräfte Deutschlands, die kulturellen und wissenschaftlichen Eroberungen, die der kapitalistische Ausschwung der Vorkriegszeit mit sich gebracht hat, zu erhalten und weiter zu entwickeln, diese deutsche Arbeiterklasse, als die jetzt historisch einzig ausbauende Kraft, muß die Geschicke Deutschlands in die Hand nehmen. Und der Weg dazu wird nur durch den Sturz des Kapitalismus, durch die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur führen können. Einen anderen Ausweg aus dieser Sackgasse gibt es nicht.

*

Gold, Geld, Papier.

Eine Entgegnung auf die Geldtheorie Vargas.

Von E. L u d w i g.

II. Goldgeld, Papiergeld.

Ein solch' Papier, an Gold und Perlen Statt,
Ist so bequem, man weiß doch, was man hat;
Man braucht nicht erst zu markten und zu tauschen,
Kann sich nach Lust in Lieb und Wein berauschen.
(Faust II)

I.

Im „Weltwirtschaftlichen Archiv", Heft 2 vom April 1923, fordert der bürgerliche Nationalökonom Professor E n g l ä n d e r, Prag, von einer modernen Preistheorie, die „irgendwie" in die Tiefe gehen will, zweierlei: daß sie psychologisch begründet sein und den mangelnden Eigenwert des Geldes annehmen müsse (S. 283). Genosse Varga mit seinem Geld, das „seinen Charakter als Ware mit eigenem Wert verlor", erfüllt die zweite Forderung des Herrn Professors. Es wird sich zeigen, daß er, nachdem er das Wertgesetz für das Gold als Geld aufgehoben hat, nicht mehr weit davon ent-

fernt ist, auch seine erste Forderung zu erfüllen, nämlich an Stelle objektiver Gesetzmäßigkeiten des ökonomischen Geschehens psychologische Tatbestände zu setzen.

Daß der staatlich abgestempelte P a p i e r z e t t e l, der als Geld fungiert, keinen Eigenwert hat, ist unbestritten. Das Problem liegt nicht darin, nachzuweisen, daß er das Geld fungiert, w e i l er wertlos [372 (340)] ist, sondern umgekehrt: zu erklären, w a r u m er diese Funktion erfüllen kann, o b w o h l er keinen Eigenwert hat. Der Versuch des Genossen Varga, eine Geldqualität der als Geld abgestempelten Papierzettel daraus abzuleiten, daß das Goldgeld, das sie ersetzen, selbst wertlos geworden sei – nur das kann der Sinn einer Theorie von mangelndem Eigenwert des Geldes sein, wenn sie sich nicht auf die platte Aussage beschränken will, daß Papiergeldscheine wertlos sind, – dieser Versuch ist gescheitert.

Die Geldqualität der Papierscheine kann und muß daher entwickelt werden unter Zugrundelegung der Annahme, daß das Gold Ware Wert hat und als Geld die Materiatur der allgemeinen Arbeitszeit ist. Nicht dadurch kann die Vertretbarkeit des Geldes durch Papier, des Wertvollen durch das Wertlose erklärt werden, daß das Gold, das Vertretene, als wertlos dem Papier gleichgesetzt wird. Sondern umgekehrt: das Papier kann nur deshalb das Gold als Geld vertreten, weil das Gold als Geld Wert hat.

Nur wenn an dieser Auffassung scharf festgehalten wird, lassen sich die Gesetze des Umlaufs von Papiergeld, des vollgültigen sowohl wie des unterwertigen, darstellen.

Nur so kann unter Einhaltung des Wertgesetzes, dieses Fundamentes einer politischen Oekonomie, die sich zur Aufgabe stellt, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft aufzudecken, sich die Geldtheorie einordnen in die Theorie des kapitalistischen Gesamtprozesses, wie ihn Marx analysiert hat. Nur so kann der Geldumlauf als ein entscheidendes Moment in diesem Gesamtablauf selbst begriffen werden.

G-W-G′ ist die allgemeine Formel der Zirkulation des Gesamtkapitals, wie es die Formel der Zirkulation des Einzelkapitals ist. G ist in dieser Formel – wie auch schon in der der einfachen Warenzirkulation W-G-W′ –, das h a r t e G e l d, G o l d. Das betont Marx immer und immer wieder. Daran ist trotz aller Verschleierungen und Mystifizierungen des Geldproblems durch das moderne normale und anormale Papiergeldwesen, welchen Mystifizierungen auch Genosse Varga zum Opfer gefallen ist, festzuhalten. Weicht man nur einen Schritt von dieser in dem Fortgang der Untersuchung zu beweisenden Auffassung ab, dann versperrt man sich nicht nur das Eingangstor zum Verständnis des Papiergeld- und weiter auch des Kreditproblems, sondern man gerät unweigerlich in den Vulgarismus S a y s oder den Utopismus P r o u d h o n s. Obwohl Marx jenen in der „Kritik der politischen Oekonomie“ und den „Theorien über den Mehrwert“, diesen im „Elend der Philosophie“ erledigt hat, spuken ihre Gespenster, modern aufgeputzt, munter durch die Oekonomie. Denn den Eigenwert des Geldes leugnen beißt, ihm im kapitalistischen Zirkulationsprozeß nur eine formelle Rolle zuschreiben; heißt mit Say den direkten Austausch von Produkt gegen Produkt als das Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise behaupten, aber ihre wirkliche historische Besonderheit leugnen: nämlich die Notwendigkeit der Formverwandlung der Ware in Geld zur Realisierung und Aneignung von Wert und Mehrwert in Geldform als Ausgangspunkt des kapitalistischen Gesamtprozesses G-W-G′! Kommt zu dieser nur formellen Vermittlung des Austausches von Produkt gegen Produkt durch die Papiergeldzettel noch die Vorstellung hinzu, daß das Geld ohne Wert die in den Waren enthaltene Arbeitszeit repräsentiere – Hilferding läßt z. B. den Wert der umlaufenden Papiergeldmasse ohne Vermittlung [373 (341)] des Goldes als einen Reflex der Wertsummen der zu zirkulierenden Waren erscheinen –, so ist Say glücklich durch Proudhons Arbeitsgeld ergänzt und die Konfusion fertig. Statt der scharfen geschichtlich-ökonomischen Formbestimmtheit der kapitalistischen Waren- und Geldzirkulation haben wir einen gestaltlosen Brei. Statt den Versuch machen zu können, von der Geldseite aus der Krise des Kapitalismus zu Leibe zu gehen, stehen wir sowohl dem eigentlichen Geldproblem wie den Erklärungen der Valutaschwankungen und ihres Einflusses auf die Gestaltung des kapitalistischen Gesamtprozesses hilflos gegenüber.

II.

Für die Anhänger des Geldes ohne Eigenwert scheint eine grundlegende Tatsache in der Entwicklung des modernen Geldwesens zu sprechen: das Kreditsystem mit seinem Wechsel- und Notenumlauf, seinem fein ausgebildeten bargeldlosen Zahlungs- und Abrechnungsverkehr. Dieses System hat nicht nur das Goldgeld, sondern auch das Papiergeld mehr und mehr aus dem Verkehr gedrängt und es durch Kreditgeld ersetzt. Aber die Herren zäumen das Pferd am Schwanze auf. Weil das moderne Kreditsystem auch die letzte Spur des Goldes als der Grundlage des Geldumlaufs und damit der kapitalistischen Zirkulation ausgetilgt zu haben scheint, deshalb wird für Varga das Geld, auch in seiner Goldgestalt, zu einer Ware ohne Wert. Die Erscheinungsformen des Papiergeldumlaufs werden für die Gesetze des Geldumlaufs überhaupt gehalten.

Das ist die Methode in der Vulgärökonomie. Sie wird dadurch nicht besser, daß die modernen Geldtheoretiker nicht mehr, wie ihre Vorgänger vor hundert und mehr Jahren, das Papiergeld, sondern das Kreditgeld zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen über das Valutaproblem machen. Für sie ist das Ergebnis der Entwicklung, die im Kreditsystem entfaltete Form des Geldes schon die Erklärung des Geldproblems, statt daß sie aus der Entfaltung der Form aus ihren Grundlagen, aus der Entwicklung des Goldgeldes in das scheinbare Gegenteil seiner selbst, den bargeldlosen Verkehr über den Weg des Kreditgelds, die Gesetze des Geldumlaufs ableiten.

Das zweite aber ist die marxistische Methode. Sie allein führt nicht nur zum Verständnis der Formen des Kreditgeldes, indem sie aus den verschiedenen Funktionen entwickelt, die das Geld in der kapitalistischen Zirkulation annimmt. Sie allein vermag vor allen auch die im Geldwesen Deutschlands vor sich gehenden Rückbildung des Kreditgeldes in Papiergeld zu erklären. Diese Rückbildung in den Formen des Geldumlaufs ist für die Krise des Kapitalismus in Deutschland ebenso charakteristisch, wie die mit ihr zusammenhängende Rückbildung von höchst-organisierten industriellem Kapital in Handels- und Wucherkapital.

Soll aber das Problem des Papiergelds in seinem Zusammenhange mit dem Goldgeld als der Ausgangspunkt für die Erklärung der Geldentwertung begriffen werden, so muß zunächst das Papiergeld in seiner Funktion scharf von der des Kreditgeldes unterschieden werden.

III.

Gold als Geld hat im Umlauf zwei Funktionen: die des Zirkulationsmittels und die des Zahlungsmittels. Dem entsprechen zwei verschiedene Formen des Papierumlaufs: das eigentliche Papiergeld, Papiergeld mit Zwangskurs, und das Kreditgeld, Banknoten, Schecks und, in höchster Sublimierung des harten [374 (342)] Goldes, der bargeldlose Zahlungs- und Abrechnungsverkehr. Diese Unterscheidung von Anfang an klar zu machen, ist einmal deshalb wichtig, weil nur so begriffen werden kann, wie selbst hinter dem luftigsten Kreditgebäude das Geld in seiner leibhaftigen Goldgestalt lauert. Sodann aber – das gilt für die deutschen Valutafragen – deshalb, weil heute die Reichsbanknoten, also ursprünglich Kreditgeld und nur hilfsweise Zirkulationsmittel, Zwangskurs haben und unter dem Namen und Schein des Kreditgeldes zum Papiergeld in engerem Sinne geworden sind.

Geld ist Zirkulationsmittel dann, wenn Ware und Geld gleichzeitig getauscht werden, wenn also der Warenbesitzer in dem Augenblick, wo er die Ware hergibt, Geldbesitzer wird, und umgekehrt. Der Stellenwechsel von Ware und Geld erfolgt hier zu gleicher Zeit. Dieses Geld zirkuliert die Ware unmittelbar.

Geld ist Zahlungsmittel dann, wenn der Warenbesitzer die Ware hingibt, bevor er das Geld bekommt und der Empfänger sie erhält, bevor er zahlt.

„Der Verkäufer wird Gläubiger, der Käufer Schuldner. Da die Metamorphose der Ware oder die Entwicklung ihrer Wertform sich hier verändert, erhält auch das Geld eine andre Funktion. Es wird Zahlungsmittel.“ („Kapital“ I, S. 91.)

Im ersten Fall, dem Austausch der Ware gegen Geld Zug um Zug, ist mit diesem Austausch selbst die Zirkulation erledigt. Im zweiten Fall, dem der späteren Zahlung, entstehen Kreditbeziehungen. Der Käufer zahlt erst, wenn er die gekaufte Ware verkauft hat, ebenso kein Käufer. Umgekehrt muß

der Verkäufer, der ja auch Käufer war, seine Vordermänner befriedigen. Er gibt ihnen ein schriftliches Zahlungsversprechen, einen Wechsel, der Zahlung nach bestimmter Frist in bestimmter Rechtsform zusagt. Diesen Wechsel kann der Empfänger bei der Bank gegen Noten eintauschen – diskontieren. Die Noten sind also, das sei nochmals betont, K r e d i t-G e l d. Für sie gelten nicht die Gesetze des eigentlichen Papiergeldes, das nicht aus dem Kredit erwächst, sondern, mit Annahmezwang vom Staat versehen, der unmittelbaren Zirkulation dienen soll und ihr entspringt. Nur insofern wirkt der Umlauf des Kreditgeldes auf den der Zirkulationsmittel ein, als er deren Masse mitbestimmt.*)

[375 (343)] Auf dieser Funktion der Noten als aus dem Wechselverkehr hervorgegangenen Kreditgeldes beruht z. B. die Bestimmung des deutschen Gesetzes über die Reichsbank vor dem Kriege, wonach die auszugebenden Noten zu zwei Drittel mit guten Wechseln gedeckt sein müssen.

Goldgeld, selbst Staatspapiergeld, ist im Hochkapitalismus mit seinem ausgebildeten Kreditsystem mehr und mehr verschwunden. In Deutschland vor dem Kriege gab es an Staatspapiergeld nur die Reichskassenscheine im Betrag von 120 Millionen Mark; gegenüber dem Vielfachen an Noten – rund 2,6 Milliarden Mark im letzten Friedensausweis – ein verschwindender Betrag. Der Kapitalist, dem es gut geht, sieht überhaupt kein bares Geld mehr. Er beginnt sein Unternehmen mit Kredit, läßt sich bargeldlos seine Waren bezahlen, er zahlt seine Zinsen bargeldlos und läßt sich den sich häufenden Profit auf der Bank gutschreiben. Die vollwertigen, durch gute Handelswechsel gedeckten Noten werden im Verkehr auch als Zirkulationsmittel genommen. Das Gold bleibt in den Kellern der Bank. Immer „glatter ging der Ersatz des Goldes durch in ihrer Naturalform wertlose Geldzeichen“, wie Genosse Varga schreibt, wobei er keinen Unterschied zwischen Noten und Papiergeld macht.

Das Gold schien vom Thron gestürzt. „Das Geld hat keinen Eigenwert“ erklären die Oekonomen, die den Schein für das Wesen nehmen, statt aus der Erscheinungsform des kapitalistischen Prozesses dessen Bewegungsgesetze aufzudecken. Aber dem Einzelkapitalisten, dem der Kredit alles und das Gold nichts war, wird die goldene Kette, an der er und mit ihm die ganze kapitalistische Produktionsweise gefesselt ist, schmerzlich bewußt – in der Krise. In der periodischen Krise, die die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zuspitzt, um sie auszugleichen, tritt mit der Absatzstockung die Zahlungsstockung ein. In der Reihe der Wechselgläubiger und -schuldner kann der Wechsel nicht eingelöst werden, weil der eine oder der andere oder gar alle ihre Waren nicht verkaufen konnten. Trotz aller Ausgleichungen in Abrechnungsstellen bleibt eine „Spitze“, die bar bezahlt werden muß. Der Bankrott, die Krise, macht das unmöglich. Die Kette des Kredits zerbricht. Die goldene Kette klirrt.

„Mit allgemeineren Störungen dieses Mechanismus, woher sie immer entspringen mögen, schlägt das Geld plötzlich unvermittelt um aus der nur idealen Gestalt des Rechengeldes in hartes Geld. Es wird unersetzlich durch profane Waren. Der Gebrauchswert der Ware wird wertlos und ihr Wert verschwindet vor seiner eigenen Wertform. Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunkenem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gellt’s jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum. In der Krise wird

*) „Ich habe früher (Buch I, Kap. III, 3b) gezeigt, wie sich aus der einfachen Warenzirkulation die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel und damit ein Verhältnis vom Gläubiger und Schuldner unter den Warenproduzenten und Warenhändlern bildet. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die nur mit Rücksicht auf die Zirkulation produziert, wird die naturwüchsige Grundlage des Kreditsystems erweitert, verallgemeinert, ausgearbeitet. Im großen und ganzen fungiert das Geld hier nur als Zahlungsmittel, d. h. die Ware wird verkauft nicht gegen Geld, sondern gegen ein schriftliches Versprechen der Zahlung an einem bestimmten Termin. Diese Zahlungsversprechen können wir der Kürze halber sämtlich unter der allgemeinen Kategorie von Wechseln zusammenfassen. Bis zu ihrem Verfall und Zahlungstage zirkulieren solche Wechsel selbst wieder als Zahlungsmittel; und sie bilden das eigentliche Handelsgeld. Soweit sie schließlich durch Ausgleichung von Forderungen und Schuld sich aufheben, fungieren sie absolut als Geld, indem dann keine schließliche Verwandlung in Geld stattfindet. Wie diese wechselseitigen Vorschüsse der Produzenten, und Kaufleute untereinander die eigentliche Grundlage des Kredits bilden, so bildet dessen Zirkulationsinstrument, der Wechsel, die Basis des eigentlichen Kreditgeldes, der Banknoten usw. Diese beruhen nicht auf der Geldzirkulation, sei es von metallischem Geld oder von Staatspapiergeld, sondern auf der Wechselzirkulation.“ („Kapital“ III 1. S. 386)

der Gegensatz zwischen der Ware und ihrem Gegensatz, dem Geld, bis zum absoluten Widerspruch gesteigert. Die Erscheinungsform des Geldes ist hier daher auch gleichgültig. Die Geldhungersnot bleibt dieselbe, ob in Gold oder Kreditgeld, Banknoten etwa zu zahlen. ist." (Kapital I, S. 101/102)[*)]

Die große Geldkrise von 1907, ausgehend von den Vereinigten Staaten, die den englischen Diskont bis auf den im Frieden unerhörten [376 (344)] Satz von 10 Prozent trieb, war das letzte Beispiel dieses Umschlagens des Geldes „aus seiner gasartigen hirngewebten Gestalt als Maß der Werte in hartes Geld oder Zahlungsmittel" (Kritik der politischen Oekonomie S. 147). Der klägliche Zusammenbruch der Markstützungsaktion als letztes Symptom des vollkommenen Zusammenbruchs des deutschen Geldwesens hämmert selbst denen, die es bisher nicht sehen wollten, ein: daß hinter allem Papier- und Kreditgeld Gold steckt, Gold, das zu hegen und zu pflegen ist.[**)] Die Markstützungsaktion aber pumpte das Gold aus der Reichsbank, entwertete damit das Papiergeld noch mehr und bewies so negativ, daß Gold nur für den frommen Christen ein Ding ist, das Motten und Rost fressen, für die kapitalistische Wirtschaft aber die Seele vom Geschäft. (Fortsetzung folgt.)

*

Die 21 Punkte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Zusammengestellt auf Grund der Statuten, Resolutionen und Verhandlungen des Hamburger Kongresses.

Von K o b o l d.

1. In der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) vereinigen sich sozialistische Arbeiterparteien, die in der Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen. Da über die Frage, was eine sozialistische Produktionsweise ist, die Meinungen unter den angeschlossenen Parteien weit auseinandergehen, und da jeder Versuch einer Aenderung der bestehenden Produktionsweise eine neue Störung in die ohnedies durch den Krieg und durch revolutionäre Exzesse in Unordnung geratene Produktion hineinbringen würde, besteht die vornehmste Pflicht aller sozialistischen Parteien darin, den Wiederaufbau der kapitalistischen Produktion mit dem größten Energieaufwand zu fördern. [377 (345)]

2. Das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse ist der Klassenkampf. Der Klassenkampf ist eine soziologische Theorie, die das Gewesene und das Bestehende durch das Spiel der Auseinandersetzungen zwischen den Bestandteilen der menschlichen Gesellschaft zu erklären sucht. In zivilisierten Ländern nimmt er die Form von periodisch stattfindenden Wahlen an.

3. Die Anwendung von Gewalt bei sozialen und politischen Kämpfen ist auf das entschiedenste zu verdammen. Die Gewalt wird hie und da (in den letzten Zeiten leider ziemlich häufig) von der Bourgeoisie angewendet, die sich aber dadurch nur in den Augen der zivilisierten Welt kompromittiert. Die Arbeiterklasse darf nie und nimmer ihre Hände mit Gewaltakten beflecken. Ihre beste Waffe im Kampf gegen Gewalttätigkeiten ihrer bürgerlichen Feinde ist die moralische Entrüstung. (In Ausnahmefällen kann jedoch auch die Sozialdemokratie an die Gewalt appellieren, um einem größeren Uebel vorzubeugen bzw. bei Niederwerfung von Ausständen verbrecherischer oder unbesonnener „linker" Elemente.)

[*)] Marx fügt in der Note die Stelle aus der „Kritik der politischen Oekonomie" hinzu (7. Auflage S. 148): „Dieses plötzliche Umschlagen aus dem Kreditsystem fügt den theoretischen Schrecken zur praktischen Panik: und die Zirkulationsagenten schaudern vor dem undurchdringlichen Geheimnis ihrer eigenen Verhältnisse."

[**)] In derselben Nummer des „Weltwirtschaftlichen Archivs", in der Herr Professor Engländer jeder Theorie, die nicht den mangelnden Ergänzungswert des Geldes annimmt, die Tiefe abspricht, sagt der Herr Professor Lewinski aus Warschau: „Ueber das Ziel unserer Währungspolitik scheint heute volle Uebereinstimmung zu bestehen. Die gegen den ‚Goldwahn' gerichteten Angriffe sind verstummt und alle Anstrengungen darauf gerichtet, in mehr oder weniger ferner Zukunft – der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Länder entsprechend – die einst von manchem Theoretiker befehdete Goldwährung wiederherzustellen." (S. 220) Wie gesagt: das steht in ein und derselben Nummer, ein und derselben Zeitschrift zusammen mit der Bannbulle, die Herr Engländer gegen alle die schlendert, die am „Goldwahn" leiden. – Ein Beitrag zum theoretischen Schrecken, den die Gold- und Valutaprobleme heute noch in der Vulgärökonomie verbreiten. Aber es kommt für die Lösung des Valutawirrwarrs nicht darauf an, den Goldwahn theoretisch zu vernichten. Es kommt darauf an, die Goldwährung wieder einzuführen. Das Wo und das Wie ist hier die entscheidende Frage. Auf sie gibt auch Herr Lewinski keine Antwort bei aller geschichtlichen Kenntnis der früheren Geldwirren.

4. Die Demokratie ist die beste Staatsform. Das allgemeine und geheime Wahlrecht, die Wahlkampagnen, bei denen jede Partei den unbefangenen Wähler durch Argumente und Ueberlegungen von der Richtigkeit ihres Wahlprogramms zu überzeugen sucht, ergeben eine Volksvertretung, die den treuen Spiegel des Denkens und Wollens der Wählerschaft darstellt. Zu einer solchen Demokratie alle Einwohner jedes Landes zu erziehen, ist Aufgabe der der SAI angeschlossenen Parteien.

5. Ein schwieriges Problem ist die Frage der Beteiligung von Sozialisten an Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien. Es ist schwierig, weil einerseits alte Vorurteile über eine solche Beteiligung noch immer im Umlauf sind, weil andererseits in den letzten Zeiten bürgerliche Parteien Sozialdemokraten in die Regierungen nicht gern hineinnehmen wollen. Noch vor kurzem saßen Sozialisten in den Regierungen Deutschlands, Belgiens, Oesterreichs, Schwedens, Polens usw. Augenblicklich sitzen sie nur noch in der tschechoslowakischen Regierung und in einigen Koalitionslandesregierungen Deutschlands.[*)]

Sollte sich aber in irgendeinem Lande die Gelegenheit bieten, in eine Koalitionsregierung einzutreten, so würde das die SAI nichts angehen, da sie dies Problem erst auf einem späteren Kongreß zu behandeln gedenkt. Immerhin wird schon jetzt bestimmt, daß solch ein Koalitionsminister nicht gleichzeitig Mitglied der Exekutive der SAI sein kann, er soll mit ihr vielmehr durch ein anderes Mitglied seiner Partei verkehren. Dabei muß aber betont werden, daß dies kein Präjudiz für die Frage der Koalitionsregierung bedeutet, sondern lediglich die Exekutive von dem Problem des Ministerialismus verschonen soll.

6. Ein anderes schwieriges Problem ist das Problem der Vaterlandsverteidigung. Auch dieses Problem wird auf einem späteren Kongreß (im Jahre 1925 oder 1928) erörtert werden. Wenn dazwischen eine der angeschlossenen Parteien in Verlegenheit geriet, ob sie ihr Vaterland verteidigen soll oder auch nicht, so muß sie diese heikle Frage nach bestem Wissen und Gewissen selbständig beantworten.

[378 (346)] 7. Die Beschlüsse der SAI in internationalen Fragen sind für alle ihr angeschlossenen Parteien bindend. Es bedeutet eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien. Sollte aber ein Problem derartig schwierig oder eine Lage derartig kompliziert sein, daß ein betreffender Beschluß der SAI keine Chancen auf Erfüllung hätte, so wird die Beschlußfassung entweder vertagt oder aber wir der Beschluß so vorsichtig stilisiert werden, daß ein Verstoß gegen ihn unmöglich ist. Auch kann eine Partei, um einen Vorstoß gegen einen gefaßten Beschluß aus dem Wege zu gehen, auf eine angemessene Zeit aus der SAI beurlaubt werden.

8. Die SAI ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern auch ebenso ein Instrument während jedes Krieges. Da aber bei jedem Krieg mindestens zwei Vaterländer aneinanderprallen und da das Vaterlandverteidigungsproblem noch nicht gelöst ist, wird die SAI zu einem Instrument werden lediglich während der Kriege, die sich nach Lösung obigen Problems ereignen sollten.

9. Kriege sind überhaupt zu vermeiden. Sie sind eine Anwendung von Gewalt, die nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch zu nichts Gutem führen können, häßlich und daher verwerflich sind. Unermüdlich soll die SAI die ganze Menschheit und insbesondere die interessierten Regierungen und die hinter ihnen stehenden Finanzgruppen daran erinnern, daß es viel praktischer ist, sich über etwaige strittige Fragen auf Konferenzen zu verständigen, als Krieg zu führen. Auch kann von Zeit zu Zeit von einem Generalstreik im Kriegsfalle gesprochen werden, wobei jedoch nie zu vergessen ist, daß ein derartiger Streik unmöglich ist.

10. In einem Lande kann es auch eine größere Anzahl von Parteien geben, von denen jede für sich der SAI angegliedert ist. Sie dürfen sich politisch bis aufs Messer bekämpfen unter der einzigen Bedingung, daß alle die politische Linie der SAI als Ganzes befolgen. Sollte es vorkommen, daß eine dieser Parteien in der Regierung ihres Landes sitzt und Zuchthausgesetze gegen die andere

[*)] Seitdem wurden Sozialisten noch in die aus dem Rechtsputsch hervorgegangene bulgarische Negierung hineingenommen.

erläßt, so muß die Exekutive der SAI in das betreffende Land eine Kommission entsenden, um das Problem an Ort und Stelle zu studieren und womöglich eine Einigungsformel zu finden.

11. Die Instanzen der SAI bestehen aus einer Exekutive, einem Büro, einer Geschäftskommission und einem Sekretariat. Ueber die Befugnisse und die gegenseitigen Beziehungen dieser Institutionen wird eine Diskussion eröffnet, über deren Ergebnisse dem nächsten internationalen Kongreß zu berichten ist.

12. Das Programm der SAI umfaßt die Schaffung eines internationalen Pressebüros. Solange aber neben finanziellen und technischen auch politische Schwierigkeiten die Verwirklichung dieses Postulates vereiteln, macht die SAI den Redaktionen der verschiedenen Organe in den einzelnen Ländern zur Pflicht, die bei der Exekutive einlaufenden Nachrichten womöglich zu verwerten. Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß die einzelnen Organe – im Interesse der Partei ihres Landes – diejenigen Taten oder Kundgebungen der Schwesterparteien selbstverständlich verschweigen dürfen, die sie in Verlegenheit bringen könnten.

13. Eine besondere Aufmerksamkeit müssen die der SAI angeschlossenen Parteien einem Land widmen, das den Namen Sowjetrußland führt. Sie sollen darauf achtgeben, daß sich keine Regierung [379 (347)] in die Angelegenheiten dieses Landes einmischt (wie übrigens auch in die Angelegenheiten keines anderen Landes). Im übrigen sollen sie nicht vergessen, daß dieses Land von einer Clique von Abenteurern regiert wird, die die Arbeiter aller Rechte beraubt haben, daß es ein imperialistisches Land ist, das alle freien Völker mit Gewalt zu annektieren sucht, eine blutdürstige Rote Armee aufgebaut hat, die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt spalten und schwächen und den Kapitalismus wieder einführen will – daß es also die Pflicht der gesamten SAI ist, diejenigen Parteien moralisch und finanziell zu unterstützen, die die Regierung dieses Landes stürzen wollen, um die kapitalistische Demokratie aufzurichten.

14. Der Kommunismus ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Denn die SAI wird sich nur in dem Maße den großen historischen Aufgaben, die ihrer harren, gewachsen erweisen, indem sie zur Vernichtung des Kommunismus beitragen wird. Der Kommunismus strebt die Errichtung einer Diktatur an, die er an Stelle der prächtigen Errungenschaften der Demokratie, an Stelle des Regimes der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit setzen will. Er pfeift auf das Selbstbestimmungsrecht des Proletariats, er tritt den Willen der Massen der Arbeiter mit Füßen, um sie dem Willen und den Gelüsten eines kleinen Klüngels von ehrgeizigen Führern zu unterwerfen.

15. Unter keinen Umständen darf eine Einheitsfront mit Kommunisten gebildet werden. Eine Einheitsfront dürfen Sozialdemokraten errichten mit allen Klassen und bürgerlichen Parteien ihrer Nation zum Kampf gegen den äußeren Feind, zur Verteidigung der Demokratie und der Republik, zur Steigerung der nationalen Produktion. Eine Einheitsfront mit den Kommunisten ist dagegen unmöglich, nicht nur, weil das einen Verrat der Grundsätze bedeuten würde, sondern auch deswegen, weil das die sozialdemokratischen Parteien in Kämpfe hineinziehen würde, die nicht zeitgemäß sind oder die mit Mitteln ausgefochten werden müßten, die gefährlich und verwerflich sind. Auch ist bei jeder Berührung mit den Kommunisten die Gefahr einer Ansteckung der in den sozialdemokratischen Parteien organisierten Arbeiter mit den Bazillen des Kommunismus eine große.

16. Der Versailler Vertrag muß verbessert werden. Wie jedes menschliche Werk, hat er Licht- und Schattenseiten. Er darf nicht umgeschmissen werden, denn es ist leichter, zu zerstören als aufzubauen (und auch deshalb nicht, weil unsere tschechischen, unsere polnischen, unsere belgischen, ja, auch unsere französischen Freunde an ihm hängen). Aber er muß im Sinne der Gerechtigkeit und der Demokratie revidiert werden. Auch muß der Völkerbund im gleichen Geiste umgewandelt werden. Die SAI betrachtet sich als eine sozialdemokratische Fraktion innerhalb des Völkerbundes, den sie mit den gleichen Mitteln beeinflussen wird, mit denen die sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten den Staatsapparat beeinflussen.

17. In der Reparationsfrage erklärt die SAI, daß die spontane freiwillige Anerkennung der Pflicht zum Reparieren eine der schönsten Errungenschaften der menschlichen Zivilisation darstellt. Die

deutschen Arbeiter, die aus dem von ihrem Kaiser verschuldeten Krieg nur Nutzen gezogen haben (sie haben die Republik gekriegt), sollen die angerichteten Schäden gutmachen, sie sollen bezahlen, soviel sie können. Allerdings mehr als sie können, sollen sie nicht gezwungen sein, zu bezahlen. Sie sollen auch bei den Banken aller Länder Geld leihen, das sie, ihre [380 (348)] Kinder und Enkelkinder dann auszahlen werden. Diese einstimmig und mit Jubel angenommene Entschließung des Hamburger Gründungskongresses der SAI macht auch unpraktische Vollziehungsmittel, wie die Ruhrbesetzung, überflüssig. In diesem Sinne ist die SAI Gegnerin der Besetzung des Ruhrgebiets. Die in der Stellung der SAI zur Reparationsfrage steckende moralische Kraft hat einen gewaltigen, ewigen Wert, der weit über den Nahmen dieses praktischen Problems hinausragt.

18. Die SAI sieht in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den IGB (Amsterdam) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis der erfolgreichen Führung des Klassenkampfes. Gibt es daher in den Gewerkschaften Elemente, von denen man annehmen kann, daß sie, ihren Taten und Worten zum Trotz, die Einheit gefährden könnten, so ist es unsere Pflicht, sie unverzüglich und rücksichtslos auszuschließen, auch wenn dadurch zeitweise eine scheinbare Spaltung entstehen sollte.

19. Kolonialvölker dürfen nicht von den kapitalistischen Metropolien ausgebeutet und unterdrückt werden. Die Regierungen der Metropolien müssen, im Gegenteil, bestrebt sein, diese auf tiefem kulturellen Niveau sich befindenden Völker allmählich zu erziehen, um sie für eine Selbstverwaltung reif zu machen. Die sozialdemokratischen Parteien müssen ihrerseits auf ihre Regierungen in diesem Sinne erzieherisch wirken.

20. Die Frauenfrage ist ein schwieriges Problem. Sie muß auf die Tagesordnung eines der nächsten Kongresse gestellt und einstweilen gründlich studiert werden. Auch soll die Exekutive gegebenenfalls Sachkundige in Frauenfragen anhören. In der Uebergangszeit ist es den der SAI angeschlossenen Parteien gestattet, nach dem Vorbild der belgischen Partei den Frauen zeitweise das Stimmrecht zu verweigern, ohne dadurch die prinzipielle Gleichberechtigung zu präjudizieren.

21. Eine allgemeine Amnestie wird erlassen. Es ist strengstens verboten, an Einzelheiten aus der Vergangenheit der der SAI nunmehr angeschlossenen Parteien oder ihrer einzelnen Führer zu erinnern und sich Ausdrücke zu bedienen wie die z. B., die auf der letzten Konferenz der englischen ILP in bezug auf die 2. Internationale angewendet worden sind, indem man sie „eine Dame mit einer Vergangenheit“ (a Lady with a past) nannte. Auch die Verfehlungen der seligen 2½., die in unverantwortlichster demagogischer Weise, die Redensarten der Kommunisten nachahmend, die bewährtesten Führer und Kampfesmethoden der 2. beschimpfte, werden ihr erlassen. Vergangenheit ist Vergangenheit. Um die gesunde Entwicklung der neuen SAI zu sichern, sollen ähnliche Amnestie-Erlasse auch in der Zukunft periodisch erfolgen. [381 (349)]

*

Für die Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien[*].

Von Christo Kabaktschieff.

(Schluß.)

Die Arbeiter- und Bauernregierung kann nur durch den revolutionären Kampf der Massen geschaffen werden. Die Arbeiter- und Bauernregierung muß die Macht im Namen eines bestimmten Programms übernehmen, welches die Arbeiter und werktätigen Bauern vereinigt, sie von den bürgerlichen Parteien losreißt und der Bourgeoisie entgegenstellt; nur durch die Verwirklichung dieses Programms wird die Arbeiter- und Bauernregierung die einzig festen Grundlagen, auf denen sie sich erhalten kann, erhalten; die Hauptpunkte dieses Programms sind: die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern und die immer breitere Entwicklung der Organisationen der Arbeiter und Kleinbauern, ihre wachsende Teilnahme an der Kontrolle und Verwaltung der Produktion wie auch an der Ausübung der Macht. Die hauptsächlichsten Linien dieses Programms sind in den vom Parteirat erhobenen

[*] Inzwischen ist der von dem Genossen Kabaktschieff als Möglichkeit ins Auge gefaßte Staatsstreich der bürgerlichen Parteien Tatsache geworden. Die grundsätzlichen Darlegungen des Artikels behalten trotzdem ihren Wert. Die Red. d. I.

Forderungen enthalten; dieses Programm kann im Zusammenhang mit den Verhältnissen des Augenblicks, der Schärfe der durchlebenden Krise und der Macht der Kommunistischen Partei, eingeschränkt oder noch mehr erweitert werden. Was für Konzessionen die unter dem Banner der Kommunistischen Partei kämpfenden werktätigen Massen aus Stadt und Dorf den noch unklaren Massen machen wird, ob die Arbeiter- und Bauernregierung sich mit dem allgemeinen Wahlrecht und dem proportionellen Wahlsystem befriedigen wird oder dasselbe erweitern und demokratisieren wird, indem sie den Frauen Wahlrecht erteilt, die Altersgrenzen der Wähler herabsetzt, den Großkapitalisten, Wucherern, Bankiers und Großgrundbesitzern das Wahlrecht abnimmt, die Betriebsräte legalisiert, die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten und deren zunehmende Teilnahme an der Ausübung der Macht zuläßt usw. – dies wird von der Stufe der Schärfe der revolutionären Krise und von der Macht der Kommunistischen Partei abhängen. Ein leerer Streit würde es sein, heute schon zu bestimmen, was der demokratische oder parlamentarische Charakter der Arbeiter- und Bauernregierung sein wird. Eines kann mit Gewißheit gesagt werden: nämlich, daß durch die Arbeiter- und Bauernregierung die Massen von den Illusionen der bürgerlichen Demokratie sich gänzlich befreien werden.

Das, was man heute hervorheben muß, ist, daß die Arbeiter- und Bauernregierung nur durch den revolutionären Kampf der Massen erkämpft und erhalten werden kann, daß sie sich nur auf die Organisation und die Kraft der werktätigen Massen in Stadt und Dorf stützen kann und daß sie notwendig eine Epoche viel schärferer Klassen- und revolutionärer Kämpfe eröffnen wird. Die Arbeiter- und Bauernregierung muß sich auf die werktätigen Massen in Stadt und Dorf, ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen stützen, um ihr Programm zu verwirklichen und die Angriffe der Stadt- und Dorfbourgeoisie abzuwehren. Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig vor [382 (350)] der Arbeiter- und Bauernregierung kapitulieren; im Gegenteil, eine solche Regierung kann nur im entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie, die mit allen Mitteln versuchen wird, sie zu stürzen, siegen, und in dem Kampfe für die Erhaltung der Stellungen der Arbeiter- und Bauernregierung und für die Verwirklichung ihres Programms werden die Arbeiter und Bauern gezwungen sein, sich zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen, wird der Bürgerkrieg ausbrechen und sich verschärfen. Im Bürgerkriege werden das Proletariat und die werktätigen Dorfmassen, Arbeiter- und Bauernräte, als einzige Organe dieser Klassen, für den Ausbau der neuen revolutionären Macht kämpfen. Die Arbeiter- und Bauernräte braucht das Proletariat in allen Ländern, um die politische Macht zu erobern und seine Diktatur aufzurichten. Sie sind für die Erreichung dieses Zieles für das Proletariat Bulgariens und des Balkans ebenso und noch notwendiger. In den Industrieländern besitzt das Proletariat gewaltige Gewerkschaften, Organisationen, Betriebsräte und andere proletarische Organe, auf die es sich in seinem revolutionären Kampfe für die Eroberung der Macht und auf die sich auch eine Arbeiterregierung stützen kann; in Bulgarien und auf dem Balkan, sowie im allgemeinen in den schwach industrialisierten und den Agrarländern, in denen diese proletarischen Organisationen viel schwächer sind, werden die Arbeiter- und Bauernräte als einzige Organe für die Eroberung der Macht durch die Arbeiter und Bauern um so notwendiger sein. Die ohne Abschaffung der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus gebildete Arbeiter- und Bauernregierung wird notwendig eine Epoche viel größerer und verschärfter revolutionärer Kampfe eröffnen und wird einen gewaltigen entscheidenden Schritt vorwärts im revolutionären Kampfe der Arbeiter und Bauern für die Eroberung der gesamten politischen Macht durch die Arbeiter- und Bauernräte bedeuten. Von der Macht und dem Einfluß der Kommunistischen Partei wird es hauptsächlich abhängen, ob diese Periode von revolutionären Kämpfen eine kürzere oder eine längere sein wird; doch dies wird ebenso auch von den inneren und äußeren Verhältnissen, unter welchen die Arbeiter- und Bauernregierung entstehen wird, abhängen.

Die Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien, in den Balkan- und im allgemeinen in den Agrarländern mit einer stärkeren kommunistischen Bewegung und zerrütteten Herrschaft der Bourgeoisie wird einen Schritt vorwärts zur proletarischen Revolution bedeuten und keine Gefahr kleinbürgerlicher Illusionen, einer Entartung und einer Niederlage der revolutionären Bewegung, nur unter folgenden drei Hauptbedingungen schaffen: Erstens, die werktätigen Bauernmassen heute, oder ihre

Partei oder Organisation morgen, mit denen die Kommunistische Partei bereit ist, zusammen zu kämpfen und sogar zusammen die Macht zu ergreifen, müssen ihren Bund mit der Dorfbourgeoisie brechen. Zweitens, die Kommunistische Partei und die Bauernmassen oder deren Partei (Organisation) können sich zum gemeinsamen Kampf vereinigen und die Macht ergreifen nur auf Grund bestimmter Forderungen, die die aktuellsten, wirtschaftlichen und politischen, unmittelbaren Lebens- und Klasseninteressen der Arbeiter und Kleinbauern zum Ausdruck bringen. Drittens, sowohl im Kampfe für die Einheitsfront als auch im Kampfe für die Bildung und Erhaltung einer Arbeiter- und Bauernregierung darf die Kommunistische Partei nicht für einen Augenblick ihre selbständige Organisation als Klassenpartei des Proletariats schwächen, sondern im Gegenteil, die- [383 (351)]selbe ununterbrochen verstärken, mit wachsender Energie ihren selbständigen revolutionären Kampf fortsehen, den Kampf der Massen mit allen Kräften fördern und denselben zum Endziel – dem Sieg der Revolution, Eroberung der Macht durch die Arbeiter- und Bauernräte, Herstellung der proletarischen Diktatur – hinleiten.

Die Losung für die Arbeiter- und Bauernregierung ist von einer gewaltigen agitatorischen Bedeutung. Mit dieser Losung wird die Kommunistische Partei noch zahlreichere Arbeiter- und Bauernmassen unter ihrem Banner zusammenfassen und zu gleicher Zeit die dem Landwirtbunde folgenden Massen immer mehr nach links stoßen und den Augenblick ihrer Einmündung in den allgemeinen Strom der revolutionären Bewegung näher bringen. Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ist in der Hand der Kommunistischen Partei ein Keil, mit dem sie die Bauernmassen von der Dorfbourgeoise im Landwirtbunde trennen wird; diese Losung ist eine Geißel, die schonungslos die Führer des Landwirtbundes, die ihren den Bauernmassen gemachten Versprechungen untreu wurden und heute ihren Einfluß unter denselben bloß durch Gewalttätigkeit und Demagogie aufrecht halten, mitten ins Gesicht treffen wird; diese Losung ist ein Bazillus, der den Prozeß der Zersetzung im Landwirtbunde beschleunigen wird – einen Prozeß, der vom ersten Tage, seit dem der Bund die Macht ergriffen hat, eingesetzt hat und der sich um so mehr verstärkt, je mehr die wirkliche Politik der Landwirtregierung, die wachsenden Klassenwidersprüche zwischen den Interessen der im Landwirtbunde herrschenden Dorfbourgeoisie und den Interessen der von ihr nachgeschleppten werktätigen Dorfmassen enthüllt.

Im heutigen Augenblick, da einerseits der bürgerliche Block sich vorbereitet, durch einen gewaltsamen Staatsstreich die Macht an sich zu reißen, da andererseits der Landwirtbund durch die Ausschließung der Führer der sogenannten Rechten und durch neue Wahlen für das Parlament sich bestrebt, seine eigene Herrschaft zu befestigen und fortzusetzen, da, mit einem Worte, die Parteien der Stadt- und Dorfbourgeoisie hart kämpfen, die einen für die Erhaltung der Macht, die anderen um zu ihr zu gelangen – in diesem Augenblick wendet sich die Kommunistische Partei an das Stadtproletariat und die werktätigen Dorfmassen und sagt ihnen: „Die Macht darf nicht von der bankerotten Stadtbourgeoisie und ihren gebrandmarkten Koterien ergriffen werden. Doch die Macht darf auch nicht in den Händen der Dorfbourgeoisie bleiben, die die kleinen und besitzlosen Bauern betrogen hat und die jeden Tag die Front mit der reaktionären Stadtbourgeoisie von neuem herstellen kann. Die Macht muß erobert werden und den Arbeitern und Bauern gehören!“

In der sich zuspitzenden Krise, in dem sich entfachenden Kampf der bürgerlichen Stadt- und Dorfkoterien um die Macht erhebt die Kommunistische Partei kühn und hoch die Losung für die Arbeiter- und Bauernregierung. Und diese Losung, diese Flagge der Kommunistischen Partei im Kampfe für die Macht, wird im ganzen Lande von den werktätigen Massen aus Stadt und Dorf mit Begeisterung aufgenommen. Doch in den Reihen unserer Feinde, von den bürgerlichen Parteien und besonders von der Dorfbourgeoisie und den Führern des Landwirtbundes, wird dieser Losung mit Angst und Verwirrung begegnet. Die im Landwirtbunde als Sieger hervorgegangene „Linke“, d. h. die in ihm herrschende neu reichgewordene Dorfbourgeoisie, mit Stambolinski an der Spitze, antwortete auf die von der Kommunistischen Partei aufgestellte Losung der Arbeiter- und Bauern-[384 (352)]regierung mit einem tollen reaktionären Feldzug gegen unsere Partei: sie organisierte Faschistenüberfälle mit Polizei und Gendarmerie auf die Kommunistische Partei im ganzen Lande, führte die Entwaffnung der arbeitenden Massen in den Städten durch und brachte ein reaktionäres Wahlgesetz durch, das das

proportionelle Wahlsystem und das allgemeine Wahlrecht angreift und die Stimmen und Mandate der Kommunistischen Partei bei den von der Regierung vorbereiteten Neuwahlen für das Parlament vermindern sollen. Doch je mehr die Dorfbourgeoisie und ihre Führer aus Angst vor dem Einfluß der Kommunistischen Partei unter den werktätigen Bauernmassen des Landwirtbundes die Reaktion stärken, nach rechts gehen und auf diese Weise sich dem bürgerlichen Block nähern und den Weg zur Macht für eine Koalition der Stadt- und Dorfbourgeoisie säubern – um so mehr vergrößert sich die Unzufriedenheit der klein- und besitzlosen Bauern des Landwirtbundes, um so mehr wächst die Zersetzung des Bundes und die Formierung einer wirklichen Linken in demselben, um so mehr erstarkt der Einfluß der Kommunistischen Partei unter den werktätigen Dorfmassen innerhalb und außerhalb des Landwirtbundes.

Der Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung wird dem allgemeinen Kampfe der Arbeiter und Kleinbauern für die Eroberung der politischen Macht einen gewaltigen Stoß nach vorwärts geben und den Sieg der proletarischen Revolution näherbringen.

[385 (353)]

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 1. Juli 1923 ∗ Heft 13

Rückzugsstrategie.

◿ **Berlin**, den 27. Juni.

Es scheint, daß die Parallele zum Niederbruch von 1918 in diesem Sommer bis auf den letzten Zug vollständig werden soll. Was die deutsche Bourgeoisie jetzt im Ruhrkrieg macht, ist nur noch Rückzugsstrategie. Sie ist nach außen wie nach innen ebenso kopflos und ebenso zum Scheitern verdammt, wie die Ludendorffs im Herbst 1918.

Der Rückmarsch bis zur Kapitulation der deutschen Bourgeoisie wird nicht kurz sein. Und zwar nicht wegen der deutschen Bourgeoisie, sondern wegen der Gegner. Frankreichs Strategie gegenüber Deutschland ist auf Ermattung, auf langsame Zermürbung angelegt. Englands Strategie gegenüber Frankreich ebenfalls. Bis die Gegensätze im feindlichen Lager in Bezug auf die Reparationen zum Ausgleich gekommen sein werden, der erlaubt, Deutschland in geschlossener Front die Kapitulationsbedingungen zu überreichen, wird noch geraume Zeit vergehen.

Aber die bürgerliche Rückzugsstrategie in Deutschland ist jetzt schon im Zusammenbrechen. Das heißt, daß an die Stelle des Rückzugs die panische Flucht, der schlagartige Niederbruch treten wird. Es heißt ferner, daß die deutsche Bourgeoisie abermals versuchen wird, angriffsweise gegen die Arbeiterschaft vorzugehen.

Ein strategischer Rückzug kann taktisch angriffsweise oder verteidigend geführt werden. Die deutsche Bourgeoisie versuchte es zunächst nach Innen, gegenüber der Arbeiterklasse, mit dem Angriff. Das war ihr Zweck bei der Aktion gegen die Ruhrarbeiterschaft. Deshalb zunächst der planmäßige Druck auf die Löhne der Ruhrbergleute, um die Mine zu laden, dann die faschistischen Provokationen, um sie zur Explosion zu bringen, und die Pogromhetze in der Presse, um das Arbeitermassaker und das Niederschlagen der Kommunistischen Partei vorzubereiten. Die Arbeiterschaft sollte der Bourgeoisie ein Alibi für den Rückzug verschaffen.

Diesen nichtswürdigen Plan hat die Ruhrarbeiterschaft unter der Führung der Kommunistischen Partei zu durchkreuzen verstanden, trotzdem die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Burgfriedenspolitiker das Ihre taten, um ihn gelingen zu lassen. Die Durchkreuzung dieses Plans war deshalb nicht nur ein Schlag gegen die Bourgeoisie, sondern ebenso sehr gegen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen.

Die Bourgeoisie hat jetzt ihre Taktik geändert. Dazu veranlaßten sie nicht nur die im Ruhrstreik wie in Oberschlesien erhaltenen Schläge, sondern auch die tiefe Gärung in den breiten Massen unter der Wirkung der neuen Preissturzwellen. Es schien der Bourgeoisie nicht [386 (354)] ratlich, bei voraussichtlich noch geraumer Dauer der Kapitulationskrise und steigender Erregung der Massen es auf Fortsetzung des direkten Angriffs auf die Massen anzulegen. Sie versucht es jetzt mit einer Taktik der Scheinkonzessionen, der Scheinrückzüge gegenüber der Arbeiterschaft, um zunächst die hochgehenden Wellen zu beschwichtigen. Und auch dabei leisten ihr Sozialdemokratie und Gewerkschaften Vorspanndienste.

Zunächst wird eine neue „Markstützungsaktion“ eingeleitet. Da das Pulver der Reichsbank so ziemlich verschossen ist, soll es diesmal mit rein börsenpolizeilichen Maßnahmen gehen. Das Stichwort gaben wieder einmal die ökonomischen Leuchten der Sozialdemokratie, die bereits auf die plattesten Mogeleien herabgesunken sind. Zentralisierung des Devisenhandels hieß das Stichwort. Ein ökonomischer Abc-Schütze konnte der Regierung sagen, daß die angewandten Mittelchen alsbald versagen mußten. Die zweite „Stützungsaktion“ der Mark hat denn auch gerade ungefähr soviel Tage vorgehalten, wie die erste Monate. Börsenjobbers, Bankherren und Schwerindustrielle nahmen denn die neue Weisheit sogleich mit ironischem Grinsen auf, fanden im Handumdrehen die Umgehung und verstanden ebenso schnell die neue Markstützung zu einem Riesengeschäft für sich zu machen. Im Augenblick, wo wir dies schreiben, notiert der Dollar „offiziell“ 153.000, in Wirk-

lichkeit rund 200.000. Die Differenz zwischen dem „offiziellen“ Kurs und dem Kurs darauf sich bildenden „freien“ Kurse (man könnte ihn auch „schwarzen“ nennen), nutzen Spekulation, Banken und Industrie profitabel auf Kosten des Reichs, d. h. der steuerzahlenden proletarischen Massen aus. Eine neue riesige Preiswelle rollt heran. Die zweite „Markstützung“ ist erledigt in dem Augenblick – wo die Ausführungsbestimmungen (und was für welche!) erscheinen. Der Damm aus Spinnweben ist geborsten.

Den zweiten Damm gegen die anschwellende Empörung der Massen sollten die „wertbeständigen Löhne“ bilden. Sie sollten die Lohnkämpfe abfangen. Nun sind „wertbeständige Löhne“ eine „schöne Sache“, besonders wenn sie höher sind als die jetzigen Kulilöhne; aber es geht der Arbeiterschaft damit, wie mit Reuters Pflaumen und Rindfleisch: sie bekommen sie nicht. Wertbeständige Löhne ohne staatliche Kontrolle und Regulierung der Preise und der Valuta sind an sich ein ökonomischer Unsinn. Aber Regierung und Industrielle denken nicht im Traum daran, sich etwa im Verhandlungsweg auf Maßregeln einzulassen, die auch nur die gegenwärtigen Hungerlöhne einigermaßen zu halten ermöglichen, geschweige denn, daß sie eine Erhöhung der Reallöhne kampflos zugestehen würden. Der Kampf um reale Lohnerhöhungen bleibt der Arbeiterschaft nicht erspart. Wir stellen den Friedensreallohn als Visierpunkt für den Kampf auf, sind uns aber dabei bewußt, daß eine wirkliche Erhöhung der Reallöhne bereits politischen Machtkampf erfordert. Denn der Wiederaufbau des deutschen Kapitals stützt sich auf sinkende Reallöhne, auf den fortgesetzt sich steigernden Raub am wirklichen Wert der Arbeitskraft. Die Befriedigung der Reparationsforderungen der Entente sucht das Kapital nur auf diesem Wege, wenn ihm nicht die Macht der Arbeiterklasse, die um das physische Existenzminimum kämpft, entgegentritt.

Die Illusion des „wertbeständigen Lohnes“ bei uneingeschränkter Erhaltung der in Deutschland gegenwärtig bestehenden kapitalistischen Ausbeutungsbedingungen, wird sehr kurzlebig sein, trägt bereits den Todeskeim in sich.

[387 (355] Wenn die rückzugsstrategische Maßregel der Markstützung bereits erledigt ist, so wird die der „wertbeständigen Löhne“ morgen erledigt sein.

Gleichzeitig wird die Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides aufgehoben und werden die Verbrauchssteuern riesig erhöht.

Die defensive bürgerliche Rückzugsstrategie ist bereits am Ende des Lateins. Sie ist zusammengebrochen an der allerkurzsichtigsten kapitalistischen Rafferei, die der Bourgeoisie nicht einmal mehr erlaubt, als Klasse eine Politik zu treiben, die über einen Tag hinaussieht.

Was wird der nächste Schritt sein? Er kann nur sein: nach außen der Uebergang aus dem strategischen Rückzug in die panische Flucht, in den Zusammenbruch; nach innen die Wiederaufnahme des Angriffs auf die Arbeiterklasse in erweitertem Umfang.

Dafür rüstet die Bourgeoisie fieberhaft. Die Arbeiterklasse muß sich mit aller Energie und mit aller Beschleunigung kampffähig machen.

*

Zur Lohn- und Preisfrage.

Von Fritz Heckert.

I.

Mit seiner berühmten Rede über „Lohn, Preis und Profit“ hatte Karl Marx für die sozialistische Welt das Problem der Lohnfrage geklärt. Heute aber scheint es, als ob in der Arbeiterbewegung all das, was der Altmeister des Sozialismus über dieses Problem gesagt hat, vergessen sei. Heute ist die Lohnfrage nicht nur wieder in den Mittelpunkt der Diskussion in der Arbeiterbewegung gestellt, sie ist wieder ein Problem geworden. Seit mehreren Monaten reden die Arbeiter in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaftsversammlung über das Lohnproblem. Die Zeitungen der Arbeiter und auch die Zeitungen der Bourgeoisie sind voll von Erörterungen, wie das brennend gewordene Lohnproblem gelöst werden kann und soll. In allen Parlamenten, in den Ministerstuben, am Verhandlungstisch

spielt das Lohnproblem die größte Rolle. Nirgends scheint mehr Klarheit zu sein, überall ist ein Suchen. Auch in den Kreisen der Kommunisten fehlt noch eine klare und eindeutige Beantwortung der Lohnfrage. Es muß darum unsere Aufgabe sein, im Interesse der Arbeiterklasse schnell eine gründliche und den Anforderungen des täglichen Kampfes entsprechende Lösung zu finden. Für die Arbeiterklasse ist die Lohnfrage keine akademische Frage, sondern die Frage ihres Seins oder Nichtseins.

In der gesunden kapitalistischen Periode war die Lohnfrage ganz einfach. Im Arbeitslohn zahlte der Unternehmer als Käufer der Ware Arbeitskraft ein Aequivalent, nämlich die Summe von Gütern, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig war. Der Wert der Ware Arbeitskraft wurde in ihrem Kaufpreis ersetzt. Dabei wurde mit der ständig wachsenden technischen und geistigen Kultur ein immer höherer Preis gezahlt. Das von Lassalle entdeckte eherne Lohngesetz, nach dem der Unternehmer angeblich immer nur die minimale Summe von Lohn zahlte, die zur Erhaltung der physischen Existenz des Arbeiters notwendig sei, ist schon von Karl Marx als ein großer Irrtum erwiesen worden.

[388 (356)] Vor dem Kriege wußte jeder Gewerkschaftsführer, daß der Arbeitslohn nicht nach seiner nominellen Höhe gemessen werden durfte, sondern daß man, um festzustellen, ob der Arbeiter richtig entlohnt wird, die reale Kaufkraft des Lohnes und die allgemeine Kulturentwicklung nach vorwärts in Betracht ziehen muß. Es gehörte zum Einmaleins jedes Gewerkschaftsfunktionärs, daß durch die Gewerkschaften der Kampf geführt werden muß um einen größeren Anteil des Arbeiters am Arbeitsprodukt. Der Inhalt des Gewerkschaftskampfes war die Verschiebung der Anteile am Arbeitsprodukt zugunsten des Arbeiter.

Diese klare und einfache Grundlage in der Beurteilung der Lohnfragen ist von den Reformisten aufgegeben worden. Wußte früher jeder Gewerkschaftsführer, daß der Kampf um den Lohn ein Klassenkampf ist, so soll das heute ganz anders sein. Nach Meinung vieler Gewerkschaftsführer scheint das nur ein technisches Problem zu sein. Früher stand fest: In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es zwei Klassen, die sich unversöhnlich gegenüberstehen, weil ihre Klasseninteressen unvereinbar miteinander sind. Niemand in den Gewerkschaften – sofern es nicht Gelbe waren – wagte von den gemeinsamen Interessen von Kapital und Arbeit zu reden. „Die Harmonieduseler“ wurden mit beißendem Hohn, mit Verachtung und Haß überschüttet. Seit dem Kriege ist das alles anders geworden. Da haben die Reformisten plötzlich entdeckt, daß es ein den Klassen übergeordnetes „Volksinteresse“ gibt, dem das Proletariat sein Klasseninteresse unterzuordnen hat. Burgfriede und Arbeitsgemeinschaft kennzeichnen diese neue Einstellung von der Harmonie der Klassen, vom gemeinsamen Volksinteresse.

In der reformistischen Bewegung machen sich imperialistische Tendenzen bemerkbar, wenn der Staat ein im Kriege siegreicher Staat war: Gompers in Amerika, J. H. Thomas und Hodges in England, Merrheim in Frankreich repräsentieren diese Tendenz oder nationalegoistische Tendenzen, wie sie von Tayerle in der Tschechoslowakei, Żuławski in Polen vertreten werden, oder in den Ländern, die im Kriege unterlegen sind wie Deutschland und Oesterreich, nationalaltruistische Tendenzen. Das Grundmotiv aller Handlungen der Gewerkschaftsführer ist aber das gleiche: das Proletariat muß Rücksicht nehmen auf die Interessen des Staates, seine Ansprüche müssen der Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaft angepaßt werden. Dabei wird ganz vergessen, daß der Staat das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist, um deren Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, und daß die kapitalistische Klasse herrscht und alle ihre Maßnahmen der Erhaltung des kapitalistischen Systems dienen. Staatsdienst heißt also Dienst für den kapitalistischen Staat, Rücksichtnahme auf die Wirtschaft, Rücksichtnahme auf die kapitalistische Wirtschaft, Unterordnung des Klasseninteresses unter das Volksinteresse, Unterordnung der Arbeiterschaft dem Interesse der Kapitalisten.

Der Fluch, der das kapitalistische System im Weltkrieg und der ihm nachfolgenden Weltwirtschaftskrise getroffen hat, wird somit zum Fluch für die Arbeiterklasse. Krieg und nachfolgender kapitalistischer Friede haben das Fundament der kapitalistischen Wirtschaft zerschlagen. Der Kapitalismus tritt nicht mehr als Entfalter und Entwickler der Produktion auf, er ist zu einem Hemmnis

der Produktion geworden. Die kapitalistische Klasse lebt und setzt ihr Profitmachen fort, indem sie alle Zwischenschichten zwischen sich und dem Proletariat vernichtet, sie in das Proletariat oder in das Lumpenproletariat hinunterstößt [389 (357)] und indem sie der Arbeiterklasse ständig das Lebensniveau senkt. Im buchstäblichen Sinne befindet sich der Kapitalismus in einer Situation, in der er seine Arbeiterklasse nicht mehr ernähren kann. Er muß sie dem Tode überliefern, auch wenn er weiß, daß das der Untergang seiner eigenen Ordnung ist. Für diese Feststellung geben die fünf Jahre, die dem Kriege folgten, tausendfältige Beweise. In den besiegten Staaten, wie in den Siegerländern ist die Situation im Wesen ganz gleich. Es sind höchstens graduelle Unterschiede vorhanden. Z. B. in England sind schon seit drei Jahren 1½ bis 2 Millionen Arbeitslose, 15 Millionen Hungernde. Der Staat braucht zur Erhaltung dieser Elenden jährlich mehr als 100 Millionen Goldpfunde, die er den arbeitenden Klassen Indiens abpreßt. Wenn sich die Löhne der Arbeiter und die Arbeitsgelegenheit in einigen kapitalistischen Staaten in den letzten Jahren ein wenig gebessert haben, so sind das nur lokale, vorübergehende Erscheinungen und kein Beweis für die Wiedergesundung des kapitalistischen Systems, Zeichen für eine Ueberwindung der geschichtlichen Krise des Kapitals. (Hier sei nur nebenbei angedeutet, daß in den letzten Wochen sich in Amerika die Fallissements sehr häufen.)

Die allgemeine Tendenz dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung ist also: Herabdrückung des Anteils des Arbeiters am Arbeitsprodukt und dieses nicht als Folge verbesserter Technik und Organisation, also wirtschaftsverbessernder Faktoren, sondern im ungeheuer überwiegenden Maße durch Veränderung des Verhältnisses des Anteils des Lohnes am Preis des Produktes. Vor dem Kriege betrug der Lohn des deutschen Bergarbeiters, auf alle Reviere berechnet, 52 Prozent vom Kohlenpreis. Vor der letzten großen Streikbewegung im Ruhrgebiet und in Oberschlesien war der Lohnanteil auf 9½ Prozent gesunken. Im englischen Bergbau sehen wir das gleiche, wenn auch noch nicht in diesem Umfange wie in Deutschland. Und wie im Bergbau, so haben sich die Verhältnisse in allen Industrien entwickelt. Ende Mai betrug der Reallohn aller deutschen Arbeiter ungefähr 28 Prozent des Lohnes der Vorkriegszeit. Dabei ist festgestellt, daß die individuelle Leistung der Arbeiter im großen ganzen gleich ist, in vielen Fällen aber höher als die Vorkriegsleistung. Nirgends ist zu bemerken, daß ernste Faktoren vorhanden sind, die diese Tendenz aufheben.

Die tatsächlichen Zustände werden der Arbeitermasse verschleiert. Es gibt in Deutschland keine Statistiken, aus denen der Proletarier den Grad seiner Verelendung ablesen kann. Wir werden in einem späteren Artikel dafür den Beweis liefern. An der Verdunkelung der wirklichen Zustände haben natürlich die Kapitalisten das größte Interesse; sie führen das Proletariat bewußt in die Irre. Aber diese Verwirrung wird weiter mächtig gesteigert durch die Reformisten. Ihre arbeitsgemeinschaftliche Ideologie läßt sie den wahren Sachverhalt nicht sehen oder wenn sie schon die gar zu offen auftretenden Tatsachen nicht übersehen können, so suchen sie nach Erklärungen des Zustande, die vollständig irreführend sind. So können die Reformisten, weil sie die Tendenz der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung nicht sehen oder sehen wollen, dem Proletariat auch keinen Weg zeigen, der es aus seiner Misere herausführt oder auch nur das Lohnproblem wieder klar macht.

Um den drohenden Ausbruch gewaltiger Klassenkämpfe mit revolutionärer Konsequenz zu verhindern, haben die Reformisten jetzt die Fiktion von der Möglichkeit der Einführung eines wertbeständigen [390 (358)] Lohnes aufgebracht. Der wertbeständige Lohn stellt eine technische Lösung des Lohnproblems ohne Klassenkampf dar: Er soll verhindern, daß die Arbeiterklasse immer tiefer in den Abgrund gleitet. Der wertbeständige Lohn soll die fortschreitende Divergenz von Lohn- und Warenpreisen abdämmen. Die Forderung stellt bestenfalls einen Versuch dar, das jetzige Elend der Arbeiter stabil zu machen. Natürlich glauben viele Gewerkschaftsführer, der wertbeständige Lohn sei nicht nur möglich, sondern könne auch die Basis werden, auf der man wieder wie in Vorkriegszeiten den langsamen Aufstieg der Arbeiterklasse zu besseren Arbeitsbedingungen beginnen könne. Aber was man sich unter dem wertbeständigen Lohn auch vorstellt, man hofft ihn zu erreichen ohne revolutionären Kampf, ohne Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft, ohne Störung der Ruhe und Ordnung des bürgerlichen Staates.

Der wertbeständige Lohn ist nicht einmal ein klarer Begriff, unter dem sich jeder das gleiche vorstellt. Im Gegenteil, jeder kann sich darunter denken, was er will: Z. B. der Goldlohn als wertbeständiger Lohn wurde nicht nur von simplen Arbeitern in der Werkstatt gefordert, die sich darunter einen Friedensminimallohn vorstellen, er wurde auch verlangt vom Vorstand des Berliner Baugewerkbundes. Aber hier nur in einer Höhe von wöchentlich 10 Goldmark, umgerechnet in Papier, oder vom Vorsitzenden der Berliner Betriebsräte, Emil Barth, der sechs Dollar Wochenlohn verlangt, nicht um in Zukunft den Lohn in amerikanischer Währung zu zahlen, sondern weil er einen genauen Umrechnungsfaktor für das Geld in Papiermark braucht und wohl sah, daß die deutsche Reichsbank versucht, das Gold in Deutschland unter seinem Wert zu kaufen. Der DMV in Brandenburg erklärte, den wertbeständigen Lohn erreicht zu haben, als er einen Vertrag mit dem Unternehmertum abschloß, mit einer Basis von sechs Goldmark in der Woche. Bei ihren Streiks verlangten die Bergarbeiter einen Kohlenpreislohn, die Landarbeiter einen Roggenpreislohn, andere wieder forderten Indexlöhne. Kurz x Losungen für den wertbeständigen Lohn, bis die offizielle Gewerkschafts- und Regierungsbürokratie erklärte, der wertbeständige Lohn sei etwas ganz anderes, als in allen diesen Losungen stehe.

Die Kommunisten fordern den Durchschnittsfriedensreallohn. Der Friedensreallohn ist der Lohn der Vorkriegszeit, ausgedrückt in den Quantitäten und Qualitäten der Waren, die der deutsche Arbeiter für den gesellschaftlichen Durchschnittslohn kaufen konnte. Dieser Friedenslohn war ein sehr niedriger Lohn. Der deutsche Arbeiter stand mit seinem Arbeitseinkommen lange nicht an erster Stelle und der niedrige deutsche Arbeitslohn ermöglichte dem deutschen Kapital, von dem in den Jahren 1910 bis 1913 jährlich ungefähr 40 Milliarden betragenden Nationaleinkommen je 12 Milliarden zu akkumulieren. Dieser Friedensreallohn ist also keine unverschämte Forderung. Keine paradiesischen Zustände werden sich für die deutschen Arbeiter nach seiner Einführung ergeben. In ihm ist nicht berücksichtigt eine Entschädigung dafür, was der Arbeiter im Krieg und in der Nachkriegszeit verloren hat, keine Reparation seiner geschädigten Gesundheit und seines Hausstandes. Der Friedensreallohn ist nur ein Minimum, eine vorläufige Etappe des Arbeiterkampfes, kein Endziel.

Aber eins hat diese Forderung des Friedensreallohns vor allen anderen Forderungen voraus, sie ist nicht verschwommen. Der Friedensreallohn ist etwas greifbares. Jeder Arbeiter kann nachprüfen, ob es mit ihm seine Richtigkeit hat. Die Summe und die [391 (359)] Qualität aller Nahrung, Kleidung, Wohnung, Kultur- und sonstige Bedürfnisse, die in der Vorkriegszeit vom Lohn gedeckt wurden, lassen sich jederzeit feststellen. Und wenn der Lohn so hoch sein soll, daß dieser Bedarf davon gedeckt werden kann, seine Umrechnung in Papiermark ist nur ein einfaches Rechenexempel: man addiert einfach die jeweiligen Markpreise, für die man diese schönen Dinge der Vergangenheit kaufen kann.

Der Friedensreallohn ist also der einzige reelle Messer für den Arbeiter, an dem er feststellen kann, ob und um wie viel er betrogen wird. Gerade aber darum wollen die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsführer nichts von ihm wissen. Mit einem solchen Wertmesser würden sich die reformistischen Erfolge, die praktischen Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft auf ihren wahren Un–wert reduzieren. Der Friedensreallohn als Forderung ist der größte Entlarver der gemeinen Raub- und Betrugspolitik, die an der deutschen Arbeiterklasse seit neun Jahren verübt wird. Sie wird die Geißel werden, mit der die Arbeiter ihre offenen und verkappten Feinde schlagen werden.

Der Friedensreallohn wird auch mit einem Schlage den ganzen niederträchtigen Indexschwindel aufhellen. Heute streiten sich die Professoren, die Gewerkschaftsführer, die Behörden, die Kapitalisten über die Methode der Indexberechnung und jeder hat sein System zur Verschleierung des wahren Zustandes. Für alle ist der Index eine technische Methode zur Vertuschung dessen, was sein soll und nicht ist. Setzt man alle Indexberechnungsarten nebeneinander, die in Deutschland üblich sind, so gibt jede andere Resultate und alle haben nur das eine gemein, sie stehen in einem krassen Widerspruch zu der tatsächlichen Lage. Sogar Kuczynski, der gegenwärtig für die Arbeiter noch die günstigsten Berechnungen aufstellt, hat in seiner Berechnung nicht die gleichen Quantitäten und Qualitäten der Dinge beibehalten, die der Arbeiter in der Vorkriegszeit konsumierte. Ja, er hat sie auch nicht entfernt durch gleichwertige ersetzt.

Die Grundlage aller Versuche, den Arbeitslohn wieder zu heben, kann und darf nicht ein Mittel sein, das den Gesetzen der Entwicklung der Gesellschaft widerspricht. Der Klassenkampf allein ist der ausschlaggebende Faktor alles gesellschaftlichen Werdens. Er muß wieder in der Arbeiterbewegung den Platz einnehmen, der ihm gebührt, und nur in seiner rücksichtslosen Anwendung werden wir die Lohnfrage für das Proletariat lösen. Unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes, der allein dem Proletariat zu seinem Recht helfen kann, wollen wir nach dieser Einleitung in einer Reihe weiterer Artikel alle Seiten des Lohn- und Preisproblems der Gegenwart eingehend beleuchten. [392 (360)]

Die Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerfall Europas.

Von A. L a p i n s k i.

(Schluß.)

6. Die Widersprüche der französischen Reparationspolitik und die Wege des kapitalistischen Wiederaufbaus.

Vom ersten Moment nach der Beendigung des Krieges an stehen wir dem Ringen z w e i e r G r u n d t e n d e n z e n in der Reparationspolitik gegenüber. Ihr Gegensatz wurde zu einem internationalen Gegensatz, da eine dieser Tendenzen vornehmlich von England, die andere von Frankreich vertreten wurde. Aber demselben Gegensatz begegnen wir auch in der inneren Politik Frankreichs: er folgte dort der Linie derselben wirtschaftlichen Klassengegensätze und -interessen, die den englisch-französischen Gegensatz bestimmen.

Die einander bekämpfenden Tendenzen in der Reparationspolitik Frankreichs bieten ungefähr folgendes Bild. Wir entwerfen es mit dem Vorbehalt, daß erstens in dem engen Rahmen des vorliegenden Artikels nur die allgemeinsten Umrisse skizziert werden können; daß zweitens selbst bei den flüchtigsten Versuchen der Schilderung des Labyrinthes der französischen Reparationspolitik, ihrer Grundelemente und -strömungen gewisse Vereinfachungen und Willkürlichkeiten unvermeidlich sind. In der Reparationspolitik Frankreichs lassen sich z w e i G r u n d t e n d e n z e n unterscheiden, deren jede in den gegensätzlichen Bestrebungen und Interessen bestimmter sozialer Schichten wurzelt. In verschiedenen Momenten und unter verschiedenen Bedingungen kommen diese Tendenzen mit ungleicher Kraft zum Vorschein, und nur selten treten sie in „reiner“ Form hervor: sie kommen einander in zahlreichen Abstufungen und Schattierungen bald näher, bald entfernen sie sich voneinander.

Am stärksten und am entscheidensten hat die bisherige Reparationspolitik Frankreichs zweifellos jene Klasse bestimmt, die heute in der französischen mehr als in irgend einer anderen kapitalistischen Gesellschaft die ganze „Nation“ in sich ausnimmt und sie vertritt. Diese Klasse ist das K l e i n b ü r g e r t u m (im weitesten Sinne des Wortes, also auch mit Einschluß der Bauernschaft).

Das vorherrschende Interesse dieser sozialen Klasse ist gegenwärtig darauf gerichtet, ihre Klassenstellung aufrechtzuerhalten, die Deklassierung nicht zuzulassen, die schon durch den allgemeinen Prozeß der kapitalistischen Entwicklung bedingt, durch die Kriegsfolgen verschärft wurde, und deren unmittelbarer Faktor unter anderem die Inflation ist. Das Kleinbürgertum verteidigt den Wert seiner Ersparnisse, es verteidigt den Kurs der nationalen Geldeinheit. Der Wohlstand „jedes“ Franzosen und insbesondere jedes französischen Bauern ist eine jener Legenden, die schon längst ihrer Zerstörung oder wenigstens einer Anpassung an die Wirklichkeit bedürfen. Im Jahre 1907 bei der Debatte aus Anlaß des Entwurfs der Einkommensteuer gab René R e n o u l t die Zahl der französischen Einkommen unter 3000 Francs auf über 10 Millionen (darunter über 9½ Millionen unter 2500 Franes) an, während nur eine Million Einkommen die Ziffer von 3000 Francs überschritt.

[393 (361)] Nicht weniger auffallend ist die ungleichmäßige Verteilung des bäuerlichen Bodenbesitzes. Nach den Resultaten der Enquete von 1892 hatten von nahezu 6 Millionen Bodenbesitzer Frankreichs nur 300.000, also nur etwa ein Zwanzigstel, ein Einkommen von über 1000 Francs jährlich, aber dieser geringe Teil verfügte über die Hälfte der Agrarproduktion Frankreichs.

Die angeführten Zahlen zeigen, wie scharf die sozialen Gegensätze im heutigen Frankreich sind. Dafür bleibt Frankreich auch heute zweifelsohne jenes Land, in dem die Schichten der Besitzer von kleinen, oft einfach minimalen Ersparnissen zahlreicher als irgend wo anders ist, der Ersparnisse, die die tatsächliche soziale Lage ihrer Besitzer nur sehr schwach oder auch gar nicht zum Ausdruck bringen, dafür aber ihnen die täuschende und um so zähere Illusion geben, daß sie auch Eigentümer sind und zur großen bürgerlichen Familie gehören. Diese ganze außerordentlich zahlreiche Klasse der kleinen und kleinsten Besitzer steht – neben dem städtischen und ländlichen Proletariat – jeder Teuerung feindlich gegenüber und hat Interesse an der Aufrechterhaltung bzw. an der Hebung des Frankkurses. Zu dieser Klasse muß man auch alle Rentner und Besitzer von allerhand fest verzinslicher Papiere rechnen, alle Versicherungsempfänger, Festbesoldeten, Staatspensionäre, Inhaber der Rechtstitel (und die ungeheure Mehrheit dieser auf b e s t i m m t e Summen lautenden Rechtstitel befindet sich bereits im Umlauf). Und schließlich – die Bauernschaft!

In bezug auf die Bauernschaft hat bereits die Inflation ihre für sie vorteilhafte Rolle ausgespielt, indem sie den Bauern die Abzahlung ihrer Hypothekenschulden ermöglichte. Heute ist diese Klasse, die nun in unerhörtem Tempo ihren Landhunger durch Bodenkäufe stillt, – abgesehen von der Tendenz zum Preistreiben für die Agrarprodukte – an der Kursstabilität der nationalen Geldeinheit interessiert. Zweifellos hat der Krieg die soziale Struktur Frankreichs wesentlich verändert. Ein französischer Schriftsteller berechnet die Zahl der durch den Krieg bereicherten Grundbesitzer nahezu auf 3½ Millionen.[*)] Dieser neue Reichtum wird vor allem in den staatlichen Wertpapieren angelegt, die im Laufe des letzten Jahrzehntes auf dem flachen Lande in Frankreich ungeheure Verbreitung fanden. Aus diesen Mitteln bestreitet der Staat den Wiederaufbau der verwüsteten Nordgebiete! Aber die Millionenmassen der Staatsgläubiger sind entschlossen, den Wert ihrer Papiere erbittert zu verteidigen.

Stark inflationsfeindlich, ist die französische Bauernschaft gleichzeitig die Klasse, die sich traditionell am hartnäckigsten der Steuerzahlung entzieht und bisher mit bemerkenswertem Erfolg gegen ihre Besteuerung ankämpft. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Einkommensteuer aus dem Grundbesitz im Rahmen der allgemeinen Einkommensteuer für 1921 auf rund 28 Millionen und für die ersten zehn Monate des Jahres 1922 auf 18 Millionen angesetzt wurde! Die lächerlich geringen Zahlen zeigen, wie außerordentlich ungleichmäßig die Steuerlasten Frankreichs verteilt sind. Man kann ohne jede Uebertreibung feststellen, daß die französische Steuerpolitik nach dem Kriege, den unausgesetzten Protesten des Handels und der Industrie zutrotz, auf die Befriedigung der Forderungen und Bedürfnisse der Bauernschaft eingestellt , was den übergroßen Einfluß der Bauernschaft auf die Regierung in Frankreich bestätigt. In einer ziemlich verbreiteten amerikanischen Finanzwochenschrift hieß es jüngst: „Von 610 Mitgliedern der Pariser Abgeordnetenkammer vertreten“ mehr als 400 [394 (362)] etwas, was als ein Farmerblock bezeichnet werden könnte, und dieser Bauernblock regiert gegenwärtig Frankreich“[**)]. Abgesehen von der zahlenmäßigen Uebertreibung, hat die von dem amerikanischen Schriftsteller beobachtete Analogie mit dem Farmerblock in den Vereinigten Staaten viel Richtiges an sich.

Trotz des ungemeinen Konservativismus Frankreichs wurde der Staat durch die unerbittlichen Notwendigkeiten der Nachkriegsperiode gezwungen, sein Steuersystem wesentlich auszubauen. Das normale oder sogenannte nationale Budget wird heute schon im Prinzip durch normale Steuereinnahmen gedeckt. Aber die Besteuerung des Grundbesitzes und der verschiedenen Formen des mobilen Geldkapitals bleibt relativ und absolut gering. Jede weitere Anziehung der Steuerschraube müßte vor allem und am stärksten gerade diese Eigentumskategorien treffen. Das riesige Passivum des Reparationsbudgets, das bisher ausschließlich aus dem Ertrag der kurzfristigen inneren Anleihen gedeckt wurde, die allmähliche Erschöpfung der Quellen des nationalen Kredits, die Unmöglichkeit der Konversionsoperationen bei dem heutigen hohen Zinsfuß – führen somit die ganze Reparationsfrage, das ganze Problem der französischen Außenpolitik vom Standpunkt der breitesten Schichten des französi-

[*)] Pierre A l b i n, La vraie figure de la France. Paris 1922, S. 289.
[**)] B a r r o n s National Financial Weekly. 30.IV.22.

schen Kleinbürgertums und der Bauernschaft auf ein brutales Dilemma zurück: entweder sie oder wir, entweder zahlen die Deutschen (und zwar vor allem in bar) oder zahlen Franzosen und zwar in der Form von gewaltigen Steuerlasten oder in der weniger auffälligen Form der Inflation, die den Ruin des Wohlstandes für die Einen, den Ruin der Illusionen für die Anderen, die kleinsten Besitzer, bedeuten würde.

Die Klasse der Kleinbesitzer und der Kleinrentner, die am meisten nationalistische, am wenigsten mit dem Weltmarkt verbundene Klasse, die geistig bornierteste, die die wirkliche soziale Basis der französischen wirtschaftlichen „Autarkie“ und der politischen „suffisance“ bildet, diese Klasse ist gleichzeitig die Hauptstütze der Reparationspolitik im engsten Sinne des Wortes, d. h. Politik, die sich die Aufgabe stellt, aus Deutschland mit allen Mitteln möglichst hohe Geldkontributionen auszupressen.

Gleichzeitig unterliegt diese Klasse am leichtesten der politischen Panik und die Sehnsucht nach dem „Frieden“ macht sie nur zu leicht zum Mittel der aggressiven Außenpolitik. Sie bietet ihre Unterstützung den militärischen, bürokratischen und journalistischen Cliquen sowie dem wenig veränderlichen Personal der höheren militärischen und diplomatischen Aemter, diesem klassischen Vertreter des französischen kleinbürgerlichen, abenteuerlichen und literarischen Imperialismus, der noch immer mit den territorial-diplomatischen Kategorien der Zeiten Ludwig XIV. oder Napoleons operiert.

Bei diesen beiden Gruppen geht die Frage der „Reparationen“ sehr leicht in die Frage der „Sicherheit“ über.

Als dritter im Bunde stehen in demselben Lager der Reparationsradikalen die großen französischen Depositenbanken (wie Societé Générale, Crédit Lyonnais, Comptoir National d’Escompte usw.) und die mit ihnen unmittelbar verbundenen Finanzkreise. Diese Banken, die in den Kreisen der Klein- und Mittelsparer sich besonderer Beliebtheit erfreuen, und sich hauptsächlich mit den normalen Bankoperationen und dem kurzfristigen Kredit befassen, gerieten während des Krieges in eine starke Abhängigkeit von der Banque de France. Da sie aus Furcht vor dem Risiko die Finanzierung der Industrie und des [395 (363)] Handels immer mehr der mächtigen Gruppe der Industriebanken (der sog. banques d’affaires) überlassen, richteten sie ihre Tätigkeit in steigendem Maße auf die Aufnahme der Emissionen der großen Staatsanleihen und spezialisierten sich somit in der Vermittlung zwischen den Klein- und Mittelsparern und dem stets geldbedürftigen Staate. Die ersten Nachkriegsjahre haben daran wenig geändert. Ein durch eine amerikanische Bank herausgegebenes Buch über die französischen Finanzen liefert folgende interessante Angaben über das prozentuale Verhältnis der Vorschüsse, die in den Jahren 1913 bis 1921 von der Banque de France und von den sechs bedeutendsten Kreditinstitutionen Privatpersonen gewährt wurden, zur Gesamtsumme der erteilten Kredite. Das Verhältnis betrug vor dem Kriege volle 100 Prozent, gegen Ende des ersten Kriegsjahres noch nahezu 69 Prozent, und hob sich erst nach einer Periode des unaufhaltsamen Sinkens bis zu 36 Prozent im Jahre 1918, auf 42 Prozent im Jahre 1921.[*)]

Alle übrigen verfügbaren Kreditmittel werden vom Staate in Anspruch genommen, der die mächtigsten Kreditinstitutionen des Landes allmählich immer stärker an sich fesselt. Während der Besitz der fünf größten Depositenbanken Frankreichs an Industriepapieren im Laufe der Jahre 1915 bis 1920 nominell unverändert bleibt (er beträgt 198 Millionen im Jahre 1915 und 196 Millionen im Jahre 1920), wenn er also, wenn man den Rückgang des Frankkurses berücksichtigt, sogar stark abnimmt, wächst der Besitz dieser Banken an liquidierten Effekten und an Staatswerten in geradezu beispielloser Weise und hebt sich von 1126 Millionen 1915 auf über fünf Milliarden im Jahre 1918 und auf über 10 Milliarden im Jahre 1920.[**)] Mit anderen Worten, die Staatswerte werden zu einem absolut ausschlaggebenden Posten in der Bilanz der großen Kreditinstitutionen, was diese großen Sammelbecken der Rentiergelder zur durchgreifenden Solidarität mit der großen

[*)] „French public Finance in the Great War and to-day.“ Newyork-Paris. Bankers Trust Co. 1922, S. 42.
[**)] Diese Ziffern entnehmen wir dem Werke Edm. Théry Conséquences économiques de la guerre pour la France.

Masse der Klein- und Mittelsparer führt. Das ist die Quelle des reparationistischen und antiinflationistischen Pathos solcher Leute wie François Marsal, gewesenem Finanzminister und früher Direktor einer der größten Kreditinstitute Frankreichs.

Aus diesen Elementen rekrutiert sich also die Armee der radikalen Reparationspolitiker. Auf der anderen Seite gruppiert sich alles, was mehr mit dem Weltmarkt und dem Welthandel verbunden ist und was auch in Frankreich das weniger „nationale“, weniger konservativ wucherische, mehr regsame und moderne Element darstellt. Hierher gehören die weiten Handels- und Industriekreise, die Spekulation und in einem gewissen Maß die großen Industriebanken, deren Macht in Frankreich im Laufe des letzten Jahrzehntes außerordentlich gewachsen ist. Diese Schichten vertreten den allgemeinen europäischen wirtschaftlichen Realismus und stehen der Versailler Reparationsdemagogie skeptisch gegenüber. Sie sind vor allem an der Intensivität und Schnelligkeit des Handelsumsatzes interessiert und hegen im Gegensatz zu rein rentnerischen Elementen geheime oder selbst offene Sympathien zur Inflation, als zum bewährten Mittel, den Handelsumsatz in spezifischer Weise zu beschleunigen und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erleichtern.

[396 (364)] Alle diejenigen, die „Ruhe“ in der Politik und dafür „Leben“ im Geschäft haben wollen und vor allem ihren neuerworbenen Reichtum ausbeuten und schnell vergrößern möchten, alle, die andererseits die Militärlasten und die fruchtlose diplomatische Katzbalgerei satt haben, wie auch diejenigen, die die erträglichen Fesseln der reaktionär-nationalistischen Diktatur lockern möchten, – alle sie liefern diesem Lager billige Rekruten. Hier treffen sich dauernd oder nur gelegentlich sowohl die machtvollen Geschäftsleute mit starkem Sinn für Realitäten und mit uferlosen Appetiten, die verwegen nach dem alten ehrwürdigen Reichtum und nach dem Staatsruder greifen, (der klassische Typus dieser Kategorie ist Loucheur), wie die schwankenden Radikalen, die in ängstlicher Opposition zum tobenden Kleinbürgertum stehen (der klassische Typus – Herriot) wie die mit niemand organisch verbundenen „Individualitäten“ (von der Art Briands), wie endlich die reformistischen Sozialisten, die sich als ehrliche Makler den Regierungen hüben und drüben anbieten – mit einem Wort, eine sehr gemischte Gesellschaft.

Dieses ganze Lager ist im Grunde jedes Plans und jedes Programms bar. Es weicht stets zurück vor dem überwältigenden Drang der kleinbürgerlichen „Nation“ nach Reparationen um jeden Preis, nach Rettungsmitteln gegen die drohende Steuerschraube. Der patriotische Terror trägt immer wieder Verwirrung in diese zerstreuten Gruppen hinein, die ihre Gedanken nur halblaut auszusprechen wagen und sich in kritischen Momenten stets vor den Politikern der „starken Faust“ beugen. Den Mut suchen diese Gruppen vor allem außerhalb des Landes, in England und Amerika zu schöpfen. Ihr Trumpf ist die Gefahr der Isolierung Frankreichs. Als im Januar dieses Jahres Millerand und Poincaré sich nach langem Zaudern dazu entschließen, über diese Gefahr hinwegzugehen, wird der Reparationsliberalismus nur noch zum politischen Schatten.

Die eherne Logik der internationalen ökonomischen und finanziellen Wirklichkeit kann jedoch in einem gewissen Zeitpunkt diese Tendenzen, die die Lösung der verwickelten Reparationsprobleme vor allem auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Möglichkeiten suchen, unerwartet stärken.

Die Gruppe der großen und sehr einflußreichen Finanz- und Industriebanken (wie Banque de Paris et des Pays-Bas, Banque de l’Union Parisienne, Crédit Mobilier Français usw.) kann dieser Interessen- und Tendenzengruppe nur mit gewissen Vorbehalten zugerechnet werden. Manche dieser Banken, wie insbesondere die Banque de l’Union Parisienne, sind gegenwärtig zu organisch mit der französischen Schwerindustrie verbunden (besonders mit der Firma Schneider-Creusot, deren Hauptvertreter Eugène Creusot in dem Verwaltungsrat dieser Bank in brüderlicher Eintracht mit dem berühmten lothringischen Montankönig de Wendel sitzt), um im Prinzip eine andere als die schwerindustrielle Politik treiben zu können. Wie fremd sie auch den Illusionen des kleinbürgerlichen Reparationsradikalismus gegenüberstehen, und wie nüchtern sie auch hier wie überall nach realen finanziell-industriellen Lösungen suchen, müssen diese Bankinstitute jedoch im Prinzip die

Bestrebungen einzelner einflußreicher Gruppen der Schwerindustrie zur Anwendung der militärischen Gewalt gegenüber dem zahlungsunwilligen Deutschland teilen.

Im allgemeinen jedoch muß der eigenartige und außerordentlich vielseitige Charakter der Tätigkeit der genannten Banken den von ihnen vertretenen Tendenzen den Stempel des Realismus und der [397 (365)] Mäßigung aufdrücken. Diese Banken sind relativ lose verbunden mit der großen Masse der Kleininteressenten und Kleinsparer und konzentrieren ihre Tätigkeit auf sorgfältig ausgewählte große finanzielle Objekte; dagegen sind sie in bezug auf ihre Betätigungsgebiete fast universal: indem sie sowohl die große Montanindustrie, wie die elektrische, wie die chemische Industrie, wie die Riesenunternehmungen in den französischen Kolonien, wie ganze Eisenbahnnetze, große Warenhäuser, Schiffahrtsgesellschaften, Petroleumgruppen, Import und Export usw. usw. finanzieren. Infolgedessen sind sie unlösbar mit dem ganzen System der französischen Großindustrie und des Großhandels verwachsen und schon aus diesem Grunde sind sie nur mittelbar an der deutschen Kontribution interessiert. Sie müssen vor allem die allgemeinen und die Gruppeninteressen des nationalen Handels und der Industrie vertreten, die die Festigung der Beziehungen mit dem Weltmarkt immer mehr anstreben.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es von großem Interesse, den Besitz der besagten Banken an Industriewerten mit dem Besitz der Depositenbanken zu vergleichen. Wenn bei den letzteren dieser Besitz im Jahre 1921 nicht mehr als $^1/_{50}$ bis $^1/_{100}$ der gesamten Aktiva ausmacht, macht er in den Industriebanken etwa ⅕ bis mindestens ⅙ der gesamten Aktiva aus.[*)] Es ist klar, daß diese Banken keinen Anlaß haben, einer Inflation, die den Industriewerten keinen Abbruch tut, besonders ängstlich entgegenzusehen.[**)]

Auf welcher Seite steht die französische Schwerindustrie, die nach der „Desannexion“ Lothringens zur politischen Macht ersten Ranges in Frankreich geworden ist? Die Stellung der Schwerindustrie zu den Reparationsfragen ist zweifellos ganz eigenartig. Sie ist die mächtigste Vertreterin sehr mächtiger Interessen, die jedoch nur Gruppeninteressen sind. Schon aus diesem Grunde passen diese Interessen nur schwer in den Rahmen der „nationalen“ Interessen, die vor allem durch die Hauptmasse der Nation, in Frankreich also durch das Kleinbürgertum bestimmt sind. Daher können solche Gruppeninteressen nicht immer mit offenem Visier auftreten. In Fällen eines Gegensatzes zu den herrschenden kleinbürgerlichen Kreisen wird die Schwerindustrie sich frontaler Angriffe auf die Regierung enthalten und seine Ziele so lange wie möglich mit dem Schein der gesamtnationalen reinen „Reparationspolitik“ zu verschleiern suchen. Ihr egoistisch-schwerindustrielles Programm bildet den Schamteil des nationalen Regierungsprogramms.

Tatsächlich ist die Schwerindustrie unmittelbar an den „Reparationen“ im Sinne einer Geldkontribution wenig interessiert. Und da sie naturgemäß in realen wirtschaftlichen Kategorien denkt, zweifelt sie an der Möglichkeit, aus Deutschland einen übermäßigen Tribut auszupressen und die deutsche Schuld schnell zu mobilisieren. Dagegen hat sie offensichtlich zweierlei unmittelbare Interessen: erstens muß [398 (366)] diese Industrie, die mehr als die Hälfte der Erzreichtümer Europas und ein Viertel der Eisenerze der Welt kontrolliert (das französische Nordafrika inbegriffen), angesichts der unzureichenden Aufnahmefähigkeit des französischen inneren Marktes bestrebt sein, sich sehr aufnahmefähige Absatzmärkte im Auslande sichern.[***)] Gesicherte Exportmöglichkeiten sind für die französische Montanindustrie die Frage ihrer Existenz. Und zweitens ist die französische Schwerindustrie von der Einfuhr großer Kohlen- und Koksmengen stark abhängig, die sie ange-

[*)] Wir stützen uns auf die Schätzungen von E. Baldy, Les banques d’affaires en France. Paris 1922 Nr. 26.

[**)] In dem von der bekannten „Societé d’Etudes“ (die den einflußreichsten französischen Industriekreisen nahesteht) veröffentlichten täglichem Bulletin finden wir in Nr. 31 vom 28. April d. J. folgende Feststellung:
„Was Frankreich z. B. anbetrifft, so ist es augenscheinlich, daß eine Industriebank, die zwischen 1918 und 1990 in industrielle Beteiligungen Geld angelegt hat und die Zahlungsverpflichtungen ihrer Kundschaft gegenüber in Franken hat, im Falle einer Steigerung des Frankenkurses eine unveränderlichen Passivposten haben wird und dagegen einen Aktivposten, der wie ein Chagrinleder zusammenschrumpfen wird.“

[***)] Schon vor dem Kriege, also vor der Eroberung der riesigen Erzvorräte Deutsch-Lothringens, führte die Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs einen bedeutenden Teil ihrer Produktion nach dem Auslande aus.

sichts der allgemeinen europäischen Koksarmut, wie auch aus geographischen Gründen in genügendem Umfang nur aus Deutschland bekommen kann. Es muß betont werden, daß im Rahmen der g e g e n s e i t i g e n Abhängigkeit der deutschen und der französischen Großindustrie die Abhängigkeit der französischen von der deutschen größer ist als umgekehrt: denn die deutsche Industrie verfügt über einen größeren inneren Absatzmarkt und ihre Einfuhrbedürfnisse beschränken sich auf eine gewisse Menge Metallerz. Uebrigens ist es eine allgemeine Erfahrung, daß das Erz eher der Kohle zustrebt, als umgekehrt; abgesehen von der unbestreitbaren organisatorischen (und zum Teil auch technischen) Ueberlegenheit der deutschen Industrie über die französische.

Unter diesen Umständen sucht die französische Industrie die Ungleichheit der wirtschaftlichen Chancen mit den Mitteln der Reparationsforderungen und der politischen Erpressung wettzumachen. Für die reinen „Reparationspolitiker“ ist Deutschland als Ganzes das Objekt, dagegen richten sich die viel konkreteren Begierden der französischen Montanindustrie auf das Hauptgebiet der deutschen Metall- und Kohlenproduktion, auf Rheinland-Westfalen. Gleichgültig gegenüber dem Reparationsrausch, frei von vielen Reparationsillusionen, stellt sich die französische Schwerindustrie vor allem w i r t s c h a f t l i c h e Z i e l e: sie will sich den deutschen Absatzmarkt und die dauerhafte und reichliche Zufuhr der deutschen Kohle und des deutschen Kokses sichern.

Die Politik der französischen Montanindustrie ist also in ihrem Wesen einheitlich und nimmt zwischen beiden Polen der französischen Reparationspolitik eine eigenartige Stellung ein. Dies vorausgesetzt, bestehen innerhalb des „Comité des forges“ manche Differenzen in bezug auf die Kampfmodalitäten und auf den Umfang der Kampfziele.

Das „desannektierte“ Lothringen muß die Zerreißung des noch vor kurzem einheitlichen Organismus der westfälisch-lothringischen Industriegebiete schmerzlicher empfinden als die Industrie anderer Teile Frankreichs. Die Industrie in Lothringen (im altfranzösischen wie im „desannektierten“) hängt in stärkerem Maße als die der zentralen und westlichen Departements Frankreichs von der Zufuhr der deutschen Kohle und des deutschen Koks ab. Dabei umfaßt sie vor allem die Produktion der Rohstoffe und der Halbfabrikate, ist vollkommen auf die Massenproduktion eingestellt und ist im höchsten Grade abhängig von dem Absatz auf dem freien Markt und vor allem vom Export.

Dagegen ist die Industrie anderer Teile Frankreichs, wie vor allem in Mittelfrankreich (die berühmten Betriebe von Schneider-Creusot) zum Teil auch im Norden und Nordwesten schon historisch und geographisch viel weniger vom deutschen Koks und vor allem vom [399 (367)] deutschen Absatzmarkt abhängig. Dabei stellt sie in höherem Maße eine v e r a r b e i t e n d e Industrie dar und hängt vor allem von Regierungsaufträgen ab. Sie kontrolliert auch außerhalb des Landes machtvolle Zentren der Metallurgie, die überall mehr oder weniger eng mit dem Staatsapparat verknüpft sind: es ist dies jene klassische „Schwerindustrie“, die mehr oder weniger organisch mit dem modernen Militärstaate verwachsen ist und eine der Stützen seiner imperialistischen Politik bildet.

Selbstverständlich können die politischen Schattierungen innerhalb der französischen Schwerindustrie nicht ausschließlich durch geographische Verhältnisse erklärt werden: der Besitz der Industriemagnaten ist heute territorial ziemlich zerstreut, und der in letzten Jahren in verschiedensten Formen und Richtungen schnell fortschreitende Konzentrationsprozeß (obwohl noch sehr entfernt von den deutschen Höheformen) hat auch hier nivellierend gewirkt. Trotzdem tragen diese differenzierten Tendenzen in die Politik der französischen Schwerindustrie Elemente des Schwankens und manche Reibungen hinein. Wir finden bei den einen ein sichtbares Mißtrauen zum Staate, die Furcht, daß der Staat bei der Liquidierung der Reparationsfrage ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse nicht genügend berücksichtigen wollen und können wird, vielleicht auch die nicht ausgesprochene Ueberzeugung, daß ohne die gewaltsame und übermäßige Intervention des Staates es leichter gewesen wäre, unmittelbar mit den deutschen Industriellen zu einem Einvernehmen zu kommen, und schließlich eine größere Nervosität gegenüber den sich gegenwärtig aus dem Ruhrabenteuer ergebenden unmittelbaren Schwierigkeiten, die von der lothringischen Industrie naturgemäß stärker empfunden werden. Folglich haben wir hier eine Tendenz für relativ versöhnlichere Methoden, wobei auch die Gefahr der außenpolitischen Isolierung, der Einfluß der angelsächsischen Welt mitspielen mag. Dies bedingt eine gewisse Verwandtschaft dieser Gruppe mit den Repa-

rationsliberalen und trägt ihr seitens der Reparationsultras den Vorwurf „antinationaler“ Gesinnung ein.

Die andere Gruppe der Schwerindustrie hat im Gegenteil die Neigung, die staatliche Macht und die Waffe der Reparationserpressung in vollem Umfange auszunützen. Diese Gruppe, die mit der ganzen Politik des jetzigen militaristischen und imperialistischen Staates verbunden ist, steht den für sie angenehmen Schlagworten der „Grenzsicherung“ und der gesamten nationalistischen Demagogie sympathisch gegenüber. Diese Leute erstreben mehr als irgendwelche Lieferungsverträge, die den Austausch von Kohle und Koks gegen Erz garantieren sollen, sie wollen unmittelbare Beherrschung der westfälischen Kohlenschätze in der Form der Staatskontrolle oder in der des einfachen Eigentumswechsels, die restlose Ausnützung der militärischen Gewalt (wie im Saargebiet), um sich im ganzen Riesenindustriegebiet, an den Grenzen Frankreichs, Belgiens und Deutschlands, die tatsächliche Hegemonie zu sichern. Diese Politik berührt sich sehr nahe mit der Reparationspolitik des Kleinbürgertums, sie nützt sie aus und macht sie sich zugute, um – in kritischen Momenten der Enttäuschung über die friedlichen Methoden und der einsetzenden Panik des Kleinbürgertums – den unmittelbaren Einfluß auf die Regierungsentscheidungen zu gewinnen.

Dieser Einfluß gehört zu den politischen „pudenda“, zu den dicht verschleierten Kapiteln der französischen Politik. Es ist charakteristisch, [400 (368)] wie den Bestrebungen der Industrie von der inspirierten Presse verschwiegen und in den verschiedenen offiziellen Reparationsprogrammen umgangen werden. Der kleinbürgerlichen Masse sind die Bedürfnisse der Großindustrie schließlich eben Hekuba, während die Industrie, trotz aller Divergenzen, als Ganzes bestrebt ist, den verfahrenen Reparationskarren in die Bahnen der industriell-wirtschaftlichen Lösungen zu lenken. In dieser Hinsicht ist die Politik der französischen Schwerindustrie vollkommen einheitlich.

Die Politik aller nacheinander folgenden französischen Regierungen war eine Politik des Schwankens zwischen diesen Gegensätzen. Welche von beiden Tendenzen, die reine Reparationstendenz oder die wirtschaftliche Tendenz wird im entscheidenden Moment, bei der Liquidierung des gegenwärtigen Konfliktes die Oberhand gewinnen?

Das absolute Vorwiegen der ersten Strömung müßte die Fortsetzung der kleinbürgerlich-imperialistischen Zerrereien bedeuten, die Verewigung der Konflikt- und Krisenperioden, des wirtschaftlichen Chaos zumindest in einem Teil Europas. Das Vorwiegen der zweiten Strömung wäre ein Sieg der großkapitalistischen Wiederaufbautendenzen, der Bestrebungen, die Bedürfnisse des Handels und der Industrie in den Vordergrund zu rücken und die Höchstformen der Industrieorganisation und der kapitalistischen Konzentration im Wirtschaftsleben zu verwirklichen. Dieser Sieg würde wahrscheinlich den Weg öffnen für den Zufluß des angelsächsischen Kapitals nach dem europäischen Kontinent, die realsten Vorbedingungen für die „Rückkehr“ Amerikas nach Europa schaffen. Das angelsächsische Kapital wird seinen Einzug in das besiegte Europa nicht als Anleihekapital, sondern als Anlagekapital feiern.

Doch wird keine dieser Lösungen das finanzielle Problem Frankreichs restlos erledigen können. Selbst die höchsten von Deutschland geleisteten Entschädigungen (und die Höchstgrenze der realen französischen Hoffnungen bildet der Betrag von 26 Milliarden Goldmark) werden nur zu einem geringen Teil die riesige Bilanz der französischen inneren und äußeren Verschuldung ausgleichen, und noch weniger werden sie Frankreich von der Notwendigkeit befreien, zur Befriedigung der dringendsten Staatsbedürfnisse weiter zum Kredit zu greifen. Die ganze jetzige Struktur der französischen Budgetwirtschaft – und damit auch der allgemeinen nationalen Wirtschaft – stützt sich in letzter Instanz, wie eine auf die Spitze gestellte Pyramide, auf einen psychologischen Faktor: auf das Vertrauen der französischen und ausländischen Kreise zur französischen Geldeinheit. Es wird ein Moment kommen, wo dieses Vertrauen nur durch die ungeheure Erhöhung der Steuerbelastung der Masse der Klein- und Mittelbesitzer, der Industrie und des mobilen Kapitals aufrecht erhalten werden könnte. Ein anderer Ausweg wäre nur in der Form einer immer steigenden Inflation denkbar. Dieses wie jenes wird viel von der Legende über den vermeintlichen „Wohlstand“ des Durch-

schnittsfranzosen zerstören, tiefgreifende Umwälzungen in die soziale Struktur Frankreichs bringen und Frankreich noch mehr dem allgemeinen Typus der hochkapitalistischen Staaten annähern.

Wahrscheinlich aber wird Frankreich im entscheidenden Moment gezwungen werden, auf dem halben Wege Halt zu machen, ein Kompromiß zwischen beiden Tendenzen zu suchen, die Reparationen in [401 (369)] den Rahmen irgendwelches „Garantievertrages“ hineinzuzwingen, welche „Garantien“ sich als ein Ersatz einer Arbeitsgemeinschaft der Großindustrie beider Länder herausstellen werden. Man kann von vornherein mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß der Reparationsradikalismus des Kleinbürgertums, die veralteten, individualistischen Tendenzen der französischen Industriellen, die den Mangel an modernen Formen der internationalen Industrieorganisation durch Mittel des militärischen Zwanges zu ersetzen bemüht sind, der zähe Kampf der deutschen Industriekönige um die Hegemonie, die zweideutigen Bemühungen der englischen Diplomatie ... daß all dies den Prozeß der Vereinigung der Industrie beider Länder, die eine der offensichtlichsten Notwendigkeiten der kapitalistischen europäischen Wirtschaft ist, verzögern, schwächen und verzerren wird.

Wie weit die Pfuscherei der Baumeister des neuen Europas in diesem Entscheidungsmoment gehen wird, weiß niemand.

Jede auch noch so oberflächliche Analyse der dritten Nachkriegsperiode zeigt, daß ihr Hauptmerkmal in einer eigenartigen Verschmelzung der Tendenzen beider vorhergegangenen Perioden besteht. Diese Tendenzen durchdringen einander, ringen miteinander um das Uebergewicht und bedingen das labile Gleichgewicht des Kapitalismus.

Der Weltkapitalismus baut sich wieder auf in zentrifugalen Linien, in g e o g r a p h i s c h e n E t a p p e n, durch die aufeinanderfolgende Selbstisolierung einer Reihe von Staaten. Voran schreiten die auf ihren riesigen inneren Markt gestützten Vereinigten Staaten Amerikas. Ihnen hinkt England langsam nach, dem es allmählich gelingt, seine ungeheure Arbeitslosenziffer etwa um ein Drittel zu reduzieren, das in seinem robusten Kredit- und Budgetmechanismus die feste Stütze findet und in einer engeren Verbindung mit seinem riesigen Kolonialreich die Rettung sucht, wobei es sein kapitalistisches Erstgeburtsrecht mit dem jungen Kolonialkapitalismus und dem mächtigen amerikanischen Kapitalismus teilt. Als Erscheinung dritten Ranges sind auf demselben Gebiet die Anfangsstadien einer gewissen Konsolidierung der wirtschaftlich-politischen Beziehungen in einem Teil Mittel- und Osteuropas festzustellen. Aber auch darüber hinaus macht sich selbst jetzt trotz der Ruhrverwicklungen eine allgemeinere Haussetendenz auf dem Weltmarkt bemerkbar.

Die weiteren Schicksale des Nachkriegskapitalismus sind jedenfalls mit ungeheuren internationalen Gegensätzen geladen. Und davon, wie der größte Konflikt innerhalb des kapitalistischen Europas erledigt werden wird, in welchem Maße die kämpfenden Parteien die Hochburg ihres nationalen Kapitalismus auf den Trümmern ihres Gegners zu festigen gewillt sind, oder auch dazu gezwungen sein werden, vom Ausgang des Zweikampfes zwischen dem kleinbürgerlichen Imperialismus und dem ermüdeten großkapitalistischen Imperialismus wird in hohem Maße der Grad und die Dauer jener Atempause abhängen, die der Kapitalismus der nächsten Periode sich zu erringen vermag. [402 (370)]

*

Gold, Geld, Papier.

Eine Entgegnung auf die Geldtheorie Vargas.

Von E. L u d w i g.

II. Goldgeld, Papiergeld.

(Fortsetzung.)

IV.

Das deutsche Papiergeld, das in diesen Tagen den tiefsten Stand unter allem je in kapitalistischen Staaten fabrizierten Papierzetteln erreicht hat, stammt ab von dem Kreditgeld, der Banknote. Hatte

diese auch die Funktion als Zirkulationsmittel angenommen, nachdem sie prinzipiell Zahlungsmittel war, so dient jenes prinzipiell der Zirkulation, um dem Kreditbedürfnis des Staats zu genügen.

Als durch Gesetz vom 1. Juni 1909 die Banknote neben dem Gold in Deutschland zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt, als gleichzeitig die Ausgabe von Noten über 50 und 20 M., statt bisher 100 M., 500 M., 1000 M. und ein Vielfaches von 1000 M., gestattet wurde, wurde von Staatswegen sanktioniert, was der Geldverkehr tatsächlich schon längst entwickelt hatte: die Verwendung der Banknoten auch als Zirkulationsmittel. Weil die Banknoten ihre Funktion als Kreditgeld genügten und genügen konnten, solange der deutsche Kapitalismus sich noch auf steigend entwickelte, konnten sie auch die Funktion des Papiergeldes mit übernehmen, ohne Papiergeld zu sein. Die Erklärung des Kreditgeldes zum gesetzlichen Zahlungsmittel neben dem Gold, so daß z. B. seitdem alle Löhne und Gehälter auch in Banknoten, statt wie bisher nur in Gold, bezahlt werden konnten, diente dazu, den Goldschatz der Reichsbank zu stärken, indem das Papier nun in größeren Maße noch als bisher Goldgeld im Umlauf vertreten konnte. Das Gesetz gehörte damit zur finanziellen Kriegsrüstung des imperialistischen Deutschlands und war so der erste Schritt zur Papiergeldentwertung.

Als durch Gesetz vom 4. August 1914 das Reich ermächtigt wurde, „zur Deckung des außerordentlichen Kredits“ infolge des Krieges Wechsel auszugeben, als weiter bestimmt wurde, daß diese Wechsel als Deckung für den Notenumlauf der Reichsbank den Handelswechseln gleichgestellt sein sollten, und als schließlich angeordnet wurde, daß Scheidemünzen und Noten nicht durch Gold, sondern auch durch Noten eingelöst werden könnten, da waren mit einer Streich die beiden ökonomischen Grundlagen des Notenumlaufs als Kreditgeld zerschlagen.

Gewiß hatte schon seit 1909 die Banknote, indem sie gesetzliches Zahlungsmittel wurde, Zirkulationsmittelfunktionen erhalten. Aber ihre Grundlage war und blieb der Handelswechsel, der wieder zurückging auf die tatsächlich sich vollziehende kapitalistische Zirkulation G-W-G′. Sie ersetzte Gold, soweit in der Zirkulation die Kreditforderungen sich ausglichen. Sie vertrat es bis zu ihrer jeder Zeit möglichen Einlösung in Gold, so weit und bis nach erfolgter Ausgleichung der überschießende Geldbetrag in Gold zu bezahlen war. Nunmehr wurde der Finanzwechsel des Reiches, hinter dem nichts stand als der täglich mehr schwindende Kredit, als die Hoffnung Helfferichs, daß der Franzose zahlen werde, der entscheidende Maßstab für den Umfang der Notenausgabe und die fast ausschließliche Grundlage ihrer Deckung.

Gewiß stand auch nach dem 4. August 1914 und steht noch heute auf jeder Reichsbanknote das feierliche Versprechen des Reichsbankdirek-[403 (371)]toriums, daß „die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer“ ihren Nennwert zahlt. Aber der Einlieferer einer Note von 1000 M. erhält nicht mehr, wie früher, 50 Zwanzigmarkstücke, sondern – nach Wahl – 10 Hundertmark- oder 20 Fünfzigmarkscheine. Damit ist die Einlösungspflicht der Noten durch Gold aufgehoben. Die Banknote gilt nicht mehr „an Gold und Perlen Statt“. Sie gilt an Stelle anderer Papierzettel.

Sie dient nicht mehr als Zirkulationsmittel neben Gold, was ihren Charakter als Kreditgeld noch nicht notwendig aufhebt. Sie ist Papiergeld, ausschließliches Zirkulationsmittel geworden.

Bestätigte das Gesetz von 1909 nur eine im Geldumlauf selbst vollzogene Entwicklung, so veränderte das Gesetz von 1914 die Funktion der Banknoten: es verwandelte sie aus Banknoten in Staatsnoten. Der zwieschlächtige Charakter der Noten, den sie schon vorher angenommen hatten, indem sie außer als Zahlungsmittel auch als Zirkulationsmittel fungierten, blieb ihnen auch nach dem 4. August 1914, weil auch jetzt noch Handelswechsel neben den Reichswechseln als Deckung für die Notenausgabe dienten. Aber sie änderten entscheidend ihren Charakter: die Noten als Zirkulationsmittel, die Staatsnoten, überwogen mehr und mehr die Noten als Zahlungsmittel, die Banknoten, je mehr der Finanzwechsel den Handelswechsel verdrängte.[*)] Der Kredit als die ausschließliche

[*)] Eine umgekehrte Entwicklung von der Staatsnote zur Banknote zeig Sowjetrußland. Dort wird systematisch neben der Staatsnote, dem Sowjetrubel, und streng von ihr geschieden, die Banknote, auf Goldrubelbasis, entwickelt. Der

Grundlage des Kreditgeldes brach dem Kredit und seinem Gelde den Hals. An die Stelle der Gesetze vom Umlauf der Handelswechsel und ihrer Noten traten die Gesetze vom ungedeckten Papiergeld.

Das wilhelminische Deutschland, als es die Banknoten in Staatsnoten verwandelte, tat dasselbe, was England während der Napoleonischen Kriege getan hatte, als es von 1797 bis 1823 die Einlösbarkeit der Noten der Bank von England beseitigte, oder wie die Vereinigten Staaten, als sie 1861 beim Ausbruch des Sezessionskrieges ebenfalls die Noteneinlösungspflicht aufhoben. Damals wie heute belehrte die prompt einsetzende Papiergeldentwertung, die in England 1814 bis zu einem Goldagio von 30 Prozent, in Nordamerika bis zu 185 Prozent stieg, daß die Staatsmacht wohl Geld drucken, aber nicht Geld machen kann.

[404 (372)] Die Theorie vom Geld ohne Wort versagt stets dann, wenn sie sich in der Praxis bewähren soll. Jedesmal wenn die Druckpresse den Prägestock ersetzen soll, meldet das Gold seine in der kapitalistischen Wirtschaft unverjährbaren Ansprüche an.

V.

Welches sind nun die Gesetze des Papiers als Zirkulationsmittel, die sich in England, in den Vereinigten Staaten und in Deutschland wie in Polen und Oesterreich zum Leidwesen der Geldmacher stets dann durchgesetzt haben, wenn sie die Notenpresse am dringendsten brauchten ? Welches sind die Beziehungen zwischen Gold als Geld und Papier als Zirkulationsmittel in ihrer qualitativen und quantitativen Bestimmtheit? Aus welchen Ursachen und in welchem Umfange kann Papier in der Zirkulation an „Goldes Statt“ treten?

Wieder halten wir vor der Frage, die der Kern des Valutaproblems ist.

Für Varga ist Papier E r s a t z des Goldgeldes. Von seinem Standpunkt der Wertlosigkeit des Geldes aus ist seine Annahme, daß Gold und Papier sich gegenseitig „ersetzen“, so daß eines an die Stelle des anderen treten kann, nur konsequent. Aber diese „Ersatztheorie“ ist erstens ungenau: sie unterscheidet nicht zwischen Kreditgeld, bei dem Geldersatz durch Noten in gewissem Umfang möglich ist, und Papiergeld. Sie ist zweitens theoretisch falsch: sie steht im Widerspruch zum Wertgesetz. Sie ist drittens praktisch widerlegt: die Markstützungsaktion hat alle Ersatztheorien ad absurdum geführt.*)

Sowjetrubel ist reines Staatsgeld, Zirkulationsmittel. Die Banknote, der T s c h e r w o n e t z, ist Kreditgeld. Er wird ausgegeben gegen Gold-Handelswechsel. Außerdem besteht eine Golddeckung von jetzt 49 Prozent des Notenumlaufs. Der Tscherwonetz ist vollwertig (vgl. Dr. A. Heichen: „Zum Streit um die Goldrechenwährung. Die Lösung in Sowjetrußland“. „Berliner Tageblatt“ Nr. 270 vom. 14. Juni 1923). Heichen bemerkt: „Daß die Staatsbank die Schlechtgeldwirtschaft der Privatwirtschaft ... durch Gewährung von Krediten unterstützt und befördert, wie das seitens der Deutschen Reichsbank ebenso wie seitens der polnischen Landeszentraldarlehnskasse geschieht, ein solches Idyll für privatwirtschaftliche Plusmacherei auf Grund von Geldentwertungsdifferenzen besteht in Rußland nicht mehr.“ – In Deutschland wird durch die Devisenausnahmeverordnung vom 22. Juni umgekehrt diese private Plusmacherei sanktioniert, indem durch die Konzentrierung des Devisenhandels in die Hände der Großbanken ihnen alle Profite aus der Devisenspekulation von Amts wegen zugeschanzt werden. – Die Frage der Abwälzung des Valutarisikos ist eben eine Frage der politischen Macht, die nur mit den Mitteln der Revolution zugunsten des Proletariats gelöst werden kann.

*) Eine Umkehrung der Theorien vom mangelnden Eigenwert des Geldes ist die Lehre Helfferichs vom „Funktionswert“ des Geldes. Für ihn kann der Wert des Geldes – er ist ein Gegner der Wertlosigkeitstheorien – unter bestimmten Voraussetzungen unabhängig von dem Werte irgend eines Geldstoffes bestehen: „Wenn bei der Papierwährung der Stoff, aus dem das Geld besteht, wertlos ist, wenn ferner die Papierscheine keinerlei Forderungsrechte auf einen wertvollen Stoff enthalten, so hat doch das Papiergeld, so lange es im Austausch gegen irgend welche anderen Verkehrsobjekte genommen wird, einen im Verhältnis zu allen übrigen Werten veränderlichen und damit von allen übrigen Wertgegenständen unabhängigen Wert, der ausschließlich auf seiner Funktion als Geld beruhen kann,? (Helfferich: „Das Geld“, 5. Ausl., 1921, Seite 535/536). – Während also die Theoretiker vom mangelnden Eigenwert des Geldes dem Gold als Geld den Wert nehmen, weil es durch Papier „ersetzt“ werden kann, verleiht Helfferich dem Papiergeld Wert, weil es als Tauschmittel ebenso wie das seinem „Stoff nach wertvolle“ Gold fungiert. Helfferich leitet den Funktionswert des Geldes aus seiner Tauschmittelfunktion ab und kommt so zum Wert jeden als Geld funktionierenden Zettels unabhängig von seinem „Substanzwert“. In Wirklichkeit wird aber umgekehrt das Gold zum Geld, zum Tauschmittel, weil es Wert hat; und das Problem des Papiergeldes besteht gerade darin, seine Funktion als Geld zu verstehen, o b w o h l es als

Grundsatz der Papierzirkulation ist: Papier kann als Geld in die Zirkulation eintreten, weil und soweit Gold notwendig ist, um die Formverwandlung der Waren in Geld vorzunehmen. Papier e r s e t z t nicht Gold in der Zirkulation, sondern vertritt, symbolisiert es. Mit anderen Worten: Wenn W-G-W nach dem Wertgesetz der Austausch gleicher Werte ist, d. h. G als Gold, Geld, eben so viel gesellschaftliche Arbeit enthält, wie das von ihm zu zirkulierende W, so kann Papier die Zirkulationsfunktion des Goldes übernehmen, weit und insoweit Gold jederzeit an seiner Statt wieder umlaufen kann. Gold kann sich aus seiner Geldgestalt deshalb und in dem Umfang in Papier verwandeln, als das Papier sich wieder in Gold zurückverwandeln kann. [405 (373)] In diesen Sätzen erschöpft sich die auf dem Wertgesetz aufgebaute Theorie des Papiergeldes als Zirkulationsmittel.

„Das Papiergeld ist Goldzeichen oder Geldzeichen. Sein Verhältnis zu den Warenwerten besteht nur darin, daß sie ideell in denselben Goldquanta ausgedrückt sind, die durch Papier symbolisch, sinnlich dargestellt werden. Nur insofern das Papiergeld Goldquanta repräsentiert – wie alle anderen Warenquanta, auch Wertquanta – ist es Wertzeichen“. (Kapital I, Seite 92.)

Wie das Gold mit der Entwicklung der Warenwirtschaft urwüchsig zu Geld wurde, so entwickelt sich mit der entfalteten Warenwirtschaft urwüchsig die Vertretbarkeit des Goldes als Geld durch Zeichen, Symbole des Goldgeldes. Die Goldmünze verschleißt im Verkehr. Ihr Gewicht und damit ihr Wert wird durch die Erfüllung ihrer Zirkulationsmittelfunktion geringer, als sie es nach ihrer Prägung von sich aussagt. Was z. B. das deutsche Münzgesetz dadurch anerkennt, daß es Goldmünzen, die ein bestimmtes Gewicht, das Passiergewicht, $^{1}/_{5000}$ des gesetzlichen Gewichtes beim 20-Markstück, unterschreiten, die Eigenschaft vollwertiger Goldmünzen nimmt. Innerhalb dieser Grenzen kann aber auch eine nicht mehr vollwertige Goldmünze als vollwertig genommen werden; sie wird damit zum Symbol des vollwertigen Zwanzigmarkstückes. So macht die Zirkulation schon das Goldstück zum Zeichen seiner selbst, zum W e r t z e i c h e n.

Varga schreibt diese Ausbildung des Weitzeichens ungenau und schief:

„Durch die rechtlich bestimmte Teilung des Goldes in gewisse fixe Quantitäten, die in gemünzter Form in Verkehr kommen, wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Gold als Wertmaß und den Goldquantitäten als Maßstab der Preise langsam verwischt. Die Münze erhält einen eigenen Namen, figuriert als solche in der Zirkulation. Dies gibt die Möglichkeit, der Ersetzung des Goldes als Zirkulationsmittel durch papierne Geldzeichen“ (Seite 145).

Die theoretische Darstellung, die, wie stets bei Marx, nur die ideelle Widerspieglung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung ist, geht gerade den umgekehrten Weg. Die besondere Namengebung der Münze, d. h. die Trennung ihrer Bezeichnung, die ursprünglich eine Gewichtsbezeichnung ist, von ihren wirklichem Gewicht ist erst eine Folge der in der Erfüllung der Zirkulationsfunktion des Goldes durch den Ver-[406 (374)]schleiß sich herausbildenden Untergewichtigkeit und der trotz dieser Untergewichtigkeit im Verkehr fortdauernden Zirkulation der Münze wie einer vollwertigen. Sie ist die F o l g e der Symbolisierung des Goldes durch Zeichen seiner selbst, nicht ihre Ursache. (Vergleiche Kapital I, Seite 64/65). Sie kann daher zur Erklärung des Papiergeldproblems nicht herangezogen werden.

Papierzettel keinen Wert hat. Das kann nur geschehen, indem seine Beziehungen zum Gold aufgezeigt [405 (373)] werden. – Das Quidproquo H. rührt aus seinem Wertbegriff her, der der üblich vulgär-ökonomische „der Beziehung des Subjekts zu den Dingen der Außenwelt“ ist: welche Beziehungen sich geltend macht in der Bedürfnisbefriedigung und den ihr durch „Arbeit und Oper" zu überwindenden entgegenstehenden Hemmungen. Diese Wertauffassung eskamotiert nicht nur jede objektive Werttheorie, sondern auch im Funktionswert des Geldes seinen Eigenwert, das es in seiner Goldgestalt als Ware, als Produkt menschlicher Arbeit hat. So bleibt H. trotz allem Funktionswert das Papiergeldproblem ein ungelöstes Rätsel: „Soweit die Geldversorgung durch die Ausgabe papierner Scheine erfolgt, läßt sich etwas Allgemeines nicht aussagen, da der Umfang und die Veränderung der Geldversorgung hier durch die Politik des Staates abhängen, welche die Geldscheine emittieren“ (Seite 543). Die Politik, auf die der zum Staatssekretär der Finanzen beförderte Professor Helfferich zur Rechtfertigung seiner bei den Kriegsanleihen angewandten Theorie alle Würfel setzte, war Ludendorffs Sieg. Als dessen Degen schartig wurde, brach mit der Finanzpraxis H. auch seine Theorie zusammen. Ihr Ueberrest ist die groteske Behauptung H. im Markstützungsausschuß, daß es in Deutschland keine Inflation gäbe. Man weiß eben, auch wenn man Professor der Oekonomie, Finanzminister, Bankdirektor und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter ist, über das Papiergeld „nichts Gewisses nicht“; und im übrigen hat es „Funktionswert“.

Die rechtliche Fixierung, die Namengebung des Staates, greift erst ein, nachdem der Warenverkehr alle ökonomischen Voraussetzungen für die Münztaufe, aber auch für die Münzverfälschung gesetzt hat, deren letztes Beispiel im Billionenmaßstab der deutsche Papiergeldschwindel ist.

Wird schon die Goldmünze in der Zirkulation zum Repräsentanten des Goldgeldes, so ist damit die Möglichkeit der Ersetzung des Goldes durch andere Zeichen: Scheidemünze, Papier grundsätzlich erklärt:

„Wenn der Geldumlauf selbst den Realgehalt vom Nominalgehalt der Münze scheidet, ihr Metalldasein von ihrem funktionellen Dasein, so enthält er die Möglichkeit latent, das Metallgeld in seiner Münzfunktion durch Marken aus anderem Metall oder Symbole zu ersetzen ...

Das Münzdasein des Goldes scheidet sich völlig von seiner Wertsubstanz. Relativ wertlose Dinge, Papierzettel, können also an seiner Statt als Münze funktionieren. In den metallischen Geldmarken ist der symbolische Charakter noch einigermaßen versteckt. Im Papiergeld tritt er augenscheinlich hervor. Man sieht: ‚Ce n'est que le premier pas qui coûle (Nur der erste Schritt kostet etwas). Kapital I, Seite 88/90.

„Aber der zweite Schritt bringt was ein" – ergänzen die Helfferich und ihre Nachfolger das französische Sprichwort und drucken fleißig Papiergeld, nachdem sie durch einen Federstrich die Banknoten in Staatsnoten verwandelt haben.

Aber o weh: das Papiergeld ist nicht Gold e r s a t z, sondern Gold s y m b o l und als solches an dieselben strengen Gesetze im Umlauf geknüpft wie das von ihm vertretene Cold, wenn es selbst zirkulieren würde.

Gold, wenn es zirkuliert, kann nicht in willkürlicher Menge umlaufen. Sondern die Menge des umlaufenden Goldes ist genau bestimmt durch die Gesetze der Zirkulation selbst, die wieder auf das Wertgesetz zurückgehen. Marx formuliert das allgemeine Gesetz, das die Masse des als Zirkulationsmittel funktionierenden Geldes bestimmt, dahin:

$$\frac{\text{Preissumme der Waren}}{\text{Umlaufsanzahl der gleichnamig. Geldstücke}} = \text{Masse des als Zirkulationsmittel funktionierenden Geldes}$$

Dieses Gesetz ist ohne weiteres klar. Sind z. B. an einem Tage für 100.000 M. Waren zu zirkulieren (Preissumme der Waren) und vollzieht jedes Zwanzigmarkstück an diesem Tage im Durchschnitt 10 Umläufe (Umlaufanzahl gleichnamiger Geldstücke), so sind 500 Zwanzigmarkstücke erforderlich, um die 100.000 M. aus ihrer Warenform in die Geldform zu verwandeln.

Dies Gesetz nun, das die Masse des zur Zirkulation notwendigen Goldgeldes bestimmt – wobei von seiner Modifizierung durch Kreditgeld und Abrechnungsverkehr hier abgesehen wird –, bestimmt auch die Grenzen, innerhalb derer Papiergeld als Symbol des Goldes umlaufen kann, so genau, daß jede Verletzung dieser Grenzen die Strafe der Papiergeldentwertung nach sich zieht.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich: selbst bei höchst entwickelten Kreditverhältnissen muß stets eine gewisse Mindestmasse Gold – „normalen" Kapitalismus vorausgesetzt – umlaufen, einmal um die ausgleichbaren Zahlungen zu erfüllen, und sodann um die tausend-[407 (375)]fältigen Barkäufe zu vollziehen. Dieses Mindestmaß der für die Zirkulation erforderlichen Goldes, das erfahrungsgemäß feststeht, kann durch Papiergeld vollgültig repräsentiert werden.

D a s M i n i m u m v o n G o l d, d a s d i e Z i r k u l a t i o n b r a u c h t, i s t g l e i c h z e i t i g d a s M a x i m u m f ü r d a s a u s z u g e b e n d e P a p i e r g e l d. Sobald mehr Papiergeld ausgegeben wird, entwertet es gegenüber dem Gold.

Diese Maßbeziehung, die auf die oben angegebene Formel zurückgeht, ist, wenn auch keine zahlenmäßig auszudrückende, so doch eine objektiv exakte Größe – genau so wie die Wertbeziehung. Wie diese setzt sie sich hinter dem Rücken der kapitalistischen Produktionsagenten durch. Daß das Maß eingehalten werden muß, wenn das Papiergeld nicht unterwertig werden soll, wird der kapitalistischen Gesellschaft erst durch die Verletzung des Maßes zum Bewußtsein gebracht, durch die Entwertung des Papiergeldes. Die Valutatabellen der Börsen führen auf das peinlichste Buch über jede Maßverletzung.

Das Maß wird, soweit der moderne Kapitalismus überhaupt Papiergeld kennt, von ihm empirisch eingehalten entweder durch die Begrenzung des Papierumlaufs auf eine weit hinter seiner Höchstgrenze zurückbleibenden Summe, z. B. auf 120 Millionen Mark bei den Reichskassenscheinen, oder durch die Möglichkeit der Austauschbarkeit des Papiers gegen Gold; so daß die Vertretbarkeit des Goldes durch Papier dadurch gesichert ist, daß Gold stets an die Stelle von Papier treten kann.

Sobald aber Papiergeld mit Zwangskurs, also wirkliches Papiergeld, ausgegeben und gleichzeitig, was damit Hand in Hand zu gehen pflegt, die Begrenzung seiner Ausgabe aufgehoben wird, verstopft der kapitalistische Staat selbst das Sicherheitsventil, das ihn vor der Papiergeldentwertung schützt. So paradox es klingt: die Gesetze des Umlaufs von Papiergeld als Goldsymbol können nur durch möglichst rücksichtslose Zurückdrängung des Papiergeldes eingehalten werden. In dem Augenblick, wo es unbeschränkt die Herrschaft antritt, beginnt seine Entwertung.

VI.

Nachdem die Kriegsgesetzgebung in Deutschland die mechanischen Grenzsicherungen gegen die Entwertung des Papiergeldes niedergerissen hatte, hat diese in immer stürmischerem Tempo sich durchgesetzt. Deutschland ist aus einem Lande mit höchstentwickelten Kreditgeld zum Typ des Landes mit reiner Papierwährung geworden. Es genügt, den Notenumlauf vom 30. Juni 1914 und vom 7. Juni 1923 gegenüberzustellen, um den Fall der Mark ins Bodenlose verständlich zu machen. Am 30. Juni 1914 liefen bei einem Goldbestand von 1,306 Milliarden Mark und einem Wechsel- und Scheckbestand von 1,212 Milliarden Mark 2,406 Milliarden Mark Noten um. Am 7. Juni 1923 belief sich bei einem Goldbestand von 756,9 Millionen Mark in den Kellern der Bank und 180 Millionen Mark im Ausland wie einem Wechselbestand von 4,6 Billionen Mark und Schatzanweisungen des Reiches von 8,448 Billionen Mark der Umlauf an Noten und Darlehnskassenscheinen auf 9,312 Billionen Mark. Bis zum 15. Juni 1923 ist der Notenumlauf um 1595,5 Milliarden Mark auf 10,9 Billionen Mark gestiegen. Im Ruhrkrieg setzt das Reich die Kriegsfinanzpolitik fort: mit Schatzwechseln den Geldbedarf des Staates zu decken und dafür Noten auszugeben. Die schwebende Schuld des Reiches, die durch die durch Schatzwechsel gedeckten, aber nicht gesicherten Noten mobilisiert wird, betrug am 10. Juni 11,483 Billionen Mark, um 1,568 [408 (376)] Billionen Mark mehr als am 31. Mai. Das Gold zeigt eine entgegengesetzte Bewegung: es hat sich seit dem 30. Juni 1914 um 370 Millionen Mark verringert, während der Papierumlauf sich um mehr als das viertausendfache vermehrt hat. Gleichzeitig sind an Stelle der Handelswechsel vorwiegend die Finanzwechsel des Reiches getreten. Der Erfolg ist, das der Zehntausendmarkschein 25-30 Goldpfennige gilt.

Die Frage, w e s h a l b es in Deutschland zu dieser Kreditwirtschaft des Staates und zur entwerteten Papierwährung kam, weshalb Deutschland seinen Kredit im wesentlichen mit der Notenpresse deckte, während England z. B. ein ganz anderes System der Kriegsfinanzierung durch Steuern hatte, ist mit der Aufzählung dieser Daten noch nicht beantwortet. Die Untersuchung der ökonomischen Ursachen der deutschen Kriegs- und Nachkriegsfinanzpolitik gehört nicht im den Rahmen dieser Arbeit, die allein die Zirkulationsvorgänge analysieren will.[*)]

Die Bewegung des Papiers löst sich von der des Goldes. Das Papiergeld scheint sich dem Goldgelde gegenüber zu verselbständigen.

Aus dem Diener der Zirkulation wird es ihr Herr. Als Vertreter des Goldes tritt das Papier in die Zirkulation ein, um es ganz aus ihr herauszuwerfen. War das Gold Geld, weil es Ware, so wird das Papiergeld Ware, weil es Geld: Aus dem Mittel und Ziel des Profits und der Spekulation wird das Geld in seinem Papiergehalt ihr Gegenstand. Seine Entwertung bestimmt Konjunktur und Arbeitsmöglichkeit, statt daß Konjunktur und Arbeitsmöglichkeit seine Vollwertigkeit garantiere:

[*)] Aus dem gleichen Grunde werden auch nicht die überaus wichtigen Rückwirkungen der Geldentwertung auf die organische Zusammensetzung des in Deutschland tätigen Kapitals untersucht. In dem Aufsatz „Die Geldentwertung“ (Internationale, Jahrg., Nr. 5, S. 139 ff) habe ich eine Darstellung dieses Problems im Zusammenbang mit der Ueberfremdung und der Entnationalisierung des deutschen Kapitals zu geben versucht.

„In der Zirkulation der Wertzeichen erscheinen alle Gesetze der wirklichen Geldzirkulation umgekehrt und auf den Kopf gestellt. Während das Gold zirkuliert, weil es Wert hat, hat das Papier Wert, weil es zirkuliert. Während bei gegebenem Tauschwert der Waren die Quantität des zirkulierenden Goldes von seinem eignen Wert abhängt, hängt der Wert des Papiers von seiner zirkulierenden Quantität ab. Während die Quantität des zirkulierenden Goldes steigt oder fällt, mit dem Steigen oder Fallen der Warenpreise, scheinen die Warenpreise zu steigen oder zu fallen mit dem Wechsel in der Quantität des zirkulierenden Papiers. Während die Warenzirkulation nur bestimmte Quantität Goldmünze absorbieren kann, daher abwechselnde Kontraktion und Expansion des zirkulierenden Goldes sich als notwendiges Gesetz darstellt, scheint das Papiergeld in jeder beliebigen Ausdehnung in die Zirkulation einzugehen. Während der Staat die Gold- oder Silbermünze verfälscht, sollte er die Münze auch nur $^1/_{100}$ Gran unter ihrem Nominalgehalt ausgeben, vollzieht et eine völlig richtige Operation in der Ausgabe wertloser Papierzettel, die von dem Metall nichts besitzen als den Münznamen. Während die Goldmünze augenscheinlich nur der Wert der Waren repräsentiert, soweit dieses selbst in Gold geschätzt oder als Preis dargestellt ist, scheint das Wertzeichen den Wert der Ware unmittelbar zu repräsentieren. Es leuchtet daher ein, warum Beobachter, die die Phänomene der Geldzirkulation einseitig an der Zirkulation vom Papiergeld mit Zwangskurs studierten, alle immanenten Gesetze der Geldzirkulation verkennen mußten. In der Tat erscheinen diese Gesetze nicht nur verkehrt in der Zirkulation, sondern ausgelöscht, da das Papiergeld, wenn in richtiger Quantität ausgegeben, Bewegungen vollzieht, die ihm nicht als Wertzeichen eigentümlich sind, während seine eigentümliche Bewegung, statt direkt aus der Metamorphose der Waren zu stammen, aus der Verletzung seiner [409 (377)] richtigen Proposition zum Golde entspringt“ („Zur Kritik der politischen Oekonomie“, 7. Aufl., S. 117/18).

Mit diesen Sätzen hat Marx nicht nur die Quantitätstheoretiker[**)] und Vulgärökonomen seiner Zeit abgetan, sondern zugleich deren Nachfahren erledigt. Mögen sie nun zur Theorie vom mangelndem Eigenwert oder zu der des Funktionswert des Geldes schwören, oder gar, austromarxistisch aufgeputzt, mit Hilferding der Theorie vom gesellschaftlichen Zirkulationswert des Papiergeldes[***)] hul-

[**)] Genosse Varga in der „Wirtschaftsübersicht“ für das 1. Vierteljahr 1923 („Inprekorr.“ Nr. 68) polemisiert vom Standpunkt der Papierzirkulation gegen die Quantitätstheorie: „Theoretisch interessant ist die Tatsache, daß in derselben Zeit, als die Mark durch die Stützungsaktion stabil gehalten wurde, der Notenumlauf sich um Tausende Milliarden vermehrt hat; es ist dies ein handgreiflicher Beweis, wie unrichtig die Quantitätstheorie ist, die Valutakurs und Preise unmittelbar von der Gesamtsumme der in Verkehr gesetzten Notenmenge abhängig macht.“ (S. 549.) Das ist zum mindesten ungenau. Betrachtet man allein die Papiergeldbewegung, losgelöst vom Gold, wie das Varga hier tut, so erscheint die Quantitätstheorie als richtig. Die vermehrte Papiergeldausgabe zieht notwendig die verstärkte Papierentwertung nach sich, was sich in der Preissteigerung äußert. Wenn diese bei der Markstützungsaktion sich nicht sofort durchsetzte, so lag das an den politischen Maßnahmen der Regierung, die allerdings durch die wachsende Notenflut bald über den Haufen gerissen wurden. Inzwischen dürfte die neue Preiswelle auch den Gen. V. von der Unhaltbarkeit seiner Ansicht überzeugt haben. – Die Quantitätstheorie kann nur widerlegt werden, wenn die enge Abhängigkeit des Papiergeldwertes von der Goldzirkulation aufgezeigt wird. Während also V. für das Gold zu den Konsequenzen der Quantitätstheorie kommt (vgl. oben S. 337/338) polemisiert er hier an unrichtiger Stelle gegen sie.
Eine besonders schöne Abart der Quantitätstheorie ist übrigens jene am weitesten verbreitete Erklärung des Papiergeldmysteriums, die in den Papierscheinen eine „zusätzliche“ Kaufkraft sieht, die sich auf dem Markt als Angebot geltend macht und die die Preise erhöht. – Diese Erklärung steht ungefähr auf der gleichen wissenschaftlichen Höhe wie die medizinische Diagnose Sganaralles in Molières „Arzt wider Willen“: „Ihre Tochter ist stumm, weil sie die Sprache verloren hat“.

[***)] Hilferdings „Gesellschaftlicher Zirkulationswert des Papiergeldes“ („Finanzkapital“ S. 28 ff.) ist weiter nichts als die austromarxistische Umbiegung des vulgärökonomischen „Funktionswerts“ Helfferichs. Der Wert des umlaufenden Papiergeldes bestimmt sich für ihn nicht mehr, wie [410 (378)] bei Marx, nach dem Verhältnis der Papiergeldmenge zu dem in der Zirkulation erheischten Gold als Geld, das jenes vertritt, sondern unmittelbar aus dem Wert der Waren nach der Formel:

$$\frac{\text{Wertsumme der Waren}}{\text{Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes}}$$

plus der Summe der fälligen Zahlungen minus der sich ausgleichenden Zahlungen minus der Anzahl der Umläufe, worin dasselbe Geldstück abwechselnd bald als Zirkulations-, bald als Zahlungsmittel fungiert, – der Wertsumme des umlaufenden Geldes, gleichgültig, ob es Goldgeld oder Papiergeld ist.
Bei Marx ist für die M e n g e, nicht deren W e r t des umlaufenden Goldes entscheidend die P r e i s summe, nicht die W e r t summe der Waren, d. h. ihr Wert, bereits gemessen und ausgedrückt in vorgestellter Goldquanta, und daher schon direkt bezogen auf Gold als Ware und als Geld. Aus dieser Marxschen Formel ergibt sich unmittelbar das Minimum des für die Zirkulation erforderlichen Goldes, das das Maß für die Papiergeldausgabe ist. Indem Hilferding die Wertsummen der Waren, ohne sie vorher als Preise auf Gold zu beziehen, summiert, schaltet er das Gold als Wertmesser für die Waren, wie für das Papiergeld aus: „Der wirkliche Wertmesser ist nicht das Geld, sondern der ‚Kurs‘ des Geldes wird bestimmt durch das, was ich den gesellschaftlichen Zirkulationswert nennen möchte.“ (Folgt die Formel S. 29.) Dieser „Kurs“ des

digen: alle nehmen sie die eigentümlichen Bewegungen der Papierzirkulation für die allgemeinen Gesetze des Geldumlaufs.

VII.

Der falsche Schein, als seien die Erscheinungen des Papierumlaufs die Regeln der Geldzirkulation, verschwindet, sobald die Grenzen des Staates überschritten werden, in dem Papierwirtschaft herrscht. Papiergeld ist Staatsgeld. Wie die Uniform des Soldaten nur im Vaterland gilt, das er verteidigen soll, so gilt das staatlich abgestempelte Papier nur innerhalb der Grenzpfähle, deren Wappen es trägt. Jenseits der Grenzen muß bar bezahlt werden. Weltgeld ist Gold.

Mag der Vulgarus den Schein für das Wesen nehmen, indem er für die Bewegung der Papierzettel seines Landes Allgemeingültigkeit fordert: der Weltkapitalismus besteht darauf, daß der Schein honoriert wird in der Ware, die überall Heimatrecht hat, mit Gold in seiner Naturgestalt, in nach Gewicht gemessenen Barren.

Genosse Varga versucht auch für das Gold als Weltgold die Tendenz seiner Ersetzung durch Papier aufzuzeigen. Im Anschluß an [410 (378)] ein Zitat von Marx (Kapitel I, S. 105), in dem dieser auf die Rolle des Goldes als Weltgold mit aller Schärfe hinweist, fährt Varga fort:

„Tatsächlich dienten aber vor dem Kriege im internationalen Verkehr ebenfalls Geldzeichen – Noten, Devisen – als internationale Zirkulation.“ (S. 147.)

Abgesehen davon, daß Noten und Devisen, Kreditgeld, Zahlungsmittel, nicht Papiergeld, Zirkulationsmittel sind: Was soll diese Art der Marx-Verbesserung? Ein Blick ins Kapital hätte Varga davon überzeugt, daß Marx die Rolle des Kreditgeldes auch im internationalen Verkehr wohl kannte. Sollte Marx wirklich gar nichts vom Wechsel gewußt haben, dem Jahrhunderte alten internationalen Kreditpapier ? Worauf es ankommt, ist doch wieder nur das: daß die sich nicht ausgleichenden gegenseitigen Forderungen und Schulden im internationalen Verkehr der kapitalistischen Staaten auszugleichen sind in Gold – daß der Papierzettel eines Staates in anderen nichts gilt, wenn nicht Gold hinter ihnen steht.

Kredit übersetzt nur der Vulgarus mit „Vertrauen“. Für den Kapitalisten im Weltverkehr ist er eine objektive Größe, die sich in bestem Golde mißt. Nur ein kapitalistisches Land, das Gold hat, hat Kredit, hat vollwertige Devisen und Noten im internationalen Verkehr. Gold aber hat ein Land dann, wenn es eine aktive Zahlungsbilanz hat. Die Frage aber der aktiven Zahlungsbilanz ist keine Frage mehr allein der Zirkulation, national und international, sondern eine Frage der Reproduktion der einzelnen nationalen Gesamtkapitalismen. An diesem Punkte schlagen die Zirkulationserscheinungen um in die Bewegung der Reproduktion des Gesamtkapitalismus.

[411 (379)] An der Grenze, wo der Geldschein seinen Wert verliert, wenn er nicht vergoldet wird, entspringt nicht nur die Verschiedenheit des inneren und äußeren Wertes des unterwertigen Papiergeldes, die Quelle der Valutagewinne und eine Ursache der Scheinkonjunkturen (vgl. E. Ludwig: Die Geldentwertung S. 133 ff.), es offenbart sich mit der Gesundheit des Geldpapiers auch der Grad der Gesundheit oder Krankheit der hinter ihr stehenden kapitalistischen Wirtschaft.

Gleichzeitig zerstört das Gold, indem es im Weltgeld dem Kapitalismus der einzelnen Länder die Existenzbedingungen des Weltkapitalismus fühlbar macht, mit der äußeren Entwertung des Papiergeldes seinen Wert auch in jedem ausgebenden Staate, weist ihm seine Gebundenheit an Gold gerade dadurch nach, daß das Gold auswandert.

Geldes aber, der sich in den Warenwerten mißt und so erst als Reflex der Warenwerte Wertmesser wird, ist der „Funktionswert“ Helfferichs. Nach Helfferich hat das Geld Wert, weil es als Tauschmittel funktioniert. Nach Hilferding hat es einen „Kurs“, weil es „umläuft“ und die Waren umsetzt, also gleichfalls als Tauschmittel funktioniert. – Helfferich leugnet die Inflation. Hilferding gab der Cuno-Regierung die aus seiner Theorie sich ergebenden praktischen Ratschläge durch Hineinwerfen von Gold in die Zirkulation die Papiergeldmenge zu vermindern, den Reflex der Warenwerte auf eine kleinere Papiergeldmenge zu verteilen. Das Gold ist fort, die Papiergeldflut gestiegen. Hilferding kann Wiederausbauminister werden.

Diese Wechselwirkung zwischen dem inneren und äußeren Wert des Papiergeldes in ihrer gemeinsamen Zurückführung auf Gold kann von denen nicht begriffen werden, die das Gold als Ware nicht als die Grundlage des Papiergeldes anerkennen.

Nur von dieser falschen Auffassung aus konnte die Auffassung entstehen, als könnte durch die finanztechnischen Mittel der Markstützungsaktion außer einem vorübergehenden Spekulationseffekt eine dauernde oder auch nur zeitweilige Stabilisierung der Mark erfolgen. Nur wer, wie Hilferding oder Helfferich der Meinung ist, daß Geld Wert habe, weil es als Tauschmittel funktioniert; nur wer also den Wert des Geldes aus seiner Funktion, nicht seine Funktionen aus dem ihm zugrunde liegenden Warenwert ableitet, konnte glauben, daß es genüge, mit Gold Papier zu kaufen, um die Mark zu stabilisieren. Denn dieser Standpunkt verhält sich gleichgültig gegenüber der Warenqualität des Goldgeldes; für ihn hat Papier als Geld selbständigen Wert, der erhöht wird, wenn eine andere „Geldsubstanz“ die Menge des Papiers vermindert.

In Wahrheit aber war die Markstützungsaktion, die in der Form einer Valutastabilisierungs-Versuchs vor sich ging, nichts anderes, als der elementare Ausgleich der Zahlungsbilanz, die Zahlung der Schulden des deutschen Gesamtkapitalismus an seine kapitalistischen Gläubiger im Ausland mit Weltgeld, Gold, oder goldgeltenden Kreditzeichen, ausländischen Devisen.

Indem die deutsche Regierung unter den Zwang des Ruhrkriegs den Dollarpreis verbilligte, verschaffte sie den deutschen Kohlen- und Rohstoffimporteuren billige Zahlungsmittel, mit denen sie ihre englischen und amerikanischen Schulden bezahlten. Indem sie Gold aus der Bank aufwandte, um deutsche Markscheine in New York und Amsterdam zu kaufen, bezahlte sie mit Gold die in diesen Markscheinen verbrieften Forderungen der amerikanischen oder holländischen Besitzer deutscher Papierbesitzer, glich sie mit Gold die passive Zahlungsbilanz aus.

Die Folge war das Gegenteil von dem, was sonst Voraussetzung jeder Markstabilisierung ist: der Abfluß statt der Zufluß von Gold, die planlose Vermehrung statt der systematischen Verminderung des Papiergeldumlaufs. Die Zahlungsbilanz wurde ausgeglichen. Der Wert des Papiergeldes wurde weiter zerstört.

So offenbart das Ergebnis der Markstützungsaktion wiederum nur die Abhängigkeit der Zirkulation des Geldes vom Gold und zugleich die innere Zusammengehörigkeit des inneren und äußeren Wertes des Papiergeldes. Sie zeigt zugleich, daß die Zirkulationserscheinungen nichts für sich Existierendes sind, sondern in ihrem [412 (380)] Ablauf Symptome und Momente der Reproduktion des Gesamtkapitalismus.

Damit mündet die Untersuchung der Valutaprobleme ein in die Kritik der politischen Oekonomie des Weltkapitalismus in seinem widerspruchsvollen Ablauf.

Die ökonomische Bedeutung des Ruhrkriegs.[*)]

Der Kritik an den Vargaschen Vierteljahrsberichten zweiter Teil.

Von Gerhard Fink.

Neben der amerikanischen Hochkonjunktur ist die Untersuchung der ökonomischen Bedeutung des Ruhrkriegs von der größten Bedeutung. Wir können voll und ganz dem Genossen Varga zustimmen, wenn er feststellt: „Das Wirtschaftsleben Europas stand in der Berichtsperiode (erstes Vierteljahr 1923, Anm. d. V.) ganz und gar unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung“. Nicht zustimmen aber können wir der Art der Behandlung des Ruhrkriegs und der Reparationsfrage in den Vargaschen Vierteljahrsberichten. Lange Zeit hatte Genosse Varga die Reparationsfrage als finanzielle oder wenigstens überwiegend finanzielle Frage hingestellt[**)]. Gegenwärtig hält es der Genosse

[*)] Siehe „Internationale“, Heft 10, Seite 314 ff.

[**)] So heißt es in „Inprekorr.“ Nr. 144, Seite 906, 2. Spalte: „Die Situation Frankreichs ist wirklich tragisch. Es hat den Hauptteil des Kampfes gegen Deutschland getragen. Es hat 1½ Millionen seiner so spärlichen Bevölkerung verloren. Seine reichsten Provinzen von ihm wurden verwüstet. War auch der Schaden nicht so groß, wie die Franzosen berechneten, als sie noch in dem blinden Glauben befangen waren, Deutschland könne wirklich alle Kriegsschulden zurückzahlen, so ist er doch ungeheuer groß. Noch immer, fast 4 Jahre nach dem Waffenstilstand, hausen Zehntausende in Notbaracken. Seine Verbündeten gaben ihm während des Krieges reichlich Kredite: jetzt fordern sie die Zinsen. Sein

Varga für ausreichend, die Oberflächenerscheinungen, die Reparationspläne der einzelnen Regierungen, die Tatsachen überhaupt mehr oder weniger vollständig aufzuzählen, ohne auch die tieferliegenden Beweggründe, Tendenzen aufzuzeigen und die Bedeutung darzustellen. Diese Zusammenstellung ist mit vielen Zitaten versehen und nimmt einen großen Raum in den Vierteljahrsberichten ein, ohne daß der Arbeiterleser, der auch nur die Nachrichten in der kommunistischen Tagespresse verfolgt hat, ein anschaulicheres und abgerundetes Bild erhält[***)]. Kurz, wir finden an keiner Stelle eine Darstellung der ökonomischen Bedeutung des Ruhrkriegs.

Wir müssen den Ruhrkrieg in die Reihe der Kämpfe um die Rohstoffe eingliedern. Die Mehrzahl der gegenwärtigen imperialistischen Kämpfe und Konflikte geht um Rohstoffe (Petroleum, Kohle, Gummi usw.) Die Rohstoffkämpfe in dieser Zuspitzung zeigen an, daß der Konkurrenzkampf des Kapitals um die Reste der Akkumulationsbedingungen vor sich geht. Die Erweiterung der Akkumulationsmöglichkeiten durch die Inangriffnahme nichtkapitalistischer Länder, die Aufteilung der Welt unter die nationalen Kapitalistenklassen, die Vernichtung der nichtkapitalistischen Wirtschaften haben die Akkumulationsmöglichkeiten eingeschränkt. Diese Einschränkung bedingt und führt zu dem Konkurrenzkampf um die Reste der Akkumulationsbedingungen, Zu den Vorbedingungen des Akkumulationsprozesses gehört die Möglichkeit, neue Rohstoffgebiete plötzlich und in weitestem. Maße in Angriff nehmen zu können, sowohl um für eine Erweiterung des gesellschaft-[413 (381)]lichen Bedarfs, wie gegen eine Stockung in der Rohstoffzufuhr aus den bisherigen Quellen gesichert zu sein. Diese Erweiterungen können nur und sind auch vom Kapital auf vorkapitalistischem Boden vorgenommen worden unter Ausnutzung der primitiven sozialen Verhältnisse zur Entfaltung der sachlichen und menschlichen Produktivkräfte. Einerseits sind nun durch die Zerstörung der primitiven sozialen Verhältnisse und der vorkapitalistischen Wirtschaftsweise die Möglichkeiten zu dieser plötzlichen Inanspruchnahme neuer Rohstoffquellen eingeschränkt, andererseits sind heute nicht mehr Baumwolle oder Gummi, sondern Kohle und Petroleum infolge der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung die wichtigsten und ausschlaggebenden Rohstoffe. Rohstoffe, die überdies in einzelnen kapitalistischen Ländern auszugehen drohen, und von denen Rohstoffgebiete nicht wie Baumwollplantagen in Aegypten vom Kapital über Nacht geschaffen werden können. Den Kampf um die Reste der Akkumulationsbedingungen erfolgreich zu führen, setzt aber die ausreichende Versorgung mit Rohstoffen, die Möglichkeit, durch schrankenlose Ausbeutung der Rohstoffquellen die Produktion au Rohstoffen beliebig zu vermehren, voraus. So tritt hinter dem Kampf um die Rohstoffgebiete, der mit dem Endziel des erfolgreichen Konkurrenzkampfes um die Reste der Akkumulationsbedingungen geführt wird, der Kampf um die nichtkapitalistischen Absatzgebiete zurück, trotzdem der Rohstoffkampf einen verschärfsten Kampf auf diesem Gebiete vorbereitet. (Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, daß der Kampf um die nichtkapitalistischen Gebiete inzwischen weitergeht.) In die Reihe dieser Rohstoffkämpfe gehört auch der Ruhrkrieg.

Das Ziel der beiden Partner des Ruhrkriegs ist der deutsch-französische Montankonzern. Die Bildung dieses Konzerns bzw. der Versuch dazu, liegt wiederum in der Linie eines vorsichgehenden großen Zentralisationsprozesses[*)]. Die Zentralisation steigert und beschleunigt die Wirkungen der Akkumulation wie sie die Umwälzung in der Zusammensetzung des Kapitals beschleunigt. In der imperialistischen Epoche gibt die Zentralisation die Vorbedingungen zum Kampf um die nichtkapitalistischen Gebiete. In der Epoche des Konkurrenzkampfes um die letzten Akkumulationsreste bedeutet die Zentralisation die Möglichkeit, sich in den Besitz der Rohstoffe zu setzen und die höchst mögliche Zusammensetzung des Kapitals zu erreichen.

Besitz an ausländischen Wertpapieren ging während des Krieges in die Hände amerikanischer und neutraler Kapitalisten über; die in Rußland angelegten Milliarden wurden wertlos.

Und Deutschland zahlt nicht! In der gleichen Nummer finden wir keine Darstellung der anderen und ausschlaggebenden Seite der Reparationsfragen.

[***)] Durch Wiederholung ein und desselben langen Zitats wird die Sache wirklich nicht klarer und aufschlußreicher, Siehe „Inprekorr." 1923, Nr. 18, Seite 129, Zeile 1-29, und Nr. 67, Seite 546, 2. Spalte, Zeile 13-14.

[*)] Dieser Prozeß wird gewöhnlich mit Konzentrationsbewegung bezeichnet. Wir bedienen uns aber hier der exakten marxistischen Terminologie.

In dieser Epoche, in der sich die kapitalistische Wirtschaft der ökonomischen Schranke derartig genähert hat, daß die kapitalistische Produktionsweise zur Fessel der Entfaltung der Produktivkräfte geworden ist, in der sich infolgedessen die Klassenmachtverhältnisse in einzelnen Ländern zugunsten des Proletariats verschoben haben, bedeutet Zentralisation auch den Versuch, diese Machtverhältnisse wieder zugunsten der Bourgeoisie zu bessern und auf Grund dieser Verschiebung den Anteil der Arbeiterschaft am gesellschaftlichen Gesamtprodukt zu verringern, die Zusammensetzung des Kapitals zu erhöhen[**)]. Das bedeutet, konkret auf den Ruhrkonflikt angewendet, daß unsere in der Tagespresse aufgestellte Behauptung, daß von seiten der deutschen Schwerindustriellen der Montankonzern auch um der Verfügungsgewalt über die französischen Bajonette willen angestrebt wird, das Zustandekommen des Montankonzerns also eine Verschlechterung der Lage der deutschen und französischen Arbeiter mit sich bringen wird, richtig ist.

Die ausschlaggebenden Teile der deutschen wie französischen Schwerindustrie streben diesen Montankonzern an. Bei der deutschen Schwerindustrie ist dies die Fortführung der Vorkriegs- und Kriegsannektionspolitik. Ist ihre Stärke gute Organisationen, große geschlossene Konzerne, so die Stärke der französischen Partner politische und militärische Macht. [414 (382)] Während des Ruhrkrieges haben sich die deutschen Schwerindustriellen auf Staatskosten ihre Werke und vor allem ihre Zechen ausbessern lassen, die französischen Werke haben vielfach unter Kohlenmangel oder minderwertiger Kohle und Koks gelitten. Aber die französischen Schwerindustriellen haben die militärische Macht in die Waagschale zu werfen.

Die Reparationen haben den französischen Schwerindustriellen die konsequente Verfolgung ihrer imperialistischen Pläne ermöglicht. Die Reparationen als vorwiegend finanzielles Problem aufzufassen, ist nicht nur unrichtig, sondern versperrt auch den Weg zum Verständnis. Die Politik der französischen Schwerindustrie ist in großer Linie durchaus konsequent, die Ruhrbesetzung die Krönung dieser Politik. Um so merkwürdiger ist es, wenn Genosse Varga folgendes behauptet: „So schwankt die französische Politik hin und her. Die Ruhrbesetzung würde versucht, ohne direkt zu wissen, was man damit eigentlich erreichen will. Diese Unsicherheit besteht bis heute. Als Zweck der Besetzung wird jede Woche etwas anderes angegeben.“ Das heißt doch nur oberflächliche Erscheinungen sehen und diese Oberflächenerscheinungen als die tatsächlichen Beweggründe und ökonomischen Ursachen zu betrachten. Doch Genosse Varga geht noch weiter. Er schreibt an einer anderen Stelle: „Wir müssen aber vor allem betonen, daß weder Frankreichs noch Englands und Deutschlands Regierung und Politiker eine feste Linie haben: alle drei schwanken hin und sich, daß die europäische Bourgeoisie das Problem nicht mehr meistern kann“. Der letzte Satz klingt vielleicht für manchen sehr revolutionär, ist aber in dieser Betonung und diesem Zusammenhang falsch. Im übrigen kann dieser scheinbar revolutionäre Satz durchaus nicht andere, sagen wir, etwas merkwürdige Anschauungen, zu denen Genosse Varga mit seiner finanziellen Auffassung des Reparationsproblems kommt, verdecken. Ist Genosse Varga, wie schon zitiert, bei der Betrachtung der „tragischen Lage Frankreichs“ (heißt hier Frankreichs französische Bourgeoisie oder französisches Proletariat), da u. a. Zehntausende in Baracken wohnen (Bourgeois oder Proleten und Kleinbürger?) zu dem Satz „le boche ne payera pas“ als der Weisheit letzten Schluß gekommen, so stellt er hier als Verteidiger Frankreichs (französische Bourgeoisie?) fettgedruckt fest: „Die Forderung Frankreichs, daß die Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen mit einer Revision des Verteilungsschlüssels zugunsten Frankreichs verbunden wäre, ist daher voll berechtigt“ Er tröstet auch in einer Anmerkung die französische Bourgeoisie, daß England auf seinen Anteil der Reparationen bei Lösung der machtpolitischen Gegensätze verzichten werde.

Da die Politik der Bourgeoisie schwankend ist, ist es auch für den Genossen Varga nicht von Interesse, zu versuchen, die Tendenzen und Grundlagen dieser Politik herauszuschälen. Er teilt uns die

[**)] Eine Bemerkung bei der Besprechung der Konzernbestrebungen in der „Weltbühne“, daß Stinnes und die anderen großen Trustgründer keinen Ersatz für den Deutschland verlorengegangenen Industriebesitz geschaffen haben, sondern nur alten deutschen Industriebesitz erworben, neu gruppiert und durch ihre Konzernpolitik zusammengefaßt haben, ist durchaus richtig und regt eine Untersuchung über das Verhältnis von Akkumulation, Unterakkumulation und Zentralisation in Deutschland.

Reparationspläne der einzelnen Regierungen im Auszug mit, was aber diese Pläne bedeuten resp. bezwecken, erfahren wir aus seinen Ausführungen nicht. Wir hören vollkommen Unzureichendes über die Gründe der französischen Ruhrbesetzung: daß die belgische und italienische Regierung auch an der Ruhrbesetzung teilnehmen, wird allerhöchstens irgendwo in einem Nebensatz erwähnt, nach den Beweggründen nicht einmal gefragt. Wir lesen, daß die Ursache der Konfusion (?) in Frankreich die Wahlen sind. Aber Wahlen und Mehrheit im Parlament sind doch wohl kein Selbstzweck. Wir hätten lieber in den Vierteljahrsberichten des Genossen Varga einmal etwas über die Machtverhältnisse in Frankreich, über die Gruppen im französischen Hüttenkomitee gelesen. Dies und vieles andere, so die Bestrebungen während der Ruhrbesetzung, die Kohlen- und Koksproduktion Frankreichs zu heben, werden wir vergebens in den Vargaschen Vierteljahrsberichten suchen.

Trotzdem Genosse Varga erklärt hat, daß man sich darüber, was man mit der Ruhrbesetzung erreichen will, nicht klar ist, geht er aber dann doch auf die Frage Ruhrkohlen und französisches Eisenerz ein. Er versucht hier die Bestrebungen des Comité des Forges mit der **Standortstheorie** zu erklären: Eisenerz wandere immer zur Kohle und nie Kohle zum Eisenerz. Diese Behauptung ist nur mit gewissen Einschränkungen zutreffend, und zwar mit der einen Erklärung, die Genosse Varga gibt, daß nämlich zur Verhüttung von Eisenerzen ein größeres Quantum Kohle und Koks als Eisenerz nötig ist, die Transportkosten für die Eisenerze also geringer werden, obgleich die [415 (383)] Behauptung, daß bei der erfolgten Teilung von Kohle und Eisenerz, Kohle wichtiger, Deutschland daher im Vorteil sei, mit Rücksicht auf die wachsende Verwendung von elektrischen Schmelzösen sehr einzuschränken ist. Unklar ist aber die andere Begründung, daß, da von der Kohle und von Koks ins Fertigprodukt nichts eingeht, von Eisenerz aber 30 bis 59 Prozent, Eisenerz zur Kohle kommen müsse. Der Wert des Produktes wird dadurch, ob Kohle oder Eisenerz in das Fertigprodukt eingeht, nicht berührt. Außerdem hat Genosse Varga in einem früheren Artikel selbst darauf hingewiesen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Standortstheorie nur beschränkte Wirksamkeit besitzt. Er sagt („Kommunismus“, 1. Jahrgang, Seite 1199): „Diese allgemeine Grundlage der Grundlagen der Standortsverteilung gilt auch für den Kapitalismus, jedoch mit gewissen Modifikationen. Vor allem wird für die Wahl des Standorts nicht die Möglichkeit, das Produkt den Konsumenten mit der geringsten Menge aufgewandter Arbeitszeit, sondern der kleinste Kostenpreis in Geld ausgedrückt, maßgebend sein. Dies ist die natürliche Folge der durch das Profitstreben regulierten kapitalistischen Produktion. Bei der Auswahl der Standorte durch die Kapitalisten spielen daher noch andere Momente mit, so vor allem die Lohnkosten.“ In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es sozusagen „gesellschaftliche Standortsfaktoren“. Während rheinabwärts Kohle aus dem Ruhrgebiet als Reparationsleistung nach Belgien und Frankreich geht, kommt rheinaufwärts holländische und englische Kohle für die Eisenindustrie des Ruhrgebiets. Während des Ruhrkriegs wurde nach Deutschland Kohle sogar aus Südafrika gebracht.

Gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung hat die deutsche Bourgeoisie Widerstand zu leisten versucht. „Kann es (Deutschland) den Widerstand so lange hinziehen, bis England und Amerika eingreifen, bis die antiimperialistischen Elemente der französischen Gesellschaft, Arbeiter und Bauern, gegen diese Politik energisch Stellung nehmen, bis überhaupt jene Strömung der französischen Politik, die mehr auf rasche Reparationszahlungen und friedliche Lösung der internationalen Wirren Wert legt, über die imperialistisch-annexionistische die Oberhand gewinnt, so kann es eine ‚endgültige‘ Lösung der Reparationsfragen erzwingen“, erklärt Genosse Varga. Ganz abgesehen davon, daß wir einige Zeiten vorher bei Genossen Varga gelesen haben, daß ein Eingreifen Amerikas in Europa in absehbarer Zeit nicht bevorsteht, scheint es sehr gefährlich, die Illusionen, die von der deutschen Bourgeoisie, von den Führern der Sozialdemokratie den Arbeitern auf ein Eingreifen der englischen oder amerikanischen Regierung gemacht werden, durch derartige Formulierungen zu unterstützen. Gerade jetzt zeigt sich ein Zusammenarbeiten der englischen und französischen Regierung. Aber nicht erst in den letzten Wochen bestand darüber vollkommene Klarheit, daß die englische Regierung, daß die englischen Kapitalisten nicht daran denken, der französischen Regierung in den Arm zu fallen. Der englische Reparationsplan im Januar sah eine internationale Anleihe zur sofortigen Abtragung der Reparationsschuld vor. Die Sachleistungen sollten eingestellt werden. Dadurch versuchte die

englische Regierung den französischen Kapitalisten das Heft aus den Händen zu winden, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, den Vertrag von Versailles, die Reparationen und die „Verfehlungen“ als Vorwand zur Ausführung der imperialistischen Pläne zu nehmen. Durch die Einstellung der Sachlieferungen sollte die französische Industrie auf den Bezug von englischen Kohlen angewiesen, Italien von der englischen Kohlenindustrie abhängig werden. Aber die englischen Kapitalisten hatten nicht die Absicht, wenn es ihnen nicht durch die Verhandlungen gelang, den deutsch-französischen Montankonzern zu verhindern, nunmehr Gewalt anzuwenden, sondern sie versuchen an diesem Montankonzern teilzunehmen. Vor wenigen Wochen hat ein englisches Konsortium durch Vermittlung einer Schweizer Bank den ehemaligen deutschen Anteil der Bagdadbahn aufgekauft, ohne daß Frankreich Einspruch erhoben hätte[*)].

[416 (384)] Der englische Plan vom Januar wurde nicht nur von der französischen Regierung, sondern auch von der belgischen und italienischen Regierung abgelehnt. Der Reparationsplan der englischen Regierung sah eine Aufhebung der Prioritätsrechte Belgiens, auch der Reparationszahlungen vor. Daneben aber befürchteten die belgischen Kapitalisten für den Fall, daß die französische Regierung allein die Ruhrbesetzung vornimmt, den deutsch-französischen Montantrust erzwingt, durch Zollgrenzen von dem größten Eisen- und Kohlenindustriegebiet abgeschnitten zu werden. Schließlich aber verfolgen die belgischen Kapitalisten eine eigene Politik, deren Ziele verkehrspolitischer Natur sind. Der größte Teil der Ein- und Ausfuhr des westdeutschen Industriegebiets vollzieht sich über ausländische Häfen, und zwar in erster Linie über Antwerpen und Rotterdam. Der holländische Hafen Rotterdam hat in den letzten Vorkriegsjahren einen erheblichen Ausschwung genommen und Antwerpen überflügelt. Die Beschlagnahme der deutschen Speditions- und Lagereinrichtungen in Antwerpen auf Grund des Versailler Vertrags hat auch nicht dazu beigetragen, die deutschen Transporte nach Antwerpen, zu ziehen. Der Versailler Vertrag sieht daher in einem Artikel die Verpflichtung Deutschlands vor, beim Bau des Rhein-Maas-Schelde-Kanals, der Antwerpen mit dem wichtigsten Binnenhafen Ruhrort-Duisburg verbinden soll, die auf deutsches Gebiet fallenden Kanalstrecken nach belgischen Plänen zu bauen und die Kosten zu bezahlen. Dadurch werde Antwerpen den Löwenanteil der Transporte sich sichern und außerdem die Gefahr der Abwanderung der deutschen Transporte durch den Bau des geplanten Küsten- oder Hansakanals, der das westdeutsche Industriegebiet mit Bremen oder Hamburg verbinden soll, abschneiden. Auch die Binnenschiffahrtsflotte Deutschlands scheint ein erstrebenswerter Besitz.

Die italienische Mussolini-Regierung hat sich gegen den englischen Reparationsplan erklärt, an der Ruhrbesetzung mit italienischen Ingenieuren teilgenommen, weil nach dem englischen Plan Italien trotz Barzahlungen, die es an England und Amerika zu leisten hätte, 10 Jahre lang keinen Pfennig von den deutschen Reparationszahlungen erhalten sollte: Die Einstellung der Reparationskohlenlieferungen hätte Italien von dem Bezug der englischen Kohle abhängig gemacht. Auf der anderen Seite fürchtet Italien aber die Vereinigung der deutschen Kohlen mit dem französischen Eisen, die Schaffung eines großen europäischen Montankonzerns, wodurch die italienische Eisenindustrie vollkommen bedeutungslos werden würde. An dem militärischen Einmarsch mit Truppen hat die italienische Regierung nicht teilgenommen und versucht mit allen Mitteln die Einigkeit der Entente und des Status quo zu erhalten.

Der Ruhrkrieg geht seinem Ende entgegen. Eine Annäherung und Verständigung zwischen der Stinnes-Gruppe und der de-Wendel-Gruppe steht bevor. Aber ebenso gewiß wie dies eine Stärkung der Macht der Großbourgeoisie gegenüber dem Proletariat ist, bedeutet es k e i n e „endgültige Lösung“, keine „Konsolidierung“ des Kapitalismus. Der Drang nach weiteren Expansionen, der Kampf um Rohstoffgebiete und Absatzmärkte, die Frage des Finanziers des deutsch-französischen

[*)] Ueber die finanzielle Seite des englischen Interesses an den Reparationen sagt Genosse Varga, daß die 33 Millionen Pfund, die England jährlich zu erhalten hätte, angesichts der 102 Millionen Pfund Ueberschuß des englischen Budgets nicht ins Gewicht fallen. Es muß hierbei aber berücksichtigt [416 (384)] werden, daß 1. im kommenden Jahre ein Ueberschuß recht fraglich ist, 2. das englische Budget heute infolge der „abnormalen“ Verhältnisse außerordentlich hoch ist, 3. daß 3 Millionen Pfund als regelmäßig wiederkehrendes Einkommen, als Zins eines Kapitals von 1000 Millionen Pfund anzusehen sind.

Montankonzerns müssen zu neuen schweren Konflikten, die Ausschaltung der bisherigen Erzlieferanten Deutschlands und Kohlenlieferanten Frankreichs, die Konkurrenz zwischen dem Montankonzern des Kontinents und der englischen Montanindustrie zu neuen Wirtschaftskrisen führen – die verstärkte Bedrückung zum Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiterschaft und zum verschärften Klassenkampf[*)].

[417 (385)]

[*)] Wir könnten jetzt noch auf Einzelheiten der Darstellung der Wirtschaftslage der einzelnen Länder in den Vargaschen Vierteljahrsberichten eingehen, wir glauben aber gezeigt zu haben, daß Art und Anlage der Vierteljahrsberichte einer grundlegenden Aenderung bedürfen, um für die Funktionäre der KP die tatsächlich notwendige Orientierung zu geben.

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 15. Juli 1923 ∗ Heft 14

Der Charakter der gegenwärtigen Lohnkämpfe.

⊿ **Berlin**, den 11. Juli.

Der letzte Ruhrstreik wurde von der Gewerkschaftsbürokratie nicht anerkannt, ja sie widersetzte sich ihm mit allen Kräften – teilweise bis zum bewaffneten Kampf von Gewerkschaftsbeamten in den Reihen des bürgerlichen Selbstschutzes gegen die Arbeiterschaft. Die Streikleitung übernahmen die Betriebsräte und die Union. Der oberschlesische Bergarbeiterstreik wurde ebenfalls von der Bürokratie zu übernehmen abgelehnt. Der gegenwärtige Metallarbeiterstreik Berlin wird zwar von der Bürokratie geführt, aber dem offensichtlichen Bestreben, ihn möglichst rasch abzuwürgen.

Die schärfste Anklage gegen diese Bürokratie ist voll berechtigt. Aber sie genügt nicht. Wir haben die Gründe für dieses Versagen zu suchen. Feigheit, Verräterei, Kampfunlust: alle diese subjektiven Erklärungsgründe reichen nicht aus. Diesem subjektiven Versagen liegen objektive Ursachen zugrunde. Wir haben sie zu untersuchen, natürlich nicht um der „psychologischen Erklärung“ der Verrätereien der Bürokratie willen, sondern vor allem, um uns selber den besonderen Charakter der gegenwärtigen Lohnkämpfe klar zu machen, um zu verstehen, warum die alten Methoden der Gewerkschaftstaktik nicht mehr ausreichen, um die besonderen Aufgaben zu erkennen, die ihrer Führung gestellt sind, und um das Verhältnis zu bestimmen, in dem sie zum politischen Kampf stehen. Daß die gegenwärtigen Lohnkämpfe in Deutschland einen neuen Charakter haben, bezeugen an ihrem Teil sowohl die Bourgeoisie wie die Gewerkschaftsbürokratie durch die Tatsache, daß sie neue Wege suchen, neue Mittel anwenden, um ihrer Herr zu werden. Beide riechen den „Ludergeruch der Revolution“.

Die Einsicht in die Unzulänglichkeit der alten gewerkschaftlichen Kampfformen ist nicht gerade neu. Sie tauchte im linken Flügel der Zweiten Internationale bereits auf mit dem Fortschreiten der Kartell-, Trust- und Syndikatsbildung, der verschiedenen Formen des monopolistischen Kapitalismus. Die „alte“ Gewerkschaftstaktik war im wesentlichen auf den vorimperialistischen Kapitalismus zugeschnitten, dessen Typus der Einzelunternehmer war und die infolgedessen auf die Ausnützung der Konkurrenz der einzelnen Unternehmer abzielte. Man sah, daß gegenüber dem monopolistischen Kapitalismus die alte [418 (386)] Taktik des gewerkschaftlichen Einzelkampfes nicht mehr ausreichte. Die Kritik erstreckte sich auf zwei Hauptpunkte. Erstens den langfristigen Tarifvertrag, der bei steigenden Preisen eine Verschlechterung des Reallohns mit sich führte, die Auswahl des geeigneten Kampfmoments hinderte und selbst die Kampffähigkeit der Arbeiterschaft lähmte. Zweitens die Notwendigkeit, den Umfang der Kämpfe zu erweitern und ihnen dadurch politische Wirkung und politische Ziele zu geben. (Massenstreik, Generalstreik.)

Dieses objektive Moment, das die alte Gewerkschaftstaktik in das Altertumsmuseum verwies, hat sich seit der Vorkriegszeit in Deutschland in einem Ausmaß verschärft, wie nur noch in einem Lande, in den Vereinigten Staaten Amerikas. Einige Dutzend großer industrieller Konzerne beherrschen die Wirtschaft. Das Verhältnis des Industrie- zum Geldkapital hat sich mit dem Valutazerfall umgekehrt. Das monopolistische Industriekapital ist unbestrittener Herrscher über Bank- und Handelskapital geworden. Gegen diese Industriemammuts mit den alten Formen des Gewerkschaftskampfes ankämpfen zu wollen, heißt, mit Pfeile und Lanze gegen Tanks ankämpfen.

Weiter. Diese Industriekonzerne haben heute den politischen Apparat in der Hand, stärker und unverhüllter als in irgend einem Lande, Amerika nicht ausgenommen. Sie verfügen über Regierung, Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei und sie haben sich ihre eigenen Kampftruppe in den Scharen des Faschismus geschaffen.

Soweit findet die deutsche Arbeiterschaft Kampfverhältnisse vor, die im Wesen denen des hochkonzentrierten amerikanischen Kapitalismus gleichen, nur daß diese Entwicklung in Deutschland bereits zugespitzter und offener ist.

Das besondere neue Moment in Deutschland ist der sprunghafte Währungszerfall, der seit dem Zusammenbruch der ersten Markstützung ein rasendes Tempo angenommen hat und der jede Lohnfestsetzung, sei sie noch so kurzfristig (wöchentliche oder zweiwöchentliche Perioden sind bereits die Regel geworden), alsbald für die Arbeiterschaft illusorisch macht.

Der rapide Währungszerfall hat sowohl auf die Streikkassen der Gewerkschaften, wie die Geld- und Lebensmittelreserven des einzelnen Arbeiters verheerend gewirkt. Es ist klar, daß die Gewerkschaftstaktik, die sich auf die langwierige Niederkämpfung der Gegner mittels der Streikkasse und auf die – nicht vorhandenen – Reserven des einzelnen Arbeiters einstellt, unter diesen Umständen zur sicheren Niederlage verurteilt ist. Die Streikunterstützung als Hauptkampfwaffe ist zerbrochen.

Die Bürokratie zieht daraus den Schluß: daß nicht gekämpft werden dürfe und daß ausgebrochene Kämpfe an Umfang und Zeitdauer möglichst begrenzt werden müssen. Sie sucht dabei, wenn irgend möglich, ausbrechende Streiks als „wilde“ zu erklären, um die Streikkasse zu retten. Das heißt natürlich praktisch, die vollkommene Kapitulation der Arbeiterschaft vor dem Ansturm des Kapitals.

Selbstverständlich kann die Arbeiterschaft sich mit diesem Schluß nicht abfinden. Vielmehr gilt es, die Formen und Mittel des Lohnkampfes den veränderten Kampfbedingungen anpassen. Das heißt [419 (387)] möglichst breite Ausdehnung des Streikumfangs und dadurch seine Verwandlung in einen politischen Machtfaktor. Auch diese Taktik ist nicht „einfach“, ist in allerlei Formen möglich, vom Generalstreik eines ganzes Berufes oder Industriezweiges zum Generalstreik aller Berufe ganzer Wirtschaftsbezirke oder des ganzen Reiches. Ueber diese Einzelformen müssen die konkreten Kampfbedingungen entscheiden.

Mit dem Umfang des Streik müssen sich seine Ziele erweitern, die Quantität muß in die Qualität umschlagen, der „rein wirtschaftliche“ Streik wird ein politischer Streik, der einen Druck auf den Staatsapparat auszuüben sucht.

Aber welche Ziele soll sich im jetzigen Deutschland ein großer Streik sehen? Sind nicht alle bestimmten Lohnforderungen bereits, wenn sie erreicht sind, wieder illusorisch? Die deutsche Arbeiterschaft drängt instinktiv danach, den Rahmen des Kampfes um illusorische Nominallöhne zu überschreiten. Und zwar sprechen bei diesem Drängen zwei Momente e n t g e g e n g e s e t z t e r Art mit. Einerseits das Bestreben, sich eine unabsehbare und scheinbar nutzlose Reite von Lohnkämpfen zu ersparen, also die Tendenz, dem Kampf auszuweichen, anderseits der Drang, dem Kampf ein über den Augenblick hinausreichendes, ein reales und politisches Ziel zu geben. Die Bürokratie hat sich die erste Tendenz zu Nutzen gemacht, um den Gedanken der „wertbeständigen Löhne“ – nicht in den Kampf hineinzuwerfen, sondern als Mittel zu verwenden, um dem Kampf zu entgehen.

An anderer Stelle dieser Zeitschrift ist ausführlich entwickelt, wie dieses Ziel bloßer Flugsand ist, der in den Händen zerrinnt. Materiell ist der Arbeiterschaft weit besser gedient durch kurzfristige Lohnfestsetzungen, die ihr jeweils erlauben, die Lohnhöhe auf Grund ihrer Einschätzung der Geldentwertung, sei es ohne, sei es mit Kampf zu regeln.

Man muß sich klar machen: der Generalnenner von Lohnkämpfen, die in politischen Kampf umschlagen, kann nicht eine Lohnformel sein – das heißt den Stein der Weisen suchen – er muß eine politische Formel sein. Vielfach herrscht selbst in unseren Reihen noch eine ganz mechanische Vorstellung vom Umschlagen des wirtschaftlichen in den politischen Kampf, die Vorstellung, als ob der wirtschaftliche Kampf einfach durch das Wachstum seines Umfanges zum politischen Kampf werde. Aber jeder Uebergang bedingt eine Grenze. Der Anfang der andern ist das Ende der einen Kampfform und umgekehrt. Der a n d i e G r e n z e a n g e l a n g t e wirtschaftliche Kampf schlägt in den politischen Kampf um. Das heißt der politische Kampf setzt ein neues, ein politisches Ziel. Umgekehrt wird eine von der Arbeiterklasse erreichte politische Kampfposition notwendig in sozialen und wirtschaftlichen Kampf umschlagen. Diese Umschläge brauchen sich nicht unmittelbar zu folgen.

Einige geschichtliche Beispiele dafür. Der ersten russischen Revolution von 1905/06 gingen eine ganze Serie wirtschaftliche Kämpfe voraus, die den Boden für den Machtkampf lockerten, das

Kraftbewußtsein der Arbeiter hoben. Sie gipfelten – ohne unmittelbare, [420 (388)] sichtbare Verbindung – am 22. Januar 1905 in dem politischen Massenstreik, der die zarische Macht in den Grundfesten erschütterte. Von diesem ersten politischen Knotenpunkt gingen andererseits eine Reihe wirtschaftliche Kämpfe aus, um Lohnerhöhungen, den Achtstundentag usw. Diese wirtschaftlichen Kämpfe brachten ihrerseits wieder die militärische Macht des Zarentums auf den Plan und mündeten in den Moskauer Dezemberaufstand.

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland wurde bekanntlich ebenfalls eingeleitet durch den Streik der Berliner Metallarbeiter vom Januar 1918. Auch hier ist der Zusammenhang des wirtschaftlichen und politischen Kampfes nicht direkt, sondern sozusagen unterirdisch. Der wirtschaftliche Kampf wirkt als Energiesammler für die Arbeiterklasse, als Organisator der Arbeiterkräfte, er stellt andererseits die Regierungsmacht als Hindernis vor die Augen der Arbeiter, erweckt die Erbitterung gegen sie, schwächt ihre Autorität. Die im wirtschaftlichen Kampf angesammelte Energie der Arbeiterklasse bricht dann, scheinbar ohne Zusammenhang, unter dem Anstoß politischer Ereignisse, die die Volksmassen auswühlen, als politische Energie mit politischen Zielen zutage. Die Vermittlung zwischen den beiden Momenten ist die politische Propaganda; sie leitet ideell vom wirtschaftlichen zum politischen Kampf über. Wir sahen dann ein Umschlagen der politischen Revolution in Lohnkämpfe. Die Lohnkämpfe zerlegen die scheinbare politische Einheit, die in den Novembertagen bestanden hatten, reißen den Klassengegensatz tief auf zwischen dem Lager des kapitalistischen Eigentums und dem Lager der sozialistischen Revolution. Sie leiten zu einem neuen politischen Knotenpunkt über, zu den Januarkämpfen 1919, wobei auch wieder der Uebergang nicht unmittelbar ist, sondern ein politisches Ereignis, die Absehung des Berliner Polizeipräsidenten, den Anstoß gibt.

Es schien uns nötig, diese Zusammenhänge in Erinnerung zu bringen, da über diese Dinge heute vielfach eine ganz schematische, d. h. falsche Auffassung herrscht.

Die gegenwärtigen Lohnkämpfe tragen einen neuen Charakter. Sie stoßen die Arbeiterklasse mit der Nase auf die Begrenztheit und das Illusorische bloß wirtschaftlicher Kämpfe. Sie rücken ins hellste Licht die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung der gesamten Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik und damit der politischen Machtverhältnisse. Sie rufen die Staatsmacht auf den Plan, die entweder gewaltsam einzugreifen sucht, wie im Ruhrgebiet, oder die durch wirkungslose Scheinkonzessionen sich diskreditiert („wertbeständige Löhne“). Sie bringen die faschistischen Kräfte ins Spiel. Sie klären im Arbeiterlager selbst über Freund und Feind auf.

Diese Lohnkämpfe finden statt in der Atmosphäre der kritischen Zuspitzung des Ruhrkampfes, wachsender innerer und äußerer Spannung.

Jeder Tag kann ein Ereignis bringen, das die in diesen Lohnkämpfen angesammelte proletarische Energie in Gestalt breiten politischen Massenkampfes zutage fördert.

[421 (389)] Unsere mit den Lohnkämpfen verbundene und an sie anknüpfende politische Propaganda muß die ideelle Ueberleitung der einen in die andere Kampfphase abgeben.

Die reale Ueberleitung ist das Werk von Geschehnissen, die in der Luft liegen.

*

Zur Theorie des Marktes.[*)]

(Anläßlich des Referates des Genossen Thalheimer auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale.)

Von S. D w o j l a z k i.

Eine der interessantesten theoretischen Fragen von denen, die auf der Tagesordnung des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale standen, ist unzweifelhaft die Programmfrage. Angesichts der ganzen Kompliziertheit der theoretischen Aufgabe, vor der die Vorhut des Weltproletariats steht, beschloß der Kongreß zu diesem Punkte der Tagesordnung keinen endgültigen Beschluß anzunehmen und sich auf eine vorläufige Diskussion zu beschränken, um die Debatten in die kommunistische Presse hineinzutragen. In dem Plenum des Kongresses wurden drei Referate gehalten, die eine ganze Reihe von Differenzpunkten unter den Referenten aufzeigten. Es zeigten sich Differenzen sowohl bei der Behandlung des einleitenden Teils des Programms, seiner theoretischen Begründung, als auch in der Formulierung seines taktischen Teiles, d. h. der konkreten Ziele und Forderungen, für deren Verwirklichung die Kommunistische Internationale kämpft. Das beweist nur, daß der internationale Kongreß der kommunistischen Parteien vollständig richtig gehandelt hat, als er beschloß, die vorgelegten Programmentwürfe einer eingehenden Diskussion in den einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale zu unterbreiten und diese Frage auf dem V. Kongreß, der in diesem Jahre stattfinden soll, wiederum zu behandeln.

Vor uns steht eine wichtige und zugleich so komplizierte Frage, daß ich nicht daran denke, sie in vollem Umfange zu behandeln. Allein das Referat des Genossen Bucharin enthielt die interessantesten Bemerkungen und eine ganze Reihe von frischen und grellen Formulierungen und verdiente, eingehend behandelt zu werden; aber das, wiederhole ich, gehört nicht zu meiner Aufgabe. In diesem Artikel will ich mich auf das Referat des Genossen Thalheimer beschränken und dabei auf den Teil, der dem allgemeinen theoretischen Abschnitt gewidmet ist. Gerade dieser Abschnitt scheint mir der vom Standpunkt des orthodoxen Marxismus strittigste zu sein. Genosse Thalheimer ist ein konsequenter Anhänger der ökonomischen Konzeption von Rosa [422 (390)] Luxemburg. Er nimmt ihre Theorie der Akkumulation des Kapitals und die von ihr gegebene Erklärung des Imperialismus widerspruchlos an. Er scheut nicht vor der Tatsache zurück, daß diese Theorie sogar unter dem radikalen Teil der alten sozialistischen Parteien, der später den Kern der Kommunistischen Internationale bildete, nur sehr wenige Anhänger gefunden hat. Genosse Thalheimer will natürlich bis zu Ende konsequent sein und schlägt vor, dem „Kommunistischen Manifest“ des 20. Jahrhunderts Lehren, die Rosa Luxemburg in ihren ökonomischen Hauptwerken entwickelt hat, zu Grunde zu legen. Noch mehr, er erklärt, daß jene, die diese Lehren ablehnen, dadurch „einen theoretischen Beweis für die Unmöglichkeit des Sozialismus liefern“ und sich den Weg in das Lager der Bourgeoisie bahnen. Freilich, die russischen revolutionären Marxisten, der 90er Jahre (darunter der Genosse Lenin) haben in ihren polemischen Arbeiten, die gegen den volkstümlerischen Skeptizismus gerichtet waren, eine von der Rosa Luxemburg wesentlich verschiedene Theorie gegeben und sind nichtsdestoweniger in den Reihen des kämpfenden Proletariats geblieben. Aber auch das spielt für den Genossen Thalheimer keine Rolle. Er erklärt entschieden, daß ein solches Betragen einiger russischer Marxisten (aus dem Zusammenhang seiner Rede ging ganz klar hervor, wen er meint) „durch ihre theoretische Inkonsequenz erklärt wird“.[*)]

Ueber die Theorie Rosa Luxemburgs ist in der russischen Literatur bisher fast nichts geschrieben worden, – eine Tatsache, die teilweise dadurch erklärt wird, daß ihre Hauptwerke „Die Akkumulation des Kapitals“ und die „Antikritik“ den breiten Kreisen der russischen Marxisten erst vor 1½ bis 2 Jahren zugänglich gemacht worden sind. Im Jahre 1921, vor dem Erscheinen der russischen Ausgabe der „Akkumulation“, habe ich versucht eine Diskussion über dieses erstaunliche und in man-

[*)] Der Artikel des Genossen Dwojlazki ist in dem „Mitteilungsblatt der Sozialistischen Akademie“ zu Moskau erschienen. Wir geben hier seine wesentlichen Teile als einen Beitrag zur Diskussion über das Programm der kommunistischen Internationale wieder, Genosse Dwojlazki gehört zu den russischen Kommunisten, die die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg ablehnen. Die Red. d. „I.“

[*)] „Bulletin des IV. Kongresses der Komm. Internationale“, Nr. 14-15. Moskau; den 23. Nov. 1922. 14. Sitz.

cher Hinsicht glänzende Buch hervorzurufen und zu diesem Zweck eine kleine kritische Besprechung der Theorie Rosa Luxemburgs geschrieben.[**)] Sie fand jedoch keinen Widerhall. Heute, wo davon die Rede ist, die „Akkumulation des Kapitals“ zur Grundlage des theoretischen Teils des Programms der Kommunistischen Internationale zu machen und diese Frage in einem gewissen Sinne eine aktuelle Bedeutung gewinnt, muß sie, wie mir scheint, eine größere Aufmerksamkeit beanspruchen. Von diesen Ueberlegungen geleitet, mache ich sozusagen einen zweiten Versuch, um so mehr, als eine eingehende Besprechung der Arbeiten Rosa Luxemburgs in einem von mir geleiteten Seminar mich noch mehr von der Richtigkeit der von mir seinerzeit gemachten kritischen Bemerkungen überzeugt hat.

*

Das erste Werk Rosa Luxemburgs über die „Akkumulation des Kapitals“ beginnt mit der Darstellung und Kritik der berühmten Schemata der Reproduktion, die Marx im dritten Abschnitt des zweiten Bandes seines unsterblichen Werkes gegeben hat, derselben Schemata, die Rudolph Hilferding seinerzeit die geniale Verwirklichung der genialen Idee des Vaters der Schule der Physiokraten F. Quesnay genannt hat. Die ersten Kapitel sind eine so glänzende Systematisierung und Popularisierung der Marxschen Theorie des Marktes, daß es dem Leser gar nicht in den Kopf kommt, daß die ganze weitere Darstellung der Kritik dieser Theorie und dem Versuch ein von der [423 (391)] Konzeption des Verfassers des „Kapitals“ gänzlich verschiedenes theoretisches System zu konstruieren, gewidmet sein wird. Rosa Luxemburg versucht sozusagen, die Schemata von Marx zu diskreditieren, die, wie bekannt, von ihm nicht genügend durchgearbeitet werden konnten und in seinen literarischen Nachlaß nur in der Form von Entwürfen hineingekommen sind. Im besonderen genügt ihr die unvollendete Analyse der Reproduktion des Geldmaterials nicht und sie drückt dabei die Ueberzeugung aus, daß Marx, wenn er auch die von ihm begonnene Analyse fortgesetzt hätte, ohnehin zu keinem befriedigenden Resultate gelangt wäre.[*)] Im allgemeinen muß man sagen, daß diese Seite ihrer Kritik einen etwas pedantischen Charakter trägt. Ein bedeutender Teil ihrer polemischen Bemerkungen beruht darauf, daß Marx in einigen Fällen die Ziffern für seine Schemata ungeschickt gewählt hat. Viel wichtiger ist eine andere Tendenz Rosa Luxemburgs, die in ihrer Bewertung der Schemata der Reproduktion im zweiten Bande des Kapitals genügend klar ausgedrückt ist. Sie bemüht sich zu beweisen, daß man aus diesem Schemata alle beliebigen Schlüsse ziehen könne, bis zu den allerapologetischsten, wobei sie besonders auf Tugan-Baranowski hinweist, der von der Marxschen Analyse der Reproduktion ausgehend, zu dem Schluß gekommen ist, daß bei dem Vorhandensein einer Proportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen die Möglichkeit für einen grenzenlosen Ausschwung der Produktivkräfte im Rahmen des Kapitalismus geschaffen wird. Aber wenn dem so ist, wenn man auf der Grundlage der Marxschen Schemata der Reproduktion den Kapitalismus verewigen und eine sykophantische Theorie schaffen kann, die ihre Anhänger notwendig in das Lager der Lobsänger des Kapitalismus bringt, so erfordern die berüchtigten Schemata nach der Meinung Rosa Luxemburgs, daß man sie jedenfalls kritisch betrachtet.[**)] Aber

[**)] Zeitschrift „Krasnaja Now.“ 1921, Nr. 1.

[*)] R. Luxemburg: „Akkumulation des Kapitals“, Gen. W. Posnjakow hat in einem Referat, das er im Frühjahr 1922 in einem der ökonomischen Seminare des Instituts der Roten Professur hielt, nachgewiesen, daß, wenn man sie Reproduktion des Geldmaterials als eine besondere Abteilung der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion betrachtet, und den Verschleiß des Geldes als einen eigenartigen Prozeß einer „quasi“ Konsumtion ansieht, der als „faux frais“ der gesamten kapitalistischen Gesellschaft zur Last fällt, die Frage der Reproduktion des Goldes sowohl für den Fall der einfachen, als auch für den Fall der erweiterten Reproduktion befriedigend gelöst wird.

[**)] Daß Tugan-Baranowski von Marx einen sehr eigenartigen Gebrauch gemacht hat, ist allgemein bekannt. Nur ist Marx daran ganz unschuldig, denn seine Analyse der Reproduktion beschränkt sich keineswegs auf die Teilung der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion wie die Reproduktion der Produktionsmittel und der Konsumtionsmittel; sie ist organisch mit dem gesamten ökonomischen System des Marxismus verbunden. Diese Seite der Sache ignoriert Tugan. Er spricht, z. B., von der Möglichkeit einer Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion bei gleichzeitiger Einschränkung der gesellschaftlichen Konsumtion, ohne jede Störung des Gleichgewichts zwischen gesellschaftlichem Angebot und Nachfrage. Die kapitalistische Gesellschaft wird Naphta, Kohle und Eisen zwecks weiterer Erweiterung der Ausbeute an Naphta, Köhle und Eisen produzieren; Drehbänke werden Drehbänke zeugen; Maschinenfabriken werden damit beschäftigt sein, ähnliche Fabriken auszurüsten. Mit einem Worte, die Erweiterung der Produktion von

da Rosa Luxemburg überhaupt in den [424 (392)] Schemata von Marx ein ungenügendes Beweismaterial steht, und da nach ihren Worten „das Problem der Akkumulation sich auch ohne sie darstellen und begreifen läßt“, werden wir uns nicht bei der Erörterung ihrer kritischen Bemerkungen aufhalten, die gegen die mathematischen Darlegungen des zweiten Bandes des Kapitals gerichtet sind und versuchen, die Theorie der Verfasserin der Akkumulation darzustellen, indem wir uns nach Möglichfeit in den Hauptpunkten an das Original halten.

*

Vor allem einige Worte über die Grenzen des Abstrahierens. Ist eine Abstraktion von der differentia specifica der zu untersuchenden ökonomischen Formation zulässig? Oder konkret: kann man bei dem Studium der kapitalistischen Gesellschaft vom Gelde absehen, um die Analyse zu vereinfachen ? Say hat bekanntlich ein solches „Experiment“ gemacht. Bei der Erörterung der Möglichkeit einer allgemeinen Ueberproduktion hat er das Geld „übersehen“ und sich auf den Standpunkt gestellt, daß Produkte mit Produkten bezahlt werden. Und nun war es für ihn nicht mehr schwierig, daraus seinen berühmten Satz von der Unmöglichkeit einer allgemeinen Ueberproduktion herzuleiten. Tatsächlich, so folgerte er, wenn Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden, so kann eine Stockung im Absaß ausschließlich dadurch erklärt werden, daß sie nicht in dem richtigen Verhältnis zueinander produziert worden sind: wenn die Waren zu lange liegen bleiben, so bedeutet das ganz und gar nicht, daß ihrer zuviel erzeugt worden sind: das bedeutet nur, daß zu wenig von anderen Waren erzeugt worden ist. Erweitert ihre Erzeugung, und alles wird sich in dieser besten aller Welten auf das Beste abwickeln. So wurde in der bürgerlichen Nationalökonomie seinerzeit die Lehre von der Harmonie begründet, „die in der kapitalistischen Gesellschaft herrschen soll“ – und alles das wurde durch die [425 (393)] bewußten Lobredner durch „allzu großen Eifer im Abstrahieren erzielt.*)

Aber was soll hier Rosa Luxemburg? wird der erstaunte Leser fragen? Sie hat doch die Methoden der Oberharmonisten nicht gerechtfertigt. Noch mehr, man wird uns sagen, daß Rosa Luxemburg sich nicht weniger schroff als Marx, gegen die ungeheuerlichen Folgerungen Says gewandt hat, indem sie am Beispiel Tugan-Baranowskis bewies, daß die Benutzung der Analyse des 2, Bandes zu nicht weniger odiösen Folgerungen führen kann, als die Konstruktionen der apologetischen Vul-

---

Produktionsmethoden kann bis in die „Unendlichkeit“ fortgesetzt werden, solange bis die natürlichen Vorräte der entsprechenden Materialien erschöpft sind. Und das alles ist nach Tugan nicht nur bei einem stationären Niveau der Konsumtion möglich, sondern auch in dem Falle, wenn die Nachfrage der durch die Maschinen verdrängten Arbeiterklasse [424 (392)] gleich Null sein wird und die Kapitalisten von Lust und Liebe leben werden. (Siehe Tug.-Bar. „Period. industrielle Krisen“. Russisch. Petersburg 1914.) Wie kann man diese wilde Schlußfolgerung erklären? Es handelt sich um folgendes: Im Geldfetischismus befangen, übersetzt Tugan als würdiger Sohn seiner Klasse alles in Rubel und ignoriert vollkommen die dringend materielle oder technische Seite des Produktionsprozesses. In Wirklichkeit muß, wenn eine Gruppe von Maschinen eine ähnliche Nachkommenschaft zeugt, die für den gleichen Zweck bestimmt ist, schließlich ein Augenblick kommen, wo eine Maschine auf der Bildfläche erscheint, die zur Produktion von Konsumtionsmitteln bestimmt ist, denn sogar die kapitalistische Produktion, die ausschließlich durch das Streben nach Profit regiert wird, dient objektiv dennoch der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Ohne eine Erweiterung der Produktion von Mehl ist eine Erweiterung der Produktion von Mahlmaschinen unmöglich, und ohne, sagen wir eine Erweiterung der Produktion von Seife ist eine Erweiterung der Produktion von Soda unmöglich. Für den Fetischisten Tugan, der sich nicht von Geldverhältnissen lossagen kann, bedeutet das ganz und gar nichts; er verwandelt, nach A. Bogdanow, das kapitalistische System in ein „technisch-sinnloses“. Dasselbe tut Herr Tugan, wenn er zum „Beweis“ seiner Paradoxe ohne großes Besinnen den nichtzurealisierenden Profit einer Abteilung der gesellschaftlichen Produktion in die andere überträgt. Bei den Kapitalisten der Abteilung der Konsumtionsmittel für Arbeiter ist Mehrwert z. B. in Schuhen, Textilwaren usw. verdinglicht, Was aber macht Tugan? Er vergißt, ohne sich zu besinnen, daß er nicht mit Rubeln, sondern mit Gebrauchswerten von bestimmtem Zweck zu tun hat, „überträgt“ sie in die Abteilung der Produktionsmittel und beginnt mit Hilfe von Stiefeln und Arbeitskitteln Dampfhämmer zu bauen und Eisen zu gießen. Freilich dasselbe tut Otto Bauer in seiner Kritik des Buches von Rosa Luxemburg, aber was sollen [425 (393)] hier die Schemata von Marx? Ist doch sein größtes Verdienst, das er hinter den äußeren Erscheinungen des Marktes eine bestimmte produktionstechnische Verbindung nachgewiesen hat. ... Solch ein Ignorieren des ökonomischen Systems des Marxismus finden wir bei Tugan, der von den Marxschen Schemata ausgeht, auf jeden Schritt. Ich behaupte, daß er mittels der Marxschen Theorie des Marktes seine wirklich anekdotischen Schlußfolgerungen gar nicht beweisen könnte, wenn er sich an das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate halten würde. Für seine apologetischen Ziele mußte er dies Gesetz widerlegen und „beweisen“, daß in der kapitalistischen Gesellschaft in Wirklichkeit eine umgekehrte Tendenz besteht.

*) Vergl. Marx, Kapital I.

gärökonomie. Der kritisch gestimmte Leser wird uns gleich daran erinnern, daß Rosa Luxemburg überall, wo das nur möglich war, in ihre Analyse das Geld eingeführt hat – und alles das wird unzweifelhaft der Wirklichkeit entsprechen. Aber es handelt sich darum, daß Rosa Luxemburg in allen ihren Untersuchungen nur die Seite des Geldes berücksichtigt, von der Say abgesehen hat, und nur diese; sie hat immer daran gedacht, daß Geld Zirkulationsmittel ist, was die Vulgärökonomen nicht wissen wollten, aber sie hat hartnäckig vergessen, daß Geld außerdem Zahlungsmittel ist. Das ist, wie ich weiter versuchen werde zu beweisen, der hauptsächlichste Grund, weshalb die Verfasserin der „Akkumulation des Kapitals“ und der „Antikritik“ zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Realisierung des Mehrprodukts im Rahmen eines reinen Kapitalismus eine unlösbare Aufgabe darstellt.

Wenn wir vom Geld als Zirkulationsmittel sprechen, so haben wir Warenbesitzer im Auge, die lediglich als Vertreter schon vorhandener Aequivalente untereinander in Berührung kommen. In diesem Fall erfolgt der Stellenwechsel der beiden Pole der Formel G-W gleichzeitig, oder kurz, der Verkäufer erhält bei dem Verkauf sofort eine äquivalente Geldsumme. „Mit der Entwicklung der Warenzirkulation entwickeln sich jedoch Verhältnisse, wodurch die Veräußerung der Ware von der Realisierung ihres Preises zeitlich getrennt wird.“ (Kapital I, Seite 98.) Die Ware wird heute verkauft, aber die Zahlung erfolgt erst nach einiger Zeit, nach Wochen, Monaten, oder einem Jahr. Die Bewegung der Ware (sowohl im Sinne des Raumes, als auch im Sinne der Veränderung des Eigentümers) erfolgt früher, als bis sein Wert durch Geld ersetzt wird, das infolge des zeitlichen Auseinanderfallens von Verkauf und Zahlung, zum Zahlungsmittel wird. In dieser Funktion bildet das Geld die Voraussetzung für eine unzählbare Menge von Schuldverpflichtungen. A. kann seine Ware an B. verkaufen, und ohne die Zahlungsfrist zu erwarten, auf Kredit Waren bei einer dritten Person C. kaufen, in der Hoffnung, daß B. seine Verpflichtung rechtzeitig erfüllt. Aber das ist nur eine schematische Vorstellung von dem, was in der Wirklichkeit vor sich geht. Tatsächlich stellen alle diese Vorgänge ein viel komplizierteres Bild dar. [426 (394)] Die Bande des Kredits fesseln die ganze kapitalistische Gesellschaft mit Hunderttausenden von feinsten, unmittelbaren Fäden, und das grandiose Gebäude des Kredits mit seinen Wechseln und Banknoten, mit seinen Aktien und Obligationen, mit seinen Banken und Börsen, verwandelt sich in den mächtigsten Hebel für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft.[*)]

Gut, wird der Leser sagen, mag das so sein: Rosa Luxemburg hat tatsächlich von der Eigenschaft des Geldes, als Zahlungsmittel, und folglich auch vom Kredit abstrahiert. Aber, vielleicht ist der Kredit nur eine Begleiterscheinung, ein Attribut zweiter Ordnung des Kapitalismus, und ganz und gar nicht eine ihm „immanente“ Erscheinung? Wenn das erste wahr ist, so können wir ihn bei unserer abstrakten Analyse der Oekonomie der bürgerlichen Welt außerhalb unseres Gesichtskreises lassen und mit einem sozusagen „kreditlosen“ Kapitalismus operieren, wie das Rosa Luxemburg tut. Wenn das Zweite richtig ist, so ist die Ignorierung des Geldes als Zahlungsmittel eine ebensolche methodologische Sünde, wie die Verwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine Gesellschaft des Naturalaustausches.

Betrachten wir diese Frage. Sehen wir voraus, daß wir es mit einem kapitalistischen Unternehmen zu tun haben, das seine Produktion auf einem und demselben Niveau aufrechterhält (der Fall der einfachen Reproduktion). Setzen wir weiter, daß die Umschlagzeit dieses Kapitals neun Wochen, die Produktionsperiode, die mit der Arbeitsperiode zusammenfällt, sechs Wochen und die Umlaufszeit drei Wochen beträgt.[**)] Wenn der Kapitalist wöchentlich für Rohstoffe, Hilfsmaterialien (wir lassen die Elemente des fixen Kapitals einstweilen beiseite) und die Arbeitskraft sagen wir 1000 Rubel aufwenden muß, so braucht er für die Sicherstellung der Kontinuität der Produktion während der ersten sechs Wochen, bis die Waren auf den Markt geworfen werden können, 6000 Rubel. Das produktive Kapital, in Warenkapital verwandelt, geht in die Zirkulationssphäre ein, wo seine Rückverwandlung in Geldkapital erst nach drei Wochen erfolgen wird. Während dieser ganzen Zeit exis-

[*)] Vergl. Marx, Kapital I.

[**)] Ich benutze hier selbstverständlich die Terminologie von Marx, siehe Kapitel II, Kap, XII-XV.

tiert es für den Produktionsprozeß nicht. Daraus folgt, daß unser Kapitalist zur Sicherstellung der Kontinuität der Produktion wenigstens im alten Umfange noch zusätzliche 3000 Rubel braucht. Es ist nicht schwierig zu sehen, daß dieses zusätzliche Kapital sich zum ganzen Kapital des Unternehmers wie die Umlaufszeit zur Umschlagszeit verhält. In unserem Falle beträgt dieses Verhältnis 1: 3. Aber in drei Wochen wird das Produkt der ersten Arbeitsperiode verkauft sein, und der Kapitalist wird 1000 Rubel in bar zur Verfügung haben. Dagegen braucht er bis zum Ende der zweiten Arbeitsperiode nur 3000 Rubel, denn während der ersten Hälfte dieser Periode war die Kontinuität der Produktion durch das zusätzliche Kapital sichergestellt. Daraus folgt, daß in der kapitalistischen Wirklichkeit die Freisetzung von Geldkapital einen sich dauernd wiederholenden Prozeß darstellt. Aber das ist nur die eine Quelle der fortwährenden „Schatzbildung".

Der fixe Teil des konstanten Kapitals überträgt bekanntlich seinen Wert auf die erzeugte Ware nur allmählich, oft im Laufe von einigen Jahrzehnten. Wenn der Wert des fixen Kapitals, sagen wir 120.000 Rubel beträgt, und die Dauer seiner „physischen" Existenz zehn Jahre, [427 (395)] so erhält der Kapitalist monatlich 1000 Rubel zurück, die dem Verschleiß seines fixen Kapitals entsprechen. Aber das bedeutet ganz und gar nicht, daß dieses tatsächlich materiell jährlich zu einem zehnten Teil neu angelegt werden muß. „Die Maschine ist vielleicht im zweiten Jahre besser im Gange, als im ersten. Und dennoch ist sie nach zwölf Jahren nicht mehr nutzbar. Es geht wie mit einem Vieh, das im Durchschnitt zehn Jahre zu leben hat, deshalb aber doch nicht um ⅒ in jedem Jahr abstirbt, obgleich es nach dem Ende der zehn Jahre durch ein neues Individuum ersetzt werden muß." (Marx: „Theorien über den Mehrwert", Bd. 2, Teil 2, Seite 246/47.) So muß unser Kapitalist jene Summe in Geldform zurückhalten, die ihm als Ersatz des fixen Kapitals während zehn Jahren zurückfließt. Und nur nach dieser Zeit wird er sie in die materielle Form des fixen Kapitals in Maschinen, Gebäude usw. verwandeln. Das ist die zweite Quelle des immer wieder frei werdenden Geldes: „Die Art des Rückschlusses des fixen Kapitals bewirkt also periodisches Aufschatzen, damit aber periodisches Brachliegen von Geldkapital". (Hilferding, Finanzkapital.)

Die von uns untersuchten Erscheinungen sind ganz und gar nicht zufällig. Sie entspringen, wie wir gesehen haben, dem ureigensten Wesen der kapitalistischen Produktionsweise und bilden in diesem Sinne jene differentia specifica, von der Marx spricht. „Schatzbildung kann schon innerhalb der einfachen Warenzirkulation erfolgen. Dazu ist Weiter nichts nötig, als daß beim Prozeß W–G–W der zweite Teil G–W nicht vollzogen wird, daß also der Warenverkäufer seinerseits nicht wieder kauft, sondern das Geld aufschatzt. Aber solches Verhalten erscheint als bloßer Zufall und Willkür. In der Zirkulation des Kapitals wird aber solches Aufschatzen zur Notwendigkeit, die sich aus der Natur des Prozesses selbst ergibt." (Hilferding, loc. cit Seite 71.)

Aber das untätige Geldkapital erfüllt seine Lebensfunktionen nicht, es bringt keinen Profit. Und der Kapitalist, der den Geldschatz, der sich im Prozesse der Zirkulation unvermeidlich herausbildet, in seinem Geldschrank behält, stellt die personifizierte Negation des kapitalistischen Unternehmers dar. Er ist nicht minder ein „Wohnsinniger" und ein „Selbstmörder", als es jener Kapitalist sein würde, der es sich in den Kopf gesetzt hätte, den ganzen Mehrwert systematisch zu verjubeln. Der eigenartige Widerspruch zwischen der Schatzbildung und dem grundlegenden Motiv des Kapitalismus, der Gewinnung von Profit, wird durch den Kredit gelöst, dessen Möglichkeit durch die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel gegeben ist.

*

Eben das Abstrahieren vom Kredit hat Rosa Luxemburg die Folgerung eingegeben, daß die Realisierung des Mehrwertes unter den Bedingungen eines reinen Kapitalismus eine unlösbare Aufgabe darstellt. Wirklich, wenn die Kapitalisten die, sagen wir, die Hälfte ihres Mehrwertes konsumieren, zu diesem Zwecke eine Million Rubel in der Woche ausgeben können und die Arbeiter die allgemeine Summe der Arbeitslöhne, die sie während derselben Woche erhalten haben, sagen wir ebenfalls eine Million Rubel, so werden sie zusammen imstande sein, wöchentlich für 2 Millionen Rubel zu kaufen. Diese Summe wird die Aufnahmefähigkeit des Marktes heute und nach einem Monat und nach einem Jahre bestimmen. Für die übrige Million Rubel von nicht Absatz findenden Waren wird man unbedingt ein nicht-kapitalistisches Milieu suchen müssen. Das wird der Fall sein, wenn wir durch

allzu großen Eifer beim Abstrahieren aus dem Kapitalismus [428 (396)] seine ganze „Seele“ herausnehmen werden. Aber eine solche theoretische „Vereinfachung“ ist methodologisch unzulässig. In Wirklichkeit (wenn auch nur in der gedachten rein kapitalistischen „Wirklichkeit“) liegen die Dinge etwas anders. Keine einzige Fabrik, deren Produktion einen großen Umfang hat, verkauft ihre Waren dem unmittelbaren Konsumenten. Diese sind räumlich in größerem oder kleinerem Maße von dem Standort der Produktion getrennt. Die Fabrik verkauft ihre Ware dem Großhändler, dieser dem Kleinhändler. Das ist der einfachste Fall. In Wirklichkeit ist die Kette, die sich vom Produzenten zum Konsumenten zieht, viel länger. Die Glieder dieser Kette sind oft bis zum allerletzten[*)] miteinander durch Kreditbeziehungen verbunden. Der Kredit aber gibt dem Großhändler und dem Kleinverkäufer die Möglichkeit, eine größere Menge von Waren zu kaufen, als sie brauchen, um der Nachfrage während eines Tages oder einer Woche nachzukommen. Uebrigens kennt weder der eine noch der andere den wirklichen Umfang der zahlungsfähigen Nachfrage im allgemeinen und die Summe dessen, was bei ihm gekauft werden wird im besonderen. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die Zirkulationssphäre eine größere Menge von Waren ausnimmt, als im gegebenen Augenblick durch die vorhandene zahlungsfähige Nachfrage der endgültigen Konsumenten gefordert wird, und daraus folgt: **„Innerhalb gewisser Grenzen kann der Reproduktionsprozeß auf derselben oder erweiterten Stufe vorgehen, obgleich die aus ihm ausgestoßenen Waren nicht wirklich in die industrielle oder produktive Konsumtion eingegangen sind.“** (Kapital, Bd. 2, Seite 49, Unterstreichungen von mir. S. D.)

Ein Anhänger der Theorie Rosa Luxemburgs wird natürlich eine solche Möglichkeit nicht leugnen. Seine Einwände werden sich darauf reduzieren, daß die Waren, die nicht in die „Konsumtionssphäre* eingegangen sind, nicht in sie eingehen werden; sie werden in der Zirkulationssphäre bleiben, und man wird sie auf keine Weise verkaufen können, aus dem einfachen Grunde, daß die zahlungsfähige Nachfrage eine im voraus gegebene Größe ist, die durch einen bestimmten Teil des Profits der Kapitalistenklasse und durch die Summe der Arbeitslöhne, die die Arbeiterklasse erhält, bestimmt wird. Aber dieser Einwand wird unrichtig sein, denn durch die Tatsache der Erweiterung der Produktion über die Grenzen ihrer gestrigen Basis hinaus ist ja schon die Erweiterung der zahlungsfähigen Nachfrage gegeben. Tatsächlich, was bedeutet eine Erweiterung der Produktion? Sie bedeutet erstens [429 (397)] den Kauf einer zusätzlichen Menge von Rohstoffen (gewöhnlich sogar neue Maschinenanlagen), und zweitens die Vermehrung der Zahl der Arbeiter oder zu mindest die Einführung von Ueberstunden. Aber wenn dem so ist, so erhält der gesamte wöchentliche Arbeitslohn einen gewissen Zuwachs, er verwandelt sich aus V in V + Δ V, oder aus 1.000.000 in 1.100.000 Rubel, und diese zusätzlichen 100.000 Rubel ziehen einen Teil jener Waren in die Konsumtionssphäre hinein, die Rosa Luxemburg zu einem ewigen Verbleiben in der Zirkulationssphäre oder gar in ihrem vorgestellten Warenbrei verurteilt haben würde. Aber neben der Vergrößerung der zahlungsfähigen Nachfrage der Arbeiter haben wir auch eine Vergrößerung der Nachfrage für zusätzliche Produktionsmittel. Man muß jedoch bemerken, daß diese beiden Prozesse ganz und gar nicht gleichzeitig in allen Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft vor sich gehen. An irgend einem Punkte wird ein Stoß gegeben, und das genügt, damit die Welle der Verbreiterung des Marktes sich über die ganze Oberfläche des kapitalistischen Meeres ergießt.

In unserem Beispiel haben wir die Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter gleich 10 Prozent angenommen. Ebenso groß wird bei der Aufrechterhaltung der organischen Zusammensetzung,

[*)] In meinem ersten Artikel, der der Theorie Rosa Luxemburgs gewidmet war („Krasnaja Now.“, 1921, S. 1), versuchte ich, ihre Hauptthese auf Grund der Kreditgewährung an Arbeiter zu widerlegen. Man wies mich auf die Abstraktheit und Irrealität meiner Annahme hin. Ich bin garnicht geneigt, zu behaupten, daß gerade in der Kreditgewährung an Arbeiter die wahre Rettung für den zur Akkumulation unfähigen „reinen“ Kapitalismus liegt; es handelte sich für mich nur darum, die Möglichkeit einer Akkumulation ohne Vorhandensein irgend eines nichtkapitalistischen Milieus zu zeigen. Nichtsdestoweniger behaupte ich entschieden, daß die Kreditgewährung an Arbeiter keine theoretische Fiktion ist. Käufe auf Ratenzahlungen (von Gegenständen des Haushalts, Kleidung, Uhren, Fahrrädern usw.) haben in allen kapitalistischen Ländern eine kolossale Ausdehnung gefunden. Nach den Mitteilungen von E. Schwiedland decken acht Zehntel (!) der Bevölkerung von Berlin, hauptsächlich Arbeiter und untere Beamte, ihren Bedarf durch Einkäufe auf Ratenzahlungen. („Volkswirtschaftslehre“, 2, Aufl., Wien u. Berlin 1920, S. 420.)

die dem Verhältnis 4 zu 1 gleicht, auch der Prozentsatz des Zuwachses des konstanten Kapitals sein, der absolut viermal größer ist als das zusätzliche variable Kapital. Das ganze funktionierende gesellschaftliche Kapital wird nach der Erweiterung der Produktion von 5 Millionen Rubel auf 5½ Millionen Rubel anwachsen. Aber zu einer solch bedeutenden Erweiterung die, sagen wir, während eines oder zweier Jahre vor sich geht, genügte, wiederhole ich, ein verhältnismäßig unbedeutender Ansporn. Setzen wir, daß eine Leinwandfabrik 5000 Rubel zu ihrem Kapital hinzufügt, von denen 1 Million Rubel für Arbeitslohn und 4000 Rubel für Produktionsmittel aufgewandt werden (für Garn, zusätzliche Webstühle, Kohle usw.). Die Spinner, die der Weberei Garn liefern, schaffen ihrerseits eine Nachfrage nach zusätzlichen Rohstoffen, Spinnmaschinen usw., und jeder von den Unternehmern, bei denen unser Spinner eine zusätzliche Nachfrage äußert, schafft seinerseits eine Nachfrage nach jenen zusätzlichen Elementen des konstanten Kapitals, ohne die eine Erweiterung ihrer Erzeugung technisch unmöglich ist.[*)] Freilich wird die zusätzliche Nachfrage, die von jedem folgenden Gliede dieser eigenartigen Kette ausgeht, kleiner als ihr nächster Urheber sein. Wir werden es sozusagen mit erlöschenden oder ersterbenden Wellen der Nachfrage zu tun haben, aber insgesamt werden sie eine viel größere Summe ergeben.

Theoretisch kann die allgemeine Vergrößerung der Nachfrage, die durch einen kleinen Impuls hervorgerufen wird, sogar mathematisch berechnet werden. Welches wird der allgemeine Effekt sein, der durch die 4000 Rubel hervorgerufen wird, die den Umfang der Nachfrage des Leinwandfabrikanten nach Produktionsmitteln bestimmen? Wenn wir setzen, daß die Durchschnitts-Profitrate 10 Prozent des Warenpreises beträgt, so wird der nächste Kontrahent unseres Fabrikanten (der Spinner, der Maschinenbauer usw.) zum Kauf von Produktionsmitteln und zur Auszahlung von Arbeitslöhnen eine Summe aufwenden müssen, die $^9/_{10}$. 4000 = 3600 Rubel beträgt, die ihrerseits eine andere Gruppe von Kapitalisten veranlassen wird, zusätzliche Ware [430 (398)] (Produktionsmittel und Arbeitskraft) für $^9/_{10}$. 3600 = 3240 Rubel zu kaufen usw. Wenn wir voraussetzen, daß man die sich so ergebende Zahlenreihe unbeschränkt fortsetzen kann, so werden wir eine Summe von Gliedern einer sich unendlich verkleinernden geometrischen Reihe erhalten: $4000 + 4000 . {}^9/_{10} + 4000 . ({}^9/_{10})^2 + 4000 . ({}^9/_{10})^3 + ...$ ad infinitum. Die Summe dieser Reihe, die, wie bekannt, dem Quotienten aus der Division ihres ersten Gliedes durch 1 weniger den Nenner der Reihe gleicht, wird 40.000 betragen.[*)] Es ist nicht schwierig, zu sehen, daß sie um so größer sein wird, je niedriger die Durchschnittsprofitrate ist, d. h. je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals und die Entwicklung des Kapitalismus im allgemeinen ist.

Aber man kann uns dieselbe Frage stellen, die sich Marx in den „Theorien über den Mehrwert" vorlegt: „Er (der Leinwandfabrikant) muß seine 4000 Rubel in Garn, Webstühle, Kohlen usw. verwandeln, d. h. diese Produkte kaufen. Um sie zu kaufen, müssen sie aber da sein. Da wir vorausgesetzt, daß die Reproduktion des alten Kapitals unter den alten Bedingungen stattgesunden hat, so hat der Garnspinner sein ganzes Kapital verausgabt, um das das Jahr zuvor von den Webern erheischte Quantum Garn zu liefern. Wie soll er also die vergrößerte Nachfrage durch eine vergrößerte Zufuhr von Garn befriedigen? Ebenso verhält es sich mit dem Maschinenfabrikanten, der die Webstühle usw. liefert."[**)] Auf den ersten Blick scheint es, daß der Weber warten müssen wird, bis der Spinner, der Maschinenbauer usw. ihre Produktion vergrößern. Aber diese werden gleichfalls nicht in der Lage sein, das zu tun, bis i h r e Lieferanten ihrerseits ihre Unternehmen erweitern, und so ohne Ende. In Wirklichkeit ist es natürlich nicht so. Wir haben schon gezeigt, daß der Verschleiß des fixen Kapitals allmählich während einer ziemlich langwierigen Periode erfolgt, weiter seine erneute Anlage – im Falle der einfachen Reproduktion – einmalig nach Ablauf dieser Periode stattfindet. Beim Kreislauf des Kapitals wird untätiges Geldkapital freigesetzt, das man zum Ankauf von zusätzlichen Produktionsmitteln und zur Anstellung von zusätzlichen Arbeitern auswenden kann. Folglich, „wo also viel konstantes, also auch viel fixes Kapital angewandt wird, existiert in diesem

[*)] Siehe Marx: Theorien über den Mehrwert, Bd. 2, T. 2, S. 84-25.

[*)] Siehe Bogdanow u. Stepanow: Kurs političezkoj ekonomji (Kursus der politischen Oekonomie), Bd. 2, H, 4, S. 104-105, und auch den Aufsatz von A. Bogdanow in der Zeitschrift „Ljetopis", 1916.

[**)] Theorien über den Mehrwert, Bd. 2, T. 2, S. 245, vom Verfasser in Rubel umgerechnet.

Wertteil des Produkts, der den Verschleiß des fixen Kapitals ersetzt, ein **Akkumulationsfonds**, der von seiten dessen, der ihn anwendet, zur Anlage von neuem fixen Kapital (oder auch zirkulierendem Kapital) benutzt werden kann, ohne daß für diesen Teil der Akkumulation irgend ein Abzug von dem Mehrwert stattfindet". („Theorien", Bd. 2, T. 2, S. 247; Unterstreichung von Marx.) Es ist jedoch garnicht notwendig, daß unser „Akkumulationsfonds" gerade für das Unternehmen aufgewandt wird, wo er entstanden ist: „Das **Kredit**, von dem wir hier nicht weiter zu sprechen haben, vermittelt, daß das akkumulierte Kapital nicht gerade in der Sphäre angewandt wird, wo es erzeugt ist, sondern da, wo es am meisten Chancen hat, verwertet zu werden. Indes wird jeder Kapitalist vorziehen, seine Akkumulation möglichst in seinem eigenen Unternehmen anzulegen. [431 (399)] Legt er sie in anderen an, so wird er Geldkapitalist und bezieht statt Profit nur Zins ..." (loc. cit, S. 243-250; Unterstreichung von Marx.)

Wir sehen so, daß zwischen dem hoffnungslosen Versuch, am Ende des Jahres den ganzen „Warenbrei", der in einem ungeheuren gesellschaftlichen Lager aufgespeichert ist, bis zum letzten Stück zu verkaufen und dem Gang der Realisierung, wie er im wirklichen Leben vor sich geht, ein großer Unterschied besteht: **im ersten Falle haben wir eine unbewegliche, im zweiten eine wachsende Nachfrage**. Noch mehr, unsere Betrachtungen zeigen, daß sogar unter den Bedingungen eines „reinen" Kapitalismus die gleichzeitige Erweiterung sowohl der zahlungsfähigen Nachfrage als auch der Erzeugung möglich ist. Nach der Meinung Rosa Luxemburgs führt die Anerkennung dieser These unvermeidlich zu den Konstruktionen Say's und seines entfernten Nachkommens Tugan-Baranowski. Nach der Meinung Thalheimers ist gerade dies das „Ueberflüssige", was die russischen Marxisten in ihrem Streit mit den Volkstümlern bewiesen haben. Aber wenn wir von der Möglichkeit einer gleichzeitigen Erweiterung der Produktion und des Marktes sprechen, behaupten wir damit ganz und gar nicht, daß die zweite der ersten auf dem Fuße folgt. Marx selbst, der doch so oder so auf dem Standpunkt der Möglichkeit der Akkumulation unter den Bedingungen eines reinen Kapitalismus gestanden hat, wandte sich in der entschiedensten Weise gegen ähnliche Behauptungen. Er betonte, daß das Wachstum der zahlungsfähigen Nachfrage, infolge des antagonistischen Charakters der Verteilung, die Tendenz hat, hinter der Produktion zurückzubleiben, und daß diese Tendenz in bestimmten Augenblicken mit gewaltiger Kraft zum Durchbruch kommt.[*)] „Und ist dieser Prozeß (des Kreislaufs des Kapitalwertes) erweitert – was erweiterte produktive Konsumtion der Produktionsmittel einschließt –, so kann diese Reproduktion des Kapitals von erweiterter individueller Konsumtion (also Nachfrage) der Arbeiter begleitet sein, da er durch produktive Konsumtion eingeleitet und vermittelt ist. Es kann so die Produktion von Mehrwert und mit ihr auch die individuelle Konsumtion des Kapitalisten wachsen, der ganze Reproduktionsprozeß sich im blühendsten Zustand befinden und dennoch ein großer Teil der Waren nur scheinbar in die Konsumtion eingegangen sein, in Wirklichkeit aber unverkauft in den Händen von Wiederverkäufern lagern; tatsächlich sich also noch auf dem Markt befinden. Nun folgt Warenstrom auf Warenstrom, und es tritt endlich hervor, daß der frühere Strom nur scheinbar von der Konsumtion verschlungen ist. Die Warenkapitale machen sich wechselseitig ihren Platz auf dem Markte streitig. Die Nachrückenden, um zu verkaufen, verkaufen unter dem Preis. Die früheren Ströme sind noch nicht flüssig gemacht, während die Zahlungstermine dafür fällig werden. Ihre Inhaber müssen sich insolvent erklären, oder verkaufen zu jedem Preis, um zu zahlen. Dieser Verkauf hat absolut nichts zu tun mit dem wirklichen Stand der Nachfrage. Er hat nur zu tun mit der **Nachfrage nach Zahlung** [432 (400)] (Unterstreichung von Marx), mit der absoluten Notwendigkeit, Ware in Geld zu verwandeln. Dann bricht die Krise los. Sie wird sichtbar nicht in der unmittelbaren Abnahme der konsumtiven Nachfrage,

[*)] „Daher nichts lächerlicher als von Identität von Produzenten und Konsumenten zu sprechen" („Theorien", B. II, T. I, S. 296). „Also nichts abgeschmackter ... als die Behauptung, daß Konsumenten (Käufer) und Produzenten (Verkäufer) in der kapitalistischen Produktion identisch sind" (ibid. S. 297). „Der Markt erweitert sich langsamer als die Produktion ... Hätte die Erweiterung des Marktes Schritt gehalten mit der Erweiterung der Produktion, so gäbe es keine Ueberfüllung des Marktes, keine Ueberproduktion" (ibid., S. 304-305).

der Nachfrage für individuelle Konsumtion, sondern in der Abnahme des Austausches von Kapital gegen Kapital, des Reproduktionsprozesses des Kapitals.[**)] (Schluß folgt.)

*

„Wertbeständige“ Löhne?

Eine Kritik des Reichsindex.

Von Wilhelm Swienty.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verschlechtert sich mehr und mehr. Der in eine schwere Krise eingetretene deutsche Kapitalismus kann sich nur dadurch leistungs- und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt erhalten, daß er auf Kosten der Löhne seiner Arbeiter die Warenpreise verbilligt. Alle Rohstoffe und Bearbeitungsgegenstände stehen in Deutschland auf Weltmarkpreis, ja, teilweise bedeutend darüber. Bei jeder Markverschlechterung werden die Rohprodukte sofort der neuesten Geldentwertung angepaßt. Sparen können die deutsche Industrie und das Agrarkapital nur an der Arbeitskraft ihrer Lohn- und Gehaltsempfänger, und sie tun dies, indem sie die Löhne dauernd verkürzen. Auch nach Preissteigerungen von über 100 Prozent, wie wir sie im Laufe des Juni beobachteten, bleiben die Löhne lange auf derselben Höhe (oder besser Tiefe) wie vorher. Jedesmal bei einer neuen Teuerungswelle, bei jeder neuen Valutaverschlechterung kostet es erst einen schweren Kampf der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern, bis eine neue, wenn auch noch so minimale und der Teuerung durch nichts entsprechende Lohnerhöhung durchgedrückt wird. (Ein typisches Beispiel hierfür ist der Kampf, der gegenwärtig in der Metallindustrie tobt.) Denn so leicht lassen die Kapitalisten sich auf eine Ausbesserung der Löhne nicht ein, da sie ihre Milliardengewinne ja nur machen können, wenn der Lohn so niedrig wie möglich gehalten wird. Die Arbeitskraft als Ware muß im Preise immer tiefer herabgedrückt werden. Was bei solchen Hungerlöhnen aus Arbeitern, Angestellten, Beamten und ihren Familien wird, ist natürlich ganz gleichgültig. Frische Arbeitskräfte sind zur Genüge vorhanden. Eine Million Erwerbslose und über zwei Millionen Kurzarbeiter stehen in Reserve, jederzeit zur Verfügung der Industrie.

Sobald die Löhne eine Höhe erreicht haben, bei der die Gewinne der Großindustrie sich zu verringern drohen, muß, um einen Ausgleich zu schaffen, der Dollar steigen. Der Circulus vitiosus ist fertig.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer wollen jeden Kampf um die Hebung der Lage des deutschen Proletariats, das durchschnittlich nur ein Drittel des proletarischen Existenzminimums verdient, jeden Kampf um höhere Löhne vermeiden. Obwohl Lohnverhandlungen und die sich daraus ergebenden Lohnkämpfe niemals Endkämpfe, sondern nur Teilkämpfe sind und sein können, haben doch die Gewerkschaften ein großes Interesse daran, jede Revolutionierung der Massen, die die natürliche Folge eines solchen Kampfes ist, zu vermeiden. Dies Interesse erklärt sich aus der staatserhaltenden, kapitalsfreundlichen Einstellung der SPD- und Gewerkschaftsführer, die das Interesse der Arbeiterklasse, die sie zu vertreten vorgeben, dem „Interesse des Volksganzen“, d. h. des Kapitalismus, bereitwilligst unterordnen.

[433 (401)] Auf alle diese Fragen ist schon der Genosse Heckert in Heft 13 der „Internationale“ näher eingegangen. Der einzige Ausweg für die Gewerkschaftsbürokratie zur Abwehr der drohenden, für die SPD tödlichen Katastrophe besteht darin, „wertbeständige Löhne“ oder auch „das Existenzminimum“ zu fordern. Daß dadurch tatsächlich im günstigsten Falle nichts anderes erreicht wird. als Hunger und Verzweiflung bei der großen Masse des Volkes zu stabilisieren, wird selbstverständlich den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern verschwiegen.

Es ist bei den Verhandlungen mit der Regierung und der Großindustrie von sozialdemokratischer Seite in Vorschlag gebracht worden, den Multiplikator (Entwertungsziffer, mit der der Grundlohn multipliziert wird) an Hand eines „verbesserten“ Indexes durch das Statistische Reichsamt

[**)] Marx: Kapital, Bd. 2, Seite 49-50; Unterstreichungen, außer der näher bezeichneten, von mir. S. D. In den Theorien über den Mehrwert (Bd. 2, T. 2, Seite 301) schreibt Marx: „In dem Wesen der kapitalistischen Produktion liegt also Produktion ohne Rücksicht auf die Schranken des Marktes.“

errechnen Zu lassen. (Auf die Höhe der Grundlöhne soll hier nicht näher eingegangen werden. Die Forderung der Kommunisten nah Friedenreallöhnen (Vorkriegsdurchschnittslöhnen) ist zur Genüge bekannt und schon des öfteren in den Parteizeitungen begründet worden.)

Zunächst das Urteil eines bürgerlichen Volkswirtschaftlers über den Reichsindex:

In einer Kritik der Teuerungsindexziffern des Reiches hat Dr. Kuczynski, Herausgeber der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ und Errechner eines eigenen Indexes, einmal gesagt: „Die Reichsindexziffer muß die Teuerung geringer erscheinen lassen, als sie tatsächlich ist: 1. weil die vom Reichsamt nach den heutigen Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungsmittel vorzugsweise solche Waren berücksichtigt, die jetzt billig sind. 2. weil der Berechnung im allgemeinen für die Vorkriegszeit eine mittlere oder gute, für die Gegenwart die billigste Qualität zugrunde liegt ...“ Wir können hinzufügen, daß auch noch die dauernde Abänderung des Reichsindexes zur Ungenauigkeit Anlaß gibt. Weiter sagt Dr. Kuczynski: „Der Verdacht, daß bei Berechnungen der Indexziffern gelegentlich ‚gebremst‘ wird – ein Verdacht, der durch die mißbräuchliche Verwendung dieser Ziffern seitens des Reichsarbeitsministers und durch das auffallend schwache Steigen der Ziffern ... genährt wurde –, ist tief eingewurzelt.“

Soweit Dr. Kuczynski. Nun zur Besprechung des Reichsindexes! Im Februar 1920 hat das Statistische Reichsamt anläßlich der ersten größeren Teuerungswelle in Deutschland mit der Berechnung eines Indexes begonnen, welcher zugleich in monatlichen Indexzahlen, in denen der Durchschnitt für 1913/14 mit 1 angesetzt und in Mark ausgedrückt wird. Es geschah dies zu dem ausgesprochenen Zweck, die Löhne der Arbeiter sämtlicher Industriegruppen zu drücken. Ed ist bezeichnend, daß der Reichsindex sowohl in feinen Indexzahlen als auch in seiner Markstatistik immer noch tief unter den niedrigsten Löhnen der Arbeiterschaft geblieben ist. Die Fehler, die vom Statistischen Reichsamt bei der Berechnung des Lebenshaltungsindexes gemacht werden, sind so ungeheuerlich, daß es tatsächlich nicht zu verstehen ist, wie die reformistischen Gewerkschaftsführer noch heute diesen Index für die zukünftigen Lohnverhandlungen heranziehen wollen.

Der Reichsindex wird berechnet für eine fünfköpfige Familie (zwei Erwachsene und drei Kinder von 12, 7 und 1½ Jahren). Es ist für den monatlichen Bedarf an Nahrungsmitteln eine Normalration aufgestellt.

Sie besteht aus:

Roggenbrot	47.000	Gramm
Mehl	4000	"
Nährmittel (Teigwaren, Haferflocken, Graupen, Hülsenfrüchte, Reis und dergl.)	11.000	"
Kartoffeln	70.000	"
Gemüse	15000	"
Fleisch	3.000	"
Schellfisch	1500	"
Speck	1500	"
Fett	4500	"
Salzheringe	1000	"
[434 (402)]		
Dörrobst (Backobst), billigste Sorte	3000	"
Zucker	3500	"
Magerkäse	1750	"
Eier	10	Stück
Vollmilch	28	Liter

Diese Nahrungsmittelmenge wird beinahe allmonatlich geändert, so erst kürzlich die Gemüse- und Magerkäseration. Bei Fleisch, Nährmitteln, Mehl und Fett ist Überhaupt die Qualität nicht angegeben. Es ist nicht gesagt, ob Rindfleisch oder Schweinefleisch, ob mit oder ohne Knochen, ob Butter, Schmalz oder Margarine verwendet wurden. Dies ist erklärlich aus der Tendenz des Reichsamtes, den Index so niedrig als möglich zu halten. Dadurch, daß man für die Vorkriegszeit möglichst hochwertige und infolgedessen teure Nahrungsmittel in den Index aufgenommen hat und daß man jetzt nur die allerbilligsten verwendet, noch dazu in absolut unzureichenden Mengen, wird die Ent-

wertungsziffer natürlich bedeutend herabgedrückt. Abgesehen davon, daß sechs Pfund, also 600 Gramm Fleisch pro Kopf der fünfköpfigen Familie, für einen Monat und ebenso 900 Gramm Fett monatlich viel zu wenig sind, um auch nur annähernd damit existieren zu können, sind auch die übrigen Nahrungsmittel in viel zu geringer Quantität eingereiht. Der Verbrauch von sieben Pfund Zucker pro Monat ist zu wenig. Auch wenn noch 3 Pfund Speck und 3 Pfund Schellfisch monatlich hinzukommen, reicht der Eiweißbedarf, der in der Hauptsache durch Fleisch gedeckt werden muß, natürlich lange nicht aus.

Bezeichnend ist, daß, wie das Statistische Reichsamt in seinen Veröffentlichungen über die Art der Berechnung des Lebenshaltungsindexes selber mitteilt, es sowohl für Ernährung wie für Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung von den Verhältnissen der Nachkriegszeit ausgegangen ist. Es wurde an Hand der niedrigsten Löhne nach dem Kriege eine Lebenshaltungstabelle aufgestellt, die dann nachträglich auf die Vorkriegszeit umgerechnet wurde, so daß der Index natürlich nicht die Teuerung gegenüber 1913/14 angeben kann. Trotzdem legt das Reichsamt Wert darauf, daß sein Lebenshaltungsindex eine genaue Darstellung der fortschreitenden Teuerung gegenüber der Vorkriegszeit bedeutet. Ueberhaupt ist man immer von der Erwägung ausgegangen, daß der Index nie höher sein darf als die niedrigsten Kulilöhne der deutschen Arbeiterschaft. Denn, wie von seiten des Statistischen Amtes zugegeben wird, versucht man nur zu errechnen, wie ein Arbeiter mit einem sehr niedrigen Lohn in der Nachkriegszeit auskommen kann. Obgleich es selbstverständlich die Ausgabe sein müßte, die Kosten zu berechnen, die bei einer normalen und sinngemäßen Lebensführung eines Arbeiters mit einer fünfköpfigen Familie entstehen würden, berechnet man nur die Kosten, die entstehen, wenn er versucht, mit seinem Lohne zu vegetieren. Das hat für die Zukunft eine große Bedeutung. Der Index wird auch später nur angeben, wie ein Arbeiter auskommen kann, wenn er auch einen noch so geringen Wochenlohn erhält. Es wird nicht berechnet, was ein Arbeiter zum Leben unbedingt braucht. Es hat also schon nach diesen Feststellungen überhaupt keinen Sinn, den Index des Reichsamts als Multiplikator anzunehmen, da er ja nicht angibt, was gebraucht wird, sondern was vorhanden ist. Das Elend, der Arbeiter wich dadurch nur vergrößert werden.

Während die Kosten für die Nahrung aus 560 Gemeinden, darunter 497 mit mehr als 10.000 Einwohnern, festgestellt werden, erstrebt sich die Erhebung der ebenfalls völlig unzulänglichen Bekleidungsausgaben auf den Durchschnitt von nur 71 Städten. Es wird dabei nach einer Methode verfahren, die nicht die Teuerung in den einzelnen Städten angibt, sondern nach der abgeschätzt wird, wieviel die Kosten wohl durchschnittlich gestiegen sein könnten. Dadurch wird der Bekleidungsindex natürlich sehr niedrig gehalten, was zur Folge hat, daß der Index überhaupt verbilligt wird. Auch für Heizung sind absolut unzureichende Mengen angegeben. Der Reichsindex setzt nur an 3 Zentner Steinkohlen oder 5 Zentner Braunkohlen oder 4 Zentner Braunkohlenbriketts oder 3 Zentner Gaskoks oder 6 Zentner Torf oder 6 Zentner Brennholz oder 40 Kubikmeter Kochgas pro Monat. Als Leuchtstoffe [435 (403)] reichen 15 Kubikmeter Leuchtgas oder 5 Kilowattstunden Elektrizität nicht. Die Wohnung ist mit zwei Zimmern und Küche für eine fünfköpfige Familie selbstverständlich nach den Mindestforderungen der Hygiene vollkommen unzureichend.

Obwohl allmonatlich sowohl die Nahrungsmittelmengen als auch die Grundmengen für Bekleidung, Heizung und Beleuchtung gewöhnlich nicht unerheblich geändert werden, stellt doch das Statistische Reichsamt in jeder Veröffentlichung die Behauptung auf, daß die Reichsindexziffer auch einen „genauen“ Maßstab für den Grad der Geldentwertung im Inlande darstelle. Man kann die Geldentwertung, das Sinken der Kaufkraft der Mark im Inlande nur an Hand eines Indexes feststellen, dessen Standardmengen nach Qualität und Quantität sowohl in der Vorkriegszeit als auch in jeder einzelnen Berechnungsetappe der Nachkriegszeit vollkommen gleich geblieben sind und gleich bleiben. Denn durch die Praktiken, die das Reichsamt anmeldet, indem es immer neue, billigere Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in seinem Index einreiht und die jeweils teueren fallen läßt, wird natürlich, da die Vorkriegssumme außerordentlich hoch ist, die Indexziffer herabgedrückt. Obwohl dies jedem Laien klar ist, scheinen sich die wissenschaftlich geschulten Statistiker im Reichsamt über diese einfachsten Grundbegriffe der Statistik immer noch nicht klar zu sein.

Um die ungeheure Spanne zwischen der tatsächlichen Teuerung und den Indexziffern des Reichsamtes zu demonstrieren, lassen wir eine Gegenüberstellung der amtlichen mit den Indexziffern des „proletarischen Existenzminimums“, das übrigens nur für eine vierköpfige Familie gilt, folgen.

Jahr/Monat		Indexziffern (1913/14 = 1)	
		des Statist. Reichsamts	der Roten Fahne
1920	Febr.	8,47	–
	April	10,42	–
	Juni	10,83	–
	August	10,23	–
	Oktober	10,71	–
	Dez.	11,58	–
1921	Januar	11,79	–
	März	11,?8[1]	–
	Mai	11,20	–
	Juli	12,50	–
	Sept.	13,74	–
	Nov.	17,75	–
1922	Januar	20,41	36,6[*)]
	Febr.	24,49	36,6[*)]
	März	28,97	41,2
	April	34,36	51,1
	Mai	38,03	55,8
	Juni	41,47	83,9
	Juli	53,92	110,3
	August	77,65	155,3
	Sept.	133,19	258,6
	Oktober	220,66	390,8
	Nov.	446,10	723,1
	Dez.	685,06	1045,3
1923	Januar	1120	2308,1
	Febr.	2643	4422,4
	März	2854	4962,2
	April	2954	5619,8
	Mai	3816	7289,6
	Juni	7650	14.936,6

[436 (404)] Es ergibt sich aus dieser Tabelle, daß die Indexziffern des Statistischen Reichsamts immer nur die Hälfte der tatsächlich in Deutschland vorhandenen Teuerung angeben.

Nach der neuesten Berechnung des Statistischen Reichsamts ist die Indexziffer für die Bekleidungskosten auf das 11.997fache, für die Ernährungskosten auf das 9347fache, für den gesamten Lebensunterhalt auf das 7650fache gestiegen. Die tatsächliche Steigerung betrug in der angegebenen Zeit etwa das 15.000fache der Vorkriegszeit. Der niedrige Gesamtindex erklärt sich daraus, daß die im Verhältnis zu den übrigen Ausgaben im Juni noch ziemlich geringen, jetzt außerordentlich verteuerten Kosten für Miete und Beleuchtung den Kosten für Ernährung, Bekleidung, Heizung gleichgesetzt worden sind, während sie tatsächlich auch schon in der Vorkriegszeit nur einen kleinen Teil der Ausgaben in jedem Haushalt ausmachten. Auch das ist nur in Szene gesetzt, um den Index künstlich herabzudrücken. Schamhaft fügt das Reichsamt aber gleich hinzu, daß dieser neueste Schwindelindex schon wieder durch die Teuerung überholt sei, so daß in der vergangenen Woche die Lebenshaltungskosten auf das 11.585fache gestiegen sind. Demgegenüber betrug die tatsächliche Steigerung in der betressenden Woche das 1914fache. (Gegenwärtig sind die Ausgaben für die Lebenshaltung nach unseren Berechnungen 23.572mal so hoch, als vor dem Kriege.)

[1] Zahl nicht erkennbar.

[*)] Abgeschätzte Zahlen.

Aus all den oben genannten Gründen müssen die Arbeiter, und sei es gegen den Willen ihrer „Führer“, den Index des Statistischen Reichsamtes als ungenau und objektiv im Interesse der Unternehmer gefälscht ablehnen. Auch ein verbesserter Reichsindex, selbst wenn er unter der Assistenz einiger von Statistik nichts verstehender Gewerkschaftsbeamten berechnet werden sollte, dürfte immer nur die Tendenz haben, im Interesse des Unternehmertums viel zu niedrige Zahlen anzugeben. Eine Entwertungsziffer darf nur unter strengster Kontrolle der Arbeitnehmer berechnet werden.

*

Auch in den Köpfen von Kommunisten spukt noch immer die Anschauung herum, als ob ein bürgerlicher Statistiker einen wirklich objektiven Index für die Lebenshaltungskosten errechnen könnte. Gewöhnlich wird das Existenzminimum des Dr. Kuczynski als dasjenige angesehen, was bürgerlicherseits für die Arbeiter am günstigsten und daher bei Lohnverhandlungen wohl verwertbar ist. Daß dies ein vollkommen falscher Schluß ist und daß auch Dr. Kuczynski, wenn auch vielleicht ohne es zu wissen, im Interesse des Unternehmertums seinen Index errechnet, werden wir im folgenden beweisen.

Nach dem Existenzminimum des Dr. Kuczynski, Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, betrugen die Ausgaben einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei sechs- bis zehnjährigen Kindern, für den Monat April pro Woche 74.772 Mark. Es ist dies die letzte Berechnung, die Kuczynski vor seiner Reise nach Amerika herausgegeben hat. Für ihn war es ein günstiger Zufall, daß gerade während seiner Abwesenheit, in der sein Index nicht erscheint, die ungeheure Teuerungswelle über Deutschland hereinbrach und die deutschen Arbeiter in immer größere Not und Verzweiflung getrieben hat. Denn jetzt wäre klar ersichtlich geworden, daß auch der Index des Dr. Kuczynski die bürgerliche Gesellschaftsordnung stützen will und nicht im Interesse der Arbeiterschaft, sondern allein im Dienste des Kapitals berechnet wird. Denn während der Kuczynskische Index gegen die Vorkriegszeit im April um das 2596,3fache gestiegen war, waren die tatsächlichen Ausgaben um das 5620fache gestiegen. Es besteht also ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Statistischen Reichsamt und Dr. Kuczynski nicht. Anschließend lassen wir eine kurze Gegenüberstellung seit Beginn dieses Jahres folgen: [437 (405)]

Wöchentliche Lebensmittelhaltungskosten:

1923	nach Dr. Kuczynski	nach dem proletarischen Existenzminimum
Januar	37.167 Mk.	75.658 Mk.
Februar	81.039 "	144.975 "
März	75.121 "	162.660 "
April	74.772 "	184.216 "

Es ergibt sich aus dieser Tabelle ebenso wie beim Statistischen Reichsamt, daß die Lebenshaltungskosten des Dr. Kuczynski tatsächlich nur die Hälfte der Teuerung angeben. Während nach meinen Berechnungen die Preise infolge unerhörten Wuchers von Februar bis April dieses Jahres weiter in die Höhe stiegen, bekommt es Dr. Kuczynski fertig, eine nicht unerhebliche Verbilligung der Lebenshaltungskosten zu errechnen.

Der oben zitierte Ausspruch des Dr. Kuczynski über die Teuerungsziffern des Statistischen Reichsamts gilt tatsächlich auch für sein eigenes Existenzminimum. Auch er hat im Laufe der Jahre die Ernährungsgrundmengen nicht unerheblich geändert und auch bei seinen Ziffern taucht der Verdacht auf, daß er allmählich für die einzelnen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände immer schlechtere Qualitäten angesetzt hat. Wie schon oft genug bewiesen worden ist, kann von dem, was Dr. Kuczynski als Existenzminimum einer vierköpfigen Familie an Nahrung zumutet, nicht einmal ein Einzelner bestehen. Denn es ist kein frisches Fleisch, keine Butter, sondern nur für die ganze Familie 1¾ Pfund Margarine, 1 Pfund Büchsenfleisch und ¾ Pfund Speck pro Woche in Anrechnung gebracht! Auch die übrigen Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Gemüse und Zucker, reichen nicht annähernd zum Leben.

Es wäre zwecklos, in einer Zeit, wo das Existenzminimum des D. Kuczynski nicht erscheint, näher darauf einzugehen. Wir werden bei der nächsten Veröffentlichung uns erneut damit beschäftigen.

*

Zum Schluß noch ein Kuriosum. Es gibt in Berlin ein Städtisches statistisches Amt, dessen Vorsteher der sattsam bekannte Professor Dr. Silbergleit ist. Dieser Herr bringt es fertig, für den Mai 36.184 Mark als wöchentlichen Ernährungsbedarf einer dreiköpfigen Familie zu berechnen. Wir haben kein Interesse daran, uns mit diesem sogenannten Existenzminimum, das gleichzeitig Wert darauf legt, eine genaue Entwertungsziffer zu sein, zu beschäftigen. Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars. Aber wir empfehlen Herrn Silbergleit, nur probeweise ein paar Wochen lang von seinem eigenen Fressen leben zu wollen. Die Begräbniskosten sind wir bereit, durch Sammlung aufzubringen.

Aus all den hier angeführten Tatsachen ergibt sich daß es für jeden Arbeiter eine Lebensfrage bedeutet, ob einer der bisher bestehenden bürgerlichen Indexe durch Reichsgesetz zum Entwertungsmultiplikator gemacht wird. Ganz gleich, ob das Statistische Reichsamt, ob Dr. Kuczynski, ob Richard Calwer oder wie sie sonst alle noch heißen mögen, die Grundlagen liefern und die Berechnung ausführen, die Arbeiterschaft wird bei allen um den größten Teil ihres Lohnes betrogen. Alle bürgerlichen Indexe sind zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um dem Unternehmertum die Herabdrückung der Löhne weit unter das tatsächliche Existenzminimum zu ermöglichen.

Ebenso wichtig wie die Frage, wie hoch der Grundlohn sich belaufen soll, ist für den Arbeiter die Frage, welcher Multiplikator in Zukunft genommen wird. Die Forderung der Gewerkschaften und der SPD nach „wertbeständigen Löhnen“, die mit Hilfe eines verbesserten Reichsindexes errechnet werden sollen, würde, wenn sie in die Tat umgesetzt würde, den völligen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Ruin des deutschen Proletariats bedeuten. Der einzige Index, der objektiv und unbeeinflußt [438 (406)] von irgendeiner Seite den tatsächlichen Fortschritt des Wuchers und der Teuerung angibt, ist das Existenzminimum der „Roten Fahne“. Aufgabe der Arbeiter muß es sein, in ihrem eigenen Interesse dafür zu kämpfen, daß das proletarische Existenzminimum oder ein ähnlicher von Arbeitern kontrollierter Index als Grundlage des Multiplikators genommen wird.

*

Betrachtungen zum oberschlesischen Streik.

Von Felix Schmidt.

Die organisatorischen Lehren des oberschlesischen Streiks, der am 16. Juni nach einem Teilerfolg (Lohngleichstellung der oberschlesischen Bergarbeiter mit den Ruhrbergarbeitern, 15.000 Mark Schichtzulage, Zulage für die Metallarbeiter, ohne Kürzung des sonstigen Sechstels) mit einem geschlossenen Rückzuge der kämpfenden Arbeiter endete, haben wir in zwei Artikeln („Rote Fahne“ und „Inprekorr“) bereits behandelt, so daß sich eine Wiederholung des dort Gesagten erübrigt. Dagegen wollen wir hier ausführlicher drei Momente behandeln, die wir in den Tagesartikeln nur kurz andeuten konnten.

I.

Die früheren Kämpfe des oberschlesischen Proletariats zeigten einen starken Mangel an konkreter Zielstellung, sowie organisatorischer Disziplin. Die dort in der indifferenten Masse vorhandene instinktive Kampfstimmung wurde aus diesem Grunde ergebnislos verbraucht. Sei es, daß die Arbeiterschaft den Provokationen der kapitalistischen Organisationen zum Opfer fiel, sich in politische Kämpfe verwickeln ließ, bei denen die Arbeiter mit blutigen Köpfen heimgeschickt wurden, sei es, daß der Kampf von vornherein an seiner eigenen Schwäche scheiterte. Ein typisches Beispiel war in dieser Hinsicht der im April 1923 geführte Kampf. Die im Reich allgemein aufgestellte Parole: „Kampf gegen den Faschismus“, faßten die oberschlesischen Arbeiter so auf, daß sie den Kampf ohne jede propagandistische Vorbereitung sofort beginnen sollten. Sie gingen dabei von der sehr naiven Voraussetzung aus: wenn Oberschlesien den Anstoß gibt, dann wird in kurzer Zeit in ganz Deutschland der Generalstreik sich entwickeln. Dieser kindlichen Auffassung war die Gewerk-

schaftsbürokratie gegenüber sehr im Vorteil. Es gelang ihr, den Kampf völlig zu sabotieren und zu verwirren und ihn ohne das geringste Ergebnis abzuwürgen.

Der eifrigen Arbeit der Partei, besonders nach dem April-Streik, ist es zu verdanken, daß der jetzige Kampf auf einer völlig veränderten und für die Arbeiterschaft äußerst günstigen organisatorischen Grundlage stattfand. Die Taktik der Einheitsfront zeigte sich nicht mehr nur als propagandistischer Begriff, sondern machte die ersten praktischen Schritte. Daß dabei eine Reihe Fehler unterlaufen sind, ist ganz selbstverständlich. Damit wird aber der Erfolg in keiner Weise irgendwie abgeschwächt.

Die durch die Maßregelungen der Betriebsräte, Kürzung der Deputatkohle und Streichung des Haushaltsgeldes für ledige Haushaltsvorstände, sowie durch die neue gewaltige Teuerungswelle in Erregung gebrachten und bereits zum Teil streikenden oberschlesischen Arbeiter entsandten ihre Vertreter zu einer Betriebsrätevollversammlung des [439 (407)] gesamten Wirtschaftsgebiets Oberschlesiens nach Gleiwitz am 10. Juni. Die Betriebsrätevollversammlung umfaßte alle Betriebsräte der sogenannten Arbeitsgemeinschaft (Freigewerkschaftliche, Christliche, Hirsch-Dunckersche und Polnische Gewerkschaften), mit Ausnahme der unionistischen Betriebsräte. Diese Betriebsrätevollversammlung forderte von der Gewerkschaftsbürokratie die Anerkennung der bereits ausgebrochenen Streiks, sowie die Verbreiterung des Kampfes über das Gesamtgebiet und die Uebernahme der Führung dieses allgemeinen Existenzkampfes der Arbeiterschaft. Nachdem die Bürokraten die gestellten Forderungen einschließlich der Kampfführung ablehnten, wurde die Betriebsrätevollversammlung durch die Hinzuziehung der unionistischen Betriebsräte ergänzt und erweitert. Die von dieser Betriebsrätevollversammlung sofort eingesetzte Zentralstreikleitung umfaßte alle Partei- und Gewerkschaftsrichtungen (VSPD, KPD, Zentrum, Parteilose, Freigewerkschaftler, Unionisten, Hirsch-Dunckersche, Christen und Polen) und stellte für das gesamte Wirtschaftsgebiet einheitliche Kampfparolen auf (Aufhebung der Maßregelungen der Betriebsräte, keine Kürzung der Deputatkohle, keine Streichung des Haushaltsgeldes, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 200.000 bezw. 250.000 bezw. 300.000 Mark, sowie eine hundertprozentige Lohnerhöhung).

Im Verlauf des Kampfes wurden alle gegebenen Mittel ausgenützt. Die Stadtparlamente wurden unter den Druck der Straße gesetzt, die VSPD-Stadtverordneten mußten, im Gegensatz zu ihren Gesinnungsgenossen, den Gewerkschaftsbürokraten, den Streikenden Hilfe in der Form von Massenspeisungen, Alkoholverbot, Anerkennung von Kontrollkommissionen, die den Alkoholausschank kontrollieren, usw. zuteil werden lassen. Delegationen, die ebenfalls alle Partei- und Gewerkschaftsrichtungen umfaßten, wurden an die Regierung sowie an die Arbeiterparteien abgesandt. Indem die Streikenden alle Möglichkeiten ausnützten, erweiterten sie den Rahmen ihres Kampfes. Verschiedene Industriegruppen, wie die Arbeiter der Kraftwerke, Papierindustrie usw., traten in einen Sympathiestreik und nahmen die Forderungen in wirtschaftlicher Hinsicht gleichfalls an. Andere Industriegruppen, wie Eisenbahner usw., bekundeten offen ihre Sympathien für die Kämpfenden. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokraten, der bei früheren Kämpfen zu einer Schwächung der Kampffront geführt hatte, erzielte diesmal eine Verstärkung der geschlossenen und willenskräftigen Kampffront. Das Versagen der Regierung veranlaßte sogar die national eingestellten Funktionäre und Arbeiter der Christlichen Verbände, mit der gleichen Energie und Entschlossenheit zu kämpfen. Die enttäuschte Gewerkschaftsbürokratie erklärte schon während des Kampfes, daß sie die sozialdemokratischen sowie christlichen Funktionäre, die sich in den Dienst des Kampfes gestellt hatten, gleich den kommunistischen Funktionären aus den Verbänden ausschließen würden. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß die freigewerkschaftlichen und christlichen Bonzen völlig einheitlich und gemeinsam vorgehen wollen.

In diesem Zusammenhang wollen wir gleichzeitig die Frage der Industriegruppen- oder Wirtschaftsgebietskämpfe streifen. Es fällt uns nicht ein, die eine oder die andere Kampfform als die allein richtige zu empfehlen, da sich in beiden vorteilhafte Eigenschaften zeigen können. Es will uns nur scheinen, daß durch die zu starke Betonung der reinen Industriegruppenkämpfe die Arbeiter leicht mit Illusionen genährt werden, die unter Umständen sogar zu einer Abschwächung des Kampfes führen können. Der Kampf der Wirtschaftsgebiete gibt sicher größere Möglichkeiten der

engen Verbindung der Streikenden [440 (408)] sowie der schnelleren Erfassung von solchen Betrieben, die bei der Führung eines Kampfes ausschlaggebend sind. Da sich die Anzeichen auch im Reichsmaßstabe mehren, wo die Arbeiter der verschiedenen Industrien eines Wirtschaftsgebietes Verbindung zum Zwecke der Ausstellung gemeinsamer Forderungen suchen, wollten wir auf diese Vorgänge hingewiesen haben.

Und noch eine andere Frage sei erwähnt. Als wir in den Versammlungen nach dem Streik beim Verrat der Gewerkschaftsbürokratie auch die Unterstützungsverweigerung besprachen, erklärten die Arbeiter unter stürmischer Zustimmung der Versammelten, daß sie auf die Unterstützung verzichten wollen, wenn die Gewerkschaftsbürokratie nur den Willen zum Kampf und zur Führung des Kampfes aufbringen würde. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die Frage des Hungers bei der Niederzwingung der Arbeiterkämpfe keine Rolle spielt. Und sicher soll damit die Gewerkschaftsbürokratie nicht der Verpflichtung ledig gesprochen werden, die Streiks durch großzügig organisierte Sammelaktionen zu unterstützen.

Uns interessiert aber in diesem Zusammenhang zunächst nur die ideologische Umstellung der Arbeiter, die nichts anderes bedeutet, als den Willen zur schnellen Bildung einer kampffähigen Einheitsfront aller proletarischen Schichten, um die Existenz der Arbeiter zu sichern.

II.

Der legalisierte nationale Selbstschutz spielt in Oberschlesien eine andere Rolle als in Bayern. In Bayern haben die nationalen Organisationen sich die Aufgabe gestellt, den „inneren Feind“ niederzuschlagen mit dem Ziel der Errichtung einer Monarchie. In Oberschlesien wurde der nationale Selbstschutz organisiert und auch gesetzlich genehmigt, um die deutsche Nation vor dem polnischen Einfall zu schützen. Die Mitglieder dieses oberschlesischen nationalen Selbstschutzes wurden mit der Genehmigung der Regierung in allen deutschen Provinzen durch besondere Werber angeworben. Aus verkrachten Existenzen, Arbeitslosen, zum Teil auch Abenteurern, wurde dieser nationale Selbstschutz gebildet. Die aus Kleinbürgern, proletarischen und zum Teil auch lumpenproletarischen Elementen zusammengewürfelte Gesellschaft wurde streng militärisch organisiert und in die bereits bestehenden großen Verbände, wie Roßbach, Heidebrink usw., eingegliedert. Sie wurden auf den Zechen- und Hüttenanlagen in militärischen Formationen als Zechenpolizei oder Fabrikwehr untergebracht und unterstanden dem Befehl der Direktoren oder Söhnen der Gruben- und Hüttenherren, soweit sie ehemalige Offiziere waren. Die nationalen Selbstschützler wurden im weiteren Verlauf der Entwicklung der Ausbeutung genau so unterworfen wie die anderen Arbeiter. Auf Grund der allgemeinen Verelendung kam es in den verschiedenen Betrieben zu „Revolten“. Trotzdem gelang es den Unternehmern immer wieder, die nationalen Selbstschützler gegen die Arbeiterschaft mobil zu halten. Das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den nationalen Selbstschützlern spitzte sich besonders während des Aprilstreiks zu. Die Arbeiter hatten es unterlassen, beim Kampf gegen den Faschismus den Boden innerhalb der nationalen Selbstschutzorganisationen entsprechend vorzubereiten. Dieser Fehler wurde nach dem Aprilstreik wettgemacht. Die Partei nahm die Zersetzungsarbeit unter den nationalen Selbstschutzorganisationen auf, knüpfte an der nationalen Ideologie der nationalen Selbstschützler an und zeigte im Zusammenhang die ihnen von den Unternehmern zugedachten Aufgaben [441 (409)] im proletarischen Kampf. Den sich langsam aber sicher zeigenden Erfolg versuchten die Unternehmer abzuwehren, indem sie den nationalen Selbstschützlern unter Berufung auf die militärische Disziplin eine Eidesformel vorlegten, die im ersten Teil unter der allgemeinen nationalen Phrase die Kampfbereitschaft gegen Polen forderte, während der zweite Teil den Kampf gegen den „inneren Feind“ und den „Schutz des Betriebes“ verlangte. Der Propaganda der Partei ist es gelungen, die nationalen Selbstschützler zur Verweigerung der Eidesformel bezw. des zweiten Teiles zu veranlassen. Unterstützt wurde die Partei dabei durch das sich steigernde Elend innerhalb der Arbeiterschaft, dem die Mitglieder der nationalen Selbstschutzorganisationen durch den Verlust bisher gewährter Vergünstigungen immer mehr unterworfen wurden. Schon vor Ausbruch des Streikes konnte mit absoluter Sicherheit gerechnet werden, daß die proletarischen Elemente des nationalen Selbstschutzes sich beim Ausbruch des Kampfes offen auf die Seite der Arbeiter stellen würden. Die Erwartungen wurden vollauf erfüllt. Die proletarischen

Elemente des nationalen Selbstschutzes wetteiferten mit den kämpfenden Proletariern in Bezug auf die Erfüllung aller Streikarbeiten. In ihren streng gegliederten militärischen Abteilungen marschierten sie den Demonstrationen voran, wehrten Provokationen ab, übernahmen das Streikpostenstehen usw. Zur Illustrierung greifen wir ein Beispiel heraus: als in Beuthen die Sipo die Demonstranten provozierte und attackierte, stellte der Führer des nationalen Selbstschutzes an den Sipooffizier das Verlangen, die Sipo sofort zurückzunehmen. Im Verweigerungsfalle würde der nationale Selbstschutz mit den gleichen Mitteln gegen die Sipo vorgehen. Die Sipo wurde darauf sofort zurückgezogen. Das geschlossene Zusammenstehen der nationalen Selbstschützler mit den Arbeitern führte naturgemäß zu einer erhöhten Kampfesfreudigkeit der Arbeiterschaft.

Wurden schon vor dem Streik die auf verschiedenen Betrieben aus wirtschaftlichen Gründen revoltierenden Mitglieder der nationalen Selbstschutzorganisationen von ihren „Vorgesetzten“ als „kommunistische Banden“ bezeichnet, so spitzte sich das Verhältnis zwischen den proletarischen Elementen des nationalen Selbstschutzes und dem Unternehmertum während und nach dem Streik immer mehr zu. Eine große Anzahl von Mitgliedern der nationalen Selbstschutzorganisationen wurde vom Unternehmertum gemaßregelt. Ein großer Teil der proletarischen Elemente ist bereits aus dem nationalen Selbstschutz ausgeschieden, während ein anderer Teil dieser Mitglieder zu den Besprechungen und Veranstaltungen der nationalen Selbstschutzverbände nicht mehr herangezogen wird. Die alte Einheit des nationalen Selbstschutzes ist also zerschlagen.

Durch die Ausscheidung der proletarischen Elemente aus dem nationalen Selbstschutz ist dieser zahlenmäßig nicht schwächer geworden. Es zeigt sich jetzt ein viel stärkeres Zusammenballen der kleinbürgerlichen Elemente. Das bisherige Ergebnis kann so formuliert werden: Innerhalb des nationalen Selbstschutzes ist eine scharfe Abgrenzung und Frontenstellung zwischen den kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen eingetreten. Die Zukunft wird lehren, ob diese kleinbürgerlichen Elemente, wie Beamte usw., sich lange der steigernden wirtschaftlichen Verelendung mit Hilfe nationaler Phrasen erwehren können, oder ob sie nicht ebenfalls in ganz kurzer Zeit im proletarischen Lager landen werden. Dabei sind wir uns darüber klar, daß heute noch nicht an eine Zersetzung der „Jungorden“, „Eisernen Division von [442 (410)] Hindenburg“ zu denken ist. Die Taktik der Partei, insbesondere das Anknüpfen an den nationalen Illusionen dieser kleinbürgerlichen Elemente, muß daher in verschärftem Maße fortgesetzt werden, unter gleichzeitiger Berücksichtigung, daß die Aufgabe keineswegs einfacher, sondern im Gegenteil, viel schwieriger geworden ist.

III.

Während früher beim Kleinbürgertum einmal der Gedanke vorhanden war, Arbeiterstreiks durch den bürgerlichen Generalstreik niederzuringen, trat in Oberschlesien das andere Extrem ein: Das Kleinbürgertum unterstützte den Streit. Für das Vorgehen des Bürgertums kann man viele Gründe finden, wenn man sie suchen will. Einmal kann man sagen, daß die letzten Erfahrungen das Bürgertum belehrt haben, daß die hungrigen Arbeiter sich einfach nehmen werden, was ihnen zu kaufen nicht möglich ist. Oder: Wäre das Bürgertum den Streikenden nicht entgegengekommen, so hätten die Streikenden durch Kontrollausschüsse die Preisgestaltung nachprüfen lassen. Indem die Kaufleute den Streikenden materielle und finanzielle Hilfe zuteil werden ließen, beugten sie der Bildung der Kontrollausschüsse vor. Noch eine andere Frage ist die der politischen Einstellung der Kaufleute in Verbindung mit der Bekämpfung der Juden durch die Nationalisten. Eine gleichfalls wichtige Rolle spielt der Konkurrenzkampf der Kaufleute in Bezug auf die Absatzmöglichkeit innerhalb der Arbeiterschaft, die, um ein gegenseitiges Ausspielen der einzelnen Kaufleute untereinander zu verhindern, die Kaufmannschaft zu einer geschlossenen Unterstützungsaktion für die Arbeiterschaft veranlaßte. Aber alle diese Argumente scheinen uns doch nicht die Tatsache verwischen zu können, daß das Vertrauen dieser bürgerlichen Schichten zu dem heutigen Staat und seinen Organen stark erschüttert ist und daß sie einer Kraftprobe zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft nach Möglichkeit aus dem Wege gehen wollen. Hinzu kommt, daß auf Grund der ungeheuren Not des Proletariats und der damit verbundenen äußerst geschwächten Kaufkraft eine unsichere Existenzbasis der Kaufleute im bedingten Maße gegeben ist. Trotz aller widerstrebenden Tendenzen wird durch die allgemeine wirtschaftliche Lage zwischen dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft eine zeitweilige

Verständigungsgrundlage geschaffen. Knüpft dann die Partei, wie sie es in den öffentlichen Versammlungen vor dem Streik getan hat, an die nationalen Illusionen der Kleinbürger an, stellt der scheinnationalen Phrase des Kapitals die wahrhaft nationale, d. h. eben volkstümlichen Interessen der Schaffenden gegenüber, zeigt auf Grund der konkreten Verhältnisse die Notwendigkeit der Rettung der Nation durch die Ueberwindung der deutschen Bourgeoisie im Gegensatz zum Verrat der Nation durch die deutsche Bourgeoisie, so ist die Neutralisierung des Kleinbürgertums nicht nur eine Wahrscheinlichkeit, sondern, wie Oberschlesien beweist, die Steigerung zu einem Sympathieverhältnis des Kleinbürgertums zur kämpfenden Arbeiterschaft möglich.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir diese ersten Zeichen nicht überschätzen, aber wir glauben doch, zusammenfassend sagen zu können, daß die deutsche Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei in eine neue Kampfetappe eingetreten ist. Die Bildung der proletarischen Einheitsfront tritt aus dem Rahmen der Propaganda und zeigt die ersten praktischen Ansähe als willensstarke Kampfgemeinschaft der Arbeiterschaft überhaupt. Zum anderen wird das Kleinbürgertum in den sich anhebenden Entscheidungskämpfen zwischen dem [443 (411)] Proletariat und den Kapitalisten zur Parteiergreifung gezwungen, die, dessen sind wir sicher, trotz aller zeitweiligen Rückschläge zugunsten des kämpfenden Proletariats ausfallen wird. Durch die Aufrollung der Frage, Rettung der Nation durch die Schaffenden und damit verbundenen Zerstörung der nationalen phrasenhaften Illusionen, werden die nationalen Selbstschutzorganisationen als Stützpunkte und Kampforgane der kapitalistischen Gesellschaft zersetzt und können in bedingter Form schon heute zu Kampforganen der Arbeiterschaft werden.

*

Agrarfrage und Arbeiterklasse in der Schweiz.

Von J. H e r z o g, Zürich.

Die „Rote Revue“, das theoretische Organ der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz, brachte vor einiger Zeit an erster Stelle, unter dem Titel: „Sozialdemokratie und Agrarfrage in der Schweiz“ einen Artikel von einem Dr. A. Fankhauser. Am Schlusse dieses Artikels umschreibt Fankhauser seine Stellungnahme zur Agrarfrage, die folgenvermaßen aussieht: „Die erste Sorge der Arbeiterklasse muß sein, zu verhindern, daß die Agrarier heute durch ihre Zollpolitik und die Praxis der Einfuhrverbote die Exportindustrie ruinieren und ihr Hauptziel erreichen: die daraus resultierende Vernichtung der Arbeiterorganisationen ... Heute sind die Bauern die Hauptfeinde. Heute darf man sich bloß in den Kampfpausen fragen, was morgen zu tun sei.“

So sieht in der Schweiz genau die sozialdemokratische Agrarpraxis aus. Und weil bei uns die Sozialdemokratie die größte politische Arbeiterpartei ist, sie ist ihrem Mitgliederbestande nach sechsmal so stark wie die Kommunistische Partei und achtmal so stark wie die Grütlianer-Partei, und als solche noch die Führung der Arbeitermassen in den Händen hat, so fixiert ihre Stellung zur Agrarfrage, das Verhältnis vom Arbeiter zum Bauern überhaupt.

Die Sozialdemokratie ist für die Arbeiterklasse eine teure Partei. Ihre Politik kostet dem Proletariat ungeheure Opfer. Und ihre Agrarpolitik ist nicht weniger verhängnisvoll, wie ihre Passivität der Reaktion und dem aufkommenden Faschismus gegenüber. Die Stellung der SPD zur Agrarfrage wäre richtig, wenn wir es in der Schweiz mit einem Großagrariertum zu tun hätten, wie es etwa in den Nordoststaaten Deutschlands anzutreffen ist. Wir haben aber keine solchen Großgrundbesitzer. Die größten Landwirtschaftsbetriebe der Schweiz überschreiten kaum 100 Hektar, und diese sind meistens noch Wald und Alpbetriebe und gehören dem Staat, den Gemeinden und Kooperationen. Die Betriebe von über 30 Hektar Bodenfläche umfassen nur 39 Prozent des landwirtschaftlichen Bodens und machen ganze 3 Prozent aller Agrarbetriebe aus. Die Kleinbetriebe mit 0,5 bis 10 Hektar Größe zählen 82,8 Prozent der Bauerngüter und besitzen 35,3 Prozent des Bodens. Diese Gütchen werden in der Hauptsache vom Besitzer selbst mit Hilfe seiner Familie, in der Regel ohne fremde Arbeitskräfte, bewirtschaftet.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1920 hatte die Schweiz 3.856.525 Einwohner, darunter ganze 23 Prozent Bauern. Von 464.403 landwirtschaftlich t ä t i g e n Personen, waren im Jahre 1905 (letzte Betriebszählung) 139.294 Bauernknechte, mittleres und technisches Personal. Dabei fallen nach dem schweizerischen Bauernsekretariat auf 100 Hektar im Durchschnitt bei Gütern von 0,5 bis 10 Hektar 132,4 Personen und nur 8 Lohnarbeiter, während bei Gütern von über 70 Hektar 2,5 Personen kommen, wovon 1,72 fremde Arbeiter sind.

Aber diese wenigen Zahlen geben noch nicht restlos die Besitzverhältnisse in der schweizerischen Landwirtschaft wieder. Die Grenze der Er-[444 (412)]nährungsmöglichkeit einer mittleren Bauernfamilie wird auf 3 bis 4 Hektar gutes, intensiv bebautes, schuldenfreies Kulturland geschätzt. Die Mehrzahl der Schweizer Bauern besitzen aber nicht so viel Land, und vor allem nicht schuldenfreies Land. Nach einer weiteren Statistik des schweizerischen Bauernsekretariats, entfielen auf 100 Fr. Bodenkapital in den Jahren 1901 = 42 Fr., 1910 = 53,66 Fr. und 1917 = 50,75 Fr. Schulden. Der Bodenwert der Landwirtschaft wird auf 16 Milliarden Francs geschätzt, wovon 8 Milliarden Francs Hypothekarschulden sind, die jährlich 409 Millionen Francs Zinsen abwerfen. Je kleiner der Betrieb ist, je größer ist die Verschuldung. Die Mehrzahl der Hypothekargläubigen, sind nicht etwa die Kommunal- und Genossenschaftskassen, sondern die Großbanken. Auf diese Art hat sich in der Schweiz die landwirtschaftliche Güterkonzentration vollzogen. Der Finanzkapitalist läßt sich den Bauern auf seinem kleinen Gütchen schon abplagen, wenn er nur regelmäßig die Wucherzinsen bezahlt. Die meisten Bauerngütchen können den Besitzer und seine Familie nicht einmal selbst ernähren. Viele Bauern treiben noch irgendeine Heimarbeit, gehen selbst oder schicken Familienangehörige in die Fabrik.

Und angesichts solcher fast proletarischer Zustände in der Schweizer Landwirtschaft, wagt die Sozialdemokratie zu behaupten, die Bauern seien heute die größten Feinde der Arbeiterklasse, ihnen gelte der Hauptkampf. Also nicht das Großkapital ist der größte Feind der Arbeiterklasse, sondern die Bauern, die, um ihre Zinsen bezahlen zu können, etwas mehr für die Milch, die Kartoffeln und das Fleisch haben müssen. Die Sozialdemokraten sehen nicht mehr die Klassen, sie kennen nur noch die sogenannten Konsumenten und die Produzenten. Sie glauben, die Industrie retten zu können auf Kosten der armen Bauern. Arm in Arm mit den Großindustriellen erhoffen sie von der weiteren Oeffnung der Landesgrenzen die Erhaltung unserer famosen Volkswirtschaft.

Selbstverständlich lehnen wir Kommunisten die Hochschutzzölle auch ab. Sie halten unsere Lebensmittel über dem Weltmarktpreise und erschweren deshalb die Lebenshaltung des Industriearbeiters, wie des armen Schluckers von der Scholle. Sie sind auch kein wirksamer Schutz für das Gewerbe und die Landwirtschaft. Mit oder ohne Hochschutzzölle ist ein großer Teil unserer Industrie zum Tode verurteilt. Das Land besitzt fast keine Rohstoffquellen, und die Tendenz der Großindustrie geht dahin, sich dort anzusiedeln, wo die Rohstoffquellen vorhanden und die besten Produktionsbedingungen sind. Hier können wie auf die Dauer nicht mehr mit anderen Ländern konkurrieren. Man kann gegen die Hochschutzzölle sein, ohne gleich die Bauern als die größten Feinde der Arbeiterklasse zu taxieren. Die Besitzverhältnisse in der schweizerischen Landwirtschaft beweisen deutlich genug, daß auch ein bedeutender Teil der Bauern zur Arbeiterklasse gerechnet werden muß. Der Arbeiter wird vom Fabrikkapitalisten ausgebeutet und ein großer Teil der Bauern vom Finanzkapitalisten. Man kann schlecht feststellen, wo der Bauer aufhört und der Proletarier anfängt.

Wohl steht der größte Teil der Bauern heute noch unter dem Einflusse der reaktionärsten Parteien. Aber die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiterschaft war es immer, und ist es heute mehr denn je, alle proletarischen Elemente vom Lager des Klassengegners loszulösen, vorerst zu neutralisieren und schließlich für die proletarischen Klassenziele zu gewinnen. Die Klassenlinien lassen sich vor allem nicht mit Schlagworten, wie „Produzenten und Konsumenten“, umschreiben. Mit Ausnahme der reichen Nichtstuer, der Kinder, Invaliden, gebrechlichen Alten und Kranken, ist schließlich jeder Mensch Konsument und Produzent. Die Festlegung der SPS auf eine sogenannte Konsumentenpolitik beweist, auf welch tiefes Kleinbürgerniveau diese Partei bereits gesunken ist. Ihre Politik ist nicht mehr Klassenkampf fördernd, sondern verwischt die Klassenlinien, gleicht die Klassengegensätze aus und stumpft sie ab. Sie wirkt dadurch reaktionär.

Die helvetische Revolution, die um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts einsetzte, hat die Schweizerbauern von der Leibeigenschaft befreit und ihnen die Feudallasten, die Zehnten und Abgaben abgenommen. Aber was wir heute in der Landschaft sehen, ist eine Neuauflage der alten Zehnten [445 (413)] und Feudalabgaben. Unter der Form von Hypothekargläubigern hat man den Bauern neue Vögte aufgehalst, die noch viel beutegieriger und raublustiger sind, als die Alten selig. Nach einer Berechnung des Zentralsekretärs des schweizerischen Bauernverbandes, Dr. Laur, betrugen in der Landwirtschaft die Zinsansprüche des Aktivkapitals, 28 Prozent der Produktionskosten und die Kosten der menschlichen Arbeit 41½ Prozent. Also muß der Bauer heute nicht mehr ein Zehntel, sondern mehr als ein Viertel des Wertes der Bodenprodukte dem Zinsherrn abgeben.

Hier ist der Punkt, wo das Agrarproblem angepackt und aufgerollt werden muß. Die Bodenverschuldung und Hypothekarfrage müssen zum Ausgangspunkt der proletarischen Agrarpolitik gemacht werden. Die Nurantischutzzoll-Politik fesselt die Bauern an das reaktionäre Finanzkapital und seine politischen Handlanger und Schieber. Die Losung „Abbau und Annullierung der Bodenverschuldung und Hypothekarwucherzinsen“ ist imstande, die verschuldeten armen Bauern vom reaktionären Block loszulösen und die Klassengegensätze und Kämpfe in die starke, unter dem Einfluß der Bodenkapitalisten setzende Bauernorganisation hineinzutragen. Für die Arbeiterklasse selbst und ihren Befreiungskampf könnte damit viel gewonnen werden.

Heute bilden die Bauern die Kerntruppen der schwärzesten Reaktion. Mit ihrer Hilfe gelingt es der Bourgeoisie, jedem ernsthaften Vorstoß der Arbeiterklasse ein Bein zu stellen. Diese unnatürliche Koalition muß gebrochen werden, durch die Aufrollung der Klassenfront in der Landwirtschaft. Wie durch zähe propagandistische Arbeit ein großer Teil der Arbeiterklasse unter die sozialistischen Fahnen gesammelt werden konnte, so muß auch unter den Bauern propagandistisch eingesetzt werden, um ihnen ihre Klassenlage und die Mittel zu deren Aenderung begreiflich zu machen.

Das hat sich die Kommunistische Partei zu einer wichtigen Gegenwartsaufgabe gemacht. Ueber die Notwendigkeit dieser Arbeit ist man sich wenigstens in den Parteiinstanzen klar; was der Partei in diesem Resort vorgeworfen werden kann, ist ihre zu geringe Aktivität auf dem Lande. Diesem Uebelstande sollte rasch abgeholfen werden. Ueber polemische Artikel in der Presse, einige Flugblätter, Landversammlungen und Interpellationen in den Parlamenten ist man bis heute nicht hinausgekommen. Man muß dringend daran gehen, einige Zellen in den Bauernverband und die großen landwirtschaftlichen Genossenschaften hineinzubringen, um die dort vorhandene verschwommene Opposition zusammenzufassen, ihr Richtung und Ziel zu geben. Ihre Aktionsparole muß werden: nicht Verbesserung der Lage der Bauern auf Kosten der Arbeiter, vermittels Hochschutzzöllen und Hebung der Lebensmittelpreise, sondern Entlastung der schlechten Lage der Bauern auf Kosten des Großkapitals, durch den Abbau und die schließliche Annullierung der Hypothekarlasten. Diese Arbeit in den Bauernorganisationen müßte von der Partei in der Presse, durch Versammlungskampagnen und in den Parlamenten wirksam unterstützt werden.

Wird das Agrarproblem hier in dieser Weise praktisch angepackt, so wird der Zersetzungsprozeß der reaktionären Front mächtig gefördert werden können. [446 (414)]

*

Eine Hamburger proletarische Aufführung.

Bemerkungen zum revolutionären Theater von E. L. (Hamburg).

Ist in der jetzigen Vorbereitungsepoche der sozialen Revolution, wo alle Kräfte sich der organisatorischen Zusammenfassung und politischen Expansion der Partei widmen sollen, überhaupt von einer Veranstaltung proletarischer Aufführungen eine die Bewegung fördernde Wirkung zu erwarten? Kerschenzews „Schöpferisches Theater“, das die in deutschen Parteikreisen dilettantisch diskutierte, aber nie von Grund aus erforschte Frage des proletarischen Theaters so überaus vielseitig und erschöpfend behandelt, löst auch viele Zweifel über das, was es auf diesem Gebiete in den Ländern des Übergangsstadiums zu tun gibt. Wir müssen nach der Lektüre dieses Buches erkennen, daß wir die umfassende erzieherische und propagandistische Wirkung jeder Art von Drama für die Arbeiter-

schaft bei weitem nicht nach Gebühr beachtet haben. Wenn hier berichtet werden soll, wie die Darlegungen Kerschenzews für eine Hamburger Aufführung größeren Maßstabes fruchtbar gemacht wurden, so geschieht dies zugleich, um die ganz besonderen Voraussetzungen dieser und aller ähnlichen Aufführungen zu beleuchten.

Wenn bei uns eine große Zahl von Genossen den Theaterproblemen mit großer Skepsis gegenüberstehen, so hat das im wesentlichen zwei Gründe: einmal die Furcht vor einer Zersplitterung der Kräfte, einer Lähmung der revolutionären Stoßkraft, und zweitens das berechtigte Vorurteil gegen das völlig verbürgerlichte Theater in Deutschland. Beide Zweifel sind in hohem Grade begründet: solange die besten Kräfte in der politischen Arbeit zur Erringung der Einheitsfront angesetzt werden müssen, kann in der Ablenkung zu vieler Kräfte auf die mühevolle und zeitraubende Vorbereitung von Aufführungen großen Maßstabes eine Gefahr bestehen; und der Heranziehung von Fachleuten aus Schauspielerkreisen gegenüber wird man mit Recht bemerken, daß diese sich in den ausgefahrenen Geleisen des Theaterbetriebs nur schwer auf die ganz besondersartigen Bedingungen von revolutionären Massendarstellungen einstellen können. Und doch: die propagandistische, einigende Wirkung wohlüberlegter proletarischer Aufführungen ist so gewaltig, daß sie auch innerhalb der rein politischen Arbeit gar nicht hoch genug gewertet werden kann; und bei einer präzisen revolutionären Oberleitung kann der Gefahr des Hinabgleitens in die landläufige Theatersphäre sehr wohl gesteuert werden.

Die schwierigste Frage ist und bleibt wohl noch auf lange hinaus die Repertoirefrage. Kerschenzews Vorschläge auf diesem Gebiet haben wohl Geltung auf einem Gebiet, in dem ein Arbeitertheater die einzige Bühne ist; in einer deutschen Großstadt dagegen, wo die weitaus meisten von ihm angeführten Stücke längst (wenn auch in verwässerter Zurechtmachung) auf den bürgerlichen Theatern gespielt werden, wird man nach anderen Dramen Umschau halten müssen. Und da zeigt sich dann, daß von der gedruckten dramatischen Literatur nur ganz verswindend wenig für uns in Frage kommen kann. Der revolutionäre Kern in Tollers Dramen ist viel zu sehr von gestaltloser Lyrik umnebelt, um dem einfachen Zuschauer verständlich zu werden; die Stücke Wittfogels sind (trotz der revolutionären Grundeinstellung) überkomplizierte literarische Experimente geblieben, und Upton Sinclair, der wohl gelegentlich als proletarischer Dramatiker propagiert wird, schreibt allzu ausschließlich für die amerikanischen Verhältnisse, mit einer starken Betonung des illegalen Kampfes gegen den einzelnen Kapitalisten. Was bleibt? Außer Hauptmanns „Webern“ (deren fataler Schluß allerdings alle Wirkung in Frage stellt) nur einiges von Franz Jung, der in der Vereinfachung der Konflikte allerdings manchmal zu weit geht, um dann in langwierigen Diskursen die intellektuelle Note wieder zu überbetonen.

Die kommunistischen Organisationen werden sich also in der Hauptsache auf jene Art von freikomponierten, der Aktualität oder der Gelegenheit entnommenen Stegreifstücken angewiesen sehen, wie sie von Kerschenzew als „kollektive“ Dramen so eingehend und einleuchtend beschrieben werden. Auch die Hamburger Ortsgruppe griff zu dieser Form der theatralischen Vorführung, als sie bei der diesjährigen Liebknechtfeier in drei Bildern die wichtigsten Momente aus dem Leben des Führers in das Gedächtnis der Zu-[447 (415)]schauer rief: zuerst ein Bild vom Potsdamer Platz 1916; Gruppen von Spießbürgern, Patrioten: ein Geistlicher diskutieren den neuesten Siegesbericht; Demonstranten kommen dazwischen; Rufe „nieder mit dem Krieg!“; ein Polizeiaufgebot, die Nachricht von Liebknechts Verhaftung verbreitet sich; ein „Trotz alledem!“ aus den Kehlen der jugendlichen Demonstranten. Dann ein Bild vom Januar 1919: Jugendliche beim Flugblattdrucken; Nachrichten von dem Verlauf der Straßenkämpfe kommen; Niedergeschlagenheit, Aufmunterung durch Liebknechts Worte in der „Roten Fahne“; endlich der Bericht von der Niedermetzelung der Führer – wieder ein „Trotz alledem!“ Undeutlich ein Bild aus der Gegenwart: eine Beratung zwischen Werftdirektorium und Betriebsrat; Forderung gegen Forderung: Drohung, endlich Entlassung; ein Betriebsrat ergreift das Wort zu einer Ansprache, die von selbst zur Fest- und Gedenkrede wird. Entsprechend wurden anläßlich des Kampfes gegen den § 218 Szenen aus dem Leben von Proletarierfrauen dargestellt, die ganz auf ähnlich kollektivem Wege zustandegekommen waren und gleichfalls große Wirkung übten.

Wenn auch diese Aufführungen zeigten, daß der beschrittene Weg der richtige war, so bewiesen sie doch auch, daß wir erst an seinem Anfang angekommen waren und noch viel zu tun bleibt, bis wir mit Aufführungen, die schauspielerisch alle vorhandenen Möglichkeilen herausholen, auch die volle propagandistische Wirkung erzielen. Dem deutschen Proletarier, und dem norddeutschen insbesondere, liegt es wenig, seiner Energie und seinem Temperament auf der Szene freien Lauf zu lassen; er ist an sich zu verschlossen, zu wenig Komödiant, um der geborene Schauspieler zu sein, wie man deren in Rußland wohl zahlreiche finden mag: Erschwerend kommt ferner hinzu, daß in einer Stadt wie Hamburg auch die große Masse der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiterschaft, auf die unsre Darstellungen ja in erster Linie wirken sollen, durch langjährige „Bildungs"arbeit allmählich ein verwöhntes, ästhetisch nicht mehr urteilsloses Theaterpublikum geworden ist und sich daher an offenkundigen, wenn auch unvermeidlichen Mängeln, leichter stößt als der hierin wohl viel unbefangenere russische Arbeiter oder Bauer. Es werden also in puncto Bühnenwirkung an das kollektive Schaffen unserer Genossen so hohe Anforderungen gestellt, daß bei der mangelnden Schulung, die im Parteikampf notgedrungen zu kurz kommt, nur ein langsames Fortschreiten erwartet werden kann.

Bei einer Massenaufführung, die sich, wie am 1. Mai, an das gesamte Groß-Hamburger Proletariat wendet, mußten all diese Faktoren in Rechnung gestellt werden. Es durften also an die freie Zusammenarbeit nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden; daher griffen wir zu einem fertigen Stück („Die Kanaker" von Franz Jung) und übertrugen die Spielleitung einem geschulten, uns politisch nahestehenden Regisseur. Alles übrige an der Aufführung, von dem letzten Handgriff an der Bühnenmaschinerie bis zu der wichtigsten Rolle, wurde von den Genossen selbst ausgearbeitet. Zunächst machte der Zweck der Aufführung es nötig, die mancherlei theoretischen Diskussionen des Stückes zu beschneiden, so z. B, das Gespräch zwischen Lenin und Wels. Dadurch wurde der kämpferische Grundcharakter des Stückes erheblich schärfer herausgearbeitet. Eine Kesselexplosion, Unwille der Belegschaft, Forderungen auf Verbesserung des Betriebes, schroffe Zurückweisung durch den Direktor, Aufmarsch der Sipo, Besetzung des Betriebes, Niederwerfung – so ist der einfach logische, unmittelbar verständliche Gang der Handlung. Der Schluß durfte nicht Niederlage bleiben – so entwickelte sich auf den Proben ganz natürlich die Einsicht in die Bedingungen der Niederlage, der Zusammenschluß und der anfeuernde Aufruf ans Publikum.

Schauspielerisch stellen die „Kanakers" nicht geringe Ansprüche. Doch fanden sich überall Lösungen: die Massenszenen konnten natürlich im Zirkusraum besonders eindrucksvoll werden.

Und die Wirkung der Aufführung? Der große einheitliche Zug, die unbedingte Hingabe jedes einzelnen mußte entflammend wirken, und als zum Schluß der Kreis der Spieler, um die rote Fahne geschart, die „Internationale" singend, den Raum umzog, schloß sich, in spontanem Drang, die riesige Zuschauermenge an, Genossen und Nichtgenossen, ein Symbol der Einheitsfront.

[448 (416)] Die Aufführung konnte, in dem großen Zirkus, noch dreimal wiederholt werden, und hätte noch viele Fernstehende von der Notwendigkeit des Abwehrkampfes überzeugen können, wenn nicht die Tagesarbeit der Partei die Genasen zurückgerufen hätte.

Den Organisationen im Reiche aber sei empfohlen, gleiche Arbeit auf diesem wichtigen Gebiet zu leisten.

*

Zeitschriftenschau

„Pagine Rosse" (Rote-Blätter) Nr. 1.

Trotz der Verfolgungen durch die faschistische Regierung, trotz der hinterlistigen Tätigkeit der Nennis, Vella und der übrigen Zentristen, setzen die Anhänger der Kommunistischen Internationale in der Sozialistischen Partei Italiens den Kampf für ihre Grundsätze fort. Sie haben sich jetzt ein eigenes Organ gegründet.

Die erste Nummer der „P. R." wird eingeleitet durch einen „Offenen Brief an die Parteileitung der SPI", gezeichnet von den Genossen Serrati, Bussoni, Maffi, Riboldi, der das Programm dieser Rich-

tung entwickelt. Der von den Zentristen erhobene Vorwurf des „Quertreibertums“ wird leicht abgetan und das ganze Sündenregister des Parteivorstandes aufgezählt. Der Offene Brief kritisiert scharf die Maßnahmen der Parteileitung gegen die Jugendorganisation, die in überwältigender Mehrheit für den Anschluß an die Kommunistische Internationale eintritt; er fordert Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei, statt des Kokettierens mit den Reformisten; er protestiert gegen die Bestrebungen auf internationalem Gebiet statt mit der Komm. Internationale, mit den Schiffbrüchigen von Wien zusammenzugehen.

Gen. Serrati schreibt über „Schutzzoll und Freihandel“, Gen. Buffoni über die neue Wahlreform Mussolinis.

Ein Artikel des Gen. Tormenti wendet sich gegen die revisionistischen Bestrebungen eines Abgeordneten Mancini, der unter dem Protektorat der Parteileitung den dialektischen Materialismus durch einen „Neo-Idealismus“, also den alten kleinbürgerlichen Schwindel, ersetzen will.

Gen. Gradziadei veröffentlicht die Einleitung seines neuen Buches über die Marxsche Werttheorie. Er grenzt sich scharf von dem Revisionismus der Reformisten ab, fordert aber einen „marxistischen Kritizismus“, wobei er die Marxsche Werttheorie als veraltet bezeichnet. Wir kennen das Buch des Genossen Gradziadei nicht, glauben aber, daß ein solcher „Kritizismus“ nur auf Irrwege führt.

Unter dem reichhaltigen Notizenmaterial finden wir eine bemerkenswerte Rede des reformistischen Gewerkschaftsführers D’Aragona. Er spricht seine Anerkennung für den „guten Willen“ der faschistischen Regierung aus, er bekämpft das Streikrecht in (den jetzt privatisierten!!) öffentlichen Betrieben. Wahrlich, zu allem in der Welt kann man einen Sozialdemokraten finden, nur nicht zur Revolution!

„Kommunistische Internationale“, 26. Verlag Hoym.

Die Nummer bringt wie immer reiches Material aus den Sektionen der Kommunistischen Internationale. Gen, Radek untersucht in einem Artikel über den Ruhrkrieg den Charakter des passiven Widerstandes Deutschlands und definiert ihn als Ausdruck der noch ungenügenden revolutionären Reife der deutschen Arbeiterklasse. Losowsky schreibt über die Frankfurter Konferenz, Frölich über den Hamburger Vereinigungskongreß der Sozialdemokraten. Borodin versucht aus dem Charakter Englands als führender Kolonialmacht die politische Rückständigkeit der englischen Arbeiter zu erklären. Katayama gibt ein Bild der letzten Klassenkämpfe in Japan. Zahlreiche Rezensionen vervollständigen das Heft.

[449 (417)]

Die Internationale
Jahrgang 6 * Ausgegeben am 1. August 1925 * Heft 15

An einem Wendepunkt.

Von Heinrich Brandler.

Nach den fehlgeschlagenen Versuchen im Jahre 1918 und 1919, im Sturmangriff die politische Macht zu erobern und mittels der Diktatur des Proletariats die sozialistische Wirtschaft aufzurichten, mußte die Vorhut der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, in ganz Westeuropa, und vor allen Dingen in Deutschland, dazu übergehen, erneut die Massen zum revolutionären Kampf um die Macht zu sammeln und zu schulen. Die notwendige Folge dieser Umstellung war die Taktik der Einheitsfront und die Losung: Heran an die Massen.

Mit dieser Taktik hat die deutsche Partei Erfolge erzielt. Im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in Sachsen gelang es der Partei in bedeutenden Kämpfen, die Massen zu führen. Ohne und gegen die Gewerkschaftsbürokratie und die VSPD-Instanzen, gelang es im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in Sachsen, die Kämpfer einen Schritt vorwärts zu führen. Im Ruhrgebiet und in Oberschlesien handelt es sich um elementar spontane Massenbewegungen einer verhältnismäßig wenig politisch geschulten Arbeiterschaft. Noch bei keinem der entscheidenden Kämpfe war es bislang der Kommunistischen Partei gelungen, die Führung dieser Massen fest in die Hände zu bekommen. Weder bei den Kämpfen um die Sozialisierung des Bergbaus im Jahre 1919, noch bei den elementaren Streikbewegungen, die vorher und nachher in den Gebieten Rheinland-Westfalens und Oberschlesiens ausbrachen, am wenigsten in der Märzaktion 1921, gelang es der Partei, die politische Führung dieser Kämpfe in die Hände zu bekommen. Auch im Kapp-Putsch gelang uns dies, mit Ausnahme von Erzgebirge-Vogtland, nicht. In allen diesen Bewegungen, die in einer aufwärtsgehenden revolutionären Welle lagen, erwies sich die Partei und ihr Einfluß auf die Massen und das Vertrauen dieser zur Partei als zu schwach. Es ist nur um so höher zu bewerten, daß uns das diesmal gelungen ist, obgleich wir uns nicht im Zuge einer allgemeinen revolutionären Aufwärtsbewegung befanden. Wir mußten im Ruhrgebiet und in Oberschlesien in einer sehr komplizierten politischen Situation für die Begrenzung der Bewegung, für das Ausweichen vor [450 (418)] dem politischen Machtkampf eintreten. Dennoch vertrauten uns die Massen und folgten unseren Losungen.

In Sachsen, wo wir das älteste Industrieproletariat Deutschlands und der ganzen Welt haben, hat die Arbeiterschaft die reichsten Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie ist dort am stärksten. Trotzdem ist es uns gelungen, die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegen die Führerpolitik mobil zu machen. Das praktische Ergebnis, soweit es sich in der schwankenden Kleinbürgerregierung des linken Sozialdemokraten Zeigner manifestiert, ist sehr minderwertig. Aber schon gelingt es uns, den Arbeitermassen das völlig Unzulängliche dieser linken Kleinbürgerregierung klar zu machen. Ihr Hin- und Herschwanken, indem sie unter dem Druck der von uns mobilisierten Arbeitermassen einen Schritt vorwärts tut, um unter dem Druck der rechten VSPD-Führer und Gewerkschaftsbürokratie und der Bourgeoisie zwei Schritte zurückzuweichen, diskreditiert diese Regierung und diese Politik sehr rasch. Zusammengefaßt läßt sich sagen: die Kraft der Kommunistischen Partei reicht aus, um unter günstigen Umständen ohne und gegen die VSPD als Partei und die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeitermassen für die Arbeiterregierung, für die Sachwerterfassung, für die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats und für das Bündnis mit Sowjetrußland mit Aussicht auf Erfolg in den Kampf zu führen.

Diese Kräfteverschiebung im revolutionären Lager hat aber zu ebensolchen Kräfteverschiebungen im Lager der Konterrevolution geführt.

Der Eroberung der Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf durch die KPD läuft parallel die Eroberung breiter Schichten des Kleinbürgertums für die Konterrevolution. Die Richtigkeit der in ihren Konsequenzen grauenhaften Analyse des Wesens der proletarischen Revolution, wie sie Marx im 18. Brumaire gegeben hat, zeigt sich mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes. Der Verrat der VSPD am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklasse ist in seiner Rückwirkung

auf das Kleinbürgertum noch katastrophaler als wie für die Arbeiterklasse selbst. Die Sozialdemokratie wandelte sich mit ihrer Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie und vermittels der Politik der Arbeitsgemeinschaften aus einer Partei der revolutionären Arbeiterklasse in eine pazifistische, den Kampf fürchtende Kleinbürgerpartei. Der Bankrott dieser Kleinbürgerpolitik führte nicht zur Eroberung der Kleinbürger für eine kleinbürgerliche sozialdemokratische Parteipolitik. Sie stieß die Kleinbürger ab und trieb sie in die Arme des Industrie-, Bank- und Agrarkapitals. Sie schuf den Boden einer antipazifistischen, antidemokratischen, rebellierenden aktiven Faschistenpartei.

Das Kleinbürgertum ist keine eigene Klasse mit eigenen Klassenzielen, sondern lebt zwischen den beiden Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie. Schon in der Vorkriegszeit wurde das Kleinbürgertum ökonomisch durch die Konzentration des Kapitals und durch [451 (419)] das Wachsen der Kraft der Arbeiterklasse aufgerieben. In der Periode des aufsteigenden Kapitalismus war es aber nicht nur möglich, den Lohnarbeitern in ihrer Mehrheit eine einigermaßen auskömmliche Existenz zu sichern, es war auch möglich, eine Menge parasitärer Kleinbürgerexistenzen am Leben zu lassen. Der aufsteigende Kapitalismus, der ökonomisch die Existenz des Kleinbürgertums vernichtete, schuf im sogenannten neuen Mittelstand, eine neue, der sozialen nicht der ökonomischen Lage nach, Kleinbürgerschicht von besser bezahltem Stehkragenproletariat, das sie als Leiter des Produktionsprozesses gesellschaftlich zwischen die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie einschob. Die Techniker, die kaufmännischen und industriellen Beamten und Angestellten, die Ingenieure und der breite Stab mittlerer und höherer Staatsbeamter war ideologisch ganz im Banne des sich zum Imperialismus entwickelnden aufsteigenden Kapitalismus. Diese ideologische Gebundenheit kam von der materiellen Abhängigkeit dieser neuen Schicht vom Industrie- und Bankkapital. Die aus dem Produktionsprozeß verdrängte kleine Bourgeoisie rettete, indem sie ihre Söhne und ihre Töchter auf die Gymnasien, Technikums und Hochschulen schickte, ihren sozialen Stand noch für diese eine Art kleinbürgerliche Existenz. Dieser 1914 in Deutschland über 3 Millionen zählende neue Mittelstand war jene Schicht, in der der Imperialismus die stärkste ideologische und tatsächliche Stütze fand. Ohne eigenes Klasseninteresse verbanden sie ihre Interessen ganz mit dem imperialistischen Kapitalismus und wurden die Ideologen, die Schriftsteller und Redner eines neuen und größeren Deutschlands. Sie erhofften von einem im Weltkrieg siegreichen Deutschland gut bezahlte Herrenstellungen in den neu eroberten Gebieten. Durch den ideologischen Einfluß bildete diese Schicht die Brücke zwischen dem imperialistischen Finanz- und Industriekapital und dem schon in der Vorkriegszeit zugrunde gehenden ökonomischen Kleinbürgertum.

Durch den Kriegszusammenbruch wurden gerade diese Schichten ideologisch vollkommen entwurzelt. Mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus brach ihre Weltanschauung zusammen. Ohnmächtig und hilflos suchten diese Schichten nach einer neuen Weltanschauung. Ihrer ganzen sozialen Lage nach war ihnen die Gedankenwelt des Sozialismus fremd. Nicht durch solidarisches Zusammenwirken ihrer Standesangehörigen, sondern durch persönliches Streben, durch Karrieremachen, durch Ueberspringen ihrer eigenen Standesangehörigen konnten sie ihre Existenz verbessern, Die Methoden der preußischen Bürokratie schien ihnen als einzige Daseinsform der Entwicklung der Weltgeschichte überhaupt. Enttäuscht und entwurzelt standen die meisten dieser Schichten dem Sozialismus als etwas neuem, völlig unbekanntem, wohlwollend neutral und hilfesuchend gegenüber. Durch die Politik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die als Erbe der Tradition der Arbeiterbewegung das Prestige einer fünfzigjährigen sozialistischen Vergangenheit besaß, aber keine Politik des Sozialismus, des revolutionären Klassenkampfes trieb, wurden diese Schichten aufs schmerzlichste enttäuscht.

[452 (420)] Sie wurden nicht nur enttäuscht, sondern, da sie weniger widerstandsfähiger waren als die über alte Organisationen verfügende Arbeiterklasse, wurden diese Schichten auch ökonomisch noch mehr bedrängt und prozentual in noch höherem Ausmaße vernichtet, wie die organisierte Arbeiterschaft. Die Arbeiter setzten sich mit den Methoden des Klassenkampfes der Vorkriegszeit der Offensive des Kapitals in ungenügendem Maße entgegen. Aber sie widersetzten sich. Sie streikten für Erhöhung der Nominallöhne, konnten dadurch die Senkung ihres Normallohnes auf ein Drittel

der Vorkriegszeit nicht abwehren, aber der ständige Widerstand hemmte den Prozeß ihrer Verelendung, wenn er ihn auch nicht aufhalten konnte.

Der neue und alte Mittelstand leistete diesen Widerstand nicht. Die Ursache ihrer Verelendung begriffen sie nicht als Folge des zusammenbrechenden Kapitalismus, sondern als das Ergebnis der sozialistischen Politik der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie und als Folge der Unterjochung durch den siegreichen Imperialismus der Ententeländer und vor allem Frankreichs.

Die Großbourgeoisie hat durch diese raffinierte Taktik, indem sie nach der politischen Macht und nach der Regierungsgewalt nur griff in Gestalt der kleinbürgerlichen Koalitionsregierung der Sozialdemokratie und des Zentrums, es verstanden, auf diese die Schuld am Zusammenbruch abzuwälzen. Die Großbourgeoisie protestierte gegen den Friedensvertrag von Versailles, aber tat alles, damit die Kleinbürgerregierung den Friedensvertrag ratifiziere. Sie protestierte gegen die Erfüllungspolitik und sabotierte das Steuerprogramm Erzbergers, das die Kosten der Erfüllungspolitik vom Industrie-, Bank- und Agrarkapital und der Arbeiterklasse gemeinsam eintreiben wollte. Die Sabotage der gegenüber der Schwerindustrie machtlosen Kleinbürgerregierung, die sich wegen ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse nicht auf das Proletariat gegen die Bourgeoisie stützen konnte, um die Sachwerterfassung durchzuführen und die Steuern von den Besitzenden einzutreiben, machte innen- und außenpolitisch bankrott. Diesen Bankrott benutzt die Großbourgeoisie, nachdem sie das Kleinbürgertum expropriiert hat, das aus Furcht vor den Spartakisten, die ihnen nach dem Geschrei der Sozialdemokraten den letzten Anzug, ihr Vertikot und den Kleinbauern die letzte Kuh wegholen wollen, um mit nationalistischem Geschrei sich mit dem Ententekapital zu verständigen und die Kosten dieser Verständigung der Arbeiterklasse aufzubürden.

Zur Durchführung des Stinnes-Programms zur Niederwerfung des revolutionären Proletariats will sich die Großbourgeoisie gegenwärtig des Kleinbürgertums bedienen, wie sie im Jahre 1918 und 1919 sich die Sozialdemokratie zur Niederwerfung der revolutionären Arbeiterschaft benützte. Die Großbourgeoisie knüpft bei diesen Schichten an die imperialistischen Illusionen der Vorkriegszeit an. Die Losung von den Novemberverbrechern entspricht ganz der Vorstellung der von der sozialdemokratischen Politik enttäuschten Mittelschichten. Die Hoffnung, durch einen neuen, siegreichen nationalen Krieg doch noch ein größeres Deutschland, doch noch die Stellen zu [453 (421)] bekommen, die sie erträumten, die sie in Frankreich, Belgien, Kleinasien, Mesopotamien, im größeren Deutschland ausüben wollten, die jetzt ausgeübt werden von französischen Kleinbürgern im alt- und neubesetzten Gebiet in Deutschland und in den Randstaaten, diese Hoffnung prädestiniert sie zum konterrevolutionären Werkzeug gegen die Arbeiterschaft.

Die Schwerindustrie beeinflußt durch ihre Zeitungen diese Schichten in dieser Richtung. Sie finanziert die faschistischen Organisationen. Sie rüstet sie mit Waffen und Geld aus und hetzt sie mit Erfolg auf die Arbeiterklasse, indem sie für die hoffnungslose Ohnmacht zum Widerstand gegen die französische Invasion, die Sozialdemokratie und die revolutionäre Arbeiterklasse verantwortlich macht. Sie gibt ihnen die Losung: daß erst die Niederwerfung der Arbeiterklasse die Bahn frei macht für ihren Aufstieg.

Nachdem die KPD mit Erfolg die proletarischen Massen für den Kampf zur Niederwerfung der Bourgeoisie gewinnt, tritt an sie die neue wichtige Aufgabe heran, auch die schwankenden Kleinbürgerschichten als Sympathisierende für ihren revolutionären Kampf zu gewinnen. Aus diesen Ursachen ist die Eroberung dieser Massen für eine wohlwollende Neutralität, wenn es schon nicht möglich ist, sie für den aktiven Klassenkampf zu erobern, die wichtigste Gegenwartsaufgabe der KPD. Die Kleinbürger schwanken ihrer ganzen Stellung als Zwischenschicht nach hin und her. Sie schließen sich stets dem Starken oder dem, den sie für stark halten, an. Die Eingliederung dieser Mittelschichten für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in Sowjetrußland beweist, daß dies möglich ist. Wir müssen uns gegen die bewaffneten Faschistenbanden, die die Großbourgeoisie auf uns losläßt, mit der Waffe in der Hand zur Wehr sehen. Aber noch wichtiger als der Kampf gegen den Faschismus, ist der ideologische Kampf um die Gewinnung dieser Massen.

*

Der Weg und Wille zur Macht.

Ergebnisse der Erweiterten Exekutive der KI.

Von Paul Böttcher.

I.

Die in Hamburg vom Stapel gelassene Londoner Internationale ist inmitten des schweren Befreiungskampfes des europäischen Proletariats stumm. Sie kennt keinen Weg nach vorwärts. Ihre historische Mission erfüllt sich in der Rolle des Sklavenzutreibens für das Kapital. Auch der Theoretiker der Londoner Internationale hat der Arbeiterklasse längst nichts mehr zu sagen. Sein „Weg zur Macht“ ziert als Buch den literarischen Schindanger von Dietz u. Comp. Die politischen Ideen des Buches sind von ihrem Verfasser längst verleugnet und als „Irrlehren“ bekämpft worden.

Angesichts des totalen politischen und theoretischen Zusammenbruchs der internationalen Sozialdemokratie tritt dem Arbeiter die [454 (422)] weittragende geschichtliche Bedeutung der Schöpfung der kommunistischen Internationale immer klarer ins Bewußtsein. Was vor Jahren auch vielen ehrlichen proletarischen Elementen noch als unheilvolle Spaltung erschien, das erweist sich heute als die Rettung der Arbeiterklasse vor dem Rückfall in frühkapitalistische Hörigkeit, als die einzige Führerin auf dem Wege zur sozialen Revolution. Die von den Hilferding Kautsky, Vandervelde e tutti quanti einst mit billigen Witzen verspottete Moskauer „Sekte“ ist nicht nur politisch innerhalb des Proletariats eine Weltmacht, sie schlägt auch organisatorisch heute bereits die 2. Internationale. Das internationale Proletariat hat sich eine neue Waffe geschmiedet. Und siehe, die Waffe wird stärker mit jedem Tag. Schon hat sie in den Amsterdamer Turm die erste Bresche gelegt. Die bürgerliche Gesellschaft kennt keinen gefährlicheren Feind, als die Kommunistische Internationale.

II.

In Deutschland sehen wir seit langem eine fortschreitende Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Proletariats. Diese Verschiebung der Kräfte nach links geht unaufhaltsam vorwärts. Die politische Neuorientierung der arbeitenden Massen kommt bei allen Gelegenheiten sichtbar zum Ausdruck (Wahlen in Gewerkschaften und Betrieben, Wahlen zu Parlamenten, Wachstum der KPD und ihrer Presse). Der Zuwachs des kommunistischen Einflusses ist jedoch nicht zurückzuführen auf eine allgemeine Verbreiterung des Einflusses der gesamten Arbeiterbewegung. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß es vielerorts nicht gelungen ist, die früher erreichten Positionen zu behaupten. Der Abmarsch nach rechts war bisher stets das Ergebnis der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Im großen und ganzen gewinnt heute noch der Kommunismus fast ausschließlich auf Kosten der Sozialreformisten. Der siegreiche Vormarsch des Kommunismus im internationalen Maßstab zeigt, daß die Anwendung der Einheitsfronttaktik richtig ist. Die taktische Schwenkung des 3. Weltkongresses und die Vertiefung seiner Beschlüsse durch den 4. Weltkongreß sind durch historische Tatsachen als richtig anerkannt. Der Schrei: „Zurück zum 2. Weltkongreß“, der sich bis in die letzte Zeit hinein noch hie und da vernehmen ließ, ist ein Unkenruf geblieben.

Die Erste Erweiterte Exekutive nach dem 4. Weltkongreß zeichnete sich dadurch aus, daß sie bereits die ersten Ergebnisse der Einheitsfronttaktik im internationalen Massenmaßstab vor sich hatte. Die Umgruppierung der Kräfte innerhalb des Proletariats fällt nicht zufällig in die Periode der Offensive des Kapitals. Ueberall sind die Londoner und Amsterdamer ein Teil dieser Offensive, überall schlagen sie die Arbeiter. Die Massen fühlen instinktiv, daß ihnen von dieser Seite keine Hilfe ersteht. Sie stellen sich deshalb unter der Führung der einzigen internationalen Kampforganisation: der Kommunistischen Internationale.

Die Erweiterte Exekutive stand vor der konkreten Aufgabe, wie das Vertrauen der zuströmenden Massen zu vertiefen ist und welche Wege die Kommunistische Internationale zu den proletarisierten Mittelschichten und arbeitenden Bauern beschreiten muß. Die Gewinnung des Vertrauens der Arbeitermassen zu einer politischen Partei ist nicht eine Frage von Thesen und Beschlüssen. Das Vertrauen sind die Opfer und Entbehrungen, die sich der Arbeiter für seine Partei auferlegt. Nur die Ueberzeugung von dem festen Willen und der unantastbaren Ehrlichkeit der Partei führt die Arbeiter zu uns. Diese Ueberzeugung weckt die Partei nur im Kampf, durch das [455 (423)] Beispiel und

die Erfahrung. Die Kommunistische Internationale kann dieses heilige Gut keiner Sektion in die Wiege legen. Jede Partei muß es selbst erobern.

Für die Gewinnung der Mittelschichten und arbeitenden Bauern hat die Erweiterte Exekutive den Parteien Wege gezeigt, die unbedingt zum Erfolg führen müssen. Die Erweiterte Exekutive hat die konzentrierte politische Formel gegeben, die die Parteien über die schmale Basis der Zunftauffassung hinausführt: Arbeiter- und Bauernregierung. Theoretisch ist die Kommunistische Internationale in der Agrarfrage von allem Anfang an viel stärker gewesen wie die 3. Internationale. Die programmatischen Grundsätze über das Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft zueinander wurden bereits vom 2. Weltkongreß festgelegt. In der Praxis lebten jedoch in den Sektionen der Komintern die schlechten Traditionen der 2. Internationale munter fort. Die engherzige Zunftauffassung des proletarischen Klassenkampfes gilt es auszurotten. In der Resolution der Erweiterten Exekutive zur Arbeiter- und Bauernregierung wird die Notwendigkeit der Ausdehnung unseres Einflusses auf das Dorf sehr anschaulich nachgewiesen:

„Gleichzeitig ändert sich auch das Verhalten der Parteien der Zweiten Internationale zur Bauernschaft. An die Stelle der früheren traditionellen Ignorierung der Bauernschaft treten Versuche, die Bauernschaft in die konterrevolutionäre sozialdemokratische Politik hineinzuziehen. In dem Maße, wie die wichtigsten sozialdemokratischen Parteien entscheidende Positionen in der Arbeiterklasse immer mehr zu verlieren beginnen und krampfhaft nach einer neuen sozialen Basis suchen, streben, sie unvermeidlich dem Dorfe zu, richten sie ihre Aufmerksamkeit auf die wohlhabenderen Schichten der Bauernschaft. Die Aufgabe der Kommunisten besteht nun darin, die von den Sozialdemokraten aufgegebenen Positionen in der Arbeiterklasse unverzüglich zu besetzen und unter Fortführung des Angriffs vor allem auf diesem Gebiete gleichzeitig darauf bedacht zu sein, den Versuch der Sozialdemokratie, eine neue soziale Basis im Dorfe zu erwecken, zu vereiteln, indem sie die Landarbeiter und das ländliche Halbproletariat um unser Banner vereinen und die Bauernschaft zu einem Bunde mit dem revolutionären Proletariat gewinnen.

Schon allein damit, daß die kommunistischen Parteien sich im internationalen Maßstabe die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung zu eigen machen und mit der Agitation dafür beginnen, wird der Anfang zu einer Neutralisierung der mittleren Bauernschichten und unserer Eroberung der Kleinbauernschaft gemacht.

Es versteht sich von selbst, daß die Agitation unter der Losung „Arbeiter- und Bauernregierung“ entsprechend den Verhältnissen eines jeden einzelnen Landes konkretisiert werden muß, z. B. in Nordamerika würde es sich um werktätige Farmer handeln.“

Die Trägerin der Revolution ist die Arbeiterklasse. Sie ist die einzige Klasse, die den Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und der kapitalistischen Fesselung der Produktivkräfte lösen kann. Nur unter der Führung und Herrschaft der Arbeiterklasse ist die Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt möglich. Dieser Grundsatz darf von den kommunistischen Parteien durch Aufnahme der Losung: „Arbeiter- und Bauernregierung“ auch nicht im geringsten verwischt werden. Unser Ziel ist der Kommunismus und der Weg hierzu die Diktatur des Proletariats. Die Kommunistische Partei ist eine Partei der Arbeiterklasse. Aber sie muß es lernen, die anderen arbeitenden und ausgebeuteten Schichten mitzureißen auf den Weg zur politischen Macht. Gehen unsere Parteien von diesen Grundsätzen ab, dann geraten sie unrettbar ins Rutschen, sie verlieren den Boden unter den Füßen. Die Gefahren der [456 (424)] Taktik der Einheitsfront sind nach der Ausdehnung der Losung Arbeiterregierung auf Arbeiter- und Bauernregierung noch um ein Vielfaches erhöht worden. Die Resolution der Exekutive zeigt diese Gefahren. Die Sektionen der KI müssen jedoch von sich aus dazu übergehen, die Ausbreitung der Partei zu parallelisieren durch eine ernste, systematische Vertiefungsarbeit. Dieselbe ist die beste Vorbeugung gegen die von Trotzki betonte Gefahr der theoretischen Entartung und Verflachung der Parteien. Ohne gründliche theoretische und praktische politische Schulung der Mitglieder und ganz besonders der Agitatoren, ist die Durchführung der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive überhaupt nicht denkbar. Je näher die KI an den Feind herankommt, je größer die Ellenbogenfühlung mit ihm wird, um so größer sind die Gefahren opportunistischen Rechnungsträgerei. Es ist jedoch der gefährlichste Opportunismus, aus Furcht vor diesen Gefahren, in „linker“ Passivität zu verharren und auf das „Erwachen“ der Massen zu warten.

Es wäre verhängnisvoll, nicht zu sehen, daß innerhalb der KI die Anwendung der Einheitsfronttaktik noch keineswegs so allgemein und überzeugt angewendet wird, wie das den Beschlüssen der Weltkongresse entspricht. Die immer wiederkehrende „italienische Frage“ hängt aufs engste zusammen mit der Anwendung der Einheitsfronttaktik durch unsere italienische Bruderpartei. Hierüber täuschen auch keinerlei Loyalitätserklärungen hinweg. Das W i e der Anwendung der Einheitsfronttaktik ist jedoch am allerwenigsten durch theoretische Ueberzeugungsversuche zu erlernen. Hier hilft nur die Praxis des täglichen politischen Kampfes. Die Strategie der Einheitsfront kann ohne schweres Lehrgeld nicht erworben werden. Ihre richtige Anwendung steht nicht am Anfang sondern am Ende der großen politischen Manöver der Avantgarde des Proletariats, die durchgeführt werden müssen, um die Arrieregarde in die Front zu bringen.

Von größter Wichtigkeit für die Strategie des Kommunismus ist die Organisierung der sympathisierenden Massen. In Deutschland haben wir die Organisierung der sympathisierenden Arbeiter um die Kommunistische Partei bisher erreicht in den B e t r i e b s r ä t e n, in den K o n t r o l l a u s s c h ü s s e n und in den H u n d e r t s c h a f t e n. Das alles sind Organe der Einheitsfront, mit deren Hilfe die Kommunistische Partei den Kampf führt. Durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik haben wir es bei uns erreicht, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter zwar immer noch mit dem Mitgliedsbuch bei der sozialdemokratischen Partei, mit ihrer Seele aber schon bei uns sind. Diesen Prozeß müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln fördern.

III.

Die nationalistische Propaganda des Faschismus hat die deutsche Partei gezwungen, ihrerseits die Methoden ihrer Propaganda zu überprüfen. Es stellte sich dabei heraus, daß in unserer Agitation ein leerer Fleck war. Die Besetzung des Ruhrgebiets zwang die Partei schließlich in der nationalen Frage zur eindeutigen Stellungnahme vor der gesamten Arbeiterklasse. Durch den Ruhrkampf wurde von der deutschen Partei die nationale Frage vor den übrigen Parteien gestellt. Die Erweiterte Exekutive hat die Stellungnahme der deutschen Partei gebilligt und den „intransigenten Internationalismus“ (Neu-[457 (425)]rath) einmütig verworfen. Neurath blieb mit seiner Auffassung in der nationalen Frage völlig isoliert, auch in seiner eigenen Partei, der K. P. Tsch. Sinowjew konnte mit vollem Recht den Vorwurf erheben, daß in der nationalen Frage innerhalb der Sektionen der Komintern noch absoluter „Nihilismus“ herrsche. Zu diesem Nihilismus führe vor allem jene Auffassung, zu deren Sprecher sich Neurath macht, die rein abstrakt, ohne jede Beziehung zur politischen Wirklichkeit, an diese Frage herangeht. Neurath kommt infolgedessen zu dem Schluß, daß die positive Stellungnahme der KPD in der nationalen Frage zum Burgfrieden mit der deutschen Bourgeoisie gegen den „äußeren Feind“ führen müsse. Die „intransigenten Internationalisten“ übersehen in ihrem „Radikalismus“ eine Frage, die Marx allerdings schon im Kommunistischen Manifest beantwortet hat: „Ist der Kapitalismus imstande, die nationalen Fragen zu lösen ?“ Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß die bürgerlichen Staaten zu dieser geschichtlichen Leistung unfähig sind. Nur im Rahmen des Sozialismus kann vom Proletariat die Befreiung unterdrückter Nationen durchgeführt und das Selbstbestimmungsrecht gesichert werden. Der Versailler Vertrag hebt faktisch für eine Reihe Länder das Selbstbestimmungsrecht auf. Der französische Imperialismus kann seine europäische Machtpolitik nur auf Kosten der politischen, ökonomischen und militärischen Selbständigkeit der Zentralstaaten durchführen. Welche Antwort muß also der Kommunismus auf die Frage nach der Rettung Deutschlands aus dem Chaos geben? Soll er sich mit der negativen Stellung der Liebknechtgruppe in der deutschen USPD begnügen? Soll er vor den nationalen Unterdrückungsmethoden Poincarés die Augen schließen und den Kampf nur gegen Cuno führen? Ein solches politisches Helotentum würde keine tausend Arbeiter hinter unsere Partei bringen. Eine Partei der Eroberung der Macht muß es verstehen, den proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten, die Zukunft der Nation zu zeigen. Der Gegensatz zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie wird heute bereits so stark vom Gegensatz zwischen der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen besitzenden Klasse beherrscht, daß diese aus Furcht vor der proletarischen Revolution die nationale Selbständigkeit um Judaslohn verrät. Die Ausnutzung des Widerspruchs zwischen der nationalen Phraseologie und der tatsächlichen landesverräterischen Rolle der Bourgeoisie ist der

stärkste und lebendigste Teil unserer Propaganda in den Mittelschichten. Diese Propaganda nicht verstehen, heißt die Gewinnung dieser Schichten zum Nachteil der revolutionären Entwicklung sträflich vernachlässigen. Der Kommunismus muß in der nationalen Frage nicht nur die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie aufzeigen. Die Rolle der Sozialdemokratie, als einem Anhängsel der Bourgeoisie, in der Nationalitätenfrage, muß der Arbeiterklasse vor Augen geführt werden. Die englische Partei hat in der irländischen Frage und in der Frage der Kolonien bis heute noch nicht verstanden als kommunistische Partei zur nationalen Frage Stellung zu nehmen. Die Südtiroler Frage wird von der Kommunistischen Partei Italiens so gut wie verschwiegen. Demnach ergeben sich gerade in dieser Frage brennende Anknüpfungspunkte, da ja Südtirol erst im Jahre 1922 von den Faschisten noch vor der Machtübernahme durch Mussolini für die Nation „erobert“ wurde. (Zug der Faschisten nach Bozen und Meran usw.) Gerade an der Hand der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse als Befreierin und Führerin der Nation vermag die Kommunistische Partei am anschaulichsten die [458 (426)] Lächerlichkeit und Schädlichkeit des kleinbürgerlichen Hurrapatriotismus der Sozialchauvinisten klarzumachen.

Der p o l i t i s c h e Kampf gegen den Faschismus ist ohne die stärkste Hervorkehrung des nationalistischen Moments in unserer Propaganda unwirksam. Unsere Redner würden in den Versammlungen gegen die Wände reden. Der Faschismus tritt den enttäuschten Schichten der Bevölkerung als Retter der Nation gegenüber. Der Kommunismus muß diesen Massen zeigen, daß sie selbständig eine politisch führende Rolle nicht spielen können und gezwungen sind, sich der Führung einer Klasse anzuvertrauen. Sie haben nur die Wahl zwischen der besitzenden und der besitzlosen Klasse. Die geschickte Verbindung der antikapitalistischen und den gesunden nationalen Empfindungen breiter Schichten muß dieselben von ihren faschistischen Führern lösen, die sie bewußt an den Karren des Kapitalismus spannen wollen. Radek hat mit seiner Schlageter-Rede auf der Erweiterten Exekutive für diese Propaganda den Typ gegeben. Es soll nicht unausgesprochen bleiben, daß diese Rede auf des Messers Schneide balanzierte. Wir fürchten, auch manche unserer Agitatoren werden bei Nachahmungsversuchen ausglitschen. Der Einschlag der Radekschen Rede zeigt jedoch, daß hier lebendiges Fleisch berührt wurde. Sie war ein Volltreffer ins Lager der Faschisten.

Auch diese Propaganda birgt eine Fülle von Gefahren. Angefangen vom Lauffenbergschen Nationalbolschewismus bis zum Übelsten chauvinistischen Opportunismus. Das erfolgreichste Gegengewicht gegen diese Gefahren sind i n t e r n a t i o n a l e A k t i o n e n des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Parteien, weit über das Zusammengehen der französischen und deutschen Partei im Ruhrkriege hinaus. Internationale Aktionen gegen den Faschismus, gegen die kapitalistischen Interventionen gegen Sowjetrußland prägen die Notwendigkeit des i n t e r n a t i o n a l e n Charakters des Klassenkampfes fest in alle proletarischen Hirne und sind das beste Korrektiv gegen alle nationalistischen Verirrungen. Dennoch haben die Sektionen die Pflicht, die theoretische Aufklärungsarbeit über die nationale Frage energischer wie bisher durchzuführen. Weder die theoretischen Organe der Exekutive noch der Sektionen haben in dieser Beziehung bisher ihre Pflicht erfüllt.

Auf eine besondere Darstellung des Faschismus an dieser Stelle einzugehen, ist überflüssig, da die Genossin Z e t k i n in ihrem großzügigen Referat auf der Erweiterten Exekutive eine gründliche Analyse gegeben und auch Kampfmittel gezeigt hat.

IV.

Sinowjew hat in dem Bericht der Exekutive auf eine Tatsache hingewiesen, die von größter Wichtigkeit ist und die deshalb stark unterstrichen werden muß. Es handelt sich um die Psychologie der kommunistischen Parteien. Es handelt sich einfach darum, den Arbeitern nicht nur den Weg zur Macht zu zeigen, sondern sie auch mit dem Willen zur Macht zu erfüllen. Die objektive Reife des Kapitalismus für die soziale Revolution ist gegeben. Zum Sturz des Kapitalismus fehlt dem Proletariat jetzt noch die subjektive Reife, d. h. die Fähigkeit, seine Kräfte und seinen Willen so zu organisieren, daß es die Machtmittel des bürgerlichen Staates zerschlagen und sich selbst zur Herrschaft bringen kann. Ein halbes Jahrhundert lang hat die Sozialdemokratie mit ihrer pazifistischen und demokratischen Phraseologie unter der Arbeiterklasse die unheilvollste Verwirrung angerichtet.

Anknüpfend an die Losungen der bürgerlichen Revo-[459 (427)]lutionen demonstrierte die Sozialdemokratie für „Völkerversöhnung“, „Allgemeine Wohlfahrt“, „Preßfreiheit für alle“ usw. Das „Rüstzeug der Barbaren“ wurde mit hochtönenden Phrasen verworfen und der Sieg allein mit „des Geistes Schwert und des Rechts Panier“ gepredigt. Das Proletariat als h e r r s c h e n d e Klasse in der Uebergangsperiode der Diktatur, lebte überhaupt nicht im Bewußtsein der Massen. Erst die theoretischen Kämpfe der Kriegs- und Nachkriegszeit brachten Licht in diese Finsternis. Die Sozialdemokratie hat jedoch nach der Revolution nichts unterlassen, um die Fähigkeiten der breiten Massen zu verkleinern und ihre „Unreife“ zur Uebernahme der politischen Macht zu beweisen. Dieser sozialdemokratische Spießergeist des Kleinmuts und der politischen Feigheit muß mit Stumpf und Stiel aus der Arbeiterbewegung ausgerottet werden. Es zeugt von dem feinen politischen Gefühl der Kommunistischen Internationale, gerade in dieser Situation den Finger an dieses Wundmal der Arbeiterklasse gelegt zu haben.

Die Resolution der Erweiterten Exekutive streift diese bedeutsame Frage kurz und treffend:

„Es ist Aufgabe der kommunistischen Parteien, aus ihren eigenen Reihen den Zunftgeist zu vertreiben und unter ihren Anhängern den Willen zur Macht zu wecken. Das ist die Antwort, die die Kommunistische Internationale auf die schlotternde Furcht der sozialdemokratischen Führer vor der Uebernahme der Macht zu geben hat.

Kommunistische Parteien müssen in sich die Psychologie von Parteien entwickeln, die sich bewußt sind, daß sie in einer mehr oder weniger nahen Zukunft die werktätigen Massen in den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen, die Bourgeoisie zu stürzen und in der Verwaltung des Staates abzulösen haben. Die beschränkte Zunftpsychologie muß durch die Psychologie einer Partei ersetzt werden, die den Willen zur Macht hat und die Hegemonie des Proletariats in der Revolution verkörpert. Eine kommunistische Partei muß sich vorbereiten, die Bourgeoisie morgen schon zu schlagen und darum schon heute das ganze Volk erfassende Ziele aufstellen.“

V.

In den vorhergehenden Kapiteln wurden im wesentlichen die „neuen“ Fragen der Erweiterten Exekutive behandelt. Neben diesen neuen Erscheinungen in der internationalen Arbeiterbewegung nahmen jedoch auch einige „alte“ Fragen einen sogar unverhältnismäßig breiten Raum der Exekutivesitzung ein. Eine der ältesten Sektionen der KI, die norwegische, trug unter dem Deckmantel des Zentralismus politische Gedankengänge vor, die den deutschen Arbeitern keineswegs neu sind. Die Erinnerungen, die beim deutschen kommunistischen Arbeiter im Zusammenhang mit den Auffassungen der Norweger entstehen, sind allerdings keine angenehmen. Denn in der Spaltungsepoche der alten USPD waren die Träger der jetzigen norwegischen Ideen die Crispien, Dittmann, Hilferding, kurzum, die erklärten Feinde der Kommunistischen Internationale.

Was wollten die Vertreter der norwegischen Opposition? Nicht mehr und nicht weniger wie die Liquidierung der KI! KAG in verstärkter Auflage. Als Vorspiel der Attacke der norwegischen Liquidatoren gegen die elementarsten Grundsätze der KI muß die materielle Ablehnung der Beschlüsse des IV. Weltkongresses durch die Zentrale der norwegischen Partei bezeichnet werden. Die „Forderungen“ der Falk und sonstigen Intellektuellen von „Mot Dag“ sind kurz folgende: [460 (428)]

a) Keine Einmischung der Exekutive in „lokale“ Fragen;

b) Wahl der Exekutive auf den Parteitagen der Sektionen und nicht auf den Weltkongressen;

c) „Agreement“ der Vertreter der Exekutive durch die Zentralkomitees der in Frage kommenden Länder;

d) und schließlich – Geduld für die Durchführung internationaler Beschlüsse.

Das ist ganz und gar die gleiche Musik, die die deutschen Arbeiter zur Genüge von den Kautskyanern älterer und jüngerer Linie vorgespielt bekamen. Jedes Wort der Erläuterung hierzu ist überflüssig. Schlimmerer Föderalismus wie in der verstorbenen Internationale Ledebours. Ein Gemisch reformistischer und syndikalistischer Tendenzen steht hinter diesen „organisatorischen“ Vorschlägen

der norwegischen Opposition. Der nächste Parteitag der norwegischen Partei soll endgültig über das Verhältnis der Partei zur KI entscheiden. Wir zweifeln nicht, daß die Entscheidung im Sinne der Arbeiter fallen wird, denen die KI höher steht, als der Föderalismus politischer Liquidatoren.

Die skandinavischen Parteien hatten jedoch noch mehr Ueberraschungen auf Lager. Unversehens befand sich die Exekutive mitten in einer politisch-philosophischen Diskussion über Himmelsfragen. Es hatte der bürgerlichen Presse Schwedens gefallen, anläßlich des Vorgehens der Sowjetregierung gegen die konterrevolutionären Umtriebe der Popen in Rußland, die Unmoral und Religionsfeindlichkeit des Kommunismus im allgemeinen und der schwedischen KP im besonderen, zu „brandmarken“. Unsere schwedische Partei biß sich prompt an den Köder fest. Sie antwortete mit einer faulen Defensive und verleugnete schließlich die Grundsätze der KI in der Religionsfrage. Ein Aufsatz Höglunds sowie eine Resolution des schwedischen Parteitages zur Religionsfrage forderten, daß die Religion für die Parteien „Privatsache“ sein sollte.

Die Erweiterte Exekutive hat mehrfach demonstrativ festgestellt, daß die norwegische und schwedische Opposition mit ihren Auffassungen absolut i s o l i e r t innerhalb der KI stehen. Trotzdem hat die Erweiterte Exekutive diesen Parteien einen Sitz im Präsidium der Exekutive eingeräumt, um keine Möglichkeit für eine Verständigung unversucht zu lassen. Zu langes Zögern bei einer notwendigen Operation kann jedoch die schwersten Folgen haben, wie das bulgarische Beispiel zeigt.

*

Politisch und organisatorisch hat die KJ. seit dem IV. Weltkongreß einen großen Schritt vorwärts gemacht. Die Parteien sind selbständig und reif. Der Weg zur kommunistischen Weltpartei wird mit Riesenschritten zurückgelegt. Im März 1924, am fünften Jahrestage der KI soll der V. Weltkongreß zusammentreten. Die deutsche Partei hat die Aufgabe, auf diesem Kongreß Rechenschaft zu legen über ihre Kämpfe mit der deutschen Konterrevolution. Wir hoffen, daß diese Rechenschaft gleichzeitig eine Rechenschaft über die zweite deutsche Revolution sein wird. [461 (429)]

*

Zur Lohn- und Preisfrage.

Von F r i t z H e c k e r t.

II.

Der Indexlohn.

Der Lohn, den der Arbeiter für seine Leistung erhält, ist nicht der Wert der Ware Arbeitskraft, sondern nur ihr Preis. In der Vorkriegszeit entsprach dieser Preis, von minimalen Schwankungen abgesehen, dem Wert der Arbeitskraft. Krise und Hochkonjunktur, Angebot und Nachfrage verschoben die Lohnhöhe, d. h. den Preis der Arbeitskraft, in einer ständig wechselnden Kurve bald über, bald unter dem Wert derselben. Selten konnte in einer Krisenperiode die Lohnhöhe gehalten werden. Der Preis der Arbeitskraft sank damit unter ihren Wert. In der Hochkonjunktur glückte es jedoch den Arbeitern. Die Löhne zu erhöhen und den Preis der Arbeitskraft über ihren Wert zu steigern. Der gewerkschaftliche Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und die sich ständig bessernde Technik hoben den Arbeiter auf eine größere Kulturhöhe, machten seine Arbeitskraft immer qualifizierter und erhöhten damit ihren Wert.

Es galt als die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, neben ihrem allgemeinen Bestreben, die Lebenslage der Arbeiter zu heben, in der Krisenzeit den Lohn auf der in der Konjunktur erreichten Höhe zu halten. Aus diesem Bestreben entwickelte sich das Verlangen nach tariflicher Festlegung des Preises der Arbeitskraft für eine bestimmte Periode, die es den Arbeitern erleichtern sollte, über die Krisenzeit mit ihrer Arbeitslosigkeit und dem Wachsen der industriellen Reservearmee ungefährdeter hinwegzukommen. Das Unternehmertum war aus diesem Grunde am Beginn der Periode des Tarifvertrages ein unbedingter Feind desselben. Erst im Laufe der Jahre lernten die Kapitalisten den Tarifvertrag in gleichem Maße anzuwenden wie die Arbeiterschaft. Aber sie mit der Absicht, ohne Angriffe der Arbeiter über die Konjunkturperiode hinwegzukommen. Die Gewerkschaften

versuchten, die Verträge während der Hochkonjunktur zum Abschluß zu bringen, die Unternehmer in der Krisenperiode. Die Kämpfe wurden in dieser Periode des Tarifvertrages immer weniger an Zahl, aber um so zahlreicher an Teilnehmern.

Die letzten Jahre der Vorkriegszeit tragen alle Merkmale der Parallelisierung der Kräfte zwischen Kapitalisten- und Arbeiterklasse. Unter diesen Verhältnissen tauchten in immer breiterem Maße bei den Arbeitern Wünsche auf, durch eine automatische Anpassung der Löhne an die Warenpreise die Schwankungen in ihrem Realeinkommen zu beseitigen und den Kampf zur Verteidigung der Reallohnhöhe überflüssig zu machen. Man wünschte nur noch Kämpfe zu führen um die Erhöhung des Anteils der Arbeiter am Ergebnis der Produktion, will aber entbunden sein von all den anderen Mißhelligkeiten, die der permanente Kampf um die Verteidigung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse mit sich bringt. Die automatische Anpassung der Löhne an die Schwankungen der Warenpreise soll auch „unnötige“ Erschütterungen aus dem Wirtschaftsleben entfernen und den Produzenten (Kapitalisten) die Basis einer gesicherten Kalkulation auf dem Warenmarkte verschaffen. Die langen Tarifverträge und das Bestreben der automatischen Lohnregelungen nach den Warenpreisen wird unter dem Schlagwort „Humanisierung des Klassenkampfes“ zusammengefaßt.

[462 (430)] Gegen diese Art der Humanisierung des Klassenkampfes gab es aber sehr viele Bedenken. Der lange Tarifvertrag und die gleitende Lohnskala (unter diesem Namen wird die automatische Anpassung der Löhne an die Warenpreise verstanden) wurden von ernsten Gewerkschaftern bald als ein Uebel in der Arbeiterbewegung erkannt. Langer Tarifvertrag und noch mehr gleitende Lohnskala machen die Arbeiter konservativ, stärken die antirevolutionären, passiven Tendenzen in der Arbeiterklasse. Diese Anschauung, besonders über die reaktionäre Tendenz der gleitenden Lohnskala, wurde so allgemein in Gewerkschaftskreisen, daß sogar heute noch die reformistischen Gewerkschaftsführer sich als Gegner derselben bekennen und bei ihrem neuesten Auftreten andere Formulierungen für dieselbe Sache zu finden suchen, wie die Formel: „wertbeständiger Lohn“.

Es ist nicht der Sinn der Gewerkschaftsbewegung, nur den Lohn auf einem bestimmten Niveau zu erhalten, sondern ihn ständig über dieses Niveau zu erheben. Dennoch ist es eine Notwendigkeit im gewerkschaftlichen Kampf, dauernd immer über dieses Niveau orientiert zu sein. Solange es in der Welt einen gesunden Kapitalismus und in allen kapitalistischen Staaten eine Goldwährung gab, waren die Schwankungen im Reallohn nicht besonders groß. Wohl gab es auch damals Zeiten, in denen die Kaufkraft des Goldes stieg, und solche, in denen sie fiel. Die Produktionskosten des Goldes veränderten sich öfters in ihrem Verhältnis zu den Produktionskosten der Massenbedarfsartikel. Diese Umstände führten zu Schwankungen im Reallohn. Es konnte vorkommen, daß der Nominalgoldlohn stieg, die Warenpreise sich senkten oder umgekehrt, daß der Nominalgoldlohn fiel und die Warenpreise sich nach oben bewegten, und eine ganze Reihe Variationen war zwischen diesen beiden Extremen möglich. Um nun eine Basis für die Forderungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu finden, benutzte jede Gewerkschaft einen Warenindex als Wertmesser des Reallohnes. Die meisten deutschen Gewerkschaften hielten sich an die Kosten der von Calwer errechneten Ration des Marinesoldaten. Erst später wurden von ihnen die Berechnungen Kuczynskis in Anrechnung gebracht, weil Calwer in dem Geruch stand, sehr zugunsten der Unternehmerinteressen zu färben.

Spielte so der Index schon in der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle, so wurde er doch erst zu seiner (unrühmlichen) „Bedeutung“ in der Kriegszeit erhoben. Hier spielte er seine schädliche Rolle als Ernährungsmesser. Die kriegführende Bourgeoisie und ihre patentamtlich geschützten Professoren versuchten mit ihm zu beweisen, daß sich der deutsche Arbeiter ebensogut mit Kohlrüben als mit Eierkuchen arbeitsfähig erhalten könne. Es käme nur auf die Kalorienmenge an, die in den Nahrungsmitteln stecke. Die Qualitätsfrage in der Ernährung wurde damit in eine Quantitätsfrage verwandelt. Dieses wunderbare Mittel erwies sich als eine ausgezeichnete Methode, die Löhne zu senken, denn Kartoffeln und Kohlrüben sind bekanntlich wesentlich billiger als Holsteiner Schnitzel und Gänsebraten. (Heute noch wird mit diesem gemeingefährlichen Kalorienindex durch den Statistiker Silbergleit Unfug gestiftet.) Das Hungerödem sorgte aber bald für eine so gründliche Aufklärung unter den Arbeitern, daß sie vom Kalorienindexschwindel ihrer Regierer genug bekamen und rebellisch wurden (Januarstreik 1918). Diese Rebellion gegen den Massenmord der Bourgeoisie am

Proletariat nennt diese, da sie immer liebt, sich euphemistischer Ausdrucksweise zu bedienen, „den Dolchstoß der Heimat in den Rücken der kämpfenden Front“.

[463 (431)] Mit der rapiden Entwertung der Papiermark hat aber der Index seine gefährdete Stellung auf dem schon einmal geräumten Thron wieder eingenommen, und heute ist die Parole „Indexlohn!“ eine Parole, die auch die Herzen aller primitiv denkenden Arbeiter und Gewerkschaftsführer hochschlagen läßt. Der Index soll der Retter vor den immer wiederkehrenden Lohnbewegungen werden, er soll die „nutzlosen“ Streiks verhüten, er soll das weitere Abgleiten der Löhne unterbinden, er soll den Lohn „wertbeständig“ machen. (In einem Artikel in der vorigen Nummer ist vom Gen. Swienty der Schwindel mit dem Index durch die Gegenüberstellung der in Deutschland üblichen Indexberechnung klar aufgezeigt.)

Welche Stellung müssen wir zu dem Indexlohn einnehmen? Hier soll von der Darlegung seiner konservativen Tendenz, von seiner reaktionären Wirkung auf die Arbeiterbewegung Abstand genommen werden, weil die katastrophale Lage, in der sich die Wirtschaft befindet, sehr schnell alle Illusionen in den Arbeiterköpfen zertrümmern wird und weil auch das Unternehmertum einen rücksichtslosen Kampf gegen die Einführung eines den Interessen des Proletariats als Wertmesser entsprechenden Indexes entgegensetzen wird, so daß keine Gefahr besteht, daß die Arbeiter in Illusionen gewiegt werden, aus denen sie zum Schaden ihrer Klasse erst spät erwachen. Es ist also hier die Aufgabe, die Mängel des Index zu zeigen, damit jeder sieht, wie unzulänglich die Parole der Indexlöhne ist. Welche ihnen allgemein anhängenden Mängel weisen die gegenwärtig angewendeten Indexmethoden zur Berechnung der Lohnhöhe auf?

1. Als Grundlage der Stabilisierung der Löhne nehmen sie einen viel zu niedrigen Lohn an. Sie gehen nicht von dem in der Vorkriegszeit wirklich erreichten Durchschnittsreallohn als Basis aus. Ihre Basis ist immer eine für die Arbeiter im ungünstigen Sinne veränderte. Die heutigen Reallöhne stehen auf ungefähr 30 Prozent der Vorkriegsreallöhne.

2. Die den Indexlöhnen zugrunde liegenden Warengruppen sind dem wirklichen Konsumentenbudget des Arbeiters nicht angepaßt. Weder in der Quantität, noch in der Qualität entsprechen sie den Dingen, die der Arbeiter in der Vorkriegszeit für seinen Lohn kaufen konnte.

3. Sind die von den Wirtschaftsämtern und Statistikern errechneten Indexzahlen im Augenblick, wo sie zur Anwendung kommen sollen, bereits von der Wirklichkeit überholt. Zum Beispiel ist der Reichsindex vom April bis zum Anfang Juli 1923 in seiner Steigerungskurve weit zurückgeblieben hinter der Erhöhung der Buchdruckerlöhne und des Brotpreises, obwohl ganz augenscheinlich ist, daß die Löhne nicht im entferntesten Schritt gehalten haben mit der Teuerung in derselben Periode.

4. Weil der Lohn erst am Ende der Lohnperiode bezahlt wird, wird die Entlöhnung also wieder im entwerteten Gelde vorgenommen.

5. Muß der Arbeiterkonsument, der das Geld zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes nur allmählich ausgeben kann, in der Verbrauchszeit die neue Entwertung des Geldes tragen.

Wie ist es nun möglich, diesen Mängeln abzuhelfen?

1. Als Grundlage des Indexes muß ein Reallohn, in Waren ausgedrückt, genommen werden, unter Berücksichtigung nicht nur aller laufenden Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse, sondern auch der Wiederbeschaffung von Kleidung, Wäsche und Möbeln, die in der vergangenen Periode verschlissen sind, aber zum Wiederaufbau der Ar-[464 (432)]beitskraft unbedingt notwendig sind, eingeschlossen weiter die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse, deren Befriedigung unerläßlich ist, wenn die Arbeitskraft ihren Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt entsprechen soll.

2. Die Indexzahlen müssen einem auf dieser Grundlage aufgebauten Arbeiterbudget angepaßt werden.

3. Die bei der Lohnzahlung zur Anwendung kommenden Indexzahlen dürfen nicht nur die nächsten festgestellten sein, sondern sie müssen für den Zahltag vorgerichtet sein, in dem in ihnen die wahrscheinliche Entwertung der Kaufkraft des Lohnes für die Verbrauchszeit eingerechnet wird. Es muß

ein Maßstab gefunden werden, der im voraus die Entwicklungstendenzen der Preisbewegung für eine gewisse Zeit mit einigermaßen Sicherheit feststellt.

4. Der Lohn muß, um das Risiko des Verlustes bei der Geldentwertung von der Arbeiterklasse abzunehmen, um 50 Prozent im Voraus gezahlt werden, damit der Unternehmer weniger Möglichkeit hat, zu ungunsten des Arbeiters mit dem eingehaltenen Lohn zu spekulieren.

5. Muß für den Teil des Arbeiterlohnes, der für die Wiederbeschaffung von Kleidung, Wäsche, Möbel, aufgespart werden muß, die Möglichkeit geschaffen werden, ihn wertbeständig anzulegen.

Das Problem des reellen Indexlohnes kann für die Arbeiterklasse nicht eher gelöst werden, ehe es nicht gelingt, die Kaufkraft des Lohnes zu stabilisieren durch die Stabilisierung der Währung. Der Indexlohn ist nicht nur das Problem der Schaffung einer besseren Entlohnungsmethode, sondern ein Währungsproblem.

*

Zur Theorie des Marktes.

(Anläßlich des Referates des Genossen Thalheimer auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale.)

Von S. D w o j l a z k i.

(Schluß).

Rosa Luxemburg behauptet, daß die Anerkennung der Möglichkeit einer gleichzeitigen Erweiterung der kapitalistischen Produktion und des „rein"-kapitalistischen (oder nach ihrer Terminologie des „inneren")[*)] Marktes die Krisen entweder vollkommen unerklärlich erscheinen läßt, oder ihre Ursachen ausschließlich auf die Disproportionalität zwischen den einzelnen Zweigen der Wirtschaft zurückführt. Wir haben gesagt, daß die Verfasserin der Akkumulation des Kapitals mit ihren Folgerungen recht hätte, wenn alle Marxisten den Standpunkt Tugan-Baranowski's teilen würden. In Wirklichkeit ist es natürlich nicht so. Sogar W. Iljin (Lenin), den Rosa Luxemburg der Sünden Tugans beschuldigt hat, hat den „Widerspruch zwischen dem unbegrenzten Bestreben, die Produktion zu erweitern, und der beschränkten Konsumtion"[**)] unbedingt anerkannt. Aber während die [465 (433)] Theorie des Marktes, die von der Mehrheit der Marxisten anerkannt wird, eine Basis für die Erklärung der Krisen darstellt, verschließt die Theorie Luxemburgs alle Wege zur Lösung der Frage der Konjunkturschwankungen.

Wie hat Marx die Frage nach der Periodizität der industrielle Cyklen gestellt? Hier ist natürlich nicht der Ort, sich bei der Theorie der Konjunkturen aufzuhalten, und wir wollen nur das Hauptsächliche betonen. Und dieses Hauptsächliche besteht darin, daß Marx die Periodizität der Krisen aus dem „reinen" Kapitalismus abgeleitet hat, von allen sozusagen empörenden Einflüssen des nichtkapitalistischen Milieus abstrahierend. Das fixe Kapital der Industrie verschleißt allmählich und wird auf einmal neu angelegt. Infolgedessen ist der Ersatz und die Ausdehnung des fixen Kapitals der Ausgangspunkt für die steigende Tendenz der Konjunktur, die Nachfrage nach den sachlichen Elementen des fixen Kapitals ruft infolge der von uns oben dargestellten Kettenverbindung zwischen allen Zweigen der Wirtschaft eine lawinenartige Verbreiterung der Konjunktur hervor, und die leichte Belebung verwandelt sich nach Ablauf einer gewissen Zeit in eine allgemeine Agiotage, die so lange andauert, bis sich der tatsächlich schon etwas früher erreichte Widerspruch zwischen dem erweiterten Angebot und der nicht genügend angewachsenen Nachfrage äußert. Dieser Standpunkt von Marx ist von einigen Verfassern bestritten worden. Man wies hauptsächlich darauf hin, daß die Erneuerung des fixen Kapitals gar nicht gleichzeitig stattfindet, nicht nur nicht in der ganzen Wirtschaft des Landes, sondern auch in den einzelnen Zweigen und Unternehmen. Marx hat die Möglichkeit solcher Einwände nicht übersehen und ganz berechtigt darauf hingewiesen, daß die Krise in jedem Falle ein Ausgangspunkt für neue Investierungen bildet. In der Periode der Depres-

[*)] Rosa Luxemburg faßt den äußeren Markt nur ökonomisch auf: sie verbindet ihn nicht mit geographischen Grenzen. Die kapitalistische Industrie Englands wird innerer Markt für die kapitalistische Industrie Deutschlands sein, aber die russische Bauernwirtschaft wird äußerer Markt für die russische kapitalistische Industrie sein.

[**)] W. Iljin: „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland." Petersburg 1908. S. 2 (russisch!).

sion sind die Preise äußerst niedrig. Die Industrie arbeitet mit sehr unbedeutendem Profit, und diese Bedingung zwingen die Kapitalisten zur Verbesserung der technischen Ausrüstung, denn nur die Einschränkung der Produktionskosten erlaubt es ihnen, bei niedrigen Preisen einen genügenden Profit zu realisieren. Es ist im höchsten Grade charakteristisch, daß die Erfolge der Technik, oder genauer, ihre Anwendung in der Industrie, nach der Krise erfolgen und nicht umgekehrt. Im historischen Teile seines bekannten Buches führt Tugan-Baranowski die Meinungen von „Leuten der Praxis", Fabrikanten und Fabrikinspektoren, an, wonach alle Erfindungen in den Jahren des Stillstandes, wenn der Profit tief und der Absatz der Waren schwierig ist, gemacht oder jedenfalls allgemein angewandt werden. Die Jahre der Belebung, die durch hohe Preise und hohe Profite charakterisiert werden, zeichnen sich durch eine Verlangsamung des technischen Fortschritts aus, denn beim Unternehmer wird unter diesen Bedingungen der Ansporn zur Verbesserung der industriellen Anlagen schwächer oder verschwindet gar vollständig (ein Faktor, der dauernd jeden technischen Fortschritt in unserer Uralindustrie während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehemmt hat). Aber wenn dem so ist, so genügt eine anfängliche Krise, damit das weitere Leben der Industrie sich unbedingt in Cyklen, im Wechsel von Aufstieg und Niedergang, entwickelt. Die deutlichste Formulierung dieser Theorie hat Marx in folgenden Worten gegeben: „Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Cyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, **ergibt sich eine materielle Grundlage der perio**-[466 (434)]**dischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Ueberstürzung, Krise durchmacht.** Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinandertreibende, **indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage**. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus."[*)] Marx konnte es natürlich nicht ableugnen und hat es auch nicht abgeleugnet, daß die Erweiterung „des äußeren Feldes der Tätigkeit des Kapitals" imstande ist, die steigende Tendenz zu verstärken und zum Eintreten von Agiotage, Gründertum usw.[**)] beizutragen, aber er hat nirgends den Versuch gemacht, die Periodizität der Krisen durch die Erschließung äußerer Märkte zu erklären. Ich wiederhole: er hat diese Periodizität aus Erscheinungen abgeleitet, die dem „reinen" Kapitalismus immanent sind.

Rosa Luxemburg hat sich freilich mit der Theorie der industriellen Cyklen nicht beschäftigt. Sie hat in ihrer Analyse überall, von den Krisen und dem Wechsel der Konjunktur abgesehen, da sie voraussetzte, daß die durchschnittliche Größe nicht nur eine theoretische ideale Größe darstellt, sondern auch eine reale objektive Tatsache. Für gewisse Zwecke stellt ein solches Abstrahieren vom methodologischen Standpunkt nichts Unzulässiges dar. Aber es handelt sich nicht darum, sondern, daß die Anerkennung der Grundthese von Rosa Luxemburg logisch unvermeidlich dazu führt, daß jede Gesetzmäßigkeit in den Konjunkturschwankungen verneint wird. Tatsächlich mag eine Krise gegeben sein. Der Arbeitslohn ist tief, die Profite der Kapitalisten ebenfalls. Mehr als für eine im voraus gegebene Summe können sie nicht kaufen. Ein Ausschwung ist deshalb nur auf der Grundlage des „Stoffwechsels" mit einem neuen **nicht-kapitalistischen** Markte möglich. Nur dort liegt die Rettung, und nur er kann die Bedingungen für eine Hochkonjunktur schaffen. Aber wenn dem so ist, und nach der Theorie von Rosa Luxemburg ist es eben so, so ist für die periodische Aufeinanderfolge der Cyklen erforderlich, daß neue nicht-kapitalistische Märkte in die Einflußsphäre des „reinen" Kapitalismus hineingezogen werden. Jevons hat den Versuch gemacht, die uns interessierende Erscheinung durch das periodische Auftreten von Flecken auf der Sonne zu erklären. Sein Versuch hat bekanntlich keinen Erfolg gehabt, aber Tatsache ist, daß er, um periodische Erscheinungen zu erklären, nach periodisch sich wiederholenden Ursachen gesucht hat. Ein Forscher, der die Akkumulation des Kapitals widerspruchslos annimmt, müßte in seiner Theorie der industriellen Cyklen von sporadischen und der Sache nach **zufälligen** Erscheinungen ausgehen. Noch mehr! Wenn er bis zum Ende konsequent sein wollte, müßte er zu dem Schluß kommen, daß es keinerlei Periodizität der Krisen geben darf.

[*)] Marx: Kapital II, Unterstreichungen von mir. S. D.

[**)] Siehe den 4-bändigen Briefwechsel von Marx und Engels. Die entsprechenden Stellen sind leicht nach dem Sachregister des 4. Bandes zu finden.

Rosa Luxemburg und ihre Anhänger erklären entschieden, daß die Ablehnung der grundlegenden Sätze der „Akkumulation des Kapitals“ zu der Behauptung führt, daß der Imperialismus nur eine Tatsache und keine historische Notwendigkeit ist. Die wilde Jagd nach den entferntesten Märkten für den Absaß und für den Export von Kapital, d. h. die hervorstechendsten Erscheinungen des modernen Kapitalismus, werden zu einem Rätsel. „In der Tat unbegreiflich! Wozu der [467 (435)] Lärm? Wozu die Eroberung der Kolonien, wozu die Opiumkriege der 40iger und 60iger Jahre und die häufigen Balgereien um Kongosümpfe, um mesopothamische Wüsten? Das Kapital bleibe doch zu Hause und nähre sich redlich.“ (Anti-Kritik Seite 38.) Wenden wir uns dem Export von Ware zu. Die Profitmasse hängt von zwei Faktoren ab: von der Menge der Waren und von dem Profit von der Wareneinheit. Aber der Profit von der Wareneinheit fällt unter dem Einfluß des Preisrückgangs, der durch den technischen Fortschritt hervorgerufen wird. Daher das Gesetz der Massenproduktion und das Bestreben, die Profitmasse auf Kosten der Vergrößerung des ersten Faktors – der Menge der Waren – aufrechtzuerhalten oder gar zu erhöhen. Rein „logisch“ an dies Gesetz herangehend, schreibt Genosse Bucharin, daß man es „jedoch **nicht** in dem Sinne aufzufassen braucht, als ob das Ueberschreiten der staatlich-„nationalen“ Grenzen irgendeine **absolute Notwendigkeit** wäre: Diese Notwendigkeit wird im Prozeß der Bildung des Profits geschaffen, und **die Größe des Profits dient als regelndes Prinzip dieser Bewegung**.“[*)] Und weiter: „Nicht die Unmöglichkeit einer Tätigkeit innerhalb des Landes, sondern die Jagd nach einer möglichst hohen Profitrate – das ist die bewegende Kraft des Weltkapitalismus. Sogar die moderne „kapitalistische Plethora“ ist keine absolute Grenze. Eine niedrigere Profitrate jagt die Waren und Kapitale immer ferner von ihrem „Vaterlande“. Aber dieser Prozeß findet gleichzeitig in den verschiedenen Teilen der Weltwirtschaft statt. Die Kapitalisten der verschiedenen „Volkswirtschaften“ stoßen hier als Konkurrenten zusammen, und je stärker das Wachstum der Produktivkräfte des Weltkapitalismus ist, desto intensiver ist das Wachstum des Außenhandels, desto mehr verschärft sich der Konkurrenzkampf. **Und gerade die letzten Jahrzehnte haben solche quantitative Veränderungen auf diesem Gebiete gebracht, daß sie eine schon qualitativ andere Formulierung angenommen haben.**“ (Ebenda, S. 51; Unterstreichungen von Bucharin.) Ebenso steht es um den Kapitalexport. Wodurch wird dieser Export hervorgerufen? Wir behaupten, daß das **auswandernde Kapital** im Schoße des „reinen“ Kapitalismus angelegt werden könnte. Also, wird z. B. der Genosse Thalheimer sagen, ist diese „hervorstehende Eigenschaft“ des modernen Imperialismus nicht mehr als ein Zufall. Ganz und gar nicht. Für den Kapitalismus besteht, als etwas Imperatives, nicht nur das Streben nach Profit, sondern auch das Streben nach **maximalem** Profit, und es gibt keine Schranken, die ihn in dieser zügellos wilden Gewinnsucht aushalten könnten. Eine zusätzliche Anlage von Kapital innerhalb des kapitalistischen Landes ist, abstrakt gesprochen, vollkommen möglich. Aber sie senkt infolge der Verstärkung der Konkurrenz die Profitrate, die in den Ländern mit altem Kapitalismus ohnehin niedrig ist. Ein anderes sind die kolonialen oder die jungen kapitalistischen Länder, die den industriellen Staaten ein Bild ihrer eigenen Vergangenheit zeigen. Hier steht die Profitrate auf einem so hohen Niveau, das für den „ehrwürdigen“ nationalen Kapitalismus längst der Vergangenheit angehört. Für das Kapital eröffnet sich so die Quelle des größten Profits, und es strebt ihr zu. Hier sehen wir eine ebenso „unvermeidliche“ Erscheinung, wie mit der Flüssigkeit, die in miteinander verbundene Gefäße gegossen wird oder mit zwei miteinander verbundenen elektrischen Ladungen ver-[468 (436)]schiedener Spannung.[**)] Warum die „quantitativen Veränderungen“ auch auf diesem Gebiet in einer bestimmten geschichtlichen Epoche „eine qualitativ andere Formulierung“ erhalten, auf diese Frage kann man auch eine Antwort finden, die sich nicht auf die Grundthese von Rosa Luxemburg, sondern auf

[*)] N. Bucharin: „Weltwirtschaft und Imperialismus“ (russisch). Petersburg 1922, Seite 49. Die letzte Unterstreichung von Bucharin.

[**)] „Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschickt es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden könnte.“ (Marx, Kapital III 1 S. 238; Unterstreichungen von mir. S. D.) Uebrigens wird das auch von solchen bürgerlichen Volkswirtschaftlern, wie den Mitarbeitern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (vom 18. November 1921), anerkannt: „Es ist für Amerika nicht ratsam, das überschüssige Kapital im Lande selbst arbeiten zu lassen; hierdurch würde die Zinsenrate gedrückt, und es würden auch noch andere unerwünschte Folgen zutage treten. Es bleibt daher als Ausweg die Verwendung im Ausland.“ Zitiert nach Dr. M. Nachimson: „Die Weltwirtschaft nach dem Kriege“, B. I, Berlin 1922.

den spezifischen Charakter des neuesten Kapitalismus stützt. (Siehe das zitierte Buch Bucharins, Kap. 8)

Das ist die unserer Meinung nach marxistische historisch-dialektische Fragestellung. Die erdrückende Mehrheit der russischen Marxisten erkennt an, daß der Kapitalismus der letzten Formation mit seinem unpersönlich gewordenen Kapital, seinen Kartellen, Syndikaten und Trusts, die oft ganze Industriezweige umfassen, mit dem für ihn eigentümlichen „Verwachsen" von Industrie- und Bankkapital, das einen in seiner Art einheitlichen wirtschaftlichen Operationsstab bildet, unvermeidlich eine ihm adäquate imperialistische Politik nach sich zieht – eine Politik von Blut und Eisen, Gewalt und Raub. Die Theorie, die Genosse Thalheimer auf dem 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale entwickelt hat, verwandelt den Imperialismus in eine Erscheinung, die die kapitalistische Wirtschaft auf dem ganzen Wege ihrer historischen Entwicklung begleitet, angefangen von der Periode der ursprünglichen Akkumulation. Ja, dieser „Imperialismus" ist eigentlich eine garnicht modernisierte ursprüngliche Akkumulation. Gewiß darf jeder vom „Imperialismus" der orientalischen Despotien und des antiken Roms reden; noch mehr, man kann von dem „Imperialismus" der Bienen und Ameisen sprechen. Aber das wird nur entweder von einem Mißbrauch der Terminologie zeugen, oder von der vollkommenen Ungeschichtlichkeit der betreffenden Erörterungen.

„Wenn man konsequent sein will" – sagte Genosse Thalheimer auf dem Kongreß –, „so führt die Ablehnung der ‚Akkumulation des Kapitals' nicht zum Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus, sondern zum Kampf mit dem Imperialismus als solchen." Und er führte eine Reihe von plattopportunistischen Zitaten aus den Schreibereien der deutschen Sozialdemokraten, darunter auch Hilferdings, an. Diese Zitate (besonders ein Auszug aus einem neueren Artikel R. Hilferdings) beweisen jedoch ganz und gar nicht, daß sie ihre Taktik logisch auf einer falschen Theorie begründet haben. Die Sache erklärt sich viel einfacher: als diese „ehemaligen Leute" sich Angesicht zu Angesicht dem Gespenst der Arbeiterrevolution gegenüber sahen, änderten sie erschreckt die alte Taktik, die wirklich aus der alten Theorie Hilferdings folgte, und paßten der neuen Taktik eine nicht minder schändliche, rein apologetische Theorie an.

Für die wissenschaftliche Analyse ist es überhaupt unzulässig, diese oder die andere Theorie danach zu bewerten, ob die Konsequenzen der betreffenden Theorie für die Interessen der Arbeiterklasse und des So-[469 (437)]zialismus wünschenswert sind. Aber, sogar wenn wir diesen Satz annehmen, behaupte ich, daß die Theorie des Imperialismus, die von den Führern unserer Kommunistischen Partei (Lenin, Bucharin und Kamenew u. a.) geteilt wird, bei ihrer konsequentesten Verwandlung in die Taktik, nicht zum Opportunismus, sondern zur revolutionärsten Strategie und Taktik führt. Genosse Thalheimer denkt anders. Er glaubt, daß die revolutionäre Aktivität der russischen Kommunisten ein Produkt theoretischer Inkonsequenz ist. Wir haben schon betont, daß man die Tatsache der Akkumulation unter den Bedingungen eines „reinen" Kapitalismus anerkennen und nichts desto weniger den Imperialismus für eine geschichtlich unvermeidliche Erscheinung halten kann. Worum handelt es sich denn? Man sagt uns, daß wir „der **ökonomischen** Entwicklung des Kapitalismus somit keine Schranken" (Unterstreichung von R. Luxemburg, siehe „Antikritik", Seite 36) sehen und daß damit „der eine, spezifisch Marxsche Grundpfeiler des Sozialismus" zusammenbricht. Ist es wirklich nicht so? Wirklich: wir verneinen den Prozeß des wirtschaftlichen Sichselbstauffressens des Kapitalismus und lehnen jegliche Vorstellungen von einer automatisch-mechanischen Annäherung des Kapitalismus an sein natürliches Ende ab. Der Anfang vom Ende dieser oder der anderen Produktionsweise tritt dann ein, wenn das Wachstum der Produktivkräfte mit dem vorhandenen System der Produktionsverhältnisse in Widerspruch gerät. An einer bestimmten historischen Etappe ist das Wachstum der Produktivkräfte mit den feudal-zünftlerischen Produktionsverhältnissen in Konflikt geraten, und sie wurden durch die geschichtlich aussteigende Klasse zerstört. Aber warum denn, wird man uns fragen, die wir die geschichtliche Konzeption Rosa Luxemburgs ablehnen, warum ist die Struktur des neuesten Kapitalismus zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden? Der monopolistische Kapitalismus schränkt die Produktion ein. Die Kontingentierung der Produktion wird zur alltäglichen Erscheinung. Die privatkapitalistischen Monopole kaufen die reichsten Bodenstrecken und verarbeiten ihre Schätze nur deshalb nicht, um den Au-

ßenseitern keine Möglichkeit zu geben, die Produktion zu erweitern und dadurch die Konkurrenz zu verstärken. Was bedeutet das alles? Das bedeutet, daß das neueste System der Produktionsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft für die Produktivkräfte eng wird. Und die Technik? Der monopolistische Kapitalismus hemmt den technischen Fortschritt und ruft auf diesem Gebiete Stillstand und Fäulnis hervor. Die Elektrifizierung, diese größte technische Umwälzung, die die „materielle Produktion" zu unerreichbaren Höhen emporheben könnte, wird unter den Bedingungen des kapitalistischen Eigentums undurchführbar. Das wird nicht nur von uns, sondern auch von vielen mehr oder weniger weitsichtigen bürgerlichen Ingenieuren anerkannt. Genügen diese (nicht zufälligen, sondern notwendigen) Tatsachen nicht, um die angeführte allgemeine soziologische Formel von Marx mit konkretem Inhalt zu erfüllen? Und der sogenannte „subjektive Faktor" der Revolution, die äußerste Zuspitzung der Klassengegensätze, das Wachstum des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse – zwingt denn die Ablehnung der Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg uns, alles das über Bord zu werfen? In diesem Falle, wo bleibt hier „die Verewigung des Kapitalismus" oder die „Inkonsequenz der russischen Kommunisten"? Die einzig mögliche Antwort des Genossen Thalheimer auf diese Frage ist: Ihr geht von einer soziologischen Analyse aus, während man einen mechanischen Beweis für die allmähliche Selbstzersetzung des Kapitalismus [470 (438)] geben muß. Aber ein Marxist kann natürlich nicht solche Forderungen stellen; denn eine mechanische Auffassung gesellschaftlicher Vorgänge ist ihm vollkommen fremd.

*

Die Einwände des Genossen S. Dwojlazki.[*)]

Von M. S c h w a r z.

In seinen beiden schon erwähnten Artikeln macht Genosse S. Dwojlazki einige Einwände gegen die Theorie der Akkumulation des Kapitals von Rosa Luxemburg. Er versucht nachzuweisen, daß theoretisch die Akkumulation des Kapitals auch in einer rein kapitalistischen Gesellschaft vollständig verwirklichbar ist, und daß Rosa Luxemburg, die das Gegenteil behauptet, sich deshalb im Irrtum befindet. Betrachten wir die hauptsächlichen Einwände des Genossen Dwojlazki der Reihe nach.

1. Rosa Luxemburg finde keinen Absatz für den zu kapitalisierenden Mehrwert innerhalb der Grenzen des Kapitalismus. Sie lasse dabei aber außer acht, daß der Arbeiter, der im Laden Konsumentenkredit besitzt, Käufer dieser Portion sein könne. Das verbreitere den Markt des Kapitalisten. Nachdem auf diese Weise eine Warenportion realisiert worden sei, beginne die Akkumulation, die neue Arbeiterschichten hineinziehe. Der Arbeitslohn vergrößere sich und auf seine Kosten würden die Händler, die Kredit gewährt haben, bezahlt. Genosse Dwojlazki macht hier einige Fehler auf einmal. Erstens kann die Arbeiterklasse als Ganzes bei allem guten Willen nicht mehr als für die Summe ihres Arbeitslohnes kaufen. Wenn der Kredit, der den Arbeitern gewährt wird, nicht rückzahlbar wäre, hätte das reale Bedeutung, aber das wäre eine indirekte Erhöhung des Arbeitslohnes. Gen. Dwojlazki macht ein gewisses Saltomortale und läßt die „neuen" Arbeiter aus ihrem Arbeitslohn den Kredit der „alten" Arbeiter bezahlen. Wie Rosa Luxemburg richtig bemerkt, ist hier eins von beiden der Fall: „Entweder sind die Löhne so bemessen, daß sie auch den Nachwuchs der Arbeiter ernähren, dann kann der Nachwuchs nicht noch einmal als Grundlage der erweiterten Akkumulation in Rechnung gezogen werden. Oder das ist nicht der Fall, dann müssen jugendliche Arbeiter, der Nachwuchs, selbst Arbeit liefern, um Lohn und Lebensmittel zu bekommen. Dann ist der arbeitende Nachwuchs eben in die Zahl der beschäftigten Arbeiter bereits einbegriffen."[**)]

So kann, zweitens, die Summe der Arbeitslöhne der Arbeiter im besten Falle nur das variable Kapital realisieren und es bleibt vollkommen unverständlich, wieso das Proletariat, als Ganzes betrachtet, für seinen Arbeitslohn, der v., d. h. dem variablen Teil des Kapitals, gleicht, v plus irgendeinen Teil von m kaufen kann. Diese „Arithmetik" kann man auf keine Weise annehmen. Drittens macht Genosse Dwojlazki einen groben methodologischen Fehler, denn er betrachtet die Frage vom

[*)] Wir entnehmen die Ausführungen des Genossen Schwarz einem längeren, in der Zeitschrift „Sputnik Kommunista" Nummer 22 erschienenen Aufsatz.

[**)] „Akkumulation", S. 106.

Standpunkt eines einzelnen Kapitalisten aus. Wirklich, von diesem Standpunkt aus hat der Kredit, der bestimmten Arbeitern gewährt wird, eine wesentliche Bedeutung, denn er erweitert den Absatzmarkt. Aber wenn man ihn vom Standpunkt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und der gesamten Arbeiterklasse betrachtet, [471 (439)] verliert der Konsumentenkredit diese Bedeutung. Er hat bestenfalls nur das Resultat, daß das ganze variable Kapital für die ganze Summe der Arbeitslöhne der Arbeiter realisiert wird.

2. Rosa Luxemburg vergesse den Staat als großen Konsumenten (Käufer), der „nicht nur hunderttausende von unproduktiven Beamten ernähre, sondern sich auch mit der Akkumulation in der ökonomischen Bedeutung dieses Wortes befasse.“ Seine Einnahmen schöpfe der Staat aus Steuern, hauptsächlich vom Mehrwert und auf diese Weise werde ein Teil des berüchtigten Ueberschusses in die Hände des Staates gegeben.

Wie bei seinem ersten Einwand macht Genosse Dwojlazki auch hier einige Fehler. Erstens schöpft der Staat seine Einnahmen nicht einfach aus dem Mehrwert, sondern hauptsächlich aus dem Mehrwert, der nicht zur Akkumulation bestimmt ist. Das ist einer Verringerung der Konsumentennachfrage der Kapitalistenklasse gleichbedeutend, d. h. das rückt uns der Realisierung des zu akkumulierenden Teiles des Mehrwerts nicht um einen Schritt näher. Zweitens hat Genosse Dwojlazki aus irgendeinem Grunde es übersehen, daß die Steuern nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter, d. h. ihren Arbeitslohn treffen, und wenn man das in Betracht zieht, so kommen wir aus dem Regen in die Traufe. Die Vergrößerung der Nachfrage des Staates bedeutet eine Verringerung der zahlungsfähigen Nachfrage des Proletariats und der Wagen bleibt auf derselben Stelle. Drittens, und das ist das Wesentlichste, werden die Steuern in Geldform und nicht in Naturalform eingezogen, und bevor noch der berüchtigte Rest in die Hände des Staates übergeht, muß er zu Geld realisiert worden sein. Das bedeutet alles natürlich nicht, daß die staatliche Nachfrage keine Rolle spielt. Nein. Sie hat eine große Bedeutung. Aber nur insofern hat sie sie für die Lösung unseres Problems, als unter den Steuerzahlern nicht nur Kapitalisten und Arbeiter figurieren, sondern auch nichtkapitalistische Schichten, gleich ob aus dem eigenen Lande oder aus den Kolonien, die ein selbständiges Einkommen besitzen.

3. Genosse Dwojlazki wirst Rosa Luxemburg vor, daß sie den kapitalistischen Kredit nicht in Betracht gezogen habe, der doch ein Ventil für den zu akkumulierenden Mehrwert darstelle. Sie habe „beharrlich vergessen, daß Geld außerdem (d. h. außer seiner Funktion als Zirkulationsmittel M. S.) auch Z a h l u n g s m i t t e l ist.“ (Unterstreichung des Verfassers.)

„Eben das Abstrahieren vom Kredit hat Rosa Luxemburg die Folgerung eingegeben, daß die Realisierung des Mehrwertes unter den Bedingungen des reinen Kapitalismus eine unlösbare Aufgabe darstellt.“[*)]

[472 (440)] Man muß anerkennen, daß Rosa Luxemburg wirklich vom kapitalistischen Kredit abgesehen hat, und daß diese Bemerkung des Genossen Dwojlazki vollkommen richtig ist. Aber hatte sie nicht das methodologische Recht, das zu tun? Wir glauben, ja. Aus zwei Gründen. Erstens wendet Marx selbst diese Methode im zweiten Bande des „Kapital“ an und so widerspricht sie Marx nicht. Zweitens kann der Kredit denn wirklich einen Rettungsanker für die kapitalistische Akkumulation abgeben? Bisher haben wir gewußt, daß das Kreditsystem die Ausnützung nicht tätiger Kapitale gewährleistet, daß es zur Ausgleichung der Profitrate beiträgt, daß es „vermittelt, daß das akkumulierte Kapital nicht gerade in der Sphäre, wo es erzeugt ist, sondern da, wo es am meisten

[*)] Uebrigens werden wir die Hinweise des Genossen Dwojlazki darauf, daß alle Schwierigkeiten bei Rosa Luxemburg aus ihrer fehlerhaften Auffassung des Prozesses der Akkumulation des Kapitals, als eines stufenartigen Prozesses entspringen, nicht weiter behandeln. Dafür finden wir bei Rosa Luxemburg selbst eine Erläuterung. „Es kommt nicht darauf an, daß es sich etwa um Jahresabschnitte handelt, die zwischen den einzelnen Produktionsperioden liegen. Es seien unseretwegen Monate, oder die Metamorphosen einzelner Portionen des Mehrwerts in I und II, mögen sie ich zeitlich in ihrer Reihenfolge kreuzen. Was diese Jahresfolgen in Wirklichkeit bedeuten, sind die Zeitabschnitte, sondern Reihenfolge ökonomischer Verwandlungen.“ Daraus geht klar hervor, daß Rosa Luxemburg die Akkumulation des Kapitals, ganz und gar nicht als einen in der Zeit stufenartigen Prozeß aufgefaßt hat.

Chancen hat, verwertet zu werden“[*)], daß es die Zirkulationsausgaben vermindert usw. Aber wir haben niemals geglaubt, daß der Kredit Wunder tun könne und imstande sei, höher als sein Kopf zu springen, wie sich das beim Genossen Dwojlazki ergibt. Der Kredit erleichtert unzweifelhaft und beschleunigt die Akkumulation des Kapitals, aber er verschärft die Widersprüche und die Schwierigkeiten der Realisierung noch mehr, er führt den Kapitalismus über seine immanenten Schranken hinaus und stößt ihn auf den Weg kolonialer Eroberung und Räuberei. Genosse Dwojlazki geht unseres Erachtens methodologisch unrichtig an die Frage des Kredits heran. Ebenso wie bei der Frage des Konsumentenkredites an Arbeiter betrachtet er das Problem vom Gesichtswinkel des Einzelkapitals. Für den einzelnen Kapitalisten stellt sich jeder Kredit, der einem anderen Kapitalisten gewährt wird, als eine Erweiterung der zahlungsfähigen Nachfrage dar, d. h. er gibt die Möglichkeit der Realisierung seiner Waren. Aber ganz anders sieht diese Frage vom Standpunkt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals aus. Der Kredit stellt sich ihm als ein Kondensator, ein Verdichter des in der Gesellschaft vorhandenen Kapitals dar und wenn wir vom gesellschaftlichen Kapital sprechen, so rechnen wir dazu auch die Kapitale, die sich in den Banken konzentrieren. Ebenso wie die staatliche Nachfrage, die von uns schon betrachtet worden ist, trägt der Kredit insofern zur Verbreiterung der zahlungsfähigen Nachfrage für die Realisierung und die Akkumulation des Mehrwerts dar, insofern er der Gesellschaft neues zusätzliches Kapital liefert, das sich in den Kreditunternehmungen aus Einzahlungen nichtkapitalistischer Schichten gebildet hat. Dieser Einwand des Genossen Dwojlazki trifft so auch vorbei.

4. „Die Anerkennung der Grundthese von Rosa Luxemburg führt logisch unvermeidlich dazu, daß jede Gesetzmäßigkeit in den Konjunkturschwankungen verneint wird.“ „Ein Forscher, der die Akkumulation des Kapitals widerspruchslos annimmt, müßte in seiner Theorie der industriellen Cyklen von sporadischen und der Sache nach zufälligen Erscheinungen ausgehen. Noch mehr! Wenn er bis zu Ende konsequent sein wollte, müßte er zu dem Schluß kommen, daß es keinerlei Periodizität der Krisen geben darf.“

Wirklich, wenn nur die Eroberung neuer Kolonien einen Ausweg aus der Krise darstellen würde, so konnte man die Periodizität der Krisen nicht erklären, das unterliegt keinem Zweifel. Aber wo behauptet Rosa Luxemburg einen solchen Unsinn? Rosa Luxemburg einen solchen Gedanken zuzuschreiben, bedeutet ihre Theorie allzu flach aufzufassen. Seit wann haben aber, Genosse Dwojlazki, die Marxisten begonnen zu glauben, daß nur die Verbesserung der Technik, die Er-[473 (441)]Höhung der Produktivität der Arbeit, einen Ausweg aus der Krise darstellen. Die Beschichte gibt uns nicht wenig Beispiele auch für die zweite Methode der Ueberwindung der Krisen, durch die Eroberung neuer Kolonien oder die Verbreiterung der Ausbeutung schon eroberter. Genosse Lenin sagt in seinem Werke: „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“: „Der Prozeß der Bildung des Marktes für den Kapitalismus hat zwei Seiten, und zwar: Die Entwicklung des Kapitalismus in die Tiefe, d. h. das weitere Wachstum der kapitalistischen Landwirtschaft und der kapitalistischen Industrie auf dem gegebenen bestimmten und abgeschlossenen Territorium und die Entwicklung des Kapitalismus in die Breite, d. h. die Verbreiterung der Sphäre der Herrschaft des Kapitals auf neue Gebiete. Die andere Seite hat eine äußerst große Bedeutung.“ Dieses Zitat bestätigt, daß Genosse Dwojlazki die Rolle der Technik allzu sehr übertrieben hat. Niemand wird abstreiten, daß die hauptsächliche und für den Kapitalismus charakteristische Mittel, die Krise zu überwinden, das ökonomische Mittel ist, die Verbesserung der Technik und die Verbilligung der Waren. Aber warum dieses Mittel dem Standpunkt Rosa Luxemburgs widersprechen soll, ist unverständlich. Wenn Rosa Luxemburg von der Ueberproduktion spricht, so hat sie nicht nur den inneren, sondern auch den äußeren Markt im Auge. Ebenso bezieht sich die Verbesserung der Technik und die Verbilligung der Ware in gleichem Maße auch auf den äußeren Markt, im ökonomischen Sinne. Mit anderen Worten: in diesem für den Kapitalismus charakteristischen Fall geht die Verbreiterung des Marktes der nichtkapitalistischen Schichten und Länder nach der Tiefe vor sich und die Krise wird überwunden. Aber das widerspricht der Möglichkeit einer Entwicklung in die Breite nicht. Mit diesem Einwand rennt Genosse Dwojlazki offene Türen ein.

[*)] Theorien über den Mehrwert“, II, 2, 249.

5. Genosse Dwojlazki glaubt, daß die Theorie Rosa Luxemburgs zu einer mechanischen Vorstellung vom Untergang des Kapitalismus führe.

Er schreibt: „Der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft bereitet sich, von diesem Standpunkt aus gesehen, rein automatisch vor, unabhängig von irgendwelchen sozialen oder Klassenelementen ...“ und an anderer Stelle: „... wir lehnen jegliche Vorstellungen von einer automatisch-mechanischen (Unterstreichung des Verfassers) Annäherung der Kapitalismus an sein natürliches Ende ab.“ Aber erlauben Sie, Genosse Dwojlazki, wo haben Sie bei Rosa Luxemburg eine automatische und mechanische Auffassung gefunden? Auf der 21. Seite ihrer „Antikritik“ schreibt Rosa Luxemburg: „Zugleich verschärft es, im Maße wie diese Tendenz sich durchsetzt, die Klassengegensätze, die internationale wirtschaftliche und politische Anarchie derart, daß es lange bevor die letzte Konsequenz der ökonomischen Entwicklung – die absolute ungeteilte Herrschaft der kapitalistischen Produktion in der Welt erreicht ist, die Rebellion des internationalen Proletariats gegen das Bestehen der Kapitalherrschaft herbeiführen muß.“ Aehnliche Stellen kann man in beiden Werken Rosa Luxemburgs viele finden. Alle zeigen sie, daß Rosa Luxemburg die „sozialen und Klassenelemente“ nicht vergißt. Aber sie ist der richtigen Auffassung, daß der Klassenkampf der Arbeiter „bloß ideologischer Reflex der objektiven geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus, die sich aus der objektiven wirtschaftlichen Unmöglichkeit des Kapitalismus auf einer gewissen Höhe seiner Entwicklung ergibt.“ Wenn die Akkumulation des Kapitals auch in einem reinen Kapitalismus [474 (442)] möglich ist, wenn sie ökonomisch keine Grenze hat, so bedeutet das, daß die Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus zu keinem scharf unlösbaren Konflikt mit den Produktionsverhältnissen führt; und in diesem Falle ist die sozialistische Revolution nicht als geschichtliche Notwendigkeit begründet. Genosse Dwojlazki weiß das alles ausgezeichnet, aber das genügt ihm nicht. Wieso? Dann hat auch Marx selbst einen automatisch-mechanischen Standpunkt eingenommen und die sozialen und Klassenelemente nicht in Betracht gezogen.

Es ist sehr interessant, die Erklärung hervorzuheben, die Genosse Dwojlazki für den Sozialreformismus der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie gibt. Während Rosa Luxemburg in ihrer ganzen „Antikritik“ versucht, zu beweisen, daß die reformistische Renegatentaktik der Führer der Sozialdemokratie notwendig aus ihrer Theorie und speziell aus der Theorie der Akkumulation des Kapitals und des Imperialismus folgt, und dies unseres Erachtens auch überzeugend nachweist, erklärt Genosse Dwojlazki die Sache viel einfacher: „Die Sache erklärt sich viel einfacher: Als diese ‚ehemaligen Leute‘ sich Angesicht zu Angesicht dem Gespenst der Arbeiterrevolution gegenübersahen, änderten sie erschreckt die alte Taktik, die wirklich aus der alten Theorie Hilferdings folgte, und paßten der neuen Taktik eine nicht minder schändliche rein apologetische Theorie an.“ „Vor Schreck“, das ist so einfach, daß es gar nichts erklärt. Sieht Genosse Dwojlazki wirklich die Verbindung zwischen dieser Taktik und der „alten“ Theorie Kautskys über den Imperialismus und den Ueberimperialismus nicht, mit der Theorie Otto Bauers, mit den Resolutionen des Chemnitzer Parteitages von 1912, usw.? Nein Genosse Dwojlazki, Ihre Behauptung klingt ganz unwahrscheinlich.

Wir haben die Haupteinwände des Genossen Dwojlazki untersucht, und wie es uns scheint, nachgewiesen, daß sie nicht genügen, um die Theorie Rosa Luxemburgs zu widerlegen; wir werden auf eine gewichtigere Argumentation warten.

Die Theorie Rosa Luxemburgs steht vor uns als ein einheitliches, geordnetes System, ein Produkt eines tiefen und klaren Geistes. Mit beiden Beinen auf der Theorie und Methode von Marx fußend, formuliert sie und führt das seiner logischen Konsequenz entgegen, was noch nicht formuliert war, aber unvermeidlich aus den Grundlagen des Marxismus hervorgeht. Sie gibt uns ein klares Bild der Entwicklung des Kapitalismus, der über die ganze Welt in Blut und Schmutz, in Raub und Krieg geht, um seine unersättliche Gier nach der Akkumulation des Kapitals zu befriedigen. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe, wenn die Quellen in Gestalt der nichtkapitalistischen Schichten und Länder erschöpft sind, scheitert die Expansion des Kapitals, die sich in Imperialismus verwandelt hat, die eine notwendige Begleiterscheinung der Akkumulation ist. Das bedeutet die Unmöglichkeit eines weiteren Wachstums der Produktivkräfte, die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefesselt sind. Sie werden gesprengt, „die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt,

die Expropriateure werden expropriiert.“ Aber dieser Augenblick ist nur die theoretische fiktive Schranke des Bestehens der kapitalistischen Gesellschaft. Tatsächlich führt lange vor diesem Augenblick die imperialistische Politik des Kapitals zu einer solchen Verschärfung der inneren Gegensätze, das sie unvermeidlich die soziale Revolution hervorrufen. Die treffende und strenge Analyse Roja Luxemburgs gibt dem kämpfenden Proletariat eine unersetzliche Waffe der wissenschaftlichen [475 (443)] marxistischen Auffassung der objektiven Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft in die Hand und bestimmt dadurch bei jeder Etappe die revolutionäre Taktik im Kampfe für den Kommunismus. Mit einer solchen Waffe in der Hand kann die Vorhut der Arbeiterklasse kühn in die Zukunft schauen und die Kleinkrämerei der Sozialreformisten, dieser Renegaten des Marxismus, nach Gebühr einschätzen. Letzten Endes wird der siegen, wer mehr weiß und weiter sieht.

*

Amerika und England.

(Der Stevensonsche Gummikrieg)

Von A. F r i e d r i c h.

I.

Die Isolierung Amerikas von Europa seit Kriegsende hat viele tieffinnigen Betrachtungen veranlaßt, meist moralischer Natur. Wenn auch der ungeheure Markt Ostasiens den Amerikanern gegenwärtig und auf die Dauer wichtiger ist als ganz Europa, so ist es natürlich ein Unsinn, zu behaupten, sie seien an den europäischen Geschehnissen uninteressiert. Es ist für einen Gläubiger freilich nicht zweckmäßig, zu seinem Schuldner zu gehen, solange sich in dessen Hause Familienszenen und Prügeleien abspielen. Aber daß die Vereinigten Staaten, der Staat sowohl wie das private Kapital, sehr große Interessen in Europa zu verfechten haben, ist offenbar. Heute geschieht das freilich nur sehr vorsichtig und zumeist a u f d e m W e g e ü b e r L o n d o n. Die Bindung Londons an Washington ist von großer Bedeutung für alle europäischen Fragen, sei es in der Ruhrfrage, sei es der russisch-englische Konflikt oder etwas anderes.

Die Anlehnung Englands an Amerika rührt von dem W a s h i n g t o n e r A b k o m m e n her. (Es kann in diesem Zusammenhang auf Washington nicht eingegangen werden.) Seither hat sich zwischen beiden Mächten ein Verhältnis herausgebildet, das einer Vernunftehe sehr ähnlich sieht und wobei es auch ohne größere und kleinere Krachs nicht abgeht. Das e n g l i s c h-a m e r i k a n i s c h e S c h u l d e n a b k o m m e n, das unter Baldwins Initiative zustande kam, hat zur Grundlage die Notwendigkeit eines reibungslosen Einvernehmens. Als Baldwin englischer Premierminister wurde, jubelte die gesamte amerikanische Presse, weil sie mit Recht annahm, daß unter Baldwins Leitung die amerikanische Orientierung der englischen Politik ganz bewußt gefördert wird. Diese Harmonie wird durch einzelne Krachs zwar in ihrer Reinheit stark getrübt – aber durch sie wird die Tendenz des amerikanisch-englischen Verhältnisses nicht mehr beeinflußt, und jeder von ihnen ist bezeichnend für die Rolle Englands in diesem Verhältnis. Der wichtigste ist der Petroleumkampf, der noch heute zuweilen mit großer Zähigkeit geführt wird; der charakteristischste ist der G u m m i k r i e g, den die Engländer vor einigen Monaten den Amerikanern erklärt haben.

Seit fast einem Jahre ist die amerikanische Industrie gegenüber dem Auslande von einer hohen Zollmauer umgeben, der F o r d n e y-T a r i f hält alle den Amerikanern unsympathische Konkurrenz vom Halse, ohne daß dadurch die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und auch solcher Fabrikate, die die Amerikaner zulassen, vermindert worden wäre. Die Einnahmen des amerikanischen Fiskus durch diesen Zoll sind glänzend gewesen. Zum guten Teil werden diese Kosten vom englischen Kaufmann getragen. Es ist für England [476 (444)] nicht möglich, seine Schulden und die Zinsen dieser Schulden, die es an Amerika abzutragen hat, dadurch zu bezahlen, daß die Einfuhr englischer Ware nach den Vereinigten Staaten gesteigert wird. Das Ziel, das England hatte, als es den Amerikanern den Gummikrieg erklärte, war, auf die amerikanische Wirtschaft einen Teil dessen, was es an die Vereinigten Staaten leistet, zurückzuwälzen.

II.

Geben wir zunächst ein paar Daten darüber, wie Gummi heute zu einem weltpolitischen Faktor geworden ist. (Diese Tatsache hat übrigens mit der innerpolitischen Bedeutung, die z. B. in Deutschland der Gummiknüppel für gewisse Auseinandersetzungen gewonnen hat, nichts zu tun.) Die Weltproduktion an Gummi hat sich von 1912 bis 1921 ungefähr verzehnfacht, die Produktion von Plantagenkautschuk ist in dieser Zeit von 29.000 auf mehr als 300.000 Tonnen gestiegen. Der Hauptverbraucher des Gummis ist die Automobilindustrie, die elektrotechnische und andere Industrien folgen erst in großem Abstand hinterher. Die Rolle, die heute das Automobil in Amerika spielt, läßt sich mit europäischen Verhältnissen nicht vergleichen. Im letzten Friedensjahre wurden in den Vereinigten Staaten etwa 480.000, 1922 dagegen 2½ Millionen Automobile gebaut. Aus den amerikanischen Statistiken geht hervor, daß zu Beginn des Jahres 1923 in den Vereinigten Staaten fast 12½ Millionen Autos vorhanden waren, das sind etwa hundertmal mehr, als es zur gleichen Zeit in Deutschland gab. 84 Prozent aller Autos der Welt befinden sich innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten. Diese paar Zahlen sagen genug. Im Gegensatz zu Deutschland und anderen europäischen Ländern ist das Auto in den Vereinigten Staaten nicht nur ein Gebrauchsgegenstand kapitalistischer Kreise, sondern fast die Hälfte aller Farmer und auch ein großer Teil der Angestellten und Arbeiter verfügen über ihr eigenes kleines Auto. Und wie Amerika den Hauptanteil an der Autoproduktion der Welt hat, so hat es natürlich auch den Hauptanteil am Gummiverbrauch. 1920 wurden dorthin mehr als 220.000 Tonnen, also mehr als 70 Prozent des ganzen auf der Welt gewonnenen Gummis, importiert.

Das Wichtige an der Gummifrage ist, daß Gummi fast ausschließlich auf dem Gebiete des englischen Imperiums produziert wird: in Indien, den malaiischen Staaten, in den Streets Settlements, außerdem noch (aber in kleinerem Umfang) in den niederländisch-indischen Besitzungen. Jedenfalls sind mehr als 75 Prozent der ganzen Gummiproduktion der Erde in englischen Händen. Man wird vermuten, daß die Engländer mit dem Export von Kautschuk nach Amerika ein gutes Geschäft machen. Aber das ist nicht der Fall. Der Preis für Gummi ist an der Londoner Börse von 1910 bis 1921 von 10 Schilling auf 1 Schilling gesunken. Die Produktion ist noch weit stärker gewachsen als der Verbrauch.

Die englischen Gummiproduzenten tragen sich schon seit Jahren mit der Absicht, den Zustand, daß sie zum Schleuderpreis an die Amerikaner ihren Gummi verkaufen müssen und daß die Amerikaner den billigen Gummipreis benutzen, um die Preise für Automobile noch niedriger anzusehen, zu beseitigen; und es scheint zunächst, als ob das sehr gut möglich wäre. Die Amerikaner brauchen den Gummi, die Engländer haben den Gummi und müßten also auch Mittel haben, um den Preis zu bestimmen.

Die englischen Produzenten sind in der Rubber Growers Association organisiert. Schon 1921 schlug diese Vereinigung [477 (445)] ihren Mitgliedern vor, die Produktion um 50 Prozent einzuschränken. Man dachte sich die Sache sehr einfach: Jeder Plantagenbesitzer läßt seine Gummibäume nicht mehr täglich, sondern nur jeden zweiten Tag anzapfen. Man spart damit an Arbeitskräften, verringert die Produktion, beseitigt den Gummiüberfluß und bewirkt, daß der Gummipreis wieder steigt. Aber es zeigte sich, daß die Rechnung falsch war. Die englische Produzenten-Vereinigung zeigte sich als ein ebenso loses Gebilde, wie viele andere englische kapitalistische Organisationen. Keiner von den einzelnen Produzenten wollte auf eigene Faust seine Produktion vermindern, weil er nicht wußte, ob sein Nachbar das wirklich auch machen würde. Nun hat Stevenson vom englischen Kolonial- Ministerium ein Komitee von Gummiproduzenten gebildet, das sich mit diesen Dingen beschäftigte. Das Ergebnis war, daß die Regierungen der britischen Kolonien auf die Ausfuhr von Kautschuk einen hohen Zoll legen sollten, der umso höher war, je größere Mengen exportiert wurden.

Mit diesem System der Prohibitivzölle wurde in der Tat erreicht, daß der Gummipreis in kurzer Zeit – Anfang 1923 – auf das Doppelte stieg.

III.

Durch das Land des Dollars ging ein Sturm der Entrüstung. Die gesamte amerikanische Presse wurde mobil gemacht. Jedem, der heute ein Auto besitzt oder hofft, morgen eins zu kaufen, wurde klar gemacht, daß diese britische Aktion darauf hinaus läuft, daß nicht England, sondern der amerikanische Autobesitzer in Wirklichkeit die Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen hat. Aber natürlich begnügten sich in Amerika die Rubber Association of America (das ist ein Trust der amerikanischen Gummiverbraucher) und die dahinter stehenden Autokapitalisten nicht damit, den kleinen Mann in Entrüstung zu versetzen. Für das erste erklärte sich der amerikanische Markt unabhängig von der Londoner Gummibörse – so wie das in den letzten Jahren mit den wichtigsten anderen Rohstoffen geschehen ist – und in Süd-Amerika wie in New-York entstanden neue Gummibörsen. Zweitens hielten es die Amerikaner für geboten, dem britischen Gummi-Monopol einen gehörigen Stoß zu versetzen. Hoover, der amerikanische Handelssekretär, hat sich sofort an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Auf den Philippinen z. B. ist viel Platz für Gummiplantagen, und Mister Ford hat sich bereits Land gekauft und ist eben jetzt dabei, dort große Plantagen einzurichten. Er hofft, daß er bald in der Lage sein wird, seinen Gesamt-Gummibedarf aus eigenen Quellen zu decken. Was das bedeutet, wird klar, wenn wir wissen, daß Ford etwa 60 Prozent aller amerikanischen Autos produziert.

Aber die Kalkulation der englischen Regierung und der Rubber Growers Association hat noch ein anderes höchst peinliches Loch: Die holländischen Produzenten machen den englischen Kriegszug nicht mit. Dazu kommt noch ein zweites: Wenn wirklich der Gummipreis in starkem Maße steigt, dann wird diese Tatsache den Eingeborenen der ostasiatischen Länder nicht entgehen und sie werden ebenfalls – in kleinem Maßstabe – wieder anfangen, Kautschuk zu produzieren. Jedenfalls geht aus alledem hervor, daß das Stevenson-Programm den Kautschukpreis zwar auf einige Zeit heben kann, sagen wir auf 1 bis 2 Jahre, daß aber dann die Amerikaner mit Kautschuk derartig versorgt sein werden, daß den englischen Gummipflanzern ihre Plantagen ebenso wertvoll sein werden wie den Amerikanern der Mond. [478 (446)]

IV.

Die Rubber Association of America hat vor einigen Monaten die englischen Produzenten zu einer Konferenz über die ganze Gummifrage nach Amerika eingeladen. Die englischen Gummipflanzer hatten sich auch wirklich auf den Weg gemacht, hatten lange verhandelt, wollten sich aber den amerikanischen Bedingungen nicht ohne weiteres fügen. Schließlich sagten sie sich, daß wenigstens im laufenden Jahre die Amerikaner den Gummi wohl oder übel von den Engländern kaufen müssen und daß es für den Augenblick immerhin möglich ist den englischen Pflanzern das Geschäft etwas rentabel zu machen.

Freilich werden die Engländer nicht mehr sehr lange Zeit haben, um sich die Situation, in der sie sich befinden, gründlich durch den Kopf gehen zu lassen: Inzwischen haben nämlich die Amerikaner noch andere Seiten aufgezogen. In Washington liegt z. B. heute ein Gesetzentwurf vor, nach dem auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten keine nichtamerikanischen Petroleum-Gesellschaften Konzessionen besitzen sollen. Die englische Regierung sieht sich der Gefahr gegenüber, daß Amerika – man braucht nur an Kupfer, an Getreide oder an Baumwolle zu denken – denselben Versuch, den England gegenüber Amerika macht, mit viel wuchtigeren Mitteln England gegenüber wiederholt.

Es ist also keine Rede davon, daß die Engländer den Amerikanern den Gummipreis diktieren können. Durch die Vorbereitungen der Amerikaner ist es jetzt bereits unmöglich geworden, daß die englischen Produzenten mit den Amerikanern gleich zu gleich, 50 zu 50, sich verständigen werden. Die Amerikaner haben daher die berechtigte Hoffnung, daß die Engländer sich ihnen fügen werden. Die Engländer werden es tun, wenn sie schlau sind, denn schließlich sind 25 Prozent am Gummigeschäft immer noch besser als 0 Prozent.

Es gibt also nur zwei Möglichkeiten eines Ausganges des Gummikrieges. Entweder die Engländer gehen mit den Amerikanern zusammen und verzichten vollständig auf ihre bisherige Monopolrolle,

sie bilden mit den Amerikanern zusammen eine gemeinsame Gesellschaft, deren Leitung in Händen eines Amerikaners und nicht eines Engländers liegt, oder die Amerikaner „machen ihren Dreck alleene“ und die Mitglieder der Rubber Growers Association können sich in London arbeitslos melden.

Das Entscheidende ist, daß es sich beim Gummikrieg nicht um einen Einzelfall handelt, sondern nur um ein Beispiel von vielen. Die Geschichte der internationalen Syndikate und Pools lehrt, daß bereits vor dem Kriege die Engländer den Amerikanern gegenüber schlecht abschnitten und im Durchschnitt nur zu 20 oder 25 Prozent beteiligt wurden. Auf die Ursachen dieses Verbottournees einzugehen, gehört nicht hierher. Entscheidend ist die Tatsache, daß das englische Kapital zur Anlehnung an Wall Street gezwungen ist, daß in einem Zusammengehen Englands und Amerikas die Führung jenseits des Großen Wassers liegen wird. Das englisch-amerikanische Verhältnis wird nicht bestimmt durch Vereinbarungen oder Kraftproben nur einzelner Organisationen; sondern bei jeder Kraftprobe kommt die Ueberlegenheit der Gesamtorganisation des amerikanischen Kapitals zum Ausdruck – und das wird sich selbst bei dem Ringen der Standard Oil mit der Shell zeigen. Diese Bindung Londons muß man sich vor Augen halten, denn sie spielt in die Reparationsfrage und in den Ruhrkampf ebenso hinein wie bei Lausanne oder beim englisch-russischen Konflikt. [479 (447)]

*

Offensive des Kapitals und der Abwehrkampf der schweizerischen Arbeiterschaft.

Von Hans Hürlimann (Zürich).

Die wirtschaftlichen Aussichten der Schweiz werden selbst von den bedeutendsten bürgerlichen Volkswirtschaftlern als vollkommen trostlos bezeichnet, Eine Prüfung der wirtschaftlichen Zahlen des ersten Vierteljahres 1923 ergibt allerdings, daß in einem Teil der schweizerischen Exportindustrien die Ausfuhrziffern in geringem Maße gestiegen sind. Anderseits ist der Hauptgradmesser für die Krise im schweizerischen Wirtschaftsleben, die Arbeitslosenziffer, in den legten Monaten erheblich zurückgegangen. Aber es wäre grundfalsch daraus eine allmähliche Beseitigung der Krise überhaupt konstruieren zu wollen. Es muß im Gegenteil nachdrücklich betont werden, daß wir es nach wie vor mit einer akuten Krise in der schweizerischen Produktion und damit einem Zerfall der Volkswirtschaft zu tun haben. Dies erhellt blitzartig die Tatsache, daß die Zahl der dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstellen industriellen Unternehmungen seit dem Jahre 1918 bis 1922 um 1263 Betriebe zurückgegangen ist. In allen Industriezweigen ist ein Rückgang eingetreten, und zwar beträgt derselbe in der Metallindustrie 314 Betriebe (39 Prozent), in der Holzbearbeitungsindustrie 314 Betriebe (24 Prozent), in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 126 Betriebe (16 Prozent), in der Uhrenindustrie 249 Betriebe (20 Prozent), in der Maschinenindustrie 119 Betriebe (15 Prozent).

Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter ist um rund 77.000 gesunken. Man bedenke, rund 77.000 Arbeiter sind aus der industriellen Produktion hinausgeworfen. Wohl findet ein Teil davon anderweitig Beschäftigung und ist die Zahl der Arbeitslosen infolge, der lebhaft einsetzenden Bautätigkeit (die aber auch nur über den Sommer andauert) gesunken. Im besten Falle bleibt aber nach wie vor immer noch eine industrielle Reservearmee von rund 50.000 Proletariern, für ein Wirtschaftsgebiet in der Größe der Schweiz, auf die Dauer gewiß ein unerträglicher Zustand.

Die andauernde Offensive des schweizerischen Kapitals auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ist keine willkürliche Erscheinung. Die Bourgeoisie hat erkannt, daß sie sich auf die Dauer nur noch halten kann, wenn es ihr gelingt das Lebensniveau der Arbeiterschaft herunterzudrücken. Es geht also auch bei uns um Sein oder Nichtsein der einen oder der andern Klasse. Ganz offen erklärt die Bourgeoisie durch den Mund ihrer Vulgärökonomen: „Man verkennt, daß es eine Utopie ist, wenn man glaubt, wir könnten die vorkriegszeitliche Lebenshaltung auf die Dauer beibehalten. Ein kleines Voll kann sich der Verarmung der Welt nicht entziehen und der Ausdruck der Verarmung ist eben verschlechterte Lebenshaltung. Mit einer solchen werden auch die in öffentlichen Diensten Stehenden zu rechnen haben.“

Ist es also verwunderlich, wenn in der Tat das Unternehmertum die Arbeiterschaft systematisch mit Lohnabbau beglückt und vielfach vor der Beseitigung des Achtstundentages nicht Halt macht. War die Arbeiterschaft in der Privatindustrie einmal auf diese Weise Gruppe um Gruppe „erledigt", so konnte sich die Bourgeoisie auch eher erlauben den Angestellten der Gemeinde und des Staates an den „Kragen" zu gehen.

Als im Frühjahr 1921 die Offensive des Kapitals einsetzte, propagierte die Kommunistische Partei der Schweiz die Bildung der proletarischen Einheitsfront im Abwehrkämpfe. Sie erklärte, daß der Taktik des Unternehmertums, die Arbeiterschaft schrittweise, Gruppe um Gruppe zurückzuwerfen, damit begegnet werden müsse, daß einer im Abwehrkampfe stehenden Berufsgruppe sofort die aktivste Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft zuteil werde. Diese Unterstützung eines durch die Geschlossenheit des Unternehmertums bedrohten Teilkampfes der Arbeiterschaft dürfe auch vor einem eventuellem Massenkampfe der schweizerischen Arbeiterklasse nicht Halt machen, wenn es gelte, die in jahrelangen, mühevollen Kämpfen [480 (448)] und besonders durch den machtvollen Generalstreik des November 1918 errungenen Positionen zu verteidigen und zu halten. Die reformistischen Führer, in deren Händen sich die schweizerische Gewerkschaftsbewegung noch zum größten Teile befindet, wollten von einem solchen Kämpfe nichts wissen. Noch auf dem schweizerischen Gewerkschaftskongreß im Mai 1922 erklärte man, die Frage des Abwehrkampfes sei Sache der einzelnen Gewerkschaftsverbände. Wir haben nun eine Periode dieser reformistischen Taktik, der Taktik der Teilkämpfe, hinter uns. Diese Periode kostete der schweizerischen Arbeiterklasse mit ganz geringen Ausnahmen Niederlage auf Niederlage. Zuerst wurden die Metallarbeiter im Kampfe niedergerungen und mußten einen ganz erheblichen Lohnabbau über sich ergehen lassen. Die Holzarbeiter führten einen Kampf gegen einen weiteren Lohnabbau mit einem beispiellosen Elan und bester Entschlossenheit. Der Kampf endete mit einem kläglichen Kompromiß. Ebenso erging es den Typographen.

Im Februar dieses Jahres hat die kommunistische Partei ihren Ruf zur Bildung der proletarischen Einheitsfront erneut unter die Massen geworfen. Und trotzdem auch diesmal sowohl die Spitzen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, wie der Sozialdemokratischen Partei mit den üblichen Gesten abgewandt haben, kann man heute ohne Uebertreibung sagen, daß der Gedanke der Einheitsfront marschiert, daß er Fuß gefaßt hat in breiten Kreisen des schweizerischen Proletariats. Hatten die Reformisten noch vor einem Jahr die Möglichkeit, durch eine beispiellose Hetze gegen unsere Partei den Gedanken der Einheitsfront zu diskreditieren, so ist das heute beim weitaus größten Teile der klassenbewußten Arbeiterschaft ein hoffnungsloses Beginnen. Innerhalb der Gewerkschaften macht sich deutlich der ideologische Umstellungsprozeß bemerkbar. Allmählich beginnen sich die Lehren aus den Niederlagen der Teilkämpfe in die Hirne der Arbeiter einzuhämmern. Mögen die Spitzen das Zustandekommen der proletarischen Einheitsfront sabotieren, die Arbeiter selbst werden diese Einheitsfront von unten auf schaffen, sie werden sich finden im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital. So hat, um nur ein Beispiel zu erwähnen, die züricherische Arbeiterschaft am 3. Juni dieses Jahres einen glänzenden Beweis der Klassensolidarität abgelegt, als es galt in der Volksabstimmung einen brutalen Lohnraub an den städtischen Arbeitern und Angestellten zu verhindern. Umsonst hatte die Bourgeoisie an die Mißgunst der schlechtentlöhnten Arbeiter der Privatindustrie appelliert, um sie so für ihr reaktionäres Machwerk gefügig zu machen. Die Arbeiter der Privatindustrie haben erkannt, daß sie ihre Lage nicht dadurch verbessern können, indem den Arbeitern in den Gemeindebetrieben die Löhne erniedrigt werden. Die Parole: Schluß mit dem Lohnabbau! Mehr Lohn! beginnt sich durchzusetzen.

Wir müssen jetzt die Kampagne um die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront mit aller Beharrlichkeit und Zähigkeit fortführen. Noch ist die Offensive des Kapitals nicht beendet. Die Arbeitslosenfürsorge wird abgebaut. Das Kapital wird durch die vollkommene Verelendung der Arbeitslosen in die Lage versetzt, erneut die Löhne abzubauen, indem die Arbeitslosen zu Lohndrückern gestempelt, willfährige Werkzeuge der Reaktion werden. Die gänzliche Beseitigung des Achtstundentages ist angekündigt. Der Angriff auf die letzte bestgestellte Kategorie der Arbeiterschaft, auf das eidgenössische Personal, hat begonnen.

Wir werden auch in Zukunft an die S p i t z e n den Ruf zur Schaffung der Einheitsfront richten. Wir werden aber auch – und das ist das wichtige – ungeachtet der Antworten, die von diesen Spitzen kommen, innerhalb der Gewerkschaften durch unsere unermüdliche Arbeit für den Ausbau und die Festigung dieser Massenorganisationen des Proletariats, das Vertrauen der Massen zu unserer Partei zu gewinnen suchen. Nur in dieser Arbeit liegt die Gewähr für das Zustandekommen der Einheitsfront im Abwehrkampfe, die letzten Endes stark genug sein wird, um zur Offensive gegenüber dem Kapital vorgehen zu können.

[481 (449)]

Die Internationale
Jahrgang 6 * Ausgegeben am 15. August 1925 * Heft 16

Die Tagung des Zentralausschusses der KPD.

Von Heinrich Brandler.

Berlin, den 9. August,

Die Demokratie und die Republik feiern in Deutschland am 11. August den Verfassungstag. Die Demonstrationsverbote sind aufgehoben worden, d. h. in Preußen; in Bayern hat die Knilling-Regierung zur wirksamen Illustration der deutschen Republik die Demonstrationen auf dem Königsplatz in München verboten. In Preußen, wahrscheinlich auch in Sachsen und Thüringen sowie in einigen anderen norddeutschen Bundesstaaten, wird zu den Demonstrationen die Reichswehr aufgeboten werden. Es ist das dieselbe Reichswehr, der Offiziere angehören, die unlängst in Ostpreußen an einer Demonstration teilnahmen, wo die rote und die schwarz-rot-goldene Fahne demonstrativ auf einem Mistwagen im Zuge mitgeführt wurden. Die Reichswehr wird, wenn sie von Geßler und Cuno befohlen wird, pflichtgemäß demonstrieren; aber ausschlaggebende Teile des Offizierskorps werden während der Demonstration andere als republikanische und demokratische Gedanken haben. Was ist überhaupt die deutsche Republik und die deutsche Demokratie? Die Sozialdemokratie, die bei der Geburtsstunde der deutschen Republik durch ihre prominenten Führer noch Versuche unternahm, die Monarchie und das Haus Hohenzollern zu retten? Die Demokraten, die erst Demokraten wurden, als die Republik und die Demokratie proklamiert war? Die Deutsche Volkspartei, die immer Beschwichtigungserklärungen losläßt gegen ihre eigenen Parteigenossen, daß jetzt keine Zeit sei, die Frage „Monarchie oder Republik“ aufzurollen? Die Zentrumsdemokraten, deren Parteimitglied, der Bischof Faulhaber auf die „Novemberverbrecher“ alle himmlischen und irdischen Flüche schleudert? Oder sind es die Deutschnationalen und die Völkischen, die offen für die Monarchie eintreten und den „Schmutzlappen“ der Republik auf dem Mistwagen aufpflanzen?

Diese Fragen aufwerfen, heißt, sie beantworten: die deutsche Republik und die deutsche Demokratie sind ohne Demokraten und ohne Republikaner zur Welt gekommen und „leben“, weil die außerpolitischen Machtverhältnisse eine Umwälzung der Staatsform erschweren.

Der 11. August, der Tag der vierten Wiederkehr der Annahme des Preußischen Verfassungsentwurfes der deutschen Republik in Weimar, ist der Tag der Feier des Zusammenbruchs der deutschen Bourgeois-Herrschaft, ihres zweiten Zusammenbruchs.

[482 (450)] 1918 brach die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie in Gestalt der Hohenzollern-Monarchie und des militär-bürokratischen preußischen Staatsapparates zusammen. Der Zusammenbruch im Kriege erfolgte jedoch nicht wegen der Unzulänglichkeit der Staatsform, er war ein Ergebnis der ungezügelten Profitsucht der deutschen Bourgeoisie. Die vierzigjährige industrielle Entwicklung seit den siebziger Jahren hat die deutsche Bourgeoisie so machthungrig und profitgierig gemacht, daß sie ihre Kräfte im Weltkrieg überspannte. Ihr Macht- und Profithunger war so zügellos, daß sie die eigene Kraft und die ihrer Verbündeten maßlos überschätzte. Die Volksmassen, mit denen der Krieg geführt werden mußte, waren lediglich Objekte ihres Machtwillens. Die Folge davon war der Zusammenbruch im Kriege.

Nach dem Krieg dachte die Bourgeoisie, die außenpolitisch besiegt dastand und innenpolitisch sich vor dem Volkszorn fürchtete, nach der Kapitulation des deutschen Proletariats auf dem 1. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nur noch daran, ihre Macht innenpolitisch wieder zu befestigen, um ihre Profitgier als Verbündete der siegreichen Entente weiter zu befriedigen.

In der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bürokratie gewann sie einen stupiden Helfershelfer. Aber ebensowenig wie die deutsche Bourgeoisie im Krieg einen Politiker gebar, der die Profitgier der einzelnen zügelte, um den Profit der Klasse zu sichern, ebensowenig brachte die Bourgeoisie in der Nachkriegszeit einen führenden Politiker hervor, der die tausendköpfige Bestie, die sich in privatem Profitstreben nur einigte im Haß gegen das Proletariat, zu bändigen vermocht hätte, um eine Politik des kapitalistischen Ausbaues wenigstens zu versuchen. Die Kleinbürger-

Regierungen, die Koalitions-Regierungen zwischen Sozialdemokraten und Zentrum, konnten lediglich vom kapitalistischen Aufbau schwätzen, aber sie waren ohnmächtige Regierungen, deren Kraft wegen der Spaltung der Arbeiterklasse zwar ausreichte, um den revolutionären Teil blutig niederzuschlagen und den der reformistischen Führung folgenden wie eine Zitrone auszupressen, die den Mittelstand dem Profitstreben der Großbourgeoisie ausliefern konnten, aber sie hatten keine Kraft, die ungezügelte Profitgier des herrschenden Großkapitals zu begrenzen, um den kapitalistischen Ausbau sicherzustellen. Das kleinbürgerliche Programm der großkapitalistischen Platzhalter wurde kleinbürgerlich formuliert von Erzberger, der ein Steuerprogramm auf dem Papier ausstellte, das von der Arbeiterklasse und der großen Bourgeoisie die Steuern und Lasten der Reparationen eintreiben wollte. Aber zur Realisierung dieses Programms fehlte allen diesen Regierungen die Kraft, sie konnten sich auf das Proletariat und die mittleren Schichten nicht stützen, weil sie die einen blutig niedergeschlagen und die anderen schutzlos der Ausbeutung durch das Finanz-, Industrie- und Agrarkapital überliefert hatten. Es ist eine weltgeschichtliche Posse, daß gerade die Apostel der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, daß gerade die blindwütigen Vertreter der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik zwischen Proletariat und Großbourgeoisie durch ihre Politik am meisten dazu beigetragen haben, die Klassengegensätze zu ver-[483 (451)]schärfen. Dank dieser Politik stehen wir heute vor einer Zuspitzung, wo die Klassengegensätze mit den Mitteln des Bürgerkrieges ausgetragen werden.

Vor dieser Situation stand die Tagung des Zentralausschusses; zum zweiten Bankrott der deutschen Bourgeoisie, zum Bankrott in ihrer bürgerlich-demokratisch-republikanisch-pazifistischen Regierungsform mußte sie Stellung nehmen. Sie hat klar zu dem Problem Stellung genommen. Die SPD, die Zelle der Bourgeoisie in der proletarischen Klasse, die stärkste Kraft der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, zerfällt. Im Lager der Revolution unter Führung der KPD wachsen die Kräfte, aber sie wachsen auch im Lager der Konterrevolution. Das Wachstum der Kräfte der Revolution ist zurückzuführen auf das steigende Vertrauen, das die Kommunistische Partei in den breiten Arbeitermassen, die von der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik enttäuscht sind, genießt. Diese Massen unterstellen sich immer mehr der Führung der KPD und gewinnen Vertrauen zu ihr, wie die Kämpfe im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und Sachsen ebenso beweisen, wie die Zunahme der kommunistischen Stimmen bei den Metallarbeiterwahlen, bei den Wahlen in Mecklenburg-Strelitz und den Wahlen zu dem Textilarbeiter-Verbandstag.

Die Kräfte der Konterrevolution wachsen, weil die von der sozialdemokratischen Politik enttäuschten Kleinbürger- und Kleinbauernschichten sich der Führung durch das Industrie-, Finanz- und Agrarkapital unterstellen.

Die deutsche Bourgeoisie steht vor dem Verlust ihrer Herrschaft, weil sie durch ihr zügelloses Profitstreben in das Abenteuer der Ruhrbesetzung hineingetrieben ist, wie in den Weltkrieg, mit maßloser Ueberschätzung ihrer eigenen Kraft und Unterschätzung der gegnerischen Kräfte; sie ist in einen Zustand hineingetrieben, wo die Bourgeoisie als Klasse vollkommen das Steuer aus den Händen verloren hat, genau wie 1918. Sie kann nicht Widerstand leisten gegen den französischen Imperialismus, und sie hat keine Kraft zur Kapitulation. Die Krise kann durch eine Galvanisierung der Cuno-Regierung oder durch eine neue Koalitionsregierung in die Länge gezogen werden, aber die Bourgeoisie kann die Krise nicht überwinden und liquidieren. Dies wäre nur unter der einen Voraussetzung möglich, daß sich das Proletariat und die Mittelschichten kampflos zu den bisherigen Lasten noch um das Vielfache erhöhte neue Lasten aufoktroyieren ließen, oder daß es der großen Bourgeoisie gelänge, gestützt auf das rebellierende Kleinbürgertum, die rebellierenden Arbeitermassen im blutigen Bürgerkrieg niederzuschlagen, und im wesentlichen in seinem revolutionären Teil zu vernichten und auszurotten.

Das kann nicht gelingen, wenn die KPD weiter die Sympathien aller werktätigen Massen gewinnt und die Führung im revolutionären Abwehrkampf behält.

Der Zentralausschuß hat klar und eindeutig zu diesen Fragen Stellung genommen und die gesamte Partei eingestellt auf den Kampf zur Eroberung der breitesten Massen und für ihre Vereinigung in

der kämpfenden proletarischen Einheitsfront zur Erkämpfung einer Ar-[484 (452)]beiter- und Bauern-Regierung, die als die zur Zeit kräftigste Regierung, die möglich ist, durch radikale Zugriffe, wie Beschlagnahme der Lebensmittel, Erfassung der Sachwerte, Entwaffnung der konterrevolutionären Elemente und Bewaffnung des Proletariats, sowie durch ein Bündnis mit Sowjet-Rußland die Führung der deutschen Nation in die Hände nimmt und durch Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie die Voraussetzung schafft zum Kampf gegen die französische und ententistische Bourgeoisie.

Das zentrale Problem, vor dem der Zentralausschuß stand, besteht in der Kampfrüstung der unter der Führung der Kommunistischen Partei gebildeten proletarischen Einheitsfront und in der Gewinnung jener nichtkapitalistischen Mittelschichten, die unter der Politik der Großbourgeoisie ebenso dem Abgrund zugetrieben werden wie das Proletariat. Der Zentralausschuß hat alle Maßnahmen durchberaten und entsprechende Beschlüsse gefaßt, um beiden Ausgaben gewachsen zu sein.

Der Zentralausschuß war in seinen Diskussionen und Beschlüssen einmütig; ein kleiner Teil der ehemaligen Opposition machte einen scheinradikalen Vorstoß, indem er die Sammellosung der Arbeiter- und Bauern-Regierung ersetzen wollte durch die Endlosung der Diktatur des Proletariats und der Kommunistischen Partei. Aber auch die neun Genossen, die der politischen Resolution mit Stimmenenthaltung entgegentraten, bedeuten keine ernste Gefahr. Schon die nächsten Wochen werden praktisch beweisen, ob der Referent über die politische Lage mit seiner Anschauung Recht hatte, als er erklärte, daß es sich bei dieser Opposition lediglich um die Wahrung des radikalen Scheins und übriggebliebene persönliche Mißstimmungen handelt, oder ob mehr dahinter steckt. Wäre diese Stimmung mehr, dann könnte sie gefährlich werden, denn sie müßte die zentrale Aufgabe der KP hemmen, die darin besteht, ein von der KPD geführtes, von dem Proletariat beherrschtes Bündnis mit den kleinbürgerlichen Mittelschichten und Kleinbauern herzustellen. Die Störung müßte das deutsche Proletariat mit einer schweren Niederlage, wahrscheinlich mit dem Sieg der auf das faschistische Kleinbürgertum gestützten Diktatur der Großbourgeoisie, bezahlen.

Die Bildung des Blocks aller Werktätigen und Ausgebeuteten ist keine verschwommene Koalitionspolitik, sondern ist die Herrschaft der proletarischen Klasse, die die anderen nichtkapitalistischen Schichten sich als wohlwollend neutrale, in Teilen als aktive Helfer zu Bundesgenossen macht. Sie ist auch kein parlamentarisches Manöver, denn die Kraft dieses Bündnisses liegt nicht im Parlament, sondern in den Klassenorganen des Proletariats und der Mittelschichten. Lediglich von der Kraft der Bewegung, die dieses Bündnis zu entfalten vermag, wird es abhängen, ob das Parlament noch eine Zeitlang besteht oder nicht.

Die Blockbildung des Proletariats mit den Mittelschichten bedeutet auch kein Bündnis mit den Faschisten. Die Faschisten, das wurde in einer Resolution über den Faschismus auf dem Zentralausschuß klar ausgesprochen, sind die von der Großbourgeoisie geführten, [485 (453)] finanzierten und bewaffneten Kleinbürger gegen das Proletariat. Mit ihnen gibt es kein Bündnis, sondern nur den Kampf mit denselben Mitteln, mit denen sie kämpft. Kampf, der durch das Bündnis des Proletariats mit den von der großbourgeoisen Führung losgelösten Mittelschichten zur unwiderstehlichen Kraft gemacht werden kann.

Neben dieser Aussprache und Beschlußfassung zu den konkreten politischen Aufgaben nahm der Zentralausschuß noch den Bericht von der Erweiterten Exekutive-Sitzung entgegen und erklärte sich mit allen dort gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Zum Versagen der bulgarischen Partei bei dem Faschisten-Putsch in Bulgarien nahm der Zentralausschuß eine scharfe Resolution an, die das Verhalten der bulgarischen Genossen mißbilligt und von ihnen fordert, zur proletarischen, kommunistischen Klassenpolitik zurückzukehren.

Die Tagung des Zentralausschusses war eine Manifestation der gewachsenen Kraft und Geschlossenheit der Partei.

*

Das französische Proletariat seit der Ruhrbesetzung.[*)]

Von Ernst Meyer.

Um die Lage in der französischen Partei einigermaßen richtig zu schildern, ist es notwendig, mit ein paar Worten auf die allgemeine Lage Frankreichs einzugehen. Die Situation Frankreichs würde verkannt werden, wenn man Frankreich heute noch als Bauernland ansehen würde. Heute lebt z. B. die Hälfte der französischen Bevölkerung bereits in Städten und nur noch die Hälfte auf dem flachen Lande. Besonders der Zuwachs Frankreichs durch die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens hat diesen Prozeß der Industrialisierung stark gefördert. Es wäre auch falsch, heute die soziale Psychologie der französischen Bevölkerung nur unter dem Gesichtswinkel der Psychologie einer Bauernbevölkerung zu betrachten; im Gegenteil: die Haltung der Presse, das allgemeine Interesse, wie es sich ausdrückt in der Bildung von Organisationen und in Erörterungen in den Organisationen, ist eingestellt auf wirtschaftliche, auf industrielle, auf technische Fragen, und dafür findet man Symptome bis in das Leben der Straße hinein.

Nach einer Statistik in „Wirtschaft und Statistik“ finden sich Zahlen über den Seeverkehr der wichtigsten Länder im Jahre 1922 gegenüber 1913, die außerordentlich interessant und wichtig sind. Gegenüber dem Jahre 1913 haben nur vier Länder ihren Seeverkehr, nach Mengen gerechnet, steigern können, und zwar in erster Reihe Japan, das einen Zuwachs von etwa 40 Prozent erreicht hat; dann folgt Frankreich mit einem Zuwachs von über 30 Prozent, dann erst folgen die Vereinigten Staaten mit etwa 29 Prozent, dann Belgien mit einem ganz geringen Bruchteil, während alle anderen Staaten – Niederlande, Britisch-Indien, Großbritannien, Australien, Norwegen, Deutschland, Schweden und Spanien – einen Rückgang gegenüber [486 (454)] 1913 im Schiffsverkehr zu konstatieren haben. Allein in dieser Zahl der Steigerung des Frachtverkehrs drückt sich die sehr starke Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich aus. Dieses Interesse für wirtschaftliche Dinge, dieser Konzentrationsprozeß innerhalb des französischen Wirtschaftslebens, diese Umstellung auf die großindustrielle Produktion haben zu manchen Erscheinungen bei der Behandlung des Ruhrkonfliktes geführt, schon vor der Besetzung der Ruhr, die in Deutschland nicht genügend beachtet worden sind.

Es wurde hin und wieder von bürgerlicher Seite behauptet, daß die Sachlieferungen, die Deutschland auf Grund der Reparationsverpflichtungen machte, in Frankreich nicht gern gesehen würden, daß sogar eine Art Sabotage gegenüber diesen Lieferungen eingetreten ist. Das hängt damit zusammen, daß Frankreich, dessen Industrie sich sehr stark entfaltet, gar nicht daran interessiert ist, daß deutsche Fertigfabrikate nach Frankreich hineinkommen, sondern Frankreich will diese Rohstoffe, will diese Halbfabrikate und möglichst auch die Fertigfabrikate selbst herstellen, und deshalb wehrt es sich gegen den Zufluß der Rohstoffe, vor allen Dingen der Fabrikate, die Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages und der Nachverträge zu liefern bereit war, zum Teil geliefert hat.

Vor Poincarés Regierungsantritt war allerdings die Tendenz der sogenannten reinen Reparationspolitik, der Gewinnung von Geld und Gold aus Deutschland, vorherrschend. Aber der Kabinettswechsel nach der Konferenz von Cannes hatte gerade zur Folge, daß die französische Bourgeoisie und ihr bewußtester Teil, die Schwerindustrie, ganz bewußt diesen Frontwechsel vollzogen haben, und von dem Tage an, an dem Poincaré Ministerpräsident war, war es offensichtlich, daß die Politik Frankreichs eingestellt sein würde auf die Angliederung des Ruhrgebiets, um sich damit in den Besitz der Schwerindustrie im Westen Deutschlands zu setzen.

In der „Internationale“ haben einige Genossen – wie der Genosse Lapinski – eine Darstellung über das Kräfteverhältnis Frankreichs gegeben, die keineswegs den Tatsachen entspricht. Wenn wir die einzelnen Gruppen des Bürgertums und ihre Haltung zur Reparationsfrage und zum Ruhrkonflikt untersuchen, so kommen wir zu folgender Uebersicht. Die Führerin in der jetzigen Reparationspolitik wie überhaupt in der Außenpolitik Frankreichs, ist die rein imperialistische Schwerindustrie und Großindustrie, und sie hat kaum ein Interesse daran, daß Geld- und Goldzahlungen hineinkommen,

[*)] Verkürzte Wiedergabe des Referats auf der letzten Zentral-Ausschuß-Sitzung.

sie ist eine Gegnerin der Sachlieferungen, soweit sie in Fertigfabrikaten geliefert werden; dagegen wünscht sie die Einbeziehung des Ruhrgebiets in das französische Wirtschafts- und Zollgebiet, und sie wird dabei unterstützt von den Gruppen der Militaristen, die aus Gründen der „Sicherheit“ diese Angliederung wünschen. Der Nationalblock, der bisher die Politik Poincarés getragen hat, wird im wesentlichen beherrscht von diesen Kreisen der Schwerindustrie, unter denen natürlich verschiedene Nuancierungen und Differenzierungen zu beobachten sind, genau so wie in Deutschland ja die Politik der Gruppen Stinnes und Klöckner oder Haniel oder Krupp etwas differiert. Im allgemeinen strebt aber die gesamte französische Schwerindustrie danach, das Ruhrgebiet zu besetzen. Es gibt nur verschiedene Auffassungen darüber, ob eine glatte Annexion das zweckmäßigste ist oder ob die Schaffung eines „autonomen“ Pufferstaats der zweckmäßigere Weg ist. Die Politik des Nationalblocks, der von Poincaré geführt wird, wird also keineswegs in erster Linie von den Bauernmassen und den Kleinbürger-[487 (455)]massen getragen, sondern von den schwerindustriellen Kreisen, und deshalb vollzieht sich im gegenwärtigen Moment ein sehr interessanter Frontwechsel in der Stellung des Bauerntums.

Die Bauern sind in Frankreich – ich glaube, das trifft auch für Deutschland zu – nicht nur rein parasitäre Schichten, sondern es sind arbeitende Schichten, die in dem Produktionsprozeß noch eine verhältnismäßig große Rolle spielen. Diese Bauern hatten anfänglich geglaubt, daß sie durch die Politik Poincarés von den Steuerlasten befreit werden würden, dadurch, daß Deutschland durch die Besetzung des Ruhrgebietes gezwungen würde, größere Summen zu zahlen, als es bisher geschehen ist. Der Verlauf des halben Jahres seit der Januar-Ruhrbesetzung hat gezeigt, daß diese Hoffnungen des Kleinbürgertums und des Kleinbauerntums auf deutsche Zahlungen Illusionen waren, und die Folge davon ist, daß das Bauerntum und das Kleinbürgertum, das bisher den Nationalblock unterstützt hat, dessen Kandidaten damals im wesentlichen von diesen Kleinbürger- und Bauernmassen gewählt worden sind, sich von dem Nationalblock loszulösen beginnen und mit dem sogenannten Linksblock kokettieren. Dieser Linksblock wird unterstützt von einem Teil der Fertigfabrikatindustrie, von einem Teil des Finanzkapitals, besonders von dem kleinen Finanzkapital, während das eigentliche Finanzkapital in engster Verbindung mit der Schwerindustrie steht und auch von ihr geleitet und beherrscht wird. Diese Bauern-, diese Kleinbürgermassen in Frankreich sehen, daß das Ruhrabenteuer Geld kostet, daß es aber kein Geld einbringt, wenigstens nicht für sie selbst, höchstens für die Großindustriellen, die sich bald in Besitz der Industrieunternehmungen des Ruhrgebiets setzen werden, und deshalb wenden sie sich dem Linksblock zu.

Poincaré ist durch diesen Wechsel vorübergehend in eine schwierige Lage gekommen. Das zeigte sich sehr deutlich bei dem Ausgang der Wahlen in Seine-et-Oise, wo der Kandidat Poincarés vollkommen geschlagen wurde von dem Kandidaten des oppositionellen Linksblocks. Aber dieser Linksblock, der zwar die Interessen des Kleinbauerntums und Bürgertums mit berücksichtigt, im wesentlichen aber geleitet wird von den Interessen des Außenhandels, eines Teils des Finanzkapitals und der Fertigfabrikatindustrie, steht keineswegs im grundsätzlichen Gegensatz zu der Politik Poincarés. Das läßt sich an einer Fülle von Einzeltatsachen nachweisen. Als in dem Departement Seine inferieure (Le Havre) der Kandidat des Linksblocks gewählt worden war, beeilte er sich, zu erklären, daß er mit der Politik Poincarés in der Ruhrfrage einverstanden sei. Als England einen größeren Druck auf Frankreich ausübte und in dieser Situation der Linksblock zu einer schärferen Opposition gegen Poincaré überging, verlangte die Leitung der Radikalsozialisten den Austritt ihrer Minister aus dem Poincaré-Kabinett; denn sie haben dort drei Minister. Diese Minister weigerten sich, und die anfängliche Drohung des Linksblocks, diese Kandidaten aus der Partei auszuschließen, ist nicht realisiert worden, d. h. diese Opposition gegenüber ihren Ministern im Kabinett Poincaré ist nur eine scheinbare. Und noch interessanter ist der Vorgang bei den Wahlen in Seine-et-Oise. Als dort die Kommunisten den überraschenden Wahlerfolg hatten, verzichteten die Kandidaten des Nationalblocks zugunsten des Linksblocks mit der Begründung, daß angesichts der kommunistischen Gefahr, angesichts der Tatsache, daß die ganze Arbeiterschaft für die Kommunistische Partei eintrat, eine Zersplitterung der Stimmen unmöglich wäre; und tatsächlich standen sich [488 (456)]

nur noch die Kandidaten des Linksblocks – diese unterstützt von dem Nationalblock – und die kommunistischen Kandidaten gegenüber.

Es gibt rechts von diesen bürgerlichen Parteien nur eine kleine Opposition, die sich um die ausgesprochenen Royalisten Frankreichs gruppieren, um die Aktion française, um eine Gruppe, die speziell Militärs, Beamte und einzelne Intellektuelle umfaßt, die aber keinen Boden in den breiteren Massen der französischen Bevölkerung hat. Diese Tatsache einer Opposition von rechts hat Poincaré versucht und verstanden, für sich im Sinne einer Konzentration aller bürgerlichen Kräfte auszunutzen, d. h. einer Annäherung des Linksblocks an den Nationalblock, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die nächsten Wahlen nicht den erwarteten großen Erfolg des Linksblocks zeigen werden, sondern daß vielmehr Poincaré den Versuch machen und dabei Erfolg haben wird, eine weitere Annäherung zwischen Linksblock und Nationalblock herbeizuführen im Sinne der Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft nach dem Muster Deutschlands.

Die Schwierigkeiten sind natürlich in Frankreich größer als in Deutschland in ähnlicher Situation. Wir haben in Deutschland vor dem Kriege einen Block unter Bülow gehabt, einen Block der Schwerindustriellen mit den Großagrariern. Das war verhältnismäßig leicht, weil man sich gegenseitig Konzessionen auf dem Gebiete des Schutzzolls machen konnte. In Frankreich ist das etwas schwieriger, weil das Kleinbauerntum zahlenmäßig weitaus überwiegt und weil die Interessen der Kleinbauern als einer arbeitenden Schicht und die Interessen der Schwerindustrie weiter auseinandergehen, als das in Deutschland der Fall war. Trotzdem ist zu erwarten, daß Poincaré in dieser Richtung weiter vorstoßen wird, und der Kräftezuwachs der Kommunistischen Partei und die starke oppositionelle Stimmung innerhalb der französischen Arbeiterschaft werden diesen Prozeß der Annäherung noch beschleunigen.

Im allgemeinen hat man in Deutschland gemeint, daß durch die Ruhrbesetzung eine wesentliche Verschlechterung der Lage der französischen Arbeiterschaft eintreten würde oder schon eingetreten ist. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß die französischen Arbeiter im allgemeinen besser leben, als vor dem Kriege und im Kriege. Diese Tatsache einer verhältnismäßig guten Bezahlung und eines erträglichen Lebensniveaus ist auch nicht wesentlich vermindert oder beseitigt worden durch die Ruhrbesetzung. Die Teuerung, die seit den Januartagen dieses Jahres zu konstatieren ist, hat noch nicht das Niveau der Hausse erreicht, die im Jahre 1920 in Frankreich auf dem Gebiete der wichtigsten Nahrungsmittel eingetreten war. Daraus folgt, daß zumal die gutbezahlten, qualifizierten Arbeiter Frankreichs noch vielen demokratischen Illusionen unterliegen, denen der größere Teil der deutschen Arbeiterschaft bereits entwachsen ist, und das drückt sich auch aus in der Haltung der Sozialistischen Partei in Frankreich.

Die Sozialistische Partei in Frankreich ist bekanntlich viel kleiner als die Kommunistische Partei Frankreichs. Während der sozialdemokratische „Populaire“, der täglich erscheint, nur 9000 Abonnenten in ganz Frankreich hat, hat die „Humanité“, das Zentralorgan unserer Partei, eine Auflage von 175.000 pro Tag, und dementsprechend ist auch ungefähr das organisatorische Kräfteverhältnis zwischen unserer Partei und der Sozialistischen Partei, was sich auch bei den Wahlen in Seine-et-Oise zeigte, wo wir über eine Stimmenzahl von 42.000 verfügten, während die Sozialisten nur 9000 Stimmen zählen konnten, [489 (457)] trotzdem an sich die Möglichkeit der Bearbeitung dieses Gebietes und der Agitation unter der Bevölkerung dieses Gebietes für beide Organisationen die gleiche war.

Innerhalb dieser Sozialistischen Partei zeigen sich allerlei Differenzen, die gewisse Aehnlichkeiten mit dem Zersetzungsprozeß in Deutschland haben. Natürlich ist dieser Prozeß der Zersetzung, weil die Situation eine ganz andere ist, noch nicht so weit fortgeschritten wie bei uns. Aber wir haben auch da eine ähnliche Gruppierung wie in Deutschland. Der eine Flügel der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere mit Paul Boncour, strebt ganz offen nach einer erneuten Koalition mit den bürgerlichen Parteien des Linksblocks. Bei verschiedenen Nachwahlen in einzelnen Städten und in einzelnen Provinzen haben die französischen Sozialisten ein Wahlkompromiß mit dem Linksblock abgeschlossen in der Form, daß sie eine gemeinsame Liste aufstellten. Diese Tatsache hat in einzelnen Kreisen der Sozialdemokratischen Partei Widerstand geschaffen, und diese Differenzen kamen

offen zum Austrag, als bei der Nachwahl in Seine-et-Oise die Sozialistische Partei gezwungen wurde, einmal für den kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Darauf hat eine ganze Reihe von französischen Sozialisten, insbesondere Boncour, gegen das Eintreten für den kommunistischen Kandidaten Stellung genommen. Bei den Debatten über den französischen Faschismus und die Bekämpfung der Reaktion, der Konterrevolution in Frankreich, hat der offizielle Redner der Sozialdemokratie, Boncour, ein Programm entwickelt, das nicht nur wörtlich mit dem alten Programm der bürgerlichen Opposition in Frankreich übereinstimmte, sondern er hat sich ausdrücklich auf dieses Programm berufen; und umgekehrt haben die Radikalen und Radikalsozialisten, diese beiden bürgerlichen Oppositionsparteien, in ihrer Presse wiederholt erklärt, daß das aktuelle Programm, das Aktionsprogramm dieser bürgerlichen Oppositionsparteien, mit dem der Sozialdemokraten absolut übereinstimmte. Das hat, zumal die „Humanité“ diese Gegensätze sehr geschickt ausnutzte, zu einer Verschärfung der Situation innerhalb der Sozialdemokratischen Partei geführt.

Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs in der Ruhrfrage ist zum Teil pazifistisch, zum Teil offen imperialistisch. Sowohl Grumbach wie Pierre und eine Reihe von anderen französischen Sozialdemokraten haben im „Populaire“ und im bürgerlichen „Quotidien“ Artikel veröffentlicht, in denen sie die Aufrechterhaltung der Entente unter Nachgiebigkeit Englands verlangten, und wiederholt nahmen sie in ihrer Presse Stellung gegen die deutsche Sozialdemokratie, die ihnen zu sehr die Politik Cunos zu stützen scheint. (Fortsetzung folgt.) [490 (458)]

*

Zur Lohn- und Preisfrage.

Von Fritz Heckert.

III. Der Goldlohn.

Der Ruf nach dem Goldlohn nimmt seinen Ausgang nicht im Wunsch des Arbeiters, am Zahltage blanke Goldstücke zu erhalten, an derem Glanze er Freude empfindet. Wenn jetzt der Arbeiter einen Goldlohn fordert, so denkt er vielmehr daran, daß vor dem Kriege, als er den Lohn in Gold oder gegen in Gold eintauschbare Scheidemünze erhielt, dieser wertbeständig war und nicht die üble Eigenschaft des Papiergeldes besaß, von Stunde zu Stunde wertloser zu werden. Der Arbeiter will also einen wertbeständigen Lohn und die Forderung Goldlohn soll auch gar nichts anderes ausdrücken. Der Arbeiter hat sehr gut in Erinnerung, daß das Gold den Charakter der Wertbeständigkeit in einem sehr hohen Maße besitzt. Das Goldgeld war ein Währungsgeld. Schon der Begriff Währung drückt aus, daß es eine Eigenschaft ist, die währt – das ist: Dauerhaftigkeit besitzt, im Gegensatz zu solchem Gelde, das keine Währung hat und im Deutschen mit dem Ausdruck Scheidemünze belegt wird. Die Scheidemünze, das sagt ihr Name, ist eine Münze, die aus dem Kreise der Währungsmünze ausgeschieden ist, weil sie weniger wert geworden ist oder von vornherein einen geringeren Wert in sich trägt, als ihr aufgeprägter Wert anzeigt. Länder mit einer Goldwährung bringen im Währungsgesetz den Gegensatz von Währungsmünze und Scheidemünze zum Ausdruck. Z. B. war in Deutschland niemand gezwungen, Beträge von über 20.– Mark in Scheidemünze anzunehmen. Nur Beträge unter 29.– Mark konnten in Scheidemünze, alle anderen mußten in Gold gezahlt werden. Das Geldsystem brauchte diesen Schutz, um nicht in Unordnung zu geraten, denn in der Wirtschaft ist das Geld nicht nur ein Zahlungs- oder ein Zirkulationsmittel, es ist ein Wertmesser. An ihm messen sich die Werte der Waren und drücken durch ihn ihren Preis aus. Ein solcher Wertmesser konnte das Gold nur deshalb sein, weil es selbst Wert repräsentierte und zwar einen Wert, der stabiler war, als der Wert aller anderen Waren. Das Gold ist nicht durch Zufall und von ungefähr Wertmesser geworden. Es verdankt seine Eigenschaft, Währungsmünze in der Welt geworden zu sein, seinem Charakter der großen Dauerhaftigkeit neben dem seiner Seltenheit. Natürlich ist auch der Wert des Goldes nicht unveränderlich, auch er steigt und fällt mit dem Steigen und Fallen seiner Produktionskosten, aber viele Jahre, wohl Jahrzehnte sind die Schwankungen in den Produktionskosten des Goldes so geringfügiger Natur gewesen, daß sie nicht imstande waren, große Preisverschiebungen oder gar eine Preisrevolution zu bewirken. Bis zum Ausbruch des Krieges war also das Gold als Wertmesser äußerst stabil und der in Gold gezahlte Lohn trug einen wertbeständigen Charakter.

Mit Beginn des Krieges wird das anders. Das Gold wird als Währungsgeld offiziell entthront. An seine Stelle tritt das Papiergeld (Kassenscheine und Banknoten) mit Zwangskurs und damit werden den Preisschwankungen Tür und Tor geöffnet. Die Periode des Währungsverfalls hebt an. Im Währungsgesetz war ausgedrückt, daß das Gold nicht ersetzbar ist durch andere, nicht ihren Wert repräsentierende Geldarten. Das Papiergeld, die Banknote, war kein eigener Wert, sondern nur der Stellvertreter eines durch sie in der Zirkulation ersetzten Goldstückes. Das Goldstück war vorhanden, die Banknote trat [491 (459)] nur an seine Stelle, um das Gold, den Wert, vor Abnützung oder Verlustgehen zu bewahren. War der Besitzer der Banknoten nicht mehr gewillt, ihnen die Vertretung der durch sie bezeichneten Goldmünzen zu überlassen, so konnte er sofort die blanken Goldstücke an ihre Stelle treten lassen. Er brauchte nur auf der Reichsbank die Banknote zur Umwechselung vorzulegen. In dieser Möglichkeit, die Banknote jederzeit in Gold wechseln zu können, lag die Eigenschaft der Note, Wertvertreter des Goldes zu sein. Die allgemeine Benutzung der Banknote oder des Kassenscheins als Vertreter des Goldes brachte es mit sich, daß in vielen Köpfen die Anschauung entstand, das Papiergeld könne das Gold ersetzen. Die allermeisten Menschen hatten keine Ahnung von den Geheimnissen des Geldes. Als bei Ausbruch des Krieges das Papiergeld Zwangskurs erhielt, d. h. als die Reichsbank davon entbunden wurde, das Papiergeld bei der Präsentation sofort in Gold umzuwechseln, dachten nur wenige daran, daß damit der Verfall der Währung seinen Anfang genommen hat. Man glaubte allgemein, der Staat könne Geld aus Papier oder aus Gold machen, das sei ganz gleichgültig. Der aufgedruckte oder aufgeprägte Wert sei eine von jeher willkürliche Handlung des Geldherstellers, des Staates, gewesen.

So lange die Kriegswirtschaft andauerte und von Staatswegen die Preise der meisten Produkte bestimmt wurden, wurde diese falsche Annahme noch gestützt. Die hohen Preise fremdländischer Waren erschienen nicht als ein Gradmesser für die Entwertung unseres Geldes, sondern als eine besondere Tücke der Feinde, bzw. der Raffgier der Neutralen, die uns ausplündern wollten. Behaupteten doch die deutschen Finanzminister und Bankdirektoren einschließlich der Doktoren der Nationalökonomie in der Sozialdemokratie, Wert oder Unwert unserer Papiervaluta hinge nur ab vom Siege der Waffen. In den von den Armeen besetzten fremden Gebietsteilen wurde auch nach diesem Grundsatz verfahren und unter Nichtachtung des Geldgesetzes alles durcheinander gebracht.

Mit der Beendigung des Krieges erfuhr man erst, daß in der primitiven Einstellung zum Geldproblem ein großer Fehler war. Die großen „Genies“, die das Deutsche Reich in den letzten fünf Jahren regierten, haben sich aber keine Mühe genommen, das Geldproblem zu lösen. Sie haben alle Gesetze der Goldwährung ignoriert und eine Finanzwirtschaft betrieben, wie sie nur ein betrügerischer Bankrotteur treiben kann. Bei ihrer Schwindelfinanzpolitik rechneten sie nur mit der Dummheit bzw. mit der Geduld der großen Massen. Die Ergebnisse der deutschen Finanzpolitik sind die Vernichtung des Mittelstandes und die Herabdrückung des Reallohnes der Arbeitenden auf ein Viertel der Vorkriegszeit. Es ist ganz falsch, anzunehmen, daß an dieser Finanzmißwirtschaft alle Teile des Volkes gleicherweise leiden. Die kapitalistische Klasse, Industrieherren, Bank- und Börsen-Kapital, Agrarier, verstehen sehr wohl, dabei mit dem Rücken an die Wand zu kommen. Ueber den Zwangskurs des Papiergeldes lachten diese Leute nur. Sie fanden ihn sogar ausgezeichnet, um sich auf Kosten der Dummen zu bereichern. Sobald die Kapitalisten wieder auf den Weltmarkt traten, fanden sie auf diesem die alten Gesetze der Goldwährung in voller Geltung und mußten sich diesen anpassen. Sie reagierten aber auch auf den inneren Markt mit der Forderung Aufhebung der Zwangswirtschaft, Anpassung der Warenpreise an die Weltmarktpreise. Und sie setzten die Erfüllung dieser Forderungen [492 (460)] bald durch mit der Begründung, daß sie nicht existieren könnten, wenn sie sich nicht den Bedingungen des Weltmarktes unterwürfe. Das war auch ganz richtig. Aber von der Anpassung der Löhne an die Weltmarktpreise wollten und wollen sie nichts wissen. Sie sagen, die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt sei nicht möglich, das ertrage die kranke deutsche Wirtschaft nicht. Dabei finden sie die Zustimmung der Sozialdemokratie.

Die herrschende Klasse hat das ganze Geldsystem in Deutschland außer Rand und Band gebracht. Eine Währung gibt es nicht mehr. Das Papiergeld hat kein wirtschaftliches Fundament unter sich. Bewußt bringt die herrschende Klasse Staatseinnahmen und Staatsausgaben nicht in Einklang mit-

einander. Der unerhörteste Steuerbetrug ist an der Tagesordnung. Im Monat Juni betrugen die Staatseinnahmen nur 2 Prozent der Staatsausgaben. In der zweiten Julidekade wurden 6½ Billionen neues Papiergeld in die Zirkulation gebracht. Diese beiden Tatsachen zeigen deutlicher als alle theoretischen Untersuchungen, daß das von der deutschen Regierung hergestellte Geld ganz wertlos ist und daß sein voller Betrag wertvermindernd wirkt. Gegen diesen für das Geldwesen katastrophalen Zustand kann keine Quacksalberei mehr helfen, sondern nur die Beseitigung der jetzigen Finanzwirtschaft, der Sturz der Bankerotteure und der Ausbau einer anderen Geldordnung. Der sozialdemokratische Quatsch, daß die Einführung eines wertbeständigen Lohnes durch die jetzige Regierung oder unter Mithilfe derselben möglich sei, ist nur eine Irreführung der breiten Massen. Daß die kapitalistische Regierung das Finanzwesen so in Unordnung gebracht hat, rührt nicht aus ihrer Unfähigkeit her. Es ist vielmehr ein bewußtes Spiel. Erstens glauben die deutschen Kapitalisten, durch ihre Finanzwirtschaft sich der Reparationsverpflichtungen entziehen zu können und zweitens ist sie ein geeignetes Mittel, sich vom Steuerzahlen zu drücken, eine Konfiskation der letzten Reste des Besitzes des Mittelstandes und eine indirekte Steuer auf die Arbeiterklasse, deren Erträgnisse unvermittelt in die Taschen der Großkapitalisten fließen.

Alle Reformen an diesem Zustand können nichts ändern. Sie sind weniger als den Bären waschen, ohne sein Fell naß zu machen. Hier muß gründlich ausgeräuchert werden.

Kann dem Arbeiter die Forderung nach Goldlohn oder die Durchsetzung derselben Erlösung aus der Lohnmisere bringen? Wir haben schon öfter gezeigt, daß das nicht der Fall ist, solange die kapitalistische Regierung besteht. Hier wollen wir die Hindernisse der Einführung des Goldlohnes bzw. seiner Einführung als Rechenlohn aufzeigen.

1. Durch die Außerkraftsetzung des Goldes als Währungsgeld in den kriegführenden Staaten Europas wanderte das Gold, mit dem man während der eingeschränkten Warenproduktion für den Weltmarkt im Kriege seine Käufe bezahlen mußte, zum größten Teil nach Amerika. 80 Prozent des Weltgoldes befinden sich in diesem Lande. Das ist viel mehr als der amerikanische Warenmarkt in seiner Zirkulation von dem kostbaren Metall gebrauchen kann. Die Kaufkraft des Goldes ist durch diese Anhäufung gesunken, während gleichzeitig durch mannigfache Umstände die Produktionskosten der meisten Waren sich gehoben haben. Man rechnet mit einer Weltteuerung von 70 Prozent. D. h. auf dem Weltmarkt muß für ein gewisses Quantum von Waren, für die man vor dem Kriege 100 Mark in Gold zahlte, jetzt 170 Goldmark gezahlt werden. Schon diese Tatsache zeigt, daß ein [493 (461)] Goldlohn in der Vorkriegshöhe nicht ausreichen würde, um den damaligen Lebensbedarf zu decken.

2. Durch die Ausschaltung des Goldes als Währungsgeld sind die Kontrollmöglichkeiten der Warenpreise an einem einheitlichen Wertmesser auf dem inneren Markte ausgehoben. Da außerdem die deutsche Regierung den Goldpreis ganz willkürlich festsetzt – im Goldzollaufschlag die Goldmark mit 41.000 Papiermark, im Goldankaufspreis der Reichsbank mit 27.000 Mark, im Umrechnungsschlüssel des Wirtschaftsministeriums mit 28.000 Mark, während sie nach dem Dollarkurs mit ungefähr 85.000 Mark bewertet –, ist gar kein kontrollierbares Verhältnis zum wirklichen Goldpreis mehr vorhanden. In den in Deutschland zur Anwendung gebrachten Goldpreisen gibt es keinen reellen Wertmesser.

3. Würden zur Feststellung des wirklichen Goldpreises nicht die unter 2 erwähnten falschen Goldpreise Verwendung finden, sondern der amerikanische Dollar oder das englische Pfund, so ist wiederum durch die Devisenordnung und den „berühmten“ amtlichen Kurs des fremden Geldes kein Maßstab gegeben. Gleichzeitig aber würde dem neuen Schwindel zur Verheimlichung des wahren Charakters unseres Geldes der größte Anreiz verschafft.

4. Die Einführung des Goldlohnes würde eine plötzliche Anpassung der deutschen Wirtschaft an die Bedingungen des Weltmarktes voraussetzen. Ein ungeahntes Durcheinander würde eintreten. Es ist nicht möglich, eine Wirtschaft, die neun Jahre nach anderen Bedingungen als denen des Weltmarktes arbeitete, in kurzer Zeit ohne Katastrophe den Gesetzen des Weltmarktes zu unterwerfen. (Man-

che Kapitalisten wünschen dieses Chaos allerdings, weil sie hoffen, eine solche gewaltsame Einrenkung der Wirtschaft könne vollständig auf Kosten der Arbeiterbevölkerung geschehen.)

5. In der deutschen Wirtschaft haben wir im Laufe der letzten sechs Monate sonderbare Wechselerscheinungen gesehen. Zweimal standen die Warenpreise beträchtlich unter den Goldpreisen, und nach wenigen Wochen war das Verhältnis ein ganz umgekehrtes.

6. Würde man aber zur Feststellung des Goldpreises sich nicht an die Manipulationen der deutschen Kapitalisten und ihrer Regierung halten, sondern an eine ausländische Währung, z. B. den Dollar, dann machte man den Lohn des Arbeiters abhängig von den Spekulationen der Amerikaner. Wenn auch gegenwärtig die deutsche Inflation durch die Notenpresse den Wert der Papiermark an der New Yorker Börse bestimmt, so sind doch schon Zeiten gewesen, in denen die amerikanische Spekulation den Wert der Papiermark nach Belieben herauf- oder herabsetzte, je nachdem es die Wirtschaftsinteressen dieses Landes oder die besonderen Interessen seiner Börsenspekulanten erforderten.

Welche sonderbaren Sprünge möglich sind, zeigt sehr anschaulich die Bewegung der Dollar und der Warenpreise in einer Juliwoche. Die Warenpreise am Montag, gleich 100.000 gesetzt, bei einem Dollarstand von 180.000, veränderten ihr Verhältnis bis zum folgenden Sonnabend: Warenpreise 180.000, Dollar nur 110.000. Wenn solche Sprünge auch nichts Alltägliches sind, so haben wir sie doch schon öfters in den letzten Jahren gehabt.

Aus dem Angeführten geht hervor:

a) Solange Deutschland nicht zur Goldwährung zurückgekehrt ist und seine Wirtschaft sich noch nicht nach den Bedingungen des Weltmarktes orientiert, ist der Goldlohn nicht möglich, auch nicht als Rechenbasis. [494 (462)]

b) Die deutsche Regierung kann und wird nicht zur Goldwährung zurückkehren, weil der herrschenden Klasse damit die Möglichkeit des Steuerbetrugs und der Konfiskation in den unteren Klassen genommen würde, die einzigen beiden großen Verdienstmöglichkeiten, die der bankerotte deutsche Kapitalismus noch hat.

c) Die Arbeiter haben aber selbst gar kein Interesse daran, die Wirtschaft nach den alten Bedingungen des kapitalistischen Marktes zu orientieren. Die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes in der Wirtschaft mit den unerhörten Differenzierungen der Arbeitslöhne ist kein Ideal.

Unsere Parole: „Kampf um den Friedensreallohn“ ist viel vollständiger und entspricht den Interessen des Proletariats viel mehr als die Parole „Goldlohn“, die neue Illusionen erweckt und doch nur Enttäuschungen bringen kann. Der Kampf um den Friedensreallohn schließt ein den Kampf um den Sturz des Finanzschwindelsystems in Deutschland. Nicht mit und durch die jetzige Regierung kommen die Arbeiter zu einem wertbeständigen Lohn, sondern nur im Kampf gegen sie. Erfassung der Sachwerte, ein neues, die Besitzenden belastendes Steuersystem, Kontrolle der Produktion und Arbeiterregierung sind unbedingte Voraussetzungen zur Beseitigung des Lohnbetruges. Sie sind aber auch Etappen, um die deutsche Wirtschaft wenigstens teilweise von den Wellenschlägen der kapitalistischen Krise auf dem Weltmarkt frei zu machen und ermöglichen die ersten Schritte auf dem Wege zu einer Planwirtschaft mit der Grundlage der Bedarfsdeckung.

*

Einige politisch-organisatorische Fragen.

Von W. Ulbricht.

I.

Der Abwehrkampf gegen den Faschismus und gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten hat in Verbindung mit der Bildung der proletarischen Einheitsfront gezeigt, daß wesentliche organisatorische Schwächen die Partei bei Durchführung ihrer politischen Aufgaben hemmen. Der organisatorische Ausbau ist verbunden mit der politischen Entwicklung der Partei. Am deutlichsten zeigen sich im Verlauf der Aktionen die Schwächen des Organisationskör-

pers und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Ueberwindung. Deshalb hinkt in der Regel die organisatorische Entwicklung der Partei den politischen Aufgaben nach. Das kann besonders zur Hemmung der Aktionen führen, wenn die Partei aus traditionellen Rücksichten oder anderen Gründen es nicht genügend verstanden hat, bei vorangegangenen Kampagnen und Aktionen das organisatorische Fazit der Bewegung zu ziehen und die notwendigen organisatorischen Maßnahmen durchzuführen. Die Kommunistische Partei, die sich zur Aufgabe stellt, breite Massen der Arbeiter zielbewußt zu führen und vorwärts zu treiben, muß es im Interesse der Aktionsfähigkeit der Partei fertig bringen, organisatorische Erfahrungen der Gesamtpartei bzw. der fortgeschrittensten Parteiorganisationen auch in den Organisationen durchzusetzen, wo infolge unzureichender revolutionärer Erfahrung Teile der Parteimitgliedschaft von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen noch nicht völlig überzeugt sind. Derselbe Grundsatz gilt selbstverständlich auch für das Verhältnis zwischen der Exekutive der Komintern und den einzelnen Sektionen.

[495 (463)] Die ungeheuren Ausgaben, die die Partei im Kampf gegen die Verelendung der Arbeitermassen, gegen die Verschacherung der deutschen Nation an, den französischen Imperialismus, sowie im Kampf gegen den Faschismus zu erfüllen hat, die Steigerung der revolutionären Kampf in den kommenden Monaten und Wochen erfordern, daß die Partei ernstlich ihr organisatorisches Rüstzeug prüft.

Die „taktische Situation der Arbeiterschaft in der Periode des Abwehrkampfes zeigt, daß nur dann erfolgreich der Angriff des Gegners abgeschlagen werden kann, wenn eine schnelle Mobilisierung breiter Massen an der entscheidenden Stelle möglich ist und die Arbeiterschaft der nichtbeteiligten Bezirke bzw. Industrien zur Unterstützung der Kämpfenden beiträgt. Der offensive Gegner ist stets im Vorteil, weil er planmäßig mit konzentrierten Kräften angreift, und zwar nach Möglichkeit an den schwächsten Stellen der Arbeiterschaft. Die Kommunistische Partei als einzige zielsichere Führerin der Arbeiterklasse wird nur dann imstande sein, in breiter Arbeiterfront die Angriffe abzuwehren, wenn sie versteht, breite Massen schnell zu mobilisieren und entsprechend der taktischen Situation zu manöverieren. Diese Kampfausgaben gebieten den organisatorischen Aufbau nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Partei muß fest in den Betrieben verwurzelt sein und die Betriebszellen müssen das Fundament der Partei im weitesten politischen und organisatorischen Sinne bilden.

2. Die Zehnergruppen müssen als politisch-organisatorische Arbeitsorgane der Partei funktionieren.

3. Die Partei muß straff zentralisiert und diszipliniert sein.

Der Betrieb, die Produktionsstätte ist der Ort, wo Massen, von Arbeitern täglich gemeinsam fronden müssen und im Kampf um das nackte Leben zusammengeschweißt werden. Unmittelbar saust hier die Peitsche der großindustriellen Diktatur auf die Arbeiter nieder und es gilt, durch tägliche revolutionierende Arbeit der kommunistischen Betriebszellen den Abwehrwillen und die Empörung der Arbeiter umzumünzen in revolutionäre Kraft, es gilt das Selbstbewußtsein zu stärken und Kampfpositionen zu erobern. Der Betrieb ist die Quelle der revolutionären Kraft des Proletariats. Besonders die gegenwärtigen in weitestem Ausmaß stattfindenden Lohnkämpfe zeigen die Notwendigkeit der kommunistischen Betriebszellen. Ist die Partei auf aktiven Betriebszellen aufgebaut, so wird sie imstande sein, die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer zu brechen, die Teilkämpfe vorwärts zu treiben, zu verbreitern, zusammenzufassen, mit konzentrierter Kraft zu steigern und über den ursprünglichen wirtschaftlichen Rahmen hinauszutreiben. Nur mit Hilfe der Betriebszellen kann die Partei jene Gebote einer revolutionären Kampfleitung in die Tat umzusetzen, die Genossin Rosa Luxemburg in der Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ folgendermaßen formuliert:

„Die Parole, die Richtung dem Kampfe zu geben, die Taktik des politischen Kampfes so einzurichten, daß sie jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisieren wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt, daß die Taktik der Sozialdemokratie **nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses** steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorauseilt, das ist die wichtigste Aufgabe der ‚Leitung‘ in der Periode des Massenstreits.“

Der Abwehrkampf der Arbeiter kann nur dann in breiter Front durchgeführt werden, wenn die Parteiorgane es verstehen, die allgemeinen Kampfaufgaben der Kommunistischen Partei in jedem Betrieb, Ort und Bezirk in Verbindung zu bringen mit den dort vorhandenen speziellen Nöten der Arbeiter. Deshalb ist die Tätigkeit der Bezirksleitungen für die Durchführung der Bewegungen von besonderer Bedeutung. Die Bezirksleitungen müssen Kampfleitungen sein. Sie haben nicht etwa nur [496 (464)] die Aufgabe, die politischen Anweisungen der Zentrale auf dem Verwaltungswege weiterzugeben, sondern sind verpflichtet, diese konkret durchzuführen und entsprechend den Verhältnissen in den einzelnen Bezirken, Orten und Betrieben unter Umständen zu ergänzen und zu popularisieren. Voraussetzung dazu ist nicht nur eine innige Zusammenarbeit zwischen Bezirksleitung und Ortsgruppen und Unterbezirksleitungen und Ortsgruppen, sondern auch direkt mit den einzelnen Betriebszellen. Die schnelle Einleitung und erfolgreiche Durchführung von Aktionen hängt wesentlich davon ab, wie weit es die Bezirksleitungen verstehen, den Betriebszellen und Ortsgruppen individuell konkrete Anweisungen zu geben, die Durchführung zu unterstützen und die Ausführung zu kontrollieren.

Notwendig zeitigt die Konkretisierung der allgemeinen Anweisungen der Zentrale insofern wesentliche Gefahren, als passive Ortsgruppen und einzelne Genossen ihre Untätigkeit nach echt sozialdemokratischer Manier mit den besonderen Verhältnissen am Ort zu begründen versuchen. Gegenüber diesen Tendenzen muß mit Hilfe schärfster Kontrolle durchgesetzt werden, daß die allgemeinen Anweisungen der Partei, ganz gleich, ob es sich handelt um die Kampagne für Arbeiterregierung und Sachwerterfassung oder um die Rote-Hilfe-Woche, in jedem Bezirk mit allen Kräften zur Durchführung gelangen. Diese passiven Tendenzen, die oft in der Schwäche der kommunistischen Bewegung wurzeln, wirken sich außerdem in der falschen Anwendung der Einheitsfronttaktik aus. Es genügt nicht, gegen diese Tendenzen Resolutionen zu schreiben, sondern es ist notwendig, durch individuelle nachdrückliche Bearbeitung der einzelnen Ortsgruppen und Genossen und durch Ausbau einer systematischen Kontrolle der Parteiarbeit diese Fehler zu verhindern. Besonders kraß tritt die Passivität vieler Organisationen in Erscheinung, wenn in irgendeinem Gebiet des Reiches eine Massenbewegung der Arbeiter sich entwickelt. Statt sofort darauf zu reagieren und die Kämpfenden zu unterstützen, verhalten sich die Organisationen, als ob ihnen dies alles nichts angeht. Werden zur Zeit in Sachsen die proletarischen Hundertschaften gebildet und die übrigen Bezirke verhalten sich passiv, so bedeutet das eine Schwächung der Bewegung in Sachsen, während doch gerade das sächsische Beispiel in erster Linie ein Mittel sein sollte, die Abwehrbewegung der Arbeiter im Reichsmaßstab zu beeinflussen. Nur wenn im übrigen Reich lebendig auf die Bewegung reagiert wird, ist die Partei in der Lage, die Kampferfahrungen eines Gebietes auch den nicht direkt beteiligten Arbeitern nachhaltig zum Bewußtsein zu bringen.

Die Ausnutzung der konkreten Situationen in den einzelnen Bezirken bringt die Gefahr der Kantönli-Politik mit sich. Deshalb ist besonders in der Periode der Abwehrkämpfe nicht nur im Interesse der Zusammenfassung der Bewegung, sondern zur Vermeidung rechter Abweichungen die straffste Zentralisation der KP notwendig. Das gleiche trifft auch auf die Zentralisation der Kommunistischen Internationale zu.

Wenn wir feststellten, daß die Aktionsfähigkeit der Partei wesentlich abhängt von ihrem Organisations-Ausbau und den Organisations-Methoden und darauf hinwiesen, daß im Interesse der Kampffähigkeit der Partei wenn notwendig, auch schmerzvoll die organisatorischen Umstellungen durchgeführt werden müssen, so taucht die Frage auf, hat die KPD bisher der systematischen Förderung des organisatorischen Aufbaues der Partei die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet? Wir antworten nein. Die organisatorischen Fragen wurden meist nur als verwaltungstechnische Aufgaben behandelt. Am deutlichsten zeigte sich das in der Zehnergruppenfrage. Obwohl die Organisationen von der Zentrale ausführlich und nachdrücklich auf die politische Bedeutung der Zehnergruppen hingewiesen wurden, sahen die örtlichen Organisationen vor allem die kassentechnische Seite der Frage und soweit überhaupt Zehnerführer existieren, sind sie zumeist als Beitragskassierer tätig.

Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis des organisatorischen Aufbaues der Partei besteht darin, daß die organisatorischen Erfahrungen der Orts-[497 (465)]gruppen und Bezirke nicht ausgetauscht

und der Gesamtpartei zugänglich gemacht werden. Seit einiger Zeit füllt zwar „Der Parteiarbeiter“ diese Lücke aus, es ist aber außerdem erforderlich, daß alle Parteimitglieder die Erfahrungen kennen lernen. Das ist in erster Linie die Ausgabe der kommunistischen Tagespresse. Gegenwärtig werden in der kommunistischen Presse organisatorische Fragen fast nie besprochen, obwohl das zur Anregung der Tätigkeit jedes einzelnen Mitgliedes dringend notwendig ist. Die Verbreiterung der Parteibasis erfordert eine schnellere Heranbildung von Funktionären: Die Pressediskussion über Organisationsfragen ist ein geeignetes Mittel, um die werdenden Funktionäre zu informieren und ihnen Organisationserfahrungen mitzuteilen. Es kommt hinzu, daß die organisatorische Entwicklung der einzelnen Parteibezirke speziell Erfahrungen zeitigt. Aus diesem Grunde müssen die Erfahrungen, vor allem der fortgeschrittensten Bezirke der übrigen Parteimitgliedschaft mitgeteilt werden, damit in den übrigen Bezirken der Erfahrungsweg bis zu einem gewissen Grade abgekürzt werden kann.

Von besonderer Bedeutung für unsere Parteiarbeit ist neben den angegebenen Aufgaben die Beobachtung der organisatorischen Tätigkeit des Gegners. Die Partei muß aufs genaueste informiert sein über die allmählichen Veränderungen in der VSPD wie z. B. über den Aufbau des Betriebsobleutesystems der Sozialdemokratischen Partei. Wir müssen weiter wissen, wie die Faschisten ihre Tätigkeit in den Betrieben organisieren und mit welchen Mitteln sie versuchen, ihren Einfluß systematisch zu verbreitern. Eine schnelle Information der Parteileitungen über derartige Beobachtungen ist notwendig, damit die Partei imstande ist, entsprechend darauf zu reagieren und die Gesamtheit der Funktionäre davon in Kenntnis zu setzen.

II.

Wir stellten fest, daß die Kampffähigkeit der Partei im wesentlichen von der Verwurzelung unserer Tätigkeit in den Betrieben abhängt. Trotz der Bedeutung der systematischen kommunistischen Tätigkeit in den Betrieben, hat die Partei bisher dieser Aufgabe nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Das ist zum Teil begründet in der sozialdemokratischen Tradition, die noch mehr oder weniger auf der Partei lastet. Es muß aber außerdem betont werden, daß der Aufbau der Partei auf den Betrieben wesentlich gehemmt wurde durch jene Beschlüsse des Heidelberger Parteitages, die die Spaltung des Spartakusbundes zur Folge hatten. Indem die Trennungslinie zu weit rechts gezogen wurde, verließen gesunde revolutionäre Elemente die Partei, und jene Genossen, die zur Linken gehörten, aber in der Partei verblieben, waren nicht imstande, zu verhindern, daß die Partei gegenüber der KAP in das entgegengesetzte Extrem verfiel. Meines Erachtens ist es auf diese Tatsache mit zurückzuführen, daß auf dem Vereinigungsparteitag zu weitgehende Konzessionen an die sozialdemokratische Organisationstradition gemacht wurden. Erst jetzt, nach harten Erfahrungen, geht die Partei dazu über, die Organisation auf den Betrieben aufzubauen, weil ohne Betriebszellenarbeit die richtige Durchführung der Einheitsfronttaktik unmöglich ist. Nur auf diesem Wege ist die Partei imstande, breite Massen schnell in den Kampf zu führen, den Abwehrkampf gegen den Faschismus zu organisieren, die Wirtschaftskämpfe entscheidend zu beeinflussen, die Revolutionierung der Gewerkschaften zu forcieren und den Kampf um die Arbeiterregierung im Reich durchzuführen.

Wesentlich ist der Einfluß der Betriebszellenarbeit auf die Partei selbst. Durch die tägliche revolutionäre Arbeit in den Betrieben wird der kommunistische Einfluß erweitert, die Partei wird zu einer Massenpartei des Proletariats, umgeben von einem breiten Ring Sympathisierender. Dieses Anwachsen der Partei kann selbstverständlich auch hemmend auf die revolutionäre Aktionsfähigkeit der Partei wirken, be-[498 (466)]sonders dann, wenn unser Einfluß unter den Kleinbauern und Mittelschichten wächst und sich organisatorisch auswirkt. Diesen Gefahren kann nur begegnet werden, indem die Betriebszellen das Fundament der Partei im weitesten Sinne des Wortes bilden. Dadurch wird den fortgeschrittensten revolutionärsten Elementen der Industriearbeiterschaft der entscheidende Einfluß in der Partei gesichert. Vor allem bietet aber die Betriebszellenarbeit die Möglichkeit, die Parteimitgliedschaft zur aktiven Parteiarbeit heranzuziehen. Im Betrieb werden die Genossen täglich vor konkrete Kampfausgaben gestellt und die Betriebszellenleitung ist imstande, durch die dauernde innige Verbindung mit jedem einzelnen Genossen die Parteimitglieder zur Tätigkeit heranzuziehen und zu kontrollieren. Mit Hilfe der Betriebszellen kommen wir somit der Verwirkli-

chung des Grundsatzes näher: Jedes Parteimitglied ein Funktionär. Die Kontrolle der Parteitätigkeit der einzelnen Mitglieder durch den Parteikörper im Betriebe, die Betriebszelle, hat zugleich eine stärkere Kontrolle der Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zur Folge. Indem die Betriebszelle als höchste Parteiinstanz im Betrieb von vornherein die Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte beeinflußt, können zahlreiche Differenzen zwischen den kommunistischen Betriebsräten und den Parteigenossen im Betrieb verhindert werden. Die Einhaltung der einheitlichen kommunistischen Linie im Betrieb wird damit ermöglicht. Von entscheidender Bedeutung für die gesamte Parteiarbeit ist die Tätigkeit der Betriebszellen in Perioden der Illegalität. Die italienische Erfahrung lehrt, daß die Partei in diesen Zeiten nur in den Betrieben die Arbeiter beeinflussen kann.

Neben den Hauptarbeits-Organen, den Betriebszellen, sind die Zehnergruppen die Arbeitsorgane der Partei. Auf Grund der Erfahrungen in der Märzaktion ging die Partei dazu über, in allen Orten die Organisation nach Zehnergruppen aufzubauen. Durch Uebertragung der Beitragskassierung an den Leiter der Zehnergruppe sind die Zehnergruppen, soweit sie überhaupt bestehen, in den meisten Orten derart verunstaltet worden, daß sie als politisch-organisatorische Organe der Partei nur in völlig ungenügender Weise in Betracht kommen. Die Funktionen der Zehnergruppe sind in erster Linie politischer Natur. Die Zehnergruppen sind verpflichtet, die Bewohner ihres Tätigkeitsbereiches systematisch politisch zu beeinflussen, die besonderen Lebensverhältnisse der Bewohner zu beobachten, um Anknüpfungsmöglichkeiten für die politische Arbeit zu finden. Mitgliederwerbung, Abonnentengewinnung, Verbreitung des Agitationsmaterials und Schriftenvertrieb in den Arbeiterwohnungen, all das ist Aufgabe der Zehnergruppen. Insbesondere sind die Zehnergruppen verpflichtet, dem Informationsdienst das Augenmerk zu widmen, damit Maßnahmen des Gegners, wie z. B. der Faschisten, rechtzeitig festgestellt werden können. All diese Arbeiten sind nur durchführbar, wenn die Zehnergruppen wirklich politisch-organisatorische Arbeitsorgane der Partei sind und die Leitung der Zehnergruppe es versteht, die Mitglieder der Gruppe zur Arbeit heranzuziehen.

Für den Ausbau der Parteiorganisation läßt sich unmöglich für alle Orte ein gleiches Schema aufstellen. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Frage der Zusammenarbeit zwischen Betriebszellen und Zehnergruppen und bei der Beitragskassierung. Solange die Parteibeiträge nur im Wohnbezirk kassiert werden, liegen die Verhältnisse organisatorisch sehr einfach, indem Genossen, die der Betriebszelle angehören, zugleich von der Zehnergruppe des Wohnbezirks erfaßt werden. Um zu zeigen, in welcher Richtung der Organisationsaufbau durchgeführt werden muß, sei nachfolgend in kurzen Strichen das Ziel des Organisationsaufbaues skizziert:

Alle Parteimitglieder, die in einem Betrieb beschäftigt sind, gehören zur Betriebszelle, und sind vom Zellenobmann registriert. Die Genossen sind verpflichtet, in Verbindung mit der Betriebszellenleitung die politische und organisatorische Arbeit im Betrieb zu leisten. Die Beiträge der Genossen werden vom Zellenkassierer eingezogen, der rechnet ab mit dem [499 (467)] Hauptkassierer am Ort. Der Genosse gehört jener Parteiorganisation an, in deren Bereich der Betrieb liegt. Ob der Genosse in einem Ort wohnt, der 5 oder 20 Kilometer entfernt ist, spielt dabei gar keine Rolle. Z. B. ein Genosse arbeitet in Erfurt im Betrieb von Hagans und wird dort kassiert, so gehört er der Erfurter Parteiorganisation an. Der Genosse wohnt aber in Arnstadt. In diesem Falle würde der Genosse in der Ortsgruppe Arnstadt von seiner Zehnergruppe nur registriert, damit die Parteiorganisation informiert ist, welche Parteimitglieder, die nicht von der Ortsgruppe kassiert werden, im Bereich der Zehnergruppen wohnen und evtl. zur Arbeit herangezogen werden können.

Die Zehnergruppen der Wohnbezirke erfassen alle Genossen und Genossinnen, die im Tätigkeitsbereich der Zehnergruppe wohnen. Der eigentlichen engeren Zehnergruppe gehören Genossen und Genossinnen an, die nicht durch Betriebszellen erfaßt sind. Diese Parteimitglieder haben in erster Linie die verantwortliche Parteiarbeit in der Zehnergruppe zu leisten, insbesondere sind die Genossinnen heranzuziehen, die durch ihre tägliche Anwesenheit im Hause die Verhältnisse der Bewohner kennen und am ehesten Verbindung mit ihnen besitzen. Die Tätigkeit der Zehnergruppen ist somit besonders wichtig für die Beeinflussung breiter Mittelschichten, die in der Regel nur im Wohnbezirk erfaßt werden können. Während die Betriebszellen die in den Großbetrieben beschäf-

tigten Industriearbeiter beeinflussen, ist es Aufgabe der Zehnergruppen, die in den Kleinbetrieben Beschäftigten sowie die Mittelschichten politisch zu bearbeiten. Ein Mitglied der Zehnergruppe ist speziell mit der Beitragskassierung zu betrauen. Der Kassierer darf jedoch nicht zugleich der politische Leiter der Zehnergruppe sein.

Die Durchführung des Organisationsaufbaues im vorstehenden Sinne erfordert eine lange zähe Arbeit und darf nicht überstürzt geschehen, damit der Parteiapparat keine Schädigung erleidet. Wenn wir auf die Frage der Beitragskassierung eingingen, so nur deswegen, um den Genossen die letzten Konsequenzen der organisatorischen Umstellung aufzuzeigen. Jetzt ist es in erster Linie notwendig, die Betriebszellen zu schaffen, den Vertretern der Betriebszellen im Funktionärkörper, vor allem in den Parteileitungen den entscheidenden Einfluß zu sichern und die Registrierung der Parteimitglieder nach Betrieben durchzuführen. Erst wenn all das geschehen ist, kann in Großbetrieben, wo die Verhältnisse einfach liegen, mit der Betriebskassierung begonnen werden.

Die Umstellung der Parteiorganisation von der Propagandapartei zur Aktionspartei rollt die Frage der Demokratie innerhalb der Partei auf. Diese Frage ist auch deswegen jetzt von Bedeutung, weil mehr als bisher Kleinbürger, Kleinbauern usw. der Partei beitreten und auf diese Art in manchen Orten und Gebieten der Einfluß dieser kleinbürgerlichen Elemente die politische Tätigkeit der Partei stark beeinflussen kann. Will die Partei auch weiterhin die Partei des Klassenkampfes bleiben, so muß den fortgeschrittensten Elementen der Industriearbeiterschaft auf jeden Fall der entscheidende Einfluß in der Partei gesichert sein. Das bedeutet keineswegs die Einteilung der Parteimitglieder in zwei Kategorien, sondern erfordert nur, daß die Mitgliederversammlungen, Konferenzen usw. vom Funktionärkörper bzw. von der Parteileitung gründlich vorbereitet werden. Z. B. werden gegenwärtig zumeist die Ortsleitungsmitglieder auf typisch sozialdemokratische Art in der allgemeinen Mitgliederversammlung gewählt, wobei die Stimmungsmache oft das Wahlergebnis beeinflußt. Statt dahin zu wirken, daß die von den Betriebszellen der Großbetriebe vorgeschlagenen Genossen sowie die Ressortleiter die Ortsleitung bilden, ist zumeist das Wahlergebnis ein Zufallsresultat. Die ungenügende Verbindung der auf sozialdemokratische Art und Weise gewählten Parteileitung mit den ausführenden Organen der Parteibeschlüsse zeitigt oft Differenzen, weil die Beschlüsse oft undurchführbar sind. Aus diesen Gründen muß in allen Ortsgruppen ein Funktionärkörper geschaffen werden, der sich zusammensetzt aus der Ortsleitung. Dieser Funktionärkörper tritt mindestens [500 (468)] 14tägig zusammen, beratet alle Fragen vor, die in der Mitgliederversammlung zur Diskussion gestellt werden und beschließt bei Funktionärwahlen den Wahlvorschlag. Es kann dann also nicht mehr vorkommen, daß in der Mitgliederversammlung eine Liste von 25 Kandidaten zur Ortsleitung vorliegt, während nur zehn Genossen zu wählen sind. Außerdem ist die Vorschlagsliste der Funktionärversammlung so zusammenzusehen, daß entsprechend den Vorschlägen der wichtigsten Großbetriebszellen die Vertreter aus den Großbetrieben und entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen auch die Beauftragten für die wichtigsten Ressorts in die Ortsleitung kommen. Die allgemeine Mitgliederversammlung bestätigt oder korrigiert diese Vorschläge der Funktionäre.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in bezug auf die Delegation zu Konferenzen. Heute werden oft Genossen auf Bezirksparteitage, Unterbezirkskonferenzen usw. entsandt, weil sie in irgendeiner Frage sich besonders laut bemerkbar machten, während sie in der Parteiorganisation keine bestimmten Funktionen ausüben. Werden diese Genossen zu Konferenzen delegiert, so hat das zur Folge, daß die Beschlüsse der Konferenz in dem betreffenden Ort ungenügend oder gar nicht durchgeführt werden, weil der Genosse nicht selbst mit zu den ausführenden Organen gehört, und die leitenden Parteiorgane am Ort nur unzureichende Informationen besitzen. Deshalb ist es notwendig, daß leitende verantwortliche Funktionäre delegiert werden. Sollten die Parteigenossen der Meinung sein, daß der betreffende Delegierte nicht genügend energisch die Auffassung der Ortsgruppe vertritt, dann ist der Betreffende auch nicht in der Lage, als erster oder zweiter Vorsitzender in der Ortsgruppe zu fungieren und man soll konsequent sein und ihn seines Postens entheben. Nur wenn die Partei-Demokratie so durchgeführt wird, daß eine innige Verbindung zwischen beschließenden und ausführenden Organen vorhanden ist, ist die Aktionsfähigkeit der Partei gewährleistet.

Vorstehende Ausführungen sind das Resultat der Beobachtungen und Erfahrungen in den letzten Monaten. Es erscheint uns notwendig, daß über diese Fragen in den Parteiorganisationen eingehend diskutiert wird, damit bei der organisatorischen Umstellung der Partei alle Erfahrungen berücksichtigt werden können. Die Durchführung der Betriebszellenarbeit mit allen ihren organisatorischen Folgen ist ein Entwicklungsprozeß, der den organisatorischen Aufbau der Partei grundlegend ändert und die organisatorischen Voraussetzungen für die Kampffähigkeit der Kommunistischen Partei schafft. Wir sind uns klar über die Widerstände, die in einzelnen Organisationen entstehen. Aber gerade deswegen gilt es, mit aller Energie an die Arbeit zu gehen, damit die organisatorischen Schwächen der Partei nicht zum Hemmnis ihrer Aktionsfähigkeit werden.

*

Die Strategie von Lausanne.

Von L e o n i d.

Fünf grundlegende Ergebnisse zeitigte die Lausanner Konferenz:

1. Die Verständigung zwischen England und Amerika in der Erdölfrage.

2. Ein starkes wirtschaftliches Vordringen der Amerikaner im Nahen Orient. [501 (469)]

3. Die Niederlage Frankreichs, das in Lausanne die Politik eines Rentierstaates getrieben hat.

4. Sieg der Türken auf der ganzen Linie, vor allem in der Frage ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit.

5. Anzeichen der Anbahnung einer panasiatischen Einheitsfront durch Annäherung zwischen Japan und der Türkei.

*

Bei der Eröffnung der Konferenz von Lausanne hieß es: Um das P e t r o l e u m geht der Kampf. Auf der einen Seite standen Engländer und Franzosen, die 1920 in San Remo das Erdöl von Mossul kameradschaftlich unter sich verteilt hatten und nun um keinen Preis etwas von diesem Fell eines nicht getöteten Bären abgeben wollten. Auf der anderen Seite stand nur ein einziger Mann – Mister Child, der amerikanische Botschafter in Rom – in Wirklichkeit neben Jules Cambon der europäische Statthalter der Standard Oil. Child redete wenig, aber handelte viel. Zunächst sicherte er sich die Türken, die bereits vor Lausanne von Abgesandten der Standard Oil bearbeitet wurden. Man versprach Kemal wirtschaftliche und politische Unterstützung, und Kemal entdeckte, daß Mossul seit jeher eines der heiligsten Güter der Muselmänner ist. Das war aber nur ein strategischer Trick der Amerikaner. Nachdem sie in dieser Weise die Engländer mit dem Gespenst einer amerikanisch-kemalistischen Einheitsfront gehörig erschreckt hatten, nachdem sie auf der anderen Seite England an seine Schulden erinnert hatten, kehrten sie den Spieß um und sagten: Seht, so stark sind wir, aber unser Herz ist weich und mitleidig. Wir wollen mit euch das Geschäft zusammen machen – auf Kosten der Franzosen.

Und es geschah. Während man in Lausanne stürmisch über die Meerengen stritt, entwickelten sich im Haag unauffällig und glatt Verhandlungen zwischen der Shell-Anglo Persian und der Standard Oil. Die Verständigung war nicht schwer. Man brachte nur das zu Ende, was schon 1921 hinter den Kulissen der Washingtoner Konferenz angebahnt worden war: A u s d e h n u n g d e s e n g l i s c h-a m e r i k a n i s c h e n W e l t k a r t e l l s a u f d a s E r d ö l, wohlgemerkt, mit starken englischen Zugeständnissen. Die Beilegung des englisch-amerikanischen Petroleumkrieges, die eine weltpolitische Zusammenarbeit zwischen den Angelsachsen diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans überhaupt erst möglich gemacht hat, erscheint in folgendem Licht: England, das nach dem Kriege das Monopol der Petroleumquellen in der ganzen Welt mit Ausnahme Nordamerikas und Mexikos inne hatte, räumt dem Rockefellertrust einen ansehnlichen Anteil an diesem Monopol ein. Ob das auch bedeuten soll, daß Engländer und Amerikaner in der Petroleumfrage von nun ab auch nach außen gemeinsam auftreten werden, so um Baku und Grosny zu erobern, ist noch unklar. In Lausanne jedenfalls war eine solche Zusammenarbeit für den Nahen Orient (Mossul, wohl auch

Persien und Palästina) angebahnt worden und das hatte zur Folge, daß die Franzosen, die eben noch sehr vorteilhaft als uneigennützige Beschützer der Türken gegen die Engländer aufgetreten waren, plötzlich sich von allen Seiten betrogen sahen, ihre schöne Diplomatie sofort aufgeben mußten und – um zu retten, was noch zu retten war – von nun ab unverblümt eine Stellung gegen die Türken einnahmen, die jetzt zusammen mit den [502 (470)] Engländern und Amerikanern marschierten. Als die Sache so weit fortgeschritten war, fuhr Lord Curzon nach Hause. Die Petroleumfrage war erledigt, und England brauchte nicht mehr zu fürchten, daß die Franzosen ihre vorteilhafte Stellung im Nahen Orient zum Druck auf England in der Ruhrfrage ausnützen werden. Diese vorteilhafte Stellung besaß Frankreich nicht mehr.

Es wäre falsch, diese ganze Geschichte, die in ihren Einzelheiten oft eher einem spannenden Film, als einer Weltpolitik ähnelt, lediglich als diplomatisches Intrigenspiel zu bewerten. Denn unmittelbar nach der Erledigung der Petroleumfrage trat in logischer Konsequenz das zweite Ereignis ein: die Chester-Konzession. Die Engländer erhoben keinen Laut dagegen, die Franzosen bekamen hysterische Krämpfe. Und der Sinn des ganzen war: Die Vereinigten Staaten dringen mit der ganzen Wucht ihres konzentrierten Kapitals, ihres nach dem Kriege entstandenen ungeheuren Kapitalexportbedürfnisses in Vorderasien ein. England steht nicht im Wege. Die Türkei selbst ebenfalls nicht – heute nicht. Frankreich hat nichts zu sagen und wird im übrigen im Zaume gehalten, dafür gibt es in Paris die Banque de Paris et des Pays Bas. Der Weg für den Dollar ist frei, der Aufmarsch beginnt.

England selbst hat durch Lausanne seine schwankende Position im Nahen Orient stark befestigt. Nicht nur in der Türkei, wo es augenblicklich neben den Amerikanern ein wirtschaftliches Vordringen vorbereitet (Leslie Urquharts „Societé Générale“), sondern – auch in Mesopotamien, Palästina, Aegypten, Persien – bis nach Indien. Dieser Tatsache mußte auch Rußland Rechnung tragen, als es bei dem Konflikt mit England seinerseits einen Bruch vermied. Die Außenpolitik der vom Proletariat geleiteten Weltmacht darf nicht durch Gefühlsmomente, sondern einzig durch das jeweilige internationale Kräfteverhältnis bestimmt werden. Lausanne und dann die Noten Curzons hatten für einen Augenblick einen der größten Gegensähe der Weltgeschichte, den Gegensatz zwischen der Weltmacht der russischen Bauern und Arbeiter und der Weltmacht der englischen Kaufleute, Rentner und Industriellen in aller Schärfe beleuchtet. Aber nur für einen Augenblick. Es folgt eine neue Periode verdunkelten Kampfes nach innen und diplomatischer Phrasen nach außen – bis ein neuer offener Ausbruch gereift ist. Dann wird aber das Kräfteverhältnis unzweifelhaft eine gründliche Umwandlung erfahren haben. Diesmal stand Rußland unvorbereitet und noch nicht endgültig erholt da. Das war einer der wichtigsten Gründe dafür, warum es England gelang, Rußland in Lausanne in seinem Aktionsradius zu beschränken. Das nächste Mal wird Rußland mit verstärktem und vervollkommnetem Waffenvorrat auftreten können. Daran arbeitet es heute: siehe Getreideexport, Ausbau der inneren Verwaltung, Festigung der Beziehungen mit China und Japan, Moskauer Besuch der oppositionellen Wirtschaftler aus Amerika und Frankreich. Um das Lausanner Fazit für England zu ziehen: die politische Revolution der vorderasiatischen Welt gegen England ist für den Augenblick zurückgestellt. Die wirtschaftliche Revolution vollzieht sich weiter, wenn auch nur langsam.

Alles in allem bedeutet Lausanne einen unzweifelhaften Erfolg der anglo-amerikanischen [503 (471)] Entente und ein Anzeichen für den Erfolg dieser Entente auch an der Ruhr.

Demgegenüber hat Frankreich in Lausanne einen ganz großen Krach erlitten. Es zeigte sich dort genau wie im Ruhrkrieg das Janusgesicht des französischen Kapitalismus von heute. Einerseits entwickelt sich in Frankreich seit dem Kriege auf Grundlage der lothringischen Metallindustrie ein starkes schwerindustrielles Kapital, das nach innen gegen das Rentierkapital um den beherrschenden Einfluß im Staate und nach außen gegen Stinnes, um die europäische Hegemonie kämpft. Dieses Kapital in Frankreich ist aber noch jung und im Kampfe ziemlich unerprobt; es wird von den französischen Rentiers dauernd in seinen Bestrebungen gehindert: an der Ruhr, wo in der offiziellen französischen Politik das Problem „Deutschland soll zahlen“ oft das andere Problem

„die deutsche Schwerindustrie soll an das französische Lothringen angegliedert werden“ überschattet; in Lausanne, wo Frankreich zum Schluß eine Linie eingenommen hat, die der „Journée Industrielle“ zu einer wahren poincaréfeindlichen Aktion den Anlaß gab – wegen der ausgesprochenen „Rentierpolitik“ der Regierung. In der Tat: nachdem Frankreich sich in der Frage des Petroleums, das es dringend zum Ausbau seiner Kriegsmarine braucht, hintergangen sah, ließ es alle Rücksicht auf die „türkische Freundschaft“ und überhaupt auf seine politische Position im Nahen Orient fallen und konzentrierte sein Interesse auf die „Kouponfrage“. Die Türken sollen zahlen und weiter nichts! Es war der alte behäbige französische Rentier mit eigenem zweistöckigen Gartenhäuschen und Kapitalanlage in „exotischen Papieren“, der nichts von Rußland wissen will, solange es ihm nicht wieder regelmäßige Zinsen zahlt, für den das Problem Deutschland nur das Problem der Jahresreparationszahlungen ist – es war derselbe kleine Bourgeois, der in Lausanne die französische Politik gemacht hat. Wieder ein Beweis dafür, daß das Comité des Forges in Frankreich die Regierung noch nicht in der Hand hat.

So hat Frankreich in Lausanne nicht nur keine neue Positionen erobert, sondern alte verloren; es ist ihm nicht gelungen, seine Position im Ruhrkrieg England gegenüber durch Anbiederung an die Türken zu stärken, es hat sich vielmehr mit der ganzen muselmännischen Welt infolge seiner Lausanner Erpressungspolitik gegen Kemal verfeindet, es hat seine Stellung in Syrien dadurch geschwächt, es hat wenig Aussicht, genügend Erdöl aus Mossul für seine Kriegsflotte zu erhalten, und es hat sich schließlich weltpolitisch isoliert: nicht nur England, Amerika und Türkei hat es gegen sich, auch die Bestrebungen der französischen Handels- und Industriekreise, eine Annäherung an Rußland zu erzielen, zerbrechen an dem steifen Widerstand der augenblicklichen französischen Regierung. Der Versuch, sich durch Anbiederung an das neue Bulgarien zu entschädigen, kann das in Lausanne eingerissene Loch nicht verstopfen. Ein Zeichen dafür ist, wie leicht es jetzt England und Amerika gelingt, ihre hinter den Kulissen betriebene weltpolitische Vereinsamung Frankreichs im Ruhrkrieg zu erreichen.

Ein glänzendes Gegenstück zu der französischen bildete in Lausanne die türkische Strategie. Wie sonderbar das auch klingen mag, in der kemalistischen Politik merkte man eine fortgeschrittenere kapitalistische Tendenz als in der französischen Politik. Als Genosse Friedrich [504 (472)] und ich im vorigen Jahre in Angora lebten, überzeugten wir uns, daß der Hauptkampf der Kemalisten auf der kommenden Friedenskonferenz den wirtschaftlichen Dingen, der Sache der nationalen wirtschaftlichen Unabhängigkeit der jungen türkischen Bourgeoisie gelten wird. Und in der Tat: der Kern der türkischen Delegation in Lausanne lag in Wirklichkeit nicht bei Ismet Pascha, dem offiziellen Diplomaten, dem Sprachrohr, sondern bei der kleinen Gruppe „wirtschaftlicher Sachverständiger“, von denen kein Mensch etwas wußte und kein Zeitungskorrespondent eine Zeile berichtete, und die doch der ganzen türkischen Offensive in Lausanne den Inhalt gaben. Es ist bezeichnend, daß nicht bei Mossul und nicht bei der Meerengenfrage die Türken in Lausanne den schärfsten Widerstand gegen die europäischen Großmächte zeigten, sondern bei der in der Oeffentlichkeit wenig beachteten Frage der ausländischen Konzessionen in der Türkei, der wirtschaftlichen und rechtlichen Vorrechte der Ausländer usw. An dieser Frage, um die man ohne vielen Lärm in Kommissionen kämpfte, drohte mehrfach der Zusammenbruch der Konferenz und an keiner anderen. Mossul interessierte die Türken in Wirklichkeit wenig; es war nur ihr taktischer Trumpf gegen England und im übrigen eine amerikanisch-englische Angelegenheit; sobald die Engländer und Amerikaner die Mossulfrage unter sich geregelt hatten, war sie auch für die Türken von der Tagesordnung verschwunden. Sogar bei der Frage der Meerengen, die doch eine große militärstrategische Bedeutung für die Türkei hat, verhielten sich die Kemalisten sehr entgegenkommend, so daß Curzon bemerkte, die Türken zeigten weniger Interesse am Bosporus und den Dardanellen als die Russen. Doch die Situation änderte sich mit einem Schlage, als die wirtschaftlichen Fragen zur Beratung kamen. Bis dahin bewegte sich die Konferenz schnell und glatt vorwärts; jetzt zog sie sich weitschweifig in die Länge, die Zusammenstöße häuften sich aufeinander und die Verhandlungen wurden einmal überhaupt abgebrochen – alles weil die Türken nicht um einen Schritt nachgaben. Sie erklärten deutlich und scharf: daß die neue Türkei ihre freie wirtschaftliche

Entwicklung haben will und keine Fremdherrschaft duldet. Und es wurde klar, daß die Männer, die augenblicklich von Trapezunt bis Stambul fieberhaft am Ausbau der Handels- und industriellen Aktiengesellschaften arbeiten, die vor einigen Monaten in Smyrna einen für Lausanne entscheidenden „Wirtschaftskongreß“ abhielten und die die weitreichende Politik einer vom Auslandskapital unabhängigen kapitalistischen Entwicklung der Türkei konsequent verfolgen, – daß dieselben Kreise, die wir in Angora sofort als die eigentliche Seele der kemalistischen Regierung erkennen konnten, auch in Lausanne die Türkei vertraten. Diese Männer haben in Lausanne gesiegt (Annullierung der englischen Konzessionen Armstrongs, Vickers’ und der Turkish Petroleum Co. sowie der französischen Eisenbahnregie).

Und gerade hier fanden die Türken in Lausanne einen mächtigen Bundesgenossen – Japan, das vor einigen Jahrzehnten dieselbe Periode der Verselbständigung von Europa und Amerika, der Bildung eines eigenen Kapitalismus durchmachte. Sogar die Amerikaner, die sonst freie Entwicklung östlicher Völker (frei vom europäischen Kapital nämlich) predigten, verließen hier die Türken; denn eine Chester-Konzession wird durch eine solche Entwicklung gefährdet. Nicht aber Japan, zu dem die Türken heute als auf seinen Lehrer heraussehen [505 (473)] können und es auch tun. Kemal Pascha ist von Japanern umgeben, Verbrüderungsfeste finden statt, auf denen die Rassengemeinschaft der beiden Völker betont und ihre Zusammenarbeit in gemeinsamen asiatischen Interessen proklamiert wird. So meldet das beunruhigte Amerika, das dabei nur an die Konkurrenz des japanischen Kapitals in Anatolien denkt. Es ist aber viel mehr: Asien den Asiaten!

*

„Das russische Beispiel“.

Von G. Safarow.

I. Die Bundesverfassung.

Auf der letzten Tagung des Bundes-Zentral-Vollzugs-Ausschusses wurde die Verfassung des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken (S. S. S. R.) angenommen. Sie stellt die Bilanz der Errungenschaften der proletarischen Diktatur auf dem Gebiet der nationalen Frage dar. Die Grundzüge dieser Verfassung bestehen: 1. in dem freiwilligen und freien Eintritt von vier selbständigen Republiken in den Verband des Bundesstaates – der R. S. F. S. R., der Ukraine, Weißrußlands und der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik; 2. der Einräumung des Rechtes des freien Austritts aus dem Bund für jede der verbündeten Republiken; 3. der Zentralisierung der internationalen Beziehungen, des Außenhandels und der militärischen Angelegenheiten in den Händen der Bundesorgane; 4. der Zentralisierung des Transport-, Post- und Telegraphenwesens und der Einführung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes, eines gemeinsamen bundesstaatlichen Haushaltes und einer gemeinsamen Steuerpolitik: 5. der Einführung eines einheitlichen Bundesbürger-Rechtes; 6. der Organisation eines obersten Bundesorganes – des Bundes-Zentral-Vollzugsausschusses, aus zwei gewählten Körperschaften: dem Bundesrate, der auf dem Räte-Kongreß des Bundes aus Vertretern verbündeter Republiken nach dem Bevölkerungsverhältnis jeder einzelnen derselben gewählt wird, und dem Nationalitätenrate, der aus je fünf Vertretern auf jede verbündete und autonome Republik und je einem Vertreter auf jedes autonome Gebiet der R. S. F. S. R. gebildet wird; 7. der Schlichtung von Streitfragen zwischen dem Bundesrat und dem Nationalitätenrat auf dem Wege freier Vereinbarung.

Jede Verfassung ist die Widerspiegelung des Kräfteverhältnisses und der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Klassengruppierungen. Die Verfassung des Bundes sozialistischer Sowjetrepubliken ist die Widerspiegelung des internationalen Bundes zwischen Proletariat und Bauernschaft auf der Grundlage der Anerkennung der politischen Führung durch die Arbeiterklasse im Kampf gegen die internationale kapitalistische Umgebung, um die politische und ökonomische Selbständigkeit des Sowjetbundes und um den Wiederaufbau der Wirtschaft auf proletarisch-sozialistischer Grundlage. Die Einheit im Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus bedingt die Zentralisierung der militärischen Angelegenheiten, der internationalen Beziehungen und des Außenhandels.

[506 (474)] Das System der neuen ökonomischen Politik gewährt dem Privatkapital, gegen das als Barriere ein „Staatskapitalismus besonderer Art“ dient, der dem proletarischen Staat untergeordnet ist und von diesem für seine Zwecke benutzt wird, Zutritt auf das Gebiet der Sowjetordnung. Daraus geht mit Unvermeidlichkeit, die Notwendigkeit einer allgemein-staatlichen Zentralisation der Leitung der Großindustrie und des Transportes hervor, die die Rolle von „Kommandohöhen“ im Kampfe gegen das privatwirtschaftliche Element spielen. Der Rahmen des gemeinsamen Bundes-Staatshaushaltes wird bestimmt durch die Gemeinschaftlichkeit der Interessen der werktätigen Massen des Bundesstaates, ihre Interessiertheit an einer solchen Verwendung der staatlichen Einkünfte, die er ermöglicht, „um den Preis eines möglichst haushälterischen Geistes in unserer Wirtschaft dahin zu gelangen, jede geringste Ersparnis auf die Entwicklung unserer Großindustrie zu verwenden“. (N. Lenin.) Daran sind besonders stark und unmittelbar die vorhandenen bäuerlichen Randgebiete interessiert, deren industrielle Rückständigkeit die vorkapitalistischen, ökonomischen und kulturellen Zustände ausrechterhält und dem Privatkapital ungestraft erlaubt, dort den Methoden der Epoche der ursprünglichen Akkumulation nachzugehen. Die industrielle Kolonisierung der früheren kolonialen Randgebiete ist erst möglich nach Maßgabe der Hebung der Sowjetstaatswirtschaft. Mit dem großrussischen „Nöp-Mann“ (aus den Anfangsbuchstaben N. Oe. P. = neue ökonomische Politik) verbündet sich der einheimische Kapitalist und Ausbeuter, und sie beide gehen darauf aus, das einheitliche Zirkulationssystem des Sowjetstaates zu zerreißen, um am ökonomischen Separatismus zu verdienen.

Andererseits muß die einheitliche Bundesorganisation so angelegt werden, daß die staatliche Zentralisation unter dem Einfluß der alten Beamten nicht nur nicht in einen Großmachtsbürokratismus ausartet, sondern ganz entgegengesetzt – als Hebel zur Beseitigung der tatsächlichen nationalen Unebenbürtigkeit zwischen den kulturell und ökonomisch rückständigen und den fortgeschritteneren Völkern dient.

Der 12. Parteitag der RKP hat unterstrichen, daß „als eine der Aeußerungen des Vermächtnisses der Vergangenheit der Umstand anzusehen ist, daß ein beträchtlicher Teil der Sowjetbeamten, in der Metropole sowohl wie in der Provinz, den Bund der Republiken auffassen nicht als Bund gleicher Staatseinheiten, der berufen ist, die freie Entwicklung der nationalen Republiken zu gewährleisten, sondern als ein Schritt zur Liquidation dieser Republiken, als den Beginn der Bildung eines sogenannten „einigen Unteilbaren“.*)

Als ganz der gleiche Ausfluß des Vermächtnisses der Vergangenheit ist das Bestreben einiger Behörden der RSFSR, anzusehen, die [507 (475)] selbständigen Kommissariate**) der autonomen Republiken zu ihren Untergebenen zu machen oder sie zu liquidieren.

Der Parteitag hat eine solche Auffassung als reaktionär und antiproletarisch verurteilt und die absolute Notwendigkeit der Existenz und weiteren Entwicklung der nationalen Republiken betont; er hat alle Mitglieder aufgefordert, sorgfältig darauf zu achten, daß die Vereinigung der Republiken und die Verschmelzung der Kommissariate nicht von chauvinistisch gesinnten Sowjetbeamten zur Bemäntelung ihrer Versuche, die wirtschaftlichen und kulturellen Nöte der nationalen Republiken zu ignorieren, ausgenützt wird. Die Verschmelzung der Kommissariate ist der Prüfstein für den Staatsapparat: wenn diese Prüfung in der Praxis einen großmachtsüchtigen Hang ergeben würde, so würde die Partei gezwungen sein, gegen eine solche Entstellung die entschiedensten Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Aufrollung der Frage der Ueberprüfung der Verschmelzung einiger Kommissariate bis zur entsprechenden Umbildung des Staatsapparates im Geiste eines wirklich proletarischen und wirklich brüderlichen Verständnisses für die Nöte und Bedürfnisse der kleinen und rückständigen Nationalitäten.

*) „eines einigen und unteilbaren“ russischen Staates.

**) Das sind – die Kommissariate: der Volksaufklärung, der Landwirtschaft, der Sozialen Fürsorge, des Gesundheitswesens, der Justiz und der Inneren Angelegenheiten.

Die Schaffung eines obersten Bundesorganes aus zwei Rätekollegien liegt in der Notwendigkeit begründet, die normale staatliche Vertretung aller Bestandteile des Bundes mit einer besonderen Vertretung der speziellen Nöte politisch gleichberechtigter, ökonomisch und kulturell, infolge der Bedingungen der Vergangenheit, indes rückständiger Nationalitäten zu kombinieren.

Die bürgerlichen Spezialisten für Verfassungsrecht werden aus Anlaß einer solchen Mißhandlung der „ewigen und unantastbaren" Grundsätze des Parlamentarismus nicht nur einen Eimer tintenflüssiger Empörung vergießen. Wir bitten sie eindringlich, dabei nicht zu vergessen, daß die Räteordnung selbst, als solche, einen radikalen Bruch mit allen Grundsätzen des bürgerlich-ausbeuterischen Staatswesens darstellt.

Was glauben sie, warum das englische Parlament, das „alles kann, mit Ausnahme der Verwandlung des Weibes in einen Mann", auf der Grundlage des freien Vertrages, ohne Majorisierung, in seinen Verband nicht – einen Nationalitätenrat Irlands, Indiens, Aegyptens usw. aufnehmen kann und will?

Es ist anzunehmen, daß dem nicht die unverbrüchliche Treue der englischen Parlamentarier den formalen Grundsätzen gegenüber, sondern etwas Realeres, das in den Interessen der Finanz- und Industrie-Oligarchie wurzelt, entgegensteht.

Die „Austro-Marxisten", die berühmten Erfinder des Projektes der „national-kulturellen" oder „national-personalen" Autonomie werden vielleicht nicht umhin können, Schadenfreude zu zeigen: Da, seht ihr, in eurem eigenen Staate seid ihr genötigt, einen speziellen Schutz der nationalen Interessen einzuführen.

Ihr Projekt lief daraus hinaus, die werktätigen Massen der rechtlosen und in ihren Rechten beschränkten Nationalitäten der Habs-[508 (476)]burger Monarchie vom gemeinsamen, revolutionären Kampf gegen die politische, nationale und soziale Unterdrückung abzusondern.

Um das zu verwirklichen, traten sie ein für den Zusammenschluß aller der gegebenen Nationalität oder der gegebenen nationalen Minderheit Angehörenden zu einem öffentlich-rechtlichen Verbande zwecks Wahrung der kulturellen Nöte und des Rechtsschutzes seiner Mitglieder. Die Austro-Marxisten predigten auf diese Weise den Burgfrieden zwischen den Ausgebeuteten und Ausbeutern der unterdrückten Nationen „auf der Grundlage der kulturellen Interessen".

Die werktätigen Massen der Völker des Sowjetbundes besitzen sowohl das Territorium wie die Gesamtheit der politischen Souveränität. Die Segnungen der „kulturell-nationalen Autonomie" – von Gnaden des „Völkerbundes" – genießen die Gutsbesitzer- und Bourgeois-Emigranten. Was die Befriedigung der kulturellen und ökonomischen Nöte der verschiedenen Nationalitäten des Sowjetbundes anbetrifft, so kommen diese in dieser Beziehung durch das Zentralsystem der Sowjetbundesorganisationen (Bundes-Zentralvollzugsausschuß, oberstes Bundesorgan) auf ihre Rechnung:

II. Die nationale Frage im Bürgerkrieg.

Das russische Proletariat hat sich in der Person seiner Avantgarde – der Partei der Bolschewiki – während der ganzen Dauer seines Kampfes von der Idee der politischen Hegemonie der Arbeiterklasse in jedem revolutionären Kampf leiten lassen. Wenn es ihm nicht gelungen wäre, sich die richtunggebende Linie der revolutionären Entwicklung zu eigen zu machen, so wäre es nicht imstande gewesen, seinen revolutionären Bund mit den Bauernmassen zu verwirklichen. Gerade diese richtunggebende Linie brachte sie auf die Idee der Räte, die die fertige Form der Organisation des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter der Bedingung der politischen Führung des Proletariats darstellen.

Die nationale Frage ist nur die andere Seite des revolutionären Bundes zwischen Proletariat und Bauernschaft.

Das alte Rußland war – wie Engels sagte – „eine ungeheure Menge fremden, geraubten Eigentums“. Auf 47 Prozent der Großmachtnation der Großrussen entfielen 53 Prozent rechtloser „Fremdstämmiger“ – Ukrainer, Letten, Esten, Weißrussen, Polen, Juden, Türken, Armenier, Georgier usw.

Die Schule Lenins in der nationalen Frage war die Widerspiegelung der Leninschen bolschewistischen Taktik.

Das Vertrauen der unterdrückten Nationalitäten zu gewinnen war nur möglich durch konsequenten Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung, für die volle Freiheit der unterdrückten Völker, die Frage ihrer staatlichen Selbständigkeit selbst zu lösen.

Den Bolschewiki wurde daraus ein Vorwurf gemacht, daß sie „die Auflösung Rußlands predigten“ und von der bereits weit vorausgeeilten ökonomischen Zentralisation zum kleinbürgerlichen Separatismus zurückgingen. In Wirklichkeit traten die Bolschewiki für die Freiheit der unterdrückten Völker auf staatliche Abtrennung ein, wobei sie davon ausgingen. daß der politische Ueberbau der feudal-bürgerlichen bürokratischen Zentralisa-[509 (477)]tion eine reaktionäre Entstellung der progressiven Tendenzen der ökonomischen Entwicklung zur Annäherung der Nationen darstellt. Er löst sie voneinander los; ein freier Völkerbund kann denn auch nur auf der Grundlage der völligen Vernichtung des Unterdrückungsapparates des feudal-bürgerlichen Staatswesens errichtet werden.

Die provisorische bürgerliche Kompromißregierung hat im Jahre 1917 die Politik des Zarismus unter dem Deckmantel heuchlerischer Phrasen fortgesetzt. Sie nährte den nationalistischen Separatismus durch ihre Vergewaltigung der Ukraine und Finnlands.

Und der Partei des Proletariats ist es gelungen, die großrussische Bourgeoisie und die russischen Kompromißler von ihren eigenen Spießgesellen in den Randstaaten zu isolieren.

Der „demokratische“ Memoirenschreiber, Herr Stankewitsch, der über den Zerfall des zentralisierten Apparates des bürgerlichen Staatswesens vor dem Oktober in Rußland seufzte, führt nicht ohne Grund an: „Hier hat sich die blaue Ukraine von der roten Schlüsselburger oder Kraßnojarsker Republik in nichts unterschieden.“

In der „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“, die eine Woche nach der Oktoberrevolution erlassen wurde, hat die Sowjetmacht „das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung bis zur Abtrennung und Bildung eines selbständigen Staates“ anerkannt.

Aber die Klassengegensätze hatten die nationale Frage auf ein anderes Gebiet verschoben. Die Bourgeoisie – der Stadt und des Dorfes, die bürgerliche Intelligenz –, deren Appetite durch die Aussichten auf eine glänzende Karriere angeregt waren, – die halbfeudalen Elemente (im Osten) rückten nach allen Himmelsrichtungen „vor dem roten Gespenst“ unter der Parole: „Rette sich, wer kann!“ aus.

Sie verließen nicht einfach das sinkende Schiff, sondern stürzten sich in die Arme der bürgerlich-feudalen Gegenrevolution und des Imperialismus, zuerst des deutschen, dann aber des verbündeten.

Sie begannen den Krieg gegen die Sowjetmacht nicht um ihre Selbständigkeit, die anerkannt und verwirklicht worden war, sondern um die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung Großrußlands, um die Unterdrückung seiner Arbeiterklasse.

So war es in der Ukraine, in Lettland, in Litauen, in Estland, im Osten, – wo die baschkirischen und kirgisischen Nationalisten ein Bündnis mit der Samaraer Nationalversammlung eingingen, in Turkestan, wo die „Autonomie von Kokand“ dem Kosakenverband Kaledins ein Bündnis anbot, im Kaukasus, wo die georgischen, aserbeidschanischen und armenischen bürgerlichen Nationalisten sich abwechselnd der Gefälligkeiten des deutschen und verbündeten Imperialismus bedienten.

Die industrielle Entwicklung Rußlands verlief vom Zentrum aus nach den Randgebieten, verbreitete sich vom Norden und Westen aus nach Süden und Norden.

Ihrer Ausbreitung entsprach mehr oder weniger die Ausbreitung der großrussischen Nationalität. Sie verbreitete sich im Umkreis der Eisenbahnlinien. Andererseits war sie das Ergebnis der Agrarkolonisation der östlichen Randgebiete durch russische Ansiedler.

[510 (478)] Die Oktoberrevolution siegte im Zentrum des städtischen Rußlands und begann von dort aus ihren Einfluß, den Eisenbahnlinien nach, auf die Fabriks- und Produktionszentren und -orte zu erstrecken.

Auf den schwachen Saiten der kleinbürgerlichen Psychologie zu spielen und die rückständigen Randgebiete gegen das „toll gewordene“ Zentrum zu entfachen, das rückständige und insbesondere fremdstämmige Dorf, das noch keine bürgerliche Herrschaft mitgemacht hatte, unter dem Aushängeschild der „nationalen Freiheit“ gegen die städtischen Ausländer einzunehmen – das war die strategische Hauptaufgabe der Konterrevolution.

Ueberall jedoch, wo es eine Arbeiterklasse der lokalen Nationalität gab, erhob sich diese zum Kampf für die proletarische Diktatur gegen die eigene Bourgeoisie. Sie wurde unterstützt von den halbproletarischen Elementen des Dorfes, die mit den Gutsbesitzern abrechnen wollten. So war es in Finnland, in der Ukraine, in Weißrußland, in Lettland, in Aserbeidschan usw. Der Klassenkampf wurde auf diese Weise auf dem Gebiet der gegenseitigen Beziehungen der Nationalitäten zueinander auf das Gebiet des internationalen Klassenkampfes übertragen.

Nur die halbpatriarchalische, türkische Bauernregierung hat der Oktoberrevolution anfänglich die nationale Einheitsfront entgegengestellt, indes war das bloß eine periodische Etappe.

Der Uebergang von der Demokratie der Nationalversammlung im Lager der Konterrevolution zur bürgerlich-feudalen Militärdiktatur, die die Fahne des „einigen und unteilbaren“ Rußlands aufrichtete, machte allen Schwankungen ein Ende: die Bauernmassen wandten sich von der der nationalen Freiheit feindlichen Konterrevolution ab und der Sowjetmacht zu.

Auf diesem Wege, auf der Grundlage der grausamen Lehren des Bürgerkrieges, wurde auch auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen das militärisch-politische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft fest geschlossen.

Die seitens des deutschen und verbündeten Imperialismus angeblich der nationalen „Unabhängigkeit“ in der Ukraine und im Kaukasus erwiesene „Unterstützung“ enthüllte ihr Wesen: Nationalismus und Unterdrückung.

Der proletarische Sowjetstaat hat im Bürgerkrieg gesiegt und sich das Vertrauen und die Unterstützung der werktätigen Massen aller früher vom Zarismus, den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie unterdrückten Nationalitäten erworben. Auf ganz derselben Grundlage wurde auch das wirtschaftliche Bündnis der nationalen Sowjetrepubliken geschmiedet.

III. Die Parallelen.

Der Führer der geschlagenen russischen Bourgeoisie, Miljukoff, gibt sich jetzt für einen Anhänger der „Föderation“ der Völker des früheren zaristischen Rußlands aus. Das ist derselbe Miljukoff, der unter Stolypin die „Opposition Seiner Majestät“ repräsentierte, mit fremden Knochen um die Dardanellen und um das „orthodoxe Kreuz auf der Heiligen Sophia“ kämpfte, der 1917 das Streben nach Auto-[511 (479)]nomie als das Werk „deutscher Spione“ erklärte und im Jahre 1913 die Truppen des deutschen Kaisers von der Ukraine aus nach Sowjetrußland, zur Rettung der Ordnung, erbat.

Das Geheimnis des plötzlichen Ausdrucks der Sympathien Miljukoffs für „nationale Freiheit“ erklärt sich sehr einfach.

Dieses Geheimnis hat kürzlich das frühere Mitglied der Zentrale der Kadettenpartei (Konstitutionelle Demokraten), der tatarische Bourgeois Maksudoff, verraten, als er erklärte, daß die Sowjetmacht

in vollem Umfang die nationalen Nöte der früher unterdrückten Völker befriedigt hat und diese Errungenschaft der Revolution „auch nach dem Sturz der Bolschewiki erhalten bleiben“ muß.

Die Politik der KPR und der Sowjetmacht in der nationalen Frage wurde im Laufe eines vollen Vierteljahrhunderts in den Tiefen der russischen Arbeiterbewegung zurechtgehämmert, und sie hat sich in vollem Umfang bewährt.

Die KPR war stets unversöhnlich in der Verteidigung der nationalen Einheit der Arbeiterbewegung gegen alle bürgerlich kolonisatorischen und nationalistischen Abweichungen, andererseits hat sie nicht minder unversöhnlich gegen jede staatliche, nationale Unterjochung gekämpft. Sie braucht sich nicht, gleich den georgischen Menschewisten, an – Lord Curzon um eine „Bestätigung“ dessen zu wenden, daß sie wirklich für die Rechte der Unterdrückten kämpft. Besagter Sachverständiger hat selbst eine entsprechende Bescheinigung seitens der englischen und ägyptischen Bauern und Knechte nötig.

Es verlohnt sich, den geschichtlichen Weg der KPR mit der Fahrt der österreichischen Sozialdemokratie im Kreise der Laster zu vergleichen, die in der Zweiten Internationale der Vorkriegszeit die ausschließliche Kompetenz in der nationalen Frage für sich beanspruchte. Diese Partei zersetzte sich und verfaulte, zusammen und gleichzeitig mit der österreichisch-ungarischen Monarchie der Habsburger. Hier hat nicht ein zufälliges Zusammentreffen historischer Daten stattgefunden, sondern ein gleichzeitiger Zusammenbruch sämtlicher Teile eines einheitlichen Systems der nationalen Unterdrückung und des reformistischen Betruges.

Otto Bauer und Karl Renner wagen es augenblicklich nicht einmal, auch nur daran zu denken, für ihr klägliches Zwergengeschick bei ihren tschechischen Kollegen oder bei Herrn Daschinski Mitleid zu erregen. Die Partei, die es nicht verstanden hat, die werktätigen Massen der Völker des früheren Oesterreich-Ungarn im Kampfe gegen die bürgerlich-bürokratische und adelige Monarchie der Habsburger zu vereinigen, mußte sich noch im Rahmen des alten, faulen Regimes abfinden mit dem Zerfall der Arbeiterbewegung in nationalistische Abteilungen. „Ihre eigenen Sünden sind ihnen zur Strafe geworden“. Sie haben gesündigt durch den Burgfrieden mit dem deutsch-österreichischen Adel, der Bourgeoisie und der Bürokratie auf dem Gebiet der nationalen Frage, und der bürgerliche Separatismus in den Reihen der Arbeiterklasse ist ihnen zur Strafe geworden.

Renner hat im Jahre 1919 die Truppen des englischen Königs Georg V. zur Rettung Oesterreichs – vor der Diktatur der Arbeiterklasse zu Hilfe gerufen.

[512 (480)] Die Verräter an der Sache des Proletariats können nichts anders, als Verräter der internationalen Solidarität der Unterdrückten und Ausgebeuteten sein.

Beim Uebergang der Sowjetmacht zur neuen ökonomischen Politik hat Otto Bauer die Kapitulation der Bolschewiki vor dem Kapitalismus verkündet.

Augenblicklich bringt es sie in Verlegenheit, wenn man auch nur daran erinnert, während sich die amerikanischen Touristen über das von den Bauer, Adler und Renner „gerettete“ Oesterreich ungefähr folgendermaßen auslassen: „Der Unterschied zwischen New York und Wien besteht darin, daß man in New York für 10 Dollar einen Schwarzarbeiter für den Tag, in Wien aber eine Erzherzogin für die Nacht haben kann.“

Der Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken befindet sich bereits auf dem sicheren und unzweifelhaften Wege zum wirtschaftlichen Aufstieg und ist kräftig und stark durch die Festigkeit der proletarischen Diktatur, die Beständigkeit des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, die Unzertrennlichkeit der freien Bande, die die werktätigen Massen aller Völker miteinander verbinden.

Nicht nur der rückständige koloniale Osten, sondern auch das durch den Versailler Raub zerstückelte Europa haben manches am „russischen Beispiel“ zu lernen. Es muß den Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Klassenbeziehungen überhaupt und dem der Nationalitäten zu einander im besonderen einholen.

O! Wir sind keineswegs von „slavophiler“ Selbsteingenommenheit erfüllt, wie uns die sozialdemokratischen Knirpse nicht ungern zu unterstellen belieben.

Das Gegenteil ist der Fall, wir sind uns unserer kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit vollauf bewußt.

Bei uns russischen Proletariern aber ist das – eine Sünde der Vergangenheit, das Vermächtnis des uns feindlichen alten Regimes; im afrikanisierten und stinnesierten Europa aber ist das – ein Verbrechen der Gegenwart, für das die Verantwortung die Zweite Internationale trägt, die der imperialistischen Politik hilft, die wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen des Sozialismus zu zerstören.

*

Druckfehlerberichtigung:[*] In dem Aufsatz „Der Weg und Wille zur Macht“ in Heft 15 der „Internationale“ sind eine Reihe, teilweise sinnentstellende Druckfehler stehen geblieben. Auf S. 423 im letzten Absatz, dritte Zeile, muß es heißen: „Bevölkerung und der kapitalistischen Fesselung ...“ Auf Seite 425, 7. Zeile von unten heißt es: Demnach geben sich ... Es muß heißen: Dennoch ergeben sich ... Seite 426, 18. Zeile von oben muß es heißen: Wir fürchten, auch manche unserer Agitatoren ... Seite 426, 32. Zeile von oben, muß es heißen: Dennoch haben die ... Seite 426, 16. Zeile von unten, muß es heißen: Auch konkrete Kampfmittel gezeigt hat.

[513 (481)]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 6 ∗ Ausgegeben am 15. September 1923 ∗ Heft 17

Das Chaos und die neue Ordnung.

⊿ B e r l i n, den 8, September.

„Diese Regierung ist die letzte verfassungsmäßige. Lassen sie sie scheitern, dann kommt das Chaos“. Dies der apokalyptisch-drohende Kehrreim der Regierung Stresemann-Hilferding, der das Kapital in die Stimmung peitschen soll, wo es um seiner Selbsterhaltung willen Opfer bringt.

Wenn irgend etwas den baldigen Tod der kapitalistischen Ordnung in Deutschland verheißt, so ist es dieses Stichwort der Regierung der Großen Koalition in seiner völligen Verrücktheit und in seiner hoffnungslosen Borniertheit. Die Verrücktheit besteht darin, den gegenwärtigen inneren Zustand Deutschlands noch als Ordnung zu bezeichnen, während er das Chaos ist. Die Borniertheit besteht darin, daß, wo das kapitalistische Chaos aufhört, der bürgerliche Verstand zu Ende ist. Danach kann er sich nichts mehr denken, danach hört die Welt auf, danach herrscht Chaos, völliges Dunkel, das unterschiedslose Nichts – im bürgerlichen Kopfe. Wenn die kapitalistische Ordnung sich in die grauenhafte Unordnung verkehrt, in die Unfähigkeit, den Gang der Produktion weiter aufrechtzuerhalten und für die elementaren Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung zu sorgen, der Arbeiterklasse, des städtischen Mittelstands, der Intelligenz, selbst der Beamten, den Triebrädern der Staatsmaschine, wenn die Wortführer dieser Ordnung erklären, hier ist die Grenze unseres Denkens, und wenn ihre verzweifelten Appelle an die Klassengenossen nichts mehr fruchten, so ist die nahe Todesstunde dieser gesellschaftlichen Ordnung sicher – vorausgesetzt, daß die Kräfte und Elemente einer neuen Ordnung bereits im Schoße der alten Gesellschaft da sind und genügend erstarkt sind.

Daß die letzten Versuche, die kapitalistische Ordnung in Deutschland wiederherzustellen, scheitern werden, ja bereits gescheitert sind, beweisen die Vorgänge der letzten Wochen. Die von der gegenwärtigen Regierung unternommenen Rettungsversuche waren zwar von vornherein zur Rettung untauglich. Dazu blieben sie zu sehr an der Oberfläche und waren in ihrem Ausmaß von vornherein unzulänglich. Jeder ernsthafte Versuch der Sanierung mußte ein Versuch sein, von der Produktion her die Zirkulation, das Geldwesen, die [514 (482)] Staatsfinanzen zu regulieren. Ein solcher Versuch brauchte die Grenzen des kapitalistischen Systems noch nicht zu überschreiten, aber mußte bis an die äußerste Grenze gehen – bis zu einem streng durchgeführten Staatskapitalismus, Bei der äußerst zugespitzten kapitalistischen Konzentration in Deutschland, wo die staatliche Kontrolle einiger Dutzend großer Konzerne genügt, um die Gesamtwirtschaft zu regulieren, wäre das organisatorisch eine verhältnismäßig einfache Aufgabe. Es wäre dies heute, dank den Stinnes und Konsorten, bedeutend leichter, als es während des Kriegs war. Bekanntlich sind auch von bürgerlichen Nationalökonomen – wie neuen Hirten – derartige bereits in praktischen Einzelheiten ausgearbeitete Vorschläge gemacht worden. Aber bei allen „diktatorischen“ Redensarten reicht es bei dem ehemaligen Marxisten Hilferding nicht einmal so weit, um die Möglichkeiten, die noch im kapitalistischen System liegen, auszuschöpfen. Es reichte gerade dazu, um an der Oberfläche der Zirkulation und der Steuern zu pfuschen, zu dem Versuch, einen staatlichen Devisenfonds einzuziehen und das bestehende System der Geldsteuern etwas zu verschärfen und zu vergröbern. Beide Mittel, wenn sie mit Erfolg durchgeführt würden, könnten bestenfalls den weiteren Abstieg ins Chaos etwas v e r l a n g s a m e n, aber keinesfalls verhindern.

Aber es reicht nicht einmal mehr zum Verlangsamen des Absturzes, dank der Tatsache, daß die bürgerlichen Klassen sich mit der Blindheit der Todgeweihten weigern, die Kosten für die Medikamente aufzubringen, die ihren Todeskampf etwas verlangsamen sollen. Die unter dem Druk der „Straße“, des politischen Massenstreiks, von einem nur noch Scheinleben besitzenden, tödlich erschreckten Parlament bewilligten Steuern werden sabotiert von a l l e n bürgerlichen Schichten. Offen von den Großagrariern und den mit ihnen verbundenen Teilen der Industrie und des Großhandels. Tatsächlich, wenn auch nicht offen, von den Teilen der großen und mittleren Bourgeoisie, de-

ren Repräsentant diese Regierung ist. Die Bourgeoisie als Klasse verweigert somit praktisch ihrer politischen Vertretung die Gefolgschaft, was nichts anderes heißt, als daß die Bourgeoisie als solche, als politisches Ganze, als Einheit mit einem bestimmten Willen – auseinanderfällt. Trennung zwischen der Klasse und ihrer politischen Vertretung, Trennung zwischen großer und mittlerer Bourgeoisie, zwischen agrarischem und industriellem Kapital: das ist bereits nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische Chaos.

Wenn aber der in der Luft hängende politische Kopf der Bourgeoisie sich weigert, regelnd in die Produktion einzugreifen, so geht umgekehrt die bürgerliche Klasse bewußt daran, die Produktion lahmzulegen. Massenhafte Produktionsstillegungen, Kurzarbeit usw. Der nächste Zweck ist überall die Sabotage der Steuern, namentlich der Lohnsummensteuer, und die Herabdrückung der Löhne, der weitere politische Zweck ist die Zermürbung der Kampfkraft der Arbeiterklasse und der Versuch, sie zum vorzeitigen Losschlagen zu bringen, ehe ihre Kräfte hinreichend gesammelt und geordnet sind.

Hand in Hand damit geht die Verschärfung des Angriffs auf die Mark, die Abwälzung der Steuern, die man nicht bezahlen will, [515 (483)] auf die Preise, so daß in einer Reihe von Industrien bereits die Weltmarktpreise überschritten sind und der Export aufgehört hat. Die letzte Leipziger Messe sah infolgedessen die auswärtigen Käufer sich völlig verflüchtigen.

Das Scheitern aller Versuche einer inneren Wirtschaftsreform auf kapitalistischer Grundlage bedingt, daß für die Liquidation des Ruhrkampfes für die Bourgeoisie nur mehr der eine Weg bleibt, den Stresemann mit einer wahrhaft verzweifelten Bankrotteurgeste gewiesen hat: der Weg Oesterreichs, die Verwandlung Deutschlands in eine Ententekolonie, die Preisgabe des eigenen wirtschaftlichen und politischen Lebens, die „Sanierung“ durch die internationale Finanz, die damit der „Diktator“ würde.

Wenn die Koalitionsregierung es nach eigenem Eingeständnis aufgibt, die Gegensätze unter den Ententemächten zugunsten Deutschlands auszunutzen, so, weil sie in ihrer Ohnmacht gar nicht anders kann. Sie erwartet geschlossenen Auges ihren Schicksalsspruch von dem Kollegium ihrer Richter und Henker. Das ist wohl der Grund, warum diese Politik sich „aktiv“ nennt. Der jetzige griechisch-italienische Konflikt, der für eine deutsche Regierung, die freie innere Operationsmöglichkeiten hat, die verschiedensten Möglichkeiten bieten würde, muß für das gegenwärtige Deutschland nur noch die Gefahren vermehren, es sieht darin nur einen Anlaß, um sich um so schneller zu übergeben.

Der einzige innere Ausweg, der die Lebensgeister der Großbourgeoisie und eines Teils des Kleinbürgertums noch in Bewegung setzt, ist die Rechtsdiktatur, die im Namen der Großbourgeoisie alle anderen Klassen des Landes unter eisernem Druck halten und ihnen den letzten Rest ihrer Lebenskraft auspressen soll. Unter der Deckung der Koalitionsregierung bereitet die große Bourgeoisie die Rechtsdiktatur systematisch vor. In den Seeckt und Geßler hat sie die organisatorischen Leiter bereits im Schoße der alten Regierung, die das innere Programm des Faschismus zu drei Vierteln sich bereits zu eigen macht.

Aber abgesehen davon, daß die Rechtsdiktatur im Innern die Antriebe für die proletarische Revolution verzehnfachen müßte – denn sie kann weder den arbeitenden Klassen noch den Mittelschichten etwas geben – so müßte die „nationale“ Diktatur sofort alle nationalen Götter zerbrechen, um sich in die tiefste nationale Demütigung zu fügen, um den höchsten Verrat an der Nation zu begehen.

Diese beiden klar sichtbaren Aussichten lassen es nicht zu, daß die große Mehrheit der Bevölkerung der völkischen Fahne folgt, und lassen einen kurzlebigen Erfolg einer Rechtsdiktatur nur als Ergebnis einer militärischen Vergewaltigung der Nation zu.

Dazu kommt, daß die tiefe soziale Krise vor allem der städtischen Mittelschichten einerseits, die Haltung der Kommunistischen Partei im Ruhrkampf andererseits, bereits eine tiefe Zersetzung in den Reihen der Völkischen eingeleitet haben. Es ist bezeichnend, daß während des politischen Massenstreiks, der Cuno wegfegte, die Völkischen nicht nur nichts zu unternehmen, sondern auch

nichts zu sagen hatten. Die beginnende Zersetzung erhält einen neuen mächtigen Antrieb durch die [516 (484)] Tatsache, daß jetzt nach dem Sturz der Cuno-Regierung die Deutschnationalen, voran die Junker, in die völkische Front eingerückt sind. Eingerückt mit den Schlachtrufen: Kampf gegen wirkliche Steuerbelastung des Großgrundbesitzes, Herabdrückung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, Entlassung von Tausenden von Beamten usw. So ist die konterrevolutionäre Front wohl breiter, aber zugleich offener und in sich gegensätzlicher geworden. Die altfeudale Reaktion mit der Hungerpeitsche in der Hand an der Spitze der Völkischen muß ihren scheinrevolutionären Nimbus rasch zersetzen.

Wo aber sind die Elemente einer neuen Ordnung? Das erschreckte Auge der Bourgeoisie hat sie mit sicherem Instinkt erblickt und versucht, sie zu zerschlagen, denn in den Organen, die die neue Ordnung schaffen werden, deren sie nicht mehr fähig ist, erblickt sie gleichzeitig die Organisatoren des Kampfes gegen ihre eigene Herrschaft, ihren Richter und Totengräber. Die Betriebsräte, die Zentralausschüsse, die proletarischen Hundertschaften sind ihr eben als Retter aus dem Chaos, als A n s ä t z e zu neuen Organen der staats- und Wirtschaftsführung d e r Feind, den es zu vernichten gilt. Die sozialdemokratischen Instanzen stehen an der Vorderfront dieses Kampfes, denn sie kämpfen dabei zugleich um die Existenz ihrer Partei und um ihre Herrschaft über die Gewerkschaften.

Wessen die Betriebsräte als Klassenorgane des Proletariats, die die engste Verbindung mit seinem Leben haben, auch noch in unentwickeltem Zustand fähig sind, hat der letzte politische Massenstreik gezeigt. Während die bürokratische Staatsmaschine ebenso wie die privatkapitalistische Maschine versagte, verstanden die Betriebsräte in den verschiedensten Teilen des Reichs die Heranschaffung der Lebensmittel zu organisieren. Mit der Lebensmittelbeschlagnahme war vielfach die Entwaffnung von Junkern und Großbauern verbunden, so besonders im Hannoverschen (Kalibergleute) und in Mecklenburg (Landarbeiter). Hundertschaften traten auf als Exekutivorgane der beschlagnehmenden Kontrollausschüsse, andererseits auch als Verhüter regelloser Plünderungen.

Das sind alles natürlich erst Anfänge, Keime.

Die Partei hat die Aufgabe, das, was die Massenaktion spontan an neuen Erscheinungen auf diesem Gebiet hervorgebracht hat, sorgfältig zu prüfen, zu systematisieren und auszubauen. Das erste ist dabei die V e r a l l g e m e i n e r u n g der bereits an einzelnen Punkten angeknüpften Verbindung zwischen den Betriebsräten der industriellen Arbeiterschaft und dem städtischen Mittelstand (Kleinhändler, Kleinhandwerker usw.) sowie den Kleinbauern.

Weiter gilt es für die Betriebsräte, als Organisatoren des Widerstandes, gegen die Steuer- und Produktionssabotage der Unternehmer aufzutreten.

Die „legalen“, d. h. die von den freigewerkschaftlichen Instanzen ernannten Betriebsrätezentralen hatten von vornherein keine andere Aufgabe, als die Betriebsrätebewegung zu lähmen, zu töten. Die Folge: wachsende Interesselosigkeit und Abneigung des aktiven Heeres der Arbeiterschaft gegen die legale Betriebsräteorganisation. Trotz-[517 (485)]dem ist klar, daß unsere Partei in der Zwischenphase, wo die oppositionelle Betriebsräteorganisation in halbe oder ganze Illegalität getrieben wird, auch die legale Organisation aufs äußerste auszunutzen und zu erobern trachten muß.

Die Betriebsräte in ihrer jetzigen Form sind, wie wir sagten, erst die A n s ä t z e zu der vollentwickelten Gestalt der proletarischen Klassenorgane. In ihrer jetzigen Gestalt sind ihrer Entfaltung ganz bestimmte Grenzen gezogen. Diese Grenzen sprengen kann nur eine höhere Welle der Massenaktion, die noch breitere Massen um die Betriebsräte gruppiert und sie einige Weglängen weiterführt, die sie nicht nur zu Zentren der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Aktion macht. Die nächste, bereits anlaufende Welle der Massenaktion wird voraussichtlich die Grundlagen für politische Räte schaffen.

Die Antriebe dazu gehen aus vom Kampf gegen die Hungerblockade des städtischen Proletariats durch die Junker, vom Kampf gegen die großindustrielle Produktionssabotage und „Gesundungskrise“ und der Vorbereitung der Kapitulation vor Poincaré auf dem Rücken der Arbeiter.

Der bürokratische Staatsapparat, der sich zu „diktatorischen“ Maßnahmen aufzurappeln verkündet, kracht in allen Fugen. Der Steuerfeldzug ist bereits verloren – wie die „Germania“ feststellt. Gegenüber der Hungerblockade der Junker streckt die Maschine von vornherein die Waffen. Und sie ist mehr und mehr bereit, vor den Trusts und Konzernen die Waffen zu strecken, ihnen den Staatsbesitz und Gemeindeeigentum vollends auszuliefern. Die Goldwährungsbank, die errichtet werden soll, errichtet praktisch die Finanzdiktatur des Großkapitals über den „demokratischen Staat“. In diesen Zusammenbruch ist die reformistische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie vollständig verstrickt. In den sozialdemokratischen Arbeitermassen aber schreitet die Loslösung fort, teils schon organisatorisch, teils erst ideologisch.

Darum ist klar, daß die nächste Welle der Massenaktion die Betriebsräte in den Vordergrund schieben und auf eine höhere Stufe heben muß.

Dann aber wird die „Arbeiter- und Bauernregierung“ aus einer abstrakten Propagandaformel zum greifbaren Gegenstand des politischen Kampfes. [518 (486)]

*

Der Untergang des Mittelstandes.

Dargestellt an Hand von Tatsachenmaterial.

Von Wilhelm Swienty.

Die ungeheure dauernd zunehmende Geldentwertung, der Abbau der Reallöhne, das rasende Steigen sämtlicher Lebensmittelpreise, der Wucher mit allen übrigen zum Leben notwendigen Produkten haben die arbeitenden Klassen an den Rand der Verzweiflung getrieben. Das Proletariat, seit Jahrhunderten ausgebeutet durch Industrie- und Agrarkapital, nimmt mit dumpfer Selbstverständlichkeit heute noch diesen durch den ungeheuren Währungsverfall und die Valutagewinne der Produzenten hervorgerufenen Tiefstand seiner Lebenshaltung hin. Unterstützt durch die Anstrengungen der Arbeiterführer, die die vor Hunger und Elend verzweifelnden Massen von irgendwelchen Schriften, die sie aus sich selbst heraus zu einer Verbesserung ihrer Lage unternehmen könnten, abhalten, steckt das Kapital Billionengewinne ein. Angesichts eines Dollarstandes von 13 Millionen posaunt der „Vorwärts“ noch immer seine neueste Parole der „wertbeständigen Löhne“ in die Welt hinaus. „Wertbeständige Löhne und Gehälter“ sind für die Bürokratie der Gewerkschaften das Ziel, dessen Erreichung, wie sich hervorragende Vertreter der Sozialdemokratischen Partei ausgedrückt haben, das Höchstmaß des heute überhaupt Erreichbaren bildet. Daß derartige wertbeständige Löhne, errechnet nach dem Vorschlag der Gewerkschaften durch das Reichsamt, nur im Interesse der Unternehmerschaft sind, ist schon oft genug bewiesen worden. Was aber machen diejenigen Bevölkerungsschichten, denen nicht einmal diese Illusion verbleibt? Wie lebt angesichts der augenblicklichen Teuerungswelle, die durch die Schuld der Großgrundbesitzer und Großindustriellen Deutschland überflutet, der sogenannte Mittelstand, der Stand, der vor dem Kriege so stolz behauptete, geistige Elite des Volkes zu bilden, und der immer wieder darauf hinwies, daß der größte Teil der deutschen Dichter und Denker aus seinen Reihen hervorgegangen sei.

Der Mittelstand wird immer mehr proletarisiert. Infolge eines völlig mißverstandenen und falsch angebrachten Ueberheblichkeitsgefühls weisen es auch noch jetzt die dem Mittelstande Angehörenden entrüstet zurück, sich in die Reihen des klassenbewußten Proletariats einzureihen. Man ist in diesen Reihen gewohnt, die alte von Urgroßvaters Zeiten hergebrachte Tradition zu erhalten und dieses konservative Denken treibt einen Teil des ehemaligen Mittelstandes, und zwar den aktiven Teil, in die Arme der Faschisten.

Zahlen beweisen! Der Mittelstand ist gezwungen, sein letztes Hab und Gut zu verkaufen. In einer einzigen bürgerlichen Zeitung werden unter der Rubrik „Kleine Anzeigen“ zum Verkauf angeboten: 33 Klaviere, 14 Betten, Schränke, Fahrräder, Nähmaschinen, Felle, Pelze, Kleider, Schuhe, Wohnungseinrichtungen, Badewannen, ein silbernes Besteck, ein Oelgemälde, 15 Uhren, 8 Grammophons, 12 photographische Apparate, 39 Teppiche, Briefmarkensammlungen, Rollen, Antrazitösen, Feldstecher, Nippsachen, Spiegel, Zither, Cello, eine Lutherbibel usw. Und alle diese Waren werden nicht etwa von gewerbsmäßigen Wucherern verkauft, sondern sind in der betreffenden Zeitung

ausschließlich aus privater Hand angeboten. Das letzte Möbelstück wird meistbietend versteigert. Andenken, Bibliotheken, Sammlungen aller Art, die durch lange Jahrzehnte mit Mühe betrieben worden sind, werden verkauft, um wieder für kurze Zeit einige Nahrungsmittel in den Haushalt zu schaffen.

Der Mittelstand rekrutiert sich aus allen Angehörigen der sogenannten Berufe, aus dem unteren und mittleren Beamtentum, aus den Handel- und Gewerbstreibenden, aus den Rentnern und Privatiers der „guten, alten" Zeit. Das Wort von den „notleidenden Hausbesitzern" ist zur Tatsache geworden. Zwar ist die Miete außerordentlich hoch und für den Arbeiter kaum noch erschwinglich, aber der Verdienst des Hauswirts ist daran so minimal, daß er von seinen Häusern, wenn er nicht gerade ein Dutzend hat, tatsächlich nicht leben kann. Nicht viel besser geht es allen [519 (487)] anderen Angehörigen des Mittelstandes. Zur Verzweiflung getrieben durch Hunger und Elend, begehen täglich Angehörige der sogenannten gebildeten Kreise Selbstmord. Erst vor einiger Zeit ging folgende Nachricht durch die Presse:

„Gestern abend gegen 8½ Uhr beging der 60 Jahre alte Professor Dr. Kurt Fink aus Wustermark-Dyroz in dem Laboratorium im Hause Blücherstr. 67 Selbstmord, indem er sich mit Gas vergiftete. Nahrungssorgen haben den Gelehrten zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben. Einen Tag vor seinem freiwilligen Ende hatte er Bekannten gegenüber Selbstmordabsichten geäußert. Seine ganze Barschaft bestand aus noch nicht 1000 Mark. Das ist das Schicksal eines Geistesarbeiters im heutigen Deutschland!"

Das Schicksal dieses außerordentlichen Professors der Berliner Universität, dieses um die Wissenschaft sehr verdienten Mannes, der einige auf dem Gebiete der Chemie und Physik grundlegende Bücher geschrieben hat, steht nicht einzeln da. Mir selbst sind genügend Fälle bekannt, in denen ordentliche Universitätsprofessoren von ihrem Gehalt, daß ihnen der Staat bietet, der Milliarden für den Bau neuer Kriegsschiffe, Billionen für Reichswehr und Sipo übrig hat, nicht leben können und in ihrer freien Zeit einen mehr oder weniger einträglichen Nebenberuf ergreifen. Ein namhafter Professor der Botanik verdient sich seinen Lebensunterhalt damit, daß er auf dem Kursfürstendamm Abendzeitungen verkauft. Ein Professor der Aegyptologie hat in der Nähe des Potsdamer Platzes einen Bücherkarren aufgeschlagen. Einige Kassenärzte, die als gute Aerzte bekannt sind und deren Sprechstunde jeden Tag überfüllt ist, sind gezwungen, in ihrer freien Zeit als Hilfsarbeiter bei einer Bank oder bei einem größeren Industrieunternehmen sich ihr Brot zu verdienen. Ein mir bekannter Arzt erzählte mit, wie er immer noch versucht hätte, sich von seinem ärztlichen Beruf den Lebendunterhalt zu verdienen. „Die Kassenpraxis brachte nicht mehr viel ein, auch wenn ich den ganzen Tag über zu tun hatte", sagte er mir wörtlich. „Ich versuchte mir durch Artikelschreiben in medizinischen Zeitungen Geld zu verdienen. Die Bezahlung war hundsmiserabel. Ich ging dazu über, für die Tagespresse im Feuilleton kurze Notizen zu schreiben. Auch davon konnte ich mit der Zeit nicht mehr leben, da mein Realeinkommen immer tiefer sank. Ich bewarb mich bei ungefähr zwei Dutzend Firmen um eine Stellung als Fabrikarzt oder als Werksvertrauensarzt. Meine Bemühungen waren vergeblich. Schließlich versuchte ich, um im Berufe zu bleiben, bei einem großen Bankunternehmen die ausgeschriebene Stelle eines Heilgehilfen zu erlangen. Aus Bedenken aller Art heraus bekam ich diese Stelle leider aber auch nicht. Drei Monate lang war ich Hilfsarbeiter bei einer großen Bank. Es kamen im Betriebe einige Unterschlagungen vor. Man verdächtigte einen anderen Hilfsarbeiter und entließ kurzerhand die gesamten Hilfskräfte. Nacheinander versuchte ich mein Glück als Geldzähler in einem großen Lohnbüro, als Zeitungsverkäufer, als Versicherungsagent, bis ich zum Schluß durch die Freundschaft eines Bekannten in dessen Betrieb als Kassenbote angestellt wurde. Ich habe mich in meine neue Stellung, die mir durch das Zuvorkommen meiner Vorgesetzten die Möglichkeit gibt, nebenbei meinen ärztlichen Beruf, gewissermaßen „zum Vergnügen", auszuüben, sehr gut eingelebt. Mit den Arbeitern und Angestellten vertrage ich mich ausgezeichnet und ich habe gemerkt, daß es ein nonsens ist, sich deshalb, weil man zwölf Semester Studium hinter sich hat, einzubilden, man sei etwas anderes als ein Proletarier."

Aus diesem kurzen Lebenslauf geht klar hervor, daß vor allen Dingen der akademisch gebildete Mittelstand immer weiter proletarisiert wird und sich tatsächlich auch als Proletarier zu fühlen beginnt. An Hand eines umfassenden Zahlenmaterials können wir folgendes feststellen: das

Lebenshaltungsniveau des Mittelstandes ist gegen die Vorkriegszeit auf ein Viertel bis ein Fünftel gesunken, wenn man den Durchschnitt 1913/1914 gleich 1 setzt. Es ist eine Tatsache, daß die Arbeiter der gutbezahlten Lohngruppen bedeutend mehr verdienen als die Mittelständler, bei denen es Tausende und Abertausende non Familien gibt, die seit Monaten weder Fleisch noch Butter gegessen haben.

[520 (488)] Ein großer Prozentsatz der an Skorbut, Spätrachitis, Tuberkulose und

den übrigen Ernährungskrankheiten erkrankten Personen rekrutiert sich aus dem ehemals gutgestellten und beneideten Mittelstand. Von acht in der Charité bekanntgewordenen Fällen von Skorbut gehörten drei den sogenannten „besseren Ständen“ an. Auch die Zahl der Selbstmorde wird dadurch dauernd erhöht, daß ein großer Teil der geistigen Arbeiter es vorzieht, anstatt den Kampf um die Existenz auszunehmen, lieber dem Hungerleben ein Ende zu machen. Tatsächlich hatte im Monat Juni in Berlin die Selbstmordziffer einen nie geahnten Hochstand erreich. In der „Münchener Post“ werden an einem einzigen Tage in München fünf Selbstmorde von Personen des Mittelstandes gemeldet, die alle aus Nahrungssorgen den Tod gesucht haben. Selbstverständlich nimmt auch die Kriminalität unter den ehemaligen Offizieren, den mittellosen Studenten usw. außerordentlich zu. Typisch dafür ist der nachstehend mitgeteilte Werdegang eines adligen Offiziers. Eine Zeitung meldet:

„Der wegen Diebstahls Angeklagte von Keudell ist der Sohn eines Kammerherrn und Zeremonienmeisters am kaiserlichen Hofe. Er selbst war Fähnrich zur See und später Offizier bei der Armee. Nach dem Kriege gehörte er einem hessischen Freikorps an und kehrte 1919 bei einem Urlaub nicht mehr zu seinem Truppenteil zurück, so daß er wegen Fahnenflucht gesucht wurde. In Berlin war der damals erst 22jährige junge Mann in schlechte Gesellschaft geraten. Er trieb sich in Spielklubs nachts herum und lebte eine Zeitlang von dem Spielerwerb in Saus und Braus. Durch die Beziehungen zu einer Ballettänzerin verkehrte er als Stammgast in der Bar eines bekannten Kabaretts am Kurfürstendamm, wo er eine Reihe Leute kennen lernte, die sich später als gewerbsmäßige Einbrecher erwiesen. Als er dann eine Stellung als Werbeoffizier für den Heimatschutz antrat, benutzte er die Gelegenheit, für diese Verbrecher Wohnungen auszukundschaften, deren Inhaber verreist waren. Bei einer Beteiligung an einem Einbruch wurde er auf frischer Tat abgefaßt und zu Gefängnis verurteilt. Er ist dann aber als Geisteskranker nach Herzberge gekommen.“

Auch unter den Studenten finden sich außerordentlich viele, die aus Verzweiflung den Weg des Diebstahls beschreiten.

Typisch für die Not des Mittelstandes sind die Anzeigen, die fast täglich in den bürgerlichen Zeitungen auftauchen und in denen ehemalige Offiziere, Aerzte, Studenten, Rentiers usw. um Stellungen, und da sie nichts gelernt haben, was sie für den kaufmännischen Beruf befähigt, um „Vertrauensstellungen“, von denen sie sich ein angenehmes, leichtes Leben versprechen, nachsuchen.

Um ihre Notlage zu vergessen, und aus der ihnen eingehämmerten Abscheu vor körperlicher oder anderer Arbeit heraus, verfällt ein gut Teil der Elite des Volkes in alle möglichen, den Körper schwer schädigenden Laster. Nur wenige bringen die Willenskraft auf, sich wieder davon freizumachen und auch dann fehlt meistens das Geld, um eine Entziehungskur durchzuführen. Morphinismus und Kokainismus fordern ungeheure Opfer!

Zur Hebung der Not des Mittelstandes tun der Staat und Private angeblich so viel, wie sie irgend tun können. Es ist aber eine Tatsache, daß im Verhältnis zu allen übrigen, vor allen Dingen den militärischen Ausgaben, nur wenig ausgeworfen wird. Durch diese Politik der kapitalistischen Regierungen wird der Untergang einer für die geistige Fortentwicklung Deutschlands außerordentlich wichtigen Schicht rapide gefördert. Die Unterstützung von Wissenschaftlern durch die Behörden ist eine geradezu skandalöse. So bewilligte die Akademie der Wissenschaften für die Fortführung des Werkes „Das Pflanzenreich“ ganze 90.000 Mark! Professor Guthnick erhielt zur Ausführung thermoelektrischer Messungen Ende Juli d. J. 100.000 Mark, um dieselbe Zeit ein anderer Wissenschaftler, Dr. Fritz Levi, 20.000 Mark. Die Gesellschaft deutscher Natur-

forscher und Aerzte bewilligte für unbemittelte jüngere Forscher je zwei Millionen Mark für ein halbes Jahr zur Durchführung wissenschaftlicher Studien!

[521 (489)] Die Stipendien für unbemittelte Studenten sind seit der Vorkriegszeit nicht um einen Pfennig erhöht worden und wie Hohn mutet es jeden an, der am schwarzen Brett der Berliner Universität liest: „Die aus der Stiftung X ausgeworfenen 600 Mark sind bestimmt für einen Studenten, der nachweisen kann ... Pflicht ist es, eine Arbeit über das Thema ... im Umfange von mindestens 30 Seiten an das Kuratorium der Stiftung abzugeben ...!“ Ob sich die Beamten, die diese Formulare alle Halbjahre neu ausfüllen, nicht überlegen, was für eine Zumutung es ist, einem unbemittelten Menschen mehrere hunderttausend Mark an Papier, Beleuchtung, Federn usw. verpulvern zu lassen, nur damit er durch diese Arbeit 600 Mark „verdient“. Andere Stiftungen werden beispielsweise jungen Aerzten erteilt, die beabsichtigen, für die Dauer eines Jahres ins Ausland zu gehen.“ Die bei dieser Stiftung ausgeworfene Summe beträgt ganze 5000 (fünftausend) Mark!! So geschehen im August 1923 an der Berliner Universität!

In den letzten Tagen ist neuerdings ein über 65 Jahre alter Akademiker, ein Justizrat, verhungert. Der Polizeibericht meldet: „Seine Kleidung war schließlich so abgerissen, daß er sich damit nirgends mehr sehen lassen konnte. Seine Nahrung bestand in der Hauptsache aus trockenem Brot und nur von Zeit zu Zeit holte der Greis sich ein Töpfchen Suppe aus einer Armenküche. So schwand er immer mehr dahin, bis ihn der Tod kürzlich von seinem jammervollen Dasein erlöste, Der Arzt stellte als Todesursache Entkräftung fest.“ Was so schamhaft hier mit „Entkräftung“ umschrieben wird, ist tatsächlich nichts anderes als Tod durch Verhungern.

Die Not, des Vaterlandes, die Hungersnot des deutschen Volkes, die zu einem guten Teil auch den Mittelstand betrifft und ihn wegen der immer schlechteren Bezahlung jeder Arbeitsleistung, wegen der rasenden Teuerung und Geldentwertung am stärksten trifft, löst bei den einzelnen Angehörigen dieses Standes, bei alten und jungen, je nach ihrem Temperament verschiedene Wirkungen aus. Die Alten verhungern still und ohne viel Aufsehen, und von ihrem Tod erfährt man nur in den seltensten Fällen, wenn der „Fall“ besonders markant war, aus den Sensationsnachrichten der bürgerlichen Presse. Tausende und aber Tausende alter Mittelständler, die Zeit ihres Lebens schwer gearbeitet haben, läßt das „Vaterland“ verhungern. Tausende und aber Tausende ehemaliger Kriegsteilnehmer der akademischen Berufe, denen sowohl von Wilhelm II. als auch von den republikanischen Regierungen alle möglichen Unterstützungen zugesagt wurden, gehen zugrunde. Im günstigsten Fall, wenn es willensstarke, charakterfeste Menschen sind, versuchen sie einen neuen Beruf zu ergreifen, anderenfalls werden sie zum Verbrecher. Auch die Zahl der den akademischen Ständen angehörenden Auswanderer ist gegen die Vorkriegszeit um ein Vielfaches gestiegen! Die Jugend des Mittelstandes aber, unter der sich sehr viele ihren Eigenschaften und ihrem Charakter nach durchaus revolutionäre Elemente befinden, diese Jugend sucht ihr Heil in der Tat. Kurzsichtig, wie sie nun einmal erzogen sind, sehen diese jungen Akademiker, Kaufleute usw. den Grund für all das Elend in Deutschland einzig und allein in der Ruhrbesetzung. So werden denn von dem aktiven Teil des untergehenden Mittelstande ständig Versuche gemacht, den Druck der Entente, der sich in der Ruhrbesetzung auswirkt, durch Taten zu beheben. Schlageter war einer der prominentesten Heißsporne, die, um ihr Vaterland zu retten, dem „Erbfeind Frankreich“ den Tod geschworen haben.

Die antisemitischen Exzesse, die sich in der letzten Zeit in erschreckender Anzahl häufen, haben ihren Ursprung in der Auffassung eines großen Teils des untergehenden Mittelstandes, daß die Juden schuld seien an der Verelendung und an dem Untergange des Mittelstandes. Tatsache ist, daß die jüdischen Kapitalisten ebenso wie die „rein arischen“, die der Dienste und der Fähigkeiten eines Standes nicht mehr bedürfen, aus dem sie selber hervorgegangen sind, gleichermaßen die Schuld daran trifft, wenn heute mit dem Wort „Mittelstand“ sich automatisch der Gedanke an trocken Brot und Wassersuppen verbindet. [522 (490)]

*

Die Fälle, in denen Angehörige der früher wohlsituierten Kreise infolge ihrer wirtschaftlichen Not geisteskrank werden, mehren sich in erschreckender Weise. So meldet der Bericht der Schutzpolizei über ihre Tätigkeit im Monat Juni d. J. allein 77 Geisteskranke, „meist Opfer der schweren wirtschaftlichen Not“, die von den Beamten in Sicherheit gebracht werden mußten. Wegen Glücksspiels, dessen Zunahme der unerhörten Geldentwertung und der Sucht, auf leichte Art aus dem Elend herauszukommen, entspringt, wurden in derselben Zeit 100 Personen sistiert. An Selbstmorden weist in Berlin allein im Juni die Statistik 151 Fälle auf!? Das ist mehr, als vor dem Kriege in ganz Deutschland während eines vollen Jahres gezählt wurden!

In Berlin schießen, wie vor zwei Jahren die Likörstuben, jetzt an allen Straßenecken Goldankaufstellen, Pfandleihen, Altkleiverhandlungen, Bücherantiquariate, Antiquitätenhandlungen für Gegenstände aller Art aus dem Boden: Das letzte „überflüssige“ Stück, der Ehering, die Uhr, Bücher, Zeitungen, sämtliche Metallgegenstande werden veräußert. Mit dem meist sehr geringen Erlös – gewöhnlich werden die Verkäufer außerordentlich übers Ohr gehauen – wird das Leben ein paar Tage, gefristet. Manche, die da glauben, daß eines Tages wieder „bessere Zeiten“ kommen, bringen ihre Sachen aufs Leihamt, um sie später ... aus Geldmangel nicht mehr einlösen zu können. Das allerletzte wird gegen ein paar Tage weiteren Dahinvegetierens eingetauscht. Ist auch das verkauft, so bleibt nur noch übrig, den Gashahn aufzudrehen, wenn ..., ja wenn das Gas nicht schon wegen Zahlungsunfähigkeit vom Magistrat abgesperrt ist.

Die Wohnungsmiete ist zu teuer. Familien, die früher eine 6- bis 8-Zimmer-Wohnung besessen haben, haben ihre Wohnung in eine kleinere umgetauscht, die überzähligen Möbel wurden verkauft. Wieder war der Hunger da, wieder wurden Möbel verkauft, wieder wurde wegen der hohen Miete die Wohnung gegen eine kleinere vertauscht, bis eines Tages auch nur ein Zimmer zu teuer wird, bis auch die letzten Möbel den Weg nach dem Leihhaus gegangen sind und als ultimo ratio das Obdach bleibt. Im Juli war das Berliner städtische Obdach von 69.777 männliche und 5070 weiblichen Personen gegen 40.463 und 2299 im Juli v. J. besucht! Diese ungeheure Zunahme der Frequenz des städtischen Obdachs hat zur Folge, daß die Räume in der Fröbelstraße schon lange nicht mehr ausreichen, um alle Anwärter auf ein Bett, auch bei Belegung einer Schlafstelle mit zwei und mehr Personen, zu beherbergen.

Der Mittelstand eilt seinem definitiven Ende mit Riesenschritten entgegen. Die Errichtung einer nationalen Diktatur, die sehr vielen Intellektuellen als die letzte Möglichkeit erscheint, diesem sterbenden Stande noch eine Galgenfrist zu gewähren, würde gerade das Gegenteil zur Folge haben. Interessiert an einem faschistischen Regime in Deutschland sind einzig und allein Industrie- und Handelskapital. Und diesen beiden immer mächtiger werdenden Faktoren der Wirtschaft hat der Mittelstand es zu verdanken, daß sein Ende auf eine derart grausame Art in solch rasendem Tempo eingesetzt dat. Eine nationale Diktatur würde bedeuten: Rüstung der Schwerindustrie, Riesengewinne des Agrarkapitals, Knechtung der Proletarier und des Mittelstandes, Verwendung des letzteren als mehr oder weniger „besseres“ Kanonenfutter. An eine Hebung der Lage des Mittelstandes, an einen erneuten Aufstieg des Kleingewerbes und der Handwerker denkt die Industrie in ihrem eigensten Interesse nicht. Ihr Verdienst würde dabei geschmälert werden und der Verdienst ist für arische und jüdische Kapitalisten das höchste Gebot. Mit allen Mitteln wird man jedem Versuch eines erneuten Aufstieges des Mittelstandes entgegenarbeiten. Lieber Hunderttausende verhungern lassen, als auch nur einen Pfennig des Profites einbüßen, denkt der Kapitalist.

Wo ist der Ausweg? Welche Möglichkeit gibt es, für all die hungernden und zugrundegehenden Studenten, Aerzte, Juristen, Kleinhändler, Handwerker, Künstler, Rentner, Pensionäre, für all die jungen und alten „überflüssigen“ Menschen, deren Kraft im Kämpf ums Dasein der Macht des Kapitalismus erlegen ist? Nur der Zusammenschluß aller Hand-[523 (491)] und Kopfarbeiter, nur ein sich gegenseitiges Unterstützen des Geistes und der Kraft kann den Moloch Kapital bezwingen, kann verhindern, daß diesem Ungetüm weiter Millionen von Menschen zum Opfer fallen. „Wir vaterlandslosen Gesellen“, wir Kommunisten reichen allen denen, die end-

lich einsehen lernen, daß es gilt, den Kampf nicht gegen, sondern mit dem klassenbewußten Proletariat zu führen, die Hand. Wir verpflichten uns, dafür zu sorgen, daß die geistigen und freien Berufe unter einer Arbeiter- und Bauernregierung wieder ihren Mann ernähren können, und daß es nicht mehr nötig sein wird, daß ein Student oder ein Künstler im „Nebenberufe" als Nachtwächter oder Bürobote sein tägliches Brot verdient. Jede Arbeit wird gleichmäßig und auskömmlich entlohnt werden.

Der Kampf um die Macht ist entbrannt. Der Bürgerkrieg ist auf die Dauer unvermeidlich. Der Sieg ist unser, sobald ein Teil des Mittelstandes sich offen und fest auf unsere Seite stellt! Die Niederlage des Mittelstandes aber ist sicher, wenn der Faschismus aus dem deutschen Bürgerkriege siegreich hervorgehen sollte. Beamte, Intellektuelle, Mittelständler, wacht aus Eurer Untätigkeit auf und kämpft mit uns gemeinsam für das einzige Ziel, das Euch die Möglichkeit einer Rettung gibt:

für die Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland!

*

Das französische Proletariat seit der Ruhrbesetzung.

Von Ernst Meyer.
(Schluß.)

In dieser Situation und angesichts dieses absoluten Verrats der französischen Sozialdemokraten ist es für unsere Partei verhältnismäßig leicht, den internationalen Gesichtspunkt, den Gesichtspunkt des Klassenkampfes, zu entwickeln und gegenüber den übrigen Arbeiterparteien abzugrenzen. Diese Leistungen der französischen Partei sind um so bewundernswürdiger und um so anerkennenswerter, als die französische Partei in den Ruhrkonflikt in einer Situation eingreifen mußte, wo sie durch mehrjährige Krisen bis in die Wurzeln hinein erschüttert war.

Frossard hat zahlenmäßig fast nichts von der Kommunistischen Partei mitnehmen können: eine Reihe von Funktionären, ein paar Bürgermeister in den Vororten von Paris, fast nichts in der Provinz. Auch sein Organ, das nur einmal wöchentlich erscheint, verfügt nur über etwa 2000 Abonnenten, trotzdem es ein Wochenorgan ist, gegenüber der schon genannten Gesamtauflage von 175.000 allein des täglichen Zentralorgans unserer Partei, der „Humanité". Die Politik, die von Frossard betrieben wird, ähnelt etwas der Politik, die Levi seinerzeit betrieben hat. Aber Frossard ist ein viel geschickterer Mann als Levi, und er hat mindestens immer sieben Eisen im Feuer. Er bringt z. B. folgendes fertig: Einerseits verlangt er für seine Gruppe den Eintritt in das Aktionskomitee zur Bekämpfung der Kriegsgefahr und des Faschismus, und ihm konnte der Eintritt nicht verwehrt werden; gleichzeitig ist er selbst Generalsekretär eines bürgerlichen Bundes zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten. In seinem Organ bekämpft er die Kommunisten, weil sie scharfe Gegner des [524 (492)] Linksblocks sind; aber gleichzeitig kritisiert er die Sozialisten, weil sie nicht zusammen mit den Kommunisten gehen. Er ist ein Anhänger der Einheitsfront, natürlich in dem Sinne, daß er die organisatorische Verschmelzung der gesamten Arbeiterorganisationen will; aber andererseits kokettiert er mit den bürgerlichen Organisationen, insbesondere mit den demokratischen Organisationen. Und je nach dem, wo er spricht, ändert er seine Art, zu sprechen, soweit er überhaupt auftreten kann. Bei den Wahlen in Seine-et-Oise hat die Frossard-Gruppe nicht eine einzige Wahlversammlung abhalten können, und in großen Teilen Frankreichs hat Frossard nicht erscheinen können, weil er von den Arbeitern sofort verprügelt und von der Tribüne heruntergeholt werden würde. Seine Haupttätigkeit verlegt er augenblicklich in die CGTU, die revolutionären Gewerkschaften. Seine Politikantenmethoden haben große Teile der Arbeiterschaft von neuem so stark abgeschreckt, daß sie von keiner einzigen Partei etwas wissen wollen, und während er selbst eine Partei nicht bilden kann, während er selbst auch von unserer Partei keine Teile ablösen kann, ist er doch ein großes Hemmnis, weil er die politische Müdigkeit und die anarchistische Verworrenheit innerhalb des französischen Proletariats durch seine eigene Politikantentätigkeit stark gefördert hat.

Die Ueberwindung dieser Frossard-Gruppe und dieser Spaltung ist verhältnismäßig leicht gewesen, und die Partei hat sich mit großem Mut und mit großem Eifer in die Arbeit zur Ausnutzung des Ruhrkonflikts gestürzt. Das war im Anfang leicht, weil in Frankreich wie in Deutschland gemeint

wurde, daß durch den Ruhrkonflikt eine viel raschere Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl in Frankreich wie in Deutschland hervorgerufen würde. Die französischen Genossen, die diese Ruhrbesetzung signalisierten als ein Symptom kommender Kriegsgefahr, als eine Ursache für neue Militärlasten und eine große Teuerung, haben durch diese Form der Propaganda große Massen an sich fesseln können, und die Demonstrationsversammlungen, die im Januar und Februar von der französischen Kommunistischen Partei abgehalten wurden, waren außerordentlich stark besucht und bedeuteten einen sehr großen Erfolg für die französische Kommunistische Partei.

Nun zeigte sich aber nach einigen Monaten, daß das, was wir vorausgesagt hatten – und auch die französische Partei –, in diesem rapiden Tempo nicht eingetreten ist. Ich wies schon darauf hin, daß die Teuerung keineswegs so rasch und so stark anstieg, wie wir das erwartet hatten, daß das Niveau der Teuerung noch hinter dem vom Jahre 1920 zurückblieb und bis heute zurückgeblieben ist. Auch die Stockung der Produktion und der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse hat keineswegs in dem Maße stattgefunden, wie das erwartet wurde. Selbst die Kohlenversorgung Frankreichs ist durch die Ruhrbesetzung und durch das Aufhören der Reparationsleistungen in Kohle keineswegs so stark geschädigt worden, wie man das erwartet hatte. Gewiß, die lothringische Industrie leidet unter Koksmangel, und dieser Koksmangel wurde durch die Bergarbeiterstreiks sowohl im lothringischen Gebiet wie im Saargebiet verschärft. Aber in dem übrigen Frankreich hat man diesen Mangel nicht so stark empfunden. Einmal hat die Einfuhr aus England die Lücken ausgleichen können – und das ist ja uns in Deutschland auch gelungen – und andererseits verfügte Frankreich vor dem Ruhrkrieg über einen gewissen Überfluß an Kohle, der sich äußerte in dem Export von Kohle. Die Folge von dem Nichteintreten der angekündigten Schäden der Ruhrbesetzung war eine [525 (493)] gewisse Flaute innerhalb der Oppositionsstimmung der französischen Bevölkerung, auch des französischen Proletariats, und diese Flaute wirkte auf unsere eigene französische Partei zurück. Poincaré hat es verstanden, diese Flaute innerhalb der französischen Partei zu überwinden durch seine blödsinnige Politik, die er gegenüber den französischen Kommunisten getrieben hat. Aus Furcht vor einer größeren Opposition der Bevölkerung, steckte er in den Januartagen eine größere Zahl von leitenden Mitgliedern der französischen Partei und der CGTU ins Gefängnis. Er entließ sie in dem Moment, als seine Politik gefestigt war, und er holte sich schließlich von dem Senat das offene Mißtrauensvotum der Niederschlagung des gesamten Prozesses. Diese Vorgänge, die eine offene Niederlage Poincarés vor der französischen Kommunistischen Partei bedeuten, haben dazu gedient, das Ansehen und den Einfluß der französischen Partei wesentlich zu stärken.

Einen neuen Impuls für die kommunistische Agitation hat die Partei durch den neuesten Konflikt erfahren, der weniger ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland, als ein solcher Konflikt zwischen England und Frankreich ist, und dieser Konflikt ist geeignet, eine viel stärkere Opposition gegenüber der Politik Poincarés in breiteren Schichten der Bevölkerung hervorzurufen, und zwar deshalb, weil dieser Konflikt rückwirkt nicht nur auf die Finanzlage Frankreichs, sondern vor allen Dingen auf den Stand des Frank, d. h. auf die Ersparnisse breiterer Schichten der Bevölkerung in Frankreich. Der Frank ist bekanntlich in der letzten Zeit verhältnismäßig stark gesunken, und das empfinden insbesondere die Kleinrentner, die nicht nur während des Krieges die großen Kriegsanleihen gezeichnet haben, sondern die auch nach dem Kriege ihre Profite in die Anleihen umgesetzt haben, die zur Finanzierung des Wiederaufbaus und der Entschädigung der zerstörten Gebiete gedient haben.

Die „innere“ Reparationspolitik Frankreichs ist ein ganz besonderes Kapitel, auf das eigentlich näher eingegangen werden müßte, was nur aus Mangel an Zeit ebenfalls nicht möglich ist. In Deutschland glaubt man im allgemeinen, daß die Leistungen Deutschlands in Gold und die Sachleistungen den wesentlichsten Anteil an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bilden. Das ist nicht richtig. Der größte Teil des Wiederaufbaus in Frankreich ist mit den Mitteln geschehen, die von den kleinen und mittleren französischen Sparern aufgebracht worden sind, die natürlich von den Großbanken gesammelt worden sind und die allein der Schwerindustrie zugute gekommen sind, insbesondere in den zerstörten Gebieten. Man kann annehmen, daß im Durchschnitt heute ungefähr 50 Prozent der zerstörten Gebiete wieder aufgebaut sind; im Norden sind es etwa 60 Prozent, im südlichen Gebiet

etwa 40 Prozent. Aber dieser Wiederaufbau ist in erster Linie, in manchen Gebieten ausschließlich, der Schwerindustrie und der Großindustrie zugute gekommen, zum kleineren Teil der Fertigfabrikatindustrie und in ganz verschwindendem Maße den Arbeitern, den Kleinbauern und den Angestellten, die ihre Häuser, ihre Mobiliarien und sonstige Werte durch den Krieg verloren hatten.

Diese Summen, die von den Sparern selbst aufgebracht worden sind, die keineswegs durch Steuermittel herbeigeschafft worden sind, sind mit durch den Sturz des Franken gefährdet, und daher die Ernüchterung und eine gewisse Beunruhigung selbst bis in die Reihen des kleinen und mittleren Bauerntums hinein. Es kommt hinzu, daß die arbeitende Bauernschaft, die ja meist mit Familienangehörigen [526 (494)] schafft, außerordentlich beunruhigt ist durch die Einbehaltung der Jahrgänge zum Militärdienst und durch die Gefahr der Einziehung und der Beibehaltung weiterer Jahrgänge, Diese Furcht vor neuen Militärleistungen führt ebenfalls zu einer größeren Oppositionsstimmung gegenüber Poincaré.

Es kommt hinzu, daß die allgemeine Politik Poincarés eine gewisse Isolierung Frankreichs von England und von Amerika hervorruft, und damit die Gefahr eines neuen Krieges, der bei der stark pazifistischen Stimmung der französischen Bevölkerung, einschließlich des Bürgertums, natürlich sehr stark gefürchtet wird.

In dieser Situation ist es für unsere Partei leichter, auch in breitere Kreise der französischen Bevölkerung zu dringen und ihre politische und organisatorische Arbeit zu verschärfen. Es kommt hinzu, daß in der letzten Zeit auch nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für das Bürgertum es deutlich geworden ist, daß dieser Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland nichts anderes zum Ziele hat, als die wirtschaftliche Angliederung der schwerindustriellen Gebiete Deutschlands. Die Kleinbauern und das mittlere Bürgertum Frankreichs beginnen einzusehen, daß die Politik Poincarés in der Reparationsfrage nur von Nutzen für die Schwerindustrie und das große Finanzkapital, aber kaum für das mittlere Bürgertum sein wird.

Die französische Partei hat in dieser Situation, unbeschwert durch die Auseinandersetzungen innerhalb ihrer eigenen Reihen, die sie sonst noch im vergangenen Jahre zu führen hatte, sich an die Arbeit gemacht. Wir können zunächst konstatieren, daß der zahlenmäßige Rückgang der französischen Partei aufgehört hat und abgelöst worden ist durch einen geringen Zuwachs. Die Zahl der Mitglieder der französischen Partei mit 50.000 Mitgliedskarten in ganz Frankreich ist schon etwas größer, als der wirkliche Stand der Mitglieder im vergangenen Jahre zur gleichen Zeit. Trotzdem müssen wir uns klar machen, daß es eine ganze Reihe von Departements (Provinzen) in Frankreich gibt, wo noch gar keine oder kaum eine kommunistische Organisation existiert. Auch sonst leidet die organisatorische Arbeit Frankreichs aus Mangel an Erfahrungen schon von der alten französischen Sozialdemokratie her, die zu überwinden die französische Parteizentrale und die französische Partei sich zur Ausgabe gesetzt haben. Der Föderalismus innerhalb der französischen Partei war trotz aller theoretischen Bekenntnisse zum Zentralismus auch innerhalb der Partei noch sehr stark. Erst in der letzten Zeit ist man dazu übergegangen, durch Schaffung von interregionalen Organisationen, also von Oberbezirken, eine straffere Zentralisierung, eine Gliederung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Zentrale und den Provinzbezirken, herbeizuführen.

Was die politische Arbeit anbetrifft, so muß konstatiert werden, daß, abgesehen von der Erörterung der Ruhrfrage, es der französischen Partei an einem geschlossenen, allgemeinen Aktionsprogramm noch fehlt. In der Frage der Behandlung der Steuern, in einer ganzen Reihe von innerpolitischen Fragen tastet die französische Partei noch.

Damit hängt zusammen, daß die Widerstände gegen die Taktik der Einheitsfront, die im vergangenen Jahre unter der reformistischen Führung der Kommunistischen Partei sehr stark waren, auch jetzt noch nachwirken und eine konsequente Durchführung dieser Taktik, die die Voraussetzung für weitere politische Erfolge in Frankreich ist, noch verhindern. Jetzt, mit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr in Frankreich, hat die Partei auch auf diesem Gebiete neue Versuche ge-[527

(495)]macht, die hoffentlich zu einer stärkeren und konsequenteren Durchführung dieser Taktik führen.

Die größten Hemmnisse hat die französische Partei in der gegenwärtigen Zeit durch die Tatsache zu erleiden, daß die französische Gewerkschaftsbewegung einmal gespalten ist, und zweitens, was noch wichtiger ist, daß die revolutionären Gewerkschaften, die CGTU, in Frankreich eine Politik treiben, die keineswegs überall weder mit den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale noch mit den Grundsätzen der Gewerkschaftsinternationale in Einklang steht. Die CGTU gibt an, daß sie gegenwärtig etwa 400.000 Mitglieder in ganz Frankreich hat. Die CGTU ist keineswegs ein einheitliches Gebilde, sondern die stärksten Tendenzkämpfe finden innerhalb der CGTU, die auch fraktionell geteilt sind, statt. Wir haben einmal die Anhänger der Kommunistischen Internationale, die versuchen, ähnlich wie das in Deutschland und auch sonst in der Kommunistischen Internationale der Fall ist, durch Bildung von gewerkschaftlichen Fraktionen die CGTU zu beeinflussen. Selbst in den Reihen der eigenen französischen Partei ist indessen ein Widerstand gegen die Bildung dieser Gewerkschaftsfraktionen vorhanden. Auch Kommunisten erklären, daß diese Fraktionen überflüssig seien, weil die Gewerkschaften schon revolutionär und kommunistisch seien. Ja, man hält diese Arbeit sogar für gefährlich, weil sie Politikanten die Möglichkeit gebe, in die CGTU einzubringen und die Methoden des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Parteien hineinzutragen. Es ist wichtig, festzustellen, daß selbst von einem Redakteur der „Humanité“ innerhalb der Parteipresse die falsche Auffassung der Ueberlegenheit der CGTU gegenüber der Partei vertreten wird, und zwar von dem Genossen Louzon, gegen den der Genosse Trotzki und teilweise auch französische Genossen, aber unzureichend, polemisierten. Es ist kein Wunder, daß, wenn selbst in den Reihen der Kommunistischen Partei ein prinzipieller Widerstand gegen kommunistische Gewerkschaftsarbeit vorhanden ist, dieser Widerstand bei den beiden übrigen Tendenzen noch viel größer ist. Es gibt eine gewisse Uebergangstendenz innerhalb der CGTU, die zwar die Zugehörigkeit zur RGI will, aber keine Verbindung mit der französischen Partei. Die stärkste Tendenz ist augenblicklich, wenigstens was die Art ihres Auftretens und ihre fraktionelle Organisation anbetrifft, die rein anarchistische und syndikalistische Fraktion, die schon seit längerer Zeit ein Komitee zur Verteidigung des reinen Syndikalismus besitzt, und die das seit Monaten tut, was unsere Partei tun will, und erst angefangen hat zu tun, nämlich die Bildung von Fraktionen, von Gewerkschaftskommissionen zur Beeinflussung der gesamten CGTU. Diese anarchistische Fraktion tritt sehr schroff auf. Das zeigte sich z. B. beim Bauarbeiterkongreß, wo eine Resolution gegen die kommunistische gewerkschaftliche Fraktion angenommen wurde und wo gedroht wurde, alle diejenigen Mitglieder der revolutionären Bauarbeiter-Union auszuschließen, welche für irgendeine Partei innerhalb der Bauarbeiterorganisation Propaganda machen würden. Diese Stärke der anarchistischen Fraktion zeigte sich auch bei dem Nationalrat der CGTU, der vor etwa acht Tagen in Paris stattgefunden hat. Als dort die Mehrheit des CGTU-Nationalrats ablehnte, den Nationalkongreß der revolutionären Gewerkschaften für die nächste Zeit einzuberufen, wurde der Saal dieses Nationalrates von anarchistischen Elementen gestürmt, und unter den Pressionen dieser Straßenstimmung mußte die Leitung des CGTU auf Verlangen der syndikalistischen Bauarbeiterorganisationen die Ein-[528 (496)]berufung eines Nationalkongresses noch für den Herbst dieses Jahres in Limoges zugestehen.

In anderen Gewerkschaften ist unser Einfluß stärker, nicht nur bei den Metallarbeitern, wo mit ziemlich großer Mehrheit eine Resolution zugunsten der RGI angenommen worden ist, sondern auch bei den Eisenbahnern, was besonders wichtig ist, wo erst vor wenigen Tagen, ebenfalls mit überwiegender Majorität, der Anschluß an die RGI bestätigt worden ist. Es wird eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei sein, innerhalb der CGTU zu wirken, ohne viel von den gewerkschaftlichen Fraktionen zu reden, diese Arbeit wirklich zu leisten und diese Fraktionen wirklich zu gründen und, was am wichtigsten ist, in der Presse und in den Versammlungen einen offenen, brüderlichen, aber sachlich scharfen Kampf gegen diesen reinen Syndikalismus, der bis in die Reihen unserer eigenen Partei übergreift, zu führen.

Was für die Partei in Frankreich am förderlichsten sein wird, das ist die wahrscheinliche Lösung des Ruhrkonflikts, d. h. der Abschluß eines Kompromisses zwischen Frankreich und England auf Kos-

ten Deutschlands: entweder die Schaffung eines Pufferstaates oder wenigstens die „Neutralisierung“ des Ruhrgebiets, d. h. die Unterstellung dieses Gebietes unter französisches, deutsches und englisches bzw. amerikanisches Kapital. Sowohl durch die „Humanité“ wie durch die deutsche Presse ist mitgeteilt worden, daß bereits eine Reihe von deutschen Industriellen einen Teil des Aktienbesitzes, bis 25 Prozent, an französische Kapitalisten übertragen haben. Das ändert auch die Haltung der französischen Regierung gegenüber der Ruhrarbeiterschaft und gegenüber den Kommunisten. Während bei Beginn der Ruhrbesetzung die Besatzungsbehörden versuchten, den Anschein zu erwecken, als kämen sie zum Kampfe gegen Stinnes und zur Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die deutschen Industriellen, hat jetzt ein offener Frontwechsel der französischen Besatzungsbehörden und der französischen Regierung gegen die Kommunisten und gegen die deutsche Arbeiterschaft für die deutschen Faschisten, für die deutschen Industriellen, und zum Teil für die deutsche Regierung stattgefunden. Das zeigte sich nicht nur in dem großen Ruhrstreik, das zeigte sich besonders in den letzten Tagen bei der Antifaschistendemonstration, wo ganz nach rein französischem Muster und mit rein französischen Methoden, wie sie tagtäglich in Frankreich angewandt werden, französisches Militär mit Tanks anrückte, Schützengräben gezogen wurden, selbst Barrikaden, wie mir berichtet worden ist, in Bochum gebaut wurden, um jede Demonstration und jedes Vorgehen der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen Kommunisten, gegen deutsche Industrielle, gegen deutsche Faschisten zu verhindern. Es tritt weiter darin zutage, daß der „Temps“ seit den Tagen des großen Ruhrstreiks fast täglich gegen die deutschen Kommunisten hetzt und die deutsche Regierung Cuno auffordert, gegen die deutschen Kommunisten vorzugehen, ihr Geld zu beschlagnahmen, ihre Organisationen aufzulösen, überhaupt die kommunistische Agitation und Propaganda zu unterbinden. Und der „Temps“ und Poincaré scheuen sich auch nicht, bei dieser Gelegenheit besonders um die Sozialdemokratie zu werben, sie darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Einfluß infolge der Verluste an die Kommunisten geringer geworden ist. Und in der letzten Zeit bemüht sich sogar Poincaré als Einpeitscher für die Große Koalition, weil er hofft, daß durch das Zustandekommen der Großen Koalition der passive Widerstand gegen Frankreich geringer werden wird, daß [529 (497)] die deutschen Sozialdemokraten zusammen mit Stinnes die geeignete Regierung sind, um die völlige, offene Kapitulation Deutschlands unter Frankreich zu vollziehen.

Es ist keine Agitationsphrase, wenn sowohl wir in Deutschland wie die französischen Kommunisten sagen, daß die Ruhrbesetzung auch mit den Zweck hat, das wichtigste revolutionäre Zentrum in Deutschland unter den Einfluß ausländischer Bajonette zu bringen, weil weder das deutsche noch das französische Kapital Vertrauen dazu haben, daß man ohne Hilfe der ausländischen Militärs revolutionäre Bewegungen im Ruhrgebiet, eine revolutionäre Bewegung in Deutschland wird niederschlagen können. In dieser Situation ist es ganz besonders wichtig für uns, daß die französische Kommunistische Partei mehr und mehr, klarer und klarer unseren Standpunkt in der Ruhrfrage vertritt, mit allen Konsequenzen, auch bis zur Konsequenz unserer Mittelstandspropaganda und unserer sogenannten „nationalen“ Propaganda. Die KPF schafft damit zugleich die Vorbedingung für ein aktives Eingreifen der französischen Arbeiterschaft im Falle von Konflikten größerer Art, sowohl im Ruhrgebiet wie in ganz Deutschland.

Bei der sozialen Lage der französischen Arbeiterschaft, die viel günstiger ist als die der deutschen Arbeiterschaft, sind die Leistungen der französischen Partei wie die oppositionelle Stimmung in der französischen Arbeiterschaft doppelt hoch zu schätzen, und ich habe den Eindruck, daß infolge dieser systematischen Arbeit, die von unserer französischen Partei in engstem Zusammenhang mit der deutschen Partei getrieben wird, die französische Arbeiterschaft, geführt von der französischen Kommunistischen Partei, nicht nur eine Hilfe in Protest- und Solidaritätsresolutionen, sondern eine wirkliche aktive Hilfe wird leisten können, wenn die weitere Zuspitzung der sozialen Gegensätze in Deutschland es notwendig macht, daß wir auch von ausländischen Bruderparteien unterstützt werden.

*

Die norwegische Arbeiterpartei und die KI.

Von A. E w.

Die norwegische Arbeiterpartei ist eine der relativ stärksten Sektionen der KI. Sie ist nicht auf individuelle Mitgliedschaft aufgebaut, sondern ähnlich wie der Labour-Party in England sind ihr ganze Organisationen kollektiv angeschlossen. Aber im Gegensatz zu England gelang es den radikalen Elementen in einem langen, mit großer Zähigkeit geführten Kampf bereits im Jahre 1918 die Mehrheit zu erhalten. Die Opposition fand zuerst eine Stütze in dem sozialdemokratischen Jugendverband, der in den Jahren 1904-1909 eine intensive antimilitaristische Tätigkeit entfaltete und der rein parlamentarischen Tätigkeit der Partei auch die Propaganda des Massenstreiks gegenüberstellte. Diese außerhalb der Partei stehende Opposition fand bald eine große Unterstützung durch die radikalen Strömungen in den Gewerkschaften. Zwischen Partei und Gewerkschaften waren in Norwegen stets enge Beziehungen. Die Partei wurde 1887 gegründet. Eine zentrale Zusammenfassung der lokalen Gewerkschaften ging erst 1899 durch die Gründung der Norwegischen Federation der Arbeit vor sich. Seit dieser Zeit hatten Partei und Gewerkschaften gegenseitige Vertretungen in den Leitungen.

[530 (498)] 1910-1912 fand eine Konsolidierung der in den Gewerkschaften vorhandenen oppositionellen Strömungen statt. Unter der Führung von Tranmael, Volan, Olsen, Madsen, Gulgeo u. a. gab sich die Opposition ein Programm, das einen stark syndikalistischen Einschlag hatte. Größere Teilerfolge wurden bereits in den nächsten Jahren erzielt und der Kongreß 1920 sah den Sieg der Linken mit der überwältigen Stimmenzahl von 243 gegen 76.

Nachdem die Sozialdemokraten auch in den Gewerkschaften eine vernichtende Niederlage erlitten hatten, schritten sie 1921 zur Gründung einer neuen Partei, die sie der NAP gegenüberstellen und mit der sie auch ihren verloren gegangenen Einfluß in der RF d. Arbeit wiedergewinnen wollen.

Ueber das Stärkeverhältnis der Arbeiterorganisationen geben folgende Zahlen ein ungefähres Bild:

1920	Norw. Fed. d. Arbeit	140.000	Mitglieder
	Norw. Arb. Partei	10.000	"
1922	Norw. Fed. d. Arbeit	100.000	"
	Norw. Arb. Partei	75.000	"
	Parlamentswahlen 1921:		
Norweg. Arb. Partei		192.000	Stimmen
Sozialdem. P. N.		93.000	"
	Gemeindewahlen 1922:		
Norw. Arb. Partei		2400	Vertreter
Sozialdem. P. N.		740	"

Der Landeskongreß 1918 der norwegischen Arbeiterpartei beschloß, die NAP in die Zimmerwald-Int. anzumelden, ohne jedoch mit der Zweiten Internationale zu brechen. Man hoffte noch auf eine Reorganisierung der zusammengebrochenen Internationale.

Nach der Gründung der Dritten Internationale schlug der Landesvorstand der NAP im Juni 1919 dem Kongreß vor: aus der Zweiten Internationale auszutreten und sich der Dritten Internationale anzuschließen.

Dieser Anschluß wurde jedoch mit bestimmten Vorbehalten gemacht. So behielt sich die NAP „innerhalb des Rahmens der Prinzipien der neuen Internationale die volle Bewegungsfreiheit vor“.

Die E. d. KI. kam den besonderen Verhältnissen und Traditionen der norwegischen Arbeiterbewegung im weitesten Maße entgegen. Sie verlangte aber natürlich von der Partei, allmählich eine Umstellung ihrer gesamten Tätigkeit wie auch des organisatorischen Aufbaus vorzunehmen.

Auf der anderen Seite waren die maßgebenden Führer jeder Aenderung abgeneigt. Es dauerte jahrelang, bis eine solche kleine Aenderung, wie die des Namens des Zentralorgans vorgenommen wurde. Statt einen systematischen und zähen Kampf für die Ueberwindung der syndikalistischen und reformistischen Auffassungen und Organisationsformen zu führen, wurden diese mit den „besonderen Verhältnissen Norwegens“ erklärt und damit objektiv gestärkt. In allen entscheidenden Fragen

entwickelte sich so ein heftiger Kampf innerhalb der norwegischen Partei und der Mehrheit der Partei zur Ekki.

Wie so häufig, drapierte auch hier eine Opposition ihre rein reformistischen Gedankengänge mit scheinrevolutionären Phrasen. Die Taktik der Einheitsfront und die Parole der Arbeiterregierung wurde von den Führern der Mehrheit als Opportunismus bezeichnet. Der Genosse Tranmael schrieb im „Sozialdemokrat" vom 27. Dezember 1922:

„Die opportunistische Politik, die anbefohlen und toleriert wird, die Einheitsfrontparole in Verbindung mit der Frage der Arbeiterregierung sind typische Aeußerungen des neuen politischen Kursus. Von der Arbeiterregierung zur Koalitionsregierung ist kein langer Weg"; und er zog daraus die Schlußfolgerung: „Entweder Bruch mit unserer revolutionären Tradition oder formellen Bruch mit der Internationale."

Und noch auf der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive wandten sich die Vertreter der Mehrheit der NP als einzige gegen die Anwendung [531 (499)] der Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" für ihr Land. Jeder, der die soziale Struktur Norwegens auch nur oberflächlich kennt, wird verstehen, daß gerade für Norwegen diese Parole geeignet ist, die Bauern und Fischer zur Arbeiterklasse heranzuziehen und so die Machtergreifung des Proletariats zu beschleunigen.

In der Organisationsfrage der Partei selbst herrscht ebenfalls noch große Unklarheit. Der Genosse Radek hatte dem Landesvorstand vorgeschlagen, mit einer systematischen Agitation in den Betrieben und Gewerkschaften für die Reorganisierung der Partei zu beginnen. In allen Gewerkschaften sollten für diese Arbeit Agitationsgruppen unter Leitung der Partei gebildet werden. Nach einiger Zeit intensiver Vorbereitung sollte dann eine Proberegistrierung derjenigen vorgenommen werden, die der Partei in individueller Mitgliedschaft angehören wollen. Vom Resultat der Registrierung sollte die Durchführung abhängig gemacht werden. Um den Massencharakter der Partei zu erhalten, sollte die Frist eventuell verlängert und eine Uebergangsform geschaffen werden. Aber auch in dieser Frage blieb es bei Worten und Diskussionen, eine praktische Arbeit wurde kaum geleistet. Der syndikalistische Flügel in der Partei erhob die Forderung des Aufbaus der Partei nach Betrieben und die Zusammenfassung der einzelnen Betriebszellen nicht nach Bezirken, sondern nach Industriegruppen. Es würden dann die verschiedensten kommunistischen Parteiorganisationen – eine Metall-, Leder-, Holz-, Transportarbeiter-Partei usw. entstehen. Konsequenz wäre die Entwicklung eines Gebildes, daß unfähig zu führen, in der allgemeinen Organisationsform der Gewerkschaften untergehen würde. Bemerkenswert ist, daß sich ein Teil der Genossen für ihre „Reorganisationspläne" auf die deutsche Partei berufen, obgleich niemand in der deutschen Partei daran denkt, die Betriebszellen nach Industriegruppen zusammenzufassen.

Der syndikalistisch-reformistische Pferdefuß kommt aus in anderen wichtigen Punkten zum Vorschein.

In einem Interview des Genossen Tranmael (Vestfold Arbeiterblad, 5. Januar 1923) wird Stellung zu einer Reihe von Streitfragen genommen. „Moskau – so erklärt Tranmael – trennt die Politik, oder auf jeden Fall die politische Taktik von der ökonomischen Grundlage" ... „Die extreme Forderung Moskaus nach Gebrauch der Waffen im Klassenkampf, ‚die Notwendigkeit der Bewaffnung', ist eine Hervorhebung eines politischen Kampfmittels auf Kosten der ökonomischen Kampfmittel."

Die Ueberflüssigkeit der Bewaffnung „beweist" er folgendermaßen: „Während des Kapp-Putsches gebrauchten die Arbeiter keine Gewehre, um Kapp und seine Bande, die bis an die Zähne bewaffnet die Diktatur einführte, zu stürzen. Die Arbeiter und Angestellten streikten und zwangen Kapp zur Kapitulation. So wird es auch in Italien zugehen. Die Arbeiter werden dort unter Ausnützung ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß Mussolini zermalmen."

Das solche Auffassungen heute noch in der KI grassieren, beweist, wie schwer die Ueberwindung reformistischer Traditionen ist.

In diesem Interview geht Tranmael auch auf das Verhältnis zur Internationale ein. Im Jahre 1923 wiederholt er einen großen Teil der Argumente Levis vom Jahre 1921. Die „Turkestaner“ Levi’s und der „Leipziger Volkszeitung“ erstehen in der Form „unverantwortlicher Agenten“, die „an den Drähten ziehen: und die Spaltung der Arbeiterorganisationen provozieren“.

Die Organisationsform der Internationale ist Tranmael „eine Zwangsjacke, die uns hierzulande allzusehr beengt“.

Derselbe Genosse Tranmael, der über die opportunistische Politik der KI klagt, tritt aber ziemlich offen für die organisatorische Verschmelzung mit der Sozialdemokratischen Partei ein.

So verbergen sich hinter dem Kampf gegen die Zentralisation der KI schwerwiegende politische Differenzen.

Dieselbe Parteimehrheit, die mit 2 Stimmen Mehrheit Beschlüsse faßt, die sachlich denen der Weltkongresse widersprechen, die gleichzeitig für die Dezentralisation ist, führt in der eigenen Partei ein sehr straffes zentra-[532 (500)]listisches Regime durch. Sie verlangte auch von der Exekutive, daß die Jugendorganisation – die auf dem Boden der Beschlüsse der Weltkongresse steht – ihre Arbeit in dieser Richtung aufgeben solle und dem Landesvorstand zu unterstellen sei. Dies mußte natürlich abgelehnt werden, denn höher wie die Beschlüsse einer lokalen oder nationalen Organisation stehen die Beschlüsse der KI.

Die Haltung der Partei zu den Gewerkschaften ist nicht die der Führung, sondern der Anpassung.

Professor Bull, einer der „Theoretiker“ der norwegischen Partei, fährt ebenfalls sein Geschütz gegen die „Zwangsjacke“ KI auf. Zwar zweifelt er nicht daran, „daß die kommunistische Weltrevolution n o c h das höchste Ziel der Exekutive in Moskau und ihrer Trabanten in Norwegen ist“, aber er sagt auch:

„Eine Organisation, die mit ganzer Machtvollkommenheit von oben geleitet wird, mit Gehorsam in jeder Instanz, k a n n j e d e r z e i t anderen Zwecken dienen als denjenigen, die bei ihrer Gründung maßgebend waren, und sie kann nicht nur dazu kommen, den Zweck zu verändern, sie muß es, weil die Leiter ein verhältnismäßig geringzählender Kreis sind, die im Laufe einiger Jahre unweigerlich ihre eigenen Zwecke verfolgen, die verschieden sind von denen, die sie leiten.“ („Sozialdemokrat“, 14. Januar 1923.)

Hinter dieser „Soziologie“ des Parteiwesens verbirgt sich natürlich nichts anderes als die theoretische Verschleierung des Versuchs, eine Rechtfertigung für die Loslösung der NAP von der KI zu finden.

Erschwert wird die Gesundung des Verhältnisses der NAP zur KI noch durch die Existenz und die Art des Wirkens einer Gruppe von Intellektuellen und Arbeiterführern Christiania’s, die sich in „Mot Dag“ unter Führung von Falk, eine Sonderorganisation geschaffen haben. Ursprünglich sollte die Ausgabe dieser Organisation die Arbeit unter den Studenten sein. Bald warf sie jedoch in ihrer Mitte alle Fragen der norwegischen Arbeiterbewegung auf und nahm zu ihnen in bestimmten Sinne Stellung. Die Qualität der Mitglieder – Arbeiterführer und Intellektuelle – brachte es naturgemäß mit sich, daß die Stellungnahme der Gruppe sich stark in den Arbeiterorganisationen auswirkt. Die Gruppe zählt 80 Mitglieder, davon 50 Prozent Studenten. Die Monatsschrift hat eine Auflage von 6-7000.

Bereits im Januar-Februar 1922 begann diese Gruppe ihre Tätigkeit gegen die Dritte Internationale. In welcher Form dies neben der Stellungnahme in sachlichen Fragen geschieht, mögen einige Zitate aus Nr. 4 des „Mot Dag“ zeigen. Dort heißt es in einer Charakterisierung einiger Führer der KI:

„Radek ist polnischer Jude. In den Kriegsjahren gehörte er zu dem äußersten linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie ... Bucharin und Steklow sind Russen, Radek ist Jude ... Bucharin ist der Theoretiker, Programmatiker in seiner Partei wie auch in der Internationale. Er arbeitete das ‚Programm‘ nach der russischen Revolution aus und er ist der Hauptdebatteur in der Programmdebatte. ... August Thalheimer ist sein Miteinleiter, der Programmatiker der deutschen Partei: dunkel, schwarzbärtiger Jude. Aeußerst unwohl auf der Tri-

büne ... Es ist ein Irrtum, daß Trotzky ein garstiger Jude ist. Sein Gesicht ist hart und jüdisch, sein Blick fest ...“

Souvarine wird als Intellektueller einer französisch-russischen Emigranten-Judenfamilie bezeichnet. Neben den zum Teil sehr „breiten“ Schilderungen der „Juden“ sind auch die anderen Mitglieder der Exekutive bedacht worden. Eigentümlicher ist noch, daß die Mehrheit der NAP den Verfasser dieses, stark antisemitische Tendenzen zeigenden Artikels als Mitglied der Exekutive vorschlug.

Die Frage „Mot Dag“ berührt den Charakter der Partei. Sie ist eine der wichtigsten Fragen. Und während die Exekutive in den anderen Fragen politischer und organisatorischer Natur der RAP größtes Entgegenkommen gezeigt hat, wird sie verhindern müssen, daß sich hier eine Fraktions-Clique organisiert, für die die Arbeit unter den Studenten zum Nebenzweck, die Arbeit gegen die Kommunistische Internationale zum Hauptzweck wird.

[533 (501)] Der 5. Weltkongreß, dem die norwegische Parteimehrheit eine Anzahl Statutenänderungen vorschlagen wird, wird sich nochmals eingehend mit der ganzen Frage beschäftigen müssen. Die Krankheit der norwegischen Partei wirft ein Licht auf die gesamte Lage. Die langsame Entwicklung der Revolution mußte sich naturgemäß in einem Lande, daß verhältnismäßig wenig von den Kämpfen berührt ist, stärker als anderswo in den Schwankungen und Abweichungen zeigen. Um so mehr als die kollektive Mitgliedschaft schwankenden Führern leichter einen Boden für ihre rechten Abweichungen verschafft. Dies muß uns veranlassen, unsere auf dem Boden der KI stehenden Genossen mit allen Mitteln zu unterstützen. Aus unseren eigenen Erfahrungen müssen wir ihnen helfen, den richtigen Weg zu finden, Irrtümer zu vermeiden und die in ihrer Partei vorhandenen, sich zum Teil „links“ drapierenden, menschewistisch-syndikalistischen Anschauungen zu bekämpfen.

*

Die nationale Frage im heutigen Europa.

Von G. S a f a r o w.

Noch vor ganz kurzem, als die Kanonen von 1914 noch nicht ertönten, führte die nationale Frage irgendwo im Hintergrund der Geschichte, ein kümmerliches Dasein, als ein Ueberrest der unvollendet gebliebenen demokratischen Revolution, in Europa. Während des Krieges 1914-1918 war sie der Tummelplatz imperialistischer Demagogie. Der Versailler Frieden hat, außer der Neuverteilung der kolonialen Beute, Europa zum Schauplatz einer beispiellosen nationalen und kolonialen Knechtung gemacht. Vor dem Kriege und sogar noch während desselben schien eine solche Möglichkeit wenig wahrscheinlich. Einerseits der geringe Unterschied in der Kraft der beiden konkurrierenden Koalitionen und andererseits die Reise dieses entwickeltsten Weltteiles für den Sozialismus konnten den Glauben erwecken, daß Europa a l s G a n z e s den gleichen Weg gehen wird.

Noch vor dem Kriege wies Kurt Eisner darauf hin, daß der Kapitalexport und die Uebertragung der wichtigsten Produktionszweige in die rückständigen Länder eine „allgemeine Arbeitsausschließung des europäischen Proletariates vorbereitet“. Mit Berufung auf die Meinung Hobsons hob Genosse Lenin in seinem Buche über den Imperialismus die Tatsache der parasitischen Verrottung des europäischen Kapitalismus als Ganzen hin. Ganz Europa wies die Tendenz auf, sich in einen parasitischen Ueberbau der in der kolonialen und halbkolonialen Ländern untergebrachten Industrie umzuwandeln. Die Umwandlung der entwickelten Industriestaaten in Rentierstaaten, die aus der Ausbeutung anderer Länder leben, ist im Zeitalter des Imperialismus völlig unvermeidlich. Der tatsächliche Gang der Ereignisse hat an dieser Gesamtvorstellung nur eine Korrektur vollzogen, die darin besteht, daß nicht alle Staaten ihre herrschende Stellung zu behalten vermochten.

Im ersten imperialistischen Kriege erreichte der Imperialismus der Verbündeten dank dem Eingreifen Amerikas ein entscheidendes Uebergewicht über den deutschen Imperialismus. Das „europäische Gleichgewicht“ wurde durch die amerikanischen Tanks und Aeroplane, an deren Stelle amerikanische Dollar trat, umgestürzt. Auf solche Weise geriet ein Teil Europas in die „koloniale Sphäre“, während der andere Teil seine parasitischen Privilegien auf Kosten des ersteren ausbreitete und ver-

größerte. Dieser charakteristische Zug der gegenwärtigen internationalen Lage wurde durch den Genossen Lenin in seinem letzten Artikel hervorgehoben: „Die westeuropäischen kapitalistischen Länder vollziehen ihre Entwicklung zum Kapitalismus n i c h t so, w i e w i r e s e r w a r t e t e n. Sie vollziehen sie nicht durch ein regelmäßiges Heranreifen des Sozialismus in ihrem Rahmen, sondern durch Ausbeutung der einen Staaten durch die andern, durch eine [534 (502)] mit der Ausbeutung des gesamten Ostens verknüpfte Ausbeutung des größten der im imperialistischen Kriege besiegten Staaten“.*)

Der durchschnittliche Deutsche im heutigen Deutschland begreift besser den Inder, Chinesen, Türken, weil der verbündete Imperialismus ihn in der Rechtlosigkeit mit diesen gleichgestellt hat und er gegen diese national-koloniale Knechtung kämpfen muß, während vor dem Kriege dieser Kleinbürger gleich den andern gewisse Vorteile aus der Knechtung der Kolonien zog.

Nach Versailles gewann die nationale Frage für alle eine weltgeschichtliche Bedeutung als Frage der Vernichtung der kapitalistischen Herrschaft, die den national-kolonialen Druck nährt, als Frage, der Vernichtung des imperialistischen Staaten-Systems, das diesen Druck aufrechterhält. Die nationale Frage wurde zum Bestandteil einer großen sozialen Frage, der Frage der Vernichtung der Klassenherrschaft um Klassenteilung.

Der Kapitalismus hat sich schon längst der gesamten Welt bemächtigt. Die Entwicklung des inländischen Kapitalismus in den Kolonien, die während des Krieges stattgesunden hat, hat der auf ihre Landwirtschaft gegründeten Sonderstellung dieser rückständigen Länder ein Ende gesetzt. Nicht Völker, sondern Klassen bilden die bewegende Kraft der Geschichte. Sie spielen eine entscheidende Rolle in der Lösung aller Gegensätze der gesellschaftlichen Entwicklung, die internationalen Gegensätze mit einbegriffen. Der verwesende Kapitalismus schleppt aber die Menschheit z u r ü c k, legt ihr neue Fesseln der national-kolonialen Knechtung an und entstellt und hindert dadurch die Entwicklung der am meisten entwickelten Kulturländer zum Sozialismus. Die Werktätigen Sowjetrußlands mußten, nachdem sie schon zur herrschenden Klasse im nationalen Maßstabe geworden sind, für ihre Befreiung von der Brester Schlinge des deutschen Imperialismus kämpfen. Die deutsche Revolution im November 1918 hat sie von der Perspektive dieser kolonialen Knechtung befreit, gerade so wie der Sieg im Bürgerkriege sie von einer imperialistischen Knechtung durch die Verbündeten befreit hat.

In Deutschland war die Arbeiterklasse nicht in der Lage, die Macht unter solchen günstigen Verhältnissen, wo die miteinander konkurrierenden Imperialisten durch den Kampf gegenseitig geschwächt waren, in ihre Hände zu nehmen. Sie mußte die gesamte Last der Niederlage des vaterländischen Imperialismus auf ihre Schultern nehmen, weil sie es nicht verstanden hat, diese Niederlage im eigenen Interesse auszunützen. Die gelbe Sozialdemokratie, die die Niederlage des Proletariates im inneren Kriege gegen die eigene Bourgeoisie förderte, bereitete durch ihre defaitistische Politik gegenüber dem französischen Imperialismus auch die koloniale Knechtung des Proletariates vor. Nur der Sieg des Proletariats im Bürgerkriege hätte die Versailler Schlinge zerreißen können.

Im Jahre 1916 hielt Genosse Lenin die Umwandlung des imperialistischen Krieges in Europa in einen nationalen Krieg in Europa für unwahrscheinlich, da die Umwandlung des imperialistischen Mordens in einen Bürgerkrieg zu erwarten war. Auf dem Gebiet des früheren russischen Reiches ist dieses auch geschehen. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen nationalen Krieg hat in der Türkei stattgesunden, wo der Befreiungskampf gegen den räuberischen Friedensvertrag von Sèvres in buchstäblichem Sinne des Wortes einen neuen nationalen Staat geschaffen hat.

Aber schon 1916 hielt Genosse Lenin die Möglichkeit einer Umwandlung des imperialistischen Krieges in Europa in einen nationalen Krieg nicht für ausgeschlossen, für den Fall, wenn das Proletariat auf einige Jahrzehnte entkräftet werden sollte und der Krieg 1914 „mit solchen Siegen wie es die napoleonischen waren, enden würde.“*)

*) „Lieber weniger, aber besser.“
*) G. Sinowjew und W. Lenin. „Gegen den Strom“. S. 419. Verlag Hoym Nachf.

Der erste, revolutionäre Sturm setzte nach der faktischen Beendigung des Krieges infolge der deutschen Niederlage ein. Er schuf eine internationale Grundlage für eine Oktoberrevolution, wurde aber durch den Widerstand des siegreichen Imperialismus zurückgeworfen. Die politische [535 (503)] Geographie des Versailler Friedens erwies sich als Schutzwall gegen die proletarische Revolution.

Noch während des Krieges schrieb Genosse Lenin: „Nationale Kriege gegen die imperialistischen Staaten sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, ja sie sind unvermeidlich und sowohl progressiv als auch revolutionär, obgleich natürlich zu ihrem Erfolge entweder die Vereinigung der Anstrengung einer riesigen Anzahl von Bewohnern der unterdrückten Länder (viele Millionen in den von uns angeführten Beispielen: Indien und China) erforderlich ist oder eine besonders günstige Konstellation der internationalen Lage (z. B. Paralysierung der Einmischung der imperialistischen Staaten infolge ihrer Schwächung, ihrer Kriege, ihres Antagonismus usw.) oder der gleichzeitige Ausstand des Proletariats in einem der großen Staaten gegen die Bourgeoisie (dieser in unserer Auszählung letzte Punkt ist vom Gesichtspunkte des für den Sieg des Proletariates Wünschenswerten und Vorteilhaften der erste)“.[**)]

Damals dachte man hierbei an nationale Kriege von seiten der Kolonien. Versailles mit der Ruhrokkupation usw. hat das Kolonialregime nach Europa gebracht. Gleichzeitig hat die nach dem Kriege eingetretene Verfallkrise des Kapitalismus es zu einem Sieg der Sowjetmacht auf einem sechsten Teil der Erdkugel gebracht. Der „Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ wurde zu einer internationalen Kraft und zu einem Kristallisierungspunkt aller proletarischen und nationalen Befreiungsbewegungen. An ihn schließt einerseits der revolutionäre Osten, andererseits der proletarische Westen an.

Der in der Aufzählung des Genossen Lenin „letzte Fall“ ist für unser Zeitalter typisch.

In Europa besteht eine Reihe „großstaatlicher“ Pufferstaaten mit vielen Nationalitäten (Polen, Rumänien, Jugoslavien, Tschechoslowakei). Jeder dieser Staaten unterdrückt einige Nationalitäten. In jedem ist der Separatismus der Unterdrückten außerordentlich stark. In jedem ist genügend Brennmaterial für einen nationalen Krieg vorhanden.

Herr Massaryk beschreibt z. B. die Lage seines Landes folgendermaßen: „In internationaler Beziehung hat die Tschechoslowakei besondere Ausgaben zu erfüllen, denn sie ist im buchstäblichen Sinne des Wortes das geographische Herz Europas: ihre politischen Nachbarn sind die Deutschen in Deutschland und Oesterreich, ferner die Polen und Ukrainer und endlich die Ungarn. Ihre nationalen Minderheiten: Deutsche, Ungarn, Polen und Ruthenen bilden Teile der benachbarten Volker.“ [**)] „Oesterreich-Ungarn ist tot, es lebe ein ganzes Dutzend Oesterreich-Ungarn.“

Alle diese „Oesterreich-Ungarn“ mit einer herrschenden und einigen rechtlosen Nationalität werden zu einem einheitlichen internationalen System zusammengesetzt durch den Imperialismus Frankreichs, der sich auf diese Weise den freien Raub an Deutschland und den Schutz vor Eingreifen der „bolschewistischen Barbaren“ in die europäischen Angelegenheiten sichert.

Der französische Imperialismus, der für seine Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und im Nahen Osten kämpft, hat den englischen Imperialismus zum Gegner. Dieser Gegner ist aber dermaßen im Osten beschäftigt, daß er in der wichtigsten, der deutschen Frage, kein entscheidendes Wort sprechen kann. Was den amerikanischen Imperialismus betrifft, so ist dieser hauptsächlich von der Verwirklichung seines pan-amerikanischen Ideals in Anspruch genommen und interessiert sich für Europa nur insofern, als es seine unmittelbaren Interessen erfordern. Es besteht weder auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen noch in den Beziehungen der verschiedenen Nationalitäten im Rahmen der einzelnen Staaten ein Gleichgewicht. Der „Rentierstaat“ des französischen Imperialismus spielt jetzt in Europa die gleiche, in höchstem Grade revolutionierende Rolle, wie sie seinerzeit Napoleon III. und der russische Zarismus gegenüber der demokratischen Revolution spielten.

[**)] Ibid. S. 421.

[**)] „Wolja Rossii“ 1923, Nr. 3, Massaryk: „Die Slawen nach dem Kriege“.

[536 (504)] Das europäische Proletariat, und in erster Reihe das deutsche, kehrt zu der Lösung alter Ausgaben zurück, wiewohl diese jetzt durch neue Verhältnisse aufgerollt und in neuer Form gestellt sind. Gerade im Zusammenhange mit dem Ruhrkonflikt – der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und der Verkündung von seiten der Sozialdemokraten einer „nationalen Einheitsfront“ mit der eigenen Bourgeoisie – werden diese Fragen jetzt in vollem Umfange aufgerollt. Für Stinnes und die Schwerindustrie handelt es sich bloß um einen größeren Anteil an der gemeinsam mit dem französischen Kapital vorzunehmenden Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse. Wenn sie jetzt in ihrem politischen Spiel die Losung der „Nationalen Einheitsfront“ ausnützen, so nur um den gesamten Gang der Ereignisse gegen das Proletariat zu richten. Als die eine, „legale“, Möglichkeit dient für sie die Beteiligung am deutschen politischen Leben, als die andere – die Ausnützung des französischen Imperialismus gegen das eigene „Vaterland“. Die Novemberrevolution 1918 hat weder ihre inneren noch ihre nationalen Aufgaben gelöst. Dadurch hat sie das Schicksal Deutschlands einerseits in die Hände der Stinnes, andererseits in die Hände des internationalen Imperialismus gelegt. Das Proletariat muß jetzt eine doppelte Ausgabe lösen: Den Sieg über die eigene Bourgeoisie und gleichzeitig den Befreiungskampf gegen den Versailler Imperialismus vorbereiten, sich hierbei auf die internationale Front der Arbeiterklasse stützend. Von allen Klassen der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die einzige, die diese Ausgaben bewältigen kann.

Nach der Niederlage der deutschen demokratischen Revolution 1848 hat der preußische Junker Bismarck, den Bedürfnissen der Entwicklung der Bourgeoisie Rechnung tragend, die Durchführung der nationalen Vereinigung Deutschlands von oben übernommen. Natürlich wurde die Vereinigung auf Junkerart in eingeschränkter und entstellter Form durchgeführt. Gegenwärtig wollen an diese Aufgabe, die von der deutschen demokratischen Revolution nicht gelöst worden ist, in der gleichen Bismarckschen Rolle Ludendorff, Hindenburg und Adolf Hitler unter dem Banner des reaktionärsten „Nationalsozialismus“ herantreten. – „Die Siegervölker sind die Herren, wir sind ihre Diener, ihre Hörigen, ihre Knechte; sie sind die Besitzenden, wir die Besitzlosen. Dieser zwischen den Völkern bestehende Klassengegensatz kann durch keinerlei ‚Weltrevolution‘ beseitigt werden, oder besser gesagt, dieser Klassengegensatz hindert die Weltrevolution, den das englische Proletariat z. B. wird sich hüten, seine privilegierte Lage irgend einem Ideal zuliebe aufzuopfern. Darum sind alle ähnlichen Hoffnungen trügerisch.“[*)]

Der rein deutsche antisemitische und monarchistische Sozialismus steht mit beiden Füßen in der Vergangenheit und gerade aus diesem Grunde ist sein erster Ausruf gegen das Proletariat, gegen die „Novemberverbrecher“, gerichtet. Er bürdet dem Proletariat die Verantwortung für die nicht zu Ende gebrachte Revolution auf, um es wegen des Zusammenbruches des deutschen Imperialismus verantwortlich zu machen.

Die von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ gegebene Charakteristik des „feudalen „Sozialismus“ ist ihm gegenüber in vollem Umfange anwendbar: „Um Sympathie zu erregen, mußte die Aristokratie scheinbar ihre Interessen aus dem Auge verlieren und nur im Interesse der exploitierten Arbeiterklasse ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie formulieren. So bereitete sie die Genugtuung vor, Schmählieder auf ihren neuen Herrscher singen und mehr oder minder unheilschwangere Prophezeiungen ihm ins Ohr raunen zu dürfen. Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Waffen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter.“[**)]

Der feudale Sozialismus Ludendorffs, der zu einer „nationalen Einheitsfront gegen den Marxismus und die Juden“ auffordert, wettert nicht [537 (505)] gegen die vaterländische Bourgeoisie, bei der er um finanzielle und andere Unterstützung bettelt, sondern gegen die ausländische Bourgeoisie, aber auch nur, um Sand in die Augen zu streuen.

[*)] R. Jung: Der Nationalismus, München 1922. S. 71-72.

[**)] Kommunistisches Manifest, Frankes Verlag S. 29-30.

Er hilft Stinnes, die durch das Großkapital ausgebeutete Angestellten-Kleibourgeoisie zu rüsten. Für eine Bismarck-Mission hat er weder Kraft nach Mittel und vor allem keine historischen Möglichkeiten. Das was durch die internationale Proletarische Revolution vollbracht werden soll, kann nur durch diese selbst vollzogen werden.

Der Nationalsozialismus sammelt die Ernte dessen, was die deutsche Sozialdemokratie seit dem November 1918 gesät hat, indem sie die Bourgeoisie gegen das Proletariat verteidigt, dadurch die koloniale Knechtung Deutschlands gefördert und „die deutsche Reichseinheit“ auf Kosten des Proletariats gefördert hat. Im Jahre 1919 hielt die deutsche Bourgeoisie nicht für nötig, von den Spartakisten nach der Rheinischen Republik, die Marschall Foch bilden wollte, zu flüchten, dafür aber erreichte in den Jahren 1922/23 die „deutsche Reichseinheit“ eine adäquate Verkörperung in der konterrevolutionären Selbständigkeit Bayerns und in der Stinnes-Diktatur, die auf einen vereinten französisch-deutschen metallurgischen Trust hinsteuert.

Das deutsche Proletariat mit der KPD an der Spitze, ist durch den Gang der Weltgeschichte auf den schwierigsten und verantwortlichsten Posten der internationalen proletarischen Front gestellt und es wird genügend Kraft finden, um in der gegenwärtigen Uebergangszeit den Durchbruch der imperialistischen Front und den Zusammenschluß des sowjetisierten Osteuropas mit dem proletarischen Westen vorzubereiten. Das wird ihm um so schneller gelingen, je eher die französische Arbeiterklasse zu einem klaren Verständnis ihrer internationalen Pflicht gelangen und den Kampf gegen den Feind im eigenen Lande aufnehmen wird. Die Erstarkung und Steigerung des Einflusses der französischen kommunistischen Partei zeugt davon, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr zu weit entfernt ist. Die nationale Frage im heutigen Europa besitzt zweifellos eine etwas andere Gestalt, als in den Ländern, die soeben erst von dem Baume der Erkenntnis des Kapitalismus gegessen haben.

Die Hegemonie des Proletariats im Kampfe gegen den Imperialismus bildet eine unumgängliche Vorbedingung des Erfolges aller revolutionären Befreiungsbewegungen der unter einer nationalen Unterdrückung stehenden Massen.

„Imperialismus oder Sozialismus? Mit dem Eintreten des Krieges ist das Wort zum Fleisch geworden, die Alternative wurde aus einer historischen Tendenz zu einer politischen Situation“, so schrieb Rosa Luxemburg in der Nummer der deutschen Zeitschrift „Internationale“ im April 1915.

In unseren Tagen treten die wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas in einen immer klareren und unversöhnlicheren Gegensatz zu der politischen Geographie der Nachkriegszeit, zum staatlichen Ueberbau der die Wiederherstellung der Wirtschaft hindert. Infolge innerer Widersprüche und des Mangels an eigenen Kräften kann der Imperialismus ganz Europa nicht auf einmal verschlingen und er will es daher stückweise tun. Daraus folgt die auf feudale Art vollzogene Zerstückelung Europas in eine Reihe von Pufferstaaten und halbkolonialen Staaten, die die unumgänglichen Vorbedingungen einer selbständigen Existenz nicht besitzen und gleichzeitig unfähig in die festgesetzten Grenzen und Bedingungen aus eigenen Kräften zu übersteigen. Die Landesgrenzen sind keine Rahmen der territorialen Arbeitsverteilung auf dem gegebenen Gebiete, sondern bilden bloß Schützengräben, aus denen stets das Gewehrgeknatter ertönen kann. In den Ländern mit höherer Valuta wird die Produktion durch die Höhe der Produktionskosten und der Außenhandel durch die Konkurrenz der ausländischen billigen Waren erdrosselt (Tschechoslowakei). Die Länder mit niedriger Valuta gehen am Ausverkauf ihrer Produktion zugrunde und sind gezwungen, die Produktion infolge der Erschöpfung der Rohmaterialien-Vorräte und der Besetzung ihrer Rohmaterialien-Quellen, einzuschränken (Deutschland).

Die Verhältnisse, die ein normales Funktionieren der Produktion hindern, fördern in unerhörtem Maße den Wuchs des Rentiersystems und der [538 (506)] Valuta-Spekulation, was seinerseits neue Hindernisse für den wirtschaftlichen Wiederausbau schafft.

Jede wirtschaftliche Stellung – ob es nun ein Flußhafen, Kohlenlager, Erzlager oder ein Eisenbahnknotenpunkt ist – ist ein Objekt des erbittertsten Wettkampfes. Entlang der wichtigsten Wasserlinie Osteuropas – der Donau – liegen jetzt nicht weniger als sieben Staaten, die diese Linie in ihre

Macht bekommen möchten: Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, die Entente, als solche gar nicht gerechnet.

Die Zergliederung und Knechtung Deutschlands durch den französischen Imperialismus mit den Henkerdiensten des adeligen Polens und der Mitwirkung der Londoner und New Yorker Börse ist bei weitem noch nicht beendet.

Stehen aber die wirtschaftlichen Bedürfnisse im Gegensatz zu der barbarischen Zerstückelung Europas, so lehnen sich auch überhaupt die Interessen der national unterdrückten Massen gegen die bestehende barbarische Zentralisation im Rahmen der kleinen Entente und gegen die bestehenden politischen und territorialen Teilungen auf. In dem in materieller Hinsicht für den Sozialismus reifen Europa offenbart der Kapitalismus sein reaktionäres Wesen auf das grellste und klarste in den bestehenden staatlichen und territorialen Teilungen.

Der Sieg des die Bauernmassen mit sich führenden Proletariat ist sozusagen zur allgemeinen europäischen Notwendigkeit geworden, da nur dadurch der national-koloniale Druck restlos vernichtet, der nationale Friede gesichert und die wirtschaftliche Zentralisierung auf Grundlage eines freien, freiwilligen und föderativen Bundes der Völker verwirklicht werden kann. Indem die imperialistische Gewaltpolitik die Grundpfeiler des Lebens der Kulturvölker untergräbt, bereitet sie den Boden vor für ihre allgemeine Zusammenfassung und nachher für eine föderative Vereinigung der Sowjetrepubliken Europas.

Nesselrode, Minister Nikolaus I., rechnete schon zur Zeit der Revolution 1848 mit der Möglichkeit eines zukünftigen stillschweigenden Kontaktes zwischen dem russischen Zarismus und dem französischen Bonapartismus zum Kampfe gegen die europäische demokratische Revolution, deren Knotenpunkt Deutschland bildete. – „Vorausgesetzt, daß das zerstückelte, geschwächte Oesterreich aufhören wird, in Europa seine frühere Stellung einzunehmen, werden wir an Stelle des Deutschen Bundes, wie ihn die Traktate geschaffen haben, einen einheitlichen demokratischen Staat sehen, der alle Mittel und auch den Wunsch haben wird, uns ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten: dann wird uns natürlich eine unmittelbare Gefahr nicht mehr von seiten Frankreichs drohen und eine solche Umstellung aller früheren Positionen könnte zu der einen oder andern Kombination führen, in der der äußere Druck Frankreichs eine Rolle in der Paralysierung der feindlichen Absichten unserer Nachbarn spielen könnte.“[*)]

Selbst dann, als die Sache der nationalen Vereinigung in die Hände Bismarcks geriet, setzte der russische Zarismus seine Zusammenarbeit mit Bonaparte und Oesterreich-Ungarn fort. Die gleiche Gefahr, wie sie für die Reaktion des Leibeigenen-Systems eine demokratische Vereinigung Europas darstellte, bildet für den Imperialismus die Gefahr einer Vereinigung der proletarischen und national unterdrückten Massen Europas mit dem „roten Gespenst“ im Osten, das nicht nur eine Brücke zum Kommunismus, sondern auch eine Brücke zwischen der proletarischen Revolution im Westen und der Kolonial-Revolution im Osten bildet. Der Imperialismus fürchtet sich vor einer proletarischen Revolution in Deutschland, der Tschechoslowakei, Polen, Italien, Jugoslawien usw. und der Zug der national unterdrückten Massen zum Bund der Sowjetstaaten, der Zug der galizischen Ukrainer und der beßarabischen Bauern zur Sowjet-Ukraine und der unterdrückten Weißrussen zu Sowjet-Weißrußland beunruhigt ihn nicht weniger als die unmittelbaren Erfolge der Tätigkeit der Kommunistischen Internationale.

Der Imperialismus fördert die faschistische Offensive gegen die Arbeiterklasse gerade darum, weil der Faschismus ihm fähig scheint „Staat und Ge-[539 (507)]sellschaft gegen gute Bezahlung im Interesse der Bourgeoisie zu leiten“.[**)] Diese nationalistische Leitung scheint ihr jene Form zu sein, die am besten ihren räuberischen großstaatlichen Interessen entspricht.

*

[*)] M. N. Pokrowski: Lamartine, Cavaignac und Nikolaus I.
[**)] Brief Engels an Marx 13, April 1846. Briefwechsel zwischen Engels und Marx. Verlag Dietz Nachf. Stuttgart 1919. S. 312.

Das kritische Bewußtsein Max Adlers und die revolutionäre Methode.

Von Ch. Wurm.

I.

„In der Theorie sind wir nicht Beurteiler oder Konstrukteure, sondern nur gleichsam Mitwisser und interessierte Vollstrecker des geschichtlichen Prozesses der Menschheit geworden.“ Hätte Max Adler diesen von ihm herrührenden Gedanken (Marx als Denker, Seite 35) zum Leitmotiv seines neuen Buches über die Staatsauffassung des Marxismus[***)] genommen, so wäre einer marxistischen Kritik manche Arbeit erspart geblieben.

Charakteristisch für die ganze Arbeit ist schon das Vorwort, mit dem er sozusagen versucht, der bürgerlichen „Wissenschaft“ seine Arbeit als eine „rein theoretische“ schmackhaft zu machen. Dieser Zug geht eigentlich durch die ganzen wissenschaftlichen Leistungen Max Adlers, von seiner Teleologie angefangen bis zu der hier zu besprechenden Arbeit. Dadurch ist die Problemstellung auch dieser Arbeit von vornherein schief, ja falsch, da es sich ihm nur um eine Auseinandersetzung mit dem Staatsrechtslehrer Kelsen handelt, in dessen Arbeit er weiter nichts sieht, als das Werk eines Juristen, der mit seiner formalen Rechtsauffassung einfach die marxistische Gedankenwelt und Terminologie nicht begreifen könne. Damit verschiebt er das Wesentliche der Kelsenschen Arbeit, als eine vom Standpunkt der bürgerlichen Welt geleisteten, auf das Gebiet der sogenannten „reinen Wissenschaft“. Wer die Arbeit Kelsens kennt (Grünbergs Archiv), der vorgibt, eine „immanente“ Kritik des Marxismus zu liefern, sieht ihr auf den ersten Blick das Motiv an, aus ganz eindeutig-politischen Gründen gegen den Marxismus zu Felde u ziehen, wobei es ihm allerdings passiert, eher einem Don Quixote ähnlich zu sehen, als einem befähigten Kritiker des Marxismus. Es wäre an und für sich schon eine sehr interessante Aufgabe, zu untersuchen, warum gerade Kelsen nach Ausbruch der November-Erhebung, diese Arbeit geschrieben hat, in einer Zeit, in der die gesamte Bourgeoisie um ihren eigenen Bestand und ihre Herrschaft fürchtete. In dem Moment, in dem die bürgerliche Welt in allen Fugen krachte, und der Marxismus als praktische Kritik in Erscheinung trat, hatte es natürlich wenig Zweck mit den Methoden und Grundlagen der Bourgeoisie, die in ihrem Festen wankten, den Marxismus zu widerlegen. Also war es mir noch möglich, dem Marxismus mit einer sogenannten „immanenten Kritik“ zu Leibe zu rücken, wie weiland Ritter Bernstein in den 90er Jahren. Das Ergebnis ist, wie das Bernsteinsche mager, und unwillig wird jeder unbefangene Leser die Arbeit Kelsens wegen ihres unglaublich bornierten Standpunktes beiseite werden.

II.

Es wäre verkehrt, in der Problemstellung Adlers nur einen formellen Fehler zu sehen. Im Gegenteil, es ist der gleiche Faden, der durch sämtliche Arbeiten Adlers läuft und der seinen letzten Grund darin hat, den Marxismus der Bourgeoisie schmackhaft zu machen, das heißt, ihm seine [540 (508)] spezifisch proletarisch-revolutionäre Seite zu nehmen. Gerade in einer Zeit, in der der Revisionismus als theoretische Erscheinung durch die Bernsteiniaden abwirtschaftete, war es Max Adler vorbehalten, unter der Devise der Neukantianer „zurück auf Kant“ den Marxismus zu „ergänzen“. Hatte er sich doch kein geringeres Ziel gesetzt, als der marxistischen Weltauffassung eine, „neue“ Erkenntnistheorie zugrunde zu legen. Dies Ziel hoffte er dadurch zu erreichen, daß er Marx durch Kant ergänzte. Unterlief ihm dabei auch eine vollkommen unmarxistische Betrachtung, indem er die Kantsche Philosophie auf Grund rein ideologischer Untersuchungen als Ganzes zerschlug und einzelne Teile aus ihrem Zusammenhange, und von ihrem sozialen Boden loslöste, was tat’s, wenn nur die „Ergänzung“ konstruiert werden konnte. Man hatte dem Marxismus zum Vorwurf gemacht, daß seine Lehre nicht erkenntnis-kritisch begründet sei. Wenn es auch stimmt, daß Marx diese erkenntnis-kritischen Grundlagen nicht zusammenhängend formulierte, so ist es doch eine vollkommene Unmöglichkeit, daraus diese Schlußfolgerungen zu ziehen.

Der Marxismus fußt erkenntnis-kritisch auf dem Materialismus. Der Inhalt der materialistischen Lehre wird in Engels’ „Ludwig Feuerbach“ gut zusammengefaßt, indem er sagt: „Diejenigen, die ...

[***)] Max Adler: Die Staatsauffassung des Marxismus. Verlag Brand, Wien.

in der Natur das Ursprüngliche sahen, gehörten zu den verschiedensten Schulen des Materialismus.“ Für den Materialisten ist nicht wie bei dem Idealisten Geist das Ursprüngliche, sondern ihm ist alles Geistige Erscheinungsform der Materie. Mit dieser Feststellung war zugleich der kausale Zusammenhang zwischen Materie und Geist hergestellt, was als das Wesentliche erscheint. Ludwig Feuerbach drückt dies sehr einfach in seinen Vorlesungen über das Wesen der Religion aus, indem er sagt: „Der Geist ... ist gebunden an die Sinne, an den Kopf, an die körperlichen Organe überhaupt; soll etwa das körperliche Organ, der Kopf, d. h. der Schädel und das Hirn aus der Natur, der Geist aber im Kopf, d. h. die Tätigkeit des Hirns aus einem Wesen von einer ganz anderen Gattung als die Natur ist, aus einem Denk- und Phantasiewesen, aus einem Gott abgeleitet werden? Welche Halbheit, welcher Zwiespalt, welche Verkehrtheit! Woher der Schädel, woher das Hirn, daher ist auch der Geist; woher das Organ, daher auch die Verrichtung, desselben; denn wie sollte sich beides von einander trennen lassen?“[*)]

Diese materialistische Erkenntnistheorie ist für den Marxismus der Boden für die Betrachtung der Gesellschaft. Der historische Materialismus als besondere Methode für die Erklärung der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft ist ein Teil der materialistischen Weltanschauung überhaupt.

Hier sehen wir nun zugleich das Unmögliche von Max Adler, der wohl den historischen Materialismus als soziologische Lehre anerkennen will, aber um so entschiedener den Zusammenhang mit dem Materialismus als Erkenntnislehre ablehnt. Er geht aus von dem Kantschen Gedanken, daß einerseits das Bewußtsein aus der Erfahrung gegeben sei, aber andererseits auch „vor aller Erfahrung“. Das „Bewußtsein überhaupt“, eben jenes vor aller Erfahrung, als ein transzendentales Bewußtsein ist im Einzelmenschen gegeben und nur in ihm erlebbar. Adler sagt das in seiner Teleologie wie folgt: „In der Lehre vom Bewußtsein überhaupt finden wir den Ort, in welchem der Grundbegriff aller wissenschaftlichen Untersuchung über gesellschaftliche Erscheinungen, nämlich der des sozialen Verbundenseins der Menschen, seine erkenntniskritische Begründung erhält.“[*)] Da nun das menschliche Bewußtsein, ein wesentlicher Faktor des geschichtlichen Fortschrittes, etwas vor aller Erfahrung, eben in jenem „Bewußtsein überhaupt“ Begründetes sei und dies etwas Geistiges, so müsse demgemäß auch die Geschichte der Menschheit notwendig geistiger Natur sein. Weiter entwickelt zwingt diese Auffassung dazu, das Materielle in der Natur von dem in der Geschichte zu unter-[541 (509)]scheiden, und bringt damit die Notwendigkeit einer neuen erkenntniskritischen Begründung des sozialen Daseins überhaupt mit sich.

Diese allgemeine Darstellung der Gedankengänge Adlers war notwendig; da sie auch in dem zur Kritik stehenden Werke ständig zum Ausdruck kommen. Diese seine Erkenntnisgrundlage trug dazu bei, daß seine Auseinandersetzung mit Kelsen nur begrifflich ideologischer Natur ist, indem man zum Schluß sagt: nichts für ungut, lieber Freund Kelsen, was ich als geistige Kritik darstelle, verpflichtet uns noch lange nicht zur politischen Tat. Damit fehlt dem Buch auch jenes, was gerade die Bedeutung der Schriften von Marx, Luxemburg und Lenin ausmacht, das klassenmäßig Bedingte und Bestimmte, die Absicht nicht den Klassengegner zu überzeugen, sondern dem Proletariat Waffen zu geben, um den Gegner niederzuwerfen. Sie zeichneten sich durch ihren Kampfcharakter gegenüber der Bourgeoisie aus, waren von Grund aus revolutionär. Insofern dies Adler nicht tut, wirkt seine Arbeit konterrevolutionär.

III.

Adler beginnt seine Arbeit durch eine Auseinandersetzung mit Kelsen, der den Marxismus dahingehend interpretiert: die Entwicklung der Gesellschaft verlaufe nach Marx naturnotwendig, darum sei der Wille des Proletariats nebensächlich und gerade die Bedeutung, die man ihm doch beilege, sei ein immanenter Widerspruch des Marxismus. Bei der nun von Adler versuchten Widerlegung führt er zugleich einen Streich gegen die materialistische Grundauffassung des Marxismus, indem

[*)] L. Feuerbach: Das Wesen der Religion. Verlag Gröner. S. 91-92.
[*)] Adler: Teleologie und Kausalität im Streite um die Wissenschaft. Verlag Brand (Wien), S. 370.

er erklärt, daß Marx mit dem Begriff des Materialismus nicht den mechanischen Naturverlauf meine, sondern, nur die Natur des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Mit dieser falschen Interpretierung gesteht er sodann der marxistischen Schule das Recht zu, eine materialistische Erklärung des menschlichen Geschichtsverlaufs anzunehmen, ohne erkenntnis-kritisch den Materialismus zu huldigen. Die Unhaltbarkeit einer derartigen Auffassung haben wir schon eingangs glatt widerlegt. Wenn A. nun weiter die erste These von Marx über Feuerbach heranzieht, um die materialistische Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu leugnen, so heißt es, dieser These Gewalt antun, die inhaltlich nur den Beweis der Unexaktheit des mechanisch-naturwissenschaftlichen Materialismus einschließlich der Auffassung Feuerbachs zum Ausdruck bringt. Ja, im Gegenteil, es ist gerade Marxens Verdienst, und dies kommt in diesen Thesen auch weiter zum Ausdruck, die revolutionäre Seite des Hegelianismus, die Dialektik, mit dem Feuerbachschen Materialismus zu einer Einheit in seiner materialistischen Dialektik entwickelt zu haben. An Stelle des bloß anschauenden Objekts tritt das tätig handelnde Objekt-Subjekt, die menschliche Praxis. Dieser Angriff auf die Grundfesten des Marxismus bei gleichzeitiger Widerlegung der Kelsenschen Gedankengänge hindert A. durchaus nicht, jedoch nur in der „reinen Theorie“ die Bedeutung des praktisch-politischen Handelns der proletarischen Klasse, des proletarischen Klassenkampfes zum Ausdruck zu bringen. Denn daß die gesellschaftlichen Veränderungen eintreten können, setzt voraus, daß in der Kausalkette kein wichtiges Glied unterbrochen wird. Die Bedeutung des menschlichen Wollens für den Geschichtsverlauf zeichnet Marx schon in dem lapidaren Satz „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst“. Zweifellos ist es für die heutige Zeit von größtem Wert, wenn man an diese Voraussetzungen für den geschichtlichen Fortschritt erinnert, die so mancher auch in unseren Reihen noch nicht mit der notwendigen Klarheit erfaßt hat, „denn die Theorie schlägt um in die Gewalt, sobald sie das Bewußtsein der Massen ergreift“.

A. spricht nun weiter von einem Wollen, Planen, sittlichem Urteil, Ideal und Zweckstreben als Kausalfaktoren, die zur Betrachtung herangezogen werden müßten. Hier zeigt sich nichts anderes als eine ethische Begründung zu dem Zweck, den Marxismus dem Klassengegner genießbar zu machen, selbst wenn A. dazu den Weg über Kant geben muß. Doch damit noch nicht genug. Man höre und staune: „Auf der kausalen Notwendigkeit der Entstehung immer massenhafterer moralischer Wertungen gegen den Kapitalismus ... beruht die Erkenntnis von der Naturnotwendigkeit ... des Sieges des Sozialismus“. Haben diese idealistischen Schrullen noch etwas mit Marxismus zu tun? An die Stelle des wirklichen Zusammen-[542 (510)]hangs wird gesetzt eine neue, unbewußte und allmählich zum Bewußtsein kommende mysteriöse Vorsehung, sagt Engels in seinem Ludwig Feuerbach. Dies hindert jedoch A. nicht, die längst von Marx überwundenen idealistischen Verbrämungen der Entwicklungsgeschichte neu zu produzieren, wenn auch wohl mit mehr Geschick, aber mit den gleichen äußerst raren Ergebnissen. Sehr schön antwortet Feuerbach schon in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts jenen, die da glauben, daß die moralische Billigung als entscheidende Frage jedem Individuum in seinem klassenmäßigen Handeln vorgelegt sei, indem er sagt: „Wo du vor Hunger, vor Elend keinen Stoff im Leibe hast, da hast du auch in deinem Kopfe, in deinen Sinnen und Herzen keinen Stoff zur Moral“. Es ist also die Unerträglichkeit der gesellschaftlichen Zustände, das Lebensinteresse der proletarischen Klasse bei Strafe des Untergangs, das sie zum geschichtlichen Handeln bringt und hierin liegt die entscheidende Triebkraft des Sozialismus. Aber auch A. dürfte begreifen, daß selbst bei weitester Anerkennung „idealer“ Handlungen diese Lebensinteressen eine wesentlich praktische, materielle Seite haben. Im Uebrigen dürfte das Kommunistische Manifest auf A. wenig Eindruck gemacht haben. Hier bekommt sein ganzer Gedankengang einen Anflug zum Lächerlichen, wenn man die Arbeit als Kritik einer „immanenten Kritik“ betrachtet, wobei der Kritikus selbst den Boden verliert, auf dem sich allein jene immanente Kritik aufbauen läßt. Doch man ergänzt nicht ungestraft Marx durch Immanuel Kant, denn damit tritt an Stelle des Marxismus ein neuer Standpunkt.

IV.

In dem zweiten Kapitel über „Staat und Gesellschaft“ schafft sich A. eine recht eigenartige Terminologie für den Staatsbegriff, indem er den Klasseninhalt nicht als die Grundlage der Staatsform

annimmt. So setzt er in seiner Einteilung, patriarchalischer, feudaler, absolutistischer, konstitutioneller und parlamentarischer Staat – verschiedene Klasseninhalte charakterisierende Staatswesen – gleich mit nur Formveränderungen des Staates in der gleichen gesellschaftlichen Struktur. Eigentlich hätte ihm die Schiefheit seiner Darstellungen zum Bewußtsein kommen müssen, denn er definiert gleich darauf den Staat als eine historische Erscheinungsform der Gesellschaft. Wenn auch die Formen, unter denen die Beherrschung der unterdrückten Klasse erfolgen, wechseln, so drücken sie letzten Endes eben doch nur spezifische Inhalte aus, die vom Interesse der jeweils herrschenden Gesellschaft bestimmt werden, so kann man nur von einem kapitalistischen Staat sprechen oder von einem feudalen, wenn man den Inhalt des Staates charakterisieren will. Unmöglich ist es aber, Staat und Gesellschaft als nicht unterschiedene Dinge zu bezeichnen. So sagt zum Beispiel Engels in seinem Ursprung der Familie: „Gegenüber der alten Gentilorganisation kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet“. Definieren wir jede Staatsform „als das Produkt und die Aeußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze“, so haben wir einen soziologischen Staatsbegriff, der eben nur auf Klassengesellschaft zutrifft, also historisch überwunden wird, während erst dann eine freie Entfaltung der Gesellschaft überhaupt denkbar ist. Zeichnen wir den weitergehenden Begriff der Gesellschaft nicht auf, so läuft dies in der Praxis nur auf eine Verschleierung des Klassencharakters des Staates hinaus. Auch kommt in Betracht, daß sehr wohl sich eine kapitalistische Wirtschaftsform im Ansang unter feudaler Herrschaft denken läßt. Marx drückt einen ähnlichen Gedanken im ‚Bürgerkrieg‘ aus, indem er sagt: „der Staat ... i s t i n d e r R e g e l Staat der mächtigsten ökonomisch herrschenden Klasse ...“. Der Sinn dieser ganzen Formulierung Adlers tritt klar zutage, wenn wir ihn an einer entscheidenden Stelle selbst sprechen lassen. Hören wir zu: „In jeder Vergesellschaftung bildet sich eine gewisse Organisation heraus, die den Zweck hat, diese Lebensform der in ihr vereinigten Menschen zu erhalten und zu schützen. Diese Organisation mit ihren Trägern bildet die „Regierung“, den „Staat“ dieser Gesellschaftsform. Solange die reale Gestaltung einer Vergesellschaftung noch keine wirtschaftlichen Gegensätze in sich birgt, wie z. B. bei der mehr oder minder legendarischen Lebensformen des Urkommunismus, deckt sich die Bewußtseinsform dieses [543 (511)] Lebens mit seinem Inhalt; fallen ‚Staat‘ und Gesellschaft zusammen.“[*)] So wissen wir es, was ein Staat nach A. ist – Lebensform – Bewußtseinsform des Lebens – damit ist der Staat plötzlich aus einer historischen, eine allgemein gültige Form geworden, die allen Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung eigen ist. Dann allerdings gibt es keine Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft. Was hilfts, wenn man bis heute im Marxismus unter Staat die organisierte Gewalt der herrschenden Klasse verstand. A. belehrt uns eines Besseren. Interesse für uns hat weniger dieser sein eigener Standpunkt als die Ungeheuerlichkeit, dieses als Marxismus zum Besten zu geben. Hier findet sich A. endlich mit Bernstein und dem alternden Kautsky und man kann getrost sagen: es ist erstaunlich, „was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben“. Blättern wir einige Zeiten weiter, so finden wir mit Erstaunen wieder folgende Stelle: „Der Marxismus versteht unter Staat die organisierte Gewalt einer Klasse für Unterdrückung einer anderen“. Man sieht: A. ist zu klug, um nicht das unmarxistische seiner Auffassung zu kennen, er hilft sich dann schnell mit einem Marx-Zitat und flugs ist die strenge Lehre wieder hergestellt. Was tuts, wenn man sich auch dabei in Widersprüche verwickelt? Bewegt sich doch die ganze Geschichte in Widersprüchen, warum soll es dann einem nicht auch selbst passieren?

In dem Kapitel „Das Wesentliche des Marxischen Staatsbegriffs“ charakterisiert er wieder richtig den Inhalt des Staates als Gewalt zur Unterdrückung der Ausgebeuteten, kommt aber sofort wieder zu einer falschen Schlußfolgerung, indem er behauptet, daß durch den Staat die ausgebeutete Klasse auch noch politisch unterworfen würde. Nun hat doch die politische Unterwerfung keinen anderen Sinn, als die gegebene ökonomische Struktur aufrecht zu erhalten. Also ist die politische Unterdrückung dem ökonomischen Zweck untergeordnet. Daß der Staat seinen Zweck in allgemein gültige, rechtliche Formen kleidet, tat nichts zur Sache, und stimmt nicht einmal ganz genau. Auch berührt es den entscheidenden Zweck der Staatsorganisation wenig. Weiter kommt sein marxifizierter Kan-

[*)] Adler: Staatsauffassung. S. 42.

tianismus sofort wieder zur Geltung, indem er davon spricht, daß der Staat der Ausbeutung erst eine bestimmte Rechtsform gebe, wodurch aus den Produktionsagenten Herrschende und Beherrschte entstehen. Dies sei nur möglich durch eine eigene Ideologie des Rechtes, das sich ursprünglich aus der Oekonomie nicht ableiten lasse, und seine eigene Gesetzlichkeit habe. Er behauptet nun weiter, dies sei auch von Marx und Engels zugegeben, um jedoch in einer Fußnote zu bemerken, daß sie nur von relativer Selbständigkeit gesprochen haben. Nun ist es gerade das Charakteristische, daß, wenn man diese relative Selbständigkeit voraussetzt, man nicht von einer Ideologie des Rechts sprechen kann, die vor der Oekonomie in Erscheinung getreten sei. Gerade Marx und Engels haben immer wieder auf die Wandlung der Rechtsform unter veränderten ökonomischen Verhältnissen aufmerksam gemacht, und auch auf ihren Ursprung.

V.

In dem Abschnitt „Was ist eine Klasse?“ kommt die schon an anderer Stelle widerlegte Feststellung, daß Produktions- und Austauschverhältnisse, – Verhältnisse von Menschen – also g e i s t i g e V e r h ä l t n i s s e sind. Nur beweist er dies hier mit einem Ausspruch Marx’, daß das Ideelle, das im Menschenkopf umgesetzte Materielle sei. Hierzu sei nur noch soviel bemerkt: Im sozialen Geschehen läuft der theologische und die materielle Seite der Ereignisse durcheinander, und ihre Scheidung ist nur begrifflich denkbar. Diese Erscheinungen spiegeln sich in den Köpfen der Mitglieder der Gesellschaft wider, wodurch das gesellschaftliche Sein nicht im geringsten vergeistigt wird, sondern materialisiert.

Im Uebrigen dürfte das Kapitel über die Klasse den besten Teil der Arbeit A. darstellen.

Von hier aus geht nun A. daran, Klasse und Partei zu behandeln. Dieses Kapitel faßt er in folgendem Gedankengang zusammen: „Partei und Klasse [544 (512)] sind also im Marxismus zwei Begriffe von sehr verschiedenem Inhalt und sehr verschiedener Bedeutung ...“ Man kann in diesem ganzen Kapitel suchen nach dem was uns A. als die verschiedenen Inhalte zum Ausdruck bringt, wir finden höchstens einige Allgemeinheiten. Er versucht nun, diese seine Auffassung schmackhaft zu machen mit einem Marx-Zitat aus dem Briefwechsel mit Freiligrath. Dort sagt Marx einmal: „Unter Partei verstand ich immer die Partei im großen historischen Sinne“. Und dieser Ausspruch soll beweisen, daß Marx und Engels keine Parteimänner waren. Stellen wir dem einige Tatsachen gegenüber. Marx und Engels waren die Gründer der I. Internationale. Marx, der Sekretär der I. Internationale. Marx’ Auseinandersetzung mit Bakunin wegen der Fragen der Organisation und Taktik innerhalb der Internationale. Marx’ Eingreifen auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag usw.

Doch wir werden recht bald den Zweck erfahren, warum eigentlich Adler eine Trennung zwischen Partei und Klasse vornimmt und Marx und Engels nicht als Parteimänner erklärt. Was ist die Partei? Mars sagt im Kommunistischen Manifest: „Wir Kommunisten haben keine von der proletarischen Klasse verschiedenen Interessen“. Oder: „Die Kommunisten sind nur der bewußte Teil der Klasse“. Es ist doch gerade das mangelnde Bewußtsein der proletarischen Klasse, das die Voraussetzung für eine Klassenpartei schafft. Und damit sehen wir sofort die historischen Ursachen der Partei, die Grundlagen, Inhalt und Begrenzung. Sie ist also das Ergebnis eines Widerspruchs zwischen dem Bewußtsein der Klasse und ihrer historischen Aufgabe. So sehen wir also in der Partei den Kopf der Klasse, und sie von einander zu trennen oder zu scheiden, würde bedeuten, den Nährboden zu beseitigen, auf dem sich allein die Partei aufbauen kann. Selbstverständlich ist es auch denkbar, daß eine Partei den Nährboden verlassen kann. Sie kann wohl weiter existieren, hört aber ihrem Inhalt nach auf, Partei dieser bestimmten Klasse zu sein, was wir ja auch in der Entwicklung der Sozialdemokratie beobachten konnten. Doch es hieße, Eulen nach Athen tragen, wenn wir solche marxistischen Selbstverständlichkeiten noch weiter betrachten würden. A.s Gegenüberstellung von Partei und Klasse ist für ihn jedoch sehr notwendig, kommt es ihm doch in einigen Kapiteln später darauf an, die „Parteidiktatur der Bolschewiki“ der Klassendiktatur gegenüber zu stellen. Der politische Zweck dieser Gegenüberstellung von Partei und Klasse tritt also offen zutage. Nachdem ihm die Beweisführung für die Richtigkeit seiner Behauptung zwar nicht gelungen ist, jedoch für seine weiteren Untersuchungen zur Grundlage genommen wird, bekommt zum Beweis seiner „überaus gro-

ßen wissenschaftlichen Objektivität“ Lenin ein besonderes Lob, indem A. als großes Verdienst feststellt, seine Kritik gegen die unmarxistische Verteidigung des demokratischen Prinzips. Hat er damit den „Beweis seiner Objektivität“ erbracht, so donnert er wenige Seiten später heftig gegen die Bolschewiki los, die das „ungeheure Verbrechen“ begangen haben, aus ihrer theoretischen Erkenntnis praktisch-politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Zwar sagt er, die Anwendung der Theorie widerspreche der marxistischen Staatslehre. Doch zitieren wir seinen Gedankengang: Die Marxsche Lehre von dem proletarischen Staate ist dadurch charakterisiert, daß in ihm das Proletariat die herrschende Klasse geworden ist, d. h. im Sinnt des Marxismus die Klasse, welche ökonomisch die entscheidende Macht in der Gesellschaft darstellt. (Schluß folgt.)

An unsere Leser!

Infolge des Polizeifeldzugs gegen die „Rote Fahne“, der auch die Friedrichstadtdruckerei in Mitleidenschaft zog, mußten wir leider eine Nummer der „Internationale“ ausfallen lassen.

Wir bitten unsere Leser um Nachsicht. Die ausgefallene Nummer wird sobald als möglich durch eine Doppelnummer ersetzt werden.

Die Redaktion.

[1]

Ergänzungsheft Nr. 1 der „Internationale“
Jahrgang 6 * Ausgegeben Januar 1924 * Preis 50 P/

Vorbemerkung.

Zur Förderung der Klärung der Ansichten innerhalb der Partei über die Ursachen, die zur Oktober-Niederlage führten, und im Anschluß daran über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei und die nächste politische Perspektive hat das Direktorium der KPD beschlossen, die in der Zentrale vorhandenen Ansichten darüber fixieren zu lassen und der Parteiöffentlichkeit zugängig zu machen. Es liegen drei verschiedene Thesen vor, die in einer Reihe von Aufsätzen begründet und erläutert werden. Die Zeichnung der Thesen und Artikel ist entsprechend den Wünschen der Verfasser erfolgt.

Berlin, Januar 1924. **Redaktion der „Internationale“.**

I.

Thesen zur Oktoberniederlage und zur gegenwärtigen Lage.

Von A. Thalheimer und H. Brandler.

1. Dezember 1923.

I. Zur Oktoberniederlage.

1. Der Oktoberrückzug war unvermeidlich und richtig.

2. Die grundlegenden Ursachen der Oktoberniederlage sind objektiver Art und nicht wesentlichen taktischen Fehlern der KPD geschuldet. Die entscheidende Ursache ist der noch zu starke hemmende Einfluß der Sozialdemokratie. Die Mehrheit der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits materiell nichts mehr gab, und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen.

Oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.

3. Der gemeinsame Fehler der Exekutive wie der Zentrale der KPD war die falsche Beurteilung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD und KPD.

Die KPD hat in dieser Beziehung sich kritisch gegenüber der Exekutive verhalten, aber nicht genügend energisch. Die Exekutive hat dieser Kritik nicht das genügende Gewicht beigelegt.

4. Die Folgen dieser falschen Beurteilung des Kräfteverhältnisses waren:

a) ein zu früher Termin des Endkampfes,

b) die Vernachlässigung der Teilkämpfe und der politischen Vorbereitung,

c) infolge der mangelnden Verbindung zwischen politischer und technischer Vorbereitung litt auch die militärisch-technische Vorbereitung. [2]

5. Mängel zweiter und dritter Ordnung waren:

a) in Sachsen und Thüringen nicht genügende Ausnützung der gegebenen Positionen sowohl in bezug auf Zersetzung der SPD und Heranziehung der SPD-Arbeiter an die KPD, wie auch in bezug auf die Organisation der militärischen Abwehr.

b) Schwerfälligkeit der organisatorischen Umstellung der Partei für den Bürgerkrieg.

6. Alle diese Fehler und Mängel ändern nichts wesentliches an dem grundlegenden Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

II. Zur gegenwärtigen Lage,

1. Die Militärdiktatur Seeckt stützt sich sozial auf Schwerindustrie und Großagrarier. Sie sucht sich die selbständige Bewegung der Mittelschichten (den kleinbürgerlichen Faschismus) teils durch Konzessionen, teils durch Repressalien unterzuordnen. Sie sucht, die Zersplitterung der Arbeiterklasse zu erhalten und zu vertiefen einerseits durch Beibehaltung des Scheins der bürgerlichen De-

mokratie und dadurch Gewinnung der Sozialdemokratie als Schutztruppe, andererseits durch Repressalien gegen die KPD.

2. Die Lebensdauer der Militärdiktatur hängt ab:

a) von der Möglichkeit, ein zeitweiliges wirtschaftliches Gleichgewicht wieder herzustellen durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Mittelschichten, Kürzung der Ausgaben und ausreichende Steuerleistung der Besitzenden. Die ersten zwei sind durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse möglich, das letztere ist fraglich und wird entscheidend sein,

b) vom Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus und Zersetzung und Neutralisierung der Mittelschichten.

3. Das Tempo der erneuten objektiven Zuspitzung der Lage ist noch nicht abzuschätzen. Dagegen muß allgemein mit einer Verschärfung der Klassengegensätze und Kämpfe gerechnet werden.

4. Von der KPD hängt ab das Tempo der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus. Auf die politische und organisatorische Liquidation der SPD sind alle Kräfte zu konzentrieren.

5. Die politische Plattform dieser Liquidation ist
negativ: Zerstörung der demokratischen und sozialreformistischen Illusionen,
positiv: Gewinnung der Arbeiter für den Kampf um proletarische Diktatur und Sozialismus.

6. Mit dieser grundsätzlichen und kritischen Propaganda sind politische, wirtschaftliche und militärische Teilkämpfe zu verbinden. Der Entscheidungskampf ist die Kulmination und Resultante dieser Teilkämpfe.

7. Das n ä c h s t e Kettenglied: Eroberung der Bewegungsfreiheit (der Straße usw.) durch revolutionäre Massenaktion (zunächst friedliche und bewaffnete Demonstrationen, Streiks, durch bewaffnete und geschützte Versammlungen usw.)

8. Verlegung des organisatorischen Schwergewichts in die Betriebszellen.

9. Erhöhung der Aktivität und Disziplin in der Partei. Ausscheiden passiver Elemente aus der Partei, gleichzeitig breitere Massenverbindung.

III. Erweiterte Exekutivsitzung, im Anschluß daran außerordentliche Parteikonferenz.
[3]

Erläuterungen und Zusätze.

Von A. T h a l h e i m e r.

Zu I, 1.

Das ist die Vorfrage, die vor allen anderen mit ja oder nein beantwortet werden muß. Man muß sich klar machen, daß die Behauptung, die Partei hätte im Oktober den Entscheidungskampf aufnehmen können und daher müssen, den historischen Bankrott der Partei bedeuten würde. Wer dies behauptet, muß konsequenterweise die Partei liquidieren wollen.

Die Annahme des Entscheidungskampfes im Oktober mit g e s p a l t e n e r A r b e i t e r s c h a f t und ungenügender Bewaffnung (für den Kampf kamen in diesem Augenblick nur die KPD mit einem Kreis von Sympathisierenden in Betracht) hätte die Vernichtung der Partei für Jahre bedeutet, keine Märzniederlage, s o n d e r n v i e l m e h r. Beweise: Sachsen-Thüringen auf der einen, Hamburg auf der anderen Seite. In beiden Fällen war ausschlaggebend die Zurückhaltung der Mehrheit der SPD-Arbeiter vom Kampf durch rechte und „linke“ Führer.

Zu I, 2.

Bereits die Thesen des Zentralausschusses besagen: die Arbeiterschaft war nicht bereit, für die Verteidigung der Novemberdemokratie zu kämpfen. Beweise: wieder Sachsen und Thüringen, wo die Arbeiterschaft ihre e i g e n e demokratische Regierung zu verteidigen hatte, aber nicht ihre eigene

Herrschaft, denn obgleich zuletzt eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung regierte, so herrschte die Bourgeoisie, die kapitalistische Ordnung. Diese war so drückend geworden, und die sozialistischen Regierungen wagten so wenig, an dem sozialen Druck des Kapitals zu rütteln, daß die Mehrheit des Proletariats für die bloße „Demokratie“ ohne proletarischen sozialen Inhalt nicht kämpfen wollte. Woraus folgt, daß für eine proletarische Revolution die Verbindung eines revolutionären sozialen mit einem revolutionären politischen Inhalt notwendig ist.

Daß die Arbeiterschaft noch nicht bereit war, für die Rätediktatur offensiv zu kämpfen, zeigt Hamburg, wo die kleine offensiv kämpfende Vorhut im Kampf isoliert blieb.

Das Nicht-Kämpfenwollen der sozialdemokratischen Arbeiter im Oktober ist natürlich nicht nur die Folge der Haltung der SPD-Linken und -Rechten in diesem Zeitpunkt, sondern Endergebnis der SPD-Koalitionspolitik seit fünf Jahren, die die bürgerliche Demokratie für die Arbeiter wertlos gemacht hatte.

Die Hauptwurzel des 18. Brumaire des Louis Napoleon ist die Geschichte der kleinbürgerlichen Demokratie in Frankreich 1848/49. Der 18. Brumaire des Generals Seeckt hat seine Hauptwurzel in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914/18 und 1918/23.

Das historische Urteil über den Oktoberrückzug lautet: die SPD hat schuld.

Die Kommunisten, die nur den taktischen Fehlern der eigenen Partei die Schuld geben wollen, begreifen nicht, daß sie damit sagen: nicht die SPD, die KPD ist schuld.

[4] Zugrunde liegt die Vorstellung, die durch die Märzaktion erledigt sein sollte, als ob die Partei den Kampf der Massen ersetzen könne, statt ihn zu leiten.

Mußte der Versuch gemacht werden, aus der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in Sachsen und Thüringen zum Angriff zu kommen? Unbedingt. Wie konnte in diesen Gebieten der Kampf für die Rätediktatur entfaltet werden, wenn nicht vorher versucht wurde, die Arbeiter zur Verteidigung ihrer eigenen demokratischen Regierung ins Feuer zu führen? Bekanntlich war auch die Parteiopposition für diesen Versuch!

Was beweist das Scheitern dieses Versuches? Etwas sehr Wichtiges: daß die SPD-Arbeiter, solange sie noch organisatorisch an die SPD gebunden sind, für den Kampf um die Rätediktatur noch nicht zu haben sind oder sie nicht halten können. Die organisatorische Loslösung dieser Arbeiter von der SPD erst macht die politische Loslösung zur Wahrheit.

Sachsen und Thüringen zeigten nur die Schranken der Opposition (der Arbeiter) innerhalb der SPD. In diesem Punkt haben wir bisherige Auffassungen zu korrigieren. Wir haben nicht geglaubt, daß die linken SPD-Führer kämpfen wollten; aber daß die linken SPD-Arbeiter zum Kampf bereit waren. Es hat sich gezeigt, daß die Wirkung des organisatorischen Bandes viel stärker ist, als wir annahmen.

Zu sagen, daß diese linken SPD-Arbeiter nur reformistische Opposition treiben wollen, halten wir nicht für richtig. Sie sind in der Entwicklung zum Kommunismus begriffen, sie werden jedoch in dieser Entwicklung gehemmt durch den Organisationsfetischismus, der sie an die linken Führer und damit an die Konterrevolution fesselt; an einem gewissen Punkt ihrer Entwicklung müssen sie die organisatorische Schranke, die zugleich eine politische ist, zerbrechen.

Der organisatorische Bruch auch mit der „linken“ SPD muß von uns mit aller Kraft erstrebt werden.

Den gemachten Erfahrungen und der veränderten Situation entsprechend, haben wir die Taktik der Einheitsfront geändert. Die Durchführung in der Praxis läßt jedoch noch zu wünschen übrig.

Zu I, 3.

Der Fehler der Exekutive, wie er besonders in einigen Artikeln des Genossen Sinowjew hervortritt, beruht auf der einseitigen Betonung dessen, was dem Gang der proletarischen Revolution in Ruß-

land und dem in Deutschland gemeinsam ist, und dem nicht genügenden Verständnis dessen, was die spezifischen Unterschiede zwischen beiden ausmacht. Lenin hat bereits vor Jahren die große Bedeutung des Verständnisses dieser Unterschiede betont. Es ist vor allem die Aufgabe der deutschen KP, diese Unterschiede herauszuarbeiten und ihre Anerkennung in der politischen Praxis zur Geltung zu bringen.

Sowohl die Exekutive wie die KPD haben aus diesem Sachverhalt wichtige Folgerungen zu ziehen. Die KPD in der Richtung größerer Selbständigkeit und Initiative in der Analyse der deutschen Verhältnisse und der Feststellung der sich daraus ergebenden strategischen, taktischen, organisatorischen und propagandistischen Folgerungen. Die Exekutive in der stärkeren Berücksichtigung (politisch und organisatorisch) der Vorschläge und Beurteilungen der KPD. [5]

Zu I, 4.

Der zu früh angesetzte Entscheidungstermin hatte zur Folge, daß, als der Rückzug angetreten werden mußte, dies nicht unter Teilkämpfen geschehen konnte. Aus zwei Gründen: 1. die Einstellung der Partei auf den Endkampf, verbunden mit Ablehnung von Teilkämpfen, 2. die Einstellung des Gegners darauf, die Partei isoliert vernichtend zu schlagen.

Wenn einige Genossen sagen: wenn die Partei von vornherein das Kräfteverhältnis richtiger beurteilt und dementsprechend die Taktik eingerichtet hätte, so hätte der Rückzug anders aussehen können, so ist das politische Metaphysik.

Zu I, 5.

Der bürgerliche Staatsapparat war unseren Genossen in Sachsen und Thüringen sehr wenig vertraut. Die SPD-Minister aber hatten nicht den Mut, ihn für die proletarischen Zwecke auszunützen (wie das der Faschismus tat und tut). Es zeigte sich in der Praxis die Notwendigkeit der sofortigen Zerschlagung und völligen Neubaus dieses Apparates.

Zu I, 6.

Der Oktoberrückzug bei besserer Taktik der Partei hätte besser gemacht werden können, aber bei völlig tadelloser Taktik war im Augenblick ein Sieg der Arbeiterklasse nicht möglich, denn die grundlegende Voraussetzung: die Mehrheit der Arbeiterkasse für Ziele und Grundsätze des Kommunismus war nicht da und war nicht binnen weniger Tage zu schaffen.

Zu II, 2.

Es zeig sich bereits, daß die Militärdiktatur nicht imstande ist, aus der Bourgeoisie die erforderlichen Steuern aufzubringen. Daher jetzt der Appell an auswärtige Kredite, die Perspektive der Bourgeoisie auf eine Verösterreichisierung. Aber dies ist im Maßstab Deutschlands nicht möglich.

Zu II, 3.

Der Mißerfolg der bürgerlichen Steuerpolitik ist ein starker Faktor der Beschleunigung des Tempos der revolutionären Entwicklung. Trotzdem läßt sich nicht mit Sicherheit begründen, daß die Entscheidung schon in Monaten bevorstehe. Das hindert nicht, daß die organisatorische Arbeit der Partei auf relativ kurze Vorbereitungstermine eingestellt wird.

Zu II, 7.

Die Einstellung einzelner Genossen auf freiwilligen Abbau des Belagerungszustandes durch die Bourgeoisie ist illusionär, denn das würde das Gelingen der Herstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts voraussetzen.

Zu III.

Hat bereits zu Beschlüssen des Direktoriums geführt. [6]

*

Die Lehren der Oktoberniederlage.

Von Heinr. Brandler.

Die Krise, die sich als Ergebnis der Oktober-Niederlage herausgebildet hat, ist schwerer und tiefer, als wir in den ersten Wochen übersehen konnten. Das macht uns zur Pflicht, die Ursachen der Oktober-Niederlage und der daraus resultierenden Krise genauer zu untersuchen. Darüber, daß der Oktober-Rückzug der Partei notwendig und unvermeidlich war, herrscht innerhalb der ungeheuren Mehrheit der Partei kein Zweifel. Anders über die Ursachen des Rückzuges und der Niederlage. Ein großer Teil der Mehrheit der Partei sieht die Ursache des Rückzuges nur in taktischen und politischen Fehlern der Partei. Das scheint uns eine völlige Verkennung der Wirklichkeit zu sein. Wir bestreiten nicht, daß Fehler der Taktik und der politischen Führung vorhanden sind. Wir halten aber diese Fehler von sekundärer Bedeutung und erst für eine Folge des Hauptfehlers, der Verkennung der objektiven Lage, der Kräfteverhältnisse zwischen Revolution und Konterrevolution im Oktober. Erst wenn wir von dieser Grundlage aus die Fehler der Taktik und der politischen Führung untersuchen, scheint uns eine Klärung, die künftig eine Wiederholung solcher Fehler vermeidet, möglich.

Die Verkennung der Kräfteverhältnisse und der objektiven historischen Situation, in der wir standen; führte zum fundamentalen Hauptfehler, daß wir uns eine zu schwere Aufgabe stellten. Wir hatten uns ganz eingestellt, die Reichsexekutive gegen Sachsen auszunützen, nicht nur zu einem gut organisierten Widerstand zur Verhinderung der Reichsexekutive, wir wollten unmittelbar aus der Verteidigung zum Angriff für die Herrschaft des Proletariats vorstoßen. Zu diesem Kampfe reichten die Kräfte nicht aus. Wir kamen deshalb in eine Situation, die uns eine schwere Niederlage oder den Rückzug aufnötigte. Weil die ganze Partei auf den entscheidenden Machtkampf eingestellt war, blieb nichts weiter übrig, als dem Kampfe auszuweichen, als ein ausschlaggebender Teil sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter, die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie standen, die Gefolgschaft versagten. Durch dieses plötzliche, überraschende Ausweichen siegte der Faschismus kampflos. Dieser kampflose Sieg mußte demoralisierend auf die Arbeiterklasse und auf Teile der Partei wirken. Weil wir uns in Verkennung der Kräfteverhältnisse eine zu große Aufgabe gestellt hatten, konnten wir die kleinere Aufgabe eines ernsthaften Widerstandes gegen die Reichsexekutive gleichfalls nicht leisten.

Die fasche Beurteilung der Kräfteverhältnisse scheint uns auf drei Fehlerquellen zu beruhen. Der erste Fehler besteht darin, daß wir bei der Analyse der Situation ganz außer Acht gelassen hatten, die deutsche Situation innerhalb der gesamten internationalen Situation u betrachten. Seit dem Zusammenbruch des Ruhrkrieges war die innerpolitische Situation, die Verschärfung, der Klassengegensätze, sicherlich gespannter, denn je. Die Klassengegensätze verschärften sich zusehends. Die Finanzkatastrophe zeigte sich in einem katastrophalen Tempo der Inflation, die die Mark in den Abgrund stürzte. Die soziale Lage der Arbeiterklasse, der Mittelschichten, war katastrophal. Die Bauern weigerten sich, aus ihren vollen Scheunen Lebensmittel gegen wertloses Geld zu liefern. Die Quacksalbereien der Koalitionsregierung führten zu keiner Abhilfe, sondern verschärften die [7] Not. Die Verhandlungen der Schwerindustrie mit der Okkupationsbehörde führten zu keinem anderen Ergebnis, als daß sie die national empfindenden Schichten abstießen. Die geschickte Agitation der KPD führte zur Zersetzung, des kleinbürgerlichen Faschismus. Der Antifaschistentag sammelte breite Massen unter das Banner der KPD. Der Auguststreik führte zum Sturz der Cuno-Regierung. Alle diese Kämpfe weckten in breiten Arbeiter- und Mittelschichten das Verständnis für die Notwendigkeit der gründlichen Systemänderung. Sie weckten das Verständnis in breiten Arbeitermassen, daß angesichts der Vorbereitungen der Bourgeoisie auf den Bürgerkrieg sich auch die Arbeiterklasse auf den Bürgerkrieg rüsten müsse. Insofern halten wir zweifellos eine aufsteigende Welle revolutionärer Sympathien und Kampfbereitschaft in ganz Deutschland festzustellen. Dennoch haben wir uns über die Kraft und die Tragfähigkeit dieser aussteigenden revolutionären Welle getäuscht. Der Bourgeoisie ist es noch einmal gelungen, eine Atempause herauszuschlagen. Die Novemberrepublik ging dabei in die Brüche. Aber in Gestalt der faschistischen Diktatur befestigte die deutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft, indem sie die ausführende Gewalt an die Militärmacht übertrug. Die Schwerindustrie und das Agrarkapital bemächtigten sich unter Ausschaltung der No-

vemberdemokratie des Staatsapparates. Sie bekamen dadurch ein Machtinstrument in die Hand, dem gegenüber die organisatorischen und politischen Vorbereitungen der Arbeiterklasse zum Kampfe um die Uebernahme der Macht nicht zureichten. Die Kampforgane der Arbeiterklasse waren, gemessen an der großen Ausgabe, unzureichend und schwächlich. Durch das Verbot des Reichsausschusses Betriebsräte, durch das Verbot der proletarischen Hundertschaften und Kontrollausschüsse in Preußen war der Aufbau der proletarischen Klassenorgane gestört und in der Entwicklung gehemmt worden. Die Arbeiterschaft vermochte nicht, wie es zu einem entscheidenden Kampfe um die Macht Voraussetzung gewesen wäre, diesen Schlag, der durch das Verbot herbeigeführt war, durch um so stärkeren Ausbau der proletarischen Kampforgane wettzumachen. Die höchste Aktivität der proletarischen Kampforgane entwickelte die Arbeiterschaft nur im mitteldeutschen Gebiet und in Rheinland-Westfalen. Die revolutionäre Kampfkraft des rheinisch-westfälischen Proletariats wurde durch die Okkupationsarmee in ihrer positiven Auswirkung im Klasseninteresse des Proletariats niedergehalten. Im mitteldeutschen Gebiet führte die erhöhte Aktivität in den Betriebsräten, Kontrollausschüssen und proletarischen Hundertschaften nicht zum Niederschlagen des Gegners, weit im übrigen Deutschland die proletarischen Kampforgane noch schwächer waren. Der Eintritt von Kommunisten in die sächsische und thüringische Regierung führte nicht zu raschen entscheidenden Schlägen gegen die Konterrevolution, sondern reizte den Gegner nur, der von der Reichsregierung in Gestalt der Reichsexekutive gegen Sachsen Hilfe erhielt. Nicht nur die linken sozialdemokratischen Führer, deren Kampfkraft kein einziger von uns überschätzt hat, nein, auch die linken sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen, Thüringen und Mitteldeutschland und jene Teil der parteilosen Arbeiter, die ideologisch unter dem Einfluß der VSPD mehr oder weniger standen, machten ein entscheidendes Handeln und Zuschlagen, wie es von der KPD gefordert und propagiert wurde, unmöglich. Nicht erst auf der Chemnitzer Konferenz, sondern schon bei der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag, bei der Konzentrierung der Truppen gegen Sachsen und Mitteldeutschland reagierte das Proletariat Deutschlands ganz ungenügend. Der plumpe Trick der Reichsregierung, der Ankündigung eines gleichzeitigen Kampfes gegen links und rechts, gegen Kommunisten und [8] kleinbürgerliche Faschisten, der so oft in Deutschland schon angewendet wurde, vermochte im Lager der Arbeiterklasse Verwirrung anzurichten. Die politische Führung der Bourgeoisie, die den Popanz der bayerischen Konterrevolution zur Verschleierung des Aufmarsches des Faschismus im ganzen Reiche ausnützen konnte, glückte. Die Mitwirkung der Sozialdemokratie bei diesem Betrugsmanöver der Bourgeoisie hat sich in ihrer hemmenden Kraft auf die Arbeiterschaft trotz der Opposition im eigenen Lager als viel stärker erwiesen, als wir vorausgesetzt hatten. **Wie im Jahre 1918/19 die Bourgeoisie nur hinter dem Rücken der Sozialdemokratie in Gestalt der Novemberrepublik zur Herrschaft kommen konnte, so konnte der Faschismus 1923 nur versteckt hinter dem Rüden der linken und rechten USPD- und Gewerkschaftsbürokratie kampflos die Macht übernehmen.** Die Unterschätzung der passiven, hemmenden Kraft der Sozialdemokratie war einer der schwersten Rechenfehler.

An der Oktober-Niederlage sind nicht die taktischen Fehler der KPD, sondern der Verrat und die Auswirkung der Verräterrolle der VSPD schuld. Die taktischen und politischen Fehler der KPD, die noch groß genug sind, bestehen eben darin, die Zähigkeit der konterrevolutionären Funktion der SPD unterschätzt zu haben. Auf der anderen Seite überschätzte die KPD ihre eigenen Kräfte. Das Verbot der Zeitungen, das Verbot der Betriebsrätebewegung konnte nicht, wie es nötig und erforderlich, durch geeignete Maßnahmen der KPD so rasch überwunden werden, wie erforderlich gewesen wäre, um diese vorbereitenden Schläge der Bourgeoisie wettzumachen. Daß die Partei wegen der lange versäumten, in den letzten Monaten eifrig betriebenen. Rüstung zum Bürgerkrieg in ihrem organisatorischen Gefüge und in ihrer politischen Auswirkung geschwächt und gehemmt werden konnte, zeigt ebenfalls eine Ueberschätzung der Kraft und Leistungsfähigkeit der KPD als Führerin in der Revolution. Es sind wieder nicht Hauptursache die taktischen und politischen Fehler, sondern Hauptursache die Tatsache, daß wir in Deutschland und in ganz Westeuropa bis in unsere eigenen Parteikreise hinein gegen die 60jährige Tradition der reformistischen und opportunistischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit ungleich länger und schwerer zu kämpfen haben, als das in Rußland der Fall war.

Wir schätzten die Festung des Gegners sturmreif, und als der Gegner seinerseits zum Angriff überging, zeigte sich, daß unsere Truppen nicht fest genug um die Partei gruppiert, in den Betriebsräten, Kontrollausschüssen und Hundertschaften fest genug verschanzt waren, um den Angriff abzuschlagen und zum Gegenangriff vorzustoßen. Das Dümmste und Gefährlichste bei der Kritik der Oktober-Niederlage besteht in der Behauptung, daß das rechtzeitige Erkennen der Desorganisation im eigenen Lager und das Ausweichen vor dem Kampfe in der letzten Minute ein taktischer Fehler der Partei gewesen sei. Ohne den Rückzug hätten wir den Fehler der bulgarischen Genossen wiederholt, nur teurer bezahlt.

Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zum Kampfe um den Kommunismus. Unser Fehler bestand darin, daß wir annahmen, wir hätten die Mehrheit der Arbeiterklasse, die in verschiedenen Situationen, Antifaschistentag, Cuno-Streik, mit uns sympathisierte, bereits für den Kommunismus gewonnen. Aus diesem Grundfehler ergeben sich alle anderen Mängel zweiter und dritter Ordnung, wie sie in unseren Thesen niedergelegt sind.

[9] Nur wenn wir diesen Grundirrtum erkennen, können wir die gemachten Fehler künftig vermeiden. Die Militärdiktatur von Seeckt wird getragen von der Schwerindustrie und dem Agrarkapital. Sie versucht, die kleinbürgerlich-faschistischen Elemente durch allerlei Versprechungen für sich auszunützen, die rebellierenden Teile – siehe Hitler-Ludendorff-Putsch – niederzuhalten. Mit Hilfe des Rentenmarkschwindels, dem Gerede von der Herabsetzung der Preise, der Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeiter und Beamte und „Spar“maßnahmen im Staatsapparat versucht sie die Kleinbürger bei der Stange zu halten. Was sie aber verspricht, kann sie nicht halten. Von den Sparmaßnahmen, von der Verlängerung der Arbeitszeit werden die Kleinbürger, die sie gewinnen, ebenso empfindlich getroffen wie die Arbeiter. Die Herabsetzung der Lebensmittelpreise muß sogar den Gegensatz zwischen Schwerindustrie und Agrarkapital aufreißen. Die Schwerindustrie ist an billigen Lebensmittelpreisen interessiert, weil sie nur bei niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit eine Dumping-Konjunktur aufrichten kann. Durch Herabsetzung der Lebensmittelpreise wird aber dem Agrarkapital der Appetit an der „Sanierung“ der Verhältnisse arg verdorben.

Zu irgendwelchen pessimistischen Perspektiven für den revolutionären Kampf und Sieg des Proletariats liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Zurzeit befinden wir uns zweifellos in einer diesen Depression. Die Arbeiter nehmen die Verlängerung des Arbeitstages angesichts der Massenarbeitslosigkeit ziemlich kampflos auf. Der Beamtenabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Gehälter der Beamten führt im Augenblick gleichfalls nicht zu einer kräftigen Abwehrbewegung. Aber indem der faschistische Staat seine festeste Stütze, das Beamtentum, auf Hungerration setzt, muß er zur Korrumpierung und zum Zerbrechen dieser Stütze wider Willen beitragen.

Die gefährlichste Waffe der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat besteht darin, daß sie mit allen Mitteln versucht, den Gegensatz zwischen Arbeitslosen und Kurzarbeitern und Vollarbeitern künstlich zu schüren und auszunützen. Gelingt es der Bourgeoisie, diesen Spalt in der Arbeiterklasse zu vertiefen, dann trägt das zur Verlängerung der Herrschaft der Bourgeoisie sicherlich bei. Niemals in der Geschichte der deutschen Revolution ist die Rolle der KPD von so entscheidender Bedeutung gewesen, wie im gegenwärtigen Augenblick. Eine Konsolidierung der deutschen Wirtschaft ist auf längere Frist nicht möglich. Aber die Leidenszeit der Arbeiterklasse wird verlängert, wenn es der KPD nicht gelingt, durch die Erfassung der Masse der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und der Vollarbeiter die Abwehrfront des Proletariats herzustellen.

Auch das Tempo der Inflation der Rentenmark ist für die kommenden Monate entscheidend. Verkracht die Rentenmark rasch, dann wird die Illusion, die Teile des Proletariats und des Kleinbürgertums auf die Möglichkeit einer Stabilisierung der Zustände in Deutschland durch die faschistische Diktatur zweifellos haben, rasch wieder verschwinden, und es wird der Partei leichter möglich sein, die Massen zum Abwehrkampfe zur Verteidigung des Achtstundentages, zur Aufhebung des Belagerungszustandes, zum Kampfe für Friedensreallöhne, zum Kampfe für die Wiedereröffnung der

stillgelegten Betriebe zu befähigen. Es wird dann auch möglich sein, den kleinbürgerlichen Massen zu beweisen, daß die nationale Befreiung nur durch den Steg der proletarischen Diktatur über die faschistische gesichert und gewährleistet ist. Teile der Beamten, die jetzt Rekrutenmaterial für den Faschismus sind, [10] werden dann neutralisiert, ja für uns gewonnen werden können. Von der Kommunistischen Partei, von der Kraft zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für den Kommunismus hängt jetzt das Schicksal der deutschen Revolution besonders ab. Voraussetzung ist auch die Liquidierung der Sozialdemokratie und aller demokratischen Illusionen. Nicht die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, sondern nur der Sieg der proletarischen Diktatur bringt einen Ausweg. Die Sozialdemokratische Partei, die durch den letzten Verrat, durch ihr Paktieren mit dem Faschismus diskreditiert worden ist, kann ebenfalls nur liquidiert werden, wenn die von der Sozialdemokratie enttäuschten Arbeitermassen durch die Aktivität der Partei für den Kommunismus gewonnen werden. Wenn diese Schicht passiv sich vom politischen und sozialen Kampfe abwendet, statt für den Kommunismus erobert zu werden, ist das ein indirekter, ja sogar direkter Gewinn für den Faschismus, denn die aktiven Teile werden ins Lager des Faschismus abwandern.

Die Linie der Parteipolitik seit der Oktober-Niederlage ist richtig. Die Partei überwindet immer mehr ihren Schwächezustand, der durch die Umstellung auf die Illegalität in Verbindung mit dem Oktoberrückzug die Aktivität lähmte. Die letzten Demonstrationen im Reiche zeigen dies. Aber sie zeigen auch, daß sie erst ein Anfang sind. Von einer wirklichen Erfassung der Massen kann noch keine Rede sein. Nur durch revolutionäre Massenaktionen, die von der Partei organisiert werden müssen, kann sich das Proletariat gegenüber der faschistischen Diktatur die nötige Bewegungsfreiheit erkämpfen, nicht durch eine durch politische Schiebungen des Gegners geschenkte Wiederherstellung „verfassungsmäßiger“ Zustände. Die Vorbereitungen zum Bürgerkriege können nur in diesen Massenkämpfen wirklich solid fundiert und ausgebaut werden. Die bisherigen Vorbereitungen waren schwächliche dilettantische Anfangsversuche. Die Arbeiterklasse zu sammeln zum Widerstand gegen die Durchführung des faschistischen Programms in Kämpfen um Lohn, Brot und Arbeit, die feste Zusammenschweißung der arbeitslosen und arbeitenden Massen, das ist die Aufgabe der KPD. In Teilkämpfen für Aufgaben, die den vorhandenen Kräften angemessen sind, kann die Oktoberniederlage überwunden werden.

*

Zur Selbstverständigung der Partei.

Von Karl Berger.

Der Hauptfehler.

Ohne Zweifel hat die Partei im Oktober und vorher große strategische und taktische Fehler gemacht. Wir werden diese Fehler jedoch nur dann klar erkennen und aus dem Gewesenen lernen können, wenn wir den Hauptfehler, die Wurzel für alle strategischen und taktischen Fehler rücksichtslos aufdecken. Dieser Hauptfehler war eine falsche Einschätzung unserer eigenen Kraft, eine Ueberschätzung der revolutionären Kräfte. Wir müssen bei der Feststellung dieser Tatsache etwas weiter zurückgreifen. Nach den großen Streiks im Ruhrgebiet und Oberschlesien, nach dem Antifaschistentag und noch mehr nach dem Cuno-Streik entwickelte sich in der Partei sowohl bei den Mitgliedern wie in der Führung und auch bei der Exekutive der Komintern die Stimmung, [11] daß wir unmittelbar vor dem Kampfe ums Ganze stehen und – den Sieg schon in der Tasche haben. Es wurde schon damals gar nicht mehr der Versuch einer ernsthaften Ueberprüfung der Schlagkraft der Partei und noch weniger einer gründlichen kritischen Untersuchung der Verhältnisse im proletarischen Lager unternommen. So wurde z. B. der Cunostreik in der Partei allgemein einfach als eine glänzende Aktion gewürdigt, ohne die Tatsache zu untersuchen, daß entscheidende Schichten des Proletariats wie die Eisenbahner, Postler usw. und ganze Bezirke Deutschlands überhaupt nicht am Kampf teilgenommen haben, und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Es entstand eine revolutionäre Hochstimmung in der Partei und die Auffassung, daß nur noch einige militärische Vorbereitungen notwendig seien, um den Kampf um die Macht erfolgreich aufnehmen zu können. Die politische Mobilisierung der Massen unter konsequenter Fortsetzung der Einheitsfronttaktik wurde vollkommen vernachlässigt. So wurde z. B. die besondere Bearbeitung der Eisenbahner

durch die Partei rein technisch und überhaupt nicht politisch durchgeführt. Die Entwicklung der Dinge in der SPD wurde in steigendem Maße überoptimistisch eingeschätzt. Es entstand die Auffassung, oder besser gesagt, die Hoffnung, daß die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter unmittelbar in eine Bereitschaft zum Kampf um die proletarische Diktatur unter Führung der Kommunistischen Partei umschlagen werde.

Aus dieser falschen Einschätzung der eigenen Kräfte entstanden dann eine ganze Reihe taktischer Fehler, als da sind: ein zu früher Termin des Endkampfes, eine abstrakte Einstellung zur Frage des Endkampfes unter Vernachlässigung der Teilkämpfe und der politischen Vorbereitungen, die rein militärisch technische Einstellung. Schon vor dem Antifaschistentag wurde zwar die Umstellung der Partei auf Betriebszellen zur engeren Verbindung mit den Massen beschlossen, aber in der revolutionären Hochstimmung, die den Sieg schon in der Tasche hatte, bis heute nicht durgeführt.

Es wären noch eine Reihe weiterer Fehler aufzuzählen, aber wir wollen uns auf die Feststellung der wichtigsten beschränken, weil es uns hier in erster Linie darauf ankommt, die Wurzel derselben auszugraben. Der festgestellte Hauptfehler, die falsche Einschätzung der Kräfte, wurde von der gesamten Partei einschließlich der Opposition gemacht. Ja, die Opposition war es, die nicht nur eine überoptimistische Anschauung in bezug auf die Entwicklung der Dinge bei den SPD-Arbeitern hatte, sondern dauernd bereits den vollständigen Tod der SPD predigte. Auf das Gerede der Opposition, daß die Einheitsfronttaktik die Wurzel alles Uebels gewesen sei, brauchen wir nach den obigen Feststellungen überhaupt nicht mehr einzugehen, denn das Gegenteil ist richtig, es wurde zu wenig getan im Sinne der Einheitsfronttaktik, die ja zum allerwenigsten eine Frage der Verhandlungen mit den Führern ist, zur Mobilisierung und Gewinnung der breitesten Massen.

Konnte der Rückzug durch Teilkämpfe gedeckt werden?

Zunächst: war ein Rückzug überhaupt notwendig? Diese Frage kann man nur beantworten im Zusammenhang mit dem von uns geschilderten Hauptfehler, der falschen Einschätzung der eigenen Kräfte. Ja, hätte man sich nicht allein verlassen auf die Stimmung der Partei und die Hoffnung auf eine ebensolche revolutionäre Hochstimmung bei der Mehrheit des Proletariats, hätte man gleichzeitig, und zwar schon nach den großen Kämpfen im Ruhrgebiet, Oberschlesien, eine solide Vorbe-[12]reitungsarbeit auf entscheidende Kämpfe geleistet, dann wäre ein solcher Rückzug, wie wir ihn gemacht haben, nicht notwendig geworden. So aber würde die Chemnitzer Konferenz und eine Reihe anderer Feststellungen kurz vor dem entscheidenden Moment, auf den alles im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Reichswehr nach Sachsen zugespitzt war, zu der kalten Dusche, nach der plötzlich erkannt wurde, daß zwar in den Massen eine gewisse Kampfstimmung vorhanden war, aber nicht die revolutionäre Hochstimmung, die notwendig gewesen wäre, um trotz sehr mangelhafter technischer Vorbereitungen entscheidende Kämpfe mit Erfolg aufnehmen zu können. Natürlich gibt es für diese Feststellungen keine Apothekerwage, durch die man sie bis auf 1 Gramm beweisen kann. Doch der festgestellte Einfluß der den Kampf sabotierenden linken sozialdemokratischen Führer auf die sozialdemokratischen Arbeiter, die Tatsache, daß entscheidende proletarische Schichten, wie die Eisenbahner, noch nicht mobilisiert waren, die mangelhaften technischen Vorbereitungen bei dieser Lage des Kräfteverhältnisses, dazu noch die fehlerhafte Einstellung der Partei zum Kampf aufs Ganze als einen Schlag ohne Teilkämpfe, machten das Herumreißen des Steuers in dem Moment, als man diese Tatsachen erkannte, notwendig. Der Kampf mußte nach der Chemnitzer Konferenz zunächst vertagt werden, das war unbedingt notwendig. In den darauffolgenden Tagen zeigte sich, daß die Entlarvung der linken sozialdemokratischen Führer zwar stark zersetzend auf den Einfluß dieser Führer wirkte, aber auch noch nicht sofort umschlug in eine begeisterte Bereitschaft der sozialdemokratischen Arbeitermassen, unter unserer Führung entscheidende Kämpfe aufzunehmen. So mußte der nach Chemnitz eingeleitete Rückzug fortgesetzt werden und die Partei sich umstellen auf Teilaktionen.

Nun zu der Frage: Konnte der Rückzug durch Teilkämpfe gedeckt werden? Diese Frage ist ohne Zweifel nicht die Hauptfrage bei der Würdigung der Oktoberereignisse, aber sehr wichtig, weil, nachdem der Hauptfehler erkannt war, sehr viel davon abhing, durch eine Deckung des Rückzuges

den Glauben der Massen an ihre eigene Kraft und an die Kommunistische Partei zu erhalten. Jeder wird der Auffassung sein, daß es gut und notwendig gewesen wäre, solche Teilkämpfe zu führen. Die Frage ist nur: war das in größerem Maßstabe möglich?

Nach der Chemnitzer Konferenz wurde die Anweisung herausgegeben, in allen Orten wirtschaftliche und sonstige Teilkämpfe zu führen. Es zeigte sich jedoch, daß die Partei, die vollständig zum Kampf ums Ganze eingestellt war, nur von einer Enttäuschung über die Vertagung des Kampfes beherrscht wurde und sich nicht so schnell auf die Führung von Teilkämpfen umstellen konnte. Die praktische Erfahrung beweist, daß solche örtliche Teilkämpfe nach der wochen- und monatelang vorhergegangenen Einstellung zum Kampf aufs Ganze unmöglich schnell durchzuführen waren. Es wäre nur in Frage gekommen ein Teilkampf auf der ganzen Linie, ein Generalstreik unter Vermeidung größerer militärischer Kämpfe. Es gibt Genossen, die behaupten, daß die Partei so diszipliniert und fest organisiert sei, daß die Führung in der Lage gewesen wäre, selbst während des Kampfes, in den die Massen mit der Hoffnung, es gehe aufs Ganze, hineingegangen wären, so zu manövrieren, daß entscheidenden Kämpfen und einer schweren Niederlage hätte ausgewichen werden können. Wir glauben das nicht. Wir sind der Auffassung, daß es zu einem isolierten Verzweiflungskampf der Kommunistischen Partei gekommen wäre, daß es eben kein Rückzugsgefecht geblieben wäre, sondern eine schwere Niederlage geworden wäre.

[13] Wenn einige Genossen nun darauf hinweisen, daß wir ja auch ohne diesen Kampf heute verboten sind und scharf verfolgt werden, so ist das eine oberflächliche Betrachtung der Dinge. Denn die Aufnahme des Kampfes und seine Beendigung mit einer schweren Niederlage des revolutionären Proletariats hätte eine ganz andere politische Entwicklung in Deutschland zur Folge gehabt, die wir heute nicht im einzelnen abschätzen können, die aber sicherlich noch viel, viel anders wäre, als wie die, die wir heute haben. Auch der Hinweis darauf, daß ja in Hamburg ein Teilkampf möglich war, ist nicht stichhaltig, denn das Hamburger Beispiel würde ebenfalls sehr viel anders verlaufen sein, wenn gleichzeitig mit Hamburg auch in vielen anderen Städten Deutschlands die Kommunisten einen solchen isolierten Kampf geführt hätten. Es wäre ohne Zweifel das ein heroischer, aber selbstvernichtender Verzweiflungskampf geworden.

Die Krise der Partei.

Die Partei ist durch die gemachten Fehler in eine Krise geraten, die noch verschärft wird durch die allgemeine schwierige Lage, in die die Partei durch die Umstellung auf die Illegalität gekommen ist. Und leider wirkt sich die Illegalität bei der Schwerfälligkeit, mit der der Apparat der Partei sich umstellt, auch noch dahin aus, daß die notwendige Klärung und Selbstverständigung in der Partei stark erschwert wird. Aber trotzdem muß es gelingen, diese Klärung in möglichst kurzer Zeit durchzuführen, denn sie ist die Voraussetzung für die Aktionskraft der Partei in den nächsten Woche.

Aber wir möchten hierbei insbesondere eins unterstreichen. Die größte Gefahr liegt darin, daß die sogenannte Opposition, ihre bisherigen Methoden der sogenannten Opposition unter Ausnutzung der schwierigen Lage, in der sich die Partei befindet, skrupelloser denn je anwendet. Durch die aus der Kriegs- und Revolutionszeit bekannte Methode der wilden Gerüchte, die von der Opposition jetzt großzügig im Parteirahmen angewendet wird, wird alles getan, um in der Partei eine Panikstimmung zu erzeugen, und das in Berlin und anderen Orten nicht ohne den Erfolg der vollständigen Lahmlegung der Partei. Unserer Auffassung nach muß heute jeder einsehen, daß diese sogenannte Opposition eben nicht als ernsthafte Opposition geführt wird, die der Partei auf die Beine helfen will, sondern im Gegenteil von einer Führerklique, die sich freut, wenn die Partei in eine schwierige Lage kommt, weil sie dann durch Sensations- und Panikmache hofft, gute Geschäfte machen zu können. Ob das bewußt oder unbewußt geschieht, ist gleichgültig, tatsächlich ist die Methode und Wirkung so. Die Mitglieder, die auf dem Boden der Opposition stehen, sind natürlich nicht mit dieser Führerklique zu identifizieren, ja, wir wissen, daß sie diese Methode verurteilen. Die Methode dieser sogenannten Opposition ist seit Leipzig die gewesen, von Zeit zu Zeit in der Partei etwas anzukurbeln, um die Exekutive zum Eingreifen zu veranlassen und sich dabei neue Positionen zu erobern. Jetzt ist wiederum ihre ganze Tätigkeit auf das Ankurbeln einer Parteikrisis

eingestellt mit dem Ziel, diesmal aufs Ganze zu gehen, entweder die Leitung der Partei zu erobern, oder die Partei zu spalten.

Das Notwendigste: schnelle Klärung.

Wir befinden uns nach wie vor in einer objektiv außerordentlich revolutionären Situation. Wir wollen hier keine Analyse der Situation entwickeln, sondern nur eins feststellen, was uns als das Wichtigste erscheint: Die Bourgeoisie befindet sich jetzt und in den nächsten Wochen und Monaten in großen Uebergangsschwierigkeiten, bei der Umstellung [14] vom kleinbürgerlichen Lavieren zur rücksichtslosen großkapitalistischen Ausbeutung. Das Proletariat wird in dieser Zeit schamloser denn je unterdrückt und ausgebeutet und Schichten, wie z. B. die Beamten, werden in stärkerem Maße als jemals seit dem Weltkrieg proletarisiert. **Alles hängt in den nächsten Wochen und Monaten von der Kraft der KPD ab, die Massen aufs neue zu sammeln und zwar in einer breiteren revolutionären Front, als sie beim Cunostreik und im Oktober vorhanden war.** Es gilt, durch energische Arbeit in kurzer Zeit die Arbeitslosen zu mobilisieren. Es gilt, unter den Arbeitern in den lebenswichtigen Betrieben wie z. B. bei den Eisenbahnern, wo die objektiven Voraussetzungen außerordentlich günstig sind, sich endlich eine starke beherrschende Position zu schaffen. Es gilt, die niedergedrückte Industriearbeiterschaft, die sich jetzt dauernd von weiteren Entlassungen bedroht fühlt, unter Führung der Kommunisten mit neuen Kampfformen wieder kampffähig zu machen gegenüber der Unternehmerwillkür.

Hinzu kommt noch, daß die Partei endlich zu einer soliden Arbeit auf organisatorischem und technischem Gebiete kommen muß und daß die Partei endlich auf Betriebszellen umgestellt wird, wobei natürlich die Erwerbslosen in die Betriebszellen einbezogen werden müssen, und daß die Partei technisch wirklich gerüstet ist.

In Teilkämpfen aller Art müssen die Kampfkaders des revolutionären Proletariats geschult werden für den Großkampf um die Macht, müssen die breitesten Massen mobilisiert werden für den Kampf um die proletarische Diktatur.

Doch das alles wird nur geredet und geschrieben werden, wenn die Partei jetzt nicht schnell zu einer Klärung über das Vergangene und das, was zu tun ist, kommt. Die Partei muß jetzt begreifen, daß in einer solch revolutionären Situation, wie der gegenwärtigen, nicht nur alle organisatorischen und politischen Arbeiten in schnellem Tempo mit äußerster Kraftentfaltung durchgeführt werden müssen, sondern auch eine absolut notwendige Klärung der Auffassungen und Meinungen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Klärung so oder so in sehr kurzer Zeit und zuerst in der Leitung der Partei, zum Abschluß gebracht werden muß. **Denn alles hängt in den nächsten Wochen und Monaten von der Aktionsfähigkeit der Partei ab.**

*

II. Thesen zur Taktik des Oktoberrückzugs und zu den nächsten Aufgaben der Partei.

I. Die Lage vor den Oktoberereignissen.

Die politische Lage in Deutschland vor und während der Oktoberereignisse war objektiv in höchstem Grade revolutionär. Die Novemberrepublik war durch die internationalen Verwicklungen Deutschlands, wie sie sich aus der Liquidation des Ruhrabenteuers ergaben, durch den rapiden wirtschaftlichen Zerfall, durch die steigenden Klassengegensätze [15] völlig erschöpft. Der Bürgerkrieg schien unvermeidlich. Die Koalitionsparteien beeilten sich, die demokratische Staatsform aus Furcht vor der nahenden proletarischen Revolution abzubauen. Sie übergaben den faschistischen Generälen die Macht, um die bürgerliche Gesellschaft und die kapitalistische Eigentumsform vor der proletarischen Diktatur zu retten. Die SPD aller Schattierungen war die Wegbereiterin und die Schrittmacherin der weißen Diktatur, die die Herrschaft der Großbourgeoisie allein noch retten konnte.

II. Fehler der Vorbereitungen und der Strategie.

Der Rückzug der Partei in den Oktoberkämpfen kann nicht erklärt werden nur durch organisatorische, militärische oder technische Mängel, auch nicht durch das allgemeine ungünstige Kräftever-

hältnis, das bei Einstellung der Partei auf Kampf weit ungünstiger stand, als im Monat der Entscheidung, sondern vor allem durch die Fehler der taktischen, strategischen Haltung der Partei im Kampfe um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, die erst Voraussetzung des Erfolges war. Diese Fehler resultierten aus einer falschen theoretischen Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Einschätzung der Rolle der Partei in diesen Kämpfen. Die Hauptfehler, die festzustellen sind, waren folgende:

a) Die Partei hat nicht rechtzeitig die Bedeutung der großen proletarischen Massenkämpfe im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und des Cunostreiks erkannt und daher durchaus nicht sofort die notwendige Umstellung vorgenommen. Diese Kämpfe waren deutliche Zeichen aufsteigenden Kraftbewußtseins und Kampfwillens des deutschen Proletariats.

b) Die Partei hat die Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand auch nicht gleichzeitig mit der Konstatierung der Auflösung der Demokratie (Cunoepoche und Ruhreinmarsch) begonnen, sondern erst unmittelbar vor dem Ausmarsch der weißen Diktatur, daher die kurzfristige, überhitzte Vorbereitung auf die militärischen Kämpfe und die geringe Bewaffnung der Arbeiter in den entscheidenden Tagen.

c) Die Partei hat elementare Massenbewegungen vor den Oktoberereignissen bis zum „endgültigen Schlag“ zu verschieben versucht und so die Massenbewegungen gedämpft statt gefördert. Die Presse und die Einheitsfrontorgane wurden zu wenig ausgenutzt, um den Kampf politisch vorzubereiten und einzuleiten. Hierdurch wurde der Kampf fast nur als Parteikampf und nicht als Einheitskampf des Proletariats aufgenommen; die Partei versäumte das Endziel der Partei: die Diktatur des Proletariats, eng mit den Uebergangsforderungen und mit den Teilkämpfen zu verbinden.

d) Die Partei hat die Rolle und den Charakter der linken SPD-Führer verkannt und in den Reihen der Partei die Illusion aufkommen lassen, als ob diese Führer gemeinsam mit der proletarischen Vorhut kämpfen würden.

e) In den Länderregierungen hat die Partei die Kampfpositionen nicht genügend ausgenutzt, um die Mobilisierung der Massen zum organisierten Widerstande durchzuführen.

f) Der Kardinalfehler der strategischen Einstellung war aber, daß die Partei sich nur auf einen „Endkampf“ zur Eroberung der politischen Macht vorbereitete und die Einleitung von Teilkämpfen, Kämpfen mit Teilforderungen und mit weniger aggressiven Mitteln und Kampfmethoden ablehnte und verhinderte. [16]

g) Aus diesem Kardinalfehler konstruierte man eine abstrakte Kalkulation der Kräfteverhältnisse, ohne die wirklichen Kräfteverhältnisse zu kennen und geprüft zu haben. Die Prüfung des Kräfteverhältnisses und die Terminsetzung des Endkampfes können erst aus den Kämpfen selbst errechnet und bestimmt werden. Diese falsche theoretische Strategie führte zum Ausweichen vor jedem Kampfe.

h) Schließlich zeigte sich in den entscheidenden Tagen der Partei allgemein eine Ueberschätzung der Bedeutung der Waffenzahl und eine gewisse Unterschätzung der enormen subjektiven Kraft und Opferbereitschaft der Vorhut des Proletariats (Lehren des Hamburger Kampfes) im Kampfe.

i) Die starre Einstellung darauf, nur aus der Verteidigung der mitteldeutschen Positionen zum entscheidenden Kampf überzugehen, war falsch. Nach Einzug der Weißen in Mitteldeutschland trat deshalb überall eine starke Desorientierung ein.

III. Die Rolle der Partei in der Oktoberkrise.

Die Partei mobilisierte mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften und mit allen Mitteln den Widerstand gegen den Ansturm der weißen Diktatur. Sie ist aber im entscheidenden Augenblick, nachdem der Gegner die schärfste Offensive eröffnet hatte, diesem Kampfe ausgewichen. Dieses kampflose Ausweichen hat in die Massen Verwirrung getragen und das Vertrauen in die revolutionäre Führung des Proletariats geschwächt, die großen Sympathien zur kommunistischen Bewegung vermindert, das Kraftbewußtsein und Selbstvertrauen des Gegners gestärkt, die Zersetzung und Zerrüttung in

den Reihen der weißen Banden gehemmt und so in einer objektiv revolutionären Epoche zukünftige Kämpfe des Proletariats erschwert. Das Zurückweichen der Partei auf und nach der Chemnitzer Konferenz ergab sich aus den genannten schweren Fehlern, der Vorbereitungen auf den Endkampf.

Der kampflose Rückzug war falsch, weil

a) die Partei und der aktive Teil des Proletariats, die auf den entscheidenden Kampf eingestellt waren, die kampflose Preisgabe der mitteldeutschen proletarischen Positionen nicht verstanden und die Notwendigkeit des Rückzuges nicht einsahen,

b) bei den schwankenden und mit der KPD sympathisierenden Teilen des Proletariats und der verelendenden Mittelschichten das Vertrauen zur revolutionären Lösung der ökonomischen, politischen und nationalen Probleme durch die Partei stark geschwächt wurde.

IV. Perspektiven der revolutionären Entwicklung.

Die in der Partei nach der Oktoberniederlage auf die Tagesordnung gestellte Frage: revolutionärer Aufschwung oder tiefes Wellental der Revolution? kann nur durch die Perspektive der internationalen Entwicklung beantwortet werden. Diese Frage ist auf das engste verknüpft mit der Frage der Entwicklung des kapitalistischen Systems und der Verschärfung oder Milderung der Beziehungen der imperialistischen Mächtegruppen und Staaten Europas zueinander. Das von seinen Rohstoffquellen und seinen wichtigsten Industriegebieten abgeschnittene Deutschland ist mehr als je von den internationalen Mächtegruppierungen und internationalen Beziehungen dieser Gruppen untereinander abhängig. Trotz der scheinbaren pazifistischen Milderungen der letzten Wochen ist mit Bestimmtheit mit einer wesentlichen Verschärfung der [17] internationalen Beziehungen zu rechnen, die durch die Ausnützung des Sieges der französischen Bourgeoisie über das Ruhrgebiet sich ergibt. Auch wirtschaftlich zeigen sich keineswegs Anzeichen einer Konsolidierung des Kapitalismus, sondern eine zunehmende Verschärfung der Krise und damit auch eine wesentliche Verschärfung der Klassengegensätze. Vor allem ist auch in Zentraleuropa (Deutschland, Polen, Oesterreich) eine außerordentliche Zuspitzung in Kürze zu erwarten. Der Aufstieg der revolutionären Welle in Mitteleuropa steht daher unmittelbar bevor. Dieser wird erfolgen in einem rascheren oder langsameren Tempo, je nachdem bei den objektiven revolutionären Krisen die subjektiv-revolutionären Kräfte beschleunigend oder zaghaft, lavierend eingreifen werden. Hierbei werden die Kampfbereitschaft und der Kampfwille des deutschen Proletariats von entscheidender Bedeutung sein.

Die weiße Diktatur wird sich in Deutschland auf lange Sicht nicht behaupten können, da die Grundlagen, auf die sie sich stützt, bereits zu wanken beginnen. Die Widerstände, die sie nicht meistern kann, sind:

a) die internationale Abhängigkeit Deutschlands und der Widerstand Frankreichs gegen die starken Rüstungen;

b) der ökonomische Bankrott mit zunehmender und zusehends chronisch werdender Arbeitslosigkeit, vor allem durch die Flucht des rheinisch-westfälischen Schwerkapitals in die Sphäre des französischen Imperialismus, wodurch Deutschland seiner wertvollsten Provinzen beraubt wird;

c) der vollständige Finanzbankrott der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden;

d) infolge des Finanzbankrotts die Unmöglichkeit, den Machtapparat des Staates und auch der militärischen Rüstungen auf die Dauer aufrecht zu erhalten;

e) die zunehmenden Gegensätze in den bürgerlichen Interessengruppen selbst, der Gegensatz des Großgrundbesitzes, der mittleren Eigentumsform und der Schwerindustrie;

f) das Proletariat, das durch die weiße Diktatur zwar deprimiert, aber nicht geschlagen ist;

g) die großen Schichten der Beamten, Angestellten, Techniker und des selbständigen kleinen Mittelstandes, die in rapidem Tempo proletarisiert und für den Klassenkampf reifer werden;

h) die landwirtschaftliche proletarische und halbproletarische Bevölkerung, die schneller radikalisiert wird;

i) der Faschismus, der ideologisch immer mehr durch den offenbaren Landesverrat der Schwerindustrie zersetzt wird.

Aus all diesen Gründen ist schon in den nächsten Monaten in Deutschland mit einer scharfen Zuspitzung und mit großen proletarischen Massenkämpfen zu rechnen.

V. Die Rolle der Partei.

Die Partei ist nicht nur ein Teil, sondern der Vortrupp des Proletariats. Sie steht in der Arbeiterbewegung und in den Kämpfen des Proletariats nicht nur in, sondern einen Schritt vor den Massen. Bei notwendigem Rückzuge hat die Partei diesen den Massen rücksichtslos verständlich zu machen, dann wird sie auch im Rückzugskampfe sich das Vertrauen der Massen erhalten. Die Partei ist zugleich das Gehirn, das Nervensystem und der revolutionäre Wille der Massen.

Von ihrer Aktivität, von ihrer Entschlossenheit, ihrem Mute, ihrer Klarheit und Einsicht, ihrer Taktik und Strategie, ihrer Fähigkeit, mit [18] den proletarischen Massen in engster Verbindung zu stehen und sie in den Massenkämpfen geschickt und umfassend zu lenken, hängt es ab, das Tempo der Revolution zu beschleunigen.

VI. Die nächsten Ausgaben der Partei.

a) Die unmittelbar wichtigste Aufgabe der Partei ist, die Parteikaders so umzubauen, daß sie dem Ansturm der weißen Diktatur vollkommen standhalten, daß sie unbedingt ihren Charakter als Massenpartei behält und die weiteren Verbindungen mit den Massen erhalten und stärken;

b) der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, die Durchbrechung des Achtstundentages und den Lohnabbau muß überall von der Partei durch aufrüttelnde Propaganda und Verbreitung und Führung der Abwehrkämpfe organisiert werden. Selbst wenn solche Kämpfe zu einer Niederlage führen, müssen die Massen doch klar und deutlich erkennen, daß die Kommunistische Partei mit aller Kraft versucht hat, den Kampf aufzunehmen und zu führen.

c) Die Partei muß überall an der Spitze der Erwerbslosen stehen, deren Kämpfe führen, sie steigern und einheitlich zusammenfassen; alle Erwerbslosen müssen erkennen, daß die Kommunistische Partei sich ihrer Notlage annimmt und für ihre Interessen kämpft.

d) Die Verbindung der Partei mit den Arbeitermassen durch die Koordinierung der Erwerbslosenbewegung, mit den Organen der Weimarer Konferenz, den Betriebsräten, Kontrollausschuß- und Hundertschaftsbewegungen, sowie allen sonstigen Einheitsfrontorganen des Proletariats, Ausbau der Betriebsrätebewegung zu den stärksten Organen der Einheitsfront in allen Kämpfen des Proletariats.

e) Die Führung der elementar ausbrechenden wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats in Verbindung mit der Betriebsrätebewegung und den Organen der Einheitsfront;

f) die politische Demonstration der Betriebsbelegschaften mit den Erwerbslosen, mit klaren, scharf umrissenen Parolen, mit wirtschaftlichen und politischen Forderungen;

g) besonders intensive Arbeit unter den Schichten der Beamten, Angestellten und Technikern, wie auch in der proletarisch-agrarischen Bevölkerung;

h) die Eroberung und Rettung der Gewerkschaften, die bei dem jetzigen Zusammenbruch durch die reformistische Führung erleichtert worden ist;

i) Zerstörung und Zerschlagung der sozialdemokratischen Partei durch rücksichtslose Aufdeckung ihres konterrevolutionären Charakters. Dabei gilt es vor allem, den sozialdemokratischen Arbeitern jede Illusion über die Möglichkeit einer eventuellen Wandlung und Radikalisierung der SPD durch die „linken“ Führer zu nehmen.

j) Die Führung der Kämpfe mit Teilzielen oder die Führung allgemeiner Kämpfe übers ganze Reich mit Teilzielen, gemeinsam mit den Organen der Einheitsfront.

k) Den Kampf gegen die weiße Diktatur mit den gleichen Methoden und Mitteln, die die weißen Söldlinge gegen uns anwenden.

l) Die Partei muß die Parole der proletarischen Diktatur der Diktatur der Bourgeoisie, ihrer Generäle und faschistischen Verbände anschaulich und lebendig gegenüberstellen, sie konkretisieren und sie bei allen auftauchenden Lebensfragen des Proletariats propagandistisch auswerten. [19]

m) Zu diesem Zweck muß die Partei ein Rettungsprogramm aufstellen, in dem die proletarische Diktatur als der einzige Weg zur sozialen und nationalen Befreiung der arbeitenden Schichten Deutschlands aufgezeigt wird.

VII. Organisatorische und parteipolitische Aufgaben.

Die nächsten organisatorischen Aufgaben der Partei sind:

a) die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen und zwar so, daß jede Funktion der Organisationen den Betriebszellen übertragen und von ihnen unter der Kontrolle der Partei durchgeführt wird;

b) die Umstellung der Orts- und Bezirksleitungen, und zwar so, daß die Vertreter der Betriebszellen in ihnen den entscheidenden Einfluß haben;

c) im Zentralausschuß muß den Vertretern der lebenswichtigen Betriebe und bedeutenden Industriezweige der stärkste Einfluß gesichert werden.

Die nächsten parteipolitischen Aufgaben der Partei sind:

a) schärfste Zusammenfassung aller Kräfte der Partei;

b) Bekämpfung jedes Spaltungsversuches als konterrevolutionär, von welcher Seite er auch kommen mag;

c) das Schwergewicht der innerparteilichen Auseinandersetzung auf ideologisches Gebiet, nicht auf organisatorisches zu verlegen, jedoch bei vollster Beibehaltung der kommunistischen Disziplin;

d) Beibehaltung, Vertiefung und zielbewußte Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie auf den Kongressen der Kommunistischen Internationale festgelegt wurde.

*

Um den proletarischen Machtkampf.

Von H. L e m a n n.

Die letzte Parteikonferenz hatte die Aufgabe und die Pflicht, nach dem Siege der weißen Diktatur und dem Rückzuge des Proletariats diesen geschichtlichen Wendepunkt zu überprüfen und festzustellen, zugleich aber auch über die Zweckmäßigkeit und die Richtigkeit der von der revolutionären Vorhut angewandten Strategie zu urteilen. Das Erste hat die Parteikonferenz getan, das Zweite unterlassen. Das war eine angenehme Selbsttäuschung. Jede verlorene Schlacht ruft im besiegten Kampfesheere einen Krisenzustand hervor, der nur entweder durch scharfe Analysierung und Konstatierung der gesammelten Erfahrungen oder durch neue erfolgreiche Kämpfe wieder behoben werden kann. Die Geschichte läßt uns für langwierige Krankheiten keine Zeit. Es gilt, sie rasch zu beseitigen. Dazu ist erste Voraussetzung, offen auszusprechen, was ist.

I.

Die historische Bedeutung der Oktober-Niederlage.

Die zweite Niederlage der deutschen Bourgeoisie durch den französischen Imperialismus zerschlug das Gleichgewicht, auf dem die Novemberrepublik beruhte. Die parlamentarisch-republikanische Staatsform brach zusammen; [20] an ihre Stelle trat die weiße Diktatur. Die erste Niederlage im Jahre 1918 endete mit dem Sturze der Monarchie, die zweite mit dem Sturze der bürgerlichen Demokratie.

Die außenpolitischen Ursachen des Sturzes der Novemberrepublik sind unverkennbar. Die innerpolitischen Triebkräfte, die den Sturz herbeiführten, resultieren aus jenen Ursachen und haben ihre Parallelen im Sturze des wilhelminischen Regiments. Genau so wie die Niederlage des deutschen

Militarismus auf den Schlachtfeldern Nordfrankreichs innerhalb der hungernden Volksmassen in Deutschland zur Kraft des Umsturzes und der Beendigung der wilhelminischen Herrschaft wurde, genau so wurde der Sieg des französischen Imperialismus an der Ruhr der Ausgangspunkt gewaltiger sozialer Erhebungen. Diese sozialen Erhebungen, die die bürgerliche Demokratie liquidierten, endeten aber nicht mit einem geschichtlichen Fortschritt, mit dem Siege der sozialen Revolution, mit der Herrschaft der proletarischen Diktatur, sondern vorerst mit dem Gegenteil: mit einem historischen Rückschlag, mit dem Siege der Konterrevolution, mit der Herrschaft des Faschismus, mit der Diktatur der weißen Generale.

II.

Der geschichtliche Wendepunkt.

Die Herrschaft der kleinbürgerlichen Demokratie, das parlamentarische System in Deutschland beruhte außenpolitisch auf der Notwendigkeit der Erfüllungspolitik des Versailler Friedensvertrages und mußte sich innerpolitisch stützen auf den Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Dieser Burgfrieden wurde garantiert durch die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften, gebunden durch Tarifverträge und ein umfangreiches System von Schiedsgerichtsverfahren in Lohn- und sonstigen Arbeitsstreitigkeiten, die den Zweck hatten, Lohn- und sonstige Arbeiterkämpfe unmöglich zu machen. Der politische Ueberbau dieses wirtschaftlich-sozialen Burgfriedens war die Regierungsgemeinschaft und die Regierungskoalition der kleinbürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten. Genau so wie dort in der Wirtschaft, wurde hier in der Politik die Arbeiterklasse als Objekt der kampflosen Ausbeutung an die Ketten der Bourgeoisherrschaft gelegt. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Politik und Wirtschaft war natürlich nur möglich unter Ausschaltung einer jeden Form des Klassenkampfes.

Erfüllungspolitik und Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit waren die Fundamente der kleinbürgerlichen Demokratie. Wurde eines dieser Fundamente beseitigt, mußte das andere zusammenbrechen. Die kleinbürgerliche Demokratie befand sich zwischen zwei feindlichen Lagern. Rechts von ihr stand die hochentwickelte Schwerindustrie, die in Verfolg ihrer kapitalistischen Ziele auf imperialistische Entfaltung angewiesen war. Links von ihr stand die revolutionäre Vorhut, die zur Befreiung des Proletariats den Burgfrieden brechen mußte.

Die schwerindustriellen Trusts und Syndikate hatten durch die beispiellose Ausplünderung des deutschen Volkes während des Weltkrieges eine Entfaltung und ein Wachsen der Produktionsmittel, industrieller Technik und Organisation erlangt, mit denen sie nur um den Preis der Eroberung neuer Wirtschaftsgebiete sich am Leben erhalten konnten. Das zwang den vertrusteten und syndizierten Produktionsapparat, um jeden Preis den Markt zu erweitern und neue industrielle Gebiete zu erobern. Die im Weltkriege unterlegene deutsche Nation konnte den deutschen Trustkönigen [21] zur Erlangung ihrer imperialistischen Ziele mit der gepanzerten Faust nicht mehr dienen. Das entwaffnete Deutschland hatte für die Trustmagnaten als Nation jeden Sinn verloren. Deutschland konnte für das gigantisch gewachsene syndizierte und kartellierte Großkapital nur noch als Handelsobjekt zum Zwecke der Koalierung mit dem Schwerkapital in den Siegerländern dienen. Dem nationalen Programm der kleinbürgerlichen Demokratie, der Erfüllung des Versailler Vertrages zur Erhaltung des Bestandes des deutschen Reiches setzten die imperialistischen Trustmagnaten das Programm der Nichterfüllung um den Preis der Zerschlagung und der Auflösung des deutschen Reiches entgegen. Das Ziel der Schwerindustrie war, den staatlichen Ueberbau nach den natürlichen Kraftquellen und Rohstofflagern, in denen sie unumschränkt herrschen mußten, als Voraussetzung der vertrusteten Produktion zu gestalten. Die Rohstoffquellen an Rhein, Saar und Ruhr mußten im Verfolg dieser imperialistischen Ziele selbst um den Preis der Mitherrschaft des französischen, belgischen, luxemburgischen Kapitals mit diesem vereinigt werden, und zu diesem Zwecke der Rhein-, Ruhr- und Saarstaat sich bilden.

Die deutschen Trustkönige duldeten die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Herrschaft nur solange, bis die Widerstände, die ihren imperialistischen Zielen entgegenstanden, gebrochen waren. Diese Widerstände lagen sowohl in der alten traditionellen nationalistischen Ideologie, wie in der prole-

tarische revolutionären Bewegung. Nachdem die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Herrschaft die proletarisch-revolutionäre Bewegung im Blute erstickt wähnte, stand den Zielen des Großkapitals nur noch die konservativ-nationalistische kleinbürgerliche Eigentumsform gegenüber. Das Großkapital begann damit, diese alten Eigentumsformen, die sich auf Millionen von Klein- und Mittelbesitzer verteilten, aufzulösen und die Besitzer zu enteignen. Diese Enteignungsperiode, die der Propagandaapparat des Schwerkapitals, im Besitze von 85 Prozent der deutschen Presse, als Folge der Erfüllungspolitik zu denunzieren verstand, löste in den breitesten Massen der bürgerlichen Mittelschichten und selbst innerhalb des verbürgerlichten Teiles des Proletariats starke nationalistische Ideologien aus und machte diese Volksmassen für die Politik der Nichterfüllung reif. Der Bankrott des kleinbürgerlichen Regimes begann mit dem Ende der Regierung Wirth im November 1922. Die Regierung Cuno war das Programm der Schwerindustrie, der Nichterfüllung. Damit war eines der Fundamente der kleinbürgerlichen Demokratie hinweggeschwemmt. Die Beseitigung dieses Fundamentes schob die ganze Last des neuen Regimes auf das noch feststehende Fundament des Burgfriedens zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Herrschaft Cunos mußte in kürzester Frist abermals eine akute revolutionäre Epoche schaffen. Im Bewußtsein der Bourgeoisie kam das am schärfsten zum Ausdruck durch die von der Regierung Cuno geförderten fieberhaften Rüstungen der faschistischen Kampfverbände und Organisationen. Die Schwerindustrie förderte diese Rüstungen wie nie zuvor. Diese Rüstungen der Konterrevolution führten naturnotwendig zu den Gegenrüstungen des revolutionären Proletariats. Die Konterrevolution gebärt die Revolution.

III.

Die Strategie des revolutionären Proletariats.

Der revolutionären Bewegung in Deutschland, organisiert und geführt von der Kommunistischen Partei, war durch die revolutionären Erfahrungen der Jahre 1919/21 der Weg klar vorgezeichnet, um die Revolution zum siegreichen Ende zu führen. Die blutigen Niederlagen des revolutionären [22] Proletariats in den Jahren 1919/21, beginnend mit den Spartakusaufständen und endend mit der mitteldeutschen Märzaktion, hatten ihre Ursachen in dem ungleichen Kräfteverhältnis des zur Revolution bereiten Proletariats, zu dem die große Mehrheit des Proletariats im Gegensatz stand. Das Gros des Proletariats glaubte noch durch die bürgerliche Demokratie die Sicherung ihrer Existenz garantiert. Das Gros lehnte in jener revolutionären Epoche die proletarische Diktatur ab und entschied sich für die bürgerliche Demokratie. Diese Tatsache zwang die revolutionäre Vorhut, die Voraussetzungen zur siegreichen Revolution dadurch zu schaffen, daß sie sich zur Aufgabe stellte: Eroberung der proletarischen Massen, Gewinnung des proletarischen Gros!

Für dieses Ziel und für diese Aufgaben wurde die gesamte Strategie der Partei eingestellt. Zur Erlangung dieses Zieles stellte die Kommunistische Partei ihre ganze Tätigkeit und Organisation auf die Einheitsfronttaktik ein, die sich zur Aufgabe machte, das in Organisationsformen so äußerst konservativ erstarrte deutsche Proletariat von der verbürgerlichten Sozialdemokratie zu lösen und es für die kommunistische Ideologie und den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen. Die Einheitsfrontaktik war in der Epoche der Herrschaft des kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Regimes eine unbedingt notwendige Strategie der revolutionären Vorhut.

Unter der Parole: Heran an die Massen! – Eroberung des proletarischen Gros! wurde diese Politik und Parteistrategie eingeleitet und durchgeführt. Die ganze revolutionäre Strategie wurde darauf eingestellt, das proletarische Gros für die Revolution zu gewinnen. Das bedingte nicht nur erhöhte Propaganda- und Aufklärungsarbeit über das Wesen der bürgerlichen Demokratie, über die Herrschaftsformen der Bourgeoisie und die Ursachen der Not und des zunehmenden Elends und Hinweise eines Ausweges aus diesem usw., sondern das bedingte auch die Anpassung der kommunistischen Propaganda an die Ideologien und Illusionen des proletarischen Gros und an deren Nachhut. Es mußten Konzessionen gemacht werden an den sozialdemokratischen Bestand der proletarischen Denkweise.

So entstand eine Epoche in unserer Parteigeschichte, in der die revolutionäre Ideologie von der Diktatur des Proletariats sich gewissermaßen den Schatten der alltäglichen Augenblickskämpfe begeben mußte. Die primitivsten, unzulänglichsten Mittel der bürgerlichen Demokratie mußten ange-

wendet werden zur Erreichung des obengenannten Zieles. Das wahre Gesicht des revolutionären Endzieles wurde zeitweise verhüllt, um mittels einer radikal-oppositionellen Politik und Betätigung auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und der Bourgeoisherrschaft die Arbeitermassen aus der Gefolgschaft der Bourgeoisie als sozialdemokratische Herde loszulösen und ihr Vertrauen für die kommunistische Bewegung zu gewinnen. So entstand die Periode der Uebergangsforderungen und der radikal-kritischen Betätigung auf allen Gebieten der Arbeiterpolitik und der Arbeiterbewegung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In dieser Periode entstand innerhalb der Partei und der Internationale eine Reihe von Theorien und Anschauungen, die an die weitere mögliche Entwicklung des Kapitalismus auf der Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland und an die Tragfähigkeit und die Stärke der bürgerlichen Demokratie übertriebene Hoffnungen knüpften. Man glaubte an die Möglichkeit von gemeinsamen Verwaltungsorganen und Koalitionen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht nur in den Ländern, sondern über diese hinaus selbst eine gleiche Entwicklung im Reichsmaßstabe. Je [23] größer unser Einfluß in den Arbeitermassen wurde und sich dies äußerte in dem Einfluß bei den Gemeinde-, Staatsbehörden usw., desto größer wurden die Illusionen hierüber. Man hatte häufig an die Stabilität der bürgerlichen Demokratie zu große Zumutungen gestellt und Hoffnungen geknüpft.

Neben all den fühlenden, tastenden und lavierenden Theorien und Anschauungen, die entstanden sind, hat die Einheitsfronttaktik sich zur Erreichung der ihr gesteckten Ziele und Aufgaben durchaus als richtig erwiesen. Der beste Gradmesser dieser Tatsache ist die Entwicklung der KAPD, die heute selbst in der akutesten revolutionären Krise in Deutschland ganz ohne Bedeutung ist.

Die Epoche der Einheitsfronttaktik, die in der Internationale eigentlich nur in Deutschland zur vollen Geltung gelangt ist, hatte für die revolutionäre Bewegung zweifellos große Gefahren der Entgleisungen und Verirrungen. Aber gerade darin besteht die Kunst der Strategie, daß man in allen gefährlichen Situationen stets das große Ziel nicht aus dem Auge verliert und gelegentliche Entgleisungen wieder in Ordnung bringt, was durch die scharfe Kontrolle in der revolutionären Bewegung stets geglückt ist. Wenn die Berliner Opposition die Einheitsfronttaktik für die Oktober-Niederlage verantwortlich macht, so beweist sie nur, wie wenig sie das Wesen der revolutionären Strategie begriffen hat.

IV.

Die revolutionäre Hochflut.

Der Ruhrkrieg, der von der Bourgeoisie angeblich gegen die imperialistischen Ziele Frankreichs mit dem passiven Widerstand geführt werden sollte, war in Wirklichkeit ein einziger Raubzug des deutschen Schwerkapitals auf die alten bürgerlichen Eigentumsformen und auf Kosten der Existenz des Proletariats. Der Markkurs sank seit Antritt der Regierung Cuno, wo er auf 8600 stand, bis zur Einführung neuer Währungen auf zwei Billionen. Allein diese Zahlen drücken die ungeheure Ausplünderung der breitesten Volksschichten Deutschlands aus. Die Inflation hatte derartige Formen angenommen, daß alle Druckmaschinen in Deutschland nicht ausreichten, das nötige Papiergeld zu beschaffen. Die Schwerindustrie zahlte monatelang die Löhne lediglich auf Kosten des Wertes des Papiers. Diese Entwicklung trieb weit über die Kreise des Proletariats hinaus zur Panikstimmung und zur Verzweiflung. Die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Regierungskunst war auf das Engste an den Kredit der Mark geknüpft. Sie verlor in den breitesten Volksschichten jeden Anhang. Das Kleinbürgertum lief in seiner Panikstimmung zum Faschismus in der Hoffnung, sich vor dem „Marxismus“ zu retten, deren Repräsentanten es in der Sozialdemokratie sah, die es für die Katastrophe verantwortlich machte. Das Gros des Proletariats das bisher der Sozialdemokratie Gefolgschaft leistete und durch die reformistischen Gewerkschaftsführer an das kleinbürgerliche Regime gefesselt war, wendete sich mit Allgewalt der kommunistischen Bewegung zu.

In den Anfangsstadien verstand es die Partei, durch Bildung von Einheitsfrontorganen, wie der revolutionären Betriebsrätebewegung, der Kontrollausschußbewegung, dem ideologischen Umschwung in den Massen Ziel und Richtung und Betätigungsfeld zu geben. Die Tätigkeit der Einheitsfrontorgane, proletarischer Hundertschaften, Betriebsräte, Kontrollausschüsse, erhielt von ihrem ersten Anbeginn an revolutionäre Formen. Sie rüttelten an den alten bürgerlichen Eigentumsformen, setz-

ten an Stelle [24] des Burgfrieds den Klassenkampf und standen im schärfsten Gegensatz zu den staatlichen Machtorganen. Das gab der Einheitsfronttaktik der Partei wesentlich anderen Inhalt und Bedeutung, es trug die Einheitsfront weit über die reine Propaganda hinaus. In diesem Stadium konnte die Anpassung an die sozialdemokratische Ideologie abgestreift werden, da das Gros der Arbeiter bereits schon der kommunistischen Ideologie folgte. Dies geschah zielklar und bewußt durch die Propaganda der bewaffneten Hundertschaften zum bewaffneten Aufstand. Es zeigte sich bald, daß selbst die Teile des Proletariats, die an den alten sozialdemokratischen Organisationen noch klebten, durchaus bereit waren, diesen revolutionären Weg zu gehen. Am stärksten trat das in Erscheinung in Sachsen und Thüringen und an der Ruhr, wo die proletarischen Hundertschaften und die Kontrollausschüsse paritätisch sowohl von den sozialdemokratischen wie von den kommunistischen Arbeitern sich bildeten. Den Höhepunkt der ideologischen Vorbereitung des Bürgerkrieges erreichte unsere Propaganda in der Antifaschistenbewegung in der zweiten Hälfte des Juni 1923.

Die Antifaschistenpropaganda brachte schon die klare Scheidung der zwei feindlichen Lager, die sich zum Kampfe rüsteten. Die Aktion, die unter der Parole der Einheitsfront eingeleitet wurde, trieb die Sozialdemokratie ins faschistische Lager. Die Konterrevolution bildete von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschvölkischen einen unterschiedslosen faschistischen Block. Die Aktion mußte durchgeführt werden ohne alle Kompromisse mit der Sozialdemokratie, im schärfsten Kampfe gegen sie. In dieser Aktion zeigte sich zum ersten Male, daß das Gros der Arbeiterschaft nicht mehr hinter der Sozialdemokratie, sondern hinter der kommunistischen Bewegung stand. Das schweißte die konterrevolutionäre Front um so stärker zusammen. Die sozialdemokratische Führerschaft wurde schon damals gezwungen, sich offen für die Konterrevolution und gegen die soziale Revolution zu entscheiden. Der Belagerungszustand, das Verbot der Demonstrationen, die Verbote unserer Zeitungen, unserer Flugschriften, die Auflösung des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, das Verbot der proletarischen Hundertschaften, die Unterdrückung der Kontrollausschüsse, die unzähligen Prozesse gegen die Reichszentrale, die Zeitungsredakteure und die sonstigen Parteifunktionäre wegen Hochverrats und anderer Delikte aus jener Zeit sind beredtes Zeugnis dafür, wie gefährlich der bürgerlichen Gesellschaft die Entwicklung wurde. Die objektiven Triebkräfte trieben zur offenen Revolution. Das äußerte sich in der ausgiebigen öffentlichen Diskussion über die neue Welle der Revolution, über den unvermeidlichen Bürgerkrieg, der die Zeitungsspalten aller Parteien von Mai bis Juli füllte.

Der Massenwille des Proletariats, die Fessel des Burgfriedens und der kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Herrschaft zu sprengen, äußerte sich durch die elementaren gewaltigen Streikbewegungen an der Ruhr, in Oberschlesien und endlich im politischen Massenstreik, der zum Sturze der Regierung Cuno führte. In vielen Provinzen zogen die hungernden Massen bewaffnet aufs Land, um sich die notwendigsten Lebensmittel zu holen. Es kamen Lieferungsverträge zwischen der Landbevölkerung und der Stadtbevölkerung zustande, die in Verbindung mit den Hungerzügen die bürgerliche Ordnung sprengten. Kraftwagen und Fuhrwerke wurden von den hungernden Arbeitern beschlagnahmt und für die Verproviantierung requiriert. Diese Exekutionen des Proletariats zeigten sich ganz besonders stark in Mitteldeutschland, in Sachsen und Thüringen. In Berlin, an der Ruhr, in Schlesien, an der Wasserkante, in Hannover, in Magdeburg, in Breslau, in Dresden, Bautzen, Leipzig, Chemnitz und fast in allen anderen Großstädten kam es zu ununterbrochenen und immer wiederkehrenden [25] Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte und blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. In Oberbaden (Lörrach) kam es im Anschluß an einen Streik einem tagelangen blutigen Kampfe, zur Entwaffnung der Polizei und der Reichswehr, bei dem die Arbeiterschaft eines Landgebietes regelrechte offene Schlachten lieferte. Niemand konnte mehr im Zweifel sein, daß man sich unmittelbar vor einer gewaltigen revolutionären Erhebung des deutschen Proletariats befand.

V.

Die Aufgaben und die Tätigkeit der KPD und der KI in der revolutionären Hochflut.

In den Mai-Julitagen war die objektive Reife der revolutionären Erhebung des deutschen Proletariats auf breitester, fast alle Volksschichten erfassender Grundlage so hervorgetreten, daß der offene Austrag der Revolution unvermeidlich schien. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei als revolu-

tionärer Vorhut bestand nunmehr darin, die rebellierenden chaotischen Massen bewußt zu formieren, zu organisieren und leiten, die wilden Haufen in ein geordnetes Heer zu verwandeln und sie für die Auseinandersetzungen mit den weißen, konterrevolutionären Banden durch geeignete Ausrüstungen widerstandsfähig zu machen. Bis zum Juli wurden jedoch diese Aufgaben nur propagandistisch-theoretisch gestellt. Selbst die Erweiterte Exekutive im Juni behandelte die Fragen des Faschismus und der weißen Diktatur in Deutschland unter dem Gesichtspunkte einer noch längeren Periode propagandistischer Zersetzungsarbeit im faschistischen Lager. Alle Probleme auf dieser Exekutivesitzung wurden rein theoretisch-propagandistisch gestellt, niemand dachte an die unmittelbaren Auseinandersetzungen.

Erst nach dem politischen Massenstreik im Juli trat in unserer Partei und in der Exekutive eine Wendung ein. Jetzt erst sah man, daß man unmittelbar vor der Entscheidung weißer oder roter Diktatur stand. Die Partei ging nunmehr dazu über, das Problem der Bewaffnung des Proletariats sowohl wie das Problem des strategisch-militärisch organisierten Aufmarsches und Schlagens praktisch zu lösen. Es wurden der gesamte Parteiapparat und alle Kräfte auf die militärische Organisation und Mobilisation eingestellt. Diese Mobilisation mußte, da sie unmittelbar aus der Propaganda heraus zur militärischen Organisation mit einer kurzen Frist zur fertigen Mobilisation überging, zu einer Ueberhitzung führen. Alle zuvor bestandenen Brücken zum Gros des Proletariats, wie Einheitsfrontorgane, Betriebsräte, Aktionsausschüsse usw., in denen die Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung beteiligt waren, wurden vernachlässigt und die ganze Tätigkeit nur noch eingestellt auf die Ausrüstung und Mobilisation der Vorhut. Ja, man ging noch weiter, Stimmungen im Proletariat, in dieser Zeit Massenbewegungen auszulösen, Streiks usw., wurden nunmehr von unserer Seite absichtlich unterdrückt. Man glaubte, daß diese Streikbewegungen den „Entscheidungskampf“ schwächen würden. Genau so wurden elementar aus der Bewegung herauswachsende bewaffnete Auseinandersetzungen unterdrückt, um ein frühzeitiges Niederschlagen einzelner Gebiete zu verhindern.

Alles wurde eingestellt auf den Termin in der ersten Novemberhälfte. Das sächsische Regierungsexperiment sollte den politisch-strategischen Aufmarschplan bilden. Die Absicht ging dahin, die faschistischen konterrevolutionären Drohungen gegen Sachsen und Thüringen damit zu beantworten, durch Beteiligung an der Regierung jenes mitteldeutsche Gebiet durch entsprechende Regierungsmaßnahmen widerstands-[26]fähig zu machen, um so den Kampf gegen die legalen und illegalen konterrevolutionären Mächte aufzunehmen. „Diese Regierungsbeteiligung brachte nach kürzester Frist die Reichsexekutive gegen Sachsen mit dem Einmarsch der Reichswehr, Absetzung der Regierung, Entlassung der dem Proletariat nahestehenden Beamten der Staatsbürokratie. Die Reichsexekutive zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Regierung in Sachsen, der ihr vorausgegangene Belagerungszustand über das ganze Reich, die Unterdrückung unserer Zeitungen usw. waren in unserem strategischen Plan der Zeitpunkt, an dem der Kampf gegen die Konterrevolution aufgenommen werden sollte. Die Aufnahme des Kampfes wurde jedoch im letzten Moment abgelehnt unter der Begründung des mangelnden Kräfteverhältnisses zu ungunsten des revolutionären Proletariats. Die Kampfausnahme hätte bedeutet: Generalstreik über das Reichsgebiet mit dem politischen Ziel, zunächst die Regierung und die Staatsgewalt unter Druck zu setzen, mit dem technischen Ziel, die Truppentransporte nach Sachsen zu verhindern. Zugleich mit dem Generalstreik konnte man auf bewaffnete Erhebungen rechnen, die von der revolutionären Vorhut zu fördern und zu führen waren. Erst aus diesen Kämpfen mit Minimalzielen hätte man prüfen müssen, ob weitere Ziele erreichbar sind. Die Erregung in den Massen des Proletariats war auf das äußerste gesteigert, und man rechnete in den weitesten Volksschichten mit unmittelbar bevorstehenden revolutionären Erhebungen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Das Ausbrechen des Kampfes in Hamburg ist Zeugnis dafür, wie weit in allen Gebieten Deutschlands die Kampfvorbereitungen innerhalb der Partei getroffen waren.

V.

Die Strategie im akuten revolutionären Stadium.

Die Strategie des Gegners, der Verteidiger des Besitzes und des Privateigentums in jeder Form, sowohl der Schwerindustrie wie des kleinbürgerlichen Besitzes und ihrer ideologischen Verteidiger,

der bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschvölkischen, von den Gewerkschaftsbürokraten bis zu den Schwerindustriellen und Junkern, bestand darin, die unumschränkte politische, bürokratische, polizei-technische, juristische, gesetzgebende und militärische Macht vollständig in die Hände der weißen Generäle zu legen, um sich vor der Revolution zu retten. Die Generäle arbeiteten nach dem strategischen Plan, den Gegner zu schlagen, ehe er sich entwickelt hat, ehe er aufmarschiert ist. Dem Eintritt unserer sächsischen Genossen in die Regierung folgte die Reichsexekutive auf dem Fuße und zwang, unsere Terminsetzung vom November auf den Oktober zu verlegen.

Die Partei hatte nunmehr zu entscheiden, ob sie den Kampf aufnahm oder ihm auswich. Sie machte das abhängig von einer während dem Vormarsch der Reichstruppen auf Sachsen nach Chemnitz einberufenen Betriebsrätekonferenz. Die Konferenz war berufen, nicht als Versammlung zur Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung des Kampfes, sondern lediglich als Propagandaversammlung zur Anpreisung der Vorzüge der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungsform. Auf der Konferenz sollten nach Ankündigung nur wirtschaftliche und soziale Probleme behandelt werden, wie das Arbeitslosenproblem, Notstandsarbeiten, Volksernährung, Nahrungsmittelbeschaffung, Beschaffung von Staatskrediten zu diesen Zwecken usw. Die Konferenz zeigte auch alsdann, daß sie nur auf diese wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen eingestellt war und bei der Erörterung der wichtigsten und brennendsten [27] Fragen, der Reichsexekutive usw. vollständig versagte. Von dieser Konferenz machte es die Parteileitung abhängig, dem Aufmarsch der Konterrevolution, der Aufrichtung der weißen Diktatur kampflos auszuweichen. Die im Gange befindliche Mobilisation der revolutionären Arbeitermassen wurde plötzlich abgebrochen, die bis dahin eingehaltene und unter Ueberhitzung vorgetriebene Linie wurde nunmehr in das Gegenteil umgebogen und überall die Parole ausgegeben, auch nicht einen einzigen Kampf zur Auslösung zu bringen. Dieses plötzliche Abbrechen der Linie und Verwandeln in ihr Gegenteil richtete im gesamten revolutionären Proletariat die größte Verwirrung an, brachte eine ungeheure Stimmung der Enttäuschung und der Verbitterung, die sich jetzt nicht gegen die weiße Diktatur, sondern gegen die revolutionäre Vorhut, gegen die Kommunistische Partei richtete. Diese Tatsachen zwingen die Partei, ihre Strategie nachträglich zu überprüfen und die gemachten Fehler festzustellen.

Wenn schon die Einheitsfronttaktik in der Periode der Stabilität der bürgerlichen Ordnung eine notwendige Strategie der revolutionären Bewegung aus reinen Propagandazwecken war, so war diese Taktik noch in viel erhöhterem Maße eine Notwendigkeit zur Durchführung des revolutionären Kampfes im akuten revolutionären Stadium. Aber hier hat die Partei die Einheitsfronttaktik vollständig außer Acht gelassen, was der Grundfehler war, der zur Niederlage führte. Die Lehren der Einheitsfronttaktik zeigten uns, daß das Schwergewicht dieser Taktik auf die Massenmobilisation zu legen ist. Aber wie wir bereits dargelegt haben, wurde diese Massenmobilisation nach dem Cunostreik mit der Absicht unterbunden, die Kräfte für den „Entscheidungskampf“ aufzusparen. Der Eintritt in die sächsische Regierung geschah wieder unter Verkennung der richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik, nicht unter einer Massenbewegung bezw. es wurde zu diesem Zwecke nicht erst eine solche Massenbewegung innerhalb des Proletariats entfacht, so daß die Partei hätte unter dem Druck der Massen in die Regierung eintreten müssen. Im Verlaufe dieser Bewegung hätte man die Massen auf die notwendigen Folgen und Konsequenzen der Reichsexekutive aufmerksam machen müssen. Man trat in die Regierung ein lediglich auf Grund diplomatischer Verhandlungen mit der linken SPD in der Erwartung, daß die Reichsexekutive von selbst die Massenbewegung auslösen wird. Diese Rechnung hat sich als grundfalsch erwiesen. Die Massenbewegung in Sachsen blieb aus, weil eben das Proletariat nicht ideologisch auf die Konsequenzen der Regierungsbeteiligung der Kommunisten und der daraus folgenden Reichsexekutive vorbereitet war, was ja auch alsdann die Chemnitzer Konferenz erwies.

Daß die linken SPD-Führer versagten, ist für uns keine Entschuldigung. Das Anziehen dieser Tatsache beweist nur, welcherlei Illusionen in unseren Reihen vorherrschten.

Ebenso wurde die Anwendung der Einheitsfronttaktik bei allen weiteren Maßnahmen zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes unterlassen. Das gilt besonders für die gebildeten Kampfkaders und

die Ausrüstung dieser, sowie auch für die Vorbereitungen des passiven Widerstandes durch den Generalstreik. In der Periode der Rüstungen der Partei von Juli bis Oktober wurde nichts unternommen, die Einheitsfrontorgane des Proletariats, die Betriebsrätebewegung, die Kontrollausschüsse, die proletarischen Hundertschaften zu fördern, zu beschäftigen und. zu mobilisieren. Die ganze Tätigkeit war lediglich auf den engeren und engsten Parteiapparat eingestellt. Hier-[28]durch war es möglich, daß die Sozialdemokraten in den wenigen Wochen des Bestandes der großen Koalition politisch ihren Anhang von der revolutionären Vorhut trennen konnten und in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter mit dem Schwindel der Indexlöhne, der wertbeständigen Währung, des angeblichen Kampfes gegen die Konterrevolution mit neuen Illusionen und neuen Hoffnungen auf den Bestand der bürgerlichen Demokratie zu erfüllen, um ihn damit von der revolutionären Vorhut loszulösen. In der Ueberhitzung der Parteimobilisation zum bewaffneten Aufstand trat die politische Mobilisation der breitesten Proletariermassen in den Hintergrund, wurde versäumt und vernachlässigt. Das war einer der bedeutendsten und schlimmsten Fehler, der in der Periode der Mobilisation der Parteikräfte zum bewaffneten Aufstand gemacht wurde.

Also nicht die Einheitsfronttaktik, wie sie von der Partei seit 1920 Anwendung fand, war schuld an der Oktoberniederlage, wie die Berliner Opposition behauptet, sondern gerade umgekehrt: die Nichtanwendung und die Außerachtlassung der Einheitsfronttaktik war eine der Ursachen der Oktoberniederlage. Die Einheitsfronttaktik in der Oktoberperiode bestand nur in deren einseitigen Anwendung in der sächsischen Regierungsfrage, wo sie nur als parlamentarisches Experiment unternommen wurde und nicht als ideologisches Massenexperiment. Hier in Sachsen war nur die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik fehlerhaft, nicht aber die Einheitsfronttaktik, wie sie von uns seit Jahren geübt und angewendet wird.

Diese Unterlassungssünden der richtigen Anwendung und Ausnutzung der Einheitsfronttaktik haben eine Massenstimmung möglich gemacht, die allerdings nicht genügend politisch revolutionär orientiert war und die Vorhut einen Schritt zu weit vorauseilen ließ. Aber noch größere Fehler wurden beim Rückzug aus den vorgeschobenen Positionen gemacht. Hierbei wurden alle strategischen Grundsätze außer acht gelassen. Auf das Fehlschlagen der Chemnitzer Konferenz beschloß die Partei, alle Bewegungen, die sich aus der Situation selbst ganz elementar ergeben, gewaltsam abzubremsen und zu unterbinden. Bei dem Rückzug ging die revolutionäre Vorhut nicht, wie das bei Rückzugsgefechten notwendig und erforderlich ist, als Nachhut in fortwährender Fühlung und Geplänkel mit dem Gegner aus dem Gefecht, sondern bildete auch beim Rückzuge die Spitze und schleppte das Gros, das in vollständige Verwirrung geriet, hinter sich her. Selbst bei notwendig gewordenen Rückzügen muß die revolutionäre Vorhut die Führung der Massen in den Händen behalten, wenn sie nicht selbst auf lange Zeit jeden Kredit in den Massen verlieren will. Die Massen glauben an den Kommunismus nicht wegen seines schönklingenden Namens oder allerlei utopistischer Illusionen in ferner Zukunft, sondern lediglich wegen der Kampfbereitschaft der kommunistischen Truppen in allen notwendigen bitteren Tageskämpfen. Das Gros des Proletariats kennt weder Gesetze der Strategie, noch glaubt es an die revolutionäre Kraft, wenn diese nicht aus den Kämpfen selbst ihr klar illustriert werden. Die Massen, die in der Sympathie zum Kommunismus erhalten werden sollen, müssen von der Notwendigkeit des Rückzuges selbst überzeugt werden. Eine plötzliche Loslösung vom Gegner und ein widerstandsloser Vormarsch desselben zerschlägt alle Zuversicht und jeden Glauben an die kommunistische Kampfbereitschaft. Der kampflose Rückzug war deshalb einer der schlimmsten Fehler. Die Folgen desselben sind bekannt. Verwirrung in den Reihen des Proletariats, Schwinden des Ansehens und der Sympathien der kommunistischen [29] Bewegung, Isolierung der Kommunistischen Partei, die es ermöglichten, daß bei Auflösung und Verfolgung der Kommunistischen Partei, bei Vernichtung ihrer Apparate und Einrichtungen, beim Raub der Druckereien das Proletariat auch nicht an einer Stelle diesem Verfolgungsfeldzuge Widerstand leistete.

VII.

Das Wesen des Bürgerkrieges in Deutschland.

a) Bewaffneter Aufstand und Massen.

Der kampflose Rückzug kann nicht erklärt werden durch organisatorische, militärische oder technische Mängel. Noch weniger durch das allgemeine ungünstige Kräfteverhältnis, das bei Einstellung der Partei auf Kampf weit ungünstiger stand, als im Moment der Entscheidung. Die Fehler liegen einzig und allein in der falschen taktischen und strategischen Haltung der Partei im Kampfe um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats, die die erste Voraussetzung zum Erfolge war. Diese Fehler resultierten aus einer falschen utopischen Auffassung und theoretischen Einstellung über das Wesen des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes und der falschen Auffassung über die Rolle der Partei in diesen Kämpfen.

Eines der Argumente der Verteidiger des kampflosen Rückzuges ist, daß der Kampf im Oktober nur ein bewaffneter Aufstand hätte sein können, da jeder Streik oder jede Demonstration zum bewaffneten Aufstande hätte führen müssen. Diese These ist durch eine Reihe von Tatsachen aus den Oktobertagen direkt widerlegt. Von Stettin bis Kiel, von Flensburg bis Vegesack streikten die Werft- und Hafenarbeiter, ein großer Generalstreik, wie er einheitlicher und breiter an der Wasserkante noch nie vorhanden war, ohne daß es mit Ausnahme von Hamburg zum bewaffneten Aufstand kam. In Mitteldeutschland streikten die Bergarbeiter, ohne daß es zum bewaffneten Aufstand kam. Das sind Beweise genug, daß wir es in jenen Tagen vollkommen in der Hand hatten, unter den zahlreichen Kampfesmitteln und Kampfesmethoden frei zu wählen, von den harmlosesten und einfachsten bis zu den schwersten und kompliziertesten. Es lag ganz in unserer Macht, dem Gegner Widerstand zu leisten mit den Operationen und Mitteln, die uns für jeden einzelnen Bezirk und jeden Ort die zweckdienlichsten und notwendigen erschienen. Aber aus der gegebenen theoretischen Gesamteinstellung, auf die wir noch zu sprechen kommen, glaubte man nur an den bewaffneten Aufstand und sonst nichts.

Der Kardinalfehler war, daß sich die Partei auf einen utopistischen „Endkampf“ zur Eroberung der politischen Macht mit der Waffe in der Hand einstellte und die Notwendigkeit und Möglichkeit von Teilkämpfen und Teilzielen mit weniger aggressiven, aber unter Umständen wirkungsvolleren Mitteln und Kampfesmethoden leugnete.

Eine der beliebtesten Erklärungen für die Oktoberniederlage ist die Theorie über das Kräfteverhältnis, womit wir uns ebenfalls noch in einem besonderen Kapitel beschäftigen müssen. Hier nur über die Darstellung des schwankenden Elements in den proletarischen Massen und den verelendeten Mittelschichten. Die These für diese Theorie lautet so: Die Massen waren stimmungsgemäß nicht mehr für die bürgerliche Demokratie, aber auch noch nicht für die proletarische Diktatur. Es bestand also ein luftleerer Raum. Das ist eine leichte, aber auch eine seichte Erklärung. Die Geschichte kennt kein Vacuum. Die bürgerliche Demo-[30]kratie konnte nur abgelöst werden entweder von der faschistischen oder von der proletarischen Diktatur. Niemand wird bestreiten, daß die faschistische Diktatur, und noch mehr in der Form der Generalsdiktatur, in Deutschland nur einen schwachen Boden hatte und jedenfalls keine Massenbewegung war. Die breitesten Volksmassen hätten sich bis weit in das Kleinbürgertum hinein also, vor die Wahl gestellt, für die weiße oder die rote Diktatur, in erdrückender Mehrheit für die proletarische Herrschaft entschieden. Erinnern wir uns nur an die Massenmobilisation des Kleinbürgertums in den Spartakuskämpfen, bei der Niederwerfung der Münchener Räteherrschaft und anderer Gelegenheiten aus früheren Zeiten, wie dort den Aufforderungen zum Kampfe gegen die rote Gefahr die weitesten Volksschichten gefolgt sind, und jetzt, wo auch bei den schwersten Kämpfen wie in Hamburg, aus jenen Kreisen der Aufforderung zum Niederwerfen des Proletariats fast überhaupt niemand Folge leistete, dagegen nur einige Hundert verhungerter Arbeiter der SPD zu den „Fahnen eilten“, um das Vaterland zu retten. Und wenn in Hamburg bei dem 60stündigen Kampfe auf einem weit ausgedehnten Gebiete, mitten unter der ganzen Stadtbevölkerung sich während und nach den Kämpfen fast keine Verräter und Angeber fanden, dagegen während der Kämpfe die Bevölkerung der Gebiete, wo gekämpft wurde, die kämpfenden Genossen mit allen Mitteln und Handreichungen unterstützten, – gerade diese Vorgänge beweisen, wie die Massenstimmung sehr wohl reif für die proletarische Diktatur ist.

b) Der endgültige Sieg.

Das wichtigste Argument, das die Verteidiger des kampflosen Rückzuges ins Feld führen, ist die Behauptung, daß das allgemein ungünstige Kräfteverhältnis den Kampf nicht zugelassen habe. Die Dinge werden so dargestellt, daß ein Kampf im Oktober eine „entscheidende Niederlage“ gebracht hätte, man aber den Kampf nur aufnehmen dürfe, wenn der „endgültige Sieg“ zu so und soviele Prozente sicher sei. Das ist nach meiner Ansicht revolutionäre Mathematik um den Endsieg in einer Periode des Bürgerkrieges, wo noch nicht einmal die ersten schüchternen Exerzitien durchgeführt sind. Das ist eine vollkommene Verkennung des Wesens und der Struktur des Bürgerkrieges und des politischen Machtkampfes, wie er sich in Deutschland nach der ganzen gesellschaftlichen Struktur und der Klassenverhältnisse vollziehen wird.

Diese Theorie vom Endkampfe, die in den Oktobertagen zu der katastrophalen Strategie geführt hat, setzt das Ende des Kampfes an den Anfang und geht von der Voraussetzung aus, daß der Kampf um die politische Macht in einem kurzen Ringen von wenigen Tagen, in einem heroischen bewaffneten Kampfe entschieden werden könne. Selbst bei der günstigen Massenstimmung, wie sie in den Oktobertagen zweifellos bestand, hätte der Beginn des bewaffneten Ausstandes auf breitester Grundlage zu einem langen, sich auf Wochen erstreckenden Kleinkriege mit wechselnden Erfolgen geführt, der eine bunte Karte der gegensätzlichsten Machtverhältnisse in den verschiedensten Gebieten Deutschlands ergeben hätte. Die militärischen Operationen wären in dieser Periode meist nicht über örtliche oder höchstens bezirkliche Erfolge hinausgekommen.

Die militärischen Vorbereitungen der Partei waren jedoch darauf eingestellt, große Formationen zu bilden mit weitgesteckten strategischen Zielen, mit dem Aufmarsch ganzer Regimenter und Divisionen, zentral geleitet, die generalstabsmäßig arbeiten und operieren, um so in weni-[31]gen Tagen die proletarische Diktatur über ganz Deutschland garantieren zu können.

Dieser Einstellung gegenüber vertrete ich die Auffassung, daß der bewaffnete Aufstand in Deutschland wochenlang nicht über örtliche Operationen hinauskommen, zunächst ein buntes Chaos der verschiedensten politischen Machtverhältnisse in den verschiedenen Gauen Deutschlands ergeben wird. Neben den proletarischen Banden und Kampftruppen werden auf Seiten der Staatsmacht, die nur in größeren Formationen kämpft, sich auch allerlei konterrevolutionäre Banden bilden. Nur in Sachsen und Thüringen und in Bayern wäre im günstigsten Falle ein einheitliches Herrschaftssystem möglich, in Sachsen und Thüringen das der proletarischen Diktatur, in Bayern hingegen das der faschistischen Diktatur. In allen anderen Reichsgebieten hätten wir es mit einem langwierigen, zähen Bandenkrieg zu tun, in dem große strategisch operierende Armeen wirkungslos sind, zermürbt würden und letzten Endes unterliegen müssen. Wir haben deshalb den Hamburger Kampf nicht als einen Teilkampf zum endgültigen Sieg aufzufassen, sondern lediglich als den Beginn jenes Partisanenkampfes, der eine längere oder kürzere Periode vor der Machtübernahme geführt werden muß. Am Anfang steht also nicht der Endkampf, sondern die Eröffnung des Bürgerkrieges, aus dessen Entwicklung und Operationen sich erst der Endkampf herausbilden kann. Wir sehen im Bürgerkriege in Deutschland einen langwierigen, mit wechselnden Erfolgen geführten Kampf der Gesellschaftsklassen mit allen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtmitteln, von der passiven Resistenz in den Betrieben, von der Betriebsbesetzung, von der Massendemonstration, vom Generalstreik bis zum bewaffneten Aufstand, und nicht eine zwei- oder dreitägige heroische Feldschlacht, die uns den Sieg nach wenigen Stunden in den Schoß wirft.

Die Koordinierung aller proletarischen Kampfesmittel und Kampfesmethoden ist erste Voraussetzung des Erfolges. Vernachlässigung eines der Gebiete in der Vorbereitungs- oder in der Operationsperiode kann zu Niederlagen führen.

c) Die Bewaffnungsfrage.

Eines der bedeutsamsten Argumente, das die Verteidiger des kampflosen Rückzuges ins Feld führen, ist die Behauptung, daß das Proletariat für den bewaffneten Kampf nicht genügend ausgerüstet gewesen sei. Dieses Argument rollt das Problem der Bewaffnung des Proletariats in der Vorberei-

tungsperiode auf. Hierbei begehen die Verteidiger des Rückzuges den Fehler, statistisch nachweisen zu wollen, daß der Gegner an Kriegswerkzeugen besser gestellt gewesen sei und daher das Kräfteverhältnis zu unseren Ungunsten gestanden habe. Das ist ebenfalls eine Mathematik, die im revolutionären Kampfe ganz unzulässig ist. Wir kommen bei Besprechung des Kräfteverhältnisses noch auf diesen Punkt zurück. Hier nur einige Klarheiten über das Bewaffnungsproblem.

Es ist selbstverständlich, daß der Gegner, der im Besitz der Staatsgewalt ist, organisatorisch, militärisch, technisch und strategisch stets besser bewaffnet sein wird, als die revolutionären Massen. Der in aller Legalität, mit Unterstützung der Wissenschaften, Technik, Industrie und großen Finanzen arbeitende Staatsapparat wird stets besser gerüstet sein, als die in die Illegalität gedrängte, verfolgte, mit Tausenden von Spitzeln umgebene revolutionäre Vorhut. Natürlich ist die Frage der Bewaffnung keine untergeordnete, aber sie ist nicht die ausschlaggebende [32] im revolutionären Kampfe. Die Geschichte der Revolutionen zu allen Zeiten beweist, daß die Bewaffnungsfrage nicht v o r den entscheidenden Auseinandersetzungen, sondern erst innerhalb dieser sich entschieden hat. In allen revolutionären Auseinandersetzungen mußten sich die Revolutionäre erst die Waffen holen, dort, wo sie sind, bei der Konterrevolution. Es ist daher ganz falsch, wenn die Verteidiger des Rückzuges denselben mit statistischen Erhebungen über die Waffenfrage zu erklären versuchen. An der Bewaffnungsfrage das Kräfteverhältnis messen zu wollen, würde bedeuten, den bewaffneten Aufstand auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

d) D a s „u n g ü n s t i g e K r ä f t e v e r h ä l t n i s“.

Die Verteidiger des kampflosen Rückzuges erklären die Niederlage im Oktober mit dem „ungünstigen Kräfteverhältnis“ für das Proletariat, mit der stark konsolidierten Macht der Konterrevolution, eben mit den objektiven Verhältnissen, denen sich die subjektive Kraft beugen mußte. Dies erscheint eine sehr sozialdemokratische Erklärung. Auch die Sozialdemokraten erklären seit 1914 ihre Verrätereien am Proletariat mit den starken Kräften der kapitalistischen Gesellschaft, gegen die angeblich die Arbeiterklasse ohnmächtig sei. Aber diese Erklärung der Verteidiger des Rückzuges hat einen wesentlichen Konstruktionsfehler. Im Juli, als man sich entschied, durch den Eintritt in die sächsische Regierung die politische Krise in Deutschland zu verschärfen, berechnete man das Kräfteverhältnis so, daß ein Erfolg des Kampfes sicher sei. Niemand wird bestreiten, daß zwischen Juli und Oktober das Kräfteverhältnis sich verschob, aber nicht zugunsten der Konterrevolution, sondern viel stärker zugunsten der Revolution. Daß die faschistischen Kampfverbände mit den legalen Wehrorganisationen der Reichswehr vereinigt wurden, um sie gegen die Revolution zu führen, vollzog sich schon im Juli, und damit hatte man von vornherein gerechnet. Dagegen ist es uns gelungen, von Juli bis Oktober unsere Kampfkaders wesentlich auszubauen, straffer zu disziplinieren, auf breiterer Grundlage zu organisieren und auch erheblich stärker zu bewaffnen. Ein günstigeres militärisch bewaffnetes Verhältnis in den Reihen des Proletariats werden wir in der Illegalität auch in späterer Zukunft schwerlich erreichen.

Verbesserungen im Kräfteverhältnis können in Zukunft höchstens noch in der Linie eintreten, daß die Zersetzung der zum herrschenden Regime stehenden Volksschichten und Kampftruppen weitere Fortschritte macht und im Lager des Gegners wesentliche Schwächung eintritt. Das kann und wird möglich werden durch weiteren ökonomischen Zerfall, durch Stockungen und weiteren Zerfall im Finanzwesen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden, durch weitere Enteignungsprozesse der kleinbürgerlichen Besitzformen. Soll aber diese Zersetzung sich zugunsten der Revolution entwickeln, so müssen alle diese Volksschichten, die heute noch der weißen Diktatur Gefolgschaft leisten, großes Vertrauen und große Sympathien für die revolutionäre Bewegung gewinnen, die nur durch die vielfältigen Kampfhandlungen auf dem Boden des Klassenkampfes und durch den Willen zur Macht in der kommunistischen Bewegung in diesen uns heute noch fernstehenden Massen erzeugt und geweckt werden können. Gerade die hin- und herschwankenden bürgerlichen Mittelschichten, die indifferenten Massen innerhalb des Proletariats, die heute noch zum Teil den Anhang der weißen Diktatur bilden, diese undisziplinierten Massen neigen stets auf die Seite, wo der Erfolg sicher erscheint. Insofern haben wir mit unserem kampflosen Rückzuge [33] das Kräfteverhältnis nicht zu unseren Gunsten verbessert, sondern wesentlich verschlechtert. Es bedarf abermals Wo-

chen, bis wir, verursacht durch unseren kampflosen Rückzug, durch neue Eroberungen der Sympathien abermals das Kräfteverhältnis erlangen, wie wir es in den Oktobertagen besessen haben. Daß die objektiven ökonomischen und politischen Verhältnisse ganz wesentlich nach dieser Hinsicht für uns arbeiten, wird jeden Tag deutlicher. Aber von der Geschicklichkeit unserer Strategie und Taktik hängt es ab, daß bei der objektiven Reife auch die subjektiven Voraussetzungen durch unsere Bewegung für den revolutionären Machtkampf gegeben werden.

In der Debatte über den erfolgten Rückzug wurde auch der Versuch unternommen, die Oktoberbewegung mit der Märzaktion 1921 zu vergleichen. Das ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Im März 1921 befanden wir uns in einer Epoche der rückflutenden revolutionären Welle. Damals lehnte das Gros des Proletariats den Machtkampf ab, beherrscht von der Illusion und dem Glauben, daß die bürgerliche Demokratie auf angenehmere Art die Existenz der Arbeiterklasse sichern könne. Im Oktober 1923 waren aber diese Illusionen zum größten Teil zerstört und das Proletariat wendete sich ebenso entschieden dem revolutionären Machtkampfe zu. Das bewies am deutlichsten der Hamburger Kampf, nach dessen Austragung, trotzdem er nicht den „endgültigen Sieg“ bedeutete, keinerlei Niedergeschlagenheit und Verzweiflungsstimmung gerade in diesem Kampfgebiete Platz griff. Durch den Hamburger Kampf wurden innerhalb der proletarischen Massen große Hoffnungen und starke Zuversicht für den Erfolg des Kampfes entfacht. Das zeigte deutlich, daß der bewaffnete Aufstand in aufsteigender revolutionärer Welle ganz anders zu werten ist, als der bewaffnete Ausstand in abflutender revolutionärer Wellenbewegung.

In der Revolution entscheiden ausschlaggebend nicht die Waffen und der Besitz derselben, sondern die zum Machtkampf bereiten Volksstimmungen und Massenaktionen. Der entscheidende Faktor im Bürgerkrieg ist die Reife des Zersetzungsprozesses der alten Gesellschaftsordnung und die Reife des kampfbereiten Willens der großen Mehrheit des Volkes für die neue Ordnung. Diese Faktoren, die weit bedeutender sind, als die Bewaffnungsfrage in der Vorbereitungsperiode, standen in den Oktobertagen zweifellos in schwankender, unberechenbarer Haltung, die noch gesteigert war durch unsere mangelnde politische Mobilisation der Massen.

Das Kräfteverhältnis, von dem die Verteidiger des kampflosen Rückzuges jetzt behaupten, es sei zu unseren Ungunsten gestanden, konnte erst innerhalb der entbrannten Kämpfe festgestellt werden und nicht vorher, wie es geschehen ist. Gerade die unterschiedliche Wesensart der Faktoren des Kräfteverhältnisses auf Seiten der Verteidiger des alten Gesellschaftsstandes und auf Seiten der Träger der neuen Gesellschaft läßt ein Messen des Kräfteverhältnisses vor dem Kampfe nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu, wie sie für Deutschland aber gegenwärtig nicht gegeben sind. Das Kräfteverhältnis kann nur festgestellt werden durch die Erfahrungen der Kämpfe selbst.

e) War der Sieg des Proletariats im Oktober möglich?

In der Diskussion über die Oktobervorgänge werfen die Verteidiger des kampflosen Rückzuges die Frage auf: Hätte der Kampf im Oktober zum „endgültigen Sieg“ oder zur „entscheidenden Niederlage“ geführt? [34] und machen von der Beantwortung dieser Frage die Entscheidung über den kampflosen Rückzug abhängig.

Wir glauben, die Beantwortung dieser Frage fällt nach dem vorher Gesagten nicht allzu schwer. Wir haben schon dargelegt, daß es falsch war, daß man sich in dem Stadium des Klassenkampfes, wie er im Oktober stand, für den Endkampf einrichtete. Die Verhältnisse waren politisch und in der Entwicklung und Entfaltung des Klassenkampfes noch nicht so gereift, um auf den letzten Entscheidungskampf rechnen zu können. Der Oktober hätte bei dem Vormarsch der weißen Diktatur aber unter keinen Umständen kampflos hingenommen werden dürfen. Das ist das Entscheidende. Infolgedessen hätte die Partei nicht den Endkampf, sondern breitesten Kampf um Teilziele führen müssen. Die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen mußte beantwortet werden mit der Proklamierung des Generalstreiks über das ganze Reichsgebiet mit dem Ziele und der Parole: Zurückziehung der Truppen aus Sachsen, Verweigerung der Truppentransporte durch die Eisenbahner, Aufhebung des Belagerungszustandes, hinweg mit General Seeckt usw. Dort in jenen Orten und Bezir-

ken, wo die Kraftverhältnisse im Verlaufe des passiven Widerstandes, des Generalstreikes günstig standen, hätten zum Generalstreik andere schärfere Kampfesmittel Anwendung finden können.

Dieser Kampf hätte wahrscheinlich weder den „endgültigen Sieg“ noch eine „entscheidende Niederlage“ gebracht. Der Kampf im Oktober, durchgeführt mit allen Formen des proletarischen Klassenkampfes, der in den verschiedensten Reichsgebieten ganz unterschiedlich sein konnte, hätte aber den raschen ununterbrochenen Siegeszug der weißen Diktatur mindestens schwer gehemmt und seine Positionen auf jeden Fall geschwächt. Das Kraftbewußtsein und die rücksichtslose Willkür, mit der die weiße Diktatur heute in Deutschland herrscht, wäre wesentlich gedämpft worden. Die Möglichkeit, daß trotz unseres Widerstandes die weiße Diktatur sich durchsetzte, ist durchaus gegeben, und soll nicht bestritten werden, Aber das ist nicht die Kernfrage. Die Kernfrage ist: Wie erlangen wir, und wie erhalten wir die Mehrheit der proletarischen Massen und verelendeten Mittelschichten? Wie stärken wir die revolutionäre Position, wie zersetzen wir die Position der Konterrevolution?

Hätten wir das Proletariat zum Kampfe geführt und wären wir in diesem Kampfe zurückgedrängt worden, dann hätte das Proletariat gesehen, daß wir noch zu schwach sind, daß aber die Kommunistische Partei die einzige ist, die als ernsthafter Gegner der Kapitalsherrschaft gegenübersteht.

Gerade solange das Kräfteverhältnis zu unseren Ungunsten steht, wie die Anhänger des kampflosen Rückzuges behaupten, müssen wir die Massen durch unsern Kampf in immer größeren Scharen um unsere Fahne sammeln. Das Problem der Eroberung der Mehrheit des Proletariats muß in all unseren Handlungen und taktischen Maßnahmen das stärkste Leitmotiv sein. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß ein kampfloses Ausweichen uns durchaus nicht vor der wildesten Willkür, der Verfolgung mit allen Mitteln des weißen Terrors und der rücksichtslosesten Niederwerfung gerettet hat. Der Raub unserer ganzen Propagandaeinrichtungen, der Druckereien, Buchhandlungen, des Parteivermögens, des Versammlungs- und Vereinsrechts, die Tausende von Gefangenen könnten auch nicht schlimmer sein, wie nach erfolgtem Widerstande.

[35] Der Kampf im Oktober hätte uns also aller Voraussicht nach nicht den „endgültigen Sieg“, wohl aber die Voraussetzungen zu diesem gebracht.

VIII.

Schließt die Kampfesreihen!

Der revolutionäre Entwicklungsprozeß, die überreifen objektiv revolutionären Kräfte, die in den Urtiefen des Gesellschaftsbaues weiter wühlen, läßt uns wenig Zeit, die Partei in einem hangenden und bangenden Zustand zu lassen. Die Parteikrise, die unvermeidlich nach einer solchen Niederlage vorhanden ist, muß mit einer kurzen aber gründlichen Klärung und mit erneuter Orientierung raschestens überwunden werden. Schon rütteln und schütteln neue Krisen den ganzen bürgerlichen Gesellschaftsbau. Das, was noch gestern als unerschütterlicher Granitfelsen im Fundament der alten bürgerlichen Gesellschaft erschien, vor dem wir zaghaft in die Knie gesunken sind, beginnt schon heute zum rebellierenden Feinde der bürgerlichen „Ordnung“ zu werden. Die gesamte bürgerliche Presse hallt und schallt wider von bitteren Anklagen über die „Undankbarkeit“ gegen die Beamten als die treuesten Stützen des Staates. Das geschieht in denselben Spalten, wo unmittelbar daneben den rebellierenden Beamten „Vernunft“ zugeredet wird, um den Feldzug der Volksausplünderer mit Hilfe der weißen Generäle gegen sie als „Staatsnotwendigkeit“ zu predigen. Zugleich muß die neue „Währungsreform“ der „Wertbeständigkeit“ mitsamt den Reichsfinanzen ihren Bankrott ankündigen. Die Gehälter aller Staatsbeamten, die am 15. Dezember fällig waren, konnten zu diesem Termine nicht ausgezahlt werden und erst am 17. Dezember wurde die halbe Summe dieser Gehälter als Abschlagszahlung geleistet. Die Staatskassen sind vollkommen leer. Chaos und Zusammenbruch, wohin man blickt. Die Hoffnung auf ausländische oder internationale Hilfe erweist sich als Trug. Die Arbeitslosigkeit steigt unentwegt weiter, trotzdem bereits etwa 60 Prozent aller Industriearbeiter erwerbslos sind. Die Arbeitslosenunterstützung kann nicht mehr bezahlt werden und wird systematisch und rücksichtslos abgebaut. Das treibt die hungernden Opfer des kapitalistischen Zusammenbruches bei dem Riesenmassenelend und ungeheuerlichen Lebensmittelpreisen zu Ver-

zweiflungsaktionen, die Massencharakter annehmen. Der Beamtenapparat des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden wird systematisch abgebaut. Am 1. Januar sollen allein aus den Reichsämtern und Betrieben 500.000 Beamte entlassen werden. Die Zurückbleibenden bekommen bei einer verlängerten Arbeitszeit, die selbst noch weit über die der Vorkriegszeit hinausgeht, wahre Hungerlöhne. In all diesen Kreisen, die in ihrer politischen Orientierung der faschistischen und nationalistischen Bewegung am nächsten standen und unter dem Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie nach der Rechtsdiktatur schielten, die die Diktatur der weißen Generäle anfänglich begrüßten, beginnt sich ein ideologischer Umstellungsprozeß zu vollziehen und sie neigen immer mehr proletarischen und revolutionären Anschauungen zu. Das schafft neue revolutionäre Kräfte.

Indes verschärfen sich die Klassengegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zusehends. Die Währungsreform, nach deren Einführung tatsächlich die Lebensmittelpreise eine schwache Senkung erfahren haben, brachte das Agrarkapital in den schärfsten Gegensatz zur Schwerindustrie. Die rebellierenden Agrarier haben bereits mit der Lieferungssabotage begonnen, und die Preise, die sich einige Tage senkten, schnellen wieder in die Höhe. Auf dem Lebensmittelmarkt abermals [36] neue Schwierigkeiten. Die Reichsfinanzierung, die gegenwärtig nicht einmal 1 Prozent Einnahmen gegenüber den Ausgaben erbringt, soll nach Ankündigung der Regierung nunmehr lediglich durch Steuern erreicht werden. Das Hilferdingsche Steuerprogramm, das eigentlich Helfferich entworfen hat, taucht wieder auf. Die Ausplünderung der Arbeiterklasse durch Steuern ist am Ende ihres Lateins, da die meisten Arbeiter gar keine Lohnempfänger mehr sind. Die Verbrauchssteuern werden bei der Riesenarbeitslosigkeit selbst bei höchster Erhöhung immer erfolgloser. Die Schwerindustrie, die großen Trusts und Syndikate sabotieren nach wie vor. Unter solchen Voraussetzungen bleibt nur der Steuerraub an den Klein- und Mittelbetrieben, den Kleinbauern und Mittelbauern übrig. Aus dem ganzen Reiche wird bereits eine starke Radikalisierung der Landbevölkerung gemeldet. Die Klein- und Mittelbauern und ihre Organisationen kommen in scharfen Klassengegensatz zu den Großagrariern. In einer großen Anzahl von Provinzen haben sich neue Bauernorganisationen gebildet, die schärfste Front gegen den Landbund machen.

All diese Erscheinungen in den bürgerlichen Interessengruppen und Klassen verschärfen die objektiv revolutionäre Lage in Deutschland ganz wesentlich. Die revolutionäre Grundlage wird immer breiter und dringt zusehends in neue Gesellschaftskreise und Klassen ein. Wenn nicht alles trügt, stehen wir in wenigen Wochen abermals vor den tiefgehendsten revolutionären Erschütterungen. Diesmal aber mit dem Unterschied, daß die Front der revolutionären Kräfte viel breiter und tiefer sich aufrichten wird. Die Hoffnung, daß Einwirkungen aus der internationalen Lage, aus der Verbesserung der Verhältnisse in den internationalen Beziehungen, oder eine internationale pazifistische Entwicklung die Spannung in Deutschland mildern oder gar ganz ausschalten könnte, wird immer aussichtsloser. Selbstverständlich üben die internationalen Beziehungen einen starken Einfluß auf die deutschen Verhältnisse aus. Aber soweit man sehen kann nicht zugunsten der Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, sondern in zunehmendem Maße zu Ungunsten derselben. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß wir in wenigen Wochen, höchstens aber in einigen Monaten abermals in Deutschland vor starken revolutionären Erschütterungen stehen.

Bei dieser Lage gibt es für die revolutionäre Vorhut, für die Kommunistische Partei nur eins: sofortige Zusammenraffung aller Kräfte, den Generalstab der sozialen Revolution in Stadt und Land so auszubauen und zu formieren, daß er in der Lage ist, alle zur Revolution treibenden Volksschichten und Massen in ein Verhältnis zu bringen, unter dem sich der Aufmarsch der revolutionären Front hemmungs- und reibungslos vollziehen kann. Die „verbotene“ Kommunistische Partei muß die lebendigste und stark wirksamste Kraft im Gesellschaftsleben Deutschlands in kürzester Frist sein. Die Entscheidung und die Erfolge der kommenden Kämpfe hängen einzig und allein ab von der Aktivität, von der Einsicht, von der Entschlossenheit und von der Strategie, die die Kommunistische Partei jetzt zu entfalten und zu entwickeln versteht. Die gemachten Fehler der Vergangenheit sind dazu da, um daraus zu lernen, wie es in der Zukunft besser zu machen ist. In der Erkennung des Vergangenen liegt die Garantie der Sicherung und Verbesserung für die Zukunft. Das ist die Aufgabe unserer Kritik, die nur als unsere Pflicht erachten.

Es gilt nun, die Partei in kürzester Frist auf eine klare politische und sichere strategische Linie zu bringen. Und dazu noch ein Wort zur Lage in der Partei. Die linke Opposition hat – und tut es heute noch – [37] die These vom „Endkampf oder nichts!“ den Grundsatz: „alles oder nichts!“ genau so wie der rechte Flügel der Partei vertreten. Diese Linke vertritt aber heute noch schärfer als zuvor die Auffassung: sofortige Diktatur unter Verzicht auf Teilkämpfe und auf Kämpfe mit Teilzielen, in vollkommener Verkennung des revolutionären Entwicklungsprozesses, in dem die Diktatur nicht am Anfang sondern erst am Ende der Kämpfe stehen kann. Diese Einstellung versetzt die Linke in eine banale und katzenjämmerliche Stimmung, die alles andere ist, als revolutionärer Optimismus und Siegeszuversicht. Dieser „Radikalismus“ ist weit schlimmer und defaitistischer, als die tragische Hoffnungslosigkeit der Gegenseite, des rechten Parteiflügels, der in seiner Perspektive mit einer Versumpfung der revolutionären Entwicklung, mit einem tiefen Wellental auf lange Zeit hinaus und der Konsolidierung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland unter der weißen Diktatur rechnet. Beide Gruppen sind von einem Fatalismus befallen, der schweren Schaden bringt, wenn er die Partei beherrschen sollte. Das würde bedeuten, die Oktoberniederlage zu einer schweren Parteikrankheit zu machen. Wir haben aber jetzt keine Zeit krank zu sein. Ungeheure Aufgaben und Arbeiten stehen unmittelbar bevor, die nur von einer gesunden revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats bewältigt werden können.

Es gilt jetzt, die unzähligen Strömungen, das vielverzweigte Geäst des Lebens- und des Existenzkampfes bis weit hinein in die bürgerliche Gesellschaft in der großen Mehrzahl des deutsch Volkes zu verfolgen, die Interessen der verschiedensten Gesellschaftsgruppen und Klassen zu nutzen, um all diese Bewegungen und Strömungen mit dem Klassenkampfe des Proletariats zu koordinieren. Innerhalb des Proletariats gilt es Interessengegensätze von Arbeitenden, Arbeitslosen und Kurzarbeitern auszurotten und alle proletarischen Schichten zu einem festen Block, zu einem stählernen Hammer zusammenzuschweißen. Das erfordert ungeheure politische und organisatorische Arbeit, zu der auch der Letzte und der Geringste unter uns eingespannt werden muß. Nur wenn wir so arbeiten, werden die zerstörten Hoffnungen des Oktober zur lebendigen Wirklichkeit werden. Und wenn sie es werden, haben auch die Fehler der Oktober-Niederlage ihren Anteil dazu beigetragen.

*

Die Oktoberniederlage des Proletariats und die Aufgaben der KPD.

Von A. K l e i n e.

I. Oktoberrückzug der KPD.

Die objektive Lage in Deutschland war in den Oktobertagen im höchsten Maße revolutionär. Der Zerfall in allen bürgerlichen Parteien, von der Deutschnationalen bis zur Demokratischen, und in der Sozialdemokratie, die Auswegslosigkeit der internationalen Lage, die Not der Massen, wie sie noch nie in Deutschland gewesen war, die Spannung und Unzufriedenheit in den breitesten Massen und die Erwartung einer Umwälzung bei allen Schichten Deutschlands charakterisierten die Lage. Der Bürgerkrieg schien unvermeidlich; über ihn die diskutierte man offen in der gesamten Presse. Die Novemberrepublik hatte alle Mittel und Methoden der Demokratie erschöpft, sie war an die Wand [38] gedrückt durch die internationalen Widersprüche und den wirtschaftlichen Verfall, und ihre Leiter beeilten sich, sie Schritt für Schritt a b z u b a u e n, um die unvermeidliche Revolution zu vermeiden, oder wenigstens hinauszuschieben. Die Sozialdemokratie suchte bewußt eine Lösung auf dem Boden der bürgerlichen Diktatur, wie sie vorher auf dem der bürgerlichen Demokratie nach einer solchen gesucht hatte. Auch die linke Sozialdemokratie, die das demokratische Dekorum mit revolutionären Phrasen und „blutendem Herzen“ aufgegeben hat, hielt es für besser, kampflos die Demokratie preiszugeben, als den Bürgerkrieg mitzumachen, der die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft vernichten sollte. Die linke SPD sprach in Sachsen, Thüringen und anderen Teilen Deutschlands von einem Klassenkampfe, wie er durch Kautsky seinerzeit im Erfurter Programm geschildert wurde, aber nicht von dem einzig wirklichen Klassenkampf, der in der gegebenen historischen Situation nur den Bürgerkrieg mit allen jenen Methoden und Mitteln, wie sie das Bürgertum anwendet, bedeutet. Die linke Sozialdemokratie gab vor, zu glauben, daß die Reichsexekutive ge-

gen Sachsen ein Feldzug gegen Bayern sei, daß die durch die Reichswehr vernichteten Arbeiterorganisationen und getöteten Arbeiter Opfer des Schutzes der Republik durch den faschistischen General Seeckt seien; die linken SPD-Führer haben sich trotz der Regierungskoalition mit den Kommunisten von den Kommunisten losgelöst und sich offen mit dem Bürgertum verbunden bei der ersten Forderung der KPD, den Generalstreik gegen die Reichsexekutive zu proklamieren. Der Faschismus hat die Novemberrepublik nicht besiegt; er hat ihre Festungen nicht erobert. Die Novemberrepublik hat sich einfach auf der Straße dem ersten besten General in die Arme geworfen, aus Furcht, in die Hände der Arbeiterschaft zu kommen. Die bürgerliche Demokratie hat sich als ein viel zu bequemer Kampfesplatz des Proletariats um seine Macht erwiesen, als daß die Verteidiger der bürgerlichen Ordnung, die Schwerindustrie und ihre sozialdemokratischen Verbündeten, sie weiter dulden konnten, selbst in der beschränkten Form, wie sie vor den Oktoberereignissen bestand. Die revolutionären Massen haben nochmals, wie in den Jahren 18, 19, 20, den organisierten Widerstand der sich zersetzenden Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie nicht zu überwinden vermocht, um den siegreichen Kampf gegen den angreifenden Koalitionsblock, der die Macht den Generälen und faschistischen Organisationen übergeben hatte, aufzunehmen. Die KPD, die zum Kampfe aufgefordert hatte, hat es noch einmal, jetzt schon als Massenpartei, nicht verstanden, die Massen von dem Einfluß der reformistischen Organisationen, die die bürgerliche Ordnung schützen, zu befreien und sie in den revolutionären Kampf auch gegen die reformistischen Führer, zu führen. Das war in kurzem der Sinn der Oktoberereignisse.

II. Die Fehler der Partei.

Es wäre verhängnisvoll für die Partei, die Niederlage des Proletariats und den Rückzug der Partei, wie es manche Genossen tun, ausschließlich durch das Kräfteverhältnis und die Stärke des Gegners zu erklären. Jede historische militärische oder politische Niederlage erklärt sich vor allem daraus, daß der Gegner stärker war, und daß das Kräfteverhältnis nicht ganz richtig eingeschätzt wurde. Diese allgemeine Feststellung ist aber durchaus nicht genügend für die weitere politische Arbeit der Partei. „Es hat sich nochmals herausgestellt, daß der europäische Menschewismus viel tiefere Wurzeln in der Arbeitermasse hat, als wir es annehmen konnten“ – sagen manche Genossen und verkennen dabei, [39] daß diese Tatsache gar nicht ausreichend ist, um die Rolle eines so bedeutenden Faktors im Kräfteverhältnis, wie es die KPD in den Oktobertagen war, einzuschätzen. Wir empfehlen manchem Genossen, den Passus über das Kräfteverhältnis in Trotzkys „Antikautsky“ in diesem Zusammenhang nachzulesen. Die KPD war eine Massenpartei mit bedeutendem Einfluß und ernsthaftem Kampfeswillen, von der breite Massen eine Lösung der Krise erwarteten; und es ist in der innerparteilichen Diskussion vor allem wichtig, zu klären, warum es die KPD noch nicht verstanden hat, die Massen zum Kampf zu führen, warum sie noch nicht den Widerstand der reformistischen Führer zu überwinden vermochte. Liegt etwa die Ursache ausschließlich in der Passivität bedeutender Teile des Proletariats oder im großen Maße in der Unfähigkeit der Partei, den aktiven Teil so in den Kampf zu führen, daß er seinerseits die breiten Massen mitreißen konnte? Diese Frage ist jetzt wichtiger für unsere Zukunft, als die Frage: War der Sieg möglich oder eine erschütternde Niederlage im Falle der Kampfaufnahme unvermeidlich? Auf die letzte Frage kann man schwer in allgemeiner Form ohne gründliche Analyse eine Antwort geben. Eine schnelle, erschütternde Niederlage war ebensowenig wahrscheinlich wie ein schneller, leichter Sieg. Alles, was später kam, hat bewiesen, daß der Gegner stark war, aber nicht so stark, daß er sofort große Kräfte mobilisieren oder etwa ganz Deutschland mit Reichswehr besetzen konnte. Wahrscheinlicher ist, daß unser Kampf die Einleitung einer Reihe langwieriger schwerer Kämpfe geworden wäre, die schließlich doch zu einem Siege führen könnten, aber auch eine schwere Niederlage war im Laufe der Kämpfe nicht ausgeschlossen. Die Partei konnte nicht das wahre Kräfteverhältnis feststellen, weil sie jeden anwachsenden Kampf der Massen abzubremsen versuchte, um ihn in den Rahmen des von der Partei vorbereiteten Widerstandes einzugliedern. Das war ein grober Fehler in der wichtigsten Frage, wie eine KP das Vertrauen der breitesten Massen gewinnt und Massenbewegungen auslöst. Während man die Partei bis zur Siedehitze gebracht hatte, hat man die Massen in einer lauen Temperatur des Abwartens gelassen. Einige krasse Beispiele:

1. Die Kohlenarbeiter vom Meuselwitz-Bornaer Revier haben einige Tage vor der Chemnitzer Konferenz beschlossen, in den Generalstreik zu treten. Am Tage der Chemnitzer Konferenz sollte der populärste Mann bei den mitteldeutschen Kohlenarbeitern im Namen der Partei die Vertagung des Streikes fordern, aus der Einstellung heraus, daß der allgemeine Kampf nahe bevorsteht und Teilkämpfe ihn nur stören können. Der Druck der Kohlenarbeiter war dabei so stark, daß bereits einen Tag vor der Chemnitzer Konferenz der reformistische Bergarbeiter-Verband gezwungen war, trotz der gefährlich gespannten Situation den Generalstreik zu proklamieren.

2. Auf der Chemnitzer Konferenz, zur Zeit des Vormarsches der Reichswehr, haben die Vertreter der KPD in den Vordergrund der Konferenz rein wirtschaftliche Forderungen gestellt. Nur zum Schluß, und auch nicht mit voller Schärfe (man hat nicht gesagt, daß die Regierung durch die Reichswehr tatsächlich liquidiert ist), sprach man über die politische Lage und forderte den Generalstreik.

3. Kein Organ der Partei, keine Hundertschaft, kein Kontrollausschuß, kein Minister, haben trotz der gespannten Lage die Vereinbarungen mit der SPD durchbrochen, trotzdem die reformistischen Führer die Vereinbarungen – gemeinsamer Kampf gegen den Faschismus – auf der ganzen Linie in gewissenlosester Weise hintertrieben haben.

[40] Diese ernsten Fehler der Partei kann man nicht mit allgemeine geschichtlichen Ursachen oder einzelnen technischen Mängeln des Arbeit, der Vorbereitungen oder der Organisation erklären; es macht einen geradezu peinlichen Eindruck, wenn führende Genossen in den Artikeln vor dem Zentralausschuß und auch nach ihm ernste Niederlagen durch technische, militärische oder organisatorische Fehler erklären wollen. Die Partei braucht volle Klarheit und muß auch die Schwächen des Zentralausschusses korrigieren, der noch nicht in vollem Umfange die politischen Fehler der Partei rücksichtslos bis zu Ende aufgedeckt hat.

Es ist eine Tatsache, daß die Gesamtpartei den Kampf wollte und mit ihr zusammen ein Teil der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen. Resolutionen in einer Reihe Versammlungen, die Spannung selbst in der SPD, das feige Lavieren der reformistischen Führer – alles sprach dafür, daß ein politisch richtig eingeleiteter Kampf breite Massen mitreißen konnte. In Berlin waren breitere Teile des Proletariats, als in dem Anti-Cuno-Streik, zum Kampfe bereit. Was hat die Partei diesen Massen gesagt? Wir werden nicht siegen! Der Feind ist stärker; die Zeit arbeitet für uns; laßt ihn die Macht übernehmen.

Diese Antwort durfte die KPD keinesfalls geben. In dieser Situation war der Oktoberrückzug falsch. Der Rückzug kannte nur im Kampfe erfolgen, wenn es sich herausgestellt hätte, daß die Kräfte nicht ausreichen. Die Massen hätten dann gesehen, daß wir zur Führung des Kampfes bereit sind, daß unsere Kräfte aber nicht ausreichen. Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats forderte wieder einmal, daß die Partei ihre Kampfbereitschaft praktisch beweist. Um unsere Fahne sammelten sich in dieser gespannten Situation größere Massen denn je, und gerade in dieser Zeit haben wir die Fahne eingezogen. Einen solchen Rückzug durfte die Partei nicht machen. Wir haben viel zu viel als Partei versprochen bei unserem Eintritt in die Regierungen und durch die Hamburger Kämpfe und haben weder Entschlossenheit, noch Mut, die Führung des kampfbereiten Proletariats zu übernehmen, gezeigt. Die Hamburger Kämpfe waren nicht charakteristisch für die Stimmung der Massen, sie waren eher ein Ausdruck der Tatsache, daß die Partei zu allem bereit war und die breiten Massen nicht in den Kampf hineingezogen wurden. So konnte ein Werftarbeiterstreik und ein bewaffneter Aufstand ziemlich unkoordiniert gleichzeitig in Hamburg vor sich gehen. Wir fürchteten den Kampf, weil wir bezweifelten, daß wir die Millionenreserven des Proletariats auf die Beine bringen könnten, die zur Eroberung der Macht in Deutschland notwendig sind. Wir haben aber dabei vergessen, daß wir das Vertrauen der breiten Massen, die schon den reformistischen Führern und Organisationen schwankend gegenüberstanden, zur KPD aber noch nicht volles Vertrauen hatten, nur im Kampfe gewinnen können. Die verhängnisvollste Folge nach unserem kampflosen Rückzuge war die Beteiligung von SPD-Arbeitern an dem Hitler-Putsch und waren die Berliner Unruhen, bei welchen Zehntausende ehrlicher Erwerbsloser und verelendeter Arbeiter faschisti-

schen Spitzeln folgten, um ihre revolutionären Gefühle in einigen Räubereien und Pogromen zu ertränken. Wir hatten im Oktober noch nicht ein so tiefes Vertrauen der breiten Massen zu uns, das uns die Möglichkeit gegeben hätte, aus theoretischen Kalkulationen, daß die Zeit für uns arbeitet und der Moment zum Kampfe nicht vorteilhaft ist, die Kämpfe für bessere Zeit zu verschieben. Für das Vertrauen der Massen zu uns war der kampflose Rückzug viel erschütternder als die Schläge [41] der schweren Artillerie und der Tanks der starken faschistischen Konterrevolution. Es ist direkt ein Leichtsinn, wenn manche Genossen die Oktoberniederlage 23 mit der des März 21 zu vergleichen versuchen. Damals kämpften einige Bezirke der Partei ohne tatsächliche Beteiligung der Gesamtpartei, geschweige der SPD-Arbeiterschaft und der Mittelschichten, die mit Haß auf die Zerstörer der Feiertage, die Kommunisten, geblickt haben. Jetzt war Drang zum Kampf in ziemlich breiten, aktiven, führenden Teilen des deutschen Proletariats, abwartende Haltung eines anderen Teils und Sympathien der breiten Mittelschichten.

Die Ablehnung des Kampfes war ebenso eine Folge der falschen Kräfteeinschätzung und des Mißverständnisses für die Aufgaben der Partei, wie die zu rosigen Hoffnungen vor den Oktoberereignissen. Es ist sehr leicht, sich zu beschweren, daß wir zu wenig Zeit zur Vorbereitung des Kampfes hatten. Die Zeit war bestimmt durch den Gegner: er hatte den Kampf erklärt, er hat den Termin des Kampfes festgesetzt. Wir konnten schwer lavieren; kann doch kein denkender Kommunist etwa behaupten, daß wir schon vorher einfach erklären konnten: „Die Generäle und Faschisten übernehmen die Macht, wir sind zu schwach, den Kampf aufzunehmen und müssen es dulden“. Den Widerstand mußte die Partei aufnehmen. Sie hat ihn aber als den Widerstand der Partei, getrennt von den breiten Massen und in konspirativer Form aufgenommen. Die Partei war überhitzt, hat es aber nicht verstanden, mit revolutionärem Feuer die Presse, die Organe der Einheitsfront und die breiten Massen zu begeistern. Sie hat vielmehr die Teilkämpfe des Proletariats und die Initiative von unten sehr wenig unterstützt. Es entstand der Eindruck, daß die Partei mit einem romantischen „einheitlichen“ Schlag, der von ihr aus kommen sollte, den Kampf auslösen und die Probleme der Revolution lösen wird. Die Massenbewegung weckte Mißtrauen, da man nicht sicher war, daß man sie werde meistern können, wenn die Kräfte im Laufe der Kämpfe nicht ausreichen würden. Damit hat die Partei und vor allem die Leitung ein unzulängliches Verständnis für die Verhältnisse zwischen Partei und Massen und für die Rolle der Partei im Kampfe um die Einheitsfront des Proletariats bewiesen. Diese Fehler spürte man schon vor den Oktoberereignissen. Schon längere Zeit vor dem Anti-Cuno-Streik konstatierte die Partei, daß die Demokratie in Deutschland in die Binsen geht. Der Bürgerkrieg stand schon damals vor der Tür; die Partei hat aus diesen Tatsachen keine Konsequenzen gezogen, sie hat etwas vergessen, die These, „daß die Partei nicht nur ein Teil der Massen ist“, wie das manche Genossen behaupten, daß die Partei das Auge, das Gehirn, der Wille der Massen ist, „daß die Partei den Massen einen Schritt voraus ist“. In der gegebenen historischen Situation bedeutete es, daß die Partei sich nicht von den breiten Massen trennend, nicht die Taktik der Einheitsfront aufgebend oder schwächend, dieser und weiter voraussieht und sich zum unmittelbaren Kampfe um die Macht vorbereitet. Organisatorisch bedeutete das, die Partei auf die Betriebszellen aufzubauen, der Betriebsrätebewegung die größte Aufmerksamkeit zu schenken, die technisch-militärische Vorbereitung nicht zu ignorieren, die Propaganda lebendiger und offensiver zu gestalten. Dem, daß es nicht geschehen ist und daß die Partei später in Wochen nicht das, was Monate gespanntester Arbeit forderte, zustandebringen konnte, liegen nicht technische Ursachen zugrunde, es ist der Ausdruck der Unterschätzung der selbständigen Rolle der KPD in der Epoche des Kampfes um die Einheitsfront des Proletariats. Dieser Fehler ist vielleicht der wichtigste. [42]

III. Einheitsfront, Sozialdemokratie und die sächsischen Erfahrungen.

Wenn man aus diesem Fehler die Konsequenz ziehen will, daß die Taktik der Einheitsfront unvermeidlich zu opportunistischen Schweinereien führt, und daß die Einheitsfront von oben und unten zur Entlarvung der Führer und Zusammenschweißung der Massen die Preisgabe der revolutionären Taktik ist, so macht dies im Kampfe gegen die Mängel und Fehler der Partei jede taktische Linie überhaupt unmöglich. Der Weg der Eroberung der Massen ist schwer und kompliziert in der Nachkriegsperiode; nur wenn die Partei alle Mittel und Wege, die sie zum Ziel führen können, als revo-

lutionär betrachtet, ist sie ihrer Aufgabe gewachsen. Die politische Luft ist voll der gefährlichsten Bazillen, aber keiner wird einem gesunden Menschen sagen: Atme nicht! Eine gesunde Partei, die die ihr drohenden Gefahren erkennt und die sich nie auf das Niveau weder der sozialdemokratischen Führer, noch auch der sozialdemokratischen Massen herabläßt, sondern immer den Massen einen Schritt voran geht, kann und muß alle Methoden anwenden, die den Prozeß der Eroberung der Massen und der Zersetzung des Gegners beschleunigen. Die linken Berliner Genossen haben keine anderen Wege der Eroberung der Massen vorgeschlagen; sie haben einfach die SPD totgesagt, obwohl dies allen Tatsachen widersprach. Gerade die Oktoberereignisse haben bewiesen, daß diese „Toten“ die Lebendigen auffressen. Die Massen, die sich schon zur KPD hingezogen fühlten, auch oft für sie gestimmt und sie oft unterstützt haben, schwankten doch böse, wenn von der Sozialdemokratischen Partei oder Gewerkschaften ein Befehl kam, den Kommunisten nicht zu folgen. Die KPD hat es weder politisch noch organisatorisch verstanden, schnell die konterrevolutionären Befehle der reformistischen Führer zu überwinden. Die Mehrheit der Partei hat nicht die Kräfte der SPD unterschätzt; sie hat aber nicht genügend die Rolle und den Charakter der linken Sozialdemokratie erkannt und noch weniger die Massen von den linken Führern zu trennen verstanden. Im großen und ganzen hat die Partei das Vertrauen zu den linken Führern gestärkt. Die Tatsache, daß die linke Sozialdemokratie die KPD als Druckmittel auf die Bourgeoisie ausnützen wollte zur Rettung der sterbenden Demokratie, daß sie sich aber nicht „mißbrauchen“ lassen werde, den wirklichen Klassenkampf mitzumachen, weil er den von ihr gefürchteten Bürgerkrieg bedeuten muß, war nicht der Partei genügend klargemacht worden. Die linke SPD gab nicht den Kampf gegen die Kommunisten auf, sie führte ihn nur mit „geschickteren“ Methoden. Diese Methoden und der utopische Versuch, auf die frech gewordene Bourgeoisie durch parlamentarische Mittel zu drücken, waren die Konzessionen der linken SPD an die radikalisierten Massen, um sie vom Kampfe abzulenken. Ebert war der Schrittmacher für Stinnes und Seeckt in ihrem Feldzuge gegen das Proletariat. Zeigner, Levi und die anderen verherrlichten diesen Weg durch revolutionäre Phrasen und maskierten den Zynismus dieses Feldzuges. So war die geschichtliche Rolle der Linken bei der Oktoberniederlage. Die Hoffnung der KPD, daß die Chemnitzer Konferenz schon einen genügenden Druck ausüben könnte, um die Führer zum Kampfe gegen die Reichsexekutive zu zwingen, die Abneigung der Vertreter der KPD in der Regierung, die Vereinbarungen irgendwie zu verletzen, das alles bestätigt, daß in der Partei tiefe Illusionen über einen gemeinsamen revolutionären Kampf mit einem Teil der linken Führer waren. Die Partei wird die militärische Kampfkraft zur Verfügung stellen, die linke SPD die breiten Massen, und die Eroberung der politischen Macht wird sich als eine [43] verhältnismäßig leichte Sache ergeben, nur sie aufrecht zu erhalten, kann schwierig werden. Das war die nicht ausgesprochene Hoffnung, auf welcher aber die taktischen Pläne der Partei beruhten. Auf der Chemnitzer Konferenz haben eine Reihe leitender Genossen zum ersten Male ihre tiefe Enttäuschung über die linken SPD-Führer durchgemacht, wie man es aus ihren naiven, „herzzerreißenden“ Reden hören konnte. Und das war der zweite ernste Fehler der Partei, daß sie es nicht verstanden hat, in ihren Reihen diese Illusionen auszumerzen.

Waren wirtlich die Erfahrungen in Sachsen uns Thüringen der dunkle Punkt der KPD, wie es unsere Berliner Freunde behaupten? Nein! Sie waren an und für sich, auch der Eintritt in die Regierungen, eine ernste Etappe auf dem Wege der Befreiung der Massen von demokratischen und reformistischen Illusionen. Hätte die Partei den Kampf aufgenommen, so wäre auch die Bilanz trotz aller Mängel und Schwächen positiv für die Partei. Die Partei selbst war aber noch nicht ganz diesen taktischen Aufgaben gewachsen. Sie konnte die Massen nur dann mitreißen, wenn sie selbst vollkommen von diesen Illusionen frei war, wenn die Organisationen und die Regierungsmitglieder der Partei viel mehr gewagt hätten, auch über den Kopf ihrer Kollegen, der Arbeiterschaft und breiten Massen die volle Wahrheit über die politische Lage zu sagen, vor der Oeffentlichkeit wirtschaftliche und politische Anträge zu stellen, die die Massen in Teilkämpfe mitreißen, mit den Kampforganen der Einheitsfront in viel größere Fühlung, als mit den parlamentarischen Schwatzinstanzen zu kommen, so könnte die Partei viel, viel mehr erreichen für den unmittelbaren Kampf der Massen. Zeigner und die anderen haben hinter dem Rücken ihrer kommunistischen Ministerkollegen den Klasseninteressen des Bürgertums und ihrer Koalitionsparteien gedient. Die kommunistischen Mi-

nister haben es nicht verstanden, den revolutionären Interessen des Proletariats mit derselben Schärfe und Klarheit nützlich zu sein. Das soll nicht eine Kritik einzelner Genossen sein, sondern der politischen Linie der Partei in einer sehr wichtigen Frage. Die Schichtung in der SPD, die Zersetzungsprozesse, der Zerfall haben aber Zeigner, Levi und Rosenfeld nicht gestört, eine gemeinsame Politik in einer Partei zu machen und kein Abkommen mit den Kommunisten hat sie gehindert, mitzuhelfen an den Schlägen und dem Verbot der Kommunistischen Partei. Die falschen Karten sind aufgedeckt. Die Massen begreifen das Spiel; die Kommunistische Partei hat es aber nicht mit genügender Klarheit viel früher gesehen.

*

Aus dieser fehlerhaften Einschätzung der linken Führer ergab sich die ungenügende Fähigkeit der Partei, die uns schon ganz nahestehenden Teile der SPD mitzureißen. Den linken Massen waren alle Vereinbarungen der Partei bitter ernst. Die Kontrollorgane, die halbbewaffneten und unbewaffneten Hundertschaften, die Aktionskomitees – alles fesselte einen Teil des Proletariats. In den Massen aber war noch nicht die revolutionäre Stimmung, die alle Kampfesorgane mit einem ungeheuren Leben erfüllte und begeisterte. Im Gegenteil: diese Organe mußten durch ihre ununterbrochenen Handlungen den Massen beweisen, daß sie dem Proletariat notwendig sind und seinen Kampf führen können. Wenn man sich oft über diese Tatsache beschwert, so jammert man einfach über den Gang der Weltgeschichte, weil die enttäuschten Massen im Jahre 23 nicht dieselbe Aktivität aufbringen, wie in den Jahren 17 und 19, als die bewaffneten Massen unmittelbar die Schützengräben des Weltkrieges verlassen hatten. In Rußland, wo der Kampf der prole-[44]tarischen und bäuerlichen Massen siegreich war, hatten die revolutionäre Partei und die Massenorgane des Proletariats in schweren Kämpfen bis 1907 und von 1912 an ihre Feuertaufe durchmachen müssen. Umsoweniger kann man sich wundern, daß nach allen Niederlagen in Deutschland die Kampfesorgane ihre Kampffähigkeit für die proletarischen Interessen beweisen müssen, um zu Organen dieser Massen zu werden. Die gemeinsamen Hundertschaften des Proletariats entstanden unter den größten Schwierigkeiten; die Parteihundertschaften leicht und schnell, weil sie organisatorisch verkörperte propagandistische Ideen waren. Sie waren für die parteilosen und sozialdemokratischen Massen noch nicht ihre Organe, weil sie an keiner Streikbewegung, an keinem unmittelbaren Kampfe der Massen beteiligt waren, sie hatten noch keine nennenswerten Erfolge im Kampfe gegen den Faschismus oder in der Bewaffnung der Betriebe zu verzeichnen. Sogar die Betriebsräte, die am Anfang durch breite Massen unterstützt wurden, als eine noch viel größere Apathie in den Massen herrschte, hoben zur Zeit der Oktoberereignisse einen Teil ihres Einflusses eingebüßt. Ihre Rolle in den wirtschaftlichen Streiks war episodisch. Im politischen Kampfe haben sie sich nur propagandistisch bewertet. Im Betriebe selbst, wo sie wurzeln, war ihre revolutionäre Rolle als Verteidiger der täglichen Interessen des Proletariats noch recht ungenügend. Sie waren viel zu „vernünftig“ und viel zu viel besorgt um den normalen Verlauf des Produktionsprozesses. Die Furcht vor Teilkämpfen, vor dem aktiven Auftreten der Hundertschaften, der Kontrollorgane und ihrer Verbindung mit den unmittelbaren Kämpfen der Massen um ihre wirtschaftlichen Interessen war sehr groß in der Partei. Teilkampf bedeutet Kampf um die Macht, Teilkampf kann zu einem Putsch führen, dachten viele Genossen. Auf diese Weise hat man nicht nur auch den mindesten Drang der Massen zum Kampfe gestärkt, sondern eher gehemmt und zu konzentrieren versucht für den „Generalschlag der Partei“. Bei dieser Sachlage mußte die Partei bei dem Vormarsch der Konterrevolution schwanken zwischen der Furcht, ohne Massenreserven im Kampfe zu bleiben und der Bereitschaft, die ganze Last des organisierten Widerstandes auf die eigene Schulter zu legen. Jeder Kampf – dachten viele Genossen –, jeder Generalstreik muß den bewaffneten Aufstand auf der ganzen Linie bedeuten. Die Konsequenz war gezogen: den Kampf vermeiden, ist die heiligste Pflicht. Heute kann man behaupten, daß die Genossen recht hatten, die die Möglichkeit der Rückzüge im Kampfe nicht ausgeschlossen haben. Die starre Einstellung: Alles oder nichts! war bei den Linken und Rechten vorhanden. Trotz der größten Spannung in der Partei haben die Ereignisse in Hamburg, Sachsen und Berlin bewiesen, daß die Partei in großem Maße organisiert und planmäßig, ohne die Nerven zu verlieren, ihren Vormarsch und Rückzug zu meistern verstand. Diese Kraft der Partei ist nicht zu unterschätzen.

Das Gleichgewicht verlieren und sehr weit mitgerissen werden konnte sie doch nur bei Unterstützung durch breite Massen. In diesem Falle aber wäre die Furcht vor dem „Nichtmeisternkönnen“ unberechtigt und überflüssig gewesen.

Die wichtigsten Fehler der Partei waren: die Unterschätzung der selbständigen Rolle der KPD, die unzulängliche Einschätzung der Rolle der sozialdemokratischen Führer, die übertriebene Furcht vor Teilkämpfen und Teilzusammenstößen, der defensive Ton vor den breiten Massen, um den Bruch mit den linken Führern und vorzeitige Teilkämpfe zu vermeiden und ein stark offensiver Ton innerhalb der Partei, um die Organisierung des Widerstandes zu erreichen. Diese Fehler ergaben die technischen, organi-[45]satorischen Mängel und führten zum kampflosen Rückzug mit seinen ernsten Folgen für die Partei und die Internationale. Die KPD mußte sich umorganisieren, ihre Wunden heilen; in dieser Zeit übergab die Sozialdemokratie schon mit offenem Zynismus die ganze Macht dem General Seeckt.

IV. Die nächste Perspektive und die Ausgaben der Partei.

Leider können wir nicht in diesem Artikel die Frage ernst beantworten: Gehen wir in der ganzen Welt einer Periode der verschärften Kämpfe zwischen Faschismus und Arbeitermassen entgegen, die in Bulgarien, Polen und Deutschland schon begonnen haben, einer Periode vielleicht auch von längerer Dauer, die auch mit schweren Niederlagen für das Proletariat verbunden sein kann, die aber unvermeidlich mit dem Siege des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei in Mitteleuropa enden muß, oder muß die nächste Etappe zu einer pazifistischen Milderung der schärfsten Gegensätze unter dem Einfluß Englands, teilweise Amerikas, der Unterwerfung Deutschlands, Schwächung des Nationalen Blocks in Frankreich und desgleichen führen? Diese Frage ist von größter Bedeutung für die Perspektive Deutschlands und kann in der Partei nicht verschwiegen werden, weil man in verschiedenen Parteiströmungen den Einfluß der ersten oder zweiten Voraussetzung spürt. Wir brauchen eine neue statistische, wirtschaftliche und nicht weniger erschöpfende politische Analyse über die Weltlage. Die englischen Wahlen wecken starke Illusionen auch in unseren Reihen. Viele Genossen sehen nicht, daß die Zeit nicht fern ist, wo die Arbeiterpartei sich in einen rechten, unabhängigen und kommunistischen Flügel spalten muß, daß die Liberalen schon vor der Spaltung stehen, daß die rechten Konservativen eine sich auf Faschisten stützende Partei bilden werden, und daß England in einer vielleicht viel komplizierteren Form, als wir es hier skizieren, eine „mitteleuropäische“ Entwicklung durchzumachen beginnt, die es als regulierenden und mildernden Faktor ausschalten wird. Die Ruhrfrage und mit ihr das getroffene Micum-Abkommen bedeutet eine neue Reibung zwischen England und Frankreich, da England die Durchführung der ihm schädlichen wirtschaftlichen Maßnahmen sabotieren wird. Die Organisierung der Wahlen in Frankreich durch Poincaré und die vielleicht zeitweilig entstehende linke Regierung in England werden zu einem scharfen antideutschen nationalen Kurs des Bloc National in Frankreich führen, einer Politik des Gegen-die-Wand-Rennens. Die Diktatur Seeckts ist international und wirtschaftlich ohnmächtig. Die Regierung Seeckts vergießt am Busen des sterbenden Völkerbundes bittere Tränen über die Finanzkatastrophe in Deutschland. Die finanziellen Maßnahmen, Stabilisierungsversuche, Rentenmark usw. werden schon in den letzten Tagen durch die bürgerliche Presse als erschöpft und unzulänglich erkannt. Im bürgerlichen Lager vertieft sich der Gegensatz zwischen Stinnes, Mittelbourgeoisie und den Agrariern in der Steuerfrage und über die Verteilung der Profite. Beinahe fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland machen die Durchsetzung des Stinnesprogramms unmöglich. Man wagt doch nicht, den Arbeitslosen jede Unterstützung zu nehmen und den Zehnstundentag rücksichtslos durchzuführen; es würde auch wirtschaftlich jetzt nicht viel ändern. Wie durch den Anti-Cuno-Streik die KPD die Bildung der Großen Koalition beschleunigt hat dank dem Sturz Cunos, und die Sozialdemokratie ziemlich unverschleiert in die Koalition gehen mußte, in einem Moment, wo sie schon nicht mehr leben und sterben konnte, so hat der Oktoberkampf der KPD die Militärdiktatur ohne genügend vorsichtige Vorbereitungen herbeigeführt und jene vor unlösbare Aufgaben gestellt. Das Proletariat fühlt sich nicht geschlagen, trotz der sehr [46] tiefen Depression in den Massen, die sich schon teilweise zu mildern beginnt. Der Kampf der Reichswehr gegen den kleinbürgerlichen Hitlerfaschismus der zu internationalen Komplikationen mit Frankreich führen

mußte und der seine Ohnmacht und Unfähigkeit bewiesen hat, hat das unmittelbare Anwachsen des organisierten Faschismus in den Massen geschwächt.

Die Zersetzungsprozesse in den Massen sind ernst; aber von der KPD wird es im wesentlichen abhängen, wie schnell sie überwunden werden. Die breiteste Verbindung mit den Massen der illegalen Parteiapparate wird die Frage des Tempos entscheiden. Keine Versammlung in Deutschland darf ohne Ausnützung durch die KPD vorübergehen. Die Reden in den Versammlungen müssen veröffentlicht und verbreitet werden. Abgesehen von den organisatorischen Verbindungen zwischen den Oppositionen in den Gewerkschaffen und den Organen der Arbeitslosen und der Betriebsräte muß ein Netz von Bezirksklubs und Arbeitervereinen die linken sozialdemokratischen Massen, die jetzt nicht zu uns in die Partei kommen werden, erfassen und mit uns verbinden. Die Partei muß restlos in die Betriebe verlegt, auf Betriebszellen aufgebaut werden, aber so, daß jede Funktion der Ortsorganisationen, systematisch eine nach der anderen, nicht künstlich, und ohne mechanischen Druck, wirklich durch die Betriebszellen durchgeführt wird. Der Kongreß der Arbeitslosen und etwas später auch ein Kongreß der Betriebsräte müssen politisch vorbereitet werden. Ein Rettungsprogramm, ein Plan für die weitere Arbeit und die Methoden des Kampfes müssen klar formuliert werden. Die Organe, geschaffen durch den Kongreß der Erwerbslosen und der Betriebsräte, müssen die wirtschaftlichen Kämpfe zusammen mit den Gewerkschaften des Proletariats führen, die auf der Tagesordnung der nächsten Tage und Wochen stehen.

Diese Kämpfe sind von größter Wichtigkeit, weil die Massen unvermeidlich gegen die Not, den Hunger und die Arbeitslosigkeit sich zusammenschweißen werden, und nach den schweren Enttäuschungen wird das Vertrauen der Massen zu den eigenen Kräften und zu den Kampfesorganen von den jetzigen Kämpfen abhängig sein und dadurch die nächste Etappe des politischen Kampfes besiegelt werden. Die Kontrollorgane werden sich jetzt nicht mehr auf papierne Abkommen mit SPD-Führern stützen müssen, sondern auf die unmittelbaren Massenbewegungen gestützt, zu Beschlagnahmungen, Kampf gegen Teuerung schreiten müssen. Die Betriebsräte werden viel radikaler ihre Arbeit im Betrieb aufziehen müssen und werden lernen, das Vertrauen der Gesamtarbeiter im Betrieb zu gewinnen durch einen rücksichtslosen Kampf im Betrieb selbst in der Frage der Löhne, der Behandlung der Arbeiter usw. Die Kommunistische Partei wird nicht nur ihre Funktionäre auf die Straße führen müssen, sondern mit klar formulierten politischen und wirtschaftlichen Forderungen die breiten Massen der Erwerbslosen und Arbeiter auf die Straße führen.

Die Parole der Diktatur des Proletariats als Gegengewicht gegen Diktatur der Bourgeoisie, ihrer Militärs und faschistischen Organisationen ist eine vortrefflich richtige Parole. Man muß aber lernen, sie zu konkretisieren und den Massen beizubringen. Die Gegenparolen gegen die Großindustrie, ihre Militärs müssen klarer und schärfer formuliert werden: Tag für Tag muß man aufklären, wie die Macht des Proletariats die auf der Tagesordnung stehenden Probleme lösen wird. An dieser propagandistischen Klarheit und Schärfe fehlt es noch. Es müßte mit dem Teufel gehen, wenn wie die fünf Millionen Arbeitsloser in Deutschland nicht unter unsere Führung bekommen sollten. Zwei bis drei Millionen Arbeitender sind in den Oppositionen der Gewerkschaften organisiert: auf diese können wir bauen. Mit einem Einfluß auf sechs bis sieben Millionen Proletarier [47] in einer objektiv revolutionären Situation ist die KPD eine große entscheidende Kraft. Wenn sie wirklich einen Schritt den Massen voran sein wird und sich nicht durch Depressionen und zersetzende Selbstanalyse beeinflussen wird, wird sie zur wirklichen Führerin der breitesten Massen werden können. Sie wird vielleicht diese Massen nicht immer in Kämpfe führen können, wenn sie es wünschen wird, aber die unvermeidlichen wirtschaftlichen Kämpfe, unterstützt durch revolutionäre Organe des Proletariats, werden schon dafür sorgen, wenn die Partei nichts versäumt, daß sie die Massen zum politischen Kampf um die Macht führt.

Die Partei hat nicht viel Zeit für Bilanzen, aber desto mehr muß sie kategorisch offen aussprechen, ohne Rücksicht auf Personen, Orientierungen und Stimmungen, alles, was war und ist. Die KPD ist die einzige revolutionäre Partei Deutschlands, sie hat nicht Anpöbelungen der Schrittmacher der Großindustrie zu fürchten. Die Methoden des Kampfes müssen nochmals geprüft werden, die Rolle des Generalstreiks, die Rolle der Streiks der lebenswichtigen Betriebe, die Rolle der Betriebsbeset-

zung. Unter ganz neuen Bedingungen des weiteren wirtschaftlichen Zerfalls, der weißen Diktatur und komplizierter Schichtungen im Proletariat selber wird die Partei den Kampf um die Macht aufnehmen müssen. Einige Methoden werden wichtiger, andere treten zurück. Eins dürfen wir nie wiederholen: zu viel revolutionäre Apparate und viel zu wenig politischen Inhalt; viel zu viel Kongresse und viel zu wenig politische Vorbereitungen viel zu viel Parolen und viel zu wenig Verbindung mit den breitesten Massen, den proletarischen, den bäuerlichen und den kleinbürgerlichen. Unmittelbare Verbindung mit den Massen um jeden Preis ist das Gebot der Stunde. Keine Illegalität vor den Massen; strikte Illegalität vor dem Feind. Die Aufgaben fordern aber eine organisatorische und politische stärkere Zusammenschweißung der Partei und gespannte, aufopfernde Arbeit. In dieser Situation müssen die parteipolitischen Gegensätze viel breiter und objektiver studiert werden. Mehr ideologischer Kampf, weniger organisatorischer. Mehr Auseinandersetzungen, welche klären, weniger organisatorische Maßnahmen, die die Lust zur Arbeit schwächen. Die KPD beendet die Periode ihrer Bilanzen, sie ist ganz in der Arbeit; befreit von vielen Illusionen, bereichert durch neue Erfahrungen, muß sie bis zum letzten Mann verstehen, daß sie nicht viel Zeit hat, daß jede Hemmung in der Vorbereitung revolutionärer Massenarbeit neue Schläge und Niederlagen des Proletariats bedeuten. Die Fehler der Vergangenheit mögen sie auch schwere sein, muß die Partei in eine Quelle klarer, entschiedener und revolutionärer Taktik verwandeln.

*

Alles oder nichts.

Von Max Albert.

Nach dem Abbruch der Oktoberbewegung suchten die einen ihre Stellung zur Bewegung damit zu begründen, daß die Bewegung abgebrochen werden mußte, da wir sonst in eine entscheidende Niederlage nicht nur für die Kommunistische Partei, sondern für das ganze deutsche Proletariat gekommen wären, während die anderen gegen den Abbruch der Bewegung plädieren mit der mehr oder weniger deutlichen Begründung, daß uns der Sieg sicher gewesen sei.

Die Ersteren begründen ihre Stellung damit, daß die Partei zu den entscheidenden Kämpfen nicht genügend militärisch und politisch gerüstet gewesen sei, daß sie sich insbesondere in der Einschätzung der eigenen und [48] gegnerischen Kräfte getäuscht habe und daß diese Täuschung sich besonders auf die falsche Einschätzung der Sozialdemokratie beziehe. Die KPD habe die Massen noch nicht hinter sich gehabt und hätte deshalb die entscheidenden Kämpfe vermeiden müssen. Während die anderen wiederum den Bankrott der Sozialdemokratie mehr oder weniger deutlich verkündeten und in der Hoffnung lebten, die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter schon in der Tasche zu haben und mit ihnen den Endkampf aufnehmen zu können. Das ergibt sich schon daraus, daß an einen Kampf der Kommunistischen Partei allein niemand dachte.

Unseres Erachtens sind beide Begründungen falsch, und damit sind falsch die Formulierungen, die sie zur Situation und zur Begründung des Abbruchs der Oktoberbewegung geben. Die verschiedenartige Stellung zur Oktoberbewegung ergibt sich aus der verschiedenartigen Einschätzung der Kräfte. Deshalb ist notwendig, eine Einschätzung der eigenen und der gegnerischen Kräfte anzustellen.

Die Novemberdemokratie hatte gründlich abgewirtschaftet. Sie war an den innen- und außenpolitischen Widersprüchen zugrunde gegangen, nachdem ihre Vertreter alle Wege der Demokratie beschritten, alle Mittel der Demokratie angewandt hatten. Das Latein der Demokratie war zu Ende, das erkannte sie selbst und war zur Abdankung bereit. Ihr selbst schien der Bürgerkrieg unvermeidlich. Er war auf die Tagesordnung gesetzt und stand in der gesamten bürgerlichen Presse zur Diskussion. Da galt es, sich zu entscheiden, ob nach dem Bankrott der Novemberrepublik, nach dem völligen Bankrott der Demokratie diese abgelöst werden sollte durch die weiße oder die rote Diktatur, durch die Herrschaft der Generale oder durch die Uebernahme der Macht durch das Proletariat.

Das Anwachsen der revolutionären Bewegung war unverkennbar. Von den Streikbewegungen und Aufständen im Ruhrgebiet und Oberschlesien, über die revolutionären Lohnkämpfe der sächsischen Arbeiter, über den Antifaschistentag bis zum erfolgreichen Cunostreik zeigte sich ein ununterbro-

chener Aufstieg und eine gewaltige Stärkung der revolutionären Bewegung des Proletariats. Der ganzen bürgerlichen Gesellschaft war der Schreck in alle Glieder gefahren, sie sah das offene Anwachsen der revolutionären Kräfte und verlor schon den Mut, sich der revolutionären Welle entgegenzuwerfen. Offen und fast resigniert sah sie die Herrschaft des Proletariats unter Führung der Kommunisten kommen. Sie fand als einzigen Trost die Erklärung, daß die Kommunisten doch bald abwirtschaften und daß dann die Tage der faschistischen Diktatur kommen werden.

In dieser Situation hatte sich die Sozialdemokratie zu entscheiden. Wollte sie mit den Arbeitern zusammen an der Seite der Kommunisten den revolutionären Kampf wagen, oder sollte sie sich in die Arme der weißen Generale werfen, um den Bestand und die Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaft zu retten. Die sozialdemokratische Führung entschied sich rasch und, wie zu erwarten, fiel [sie] auf die Seite der Gegner des Proletariats, fiel den weißen Generalen in die Arme. Diese Tatsache führte zu stärksten Konflikten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, d. h. zu Konflikten zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und der sozialdemokratischen Führung. Da traten die sogenannten „linken“ Führer der Sozialdemokratie auf den Plan und suchten die von der Sozialdemokratie sich wendenden Massen auf- und einzufangen. Anstatt diese linken sozialdemokratischen Arbeitermassen für die Kommunistische Partei zu gewinnen, sie in die von der Kommunistischen Partei geführte revolutionäre Bewegung einzugliedern, hoffte ein Teil unserer Genossen auf die linken Führer der Sozialdemokratischen Partei, glaubte an ihren ehrlichen Willen zum revolu-[49]tionären Kampf und stellte demgemäß die Politik der Partei ein. Das war ein schwerer Fehler, der sich bald rächen sollte.

Während die andere Richtung in der Partei die Sozialdemokratie als erledigt und für tot erklärte, übersah sie dabei, daß die politisch erledigten sozialdemokratischen Führer noch nicht die sozialdemokratischen Massen sind, und daß die Erkenntnis der Kommunisten noch nicht die Erkenntnis der sozialdemokratischen Arbeiter ist. Die Loslösung der sozialdemokratischen Massen von den „erledigten“ sozialdemokratischen Führern war noch lange nicht erreicht, und es wäre gerade Aufgabe der Kommunistischen Partei gewesen, die zum revolutionären Kampf bereiten sozialdemokratischen Arbeitermassen von ihren erledigten reaktionären Führern zu trennen. Wir hätten damit nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter auf unsere Seite bekommen, sondern mit ihnen das Heer der Sympathisierenden, denn ein solches steht hinter der Sozialdemokratie ebenso, wie wir ein solches Heer Sympathisierender hinter der Kommunistischen Partei haben.

Dazu kam eine starke Ueberschätzung der weißgardistischen Kräfte, die kampfbereit dem Proletariat gegenüberstanden. Wir redeten immer von den vielen Hunderttausenden bis an die Zähne bewaffneter weißgardistischer Heere, die zur Niederschlagung des Proletariats bereit sind und übersahen die starken Zersetzungserscheinungen, die sich schon vor einem ernsten Kampf mit dem Proletariat zeigten, die beim Hitlerputsch in München sich offen aufzeigten, und die nicht nur bei den faschistischen Organisationen, sondern sogar bei der Reichsexekutive gegen Sachsen in den festgefügten Organisationen der Reichswehr sich zeigten. Da hätten wir sehen müssen, wie weit die Zersetzungserscheinungen in zahlreichen Formationen fortgeschritten waren, denn es ist gewiß keine Kleinigkeit, wenn z. B. in Cassel beim Abmarsch nach Sachsen 40 Soldaten einer Kompagnie meutern, wenn in Fulda vor dem Abmarsch nach Sachsen die Offiziere zu einer Sitzung zusammentreten, in einer heftigen Diskussion Stellung nehmen und nach einer heftigen Diskussion über die Frage, ob sie marschieren sollen oder nicht, zur Abstimmung schreiten, oder wenn in Halberstadt sieben Reichswehrsoldaten verhaftet werden müssen, weil sie in der Truppe kommunistische Propaganda betreiben, wenn in Magdeburg alle sächsischen Elemente aus der Truppe vor dem Abmarsch nach Sachsen herausgezogen werden müssen, weil die Führung der Reichswehr diese Elemente als unzuverlässig betrachtete, oder wenn in Güstrow i. M. zwei Batterien des ehemaligen Feldartillerie-Regiments Nr. 24 nicht nach Sachsen abtransportiert werden können, weil die Soldaten kurz vor dem Abmarsch die Verschlüsse von sämtlichen Geschützen beseitigt und vernichtet hatten, wenn in Gumbinnen in Ostpreußen allein in einer Woche aus zwei Kompagnien sieben Reichswehrsoldaten desertieren.

Diese gewiß nicht belanglosen Zersetzungserscheinungen in der Reichswehr zeigten sich, trotzdem das sächsische Proletariat nicht zur Gegenwehr griff und den Einmarsch der Reichswehr tatenlos

über sich ergehen ließ. Ohne viel prophetische Gabe war vorauszusehen, daß bei einer aktiven Gegenwehr des sächsischen Proletariats diese Zersetzungserscheinungen sich in weit höherem Maße gezeigt hätten.

Im Lager der schwarzen Reichswehr und der faschistischen Organisationen ist das Durch- und Gegeneinander unentwirrbar. Allein Bayern zeigen sich heute bereits fünf verschiedene Richtungen, die miteinander im Kampfe stehen. In Schlesien stehen die Gruppen, die sich um den Kronprinzen sammeln, gegen die Deutschnationalen, die Deutschnationalen gegen die katholischen Gruppen, die katholischen Gruppen wieder [50] gegen die hinter dem preußischen Kronprinzen stehenden Elemente, und so geht es fort.

Die kolossale Ueberschätzung der gegnerischen Kräfte führte nicht zur Stärkung und zum Selbstvertrauen der eigenen Kräfte, sie führte vielmehr zu ihrer Lähmung.

Demgegenüber stand wieder eine starke Unterschätzung der eigenen Kräfte. Weil auf der Chemnitzer Konferenz die linken sozialdemokratischen Führer schmählichen Verrat übten, was wir doch an jedem Tage voraussagten, verlor man den Glauben an den Kampfwillen der linken sozialdemokratischen Arbeiter. Weil in Hamburg die linken sozialdemokratischen Arbeiter nicht zur gleichen Stunde mit den Kommunisten zur Waffe griffen – was gar nicht möglich war, weil die kommunistischen Arbeiter ganz im Geheimen, bei Nacht und Nebel den Kampf begonnen hatten –, verzweifelten die mit der Leitung der Bewegung beauftragten Genossen an den Massen, sahen in dem beginnenden Kampf nur einen isolierten Kampf der Kommunisten, sahen die unvermeidliche Niederlage und brachen die Bewegung ab. Die völlig falsche Einschätzung der gegnerischen und der eigenen Kräfte war der schwerste Fehler in der Oktoberniederlage.

Aber ebenso sind die Genossen der sogenannten linken Richtung im Unrecht, ist ihre Einschätzung der Situation falsch, denn in jener Situation konnte kein Mensch voraussehen, ob der noch gar nicht begonnene Kampf des revolutionären Proletariats mit einer Niederlage oder mit einem Siege enden würde. Solche Urteile konnten nur in der blauen Luft gefällt werden, weil weder die einen noch die anderen ihre realen Kräfte im Kampfe gemessen hatten.

Der Grundfehler lag darin, daß die einen und die anderen eine ganz falsche Vorstellung vom Bürgerkrieg hatten; denn wenn sie vom Sieg oder von der Niederlage redeten, dann setzten sie Entscheidungskämpfe voraus. Daß aber der Bürgerkrieg mit Entscheidungskämpfen beginnt, ist ein sonderlicher Wahn, dem sich kein Kommunist hingeben sollte. Da sie an den Anfang der Bewegung die Frage der Entscheidungskämpfe stellten und damit unter den kampfbereiten revolutionären Massen die Illusion weckten, als stünden wir vor den letzten entscheidenden Kämpfen, mußten sie zu der verhängnisvollen Frage kommen: Sieg oder Niederlage. Da diese Genossen sich am Beginn der Entscheidungskämpfe wähnten, setzten sie die Frage: Sieg oder Niederlage, vor den Beginn der Kämpfe überhaupt und kamen so zu der falschen Fragestellung, die die falsche Beantwortung zur Folge haben mußte. Da sie an den Sieg nicht glaubten, blieb für sie nur die Niederlage übrig, und da ganz selbstverständlich kein Mensch mit offenen Augen in eine Niederlage hineinrennen will, gab es für sie keine andere Entscheidung als die: Niederlage oder Vertagung des Kampfes. Sie entschieden sich selbstverständlich für das Letztere, für die Vertagung des Kampfes. So kamen sie zu der verhängnisvollen Formulierung: Sieg oder Vertagung, d. h. Alles oder Nichts.

In dieser Formulierung: Alles oder Nichts! haben sich beide Richtungen, die von rechts und die von links, brüderlich vereint. Die einen wollten kämpfen, weil sie auf den Sieg spekulierten, weil sie glaubten, alles zu erreichen, die anderen brachen den Kampf ab, weil sie die Niederlage voraussahen, sie stellten an die Stelle der Niederlage das Nichts.

Beide Auffassungen waren falsch. Die Vertagung des Kampfes führte zu einer schweren Niederlage, nicht nur zu einer Niederlage der Kommunistischen Partei, die eine Niederlage des deutschen, ja des internationalen Proletariats wurde.

[51] Die anderen, die den Endkampf wagen wollten und den Sieg schon in der Tasche wähnten, hätten das Proletariat in die gleiche Niederlage geführt, weil – wie wir gleich zu beweisen haben werden – die Voraussetzungen für den Endkampf und damit für den Sieg noch nicht gegeben waren.

Wie war die Situation, als die Kommunistische Partei den Rückzug antrat? Die objektive Lage war für die Revolution überreif, das wird von niemandem bestritten. Der Fehler der Kommunistischen Partei soll in erster Linie darin gelegen haben, daß die Sozialdemokratie viel tiefere Wurzeln in den Arbeitermassen geschlagen hatte, als sie annahm, und daß darauf die falsche Einschätzung der Kräfte durch die Partei beruhte. Damit ist gar nichts bewiesen. Denn wo hat die Partei praktisch den Versuch gemacht, die sozialdemokratischen Massen von ihren Führern zu lösen, sie in den Kampf zu führen? Durch unsere Propaganda allein werden wir die sozialdemokratischen Massen nicht von ihren Führern trennen. Das hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Daß wir den Kampf als Kommunisten allein nicht führen können, darüber wir uns ebenfalls alle einig. Es handelt sich also darum: wie bekommen wir die sozialdemokratischen Arbeitermassen an die Seite der Kommunisten? Wie machen wir sie kampfbereit und kampffähig? Hier hat die Partei viele Fehler gemacht, hat viele Versäumnisse sich zuschulden kommen lassen, und wir werden die alten Fehler nicht gutmachen, wenn wir zu den alten neue hinzufügen.

In Sachsen standen uns die sozialdemokratischen Arbeitermassen am nächsten, waren revolutionär gestimmt, ja, sie waren kampfbereit. Das zeigte die Tatsache, daß sie in großen Bezirken Schulter an Schulter mit den Kommunisten gemeinsam in den Hundertschaften standen, sich mit ihnen gemeinsam bewaffneten, daß sie ihre linken Führer unter heftigem Sträuben doch zwangen, mit den Kommunisten zusammenzugehen. Diese Tatsache veranlaßte die Partei, dem Rufe der linken sozialdemokratischen Arbeitermassen zu folgen und in die sächsische Regierung einzutreten. Der Eintritt erfolgte und mit ihm begannen schwere, unverzeihliche Fehler der Kommunistischen Partei. Für uns war der Eintritt in die sächsische Regierung ein Kampfruf, das Signal zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion. Wir hatten in einer Berliner Funktionärsitzung die Frage des Eintritts so formuliert, daß die Regierungsherrlichkeit der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung nicht viel länger als drei Tage dauern würde, dann würden entweder die Minister den weißen General oder der weiße General die Minister verhaften. Damit sollte gesagt sein, daß der Eintritt in die Regierung die Machtfrage zwischen der weißen und der roten Diktatur aufwirft, daß sich in diesen Kämpfen dann die Kräfte messen werden. Die Herrlichkeit hat nicht drei, aber zehn Tage gedauert, dann hatte sich der Kampf entschieden. Der weiße General hat die Minister zwar nicht verhaftet, aber sie davongejagt. Das schwere Versäumnis der Partei bestand darin, daß die Partei nicht zum Widerstand, nicht zum Kampfe gegen den weißen General aufgerufen hatte, daß die Vertreter der Partei sich auf ministerielle und parlamentarische Wortkämpfe beschränkten. Es war gewiß lobenswert und zeugte von persönlichem Mut, wenn unser Minister Böttcher, auf die Bestimmungen der Verfassung pfeifend, aus den Staatskassen 800 Billionen Mark nahm und dafür den Hungernden Kartoffel kaufte, oder wenn er die wohlgenährten Karpfen aus den Staatsteichen an die Erwerbslosen verschenkte, und es war gewiß propagandistisch vorzüglich, wenn die Internationale Arbeiterhilfe gratis ein paar Taufend Brote an die Arbeiter verteilen ließ. Aber das waren keine Aufrufe zum revolutionären Kampf, und diese Handlungen brachten [52] den Hungernden nicht die Ueberzeugung, daß sie sich nur dann ein besseres Dasein verschaffen könnten, wenn sie mit der Waffe in der Hand die Macht der weißen Generale überwinden. Durch diese Maßnahmen wurden im Gegenteil in ihnen Gefühle erweckt, als sei eine Besserung ihrer Lebenslage auch ohne Kampf möglich, als könnten ein paar tüchtige Minister für sie die Revolution machen.

Im Geiste dieser Illusionen wurde auch die Chemnitzer Konferenz zur Erörterung wirtschaftlicher Fragen einberufen und noch dazu grausam schlecht vorbereitet. Wenn dann am Ende der Chemnitzer Konferenz plötzlich die Parole: Generalstreik, die gleichzeitig: bewaffneter Endkampf heißen sollte, wie ein Dachziegel in die Versammlung flog, dann soll man sich doch nicht darüber wundern, wenn diese Parole nicht sofort mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Und wenn auf dieser Konferenz die linken Führer der SPD, auf die man viel zu stark gehofft hatte, sofort Verrat übten, dann entsprach das völlig der Einschätzung der linken SPD-Führer, wie wir sie seit jeher hatten. Daß aber die linken SPD-Massen im Lande nicht kämpfen wollten, dafür kann diese Konferenz nicht als Beweis herangezogen werden. Diese SPD-Massen sind acht Tage später in den Generalstreik gegangen, trotz des Verrats ihrer Führer, und trotzdem sie wußten, daß die Kommunisten

seit acht Tagen den Kampf abgesagt hatten. Das ist nicht gerade ein Zeichen für den mangelnden Kampfwillen der SPD-Arbeiter.

Es war weiter ein schwerer Fehler der Partei, daß in der letzten Periode der Arbeit die politische Arbeit durch die militärischen Vorbereitungen sehr stark verdrängt wurde, daß alles Aufmerksamkeit sich auf die Zahl der Waffen richtete und nicht auf die politische Mobilisierung der Massen und das trotzdem wir uns immer völlig klar darüber waren, daß die militärischen Kämpfe des Proletariats die Massenbewegung des Proletariats zur Voraussetzung haben müssen, daß die bewaffneten Kämpfe aus der Massenbewegung herauswachsen müssen.

Die starre Einstellung auf die Waffenfrage ist überhaupt falsch. Der Gedanke, als könne eine Partei oder eine Parteileitung die Massen des Proletariats mit Waffen versehen, sie militärisch zum Kampfe ausrüsten, ist eine Illusion. Die Waffen zum Kampfe kann sich die Masse erst im Kampfe erobern. In diesen Kämpfen wird sich der Waffenbestand vermehren, und erst allmählich können immer größere Teile des Proletariats auch mit den zum Kampfe notwendigen Waffen versorgt werden. Erst allmählich werden die bewaffneten Kaders des Proletariats sich erweitern.

Alle Versäumnisse der Partei rechtfertigen aber nicht den Rückzugsbeschluß. Die Massenbewegung war trotz der Versäumnisse nicht tot. Sie flackerte an allen Ecken und Enden des Landes auf, trotz der Passivität der Partei in bezug auf die Massenmobilisierung. Diese Massenbewegungen brachen aus fast gegen den Willen der Partei, die sich nur starr auf den Endkampf eingestellt hatte. So brach in jenen Tagen der gewaltige Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland aus. In Hamburg standen große Massen im Streik. In anderen Gebieten des Landes, z. B. in Mecklenburg, waren die Landarbeiter nur schwer vom Massenstreik zurückzuhalten, und selbst in Berlin war eine Streikbewegung möglich, die den Umfang der Cunobewegung weit überstiegen hätte.

Es ist richtig: Aus jenen Kämpfen hätten wir in jener Situation noch nicht die Massen zum entscheidenden Kampf um die Macht führen können. Aber es wird nie möglich sein, die Massen aus dem Nichts zum Entscheidungskampf zu führen. Wenn die Massen auch revolutionär gestimmt waren, wenn sie den Bürgerkrieg als unvermeidlich kommen [53] sahen, wenn sie ideologisch auf den Bürgerkrieg eingestellt waren, vom Bekenntnis zum Bürgerkrieg bis zum Kampfe mit der Waffe in der Hand ist noch ein gutes Stück Weges. Deshalb ist der Gedanke illusionär, daß die Massen sofort zur Waffe greifen, wenn die Kommunistische Partei sie dazu ruft. Die Massen müssen allmählich durch die kampfbereite Vorhut des Proletariats Schritt für Schritt zum Kampfe geführt werden.

Es war in dieser Situation Aufgabe der Partei, anstatt den Rückzug anzutreten, die bereits kampfbereite Masse – und das waren keineswegs bloß organisierte Kommunisten – in Einzelkämpfe, in Teilkämpfe zu führen. In diesen Kämpfen hätten wir den zum Bürgerkrieg bereiten Massen den ernsten Kampfwillen gezeigt. Wir hätten in diesen Kämpfen die Kampffront verbreitert, den Kampfwillen der Massen gestärkt und so immer breitere Massen in die Bewegung hineingeführt und hätten so Schritt für Schritt durch die unter der Führung der Kommunistischen Partei geführten Einzelkämpfe die Voraussetzungen für den Entscheidungskampf geschaffen. Nur in der Periode dieser Kämpfe konnte des kämpfende Proletariat seine eigenen Kräfte messen und konnte abschätzen, ob die Kräfte des Proletariats zum Entscheidungskampf schon ausreichen. Hätte sich in diesen Teilkämpfen herausgestellt, daß die Kräfte des Proletariats zum Entscheidungskampfe noch nicht ausreichen, dann – aber auch erst dann – wäre die Zeit gekommen, den Rückzug zu verkünden. Denn diesen Rückzug hätten die Massen begriffen. Das Vertrauen zur Kommunistischen Partei wäre nicht geschwächt und sie hatte ihren Kampfwillen durch die Tat bewiesen, und ein Rückzug, der von den Massen verstanden würde, indem das Vertrauen zur Kommunistischen Partei erhalten bliebe, wäre keine Niederlage der Partei gewesen. Wir hätten in diesen Teilkämpfen zum ersten Male den Massen unseren ernsten Willen zum Kampfe gezeigt. Die Massen hätten im Kampfe die eigenen und die Kräfte des Gegners abzuschätzen verstanden und einen notwendig werdenden Rückzug begriffen. Unter Führung und unter Deckung der KPD hätte dann der Rückzug ohne Niederlage angetreten werden können.

Nach dem Gesagten ist wohl klar, die Parole: „Alles oder nichts“ war falsch, da das deutsche Proletariat erst durch eine längere oder kürzere Periode der Teil- und Einzelkämpfe gehen muß, bevor die breiten Massen des Proletariats kampfbereit, kampfgewohnt und kampfgeschult zu den entscheidenden Kämpfen geführt werden können. Damit ist aber auch gleichzeitig gesagt, daß die Opfer, die das Proletariat in diesen Teilkämpfen bringt, nicht unnötige und leichtfertige Opfer sind, sondern notwendige Opfer, die gebracht werden müssen, wenn das Proletariat überhaupt zum Siege kommen will.

Die Linie der Partei bis Hamburg war richtig, trotz der begangenen Fehler. Sie hätte fortgesetzt werden müssen. Der plötzliche Rückzug, bevor das Proletariat überhaupt begonnen hat, seine Kräfte mit dem Gegner zu messen, war falsch und führte zur Niederlage.

Die Ereignisse nach dem Rückzuge sind kein Gegenbeweis. Diese Ereignisse brachten das verhängnisvolle Durcheinander mit sich, das der Partei einen Teil des Kredits bei den Massen gekostet hat, der jetzt erst mühsam neu erkämpft werden muß. Die schwankenden Schichten des Proletariats wurden mißtrauisch gegen die Partei und abgestoßen. Sie sahen in der KPD eine mutlose Führung, die in der Stunde der höchsten Gefahr ernsten Kämpfen ausweicht. Daran änderten denn auch die dann dem Proletariat gegebenen widerspruchsvollen Parolen der Partei nichts; denn das Proletariat konnte uns nicht vertrauen, sich unserer [54] Führung nicht anschließen, wenn wir nach wochenlangen Kampfaufrufen den Rückzug proklamierten und ein. paar Tage später wieder zu Teilkämpfen aufriefen. Die Massen der Arbeiter konnten uns ebensowenig vertrauen, wenn die Partei, um eine Begründung unseres Rückzuges zu finden, heute den Sieg des Faschismus verkündet und den General von Seeckt als den gefährlichsten Führer der Faschisten den Massen denunziert, um zwei Tage später die Massen aufzurufen, Schulter an Schulter mit demselben Seeckt gegen die Faschisten zu kämpfen.

Diese Verwirrung und diese Unklarheiten die aus der falschen Beurteilung der Oktoberbewegung herauswachsen und zu falschen Konsequenzen führen, sind unerträglich; sie müssen beseitigt werden.

Was der Partei heute nottut, ist klare Erkenntnis der begangenen Fehler in der letzten Oktoberbewegung und dann ein klares, festumrissenes Programm für die nächste Arbeit. Klarheit über die Perspektive der Partei und eine feste Führung der Partei – das ist das Gebot der Stunde. Die Partei ist in allen ihren Gliedern gesund, sie kann die begangenen Fehler leicht gutmachen und das in der Oktoberbewegung Versäumte nachholen.

Die klare und eindeutige Kritik an dem Vergangenen, die klare und eindeutige Linie für die nächste Arbeit haben wir in unseren Thesen „Zur Taktik des Oktoberrückzuges und zu den nächsten Aufgaben der Partei“ niedergelegt. Jetzt hat die Partei das Wort. Eine rasche Entscheidung tut not, damit die Partei, auf festen Füßen stehend, ihren schweren Weg zum Ziele gehen kann.

*

III. Skizze zu Thesen über die politische Situation und über die Lage der Partei[*)]

vorgelegt vom Polbüro der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

1. Durch die Verschärfung der Reparationskrise im Januar 1923 wurde das Wirtschaftschaos in Deutschland sowie der politische Zusammenbruch ungeheuerlich gesteigert.

2. Dieser steigende wirtschaftliche und politische Druck verwandelte die bis dahin rückläufige Bewegung der Arbeiterklasse in eine aufwärtsgehende proletarische Bewegung von offensivem, revolutionärem Charakter.

3. Die ersten Zeichen der neuen revolutionären Welle waren die Ruhrkämpfe im Mai, die Kämpfe in Oberschlesien, der Metallarbeiterstreik in Berlin, die Lohnkämpfe im sächsischen Erzgebirge. Diese Bewegungen erreichten ihren Höhepunkt im Cunostreik.

[*)] Diese Skizze soll nur als Grundlage der Diskussion gelten: die ausführlichen Thesen werden später veröffentlicht.

4. Die Bedeutung des Cunostreiks lag in folgendem: Die Arbeiter gingen von wirtschaftlichen Forderungen (Notendruckerstreik, Inflations-[55]krise) aus und in der Bewegung selbst erhielt der Streik einen zugespitzten politischen Charakter (Berliner Betriebsräte lehnten ab, für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen und stellten die Regierungsfrage!). Der Cunostreik hatte die Kräfte des Proletariats belebt und aktivisiert, die Bourgeoisie erschreckt und zersetzt. Nach dem Cunostreik fürchtete die Bourgeoisie die „zweite Revolution", die Schichten der ländlichen und städtischen Kleinbürgermassen begannen offen mit der Arbeiterschaft und der KPD zu sympathisieren. Die objektiven Verhältnisse in Deutschland zwischen dem Auguststreik und den Oktoberereignissen waren reif zur Machtergreifung durch das Proletariat.

5. **So war es vollkommen richtig von der Exekutive der Komintern, im Oktober 1923 von der KPD die Einstellung auf den Endkampf zu verlangen.** Dieser Kampf hätte unter Umständen durch eine Reihe von Teilkämpfen eingeleitet werden können, aber die Partei hatte die Pflicht, in dieser historischen Situation mit allen Kräften in den Kampf hineinzugehen und eine entscheidende Schlacht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat herbeizuführen. Die Siegesaussichten der KPD waren im Oktober sehr groß. **Aber die KPD hätte diesen Kampf auch wagen müssen auf die Gefahr einer Niederlage hin, die den Kommunisten gute revolutionäre Traditionen im Proletariat gegeben hätte und den Sieg erst vorbereitet hätte.** Das beste Beispiel für die Wahrheit dieses Satzes ist der Hamburger Kampf, der dem Ansehen der KPD in Hamburg unter der Arbeiterschaft trotz seiner Mängel sehr genützt hat.

6. Das kampflose Zurückweichen der KPD im Oktober erleichterte den Sieg der Schwerindustrie, zersetzte und deprimierte breite Teile des Proletariats. Auch in die Reihen der eigenen Partei ist schwere Verwirrung hineingetragen, die heute noch nicht beseitigt ist. (Die KPD hatte versprochen, den Faschismus nicht siegen zu lassen usw. usw.)

7. Die Ursachen für den Oktoberzusammenbruch der KPD liegen:

a) Die Parteileitung weigert sich bis in den Oktober hinein, die Parteimitgliedschaften auf den Endkampf einzustellen und mußte erst von der Exekutive der Komintern dazu gezwungen werden (Perspektive der linkssozialdemokratischen, rein gewerkschaftlichen Regierung im August!). Diese Umstellung konnte dadurch nur ganz oberflächlich und ohne wirkliche praktische Auswirkungen in der Presse, Propaganda, Organisation, Gesamtpolitik der Partei geschehen.

b) in der rein militärisch-technischen Vorbereitung, wobei die Partei politisch und propagandistisch gar nicht auf die Losungen des Endkampfes eingestellt war, noch dazu, da auch die militärtechnischen Vorbereitungen seit der Märzaktion so gut wie nicht geleistet worden waren, ein Versäumnis, das in der kurzen Zeit von der Oktober-Konferenz in Moskau bis zu den entscheidenden Ereignissen nicht nachgeholt werden konnte.

c) in der revisionistischen Einheitsfronttaktik und dem Bündnis mit der linken VSPD, das sich am krassesten in Sachsen und Thüringen zeigte. Die Partei hatte durch ihre Taktik die linke VSPD erst in der Arbeiterschaft populär gemacht. Die Partei hatte durch ihre jahrelange Einheitsfronttaktik unter den Kommunisten selbst das Gefühl der Schwäche und die Einstellung erzeugt, als ob man nur im Bunde mit der SPD die Kämpfe, insbesondere entscheidende Kämpfe wagen könne. (Theorie vom Herüberziehen der SPD vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel der Arbeiterklasse!)

d) Insbesondere hat die Partei durch die ständige Propaganda der Uebergangslosungen im Rahmen der Demokratie und der Verfassung (Sachwerterfassung, Arbeiterregierung!) verabsäumt, in den breiten Massen das [56] kommunistische Programm überhaupt noch am Leben zu erhalten. Entscheidend ist, daß die Partei diesen Fehler nicht einmal nach den Maikämpfen im Ruhrgebiet, nicht einmal nach dem Cunostreik, ja sogar nicht einmal nach der Oktoberniederlage korrigiert hat und daß sie bis zur Oktoberkonferenz in Moskau hartnäckig an der Theorie und Praxis der Zwischenstufen festhielt.

Aus der Theorie und Praxis der Uebergangsforderungen entsprang die Konzentration der Arbeit der Parteimehrheit auf gewisse Bezirke, wo das Zusammengehen mit der linken SPD möglich war (Sachsen und Thüringen!) und die Vernachlässigung anderer wichtiger Kampfposten des deutschen Proletariats, so insbesondere des Ruhrgebietes und der Ruhrfrage. (Der Leipziger Parteitag beschäftigte sich nicht speziell mit der Ruhrbesetzung!)

e) Aus der Theorie der Uebergangsforderungen, aus der Praxis des Zusammengehens mit der SPD entspringt der scharfe Kampf der Parteimehrheit gegen die Linke in der Partei, dessen organisatorische und persönliche Auswirkungen mit zur inneren Schwächung der Partei beigetragen haben.

8. Der Zentralausschuß der nach den Oktober-Ereignissen tagte, hat es verabsäumt, zu all den in der Partei schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Seither ist die Krise in der Arbeiterschaft und in der Partei gewachsen. Die deutsche Arbeiterschaft hat, zum großen Teil durch die Schuld der KPD, den Achtstundentag kampflos an die Unternehmer preisgegeben. Das Ruhrgebiet befindet sich im Ablösungsprozeß von Deutschland, auf die Micumverhandlungen folgen in den nächsten Wochen offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung. Die Herrschaft der weißen Generale wirft Hunderte von Proletariern in Schutzhaft und Gefängnis, ohne daß sich die Arbeiter mit genügender Kraft dagegen wehren. Nach dem Ansteigen der revolutionären Stimmung im Proletariat vor und nach dem Cunostreik befinden wir uns gegenwärtig in einer Periode der Niedergeschlagenheit und Depression.

9. Die internationale Krise und die Krise des deutschen Kapitals werden aber in den nächsten Monaten eine Reihe neuer scharfer Zuspitzungen bringen.[*)] Die KPD darf nicht noch einmal einen „deutschen Oktober“ erleben, wenn sie nicht jedes Prestige als revolutionäre Partei bei den Massen verlieren soll. Klares Aussprechen der begangenen Fehler, **Abrechnen mit den Revisionisten in den eigenen Reihen, Bruch mit den Theoretikern und Praktikern der Zwischenstufen,** schleunigste Sammlung aller Kräfte der Partei zu illegaler Arbeit müssen sofort durchgeführt werden. Jede Woche weitere Verzögerung der Klärung verschlechtert den Zustand der Partei und verhindert ihre Kampffähigkeit.

10. Ausgehend von der Bilanz der Oktober-Niederlage muß die Partei ein Aktionsprogramm schaffen. Die wichtigsten Punkte der Arbeit in den nächsten Monaten sind:

a) Einstellung der Partei auf den Machtkampf, politisch, organisatorisch, militärisch, technisch.

b) Lebendige, konkrete, unmittelbare Propaganda für die Diktatur des Proletariats. (Die Partei muß in der täglichen Agitation zeigen, wie die weiße Diktatur die Fragen des Proletariats löst und wie die rote Diktatur sie lösen wird.)

c) Propaganda der Sozialisierung (Rettungsprogramm, Hetze gegen die großen Trusts und Konzerne. Gegen die 30 oder 40 Schwer-[57]industriellen muß dieselbe Hetze entfaltet werden, ja noch konzentrierter wie gegen Seeckt, Ludendorff und Hitler. Wir müssen den breitesten Massen klar machen, wer die Macht in der Hand hält und wie die Verbindung zwischen dem Regierungsapparat und der Schwerindustrie läuft.

d) Politisierung der Betriebsrätebewegung, die Ausnützung der Betriebsrätebewegung zur Vorbereitung der politischen Arbeiterräte. Unermüdliche Propaganda für die proletarischen Räte als Vorbedingung der proletarischen Diktatur (Kontrollausschüsse).

e) Arbeit unter den Erwerbslosen in Verbindung mit den Betriebsräten, Schaffung von Erwerbslosenräten.

f) Entfesselung von Kämpfen um den Achtstundentag, gegen die Sondergerichte usw. unter Führung der KPD und der Betriebsräte.

9) Restloser Bruch mit der rechten und linken SPD in Theorie und Praxis, schärfste Bekämpfung der SPD und der Gewerkschaftsbürokraten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

[*)] Ueber diesen Punkt folgen ausführliche Thesen.

h) Verstärkte Arbeit für das kommunistische Programm unter den Bauern, Landarbeitern, Mittelständlern, Beamten, Intellektuellen.

11. Zur Reorganisation der Partei ist notwendig:

a) Einschränkung der Zentrale auf 9 Mann, Verkleinerung des zentralen Apparates auf ein Zehntel, Ausschaltung der Rechten aus der Führung. Lebendige Verbindung der Zentrale mit der politischen Arbeit der Bezirke.

b) Liquidierung des Kampfes gegen die Linke durch die Parteimehrheit durch gemeinsamen Kampf des Partei-Zentrums und der Parteilinken gegen die Parteirechte.

c) Einberufung einer erweiterten Exekutive-Sitzung noch im Januar.

d) Einberufung eines Parteitages spätestens im Februar.

*

Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei.

Von Ruth Fischer.[*)]

I. Zur Lage in Deutschland.

1. Die faschistische Initiative hat das Proletariat in die Defensive gedrängt. Dadurch haben die Gegner der Arbeiterklasse einen großen Vorsprung erhalten, der nur durch zweierlei wettgemacht werden kann: durch die objektive Unmöglichkeit, mit kapitalistischen Methoden schnell die allgemeine Krise (Reparations-, Finanz-, Hungerkrise, Arbeitslosigkeit) zu beheben und durch die zahlenmäßige Ueberlegenheit und verhältnismäßige Organisiertheit des Proletariats.

2. Die inneren Widersprüche des Faschismus in Verbindung mit den inneren Kämpfen der einzelnen Faschistengruppen sowie den Gegensätzen innerhalb der Spitzen der Großbourgeoisie (Separatisten, Großdeutsche, Völkische, Deutschnationale, Schwerindustrie, Verarbeitende Industrie usw.) geben der Arbeiterklasse die Möglichkeit, eine gewisse, sicher nicht mehr lange Frist zur Vorbereitung einer Offensive auszunutzen. [58]

3. Auch nur eine „äußerliche“ Lösung der gegenwärtigen Krise ist nur möglich durch die, auch formale, Diktatur der Avantgarde der einen oder der anderen Klasse, das begreift längst die gesamte Bevölkerung Deutschlands.

4. Die weitblickendsten Kreise der deutschen Bourgeoisie scheuen sich nicht vor einer vollständigen Zerstückelung Deutschlands im Falle einer revolutionären Bewegung. Die Arbeiterschaft muß damit rechnen, daß sie die Macht zunächst nur in einem Kerngebiet Deutschlands erobern wird.

5. Die Krisenerscheinungen in Deutschland werden sich in den Wintermonaten noch vergrößern. Die überall auftretenden Hungerkrawalle sind noch Explosionen aktionsbereiter Massen. Es besteht die Gefahr, daß sie, wenn sich die Krise noch lange hinschleppt, zu Verzweiflungsausbrüchen einer passiv gewordenen, hungrigen und apathischen Masse werden.

II. Zur Taktik der KPD in Sachsen.

1. Die Politik der Partei in Sachsen hat sich nicht durch Diskussionen, wohl aber durch, brutale Tatsachen als verhängnisvoll falsch in jeder Beziehung bewiesen. Die Fehler bestanden:

a) in einer leichtfertigen, schönfärberischen, eitlen und sich selbst betrügenden Einschätzung der Kräfteverhältnisse,

b) in einer verhängnisvollen falschen Anwendung der „Einheitsfronttaktik“, nicht nur seit zwei Jahren, sondern auch insbesondere während unserer Regierungsbeteiligung,

c) in einer gefährlichen reformistischen Betrachtung der Fragen der Regierung, der Regierungsbeteiligung, des Staates, der Staatsmacht und der „Ausnützung des Staatsapparates“.

[*)] Dieser Aufsatz ist noch vor dem Hitlerputsch geschrieben. D. Red.

2. Es war eine offiziell gepflegte wie verbreitete Legende, daß die KPD in Sachsen stark sei, die SPD aber „zersetzt“ und schwach. Selbst bei mechanischer Betrachtung der nackten Zahlenverhältnisse war das absolut unhaltbar. Aber Kräfteverhältnisse bestimmt man nicht nach Mitgliederzahlen allein. Unser Einfluß in Sachsen konnte schon deshalb nicht stark sein, weil wir dort schon fast zwei Jahre das Muster einer unselbständigen, schwankenden, schwächlichen, in erster Linie auf parlamentarischen Intriguen beruhenden Kompromißpolitik geliefert haben, die im Endeffekt nur zum Nutzen der Sozialdemokraten war (das zeigt sich besonders drastisch bei den Wahlen zum Metallarbeiterverbandstag, bei dem Antifaschistentag, beim Auguststreik und während unserer Regierungsbeteiligung, insbesondere am Ende dieser Regierung). Dazu kamen die durch nichts beweisbaren Legenden über die Stärke der Hundertschaftsbewegungen in Sachsen, über die „Absägung der rechten Führergarnitur der SPD“ usw.

3. Unsere „Einheitsfronttaktik“ in Sachsen wurde bestimmt durch das oft gebrauchte Wort von unserem „ehrlichen Willen, zusammen mit der linken SPD Arbeiterpolitik im Rahmen der Demokratie zu treiben“. Jedes Wort dieses Leitsatzes unserer sächsischen Politik ist ein prinzipieller wie ein taktischer Fehler.

Die Taktik der Einheitsfront, betrieben von den Kommunisten, **setzt voraus die Ueberzeugung und das Bewußtsein von der Unfähigkeit der Sozialdemokratie, „Arbeiterpolitik“** (d. h. wenn Worte noch Sinn haben, revolutionäre Politik) **zu treiben**. Unser „ehrlicher Wille“ mußte also darauf konzentriert sein, die Sozialdemokraten durch unsere Einheitsfront mit ihnen zu vernichten. Das zum ersten. Zweitens: Der Fetischismus, den wir mit der „Linkheit“ der „oppositio-[59]nell“ redenden (nie handelnden) Wortführer der wirklich oppositionell gestimmten SPD-Arbeiter getrieben haben, hat dieser Gesellschaft von Konjunkturpolitikern und schwankenden Spießbürgern Kredit verschafft. Anstatt sie auf Schritt und Tritt praktisch wie theoretisch zu diskreditieren, zu entlarven, haben wir sie zu „Helden“ gemacht und es soweit gebracht, daß sogar unsere eigenen Genossen an ihre Tugenden zu glauben begannen. Das geschah aus der grundfalschen, revisionistischen, parteiliquidatorischen (wahrscheinlich unbewußten) Einstellung führender Parteikreise, die die These zuließen, daß auch die „Sozialdemokratie (als Partei) revolutionäre Kämpfe führen könne“. (Diskussion des Leipziger Parteitages.) Das zum dritten.

Aber abgesehen davon bestand unsere „Einheitsfronttaktik“ in Sachsen lediglich in ewigen Spitzenverhandlungen und parlamentarischen Kombinationen unter bewußten Verzicht auf Betriebsrätekongresse, aus Furcht, durch solche „Forderungen“ die Einheitsfront (mit wem?) zu „sprengen“.

Und schließlich haben wir, selbst in Fällen, wo der Bruch unvermeidlich und das Kompromiß direkter Verrat war, die doch nur mit den Führern geschlossene „Einheitsfront“ unter Verzicht auf absolut notwendige Schritte gehalten, so nach den Arbeitermorden der Zeignerregierung in Dresden, Bautzen, Leipzig (Frühjahr 1923) und nach der frechen Generalstreiksabotage während unserer Regierungsbeteiligung. Aber gerade die rücksichtslose Sprengung der Spitzen-„Einheitsfront“ (d. h. der Einheitsfront des Nichthandelns, des reformistischen Kompromisses, der Kompromittierung der KPD) hätte das Fundament gelegt zur Einheitsfront von unten, weil die Massen bei uns revolutionären Willen, revolutionäre Ziele und ein gewisses Minimum an Aktivität gesehen hätten.

4. Durch unsere Taktik in Sachsen haben wir die Entwicklung der KPD aufgehalten, die Zersetzung der SPD gehemmt, ihren „linken Flügel“, die gefährlichste Barriere für die Revolution, konsolidiert und die besten revolutionären Elemente der eigenen Partei wie des Proletariats der KPD gegenüber mißtrauisch gemacht. Unsere Einschätzung der Zeigner-Regierung als „Bollwerk des Proletariats“ (oder gar einziges Bollwerk des Proletariats) unterscheidet sich in nichts von der reformistischen Einschätzung einer Regierung „an sich“ durch die SPD. Eine bürgerliche Regierung (mit intaktem Apparat der Polizei, der Bürokratie, der Justiz, der Schule) und mit einer Spitze, die ans Personen mit sozialdemokratischem (oder auch kommunistischem) Mitgliedsbuch in der Tasche besteht, ist eine bürgerliche Regierung und handelt als und wie eine solche.

5. Unser Eintritt in diese Regierung konnte nur den Sinn haben, ihren Apparat zu sprengen, einen proletarischen an seine Stelle zu setzen, und den Angriff gegen die Bourgeoisie zu beginnen. Voraussetzung hierzu war: Massenmobilisierung, Rätekongreß, Beginn der Bewaffnung.

6. Schon der Name der „Regierung der proletarischen Verteidigung“ ist nicht zufällig (und nicht nur demagogisch) gewählt worden. Die KPD beging den verhängnisvollen, aus einer revisionistischen Einstellung stammenden Irrtum, anzunehmen, man könne ohne neuen Apparat, im „Rahmen der Demokratie“ und „der bürgerlich-demokratischen Verfassung“ „Arbeiterpolitik treiben“ (wie es schon in den theoretisch unhaltbaren, in diesem Punkte revisionistischen Leipziger Parteitagsthesen heißt). Führende Parteimitglieder haben tatsächlich geglaubt, daß Brandler, Böttcher oder sonstige Kommunisten das Wunder leisten könn-[60]ten, ohne Aenderung des Typs des Staatsapparats aus einer bürgerlichen Staatsmaschine eine proletarische zu machen (denn wenn dieser Glaube nicht vorhanden gewesen wäre, wäre weder die theoretische Diskussion der letzten anderthalb Jahre verständlich, noch die immer wieder betonte Meinung, daß die Arbeiterregierung ihrem ganzen Wesen nach etwas völlig anderes ist als die Diktatur des Proletariats). Der Verzicht auf Verantwortlichkeit der „Arbeiterregierung“ vor einem Rätekongreß ist praktischer Revisionismus.

7. Ueberdies sind noch außerordentlich schwere Fehler anderer Art gemacht worden, von denen die wichtigsten aufgezählt seien.

Der bedingungslose Eintritt in die sächsische Regierung (denn geheime Bedingungen gelten im Zeichen des Bürgerkrieges weniger als nichts), die blamablen Ministerreden der Kommunisten, die nur dem Reichstag, der Reichsregierung und der Verfassung verantwortlich zu sein erklärten, der Verzicht jedes der Minister auch nur auf ein revolutionäres Wort im Landtag; die Mitverantwortung für ein Regierungsprojekt, das in Zeiten größter Hungerkrise dem ehemaligen Königshause ungeheure Wertobjekte schenkt; der Verzicht auf selbständige Aktionen zur Verteidigung derselben Regierung, in die man zu revolutionären Zwecken gegangen ist (Chemnitzer Konferenz) und zwar Verzicht, um die Einheitsfront (mit Herrn Graupe und Zeigner!) „nicht zu sprengen“, alles das sind unverzeihliche Fehler, die der Partei schweren Schaden zugefügt haben.

8. Nach dem sächsischen Experiment gilt es, alle seine Wurzeln auszumerzen. Der Nutzen dieses Experiments ist minimal: Die Schuftigkeit auch der „linken“ SPD konnte sehr wohl ohne unsere Regierungsbeteiligung, ohne unsere Diskreditierung durch die Praxis bewiesen werden. Der Schaden ist groß: durch unsere Regierungstätigkeit haben wir wohl die Zersetzung der SPD aufgehalten („wenn selbst die Kommunisten mit uns gehen, können wir nicht so schlecht sein, wie wir schon glaubten“) wie auch in unseren eigenen Reihen Zersetzung gebracht und die besten revolutionären Arbeiter ohne Zweifel vor den Kopf gestoßen, das sowieso nur geringe Vertrauen zur kommunistischen Parteileitung verringert.

9. Wir werden über diese Episode am besten hinwegkommen durch eindeutige, klare, geradlinige, rücksichtslose, revolutionäre Politik. Die Zeit ist heute so schnellebig, daß wir die Schlappe überwinden werden, wenn wir den Weg, der sich als Sackgasse erwiesen hat, in aller Oeffentlichkeit als solchen kennzeichnen und endgültig verlassen.

III. Hamburg und die Lehren von Hamburg.

1. Die Hamburger Niederlage hat der KPD höchstwahrscheinlich weit mehr genützt als geschadet: in revolutionären Zeiten, bei tiefgehender Unsicherheit aller Verhältnisse, bei Hungerkrisen, sozialem Zusammenbruch ganzer Schichten (Arbeiterschaft, Kleinbourgeoisie) weckt der heroische Kampf einer Minderheit, auch wenn er mit einer Niederlage endet, Sympathie und Enthusiasmus für die Kämpfenden und den revolutionären Kampf. Der Schaden besteht in der Niederlage selbst, im Verlust wertvoller Funktionäre, in der zeitweiligen schärferen Verfolgung der Partei. Der Nutzen besteht wahrscheinlich in einer dauernden Prestigevermehrung und in einer Reihe wertvoller Lehren, die uns bei den ferneren Kämpfen zustatten kommen werden.

2. Eine der Hauptlehren des Hamburger Aufstandes ist der erneute Beweis für den alten Grundsatz, daß der revolutionäre Aufstand Er-[61]folge dann (und wahrscheinlich nur dann) zeitigt, wenn er energisch, plötzlich, zielbewußt und planmäßig als Angriff ausbricht. Die Anfangserfolge der unbewaffneten revolutionären Arbeiter, welche eine Reihe von Polizeirevieren und Bahnhöfen mit

nackten Händen fast mühelos nahmen, zeigt wie es gemacht werden muß. Die präzise Ausführung eines bestimmten strategischen Planes zeigt, daß überall ebenso gearbeitet werden muß.

3. Dagegen hat sich die Hoffnung, sich sehr leicht in den Besitz von ausreichenden Waffenmengen zu setzen, als trügerisch erwiesen. Diesem Umstande muß die Partei schleunigst die größte Aufmerksamkeit beilegen.

4. Nach glaubwürdigen Berichten verhielt sich die Bevölkerung im allgemeinen wohlwollend neutral. Es wird das ein allgemeiner Zustand mindestens in ganz Norddeutschland sein. Aber gleichzeitig hat Hamburg gezeigt, daß dort unsere Partei noch nicht imstande war, aus einer wohlwollenden Neutralität eine aktive Mitwirkung zu schaffen.

Das Fehlen einer starken, gutorganisierten, breite Schichten umfassenden Betriebsrätebewegung, welche im Augenblick des Kampfes zu einer Sowjetbewegung geworden wäre, hat sich in Hamburg schmerzlich gerächt. Die Partei muß am Hamburger Beispiel lernen, die Zusammenfassung (Ausschüsse) der Betriebsräte schleunigst zu Organen des Aufstandes zu machen und zur Vorbereitung des Aufstandes die breitesten Massen durch diese Organe auf den Ausstand unverhüllt vorzubereiten.

5. Am schuftigsten verhielten sich ja natürlich die sozialdemokratischen Funktionäre. Aber ihr Verhalten in Hamburg war nur die Kehrseite des Verhaltens in Sachsen. Linke und rechte Seite der sozialdemokratischen Medaille entsprechen sich durchaus und ergeben zusammen ein Stück, die als Partei im Augenblick entscheidender Aktionen am aktivsten gegenrevolutionäre Kraft in Deutschland und im Körper des Proletariats selbst.

6. Der Hamburger Aufstand war, wenn er als Entlastungsoffensive für Sachsen gedacht war, schlecht vorbereitet. Ein Aufstand an einzelner Stelle, ohne durch Streik unterstützt zu sein, ohne technisch so vorbereitet zu sein, daß er mindestens auf die wichtigsten Industriegebiete übergreift, ist beim Vorhandensein eines starken, militärisch gerüsteten Gegners zum Scheitern verurteilt.

7. Aber es war ja bereits am 27. oder 28. Oktober beschlossen worden, entscheidende Aktionen in Anbetracht der ganzen Situation nicht zu unternehmen. Umso unverantwortlicher ist die technische Unfähigkeit der Leitung, eine so wichtige Stelle wie Hamburg rechtzeitig von dem gefaßten Beschluß in Kenntnis zu setzen.

Von derselben Unfähigkeit, einen gefaßten Beschluß in jeder Beziehung vernünftig durchzuführen, zeugt die Nummer der „Sturmfahne“ vom 28. Oktober, welche in schärfsten Tönen zum Generalstreik aus Anlaß der sächsischen Ereignisse auffordert und sich zu dem unsinnigen Satze versteigt, da die Arbeiterklasse verloren ist, wenn sie „auch diesmal zurückweicht“. Nachdem die Partei des Proletariats selbst beschlossen hat, zurückzuweichen, ist es im höchsten Grade leichtfertig, beinahe verbrecherisch, mit solchen Fragen herumzuwerfen.

8. Der Abbruch der Hamburger Kämpfe zeugt von einer hohen Disziplin der dortigen Kampftruppen. Die verhältnismäßig geringen Verluste der Arbeiter, die von allen Seiten anerkannt glänzende Kampfhaltung der zahlenmäßig nur geringen Kampftruppen, die (noch nicht [62] näher geprüften) Angaben über passives Verhalten der Matrosen, welche zur Unterdrückung des Aufstandes herbeigeholt waren, lassen unter der Voraussetzung von Entschlossenheit, Wagemut, Bereitschaft im entschiedenen Moment alles auf eine Karte zu setzen, unter der Voraussetzung gründlicher Vorbereitung und Organisierung des Aufstandes die Aussichten nicht ungünstig erscheinen.

IV. Die Taktik der Partei in den nächsten Wochen.

1. Die Taktik der Partei muß bestimmt sein von den folgenden Faktoren: a) von den Aktionen der Faschisten, b) von der unerträglich schweren Hungerkrise, c) von der aufkommenden Verzweiflungsstimmung der Arbeiterschaft.

2. Die Faschisten haben die Initiative an sich gerissen. Die Leute um Hitler und Ludendorff haben ihren Anhängern so viel versprochen, daß sie vielleiht gezwungen sind, schon in den allernächsten Tagen Schritte zu unternehmen, die der KPD den Anlaß geben, aufs Ganze zu gehen. Wenn Hitler

einen Marsch auf Berlin unternimmt, muß die Partei unter allen Umständen darauf mit einem Verteidigungsgeneralstreik zu antworten suchen und danach trachten, diesen Generalstreik so schnell und umfassend wie möglich zu einem im Gegenangriff geführten bewaffneten Aufstand mit Partisanenkämpfen, wie auch wo nötig und möglich, mit Massenkämpfen umzuwandeln.

3. Es ist aber sehr wohl möglich, daß die Regierungskrisen sich noch hinschleppen und daß die Faschisten den mit Erfolg eingeschlagenen Weg des langsamen und „trockenen" Machtübernehmens fortsehen. Die KP muß begreifen, daß in diesem Falle die Hungerkrise die Arbeitermassen aus der Verzweiflung in die Passivität jagen kann und daß dann die Aussichten auf einen siegreichen Aufstand und auf eine schnelle Durchführung der revolutionären Kämpfe außerordentlich erschwert sind.

4. Die Partei muß in aller Oeffentlichkeit vor den breitesten Massen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Kleinbourgeoisie die Notwendigkeit, die Möglichkeit, die Durchführbarkeit eines revolutionären Aufstandes zur Beseitigung der Ausbeuterklique und zur Beendigung der unerträglichen Hungerkrise propagieren.

5. Es ist klar, daß die Partei diese Propaganda nur dann mit Erfolg wird treiben können, wenn sie den breitesten Massen einhämmert, daß die KPD ein Rettungsprogramm besitzt, welches den breitesten Massen unmittelbar Erleichterungen bringen wird. Dieses Rettungsprogramm muß jedem Arbeiter, jedem Kleinbürger, jedem Schuster und jeder Waschfrau bekannt, verständlich und einleuchtend sein. Es muß umfassen die notwendigen ersten Nationalisierungsmaßnahmen (Schwerindustrie, Banken, Großgrundbesitz, Außenhandelsmonopol), die Konfiskationsmaßnahmen (Wohnungen, Schlösser, große Vermögen), die Finanzmaßnahmen (Besteuerung lediglich des Besitzes), das Bündnis mit Sowjetrußland mit seinen wirtschaftlichen und politischen Aussichten, sowie die Heranziehung der breitesten Massen der Werktätigen, Beteiligung am Staatsleben und Wirtschaftsleben (Produktionskontrolle, Sowjets als Staatsorgane) und schließlich besonders gründlich die Maßnahmen zur Abstellung der Nöte des verhungernden Mittelstandes (Verwendung der Techniker, Angestellten, Aerzte usw.) in den Diensten der nationalisierten Industrie und der revolutionären Regierung, Zusammenschluß der kleineren Produzenten, staatlich unterstützten Verbänden usw.). Die Partei hat es bisher sträflicherweise versäumt, sich mit der Ausarbeitung eines solchen Programmes zu beschäftigen. Es muß aber begriffen wer-[63]den, daß die Anziehungskraft der Uebergangslosungen (Erfassung der Sachwerte, bloße Produktionsfontrolle, „Arbeiterregierung" als abstrakter Begriff und ohne revolutionäres Programm der diktatorischen Zugriffe) gleich null ist

Diese Propaganda und Agitation bewegt sich in der Richtung des Hineinziehens breitester Massen in den Strom einer auf ein Ziel gelenkten Massenbewegung und ist, wenn man will, eine organisierte „Entfesselung" der Revolution. Darüber hinaus muß die Revolution o r g a n i s i e r t werden, nämlich durch schleunigsten gründlichen Ausbau der Betriebsräte zu Sowjets, d. h. Organe des Aufstands, der unmittelbaren Arbeiterkontrolle durch Sprengung des demokratischen Staatsapparates, durch Beschleunigung des Ausbaues der Hundertschaftsbewegung, durch offene Propaganda der Arbeiterbewaffnung und durch technische Durchführung dieser Losung, durch Ausarbeitung eines Aufstandsplanes mit Hilfe sorgfältig zusammengestellter revolutionärer Stäbe, durch genaue Instruktionen für besonders gebildete Kampftruppen der Partei, durch Beobachtung besonders wichtiger Einzelpersonen aus dem Lager der Gegner, welche sofort bei Ausbruch des Aufstandes zu beseitigen sind, durch genaue Festlegung aller Punkte, Gebäude, Einrichtungen, Brücken, Bahnhöfe, Eisenbahnstellen, welche zu nehmen, zu halten, zu sprengen usw. sind.

7. Diesen Aufgaben wird die Partei nur dann gerecht werden, wenn sie sich vollkommen klar geworden ist über die bisher strittigen Fragen. So lange in der Perspektive keine Klarheit besteht, so lange die Partei insgesamt nicht einheitlich weiß, daß keine Zwischenstufen in Deutschland mehr möglich sind, sondern daß der Diktatur des Faschismus nur die volle Diktatur des Proletariats entgegengesetzt werden kann, so lange bei einem Operieren mit der Losung der Arbeiterregierung, die wahrscheinlich bereits vollkommen überflüssig ist, noch der offene Widerspruch besteht zwischen autoritativen Vertretern der Kommunistischen Internationale, welche diese Losung für ein Pseudo-

nym der Diktatur des Proletariats halten und anderen, welche betonen, daß sie tatsächlich der Versuch ist, im Rahmen der Demokratie Arbeiterpolitik zu treiben, so lange über das Verhältnis zu den „linken“ Sozialdemokraten keine Klarheit besteht, und man glaubt, diese durch Kooperation binden zu können und nicht begreift, daß sie mit allen Mitteln bekämpft werden müssen und daß ihre Vernichtung die Voraussetzung für den Sieg der Revolution ist, solange wird die Partei im Innersten aktionsunfähig bleiben.

8. Die Partei wird außerdem aktionsunfähig bleiben, wenn sie weiterhin so geführt werden wird, wie bisher, wenn in der Partei systematisch jede ernsthafte Fragestellung, jede Untersuchung der Zweckmäßigkeit einer taktischen Maßnahme durch eine schwächliche Parteileitung mit ihrem ungeheuren bürokratischen Apparat verhindert werden wird. Die Partei ist nicht einheitlich und wird bei jeder einzelnen Frage fraktionsmäßig entzweit sein, solange nicht die Masse der Parteimitglieder ein gewisses Minimum an Vertrauen zur Parteileitung gewonnen hat. Das kann und wird nur dann geschehen, wenn die Partei von jener Karikatur eines Zentralismus befreit sein wird, der lediglich darin besteht, daß eine im Innersten unsichere, schwache und bisher bei der Durchführung jedes einzelnen Beschlusses strauchelnde Parteileitung den starken Mann markiert und sich in Widerspruch setzt zu den Organisationen der wichtigsten Industriezentren. Diese innere Krankheit der Partei kann sehr leicht geheilt werden durch Einberufung einer möglichst breiten Parteikonferenz (am besten eines Parteitages), wo ein gemeinsames knappes Aktionsprogramm geschaffen wird, [64] welchem die wichtigsten Organisationen bereits vorher ihre Billigung gegeben haben. Ein solches Programm kann und muß geschaffen werden, eine solche Konferenz kann und wird die Partei konzentrieren und muß ihr eine Leitung geben, zu der die Partei das Vertrauen besitzt, ohne welches revolutionäre Kämpfe nicht erfolgreich geführt werden können.

9. Die Aussichten der kommenden Kämpfe kann man so charakterisieren: Die Kämpfe werden schwer und kompliziert sein, werden wahrscheinlich noch eine Reihe von vielleicht schweren Niederlagen bringen, zeigen in der Perspektive eine Zerstückelung Deutschlands. Die Kämpfe m ü s s e n geführt werden, nicht nur für das deutsche Proletariat, sondern für das Schicksal der gesamten europäischen Revolution. Sie werden um so mehr Aussicht auf Erfolg haben, je besser wir es verstehen werden, die Sozialdemokratie, insbesondere die linke, zu vernichten. Die Methoden werden bestehen aus einer Forcierung der Taktik der Einheitsfront von unten; dabei können sich noch sehr wohl Situationen ergeben, wo sich Gewerkschaftsführer oder sozialdemokratische Führer an uns wenden. Wir haben gar keinen Anlaß, uns davor zu scheuen, vorausgesetzt, daß wir wissen: wir gehen, um mit unsern Todfeinden zu verhandeln und um sie zu entlarven, zu binden, an den Galgen zu bringen. Die Organisierung der Einheitsfront von unten muß die Aufgabe der Betriebsräte sein. Diesen den Gedanken einzuhämmern, daß sie schon heute politische Räte sind und sein müssen, ist die 2. Hauptaufgabe der Partei.

10. Die Partei muß sich hüten, schematische und mechanische Vergleiche, Analogien zum Verlauf der russischen Revolution zu machen. Die Bedingungen, das Milieu und dementsprechend auch die Taktik sind 1923 anders als 1917 und in Deutschland anders als in Rußland. G l e i c h bleibt natürlich das Allerwesentlichste, daß die Arbeit der Partei abzielen muß auf die Organisierung der Sowjetbewegung und auf die Realisierung der sobald wie möglich aufzustellenden Losung „alle Macht den Räten“!

11. Der Arbeit in der Reichswehr, in der Polizei ist große Aufmerksamkeit zu widmen. Hier hat die Partei noch außerordentlich viel versäumt und muß diese Versäumnisse nachholen.

12. Die sehr bedenklichen Anzeichen des Wachsens einer antisemitischen Pogromstimmung zwingen die Partei, schnell zu handeln. Ihre Stellung zu den spontanen Bewegungen, zu den Hungerkrawallen, die bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit an der Tagesordnung sind, muß völlig klar sein: Zusammenfassung dieser Bewegungen, in jedem Falle aber die Schuld an jedem Krawall nur den Regierenden zuschieben, schärfste antifaschistische Aktion ohne Scheu auch vor handgreiflicher Behandlung von Provokateuren: Beginn, womöglich auch gewaltsamer Beginn einer wirklichen Produktionskontrolle, kein Hinabrutschen in Naserümpfen über „Lumpenproletariat“ und sehr ernsthafte Organisationsarbeit unter den Erwerbslosen.

13. Die Frage der Gewerkschaftstaktik ist mit größter Delikatesse zu prüfen. Bei der Massenarbeitslosigkeit und bei den Hungerlöhnen der deutschen Arbeiter kann man den revolutionären Arbeitern ein Verbleiben in den verseuchten Gewerkschaften nur dann zumuten, wenn man ihnen gestattet, den Apparat auch gewaltsam in die Hand zu nehmen. Gegen Spaltung, aber für Beseitigung der Reformisten u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n.